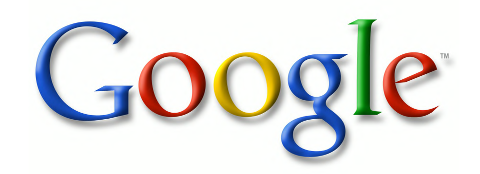
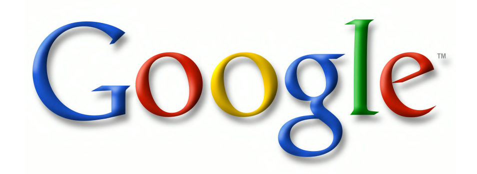
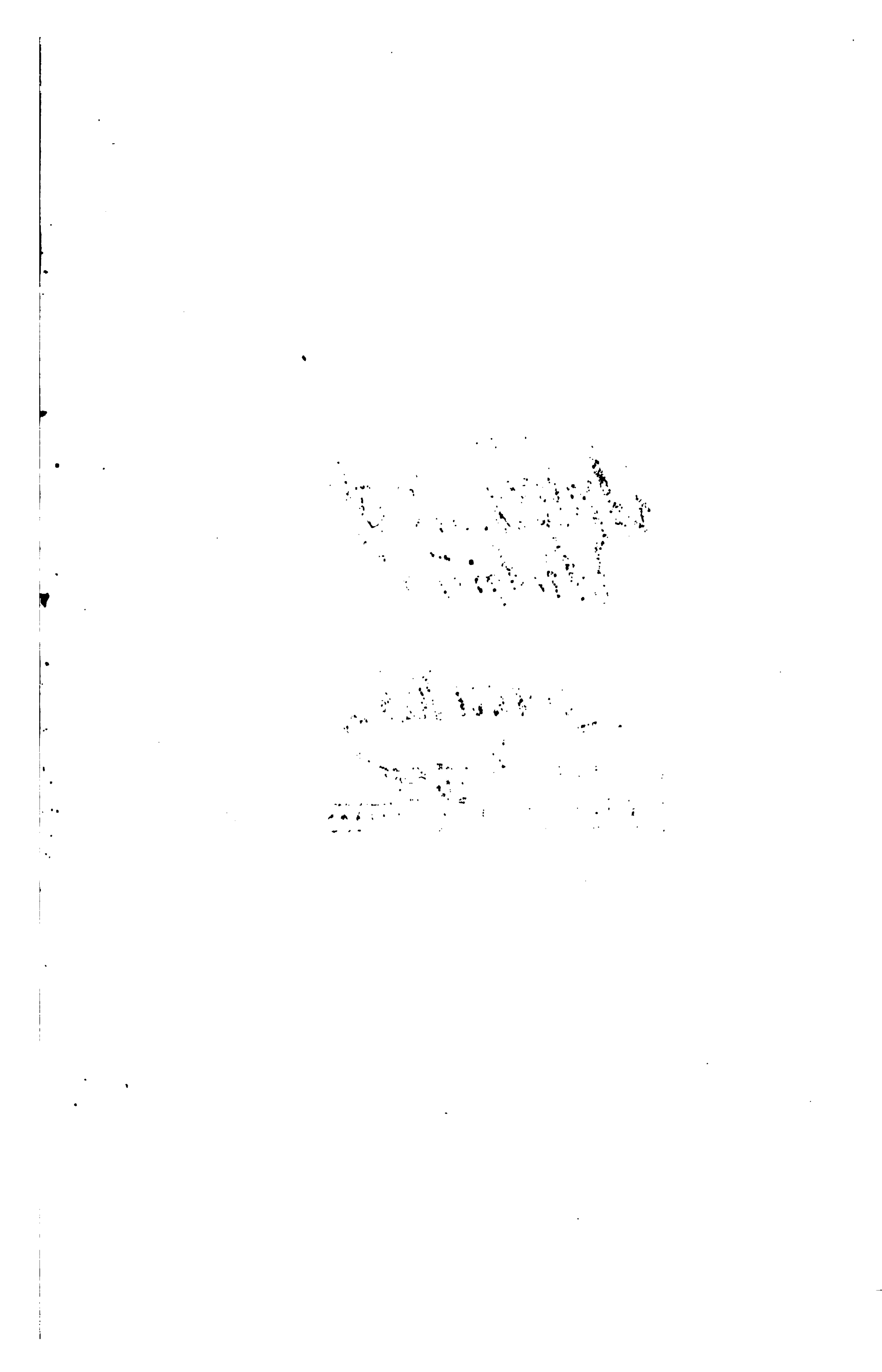
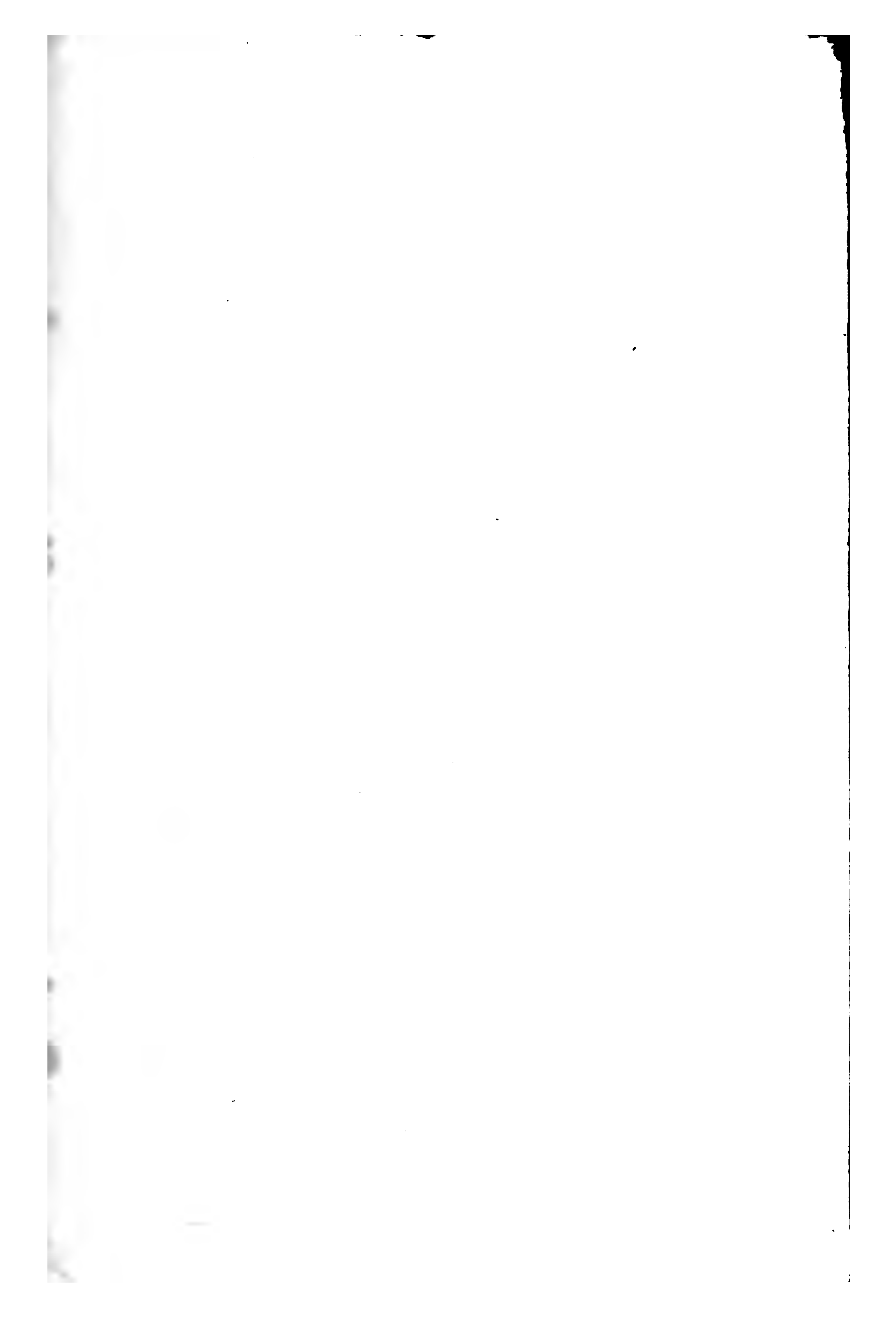








Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten zu Dresden
vom 13. bis 20. September 1903

Berlin 1903
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung richte sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Mainz 1900.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Partei-Vorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontroll-Kommission und den Parteitag zu.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Partei-Vorstand, gegen die Kontroll-Kommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstagswahlkreisen in zu diesem Zwecke berufenen Vereins- oder Partei-Versammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Partei-Vorstande mitzuteilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen sofort eine Neuwahl vorzunehmen und ist das Resultat derselben entsprechend § 4 Abs. 2 dem Partei-Vorstande mitzuteilen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Partei-Vorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Partei-Vorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Centralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Partei-Vorstand einzureichen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das Centralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Partei-Vorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem der Partei-Vorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Partei-Vorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontroll-Kommission.

Falls der Partei-Vorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Centralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Centralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Partei-Vorstand.

§ 13. Der Partei-Vorstand besteht aus 7 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassierer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten, sowie 2 Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontroll-Kommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Partei-Vorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Centralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Partei-Vorstand verfügt nach eignem Ermessen über vorhandene Gelder

Der Partei-Vorstand oder die Kontroll-Kommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen.

Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Partei-Vorstand oder der Kontroll-Kommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Partei-Vorstandes, der Kontroll-Kommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 14. Die Mitglieder des Partei-Vorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Der Partei-Vorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

§ 16. Scheidet ein Mitglied des Partei-Vorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontroll-Kommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontroll-Kommission.

§ 17. Zur Kontrollierung des Partei-Vorstandes, sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Partei-Vorstand, wählt der Parteitag eine Kontroll-Kommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontroll-Kommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, so weit die Kontroll-Kommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontroll-Kommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Centralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontroll-Kommission oder des Partei-Vorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Centralorgan der Partei.

§ 1. Centralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt“. Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Centralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstande über alle Angelegenheiten des Centralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Partei-Vorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontroll-Kommission, der Partei-Vorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Abänderung der Organisation.

§ 19. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag den 13. September, abends 7 Uhr:

Vorversammlung.

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tages-Ordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag den 14. September und die folgenden Tage.

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: W. Pfannkuch und A. Gerisch. — a) Allgemeines. b) Kasse. c) Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse. d) Differenz zwischen dem Genossen Bebel und der Vorwärts-Redaktion. e) Polenfrage.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: A. Stadthagen.
4. Taktik der Partei. a) Reichstagswahlen. b) Vizepräsidialfrage. c) Die revisionistischen Bestrebungen.
5. Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer.
6. Der internationale Kongreß in Amsterdam 1904. Berichterstatter: P. Singer.
7. Anträge zum Programm und zur Organisation.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure sowie des Ortes des nächsten Parteitages.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Singer-Berlin. — Kaden-Dresden.

Schriftführer:

Frl. Baader-Berlin.
Feldmann-Langenbielau.
Keil-Stuttgart.
Lohrberg-Hannover.
Meist-Köln.
Oppel-Berlin.
Stengele-Hamburg.
Stücklen-Altenburg.
Weidner-Frankfurt a. M.

Mandats-Prüfungs- und Neuner-Kommission.

Brey-Hannover
Busold-Friedberg.
Frank-Mannheim.
Gruenwaldt-Hamburg.
Pickelmann-München.
Rackl-Nürnberg.
Stolp-Grünberg.
Wels-Berlin.
Frau Zietz-Hamburg.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Partei-Vorstandes.

Dem Gebot der Pietät folgend, gedenken wir an erster Stelle in treuer Erinnerung unserer Toten. Zahlreich ist die Schar der Namenlosen, die in treuer Pflichterfüllung, in Reih und Glied für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfend, gefallen sind. Ehre ihrem Andenken! Sie alle haben in gleichem Maße für die Ausbreitung der Parteigrundsätze, für die Förderung der Agitation und Organisation gewirkt, wie diejenigen, deren Namen weiteren Kreisen bekannt wurden und deren Verlust wir in dem Berichtsjahr zu beklagen haben.

Die Natur fordert unerbittlich ihren Tribut und so sehen wir die Reihen der „alten Garde" sich immer mehr lichten. Die Zahl derjenigen, die der sozialdemokratischen Bewegung von den 60er Jahren her angehören, wird immer geringer.

Bereits teilte der vorjährige Bericht die betrübende Nachricht mit, daß Max Kegel, einer der „Sänger des Proletariats", am 10. August für immer verstummt sei. Und wenn Kegels Muse nichts anderes geschaffen hätte, sein „Sozialistenmarsch" sichert ihm ein ehrendes Andenken in allen Herzen des Proletariats, so lange dasselbe den Klassenkampf zu führen gezwungen ist.

Zehn Tage später, am 20. August, hatte die Parteileitung den Tod eines ihrer Mitglieder — das älteste — zu beklagen. Theodor Metzner erlag, 72 Jahre alt, einem Herzschlag. Metzner hat die sozialdemokratische Bewegung in allen Phasen aktiv tätig mit durchlebt. Das Vertrauen der Berliner Parteigenossen beehrte ihn wiederholt mit dem Mandat eines Stadtverordneten. Der Parteileitung gehört Metzner eine Reihe von Jahren in ununterbrochener Folge an. All die Liebe, die dem „alten Metzner" entgegengebracht wurde und das Vertrauen, das er genoß, kam in der großartigen Beteiligung der Genossen bei dem am 24. August erfolgten Begräbnis zum Ausdruck.

Von den „Alten", die der Sensenmann dahinraffte, seien noch einige genannt. In Gadderbaum bei Bielefeld verstarb der Genosse Friedrich Wächter, 79 Jahre alt, der Bewegung von den frühesten Zeiten angehörend. — Desgleichen der Schuhmachermeister Friedrich Arendt in Bernau, zu Lassalles Zeiten Bevollmächtigter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und in den 70er Jahren Kandidat des Niederbarnimer Kreises. — In Dortmund verschied der Genosse Josef Bützfeld im Alter von 64 Jahren. Genosse Bützfeld war mit der Parteigeschichte Dortmunds seit dem Jahre 1872 aufs innigste verwachsen. — Und in Düsseldorf verschied am 9. Juni d. Js. der Genosse Rechtsanwalt Wilhelm Belles, der seinerzeit zu den im Elberfelder Geheimbundprozeß Angeklagten gehörte. In den letzten Jahren ist Belles aktiv nicht mehr hervorgetreten. — Die Mannheimer Genossen haben den Tod des Genossen Hermann Keßler zu beklagen, der 7 Jahre

Leiter unseres dortigen Parteiblattes war. Diese Tätigkeit hatte zur Folge, daß Keßler, der nur 40 Jahre alt geworden ist, 8 Monate seines Lebens hinter schwedischen Gardinen vertrauern mußte. Seiner erschütterten Gesundheit wegen trat Keßler 1898 aus der Redaktion der Volksstimme aus. Seit 1896 gehörte Keßler bis zu seinem Tod dem Stadtverordneten-Kollegium an.

* * *

Am 30. Oktober hatte Genosse Albert Schmidt die ihm wegen Majestätsbeleidigung zuerkannte 3 jährige Gefängnisstrafe verbüßt. Dem Gesetz ist genügt; die Wähler haben den Teil des Urteils, der auf Aberkennung der durch öffentliche Wahlen übertragenen Ehrenämter erkannte, gründlich korrigiert. Das Stadtverordneten-Mandat gaben die Magdeburger Genossen dem Verurteilten sofort wieder zurück, und die diesjährigen Reichstagswahlen brachten dem Genossen Schmidt durch den Sieg in der Hauptwahl eine glänzende Genugtuung.

Nach Verbüßung einer 3 jährigen Zuchthausstrafe wurde Genosse Holst-Wismar am 19. März aus dem Zuchthaus entlassen. Genosse Holst hat die schwere Strafe unstreitig als unschuldig Verurteilter erlitten und setzt alle Hebel in Bewegung eine Wiederaufnahme des Verfahrens und damit einen Freispruch zu erzielen. Der Verurteilung Holsts lag folgender Tatbestand zu Grunde. Die Polizei vermutete, daß an einem von einer Gewerkschaft veranstalteten Vergnügen auch Nichtmitglieder sich beteiligten. Durch Kontrolle der das Fest Verlassenden suchte die Polizei Anhaltspunkte für ihre Vermutung zu gewinnen. Bei Ausübung dieser Tätigkeit hielten sich die Polizeibeamten durch Zurufe zweier namhaft gemachten Genossen für beleidigt, und wurde das Strafverfahren gegen die beiden vermeintlichen Missetäter eingeleitet. Einer der Angeklagten bestritt seine Schuld und berief sich auf das Zeugnis des Genossen Holst, der eidlich aussagte, den Ruf des einen gehört, den des andern nicht gehört zu haben. Diese Aussage wurde Holst zum Verhängnis. Das Gericht nahm an, Holst habe durch sein Zeugnis einen Parteigenossen vor Strafe bewahren wollen. Nun ist es psychologisch gänzlich unverständlich, wie ein Parteigenosse dazu kommen sollte, den einen Genossen herauszuhauen und den andern hineinfallen zu lassen. Wir wünschen, daß es dem Schwergeprüften gelingen möge, seine Unschuld durch Gerichtsurteil festgestellt zu erhalten. — Die Segnungen der deutschen Preßfreiheit wurden drei Redakteuren des Vorwärts mit je 7, 6 und 4 Monaten Gefängnis zu teil. — Am 26. Mai wurde Genosse Thiele-Halle von der Anklage wegen Majestätsbeleidigung freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. Wegen des gleichen Delikts war seinerzeit Genosse Haupt-Magdeburg zu 6 Monaten und Genosse Levy-Erfurt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

* * *

Wie politische Polizeiagenten die ihnen gestellte Aufgabe — die Ueberwachung der sozialdemokratischen Propaganda — auffassen, davon war der „Vorwärts“ wieder in der Lage, ein bezeichnendes Beispiel bekannt zu geben, das wir nachstehend reproduzieren.

Aufforderung.

Bei unserer Geschäftsstelle liegen zur Abholung

Sechzig Mark

welche am 13. Januar 1903 im Café Schiller an unsren Redaktionsboten für **Verleitung zum Treubruch und für Verrat von Geschäftsgeheimnissen an die politische Polizei** gezahlt wurden.

Der Auszahler kann dieselben gegen Quittung nach Ausweis der Identität seiner Persönlichkeit bei unserer Geschäftsstelle, Lindenstr. 69, 2. Hof II, abholen.

Redaktion des „Vorwärts“.

Der Auszahler des Judaslohnes zog es vor, der Aufforderung der Redaktion nicht Folge zu leisten, weshalb sich die letztere zu folgender weiteren Aufforderung veranlaßt sah:

Die 60 Mark,

welche am 13. Januar 1903 im Café Schiller an unsren Redaktionsboten, **um zum Treubruch und zum Verrat von Geschäftsgeheimnissen an die politische Polizei zu verleiten,** gezahlt wurden, sind bisher nicht abgeholt worden.

Sollte der Empfangsberechtigte bis zum **Dienstag,** den 20. Januar, sich nicht melden, so nehmen wir an, daß es im Sinne **des Spenders ist,** wenn wir die Summe

der sozialdemokratischen Parteikasse
zum Zwecke des Kampfes gegen die preußische Polizeireaktion überweisen.

Redaktion des „Vorwärts".

Da auch diese Aufforderung seitens des Auszahlers unbeachtet blieb, wanderte die Summe in die Parteikasse — ein unfreiwilliger Beitrag für einen nicht gewollten Zweck.

* * *

Um das Koalitionsrecht zu schützen, beging unser Parteiblatt, die „Mecklenburger Volksztg.", in Rostock das absichtliche Vergehen der Verletzung des § 110 des Str.G.B., Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, ohne daß es dafür zur Verantwortung gezogen worden ist. Gelegentlich des vorjährigen Ausstandes der Maurer brachte der Rat von Rostock eine im Jahre 1897 erlassene Verordnung in Erinnerung, nach der es „Ausständigen Gewerbetreibenden, gewerblichen Gehilfen, Gesellen und Arbeitern verboten ist, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, auf Bahnhöfen und Haltestellen der Eisenbahn, Brücken und Anlegestellen der Schiffe als Streikposten sich aufzustellen, aufzuhalten oder umherzugehen. Uebertretungen werden auf Grund des § 366, 10 des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft."

Unser Rostocker Blatt führte an der Hand der Reichsgewerbeordnung, der Verhandlung des deutschen Reichstages vom 11. Juni 1900 und der Entscheidung des 3. Strafsenats des Reichsgerichts vom 4. Februar 1901, den Nachweis der Rechtsungiltigkeit der Verordnung und forderte, als die Verordnung nicht zurückgezogen wurde, die Rostocker Arbeiterschaft auf, die Verordnung nicht zu beachten und sich nicht zu fügen. Ein Strafverfahren wurde gegen unser Parteiblatt nicht eingeleitet, aber auch die Verordnung ist nicht zurückgezogen worden. Dagegen ist folgende von der „Rostocker Ztg." ausgegangene Notiz unwidersprochen geblieben:

„Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat die hiesige Staatsanwaltschaft in Sachen der Streikposten-Verordnung dem hiesigen Polizei-Amt mitgeteilt, daß sie die Rechtsgiltigkeit dieser Verordnung nicht anerkennen könne. Die daraufhin von der Polizeiverwaltung bei der Ober-Staatsanwaltschaft eingelegte Beschwerde ist von der letzteren zurückgewiesen worden."

Danach wird dem Rostocker Polizeiamt wohl nicht zum zweitenmal gelüsten, seine im Jahre 1897 paragraphierte Weisheit der Vergessenheit entreißen zu wollen.

Einen weiteren Schritt, das Koalitionsrecht sicher zu stellen und dem Unfug der schwarzen Listen zu steuern, unternahmen die Genossen in der württembergischen Kammer durch eine Anfrage an die Regierung dahingehend: ob die Regierung im Bundesrat für eine Vervollständigung des § 153 der Gewerbeordnung in dem Sinne eintreten wolle, daß jeder, der durch Erschwerung der Arbeitsgelegenheit, Drohung oder Verbot einen anderen an der Ausübung des in § 152 der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsrechtes verhindert, bestraft wird. Der Ministerpräsident gab Namens des Gesamtministeriums die Erklärung ab,

daß die Regierung im Bundesrat für eine solche Forderung nicht eintreten könne, da durch sie die rechtliche Stellung des Arbeiters und des Arbeitgebers zu Gunsten des ersteren in ungerechtfertigter Weise geändert werden würde.

Die Arbeiter sollen nach wie vor der durch „schwarze Listen" bedingten wirtschaftlichen Vogelfreiheit preisgegeben bleiben.

Zum Beweise für die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Aufbesserung der Lohnverhältnisse, lassen wir ein amtliches Aktenstück folgen, das eine eindringlichere Sprache redet, als die beste Agitationsrede oder lehrreichste sozialpolitische Abhandlung.

Der Nachlaß einer Arbeiterfamilie.

Ein Salinenarbeiter in Leopoldshall, der als fleißiger, ordentlicher Arbeiter allgemein bekannt war, starb an der Schwindsucht und fast gleichzeitig mit ihm wurde auch seine Frau von dem Würgengel dahingerafft. Vier unmündige Kinder stehen weinend an dem Grabe ihrer Eltern. Die behördliche Nachlaßregulierung ergab folgendes

Inventarium:	Taxe Mk.
1. An Kleidern und Taillen	1,50
2. „ Betten: 2 alte Bettstellen, 2 Decken, 4 Kissen	25,—
3. „ Porzellan	1,—
4. „ Möbeln:	
3 alte Tische	3,50
3 alte Stühle	5,—
1 alter Kleiderschrank	9,—
1 alter Küchenschrank	8,—
1 alte Kommode	1,50
1 alter Koffer	0,75
1 Küchenruck	0,75
2 Leisten mit Vorhängen	2,—
5. Blechgeräte 2c.: 1 alter Kochtopf, 1 alte Lampe 2c.	0,75
6. Waschgefäße: 1 altes Waschfaß	2,—
Summa	60,75
Passiven:	
An Leichen- und Begräbniskosten	24,—
Für den Schuhmacher	20,—
„ „ Bäcker	4,—
Aufnahme der Taxe	2,—
Summa	50,—
Bilanz:	
Aktiva	60,75
Passiva	50,—
Bleibt Aktiva	10,75

Leopoldshall, den 20. Januar 1903.

Der Taxator.

So sieht das traute Heim eines Arbeiters mit gesicherter Existenz aus und es wird in Hunderttausenden von Arbeiterfamilien nicht anders aussehen.

* * *

In der Auffindung der seltsamsten Gründe für Versammlungsverbote gebührt unstreitig nach wie vor dem Königreich Sachsen und dem Großherzogtum Sachsen-Weimar der Vorrang im deutschen Reich. Wir lassen einige Proben folgen:

An den Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei
Herrn Otto in Jena.

Andurch die ergebenste Mitteilung, daß ich die von Ihnen auf Sonntag, den 25. d. M., im hiesigen „Ratskeller" anberaumte öffentliche Volksversammlung nicht erlaube.

Ueber die nächsten Reichstagswahlen zu sprechen, ist ohnstreitig noch zu früh, da ist immer noch Zeit genug, wenn dieselben ausgeschrieben sind.

Mit Hochachtung

Rothenstein, den 22. Januar 1903. K. Seidler,
Gemeindevorstand.

In Neustadt a. Orla sollte über die Zolldebatten im Reichstag und die Stellungnahme des Abgeordneten des Kreises, Herrn Bassermann, zu denselben verhandelt werden. Die Versammlung wurde verboten, weil

„der Einberufer und der in der Versammlung auftretende Redner sozialdemokratische Agitatoren sind und daß der in der Versammlung zu behandelnde Gegenstand von solcher Beschaffenheit ist, daß dessen Behandlung durch einen sozialdemokratischen Agitator eine dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung in sich zu schließen geeignet ist".

Gründlicher konnte der Stab über Herrn Bassermann und die von ihm vertretene Sache durch die sozialdemokratische Kritik nicht gebrochen werden, wie es durch vorstehendes Versammlungsverbot geschehen ist.

Die gegen uns von den verschiedensten Organen der bürgerlichen Gesellschaft betriebene Saalabtreiberei en gros, drängte die Genossen in dem Wahlkampf dazu, Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten. Vielfach scheiterten jedoch die Versuche an der weisen Vorsicht der Aufsichtsbehörden, die neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, auch für die Sicherheit des Lebens der Versammlungsbesucher und der Sicherheit des Eigentums der Anlieger der Versammlungsgrundstücke eine rührende Sorgfalt entwickelten. Nach dieser Richtnng hin, ist ein von der Amtshauptmannschaft Grimma erlassenes Versammlungsverbot geradezu klassisch. Dasselbe führt folgende Gründe an:

1. Daß der Versammlungsplatz — eine Wiese — von der Mulde mit steilen Ufern und tiefem Wasserstande begrenzt werde, so daß bei starkem Menschenandrange ein Unglücksfall durch Hineinfallen von Versammlungsteilnehmern nicht ausgeschlossen sei,

2. daß sich nicht absehen lasse, ob die Wiese überhaupt für die Versammlungsbesucher genügend Raum biete,

3. eine Abgrenzung der Wiese durch eine Leine untunlich und ungenügend sei, namentlich, um

4. ein Betreten und Beschädigen der angrenzenden, der Besitzerin der für die Versammlung. in Aussicht genommenen Wiese nicht gehörigen Grundstücke zu verhindern, endlich

5., daß die der Amtshauptmannschaft nicht bekannten, zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Versammlung vorgesehenen Personen keine Garantie dafür böten, daß ihren Anordnungen auch wirklich Folge geleistet werde.

Der Einberufer der Versammlung Genosse Mucker-Wurzen glaubte die Gründe der Amtshauptmannschaft entkräften zu können und legte Beschwerde gegen das Verbot bei der Kreishauptmannschaft Leipzig ein. Doch er wurde um eine Erfahrung reicher. Die Kreishauptmannschaft lehnte es ab, die für das Verbot von der Amtshauptmannschaft angegebenen Gründe nachzuprüfen und betonte, sie habe nur die Umstände nachzuprüfen, welche das „pflichtgemäße Ermessen" der Vorinstanz geleitet hätten. Der betreffende Passus des Entscheides der Kreishauptmannschaft verdient späteren Geschlechtern seines kulturhistorischen Wertes halber, erhalten zu werden. Der Passus lautet:

„Die angefochtene amtshauptmannschaftliche Verfügung, auf deren Inhalt im übrigen nur Bezug genommen wird, stützt das Versammlungsverbot auf § 12 des Vereinsgesetzes, wonach bei dringender Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit Versammlungen verboten werden können. Geht schon aus dieser Wortfassung des Gesetzes ohne weiteres mit Deutlichkeit hervor, daß ein Versammlungsverbot dieser Art in das pflichtmäßige Ermessen der zuständigen Verwaltungsbehörde gestellt ist, und daß, sofern die Behörde in Verfolg dieser ihrer pflichtmäßigen Beurteilung des Sachverhalts die Ueberzeugung des Vorliegens einer dringenden Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Falle der Zulassung der angemeldeten Versammlung gewinnt und auf ein Verbot der Versammlung zukommt, die Aufsichtsbehörde dieser Entschließung als solcher nicht entgegenzutreten vermag, eben weil sie lediglich in das pflichtmäßige Ermessen der unteren Verwaltungsbehörde gegeben ist, so ergiebt sich daraus der weitere Schluß, daß im Falle des Angriffs dieser Entschließung durch ein Rechtsmittel für die obere Verwaltungsbehörde nur Raum zur Nachprüfung derjenigen Umstände vorhanden ist, welche das pflichtmäßige Ermessen der Vorinstanz geleitet haben. Dafern diese Prüfung eine Pflichtwidrigkeit der Unterbehörde nicht erweist, fehlen der Rechtsmittelinstanz die Mittel zur Beanstandung der von der unteren Instanz gefaßten Entschließung."

Nach dieser echt sächsisch gedrechselten Entscheidung kann wohl niemals eine Anfechtung eines durch die Amtshauptmannschaft erlassenen Versammlungsverbotes Aussicht auf Erfolg haben, denn wer wollte jemals das pflichtgemäße Ermessen einer Behörde in Zweifel ziehen. Ein Erfolg der Beschwerde wäre nur dann denkbar, wenn der Unterbehörde bei Berücksichtigung der „Umstände" die das „pflichtgemäße Ermessen" geleitet haben, ein Irrtum, eine Verwechselung oder eine nicht richtige Abwägung unterlaufen würde. Doch an eine solche Möglichkeit glauben wir nicht.

Auch in Anhalt hat die sächsische Praxis Nachahmung gefunden. In Sandersleben konnten die Genossen zur Abhaltung einer Wahlversammlung kein Lokal erhalten, darauf stellte auf Antrag der Gemeinderat den Genossen den städtischen Trockenplatz zur Abhaltung einer Versammlung zur Verfügung. Doch es kam anders. Der Anmelder Genosse Voigt-Bernburg erhielt folgenden Bescheid:

> Die unterm 6./7. ds. Mts. erbetene Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung am 10. ds. Mts., nachmittags 3½ Uhr, auf dem städtischen Trockenplatze in Sandersleben mit der Tagesordnung:
>
> „Die Reichstagswahl und die Kandidatur Wessel in Anhalt II"
>
> muß auf Grund des § 11, Absatz 2 des anhaltischen Vereinsgesetzes, wie hierdurch geschieht, versagt werden.
>
> Bernburg, den 8. Mai 1903.
>
> Herzoglich Anhaltische Kreisdirektion.

Der Passus, auf den sich das Verbot stützt, lautet: „Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu befürchten ist.

Damit auch das heitere Element zu seinem Rechte kommt, sei noch das Vorkommnis registriert, daß in Bischweiler der überwachende Beamte eine Kritik des Centrums nicht zulassen wollte — weil dieses die Mehrheit im Reichstag bilde und die Versammlung auflöste, als ein Redner die unbestreitbare Tatsache feststellte, daß auch Länder ohne Monarchen auskommen.

So wird immer wieder durch Versammlungsverbote und Saalabtreiberei den Arbeitern das geringe Maß von Versammlungs- und Vereinsrecht verkümmert. Welcher Schlupfwinkel die Arbeiter zur Ausübung dieser Rechte sich bedienen müssen, gleichsam als die Geächteten der Gesellschaft, darüber verbreitet eine Verfügung

der Amtshauptmannschaft in Auerbach i. V. ein grelles Schlaglicht. Dieselbe hat nachstehende Verfügung erlassen:

Auerbach i. V., am 14. Januar 1908.

Dem Arbeiterverein Brunndöbra und Umgegend wird schon jetzt hierdurch eröffnet, daß die Weiterbenutzung des bisherigen Versammlungslokales in dem Hause 161 zu Döhlerwald in seinem jetzigen Zustande aus gesundheits- und sicherheitspolizeilichen Gründen hiermit für die Zukunft verboten wird, so lange hinsichtlich desselben nicht folgende Bedingungen erfüllt werden:

1. Die Wandungen des Lokals sind in einen anständigen Zustand zu bringen, insbesondere sind die herabhängenden feuergefährlichen Tapeten zu beseitigen.
2. Die den freien Wandungen entlang befindlichen defekten Dielen sind durch neue zu ersetzen.
3. Es sind noch zwei besondere Ventilationsöffnungen und zwar mitlängs der beiden freien Wandungen je eine, anzubringen. Diese Oeffnungen sind unmittelbar unter der Decke anzulegen, sie können rund oder eckig gestaltet sein, doch darf der kleinste Durchmesser nicht unter 20 Centimeter betragen, sie sind mit beliebig stellbarem Schieber oder Klappenverschluß zu versehen.
4. Die Hausflur ist gehörig auszubessern. Dieselbe befindet sich jetzt in einem höchst unverantwortlichen Zustande, an einer etwa metergroßen Stelle fehlen die Steinplatten ganz und man tritt, von außen hereinkommend, sogleich in eine tiefe, kesselartige Aushöhlung des Erdbodens, wobei nur allzu leicht Unfälle eintreten können.
5. In das Lokal dürfen bei den Versammlungen höchstens 20 Personen einschließlich des überwachenden Beamten eingelassen werden.
6. Den überwachenden Polizeibeamten ist ein reinlicher Tisch, sowie Stühle zur Verfügung zu stellen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden mit Geldstrafe von 30 Mk. geahndet; auch kann der überwachende Beamte die Versammlung schließen.

Königliche Amtshauptmannschaft.
J. V.: Dr. v. Heygendorff.

Man kann sich vorstellen, welche Drangalisierungen die armen Genossen des Vogtlandes erst erdulden mußten, ehe sie ihre Zuflucht zu dem Schlupfwinkel genommen haben, der schließlich nur 20 Genossen gestattet, das ihnen verfassungsmäßig zustehende Vereins- und Versammlungsrecht auszuüben, und den sie nur unter Aufwendung erheblicher Mittel weiter benützen dürfen.

* * *

Der fünf Jahre hindurch das Parteileben im Solinger Kreis lähmende Bruderzwist ist endgiltig beseitigt. Eine am 5. November v. J. abgehaltene Besprechung der beteiligten und zuständigen Genossen zeitigte das erfreuliche Resultat, daß der sozialdemokratische Arbeiterverein sich bereit erklärte sich aufzulösen und seine Mitglieder dem sozialdemokratischen Volksverein zuzuführen. Die getroffenen Abmachungen sind loyaler Weise gehalten und ausgeführt worden. Im Verfolg der zustande gekommenen Einigung, hob dann eine am 15. Febr. d. J. in Ohligs abgehaltene Kreisparteiversammlung den früheren Beschluß auf, durch den eine Anzahl Personen aus der Partei ausgeschlossen worden waren. Die wiederhergestellte Einheit der Partei im Kreise Solingen hat die schönste Krönung durch die Wiedereroberung des Reichstagsmandates bei den diesjährigen Reichstagswahlen erhalten.

* * *

Nach unserer vierteljährlich zur Veröffentlichung gelangenden Zusammenstellung üben zur Zeit 39 Arbeitersekretariate die von den freien Gewerkschaften gegründet sind und unterhalten werden, ihre Tätigkeit aus. In Ausführung

eines Beschlusses des vorjährigen Gewerkschaftskongresses, ist am 1. Januar d. J. in Berlin das Centralarbeitersekretariat errichtet worden. Durch die vom Berliner Gewerkschaftsausschuß am 26. September 1902 vollzogene Wahl wurde der Genosse Robert Schmidt zum Sekretär und Genosse Gustav Bauer zum Bureaubeamten gewählt. Die dem Centralarbeitersekretariat zugewiesenen Aufgaben bestehen in der Wahrnehmung der Termine am Reichsversicherungsamt und in der Auskunftserteilung an die Arbeitersekretariate und sonstige Anfragenden. Die Bedeutung der Arbeitersekretariate wird auch von den zuständigen Behörden gewürdigt. Der Präsident des Kaiserlich Statistischen Amtes in Berlin hat die Arbeitersekretariate und Gewerkschaftskartelle zur Mitarbeit durch folgendes Cirkular im Oktober v. J. aufgefordert:

„Von der arbeiterstatistischen Abteilung des Kaiserlichen Statistischen Amts wird die Herausgabe einer monatlich erscheinenden Zeitschrift vorbereitet, in welcher arbeiterstatistische Daten und sonstige für die Arbeitsverhältnisse bedeutsame Mitteilungen zusammengestellt und veröffentlicht werden sollen.

Für das Zustandekommen und für eine den praktischen Bedürfnissen entsprechende Ausgestaltung dieser Zeitschrift ist es erwünscht, daß alle beteiligten Kreise der Abteilung für Arbeiterstatistik das bei ihnen etwa vorhandene einschlägige Material zur Verfügung stellen.

An das Gewerkschaftskartell ꝛc. richte ich daher das ergebenste Ersuchen, fortan der Abteilung für Arbeiterstatistik regelmäßig die dortigen Jahresberichte und etwaigen sonstigen Veröffentlichungen, Protokolle usw. zugehen zu lassen (wenn möglich in drei Exemplaren)."

Wir sind überzeugt, das Kaiserlich Statistische Amt wird in den Arbeitersekretariaten treue und zuverlässige Mitarbeiter gefunden haben.

* * *

Der Streit um die zweckmäßigste Organisationsform der Gewerkschaften ist leider noch nicht gänzlich verstummt, wenn er sich auch nur noch auf wenige Parteiorte beschränkt. Unter den wenigen Parteiorten die in Frage kommen, nimmt Berlin die erste Stelle ein. Aus diesem Grunde sah sich der Parteivorstand veranlaßt den Versuch zu unternehmen, die getrennt marschierenden Gewerkschaftsorganisationen anzuregen in Verhandlungen über eine Vereinigung einzutreten. Die Anregung hatte den Erfolg, daß unter der Leitung des Parteivorstandes am 22. März eine Sitzung der Beteiligten stattfand. Das Ergebnis der Verhandlungen war das Uebereinkommen, daß während der Zeit der schwebenden Verhandlungen jeder Teil Angriffe sowohl in Versammlungen wie in der Presse zu unterlassen habe, und etwaige Publikationen sich im Rahmen streng sachlicher Erörterung zu halten hätten. In Folge verschiedener sich geltend machender Hindernisse konnten die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Die Erledigung mußte bis nach dem Parteitag verschoben werden.

* * *

Der 2. Bauarbeiterschutzkongreß ist vom 29. März ab in Berlin abgehalten worden. Derselbe war sehr zahlreich auch von ausländischen Delegierten besucht.

* * *

Im Herbst d. J. finden die preußischen Landtagswahlen statt, an denen sich die preußischen Genossen allgemein zum erstenmal beteiligen. Um die Vorarbeiten der Wahlagitation in die Wege zu leiten, und um den Genossen eine feste Richtschnur der einzuhaltenden Taktik zu geben, fand auf Einladung des Parteivorstandes am 26. März d. J. in Berlin eine Konferenz preußischer Delegierter statt, die von 92 Teilnehmern besucht war. Die Verhandlungen wurden von dem Genossen Singer geleitet. Genosse Arons hatte das Referat übernommen, dem folgende vom Parteivorstand vorbereitete Resolution als Grundlage diente:

1. Für die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen ist ausschließlich der in Mainz 1900 gefaßte Parteitagsbeschluß maßgebend:

„In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlsystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, mit eignen Wahlmännern in die Wahlagitation einzutreten. — Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Central-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keine Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen."

2. Da bei der Teilnahme an den preußischen Landtagswahlen wie an allen Parlamentswahlen für die Sozialdemokratie in erster Linie die Entfaltung der Agitation zur Aufklärung der Massen steht, muß ohne Rücksicht auf etwaige materielle Erfolge überall dort in die Wahl eingetreten werden, wo überhaupt die Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmannskandidaten möglich ist. Das gilt im besonderen auch für einzelne vorgeschrittene Orte solcher Wahlkreise, in denen im allgemeinen an die Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner nicht gedacht werden kann.

3. Kommt es bei den Urwahlen zur Stichwahl, in der nach Ausfall der Sozialdemokraten liberale Kandidaten solchen anderer Parteien gegenüberstehen, so wird im allgemeinen für die liberalen Kandidaten zu stimmen sein.

4. Die Entscheidung über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl ist nach Feststellung des Ergebnisses der Urwahlen durch das Central-Wahlkomitee im Einvernehmen mit den in Frage kommenden Wahlkreis-Komitees zu treffen. In Wahlkreisen, in denen ein sozialdemokratischer Abgeordneten-Kandidat aufgestellt wird, ist zu fordern, daß derselbe an erster Stelle gewählt wird. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so haben die sozialdemokratischen Wahlmänner in allen Wahlgängen nur für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen; bei etwaigen Stichwahlen ist Stimmenthaltung zu üben.

5. Zur Vorbereitung der Wahlen ist sofort mit der Feststellung zu beginnen, an welchen Orten und in welchen Urwahlbezirken sozialdemokratische Wahlmannskandidaten aufgestellt werden können. Ferner ist von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern überall darauf zu dringen, daß die Urwahlbezirks-Einteilung möglichst bald veröffentlicht wird.

6. Das Central-Wahlkomitee hat für das rechtzeitige Erscheinen einer billigen gedruckten Zusammenstellung der Wahlvorschriften Sorge zu tragen. —

Diese Resolution wurde von der Konferenz einstimmig angenommen. Mehrere Provinzial-Agitationskomitees haben sofort nach dem Abschluß der Reichstagswahlen die Agitation für die Landtagswahlen begonnen.

Das Gleiche gilt von unseren Genossen in Sachsen, die sofort nach ihren glorreichen Reichstagswahlsiegen unmittelbar die Agitation für die Landtagswahlen aufnehmen mußten. Es scheint, daß die sächsische Regierung unter dem Druck der für sie so außerordentlich ungünstig ausgefallenen Reichstagswahlen eine Reform des sächsischen Landtagswahlrechts vornehmen will. Bei der durch und durch reaktionären Natur der sächsischen Regierung und der Feigheit und Charakterlosigkeit der sächsischen Bourgeoisie, darf man von dieser Reform nicht viel erwarten. Unsere sächsischen Genossen entfalten eine intensive Wahlagitation mit der Forderung: Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

* * *

Von der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Berlins ist im Anschluß an die 2. Gemeindevertreterkonferenz der Provinz Brandenburg eine Agitationskommission eingesetzt mit dem Zwecke, die Gemeindevertreterwahlen auf der Grundlage eines Programms für die Gemeindepolitik sozialdemokratischer Gemeindevertreter zu betreiben. Die Kommission hatte

an den Parteivorstand das Ersuchen gerichtet, im Anschluß an die preußische Konferenz zur Besprechung der Landtagswahlen eine Konferenz der preußischen Gemeindevertreter stattfinden zu lassen. Der Parteivorstand lehnte dieses Ersuchen ab mit dem Hinweis, daß sich einer der nächsten deutschen Parteitage generell mit der Festsetzung allgemeiner Leitsätze für die Gemeindewahlen befassen wird. Die Kommission beabsichtigt deshalb, die Konferenz preußischer Gemeindevertreter erst stattfinden zu lassen, nachdem sich der deutsche Parteitag mit der Angelegenheit befaßt haben wird.

* * *

Organisation. Dem Ausbau der Organisation widmen die Genossen allerorts die größte Aufmerksamkeit und mit Recht. Beruht doch auf einer guten Organisation der Erfolg des Kampfes und die Möglichkeit, erkämpfte Positionen zu behaupten. Wiederum ist eine größere Anzahl Parteiorte und auch Wahlkreise dazu übergegangen, Wahl- resp. Kreiswahlvereine mit festen Beiträgen zu bilden, um der Agitation eine feste und gesicherte Grundlage zu geben. Durch die Reichstags-Wahlagitation gefördert, ist in fast allen Wahlvereinen die Mitgliederzahl in erheblichem Maße gestiegen und damit eine wesentliche Aufbesserung der Parteifinanzen erzielt.

Durch Beschluß des Kreiswahlvereins Offenbach-Dieburg war bei dem Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts nach § 2 des Organisationsstatuts beantragt. Das Schiedsgericht sollte über die fernere Parteizugehörigkeit des Genossen Streb Beschluß fassen. Der Parteivorstand entsprach dem gestellten Antrag und beauftragte das Mitglied der Kontrollkommission den Genossen Brühne-Frankfurt am Main mit dem Vorsitz des Schiedsgerichts. Das Schiedsgericht hielt zwei Sitzungen ab, am 4. und 10. Januar in Offenbach und kam zu dem Beschluß, daß Genosse Streb eine von den beiden im § 2 des Organisationsstatuts bezeichneten Handlungen, die den Ausschluß aus der Partei rechtfertigen, nicht begangen habe, daß er aber Fehler gemacht habe und dieserhalb eine ernste Rüge verdiene, die dem Genossen Streb erteilt wurde. Die Einsetzung noch je eines Schiedsgericht in einer Streitsache in Düsseldorf und Charlottenburg, ist schon seit längerer Zeit bei dem Vorstand beantragt. Im Einverständnis mit den Beteiligten ist die Berufung des Schiedsgerichts bis nach den Wahlen und der Erledigung der durch die Wahlen sich ergebenden zahlreichen Geschäfte vertagt worden. In Anbetracht der Geschäftslage werden die beiden Sachen vor dem Parteitag ihre Erledigung nicht finden.

Der Münchener Parteitag erteilte dem Parteivorstand den Auftrag, eine zweckentsprechende Form einer Aenderung des § 2 des Organisationsstatuts vorzubereiten. Die Aenderung ist deshalb notwendig geworden, weil das bayerische Landes-Organisationsstatut bestimmt, daß jeder Genosse dem Wahlverein angehören muß, an dem er seinen Wohnsitz hat. Mit dieser Bestimmung ging der aus dem Wahlverein ausgeschlossene Genosse der Möglichkeit verloren in Bayern Parteigenosse zu sein, während er es für das übrige Deutschland blieb. Das ist ein unhaltbarer Zustand dem nicht anders zu begegnen ist, als daß auch der Ausschluß aus dem Wahlverein durch schiedsrichterliches Verfahren zu erfolgen hat und der so herbeigeführte Ausschluß aus dem Wahlverein, dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleichzuachten ist.

Der Parteivorstand schlägt deshalb folgende Aenderung des § 2 des Organisationsstatuts vor und empfiehlt dieselbe dem Parteitag zur Annahme.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen

bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß aus einer solchen Organisation darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen 6 Wochen die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Den ihm vom Münchener Parteitag gewordenen Auftrag, zwischen der deutschen Partei und der Organisation der polnisch-deutschen Sozialdemokratie eine Verständigung und Einigung herbeizuführen, hat der Parteivorstand sofort nach dem Parteitag entsprochen und die diesbezüglichen Verhandlungen in die Wege geleitet. Es haben zu diesem Zweck zwei Konferenzen stattgefunden, die erste am 10. Oktober v. J. und die zweite am 19. Januar d. J. Das Resultat war ein negatives.

Die Organisation der polnisch-deutschen Sozialdemokratie bleibt außerhalb des Rahmens der deutschen Sozialdemokratie stehen. Wir haben zu derselben keine anderen Beziehungen als die durch die internationale Interessengemeinschaft bedingten.

Doch zeitigten die Verhandlungen insoweit ein praktisches Resultat, als durch dieselben angeregt, die Genossen der beiderseitigen Organisationen in Posen und Oberschlesien, sich über die in den beiden Bezirken aufzustellenden Kandidaten verständigten und über die Leistungen zu den Wahlkosten einigten.

Wurde somit die Einigung der beiden Organisationen auch nicht erreicht, so wurde doch das Streitobjekt beseitigt, das für den Münchener Parteitag die Ursache war, dem Parteivorstand den Auftrag zu einem Versuch der Einigung zu erteilen.

Von vier Parteigenossen unterzeichnet, ging dem Parteivorstand am 13. Februar d. J. ein Schreiben zu, in dem gegen die Redaktion der Neuen Zeit Beschwerde erhoben und verlangt wird, der Vorstand solle schleunigst Remedur schaffen. Die entscheidenden Stellen der Beschwerdeschrift lauten: „Die Neue Zeit hat es für gut befunden wieder einmal Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in diesem Blatte anzugreifen und in ihrer Ehre zu kränken, weil sie an nicht sozialdemokratischen Blättern mitarbeiten.“ Und an anderer Stelle: „Besonders greift die Neue Zeit Parteigenossen an, die ihre Ansichten mit Namensnennung in einem Blatte entwickeln, das den Anhängern der verschiedensten Richtungen Raum zur Aussprache giebt, und sie stellt es so dar, als ob diese Genossen damit gegnerischen Zwecken und Mächten dienten, und sich mit Angriffen identifizierten, die von demselben Blatt von anderer Seite vorgefallen sind.“

In dem am 27. Februar den Beschwerdeführern zugestellten Bescheid des Vorstandes wird ausgeführt: „Wir können nicht anerkennen, daß die Redaktion der Neuen Zeit durch Aufnahme des Artikels Konzessionsschulzes in Nr. 16 des

genannten Blattes eine Handlung beging, die eine Rüge oder Zurechtweisung verdiente. Wir hätten nur gewünscht, daß der betreffende Artikelschreiber den Namen desjenigen oder derjenigen genannt hätte, die er mit seinen Angriffen treffen wollte, um Mißverständnisse zu vermeiden."

Gleichzeitig gab der Vorstand den Beschwerdeführern Kenntnis von seiner Absicht, im Centralorgan seine Meinung über die Zulässigkeit der Mitarbeit oder die Uebernahme einer Redakteurstelle an der bürgerlichen Presse zu äußern.

Diese Meinungsäußerung des Vorstandes ist vom 2. März d. J. datiert und in der Nr. 52 des Vorwärts vom 3. März d. J. veröffentlicht. Dieselbe lautet:

Partei-Nachrichten.

Der Unterzeichnete ist veranlaßt worden, über einige Fragen seine Meinung abzugeben, die seit längerer Zeit größere Kreise der Partei beschäftigen und eine Stellungnahme nötig machen.

1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, daß Parteigenossen als Redakteure und Mitarbeiter an bürgerlichen Preßunternehmungen tätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird?

Antwort: Nein!

2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft?

Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen.

Im Interesse der Partei sowohl wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den letzteren keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil solche sie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müssen.

Berlin, den 2. März 1903.

Der Parteivorstand.

Ein an die Beschwerde und deren Bescheidung anknüpfender nochmals gepflogener Briefwechsel zwischen den Beschwerdeführern und dem Parteivorstand kann vorläufig zurückgestellt bleiben. Die Bekanntgabe würde nur dann zweckentsprechend sein, wenn der Gegenstand der Beschwerde von einer Seite wieder aufgenommen und weiter verfolgt würde.

* * *

Maifeier. Alle Berichte stimmen darin überein, daß der Grundgedanke der Maifeier — die würdigste Begehung der Feier geschehe durch Arbeitsruhe — bei der diesjährigen Maifeier weiteste Ausbreitung und Anwendung gefunden habe. Auch von Maßregelungen, Aussperrungen 2c. größeren Stils, hat man wenig gehört. Aus München wurde sogar gemeldet, daß die größeren Betriebe es ihren Arbeitern freigestellt haben, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Die beiden Vormittagsversammlungen im „Kindl" und in der „Schwabinger Brauerei" waren denn auch überfüllt.

Die Berliner Gewerkschaften denen die Arrangements des Vormittags obliegen, hatten 40 Versammlungen veranstaltet, die sämtlich überfüllt waren. Auch in sämtlichen Vororten — wir zählten deren 25, fanden Vormittagsversammlungen statt.

Nur aus der Pfalz wurde eine nicht befriedigende Beteiligung an der Arbeitsruhe gemeldet. Dieses Verhalten der pfälzischen Arbeiter verdient Entschuldigung, wenn man die schwere geschäftliche Depression in Betracht zieht, unter der speziell die Arbeiter der Pfalz seit Jahr und Tag zu leiden haben.

In Chemnitz war der Andrang zu der Morgendemonstration so stark, daß die polizeiliche Absperrung des Lokals erfolgte.

Festzüge, natürlich mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis, fanden statt in Bremen, Hamburg, Stuttgart und Offenbach. In Leipzig, Dresden und Magdeburg mußte zwar von der Veranstaltung eines geschlossenen Festzuges Abstand genommen werden, jedoch wurden diesmal der zwanglosen Wanderung der Massen nach dem vorgesehenen Bestimmungsort Schwierigkeiten von den Aufsichtsbeamten nicht bereitet. Auch Maifeierprozesse, wie die früher in Dresden inscenierten, überleben sich; und eine Wiederholung würde die Untergrabung der staatlichen Autorität nur fördern. Das scheint man eingesehen zu haben.

An dem Festzug in Hamburg beteiligten sich 20 000 Teilnehmer. Im anliegenden Altona war der Festzug verboten, im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

* * *

Internationales. Auch das von dem internationalen Kongreß in Brüssel eingesetzte Internationale Bureau hielt es für angezeigt, durch Aufruf vom 20. April d. J. die sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen auf die Bedeutung der Maifeier aufmerksam zu machen, und als die würdigste Feier die Arbeitsruhe zu empfehlen.

Weiter fand am 20. Juli in Brüssel eine internationale Konferenz der im Bureau vertretenen Nationen statt, um die Tagesordnung des im nächsten Jahre in Amsterdam stattfindenden internationalen Kongresses festzusetzen. Auf die Tagesordnung des Kongresses soll gesetzt werden:

1. Bericht und Antrag der internationalen Komitees auf Erweiterung.
2. Generalstreik.
3. Internationale Regelung der sozialistischen Politik.
4. Gewerkschaft und Politik.
5. Internationale Schiedsgerichte.
6. Kolonialpolitik.
7. Trusts und Arbeitslosigkeit.
8. Nationale Gesetzgebung über internationale Ein- und Auswanderung.

Auf Antrag Hyndmanns-London sprach die Konferenz den dänischen und deutschen Genossen ihre Glückwünsche zu den erfochtenen Wahlsiegen aus, worauf unsere Delegierten für die den deutschen Genossen erwiesene internationale Wahlhilfe herzlich dankten. Die Konferenz resolvierte noch dahin, daß vor dem internationalen Kongreß noch eine Konferenz stattfinden solle, und zwar im Februar des nächsten Jahres.

* * *

Wahlen. Im Herbst vorigen Jahres haben in einer großen Anzahl von Orten Gewerbegerichtswahlen stattgefunden. Allerorts, wo eine gute Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, drang die Liste der freien Gewerkschaften teils ohne Gegenliste, teils mit sehr großer Mehrheit gegen die Liste der christlichen Gewerkschaften oder die der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine durch. Wir nennen Straßburg i. E., Nürnberg, Elberfeld, Weimar, Kassel, Prenzlau, Schwiebus, Schwerin, Bochum, Berlin 2c. In Berlin wurden auch vier sozialdemokratische Beisitzer von den Arbeitgebern gewählt. In Augsburg hatten sich die christlichen Arbeitervereine und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine vereinigt, um gemeinsam die freien Gewerkschaften zu bekämpfen. Trotzdem die ersteren das Wohlwollen und die Unterstützung der Unternehmer genossen, siegte die Liste der Gewerkschaften mit 4500 gegen 2890 Stimmen, die auf die vereinigten Gegner fielen. In Rummelsburg bei Berlin siegte auch die sozialdemokratische Liste in der Klasse der Arbeitgeber. Bei der Gewerbegerichtswahl in Schwerin, welche am 11. Oktober stattfand, kamen wie bei der diesmaligen

Reichstagswahl auf Antrag der Gewerkschaften Stimmzettel in amtlichen Umschlägen zur Verwendung. Die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten wurden einstimmig gewählt. Das Proportionalwahlsystem kam bei den Wahlen in Gießen und München zur Anwendung. In Gießen steigerten die Gewerkschaften ihre Stimmen von 237 vor drei Jahren auf 763 Stimmen, während die vereinigten christlichen Arbeitervereine es nur auf 69 Stimmen brachten. Dafür erhielten sie einen Arbeiterbeisitzer, verloren dagegen zwei Sitze von den Arbeitgebern an die Gewerkschaften. In gleicher Weise äußerten sich die Wirkungen des Proporz in München. Die Liste des Gewerkschaftsvereins erzielte 9747 Stimmen gegen 1948 Stimmen, die auf die Liste der Christlichen entfielen, wofür sie zehn Mandate erhielten. Dieser Verlust wurde fast doppelt wett gemacht, indem die Gewerkschaften bei den Arbeitgeberwahlen 17 Mandate gewannen. Das charakteristische bei diesen Gewerbegerichtswahlen nach dem Verhältnis der für die verschiedenen Parteien abgegebenen Stimmen (Proportionalwahlsystem) ist, daß es nur dort eingeführt wurde, wo es den freien Gewerkschaften gelang, die Gegner gänzlich aus den Gewerbegerichten zu verdrängen. Dagegen hat man noch in keiner Gemeinde die Proportionalwahl eingeführt, in denen es bisher noch gelang, die Vertreter der freien Gewerkschaften aus den Gewerbegerichten fernzuhalten. Das entspricht dem Zweck, den die Reichstagsmehrheit mit der fakultativen Einführung der Proportionalwahl erreichen wollte. Gleichwie in Berlin hatten die städtischen Kollegien in Fürth die Gewerbegerichtswahl auf einen Sonntag — den 30. Dezember — festgesetzt. Gegen diese Festsetzung reichten die Nationalliberalen wie auch die Freisinnigen Protest bei der Kreisregierung ein. Die ersteren traten für die Heiligkeit des Sonntags ein, der „durch Arbeit nicht geschändet werden dürfe". Die letzteren befürchteten den Terrorismus der Sozialdemokraten, die ohne Vorzeigung der Mitgliedskarte niemand den Zutritt zum Wahllokal gestatten würden. Die Regierung gab dem Protest Folge und verbot die Vornahme der Wahl an einem Sonntage. Im katholischen Elsaß wird der Sonntag noch immer durch die Gewerbegerichtswahlen „geschändet". Die Gemeinde- und die Bezirksratswahlen finden dort stets — nach französischer Sitte — an einem Sonntag statt.

An den Gemeinderats- und Stadtverordnetenwahlen beteiligen sich die Genossen in stets zunehmendem Maße. Alle dabei erzielten Erfolge aufzuführen, ist unmöglich. Die Berichterstattung muß sich bescheiden, einzelne typische Fälle herauszuheben. So z. B. beteiligten sich unsere Genossen in Altenburg im Oktober v. J. zum erstenmale an den Stadtverordnetenwahlen und errangen fünf Mandate. Dadurch, daß man alle Steuerzahler bis zu einem Einkommen von 4500 Mark der dritten Abteilung zugeteilt hatte, glaubte man die Sozialdemokratie aus dem Rathaus fernhalten zu können. Unsere Genossen brachten es dennoch auf 3884 Stimmen, während die Gegner nur 2686 Stimmen aufbrachten. Gleiche Erfolge erzielten unsere Genossen in Schmölln und Ronneburg.

Eine gesicherte Position eroberten sich die Stettiner Genossen im Rathaus. Die Herbstwahlen brachten ihnen einen Gewinn von sechs Mandaten, wodurch sie über 14 Stimmen im Stadtverordnetenkollegium verfügen. Die Genossen in Gera behaupteten zwei Mandate und eroberten drei, wodurch die im Vorjahr erlittene Schlappe wieder wett gemacht wurde.

Die Ersatzwahlen in Rixdorf brachten einen vollen Sieg den Genossen, die daselbst schon seit Jahren die dritte Abteilung vollständig beherrschen.

Bei den am 1. Februar in Braunschweig vollzogenen Wahlen brachten es die Genossen auf 10 Mandate, womit die Möglichkeit gegeben ist, selbständige Anträge zu stellen und deren sofortige Beratung durchzusetzen. In die gleiche günstige Lage kam unsere Fraktion in dem Leiziger Stadtverordnetenkollegium durch die Eroberung vier weiterer Sitze. Dem Kollegium gehören jetzt 16 Genossen

an. In Solingen errangen die Genossen im November alle vier freigewordenen Mandate. Besonders bezeichnend ist der im November v. J. in Furtwangen erfochtene Sieg der Genossen. Bei einer Wahlbeteiligung von 90 Proz. fielen den Genossen sämtliche 11 Mandate der dritten Abteilung zu. Seither hatten die Klerikalen die unbestrittene Herrschaft. Ebenso gewannen die Genossen in dem klerikalen Triberg neun Mandate. Nur eins der dritten Abteilung verblieb im Besitz der Ultramontanen. Und endlich eroberten die Genossen in Durlach im Januar d. J. sämtliche 16 zur Ersatzwahl stehenden Mandate der dritten Abteilung. Von 28 der dritten Abteilung zugehörenden Mandaten befinden sich nur noch vier im Besitz der bürgerlichen Parteien. Mehrere badische Gemeinden besitzen auch sozialdemokratische Bürgermeister, was daraus zu erklären ist, daß der Gewählte der Bestätigung des Landesfürsten nicht unterliegt.

In dem badischen Städtchen Malsch war das einträchtige Zusammenwirken der sozialdemokratischen Bürgerausschußmitglieder mit dem Bürgermeister den Ultramontanen recht unangenehm geworden und unter der Führung der Pfarrer wurde der Bürgermeister dem Bezirksamt und dem Ministerium wegen zu „freier" Gesinnung denunziert. Doch der Bürgermeister ließ sich nicht einschüchtern, sondern erließ freimütig folgende Erklärung: „Den sozialdemokratischen Bürgerausschußmitgliedern, die bis jetzt auf dem Rathaus tätig waren, darf ich mit Recht das Zeugnis ausstellen, daß sie nur für das Wohl und die Fortschritte der Gemeinde eingetreten sind. Ich erkläre hier offen, daß wir ohne sozialdemokratische Bürgerausschußmitglieder noch keine Sparkasse, keine gewerbliche Fortbildungsschule sowie auch keine Wasserleitung hätten. Deubel, Bürgermeister.

Die Erklärung ist ebenso ein ehrendes Zeugnis für den Freimut und die Unbefangenheit des Bürgermeisters, wie für die von den Genossen im Dienste der Gemeinde ausgeübte Tätigkeit.

In dem thüringer Städtchen Waltershausen ist der Genosse Landtagsabgeordneter Denner bei Beginn des neuen Jahres zum 2. Vorsitzenden des Stadtverordneten-Kollegiums einstimmig gewählt worden. Die Partei hat in dem Kollegium die Hälfte der Mandate im Besitz.

Die Beteiligung an den Landtagswahlen ist bei den Genossen in immer größere Aufnahme gekommen und derzeit fast allgemein. Die nachfolgend registrierten Wahlen haben im Oktober und November v. J. stattgefunden. Bei den Wahlen zum Oldenburger Landtag fielen den Genossen 6 Mandate zu, von denen 3 den Agrariern abgewonnen wurden. — In Schwarzburg-Rudolstadt erorberten wir 7 Mandate. Bisher besaßen wir nur eines. Genosse Winter wurde zum Vizepräsidenten des Landtags gewählt. — Bei der Ersatzwahl in Saalfeld wurde Genosse Zietsch gewählt, wodurch die Zahl unserer Abgeordneten im Meininger Landtag auf 7 stieg. — Durch die Nachwahl im Heilbronner Amt stieg die sozialdemokratische Fraktion im württembergischen Landtag von 5 auf 6 Köpfe. — Die Wahlen in Hessen brachten uns 7 Mandate. Der Versuch uns das Mandat von Offenbach-Land, das kassiert worden war, zu entreißen, scheiterte. Genosse Orb wurde wiedergewählt, bezw. der Wahlbezirk Biber wählte die 6 sozialdemokratischen Wahlmänner mit 70 Stimmen Mehrheit wieder. — In den Anhalter Landtag hielt die Sozialdemokratie v. J. zuerst ihren Einzug. 4 Genossen wurden gewählt. — Die Genossen in Bremen gewannen bei den Bürgerschaftswahlen 9 Mandate, wodurch die sozialdemokratische Fraktion auf 20 Mitglieder gestiegen ist. — Die am 17. Dezember v. J. erfolgte Wahl des Genossen Emmel in den elsäßischen Landesausschuß wurde kassiert. Jedoch wurde Genosse Emmel am 28. April d. J. wiedergewählt.

In Sachsen, Baden und Preußen sind die Genossen teils in voller Agitation, teils mit den Vorarbeiten beschäftigt, für die in den genannten Staaten demnächst bezw. im Herbst stattfindenden Landtagswahlen.

Wir lassen eine Zusammenstellung folgen, aus der die Stärke der sozialdemokratischen Fraktionen der Landtage und die gewählten Abgeordneten zu ersehen sind. Die in Klammern gegebenen Ziffern geben die Gesamtziffer der Mitglieder, aus denen der betreffende Landtag besteht.

Bayern 11 (154): Birk, Ehrhart, v. Haller, Huber, Keidel, Löwenstein, Merkel, Müller, Schmitt, Segitz, v. Vollmar.

Württemberg 6 (93): Blumhardt, Hildenbrandt, Keil, Kloß, Schäffler, Tauscher.

Baden 6 (83): Dreesbach, Eichhorn, Fendrich, Geck, Geiß, Kramer.

Hessen 7 (50): Berthold, Kramer, David, Haas, Orb, Rau, Ulrich.

Oldenburg 6 (40): Duden, Heitmann, Hug, Meyer, Schmidt, Schulz.

Sachsen-Weimar: 2 (33): Baudert, Reidt.

Anhalt 4 (36): Günther, Langheld, Peus, Voigt.

Sachsen-Altenburg: 4 (30): Buchwald, Horn, Käppler, Schüller.

Sachsen-Koburg-Gotha 10 (30): Bock, Denner, Hildebrandt, Joos, Köllner, Schauder, Spengler, Tillig, Wolf, Walter.

Sachsen-Meiningen 7 (24): Eckardt, Hofmann, Wächter, Wehder, Wehner, Weigelt, Zietzsch.

Lippe-Detmold 3 (21): Becker-Lemgo, Becker-Oerlinghausen, Schmuck.

Reuß a. L. 1 (12): Feustel.

Reuß j. L. 5 (16): Böttger, Fiedler, Leben, Patzer, Vetterlein.

Schwarzburg-Rudolstadt 7 (16): Bloß, Böttcher, Frötscher, Hartmann, Kaiser, Venter, Winter.

Bremen 20 (150): Barthel, Behrens, Blome, Donath, Ebert, Engeland, Hartmann, Imwolde, Junge, Klawitter, Kruse, Mähr, Rhein, Rose, Rosenlehner, Struckmann, Ulmer, Voigt, Waigand, Wegener.

Hamburg 1 (160): Stolten.

Elsaß-Lothringen 1 (58): Emmel.

Nicht vertreten ist die Sozialdemokratie demnach in den gesetzgebenden Körperschaften in Preußen, Sachsen, Braunschweig, Schaumburg, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Lübeck.

* * *

Nachwahlen zum Reichstag fanden in dem Berichtsjahr 5 statt, an denen sich die Partei beteiligte und zwar in Liegnitz, Danzig, Schleswig, Meppen und Forchheim. In den 3 erst genannten Kreisen kamen wir in die Stichwahl, in der wir gegen den Freisinn unterlagen.

Seit dem Münchener Parteitag stand die Agitation unter dem Einfluß der bevorstehenden allgemeinen Reichstagswahlen. Bebels Referat in München war das Alarmsignal und die Herausgabe desselben als Broschüre ein wesentliches Unterstützungsmittel unserer Redner in der vorbereitenden Wahlagitation. Letztere schlug um so höhere Wogen, jemehr sich die Kämpfe um den Zolltarif im Reichstag zuspitzten. Eine gewaltige Protestbewegung ging unter der Führung der Genossen durch das Reich, die in ungezählten massenhaft besuchten Versammlungen ihren Ausdruck fand. In den Großstädten und Industriecentren vermochten die Versammlungslokale die Erschienenen nicht zu fassen. So z. B. fanden am 4. Dezember v. J. und am 22. Januar d. J. in Berlin jedesmal 32 Versammlungen statt, zu denen der Andrang so groß war, daß die polizeiliche Absperrung erfolgte. Das gleiche gilt von allen größeren Parteiorten.

Unsere Gegner hatten die redliche Absicht zu einem großen Schlage auszuholen. Die aus dem Wahlkampf des Jahres 1898 berüchtigte Flugschriftenfabrik des Hülleschen Verlags, wurde ersetzt durch die Machwerke des Bürger-Fränkel, den Eugen Richter mit der Herausgabe des „Sozialistenspiegels“ zu übertrumpfen suchte. Ein aus Vertretern aller bürgerlichen Gesellschaftsklassen gebildetes Komitee schwang den Klingelbeutel, dabei auf die Tatkraft und die Opferfreudigkeit unserer Genossen verweisend. Großsprecherisch verkündete man, Singer habe in München erklärt: „Wir wollen alles aufbieten um in die gesetzgebenden Körperschaften eine so stattliche Zahl von Sozialdemokraten hineinzubringen, daß man in Deutschland ohne die Sozialdemokratie nichts mehr machen könne, auch keine Gesetze“. Und daß Bebel ausrufen konnte: „In dem beginnenden Wahlkampf müssen wir unsere vollste Schuldigkeit leisten, bis zur völligen Erschöpfung unserer physischen und materiellen Kräfte“, dem sollte durch umfassende Belehrung der breitesten Wählermassen über die Wertlosigkeit des sozialdemokratischen Programms begegnet werden.

Der Schlag, den man gegen uns zu führen beabsichtigte, war ein Schlag ins Wasser. Für uns war der Ausfall der Wahlen ein glänzender. Gestählt ist die Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen, bereit, jeden Augenblick den Kampf mit gleichem Nachdruck zu führen.

Am 30. April wurde der Reichstag geschlossen und am 1. Mai erschien der Wahlaufruf unserer Fraktion im „Vorwärts“, eine würdige Einleitung zur Maifeier. Der Aufruf gab den Genossen die Wahlparole in folgenden klaren Sätzen:

Nieder mit dem die Völker aussaugenden Militarismus und Marinismus in seiner jetzigen Gestalt! Völkerverständigung! Völkerfrieden!

Nieder mit einer verderblichen Zoll- und Handelspolitik, die viele Millionen in ihren Lebensinteressen schädigt!

Nieder mit einer Steuer- und Zollpolitik, welche die Armen bedrückt und die Reichen begünstigt!

Nieder mit der Reaktion im Innern, der staatlichen Willkür, der Bevormundung, dem Polizeidruck, der Rechtsunsicherheit!

Auf zum Kampf für den Fortschritt auf allen Gebieten, für Wissen und Aufklärung, für Befreiung und Erlösung von allem Druck, den Klassenstaat, Klassenherrschaft und Klassengesetzgebung auf die Schultern der schwer arbeitenden Volksmehrheit geladen haben.

Unser Ziel ist die Herbeiführung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, gegründet auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Arbeitsmitteln und der Arbeitspflicht aller ihrer Glieder. Schaffung eines staatlichen und gesellschaftlichen Zustandes, in dem die Wahrheit, die Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung und die Wohlfahrt Aller der unverrückbare Leitstern für alles Handeln ist.

Wähler! Wer von Euch diese unsre Anschauungen teilt, der stimme am 16. Juni nur für den Kandidaten der Sozialdemokratie!

An dieser Stelle ist nicht der Ort uns in Ruhmredigkeit über die erzielten Erfolge zu ergehen. Alle, die bei dem gewaltigen Ringen im Wahlkampf tätig waren, haben reiche Entschädigung gefunden im Gefühl der Genugtuung über die errungenen Siege. Damit die Genossen diesen Genuß ungeschmälert genießen können, geben wir in nachstehender Tabelle ein anschauliches Bild über die Entwicklung der Partei seit den Wahlen im Jahre 1867 in den Kreisen, die wir bei den diesjährigen Wahlen behauptet und neu erobert haben.

Auch das Ergebnis der Nachwahlen und der in den jeweiligen Legislaturperioden stattgehabten Nachwahlen ist aufgeführt.

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	Gewählt. Abg.
Preußen:													
Königsberg	—	303	1365	2066	1108	248	4351	7987	12370	10968	**13522**	14042	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	6426	10280	**13138**	**13136**	—	**16569**	1
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**11914**	—	—	
Berlin II	—	180	1143	3988	7583	3159	9282	14751	20225	26667	26269	**34995**	2
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	23381	**29359**	**28547**	—	
Nachwahl	—	—	—	—	7474	—	—	—	—	—	**24320**	—	
Nachwahl	—	—	—	—	2639	—	—	—	—	—	—	—	
Berlin III	—	519	1607	3991	6914	2452	6344	9088	12287	12732	11411	**15124**	3
Eng. Wahl	—	—	—	6070	—	—	—	10558	12945	**14068**	**12766**	—	
Nachwahl	—	—	1533	5765	—	3691	—	—	—	—	—	—	
Berlin IV	—	1104	3860	**10769**	20224	13573	**25386**	**32064**	**40709**	**46356**	**45293**	**68758**	4
Eng. Wahl	—	—	—	—	**22020**	18979	—	—	—	—	—	—	
Berlin V	—	—	1041	2032	3615	160	2444	4803	7234	9729	10025	**14568**	5
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	8701	**11245**	10899	—	
Nachwahl	—	—	—	3217	204	1709	2520	—	—	—	—	—	
Berlin VI	—	—	3161	**9569**	15707	10629	24258	**30453**	**42274**	**51569**	**58778**	**79478**	6
Eng. Wahl	—	—	6019	—	—	17378	**24465**	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	5149	**12751**	—	—	**20327**	**26067**	—	—	**53895**	—	
Niederbarnim	—	—	2142	2855	2775	935	2893	5680	13362	17044	**23017**	**38364**	7
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**15411**	**18710**	—	—	
Teltow-Beesk.	—	—	1453	2608	4763	1265	4543	8668	19169	31424	42699	**73854**	8
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	22839	**36330**	**51967**	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	4515	—	—	—	—	—	
Westhavelland	—	1602	2900	2337	1257	1415	3141	4385	6285	7712	9263	**11228**	9
Eng. Wahl	—	—	3914	—	—	—	—	—	7051	8951	10542	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	6320	7864	9509	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	6154	**9720**	**10991**	—	
Frankfurt a. O.	136	259	2511	2335	1325	692	1318	2262	6941	9122	9902	12817	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	10089	11158	11567	**14685**	10
Nachwahl	136	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Randow	—	—	2123	1592	833	159	770	3786	8422	10508	10552	**17145**	11
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	10065	10969	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11756	—	
Stettin-Stadt	—	284	2166	2102	914	910	1139	4276	7759	9586	10145	13111	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	8468	**10772**	12590	**16637**	12
Nachwahl	—	—	—	—	719	—	—	—	—	—	—	—	
Breslau-Ost	—	175	1148	4273	6593	5243	6019	7781	10044	**12736**	12505	14831	
Eng. Wahl	—	—	—	7826	**9771**	**8455**	**8808**	10069	**12766**	—	**15594**	**17624**	13
Nachwahl	—	—	—	7815	5415	—	—	—	—	—	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	**7589**	—	—	—	—	—	—	—	
Breslau-West	—	134	1814	4347	6412	4955	6221	8032	11511	**13507**	**14820**	**17545**	14
Eng. Wahl	—	—	—	7276	8819	**8313**	**8936**	**10779**	13283	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	7439	5184	—	—	7800	—	—	**14689**	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	7544	—	—	**9949**	—	—	—	—	
Waldenburg	—	—	846	3168	3912	1552	1244	—	6334	11386	11403	**16377**	15
Eng. Wahl	—	—	—	7476	—	—	—	—	—	**12299**	**13043**	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**13166**	—	
Reichenbach	1668	1680	4633	5829	2892	2987	3783	5831	8556	8668	9647	**11619**	16
Eng. Wahl	2332	—	—	**6657**	—	—	—	—	9748	10106	—	—	
Magdeburg	—	265	1208	2724	6253	5541	8112	11438	**17261**	16633	**20125**	20871	
Eng. Wahl	—	—	—	6471	—	6931	**12301**	13465	—	**19074**	—	**24191**	17
Nachwahl	—	—	—	—	4721	—	—	—	**18455**	—	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	7308	—	—	—	—	—	—	—	

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	Gewählt. Abg.
Calbe	—	227	5069	4475	1016	298	2204	4837	12514	13630	17090	**20261**	18
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**16387**	—	**18300**	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17929	—	
Halle a. S.	1908	—	1250	2323	1046	1137	3535	6590	12808	12991	17840	**20439**	19
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**15109**	14127	**19511**	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**15687**	—	—	
Weißenfels	—	904	1889	2542	2142	1449	3520	5591	10563	11716	13622	**18235**	20
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	13602	13120	**15794**	—	
Flensburg	—	—	1216	954	—	353	920	2711	3890	4073	4016	6316	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	4994	4525	5451	**10082**	21
Nachwahl	—	995	—	—	—	—	2286	—	—	—	—	—	
Ottensen	—	1815	6769	7923	5452	1157	3593	6520	10820	13097	**15928**	**19144**	22
Eng. Wahl	—	—	—	8354	6753	—	—	9895	**12993**	13731	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12231	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**13814**	—	—	
Kiel-Rendsbg.	—	2891	7303	8610	7160	4725	7851	9599	14443	**18119**	19419	**30836**	23
Eng. Wahl	—	—	9539	—	—	—	9166	10576	16264	—	21168	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	8830	—	—	—	—	—	—	
Altona	—	3875	**11782**	**11355**	11662	6971	**10770**	**15120**	**19533**	**20448**	**22589**	**25565**	24
Eng. Wahl	—	6062	—	—	13224	9060	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	13256	—	—	—	—	—	—	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	12815	—	—	—	—	—	—	—	—	
Lauenburg	—	—	—	1710	347	—	47	967	2077	3272	4056	4148	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3885	4710	**5341**	25
Nachwahl	—	—	—	—	304	—	656	—	—	—	—	—	
Hannover	—	1986	3853	5604	6588	5515	8839	12210	15789	19538	**25045**	**29381**	26
Eng. Wahl	—	—	—	—	6082	5890	**12352**	**16577**	**18940**	**22014**	—	—	
Nachwahl	2387	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Bochum	—	—	839	1648	840	—	—	1110	8388	19585	22379	39135	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**50063**	27
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	9770	—	—	—	
Dortmund	—	—	1227	3563	2057	890	1812	2141	10422	17170	19864	33305	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	17014	21525	26962	**39384**	28
Nachwahl	—	—	812	—	—	696	—	—	—	17182	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**24632**	—	—	
Frankf. a. M.	—	447	2363	3448	4080	4704	7965	8640	12653	13482	**20019**	20178	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	8602	**12166**	**12876**	**18088**	**17180**	—	**23581**	29
Lennep	3012	2324	3012	3657	2473	2337	5407	8402	12383	13861	16096	21802	
Eng. Wahl	**7832**	—	—	—	—	—	—	—	13091	**15000**	17934	**23469**	30
Nachwahl	2896	—	—	—	—	—	—	—	—	13148	—	—	
Eng. Wahl	**4367**	—	—	—	—	—	—	—	—	15138	—	—	
Elberfeld	6111	5605	9606	11435	11325	7949	13031	15655	**18473**	19005	**24145**	**27056**	31
Eng. Wahl	**8915**	8478	**12948**	14246	**15220**	12126	**17256**	**18424**	—	**22605**	—	—	
Solingen	756	—	3700	6123	5067	5565	6217	8629	**9896**	9902	11760*	**17225**	32
Eng. Wahl	—	—	—	**10641**	7230	**9013**	**8734**	**10474**	—	**11761**	10240	—	
Bayern:													
München I	—	812	1486	1672	1997	1970	3462	4563	7624	8097	7733	10178	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**10430**	**9738**	9804	**12102**	33
München II	—	—	1709	2568	3252	2972	6399	11335	**20594**	**21876**	**23116**	**40046**	34
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	**13552**	12494	—	—	—	—	
Speyer	—	—	752	1708	1679	2912	4822	4052	5993	7433	12008	16567	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	7259	—	—	8134	**15471**	**14777**	35
Nürnberg	—	840	5355	10025	10162	9669	12582	**14857**	**17045**	**18015**	**22598**	**28812**	36
Eng. Wahl	—	—	—	12090	—	**12338**	**14412**	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**20173**	**22045**	—	

* 2 Kandidaten.

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	Gewählt. Abg.
Sachsen:													
Zittau	—	826	1518	1202	1921	2475	1904	1703	4898	5659	7814	**11265**	37
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**10944**	—	
Löbau	—	—	—	—	—	—	33	550	8458	4466	5745	**11334**	38
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9653	—	
Dresden r. E.	—	1132	3632	5411	7433	6231	6514	6942	11670	14420	18094	**28379**	39
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15190	**21729**	—	
Dresden l. E.	—	1317	3582	6940	9879	9079	8620	9175	13427	15035	17113	**21569**	40
Eng. Wahl	—	—	6469	**10835**	**11619**	10827	11106	10077	—	16189	**19647**	—	
Dresd.-Land	—	748	3743	3880	5007	3789	6214	7958	12737	15650	**22335**	**33781**	41
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16943	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**16512**	—	—	
Meißen	—	—	1957	5241	4008	2677	5132	5247	7906	8410	10332	**15191**	42
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8889	11567	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	2519	—	—	—	—	—	—	
Pirna-Sebnitz	—	157	1596	715	694	562	2227	1711	3022	7989	10007	**15905**	43
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9728	12607	—	
Nachwahl	1509	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11571	—	
Freiberg	—	—	**5942**	5157	6127	4890	5670	5604	8063	7693	7523	10848	
Eng. Wahl	—	—	—	6987	**8098**	**7957**	—	—	—	8917	—	**11835**	44
Nachwahl	4393	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Eng. Wahl	**5615**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Döbeln	—	1230	3300	4504	5028	342	2388	3325	7349	7818	9758	**13162**	45
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9023	10681	—	
Nachwahl	—	—	—	—	4344	—	—	—	—	—	**11874**	—	
Oschatz	—	—	845	3331	1542	821	2582	3832	2596	7164	5861	10060	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**11697**	46
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	2354	—	—	—	—	
Leipzig-Stadt	—	2477	3651	5250	5822	6482	9676	10087	12921	11784	11739	16140	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	9821	—	—	14681	14223	14407	**19839**	47
Nachwahl	—	—	4018	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Leipzig-Land	—	—	4627	**9420**	11253	10503	**15233**	19827	**30127**	**33349**	**38933**	**54819**	48
Eng. Wahl	—	—	**7577**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	5676	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Borna-Pegau	—	823	3844	3868	4954	1083	1945	3355	5747	6341	6640	10403	
Eng. Wahl	—	—	6319	6824	5938	—	—	—	—	—	—	**12698**	49
Nachwahl	—	—	3235	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Mittweida	—	3224	**7180**	7328	6018	4283	7001	7634	**12665**	**12817**	11898	**19270**	50
Eng. Wahl	—	4017	—	—	**8711**	**7603**	—	—	—	—	—	—	
Chemnitz	**5512**	3959	**10084**	**12117**	9899	10256	**14512**	15356	**24641**	**23296**	**24772**	**34266**	51
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	**14567**	—	—	—	—	—	—	
Glauchau	**5256**	**7344**	**7777**	**11041**	**11579**	6692	**9513**	9886	**15266**	**15234**	**13437**	**18349**	52
Nachwahl	—	**10470**	—	**10761**	**8225**	—	—	—	—	—	—	—	
Zwickau	**5416**	**5875**	**8941**	**10971**	10135	7327	**11590**	12913	**17424**	**17971**	18362	**25335**	53
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	**12546**	—	—	—	—	—	—	
Stollberg	1918	3981	**8141**	**7256**	**7906**	4653	6065	7106	**13264**	**14385**	**13730**	**20096**	54
Eng. Wahl	**4296**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	**8420**	—	—	—	—	—	
Zschopau	—	1959	1982	4928	4725	2149	3029	2768	6181	8144	8999	**13616**	55
Eng. Wahl	—	—	—	5886	**7070**	—	—	—	—	—	**10262**	—	
Annaberg	—	—	319	800	2437	1072	1547	1476	3486	6918	8394	**13273**	56
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8760	—	—	
Auerbach	—	3477	6515	**8164**	7011	2154	4064	6802	11301	**13212**	**13154**	**19106**	57
Eng. Wahl	—	—	—	—	7979	—	**9041**	—	11799	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	3986	—	—	—	**11863**	—	—	—	

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	Gewählt. Abg.
Plauen	—	597	2020	4923	3747	—	2312	4954	8275	9277	9744	16406	58
Eng. Wahl	—	—	—	5793	—	—	—	—	10583	12052	13840	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9919	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12587	—	—	
Württemb.:													
Stuttgart	—	491	2411	4646	4186	4181	3346	4496	10446	13340	17954	22757	59
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	13456	15837	—	—	
Nachwahl	—	—	3847	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Böblingen	—	—	—	—	—	—	157	155	641	1817	2528	5539	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9514	60
Eßlingen	—	—	3860	1775	932	1065	2448	1935	2011	3705	6249	10168	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12146	61
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	1344	—	—	—	7887	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11585	—	
Göppingen	—	—	2683	1150	104	214	738	547	3390	3624	5321	8930	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9503	11533	62
Baden:													
Pforzheim	—	—	1599	954	—	470	1338	2312	5208	7148	10380	13231	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9738	12972	14790	63
Nachwahl	—	—	—	—	489	—	—	—	—	—	—	—	
Karlsruhe	—	—	627	618	758	1383	3010	2736	5476	5881	9031	11429	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12821	15063	64
Nachwahl	—	—	—	—	758	—	—	—	—	—	—	—	
Mannheim	—	—	1056	1689	2376	2517	4846	5128	8701	10114	15244	20037	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	14550	18062	19052	23182	65
Hessen:													
Darmstadt	—	340	1224	2909	2190	1860	4892	4043	6069	5997	9013	14144	66
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	7535	—	8817	7521	12471	—	
Mainz	—	—	1348	1884	3264	5983	6496	5526	7910	8965	10064	13027	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	8149	7880	—	9569	10684	12004	15481	67
Nachwahl	—	—	—	—	—	5503	—	—	—	7358	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	8385	—	—	—	10112	—	—	
Mecklenb.:													
Rostock	—	433	1456	2742	815	380	744	1996	6974	7304	11338	13393	68
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	7116	9184	12609	—	
S.-Weimar:													
Weimar I	—	—	2731	3383	895	445	1452	1988	5323	6081	8626	10865	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9791	11114	12826	69
Nachwahl	—	—	—	—	373	—	—	—	—	5742	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9440	—	—	
Braunschw.:													
Braunschweig	—	2022	7747	9212	7870	5703	6764	10659	13621	15470	14657	18945	70
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	10994	—	15665	—	16981	—	
S.-Mein.:													
Sonneberg	—	—	1001	4842	809	—	3490	4659	7215	8686	8845	11924	71
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	8496	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	3482	—	—	7103	—	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	4839	—	—	7650	—	—	—	

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	Gewählt. Abg.
S.-Altenb.:	—	—	3947	4489	6652	968	1976	4078	10898	12429	14143	18695	72
Nachwahl	—	—	—	—	1524	—	—	—	—	—	—	—	
Cob.-Gotha:													
Gotha	—	—	1436	6154	3518	1558	7440	8765	11205	12362	13235	15327	73
Eng. Wahl	—	—	—	8935	—	—	10754	11038	12769	—	—	—	
Schw.-Rud.:	—	444	—	364	219	—	825	1167	3098	6340	6688	8742	74
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7086	7409	—	
Reuß:													
Reuß ä. L.	—	—	2654	4051	3082	2215	3890	4079	5885	6041	6339	6840	75
Eng. Wahl	—	—	3257	—	—	4711	—	4284	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	3848	—	—	—	—	—	
Reuß j. L.	—	1173	1097	1847	1896	2758	5539	6455	9955	11539	12044	13261	76
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	6923	—	—	—	—	—	
Lübeck:	—	543	2230	2514	1588	877	2432	4254	6394	7389	9729	11155	77
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	5168	7319	7871	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	1324	—	—	—	—	—	—	—	
Bremen:	—	1506	3135	6760	6304	4616	4880	7748	14843	14572	18636	25076	78
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	16403	—	—	—	
Hamburg:													
Hamburg I	1758	1886	4554	8962	10491	7563	12282	14497	17857	16935	18500	22046	79
Eng. Wahl	—	—	6262	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	1474	—	—	—	9078	—	—	—	16476	—	—	
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	11715	—	—	—	—	—	—	
Hamburg II	1461	2893	6127	10779	12447	9439	14278	18672	22518	20681	21791	25713	80
Eng. Wahl	—	—	8247	—	—	12315	—	—	—	—	—	—	
Nachwahl	—	—	—	—	13155	—	—	—	—	—	—	—	
Hamburg III	—	292	3185	6183	6691	6108	10922	17803	26928	32936	41804	52353	81
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	14644	19324	—	—	—	—	

Anmerkung: Außerdem wurden bei den Wahlen zum konstituierenden norddeutschen Reichstag am 12. Februar 1867 in folgenden Wahlkreisen sozialdemokratische Stimmen abgegeben: Lennep-Mettmann 4022 (Stichwahl 5527), Elberfeld-Barmen 4674, Nachwahl 4920 (Stichwahl 7921), Glauchau-Meerane 7922, Zwickau 8071, Hamburg I 1758, Hamburg II 1461.

Gewählt wurden die Genossen:

1. Haase; 2. Fischer, Berlin; 3. Heine; 4. Singer; 5. R. Schmidt; 6. Ledebour; 7. Stadthagen; 8. Zubeil; 9. Peus; 10. Braun; 11. Körsten; 12. Herbert; 13. Tutzauer; 14. Bernstein; 15. Sachse; 16. Kühn; 17. Pfannkuch; 18. A. Schmidt; 19. Kunert; 20. Thiele; 21. Mahlke; 22. Elm; 23. Legien; 24. Frohme; 25. Lesche; 26. Meister; 27. Hué; 28. Boemelburg; 29. Schmidt, Frankfurt; 30. Meist; 31. Molkenbuhr; 32. Scheidemann; 33. Birk; 34. Vollmar; 35. Ehrhart; 36. Südekum; 37. Fischer, Sachsen; 38. Sindermann; 39. Kaden; 40. Gradnauer; 41. Horn; 42. Nitzschke; 43. Fräßdorf; 44. Schulz; 45. Grünberg; 46. Lipinski; 47. Motteler; 48. Geyer; 49. Schöpflin; 50. Göhr 51. Schippel; 52. Auer; 53. Stolle; 54. Goldstein; 55. Rosenow; 56. Grenz; 57. Hofmann Sachsen; 58. Gerisch; 59. Hildenbrand; 60. Sperka; 61. Schlegel; 62. Lindemann; 63. Eichhor 64. Geck; 65. Dreesbach; 66. Cramer; 67. David; 68. Herzfeld; 69. Baudert; 70. Blo 71. Reißhaus; 72. Buchwald; 73. Bock; 74. Hofmann-Rudolstadt; 75. Förster; 76. Wurm 77. Schwartz; 78. Schmalfeldt; 79. Bebel; 80. Dietz; 81. Metzger.

Die den Namen beigegebene Nummer korrespondiert mit der in der letzten Rubrik d Tabelle stehenden Nummer und bezeichnet den Wahlkreis, in dem der Genosse gewählt i

Im ersten Ansturm in der Hauptwahl am 16. Juni eroberten wir 58 Mandate, also die gleiche Zahl der Mandate, welche die Fraktion am Schluß des Reichstags besaß. Mithin sind die 23 in der Stichwahl am 25. Juni uns zugefallenen Mandate der Gewinn der Wahlschlacht, über den sich zu freuen die Genossen berechtigten Grund haben. Unsere Stimmenzahl stieg von 2 107 076 Stimmen im Jahre 1898 auf 3 010 472 Stimmen bei der diesjährigen Wahl, mehr 903 346 Stimmen.

Die Wahlorganisation war die gleiche wie in den beiden voraufgegangenen Wahljahren von 1898 und 1893, mit einigen kleinen Verschiebungen, die durch die geographische Lage der betreffenden Kreise bedingt war. Die Organisation hat sich auch diesmal vortrefflich bewährt. Ihr Hauptvorzug ist, daß sie ständige Einrichtung geworden ist, die in jedem Augenblick die Aufgaben erfüllen kann, die im Wahlkampf erfüllt werden müssen.

Zur Unterstützung der Agitation in dem Wahlkampf stellte der Parteivorstand den Bezug des Fraktionsaufrufs den Wahlkomitees anheim. Geliefert wurden davon den Genossen 632 800 Exemplare. Daneben bezogen die Wahlkreise des Ruhrgebiets ein speziell den Fall Krupp behandelndes Flugblatt in einer Auflage von 218 300 Exemplaren.

Um den Genossen im Reich die Zusammenstellung geeigneter Flugblätter zu erleichtern, hatte der Vorstand 12 Entwürfe anfertigen und als Manuskript drucken lassen, die in einer Auflage von 6000 von den Genossen bezogen worden sind und Verwendung gefunden haben.

In Ausführung der diesbezüglichen Beschlüsse des Münchener Parteitags, hatte der Vorstand frühzeitig die Herstellung des „Handbuchs für sozialdemokratische Wähler“ vorbereitet. Nach den Erfahrungen von 1898 war die Auflage bemessen worden. Doch war die Nachfrage so stark, daß in wenigen Tagen die erste Auflage vergriffen war und eine zweite nachgedruckt werden mußte. Die Gesamtauflage des Handbuches betrug 4500 Exemplare, von denen 2626 gratis abgegeben worden sind, während 1743 Exemplare durch die Buchhandlung „Vorwärts“ verkauft wurden.

Das Handbuch war unseren agitatorisch tätigen Genossen eine willkommene und wertvolle Gabe. Das Buch behält dauernden Wert. Jeder Besitzer desselben kann sich unter Zuhilfenahme des jährlich an den Parteitag erstatteten parlamentarischen Berichts die verschiedenen Abschnitte ergänzen und sich auf dem Laufenden halten. Auch ein in polnischer Sprache verfaßtes Flugblatt hat der Vorstand herausgegeben. Dasselbe ist hauptsächlich in der Provinz Posen, in einigen Kreisen von Oberschlesien und unter den im Reich zerstreut wohnenden Polen zur Verteilung gelangt. Verbreitet wurde das Flugblatt in einer Auflage von 183 000 Exemplaren.

Der Versuch des Vorstandes, die Unterstützung der mündlichen Agitation durch Fraktionsmitglieder zu regeln, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Einzelne Mitglieder, die in absolut sicheren Kreisen kandidierten, haben fast übermenschliches geleistet. Die andern hatten in den eigenen Kreisen und mit der Bewältigung der ihnen von den Provinzialwahlkomitees zugewiesenen Aufgaben überreich zu tun.

Konnten deshalb nicht alle an den Vorstand gestellten Anforderungen erfüllt werden, so war nicht mangelnde Organisation sondern der Umstand schuld, daß die Parteigenossen die lobenswerte Eigenschaft in hohem Maße besitzen, mehr leisten zu wollen, als die vorhandenen Kräfte zu leisten vermögen, und deshalb stets die Unterstützung durch den Parteivorstand forderten.

Mit Genugtuung können wir feststellen, daß jeder der agitatorisch tätigen Genossen und Genossinnen ihre Schuldigkeit getan haben und durch weitgehende gegenseitige Unterstützung die Erfolge herbeigeführt wurden, auf die stolz zu sein wir Ursache haben.

Die Parteipresse. Der Besitzstand der Parteipresse ist der gleiche wie im Vorjahr. Die überreiche durch den Wahlkampf veranlaßte Arbeit ließ den Genossen keine Zeit, sich mit Zeitungsgründungen zu befassen. Doch kaum sind die Wahlen vorüber, und angeregt durch den dabei erzielten gewaltigen Vormarsch der Partei, so tauchen hier und dort in den Kreisen Projekte von Neugründungen auf. Nach den von dem Vorstand auf diesem Gebiet seither gemachten Erfahrungen, wird bei den Gründungen und Vergrößerungen der Druckereien nicht immer mit der nötigen Vorsicht vorgegangen. Es erscheint deshalb angebracht einen einschlägigen auf dem Münchener Parteitag gefaßten Beschluß wiederzugeben. Derselbe lautet: „Finanzielle Verpflichtungen, welche von der bestehenden oder neuzugründenden Parteipresse ohne Zustimmung des Parteivorstandes eingegangen werden, sind von letzterem unter keinen Umständen ganz oder teilweise zu übernehmen."

Wichtiger wie die Zunahme der Zahl unserer Preßorgane ist der erfreuliche Umstand, daß überall eine starke Zunahme des Abonnentenstandes zu verzeichnen ist. So stieg die Abonnentenzahl des „Vorwärts" auf 78 500, die der „Leipziger Volkszeitung" auf über 30 000, die des „Hamburger Echo" auf 37 400. Die Zunahme der Abonnenten der „Pfälzischen Post" betrug seit Jahresfrist über 4000, die des „Sächsischen Volksblattes" in Zwickau im letzten Vierteljahr 2250, die der „Rh. Zeitung" in Köln über 2000, der „Volksstimme" in Frankfurt a. M. über 4000. Die „Bremer Bürgerzeitung" gewann 2700 neuer Abonnenten, 5400 gewann die „Breslauer Volkswacht." Mit über 2000 neuen Abonnenten steigerten die „Erfurter Tribüne" und die „Magdeburger Volksstimme" ihren Abonnentenstand. Um 3400 neue Abonnenten wuchs der „Volksfreund", das Organ der ostsächsischen Wahlkreise, desgleichen auch die „Münchener Post." In gleichem Verhältnis hat die Gesamtparteipresse an der Abonnentenzunahme partizipiert.

Vom dreimaligen zum sechsmaligen Erscheinen ihrer Zeitungen gingen die Genossen in Görlitz und Augsburg über, während die Genossen in Straßburg sich veranlaßt sahen, die „Freie Presse" vom 1. Januar ab in eigener Druckerei herzustellen. Die Hofer Genossen haben ihre Verbindung mit Nürnberg gelöst und lassen die „Oberfränkische Volkszeitung" in einer Hofer Druckerei herstellen. Die Druckerei des Solinger Parteiblattes „Bergische Volksstimme" ist seit dem 1. November v. J. im eigenen Heim untergebracht. Durch die Verhältnisse sind auch die Erfurter Genossen gezwungen, für ihre Druckerei ein eignes Heim zu schaffen. Eine beantragte Beihilfe aus der Parteikasse ist vom Vorstande bewilligt worden.

Das Jubiläum des zehnjährigen Bestehens hatten im Berichtsjahr die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung", das „Sächsische Volksblatt", die „Reußische Tribüne" und die „Reußische Volkszeitung" zu verzeichnen. In den zehn Jahren betrug der Tribut, den die Redakteure an die deutsche Preßfreiheit leisten mußten, bei der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" 3 Jahre 7 Monate Gefängnis und rund 21 000 Mark Gerichtskosten und Geldstrafe und bei der „Reußischen Tribüne" 5 Jahre, 3 Monate, 7 Wochen und 2 Tage Gefängnis und 785 Mark Geldstrafe.

Die vom Hamburger Geschäft hergestellte Unterhaltungsbeilage „Neue Welt" erscheint in einer Auflage von 278 000 Exemplaren.

Die Auflage des „Neue Welt-Kalender" hält sich auf gleichbleibender Höhe wie im Vorjahre. Der „Arbeiter Notiz-Kalender" erfreut sich steigenden Absatzes trotz der Herausgabe gleicher Kalender seitens der größeren Gewerkschaftsverbände.

Wie vorgesehen, war die von den Berliner Genossen errichtete Druckerei am 1. Oktober v. J. betriebsfertig, und konnte der „Vorwärts" von diesem Termin ab daselbst hergestellt werden. In dem Druckereigebäude ist die Redaktion,

Expedition und die Buchhandlung „Vorwärts“ untergebracht. Der Gesamtbetrieb ist mit den modernsten Einrichtungen ausgestattet und ist ein Anziehungspunkt zur Besichtigung aller Berlin besuchenden Genossen.

Ueber Einnahme und Ausgabe des „Vorwärts“ giebt nachstehende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresrechnung genaue Auskunft:

1902/1903.

	Juli-September 1902		Oktober-Dezember 1902		Januar-März 1903		April-Juni 1903		Summe	
A. Eingänge:										
Abonnementsgelder durch die Expedition	115652	85	128629	85	141303	95	153379	—	538965	65
Abonnementsgelder durch die Post	10099	30	11790	75	16419	20	16957	45	55266	70
Inseraten-Einnahme . . .	33272	55	54354	70	50423	70	54802	25	192853	20
Ueberschuß aus Broschürenverkauf durch die Expedition			1909	30					1909	30
Gesamt-Einnahme Mk.	159024	70	196684	60	208146	85	225138	70	788994	85
B. Ausgänge:										
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher, Formulare 2c. 2c.)	6758	65	13582	65	10683	45	10521	65	41546	40
Zeitungs-Abonnement . . .	253	95	373	30	258	90	248	65	1134	80
Feuilleton	1688	60	3706	30	3280	05	2271	20	10946	15
Redakteure	11579	25	13440	75	13736	45	16191	—	54947	45
Mitarbeiter: Politik . . .	10779	95	6648	85	7057	35	6207	95	30694	10
Versammlungen	735	10	994	70	978	35	1292	90	4001	05
Lokales . . .	2888	65	3320	10	3795	65	3518	95	13523	35
Depeschen und Parlamentsberichte	430	20	1490	30	1600	40	1508	25	5029	15
Neue Welt	7199	95	7774	15	8815	85	9310	10	33100	05
Gehälter der Expedition . .	3610	50	4096	50	4155	75	4148	40	16011	15
Miete	1247	50	4000	—	4000	—	4000	—	13247	50
Gerichtskosten	1409	95	1434	45	1447	—	371	45	4662	85
Redaktionsbibliothek . . .	265	45	310	05	473	20	215	60	1264	30
Druckrechnung	97464	55	120940	95	129483	25	138659	15	486547	90
Gesamt-Ausgabe Mk.	146312	25	182113	05	189765	65	198465	25	716656	20
Gewinn . . . . „	12712	45	14571	55	18381	20	26673	45	72338	65
wie oben unter A Mk.	159024	70	196684	60	208146	85	225138	70	788994	85

Der Gesamt-Ueberschuß beträgt Mk. 72 338,65.

Berlin, den 11. August 1903.

Revidiert und für richtig befunden:

W. Bock. Fr. Brühne. F. J. Ehrhart. A. Geck. Aug. Kaden.
H. Koenen. H. Meister. J. Pfarr. Clara Zetkin.

Auf dem Münchener Parteitage wurde seitens des Vorstandes die Zusage gegeben, fernerhin analog der Abrechnung des „Vorwärts“ die Abrechnung über die in den Parteibesitz übergegangenen Blätter: die „Gleichheit“, die „Neue Zeit“ und den „Wahren Jakob“ in den Vorstandsbericht aufzunehmen.

Wir lassen dieselbe folgen mit der Bemerkung, daß das Geschäftsjahr der Firma J. H. W. Dietz Nachfolger vom April bis zum April läuft, also nicht mit dem Geschäftsjahr der Parteiverwaltung zusammenfällt.

„Die Gleichheit".

1902/1903.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnement	4682	04
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Falzen	2688	49
Papier	981	—
Redaktion	3000	—
Mitarbeiter	644	55
Porto und sonstige Unkosten	348	70
Remittenden	79	74
Gesamt-Ausgabe	7692	48
Gesamt-Einnahme	4682	04
Verlust	3010	44

Der Verlust an der „Gleichheit" hat sich gegen das Vorjahr um 1470 Mk. verringert, da das Abonnement namentlich in den letzten 4 Monaten des Geschäftsjahres eine erfreuliche Steigerung erfahren hat und die beiden letzten Märznummern eine 7000 Exemplare übersteigende Auflage erzielten, so kann eine weitere sehr erhebliche Minderung des Defizits prognostiziert werden. Seit dem Schluß des Geschäftsjahres ist eine weitere Steigerung des Abonnements dank der rührigen Tätigkeit der Genossinnen um 1500 Exemplare zu verzeichnen.

„Die Neue Zeit".

1902/1903.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	28 632	16
Beilagen und Inserate	176	67
J. H. W. Dietz Nachf., Inserate	500	—
	29 308	83
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	12 222	70
Papier	4 010	70
Buchbinder	1 172	28
Porto und Unkosten	1 280	69
Redaktionshonorar	10 400	—
Mitarbeiter	6 439	80
Remittenden	1 042	72
Gesamt-Ausgabe	36 568	89
Gesamt-Einnahme	29 308	83
Verlust	7 260	06

Auch bei der „Neuen Zeit" ist die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß sich das Defizit gegen das Vorjahr um 3000 Mk. verringert hat, was einmal auf die Abnahme der Remittenden und zum andern auf die steigende Auflage zurückzuführen ist. Im Oktober wurde eine rührige Tätigkeit für die Gewinnung neuer Abonnenten entfaltet, 700 neue Abonnenten kamen hinzu, und hat sich die Auflage seitdem konstant auf der Höhe von 3850 Exemplaren erhalten. Eine energische Weiterverbreitung ist dringend erforderlich, damit das Defizit ganz verschwindet und die Revue ihre Aufgabe in immer höherem Maße zu erfüllen vermag.

„Der Wahre Jakob".

1902/1903.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	152 100	71
Inserate	6 571	04
Gesamt-Einnahme	158 671	75
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	44 656	40
Papier	46 011	35
Zeichnung, Aetzung, Galvanos	19 777	84
Beiträge	4 509	88
Redaktionshonorare	13 000	—
Porto und Unkosten	355	60
Redaktionsunkosten	456	01
Unkosten für Inserate	212	20
Kassierte Beiträge	799	68
Remittenden	4 226	21
Gesamt-Ausgabe	134 004	17
Gewinn	24 666	58
Wie oben unter A	158 671	75

Der Ueberschuß des „Wahren Jakob" ist gegen das Vorjahr um 4643 Mk. gestiegen. Und da das aus den Erträgnissen des „Wahren Jakob" zu deckende Defizit der „Gleichheit" und „Neuen Zeit" um rund 4500 Mk. zurückgegangen ist, verblieb für die Parteikasse ein Ueberschuß von 13 396,08 Mk. In dem ersten Vierteljahr des neuen Geschäftsjahres erzielte der „Wahre Jakob" einen Ueberschuß von 5940 Mk. Wird der „Wahre Jakob" in den einzelnen Wahlkreisen von den Genossen zur Massenverbreitung gebracht, so ist er auch eine ganz vorzügliche lokale Einnahmequelle.

* * *

Strafregister. Die Opfer, die der Klassenkampf in dem Berichtsjahr erforderte, waren große. Insgesamt wurden erkannt auf 14 Jahre Zuchthaus, 36 Jahre, 5 Monate und 6 Wochen Gefängnis und 16 707 Mk. Geldstrafen.

Von den Strafen wurden allein von dem Bromberger Schwurgericht 24 Jahre und 1 Monat Gefängnis und 16 Jahre Zuchthaus gegen streikende Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer verhängt, im ganzen gegen 22 Personen und zwar wegen Landfriedensbruch.

Es ist immer die Wiederholung derselben Geschichte. Die Bauarbeiter unterhandelten mit ihren Arbeitgebern um eine Erhöhung des Stundenlohnes

um 5 Pf. und Erneuerung des ablaufenden Tarifvertrages auf 5 Jahre. Konnten die Arbeitgeber sich eine gesichertere Grundlage der Berechnung der Produktionskosten wünschen? Die Verhandlungen wurden aber seitens der Unternehmer abgebrochen und auch die von den Arbeitern angebotene Verhandlung vor dem Einigungsamt abgelehnt. Der Streik brach aus und die Heranziehung russischer und italienischer Arbeiter steigerte die Erbitterung der Ausständigen auf das Höchste. Am 1. April erfolgte bei dem durch die Polizeibeamten geschützten Import von Italienern die Explosion des Unwillens, die ihre so schwere Ahndung im Schwurgerichtssaal fand. Die Urteile in Bromberg reihen sich denen von Torgelow und Löbtau gleichwertig an. Sie werden von den Arbeitern als furchtbare und empörende Klassenurteile empfunden und bewertet.

* * *

Die **Buchhandlung Vorwärts** konnte in diesem Geschäftsjahre — eine Folge des regeren, durch den Wahlkampf noch erhöhten politischen Lebens — über eine wesentliche Steigerung ihres Waren-Umsatzes berichten. Im Vorjahre betrug der Umsatz rund 193 000 Mk., in diesem Jahre 246 000 Mk. Verglichen mit den letzten beiden Wahljahren erscheint das verflossene Geschäftsjahr besonders günstig; denn 1893 betrug die Umsatzziffer 144 000 Mk. und 1898 erst 186 000 Mk. Dem erhöhten Umsatz entsprechend war die Buchhandlung Vorwärts denn auch in der Lage, aus ihrem erzielten Gewinne bis zum Monat Juni bereits 22 000 Mk. der Parteikasse zu überweisen, trotzdem die durch die Uebersiedlung in ihr neues Heim und die dadurch notwendig gewordenen Neuanschaffungen Ausgaben in der Höhe von 4000 Mk. erforderten.

Um ihre agitatorische Aufgabe auch für den Wahlkampf zu erfüllen, hat die Buchhandlung eine ganze Reihe Agitationsschriften herausgegeben: An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt (50 000 Exemplare); Bebel, Die bevorstehende Reichstagswahl (155 000 Exempl.), Sozialdemokratie und Centrum (35 000 Exemplare), Die Kaiser-Rede im Reichstag (127 000 Exempl.), Christliche Arbeiterpflichten (45 000 Exemplare); Calwer, Wen soll der Arbeiter wählen? (20 000 Exemplare), Eugen Richters Sozialistenspiegel (20 000 Exemplare), Kornmacher Fischer im Lichte der Wahrheit (133 000 Exemplare), Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern (20 000 Exempl.), Der Umsturz im Reichstag (32 500 Exemplare), Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Centralverbandes deutscher Industrieller (53 000 Exempl.), Winke für die Reichstagswahlen (80 000 Exemplare).

An weiteren Agitationsschriften allgemeinen Charakters sind im Laufe des letzten Geschäftsjahres erschienen: Lily Braun, Die Frauen und die Politik (3000 Exemplare), Göhre, Die agrarische Gefahr (15 000 Exempl.), Kautsky, Die Soziale Revolution I und II (je 7000 Exempl.), Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche (3000 Exempl.), Rühle, Die Volksschule wie sie ist (5000 Exemplare). An Neu-Auflagen früherer Publikationen zählen wir auf: Bebel, Christentum und Sozialismus (20 000 Exempl.), Die Ziele der Sozialdemokratie (3000 Exemplare), Hoch, Worte und Taten der Centrumspartei (5000 Exemplare), Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie (12 000 Exempl.), Losinskys Aufklärungsschriften über das Christentum (8000 Exemplare), Marx-Engels, Kommunistisches Manifest (2000 Exemplare), Programm der Partei (33 000 Exempl.), Scävola, Zwölf Jahre der Verbannung (3000 Exemplare).

Die Sozialistischen Theaterstücke sind um ein neues Heft: Dämon Alkohol vermehrt worden. Neben einem Zeitungsfremdwörter-Führer von Dr. Adolf Braun (10 000 Exemplare) ist auch von

Dr. J. Zadeck und Dr. A. Blaschko der medizinische Ratgeber Schutz gegen Krankheitsgefahr (5000 Exempl.) erschienen.

Das Protokoll des Münchener Parteitages erschien in 38 000 Exemplaren, der Arbeiter-Notiz-Kalender in seinen verschiedenen Ausgaben in der Höhe von 32 500 Exemplaren, die Mai-Zeitung in 301 000 Exemplaren, das Rote Jahr in 117 000, die März-Zeitung in 126 000 und die Wahl-Zeitung in 125 000 Exemplaren.

Die Roman-Bibliothek „In Freien Stunden" hat sich — dank der Unterstützung durch die Parteipresse — nicht bloß ihren alten Abonnentenstand zu erhalten verstanden, sondern kann einen Abonnentenzuwachs aufweisen.

Im ganzen hat die Buchhandlung Vorwärts im letzten Jahre ca. $2^1/_2$ Millionen Exemplare sozialistischer Flugschriften und Broschüren zur „Vergiftung der Volksmassen" im eigenen Verlage erscheinen lassen; außerdem noch rund eine Million aus anderen parteigenössischen Verlagen zur Verbreitung gebracht.

* * *

Kassenbericht. Die von Freund und Feind anerkannte Opferfreudigkeit unserer Parteigenossen hat sich im abgelaufenen Rechnungsjahre in glänzender Weise gezeigt. Die Gesamteinnahmen, nach Abzug der übernommenen Kassenbestände sind gegen das Vorjahr um Mk. 289 838,73, die allgemeinen Einnahmen um Mk. 265 383,83 gestiegen. Bewundernswertes hat wieder die Berliner Parteigenossenschaft geleistet. Sind doch im Berichtsjahre allein vom 6. Berliner Wahlkreis Mk. 63 259,16 an die Centralkasse abgeführt worden.

Aber auch die Ausgaben der Centralkasse haben mit Mk. 554 211,88 eine noch nicht dagewesene Höhe erreicht. Obenan stehen natürlich die Ausgaben für die Kosten der Reichstagswahlen. Sie sind um Mk. 68 840,35 höher als im letzten Reichstagswahljahr 1898. Nebenher wurden im Berichtsjahre auch noch für allgemeine Agitation Mk. 28 788,42 mehr ausgegeben als im Jahre 1898.

Während aber 1898 wie im vorhergehenden Wahljahre 1893 die Centralkasse mit einem beträchtlichen Defizit abschloß, weist der vorliegende Kassenbericht einen Ueberschuß auf. Bei der Ausdehnung der Partei und der großen Zahl der in Tätigkeit gewesenen Wahlkomitees konnte andererseits bis zum Schluß des Rechnungsjahres nur erst ein kleiner Teil der Wahlabrechnungen erledigt werden. Es sind noch viele aus der Wahlbewegung stammende Verbindlichkeiten vorhanden, deren Erfüllung die Centralkasse wird übernehmen müssen, so daß der derzeitige Ueberschuß noch sehr zusammenschmelzen dürfte.

Im einzelnen verteilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1902 bis 31. Juli 1903.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesamt		Von den gesamten Einnahmen entfielen auf									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Vermischte Einnahmen	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1902												
August	45377	47	43892	47	1475	—	—	—	—	—	10	—
September	16025	36	15923	06	—	—	100	—	—	—	2	30
Oktober	50233	51	36787	26	500	—	230	—	12712	45	3	80
November	17034	05	17034	05	—	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	10250	78	10115	78	—	—	—	—	—	—	135	—
1903												
Januar	45444	65	19145	08	5500	—	6218	25	14571	55	9	77
Februar	57179	61	56078	51	—	—	1101	10	—	—	—	—
März	86193	62	84956	12	587	50	650	—	—	—	—	—
April	135967	23	36591	08	79583	75	1411	20	18381	20	—	—
Mai	58565	14	55565	14	3000	—	—	—	—	—	—	—
Juni	36995	57	36740	57	—	—	250	—	—	—	5	—
Juli	68980	24	29226	29	7000	—	6080	50	26673	45	—	—
	628247	23	442055	41[1]	97646	25	16041	05	72338	65	165	87

628247,23 Mk.
Hierzu Bestand vom 31. Juli 1902 6786,35 „
635033,58 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesamt		Von den gesamten Ausgaben entfielen auf: Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Prozeß- und Gefängniskosten		Reichstagskosten		Gehälter und Verwalt.-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1902																				
August . . .	7788	97	1695	—	—	—	554	88	130	—	525	50	1463	69	8000	—	—	—	419	90
September .	10024	84	8842	15	—	—	540	50	—	—	—	—	411	—	—	—	200	—	31	19
Oktober . . .	40735	10	10802	35	—	—	1182	—	31	80	4126	—	2482	45	17500	—	4534	25	76	25
November . .	27302	82	3151	35	500	—	710	50	116	—	7000	—	1192	07	12000	—	2620	—	12	90
Dezember . .	17221	05	4086	—	2200	—	1216	—	327	45	4500	—	1391	10	1000	—	2450	—	50	50
1903																				
Januar . . .	20876	36	6216	20	1215	20	1613	—	320	—	4500	—	1427	22	—	—	5530	—	54	74
Februar . .	30175	02	8947	20	—	—	600	—	136	60	4700	—	1204	42	12000	—	2570	—	16	80
März . . .	21167	70	4092	10	—	—	1312	85	170	—	4200	—	1012	—	5046	17	5290	18	44	40
April . . .	113791	45	8924	65	64652	85	680	—	168	—	3900	—	2175	85	29000	—	4263	—	27	10
Mai	122383	85	2826	30	96176	65	5807	25	461	75	—	—	1335	55	14000	—	1620	—	156	35
Juni	106425	22	3924	27	94149	80	515	—	122	50	—	—	1072	90	6000	—	620	—	20	75
Juli	36319	50	4442	—	23163	55	1520	50	140	—	—	—	1861	40	3500	—	1589	15	102	90
	554211	88	67949	57[1]	282058	05	16252	48[2]	2124	10	33451	50[3]	17029	65[4]	103046	17	31286	58[5]	1013	78

	554 211,88 Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	52 718,86 „
Kassenbestand am 31. Juli 1903	28 102,84 „
	635 033,58 Mk.

Berlin, den 11. August 1903.

Revidiert und für richtig befunden:

W. Bock. Fr. Brühne. F. J. Ehrhart. A. Geck. Aug. Kaden. H. Koenen. H. Meister.
J. Pfarr. Clara Zetkin.

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

[1]) Unter den allgemeinen Einnahmen befinden sich auch die besonders quittierten Eingänge für Flugblätter und Handbücher.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) u. [2]) Die Ausgaben für allgemeine Agitation sind gegen das Vorjahr um Mk. 1546,28, die Ausgaben für Unterstützungszwecke um Mk. 21 146,17 niedriger. Unter den im Monat Mai gezahlten Unterstützungen befinden sich Mk. 5000,—, die vom Vorstande den infolge des Generalstreiks gemaßregelten holländischen Arbeitern bewilligt wurden.

[3]) Die Reichstagskosten weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung von Mk. 5406,50 auf. In Wirklichkeit hat jedoch eine Minderausgabe stattgefunden, weil die aus der Reichskasse an die Mitglieder der Zolltarifkommission gezahlten Diäten mit Mk. 8342,98 in die Centralkasse geflossen sind.

[4]) Unter dieser Rubrik befinden sich, wie üblich, die Ausgaben für Gehälter und Hilfskräfte, Miete für Bureauräume, Porto- und Telegrammgebühren, die Kosten für div. Drucksachen, sowie die Kosten der Revision der Kasse usw.

[5]) Die Preß-Unterstützungen betragen im laufenden Jahre Mk. 11 845,97 weniger als im Vorjahre.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im einzelnen nachgewiesen.

„Avanti", Rom	Mk.	1 000,—
„Freie Presse", Straßburg i. E. . . .	„	1 760,—[1])
„Gazeta Ludowa"	„	2 650,—
„Niederrheinische Volkstribüne" . . .	„	400,—
„Oberfränkische Volkszeitung" . . .	„	1 000,—
Saalfelder Blätter	„	1 820,—
„Volksblatt", Aachen	„	2 400,—
„Volksfreund", Karlsruhe	„	2 000,—
„Volkszeitung", Düsseldorf	„	3 500,—
„Volkszeitung", Königsberg	„	5 000,—
„Volkszeitung", Posen	„	2 586,40
„Vorwärts", Krakau	„	1 716,35
„Volksblatt", Bochum u. „Weckruf", Essen	„	5 953,83
	Mk.	31 286,58

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) An dem im vorjährigen Bericht mitgeteilten Beschluß des Vorstandes, daß die reichsländische Parteipresse weitere Subventionen nicht mehr erhalten solle, wurde festgehalten. Die im Bericht aufgeführten Mk. 1760,— waren zur Abstoßung alter Verbindlichkeiten bestimmt.

Tabellarische Uebersicht
der seit dem Parteitag in München eingegangenen Partei-Beiträge
1. August 1902 bis 31. Juli 1903.

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Aachen	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Aarau	—	—	—	—	—	3,25	—	—	—	—	—	—
Adams-Maß (Amerika)	—	—	—	—	—	—	—	—	41,67	—	—	—
Ahrweiler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—
Altenahr	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Altenburg (Wahlkreis)	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Altona	—	—	—	—	—	—	5,00	—	25,00	26,60	—	—
Altona-Stormarn (8. u. 10. schleswig-holst. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	3000,00	—	—	—	2000,00
Altwasser	—	—	—	—	—	—	—	—	8,55	—	—	—
Alt-Stralau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—
Amsterdam	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00	—
Anch	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—
Ansbach	—	—	—	—	—	—	—	—	7,00	—	20,00	—
Arnsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—
Aue i. B.	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	8,00	—	—
Bamberg	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bant (Wahlverein)	—	—	137,00	—	—	152,80	—	—	—	202,00	—	—
Barmen (Wahlverein)	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—	—	—	—	300,00
Barmen, diverse	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	—	—
Beelitz	—	—	—	—	—	—	—	—	13,50	—	—	—
Berlin I.	—	500,00	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—
" II.	—	1000,00	800,00	500,00	500,00	400,00	500,00	550,00	1800,00	1000,00	600,00	1000,00
" III.	—	—	500,00	500,00	—	500,00	500,00	—	2500,00	500,00	500,00	—
" IV.	—	4000,00	2000,00	2000,00	2000,00	2000,00	2000,00	3000,00	2500,00	5000,00	8500,00	2000,00
" V.	150,00	150,00	150,00	200,00	150,00	150,00	150,00	150,00	—	—	500,00	—
" VI.	8200,00	6000,00	3000,00	3700,00	159,16	2500,00	4200,00	5000,00	8500,00	8000,00	6500,00	7500,00
Berlin, diverse	470,05	425,43	704,25	570,70	946,45	1983,40	703,45	37595,25	4689,48	10307,15	6309,19	663,55
Bern	—	100,00	—	100,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Beuthen O.-Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	75,00	—	—	—
Bielefeld	—	—	—	2,00	—	—	—	—	2.00	—	—	—
Blankenese	—	—	12,00	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Bochum (Wahlkreis)	405,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bradford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—
Braunschweig (Soz.-dem. Arb.-Verein)	—	—	—	300,00	—	—	500,00	—	—	—	—	—
Bremen	—	300,00	—	300,00	—	—	—	300,00	—	—	300,00	—
Bremen, diverse	—	—	10,00	—	11,30	10,00	12,65	—	11,40	—	12,00	—
Bremerhaven	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—
Breslau	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—	100,00	50,00
Brieg	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Briehl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,75	—	—
Bromberg	—	—	—	—	—	7,05	—	6,00	—	—	—	—
Brocklyn-New-York	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	104,17
Bruchsal	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brüssel	—	—	—	—	—	16,94	—	80,65	243,80	1088,71	600,00	—
Büdingen	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—
Bürgel	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Bukarest	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	104,00	—
Buxtehude	—	—	—	—	3,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—
Calbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Camen	—	—	—	—	—	—	2,10	—	—	—	—	—
Charlottenburg	6,25	—	4,60	—	2,75	—	—	—	—	12,00	10,90	—
Chemnitz (16. s. Wahlk.)	—	—	—	500,00	—	—	500,00	15,00	—	50,00	1000,00	—
Cöpenick	—	—	—	—	—	3,00	63,00	30,00	—	3,10	—	—
Coswig	—	—	—	—	—	—	—	1,50	—	—	—	—
Cottbus	—	—	4,00	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—
Crimmitschau (18. sächs. Wahlkr.)	—	—	—	150,00	—	150,00	—	—	160,00	—	—	150,00
Curityba	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	112,09	—
Dabringhausen	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Darmstadt	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Delmenhorst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Dessau (1. anh. Wahlkr.)	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Döbeln	—	—	—	40,00	—	—	—	12,00	—	37,50	—	—
Dortmund-Hörde Wahlkreis	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	130,00
Dresden, diverse	61,60	—	—	—	—	5,00	—	—	5,00	—	—	—
Duisburg	—	—	—	17,80	—	—	—	—	—	—	—	—
Dümpten	—	—	—	—	—	7,05	—	—	—	—	—	—
Durlach (9. bad. Wahlkr.)	—	—	9,00	—	—	—	—	60,00	—	—	—	—
Düsseldorf	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—
Eisenach	15,00	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Elberfeld	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Emden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—
Eppendorf	2,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—
Erkner	—	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	-
Essen a. Ruhr (Wahlber.)	—	—	50,00	—	—	50,00	—	50,00	—	—	50,00	—
Essen a. Ruhr, diverse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—
Essenberg	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Falkenberg O.-Schl.	2,00	2,00	2,00	2,00	5,00	2,00	2,00	15,00	3,00	3,00	5,00	—
Falkenstein i. V.	—	—	—	—	—	7,50	—	—	—	—	—	—
Forchheim (soz. Wahlv.)	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forst i. L.	200,00	—	—	100,00	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—
Frankfurt a. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	503,00	1000,00
Freiberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Friedrichshagen	—	5,00	—	—	—	5,00	—	—	—	10,00	—	—
Friedrichskoop	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—
Fürth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14,00
Gaarden	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Gassen	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—
Gelsenkirchen	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera (Wahlkreis)	100,00	—	—	—	100,00	100,00	—	—	150,00	150,00	—	—
Glasgow	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,24	—
Gießen	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	30,00	—	—
Gleiwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—
Goldberg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	0,50	—	—	—	—
Gotha	60,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00
Gorczizen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Gräfrath b. Solingen	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Greiz (Wahlkreis)	150,00	—	—	—	—	250,00	—	—	—	—	—	—
Gr. Lichterfelde	—	—	—	—	—	—	—	4,60	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis.	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Grünberg i. M.	5,00	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Guatemala	—	—	—	—	—	—	—	—	140,00	—	—	—
Gutschdorf	3,	4,30	—	—	3,00	—	—	2,50	—	—	—	—
Hagen	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hagen-Selbecke	—	—	—	—	20,00	—	5,50	—	—	—	—	—
Halberstadt	—	—	—	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—
Halle a. S. (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00
Hamburg I.	—	—	—	—	3000,00	—	—	—	—	3000,00	—	—
" II.	2500,00	—	1500,00	—	1000.00	1000,00	—	2000,00	1500,00	—	50,00	3000,00
" III.	3000,00	—	—	3000,00	—	—	4000,00	—	—	3000,00	—	—
Hamburg, diverse	615,80	175,10	585,62	407,55	505,37	901,75	317,55	18329,52	1283,00	1385,15	297,21	192,95
Hameln-Linden (Wahlkreis)	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamm	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—
Hanau (Wahlkreis)	100,00	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Hannover	—	500,00	—	—	—	1000,00	30,00	—	1000,00	1400,00	—	—
Hartha (10. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Häslicht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,40	—
Hastedt b. Br.	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	—	—	—
Heidelberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Heidingsfeld	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Heßler	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hochlarmarkt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Hohenstein-Ernstthal	10,00	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Hüttensteinach	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Jena	—	50,00	—	—	50,00	—	0,15	250,00	—	—	50,00	—
Ilsenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Jumel (Belg.)	—	—	—	—	—	—	52,66	—	—	—	—	—
Kalk b. Köln	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kamnitzbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Kalmar	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—
Kamenz	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Kappel	—	2,06	26,86	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Karlsruhe	180,00	—	—	—	—	1,80	—	50,00	—	100,00	—	—
Kiel	150,00	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Klingenthal	—	13,60	—	—	—	—	2,00	15,00	—	—	—	—
Köln a. Rh.	—	—	—	—	—	140,00	—	—	80,00	—	—	—
Königsberg i. Pr.	—	—	100,00	—	—	100,00	—	—	200,00	—	—	100,00
Kopenhagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	95,00	1,48
Kristiania	—	—	—	—	—	—	—	—	—	65,00	—	—
Landeshut (Whlvrn.)	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Landsberg a. W.	—	—	—	—	—	—	13,25	—	—	—	—	—
Langerfelde	20,00	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Lauscha	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Leduc-Alberta	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,40	—	—
Leipzig (12. u. 13. sächs. Reichtagswahlkr.)	—	2000,00	—	—	—	2000.00	—	3000,00	5000,00	—	—	—
Leipzig, diverse	—	—	100,00	—	—	—	30,00	—	—	32,00	45,80	—
Lengenfeld i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Lichtenstein-Callbg.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	63,00
Lichterfelde i. M.	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Limbach (15. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1500,00
Litiß	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11,75	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	[illegible]
London	—	—	—	—	—	—	—	—	—	246,40	253,85	3[illegible]
Lößnitz	—	—	4,90	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—
Lübzin	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Luckenwalde	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00	—
Lüdenscheid	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ludwigshafen	500,00	—	—	200,00	—	—	—	—	200,00	—	—	—
Madrid	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	99,30	—
Magdeburg	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—
Mannheim	—	—	200,00	3,00	—	200,00	500,00	—	—	200,00	—	—
Marburg i. St.	—	—	—	—	—	—	—	—	1,70	—	—	—
Markranstädt	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Marktredwitz	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	—	—	—
Meerane (17. sächs. Wahlkreis)	—	40,00	—	—	—	5,00	—	30,00	—	—	—	—
Melbourne	—	—	—	—	—	—	—	—	—	158,10	—	—
Michalkowitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—
Milford (Amerika)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Mitteau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,12	—
Mülhausen i. E.	—	—	—	14,00	15,00	35,22	—	12,00	—	—	10,00	16[illegible]
Mülheim a. R.	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—
München (Gauvb. Südbay.)	88,50	—	95,20	—	—	75,28	—	—	—	—	69,00	—
München, diverse	5,00	5,00	5,00	5.00	5,00	—	22,00	55,00	5,00	5,00	5,00	—
München-Gladbach	12,00	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Muskau	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—
Mylau i. S.	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Neisse	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—
Nellingsdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,71	—	—
Neumünster	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—
Netzschkau	—	15,00	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuruppin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—
Neu-Weißensee	—	—	—	—	—	—	3,50	23,05	—	—	—	—
Neustadt O.-Schl.	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Neviges-Tönisheide	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,0[illegible]
New York	—	—	—	—	—	—	418,50	—	—	1251,45	244,44	—
Nieder-Barnim (Wahlkreis)	—	—	500,00	—	500,00	—	—	—	—	—	—	1000,00
Niederzwönitz (19. sächs. Wahlkr.)	50,00	—	—	—	50,00	—	—	—	50,00	—	—	100,00
North-Woolwich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47,94	—	—
Nürnberg	5,00	2,00	7,00	2,00	2,00	8,00	6,00	4,00	4,00	4,00	4,00	—
Nürnberg-Altdorf	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	—	—	—	—	—	—
„ (Gau Nordb.)	—	—	—	—	—	383,00	—	—	—	—	—	—
Oberhausen i. Rhl.	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—
Oberlangenbielau	—	—	50,00	—	100,00	—	—	50,00	—	—	—	100,[illegible]
Oberstein a. N.	—	—	4,45	—	—	5,54	—	—	2,32	—	—	—
Odessa	—	—	—	—	—	—	—	—	10,65	—	—	—
Offenbach a. M. Landesorganisation	375,97	—	—	—	—	—	—	500,00	500,00	—	500,00	—
Offenburg i. B.	—	20,00	—	—	—	1,70	—	—	—	—	—	—
Ohlau	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Olbernhau	3,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oelsnitz i. V.	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Oppau	—	10,77	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Ottensen-Pinneberg Wahlkreis	—	—	—	—	—	500,00	—	—	5,00	—	—	—
Paris	—	—	—	—	—	—	—	—	161,29	241,93	8,50	—
Pelotas	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	150,00	—
Peterswaldau	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	10,00	—	10,00
Pforzheim	9,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Piéragen	—	—	1,30	—	1,30	—	—	—	—	—	—	—
Portland	—	—	—	—	—	—	—	—	2,85	—	—	—
Pottschappel 6. sächs. Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—
Puttbus	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,50	—	—
Rahnsdorf	6,00	—	—	—	3,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—
Rawitsch	—	—	—	—	—	16,00	—	—	—	—	—	—
Recklingh.-Bruch	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenbach i. Schl. Wahlverein	—	5,00	—	—	5,00	—	—	5,00	20,00	—	5,00	—
Reinbeck	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Remscheid	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	101,50
Rheydt	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Richzenhain	6,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	—
Riesa	—	—	—	—	1,60	—	—	—	—	—	—	—
Riga	—	—	—	—	—	20,00	—	—	10,00	—	—	—
Rinteln	—	—	1,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rixdorf	—	15,90	—	—	—	—	3,20	4,00	4,15	41,70	10,00	—
Rom	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Ronsdorf	—	—	25,00	—	—	29,00	—	—	25,00	—	—	27,00
Rotterdam	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Rummelsburg b. Berl.	—	—	—	—	—	—	16,00	4,55	—	—	14,00	—
St. Gallen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Sao Paulo	—	—	—	—	—	—	—	—	—	400,00	—	—
Schmiedeberg i. Rsg.	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schoeneberg b. B.	—	—	10,00	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—
Schöneck i. V.	—	6,00	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—
Schwarzenbach a. S.	—	—	—	—	—	5,00	5,00	—	—	—	—	—
Schweinfurt	20,00	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwelm	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Seesen a. H. 3. braunschweig. Wahlkr.	10,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Solingen Kreis-Org.	25,00	20,00	20,00	45,00	50,00	60,00	25,00	30,00	60,00	30,00	—	300,00
Sorau	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Stahmeln	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stonington	—	—	—	—	—	—	—	—	—	250,00	—	—
Staßfurt Wahlkreis Calbe-Aschersleben	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	148,14
Stettin Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00
Stralau	—	—	—	—	—	—	—	—	150,00	—	2,15	—
Stralsund	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Straßburg i. Els.	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	105,00	5,00	5,00
Striegau	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stuttgart	10,00	—	10,00	10,00	10,00	—	10,00	10,00	15,00	10,00	10,00	—
Sydney	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	469,20	—
Tambach	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Telt.-Beesk. Wahlkr.	—	—	—	600,00	—	100,00	200,00	—	—	300,00	—	100,00
Thalheim i. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—
Tiefenfurt	—	—	—	—	10,85	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septbr.	Oktober	Novb.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
Tolnca i. Mexiko	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	
Torgau-Liebenwerda (Wahlkr.)	—	—	81,20	—	—	—	—	—	—	—	—	
Triberg	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Trier	—	—	—	—	—	—	—	—	1,20	7,30	—	
Vegesack	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	
Velten (Wahlkr. Osthavelland)	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—	
Verden (6. hanv. Kr.)	60,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Vohwinkel	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	
Wandsbeck	400,00	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	
Wanzleben (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	
Wattenscheid	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	
Weißensee	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	
Weißwasser	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	
Wilmersdorf	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	
Witten	2,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Wittlich	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Wolfenbüttel	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	
Wrexham	—	—	—	—	—	—	—	—	7,30	—	—	
Wunsiedel	—	1,00	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	
Württemberg	100,00	100,00	100,00	—	200,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	—	—
Zeitz (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	600,00	—
„ diverse	—	—	—	108,00	—	—	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	—
Zeulenroda	—	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—	—	—
Zürich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—	—
Zwickau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50	—
Nord. Wasserkante	25000,00	—	15000,00	—	—	—	40000,00	—	—	—	—	—
Vorwärts	—	—	12712,45	—	—	14571,55	—	—	18381,20	—	—	[illegible]
Bchhdlg. Vorwärts	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15000,00	7000,00	—
X Y Z	—	—	2000,00	3000,00	—	2000,00	—	—	2255,12	—	—	4000
Diverse	300,00	—	8592,98	—	—	254,00	—	10000,00	2342,60	650,00	780,00	507

Bericht

der

Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.

Schon zu Beginn des abgelaufenen Parteijahres zeigte sich als Folge der Frauenkonferenz zu München unter dem klassenbewußten weiblichen Proletariat eine größere Regsamkeit. Jedoch nicht die Frauen allein, auch die Genossen vieler Orte, in denen eine planmäßige Agitation unter den Proletarierinnen bis dahin nicht betrieben worden war, drängten darauf hin, eine solche in die Wege zu leiten und halfen den Genossinnen beim Ausfindigmachen geeigneter Vertrauenspersonen. Erfreulicherweise ist in diesem Jahre die Anzahl derselben auf 78 gestiegen, der beste Beweis dafür, daß unsere Bewegung immer breitere Kreise erfaßt und daß der organisatorische Zusammenhang ein immer festerer wird.

Der Situation entsprechend, welche durch die Fleischnot einen trefflichen Anknüpfungspunkt für die Aufklärung der Frauen geschaffen hatte, wurde zunächst eine lebhafte, energische Agitation gegen die Fleischteuerung entfaltet. Unzählige Versammlungen wurden abgehalten, und die Genossinnen ließen sich daneben eine rege persönliche Agitation im Kreise der Bekannten ꝛc. angelegen sein. Ein Cirkular, welches Anfang November v. J. sämtlichen Vertrauenspersonen zugesandt wurde, gab die notwendigen Anleitungen dazu, es forderte gleichzeitig auf, in planmäßiger Weise an der allgemeinen Protestbewegung des Proletariats gegen den geplanten Zollwucher teilzunehmen und alles aufzubieten, damit die Notwendigkeit entschiedensten Einspruchs gegen denselben auch den noch indifferenten Frauenmassen klar würde. Ueber die Erfüllung dieser Aufgabe ward nicht vergessen, für den gesetzlichen Arbeiterinnen- und Kinderschutz zu agitieren. Der Erfolg der Anstrengungen unserer Genossinnen zeigte sich überall in dem hohen Prozentsatz weiblicher Versammlungsteilnehmer und der zunehmenden Organisation der proletarischen Frauen.

Ueberall wo die politischen Vereine Frauen aufnehmen dürfen, ist die Zahl der weiblichen Mitglieder gestiegen. In Hamburg hatten die 8 Wahlvereine am Schlusse des Jahres 1100 weibliche Mitglieder; in Leipzig gehörten 700 Genossinnen, in Dresden 500 Genossinnen der politischen Organisation an; der Wahlkreis Reichenbach i. V. wies 344 politisch organisierte Frauen auf. In den letzten Monaten, zumal während der Wahlagitation sind den politischen Organisationen sehr viele Genossinnen zugeführt worden.

Die Zahl der Frauen-Bildungsvereine in Preußen hat sich vermehrt. Zwar versuchen die Behörden hin und wieder solch einer Organisation als einer angeblich „politischen" das Lebenslicht auszublasen, allein der Versuch gelingt nicht immer. Gegen den Rixdorfer Frauen-Bildungsverein war die Untersuchung eröffnet, Dutzende von Frauen wurden einem Verhör unterzogen, aber — dem Verein konnte keine Verfehlung gegen das Gesetz nachgewiesen werden. Er bleibt bestehen und wird hoffentlich wie bisher Kenntnisse und Aufklärung unter den Proletarierinnen verbreiten.

Auch die Beschwerdekommissionen der Arbeiterinnen haben Zuwachs erfahren. Im Anfang dieses Jahres sind solche in Cannstatt, Zuffenhausen und Magdeburg eingerichtet worden, Orte, in denen viele Industriearbeiterinnen dem Kapital fronden, so daß die Kommissionen eine segensreiche Wirksamkeit entfalten können. Die Beschwerdekommissionen der Arbeiterinnen stehen selbstverständlich überall in engster Verbindung mit den Gewerkschaften.

Was die Arbeit der Genossinnen auf gewerkschaftlichem Gebiete anbelangt, so ist sie auch in diesem Jahre eine sehr rührige gewesen. Nicht nur in öffentlichen Agitationsversammlungen, sondern auch bei der Kleinarbeit, in Werkstubensitzungen 2c. sind die geschulten Genossinnen mit Begeisterung und Ausdauer bemüht gewesen, die noch unaufgeklärten Arbeiterinnen zu belehren und den Gewerkschaften zuzuführen. Soweit Ueberblicke über den Stand der Gewerkschaften vorliegen, mit Erfolg.

Ein zweites Cirkular, das im Anfang dieses Jahres sämtlichen Vertrauenspersonen zugesandt wurde, gab Ratschläge und Fingerzeige für die Einrichtung von Lese- und Diskussionsabenden, die in München so eingehend behandelt worden war und die der Heranbildung von politisch geschulten Genossinnen und Agitatorinnen dienen sollen. Lese- und Diskussionsabende sind an vielen Orten ins Leben gerufen worden und haben sich vorzüglich bewährt. Die Leitung durch eine geschulte zielklare Persönlichkeit ist eine Bedingung des Erfolges. Neben dem Uebermitteln und der Klärung sozialer und politischer Kenntnisse und der Einführung in das Studium und Verständnis unseres Programms bezwecken die Leseabende zugleich, die Proletarierinnen an das Lesen ernster sozialpolitischer Lektüre und das logische Durchdenken derselben zu gewöhnen, sowie an das klare Aussprechen ihrer Gedanken. Die Lese- und Diskussionsabende hatten außerdem den großen Vorteil, daß sie eine stattliche Zahl ernster, strebsamer, zuverlässiger Frauen einander näher brachten und zum gemeinsamen Wirken verbanden. Die Betätigung unserer Genossinnen im Wahlkampf ist dadurch bedeutend gefördert worden. Sie gewannen neue, sehr energische und geschulte Mitarbeiterinnen, welche opferfreudig ihre Kraft und Zeit in der Wahlagitation und am Wahltag der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung stellten.

An der Kampagne für die Reichstagswahlen beteiligten sich die Genossinnen mit Feuereifer. Bei allen Arbeiten halfen sie mit. Unsere rednerisch tätigen Genossinnen kannten Ermüdung nicht; Wochen und Monate lang hielten sie Tag für Tag in zum großen Teile überfüllten Räumen Versammlungen ab. Der Erfolg der geleisteten Arbeit ist bemerkenswert. Im Kreise Dortmund, wo bis vor etwa 2 Jahren jede Beteiligung von Frauen am politischen Leben durch die Polizei behindert wurde, hatte die Agitation in die Augen springende Erfolge. In wenigen Wochen wurden unter den Frauen der Kohlengräber 400—500 Abonnenten für die „Gleichheit" gewonnen. Auch unter den katholischen Frauen findet unsere Agitation und unser Organ mehr und mehr Eingang. Im letzten Jahre ist die Abonnentenzahl der „Gleichheit" von 4000 auf 9500 gestiegen, der beste Beweis dafür, daß die proletarische Frauenbewegung an äußerer Ausdehnung wie innerer Reife gewinnt. Als ein besonders begrüßenswertes Symptom muß verzeichnet werden, daß die Zahl der Mitarbeiterinnen der „Gleichheit" stetig wächst, welche sich aus dem weiblichen Proletariat rekrutieren.

Mit Bekanntmachung des Termins für die Reichstagswahlen kamen für die Zeit bis zur erfolgten Wahl auf Grund des § 21 des preußischen Vereinsgesetzes die Bestimmungen des § 8 des preußischen Vereinsgesetzes in Fortfall. Frauen dürfen demzufolge in dieser Zeit politischen Wahlvereinen als Mitglieder angehören und auch solche Vereine gründen. Durch einen Aufruf wurden die Genossinnen in Preußen ersucht das wenige Wochen währende Recht auszunutzen. In Altona gründeten die Genossinnen

einen Wahlverein, der bald 104 Mitglieder aufzuweisen hatte und eine rege Tätigkeit entfaltete.

Im Kreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg wurde ebenfalls ein sozialdemokratischer Frauen-Wahlverein ins Leben gerufen, der es auf ungefähr 450 Mitglieder brachte. Die Schulung, welche die Organisation ihren Angehörigen angedeihen ließ, befähigte diese zu tüchtigen Arbeitsleistungen bei den Wahlen

Die Genossinnen Berlins und der Umgegend nützten ebenfalls das Eintagsrecht aus. Sie gründeten am 20. April einen Wahlverein, dessen Existenz ebenso wie diejenige der beiden andern Vereine eine Demonstration für die Forderung voller politischer Rechte für die Frauen bedeutete. Der Erfolg der neuen Organisation übertraf alle Erwartungen. Fast jede der 9 Versammlungen, die der Wahlverein in den verschiedenen Stadtteilen veranstaltete, war von Frauen überaus zahlreich besucht. Der Mitgliederstand erreichte die beachtenswerte Zahl von 958, ein Zeichen dafür, daß immer breitere Schichten der Proletarierinnen bewußt werden, wie wichtig für sie der Besitz politischer Rechte ist, und daß immer größere Scharen diese Rechte fordern und erkämpfen wollen. Sicher hat auch die durch den Verein betriebene Agitationsarbeit ihr Scherflein zu dem großen Wahlsieg der sozialdemokratischen Partei beigetragen. In pekuniärer Hinsicht erzielte der Wahlverein der Genossinnen ebenfalls einen Erfolg. Es konnten dem Parteivorstand zu den Kosten der Reichstagswahl 800 Mk. übermittelt werden. Erwähnt sei noch, daß in Ausnutzung des kurzen Rechts der Frauen in vielen Orten Genossinnen in die Wahlkommitees gewählt wurden und dort mit den Genossen gemeinsam wirkten.

Da die Vertrauenspersonen und rednerisch tätigen Genossinnen mit Kenntnissen gerüstet und über die wichtigsten Vorgänge und Erscheinungen des sozialen und politischen Lebens unterrichtet sein müssen, sie aber als arme Proletarierinnen, von denen täglich Zeit- und Geldopfer verlangt werden, nicht immer imstande sind, sich die nötigen Schriften zu kaufen, so schien es zweckdienlich solche auf Kosten des Agitationsfonds der Genossinnen anzuschaffen und den oben genannten unentgeltlich zuzusenden. Es gelangten zur Verschickung:

1. „Das Protokoll des Münchener Parteitags."
2. „Das soz. Programm und die Erläuterungen desselben von Kautsky und Schönlank."
3. „Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen" von Henr. Fürth.
4. „Die Erwerbstätigkeit der Frau" von Dr. Epstein.
5. „Die Frauen und die Politik" von Lily Braun.
6. „Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1903."
7. „Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin" von Wally Zepler.

Das letztere Schriftchen wurde außerdem auf Wunsch Frauen-Bildungsvereinen in größerer Anzahl zugestellt.

Erwähnt sei noch, daß der Verlag der „Gleichheit" diese bereitwilligst den Vertrauenspersonen gratis zusendet.

Für die Wahlagitation unter den proletarischen Frauen wurden folgende Broschüren in größerer Anzahl gekauft und gratis verteilt:

1. „Die Vernichtung der Sozialdemokratie u. s. w."
2. „Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern"; schließlich kurz vor den Wahlen: „Pflichten und Stellungnahme der Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes bei der Reichstagswahl 1903."

Das zuletzt genannte Schriftchen ist in einer Auflage von 80000 Exemplaren verteilt worden und zwar auf Kosten der Gesamtpartei. Eine zweite noch größere Auflage davon herzustellen, wie es gewünscht wurde, dazu war die Zeit zu kurz.

Die verteilten Broschüren haben einen aufklärenden und agitatorischen Wert, der über die Reichstagswahl hinaus reicht. Die Vertrauenspersonen und Leiterinnen von Leseabenden sollten es sich deshalb angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß sie gründlich gelesen und diskutiert werden.

Es wurden in diesem Jahre Mk. 407,77 für Broschüren rc. ausgegeben.

Durch die Zunahme der Zahl der Vertrauenspersonen hat die notwendige Korrespondenz an Umfang gewonnen, so daß für Porti und Schreibmaterialien 163,70 Mk. verbraucht wurden. Für mündliche Agitation wurden ausgegeben Mk. 772,10; für andere kleinere Ausgaben Mk. 50. Der Parteikasse konnten erfreulicherweise 200 Mk. zu den Wahlkosten überwiesen werden. Der Kassenbestand betrug bei Beginn des letzten Tätigkeitsjahres Mk. 704,74. An Geldern gingen für den Agitationsfonds ein: Mk. 1111,05. 26 Orte sendeten Beiträge. Das Gesamtvermögen unserer Kasse stellte sich auf Mk. 1815,79, die Ausgaben betrugen Mk. 1593,57 so daß ein Bestand von Mk. 222,22 verbleibt.

Die Summen, welche der Centralkasse der Genossinnen zur Verfügung standen, waren nicht groß. Sie lassen jedoch keinen Rückschluß zu auf die von der Centralstelle aus eingeleitete und organisierte Agitation und auf die Tätigkeit der Genossinnen überhaupt. Die eine wie die andere ist weit bedeutender gewesen, als die Zahlen es erkennen lassen. Die Genossinnen ließen es sich allerwärts angelegen sein, die am Orte oder im Bezirke betriebene Agitation aus den eigenen Mitteln zu decken. Nur wo dies unmöglich war, oder wo es galt, die proletarische Frauenbewegung erst in Fluß zu bringen, wurde der Centralfonds in Anspruch genommen. Bemerkt sei noch, daß die Genossinnen sich überall eifrig am Sammeln von Munition für die Wahlen beteiligt haben, und daß sie auch durch diese Seite ihrer Betätigung der Frauenbewegung Anerkennung und Sympathie erwarben.

Die großen Wahlerfolge der Sozialdemokratie werden uns Frauen ein Ansporn sein, unsere ganze Kraft immer hingebender und eifriger in den Dienst unserer heiligen Sache zu stellen. Wir wollen in jeder Beziehung das unsrige dazu beitragen, daß die nächsten Wahlen der einzigen Partei, die für eine neue, große, gerechte Zeit kämpft, einen noch glänzenderen Sieg bringen. Damit rückt nicht nur der Tag näher an dem wir Frauen selbst den Stimmzettel in die Urne legen werden, sondern auch das höhere Ziel, die Befreiung der Arbeit von dem Joche des Kapitals.

Darum vorwärts zu neuer Arbeit, zu neuen Siegen.

Bericht

über die

parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

193. bis 302. Plenarsitzung II. Session der X. Legislaturperiode.

14. Oktober 1902 bis 30. April 1903.

Erstattet von Arthur Stadthagen.

Inhalts-Uebersicht:

Die fünfjährige Legislaturperiode des am 16. Juni 1898 gewählten Reichstag zerfiel in zwei Sessionen. Die erste begann am 6. Dezember 1898 und wurde am 12. Juni 1900 geschlossen. Die zweite Session begann am 14. November 1900, wurde wiederholt, zuletzt bis zum 14. Oktober 1902, vertagt und am 30. April 1903 geschlossen. Dieser letzte Abschnitt umfaßt die 193. bis 302. Sitzung der zweiten Session; über ihn soll sich der vorliegende Bericht auslassen.

In der Berichterstattung wird zunächst die Beratung des Zolltarifs geschildert. Ihr folgt die Berichterstattung über den Reichshaushaltsetat, die in dem zu Bericht stehenden Sessionsabschnitt erledigten Gesetzentwürfe, die Interpellationen, die Initiativanträge, die Petitionen und die Wahlprüfungen.

Die Zolltarifvorlage.

Die vor Weihnachten verabschiedete Zolltarifvorlage ist ein Klassengesetz schlimmster Natur. Gesetzliche Begünstigung und Förderung der Macht des Großkapitals gegenüber der Arbeit ist der einheitliche Gesichtspunkt, der das Tarifgesetz und die 946 Positionen des Tarifs beherrscht und auch innerhalb der Tarifierung zum Ausdruck gelangt. Ungeheure materielle Vorteile hätten von dem Gesetz, wenn es in Wirksamkeit träte — das Inkrafttreten hängt von einer besonderen unter Zustimmung des Bundesrats zu erlassenden Verordnung ab —, die Großgrundbesitzer, ein Teil der Großfabrikanten, die Hypothekenbanken und die

Aktionäre der „schweren Industrie“ — und das auf Kosten der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung der Arbeiterklasse, des Mittelstandes, des Handwerkers und des Kleinbauern.

Die Wirkungen des Zolltarifs auf wirtschaftlichem, politischem und allgemein kulturellem Gebiete lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen.

Die durch den Zolltarif beabsichtigte künstliche Verteuerung der Lebensmittel dient der Niederhaltung der Lebenshaltung der Arbeiter und des Mittelstandes in Stadt und Land. Die Folge ist: Beeinträchtigung der körperlichen und geistigen Entwicklung der erwerbstätigen Bevölkerung, die Vermehrung von Krankheiten, Erhöhung der Unfallgefahr, der Invalidität und der Kindersterblichkeit, Anwachsen der Armenlasten, vermehrter Anreiz zur Begehung von Eigentumsdelikten und eine Reihe anderer sittlicher Nachteile. Hand in Hand mit der künstlichen Niederhaltung der Lebenshaltung der Arbeiter geht die Bedrohung ihres Koalitionsrechts, die Erschwerung sozialreformatorischer Maßregeln, die Verminderung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter und damit der Industrie und der Landwirtschaft. Dieselben Folgen zeitigt die durch die Erhöhung der Zölle herbeigeführte Erschwerung der Arbeitsgelegenheit und Stärkung der Macht der am antisozialsten denkenden Bevölkerungsgruppen: der Großgrundbesitzer und der großindustriellen Verbände.

Für Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle muß die Not des arbeitenden Kleinbauern als Feigenblatt herhalten, hinter dem sich die Raubgier des besitzenden Großgrundbesitzers versteckt. Den Bauern trifft die Zollteuerung nicht nur als Konsumenten. Seine Produktionskosten werden künstlich durch den Zoll verteuert: die Einsaat, das Vieh, das Viehfutter ist mit hohen Zöllen belegt. Mit knapper Not entging der künstliche Dung einer Verteuerung durch den Zoll; in der Kommission beantragten nationalliberale Abgeordnete mit Rücksicht auf die „Notlage“ der leidenden Superphosphatfabriken, die nur rund 8 Proz. Dividende abwerfen, einen Tribut von jährlich 15 Millionen Mark der Landwirtschaft durch einen Superphosphatzoll aufzulegen. Für den Antrag stimmten die freikonservativen Mitglieder und ein Teil der konservativen und Centrumsmitglieder. Die künstliche Verteuerung der Produktionskosten des arbeitenden Landwirts wäre eine der notwendigen Folgen des unter dem verkehrten Schlachtgeschrei „Schutz der Landwirtschaft“, „Schutz der nationalen Arbeit“ durchgepreßten Entwurfs zur künstlichen Erhöhung der Grundrente des Großgrundbesitzes.

Getreidezölle erhalten die landwirtschaftliche Produktionsweise in ihrer Rückständigkeit, die Zölle auf Brotgetreide verringern die Kaufkraft der Abnehmer der Produkte des Bauern. Die Zölle auf Arbeitsvieh und Futtermittel (Gerste, Hafer, Mais usw.) erhöhen die Produktionskosten des Bauern, der sie kaufen muß. Daneben schädigen die Zölle auf Wild aufs schwerste die mühsame Arbeit des Kleinbauern. Die agrarischen Zölle geben dem landwirtschaftlichen Großbetrieb ein künstliches Uebergewicht über den Mittel- und Kleinbetrieb, begünstigen die Aufsaugung des Mittel- und Kleinbesitzes durch den Großgrundbesitz und fördern die Rückständigkeit der Produktionsweise.

In ähnlicher Weise begünstigen die industriellen Zölle die Großindustrien auf Kosten des Mittelstandes und der inländischen Abnehmer.

Treiber im Kampf der industriellen Schutzzölle waren die Vertreter nicht der Industrie oder des Handwerks, sondern die Besitzer der Rohstoffe und Halbfabrikate, vor allem die Besitzer von Kohle und Eisen, die Berg- und Hüttenbetriebe, und die Spinner.

Zur Produktion der Rohstoffe gehört viel Kapital und wenig Arbeit: die Zahl der von den großen Besitzern (meist Aktiengesellschaften) der Rohstoffe und Halbfabrikate meist sehr gering entlohnten Arbeiter beträgt nur einen kleinen Bruchteil derjenigen Arbeiter, welche in der Exportindustrie und der verarbeitenden beschäftigt

werden, z. B. in der Maschinen-, in der Kleineisen-, in der Textilindustrie, im Baugewerbe. Alle diese Gewerbe, die eine große Zahl, den größten Teil aller Arbeiter beschäftigen, gebrauchen Rohstoffe. Jeder Zoll, der auf Rohstoffe oder Halbfabrikate gelegt wird, verteuert diese und damit die Produktionskosten der verarbeitenden Industrie, einschließlich des Handwerks. Es kommt noch eins hinzu. Die Besitzer der Rohstoffe haben seit Jahren sich koaliert, um die Preise im Inland zu erhöhen. Jeder Zoll begünstigt diese Preistreiberei zu Ungunsten der deutschen Exportindustrie, die eine Menge Hände beschäftigt und die durch die Lieferung billigerer Materialien an das Ausland durch die Kartelle in ihrer Exportfähigkeit stark beeinträchtigt wird. Ein Zoll auf die eigenen Waren nützt dieser Exportindustrie gar nichts, sondern schädigt sie, weil er Gegenmaßregeln des Auslandes hervorruft, das den Export der deutschen Waren wiederum durch Zölle zu hindern sucht, und steht der technischen Entwicklung entgegen. Wie sehr die verarbeitende Industrie auf Freiheit von dem Schutzzoll — so nennt man wohlklingend den Zoll zum Schutz des Großkapitals — angewiesen ist, zeigt ein Vergleich zwischen Frankreichs und Deutschlands Welthandel der neunziger Jahre. Frankreich hat im Jahre 1892 seine Schutzzölle erhöht: es ist seitdem von der zweiten Stelle im Welthandel auf die vierte herabgedrückt. Deutschland, das 1892 mit der Herabsetzung der Schutzzölle durch die Handelsverträge begann, ist von der sechsten Stelle im Welthandel auf die zweite heraufgekommen: der deutsche Warenexport, der vor den Handelsverträgen gegen 3 Milliarden Mark betrug, hat sich bis auf nahezu 5 Milliarden gehoben. Tritt der neue Zolltarif in Wirksamkeit, so würde der Export nie sehr bedeutende Einschränkung erfahren: *Millionen Arbeiter würden arbeitslos werden.*

Das Zolltarifgesetz stellt sich als ein *Gesetz zur künstlichen Züchtung der Industriekartelle* dar. Der Schutzzoll auf industriellem Gebiet für Rohstoffe und Halbfabrikate ist das wirksamste Mittel, die Bildung von Kartellen, Trusts und anderen Unternehmer-Verbänden zu fördern.

Die Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate *drücken auf die verarbeitende Industrie und das Handwerk, auch soweit diese nicht exportieren.* Es steigern, wie schon erwähnt, die Kartelle der „schweren Industrie" — hierunter ist in erster Linie die Eisen- und Metallindustrie und die Montanindustrie verstanden — die Preise für das Inland und verkaufen zu niedrigeren Preisen an das Ausland. Die durch „Schutzzölle" gegen die Konkurrenz des Weltmarkts abgeschlossene schwere Industrie hat sich zu wirtschaftlichen Verbänden mit Zwangsordnungen gegen die einzelnen Mitglieder vereinigt, um für das Inland nicht unter einem festgesetzten hohen Preise zu verkaufen. So ist es gekommen, daß zur selben Zeit verkauft wurde:

	die Tonne im Inlande	die Tonne im Auslande
Koaks	15,— Mk.	11,— Mk.
Roheisen	60,— „	44,— „
Schmiedeeiserne Träger	97,50 „	66,— „
Walzdraht	250,— „	140,— „
Drahtstifte	250,— „	140,— „
Stabeisen	125,— „	100,— „
Stahl in Blöcken	92,— „	64,— „
Eisenbahnschienen	160,— „	105,— „

Die Schutzzölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate ermöglichen es also, der verarbeitenden Industrie einen Tribut aufzulegen, der noch weit über die Höhe des Zolls hinausgeht.

Die wichtigste nationale Ware, die „nationale Arbeitskraft", wird demnach durch das Zolltarifgesetz aufs schwerste beeinträchtigt, der Verkauf von Rohstoffen und Halbfabrikaten nach dem Ausland zu billigeren Preisen als für das Inland und der

Wettbewerb des Auslands mit unserer verarbeitenden Industrie durch Lieferung billigen Rohmaterials begünstigt. Der Zoll hat das Handwerk und die gesamte weiterverarbeitende Industrie mit hohem Tribut zu Gunsten der Besitzer der kostbaren Eingeweide der Erde und ihrer Oberfläche: das nennt man „Schutz der nationalen Arbeit“.

Daß erhöhte Getreidezölle die Gefahr mit sich zu bringen, „die Lebenshaltung weiter Volkskreise in einer in der Tat bedenklichen Weise zu verteuern und gleichzeitig ihre Arbeitsgelegenheit zu vermindern“, hatte übrigens der Staatssekretär Graf von Posadowsky in der Sitzung der Kommission vom 22. September 1902 anerkannt; freilich erblickte er diese Gefahr nur bei den von den Bündlern vorgeschlagenen Mindestzöllen von 7,50 Mk. für die vier Hauptgetreidearten — dieselben Zölle (7,50 Mk. für Weizen, 7 Mk. für die übrigen Getreidearten) enthält der angenommene Zolltarif.

Die Vermehrung der Reichseinnahmen aus den erhöhten Zöllen — etwa 300 bis 400 Millionen jährlich — arbeitet einer Vermehrung der Militärlast vor und beeinträchtigt das Geldbewilligungsrecht der Volksvertretung. Diese Minderung der Volksrechte enthält eine ebenso große Stärkung der absolutistischen Strömung. Die Fortsetzung der indirekten Steuerpolitik wirkt der Anbahnung einer gerechten Steuerreform durch Einführung einer Reichseinkommensteuer, Reichsvermögenssteuer und Reichserbschaftssteuer in erheblicher Weise entgegen.

Die kulturwidrige Wirkung des Zolltarifs zeigt sich auch auf technischem Gebiet. Bei einer großen Reihe von Zöllen, insbesondere auf Rohstoffe und Halbfabrikate, wurde im Plenum und in der Kommission von unserer Fraktion dargelegt, wie der Zoll technischen Fortschritten hindernd im Wege steht — Darlegungen, die in der Kommission selbst einen konservativen Abgeordneten bei Gelegenheit der Beratung der Garnzölle zu dem Eingeständnis veranlaßten, daß die Garnzölle versumpfend auf die Spinnerei gewirkt und den technischen Fortschritt gehemmt haben. Als der Staatssekretär Graf von Posadowsky in der Kommission die Mehrheit beschwört, von der Absicht abzulassen, zu Gunsten der Steinbruchbesitzer die Pflastersteine mit einem Zoll zu belegen, da ein solcher Zoll die Kulturinteressen des Landes, insbesondere die Förderung guter Straßen, schwer schädigen, auch unsere Handelsbeziehungen zum Ausland, die deutsche Rhederei und Schiffahrt schwer beeinträchtigen würde, gesteht ein Zollschwärmer zu: mit solchen Gründen lasse sich jede Zollschutzpolitik bekämpfen. Der Pflasterzoll wird bewilligt — die Tatsache, daß eine Steinbruch-Aktiengesellschaft nur 4% Dividende gezahlt hat, reicht für die Steinbruchaktienbesitzer aus, um einen die Landeskultur und die Arbeiter schwer schädigenden Zoll einzuführen. Die kulturwidrige Wirkung von Zöllen läßt sich in ähnlicher Weise auf beinahe allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens nachweisen.

Das gesamte System des angenommenen Zolltarifgesetzes steht der Erreichung des internationalen freien Verkehrs schwer hindernd entgegen, erschwert Handelsverträge, welche die Lebenshaltung der Arbeiterklasse heben und die Arbeitsgelegenheit mehren könnten, und treibt zu Zollkriegen der Völker untereinander.

Ein Zolltarif mit Sätzen wie sie die angenommene Vorlage enthielt, ist kein Instrument zur Bedrohung des Auslandes zwecks Abschlusses günstiger, dem Interesse der Gesamtheit dienender Handelsverträge und gegenseitiger Herabsetzung der Zölle. Der Zolltarif mit seinen hohen Schutzzollsätzen dient vielmehr der in Kartellen organisierten Industrie und dem Großgrundbesitz zur Ausbeutung ihrer staatlich privilegierten Stellung auf Kosten Deutschlands. Dem Zweck der Erhöhung der Grundrente durch den agrarischen Zoll tritt der Zweck der in Kartellen organisierten Industrie an die Seite, den Schutzzoll zu einer dauernden Einrichtung zu machen, um den Bestand der Kartelle zu sichern und in Deutschland zu höheren als den Weltmarktspreisen verkaufen zu können. Der Zoll des Zolltarifs wirkt auch auf industriellem Gebiet nicht als „Er-

ziehungszoll", als Abwehrmittel gegen die Eroberung des einheimischen Markts durch eine vorgeschrittenere ausländische Industrie, sondern stellt die Macht des Staats in den Dienst der Profitinteressen des Großgrundbesitzes und der Großindustrie. Die Verschärfung des Kampfes um den Weltmarkt führt zu schärferen Gegensätzen der einzelnen Staaten. Für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt wird darum Verstärkung der staatlichen Macht zwecks Wahrnehmung der Interessen der Großindustrie gefordert. Die Vermehrung der Staatsgewalt soll im Innern der Niederhaltung der Volksmassen dienen, deren Lebensmittel und Arbeitsgelegenheit herabgedrückt, deren wirtschaftliche und gewerkschaftliche Stellung arg bedroht ist. Im Ausland soll die vermehrte Staatsmacht die Ansprüche der Kapitalistenklasse durchsetzen helfen: Förderung der Kolonial- und Weltpolitik, Vermehrung der militärischen Rüstungen zu Lande und zu Wasser ist die weitere Folge der durch Zölle gestärkten Macht der Kartelle. Die Verteuerung der Produktionskosten der nicht kartellierten inländischen Industrie durch die Kartelle führt auch hier zu einer Beschleunigung der Konzentration und zur Herstellung von Kartellbildungen auch für diese Industrien. Die Erschwerung der Exportindustrie muß zu Niederlassungen — deutsche Einkaufsbureaus und deutsche Fabriken — im Ausland in noch stärkerem Maße wie bisher führen. Wohl kein deutsches Gesetz zeigt so sinnenfällig wie der Zolltarif den Klassencharakter der Gesetzgebung: in unverhülltester Weise werden die Machtmittel des Staats in den Dienst der Profitinteressen des Kapitals auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung gestellt.

Der Klassencharakter des Zolltarifentwurfs offenbarte sich auch in der Art der Vorbereitung des Gesetzentwurfs und kam später in der Art der Beratung in der Kommission und im Plenum des Reichstags abermals zum klaren Ausdruck. Dem im Jahre 1897 in aller Stille einberufenem sogenannten „Wirtschaftlichen Ausschuß zur Vorbereitung von Handelsverträgen" gehörte kein Vertreter der Erwerbstätigen, der Arbeiter, der Handwerker, der kleinen Bauern, wohl aber die schärfsten Vertreter der Interessen des Großkapitals an. Erst im Juli 1901 wurde der dort zusammengebraute Tarifentwurf gegen den Willen der Regierung veröffentlicht. Er soll durch Diebstahl der geheimen Schublade des Verwaltungsausschusses für die besitzenden Klassen entnommen sein — jedenfalls war er echt. In wenigen Punkten durch den Bundesrat verändert gelangte er im Dezember 1901 an den Reichstag. Dort fand die erste Lesung im Plenum in 9 Sitzungen vom 2. bis 12. Dezember 1901 statt. Der Entwurf wurde am 12. Dezember einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Die Beratungen in dieser und noch stärker die späteren Plenarverhandlungen, deren Gang unten in chronologischer Reihenfolge zusammengefaßt ist, zeigen, daß die Mehrheit Recht, Gesetz, Geschäftsordnung und Verfassung zu zertreten bereit war, weil nur auf diesem Wege die reiche Zollernte einzuheimsen möglich war.

Das Bestreben der Fraktion war darauf gerichtet, die schädigenden Wirkungen des Gesetzentwurfs in breitester Oeffentlichkeit darzulegen, die sachliche Verhandlung des Gesetzes zu verlangen und mit allen geschäftsordnungsmäßig zulässigen Mitteln darauf zu dringen, daß dem Wesen des Parlamentarismus entsprechend die Diskussion über die einzelnen Forderungen des Zolltarifs und Zolltarifgesetzes öffentlich im Parlament vorgenommen und die Stellung der einzelnen Abgeordneten zu den wichtigen Teilen des Gesetzes durch namentliche Abstimmungen klargelegt werde. Wenn die Beratung des Zolltarifs ordnungsmäßig in einer der Geschäftsordnung und der Verfassung entsprechenden Weise erfolgte, so war bei der ungeheuren Weitschichtigkeit der Materie eine Verabschiedung des Gesetzes im Sinne der Mehrheit nur dann möglich, wenn sie in beschlußfähiger Anzahl einige Monate zusammenblieb. Die Fraktion rechnete auch mit dieser Möglichkeit und nahm an, daß bei einer sachgemäßen Behandlung der einzelnen Positionen des Tarifs sehr widersprechende Gegensätze in Er-

scheinung treten würden. Sie rechnete vor allen Dingen damit, daß dann weite Interessentenkreise erst durch die Beratungen von der Gestaltung und den Folgen des Tarifs eingehende Kenntnis erhalten und dann gegen den Tarif sich mit aller Entschiedenheit erklären würden. Der Zolltarif mußte bei geschäftsordnungsmäßiger, sachlicher und gründlicher Beratung der einzelnen Positionen durch seine eigene Schwerkraft und durch das bei einer sachlichen Diskussion naturgemäß eintretende Aneinanderprallen der Gegensätze zwischen den Interessen des Großgrundbesitzes mit denen der Großindustrie und den Interessen dieser mit denen der verarbeitenden Industrie und des Handwerks sowie durch die wachsende Einsicht von der Gemeingefährlichkeit der Gesetzesvorlage für die breite Masse der Bevölkerung fallen. Es war die Taktik der Fraktion also nicht darauf gerichtet, die Beratung der Vorlage hinzuzögern, sondern sie in vollster Oeffentlichkeit vornehmen zu lassen. Freilich erfordert eine sachliche Beratung der Vorlage, insbesondere nachdem die Mehrheit die Vorlage in der Kommission mit Forderungen bepackt hatte, die für jede Regierung unannehmbar sein müssen, Zeit. Als die Vorlage Mitte Oktober aus der Kommission wieder an das Haus gelangte, war es unmöglich, sie bei gewissenhafter, sachlicher Diskussion zur Verabschiedung zu bringen, wenn nicht der undenkbare Fall eintrat, daß die Mehrheit etwa 150 Sitzungen in beschlußfähiger Zahl beiwohnte. War eine Ablehnung des Gesetzentwurfs aus sachlichen Gründen erforderlich, seine ordnungsmäßige Verabschiedung aus technischen Gründen unmöglich, so kam noch eins hinzu. Die tief einschneidenden Wirkungen des Zolltarifs, der bei den Wahlen 1898 den Wählern noch völlig unbekannt war, und der erst so spät, gegen Ende der Legislaturperiode, dem Reichstag vorgelegt war, erforderte es, den Zolltarif den Wählern zur Entscheidung zu unterbreiten. Die Fraktion war entschlossen, alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anzuwenden, um eine solche Vorlage zu Fall zu bringen.

Die Mehrheit des Reichstages war hingegen gewillt, alles aufzubieten, um zu verhindern, daß der Zolltarif in seiner ganzen Gefährlichkeit und in allen seinen Einzelheiten der breiten Oeffentlichkeit bekannt würde und vor allen Dingen zu verhüten, daß er Wahlparole würde. Wenn bei der ersten Lesung in der Kommission und im Plenum die Redner der Mehrheit als Ueberzöllner auftreten, denen die Regierungsvorlage noch lange nicht genug biete, so ließ sich durch dieses Scheinmanöver die Fraktion nicht täuschen. Die Taktik der Zöllner ging dahin, möglichst viel zu fordern, um etwas zu erreichen. Die Junker haben allezeit genommen, was sie kriegen konnten, mit dem Vorbehalt, bei der nächsten Gelegenheit wieder mehr zu fordern und zu nehmen. So war es auch bei der Zolltarifvorlage. Das Centrum zeigte in der Kommission sehr bald, daß es die Interessen der Arbeiter und der Allgemeinheit zu Gunsten der von ihm lebhaft vertretenen Interessen der Großgrundbesitzer und Großindustriellen im Gegensatz zu der Haltung eines Windthorst, Reichensperger und anderer früherer Führer des Centrums völlig preiszugeben entschlossen war.

In der Kommission tauchte bereits im Februar, späterhin auch im April und Mai, vom Abgeordneten von Kardorff angeregt, der Plan auf, nur das Tarifgesetz einer detaillierten Beratung zu unterwerfen, es zu formulieren und dem Tarif mit den Sätzen, die die Mehrheit wünschte, in Form einer Resolution zuzustimmen. Dieser Plan war der Embryo des später im Plenum eingebrachten Staatsstreichantrags von Kardorff.

Die Vorbedingung für das Zustandekommen dieses Plans war eine formelle und eine materielle. Die formelle Vorbedingung war: daß nicht mit dem Tarif, sondern mit dem Tarifgesetz die zweite Beratung im Plenum begonnen würde. Wurde mit dem Tarif begonnen, so lag die Gefahr nahe, daß während der öffentlichen Beratung über die 946 Tarifpositionen der Widerstreit zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Interessen — Agrarier,

Centralverband der Industriellen, Kleinindustrie, Spinner und Weber usw. — so lebhaft entbrannte, daß eine Einigung in der kurzen Zeit unmöglich wurde. Die Taktik der tariffeindlichen Parteien mußte deshalb dahin gehen, in der Kommission und im Plenum mit der Beratung des Tarifs zu beginnen. Hierin waren alle tariffeindlichen Parteien bei Beginn der Kommissionsberatungen einig. Beide freisinnigen Gruppen, die Sozialdemokraten und selbst ein Teil des Centrums (Müller-Fulda) beantragten, in der Kommission, so vorzugehen. Die Mehrheit beschloß in entgegengesetztem Sinne, anerkannte aber, daß es sachlicher sei, mit dem Tarif zu beginnen, da man doch erst darüber Bestimmung treffen muß, ob und wann ein hoher Zoll eingeführt werden soll, bevor man über die Art der Erhebung der Zölle über gewisse Zollfreiheiten, Zollzuschläge usw. sich auslassen kann. Die Mehrheit stellte eine Beratung, bei der mit dem Tarif begonnen würde, für die zweite Kommissionslesung in Aussicht, beschloß dann aber in entgegengesetztem Sinne. Kurz vor Beginn der zweiten Plenarberatung des Zolltarifs sprach sich zuerst die „Freisinnige Zeitung" und in der letzten (111.) Kommissionssitzung der freisinnige Abgeordnete Müller-Sagan dafür aus: im Plenum mit der Beratung des Gesetzes zu beginnen, dann erst den Tarif in Angriff zu nehmen. Das Plenum entschied gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und entgegen der Art der Behandlung gleichartiger Vorlagen in den Jahren 1879 und 1885 in gleichem Sinne.

Die formelle Vorbedingung zur Erledigung des Tarifs „im Ramsch" war so geschaffen.

Die materielle Vorbedingung für eine Erledigung des Tarifs in Bausch und Bogen war Schaffung einer Grundlage, der die Agrarier und der Centralverband zustimmen konnten. Diese wurde zwischen der ersten und zweiten Lesung der Kommission und in der zweiten Kommissionslesung geschaffen. Die Mehrheitsparteien beschlossen, nicht die Beratung des gesamten Tarifs für die zweite Lesung vorzuschlagen, sondern nur die einzelner Partien, an denen entweder der Regierung (z. B. Heringszoll) oder den Agrariern (z. B. Getreide- und Viehzölle) oder einzelnen Gruppen schutzzöllnerischer Großindustrien (z. B. Garnzölle, Tafelglaszoll) lag. Der Kommission stand es frei, noch weitere Positionen zur zweiten Lesung zu ziehen. Konservative und die Bündler hatten sich insbesondere vorbehalten, falls die landwirtschaftlichen Zölle nicht noch mehr erhöht würden, die Herabsetzung der Industriezölle in Angriff zu nehmen.

Nach Ablehnung der bündlerischen Anträge in der zweiten Lesung der Kommission hatte fast die gesamte konservative und bündlerische Presse mit dröhnenden Worten verkündet: es würde bei den Industriezöllen, insbesondere bei den Eisenzöllen, furchtbare Rache durch erhebliche Herabsetzung der Zölle genommen werden. Wurde diese Drohung wahr gemacht, so war die Grundlage einer Verständigung erschüttert und damit die Erledigung des Tarifs in Bausch und Bogen erheblich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Die 108. Kommissionssitzung vom 30. September war die entscheidende. In ihr war zu beschließen, ob in eine nochmalige Beratung des Roheisen-Zolls, der Eisenbahnschienen-Zölle usw. eingetreten werden solle. Gelang es, die zweite Beratung und eine Herabsetzung dieser Eisenzölle durchzusetzen, so wäre der Centralverband der Industriellen aus einem lebhaften Freunde ein erbitterter Gegner des Tarifs geworden.

Mit Spannung sah man der Sitzung entgegen. Der von Bündlern und von unseren Kommissionsmitgliedern gestellte Antrag, in eine Spezialdiskussion über den Roheisen-Zoll einzutreten, wurde mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Es fehlten von den drei freisinnigen Kommissionsmitgliedern zwei, sowie der Antisemit. Der dann gestellte Antrag, die Eisenbahnschienen-Zollposition zur Diskussion und Abstimmung zuzulassen, wurde mit elf

(der Antisemit war inzwischen erschienen) gegen elf Stimmen abgelehnt. Damit war die Hauptklippe für das Zustandekommen einer Pauschalerledigung beseitigt.

Eine Pauschalerledigung des gesamten Tarifs in der Weise, daß die Diskussion über mehrere, selbst über alle Artikel des Tarifs verbunden wurde, ist nach § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung zwar zulässig, aber so offensichtlich unsachlich und zu dem Zweck einer Täuschung der Oeffentlichkeit gestellt, daß innerhalb der Fraktion nicht angenommen wurde, daß die Mehrheit zu einem solchen Mittel, das sie selbst aufs schärfste herabsetzen müßte, greifen würde. Wohl aber rechnete die Fraktion mit der Möglichkeit, daß in ähnlicher Weise wie in der Kommission die Mehrheit vielleicht eine weitgehende Zusammenfassung verschiedenartiger Gegenstände beschließen, sogar im Anschluß an die 88 über die einzelnen Abschnitte zu erstattenden Referate gar bis zu einer Zusammenfassung aller Positionen, auf die sich je ein Referat erstreckt, gehen würde. Die Zusammenfassung einer Abstimmung über einzelne Positionen des Tarifs verbietet § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung, der wörtlich vorschreibt:

„Ueber jeden einzelnen Artikel wird der Reihenfolge nach die Diskussion eröffnet und geschlossen und die Abstimmung herbeigeführt. Auf Beschluß des Reichstags kann die Reihenfolge verlassen, in gleicher Weise die Diskussion über mehrere Artikel verbunden oder über verschiedene zu demselben Artikel gestellte Abänderungsvorschläge getrennt werden."

In der Fraktion wurde eine etwaige Verletzung dieser Vorschrift der Geschäftsordnung erwogen, aber allseitig für unmöglich gehalten, daß der Präsident einen so offenbar verfassungswidrigen Verstoß zulassen oder daß ihn die Mehrheit in Anregung bringen könnte. Die späteren Verhandlungen bewiesen, daß diese Annahme irrig, daß vielmehr die Anwendung jeglichen Rechtsbruchs der Mehrheit genehm war. Trotzdem hätte der Zolltarif nicht zur Annahme gelangen können, wenn die bummelnde Mehrheit nicht durch das Verhalten der tariffeindlichen freisinnigen Volkspartei zusammengepeitscht wäre.

Ueber die Art und das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen sei noch folgendes hervorgehoben: Die nervöse Ungeduld der Mehrheit darüber, daß die Zollgegner eine sachliche Verhandlung und die Berücksichtigung der Interessen der Arbeitenden verlangten, führte wiederholt zu groben Geschäftsverstößen der Mehrheit in der Kommission. So erklärte am 14. Januar der Vorsitzende von Kardorff bei der Debatte über die Kartellfrage einen (in Kommissionsberatungen unzulässigen, zum mindesten ungebräuchlichen) Antrag auf Schluß der Diskussion für zulässig und brachte ihn sofort zur Abstimmung. Unsere Kommissionsmitglieder machten diese Art der Behinderung einer Debatte über wichtige Gegenstände durch die Einbringung eines ähnlichen Antrages über die Kartelle wett, der auch nach kurzer Debatte zugelassen werden mußte. In der Kommission lehnte die Mehrheit sämtliche Anträge, die darauf gerichtet waren der Klärung des Sachverhalts zu dienen, ab. So wurde am 14. Februar der Antrag abgelehnt: „die Verhandlungen des wirtschaftlichen Ausschusses entweder in ihrer Gesamtheit oder wenigstens soweit vorzulegen, als sie sich auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse beziehen." Am 19. Februar lehnte die Mehrheit einen Antrag ab, dessen Annahme die Verderblichkeit des landwirtschaftlichen Zolles für den Kleinbauer deutlich genug gezeigt hätte. Es war verlangt worden, eine Aufstellung darüber zu geben, wie die in der Erntestatistik aufgeführten Fruchtarten sich auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe — geordnet nach den bei der Berufszählung in Anwendung gebrachten Klassen — verteilen. Die fortdauernden Versuche, die Minderheit mundtot zu machen, führten wiederholt zu Geschäftsordnungsdebatten, deren Ergebnis endlich ein Uebereinkommen war, daß ein Schlußantrag zulässig sein solle, daß aber jeder Antragsteller (oder wenn gleiche Anträge vorliegen, ein Antragsteller der betreffenden Gruppe) das Wort

unter allen Umständen erhalten solle. Die fortgesetzten Versuche der Mehrheit, jede Diskussion zu verhindern, zwangen die Sozialdemokraten in der Kommission dazu, bei jeder Position, zu der sie reden wollten, Anträge auf Zollfreiheit auch dann zu stellen, wenn bereits ein Zoll für den betreffenden Rohstoff oder für das Halbfabrikat bewilligt war. Zur Begründung der Zollfreiheit wurde stets auf die Eigenartigkeit der einzelnen Industrie, insbesondere auf die Ein- und Ausfuhr, auf die Produktions- und Arbeitsverhältnisse exemplifiziert. Solche Anträge waren auch deshalb erforderlich, um Einwände aus der vorhergehenden Diskussion, in der ein Schlußantrag die Diskussion abgeschnitten hatte, zu widerlegen. Fast jeder Antrag auf Zollfreiheit schloß ja auch die grundsätzliche Bekämpfung der Getreidezölle in sich, für die man durch industrielle Schutzzölle Anhänger aus Kreisen zu werben suchte, die entschiedene Gegner der Getreidezölle als Produzenten und Konsumenten sein mußten. Als die Mehrheitsparteien den Scheinkrieg mit der Regierung durch Aufstellung von Mindestzöllen führte, deren Höhe und Zahl die Regierung als für jedes Stadium der Verhandlungen unannehmbar bezeichnete, regten die Fraktionsmitglieder — im April und im August 1902 — an, die Kommissionsberatungen abzubrechen und an das Plenum zu gehen. Auch die entrüstete Zurückweisung dieses Vorschlags seitens der Mehrheit machte klar, daß die Mehrheit nichts weniger als entschlossen war, ihre Forderungen aufrecht zu halten. Zu den in der Kommission von der Regierung als unannehmbar bezeichneten, in das Gesetz übergegangenen Beschlüssen der Kommission gehören die Erhöhung und Erweiterung der Mindestzölle, die Bepackung der Pflanzen, des Gemüses, des Obstes, des Quebracho mit ungeheuren Zöllen. Der aus der Kommission an das Plenum gelangte Tarif enthält an vielen Stellen eine Erhöhung noch über das Maß der Regierungsvorlage hinaus. Als besonders charakteristisch sei hier auf die Einführung und Erhöhung des Zolls auf Pflastersteine und auf die Verteuerung der Nadeln hingewiesen. Nähmaschinennadeln sind pro Doppelzentner jetzt mit 60 Mk. Zoll belastet, die Regierungsvorlage schlug eine Erhöhung auf 200 Mk. vor: auf Antrag des Centrums wurde der Zoll auf 500 Mk. erhöht. Dasselbe Schicksal erfuhren Stickmaschinen- und Wirkmaschinen-Nadeln. Nähnadeln kamen mit einer Erhöhung von 60 auf 100, Stecknadeln mit einer solchen von 24 auf 50 Mk. davon. Zur Begründung wurde behauptet, eine deutsche Fabrik werfe nicht genügend hohe Dividenden ab, ihr müsse geholfen werden. Eine Erniedrigung der von der Regierung vorgeschlagenen agrarischen Zölle enthält die vom Plenum schließlich angenommene Vorlage nur in wenigen Positionen: der Zoll auf Kakao (35, 45, 80 und 45 Mk. für rohen gebrannten, ungeschälten gebrannten oder gerösteten, für geschälten gerösteten oder gebrannten Kakao und für Kakaobutter auf 20, 35, 65 und 35 Mk.) und Tee ist (von 100 auf 25 Mk.) im Interesse der Zuckerproduzenten herabgesetzt. Esel, die der bestehende Tarif mit 10 Mk., der Regierungsentwurf mit 5 Mk. Zoll belegte, sind zollfrei gelassen. Die Mehrheit erachtete es, wie der Abgeordnete Herold als Berichterstatter mitteilte, „für angezeigt, der Einfuhr von Eseln keine Schwierigkeit entgegenzusetzen." Das sind die wesentlichsten, von der Kommission endgültig beschlossenen Zollermäßigungen auf agrarischem Gebiet. Auf industriellem Gebiet ist es insbesondere bei den Textilzöllen gelungen, eine freilich völlig unzulängliche Herabsetzung der Zölle zu erwirken.

Die Bemühungen unserer Mitglieder in der Kommission und im Plenum waren trotz der ungeheuer schwierigen Lage, in der sich die Minderheit befand, nicht ganz ohne Erfolg. Einige Verbesserungen im Zolltarifgesetz, einige Erniedrigungen von Zöllen (z. B. der Garnzölle), vor allem aber die Abwehr einer Reihe weiterer Zollerhöhungen wären ohne ihren Widerstand nicht durchzusetzen gewesen. Im Plenum gestand die Mehrheit, daß es ohne die Opposition

der Zollgegner auch zu einer Bindung der Zölle auf Vieh und Fleisch gekommen wäre. Schlußanträge, Zusammenziehen verschiedenartiger Gegenstände zur Debatte, Lärm während der Ausführungen unserer Redner, waren Mittel der Gegner in der Kommission und im Plenum, um die Minderheit in ihren sachlichen Darlegungen zu stören. Der Wahrheit widersprechende Berichte über die Kommissionsverhandlungen — es wurde auch versucht, durch ein der Mehrheit nahestehendes freisinniges Mitglied der Kommission Korrespondenzen, die auch sozialdemokratischen Blättern zugingen, zu beeinflussen —, Auftischen von Märchen über das Verhalten unsrer Mitglieder in der Kommission (es sei an die Legende erinnert, daß unsre Mitglieder, die für Erhöhung der Zölle auf Hummern, Kaviar und Austern gestimmt hatten, Zollfreiheit dieser Gegenstände beantragt hätten), selbst im Plenum, vor allem aber das Gruseligmachen mit dem Gespenst einer Obstruktion (so wurde die Opposition getauft), mit einer Bedrohung des Parlamentarismus durch Gebrauch der parlamentarischen Mittel, die Hetze gegen die Sozialdemokratie waren die Hauptwaffen der Gegner, die um jeden Preis zu verhüten suchten, daß die Interessenten und vor allem das arbeitende Volk über die wahre Natur des Zolltarifs unterrichtet wurden. Als ein besonderes Mittel, den Wählern Sand in die Augen zu streuen, wählte das Centrum seinen berühmten Witwen- und Waisen-Versicherungs-Antrag. Eine ärgere Verhöhnung der Witwen und Waisen und eine stärkere Nasführung der Wähler als dieser Antrag enthält, giebt es in keiner Gesetzgebung. In der ersten Lesung im Plenum ließ das Centrum durch den Abgeordneten Herold „fest und bestimmt erklären, daß die Mehreinnahme aus den Agrarzöllen für soziale Zwecke verwendet werden solle und in erster Linie ist hier die Witwen- und Waisen-Versorgung ins Auge gefaßt.“ In der Kommission erscheint ein Centrumsantrag, der durch Fortlassung einer Reihe von Produkten knapp die Hälfte der Agrarzölle für eine Witwen- und Waisenversorgung in Anspruch nehmen wollte. Unsere Mitglieder ergänzten den Antrag: das Centrum stimmte einstimmig dagegen. In der zweiten Lesung im Plenum streicht das Centrum noch eine Reihe von Zöllen aus seinem Witwen- und Waisen-Antrag: abermals um etwa $^1/_3$ wird der Betrag gemindert, die Witwen werden auf Beiträge, die sie leisten sollen, verwiesen. Ferner nimmt der im Plenum gestellte Centrumsantrag einen weiteren Teil der Erträge aus den Zöllen den Witwen und Waisen dadurch fort, daß dem Reich die Zolleinnahmen gegen Schwankungen der heimischen Ernte sichergestellt werden. Unsre Anträge, die den vollen Ertrag aus den agrarischen Zöllen den Witwen und Waisen zuwenden wollen, stimmt es nieder. Der schließlich angenommene Centrumsantrag überweist etwa von je einer Mark, um die durch die Zölle die Lebensmittel des Arbeiters verteuert werden, 4 Pfennige einer Witwen- und Waisen-„Versorgung“, falls eine solche etwa künftig ins Leben treten sollte! Es würden also von jeder Mark Verteuerung der Lebensmittel etwa 4 Pfennige der Armenverwaltung zufallen, die an Witwen und Waisen Almosen zahlt. Wir stimmten auch für den so abgeschwächten Centrumsantrag, um wenigstens etwas dem Militär- und Marinemoloch zu entreißen.

Im Plenum wurde zu Beginn der Plenarverhandlungen von dem Referenten der Kommission namens der Kommission anerkannt, daß der Vorwurf eines Mangels an Gründlichkeit, der bereits in der Kommission erhoben wurde, nicht ungerechtfertigt sei. Der Referent, Abgeordneter Speck, führte an, daß in der Kommission darauf hingewiesen worden war, daß in Frankreich die parlamentarische Kommission zur Vorberatung des Tarifs mit nur 400 Nummern eine Zeit von zwei Jahren zur Verfügung hatte. Er fuhr wörtlich fort: „Die Kommission trug an der tatsächlich erfolgten Beschleuni-

gung der Verhandlung keine Schuld. Die einzige Ursache dieses Vorgehens lag vielmehr daran, daß ihr eben zu kurze Zeit zur Erledigung ihrer Arbeit blieb, und dieser Mangel an Zeit zur Erledigung wird ja wohl auch jetzt bei den Verhandlungen des Parlaments fühlbar werden."

Chronologische Darstellung der Verhandlungen im Plenum.

Am 16. Oktober wurde die zweite Lesung des Zolltarifs im Plenum begonnen. Sie dauerte bis zum 11. Dezember. 38 Sitzungen wurden zur Beratung des Tarifgesetzes und Tarifs verwendet. Von diesen 38 Sitzungen nahmen aber der Antrag der Mehrheit auf Aenderung des Abstimmungsmodus (sogen. lex Aichbichler) 1½, der Antrag über die Zulässigkeit des berüchtigten Antrags der Mehrheit (Antrag von Kardorff) auf Behinderung einer sachlichen Beratung und einer Abstimmung über die einzelnen Positionen des Tarifs 5½ Tage, der Antrag Gröber auf weitere Gewaltmaßregeln 1 Tag, die Berichterstattungen 3½ Tage in Anspruch, so daß für die eigentliche Beratung dieses so wichtigen Gesetzes nur 26½ Tage übrig blieben, wenn man die verfassungs- und geschäftsordnungswidrige Behandlung der Tarifvorlage mit dem wohlklingenderen Namen Beratung bezeichnen will.

Bereits bei Aenderung der Reihenfolge der Beratung der einzelnen Artikel des Gesetzes offenbarte sich die Neigung von einer sachgemäßen Art der Beratung abzuweichen und die Verhinderung einer sachlichen Beratung des Tarifs vorzubereiten. Das Tarifgesetz enthält 12 Paragraphen. Im ersten Paragraph Absatz 1 heißt es:

> „Bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet werden Zölle nach Maßgabe des nachstehenden Zolltarifs erhoben, soweit nicht für die Einfuhr aus bestimmten Ländern andere Vorschriften gelten."

Die Aussetzung dieses Absatzes 1, der ja ohne vorgängige Beratung des Zolltarifs selbst sinnlos wäre, schlug der Präsident vor. Es sollte mit Absatz 2 des § 1, der die Minimalzölle enthält, begonnen und mit der Beratung der Minimalzölle die entsprechenden Positionen des Zolltarifs beraten werden, dann das Tarifgesetz durchberaten und erst dann der große Rest des Tarifs zur Beratung gelangen. Diesem Vorschlag widersprach die Fraktion. Sie beantragte, mit dem Zolltarif, nicht mit dem Zolltarifgesetz zu beginnen. Ihr Widerspruch wurde niedergestimmt. Die beschlossene Reihenfolge ebnete dem späteren Antrag von Kardorff die Wege und erschwerte es, den verschiedenen Interessengruppen, insbesondere der Industrie, die Gefahr des Zolltarifs öffentlich klar zu legen und den Tarif selbst durch einen Zusammenschluß der Parteien zu Fall zu bringen, die aus verschiedenartigen Gründen sich für Herabsetzung oder Beseitigung der Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate und für Minderung der Macht der Kartelle ausgesprochen hatten.

Absatz 2 des § 1 des Tarifgesetzes enthält ein Stück Doppeltarif. Für die in ihm bezeichneten Zolltarifstellen ist vorgeschrieben, daß unter diesen durch Handelsverträgen nicht herabgegangen werden dürfe. Die Regierungsvorlage hatte für 4 Tarifstellen folgende Mindestzölle vorgeschlagen:

1.	für Roggen	5,—	Mk. für den Doppelzentner (100 Kilogramm)
2.	„ Weizen und Spelz	5,50	„ „ „ „
3.	„ Gerste	3,—	„ „ „ „
4.	„ Hafer	5,—	„ „ „ „

Die geltenden Vertragssätze sind für Roggen, Weizen und Spelz 3,50 Mk., für Gerste 2,— Mk., für Hafer 2,80 Mk. In der Kommission hatte die Regierung

wiederholt erklärt, eine Erhöhung der von ihr vorgeschlagenen Mindestzölle oder eine Vermehrung der Zolltarifstellung, die für die Mindestzölle eintreten solle, sei für jedes Stadium der Verhandlungen unannehmbar, dennoch hat die Kommission die Mindestzölle erhöht und die Zahl der Mindestzollpositionen erweitert. Darnach sah der von der Kommission dem Reichstag vorgeschlagene Absatz 2 des § 1 wie folgt aus:

„**Die Zollsätze des Tarifs sollen durch vertragsmäßige Abmachungen nicht** herabgesetzt werden:

Tarifstelle	Ware	Satz	
in Tarifstelle 1.	Roggen	unter 5,50 Mk.	für einen Doppelcentner
" " 2.	Weizen und Spelz	" 6,— "	
" " 3.	Gerste	" 5,50 "	
" " 4.	Hafer	" 5,50 "	
" " 99.	Pferde: im Werte bis 300 Mk. das Stück und mit weniger als 1,40 Meter Stockmaß	unter 24 Mk.	für 1 Stück
	bis 1000 Mark das Stück	unter 72 Mk.	
	von mehr als 1000 bis 2500 Mark das Stück	unter 144 Mk.	
	von mehr als 2500 Mark	unter 288 Mk.	
in Tarifstelle 102.	Rindvieh	unter 14,40 Mk.	für einen Doppelcentner
" " 103.	Schafe	" 14,40 "	
" " 105.	Schweine	" 14,40 "	
" " 107.	Fleisch ausschließlich Schweinespeck: frisch, auch gefroren	unter 36,— Mk.	für einen Doppelcentner
	einfach zubereitet	" 48,— "	
	z. feineren Tafelgenuß zubereitet	" 96,— "	

Die nebenstehende Tabelle zeigt, welche Sätze der Regierungsentwurf, der bestehende Tarif, der Vertragstarif und die Kommissionsbeschlüsse in den entsprechenden Positionen des Tarifs selbst enthalten. Die von der Kommission zu dem Tarif beschlossenen Sätze wurden späterhin durchweg angenommen.

Die Beratung über die 9 Mindestzollpositionen nebst diesen 10 Tarifstellen wurde im Plenum in vier Teile getrennt: Roggen und Weizen, dann Gerste und Hafer, dann die Pferdezölle und endlich die Vieh- und Fleischzölle. Die Vertreter des Bundes der Landwirte hatten für fernere 64 Tarifpositionen vorgeschlagen, die Beratung dieser von Wangenheimschen Anträge sollte gesondert erfolgen.

Die Verhandlungen über den Roggen- und Weizenzoll fanden am 16, 17, 18, 20. und 21. Oktober statt.

Der Reichskanzler wiederholte die in der Kommission zu verschiedenen Malen abgegebene Erklärung über die Unannehmbarkeit einer Erhöhung oder Erweiterung der Mindestzölle. Die Zollmehrheit führte den Scheinkrieg weiter, sperrte sich dagegen, daß sie Jasage-Automaten seien. Unsere Redner bekämpften bei diesen und den später zur Verhandlung gelangenden Positionen nachdrücklich jeden Mindestzoll und jeden Zoll.

Am 21. Oktober wurde die Debatte über die Roggen- und Weizenzölle geschlossen, weil kein Redner mehr zum Wort gemeldet war. Bei der Feststellung über die Abstimmungsart war vom Präsidenten vorgeschlagen, bei den Tarifpositionen zunächst über die sozialdemokratischen Anträge auf Zollfreiheit abzustimmen. Dieselbe Abstimmungsart ist bei ähnlichen Gelegenheiten, z. B. am 10. Juni 1902 bei der Abstimmung über die Zuckersteuer,

Nr. des Tarifentwurfs	Benennung der Gegenstände im Tarifentwurf	Zollsatz für 1 Doppelcentner: Tarifentwurf	Bestehender allgemeiner Tarif	Vertrags-Tarif	Kommissionsbeschluß
1	Roggen	6	5	3,50	7
2	Weizen und Spelz	6,50	5	3,50	7,50
3	Gerste	4	2,25	2	7
4	Hafer	6	4	2,80	7
99	Pferde:	für 1 Stck.	für 1 Stck.		
	im Werte bis 300 Mk. das Stück	30	20	bis zu zwei Jahren 10	90
	im Werte von mehr als 300 bis 1000 Mk. das Stück	75			
	im Werte von mehr als 1000 bis 2500 Mk. das Stück	150			180
	im Werte von mehr als 2500 Mk. d. Stck.	300			360
102	Rindvieh:		für 1 Stck.		für 1 D.-Ctr. Lebendgewicht
	Bullen, (Stiere) und Kühe	25	9	9	18
	Jungvieh	15	6	5	
	Kälber	4	3	3	
	Ochsen	für 1 D.-Ctr. Lebendgewicht 12			für 1 D.-Ctr. Lebendgewicht
103	Schafe:	für 1 Stck. 2	1	1	18
105	Schweine:	für 1 D.-Ctr. Lebendgewicht 10	für 1 Stck. 6	für 1 Stck. 5	für 1 D.-Ctr. Lebendgewicht 18
			Spanferkel unter 10 Kilogramm: 1	1	
107	Fleisch, frisch, auch gefroren	30	20	15—17	45
	einfach zubereitet	35	20	17	60
	zum feineren Tafelgenuß zubereitet	75	60	60	120
107a	Schweinespeck	30	20	20	36

vom Reichstag befolgt. Sie allein ermöglicht eine grundsätzliche Stellung darüber herbeizuführen, ob die Mehrheit für Freiheit der Lebensmittelzufuhr ist. In der Kommission hatte diese Abstimmungsart bei der ersten Lesung zur Zollfreiheit des Herings geführt. Der Abstimmungsart widersprach jedoch der Abgeordnete Richter. Ihm traten die Führer des Centrums, der Konservativen und der Nationalliberalen bei. Der Präsident ließ darauf seinen Vorschlag fallen. Unsere Fraktion nahm ihn wieder auf. Das Haus lehnte ihn ab. Bei der Abstimmung wurden diese Sätze der Kommissionsbeschlüsse für Mindestzölle auf Roggen mit 187 gegen 152, auf Weizen mit 194 gegen 145 Stimmen angenommen. Die Zölle des Tarifs wurden ohne namentliche Abstimmung angenommen.

Die Beratung der Zölle auf Hafer und Gerste füllte die Sitzungen vom 22. und 23. Oktober aus. Die Debatte, an der sich von unserer Seite zwei Redner beteiligt hatten, wurde, obgleich nur noch drei Redner eingezeichnet waren (darunter ein Fraktionsmitglied) durch einen Schlußantrag beendet.

Die von der Kommission vorgeschlagenen Mindestzölle auf Gerste wurden mit 183 gegen 133, die auf Hafer mit 180 gegen 139 Stimmen, die Tarifsätze ohne namentliche Abstimmung angenommen.

Am folgenden Tage wurden die Pferdezölle debattiert. Zu Beginn der Verhandlung stellte der konservative Abgeordnete Graf von Kanitz der Opposition folgendes Zeugnis aus:

„Nachdem wir in den letzten sieben Sitzungstagen die Getreidezölle glücklich erledigt haben, möchte ich den Herren auf der linken Seite meinen Dank und meine Anerkennung dafür aussprechen, daß sie durch die Mäßigung und Zurückhaltung in ihren Reden es ermöglicht haben, daß wir nunmehr zu diesem wichtigen Abschnitt, der sich auf die Tierzucht bezieht — den Viehzöllen — durchgedrungen sind."

Die Debatte, an der sich von unserer Seite zwei Redner beteiligten, wurde ohne Schlußantrag an demselben Tage beendet. Die von der Kommission vorgeschlagenen Mindestsätze fanden mit 132 gegen 106 Stimmen Annahme. Vorher wurden die von Wangenheimschen Ueberzollanträge verworfen.

Die Vieh- und Fleischzölle gelangten in den Sitzungen vom 25., 27., 28. und 29. Oktober zur Verhandlung. In den ersten drei Tagen war das Haus beschlußunfähig. Die Fraktion verzichtete aber, wie in der gesamten weiteren Verhandlung, auf eine Feststellung der Beschlußunfähigkeit. Außer der Zollfreiheit hatte die Fraktion event. die Herübernahme der geltenden Vorschriften aus dem bestehenden Tarif beantragt, nach dem der Grenzbewohner bis 2 Kilogramm Fleisch frei einführen darf. Die Debatte wurde durch einen von der Zollmehrheit eingebrachten Schlußantrag abgebrochen. Die Mindestzölle wurden mit 161 gegen 120, 161 gegen 129, 162 gegen 135 Stimmen angenommen, unser Eventualantrag mit 190 gegen 105 Stimmen abgelehnt. An demselben Tage beschloß die Mehrheit über den Teil der v. Wangenheimschen Anträge, welcher eine Erweiterung der Mindestzölle verlangte, zur Tagesordnung überzugehen. Die Fraktion stimmte gegen den Beschluß der Mehrheit. Denn er bedeutete eine Beschränkung der Redefreiheit der Minderheit und war unzulässig, weil diese Anträge noch nicht debattiert waren und weil sie keinen selbständigen Punkt der Tagesordnung bildeten.

Am 30. Oktober wurde mit der Beratung des Tarifgesetzes fortgefahren. Abs. 3 des § 1 des Tarifgesetzes giebt dem Bundesrat die Befugnis, unser deutsches Freihafengebiet schlechter als die meist begünstigten Auslandsstaaten zu stellen. Bereits in der Kommission war eine kleine Abschwächung dahin durchgesetzt, daß die vom Bundesrat getroffenen Anordnungen dem Reichstag mitgeteilt und außer Kraft gesetzt werden müssen, wenn der Reichstag seine Zustimmung nicht erteilt. Die nationale Mehrheit lehnte die Beseitigung dieser Ausnahmestellung, welche insbesondere für den Fall eines Zollkrieges Hamburg und Bremen schlechter stellen würde als die holländischen und belgischen Hafenstädte mit 192 gegen 86 Stimmen ab. Nach § 1a (jetzt 2) ist in jedem Steuerdirektionsbezirke eine Behörde verpflichtet, über die Zollsätze Auskunft zu geben. Diese Bestimmung wurde auf Antrag unserer Fraktionsmitglieder in der Kommission mit nur einer Stimme Mehrheit angenommen. Sie fand auch im Plenum, und zwar ohne namentliche Abstimmung, Annahme.

Als § 1b beantragte unsere Fraktion eine Vorschrift aufzunehmen, welche in etwas die Schädigung der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiter durch die Kartelle wett zu machen sucht. Sie beantragte eine Vorschrift, die den Bundesrat verpflichtet, die Zölle für vom Ausland eingehende Waren aufzuheben und deren zollfreie Einfuhr zuzulassen, wenn die gleichartigen Waren von deutschen Verkaufsvereinigungen (Syndikate, Trusts, Kartelle, Ringe u. dgl.) nach dem oder im Auslande billiger verkauft werden als im deutschen Zollgebiet. Der Antrag gelangte am 30. Oktober, 4. und 5. November zur Verhandlung. (Den 31. Oktober, 1. November und 3. November ließ die Mehrheit

sitzungsfrei. Am 4. November mußte der Reichstag seine Verhandlung abbrechen, weil er beschlußunfähig war: von den Mehrheitsparteien waren 85 Mann anwesend.) In der Sitzung vom 5. November wollte die Mehrheit die Kartell-Debatte beenden. Graf Kanitz ergriff zur Debatte zum zweiten Mal das Wort, wie er sagte, zu dem Zweck und in der Hoffnung, daß sich während seiner Ausführungen die Beschlußfähigkeit einstellen würde, um die Debatte beenden zu können. Am Ende seiner langen Rede war das Haus noch nicht beschlußfähig. Beschlußfähigkeit trat kurz darauf während einer Rede des Abgeordneten Gothein ein. Sofort wurde Schluß beantragt und genehmigt. Der Kartellantrag wurde mit 166 gegen 66 Stimmen abgelehnt; die Stimmenzahl beweist, daß unsre Fraktion es in der Hand hatte, Beschlußunfähigkeit durch Herausgehen herbeizuführen. An demselben Tage wurde der Antrag verhandelt: für die Frage, ob und in welcher Höhe ein Zoll nach dem Gesetz zu entrichten sei, den gerichtlichen Klageweg zuzulassen. Das Verlangen war früher auch von der nationalliberalen und Centrumspartei gestellt; trotzdem wurde der Antrag mit 133 gegen 112 Stimmen abgelehnt.

Am 6. November gelangten die §§ 2, 3 und 4 des Gesetzes zur Abstimmung. § 2 (jetzt 3) will in bestimmten Fällen die Gewichtszölle von dem Rohgewicht erheben und dem Bundesrat die Befugnis erteilen, für unverpackt oder in nicht handelsüblichen Umschließungen eingehende Waren das Gewicht der handelsüblichen Umschließungen hinzuzurechnen. Die Fraktion beantragte, diese Befugnis zu streichen und lediglich das Reingewicht entscheiden zu lassen. Unser Antrag wurde mit 177 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Im Interesse der Grenzbevölkerung beantragte die Franktion zu § 4 (jetzt 5) Zollbeträge bis zum Betrage von 20 Pf. (die Vorlage geht nur bis 5 Pf.) nicht zu erheben und die in der Vorlage erweiterte Befugnis des Bundesrats, für Grenzbezirke Beschränkungen anzuordnen, zu streichen. Unmittelbar nach der Begründung des Antrages wurde die Debatte geschlossen und unser Antrag mit 169 gegen 82 Stimmen abgelehnt.

Der nun zur Debatte gelangende § 5 (jetzt 6) zählt in 14 Nummern diejenigen Gegenstände auf, die vom Zoll befreit bleiben sollen, unsre Fraktion hatte eine Zufügung (Garne zur Herstellung von Fischernetzen zum eigenen Gebrauch, die von Fischern oder deren Angehörigen verfertigt werden), und acht Aenderungen beantragt. Die Aenderungen lagen im Interesse der Verbilligung der Lebensmittel, einer Erleichterung des Mittelstandes und einer Begünstigung der öffentlichen Zwecken dienenden Kunst- und Lehr-Anstalten. Einer dieser Anträge verlangte die von der Vorlage und der Kommission begehrte Zollfreiheit der Materialien für die Luxuszwecken dienenden Seeschiffe (Yachten) zu beseitigen. Die Mehrheit beschloß, diese fünfzehn Nummern und sämtliche zu ihnen gestellten Anträge zusammen zu verhandeln. Im Jahre 1885 wurde auf Anregung des Centrumsabgeordneten Dr. Windhorst und des konservativen Abgeordneten v. Seydewitz bei dem ähnlichen Paragraphen im Interesse der Vereinfachung der Diskussion beschlossen, die einzelnen Nummern getrennt zu beraten.

Durch die Zusammenziehung dieser 15 Nummern wurde unser Redner am 7. November gezwungen, eine längere Rede zu halten. Als nun von seiten der Freisinnigen Vereinigung beantragt wurde, den Beschluß vom vorhergehenden Tage wieder aufzuheben und die Nummern getrennt zu debattieren, erklärte der Präsident Büsing, ein solcher Beschluß sei unzulässig, weil ein Beschluß über die Zusammenfassung bereits erfolgt war und eine Aufhebung dieses Beschlusses unzulässig sei. Die Mehrheit überwies die Frage der Geschäftsordnungs-

kommission. Die Frage selbst wurde nicht zur Debatte gestellt. Es mag gleich hier erwähnt werden, daß die Geschäftsordnungskommission sich der Ansicht des Präsidenten anschloß. Am 11. Juni 1887 hatte der konservative Präsident von Wedell-Piesdorf bei der Gelegenheit des Friedens-Präsenzstärke-Gesetzes die Aufhebung eines vorher gefaßten Beschlusses, der die Diskussion über mehrere Fragen verband, trotz der nach entgegengesetzter Richtung hin geäußerten Ansicht des Abgeordneten Windhorst, zugelassen, das Haus hatte daraufhin die Trennung beschlossen. Am 7. November stellte sich bei der Abstimmung über die einzelnen Teile des § 5 abermals die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Der Präsident ließ daraufhin den 8. November sitzungsfrei.

Am 10. November wurde das Haus nach zweistündiger Abstimmung beschlußunfähig.

Am 11. November wurden in endlich beschlußfähigem Hause die zu § 5 beantragten Erleichterungen abgelehnt. Bei der am selben Tage vorgenommenen Beratung der §§ 6, 7, 7a und 8 wurde vergeblich versucht, die von der Kommission beschlossenen Erschwerungen zu beseitigen. § 7a (jetzt § 9) enthält einen Zusatz, welchen die Mehrheit der Kommission im Gegensatz zur Vorlage und zu den Wünschen der Regierung beschlossen hatte. Es soll danach ein Ursprungszeugnis für bestimmte Fälle auch dann gefordert werden können, wenn kein Zollkrieg besteht. § 8 (jetzt § 10) dient ebenfalls der Plackerei und Chikane: es sollen zollpflichtige Waren, die aus Ländern herstammen, in welchen deutsche Schiffe oder deutsche Waren ungünstiger behandelt werden, als diejenigen andrer Länder, mit einem Zollzuschlage bis zum doppelten Betrag des Zollsatzes oder bis zur Höhe des vollen Wertes belegt werden können; zollfreie Waren, z. B. Rohbaumwolle, Wolle, Seide, Blei, Zinn, Kupfer und andre Rohstoffe, die unsre Industrie nicht entbehren kann, würden demnach mit einem Zoll in Höhe bis zur Hälfte des Wertes belegt werden können. Auch diese schweren Schädigungen der Industrie und des Verkehrs wurden trotz entgegenstehender Anträge von der Mehrheit angenommen.

Am 11. November wurde ein Antrag, die Initiativanträge und Petitionen auf die Tagesordnung des nächsten Tages, eines Mittwochs, zu setzen, von der Mehrheit abgelehnt. Am Schluß der Sitzung vom 12. November wurde beschlossen, den Antrag Aichbichler auf die Tagesordnung des nächsten Tages zu setzen.

Der Antrag Aichbichler war der erste Initiativantrag, den die Mehrheit zur Aenderung der Geschäftsordnung einbrachte. Der Antrag Aichbichler ändert die namentliche Abstimmung dahin ab, daß diese nicht mehr durch Aufruf sondern durch Abgabe von Stimmkarten vollzogen wird. Die Geschäftsordnung zu ändern, hat die Mehrheit an sich das Recht. Ihr erster Bruch mit der Geschäftsordnung lag daran, daß sie diesen Antrag trotz Widerspruch auf die Tagesordnung setzte, wiewohl eine Reihe wichtigerer Initiativ-Anträge und Petitionen noch unerledigt waren und die Antragsteller, zu denen unsre Fraktion gehörte, der Geschäftsordnung entsprechend gegen die Vorwegnahme des Antrages Aichbichler sich wendeten. In § 35 der Geschäftsordnung heißt es nämlich: zum Schutze der Minderheit, nachdem in dem vorhergehenden Absatze bestimmt ist, „in der Regel findet in jeder Woche an einem bestimmten Tage — dies ist nach Herkommen der Mittwoch, der sogenannte Schwerinstag — eine Sitzung statt, in welcher die von Mitgliedern des Reichstags gestellten Anträge und die zur Erörterung im Plenum gelangenden Punkte beraten werden: „Die von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträge kommen in der Reihenfolge zur Verhandlung, in welcher sie eingegangen sind . . . — eine Entfernung von der Stelle der Tagesordnung, welche den von Mitgliedern des Reichstages gestellten

Anträgen und den Petitionen nach der Priorität gebührt, **kann nur beschlossen werden, wenn nicht bei Anträgen von dem Antragsteller und bei Petitionen von 30 Mitgliedern widersprochen wird.**"

Die Mehrheit legte, unterstützt durch den Abgeordneten Eugen Richter, diese Vorschrift dahin aus, daß sie lediglich für die sogenannten Schwerinstage gelte. Was ist denn aber eine zum Schutze der Minderheit getroffene Vorschrift wert, wenn die Mehrheit sie jederzeit außer Acht lassen darf?

In der Sitzung vom 13. November wurde von uns zunächst beantragt, über den Antrag Aichbichler zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Der Antrag wurde abgelehnt. In der Debatte über den Antrag selbst, geißelte dann unser Redner die Lückenhaftigkeit, Unklarheit und Zwecklosigkeit des Mehrheitsantrages, und legte die Notwendigkeit der 19, zur Verbesserung dieses Antrages Aichbichler von der Fraktion gestellten Anträge dar. Die Mehrheit beantragte nach Schluß der Debatte, über diese 19 Abänderungsanträge zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag war unzulässig, weil er nach Schluß der Diskussion gestellt war, weil ferner § 53 der Geschäftsordnung ausdrücklich vorschreibt: „im Lauf derselben Diskussion darf der einmal verworfene Antrag auf Tagesordnung nicht wiederholt werden", und endlich weil der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung seiner Natur nach Abänderungsanträgen gegenüber unzulässig ist. Die Mehrheit sprach sich aber mit 187 gegen 65 Stimmen für seine Zulässigkeit aus. Zu einer definitiven Abstimmung gelangte sie erst am folgenden Tage. Sie stimmte mit 194 gegen 76 Stimmen den Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung über die zu den Anträgen Aichbichler gestellten Abänderungsvorschläge zu. Ein Mitglied unsrer Fraktion zog die Konsequenz aus dieser Art der Auslegung der Geschäftsordnung und beantragte, nunmehr auch über den Antrag Aichbichler zur Tagesordnung überzugehen. Diesen Antrag erklärt jedoch die Mehrheit, im Gegensatz zu dem kurz zuvor gefaßten Beschluß, für unzulässig. In der Praxis stellte sich wiederholt heraus, daß die von unserer Seite vorausgesagten Folgen der neuen mangelhaften Abstimmungsart in der Tat eintraten: wiederholt kamen Irrtümer bei der Zählung der Zettel vor und mußte die Verhandlung zwecks Ermittlung des Abstimmungsresultats mehrmals vertagt werden.

In der am 14. November fortgesetzten Debatte über das Tarifgesetz gelangten die §§ 9 und 10 zur Verhandlung; beide wurden mitsamt ihren Beeinträchtigungen des Verkehrs angenommen.

Auf die Tagesordnung des 15. November setzte der Präsident die Beratung von Petitionen. Von der Mehrheit waren noch nicht 50 Mitglieder anwesend: der Reichstag war beschlußunfähig. Der Präsident ließ nunmehr den 17. und 18. November ausfallen; der 19. mußte als Bußtag frei bleiben. Am 20. November gelangte § 10a zur Debatte. § 10a untersagte es den Gemeinden, Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andre Mühlenfabrikate, sowie auf Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett zu erheben. Der Antrag war in der Kommission angenommen. Die Mehrheit verschob jedoch im Plenum das Inkrafttreten dieser Aufhebung des städtischen Oktroi bis zum 1. April 1910.

Am 21. November fand die Beratung über die Strafvorschrift des § 11 und über das Feigenblatt statt, welches das Centrum in Gestalt der sogenannten Witwen- und Waisen-Versicherung über die Ausbeutung der Witwen und Waisen gelegt wissen wollte. Am 22. November wurde die Beratung des Zolltarifs durch die Verhandlung der Interpellation über polizeiliche Uebergriffe unterbrochen.

Am 24. November wurde unser Antrag, 100 Millionen Mark zur Förderung des Volksschulwesens aus den Zollüberschüssen herzugeben, begründet.

Bei der Abstimmung stellte sich Beschlußunfähigkeit heraus. Am nächsten Tage wurde der Antrag abgelehnt. Nunmehr beantragte unsere Fraktion von den Ueberschüssen der Zölle Mittel zur Abschaffung der Salzsteuer herzugeben. Auch dieser Antrag wurde (am 25. November) abgelehnt. Ebenso erging es dem dann gestellten Antrag, Zollerträge zur Aufhebung der Zuckersteuer und dem Antrag, Zollerträge zur Beseitigung der Branntwein-Liebesgaben zu verwenden.

Am 26. November stand der von der Fraktion gestellte sogenannte Antrag Kanitz zur Debatte. Unsre Fraktion beantragte, es sollten die Zölle für Getreide und Hülsenfrüchte aufgehoben werden, sobald die Preise erreicht sind, die 1894 im Antrag Kanitz gefordert und als ausreichend bezeichnet wurden (das ist bei Weizen 215, Roggen 165, Gerste und Hafer 155, Hülsenfrüchte 185, Lupinen 80, Malz 175, Mais 155 Mark per Tonne). Der Antrag wurde abgelehnt. An demselben Tage wurde der letzte Paragraph des Zolltarifgesetzes § 12 (jetzt § 16) beraten, der über den Zeitpunkt des Inkraftretens des Gesetzes bestimmt. Die Mehrheit gab den in der Kommission hartnäckig in zwei Lesungen eingenommenen Standpunkt, das Gesetz spätestens am 1. Januar 1905 in Kraft treten zu lassen, auf. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird nach dem angenommenen Gesetz durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats bestimmt. Am Schluß der Sitzung vom 26. November schlug der Präsident als Anfangszeit der nächsten Sitzung die schon späte Zeit 1 Uhr vor. Die Mehrheit beschloß jedoch erst eine Stunde später, um 2 Uhr, zu beginnen.

Am 27. November erfolgte der parlamentarische Staatsstreich. Der Präsident hatte mitgeteilt, daß das Haus jetzt in die Beratung des Zolltarifs eintrete, soweit derselbe noch nicht beraten ist. Seine Aeußerungen lauteten nach dem stenographischen Bericht S. 6651:

„Meine Herren! Wir würden jetzt nach Beendigung des Zolltarifgesetzes in die Beratung des Zolltarifs eintreten, soweit derselbe noch nicht beraten ist. Ich schlage Ihnen vor, diejenigen Nummern des Zolltarifs, wo Abänderungsanträge und Wortmeldungen nicht vorliegen und Abstimmung nicht verlangt, aufrufen zu dürfen und durch den Aufruf als nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, für erledigt zu erklären. Ich frage, ob gegen diesen Verhandlungsmodus, der sich bezieht auf die unangefochtenen Nummern des Zolltarifs, Widerspruch aus dem Hause erhoben wird.“ Nach kurzen Bemerkungen der Abgeordneten Gothein und Singer über den Verhandlungsmodus fährt der Präsident fort: „Das steht auch da. Meine Vorschläge lauten: Wo Abänderungsanträge und Wortmeldungen nicht vorliegen und Abstimmungen nicht verlangt werden. Also das Bedenken des Herrn Abgeordneten Singer ist erledigt. Ein Widerspruch aus dem Hause hat sich nicht erhoben; wir werden daher so verfahren.“ Damit war die Debatte über die Nr. 5 des Zolltarifs eröffnet. Zur Sache und zwar zu Pos. 5 des Tarifs, hatte sich inzwischen ein Fraktionsmitglied gemeldet und einen Antrag zu dieser Nummer dem Schriftführer eingereicht.

Da meldete sich der Abgeordnete von Kardorff zur Geschäftsordnung und kündigte an, es käme sofort ein Eventualantrag, „der im § 1 der Geschäftsvorlage die Enblocannahme des Gesetzes vorschreibt“. (Der § 19 der Geschäftsordnung verbietet die Enblocannahme eines Gesetzentwurfs, wenn auch nur ein Mitglied des Hauses widerspricht.) Er überreichte dann dem Präsidenten nach einer Pause einen Antrag, der dahin geht: „Der Reichstag wolle beschließen, für den Fall der Annahme des § 1 Absatz 1 des Entwurfs eines Zolltarifgesetzes denselben zu fassen wie folgt:

Bei der Einfuhr von Waren in das deutsche Zollgebiet werden, soweit nicht für die Einfuhr aus bestimmten Ländern andere Vorschriften gelten, Zölle nach Maßgabe der dem Reichstag am 6. Oktober 1902 vorgelegten endgültigen

Beschlüsse der XVI. Kommission über den Zolltarif erhoben. Jedoch werden in Abweichung von diesen Beschlüssen die Zollsätze der Nr. 808 auf 4,50 Mk., der Nr. 809 auf 7,50 Mk., der Nr. 810 auf 12 Mk., der Nr. 816 auf 8 und 12 Mk., der Nr. 825 auf 8 Mk., der Nr. 905 auf 4 Mk. und der Nr. 906 auf 15, 12, 10, 9, 7, 5,50, 4,50 und 3 Mk. festgesetzt."

Der Präsident Graf von Ballestrem erklärt darauf:

„Meine Herren, der mir soeben handschriftlich überreichte Antrag v. Kardorff und Genossen hat für mich bei dem ersten Anblick — denn ich lese ihn auch eben erst jetzt — sehr gewichtige Bedenken, ob er mit Absatz 2 des § 19 unsrer gegenwärtigen Geschäftsordnung vereinbar ist. Da der Antrag jedoch von einer Anzahl Mitglieder großer Parteien dieses Hauses unterzeichnet ist, und ich wohl annehmen darf, daß hinter diesen Mitgliedern eine größere Anzahl ihrer politischen Freunde steht, daß daher voraussichtlich die Majorität des Hauses hinter diesem Antrage steht, so würde eine Entscheidung, die ich hier treffen würde von dieser Stelle aus, doch keine Wirkung haben, weil sie sofort angefochten werden würde. Ich glaube aber, daß sich die Sache besser machen wird, wenn ich zunächst eine Diskussion eröffne über die Zulässigkeit dieses Antrags nach der Geschäftsordnung.

Ich würde die Herren nur bitten, diese Diskussion in sachlicher Weise zu führen. Es kann, mag einer eine Ansicht haben, welche er will, immer nur für seine Ansicht sprechen, wenn er die Diskussion in sachlicher Weise führt. Diese Bitte möchte ich an alle Mitglieder des Hauses richten im Interesse der Würde des Hauses und im Interesse unsrer Geschäftsordnung."

Der Präsident mag den Antrag zum ersten Mal „gelesen" haben; gekannt hatte er ihn. Seine Bitte um sachliche Diskussion beweist, daß er als selbstverständlich annahm, kein ehrliebender Abgeordneter werden den Kardorffschen Staatsstreichantrag ohne Empörung über die in ihm liegende Zumutung behandeln können. Der Zweck des Antrages von Kardorff war eine „Guillotinierung der Tarifberatung". Er sollte die Beratung hindern, und der beutegierigen Mehrheit es ermöglichen, unter Bruch der Verfassung und Geschäftsordnung den Tarif unter Dach und Fach zu bringen. „Dieser Antrag", rief ein Redner unserer Fraktion der Mehrheit zu, „ist der Ausfluß des Interesses, das die Herren Gesetzgeber persönlich am Tarif haben."

Der Präsident war, wie das selbst der „Hamburger Korrespondent" zugab, „es seiner Pflicht als Reichstagspräsident und der Ehre seiner weißen Haare schuldig", den sonnenklar geschäftsordnungs- und verfassungswidrigen Antrag ohne jede weitere Debatte zurückzuweisen. 2½ Jahre zuvor, am 18. Mai 1900, hatte derselbe Präsident demselben Abgeordneten von Kardorff, der damals schon behauptete, die Mehrheit ist Herr über die Geschäftsordnung, zugerufen: „aber innerhalb der Geschäftsordnung." Der Schutz der Minderheit wird in allen Parlamenten wesentlich dadurch herbeigeführt, daß bei Fragen, wie im konkreten Fall die Geschäftsordnung auszulegen sei, allein durch den Präsidenten endgiltig entschieden wird, ein Mehrheitsbeschluß darüber nicht zulässig ist. In gleicher Weise sprachen sich am 19. März 1867 im konstituierenden Reichstag der langjährige Vorsitzende des Abgeordnetenhauses Abg. Dr. Graf v. Schwerin und der Präsident Simson aus. Schwerin hatte bemerkt: wie im konkreten Falle die Geschäftsordnung auszulegen ist, darüber hat der Präsident aus seiner Machtvollkommenheit heraus allein zu entscheiden. Lasker meinte dem entgegen: über Zweifel der Geschäftsordnung hat in letzter Instanz das Haus zu beschließen. Darauf erwiderte Simson: „Ich glaube, es giebt kaum einen gefährlicheren Satz als den, welchen der Abg. Lasker soeben ausgesprochen hat. Die Geschäftsordnung ist der natürliche Schutz der Minorität; wenn die Majorität im einzelnen Falle sich die Geschäftsordnung auslegen kann, so ist die Minorität dadurch in ihre Hände geliefert. Wenn sie

zu dem Präsidenden nicht das Vertrauen haben, daß er **vorzugsweise** seine Aufgabe darin finden wird, **jede** Minorität zu schützen, dann müssen Sie ihn von dieser Stelle entfernen, und die leiseste Andeutung der Art würde auch innerhalb der vier Wochen (des Provisoriums) diesen Erfolg in Ansehung meiner Person herbeiführen. Im Interesse des Hauses liegt es aber gewiß, daß Sie einem Präsidenten, dem sie vertrauen, die Handhabung der Geschäftsordnung **nach seinem Gewissen und nach seiner Ueberzeugung** geben."

Es steht in der parlamentarischen Geschichte der Rechtsbruch ohne Beispiel da, daß ein Präsident über die Zulässigkeit eines verfassungswidrigen Vergewaltigungsantrages schlimmster Art dieselbe Mehrheit als Richter darüber, ob ihr Antrag das Recht beuge, zuließ, ja die Mehrheit direkt als Richter anrief und sich zur Vollstreckung der Rechtsbeugung bereit erklärte. Mit aller Entschiedenheit wurde von unseren Rednern gegen eine Debatte über die Zulässigkeit des Antrags protestiert, Fortsetzung der Beratung des Tarifs gefordert und der parlamentarische Staatsstreichsantrag gegeißelt. Der Präsident ließ die wiederholten Hinweise darauf unbeachtet, daß eine Geschäftsordnungs-Debatte über die Zulässigkeit des Antrages von Kardorff überhaupt nicht und auch noch nicht zu dieser Zeit zulässig sei.

Von freisinniger Seite wurde Vertagung der Debatte beantragt um zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Die Mehrheit hatte aber nur Spott und Hohn für den Appell an dem Rest ihres Rechtlichkeitsgefühls. Sie zeigte ein Gebahren das „ohne unzüchtig zu sein das Schamgefühl aufs gröblichste verletzte." Sie widersprach der Vertagung. Die Geschäftsordnungsdebatte wurde nach mehrstündiger erregter Verhandlung auf den folgenden Tag vertagt.

Unsere Redner legten klar: eine Verhandlung über den Antrag von Kardorff ist nicht zulässig, denn erstens war bereits in die Debatte über den Zolltarif selbst eingetreten, und ferner steht der Antrag von Kardorff im schärfsten Widerspruch mit Artikel 19 der Verfassung, der oben wörtlich zitiert worden ist. Solange dieser § 19 der Geschäftsordnung nicht geändert ist, ist jede Verhandlung, die im Gegensatz zu ihm gegen den Widerspruch auch nur eines Mitgliedes die Abstimmung über mehrere Positionen verbindet, nach der Geschäftsordnung und mithin, solange diese gilt, nach der Verfassung unzulässig und darf vom Präsidenten nicht zugelassen werden. Die Abgeordneten der Mehrheit suchten darzulegen, daß Artikel im Sinne des § 19 nicht Artikel, sondern irgend etwas anderes sei. Unter „einzelner Artikel" ist wie in den Debatten dargelegt und später von Staatsrechtslehrern wie Professor Laband anerkannt wurde, jeder Bestandteil eines Gesetzentwurfes zu verstehen, welcher eine selbständige Rechtsvorschrift, eine selbständige Forderung enthält. Zweifellos ist aber jede einzelne Position des Zollrarifs ein selbständiger Rechtssatz. Die Zolltarif-Position enthält die Bezeichnung einer Ware und einer Summe. Wenn man sie so — losgelöst vom Tarifgesetz — betrachtet, ist sie überhaupt sinnlos. Sie erhält ihre naturgemäße Ergänzuug dahin: Wer die und die Ware in das deutsche Zollgebiet einführt, ist verpflichtet, einen Zoll von so und so viel Mark zu entrichten. Dieser Satz ist in dem Gesetz nicht 946 mal wiederholt, sondern zusammenfassend in Absatz 1 des § 1 ausgesprochen. Es ist dies dasselbe wie bei jedem Etatgesetz u. dgl.

Eine Art Eingeständnis ihres Unrechts lag in der Behauptung der Verteidiger des v. Kardorffschen Antrags, daß sie in einer Art „Notwehr" sich befänden, zur Begründung dieser Notwehr wurden Reden zitiert, die v. Vollmar und Bebel außerhalb des Reichstags gehalten und in denen sie dargelegt hatten, daß eine ordnungsmäßige, der Richtigkeit des Gesetzes und der Geschäftsordnung entsprechende Behandlung des Zolltarifs viel Zeit erfordern würde.

Bei der weiteren Beratung über den Antrag v. Kardorff ergab sich am 29. November abermals die Beschlußunfähigkeit des Reichstags.

Trotz aller Gewalttätigkeiten war es also der Mehrheit nicht gelungen, ihre Anhänger wenigstens für einige Tage in beschlußfähiger Anzahl zusammenzubringen. Jetzt galt es die Mehrheit zusammenzupeitschen. In der Sitzung am 1. Dezember klagte zunächst der konservative Abgeordnete v. Kröcher beweglich, daß alle Versuche, eine beschlußfähige Mehrheit längere Zeit zusammenzuhalten, vergeblich gewesen seien, vier Zeitungen hätten die Aufnahme seines „etwas hahnebüchenen Appells“ an seine Freunde, am Platz zu sein, abgelehnt. Viele Anhänger der Zölle fehlten, weil sie auf Fasanen- und Hasenjagd gehen. Der Leichtsinn seiner Parteigenossen und ihre „Gewohnheit, die Pflicht dem Vergnügen unterzuordnen“, sei so groß wie unmittelbar vor der Revolution. Es handle sich jetzt um die Existenz von allem, was die Junker erhalten wollen, und deshalb bitte er seine Parteigenossen und Freunde dringend, in der Zukunft am Platz zu sein, damit die Mehrheit endlich beschlußfähig werde. Ferner erklärte sich Herr v. Kröcher offen als Gegner des Wahlrechts der Sozialdemokraten und für Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse: „Die Sozialdemokratie eigne sich nicht zum Subjekt, sondern nur zum Objekt der Gesetzgebung.“ Nach ihm besteigt Eugen Richter die Reichstagstribüne als Einpeitscher der Mehrheit. „Der Grundgedanke des Parlamentarismus beruht darauf“, so kündet er entgegen jeglicher parlamentarischen Auffassung, „daß die Mehrheit ihren Willen durchsetzen kann.“ Das wäre ja „eine jammervolle Mehrheit“ donnert er den Reichstagsschwänzern zu, „die sich einen „Obstruktionsfeldzug“ — so nannte Richter seit mehreren Monaten die sachliche, streng im Rahmen der Geschäftsordnung gehaltene Opposition gegen die Vorlage — gefallen lassen würde. Das half. Die reaktionäre Reichstagsmehrheit belohnte den freisinnigen Abgeordneten durch lebhafteste Beifallsstürme. Ihre Mannen kommen von nun an in beschlußfähiger Zahl zu den Sitzungen, um Geschäftsordnungsbruch auf Geschäftsordnungsbruch auszuführen.

Am 2. Dezember stellte die Mehrheit einen Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte zu dem Antrag v. Kardorff. Solcher Antrag widerspricht dem parlamentarischen Brauch, da nach § 44 der Geschäftsordnung das Wort zur Geschäftsordnung jederzeit gegeben werden muß. Ein von unserer Fraktion gestellter Antrag auf einfache Tagesordnung über diesen neuen Gewaltstreich wurde jedoch abgelehnt und sodann der Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte angenommen. An der dann erfolgenden Abstimmung über die Frage, ob der Antrag v. Kardorff zulässig sei, beteiligte sich unsere Fraktion nicht. Sie motivierte diese Nichtbeteiligung mit folgender von einem Ordnungsruf unterbrochenen Erklärung:

„Mit dem Antrage v. Kardorff und Genossen auf Drucksache Nr. 775 hat sich die Mehrheit des Deutschen Reichstags außerhalb der Geschäftsordnung und der Verfassung gestellt.

In der Voraussicht, daß die Mehrheitsparteien die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl der Mitglieder nicht für die Zeit zusammenhalten können, die zur sachgemäßen Diskussion und Verabschiedung des Zolltarifs erforderlich ist, haben die Mehrheitsparteien, ohne auch nur den Versuch einer Beratung des Tarifs im Plenum des Reichstags zu unternehmen, vor dem Beginn jeder Spezialberatung des Tarifs, statt der geschäftsordnungsmäßigen Diskussion und Beschlußfassung, den Gewaltstreich verübt, unter Bruch der Geschäftsordnung, der Verfassung und des parlamentarischen Rechts, dem deutschen Volke ein Interessengesetz zu Gunsten einer winzigen Minderheit aufzuoktroyieren. Die in der Reichstagsmehrheit vereinigten Parteien des Agrar- und Industriekapitalismus haben damit die Diktatur des Zollwuchers proklamiert. Die sozialdemokratische Fraktion hatte deshalb beschlossen, jede Teilnahme an diesem parlamentarischen Staatsstreich abzulehnen. Unsere Fraktion hat sich an der Beschlußfassung über

die Zulässigkeit des Antrags v. Kardorff und Genossen nicht beteiligt, indem sie von der Gewalt an das Recht, von der volksfeindlichen Mehrheit des Reichstags an das Volk selbst appelliert."

Für die Zulässigkeit des Antrages v. Kardorff stimmten 197, gegen 44 Abgeordnete, 11 Abgeordnete (darunter die Präsidenten Graf v. Ballestrem und Graf zu Stolberg-Wernigerode) enthielten sich der Abstimmung. Neue Geschäftsordnungsbrüche folgten. Kaum war der verfassungswidrige Antrag v. Kardorff für zulässig erklärt, so überraschte der Präsident das Haus mit der Mitteilung, daß ein berichtigter Antrag v. Kardorff eingegangen sei, der den ursprünglichen Antrag v. Kardorff nur seines Charakters als Eventualantrag entkleidete und verlangte, den Abs. 1 des § 1 des Entwurfs, wie in dem ursprünglichen Antrag angegeben war zu fassen. Die Linke protestierte gegen die Zulassung dieses ebenso geschäfts- und verfassungswidrigen Antrages wie seines Vorgängers. Die Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit dieses Antrages wurde durch einen von der Mehrheit gestellten Antrag auf Schluß dieser Debatte beendet, unser Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über diesen gleichfalls zulässigen Schlußantrag wurde abgelehnt, der „berichtigte Antrag v. Kardorff" mit 200 gegen 42 Stimmen für zulässig erklärt. Bei der Fortsetzung der Debatte verlangte die Linke, daß endlich mit der am 27. November eröffneten Verhandlung über den Tarif fortgefahren werde. Da nach dem Beschluß des Hauses vom 5. November ein früherer Beschluß nicht umgestoßen werden kann, müsse nunmehr mit dem Tarif fortgefahren werden. Der Präsident Büsing spricht die entgegengesetzte Ansicht aus. Es wird an Hand der stenographischen Berichte vom 16. Oktober und 27. November dargelegt, daß das Haus bereits vor der Einbringung des ersten Antrags v. Kardorff beschlossen hatte, in die Verhandlung über den Tarif einzutreten. Die Mehrheit bringt einen Antrag auf Schluß der Debatte darüber, ob ein Beschluß des Hauses vorliegt, nach welchem in der Beratung des Zolltarifs vor dem Antrag v. Kardorff eingetreten ist, ein. Hiergegen wird unsererseits Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Der Präsident Büsing erklärt, da Widerspruch gegen unseren Antrag erhoben sei, müsse er über die Zulässigkeit abstimmen. Ihm wird entgegnet, die Frage ist ja bereits durch Ausspruch des Hauses von demselben Tage bejaht. Der Widerspruch der Mehrheit wird zurückgezogen, der Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung wird mit 210 gegen 67 Stimmen verworfen.

Nun war immer noch nicht entschieden, ob die Debatte mit der Fortsetzung des Zolltarifs oder unter Aufhebung dieses Antrages mit den sachlichen Debatten über den unzulässigen Antrag v. Kardorff fortgefahren werden solle. Bei weiteren durch die Mehrheit an demselben Tage provozierten Geschäftsordnungsdebatten unterließ der Vizepräsident Graf v. Stolberg wiederholt, das Wort Rednern zu erteilen, die sich bei dem Schriftführer zum Wort gemeldet hatten, überhörte mündliche Meldungen zum Wort, übersah einen schriftlichen Antrag auf namentliche Abstimmung und stellte einen von der Mehrheit eingebrachten Antrag zur Abstimmung, über den eine Debatte noch nicht eröffnet war. Am Schluß der Sitzung um 9 Uhr 24 Minuten abends war noch immer nicht entschieden, ob die Debatte mit der Fortsetzung des Zolltarifs oder ob, unter Aufhebung des dahingehenden älteren Beschlusses, mit der sachlichen Debatte über den Antrag v. Kardorff fortgefahren werden solle.

Am 3. Dezember wurde von unserer Fraktion beantragt, die Verhandlung über den Antrag von Kardorff solange auszusetzen, bis die Geschäftsordnungskommission über die ihr am 7. November bereits übergebene und von ihr erledigte Frage Beschluß gefaßt hat. Ein von der Mehrheit gestellter Antrag

auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen. Der Präsident Büsing unterbrach unseren Redner wiederholt in der Annahme, das Haus habe bereits am vergangenen Tage entschieden, ein Beschluß des Hauses, mit der Beratung des Tarifs fortzufahren, liege nicht vor. Tatsächlich ist das ausweislich der stenographischen Berichte nicht der Fall gewesen. Indes war es für die Fraktion unmöglich, dies an der Hand des damals noch nicht vorliegenden stenographischen Berichts zu erweisen. Der Vize-Präsident Büsing eröffnete die Diskussion über den § 1 Absatz 1 nebst dem Antrag Kardorff. Die Mehrheit sollte sich aber in ihrer Hoffnung, noch am 3. Dezember ihren Antrag von Kardorff unter Dach und Fach zu bringen täuschen. Die Linke zwang sie, die Geschäftsordnung soweit zu respektieren, daß vor der Beratung des Antrages v. Kardorff die 37 Referate der Kommissionsberichterstatter entgegen genommen wurden. Die Mehrheitsreferenten nahmen es mit ihrer Aufgabe außerordentlich leicht. Der erste Berichterstatter, Graf von Schwerin, suchte zunächst sich von seinem Referat ganz zu drücken. Als ihm dargelegt war, daß er kein Recht darauf habe, auf seine Pflicht, Bericht zu erstatten, zu verzichten, erstattete er dann über die wichtigen ersten 18 Positionen — Buchweizen 5 Mk. (geltender Vertragssatz 2 Mk.), Hirse 1,50 (1), Mais und Dari 5 (2), nicht besonders genannte Getreidearten 1,50 (1), Malz 10,25—11 (4), unpolierter Reis 4, Speisebohnen, Erbsen, Linsen 4 (2), Futterbohnen, Lupinen und Wicken 2,50 (2), Raps, Rübsen Dotter, Ordentliche Saat 5 (2), Hederichsaat 5, Mohn u. s. w. 2, Leinsaat, Hanfsaat 0,75 (frei), Baumwollsamen frei, Oelsämereien und Oelfrüchte 2, Kleesaat 5 (frei), Grassaat 2 (frei), Runkel- und Zuckerrübensamen 1 (frei), andere Samen: frei, Anis, Fenchel, Koriander, Kümmel 4 (3) —, in knappen 10 Minuten etwas, was er Bericht nannte. Die Minderheit wendete sich gegen diese Art der Berichterstattung und verlangte Zurückweisung an die Kommission, damit wenigstens die Gründe, welche zu den ungeheuren Sätzen geführt haben, der Allgemeinheit klar würden. Bei dieser Debatte entfloh dem Abgeordneten Paasche das Zugeständnis, daß die sachlichen Gründe überhaupt nicht dargelegt werden sollten. Er sagte, die Minderheit habe keinen Anspruch darauf, daß man ihr die sachlichen Gründe auseinandersetze.

Der Antrag auf Rückverweisung wurde abgelehnt. Die Fraktion stellte gelegentlich der weiteren Referate ähnliche Anträge auf Rückverweisung an die Kommission. Die Mehrheit stellte diesen Anträgen Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung über unsere Anträge entgegen. Dann schickte die Mehrheit einen ihrer Anhänger mit einem Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission einen anderen mit einem Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag vor. Der Präsident Stolberg benutzte sogar Blanketts noch nicht gestellter Anträge der Mehrheit, bis gegen die Zulassung solcher Antragsblanketts energisch Einspruch erhoben wurde. Wiederholt kam es in den am 3., 4. und 5. Dezember bis in die Nacht ausgedehnten Sitzungen auch zu Zusammenstößen mit dem Vize-Präsidenten Graf Stolberg, der, von einer lärmenden Mehrheit unterstützt, „unter gröblicher Verletzung der Geschäfts-Ordnung“ am 4. Dezember von dem verfassungswidrigen Ausschluß eines Fraktionsmitgliedes von der Sitzung Gebrauch machte und die Sitzung auf eine halbe Stunde aussetzte. Der Anlaß zu der Ausweisung beruhte, wie der Vize-Präsident später erklärte, auf einem „Mißverständnis.“

Am Schluß der Sitzung vom 5. Dezember wurde gegen den Widerspruch der Minderheit von der Zollwuchermehrheit beschlossen, die nächste Sitzung erst am 9. Dezember stattfinden zu lassen. Der Grund hierfür lag darin, daß die mühsam zusammengetrommelte Mehrheit auseinanderzulaufen drohte, wenn ihr nicht einige Jagdtage zwischendurch freigegeben würden. Die Mehrheit wollte den Tarif unter allen Umständen vor den Weihnachtsferien durchpeitschen. Da die Minderheit trotz der maßlosesten Provokationen streng auf dem Boden des

Rechts und der Verteidigung ihrer Pflicht blieb und jedes zulässige Mittel ausnutzte, um die Gemeingefährlichkeit des Tarifs, dessen Inhalt die Mehrheit ihren Wählern zu verhüllen alle Ursache hatte, von der Reichstagstribüne aus klarzustellen, so schritt man zu einem neuen Rechtsbruch. Um die Vorteile, die der Zolltarif der besitzenden Klasse bietet, noch vor Weihnachten einheimsen zu können, wurde der Antrag Gröber eingebracht. Der Antrag Gröber ersetzt die Vorschrift der Geschäftsordnung, nach der jeder Abgeordnete, der das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, dies sofort erhalten muß, durch folgende Vorschrift:

> „Das Wort zur Geschäftsordnung wird nur nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt. Eine von demselben zugelassene Bemerkung zur Geschäftsordnung darf die Dauer von 5 Minuten nicht übersteigen."

Dies Attentat auf die Redefreiheit und die Selbständigkeit des Reichstags wird auch von dem Staatsrechtslehrer Laband als ein brutaler Mißbrauch der Mehrheit zur Mundtotmachung der Minderheit bezeichnet.

Nach Annahme der lex Gröber wurde mit den Berichterstattungen über den Zolltarif fortgefahren. Von uns gestellte Anträge auf Rückverweisung an die Kommission wurden abgelehnt. Zur Begründung solcher Anträge wurde dem Redner nur auf 5 Minuten das Wort verstattet. Da die lex Gröber nur für solche Fälle Anwendung finden können, in denen nach Willkür des Präsidenten das Wort erteilt ist, also nicht auf diejenigen Fälle, in denen auf Grund einer anderen Bestimmung der Geschäftsordnung das Wort erteilt werden muß, z. B. nicht auf die Reden für oder gegen Antrag auf einfache Tagesordnung, so mußte für solche Fälle unbeschränkte Redezeit gewährt werden. Dies wurde auch am 9. Dezember noch vom Präsidenten beachtet. Am 10. Dezember verkündete jedoch der Präsident: Bei reiflicher Erwägung sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Redner für Verweisung eines Referates in eine Kommission auch unter die beschränkte Zeit fallen, welche die Geschäftsordnung vorschreibt. Weiter führte er aus: „Die einfache Tagesordnung ist eine Geschäftsordnungsfrage und besonders dann, wenn sie sich auf einen Geschäftsordnungsantrag bezieht, ist sie reine Geschäftsordnungsfrage. — Wenn sie sich auf einen Antrag mit materiellem Inhalt bezieht, so könnte es ja evtl. zweifelhaft sein, ob sie eine reine Geschäftsordnungsfrage ist. Hier bezog sie sich nur auf eine reine Geschäftsordnungsfrage, nämlich auf Ueberweisung eines Antrages an die Kommission. Deshalb werde ich ferner den Rednern zu der Tagesordnung, wenn der Fall ebenso liegt, wie dieser, bloß 5 Minuten Zeit geben, um ihre Rede zu halten."

Diese einen klaren Verstoß gegen die Geschäftsordnung enthaltende Praxis engte die Bewegungsmöglichkeit unserer Redner noch mehr ein. Am 10. Dezember wurden die Berichte erledigt.

Am 11. Dezember gelangte der Antrag von Kardorff zur sachlichen Verhandlung, wiewohl der Beschluß vom 27. November, in die Tarifberatung einzutreten noch nicht aufgehoben war. Unsere Fraktion stellte die für den Tarif erforderlichen sachlichen Anträge in der Form von Abänderungsanträgen zu diesem Tarif und zu dem Antrag v. Kardorff. In diesen Anträgen ist für die notwendigen Nahrungs- und Futtermittel Zollfreiheit verlangt. Für Rohstoffe und für solche Fabrikate, die fast nur von kartellierten Großunternehmern hergestellt werden, wurde gleichfalls Zollfreiheit, evtl. eine Herabsetzung der Zölle auf das Maß verlangt, das in dem geltenden Tarif ausgedrückt ist. Wo, wie bei den Garnzöllen, es in einer Lesung der Tarifkommission gelungen war, unter die Sätze des geltenden Tarifs herabzugehen, wurden diese niedrigen Sätze in unsere Anträge eingestellt. Der Herabsetzung der Zölle auf Rohstoffe oder Halbfabrikate entsprachen weitere Anträge auf Herabsetzung der

aus den Rohstoffen oder Halbfabrikaten gefertigten Waren. Endlich waren die meisten der von Konservativen zum Schein gestellten Anträge auf Herabsetzung industrieller Zölle in die Anträge hineingearbeitet. Unsere Anträge erstreckten sich auf insgesamt 466 Nummern.

Entgegen den früheren Behauptungen der Redner der Mehrheit, daß bei Beratung des Antrags v. Kardorff über alle Einzelheiten des Tarifs werde verhandelt werden können, wurde von der Mehrheit die Debatte, nachdem ein Redner unserer Fraktion zum Worte gekommen war, geschlossen und so u. a. zwei zum Wort gemeldeten Fraktionsrednern das Wort abgeschnitten. Dann beantragte und beschloß die Mehrheit, über sämtliche zu dem Antrag von Kardorff gestellten Abänderungsanträge — außer von unserer Fraktion waren noch von drei Seiten Abänderungsanträge gestellt — zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Der Antrag von Kardorff wurde hierauf mit 183 gegen 136 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen angenommen.

Die zweite „Beratung" war beendet.

Die **dritte Beratung** war auf Sonnabend den 13. Dezember anberaumt. Es wurde schon vor Beginn der Sitzung (10 Uhr 20 Minuten vormittags) bekannt, daß die Mehrheit die „Beratung" des gesamten weitschichtigen Gesetzes noch an demselben Tage beenden wolle, weil sie fürchtete, in der nächsten Woche würden ihre Anhänger nicht mehr zusammenzuhalten sein. Die Zusammenstellung der Beschlüsse, wie sie die dritte Lesung voraussichtlich bringen würde, war bereits mit dem Datum des 13. Dezember im Reichstagsbureau fertiggestellt. Seitens der Mehrheit war ein Antrag Herold und Genossen eingebracht, nach der die Mindestsätze der Regierungsvorlage für Roggen (5 Mk.), Weizen und Spelz (5,50 Mk.), Hafer (5 Mk.) wieder hergestellt und statt des Mindestzollsatzes für „Gerste 3 Mk.", „Malzgerste 4 Mk." eingesetzt war. Er enthielt das seit 14 Tagen mit der Regierung abgeschlossene Kompromiß. Unsererseits war beantragt, dem § 1 Absatz 1 den in der Sitzung vom 11. Dezember eingebrachten und verlesenen Zusatzantrag zum Antrag von Kardorff hinzuzufügen (also die 466 Aenderungen zu beschließen) und die zu den Tarifstellen 1, 2, 3, 4, 92, 102, 103, 105 und 107 eingesetzten Zollsätze durch das Wort „frei" zu versehen. Weitere 17 Anträge wiederholten die wesentlichsten zu dem Tarif gesetz in zweiter Lesung gestellten Anträge.

Hatte die Regierung vordem feierlichst erklärt, eine Einführung des Gersten-Mindestzolls schädige die Kleinbrauer und die Landwirte und sei deshalb unannehmbar, so meinte nun der Reichskanzler die Erklärungen der Regierung hätten sich nur auf Gerste im allgemeinen bezogen, Malzgerste sei aber eine „ausgewählte, wesentlich wertvollere Ware als Futtergerste", eine Unterscheidung beider Arten Gerste würde möglich sein. Unser Redner wies dem Reichskanzler nach, daß die Erklärung der Regierung sich gerade auf Braugerste bezogen hatte. Dann legte er in kräftigen Strichen den Klassengesetzcharakter des Gesetzes klar, dessen unheilvolle Wirkungen die Fraktion aufs entschiedenste bekämpfen werde, solange sie irgend dazu in der Lage sei.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion wurde gestellt und mit 206 gegen 118 Stimmen angenommen. Durch diese Vergewaltigung wurden mehrere unserer zur Generaldiskussion gemeldete Redner an ihren Ausführungen gehindert.

Von unserer Seite wurde vor Beginn der Spezialdiskussion beantragt:

Der Reichstag wolle beschließen:

über jeden einzelnen Artikel der in § 1 Absatz 1 des Zolltarifgesetzes inbezug genommenen endgiltigen Beschlüsse der XVI. Kommission der Reihenfolge nach in Gemäßheit der §§ 19 und 20 der Geschäftsordnung die Diskussion zu eröffnen und die Abstimmung vorzunehmen.

Der Antrag wurde mit 220 gegen 95 Stimmen abgelehnt und damit auch für die dritte Lesung einer verfassungs- und geschäftsordnungswidrigen Enbloc-annahme zugestimmt. Es wurde dann von unserer Seite beantragt, wenigstens vor der Weiterberatung die in Absatz 1 des § 1 inbezug genommenen endgiltigen Beschlüsse der XVI. Kommission zur Verlesung zu bringen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Zu der Spezialdiskussion über § 1 hatte sich sofort ein Mitglied der Fraktion gemeldet. Vor ihm wurde das Wort jedoch zwei anderen Rednern erteilt. Die Mehrheitsparteien beabsichtigten, nur noch einem zum Wort gemeldeten Mitglied der Volkspartei das Wort erteilen zu lassen und dann die Debatte zu schließen, unserem Redner also das Wort abzuschneiden. Als der zweite, später als unser Redner gemeldete Redner — von Kardorff — das Wort ergriff, schrieb der Schlußantragsteller der Mehrheit den Schlußantrag nieder. Herr v. Kardorff sprach sehr kurz — er hatte dem Hause nur mitzuteilen, daß er sich mit dem Bunde der Landwirte bei Gelegenheit der Etatsberatung raufen wolle — der Schlußantrag konnte noch nicht dem Präsidenten überreicht werden; Herr v. Kardorff schloß plötzlich nach etwa zwei Minuten seine Bemerkungen. Der über die Vereinbarungen der Mehrheitsparteien noch nicht unterrichtete Präsident — zu Beginn der Diskussion leitete der Vizepräsident die Verhandlungen — erteilte unserm Redner um $4^1/_2$ Uhr das Wort. Der Schlußantragsteller der Mehrheit warf seinen Schlußantrag zerknüllt zu Boden. Die Zöllner unterhielten sich so lebhaft darüber, was daran Schuld trüge, daß unser Redner das Wort erhalten hatte, daß ihre Unterhaltung auf unseren Sitzen zu hören war; „er hat ja nur aus Irrtum das Wort erhalten", war der ständige Beruhigungsrefrain ihrer lauten Unterbrechungen des Redners. Unser Redner begann seine Rede mit folgender Einleitung: „Meine Herren, nachdem Sie durch Ablehnung unseres vorletzten Antrags bewiesen haben, daß Sie Ihre Uebermacht dazu gebrauchen wollen, eine gründliche Erörterung des Tarifs nicht zuzulassen, sehe ich mich veranlaßt, jetzt, wo ich das Wort zur Spezialdiskussion erhalten habe, die Gelegenheit zu benutzen, um wenigstens einen Teil der Positionen, die ich gern einzeln behandelt hätte, hier zusammen zu behandeln. Wenn dabei meine Rede etwas länger werden sollte, als ich es beabsichtigte, dann haben Sie, meine Herren, es selbst verschuldet. Mir wäre es wahrhaftig lieber gewesen, ich hätte zu den einzelnen Positionen — es sind ihrer nicht viele — das Wort bekommen; dann würde ich allerdings in dem Rahmen einer Redezeit haben bleiben können, wie sie hier allgemein üblich ist. Aber wenn Sie dadurch, daß Sie nur einen zu Worte kommen lassen, uns zwingen, eine ganze Reihe von uns für wichtig gehaltener Positionen zusammen zu erörtern, dann dürfen Sie sich wahrlich nicht darüber wundern, wenn man eine längere Rede hält, und Sie haben dann kein Recht, über „Dauerreden" zu klagen."

Dann folgte in achtstündiger, sachlicher Rede Antricks eine Schilderung der verheerenden Wirkungen des Zolls bei einer Reihe von Positionen, insbesondere Reis, Oelfrüchte, Holz, Obst, Schweinefleisch, Schmalz, Eisen.

Die Mehrheit versuchte wiederholt den Redner durch Flegeleien zu stören. Den energischen Zurufen der Linken gelang es, hin und wieder den Präsidenten zu veranlassen, Ruhe für den Redner zu schaffen.

Als unser Redner mit der Versicherung geschlossen hatte, daß die Fraktion bis zum letzten Augenblick auf dem Posten bleiben werde, um der Vorlage entgegen zu treten und die verheerenden Wirkungen der Zölle wenigstens für die außerhalb des Reichstags befindlichen klarzustellen, ging die Mehrheit zu weiteren Vergewaltigungen über.

Zunächst wurde die Debatte über § 1, der den gesamten Tarif umfaßt, geschlossen und dadurch mehreren von unserer Seite zum Wort gemeldeten Rednern das Wort abgeschnitten. Von unserer Seite wurde nunmehr ein Antrag gestellt,

über den Antrag der Abg. Herold u. Gen. und über sämtliche zum § 1 gestellten Anträge zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Von den Mehrheitsparteien beantragte der Abg. Spahn, über die zu § 1 des Zolltarifs gestellten Anträge mit Ausnahme des Antrags Herold zur Tagesordnung überzugehen. Es lagen also zwei Anträge vor, von denen der eine mehr umfaßte wie der andere. In solchem Falle hatte wenige Tage zuvor der Präsident gegen unseren Widerspruch zunächst über den mehr umfassenden Antrag abstimmen lassen. Um das Gesetz bald unter Fach zu bringen, ging er trotz unseres Widerspruchs nunmehr in entgegengesetzter Weise vor. Nachdem der Antrag der Mehrheit angenommen war, erhielt ein Fraktionsmitglied das Wort zur Begründung des Antrages auf Uebergang der Tagesordnung über den Kompromißantrag Herold. Die Redezeit wurde ihm entgegen der Geschäftsordnung und entgegen selbst der vom Präsidenten am 10. Dezember gegebenen Auslegung des neuen § 44 auf 5 Minuten beschränkt, wiewohl der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung sich auf einen Antrag mit materiellem Inhalt bezog. Wiederholte Bitten ums Wort zur Geschäftsordnung beantwortete der Präsident mit der Wendung: „ich kann Ihnen das Wort nicht geben, ich werde Ihnen nachher darüber Bescheid geben." Den Bescheid hat er niemals erteilt. Unser Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde abgelehnt, der Kompromißantrag Herold mit 199 gegen 105 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Nunmehr beantragte der Abg. Spahn namens der Mehrheit, die Diskussion über die weiteren Teile des Gesetzes im Ramsch vorzunehmen und demgemäß die §§ 1a bis § 12 des Zolltarifs nebst den dazu gestellten Anträgen sowie den von uns gestellten Anträgen nebst der Ueberschrift und den Einleitungsworten des Zolltarifs in der Diskussion zu verbinden. Der Präsident ließ die Abstimmung über diesen Antrag, wiewohl er nicht unterstützt war, zu, lehnte ab, das Wort zur Geschäftsordnung zu erteilen und verhinderte so, daß er auf den offensichtlichen Verstoß gegen die Geschäftsordnung öffentlich aufmerksam gemacht werden und daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Ramschantrag gestellt werden konnte. Auf die Rufe zur Geschäftsordnung erklärte er: „Zur Geschäftsordnung gebe ich nicht das Wort". In der dann über den gesamten Rest des Gesetzes eröffneten Diskussion nahm ein Redner der Mehrheit zu einigen Ausführungen das Wort. Während seiner Rede war von unserer Seite ein dahin gehender Antrag eingereicht:

„Der Reichstag wolle beschließen, als § 12a folgende Bestimmung zuzufügen:

Für die nachgenannten Waren dürfen die durch den ersten Absatz des § 1 festgesetzten und in den endgiltigen Beschlüssen der XVI. Kommission enthaltenen Zollsätze in Handelsverträgen oder anderen vertragsmäßigen Abmachungen nicht über die beigefügten Sätze eingesetzt werden:

Tarifstelle 5, Buchweizen: 2 Mk. für einen Doppelzentner;
Tarifstelle 6, Hirse: 1 Mk. für einen Doppelzentner;
Tarifstelle 7, Mais und Dari: 2 Mk. für einen Doppelzentner;
Tarifstelle 9, Malz: 4 Mk. für einen Doppelzentner;
Tarifstelle 11, Speisebohnen, Erbsen, Linsen: 2 Mk. für einen Doppelzentner;
Tarifstelle 12, Futterbohnen, Lupinen, Wicken: 2 Mk. für einen Doppelzentner."

Auf diesen, nach dem Ramschantrag des Abgeordneten Spahn eingereichten, noch nicht unterstützten, auch noch nicht zur Debatte gestellten Antrag konnte sich der Antrag Spahn, der die Diskussion nur bis § 12 verbinden wollte, unmöglich beziehen. Der Präsident unterließ es, die Unterstützungsfrage zu diesem Antrag zu stellen. Er teilte den Eingang dieses Antrages mit und brachte unter Widerspruch von unserer Seite einen bei ihm eingegangenen Antrag auf Schluß der Diskussion zur Abstimmung. Wiederholte Zurufe: „Zur Geschäftsordnung" be-

achtete der Präsident nicht. Er behauptete vielmehr, nach Annahme des Spahnschen Schlußantrages „Die Diskussion über die vereinigten Paragraphen sowie über Einleitung und Ueberschrift ist geschlossen." Wiederholte Zurufe „Zur Geschäftsordnung" ließ der Präsident abermals unbeachtet und verhinderte so die Feststellung, daß über § 12a die Diskussion noch nicht eröffnet, also auch nicht geschlossen sein konnte. Dann verkündete der Präsident: Es liegen 2 Anträge auf einfache Tagesordnung vor, deren einer (vom Abg. Spahn gestellt) über unsere zu § 1a bis 12 gestellten Anträge Uebergang zur Tagesordnung verlangte, während der andere, von uns gestellte, dahin ging, über die zu dem Zolltarifgesetz § 1a bis 12 von uns gestellten Anträge mit Ausnahme der Anträge 1, 2, 4 bis 17 zur Tagesordnung überzugehen. Es mußte nunmehr, wenn der Präsident nicht mit der soeben von ihm geübten Praxis abermals brechen wollte, der von unserer Seite gestellte Antrag zunächst zur Begründung und Abstimmung gelangen. Der Präsident, hierauf aufmerksam gemacht, erteilte auch einem Fraktionsmitglied das Wort, schnitt es ihm aber nach 5 Minuten ab, wiewohl es sich um einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über Anträge materiellen Inhalts handelte. Unser Antrag wurde von der Mehrheit mit 228 gegen 72 Stimmen angenommen. Hierdurch war beschlossen, über unsere Anträge 1, 2, 4—17 nicht zur einfachen Tagesordnung überzugehen, trotzdem ließ der Präsident eine Begründung und Abstimmung auch über den Antrag Spahn, der Uebergang zur Tagesordnung über diese Punkte verlangte, zu und bemerkte, daß der Antrag Spahn ferner die Forderung über § 12a zur Tagesordnung überzugehen, enthalte. Gegen diese widerspruchsvolle, gegen die Geschäftsordnung nach vielen Richtungen hin widersprechende Behandlung der Anträge äußerte sich ein Mitglied der Fraktion, unter Begleitung von drei Ordnungsrufen, wie folgt:

„Die widerspruchsvolle Behandlung aller Anträge der Majorität, die nur den einen Zweck hat, daß sie ihren Zolltarif fertig bekommen und damit die Beute einheimsen, zeigt sich auch in den Ausführungen des Herrn Vorredners. Nachdem das Haus einen Antrag angenommen und beschlossen hat, über eine Reihe von Anträgen nicht zur Tagesordnung überzugehen, kommt der Herr Abgeordnete Spahn und verlangt jetzt den Beschluß, auch über die soeben von dieser Bestimmung ausgeschlossenen Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Ich wollte diese Tatsache nur feststellen.

Meine Herren, ich bin gegen den Antrag Spahn. Ich will aber darüber weiter kein Wort verlieren, sondern nur noch sagen: bei der Handhabung der Geschäfte, wie wir sie heute Abend erlebt haben, bei der Handhabung der Geschäfte, wie wir sie in den letzten Tagen erlebt haben, giebt es in diesem Hause kein Recht und kein Gesetz mehr. Die Präsidenten sind nicht mehr Präsidenten des Reichstags; sie sind Büttel der Majorität, sie sind Vollstrecker der Rechtsbrüche, welche die Majorität für ihre Zwecke verlangt, um den Tarif fertig zu bekommen. Das noch einmal in letzter Minute vor dem Lande zu konstatieren, ist notwendig. Und wenn Sie, meine Herren, von der Majorität nach vollbrachter Tat in die Ferien gehen, dann gehen Sie in die Ferien, beladen mit dem Vorwurf, daß Sie Recht und Gesetz in diesem Hause vergewaltigt und gebrochen haben."

Der Antrag Spahn wurde angenommen. Es verzichtete nun die Fraktion darauf, für die ferneren Positionen des Zolltarifs bereits vorbereitete Anträge, die in ähnlicher Weise wie § 12a Erhöhungen über die Höhe der Sätze in den geltenden Handelsverträgen hinaus untersagten, zu stellen. Nachdem die Mehrheit und ihr Präsident gezeigt hatte, daß sie keinerlei Vorschriften der Geschäftsordnung mehr achten, die eine sachliche Verhandlung ermöglichten, wäre der weitere Versuch nutzlos gewesen. Es erfolgte in der Sitzung nur noch eine Reihe namentlicher Abstimmungen. Die nach der Geschäftsordnung erforderliche

Zusammenstellung der Beschlüsse 3. Lesung wurde um 4 Uhr morgens des 14. Dezember verteilt: sie datierte vom 13. Dezember, das Datum war mit Tinte durchstrichen und in das Datum des 14. Dezember umgewandelt. Die Zusammenstellung wich von den gefaßten Beschlüssen insoweit ab, als an Stelle der beschlossenen Paragraphen Nummer 1, 1a, 2 fortlaufende Nummern 1, 2, 3 eingesetzt waren. Gegen diese unzulässige Aenderung der in 3. Lesung gefaßten Beschlüsse konnte nicht protestiert werden, da der Präsident ausdrücklich erklärt hatte, daß er das Wort zur Geschäftsordnung nicht erteile und auch nicht erteilte. Das so gestaltete Zolltarifgesetz wurde mit 202 gegen 100 Stimmen angenommen. Die Sitzung wurde um 4 Uhr 38 Minuten morgens geschlossen.

* * *

Was hat die Mehrheit als Erfolg ihres fortgesetzten Bruchs der Geschäftsordnung und der Verfassung, ihres Sturmlaufs gegen die Grundlagen jeglicher parlamentarischen Verhandlungen und ihres unverhüllten Strebens nach materiellen Vorteilen für die Großkapitalisten erreicht? Die von der Mehrheit des Reichstags gutgeheißene Sonntagsarbeit stellt eine mit den wunderlichsten Widersprüchen behaftetes Gesetz dar, dessen formelle Rechtskraft zum mindesten zweifelhaft ist und dessen **materieller** Inhalt nicht eine Bedrohung des Auslandes, sondern eine ungeheure Belastung der Lebensinteressen Deutschlands darstellt. Würde es in Wirksamkeit gesetzt, so wäre jede Regierung nach kurzer Zeit gezwungen, es wieder zu beseitigen: die Signatur des in dem Beutefieber zusammengeschweißten Zolltarifs ist seine völlige Unbrauchbarkeit von jedem Interessenstandpunkt, vor allem vom Standpunkt der Allgemeinheit aus. Mit diesem Erfolg kann die Zollopposition zufrieden sein.

Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1903.

Der Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1903 (1. April 1903 bis 31. März 1904) beläuft sich in Ausgabe
auf 2 417 028 912 Mk., nämlich
„ 1 997 229 523 Mk. an fortdauernden,
„ 219 950 565 „ an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und
„ 199 848 824 „ an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats.

Der Voranschlag im Etatsentwurf betrug 2 464 973 674, und zwar fortdauernde Ausgaben 1 997 229 523, einmalige Ausgabe des ordentlichen Etats 219 050 565, des außerordentlichen Etats 199 848 824 Mk. Abgesetzt wurden von der Gesamtausgabe 47 944 762 Mk., von den fortdauernden Ausgaben 1 416 185, von den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 6 473 477, des außerordentlichen Etats 40 055 100.

Ein Bild des endgültig festgesetzten Etats ergiebt folgende Zusammenstellung:

Fortdauernde Ausgaben.

Bundesrat	— —	Mk.
Reichstag	757 200	„
Reichskanzler und Reichskanzlei .	241 790	„
Auswärtiges Amt	14 817 749	„
Reichsamt des Innern	63 308 477	„
Verwaltung des Reichsheeres . .	575 273 218	„
Reichsmilitärgericht	544 928	„
Verwaltung der Marine . . .	93 269 254	„
Reichs-Justizverwaltung . . .	2 145 445	„
Transport	750 358 061	Mk.

Transport . .	750 358 061	Mk.
Reichsschatzamt	548 718 600	„
Reichs-Eisenbahnamt	401 070	„
Reichsschuld	99 084 220	„
Rechnungshof	956 075	„
Allgemeiner Pensionsfonds . .	77 539 958	„
Reichs-Invalidenfonds	49 003 749	„
Post- und Telegraphenverwaltung	398 782 819	„
Reichsdruckerei	5 586 671	„
Eisenbahnverwaltung	66 818 300	„
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 997 229 523	Mk.

Einmalige Ausgaben.

a) Ordentlicher Etat:

Reichstag	— —	Mk.
Auswärtiges Amt	18 726 554	„
Reichsamt des Innern	11 121 980	„
Post- und Telegraphenverwaltung .	13 424 899	„
Reichsdruckerei	313 150	„
Verwaltung des Reichsheeres . .	43 388 086	„
Verwaltung der Marine	81 460 012	„
Reichsschatzamt	1 300	„
Reichsschuld	—	„
Rechnungshof	100 000	„
Eisenbahnverwaltung	3 105 000	„
Fehlbetrag	48 309 584	„
Summe a	219 950 565	Mk.

b) Außerordentlicher Etat:

Reichsamt des Innern	4 000 000	Mk.
Post- und Telegraphenverwaltung . .	22 095 000	„
Verwaltung des Reichsheeres	29 733 583	„
Verwaltung der Marine	47 175 000	„
Eisenbahnverwaltung	12 410 000	„
Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien	12 332 826	„
Zuschuß zu den Ausgaben des ordentlichen Etats	72 102 415	„
Summe b	199 848 824	Mk.
Summe der einmaligen Ausgaben	419 799 389	„
„ „ fortdauend. Ausgaben	1 997 229 523	„
Summe der Ausgaben	2 417 028 912	Mk.

Einnahmen.

Zölle und Verbrauchssteuern	810 252 880	Mk.
Reichsstempelabgaben	93 028 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung . .	456 220 100	„
Reichsdruckerei	7 906 000	„
Eisenbahnverwaltung	87 879 600	„
Bankwesen	15 866 200	„
Verschiedene Verwaltungseinnahmen . .	41 658 318	„
Aus dem Reichs-Invalidenfonds . . .	49 003 749	„
Ueberschüsse aus früheren Jahren . . .	—	„
Transport . . .	1 561 814 847	Mk.

Transport . .	1 561 814 847	Mk.
Zuschuß des außerordentlichen Etats . .	72 102 415	„
Ausgleichungsbeiträge	17 406 592	„
Matrikularbeiträge	565 856 234	„
	2 217 180 088	Mk.
Außerordentliche Deckungsmittel . .	199 848 824	„
Summe der Einnahmen	2 417 028 912	Mk.

Die Generaldiskussion der Etatsberatung gab unseren Rednern Gelegenheit die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage zu besprechen. Als erster Fraktionsredner nahm v. Vollmar am 20. Januar 1903 das Wort. Er wendete sich gegen die ruhmsüchtige und abenteuerliche Weltpolitik, die ohne festes Ziel wetterwendisch den Kurs wechselt, erfolglos bleiben und keine Erhöhung des deutschen Ansehens nach sich ziehen kann. Er forderte die Einstellung der ins wahnwitzige gehenden Rüstungen und fortschreitende Umwandlung der agressiven stehenden Heere in defensive Volksheere. Er legte dar, wie von der Sozialdemokratie bekämpfte Politik, insbesondere auf dem Gebiete des Etatsrechts des Reichstags, des Militär-, Marine- und Kolonialwesens und der indirekten Besteuerung, die zu der ungesunden Defizit- und Schuldenwirtschaft des Reichs geführt hat, aus der es eine Rettung nur durch Uebergang zur direkten Besteuerung und zu einer vollständigen Trennung der heillos verstrickten Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten gebe. Auf das Gebiet der inneren Politik übergehend wendete er sich energisch gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Bundesstaats und gegen die Kontrolle oder Censur des Beschlusses einer Volksvertretung durch das vom Wolffsche Depeschenbureau verbreitete Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Bayern. Das Telegramm war tagszuvor auch von dem Redner des Centrums abfällig kritisiert worden. Als nach Besprechung dieses Swinemünder Telegramms unser Redner auf die Reden des Kaisers in Essen vom 26. November 1902 und in Breslau vom 6. Dezember 1902 eingehen wollte, wurde er hieran durch den Präsidenten Grafen v. Ballestrem gehindert. Gegen diese Behinderung des verfassungsmäßig dem Abgeordneten zustehenden Rechts der Redefreiheit durch den zum Schutz dieses Rechts berufenen Präsidenten wendete sich der Redner wiederholt vergeblich. Die letzten Bemerkungen zwischen unserm Redner und dem Präsidenten lauten nach dem stenographischen Bericht wie folgt:

„v. Vollmar, Abgeordneter: Ich hatte gehofft, daß nach dem Wiederzusammentreten des Reichstags allmälich wieder eine geordnete, ruhige Verhandlung möglich werden würde. Nachdem aber seitens des Herrn Präsidenten in dieser Weise vorgegangen wird, scheint das allerdings nicht beabsichtigt zu sein. Denn in solcher Weise ist es ganz unmöglich, hier weiter zu verhandeln.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie nochmals, mit diesen Erörterungen aufzuhören; ich würde sonst in die traurige Lage versetzt sein, Sie zur Ordnung zu rufen.

v. Vollmar, Abgeordneter: Herr Präsident, ich versichere Sie, daß es niemanden ferner liegt als mir, Ordnungsrufe herauszufordern. Ich bestrebe mich stets, was ich zu sagen habe, auch innerhalb der als allgemeines Gesetz angenommenen Grenze zu sagen. Aber wenn uns freilich einfach ein Maulkorb angelegt wird, und das bei einer so überaus wichtigen Angelegenheit —

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das können Sie nicht sagen.

(Lebhafter Widerspruch.)

Ich habe Ihnen alle Freiheit bisher gelassen; aber dies ist ein Punkt, den ich nicht zulasse, — und dabei bleibe ich.

(Große Unruhe und laute Zurufe von der äußersten Linken.)

Meine Herren, ich bitte um Ruhe — ich verstehe Ihre unartikulierten Laute gar nicht.

v. Vollmar, Abgeordneter: Meine Herren, ich muß sagen, daß ich trotz der ziemlich langen parlamentarischen Erfahrung, die ich hinter mir habe, kaum weiß, wie ich mich angesichts der Haltung des Herrn Präsidenten verhalten soll. Mir ist das Mandat übertragen worden, in Erfüllung meiner Abgeordnetenpflicht eine wichtige, hochpolitische Angelegenheit zur Sprache zu bringen, die während mehr als einem Monat die ganze Nation erfüllt hat,

(Zuruf links),

ja überall in der ganzen Welt von sich sprechen gemacht hat. Und nun wird mir in der gleichen Debatte, in welcher der vom Centrum zur Besprechung gebrachte Swinemünder Fall besprochen werden konnte, plötzlich entschieden, daß der uns angehende Fall nicht besprochen werden dürfe.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Mein Herr Abgeordneter v. Vollmar, diesen Vorwurf hätte ich nicht erwartet, daß ich das Centrum begünstige.

(Zuruf von der äußersten Linken.)

Sie haben den Fall Swinemünde noch eingehender besprochen, als der Herr Abgeordnete Dr. Schaedler, und ich habe Sie auch nicht unterbrochen. Also ich bitte, solche Verdächtigungen von meiner Handlungsweise als Präsident fern zu lassen, und ich bitte Sie, ohne Erwähnung des Falles Krupp, was vorher geschehen ist und was nachher geschehen ist nach dem Tode dieses Ehrenmannes, in Ihren sachlichen Ausführungen fortzufahren.

v. Vollmar, Abgeordneter: Herr Präsident, ich habe zu bemerken, daß ich gar keine Verdächtigungen ausgesprochen habe, sondern lediglich eine Tatsache festgestellt habe. Der Fall Swinemünde ist nicht einmal im „Reichsanzeiger" veröffentlicht gewesen und wurde doch im Hause besprochen. Ich bin der Letzte, der sich darüber beschweren würde; habe ich doch selber dazu gesprochen. Aber ich habe festgestellt, daß jener Fall, dessen Erörterung vom Centrum ausgegangen ist, in breitester Oeffentlichkeit — und das mit vollem Recht — besprochen werden konnte, während jetzt ein anderer Fall, der die Sozialdemokratie angeht, und in welchem es sich direkt um eine amtliche Veröffentlichung handelt, mit keinem Worte soll besprochen werden können."

Der Fraktionsredner ging dann auf die Notwendigkeit der schleunigen **Beseitigung des Majestätsbeleidgungsparagraphen** ein, „damit die Herausgeforderten zum mindesten das Recht einer mündlichen Antwort erhalten." Er führt dann aus, es gebe zwei Entwicklungsmöglichkeiten des Fürstentums. Sie vollziehen sich entweder auf dem Boden der konstitutionellen Doktrin oder auf dem Bonapartismus. Die Entwicklung auf ruhiger organischer Weise zu immer freiem politischen Zuständen sei wünschenswerter, Ansichten und Anzeichen des Bonapartismus leider unverkennbar. Dringend not tut es, daß das unverantwortliche Staatsoberhaupt ausschließlich durch wirklich verantwortliche Minister handeln könne und richtete zum Schluß die Anfrage an den Reichskanzler, ob die in zahlreichen Arbeiter- und Volksversammlungen auf die Reden des Kaisers erteilten Antworten auch zu seiner Kenntnis gebracht sind. Der **Reichskanzler** beantwortete diese Anfrage nicht, sondern behauptete, aus den Schlußäußerungen scheine die Absicht zu sprechen, der Monarchie und dem Kaiser eine antisoziale Tendenz zu imputieren, diese Auffassung sei historisch und physiologisch unbegründet.

Gegen die gewaltsame Beschränkung der Redefreiheit veröffentlichte die **Fraktion** folgenden **Protest**:

Erklärung.

In der heutigen Sitzung des deutschen Reichstages ist durch den ersten Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ein die durch die Verfassung garantierte Redefreiheit der Abgeordneten vernichtender Gewaltakt verübt worden, gegen den wir im Namen und Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion hiermit öffentlich Protest erheben, nachdem der Redner, Parteigenosse v. Vollmer, vergeblich versucht hat, in der Sitzung sein Recht zu wahren.

Vollmar beabsichtigte im Laufe seiner Etatsrede die verletzenden Aeußerungen zur Sprache zu bringen, die der Kaiser in seinen bekannten Reden in Essen und Breslau im Dezember v. J. gegen die deutsche Sozialdemokratie geschleudert hat. Das zu tun hatte Vollmar nach den bisherigen, durch den Präsidenten Herrn Grafen v. Ballestrem selbst im Reichstage eingebürgerten Regeln volles Recht.

Der Präsident, Herr Graf v. Ballestrem, hat in den Sitzungen des Reichstages vom 21. Januar 1899, ferner vom 21. Juni 1899 und endlich vom 12. Dezember 1899 ausdrücklich erklärt, daß er eine Besprechung kaiserlicher Reden in angemessener Weise, sobald sie authentisch, z. B. durch den „Reichs-Anzeiger“ bekannt geworden seien, zulassen werde.

Obwohl nun die Reden in Essen und in Breslau im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht worden sind, und obwohl Vollmar auf Einwendung des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ausdrücklich erklärt hatte, er werde den Fall Krupp, mit dem jene Reden in Verbindung stehen, mit keinem Worte erwähnen, sondern sich ausschließlich auf die Kritik der gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Beschuldigungen des Kaisers beschränken, so ließ der Präsident diese Kritik nicht zu.

Dieser Willkürakt des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ist um so unerhörter, als er es in der Ordnung fand, daß sowohl in der gestrigen als in der heutigen Sitzung des Reichstags das Swinemünder Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Bayern, das im „Reichs-Anzeiger“ nicht veröffentlicht worden ist, in der gründlichsten Weise erörtert wurde, insbesondere auch durch den Centrums-Abgeordneten Dr. Schädler.

Da die Geschäftsordnung des Reichstages keinen Weg bietet, diesen nur bei Kenntnis der Geheimgeschichte des Falles Krupp verständlichen Gewaltakt des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, im Reichstage selbst zur Erörterung zu bringen, so wenden wir uns an die Oeffentlichkeit. Wir überlassen dem deutschen Volke, über dieses durch den Präsidenten des Reichstages auf die Redefreiheit der Abgeordneten verübte Attentat das Urteil zu fällen.

Berlin, den 20. Januar 1903.

Im Namen und Auftrage der sozialdemokratischen
Fraktion des deutschen Reichstages.
Der Fraktionsvorstand.
Bebel. Meister. Pfannkuch. Singer.

Am 22. Januar ergriff als Fraktionsredner Bebel das Wort zur Generaldiskussion. Er bekämpfte auf das nachdrücklichste die Desorganisation der Finanzpolitik des Reichs, die vergeblich aus einer Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel der arbeitenden Klassen auf eine Gesundung hofft. Die ungeheuren Militär- und Marinelasten müssen schließlich zu einem Zusammenbruch führen. Wenn man überall so zur Wahrung kapitalistischer Interessen vorgeht wie in Venezuela, wo es sich um Geltendmachung von Ansprüchen der Diskonto-Gesellschaft, der Norddeutschen Bank und der Firma Krupp handelte, so werde Deutschland noch häufig Verwicklungen erleben. Bebel ging dann auf die Darlegungen des Reichskanzlers ein, der seine Rede auf einer an keiner Stelle der Vollmarschen Rede ausgesprochenen Auffassung aufgebaut hatte. In großzügiger Weise zeigte Bebel, wie lediglich aus Furcht vor der Sozial-

demokratie man nach Verhängung des Sozialistengesetzes wenigstens einigermaßen dem Arbeiter entgegenkommen wollte, wie die sozialistische Bewegung allein die Kraft war, die das Eintreten für soziale Reformen erzeugte. Auf der anderen Seite erneute Forderungen für Unterdrückungsversuche, erhöhte Bestrafung der Ausübung des Koalitionsrechts mit Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu fünf Jahren in der Gewerbeordnungsnovelle 1891, Umsturzvorlage 1895, Zuchthausvorlage 1898. Auf dem Gebiete des Vereins- Versammlungs- Koalitionsrechts, des Genossenschaftsrechts, der politischen Meinungsfreiheit, des Wahlrechts, der Rechte der Staatsarbeiter fehle so unendlich viel, daß man an das soziale Programm, das die Botschaft von 1881, die Februar-Erlasse 1890 und die Rede des Reichskanzlers entwickelte, nicht glauben kann. Die Sozialdemokratie sei selbstverständlich bereit, für den sozialen Aufschwung der arbeitenden Klassen, die der Reichskanzler als sein Ziel bezeichnet hatte, einzutreten, wenn gleich das Wesen und die Natur der bürgerlichen Gesellschaft diesem Aufschwung entgegen stehen. Bebel rechnete dann mit den Reden des Kaisers in Essen und Breslau und des Kronprinzen in Oels gründlich ab, ohne daß der Präsident einen Versuch machte, ihn hieran zu hindern. Zum Schluß wendete er sich gegen den Cäsarismus und Byzantinismus, gegen den Servilismus, das Strebertum, die Charakterlosigkeit der herrschenden Klassen und ihren Mangel an Mannesmut vor Königstronen. Die mit gespanntester Aufmerksamkeit der Regierungsvertreter und des gesamten Hauses verfolgte Rede wirkte wie ein reinigendes Gewitter.

In der folgenden Sitzung verlas der Vizepräsident Graf zu Stolberg folgende **Erklärung, durch die Graf Ballestrem das Präsidium niederlegte:**

„An den deutschen Reichstag. Das führende Organ der konservativen Partei, die „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung", veröffentlicht in ihrer Nr. 34, Abendausgabe vom 21. Mai d. M. einen Artikel, welcher meine Geschäftsführung als Präsident des deutschen Reichstages wenn auch mit verbindlichen Worten, so doch sachlich sehr scharf kritisiert und mißbilligt. Da es ausgeschlossen erscheint, daß dieser Artikel ohne Vorwissen der konservativen Partei veröffentlicht sein sollte, muß ich annehmen, daß er die Anschauung dieser Partei richtig wiedergiebt. Da nun die konservative Partei eine jener großen Parteien ist, welche meine Berufung auf den Präsidentenstuhl des Reichstages herbeigeführt und meine Geschäftsführung bis jetzt vertrauensvoll unterstützt haben, so geht für mich aus dem oben angeführten Artikel hervor, **daß ich dieses Vertrauen nicht mehr in dem Maße besitze, wie ich es für nötig halte, um die Geschäfte des Reichstages mit Erfolg zu führen.** Daher lege ich hiermit das Amt des Präsidenten nieder und in die Hände derjenigen zurück, welche mir es vor länger als vier Jahren übertrugen, indem ich für alle mir während dieser Zeit gegebenen Beweise des Vertrauens ganz ergebenst danke. Berlin, 22. Januar 1903. gez. Graf Ballestrem, bisher Präsident des Reichstages."

Die Auslassung der Kreuzzeitung, auf welche in dieser Erklärung Bezug genommen ist, lautete:

„Wir müssen doch der Auffassung Ausdruck geben, daß Graf Ballestrem durch das gegen den Abg. v. Vollmar gerichtete Verbot sich in Widerspruch gesetzt hat mit den Grundsätzen, die er früher aufgestellt hatte. Auch der V[ersuch], diesen Widerspruch durch Hervorkehrung neuer Unterschiede bei kaiserli[chen] Kundgebungen zu lösen, scheint uns nicht geglückt .... Jedenfalls läßt [sich] einem Teile der öffentlich bekannt gegebenen Aeußerungen, die Se. Maje[stät] der Kaiser an den Heimgang Krupps und an dessen unerhörte Verdächtig[ung] durch die sozialdemokratische Presse geknüpft hat, der politische Charakter n[icht] absprechen.

Allem Anscheine nach hat Graf Ballestrem die Besorgnis gehabt, daß die Besprechung der Krupp-Angelegenheit von einzelnen Rednern zu tendenziösen Angriffen auf das monarchische Gefühl der großen Mehrheit des Reichstages und des deutschen Volkes gemißbraucht werde ... Aber es läßt sich nicht leugnen, daß bei der Besprechung des Swinemünder Telegramms die gleiche Gefahr obgewaltet hat. Nach unserer Auffassung läßt sich die ungleichartige Stellung des Präsidenten zu der Besprechung dieses Telegramms und derjenigen der Krupp-Angelegenheit schwer rechtfertigen."

Als im Reichstage die Rücktrittserklärung des Präsidenten erklärt war, beeilte sich Abg. v. Normann namens der freikonservativen Fraktion zu erklären, daß sie von dem Kreuzzeitungsartikel vorher keine Kenntnis gehabt habe, der nationalliberale Abg. Dr. Sattler gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß der Artikel irgend eines Blattes, irgend einer Partei Veranlassung zur Niederlegung des Präsidiums nicht hätte geben sollen. Singer gab für unsere Fraktion folgende Erklärung ab, „der Herr Graf von Ballestrem hat in seinem Schreiben hervorgehoben, daß er durch einen Artikel der „Kreuzzeitung", von dem er annimmt, daß die konservative Fraktion des Hauses davon Kenntnis hatte, veranlaßt wurde, sein Amt als Präsident niederzulegen, und zwar weil ihm scheint, daß er nicht mehr das Vertrauen der konservativen Fraktion besitzt. Der Herr Graf v. Ballestrem hat in seinem Schreiben ausdrücklich darauf Bezug genommen, daß die konservative Fraktion eine von denjenigen Fraktionen ist, die ihn zum Präsidenten gewählt und wiedergewählt haben. Zu den Fraktionen, die den Grafen Ballestrem gewählt und wiedergewählt haben, gehört auch die sozialdemokratische Fraktion. Ich halte mich, nachdem Vertreter verschiedener Parteien des Hauses gesprochen und den Eindruck erweckt haben, als ob sie der Meinung sind, daß sich in ihrem Vertrauensverhältnis zu dem Grafen v. Ballestrem absolut nichts geändert hat, doch für verpflichtet, namens meiner Fraktion zu erklären, daß allerdings Herr Graf von Ballestrem durch seine Präsidialführung während der letzten Monate und Tage unser Vertrauen verloren hat". Bei der Präsidentenwahl am 29. Januar wurden von 285 Stimmzetteln 195 für Graf v. Ballestrem, der zwei Tage zuvor zum Mitglied des preußischen Herrenhauses ernannt war, einer für Ahlwardt abgegeben, 89 blieben unbeschrieben. Ballestrem nahm die Wahl an und blieb bis zum Schlusse der Session der von der Minderheit des Hauses gewählte Präsident der Mehrheit.

Spezialberatung des Etats.

Die Etatsberatung des **Reichsamts des Innern** gestaltete sich auch in dieser Session zu einer schonungslosen Kritik der Rückständigkeit der Gesetzgebung auf dem Gebiete des „Schutzes der nationalen Arbeit", der Arbeitskraft. Von den eingebrachten, aber nicht zur Verhandlung gelangten Initiativanträgen formte die Fraktion zwei zu Resolutionen um. Die Forderung der Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die regelmäßige Maximalarbeitszeit für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen vorläufig auf zehn Stunden festgesetzt und innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden kürzt wird, und die Forderung, „einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen Stelle der im § 139b der Reichs-Gewerbeordnung bestimmten Beamten und ides-Polizeibehörden Betriebs-Aufsichtsbehörden nach folgenden undsätzen errichtet werden:

Die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einchließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, and- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schiffahrt.

Sie wird einer Reichs-Centralaufsichtsbehörde übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organisieren hat.

In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen.

Die Beigeordneten sind auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfsversonen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen beziehungsweise zu wählen."

Beide Resolutionen wurden abgelehnt. Bei der Beratung dieses Etatstitels suchten die bürgerlichen Parteien, in erster Reihe das Centrum und ein Teil der Nationalliberalen, durch sozialreformerische *Reden* und durch *in letzter Stunde vor den Wahlen* gestellte Resolutionen ihre zur Niederdrückung der Lebenslage der Arbeiter durch den Zollwucher, durch Militär-, Marine- und Koloniallasten mit so heißem Bemühen geübte *Betätigung* zu verwischen. Herr Trimborn vom Centrum und der nationalliberale Freiherr Heyl zu Hernsheim stellten am 4. Februar in Resolutionsform die Forderungen, für die Fabrikarbeiterinnen und den unter 18 Jahre alten Fabrikarbeitern den *Zehnstundentag* zu gewähren und das *Mitgeben von Arbeit nach Hause* an jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zu gewähren. Sechs Tage später schwang sich das Centrum sogar zu dem Antrag auf: „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in die Gewerbeordnung die Bestimmung aufzunehmen, wonach für die derselben unterstellten Betriebe die *regelmäßige Maximalarbeitszeit zehn* Stunden beträgt." Ein anderer Antrag des Centrums forderte die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die *Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen* auf der Grundlage des bürgerlichen Gesetzbuchs geregelt wird. Es sind das durchweg Forderungen, die von unserer Fraktion seit Jahrzehnten vergeblich erhoben und die insbesondere das Centrum, wenn es ihm mit diesen Forderungen ernst wäre, schon lange *vor* dem Zolltarif durchgesetzt haben könnte. Unsere Redner kennzeichneten diese „politische Hochstapelei" der bürgerlichen Sozialpolitiker. Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Centrums, mit Ausnahme des auf den Zehnstundentag für erwachsene männliche Arbeiter gestellten, angenommen. Für die Ablehnung der Einführung des Zehnstundentags stimmten die Konservativen, die Mehrheit der Nationalliberalen und die Freisinnigen. Daß die Freisinnigen den Ausschlag zu Gunsten der Ablehnung geben konnten, lag an dem insbesondere seitens des Centrums außerordentlich schwachen Besuche des Hauses.

Die Besprechung der *Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten* durch die Fraktionsredner, ihre Kritik von Angriffen gegen die Ausübung des *Koalitionsrechts* der Arbeiter, von der Schutzlosigkeit gegen *Berufskrankheiten*, von den von Jahr zu Jahr sich insbesondere in der Landwirtschaft häufenden Unfällen, von der Drangsalierung von *Arbeitersekretariaten*, von der übermäßigen Arbeitszeit insbesondere der *Arbeiterinnen*, von der wirtschaftlich trostlosen und fast rechtlosen Lage der *Heimarbeiter*, der *Landarbeiter*, der *Ziegelei-* und *Mühlenarbeiter*, der *Bergarbeiter*, der *Glasarbeiter*, der *Celluloid-*, der *Marmorarbeiter* zeigten, wie notwendig die end[illegible]e Durchführung des von der Sozialdemokratie geforderten gesetzlichen Eing[illegible]s gegen die fast schrankenlose Ausbeutung durch den Kapitalismus im Inte[illegible]e der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit ist. Mit der Scheinnatur der sogenan[illegible]n *Wohlfahrtseinrichtungen*, insbesondere auf den Kruppschen We[illegible], wurde gründlich abgerechnet. Wie wenig die Mehrheit des Reichstags für die al[illegible]-dringlichsten Forderungen selbst auf dem hygienischen Gebiet zu haben ist, zei[illegible]e

Ablehnung der von unserer Fraktion gestellten Resolution: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, der im Ruhrkohlen-Revier bereits bestehenden Kommission zur Bekämpfung der gefahrdrohenden, zum Schaden auch der Gesamtbevölkerung stark umsichgreifenden Wurmkrankheit unter den Bergleuten („Ausschuß zur Bekämpfung der Wurmkrankheit" genannt), wissenschaftliche Kräfte und Mittel des Reiches zur Verfügung zu stellen und dem Reichstag über die getroffenen Maßnahmen und deren Erfolg Bericht zu erstatten.

Eindringlich lehren die beim Reichsamt des Innern geführten Debatten, daß die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Arbeiterklasse nur durch die Arbeiterklasse selbst, durch ihr Klassenbewußtsein, durch das Vertrauen auf ihre eigene Kraft und den Gebrauch dieser Kraft auf allen Gebieten errungen werden kann.

In der Spezialberatung der einzelnen Titel des Reichsamts des Innern gab der Titel „**Reichsschulkommission**" dem Redner der Fraktion Veranlassung, auf die jammervollen Verhältnisse des Volksschulunterrichts, insbesondere in Mecklenburg, hinzuweisen, und die Schaffung eines Reichsschulamts anzuregen, das die Erreichung von Mindestforderungen auf dem Gebiete der Volksschule zu überwachen hat. Der Vertreter des Reichskanzlers bezweifelte die Bereitwilligkeit der Einzelstaaten, insbesondere Preußens, ihr Partikularrecht aufzugeben für die Erhaltung der Dummheit ihrer Landeskinder besorgt zu bleiben.

Die Mißstände öffentlicher Krankenpflege und die Lage des Pflegepersonals wurde beim Titel Reichsgesundheitsamt von einem Fraktionsmitglied besprochen. Derselbe Titel führte zur Darlegung der Unzulänglichkeit der — auf frühere sozialdemokratische Anregung hin — erlassenen Vorschriften zur Verhütung der Milzbrandinfektion.

Auf dem Gebiete der Wohnungshygiene beantwortete der Staatssekretär des Innern eine Anfrage, was auf diesem Gebiete von Reichswegen geschaffen ist, dahin, daß beim Reichsgesundheitsrat ein Ausschuß gebildet ist, der die Aufgabe hat, die Fragen der Wohnungshygiene zu bearbeiten. Dieser habe aber wegen Ueberlastung mit anderen Arbeiten an die Lösung der Frage noch nicht herantreten können.

Das Kapitel Reichsversicherungsamt gab auch in diesem Jahre unseren Rednern Gelegenheit, insbesondere an der Hand der von Jahr zu Jahr sich steigernden Unfälle die dringende Notwendigkeit eines hinreichenden Schutzes der Arbeitskraft gegen das Arbeiterrisiko klarzulegen.

Beim Postetat wurde eine Fülle berechtigter Beschwerden zum Ausdruck gebracht. Sie betrafen insbesondere die Behandlung und Entlohnung der Unterbeamten, ihre übermäßige Arbeitszeit, den Mangel einer Sonntagsruhe und die Unterdrückung der Selbständigkeit der unteren Beamten durch Maßregelungen gegen solche, die von ihrem Vereinigungsrecht in einer der vorgesetzten Behörde unliebsamen Weise Gebrauch machen. Eine Anregung, das Mindestgehalt der Landbriefträger endlich von 700 auf 800 Mark zu steigern, fiel auf unfruchtbaren Boden.

Beim Etat des Reichseisenbahnamts legten unsere Redner den Zusammenhang der steigenden Verkehrsunsicherheit mit der Länge der Arbeitszeit, dem Mangel ausreichender Ruhezeit des Eisenbahnpersonals, mit den ...chten Unterkunftsräumen für das Zugpersonal und mit den Eingriffen in ihr ...einigungs- und Versammlungsrecht klar, das sich sogar dahin ausdehnt, daß ...zelne Eisenbahndirektionen dem Eisenbahnpersonal die Zugehörigkeit zu be...mten Konsumvereinen untersagten.

Die Beratung des Militäretats gab auch in dieser Session Ver...ung, das Duellunwesen, die Ausübung des Begnadigungsrechts gegenüber ...llanten, die Militärmißhandlungen, die Ueberlastung der Soldaten mit ...chendienst, die Verwendung von Soldaten zu Arbeiten, welche mit dem

Soldatenberuf in keinerlei Zusammenhang stehen, Mißstände in Militärwerkstätten, Begünstigung des Schwitzsystems durch den Mangel hinreichender Submissionsbedingungen, die militärische Rechtsprechung, die ungeheueren Gewinne von Industriellen und Großgrundbesitzern, welche mit dem Militärfiskus in ein Vertragsverhältnis treten, die Versuche, die Selbständigkeit religiöser und politischer Ueberzeugungen zu unterdrücken, die Einengung des Budgetrechts des Reichstages durch Etatsüberschreitungen und andere Mißstände auf militärischem Gebiet zu rügen, welche mit der Absicht der bürgerlichen Parteien zusammenhängen, das Militär als Instrument zur Sicherung der Klassenherrschaft zu mißbrauchen.

Der Duellunfug, die Bereitwilligkeit seiner einflußreiche Stellungen einnehmenden Anhänger, bei gegebener Gelegenheit dasselbe Verbrechen zu wiederholen, das gegen Duellanten ausgeübte Begnadigungsrecht und die Tatsache, daß die bürgerliche Gesellschaft nichts tut, um dem Duellunfug ernstlich an den Kragen zu gehen, wurden eingehend besprochen.

Die für das Jahr 1901 erschienene militärische Kriminalstatistik ist, wie ein Fraktionsmitglied des näheren darlege, außerordentlich mangelhaft. Sie schweigt über die Ursachen der Vergehen und Verbrechen sich gänzlich aus, es fehlt eine Angabe über Selbstmorde und Selbstmordversuche. Sie läßt die Art der nach dem Paragraphen des Strafgesetzbuchs klassifizierten Vergehen, insbesondere bezüglich der Arreststrafen, nicht hinreichend erkennen, gewährt keinen Ueberblick über die Strafzumessung für Mannschaften und für Chargierte. An einer Angabe über die durch den Dienst verursachten Todesfälle und über die Folgen der Mißhandlungen fehlt es gänzlich. Trotzdem zeigt sie, daß die Zahl der Prozesse wegen Mißhandlungen um 60 Proz., nämlich von 500 auf 800 zugenommen hat. Und das wiewohl der kleinste Teil der Soldatenmißhandlungen zur gerichtlichen Aburteilung gekommen ist und ein Prozeß oft sich auf mehr als 100 Mißhandlungen erstreckte. An der Hand von Einzelfällen wurde dargelegt, daß einzelne Mißhandlungen, die an Brüdern im Waffenrock verübt sind, alles übersteigen, was eine kannibalische Phantasie zu ersinnen imstande ist, und daß trotzdem nur auf außerordentlich geringfügige Strafen erkannt ist. Umgekehrt wurden Fälle angeführt, in denen geringfügige Insubordinationen und Raufhändel mit Vorgesetzten mit langwierigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen belegt sind. Im Oktober 1902 äußerte der Staatsanwalt vor dem Militärgericht in Halle: „zweifellos hat sich der Führer der Sozialdemokratie, der Abgeordnete Bebel, ein Verdienst erworben, daß er wiederholt auf Mißhandlungen im Heere hingewiesen hat, denn es ist daraufhin den Unteroffizieren und andern Vorgesetzten mehr auf die Finger gesehen worden". Der Kriegsminister und bürgerliche Abgeordnete meinten im Gegenteil, es sei unrichtig, „daß jeder Mißhandlungsfall gerichtlich abgeurteilt werden muß". Mag ein kleiner Teil der Militärmißhandlungen auf Ursachen beruhen, die mit der menschlichen Unvollkommenheit zusammenhängen, die jahraus, jahrein der Anzahl und vor allem der Art nach wiederkehrenden überkannibalischen Roheitsmißhandlungen zeigen, daß die Mißhandlungen in dem Militärsystem selbst ihre Wurzel haben. Gehört ein außerordentlich hoher Grad von Mangel an Gemeinschaftlichkeitsgefühl und damit an wahrer Vaterlandsliebe, ein großes Maß v Ueberhebung, Niedertracht und Feigheit dazu, eine durch Gesetz und Rechtsprechung a. vertraute absolute Gewalt zu Mißhandlungen gegen einen Menschen zu benutzen, d durch dieselben Faktoren wehrlos gemacht ist, so ist es diesen niederen Gefühle doch nur durch das System des Kadavergehorsams selbst ermöglicht, sich i Taten umzusetzen. Formell steht zwar dem Mißhandelten das Recht der Notwehr zu. Aber auf der anderen Seite bedroht das Gesetz jeden Ungehorsam — sofern dieser nicht lediglich die Nichtbefolgung eines Befehls darstellt, dessen Befolgung ein Vergehen oder Verbrechen wäre — und jede Tätlichkeit gegen V

gesetzte mit langwierigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen. Und auch für das militärprozessuale Verfahren gilt der Erfahrungssatz: Recht haben und Recht bekommen ist nicht immer dasselbe. Vor einer Aenderung des Systems des Kadavergehorsams schrecken die bürgerlichen Parteien zurück, weil sie mit diesem System als einem vermeintlichen Umbildungsmittel für Menschen in willenlose Werkzeuge, die gegen ihre eigensten Interessen verwendet werden könnten, durchaus einverstanden sind. So bleibt die öffentliche Kritik der Mißhandlungen und die Art ihrer Beurteilung durch Militärgerichte das einzige Mittel, um die Zahl und Art der Mißhandlungen durch „Stellvertreter Gottes", wie der Centrumsabgeordnete Lingens die Vorgesetzten bezeichnete, etwas zu mindern. Durchgreifenden Wandel kann nur die Beseitigung des stehenden Heeres durch ein Volksheer schaffen.

Die finanziellen Vorteile, welche die besitzende Klasse aus dem Militarismus für sich erstrebt, wurden nach manigfaltigen Richtungen hin von unseren Rednern einer Erörterung unterzogen. So ist Soldaten Urlaub erteilt, um bei Erntearbeiten behilflich zu sein, anderen ist Urlaub erteilt, um für den Dienst von Transportgesellschaften tätig zu sein, Militärmusikern ist ermäßigter Fahrpreis bewilligt, um ihr Gewerbe als Musiker auszuüben, der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ist die Verwendung von Soldaten für die Ausstellung in Hannover in Aussicht gestellt, dem Festausschuß in Hannover ist die Bereitwilligkeit erklärt, zum Bundesschießen im Sommer 1903 144 Soldaten zur Verfügung zu stellen, eine Bereitwilligkeit, die die lebhafte Freude des Festausschusses hervorrief, „weil dadurch eine große Summe Arbeitslöhne gespart werden", ja es sind sogar Soldaten als Arbeiter bei Streiks zur Aushilfe kommandiert worden. Alle diese Fälle sind geeignet, freien Arbeitern illoyale Konkurrenz zu schaffen, stehen in keinerlei Zusammenhang mit der Ausbildung des Soldaten und zeigen, daß die zweijährige Dienstpflicht eine übermäßig lange ist. Die bürgerlichen Parteien fanden gegen diese Verwendung von Soldaten zu civilen Arbeiten keinen Tadel. Paßt sie doch zu ihrer Tendenz, die Lebenshaltung des Arbeiters zu senken.

Vor einigen Jahren hatte der Reichstag sich zu einer Resolution aufgerafft, nach der Militärmusikern die ermäßigten Fahrpreise für musikgeschäftliche Reisen nicht mehr bewilligt werden sollten. Der Bundesrat hatte die Resolution im November 1902 in den Papierkorb gesenkt. Allein unser Redner wendete sich gegen diese Nichtberücksichtigung einer Maßregel, die unlauterem Wettbewerb in etwas vorbeugen sollte.

Der ungeheuere Profit, den Lieferanten für Armee und Marine schlucken, und die polypenartige Umklammerung des Militär- und Marinefiskus durch kapitalistische Ringe und Großfirmen, wurde schonungslos von unserem Vertreter dargelegt. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, durch die der Reichskanzler ersucht wird, bei Vergebung der Lieferungen für die Kaiserliche Marine im Interesse der Reichsfinanzen einen gesunden Wettbewerb, nötigenfalls auch unter Heranziehung ausländischer Fabriken zu sichern.

Für den Truppenübungsplatz in Neuhammer waren nach m Voranschlag über 6 Millionen in mehreren Raten bewilligt. Die Forderung de auf 9 Millionen gesteigert. Die Mehrheit des Reichstags begnügte sich einer lahmen Resolution. Den Unternehmern war bei Einrichtung des zes vom Militärfiskus die Bedingung auferlegt, nur ausländische beiter in Arbeit zu nehmen, damit die Löhne für die dortigen ländlichen eiter nicht in die Höhe gingen. Die bürgerlichen Parteien fanden gegen die einheimischen Arbeiter schwer schädigende Heimatspolitik, die von unserem er scharf kritisiert wurde, kein Wort des Tadels.

Beim *Justiz-Etat* kam neben der Darlegung einiger Spitzel- und Klassenjustizfälle zur Sprache, daß in die zur Revision des Strafrechts und der Strafprozeßordnung vom Reichsjustizamt einberufene Kommission kein Vertreter der erwerbstätigen Bevölkerung und kein Sozialdemokrat berufen ist.

Der *Etat des Auswärtigen Amts* gab unserer Fraktion Veranlassung, den Einfluß des russischen Zarismus auf die inneren deutschen Angelegenheiten zu besprechen. Eine Deutsche, eine alte Frau *Kugel*, wurde monatelang widerrechtlich im russischen Kerker zurückgehalten. Eine Frau *Buchholz* wurde ohne Grund in Kasan verhaftet, später auf dem *Etappenwege* nach Deutschland befördert. Russische Studenten wurden durch deutsche Behörden ohne jeglichen Grund an Rußland ausgeliefert oder wie es der Staatssekretär im Fall Kalajew sich ausdrückte „ausgewiesen." Das russische Spitzelwesen macht sich, wie der Staatssekretär halb zugab, unter Duldung und Förderung der deutschen Polizei in Deutschland breit. Deutschlands Universitäten liefern dienstwillig der russischen Polizei die Papiere russischer Studenten aus. Diese Tatsachen konnten vom Regierungstisch aus nicht bestritten werden. Einen geradezu kläglichen Eindruck machte es, wie der Staatssekretär die Einmischung Rußlands in innere deutsche Angelegenheiten mit der vermeintlichen Pflicht einer Bekämpfung der Anarchisten als selbstverständlich hinzustellen suchte und wie er gegen die schwere Mißhandlung der Rechte deutscher Reichsangehöriger durch russische Behörden und gegenüber der Versicherung selbst der deutschen Regierung, die vergeblich die Etappenabschiebung der Frau Buchholz zu hindern suchte, den Ratschlag fand, die russische Grenze nicht zu überschreiten. Wie anders stand es, als ein reicher Deutscher in Haiti wegen Verprügelung eines Schutzmanns verurteilt wurde und als Venezuela reichen Banken gegenüber seine Zahlungspflicht nicht erfüllte. Diese Demutsbeweise gegenüber Rußland mögen nach Ansicht der agrarischen Mehrheit zu den Mitteln gehören, die erforderlich sind, um eine Verteuerung des deutschen Brotkorns durchführen zu können. Sie schwieg. Außerdem gehört es nach Ansicht der bürgerlichen Reaktionäre zu den heiligsten Pflichten einer fürsorglichen Polizei, ein wohlassortiertes Lager gefährlicher Anachisten und anderer nicht vorhandener Verschwörer stets auf Lager zu halten und gelegentlich damit auszupacken, damit der brave Bürger das Gruseln nicht verlerne. Auch der Appell eines Fraktionsmitglieds, auf Grund des Berliner Vertrages von 1876 für Abstellung der Unmenschlichkeiten in Mazedonien, Armenien und Rumänien einzutreten, fiel auf steinigen Boden.

Einen wie *geringen Schutz Deutsche im Ausland finden, wenn sie nicht das Glück haben, wohlhabend zu sein*, zeigte eine Anzahl von einem Fraktionsmitglied angeführter Fälle aus dem *Seemannsleben*. Es giebt eine Reihe durch den deutschen Steuerzahler schwer besoldeter Konsule im Ausland, die in eigentümlicher Weise ihre Verpflichtung, für deutsche Seeleute zu sorgen, auffassen. Ein Seemann mußte wegen schwerer Erkrankung in Sao Paolo zurückgelassen und sollte mit der ersten besten Gelegenheit nach § 48 der Seemannsordnung kostenfrei zurückbefördert werden. Der mit 25 000 Mark Jahresgehalt besoldete Konsul Eschke in Sao Paolo gab dem Erkrankten folgende Anweisung an den Kapitän eines Hamburg-Südamer[ika-] Dampfers: „Können sie Ueberbringer *gegen Erstattung der Futte[r]kosten* mit nach Hamburg nehmen oder eventuell als Steward oder sonst b[e]*schäftigen*?" Eine noch liebevollere Behandlung ließ der mit 24 000 M[ark] vom Reich angestellte Konsul in Hongkong einem schwer erkrankten in Hongk[ong] ausgesetzten Heizer angedeihen. Dem Mann zog er 46 Dollar von sein[em] Heuerguthaben ab, denn es habe den Anschein, er sei nur scheinkrank gewes[en], „da er nur 5 Tage im Hospital gewesen sei." Der Heizer mußte die Mi[ld]tätigkeit Fremder in Anspruch nehmen, um sich nach Hause durchzufecht[en]

Derselbe Konsul legte einem Steuermann völlig widerrechtlich 270 Mark Strafe auf und zog diese von dem Heuerguthaben ab. Er fügte diesen von dem Hamburger Gericht als rechtswidrig anerkannten Verfahren noch den Trost zu, ihn für kein Schiff mehr anmustern zu wollen. Der mit 37 900 Mark Gehalt angestellte Konsul von Kapstadt nahm das Interesse eines Steuermanns, der Schiff und Mannschaft vor einem trunkenen Kapitän geschützt hatte, wie folgt wahr. Der Kapitän war vom Reeder telegraphisch seines Postens enthoben und die Führung des Schiffs dem Steuermann übergeben. Veranlassung zu diesem Schritt gab außer anderen Exzessen des fast stets trunkenen Kapitäns der Umstand, daß er einen Schiffsmann „hinterrücks aus Notwehr" erschossen hatte. Der Konsul setzt den Trunkenbold wieder an Stelle des Steuermanns als Schiffsführer ein. Unterwegs erneute Exzesse, der Kapitän wird eingeschlossen, um das Schiff vor dem Scheitern zu bewahren. Der Konsul wird telegraphisch vom Reeder ersucht, den Trunkenbold abzusetzen. Der Konsul telegraphiert jedoch zurück, ob er nicht den Steuermann als Meuterer gefangen setzen sollte. Erst auf energische telegraphische Wiederholung der ersten Anweisung wird ihr entsprochen. Der Steuermann wurde von der Hamburger Strafkammer von der dennoch gegen ihn erhobenen Anklage der Meuterei freigesprochen, die Auslagen ihm erstattet, weil er zweifellos im Interesse des Schiffs und der Mannschaft so wie ihm vorgeworfen handeln mußte. Hier, wo es sich um in öffentlichen Verhandlungen erörterte Fälle handelt, erklärte der Staatssekretär, er müsse sich erst informieren. Aber die von dem Fraktionsmitglied vorgetragene Ansicht vieler Seeleute, „daß die oftmals so augenfällige intime Freundschaft zwischen Kapitän und Konsul nicht auf rein idealen Grundlagen basiert," müsse er aufs allerentschiedenste bestreiten. Die Konsulate seien im großen und ganzen die Stützen und der Schutz der Seeleute. Die bürgerlichen Parteien schwiegen.

Auch auf dem Gebiete des Schutzes Deutscher im Auslande drängt sich nach alledem die Ueberzeugung auf, daß die erwerbstätige Bevölkerung, soweit sie nicht zu den Wohlhabenden und Besitzenden gehört, nicht einmal bei den deutschen Behörden im Ausland stets den Schutz findet, auf den sie als Deutsche einen durchaus berechtigten Anspruch hat. Es wäre auch eine auffällige Erscheinung, wenn die Arbeiterklasse, die in Deutschland selbst oft vergeblich ihr Recht sucht, es bei deutschen Behörden im Ausland finden sollte. Nur unablässige öffentliche Kritik und Vermehrung der politischen und wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse kann solchen Mißstand beseitigen, der das „deutsche Ansehen" und die „deutsche Ehre" schwerlich erhöht.

Bei der Gesamtabstimmung über den Etat stimmte die Fraktion gegen den Etat, der die Mittel zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen-militärischen Klassenstaats und seiner Regierungsorgane zwecks wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung der Arbeiterklasse begehrt.

Gesetzentwürfe

(Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, Phosphorzündwarengesetz; Krankenversicherungsnovelle; Novelle zur Seemannsordnung; Wahlreglement).

Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben.

Der im Herbst 1902 an eine Kommission verwiesene Gesetzentwurf, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, gelangte am 29. Januar zur [Be]ratung im Plenum. Unsere Fraktion bemühte sich, entsprechend ihrem Initiativ[an]trag vom 22. November 1900, den Kinderschutz auf die in der Landwirtschaft [un]d in häuslichen Diensten beschäftigten Kinder auszudehnen, die obere Grenze [de]r verbotene Kinderarbeit von 13 auf 14 Altersjahre zu erstrecken, die [eig]enen Kinder demselben Schutz wie die fremden Kinder zu unterstellen und [die] vielen Durchlöcherungen des Schutzes, welche die Vorlage enthält, zu be-

festigen. Indes verstand sich auch auf diesem Gebiet die Mehrheit des Reichstags nur zu den halben Maßregeln der Vorlage. Auch die ländliche Kinderarbeit muß notwendig den physischen Verderb, die geistige Verödung und die sittliche Verwahrlosung des Bevölkerungsnachwuchses nach sich ziehen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien aber — Stöcker und Henning von konservativer, Gamp von freikonservativer, Sieg von nationalliberaler, Bräsicke von freisinniger Seite und in etwas versteckterer Weise Trimborn vom Centrum — ergingen sich in Lobpreisungen ländlicher Kinderarbeit. Da es aber kurz vor den Wahlen war, so stimmten sie wenigstens folgender Resolution zu: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zum Zwecke von Erhebungen über den Umfang und die Art der Lohnbeschäftigung von Kindern im Haushalte (Aufwartung, Kinderpflege u. dergl.) sowie in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben, ihre Gründe, ihre Vorzüge und Gefahren, insbesondere für Gesundheit und Sittlichkeit, sowie die Wege zweckmäßiger Bekämpfung dieser Gefahren mit den Landesregierungen in Verbindung zu treten und die Ergebnisse der vorgenommenen Erhebungen dem Reichstage mitzuteilen."

Die Fraktion stimmte für das Gesetz, weil es dank der jahrzehntelangen Agitation der Arbeiterklasse wenigstens einige Besserungen gegenüber dem bestehenden Zustand schafft und dann vor allem das nicht unwichtige prinzipielle Zugeständnis enthält, daß die soziale Gesetzgebung nicht vor der Familie Halt machen dürfe.

Der Inhalt des Gesetzentwurfs in der im Reichstage in dritter Lesung genehmigten Form ist folgender:

Kindern im Sinne des Kinderschutzgesetzes, das heißt Knaben und Mädchen unter 13 Jahren, sowie noch volksschulpflichtigen Knaben und Mädchen, ist eine Reihe von Beschäftigungsarten verboten, andere Beschäftigungen sind an gewisse Bedingungen, insbesondere der Anfangszeit und der Pausen geknüpft.

Verboten ist nach dem Gesetzentwurf die Beschäftigung von Kindern — abgesehen vom Austragen von Waren und von sonstigen Botengängen — in Werkstätten zur Anfertigung von Schieferwaren, Schiefertafeln und Griffeln, mit Ausnahme von Werkstätten, in denen lediglich das Färben, Bemalen und Bekleben sowie die Verpackung von Griffeln und das Färben, Liniieren und Einrahmen von Schiefertafeln erfolgt, in Werkstätten der Steinmetzen, Steinhauer, der Steinbohrer, -schleifer oder -polierer, in Kalkbrennereien, in Gipsbrennereien, in Werkstätten der Töpfer, der Glasbläser, -ätzer, -schleifer oder -mattierer, mit Ausnahme der Werkstätten der Glasbläser, in denen ausschließlich vor der Lampe geblasen wird, in Spiegelbelegereien, in Werkstätten, in denen Gegenstände auf galvanischem Wege durch Vergolden, Versilbern, Vernickeln und dergleichen mit Metallüberzügen versehen werden oder in denen Gegenstände auf galvanoplastischem Wege hergestellt werden, in Werkstätten, in denen Blei- und Zinnspielwaren bemalt werden, in Blei-, Zink-, Zinn-, Rot- und Gelbgießereien und sonstigen Metallgießereien, in Werkstätten der Gürtler und Bronzeure, in Werkstätten, in denen Blei, Kupfer, Zink oder Legierungen dieser Metalle bearbeitet oder verarbeitet werden, in Metallschleifereien und -poliereien, in Feilenhauereien, in Harnischmachereien, in Bleiankmüpfereien, in Werkstätten, in denen Quecksilber verwandt wird, in Werkstätten zur Herstellung von Explosivstoffen, Feuerwerkskörpern, Zündhölzern und sonstigen Zündwaren, in Abdeckereien, in Werkstätten, in denen Gespinste, Gewebe und dergleichen mittels chemischer Agentien gebleicht werden, in Färbereien, in Lumpensortierereien, in Felleinsalzereien, in Gerbereien, in Werkstätten zur Verfertigung von Gummi-, Guttapercha- und Kautschukwaren, in Werkstätten zur Verfertigung von Polsterwaren, in Roßhaarspinnereien, in Werkstätten der Perlmutter-Verarbeitung, in Haar- und Borstenzurichtereien, in solchen Bürsten- und Pinselmachereien, in denen mit ausländischem Material gearbeitet wird, in Fleischereien, in Hasenhaarschneidereien, in Bettfedern-Reinigungsanstalten, in chemischen

Waschanstalten, in Werkstätten der Maler und Anstreicher. Ferner dürfen nach dem Gesetzentwurf Kinder bei Bauten aller Art, im Betriebe jedweder Ziegeleien und über Tage betriebenen Brüchen und Gruben, beim Steinklopfen, im Schornsteinfegergewerbe, in dem mit dem Speditionsgeschäfte verbundenen Fuhrwerksbetriebe, beim Mischen und Mahlen von Farben, beim Arbeiten in Kellereien nicht beschäftigt werden. Der Bundesrat ist ermächtigt, weitere ungeeignete Beschäftigungen zu untersagen. Bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen dürfen Kinder nur beschäftigt werden, wenn bei solchen Vorstellungen und Schaustellungen ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft obwaltet und die unteren Verwaltungsbehörden nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde solche Ausnahme zuläßt. Solche Ausnahmen sind auch für die Sonn- und Festtage zulässig.

Für die Beschäftigung im Handelsgewerbe, im Verkehrsgewerbe, in Gast- und Schankwirtschaften und in solchen Werkstätten, in denen nach dem obigen die Beschäftigung nicht verboten ist, gelten folgende Vorschriften: Kinder unter 12 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. Die Beschäftigung von Kindern über 12 Jahre darf nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterrichte stattfinden. Sie darf nicht länger als drei Stunden und während der von der zuständigen Behörde bestimmten Schulferien nicht länger als vier Stunden täglich dauern. Um Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren. Am Nachmittag darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach beendetem Unterricht beginnen. Weibliche Kinder dürfen in Gast- und Schankwirtschaften nicht zur Bedienung der Gäste beschäftigt werden. Für das Austragen von Waren und für sonstige Botengänge läßt das Gesetz für die ersten zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten die Ausnahme zu, daß Kinder über 12 Jahre bereits von $6^1/_2$ Uhr morgens ab vor dem Vormittagsunterricht eine Stunde lang beschäftigt werden können.

An Sonn- und Festtagen dürfen Kinder nicht beschäftigt werden; jedoch ist das Austragen von Waren und sind Botengänge gestattet, falls die Beschäftigung nicht zwei Stunden überschreitet, vor 1 Uhr nachmittags beendet ist und nicht während des Hauptgottesdienstes oder in der letzten halben Stunde vor Beginn desselben stattfindet.

Die Beschäftigung eines Kindes ist nur gestattet, wenn für dasselbe zuvor eine Arbeitskarte gelöst ist.

Die vorstehend mitgeteilten Vorschriften gelten für die Beschäftigung fremder Kinder. Für eigene Kinder (Kinder, Stiefkinder, Mündel und Fürsorgekinder) gelten von diesen etwas abweichende Bestimmungen. Die wesentlichsten sind folgende: in Betrieben, in denen fremde Kinder nicht beschäftigt werden dürfen, ist auch die Beschäftigung eigener Kinder untersagt. Ferner dürfen eigene Kinder nicht in Werkstätten beschäftigt werden, in welchen durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität usw.) bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen. Im Handelsgewerbe, den Verkehrsgewerben und in Werkstätten, in denen die Beschäftignng nicht verboten ist, dürfen eigene Kinder nicht unter 10 Jahren, ältere nicht in der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden. Den Kindern muß eine zweistündige Pause gewährt werden. Die Nachmittagsbeschäftigung darf erst eine Stunde nach beendetem Unterricht beginnen. Die Beschränkung der Beschäftigungszeit auf 3 beziehentlich 4 Stunden fällt fort. Für die Beschäftigung eigener Kinder im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften fällt die Beschränkung auf bestimmte Tageszeiten, über den Beginn und die Dauer der Beschäftigung und über die Pausen fort. Auch kann in Orten unter 20 000 Einwohnern die untere Verwaltungsbehörde für Gast- und Schankwirtschaften, in denen in der Regel ausschließlich zur Familie des

Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt werden, gestatten, daß auch Kinder unter 12 Jahren und Mädchen beschäftigt werden.

Dies sind im wesentlichen die Vorschriften des Gesetzes betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft.

Phosphorzündwaren-Gesetz.

Die Herstellung von Zündhölzern und anderen Zündwaren durch Verwendung von weißen oder gelben Phosphor bedroht die mit solcher Zündholzfabrikation beschäftigten Arbeiter mit der entsetzlichen Krankheit der Phosphornekrose, einer Krankheit, welche die Knochen anfrißt, entsetzliche Entstellungen durch Fortfressen der Nase, des Kinns usw. und tötliche Verletzungen herbeiführt und wie die Bleikrankheit oft erst nach dem Austritt aus der Beschäftigung auftritt. Die furchtbaren Folgen dieser Krankheit veranlaßten den Reichstag am 27. Juni 1879 den Reichskanzler zu ersuchen, die einleitenden Schritte zum Verbot der Anfertigung von Streichhölzern aus weißem Phosphor anzuordnen. Es kam jedoch nur das Gesetz vom 13. Mai 1884 zu stande, das sanitätspolizeiliche Anforderungen an die Einrichtung und den Betrieb der Anlagen zur Herstellung von Weißphosphorzündhölzern stellte. Diese Anordnungen waren unzulänglich und wurden überdies oft übertreten. Die Fraktion wies wiederholt auf die Notwendigkeit hin, die Herstellung der Weißphosphorzündmasse völlig zu verbieten. Im Jahre 1898 wurden sogenannte Triumphhölzer patentiert, das sind nach Art der schwedischen Hölzer hergestellte. Die an den Hölzchen befestigte Masse besteht aus dem ungiftigen roten Phosphor und aus einer Masse, deren Zusammensetzung patentiert ist. Sie haben vor den „Schweden“ den Vorteil, daß sie an jeder Fläche zünden und daß die Holzstäbchen nicht aus Aspenholz (dem Holz, aus dem die Schwefelhölzer gefertigt werden), sondern auch aus dem weichen Tannenholz geschnitten werden können. Daraufhin beantragte die Fraktion unter dem 22. November 1900, es solle nun endlich die Fabrikation weißphosphoriger Hölzchen von Reichswegen verboten werden. Diesem Verlangen ist in der Vorlage, die am 15. November 1902 dem Reichstag unterbreitet wurde, endlich entsprochen. Das Reich hat das Patent zur Anfertigung der sogenannten Triumphhölzer erworben.

Ein Teil der bürgerlichen Parteien, insbesondere das Centrum, verlangten eine Entschädigung für die Zündholzfabrikanten. Die Fraktion bekämpfte solche Entschädigung in Uebereinstimmung mit der Regierung und der Mehrheit des Reichstags: eine Entschädigung ist noch in keinem Staate gewährt worden, wenn Beschränkungen im Gewerbebetriebe zum Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit eingeführt worden sind. Eine solche verlangen, heißt zum nackten Rechtsprinzip den Satz aufstellen: der Mensch hat das Recht der Ausbeutung seines Mitmenschen ohne jegliche Rücksicht auf die für dessen Leben und Gesundheit entstehenden Gefahren, der Staat hat dies Recht zu schützen; er ist keine Organisation zur Hebung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Staatsangehörigen, sondern eine Versicherungsgesellschaft für schrankenlose Ausbeutung. Dies Prinzip brachte ein Teil des Centrums zum Ausdruck. Er verlangte Entschädigung und suchte noch im letzten Augenblick (am 22. April 1903) die Vorlage dadurch zu verschleppen und zu Fall bringen, daß er trotz der mehrmonatlichen ausgedehnten Kommissionsverhan lungen eine Reihe von Erhebungen verlangte. Der Antrag wurde abgelehn Gestellt war er von den Centrumsabgeordneten: Dr. Pichler, Groeber, Schaettge Baumann, Brückner, Dr. Dahlem, Euler, Fusangel, Graf v. Galen, Holzapfe Horn (Neiße), Hug, Kohl, Ritter v. Lama, Linder, Marbe, Moritz, Sabin, Schüle Schuler, Strzoda, Szmula, Tasch, Wattendorff.

Auch ein aus den Reihen der freisinnigen Volkspartei gestellter Antr auf Entschädigung wurde abgelehnt. Ebenso entschieden wie unsere Genoss

solche Entschädigungspflicht bekämpften, traten sie dafür ein, daß die Landesregierungen verpflichtet sind, andere Arbeitsgelegenheit für die durch das Gesetz betroffenen kleinen Fabrikanten und Arbeiter zu schaffen. Das Gesetz soll am 1. Januar 1907 und soweit es das gewerbsmäßige Feilhalten von Zündwaren verbietet, die unter Verwendung von Weißphosphor hergestellt sind, am 1. Januar 1908 in Kraft treten. Unser Antrag, das Gesetz 3 Jahre früher in Kraft zu setzen, wurde ebenso wie ein von Dr. Pichler gestellter Antrag, das Inkrafttreten bis zum Jahre 1910 beziehentlich 1911 zu verschieben, abgelehnt.

Die Krankenversicherungsnovelle.

Gegen Schluß der Session ging dem Reichstag eine Krankenversicherungsnovelle zu. Der Gang der Krankenversicherungsgesetzgebung weist dieselben Wege wie die der gesamten sogenannten Sozialreform. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie und aus wachsender Ueberzeugung, daß ohne ein Entgegenkommen die geistige und körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse erheblich auch zum Schaden der Gesamtheit beeinträchtigt würde, entschließt man sich, wenn auch widerwillig, eine Fürsorgepflicht der Gesamtheit anzuerkennen. Gelangt man zur gesetzlichen Gestaltung dieses Anerkenntnisses, so scheut man vor ganzer Arbeit zurück, bezeichnet dringliche, leicht ausführbare Forderungen als unerfüllbar und sucht gar in das Gesetz Vorschriften hineinzubugsieren, welche die wirtschaftliche und politische Botmäßigkeit der Arbeiter garantieren sollen. Diese Halbheit schafft gerade auf diesem Gebiete so viel Flick- und Stückwerk, wie auf kaum einem anderen. Nach einigen Jahren entschließt man sich dann zu einer Novelle, durch die einige der bei der ersten Gestaltung des Gesetzes von der Sozialdemokratie vergeblich erhobenen Forderungen erfüllt werden, im übrigen bleibt es bei der Halbheit und bei dem Bestreben politischer Entrechtung der Arbeiter. Bei Gestaltung der Krankenkassengesetzgebung stehen sich — wie in der gesamten Gesetzgebung — „zwei Nationen, zwischen denen kein Verkehr und keine Sympathie besteht", in ihren Zielen schroff gegenüber. Auf der einen Seite die **Nation der Arbeiter**, die für Besserung der Gesundheitspflege, für Vorbeuge gegen Krankheiten, für möglichst rasche und ausgiebige Fürsorge in Krankheitsfällen und in den dadurch verursachten Fällen der Erwerbsunfähigkeit, für Centralisierung der Krankenkassenorganisationen, für Erhaltung und Ausbau der Selbstverwaltung, für das Recht aller Mitglieder des Staates eintritt, Schutz zur Erhaltung seiner Gesundheit und Arbeitskraft zu verlangen — auf der andern Seite die **Nation der Privilegierten**, die unter dem Deckmantel einer Fürsorge für die arbeitende Klasse Abwälzung der Lasten der öffentlichen Armenpflege auf die Arbeiterklasse, Begrenzung der Fürsorge zum Schutz gegen Gesundheit auf die Leistungen engherziger Armenverbände, Atomisierung der Organisationen, Zerstörung der Selbstverwaltung und Verwaltungen durch bureaukratisch verwaltete Versorgungsämter für Militäranwärter und Kommis der Bourgeoisie anstrebt.

Die regierungsseitigen Vorbereitungen zur Krankenkassennovelle wurden durch jenes bekannte Zirkular des preußischen Ministers des Innern vom Mai 1900 an die Regierungspräsidenten eingeleitet, das am 10. Juni 1900 im „Vorwärts" veröffentlicht wurde und vollinhaltlich in dem im Jahre 1900 seitens s Parteivorstandes erstatteten Bericht Aufnahme gefunden hat (Protokoll über Verhandlungen des Mainzer Parteitages S. 12, 13). Das Ziel der Getung des Krankenversicherungsgesetzes offenbarten die kurz darauf im „Preußin Verwaltungsblatt" veröffentlichten Aufsätze des Geheimen Regierungsrats Hoffmann. Sie gipfelten in der Forderung einer Angliederung der Kassenvaltung an die Gemeindeverwaltungen unter Aufhebung der Selbstverwaltung Kassenorgane. Der Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky erklärte zwar der Reichstagssitzung vom 14. Januar 1901, daß diese Publikation des

preußischen Geheimrats „eine reine Privatarbeit" sei, die „keinerlei Einfluß haben kann und haben wird auf das, was die verbündeten Regierungen in dieser Beziehung beschließen". Tatsächlich hätte aber die Krankenkassennovelle eine ganz erhebliche Etappe auf dem Wege zur Erreichung des mit den Tendenzen des Verbandes der Industriellen übereinstimmenden Hoffmannschen Ziels gebildet, wenn sie vollinhaltlich zum Gesetz geworden wäre.

Die Motive der Vorlage erklärten das Ergebnis der Erörterungen über den weiteren Ausbau der Krankenversicherung und ihrer Beziehungen zur gesamten Versicherungsgesetzgebung hiernach noch nicht abgeschlossen, deshalb sei Zweck der Vorlage nur drei Forderungen, die als reif und dringlich anerkannt wurden, zu erfüllen, nämlich:

die Möglichkeit zu beseitigen, durch statutarische Entziehung des Krankengeldes Geschlechtskrankheiten zu verlängern und zu verschleppen,

die Wöchnerinnen-Unterstützung auf mindestens 6 Wochen allgemein zu erstrecken und

die zeitlichen Lücken zwischen der Invaliden- und Kranken-Versicherung auszufüllen.

Außerdem enthalte die Novelle „nur noch Bestimmungen, welche dringend erforderlich sind, um Unzuträglichkeiten bei der Anwendung des Krankenversicherungsgesetzes zu beseitigen". Nach dieser harmlos klingenden Begründung schlug die Novelle einige Vorschriften vor, welche die Misere der Gemeindeversicherungen auf Kosten der Versicherten verstärken und die Selbstverwaltung untergraben sollten. Insbesondere die Selbstverwaltung sollte durch einige Zusätze zu den §§ 34a, 35 und 42 getroffen werden.

Die Fraktion mußte mit Rücksicht auf den nahen Schluß der Session von einem Versuch einer organischen, umfassenden Umgestaltung der Krankenkassengesetzgebung abstehen. Sie strebte eine Beseitigung der gegen die Selbstverwaltung gerichteten Angriffe, größeren Schutz der Selbstverwaltung und eine wirkliche Erfüllung der von der Novelle als dringend anerkannten Forderungen an. Die Beschaffung der Mittel zur Erreichung unserer Forderungen suchte die Vorlage durch Erhöhung der Kassenbeiträge, die Fraktion durch größere Centralisierung sowie durch Beschränkung der Gemeindeversicherung und der Betriebs-Krankenkassen zu erreichen. Die Reichstagsmehrheit suchte die Selbstverwaltung noch über den Rahmen der Vorlage hinaus einzuengen.

Von den drei als spruchreif und dringlich in der Vorlage anerkannten Forderungen erfüllte die Vorlage *lediglich den der Beseitigung einer ausnahmerechtlichen Behandlung der Geschlechtskrankheiten.*

Bei Beratung des Krankenkassengesetzes im Jahre 1882 hatte die Kommission, in welche die Mehrheit kein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion delegiert hatte, dem mit dem Grundgedanken einer Versicherungs- und einer sozialen Gesetzgebung unvereinbaren zivilrechtlichen Schuldprinzip insoweit Geltung verschafft, als sie den Krankenkassen (beziehentlich der Gemeinde) das Recht einräumte, durch Statut (bezw. Beschluß) den Versicherten, welche sich eine Krankheit durch schuldhafte Beteiligung, bei Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben, das Krankengeld garnicht oder nur teilweise zu gewähren. Eine ähnliche Vorschrift ging trotz ihrer Bekämpfung durch die Sozialdemokratie in das Invalidenversicherungs-Gesetz bei den Vorschriften über die Beitragsberechnung über. Erst im Jahre 1899 gelang es der Sozialdemokratie, die auf die Geschlechtskrankheit bezügliche Ausnahme aus der Invalidenversicherungsnovelle herauszubringen. Auch die Novelle zur Seemanns-Ordnung beseitigte, diesem Vorgang folgend, die Ausschließung der Fürsorgepflicht des Rheders für die Fälle syphilitischer Erkrankung. In den Motiven zur Krankenkassennovelle wurde regierungsseitig nunmehr anerkannt, daß den

Fortfall der zu Ungunsten der Geschlechtskranken bestehenden Ausnahmebestimmung im Interesse der Bekämpfung der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten und im Interesse einer schnellen und wirksamen Heilung solcher Krankheiten liegt. Der Reichstag trat ihr bei. Leider gelang es der Fraktion nicht, ihn davon zu überzeugen, daß auch die weiteren auf dem Schuldprinzip bestehenden Ausnahmen dem Zweck einer Krankenversicherung widersprechen. Hoffentlich vergehen bis zu besserer Erkenntnis nicht abermals 21 Jahre.

Der ferner in den Motiven der Vorlage als dringlich bezeichnete Zweck, die Ausdehnung einer Wöchnerinnenunterstützung von 4 auf 6 Wochen, ist durch die Vorlage nicht voll erfüllt. Zur Zeit besteht eine obligatorische Unterstützungspflicht nur in Höhe von 4 Wochen. Diese kann statutarisch auf 6 Wochen ausgedehnt werden. Die sechswöchentliche Unterstützung als Obligatorium ist von der Fraktion bereits im Jahre 1882, und seitdem wiederholt beantragt. Die Motive der Novelle anerkennen nunmehr, daß diese Forderung „nicht nur vielfach geäußerten Wünschen, sondern auch einem hygienischen Bedürfnis entspricht“. Um so mehr fiel es auf, daß die Vorlage die Gemeindeversicherung von **jeder** Verpflichtung einer Wöchnerinnen-Unterstützung auch fernerhin frei ließ. Neigte man zunächst der Ansicht zu, es liege nur ein redaktionelles Versehen vor, so zeigte sich durch die Beratungen in der Kommission und im Plenum, daß diese Ansicht eine zu wohlmeinende war. Die Vorlage unterließ die Einführung einer Wöchnerinnenunterstützung, um das Weitervegetieren der Gemeinde-Krankenversicherung, dieses rückständigen jeglicher Selbstverwaltung entrückten Notbehelfs einer Krankenfürsorge zu sichern. Bei der Beratung des Krankenversicherungsgesetzes im Jahre 1883 war die Regierung, die Kommission und das Plenum des Reichstags darin einig, „daß die Gemeinde-Krankenversicherung ein möglichst kurzes Uebergangsstadium sein soll und . . . die Gemeindeversicherungsanstalten in einer möglichst kurzen Zeit in Ortskrankenkassen umgewandelt werden sollen“. Dennoch weist die letzte amtliche Statistik (für das Jahr 1900) 8512 Gemeinde-Krankenversicherungen mit 1 441 644 Mitgliedern unter 23 021 Kassen mit 9 520 763 Mitgliedern auf. Von diesen entfallen auf Preußen 1764 mit 425 163 Mitgliedern, auf Sachsen 689 mit 149 935 Mitgliedern (Sachsen hat insgesamt 2449 Kassen mit 1 171 428 Mitgliedern im Durchschnitt), allein auf Bayern 4127 mit 506 251 Mitgliedern, während Bayern insgesamt nur 4558 Kasseneinrichtungen mit 887 608 Mitgliedern hatte. Die als vorübergehender Notbehelf gedachte Institution hat sich also insbesondere in Bayern sehr zum Schaden der Versicherten als Hauptorganisation ausgewachsen. Die Gemeinde-Krankenversicherungen werden oft außerordentlich bureaukratisch und kostspielig verwaltet. Die Verwaltungen liegen in den Händen der Gemeinden, auf deren Beschlüsse die Versicherten fast keinen Einfluß üben können.

Ueberdies haben die Gemeinde-Krankenversicherungen weit weniger zu leisten als alle anderen Kassen: sie zahlen weder Sterbegeld noch Wöchnerinnen-Unterstützung und zahlen ein noch geringeres Krankengeld als alle anderen Kassen. Die sozialdemokratischen Anträge, ihre Leistungen denen der anderen Kassen gleichzustellen, wurden von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt. Die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an den Gemeinde-Krankenversicherungen sehr stark — im Jahre 1898 kamen 45,5 Proz. weiblicher Mitglieder auf se Versicherungsart — das Bedürfnis einer Fürsorge für Wöchnerinnen ist gerade hier sehr dringend. Diese unbillige Behandlung der Wöchnerinnen, gegen ihren Willen keiner Ortskrankenkasse angehören — über Errichtung Ortskrankenkassen beschließt die Gemeinde — steht in krassestem Widerspruch dem, was die Regierungen und die bürgerlichen Parteien als Zweck der elle ausgaben. Der Trost, die Gemeinden könnten ja durch Gemeinde-luß eventuell freiwillig Wöchnerinnenunterstützung einführen, ist recht mager.

Von sämtlichen Gemeinde-Krankenversicherungen hatten nach der Reichsstatistik eine — sprich eine — Wöchnerinnenunterstützung gezahlt, während rund eine halbe Million weibliche Mitglieder dieser Art der Versicherungsorganisation angehörten.

Eine Erweiterung des Schutzes für Schwangere und Wöchnerinnen wurde in der Kommission und im Plenum noch nach anderer Richtung hin von der Fraktion angestrebt. Es ist eine häufig beklagte Erscheinung, daß Schwangerschaftsbeschwerden von Aerzten lediglich als physiologischer Zustand, nicht als Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes aufgefaßt werden und daher die Krankenunterstützung auch dann versagt wird, wenn durch die Schwangerschaft hervorgerufene Magen-, Atmungs- und andere Beschwerden Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben. Diesen Uebelständen abzuhelfen liegt im Interesse der Schwangeren, ihrer Nachkommenschaft und der Kassen selbst. Freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden, freie Gewährung der erforderlichen Hebammendienste und die Einführung einer sechswöchentlichen Unterstützung auch vor der Entbindung wurden deshalb als obligatorische Verpflichtung der Kassen verlangt. Hierbei wurde ausgeführt, daß diese Forderungen nur einen Anfangsschritt auf dem Gebiete des Schutzes des Kindes und der Mutter bilden. Für die Zukunft sei zu erwägen, ob nicht ein Reichszuschuß zwecks Gründung von Schwangerschafts- und Mutterschaftskassen geboten sei. In der Kommission wurde allseitig erklärt, daß der Grundgedanke dieser Anträge sehr sympathisch sei, aber er würde zu viel Lasten verursachen. Der Inhalt der Forderungen wurde als fakultative Verpflichtung der Kassen angenommen. Ein nochmaliger Versuch im Plenum, diese in eine obligatorische Verpflichtung umzuwandeln, schlug fehl.

Ausfüllung der Lücke zwischen der 13. und 26. Woche. Als im Jahre 1882 das Krankenkassengesetz gestaltet wurde, beantragte die sozialdemokratische Fraktion freie ärztliche Behandlung und Krankengeld vom Eintritt der Krankheit an für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit. Das Gesetz führte die Karenzzeit für die ersten drei Tage der Krankheit und eine nur dreizehnwöchentliche Verpflichtung ein: durch Statut sollte der Zeitraum auf ein Jahr erstreckt werden können. Als die Novelle 1892 beraten wurde, beantragte die sozialdemokratische Fraktion die Unterstützungsdauer auf ein Jahr auszudehnen. Unter anderen wies sie für die Notwendigkeit einer solchen Vorschrift darauf hin, daß ein lückenloser Anschluß der Invalidenrente für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit an die Krankenunterstützung im dringenden Interesse der Versicherten und der Vorbeuge gegen dauernde Erwerbsunfähigkeit liegen. Ihre Anträge wurden unter dem Hinweis abgelehnt, daß der Anschluß an die Krankenunterstützung in einer Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz herbeizuführen sei. Als dann die Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz im Jahre 1899 beraten wurde, wurde der Antrag, die Rente für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit vom Ablauf der 13. Krankheitswoche ab eintreten zu lassen, abgelehnt. Man entschloß sich nur dazu, die Invalidenrente nach 26 wöchentlicher, mit Erwerbsunfähigkeit verbundener Krankheit zu bewilligen. Die Lücke, hieß es nun wieder, müsse durch eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz ausgefüllt werden. Um diesem Einwand zu begegenen, beantragte die Fraktion bereits damals in einem besonderen Artikel zur Invalidenversicherungsnovel durch einige Paragraphen die Krankenversicherung auf alle dem Invaliden versicherungsgesetz unterworfenen Personen auszudehnen, soweit nicht durch Landesgesetz mindestens eine der reichsgesetzlichen Krankenunterstützung gleichwertige Unterstützung eingeführt ist, und die Krankenkassen zu verpflichten, mindestens eine 26 wöchentliche Unterstützung zu gewähren. Auch diesen Antrag lehnte die Reichstagsmehrheit ab, weil eine gründliche Reform der Krankenversicherung geplant sei, bei der auch diese Frage zu regeln sei. Der

Reichstag entschloß sich aber zu folgender Resolution: „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetze vorzulegen, durch welche in dessen § 6 Absatz 2 die Worte „mit Ablauf der 13. Woche“ durch die Worte „mit dem Ablaufe der 26. Woche“ ersetzt, und die entsprechenden Abänderungen der damit zusammenhängenden Bestimmungen herbeigeführt würden.“ Diese Forderung verheißt die Vorlage zu erfüllen. Aber auch hier leistet die Vorlage nur halbe Arbeit. Sie läßt nach vielen Richtungen hin die Lücke offen, die zwischen der Kranken- und der Invalidenversicherung besteht.

In erster Reihe verlangte die Fraktion die Uebereinstimmung des von der Vorlage betroffenen Personenkreises mit dem durch die Invalidenversicherung ergriffenen Kreise von Personen. Es fehlt vor allem eine reichsgesetzliche Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter, des Gesindes, der Heimarbeiter, der Handlungsgehilfen und der Seeleute. Die in der Kommission und im Plenum unternommenen Versuche, diese Lücke auszufüllen, wurden mit Ausnahme des Antrags, alle Handlungsgehilfen in die Krankenversicherung einzubeziehen, abgelehnt. Bezüglich der Einbeziehung der ländlicheu Arbeiter, des Gesindes und der Heimarbeiter begnügte sich der Reichstag mit einer Resolution. Den Seeleuten verhieß man Besserung bei Gestaltung einer Novelle zur Seemannsordnung, wie man ihnen Besserung bei Gestaltung der Seemannsordnung für die Zeit einer Aenderung des Krankenkassengesetzes versprochen hatte.

Durch den Mangel der Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle der Invaliditätsversicherung unterstehenden Arbeiter hält die Krankenkassennovelle gerade für die schlechtest gestellten Arbeiter an einer 26 wöchentlichen Lücke fest.

Aber auch für die der Krankenversicherung unterworfenen Arbeiter führt die Novelle eine lückenlose Angliederung an die Invalidenversicherung nicht ein. Und auch hier lehnte der Reichstag die auf Ausfüllung dieser Lücke gerichteten Anträge ab. Eine Angliederung wurde in früheren Jahren für die Fälle allseitig als dringendes Bedürfnis anerkannt, in denen die Invalidenversicherung deshalb eintreten soll, weil der Erkrankte zwar keine dauernde Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit auf weniger als ein Drittel nachweisen kann, in denen aber der Erkrankte ununterbrochen 26 Wochen krank und erwerbsunfähig ist. Für die Gewährung einer Invalidenrente war der Umstand maßgebend, daß die Nichtfürsorge für einen 26 Wochen ununterbrochen Kranken leicht dauernde Invalidität nach sich ziehen könne. Diejenigen, die das Unglück haben, länger als 26 Wochen ununterbrochen krank zu sein, lassen sich in zwei Kategorien scheiden: in solche, die nie zuvor krank gewesen sind oder selten erkranken und in solche, die infolge der Erkrankung desselben Organs häufig kränkeln (z. B. Lungen- und Magenleidende). Diese letzte Kategorie ist die Hauptkategorie und die am ehesten beim Mangel längerer Fürsorge dauernder Erwerbsunfähigkeit verfällt. Diesen am meisten hilfsbedürftigen Kreis gestattet aber die Novelle in vielen Fällen von der 26 wöchentlichen Unterstützung auszunehmen. Sie läßt nämlich in § 6a und § 21 zu, daß die Gemeinde bezw. die Kasse beschließen kann, „daß Versicherten, die von der Kasse die Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Falle eines Zeitraums von 12 Monaten für 26 Wochen bezogen haben, bei Eintritt eines neuen Unterstützungsfalles, sofern dieser durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt worden ist, im Laufe der nächsten 12 Monate Krankenunterstützung nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen zu gewähren ist.“ Diese Ausnahme enthielt der vom Reichsamt des Innern dem Bundesrat vorgelegte Antrag nicht. Trotzdem bekämpfte nun auch die Regierung die sozialdemokratische Forderung auf Streichung dieser Ausnahme. Ihr trat die Mehrheit des Reichstags bei, „weil es sich hierbei wesentlich um mehr sieche als kranke Arbeiter

handle." Durch die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags ist leider die Möglichkeit gegeben, für eine sehr große Zahl der der Krankenversicherung unterworfenen Fälle die Angliederung an die Invalidenversicherung auszuschließen. Gerade für solche mehr sieche als kranke Mitglieder der Kasse hätte in erster Reihe Fürsorge einzutreten: es rechnen dahin jene Tausende Lungen-, Herz-, Kehlkopf-, Magenleidende, die fortdauernd kränkeln und bei denen oft eine längere Kur Heilerfolge oder erhebliche dauernde Besserung schaffen würde. Hat sich solch ein Leidender im ersten Jahre durchgeschleppt, in dem er vielleicht zweimal je 9 Wochen und dreimal je 6 Wochen krank war, in der Zwischenzeit aber etwas verdiente oder hätte verdienen können, wenn er Arbeit gefunden hätte, und erkrankt in dem nächsten Jahre so andauernd, daß er länger als 13 Wochen ununterbrochen krank ist, so kann auch nach dem beschlossenen Gesetz für ihn die Lücke eintreten, deren Schließung die Motive der Vorlage als dringendes Bedürfnis anerkannte.

Auch in den Fällen, für die allein die Novelle wenigstens eine formelle Angliederung der Kranken- an die Invalidenversicherung schafft, tritt oft eine wirkliche Angliederung nicht ein, weil infolge der Beibehaltung des geringfügigen Krankengeldes gerade in den Kassen, die heute nur 13 Wochen lang Unterstützung zahlen, der Kranke naturgemäß, sobald er nur einigermaßen kriechen kann, Gesundheit simulieren und den Arzt bestürmen wird, ihn gesund zu schreiben. Und daß ein erkrankter Familienvater sich gerade bei längerer Krankheitsdauer vortäuscht, er sei erwerbsfähig, ist bei der jämmerlich niedrigen Krankenunterstützung nur zu begreiflich. Die Familienunterstützung beträgt für die der Gemeinde-Krankenversicherung Unterstellten ein Viertel des ortsüblichen Tagelohns, der ortsübliche Tagelohn beträgt für weite Kreise, insbesondere von Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Niederbayern weniger als 1,50 Mk. für erwachsene männliche Arbeiter, beispielsweise für die schlesischen Kreise Falkenberg und Goldberg-Haynau 1 Mk., die Unterstützung für die Familie des in einem Krankenhause von der Gemeinde-Krankenversicherung untergebrachten Familienvaters mithin volle 25 Pfg. pro Arbeitstag, also 1,50 Mk. für die Woche. Ist es da nicht natürlich, daß der Familienvater, obgleich er noch völlig erwerbsunfähig ist, die 26 Wochen zu unterbrechen sich bemüht, um für seine Frau und seine Kinder etwas zu verdienen? Wer die Lücke zwischen Invalidenversicherung und Krankenversicherung auch nur für einen erheblichen Teil der Erkrankten ausfüllen will, muß notwendig eine Erhöhung des Krankengeldes eintreten lassen. Die von den Sozialdemokraten beantragte Erhöhung des Krankengeldes wurde bis auf geringfügige Ausnahmen (im § 20 und 21) abgelehnt. Auch die im Interesse schneller Gesundung so dringliche Aufhebung der Karenzzeit, fand keine Billigung bei der Mehrheit, ebensowenig die auch im Interesse der Bekämpfung von Schwindelkassen so notwendige Aufhebung der Möglichkeit, durch Statut bei Doppelversicherung das Krankengeld zu kürzen.

Der Halbheit auf dem Gebiete einer Verbesserung der Lage der Erkrankten stand in der Vorlage und noch mehr in den Kommissionsbeschlüssen ganze Arbeit auf den Gebieten gegenüber, die eine Mehrbelastung und eine Entrechtung der Arbeiter bezweckten. Diesen Zweck zu vereiteln ist der Fraktion teilweise gelungen.

Bei weitem mehr als die Krankenkassennovelle zu erreichen vorgiebt, läßt sich erreichen, wenn die Centralisierung der Kassen erleichtert und der Gründun[g] von Zwergkrankenkassen (z. B. Betriebskrankenkassen für nur 50 Mitgliede[r]) entgegengetreten wird. Der Reichstag hat aber dahin gerichtete Anträge de[r] Fraktion abgelehnt und den von der Vorlage gewählten Weg beschritten. Danach sollen in Zukunft die Beiträge erhöht werden können: stat[t] 2 Proz. des ortsüblichen Tagelohns bei der Gemeinde-Krankenversicherun[g] sollen 3 Proz., statt 3 Proz. des durchschnittlichen Tagelohns bei den ander[en] Kassen sollen 4 Proz. erhoben werden können. Der dem Bundesrat vorgeleg[te]

Entwurf hatte nur Erhöhung bis nur 2,40 Proz. bezw. 3,40 Proz. vorgesehen. Diese Erhöhung geht weit über die durch die Neuerungen mögliche Belastung hinaus. Die Erhöhung der Beiträge für die Gemeinde-Krankenversicherung beträgt 50 Proz., die für die andern Kassen 33$^{1}/_{3}$ Proz. Die der Regierungsvorlage beigefügte Denkschrift berechnet die mögliche Höchstbelastung in außerordentlich reichgemessener Weise. Trotzdem gelangt sie zu folgendem Ergebnis: „Eine Erhöhung der bisherigen Höchstsätze um rund 11 Proz. würde hiernach selbst bei der Gemeinde-Krankenversicherung ausreichen, um die durch die Ausdehnung der Unterstützungsdauer von 13 auf 26 Wochen im Durchschnitt entstehenden Mehrkosten zu decken." Es wird etwa fünfmal so viel gefordert, als im ungünstigsten Fall nötig wäre.

Im Jahre 1900 betrugen die Beiträge nebst Eintrittsgeldern für alle Kassen 166 045 995 Mk., darunter 11 702 165 Mk. Gemeindeversicherungsbeiträge. Hiervon entfallen auf die Arbeiter etwas über zwei Drittel mit rund 110 Millionen Mark. Die jährliche, gegen den versicherten Teil der Arbeiterklasse durch die Novelle ermöglichte Mehrbelastung beträgt etwa 40 Millionen Mark.

Die Aufbürdung solcher enormen Last auf die Arbeiter liegt in der Tendenz, die Krankenversicherung zur Abwälzung von Armenlasten auf die Schultern der Arbeiter zu mißbrauchen. Schon in den Motiven des Krankenversicherungs-Gesetzentwurfs vom Jahre 1892 wurde diese Absicht ausdrücklich zugegeben. Es hieß dort:

„Eine Revision der Krankengesetzgebung erscheint im Interesse ..... einer Erleichterung der öffentlichen Armenlast dringend geboten."

Derselbe Gedanke wurde bei der Beratung des Gesetzes wiederholt: er ist auch der treibende für die enorme neue Belastung der Arbeiter gewesen. Dies ging bei der Beratung auch aus der Darlegung des preußischen Vertreters hervor, der betonte, daß etwa zwei Drittel aller preußischen Gemeinde-Krankenversicherungen an Defizits leiden und über 2 600 000 Mark noch nicht zurückgezahlte Vorschüsse seitens der Gemeinden erhalten hätten. Es zeugt von einer wunderlichen Anschauung, daß die Arbeiter dazu berufen sein sollen, das Defizit zu decken, das die ungemein kostspielige Verwaltung von Organisationen, bei denen der Arbeiter nichts mitzureden hat, durch die Gemeinden hervorgerufen hat. Und das, wiewohl es die Gemeinden in ihrer Hand haben, die Gemeinde-Krankenversicherungen durch leistungsfähige Ortskrankenkassen zu ersetzen. In der absolutistischen Zeit huldigte man freilich dem Grundsatz: „Maul halten und zahlen" sei Pflicht der erwerbstätigen Bevölkerung. So weit ging man aber nicht, die Erzwingung dieser Pflicht als „Wohltat", als „soziale Leistung" der Regierungen hinzustellen. Auch diese Fürsorge, aus der Tasche der Arbeiter leistungsfähige Gemeinde-Krankenversicherungen aufrecht zu halten und durch liederliche und kostspielige Verwaltungen entstandene Schulden durch Arbeiterbeiträge zu tilgen, wies darauf hin, daß die Vorlage einen Schritt vorwärts zur Angliederung der Kassenorganisationen an die Gemeinden und zur Beseitigung der Selbstverwaltung der Kassen bezweckte. Den Bemühungen der Fraktion gelang es, in der zweiten Lesung die Absicht einer Deckung von Gemeindeschulden durch Erhöhung von Kassenbeiträgen zu durchkreuzen. Es wurde zu § 10 folgender Zusatz beschlossen: „So lange Beiträge über 2 Proz. des ortsüblichen Tagelohns erhoben werden, findet eine Rückerstattung von Vorschüssen (die die Gemeinde geleistet hat) nicht statt."

Nicht ohne Erfolg waren auch die sozialdemokratischen Bemühungen die von der Vorlage vorgeschlagenen und von der Kommission noch vermehrten Beschränkungen der Selbstverwaltung abzuwehren. Es klingt wie ein neckischer Zufall, daß bereits die Kommission unter der Wucht des von sozialdemokratischer Seite vorgeführten Tatsachenmaterials sich veranlaßt fühlte, zum Schutz gegen die häufigen Uebergriffe seitens einzelner Aufsichts-

behörden den Kassenvorständen das Verwaltungsstreitverfahren einzuräumen. Es dokumentiert diese Zustimmung zu dem von sozialdemokratischer Seite angeregten Schutz der Selbstverwaltungsorgane einen Rest der Einsicht, daß die Selbstverwaltung im kulturellen, erzieherischen und politischen Interesse dringend erforderlich ist und daß das Gebiet der sozialen Arbeiterversicherung der lebendigen Mitwirkung der Arbeiter besonders bedarf. Die Vorlage zielte darauf ab, der Selbstverwaltung den Garaus zu machen, der Generalversammlung und dem Vorstand die ausschließliche Entscheidung darüber zu nehmen, ob jemand das Vertrauen genießt, als Vorstandsmitglied, Kassenrendant oder Rechnungsführer gewählt zu werden. Mit aller Entschiedenheit wendete sich der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der verschiedensten Kassenorganisationen und politischen Richtungen besuchte Kongreß vom 15. März cr. gegen diese Versuche. Die 1200 Kassendelegierten, Vertreter von 1171 Kassen mit über 5 Millionen Mitgliedern hatten dort einhellig eine Resolution an den Reichstag des Inhalts gerichtet: „Die Novelle der Regierung zum Krankenversicherungsgesetz sieht einige Erhöhungen der Leistungen an die Versicherten vor, deren Kostendeckung aber unter Vernachlässigung aller anderen Wege (Centralisation, Beseitigung der Lasten für die Unfallversicherung, Reichszuschüsse, Errichtung von Apotheken ꝛc.) lediglich den Versicherten und deren Arbeitgebern aufgebürdet ist. Da ferner der größte Teil der berechtigten, dringlichen, der Regierung so oft unterbreiteten Forderungen der Krankenkassen Deutschlands völlig unberücksichtigt geblieben ist und da die geringen Verbesserungen mit einer wesentlichen Einschränkung und Beeinträchtigung der Selbstverwaltung, dieses Grundpfeilers der gedeihlichen Entwicklung des Krankenversicherungsgesetzes erkauft werden sollen, erklärt der in Berlin tagende Kongreß diese Vorlage der Regierung für unannehmbar, wenn die auf Beschränkung der Selbstverwaltung gerichteten Positionen nicht gestrichen werden.“ Die Mehrheitsparteien des Reichstags kümmerten sich um diese Wünsche nicht. Auf Anregung des Centrums stimmten sie in der Kommission und in der zweiten Lesung im Plenum einer noch weitergehenden Einschränkung der Selbstverwaltung zu. Im letzten Augenblick wurden sie durch die Fraktion daran gehindert, diese Verschlechterungen zum Gesetz zu erheben.

Die Vorlage legte durch einen Zusatz zu § 35 dem Vorsitzenden des Vorstands die Pflicht auf, nach seiner Ansicht gesetz- oder statutenwidrige Beschlüsse zu beanstanden. Diese gehässige Bevormundungspflicht gefährdet eine gedeihliche Beratung des Vorstandes, drückt die Vorstandskollegen zu einer Art Untergebenen des Vorsitzenden herab und schafft nicht den geringsten Nutzen. Ohne eine weitere in § 42 enthaltene Vorschrift wäre sie allerdings nicht allzu gefährlich.

In § 42 war aber die Befugnis der Aufsichtsbehörde vorgesehen, einen Vorsitzenden wegen grober Pflichtverletzung, also auch z. B. wegen, nach Ansicht der Aufsichtsbehörde, erfolgter Nichtbeachtung des § 35 den Vorsitzenden seines Amts zu entheben. Der Zusatz zu § 35 sollte in Verbindung mit § 42 offenbar für die Einführung eines Beamten als Vorsitzenden des Vorstandes nach Art des preußischen Verschlechterungsplans Schritt machen. Der Zusatz zu § 35 gelangte trotz energischster Bekämpfung zur Annahme. Die Zusätze zum § 42 enthielten in der aus der Kommissionsberatung hervorgegangenen Fassung folgende Vorschriften. Der erste Zusatz schloß alle Personen von der Fähigkeit als Vorstands- mitglied, Kassenrendant oder Rechnungsführer gewählt zu werden, aus, gegen die irgend wann einmal auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter oder auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt ist. Ausgenommen sind bei dieser allein gegen die Arbeiterschaft gerichteten Strafvorschrift, die außerhalb des Strafgesetzbuchs plötzlich hineinschneit, nicht einmal politische Verbrechen und Vergehen wegen Hochverrats, wegen Majestätsbeleidigung, wegen geheimer Verbindung (vergl. Freiberger Prozeß), wegen Erpressung (vergl. di

Konstruktion der Erpressung gegen Arbeiterführer bei Streikankündigung) usw. Bestrafte sollten nicht mehr zu Kassenvorstandsmitgliedern gewählt werden können. Die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter ist nach dem Strafgesetzbuch, außer als Folge einer Zuchthausstrafe, eine zeitliche (auf 1 bis 5 Jahre dauernde), bei Kassenbeamten eine ewige. Es kann also Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamter, auch Aufsichtsbehördenbeamter einer Kasse jemand sein, der unfähig ist Kassenbeamter zu sein. Wer offensichtlich zu Unrecht zu einer Zuchthausstrafe oder mit einer der erwähnten Nebenstrafen verurteilt ist — darf nicht mehr als Kassenbeamter gewählt werden — und das soll so sein, weil nach Ansicht des Centrumsabgeordneten Dr. Spahn es Arbeitern nicht zugemutet werden dürfe, solche von ihnen als ehrenhaft und zuverlässig anerkannte Leute zu ihren Vertretern zu wählen, denen eine Klassenjustiz die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter abgesprochen hat. Die Frage, ob irgend eine finanzielle Unregelmäßigkeit vermieden wäre, wenn eine der jetzt als unfähig bezeichneten Personen Kassenvorstandsmitglied gewesen wäre, konnte weder von den bürgerlichen Parteien noch von den Regierungsvertretern bejaht werden. Dieser Zusatz zu § 42 ist Gesetz geworden.

Noch stärker als in dieser Neuerung trat die Absicht der Novelle, die Selbstverwaltung zu unterbinden, bei dem weiteren Zusatz zu § 42 zutage: „werden hinsichtlich eines Vorstandsmitgliedes, eines Kassen- oder Rechnungsführers Tatsachen bekannt, welche sich als grobe Pflichtverletzung darstellen, so ist der Betreffende seines Amtes durch die Aufsichtsbehörde zu entheben". Was ist „grobe Pflichtverletzung"? Was die Aufsichtsbehörde als solche hinstellen will. In der Praxis ist, wie im Reichstag dargelegt wurde, penible Pflichterfüllung als Pflichtverletzung erachtet, weil die Aufsichtsbehörde eine gegenteilige, von den Gerichten als falsch erkannte Auslegung des Gesetzes oder des Statuts verlangte und das Vorstandsmitglied die Stimme seines Gewissens höher achtete, als den Wunsch der Behörde. Und wie leicht kann die Betätigung einer politischen, der Behörde nicht genehmen Gesinnung zu einer groben Pflichtverletzung gestempelt werden! In den Motiven der Regierungsvorlage, die einen nicht beneidenswerten Tiefstand politischen und sozialen Empfindens erreichen, war zur Begründung „das Interesse der Allgemeinheit an einer Vermeidung vorgekommener finanzieller Schädigungen" angeführt. Aber auch nicht e i n Fall konnte mitgeteilt werden, der durch solche Vorschriften hätte vermieden werden können. Hingegen mußte zugegeben werden, daß finanzielle Schädigungen in absolut und relativ viel stärkerem Maße als bei Krankenkassen bei kommunalen, staatlichen und Militärbehörden und Organen des Bundes der Landwirte vorgekommen sind. Selbst die Schwindeleien und Unterschlagungen der Terlinden, Sanden, Exner und Genossen, der Schädiger der Leipziger Bank, wären ja, wenn eine Generalversammlung sich gefunden hätte, die solche patentierte Staatsstützen zu Kassenvorstandsmitgliedern oder zu Kassenbeamten gewählt hätte, durch die vorgeschlagenen Neuerungen nicht verhütet worden. Die Ausführungen des preußischen Regierungskommissars, Geh. Regierungsrats Hoffmann, machten zur Evidenz klar: n i c h t eine Vermeidung finanzieller Schädigungen einer Kasse sollen die Neuerungen abwenden, sondern sie waren dazu bestimmt, zuverlässige, vom Vertrauen der Kassenmitglieder getragene Vorstandsmitglieder und Vorstandsbeamte durch der Regierung oder der bürgerlichen kommunalen Aufsichtsbehörde genehme Leute zu ersetzen. Wächst doch von Jahr zu Jahr die Verlegenheit, Abzugskanäle für die Ueberfüllung in gelehrten Berufen zu schaffen und das Heer ehemaliger Beamter und Offiziere sowie die Militäranwärter in finanziell einträglichen Stellen unterzubringen. Die Arbeiterschaft soll nur dazu gut sein, die Kosten für diese Stellen zu schaffen. Darum: keine Erleichterung der Centralisierung, sondern Vermehrung der finanziellen Belastung der Arbeiterklasse und Beseitigung der Selbstverwaltung. Diese Richtung offenbart noch unverhüllter der von dem Centrumsabgeordneten

von Savigny gegen Schluß der Kommissionssitzungen eingebrachte, von der Kommission genehmigte Vorschlag, die Rechtsstellung und die Anstellungsbedingungen der Kassenbeamten einer Genehmigung der allweisen Aufsichtsbehörde zu unterwerfen.

Die Fraktion wendete sich selbstverständlich mit aller Entschiedenheit gegen diese auf flagrante Verletzung der Selbstverwaltung gerichteten Vorschläge. Trotzdem wurden die einzelnen Absätze des § 42 in zweiter Lesung gutgeheißen. Nunmehr beantragte die Fraktion namentliche Abstimmung über den gesamten § 42. Bei der Abstimmung (am 29. April) stimmten 95 Abgeordnete mit Ja, 51 mit Nein, ein Abgeordneter enthielt sich der Abstimmung: das Haus war beschlußunfähig. Da bequemten sich das Centrum, dem an der Scheinreform im Interesse der Wahlbewegung außerordentlich viel lag, und die Nationalliberalen zu einem „Kotau vor der Sozialdemokratie", wie es der freikonservative Abgeordnete Dr. Arendt bezeichnete; sie erklärten ihr Einverständnis damit, in der dritten Lesung den v. Savignyschen Vorschlag zu beseitigen und den Kautschukbegriff durch den Passus: „grobe Verletzung der Amtspflichten in Bezug auf die Kassenführung" zu ersetzen. Daraufhin wurde der Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen. Das so gestaltete Gesetz wurde von der Mehrheit am 30. April angenommen. Wenngleich die schlimmsten Giftzähne der Vorlage ausgebrochen waren, so enthält das Gesetz doch noch völlig unberechtigte Beschränkungen der Selbstverwaltung in den aufrecht erhaltenen Zusätzen zu §§ 35 und 42; das Gesetz ermöglicht ferner eine Belastung der Versicherten die in keinem Verhältnis zu den Vorteilen steht, die ein Teil der Vorschriften des Gesetzes enthält; endlich lehnt das Gesetz es ab, allseitig als im Interesse der Gesamtheit und der Arbeiterklasse als dringlich anerkannte und durchführbare Forderungen zu erfüllen: aus diesen Gründen stimmte die Fraktion in der Gesamtabstimmung gegen das Gesetz. Es tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft.

Die Novelle zur Seemannsordnung.

Außerordentlich charakteristisch für den Einfluß des Großkapitals auf die Gesetzgebung war die Einbringung und die Behandlung einer Novelle zur Seemannsordnung. Die Seemannsordnung vom 27. Dezember 1872 bestimmte im ersten Absatz des § 47, daß in allen Fällen, in welchen ein Schiff mehr als zwei Jahre auswärts verweilt, für den seit zwei Jahren im Dienst befindlichen Schiffsmann eine Erhöhung der Heuer eintreten soll. In drei Nummern wurde im zweiten Absatz des § 47 für die verschiedenen Dienstgrade (Schiffsjunge, Leichtmatrose und übrige Schiffsmannschaft) näher vorgeschrieben, in welcher Weise diese Heuer sich erhöhen soll. Die dem Reichstag im November 1900 vorgelegte Novelle zur Seemannsordnung übernahm diese Vorschriften; die zur Vorberatung dieser Novelle eingesetzte Reichstagskommission beschloß, erst die Einführung in allen Fällen bereits mit Beginn des zweiten Jahres eintreten zu lassen, hob diesen Beschluß aber später wieder auf. In der dem Plenum vorgelegten Zusammenstellung war aber beim Leichtmatrosen versehentlich als Beginn der Erhöhung das zweite Jahr stehen geblieben. Im Plenum fiel ein auf Wiederherstellung des ursprünglichen Beschlusses der Kommission gerichteter Antrag. Der Fehler in der Zusammenstellung wurde aber übersehen, die publizierte Seemannsordnung vom 2. Juni 1902, die mit dem 1. April 1903 in Kraft getreten ist, enthielt nun die Wortfassung, nach der grundsätzlich alle Dienstgrade vom Beginn des dritten Jahres ab eine Erhöhung der Heuer erhalten sollten, nach der aber bei der Spezialisierung dieses Grundsatzes der Leichtmatrose bereits vom Beginn des zweiten Jahres ab die Vollmatrosenheuer erhalten sollte. Die Hamburger Großrheder wiesen in ihrem Jahresbericht auf diesen Druckfehler hin und beantragten eine Abänderung. Durch das Redaktionsversehen hätten im besten Falle die Leichtmatrosen einige tausend Mark

jährlich mehr an Heuer erhalten. Diese Gefahr war für die Regierung Grund genug, schleunigst durch eine kurz vor dem Termin des Inkrafttretens der Seemannsordnung eingebrachte Novelle Aenderung des Gesetzes durch Umdatierung des Anfangstermins der Heuererhöhung auch für den Leichtmatrosen vom dritten auf das zweite Jahr zu verlangen. Die Fraktion wendete sich dagegen, daß der gesamte Gesetzgebungsapparat in Bewegung gesetzt wurde, um die Rheder vor der Zahlung von einigen Tausend Mark Mehrheuer jährlich zu bewahren. Wenn dem Gesetzgeber sonst ein redaktionelles Verfahren passiert, das zu Gunsten des Arbeitgebers ausschlägt (z. B. Unterlassen einer Strafbestimmung für Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über Lohnzahlungsbücher im § 150 G. O.), so warte man mit der Berichtigung bis zu einer gelegentlichen materiellen Aenderung des Gesetzes überhaupt. Solle aber eine Berichtigung schon vor Inkrafttreten der Seemannsordnungsnovelle eintreten, so möge man als Anfangstermin durchweg das zweite Jahr setzen. Der dahingerichtete Antrag fiel. Ferner verlangte unser Redner, dann auch ein anderes offenbares Versehen des Gesetzgebers zu redressieren und ein zu Gunsten der Seeleute gegebenes Versprechen einzulösen. In § 5 der Seemannsordnung war in der Fassung der Kommissionsvorlage obligatorisch festgesetzt, daß ein Beisitzer in dem Verfahren gegen einen Schiffsmann aus den Kreisen der seebefahrenen Schiffsleute zu entnehmen ist. In der Abstimmung im Plenum stimmte das Centrum wie es behauptete „aus Versehen" gegen diese Vorschrift. Dies Versehen gab in der Debatte über die Druckfehlernovelle der Centrumsredner zu, erklärte sich aber gegen den Antrag, der dies, für die Seeleute sehr böse Verfahren wieder beseitigen wollte. Ein anderes Beispiel. Bei der Beratung der Seemannsordnung von 1892 hatte die Fraktion Erstreckung der Fürsorgepflicht des Rheders für den erkrankten Seemann von drei Monate auf 26 Wochen beantragt. Damals wurde in der Sitzung vom 15. April 1902 vom Regierungstische zur Bekämpfung des Antrages ausgeführt: wenn die zeitliche Lücke zwischen Kranken- und Invalidenversicherung durch eine Krankenkassenrente ausgefüllt werden sollte, „würde es an der Zeit sein, diese Abänderung vorzunehmen und es wird das Krankenversicherungsgesetz auch der geeignete Ort dazu sein." Als unsere Fraktion nunmehr bei der Krankenversicherungsnovelle diese Abänderung beantragten, erklärte man, diese Aenderung muß durch eine Novelle der Seemannsordnung getroffen werden. Sie ergriff die ihr durch die Druckfehlernovelle gebotene Gelegenheit beim Schopf. Aber auch da lehnte man den zu Gunsten der Seeleute gestellten Antrag ab und erklärte nun: zunächst muß die Krankenkassennovelle verabschiedet sein, dann wird später eine Novelle zur Seemannsordnung die verlangte Fürsorge schaffen.

Die Fraktion stimmte der vom Reichstag angenommenen Novelle, die lediglich ängstlich zu verhüten sucht, daß ein Leichtmatrose schon vom Beginn des zweiten Jahres ab Vollmatrosenheuer erhält, nicht zu.

Wahlreglement.

Das Wahlreglement bietet bei weitem keine volle Sicherung des Wahlgeheimnisses, aber immerhin eine Besserung gegenüber dem bestehenden Zustand. Deshalb hat die Fraktion dem Reglement, das nach dem Wahlgesetz nur im Ganzen abgelehnt oder angenommen aber nicht amendiert werden kann, zugestimmt. Ebenso stimmte sie der Resolution zu, den Reichskanzler zu ersuchen, bei Ausführung des Wahlreglements „Anordnungen zu treffen, wonach die Wahlgefäße so herzustellen sind, das die Umschläge durch eine Oeffnung (Spalt) im Deckel des Wahlgefäßes zu stecken sind, der Deckel selbst jedoch bis zum Schluß der Wahlhandlung geschlossen gehalten wird." Die Befolgung dieser Vorschrift auch ohne ausdrückliche Anordnung des Reichskanzlers verlangt schon Treu und Glauben. Sache des Reichstags muß es sein, Wahlen, die

unter Verstoß gegen Treu und Glauben nur scheinbar geheim vorgenommen sind, zu kassieren und die Wahlvorsteher, die so vorgegangen sind, zur Rechenschaft ziehen zu lassen.

Interpellationen.

1. Ueber Fleischteuerung.

Beim Wiederzusammentritt des Reichstags hatte die Fraktion folgende Anfrage an den Reichskanzler gerichtet: „welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um der Steigerung der Fleischpreise die seit geraumer Zeit eingetreten ist und in steigendem Maße eine Kalamität für immer weitere Schichten der Bevölkerung wird, entgegen zu wirken?“ Diese Interpellation wurde auf die Tagesordnung der Sitzung vom 16. Oktober gesetzt. Der Stellvertreter des Reichskanzlers erklärt sich zu einer Beantwortung der Interpellation bereit, sobald mehrere Regierungen eingehende Erhebungen über die tatsächlichen Verhältnisse angestellt haben würden. Die Besprechung der Interpellation erfolgte bis zum Schluß der Session nicht. Inzwischen wurden vom Reichstag die Erhöhungen der Fleisch- und Viehzölle beschlossen, deren Inkrafttreten die Fleischpreise noch mehr in die Höhe schrauben würden.

2. Ueber das Fleischbeschaugesetz.

Das Fleischbeschaugesetz vom Jahre 1900 soll unter dem Vorwand eines hygienischen Schutzes der künstlichen Verteuerung des Fleisches dienen. Wenn irgend ein Zweifel darüber bestehen konnte, daß diese Absicht von den Centrums- und anderen Agrariern verfolgt wird, so wurde er durch eine Interpellation, welche das Centrum gegen Schluß der Session einbrachte, vollends getilgt. Im Fleischbeschaugesetz ist der Bundesrat ermächtigt, „Vorschriften über dem Nachweis genügender Kenntnisse der Fleischbeschauer zu erlassen.“ Der Bundesrat hat auf Grund dieser Bestimmung Prüfungsvorschriften für die Fleischbeschauer erlassen, nach denen die Fleischbeschauer ihre Befähigung zur Prüfung darzulegen haben; das hielten die Interpellanten für dem Gesetz widersprechend. Unser Redner drückte sein Erstaunen darüber aus, daß dieselben Parteien, die für den Befähigungsnachweis beim Handwerk eintreten, hier wo es sich um den Schutz der Allgemeinheit gegen gesundheitschädliche Nahrung handelt, gegen eine genügende Befähigung der Fleischbeschauer sich aussprachen. Er wies nach, daß die vom Bundesrat erlassenen Vorschriften dem Gesetz entsprechen. Vom Ausland bezogenes Fleisch einer scharfen Kontrolle zu unterwerfen oder die Einfuhr gänzlich zu verbieten, das im Inland geschlachtete Fleisch aber einer laxen Kontrolle nach Wunsch der Interpellanten zu unterwerfen, widerspreche den Forderungen der Volksgesundheit. Leider sei im Fleischbeschaugesetz die Möglichkeit aufrecht erhalten, dem Gesinde gesundheitsgefährliches Fleisch zu geben. Die Beseitigung dieser Ausnahme, sowie der Erschwerung der Zufuhr gesunden Fleisches aus dem Ausland, die Einführung einer Schlachtviehversicherung, die Herabsetzung der Kosten der Fleischbeschau insbesondern für kleinere Tiere sei wünschenswert, nicht aber eine Durchlöcherung der wenigen dem Schutze der Gesundheit dienenden Vorschriften des Fleischbeschaugesetzes.

3. Uebergriffe von Polizeiorganen.

Die zunehmenden Uebergriffe von Polizeiorganen, Richtern und Gefängnisverwaltungen hatten die Fraktion zu folgender Interpellation veranlaßt:

1. Welche Maßregeln beabsichtigt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den in letzter Zeit sich häufenden Uebergriffen von Polizei- und richterlichen Behörden entgegen zu wirken, die Reichsangehörige ohne genügenden gesetzlichen Grund in Haft nehmen, in der sie dann öfter in ungehöriger und ungesetzlicher Weise behandelt werden?

2. Beabsichtigt der Herr Reichskanzler in Bälde dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über den Strafvollzug vorzulegen?

Diese Interpellation kam am 22. November zur Verhandlung.

Die Redner der Fraktion führten eine Anzahl Fälle an, die den schmachvollen Zustand auf dem Gebiete des Schutzes der persönlichen Freiheit klar legten. Hier wird ein schuldloser Arbeiter, der Mißstände in seinem Gewerbe bespricht, widerrechtlich verhaftet, „weil er arbeitslos und deshalb fluchtverdächtig" ist, mißhandelt und ins Gefängnis gesetzt. Dort werden Arbeiter, die sich ruhig unterhalten, von einem Schutzmann mit einem Gummischlauch mißhandelt, verhaftet, gefangen gesetzt und abermals mißhandelt. In einem Falle handelt es sich um einen Bürger, der von vier Schutzleuten festgenommen, mit Säbelhieben traktiert, gefesselt in ein Gefängnis geliefert wird — um dort eine Mark zu zahlen, zu deren Zahlung er rechtskräftig verurteilt war, die zu bezahlen er aber vergessen hatte. In einem anderen Falle beleidigt ein Schutzmann eine Frau, schlägt auf ihren Begleiter ein und verhaftet ihn. In einem weiteren Falle wird ein Maurer verhaftet, weil er mit seiner Braut spazieren geht, vom Schutzmann mit dem Säbel traktiert und ins Gefängnis geschleppt, in dem er wochenlang unschuldig in Untersuchungshaft sitzt. Andere Arrestanten läßt die Polizei 24 Stunden lang bei Wasser und Brot sitzen. Mädchen und Frauen wurden verhaftet, weil sie dem Polizeibeamten wie ein verkleideter Mann vorkamen, oder weil sie zu langsam gingen oder Reformkleidung trugen. Gesunde Frauen wurden ohne jegliche Veranlassung zu Prostituierten gesperrt, im Krankenhaus acht Tage lang eingesperrt. Ein Mädchen wird verhaftet, weil sie laut sprach, dann unter sittenpolizeiliche Kontrolle gestellt, vom Dienst weggeholt, ins Krankenhaus trotz aller Gesundheit gesperrt, dann in Untersuchungshaft gesetzt, bis sie nach langer Untersuchungshaft freigesprochen wird. Ein Redakteur wird mit einigen zu Zuchthaus Verurteilten zusammengefesselt und von den Beamten beleidigt. Wegen politischer Vergehen verurteilte Redakteure wurde die Haltung einer Zeitung nicht gestattet, Entziehung der Selbstbeschäftigung für die Zukunft in Aussicht gestellt. Das sind einige der von unseren Rednern angeführten Fälle. In den seltensten Fällen ist eine Genugtuung oder gar eine Bestrafung der schuldigen Beamten erfolgt. Den Beamten fehlt zumeist nach Annahme der Anklagebehörde das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit: der dolus eventualis, nach dem der Täter hätte wissen müssen, er begehe vielleicht eine strafbare Handlung, findet auf Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter so gut wie keine Anwendung, weil nach Ansicht der bürgerlichen Gesellschaft und des Reichsgerichts der Staat entschlossene und tatkräftige Beamte braucht. Wandel kann auf diesem Gebiet nur geschaffen werden, wenn volle Verantwortlichkeit der Beamten eingeführt und mit dem Polizei- und Militärstaat gebrochen wird. Der Staatssekretär der Justiz drückte im Namen des Reichskanzlers mit erhobener Stimme seine Entrüstung darüber aus, daß solche Mißhandlungen vorkommen. Die schuldigen Beamten würden auch in der Regel bestraft „und begnadigt" rief ein Sozialdemokrat dazwischen. In der Verurteilung der Vorgänge waren auch die Redner der bürgerlichen Parteien einig. Aber Mittel zur Abhilfe können sie nicht gewähren. Gewiß könnten, wie unsere Redner darlegten, viele Uebelstände durch Gesetz gemildert werden. Zu beseitigen sind dieselben im heutigen Staate aber nicht. Die deutschen Staaten sind scheinbar modern bürgerliche Staaten, in denen die Menschenrechte gelten. Aber alles das steht nur auf dem Papier. Tatsächlich sind es Militär- und Polizeistaaten. Der Civilversorgungsschein ist ein Patent, das die Berechtigung zur Aufnahme in die unterste und das Leutnantspatent, das die Berechtigung zur Aufnahme in die höhere Beamtenklasse giebt. Die Bürger sind dazu da, den Militärs die Rekruten und Gemeinen zu schaffen. Wandel könnte nur geschaffen werden, wenn mit dem Militärstaat und dem Klassenstaat gebrochen würde. Der Gedanke an solche Abhilfe wäre aber den herrschenden Klassen ein Greuel. Sollte der Gedanke einmal ernsthaft diskutiert werden, dann würden Reichskanzler, Justizminister und Minister des Innern nicht den Staatssekretär der Justiz beauftragen, daß er in

den Reichstag geht, um sich in ihrem Namen über die Mißgriffe von Beamten und Behörden zu entrüsten, sondern dann würden sie selbst kommen und sagen, daß die göttliche Weltordnung bedroht sei. Aber auch die Bürger, die stolz sind auf die papierenen Menschenrechte, werden sich entrüsten, wenn dem Götzen Militarismus, dem Schützer des Kapitalismus, die Klauen beschnitten werden sollen. Darum wird der Militarismus seinen Einfluß behalten und die Mißhandlung der Bürger durch die Büreaukratie wird eine stehende Einrichtung bleiben, viel fester als alle geschriebenen Rechte der Bürger. Gründlichen Wandel wird auch hier erst die Durchdringung der Volksmassen mit den sozialdemokratischen Grundsätzen wahrer Freiheit und Gerechtigkeit schaffen.

4. Vexationen der Polen.

Von den politischen Mitgliedern des Reichstages war im November 1902 eine Interpellation eingebracht, welche den Reichskanzler fragte, was er zu tun gedenke, um der ungleichmäßigen Behandlung der polnischen Bevölkerung, insbesondere dem Boykott polnischer Gewerbetreibender seitens der Militärbehörden, der Entziehung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst wegen geringfügiger Vergehen, der Handhabung der Personenstandsgefahr und der Behandlung politischer Tagesschriftsteller als gemeiner Verbrecher entgegenzutreten.

Diese Interpellation stand am 21. November auf der Tagesordnung. Ihre Besprechung wurde während der Verhandlungen über den Zollwucher, an dessen Zustandekommen die polnische Fraktion eifrig mitarbeitete, bei Seite geschoben. Der Reichskanzler erklärte sich zur Beantwortung an einem späteren Tage bereit, da „zum Zweck der Beantwortung noch Erhebungen stattfinden müssen“. Am 30. Januar fand die Besprechung statt. Nunmehr lehnte der Reichskanzler ein Eingehen auf die einzelnen Fälle mit Ausnahme des militärischen Boykotts und der Entziehung des Berechtigungsscheins zum einjährig-freiwilligen Dienst ab, weil für die Beschwerden nicht der Reichstag, sondern das preußische Abgeordnetenhaus zuständig sei. Die Interpellation wurde abgebrochen, bevor unserem Redner das Wort erteilt wurde. Der Mehrheit, insbesondere dem Centrum, war die Besprechung höchst unangenehm. Sie stimmte deshalb der neuen Theorie ihres Präsidenten, auf die Besprechung einer Interpellation in der Regel nicht mehr als einen Sitzungstag zu verwenden, zu und verschob die Weiterberatung der Interpellation auf den St. Nimmerleinstag.

5. Fall Hüssener.

Die Tötung des Fußartilleristen Hartmann durch den Fähnrich zur See Hüssener veranlaßte das Centrum mit Rücksicht auf die Nähe der Reichstagswahlen zu einer Interpellation darüber, was dem Reichskanzler über den Fall bekannt ist und ob er bereit sei, durch Abänderung der Vorschriften über das Waffentragen beurlaubter Kadetten und Mannschaften ähnlichen Verbrechen mehr als bisher vorzubeugen. Die Redner unserer Fraktion legten dar, daß der Fall Hüssener nicht einen vereinzelten Fall, eine vorübergehende Erscheinung bedeutet, sondern lediglich einem Auswuchs des Systems, das die Sozialdemokratie bekämpft, während die bürgerlichen Parteien seine Wurzeln weiterwuchern lassen wollen und höchstens etwas an der Oberfläche herumkratzen. Solange die bürgerlichen Parteien ein System, nach dem das Volk in Waffen dem Volk ohne Waffen gegenüberstellen soll, unterstützen, sind sie selbst Mitschuldige von Fällen wie dem Fall Hüsse

6. Kriegsveteranen.

Die Kriegsteilnehmer (Kriegsveteranen) gehen nach wie vor meist l. aus. Die Fraktion hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß das Vaterla die Verpflichtung hat, neben den eigentlichen Invaliden, jene Tausende von e maligen Soldaten, die zwar unverletzt aus den Feldzügen oder dem Soldat dienst heimgekehrt sind, aber infolge der erlittenen Strapazen siech und erwerl unfähig geworden sind, an ihrem Lebensabend vor Elend und Not zu schü

Die Mittel hierzu sind vorhanden, selbst ohne Einführung einer Reichssteuer auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften, sobald an den riesigen Ausgaben für Militär- und Flottenzwecke die erforderlichen Abstriche gemacht werden. Die bürgerlichen Parteien halten es aber, da die ehemaligen Kriegsteilnehmer zur erwerbstätigen Bevölkerung gehören, mit dem Vers des alten Volksliedes „Bruder, nimm den Bettelsack, Soldat bist du gewest". Im „Jubiläumsjahr" 1895 mußte man endlich doch so tun, als ob etwas geschähe. Es kam das Gesetz vom 22. Mai 1895 zu stande, das „den völlig erwerbsunfähig" gewordenen Teilnehmern an Feldzügen eine Ehrenbeihilfe von jährlich 120 Mark versprach. Das Gesetz hat zwei erhebliche Fehler. Der eine Fehler besteht in der almosenartigen Niedrigkeit der Beihilfen. Die Fraktion hatte vergeblich beantragt, die Beihilfen auf 360 Mark zu erhöhen. Die bürgerlichen Parteien und die Mehrheit des Hauses meinten, daß mit 120 Mark jährlich vollkommen arbeitsunfähige Kriegsteilnehmer „auf dem Lande ein wenn auch sehr bescheiden und sehr dürftiges doch von der öffentlichen Wohltätigkeit unabhängiges Leben führen" könnten. Und dabei blieb es. Nun kommt aber noch ein zweiter Fehler hinzu, dessen Ungerechtigkeit augenfällig ist. Durch das Gesetz vom 22. Mai 1865 sind zu wenig Mittel, nämlich nur 2 400 000 Mark, bereitgestellt, um auch nur die Beihilfe von 120 Mark jährlich allen bedürftigen Kriegsteilnehmern zuwenden zu können. Die Verwaltungspraxis suchte dadurch etwas nachzuhelfen, daß sie im Gegensatz zum Gesetz „absolute Erwerbsunfähigkeit", auch Erwerbsunfähigkeit im armenrechtlichen Sinn als Voraussetzung des Rentenbezuges verlangte. Aber auch diese im Reichstag allseitig verurteilte Praxis half nichts. Viele Tausende als völlig erwerbsunfähig anerkannte Kriegsteilnehmer wurden mit litographierten Formularen abgespeist, auf denen die Mitteilung stand, daß kein Geld zur Verfügung stehe. Die Mehrheit des Reichstags beklagte zwar von Jahr zu Jahr diesen ungerechten Zustand, konnte sich aber nicht dazu verstehen, genügende Mittel bereit zu stellen. Von Jahr zu Jahr wurde etwas mehr bewilligt. Durch den Etat von 1903 sind 9 Millionen bereit gestellt. Aber auch diese Summe reicht nur für 75 000 Mann aus: von den noch lebenden rund 600 000 Kriegsteilnehmern mögen aber etwa 150 000 erwerbsunfähig sein. Auch in diesem Jahr wurde diese Angelegenheit beim Etat und aus Anlaß einer vom Abg. Nißler eingebrachten Interpellation zur Sprache gebracht. Unter patriotisch-bombastischem Wortgeklingel rügte die Mehrheit des Reichstags diese Mißstände, an denen sie selbst schuld. Sie vertritt lediglich die Interessen der besitzenden Klassen und ist deshalb auch nicht zur Beseitigung dieses beschämenden Zustandes bereit. Für Abstriche an Ausgaben für Militär und Marine ist sie ebensowenig wie für eine Reichssteuer auf Vermögen oder Einkommen zu haben. Sie schlug eine Wehrsteuer vor und suchte die Lage der Kriegsteilnehmer durch Einführung der Lebensmittelzölle noch zu verschlechtern. Das ist der Dank des bürgerlichen Vaterlandes.

Aus Anlaß des Zolltarifs gestellte und verhandelte Resolutionen und Interpellationen.

Der am 13. Januar nach den Weihnachtsferien wieder zusammengetretene Reichstag begann die Verhandlungen mit der Besprechung und Beschlußfassung einiger aus Anlaß der Zolltarifberatungen gestellten Resolutionen und Anfragen. Eine Resolution „in Erwägung darüber zu treten, ob nicht durch Einführung verschiedener Zollsätze für Rohpetroleum und gereinigtes Petroleum die Schaffung einer inländischen Raffinerieindustrie möglich und wirtschaftlich geboten sei und bejahendenfalls einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Reichstag vorzulegen", gab unserm Redner Veranlassung, die in der Resolution liegende Zumutung zu geißeln, unter nationaler Maske die Preise des Petroleums zu steigern, ein inländisches Raffineriesyndikat künstlich zu züchten und der allein wirksam zu vollziehenden Bekämpfung der Ringe entgegenzutreten.

Die Resolution wurde von der Zollmehrheit angenommen. Eine von unserer Seite bereits in der Zollkommission vergeblich gestellte Resolution, insbesondere zum Schutz des Mittelstandes, des Handwerks und der Arbeiter, der Schmutzkonkurrenz durch die Gefängnisarbeit entgegenzutreten, erfuhr das Schicksal der Ablehnung gegen die Stimmen unserer Fraktion, der freisinnigen Parteien, einiger Nationalliberaler und der Antisemiten. Die Resolution hatte folgenden Wortlaut: den Herren Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesetzentwurf baldigst vorzulegen, durch den untersagt wird, in Straf-, Versorgungs- und Beschäftigungs-Anstalten, welche aus öffentlichen Mitteln unterhalten und unterstützt werden, andere gewerbliche Arbeiten als solche für den eigenen Bedarf, für den Bedarf des Reichs, eines deutschen Staats- oder Gemeindeverbandes auszuführen und den Verkauf gewerblicher Erzeugnisse für eigene Rechnung, für Rechnung des Reichs, eines deutschen Staates oder eines Gemeindeverbandes zu niedrigeren als den marktmäßigen Preisen stattfinden zu lassen. Ein Fraktionsmitglied legte eingehend dar, wie schwer der Mittelstand, der Hausindustrielle, die Tabaksindustrie, die Buchbinder, die Tischler, die Kartonagenarbeiter, die Korbmacher, Schneider, Strumpfwirker und eine Reihe anderer Arbeiter, insbesondere die Textil-, Konfektions- und Papierverarbeitungs-Industrie durch die Zölle und durch die Schmutzkonkurrenz der Gefängnisarbeit getroffen werden. Er konnte darauf hinweisen, daß beispielsweise England in ausländischen Gefängnissen gearbeitete Kokosmatten und Bürstenwaren von der Einfuhr nach England ausschließt. Seinen Darlegungen setzten die Wortführer der Konservativen, des Centrums und der Nationalliberalen, die vor Rührung über die traurige Lage des Mittelstandes überflossen, die Ausrede entgegen, die Sache müsse von den Einzelstaaten geregelt werden. Dort geschieht freilich nichts; es wäre auch zuviel verlangt, daß der Wolf dem Lamme helfen solle, das er frißt.

Der zollkriegerischen Stimmung der Mehrheit gab eine von uns scharf bekämpfte Resolution Ausdruck, die darauf abzielt, die Meistbegünstigungsverträge, insbesondere zwecks Herbeiführung eines Zollkriegs mit Amerika und Argentinien aufzuheben. Die Mehrheit stimmte dieser Resolution zu, deren Verwirklichung denselben Zielen wie der Zolltarif selbst dienen würde.

Die Besprechung einer vom Abg. Roesicke (Dessau) gestellten Interpellation, welche Maßnahmen der Reichskanzler zur Feststellung des Begriffs „Malzgerste“ zu treffen gedenke, legte von neuem dar, daß es ein Mittel „Malzgerste“ von „Futtergerste“ zu unterscheiden nicht giebt, daß also der Minimalgerstenzoll in erster Linie die kleinen Landwirte schwer schädigen würde.

Initiativanträge.

Das Bestreben der Mehrheit des Reichstags, die durch die Verfassung der Volksvertretung eingeräumten Rechte zu verkümmern, zeigte sich auch in der Behandlung der Initiativanträge. Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, steht dem Reichstag in gleichem Maße wie dem Bundesrat zu. Früher hatte der Reichstag das Recht und die Pflicht, auf diesem Wege Forderungen des Volks zur Geltung zu bringen, allseitig für so bedeutsam erachtet, daß er (am 17. April 1869) den sogenannten Schwerinstag (Mittwoch) als den Tag in seiner Geschäftsordnung bezeichnete, der in der Regel für Beratung von Initiativanträgen f gelassen werden sollte. Der letzte Reichstag hat trotz formeller Aufrechterhalt dieser Vorschrift in seiner Geschäftsordnung und trotz wiederholt von unse Seite gestellter Anregungen keinen einzigen Mittwoch zur Beratung der Initiati anträge verwendet. Er erachtete es als die erste Aufgabe der Volksvertretu Gesetzentwürfe, die der Bundesrat vorlegt und die eine schwere Belastung l arbeitenden Bevölkerung enthalten, durch Zustimmung zu verabschieden und d wiewohl der Bundesrat einer großen Reihe von Anträgen, denen der Reichstag frü

wiederholt fast einstimmig zugestimmt hatte, keine Folge gegeben hat, z. B. dem Diätenantrag, dem Antrag auf gerechtere Wahlkreiseinteilung, Antrag auf Vorlegung eines Strafvollstreckungsgesetzes, dem Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Von den seitens der Fraktion zu Beginn der Legislaturperiode im November 1900 eingebrachten 15 Initiativanträgen gelangte in der gesamten Legislaturperiode nur der eine auf Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes zur Verhandlung; er wurde am 30. Januar 1901 abgelehnt. Bei Gelegenheit der Beratung von Gesetzentwürfen, die von der Regierung eingebracht waren, kamen 4 weitere zur Besprechung: der Antrag auf Aenderung des Gewerbegerichtsgesetzes und auf Ausdehnung dieses Gesetzes auf alle im Bergbau, in der Land- und Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr und als Gesinde beschäftigte Personen, der Antrag auf Aufhebung der dem Statthalter von Elsaß-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalten, der Antrag auf Verbot der Verwendung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren bei gewerblichen Arbeiten sowie bei Arbeiten gegen Entgelt im Gesindedienst und in der Landwirtschaft und der Antrag auf Verbot der Fabrikation, der Einfuhr und Ausfuhr und des Verkaufs von Zündwaren mit weißem Phosphor. Die übrigen 10 Anträge wurden trotz wiederholten Drängens nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Der Inhalt dieser Anträge bezieht sich auf: die Errichtung eines Reichsarbeitsamts, die Errichtung von Reichsaufsichtsbehörden an Stelle der Fabrikinspektoren, das Recht der Versammlung und Vereinigung und der Koalition, die Feststellung eines Maximalarbeitstags, der Schutz der Arbeiterinnen, eine gleichmäßigere Abgrenzung der Wahlkreise, Ausdehnung der Immunität der Abgeordneten auf die Dauer einer Strafhaft, Aenderungen des Reichspreßgesetzes, Schaffung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes und auf Beseitigung den Majestätsbeleidigungsparagraphen. Ein Teil dieser Anträge (Errichtung von Reichsaufsichtsbehörden und Feststellung eines Maximalarbeitstags) gelangte, wie oben berichtet, in Form von Resolutionen beim Reichsamt des Innern zur Besprechung. Die Notwendigkeit einer Neueinteilung der Wahlkreise und die leichte Durchführbarkeit einer solchen wurde von einem Fraktionsmitglied beim Etat des Reichskanzlers dargelegt: die der Gleichheit des Wahlrechts feindliche Mehrheit stimmte aber gegen eine von seiten der freisinnigen Vereinigung im Sinne unseres Antrags gestellte Resolution. Die Verhandlung der

Petitionen

gab unserer Fraktion Gelegenheit auf den Inhalt der Initiativanträge einzugehen, die sich auf das Vereins- und Versammlungsrecht und den Schutz der Arbeiterinnen beziehen. Die Petitionskommission hatte beantragt eine Petition von Frauen, die die Schaffung eines einheitlichen deutschen Vereins- und Versammlungsrechts und die gleichen Rechte für Frauen auf diesem Gebiete verlangte nur in ihrem ersten Teil zur Berücksichtigung dem Reichskanzler zu überweisen, wollte aber die Teilnahme von Frauen auf solche Vereine und Versammlungen beschränkt wissen, in welchen die Berufsinteressen der Frauen zur Verhandlung gelangen. Mehrere Fraktionsmitglieder beleuchteten vielfache polizeiliche und gerichtliche Mißhandlungen des Vereins- und Versammlungsrechts, soweit dies von Arbeitern ausgeübt wird, legten die völlige Unzulänglichkeit der partikularrechtlichen Gesetzesvorschriften und besonders die Notwendigkeit dar, den weiblichen Teil der Bevölkerung gegen die Vorenthaltung des Vereins- und Versammlungsrecht seitens partikularrechtlicher Gesetzgebung

und Rechtsauslegung durch ein Reichsgesetz zu schützen. Die Petition wurde in ihrem vollen Umfange dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Im Auftrage einer größeren Anzahl öffentlicher Frauenversammlungen hatte Genossin Baader eine Reihe von Forderungen, die auf Erweiterung der gesetzlichen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen abzielen, in einer dem Reichstag zugestellten Petition überreicht. Die Forderungen gingen auf: 1. absolutes Verbot der Nachtarbeit für Arbeiterinnen, 2. Verbot der Verwendung von Arbeiterinnen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind, 3. Einführung des gesetzlichen Achtstundentags für Arbeiterinnen, 4. Freigabe des Sonnabendnachmittags für die Arbeiterinnen, 5. Aufrechterhaltung der gesetzlich festgelegten Schutzzeit für erwerbstätige Schwangere und Wöchnerinnen von vier Wochen vor bis sechs Wochen nach der Niederkunft, Beseitigung der Ausnahmebewilligungen zu früherer Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, Erhöhung des Krankengeldes für Schwangere, bezüglich Wöchnerinnen auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagelohns, 6. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie, 7. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, 8. Sicherstellung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen und 9. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten. Von unserer Seite wurde beantragt, die gesamte Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen und diese Forderung lebhaft vertreten. Es gelang aber nur durchzusetzen, daß die ersten acht Punkte dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen wurden: über die neunte Forderung beschloß der Reichstag Uebergang zur Tagesordnung. Eine Petition des deutschen Textilarbeiterverbandes von christlichen Gewerkschaften zu Eupen verlangte: die Ausdehnung der Mittagspause auf $1^1/_2$ Stunden, das Verbot des Aufenthalts in den Betriebsräumen der Fabrik während der Mittagspause, die obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse, die obligatorische Einführung von Arbeiterkammern, die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages ausschließlich der Pausen sowie das gänzliche Verbot der Nachtarbeit zwischen abends 8 Uhr und morgens 6 Uhr. Die Bemühungen unserer Fraktionsmitglieder in der Kommission, die gesamte Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, scheiterten rücksichtlich der beiden letzten Punkte an dem Widerstand des Centrums. Die Nähe der Wahl bewirkte, daß das Centrum unseren Antrag, den es in der Kommission niedergestimmt hatte, im Plenum aufnahm: die gesamte Petition wurde dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Wahlprüfungen.

Der Reichstag prüft nach Artikel 27 der Verfassung die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Die letzte Legislaturperiode beweist von Neuem, wie leicht die Mehrheit des Reichstags und ihr Präsident es mit dieser elementarsten Pflicht einer Selbstverwaltung nehmen. Insbesondere die nationalliberale Partei hat es sich auch in dem letzten Teil der Legislaturperiode nicht nehmen lassen, durch ihren Vorsitzend. Abg. Bassermann, eine schnelle Erledigung der Wahlprüfungen zu hintertreiben.

Der nationalliberale Bergrat Prietze war am 12. Juni 1901 bei der durch den Tod des Freiherrn von Stumm erforderlichen Ersatzwahl im Kreise Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim gewählt. Am 30. Januar 1902 beantragte d Wahlprüfungskommission Beweiserhebung über neue Fälle behaupteter Unregelmäßigkeiten. Als es in der Sitzung am 27. Februar zur Abstimmung im Plenum kommen sollte, bezweifelte der Abg. Bassermann die Beschlußfähigkeit de Hauses. Der Reichstag befaßte sich am 30. April 1902 mit derselben Wahlprüfung und beschloß Beweiserhebung. Die Akten waren bis zu dem Schluß des Reichstags (am 30. April 1903) noch nicht an ihn zurückgelangt.

Noch ärger stand es mit der Prüfung der Wahl eines anderen national-

liberalen Abgeordneten, des Abg. S i e g (dritter Wahlkreis des Regierungsbezirks Marienwerder: Graudenz, Strasburg). Sieg war am 16. Juni 1898 mit 24 Stimmen Mehrheit gewählt. Am 7. Dezember 1899 beschloß der Reichstag Beweiserhebungen über die Behauptung verschiedener Unregelmäßigkeiten. Die Kommission beantragte dann unter dem 21. Februar 1901 weitere Beweiserhebungen über die von einem Zeugen eidlich aufgestellte Behauptung, daß der Wahlvorstand nicht vorschriftsmäßig besetzt war, da falls diese Behauptung bestätigt würde, die Wahl des Abg. Sieg zu kassieren sei. Der Reichstag trat dem Antrag am 8. März 1901 bei. Die erneute Beweisaufnahme bestätigte, daß der Wahlvorstand zeitweise nur aus zwei Personen bestanden hatte. Die Wahlprüfungskommission beantragte unter dem 10. Dezember 1901: Ungültigkeitserklärung des Sieg'schen Mandats. In der Reichstagssitzung vom 21. Januar 1902 brachte der Abg. Bassermann scheinbar neues Material vor. Daraufhin wurde beschlossen, die Sache an die Wahlprüfungskommission zurückzuweisen. Diese schlug dem Plenum des Reichstags nochmalige Beweiserhebungen vor. Der Reichstag beschloß am 30. April 1902 dementsprechend. Die Beweiserhebung ergab klar, daß der Wahlvorstand nicht ordnungsmäßig besetzt war. Die Kommission beantragte unter dem 20. Januar 1903 abermals Ungültigkeitserklärung. Am 14. März beantragte der Abg. Bassermann die Wahlprüfung Sieg von der Tagesordnung abzusetzen und bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Haus war beschlußunfähig. Der Abg. Sieg, dessen Wahl ungültig war, hat infolge dieser Verschleppung der Wahlprüfung die ganze Legislaturperiode hindurch sein Mandat als Abgeordneter ausgeübt.

Die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten B o l tz (Saarbrücken) wurde am 21. Januar 1902 wegen Wahlbeeinflussungen kassiert. Bei der Ersatzwahl am 25. April 1902 wurde er wieder gewählt. Seine Wahl wurde wegen Wahlbeeinflussungen angefochten. Am 14. März 1903 beschloß der Reichstag Beweiserhebungen.

Der konservative Abgeordnete von O l d e n b u r g wurde als im Kreise Marienburg-Elbingen am 3. April 1902 mit 5 Stimmen Mehrheit gewählter Abgeordneter vom Landrat am 7. April proklamiert. Erst 9 Tage nach der Aufforderung, sich über die Annahme der Wahl zu erklären, ging die Annahmeerklärung des Herrn von Oldenburg beim Landrat ein. Der Landrat veranlaßte entgegen § 34 des Wahlreglements nicht eine neue Wahl, sondern übersendete die Akten dem Reichstag. Bei der erst nach der Zollkampagne vorgenommenen Prüfung ergab sich, daß der Landrat eine Reihe von Stimmzetteln zu Unrecht nicht mitgezählt hatte. Die Mitzählung dieser Stimmzettel ergab, daß von Oldenburg die absolute Mehrheit nicht erhalten hatte. Die Wahlprüfungskommission beantragte einstimmig am 17. Februar 1903 Ungiltigkeitserklärung. Von Oldenburg legte trotzdem sein Mandat noch nicht nieder. Als er sich am 9. März im Plenum herausnahm, eine Belehrung über starkes Ehrgefühl des preußischen Offizierkorps zu versuchen, wurde er durch Zwischenrufe und von dem Redner unserer Fraktion daran erinnert, daß es Ehrensache sei, das einstimmig für ungiltig erklärte Mandat sofort niederzulegen. Erst als am Abend des 12. März der Bericht der Wahlprüfungskommission über seine Wahl auf die Tagesordnung gesetzt war, legte von Oldenburg sein Mandat nieder.

Ueber die Giltigkeit der Wahl des in der Ersatzwahl vom 18. März 1902 für den Kreis Rastenburg-Gerdauen-Friedland gewählten Abgeordneten R a u t e r beschloß der Reichstag am 14. März 1903 Beweiserhebung.

Der konservative Abgeordnete W i l l (Wahlkreis Stolp-Lauenburg) wurde [i]n der Stichwahl am 24. Juni 1898 mit 12 861 gegen 11 677 Stimmen gewählt. [A]m 1. Mai 1900 beschloß der Reichstag über eine Menge in einem Wahlprotest [b]ehaupteter Unregelmäßigkeiten Beweiserhebungen zu veranlassen. Auf Grund [di]eses Beschlusses wurden 396 Zeugen informatorisch und 757 Zeugen eidlich [ve]rnommen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen gelangte am 18. April 1902 [a]n den Reichstag zurück. Unter dem 21. April 1903 beantragte der Referent [de]r Kommission Ungiltigkeitserklärung, weil nach der Beweiserhebung 960 konser-

vative Stimmen zu kassieren und die Wahl in 5 Bezirken mit 230 konservativen und 87 liberalen Stimmen als ungiltig zu erklären war. Ein anderes Mitglied der Kommission war der Ansicht, daß Will noch immer 40 Stimmen Mehrheit habe und beantragte weitere Beweiserhebungen. Seiner Ansicht schloß sich die Mehrheit der Kommission an. Zur Verhandlung im Plenum gelangte der Bericht nicht mehr.

Demnach hätten 5 Abgeordnete, die bei der Zollkampagne durch Abstimmung für die Kardofferei teilnahmen, voraussichtlich ihr Mandat nicht ausüben können, wenn die Mehrheit der Wahlprüfungskommission, deren Vorsitzender der Abgeordnete Dr. Spahn war, die Prüfung der Wahlen vor dem November 1902 vorgenommen und der Präsident oder die Mehrheit des Hauses die Wahlprüfung sofort nach Berichterstattung durch die Kommission zur Verhandlung im Plenum angesetzt und bis zum erfolgtem Beschluß über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Mandate von einer Beschlußfassung über andere Dinge Abstand genommen hätte.

Schluß.

Der letzte Abschnitt der abgelaufenen Legislaturperiode, über den der Bericht sich verbreitet, hat auch uns noch Fernstehenden in sinnenfälliger Weise gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien bestrebt sind, die Staatsgewalt in immer unverhüllterer Form den Privatinteressen des Kapitals dienstbar zu machen. Alle Machtmittel, über die der Staatsorganismus und die Gesellschaft verfügt, wollen sie zusammenfassen, um sie als Ausbeutungsmittel zu Gunsten des Kapitals zu verwenden, und achten bei der Jagd nach diesem Ziel weder Gesetz noch Recht. Dies rücksichtslose Streben der Reichstagsmehrheit hat unsere Aufklärungsarbeit über die Tendenzen der bürgerlichen Gesellschaft, über die Notwendigkeit der Erringung der politischen Macht durch die arbeitenden Klassen und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ungemein erleichtert. Die Fraktion ist den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei entsprechend auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens vorgegangen. So mannigfache Gebiete auch die Tätigkeit der Fraktion erfaßt hat, auf so vielen Gebieten sie auch anregend, anspornend, positiv tätig vorgegangen ist, niemals hat sie Augenblickserfolge halber die Hauptaufgabe aus den Augen gelassen. Sind von der bürgerlichen Mehrheit kleine Besserungen auf einzelnen Gebieten hier und da durch jahrelange Kritik und jahrelanges Drängen erreicht — niemals hat die Fraktion darüber einen Zweifel gelassen, daß nicht das Ziel der am weitesten der Arbeiterklasse entgegenkommenden bürgerlichen Sozialpolitiker das Ziel der Arbeiterklasse sein kann, nämlich, unter möglichst wenig unerträglichen Bedingungen sich ausbeuten zu lassen, sondern, daß ihr Ziel nur die Befreiung von jeder Ausbeutung sein muß. Jedes Zugeständnis muß anspornen, auf dem bisherigen Wege fortzufahren, jede Gewalttat dazu anpeitschen: die Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und der kapitalistischen Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion zu beschleunigen. Die Erreichung dieser Umwandlung ist nur durch den Klassenkampf ihres Ziels und der Notwendigkeit ihres Kampfs bewußter Arbeiter gegen den Kapitalismus möglich. Die Versuche der Gegner, durch Gewalttaten die Arbeiter einzuschüchtern und durch Verhüllung der Wahrheit oder durch armselige Brocken einen Teil der Arbeiter von dem Mitkampf dauernd fernzuhalten, prallen schon an der zunehmenden Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital ab. Sie legen aber die verdoppelte Verpflichtung jedem einzelnen auf, die Aufklärungsarbeit den Indifferenten gegenüber vorzunehmen und an seiner Stelle an der wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeiterklasse mitzuwirken. Die Fraktion war sich dieser Verantwortung und Pflicht bewußt und hat den ihr anvertrauten Posten in der frohen Siegeszuversicht ausgefüllt, die das Bewußtsein von der Sicherheit und Notwendigkeit des Sieges der Arbeit über das Kapital verleiht.

Anträge.

Tagesordnung.

1. Parteigenossen in Hannover, Berlin I, II, III und IV, Chemnitz, Wunsiedel, Frankfurt a. O., Mannheim, Wahlkreis Greifswald-Grimmen, Nürnberg und München: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Ergebnisse der diesjährigen Reichstagswahlen. Als Referenten die Genossen Bebel und v. Vollmar zu bestimmen."

2. Parteigenossen in Elberfeld: Auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: Die deutsche Rechtsprechung im Civil- und Militär-Strafrecht.

3. Parteigenossen in Essen: Der Parteitag möge über die Einführung eines allgemeinen Reichs-Berggesetzes beraten und die Frage des Achtstundentages als besonderen Punkt auf die Tagesordnung setzen.

4. Die Genossinnen von Altona, Berlin, Dresden IV., V. und VI. Kreis, Elberfeld, Eßlingen, Eichlingshofen, Glauchau, Görlitz, Blankenese a. E., Halberstadt, Iserlohn, Köln a. Rh., Königsberg, Klein-Auheim, Leipzig, Ohrdruf i. Th., Oberreichenbach i. V., Augsburg, Hamburg, Naumburg, Kreis Nieder-Barnim, Magdeburg, Mühlhausen im Elsaß, Quedlinburg, Reichenbach i. V., Stralsund, Kreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Worms, Wittenberge und Oberursel beantragen:

Zu Punkt 5 der Tagesordnung. Der Parteitag erklärt: Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauen-Wahlrecht gefordert, in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.

4a. Parteigenossen von Frankfurt-Lebus: Bei dem internationalen Bureau zu Brüssel, das den Internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam für das Jahr 1904 vorbereitet, zu beantragen, daß die Frage der Eroberung des Frauenwahlrechts auf seine Tagesordnung gesetzt werde.

5. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Während der Tagung des Parteitages eine Konferenz der preußischen Delegierten zu veranlassen, welche einen Meinungsaustausch über die bevorstehenden Landtagswahlen vermitteln soll.

6. Parteigenossen in Gera: Als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Revisionsbestrebungen der Parteitaktik innerhalb der sozialdemokratischen Partei Deutschlands."

Vorstandsbericht.

Taktik.

7. Der Parteivorstand unterbreitet dem Parteitag folgenden Vorlag zur Entscheidung:

1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, ß Parteigenossen als Redakteure und Mitarbeiter an bürgerlichen Preßternehmungen tätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige er hämische Kritik geübt wird?

Antwort: Nein!

2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen ttes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft?

Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen.

Im Interesse der Partei sowohl wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den letzteren keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil solche sie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müssen.

8. Parteigenossen **Berlin II**: Die Frage der Mitarbeit von Parteigenossen an nichtsozialdemokratischen resp. nicht von Sozialdemokraten herausgegebenen Preßorganen ist durch die Kundgebung des Parteivorstandes nicht erschöpfend geregelt. Ob Redakteure oder Mitarbeiter an solchen Blättern Parteigenossen werden oder bleiben können und inwieweit sie in der Arbeiterbewegung Vertrauensposten bekleiden können, darüber haben die Organisationen je nach der Lage des einzelnen vorliegenden Falles zu entscheiden.

9. Parteigenossen im XII. **sächsischen Wahlkreise** und Genosse **Paul Scholz** und 194 Genossen des II. **Berliner** Wahlkreises schließen sich der Meinungsäußerung des Parteivorstandes vom 2. März 1903 im „Vorwärts“ betreffend die Mitarbeiterschaft parteigenössischer Schriftsteller an bürgerlichen Blättern voll und ganz an und erwarten vom Parteitage in Dresden, daß derselbe die Meinung des Parteivorstandes zu der seinigen macht.

10. Parteigenossen in **Hamburg II** halten es für notwendig, daß die Frage der Mitarbeit von Sozialdemokraten an politischen Preßorganen der Bourgeoisie vom Parteitag einer eingehenden Besprechung unterzogen wird und erwarten, daß durch Parteitagsbeschluß eine Norm geschaffen wird, welche Vorfälle, wie sie in diesem Frühjahr zu lebhaften Debatten Anlaß gaben, für die Zukunft verhindert.

11. Parteigenossen in **Hamm** (Hamburg III): Den Parteigenossen ist die literarische und journalistische Mitarbeit an bürgerlichen Preßorganen ohne die Genehmigung des Parteivorstandes nicht gestattet.

12. Parteigenossen des **elften hannoverschen Wahlkreises**: Der Parteitag möge entschieden Stellung nehmen gegen diejenigen Genossen, welche als Mitarbeiter an gegnerischen politischen und sogenannten unparteiischen Zeitungen das Ansehen der Partei schädigen und fortgesetzt der Propaganda unsrer Ideen und der Verbreitung unsrer Parteizeitungen schwere Hindernisse in den Weg legen.

13. Parteigenossen in **Essen**: Parteigenossen ist es untersagt, Parteipolemiken in bürgerlichen Blättern und Zeitschriften zu führen.

14. Parteigenossen **Berlin IV**: Es ist Stellung zu nehmen gegen diejenigen Genossen, welche als Mitarbeiter an gegnerischen politischen und sogenannten unparteiischen Zeitungen das Ansehen der Partei schädigen und fortgesetzt der Propaganda unsrer Ideen und der Verbreitung unsrer Parteizeitungen schwere Hindernisse in den Weg legen.

15. Parteigenossen in **Stettin** halten es mit der Ehre eines Parteigenossen nicht vereinbar, wenn er an bürgerlichen Blättern als Schriftsteller mitarbeitet, die in ihren Spalten gehässige Artikel gegen die Sozialdemokratie aufnehmen; wissenschaftliche oder hochwissenschaftliche Abhandlungen für Zeitschriften zu liefern, dagegen ist nichts einzuwenden.

16. Parteigenossen in **Bremen**: Parteigenossen dürfen als Redak. und Mitarbeiter an nichtsozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften dann tätig sein, wenn es sich um wissenschaftliche, fachtechnische oder belletrist. Journale handelt, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie vermeiden.

17. Parteigenossen in **Jüterbog, Luckenwalde, Zan Belzig**: In Anbetracht, daß die bürgerliche Opposition in den Kreisen, denen sie bei den Stichwahlen zum Reichstag zwischen der Sozialdemokr

und der Reaktion die Entscheidung in der Hand hatte, letzterer die Mandate in die Hände spielt, beschließt der Parteitag, künftig bei Stichwahlen zwischen zwei bürgerlichen Mandatsbewerbern für die Parteigenossen strengste Stimmenenthaltung.

Organisation.

18. Der Parteivorstand: Dem § 2 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben:

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andre Hälfte von dem, durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß aus einer solchen Organisation darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den **Beteiligten** binnen sechs Wochen die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

19. Parteigenossen in Hamburg III: § 2 Abs. 2 der Parteiorganisation folgende Fassung zu geben: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Partei-Organisationen der einzelnen Orte; bei Einzelmitgliedern der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Kontrolleure und in letzter Instanz an den Parteitag zu."

20. Parteigenossen in Berlin III: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitage einen Entwurf vorzulegen, der die Vertretung der Fraktion und der Kontrolleure auf dem Parteitage neu regelt.

21. Parteigenossen im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Berlin I, II, IV, VI, Stettin: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitage einen Entwurf vorzulegen, welcher die Vertretung der Fraktion auf dem Parteitage neu regelt.

22. Parteigenossen in Chemnitz: Die Reichstags-Fraktion hat sich auf dem Parteitage durch Delegierte vertreten zu lassen.

23. Parteigenossen in Leipzig-Land: Die Reichstags-Fraktion hat künftig nur durch eine entsprechende Zahl ihrer Mitglieder auf dem Parteitage vertreten zu lassen.

24. Parteigenossen des IV. sächsischen Wahlkreises: § 9 Absatz 2 unsres Organisationsstatuts: „Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion" streichen und dafür zu setzen: „Der Vorstand der Reichstags-Fraktion".

25. Parteigenossen des I. und II. württembergischen Wahlkreises: Den § 9 unsres Parteistatuts dahin abzuändern, daß zur Teilnahme

am Parteitag (Ziffer 2 des § 9) nicht sämtliche Reichstagsabgeordnete, sondern nur eine Abordnung der Reichstagsfraktion berechtigt ist. Die Zahl der dazu zu entsendenden Genossen soll der Parteitag festsetzen.

26. Parteigenosse Windhoff und drei Genossen in Düsseldorf: Dem zweiten Absatz des § 2 des Organisationsstatuts folgendes hinzuzufügen:

„Letzterer ist verpflichtet, das Schiedsgericht innerhalb vier Wochen nach Eingang des Antrages einzuberufen."

27. Parteigenossen im XI. hannoverschen Wahlkreise: Die Vertretung auf dem Parteitage nach dem Verhältnis der abgegebenen sozialdemokratischen Reichstags-Wahlstimmen zu regeln. Reichstagsmitglieder, welche ohne Delegiertenmandat auf dem Parteitage erscheinen, sollen nur beratende Stimme haben, auch sollen die Kosten für diese Abgeordneten von ihren Wahlkreisen getragen werden. Die Vertretung der Reichstags-Fraktion auf dem Parteitage soll dem Fraktionsvorstand obliegen.

28. Parteigenossen in Berlin III: Die Vertretungsfrage auf dem Parteitage in der Weise zu regeln, die zum Proportional-Wahlsystem führt und zwar etwa so, daß Wahlkreise, welche bei der vorherigen Reichstagswahl bis zu 5000 sozialdemokratische Stimmen brachten, einen Delegierten, von 5—20 000 zwei und über 20 000 drei Delegierte entsenden können.

29. Parteigenossen in Bremen:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, dem nächsten Parteitag zu berichten, ob sich eine Aenderung des § 9 des Organisationsstatuts unter Berücksichtigung folgender Vorschläge empfiehlt:

Die Vertretung der Wahlkreise auf den Parteitagen soll sich in Zukunft nach der Zahl der bei der vorhergehenden Reichstagswahl aufgebrachten sozialdemokratischen Stimmen richten, und zwar sollen Kreise, welche aufgebracht haben: bis zu 10 000 Stimmen 1, bis zu 25 000 Stimmen 2 und über 25 000 Stimmen 3 Delegierte entsenden können; jedoch mit der Einschränkung, daß Wahlkreise mit weniger als 1500 Stimmen ihr Mandat dem Delegierten eines andern Kreises zu übertragen haben.

Die Delegationskosten zu den Parteitagen werden von der Parteikasse getragen; doch sind zu deren Deckung die Partei-Organisationen der zur selbständigen Delegation berechtigten Wahlkreise verpflichtet, einen noch näher festzusetzenden Prozentsatz ihrer Jahreseinnahme — als besondern Beitrag — an die Parteikasse abzuführen.

30. Parteigenossen in Leipzig-Land und Chemnitz: Die Zahl der Delegierten eines Wahlkreises zum Parteitag darf nicht zwei überschreiten.

31. Parteigenossen in Marburg: Gründung eines Fonds zur Bestreitung der Reisekosten der Delegierten zum Parteitag.

32. Parteigenossen in Koburg: Auf Antrag des Kreis-Vertrauensmannes bezw. des Vorstandes der Kreisorganisation ist der Parteivorstand verpflichtet, für einen Delegierten zum allgemeinen Parteitage die Reisekosten (3. Wagenklasse hin und zurück) aus der Parteikasse zu bewilligen. Die Diäten des einen sowie Diäten und Reisekosten für die weiteren Delegierten werden auch ferner von den Wahlkreisen getragen.

33. Parteigenossen in Brakel bei Dortmund: Der Pa[illegible] vorstand wird auf zwei Jahre gewählt. Nach zwei Jahren scheidet die H[illegible] des Vorstandes aus, an deren Stelle werden andre gewählt. Die Ausgeschied[illegible] können in den ersten zwei Jahren nicht als Vorstandsmitglieder wiedergew[illegible] werden.

34. Parteigenossen in Düsseldorf: Es ist eine einheitliche Pa[illegible] Organisation zu schaffen, welche eine bessere Fühlung mit dem Parteivor[illegible] sowie mit den Parteigenossen unter sich ermöglicht.

35. Parteigenosse Erbe in Hamburg: Jedes Mitglied der Partei zahlt einen jährlichen Beitrag von 3 Mk. Eventuell für Stadtgebiete diesen Beitrag, für Landgebiete 1 Mk. Zur Legitimation sind einheitliche Mitgliedskarten herzustellen.

36. Parteigenossen in Köln a. Rh., Kalk und München-Gladbach halten es für notwendig, daß für die Bezirke, wo die Agitation mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist — namentlich gilt das für die Centrumsgegenden —, besoldete Parteisekretäre angestellt werden; da, wo die Parteigenossen das nicht aus eignen Kräften können, hat der Parteivorstand die nötige Unterstützung zu leisten.

37. Parteigenossen in Siegen: Den Parteivorstand zu beauftragen, in solchen Kreisen, in denen die Bewegung noch keinen festen Fuß fassen konnte, einem angestellten Kolporteur für Parteiliteratur durch event. Unterstützung ein gewisses Einkommen zu sichern.

38. Parteigenossen in Düsseldorf: In Städten, wo es angängig ist, Kurse zu errichten, um begabte Parteigenossen als Referenten auszubilden.

39. Parteigenossen in Chemnitz: Der Parteivorstand möge erwägen, wie am besten und schnellsten eine Schule ins Leben gerufen werden kann, in der Parteigenossen zu Referenten und Redakteuren herangebildet werden.

Agitation.

40. Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen, eine durchgreifende Aufklärungsarbeit über das Wissenswerte ist unverzüglich einzuleiten. Dieselbe ist von einer eventuell zu diesem Zweck zu schaffenden Centralstelle planmäßig zu organisieren und auszuführen.

41. Die Parteigenossen in Fürth beantragen: Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorständen der Partei stete Fühlung zu unterhalten hat.

Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift, mit besonderer Berücksichtigung unsrer Forderungen an die bürgerliche Gesellschaft.

Diese Kommission soll von den Genossen am Sitze des Parteivorstandes gewählt und ihrem Vorsitzenden Sitz und Stimme im Parteivorstand eingeräumt werden.

42. Parteigenossen in Elbing: Die Partei möge unter den Proletariern, die alljährlich zur Armee eingezogen werden, vor dem Eintritt in dieselbe in geeigneter Weise Propaganda für den Sozialismus machen. Insbesondere sind die künftigen Soldaten über ihre Pflicht gegenüber dem sogen. „inneren Feinde“ aufzuklären.

Presse.

43. Parteigenossen in Marburg: Der Parteitag wolle beschließen: Dem Centralorgan bezüglich seiner Haltung den lokalen Organisationen gegenüber in taktischen Fragen bestimmte, nicht über die kritischen Aufgaben hinausgehende Grenzen anzuweisen.

44. Parteigenossen in Schöneberg: Der Parteitag möge Mittel und ...ge finden, den „Vorwärts“ und die Parteiliteratur zu verbilligen.

45. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Verhandlungen zu versuchen, ...ch welche die bestehenden Monats-, Halbmonats- und Wochenschriften unsrer ...tei („Neue Zeit“, „Sozialistische Monatshefte“, „Kommunale Praxis“ und das ...ekündigte Braunsche Wochenblatt) vereinigt und zu einer großen, vielseitigen ...ue über alle Strömungen und Bestrebungen unsrer Partei zu möglichst ...em Preise ausgebaut werden.

Neue Welt, März- und Mai-Zeitung.

46. Parteigenossen in Teltow-Beeskow rc.: Zu erwägen, ob bezüglich der Illustrationen der „Neuen Welt" nicht eine Aenderung dahingehend getroffen werden kann, daß dieselben besser ausgeführt resp. die „Neue Welt" auf besserem Papier gedruckt wird.

Ebenso ist mehr Sorgfalt auf die Ausführung sowie die Motive der März- und Mai-Zeitung zu verwenden.

47. Parteigenossen in Schmargendorf: Die „Neue Welt" und die Unterhaltungs-Beilage des „Vorwärts" sind mit in den Dienst der theoretischen Ausbildung der Massen zu stellen. In den genannten Blättern sind außer neuen Aufsätzen national-ökonomischen Inhalts auch ältere Parteischriften, die dauernden Wert haben, abzudrucken.

Jugend-Literatur.

48. Parteigenosse Langemach in Frankfurt a. M.: Ersatz für die eingegangene Zeitschrift „Hütte" zu schaffen oder ihr Wiedererscheinen möglich zu machen.

49. Parteigenossen in Magdeburg: Der Parteivorstand möge mehr als bisher die Herausgabe der Jugend-Literatur pflegen.

Arbeiter-Notizkalender.

50. Parteigenossen von Teltow-Charlottenburg: Der Preis des Arbeiter-Notizkalenders ist von 60 Pf. auf 50 Pf. herabzusetzen.

Annoncen.

51. Parteigenossen in Rothenburg a. T.: Lotterieanzeigen jeder Art dürfen in Parteiblättern nicht veröffentlicht werden.

52. Parteigenossen in Breslau: Die Parteipresse ist gehalten, vor der Annoncierung von Arbeitergesuchen Erkundigungen bei den betreffenden Organisationen einzuziehen.

Broschüren und Flugblätter.

53. Parteigenossen des XVIII. sächsischen Wahlkreises: Sämtliche im Parteiverlage (Vorwärts-Buchhandlung) erscheinende Broschüren-Literatur ist in einheitlichem Formate herzustellen.

54. Parteigenossen von Bielefeld-Wiedenbrück: Die in Parteibuchhandlungen erscheinenden Broschüren sollen mehr den volkstümlichen Preisen angepaßt werden.

55. Parteigenossen in Bremen: In Anbetracht der, besonders in den letzten Jahren vorgekommenen unerhörten Gesinnungsriechereien in den Militärvereinen und in Anbetracht der damit verbundenen Eingriffe in die politischen Rechte der Mitglieder derselben, wird der Parteivorstand beauftragt, alljährlich ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Reservisten nach Absolvierung ihrer Dienstzeit unter Bezugnahme besonders krasser Fälle hingewiesen werden auf die eventuellen materiellen sowie politisch freiheitlichen Schädigungen, welche mit dem Beitritt zu genannten Vereinen verbunden sind.

Dies Flugblatt ist zur geeigneten Zeit den Parteivereinen oder örtlichen Vertrauenspersonen zur Verbreitung zu empfehlen und zum möglichst billigen Preis abzugeben.

56. Parteigenossen in Berlin I und IV: Der Parteivorstand wi[illegible] beauftragt, eine zur Massenverbreitung geeignete Broschüre herauszugeben welche das heutige Militärsystem und die damit verbundenen Mißhandlunge[illegible] behandelt.

57. Parteigenossen des fünften nassauischen Wahlkreises Eine Agitationsbroschüre mit dem jedesjährigen Bericht der Reichstags-Fraktio[illegible] Erläuterungen zu unsrem Parteiprogramm und Auslegung der Gründe, weshal[illegible] unsre Reichstags-Abgeordneten gegen die einzelnen Arbeiter-Versicherungen ge

stimmt haben, speziell für die noch wenig aufgeklärten ländlichen Kreise herauszugeben und entweder zum Selbstkostenpreise an die Kreis-Wahlvereine und Komitees zur Gratisverteilung abzugeben, oder die Herstellungskosten ganz aus der Centralkasse zu bestreiten.

58. Parteigenossen des dritten braunschweigischen Wahlkreises: Den Parteivorstand zu beauftragen, die wichtigsten Reden über den Bahn- und Post-Etat in Broschürenform herauszugeben und an die betreffenden Beamten zu verteilen.

59. Parteigenosse Erbe in Hamburg: Einen kleinen Kommentar herauszugeben, enthaltend Programm, Organisations-Statut der Partei, alle Namen, Adressen der Parteiblätter, Gewerkschaftsblätter, Arbeitersekretariate, Gewerkschaftshäuser, Einrichtung ꝛc. und Einiges über Genossenschaften. Dieser Kommentar ist jedem Mitglied, ebenso Neueintretenden gratis auszuhändigen.

Maifeier.

60. Parteigenossen in Friedberg-Büdingen: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, jedes Jahr am 1. Mai ein Flugblatt herauszugeben, in dem in für die Masse verständlicher Form die Forderungen der Arbeiter beleuchtet werden, damit dasselbe in großen Massen verbreitet und damit mehr als bisher für unsre Maiforderungen Propaganda gemacht werden kann.

61. Parteigenossen in Bremen, im vierten und im fünften sächsischen Wahlkreise: Der Parteitag möge sich für die Beibehaltung der Maifeier in ihrem bisherigen Charakter entscheiden.

62. Parteigenossen in Magdeburg: Die Maifeier von Partei wegen nicht etwa einzuschränken, sondern die Agitation für dieselbe intensiver als je zu betreiben.

63. Parteigenossen in Düsseldorf und Berlin VI: Auf dem Parteitage für vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten.

63a. Kreiskonferenz Nieder-Barnim: Die Maifeier soll mehr als bisher in den Vordergrund gerückt werden. Die Feier hat am 1. Mai zu erfolgen.

64. Parteigenossen in Breslau: Der Parteitag möge der Maifeier-Resolution folgenden Wortlaut geben:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 macht es der Parteitag den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, am 1. Mai für die Klassenforderungen des Proletariats, insbesondere aber für einen ausreichenden Arbeiterschutz und für Verkürzung der Arbeitszeit, durch Veranstaltung von Versammlungen am Abend des 1. Mai zu demonstrieren."

65. Parteigenossen in München-Gladbach: Die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

Programm.

66. Parteigenosse Welker in Wiesbaden: I. Dem Punkte 6 Parteiprogramms folgende Fassung zu geben:

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Daraus ergebende Forderungen:

a) Trennung zwischen Staat und den heutigen Kirchen;

b) Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken;

c) Entfernung des konfessionellen Religionsunterrichts aus der Schule;

d) Ersatz desselben durch einen Moralunterricht ohne metaphysische Voraussetzungen, einen umfassenden naturwissenschaftlichen Unterricht, einen wissenschaftlichen Unterricht in der Religionsgeschichte;
e) Verbot der Erteilung jeglichen Glaubensunterrichtes an Kinder unter 16 Jahren;
f) Bekämpfung aller religiösen Wahnvorstellungen durch Aufklärung ihrer Anhänger;
g) Austritt aus konfessionellen Religionsgemeinschaften, deren Glauben man nicht mehr teilt.

II. Der Parteitag beschließt, als notwendige Folge dieser Forderungen nachstehende Ergänzung des Organisationsstatuts vorzunehmen:

„Nur solche Personen, die keiner konfessionellen Religionsgemeinschaft angehören, dürfen Parteiämter bekleiden und von der Partei als Kandidaten für Kommunal-, Land- und Reichstagswahlen aufgestellt werden."

67. Parteigenosse Woischnig in Frankfurt a. O.: Der Parteitag möge selbst, oder möge versuchen, durch von ihm ausgehende Weisungen in der Agrar-, speziell aber Grund- und Bodenfrage ein klares, einheitliches Bild und Ziel zu schaffen.

68. Parteigenosse Reinke, Barmstedt: Dem Programm folgenden Schlußsatz anzufügen: „Verwendung der auf Grund der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung angesammelten Reservefonds im Interesse der Arbeiterschaft — in erster Linie zum Erwerb von Grundeigentum in möglichst zusammenhängenden Flächen; wenn notwendig, unter Anwendung des Enteignungsrechtes. Bewirtschaftung dieser Ländereien für Rechnung der Versicherungsanstalten, jedoch in arbeiterfreundlichem Sinne".

Parlamentarisches.

69. Parteigenossen in Marburg: Das Verhalten der Reichstags-Fraktion zur Regierung hat überall und jederzeit den republikanisch-demokratischen Prinzipien unsrer Partei zu entsprechen.

70. Parteigenossen in Stettin: Die Fraktion hat tunlichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, wonach das Koalitionsrecht so ausgebaut wird, daß es von Gerichten und der Polizei nicht mehr angetastet werden kann.

71. Parteigenossen in Elberfeld: Die Fraktion wird beauftragt, in der kommenden Session des deutschen Reichstages unverzüglich die Anträge auf Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen und die Schaffung eines ausreichenden Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes zu wiederholen.

72. Parteigenossen in Berlin I: Die Reichstags-Fraktion wird mit der Einleitung einer planmäßigen Propaganda gegen den Militarismus durch Einbringung eines Gesetzentwurfs beauftragt, unter besonderer Betonung folgender Forderungen:
a) Abschaffung der Militärjustiz und des Militär-Strafrechts.
b) Anerkennung des Rechts auf Notwehr gegen Mißhandlungen.
c) Allgemeine einjährige Dienstzeit.

73. Parteigenossen im zweiten württembergischen Wahlkreise: Die Reichstags-Fraktion möge in möglichster Bälde im Reichstag fü die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens durch Schaffung ein Reichs-Betriebsgemeinschaft und für eine Verbilligung der Personentari eintreten.

74. Parteigenossen in Teltow-Charlottenburg: Die Fraktio zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Reichstagswahlen künftighin Sonntag stattfinden.

75. Parteigenossen in Kassel: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird ersucht, nach Tunlichkeit dafür Sorge zu tragen, daß die Mandatsprüfungen der Abgeordneten wo nicht vor Eintritt in die meritorischen Verhandlungen, so doch wenigstens nach Beendigung des ersten Jahres nach dem Zusammentritt erledigt werden.

76. Parteigenossen in Jüterbog: Die Fraktion soll einen Antrag einbringen, wonach denjenigen Abgeordneten, deren Wahl von der Wahlprüfungs-Kommission beanstandet wird, bis zur endgültigen Entscheidung Sitz und Stimme im Reichstage aberkannt wird.

77. Parteigenossen in Elbing, Hildesheim und elften hannoverschen Wahlkreise: Die sozialdemokratische Fraktion hat dahin zu wirken, daß die Regierungen bei künftigen Wahlen eine einheitliche Form über die Beschaffenheit der Wahlurnen anordnen.

78. Parteigenossen in Elbing: Die Wahlurnen müssen verschließbar sein. Die Stimmen werden nach Beendigung des Wahlaktes nicht gezählt, sondern die verschlossene Urne wird an den Wahlkommissar eingesandt, der dann das Ergebnis des ganzen Kreises feststellt.

79. Parteigenossen in Flensburg: Einen Antrag zu stellen, der den Behörden die Pflicht auferlegt, jedem Abgeordneten eines Wahlkreises — einerlei, welche politische Parteirichtung derselbe auch vertritt — zwecks Berichterstattung seiner parlamentarischen Tätigkeit passende Versammlungslokale zur Verfügung zu stellen.

80. Parteigenossen in Elberfeld: Bei den kommenden Novellen zur sozialen Versicherungs-Gesetzgebung ist energisch dafür einzutreten, daß alle im Interesse der Versicherten geschaffenen Verbesserungen rückwirkende Kraft erhalten.

81. Parteigenossen in Essen: Es ist für eine wirksame Bekämpfung der Wurmkrankheit durch gesetzliche Maßnahmen im Reichstage einzutreten.

82. Parteigenossen im Wahlkreise Straßburg-Land: Bei Beginn der nächsten Legislaturperiode einen Antrag auf Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages zu stellen und mit aller Kraft auf die Erlangung dieses vorläufig erreichbaren Zieles hinzuwirken.

83. Parteigenossen in Bremen, Elberfeld und Bromberg: Es sei die Agitation für den Achtstundentag in Zukunft energischer als bisher zu gestalten; es ist erforderlich, daß die Reichstags-Fraktion in Bälde mit einem die Einführung des gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstages bezweckenden Gesetzentwurf hervortritt und im Reichstage mit aller Energie für dessen Realisierung Sorge trägt.

84. Parteigenossen in Kassel: Die Reichstags-Fraktion ist verpflichtet, für die verschiedenen Fächer der Sozialgesetzgebung Kommissionen einzusetzen, welchen die Aufgabe zufällt, das dazu erforderliche Material zu sichten und zu verarbeiten.

85. Die Parteigenossinnen in Berlin, Dresden IV., V. VI. Kreis, Elberfeld, Eßlingen, Eichlingshofen, Glauchau, Görlitz, Blankenese a. E., Halberstadt, Iserlohn, Köln a. Rh., Königsberg, Klein-Auheim, Leipzig, Ohrdruf i. Th., Oberreichenbach i. V., Augsburg, Naumburg, Kreis Nieder-Barnim, Magdeburg, Mülhausen i. Els., Quedlinburg, Reichenbach i. V., Stralsund, Kreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Worms, Wittenberge und Oberursel:

Die Reichstags-Fraktion möge energisch eintreten für:

1. Einführung des gesetzlichen Achtstundentages für alle erwachsenen Arbeiterinnen, der durch eine stufenweise Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf zehn beziehungsweise neun Stunden für eine kurze, gesetzlich bestimmte Uebergangszeit vorbereitet werden kann;

für die jugendlichen Arbeiterinnen die Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit auf vier beziehungsweise sechs Stunden, Erhöhung der Altersgrenze auf achtzehn Jahre und Einführung eines obligatorischen Fortbildungs-Unterrichts, in dessen Schulplan Haushaltungsunterricht, Gesundheitslehre und Säuglingspflege einzubeziehen sind;

für alle Arbeiterinnen die Abschaffung der Ueberstundenarbeit und Freigabe des Sonnabendnachmittag.

2. Absolutes Verbot der Nachtarbeit für Frauen.

3. Verbot der Verwendung von Frauen bei allen Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind.

Gesetzliche Förderung der Einführung solcher Vorrichtungen in Fabriken und Werkstätten, die die Gesundheit der darin Beschäftigten schützen. Ersatz gesundheitsschädlicher, im Arbeitsprozeß zur Verwendung gelangender Materialien durch gesundheitlich indifferente.

4. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie entsprechend der Resolution des vierten Gewerkschaftskongresses zu Stuttgart.

5. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren.

6. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten.

7. Sicherung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen.

8. Verbot der Beschäftigung von Frauen acht Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, sechs Wochen nach der Niederkunft bei Tot- und Fehlgeburten oder im Fall des Ablebens des Kindes.

Recht der Schwangeren auf kündigungslose Einstellung der Arbeit, sobald im weiteren Verlauf der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren.

Beseitigung der Ausnahmebewilligungen, welche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses die Wiederaufnahme der Arbeit vor Ablauf der festgesetzten Schutzfrist gestatten.

Ausgestaltung der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge seitens der Krankenkassen durch:

Zubilligung eines Pflegegeldes an Schwangere und Wöchnerinnen für die Dauer der Schutzfrist in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Obligatorische Ausdehnung der betreffenden Bestimmungen auf die Frauen der Kassenmitglieder.

Die Möglichkeit für die Durchführung dieser Bestimmungen ist zu schaffen durch Vereinheitlichung der Krankenversicherung, Zusammenschluß der Kassen zu kapitalkräftigen Verbänden, weitgehendes Selbstverwaltungsrecht der Versicherten und Zuschüsse vom Staat.

Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren- und Wöchnerinnenheimen, Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter, Organisation der Wöchnerinnenhauspflege durch die Gemeinde.

85a. Parteigenossen des Kreises Frankfurt-Lebus: In der nächsten Legislaturperiode dem Reichstag einen Antrag vorzulegen, der die Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts auf die Frauen fordert.

86. Parteigenossen in Essen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Reichstag bei Beratung der Materie Erbschaftssteuer auf erweiterte Besteuerung zu dringen.

87. Parteigenossen in Bromberg: Die Fraktion wird ersucht, i[illegible] jüngsten Bromberger Landfriedensbruchprozeß mit seinem harten Urteil, sob[illegible] sich eine Gelegenheit bietet, im Reichstage zur Sprache zu bringen.

88. Parteigenosse Erbe in Hamburg: Zur Bekämpfung der Lunge[illegible] krankheiten bringt die sozialdemokratische Partei im Reichstage nachstehend[illegible] Antrag ein:

Da die Seeluft erwiesenermaßen von Salz geschwängert ist und dadurch desinfizierender auf die Lunge wirkt als Landluft, auch eine Kur in einem Seebade eine schnellere Besserung, auch nach Genesung größere Widerstandskraft verleiht, — stellt die Reichsregierung die entsprechenden Mittel bereit zur Errichtung von Heilstätten auf den Inseln der Nord- und Ostsee, sowie zum Bau von Krankenschiffen.

89. Parteigenossen im neunten badischen Wahlkreise, Berlin II, III, Magdeburg, Wurzen, Stettin, Hannover, Düsseldorf, XVII. sächsischen Wahlkreise, Stuttgart: Die Fraktion hat den Anspruch auf den Sitz im Präsidium des Reichstages zu erheben, jedoch nur ohne jede Uebernahme konventioneller Pflichten.

90. Parteigenossen in Mannheim: Es hat unsre Fraktion ihren Anspruch auf die Besetzung des Vizepräsidiums im Reichstage unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Sie setzt in das Taktgefühl und Selbstbewußtsein des eventuell Gewählten das Vertrauen, daß er bei Ausübung der ihm auferlegten Pflichten die Würde der Volksvertretung und die Machtstellung seiner Partei zu wahren weiß.

91. Parteigenossen in Köln-Stadt wünschen, daß der Fraktion die Lösung der Vizepräsidenten-Frage überlassen bleibt. Sie haben zu den gewählten Vertretern der Sozialdemokratie das Vertrauen, daß sie die Frage in einer das Interesse und die Ehre der Partei wahrenden Weise entscheiden werden.

Parteitag.

92. Parteigenossen in Schöneberg: Die künftigen Parteitage zwischen Weihnachten und Neujahr abzuhalten.

93. Parteigenossen in Stettin und Greifswald-Grimmen: Den Parteitag 1904 in Stettin abzuhalten.

94. Parteigenossen in Mannheim und Heidelberg: Den Parteitag 1904 in Mannheim abzuhalten.

95. Parteigenossen in Darmstadt und der Landeskonferenz in Arheiligen: Den Parteitag 1904 in Darmstadt abzuhalten.

96. Parteigenossen in Braunschweig: Den Parteitag 1904 in Magdeburg abzuhalten.

97. Parteigenossen in Bremen: Den Parteitag 1904 in Bremen abzuhalten.

98. Parteigenossen in Essen: Den Parteitag 1904 in Essen abzuhalten.

99. Parteigenossen in Berlin V: Den Parteitag 1904 in Berlin abzuhalten.

Resolutionen.

100. Parteigenossen in Teltow-Charlottenburg: Der Wahlsieg vom 16. Juni verpflichtet die Sozialdemokratie zu gesteigerten und vertieften Anstrengungen, um positiven Einfluß auf das Geschick der deutschen Politik zu gewinnen. Nicht nur in der Kritik der herrschenden Klassen und ihrer Politik, nicht nur in der Abwehr der volksfeindlichen Angriffe der Reaktion, auch nicht in der bloßen Verbesserung von Regierungsvorlagen und anregenden Anträgen erschöpft sich unsre Aufgabe. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist durch das Vertrauen der Wähler zur berufenen Gesetzgeberin des deutschen Volkes geworden. Je mehr die bureaukratische Regierung für die Interessen der herrschenden Klassen in unfruchtbarer Flickarbeit oder dreisten und sinnlosen Angriffen wider die im Proletariat sich vollziehende notwendige geschichtliche Ent-

wicklung versteinert, um so größer ist die Pflicht der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, die unermeßliche Schöpferkraft des demokratischen und sozialistischen Prinzips für die aktuelle Gesetzgebung fruchtbar zu machen. Eine solche Thätigkeit erzielt dreierlei: Sie bewirkt nützliche und bedeutsame Reformen, sie deckt die geistige Armseligkeit und gehässige Beschränktheit der Sachwalter der kapitalistischen Klassen und ihrer regierenden Agenten auf sie zeigt endlich die Grenze und die Schranke, wo innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung entscheidende Verbesserungen unmöglich werden, und wirkt dadurch aufklärend über und für das sozialdemokratische Programm. Bis zu dieser Grenze und Schranke, von der wir noch weit entfernt sind, zu gehen und alles Mögliche wirklich zu machen, ist unsre Aufgabe in der Tagespolitik. — Zu diesem Zwecke und zugleich im Interesse der Stärkung des Parlamentarismus selbst wird die sozialdemokratische Fraktion beauftragt, in Gestalt von ausgearbeiteten Gesetzentwürfen die wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Situation in Angriff zu nehmen. Den einzelnen Gesetzentwürfen sind umfassende Begründungen und Denkschriften beizugeben, und es ist zu veranlassen, daß auch diese Begründungen, dem Brauch andrer Parlamente gemäß, in die amtlichen Drucksachen des Reichstages aufgenommen werden; zugleich sollen Reichstags-Drucksachen zu möglichst billigem Preise jedermann zugänglich gemacht werden, etwa nach dem Vorgange des „Reichs-Arbeitsblattes". Von den Gegenständen, die in erster Linie durch solche positiven, eingehend begründeten sozialdemokratischen Gesetzentwürfe zu bearbeiten wären, sind zu nennen: Reichs-Finanzreform, Arbeiterschutz, Koalitionsschutz-Gesetz, systematische Militärreform, Minister-Verantwortlichkeit, Reichs-Schulgesetz und Revision des Strafrechts.

101. Parteigenossen in München-Gladbach erklären sich einstimmig für das Festhalten an unsren Prinzipien und für die Beibehaltung der bisherigen Taktik.

102. Parteigenossen Berlin V erklären sich mit der bisherigen Taktik der Partei einverstanden. Sie erblicken in dem Ausfall der Reichstagswahlen eine gewaltige Kundgebung und Aufforderung, den Kampf gegen die Reaktion in allen ihren Schattierungen weiter zu führen ohne jede Konzession an bürgerliche Anschauungen und Staatsmännereien und erwartet angesichts der sich immer mehr verschärfenden Klassengegensätze auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete eine scharfe und energische Vertretung der Klassenforderungen des Proletariats.

103. Parteigenossen in Berlin I erklären, daß für die Partei keinerlei Grund vorliegt, zur Zeit in irgend einer Form oder bei irgend einer Frage von ihren alten proletarisch-revolutionären Grundsätzen und taktischen Maßnahmen abzugehen. Die Parteiversammlung erwartet vom Dresdener Parteitag, daß er dieser Anschauung in nicht mißzuverstehender Weise unzweideutig Ausdruck giebt.

104. Parteigenossen in Berlin IV sehen in der Art, wie Genosse Bernstein die Vizepräsidenten-Frage in der Oeffentlichkeit behandelt hat, bevor er seine Meinung in der Fraktion, deren Mitglied er ist, vertreten hat, eine Taktlosigkeit, welche der Partei mehr schadet als nützt, und erwarten, daß Genosse Bernstein sich künftig bei Wahrung aller Meinungsfreiheit mehr dem Interesse der Partei als dem Sensationsbedürfnis anpaßt. Die Versammlung spricht ihre Mißbilligung in schärfster Form allen den Genossen aus, welche in dieser Sache sich zu Mitschuldigen Ed. Bernsteins gemacht haben.

105. Parteigenossen in Berlin II und VI: Die Parteigenossen zweiten und der Wahlverein des sechsten Berliner Kreises stehen auf dem Sta punkt, daß unsre Reichstags-Fraktion das parlamentarische Recht für sich in Anspr nimmt, die erste Vizepräsidentenstelle zu besetzen, es aber ablehnt, dafür Bedingung zu erfüllen, zu Hofe zu gehen. Der II. und VI. Kreis ist der Ueb zeugung, daß die Anregung der ganzen Frage aus einer maßlosen Ueberschät des Parlamentarismus entstanden ist, daß die Frage wohl für bürgerliche Kr

ein so großes Interesse haben könnte, nicht aber für die sozialdemokratische Partei. Im übrigen erwartet der II. und VI. Kreis, daß die Genossen endlich aufhören, sich in allerlei Phantastereien zu ergehen, und daß sie mehr den notwendigen praktischen Aufgaben der Partei ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

106. Parteigenossen in Leipzig-Stadt: Die heutige Versammlung des Wahlvereins des 12. Reichstags-Wahlkreises (Leipzig-Stadt) erwartet, daß der Parteitag zu Dresden in der aufgeworfenen Vizepräsidentenfrage die Entscheidung trifft und unterbreitet zu dem Zwecke dem Parteitag folgenden Antrag:

Der Parteitag protestiert gegen die Zulassung irgend welcher Beteiligung von Parteivertretern an monarchischen Huldigungen;

er mißbilligt entschieden die seit Jahren wiederholt zu tage getretenen revisionistischen Bestrebungen einzelner Genossen und bestimmter Richtungen in taktischen und parteigrundsätzlichen Fragen;

der Parteitag lehnt es bestimmt ab, den Klassenkampfcharakter unsrer Partei aus Gründen vermeintlicher politischer Vorteile jemals verwischen zu lassen.

107. Parteigenossen in Leipzig-Land: Die Parteiversammlung des 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises spricht sich mit Entschiedenheit gegen die von Bernstein, Vollmar und andern vertretenen Ansichten inbezug auf die Vizepräsidentenfrage im Reichstage aus. Die Versammlung wendet sich vor allem dagegen, daß solche Fragen von der Fraktion entschieden werden sollen, sie hält vielmehr den Parteitag als die einzig richtige Instanz, derartige Fragen zu klären. Im weiteren erwartet die Versammlung, daß der Parteitag gegen die immer deutlicher auftretenden Bernsteinereien in der Partei ein entscheidendes Wort spricht.

108. Parteigenossen im vierten hannoverschen Wahlkreise: Der Parteitag erwartet von der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, daß diese getreu der bisherigen Gepflogenheit Anspruch erhebt auf eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Reichstagspräsidium. Er hegt zur Fraktion aber auch das Vertrauen, daß diese an der seitherigen Taktik festhält, indem sie es mit Entschiedenheit zurückweist, Verpflichtungen zu übernehmen, die weder von der Verfassung noch von der Geschäftsordnung des Reichstags gefordert werden. Ohne die freie Meinungsäußerung innerhalb der Partei antasten zu wollen, bedauert aber dennoch der Parteitag die Art und Weise, wie der Genosse Reichstags-Abgeordneter Eduard Bernstein Stellung zu der obigen Angelegenheit genommen hat.

109. Parteigenossen für Reuß j. L. und Crefeld: Der Parteitag für Reuß j. L. und die Parteigenossen in Crefeld halten es für das parlamentarische Recht unsrer Reichstags-Fraktion, entsprechend ihrer Stärke einen Sitz im Präsidium des Reichstags zu beanspruchen; sie weisen es aber ganz entschieden zurück, daß dabei andre als durch die Geschäftsordnung des Reichstags vorgeschriebene Bedingungen erfüllt werden.

Die Parteigenossen erblicken in dem Vorschlage Bernsteins über die Besetzung der Vizepräsidenten-Stelle eine Aenderung unsrer bisherigen altbewährten Taktik und erwarten vom Parteitag, den immer wieder auftretenden Tendenzen auf Aenderungen derselben gegenüber ein entschieden abweisendes Wort. Die Parteigenossen mißbilligen ferner auf das schärfste die Art und Weise des Vorgehens des Genossen Bernstein in der Vizepräsidenten-Frage.

109a. Kreiskonferenz Nieder-Barnim: Die Versammelten erklären sich entschieden gegen die Bestrebungen einzelner Parteigenossen, welche dahin gehen, die Partei von ihrer bewährten Kampfesweise abzubringen und durch Konzessionen an die bürgerlichen Parteien anscheinende Erfolge zu erringen, die sich sicher als Scheinerfolge erweisen werden. Die Kreiskonferenz spricht weiter die Erwartung aus, daß der Parteitag entschieden Stellung nehmen werde gegen diejenigen Parteigenossen, die es mit ihrer Parteigenossenschaft vereinbar halten, ihre Geisteserzeugnisse in bürgerlichen Blättern niederzulegen, die

der Kontrolle der Partei nicht unterstehen, beziehungsweise von den Parteigenossen nicht verfolgt werden können. Die Konferenz erwartet, daß unzweifelhaft ausgesprochen wird, daß solche Genossen für Vertrauensstellungen innerhalb der Partei nicht in Frage kommen können.

110. Parteigenossen des Kreises Frankfurt a. O.-Lebus: Die Kreiskonferenz spricht den Wunsch aus, daß die vollkommene Einheit und Uebereinstimmung der Parteigenossen, die im Wahlkampf zu tage getreten ist, auch in den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitages zur Geltung kommen möge, und daß in erster Linie die wichtigen, für die Interessen des Proletariats bedeutsamen Forderungen erörtert werden, nicht aber die im Verhältnis dazu ganz unbedeutende Frage der Vizepräsidentschaft u. dergl. einen großen Teil der kostbaren Zeit des Parteitages in Anspruch nehmen möge.

111. Parteigenossen im zweiten sächsischen Wahlkreise: In Erwägung, daß die Kampfesweise unsrer Gegner in den Landgemeinden eine schroffe wird, in fernerer Erwägung, daß unsre Gegner in der großen Mehrzahl über Besitztum, als Häuser, Wirtschafts- oder Bauerngüter, verfügen und unsre Genossen, welche sich an der Agitation öffentlich beteiligen oder als Vertrauensmänner usw. die Partei vertreten, sehr schwer schädigen, indem die Herren Hausbesitzer ihren Mietsbewohnern einfach kündigen, dieselben dann aber sehr schwer eine neue Wohnung im Orte bekommen können, beantragen wir, daß die Partei bestrebt sein muß, überall, wo sich solche Mißstände zeigen, Häuser zu erwerben event. Bauerngüter in eigne Regie zu nehmen.

112. Parteigenossen in Bremen: Der Parteitag empfiehlt den sozialdemokratischen Vereinen, bezw. den einzelnen Wahlkreisen, Sammelstellen zur Aufbewahrung und Sichtung aller auf die Reichstagswahlen bezüglichen parteigenössischen wie gegnerischen Flugblätter, wichtigen Zeitungsauslassungen, sowie von sonstigen für den Wahlkreis wichtigen Akten und Veröffentlichungen einzurichten.

Der Parteivorstand wird ersucht, nötigenfalls den Wahlkreisen eine Anleitung zur Einrichtung derartiger Archive zu geben.

113. Parteigenosse Erb in Hamburg: Resolution A. Der Parteitag wählt zwecks Ausarbeitung von Gesetzentwürfen eine Kommission von zehn Personen.

Die Kommission macht zu geeigneter Zeit bekannt, über welche Materie ein Gesetzentwurf in Arbeit genommen wird. Alle Parteigenossen übermitteln in der Sache alles Material (praktisch, wissenschaftlich, Wünsche 2c.) der Kommission, selbige sichtet und unterbreitet den daraus hervorgegangenen Entwurf der Fraktion zur Beratung. Nach dieser Beratung wird der Entwurf im Reichstag zum Antrag erhoben, um dadurch die Regierung zu veranlassen, die notwendigen Aufgaben der Zeit in Angriff zu nehmen.

Als nächstliegende notwendige Arbeiten bringe ich in Vorschlag: Umarbeitung des Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidengesetzes zu einem sich ergänzenden Gesetz mit Einbeziehung einer Arbeitslosenversicherung und vollständiger einheitlicher Verwaltung. Einheitliche reichsgesetzliche Regelung des Volksschul-, Bau- und Wohnungs-, Straf- und Gefängniswesens, der Gefängnisarbeit 2c.

Die Kommission soll ebenfalls den Rechtsschutz in Parteisachen für das gesamte Reich in die Hand nehmen, um in der so sehr verschieden gearteten Rechtsprechung eine größere Gleichmäßigkeit zu erzielen.

Resolution B.

Da die Parteipresse zu sehr eventuellen Schwankungen der Papierpreise unterworfen ist, erhält der Vorstand die Direktive, entweder selbst oder mit Hilfe von Genossenschaften in rückständigen Wahlkreisen, vornehmlich in Domänen

des Centrums, eigne Papierfabriken zu errichten, um dadurch der Parteipresse teilweise zweckmäßigeres Papier zu liefern und mehr Unabhängigkeit zu verschaffen. Im weiteren um zu zeigen, daß ein Teil der Forderungen des Programms für die Arbeiter schon heute durchzuführen ist und den einen oder andren Wahlkreis sicherer zu stellen.

114. Achtundsechzig Parteigenossen in Flensburg: In Erwägung der Tatsachen, daß neben den sozialen Quellen des Alkoholismus auch die Trinksitten (Geburtsfeiern, Einstand usw.) und die mangelhafte Aufklärung der Massen über die schädlichen Wirkungen der geistigen Getränke als Ursachen desselben anzusehen sind, empfiehlt der Parteitag der Parteipresse und den Parteigenossen das Studium der Alkoholfrage. Der Parteitag geht dabei von der Erwägung aus, daß das für geistige Getränke verausgabte Geld besser in Lektüre zur Aufklärung und Bildung angelegt wird, sowie auch, daß jede schon heute mögliche Zurückdämmung des Alkoholismus eine Stärkung der Kampffähigkeit des Proletariats in sich schließt.

115. Parteigenossen in Geesthacht (III. Hamburg): Werden dem Reichstag, Landtagen, kommunalen Verwaltungen usw. von den Gewerkschaften Petitionen, Anträge 2c. unterbreitet, die für die Gewerkschaften förderlich sind und nicht mit den Grundsätzen der Partei kollidieren, so sind die von der Partei in diese Körperschaften entsandten Parteigenossen verpflichtet, diese Petitionen, Anträge usw. zu vertreten.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

116. Genossen in Hausham (Rosenheim, Oberbayern): Der Parteivorstand wird beauftragt, in Bälde eine Broschüre zu möglichst billigem Preise herauszugeben, die alle Erfolge und Verbesserungen enthält, welche die Partei im Reichstag sowohl als in den Landtagen und Kommunen auf politischem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete errungen hat.

Der Broschüre ist eine Tabelle anzufügen, welche die Stärke der Partei im Verhältnis zu den übrigen Parteien ersehen läßt.

117. Kieler Genossen: Dem alljährlichen Geschäftsbericht zum Parteitag möge eine kurz gefaßte Uebersicht über die Organisation (Zahl der Mitglieder) sowie die finanziellen Ergebnisse der einzelnen Provinzen bezw. Bundesstaaten beigefügt werden.

118. Kreiskonferenz des Landkreises Düsseldorf: Dem 2. Absatz des § 2 des Organisationsstatuts folgendes hinzuzufügen:

Der Vorstand ist verpflichtet, das Schiedsgericht möglichst bald, spätestens aber 4 Wochen nach Eingang des Antrages auf Ausschluß zu berufen.

Parteigenossen, welche sich einem Schiedsgericht nicht unterstellen wollen, gelten als ausgeschlossen.

119. Kreiskonferenz des 1. Nassauischen Wahlkreises: Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, alljährlich nach Schluß der Reichstags-Session ein Flugblatt herauszugeben, worin in gedrängter Form die Tätigkeit des Reichstages, sowie die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den wichtigsten Gesetzentwürfen wiedergegeben wird. Das Flugblatt ist an die Kreise zum Selbstkostenpreis oder auf Antrag gratis abzugeben.

120. Genossen von Luckenwalde: Um die Partei nicht als Versorgungsanstalt von verkrachten bürgerlichen Elementen ausnutzen zu lassen und das zu große Anwachsen der Akademiker in der Partei zu verhindern, möge der Parteitag beschließen:

„daß keinem Genossen ein öffentliches Parteiamt, weder als Redakteur noch als Redner, überhaupt ein besoldetes Amt übertragen wird, bevor derselbe nicht mindestens 2 Jahre der Partei offiziell angehört durch Mitgliedschaft der in Frage kommenden Wahl- resp. sozialdemokratischen Vereine."

121. Kreiskonferenz des Wahlkreises Kolberg-Köslin-Bublitz: Die sozialdemokratische Fraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß bei der nächsten Reichstagswahl die Wahlkommissare angewiesen werden, die Wahlbezirke, namentlich auf dem Lande, nicht unter 300 Wähler einzuteilen.

122. Genossen von Zabrze: Die Parteigenossen von Zabrze und Umgegend ersuchen den deutschen Parteivorstand, nur eine polnisch-sozialdemokratische Zeitung für ganz Deutschland täglich erscheinen zu lassen.

123. Genossen in Nürnberg: Der Parteitag für 1904 möge in Nürnberg stattfinden.

124. Genossen des Wahlkreises Dortmund-Hörde: Die Konferenz für den Wahlkreis Dortmund-Hörde beantragt, den nächsten Parteitag in Dortmund oder einem anderen geeigneten Orte des Ruhrreviers abzuhalten.

125. Thomas-Altona und 24 Genossen: den nächsten Parteitag 1904 in Bremen abzuhalten.

126. Genosse Franz K. A. Weinert-Hamburg: Der in Dresden tagende Parteitag der Sozialdemokratie erklärt sich für die Fortsetzung des Kampfes, um die Durchführung der absoluten Zollfreiheit in der Volkswirtschaftspolitik; es ist der Kampf mit aller Stärke und Energie gegen die von der herrschenden Klasse zu ihrer Bereicherung auf Kosten des arbeitenden Volkes in Szene gesetzte Zoll- und Liebesgaben-Politik fortzusetzen.

Es wird an das Volk appelliert, seine Geschicke mittels seiner politischen und wirtschaftlichen Kampfes-Organisation selbst in die Hand zu nehmen und Reformen im Sinne des Sozialismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete unverzüglich zur Durchführung zu bringen, um dem sozialen Elend (Arbeitslosigkeit) wirksam entgegenzutreten.

Der Parteitag beschließt, daß die Genossen allerorts eine intensive Agitation in der arbeitenden Bevölkerung in Szene setzen. Zum Erstarken unsrer sozialistischen Vereine sind in allen Orten große Volksversammlungen einzuberufen mit der überall gleichen Tagesordnung: Der deutsche Zolltarif, die Handelsverträge, der Freihandel und Diskussion. Diese Agitation hat unsre gesamte politische Presse tatkräftig zu unterstützen und jede einzelne Genossin und jeder einzelne Genosse die Verpflichtung, die mündliche Agitation von Mund zu Mund in seinem engeren Kreise überall zu pflegen, auf diese Versammlung aufmerksam zu machen und zum Besuch derselben anzuregen.

Nichtsdestoweniger ist es allen Genossinnen und Genossen zur Pflicht zu machen, allerorts in gleicher Weise für die Erstarkung der freien Gewerkschaften und der von Arbeiterinnen und Arbeitern gegründeten und geleiteten genossenschaftlichen Organisationen in der energischsten Art und Weise zu wirken und intensive, einheitliche und planmäßige Agitation zu betreiben. Es sind ebenfalls zur Erreichung dieses Zweckes öffentliche Volksversammlungen mit demselben Themata: „Zolltarif, Handelsverträge, Freihandel und Diskussion" zu arrangieren, auch hier hat die gesamte Gewerkschaftspresse die Agitation zu fördern. Jede Genossin und jeder Genosse hat sich gleichfalls der mündlichen Agitation von Mund zu Mund mit Nachdruck zu widmen.

127. Antrag des Genossen Franz K. A. Weinert-Hamburg: Eine dreizehngliedrige Kommission niederzusetzen zwecks Errichtung einer Papierfabrik aus Parteimitteln, um die für die politischen und gewerkschaftlichen Druckereien benötigten Papiermengen zu beschaffen. Die Kommission wolle dem nächsten Parteitage Bericht über die notwendigen Vorarbeiten zu diesem Problem erstatten. Antragsteller bezweckt mit seinem Antrage, daß es ermöglicht werde,

besseres und billigeres Papier zu beschaffen. Ferner wird sich bei der Eigenfabrikation ein nicht unerheblicher Ueberschuß wohl herauswirtschaften lassen, welcher eine nicht zu verachtende Einnahmequelle für das kämpfende Proletariat sein wird.

128. Paeplow-Hamburg und 22 Genossen: Die literarische*) Mitarbeit von Parteigenossen an kapitalistischen (bürgerlichen) Zeitungen und Zeitschriften ist mit den Partei-Interessen unvereinbar.

Ausnahmen von dieser Regel sind nur zulässig, wenn es sich um Zeitschriften handelt, die ausschließlich künstlerische oder fachtechnische Fragen behandeln.

Der Parteivorstand hat den strikten Auftrag, über die Durchführung der vorstehenden Grundsätze zu wachen und etwaige Verstöße in der schärfsten Weise zu rügen, eventuell den Ausschluß der hiergegen verstoßenden Parteimitglieder zu beantragen.

129. (Resolution.) Konferenz für den Wahlkreis Dortmund-Hörde: Es ist selbstverständlich, daß die Fraktion den Posten des ersten Vizepräsidenten zu fordern und alle sich aus dieser Stellung ergebenden geschäftsordnungsmäßigen Verpflichtungen zu übernehmen hat. Dagegen weist die Konferenz mit Entrüstung die Zumutung zurück, diesen Posten durch die Uebernahme höfischer Verpflichtungen zu erkaufen. Ist jede Teilnahme an monarchistischen Demonstrationen für die Partei schon an sich ganz unzulässig, so ist sie das doppelt nach den Reden von Essen und Breslau. Die Konferenz erblickt in diesen Vorschlägen einen neuen Ausfluß jener revisionistischen Strömung, die darauf hinausläuft, die Partei zu verbürgerlichen und von dem Boden des proletarisch-revolutionären Klassenkampfes abzudrängen. Die Konferenz verurteilt diese Bestrebungen aufs schärfste und erwartet eine gleiche Stellungnahme vom Parteitag.

130. Resolution Bebel, Kautsky, Singer: Der Parteitag fordert die Fraktion auf, es in der Frage der Besetzung der Vizepräsidenten- und Schriftführerposten im Reichstage bei ihrer bisherigen Stellung — Ablehnung aller nicht durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Verpflichtungen — zu belassen.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsre bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, entsprechend den Grundsätzen unsres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung

---

*) Unter literarische Mitarbeit fällt Berichterstattung über Versammlungen und Gerichtsverhandlungen nicht.

und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist.

131. Zusatzantrag der Leipziger Parteigenossinnen zu Antrag 85a der Berliner Genossinnen: Die Reichstags-Fraktion möge mit derselben Energie eintreten:

1. für das vollständige Verbot jeglicher Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren; und
2. für eine Verkürzung der Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen nach Maßgabe der Forderungen der Münchener Frauen-Konferenz.

132. Quarck: Der Parteitag erklärt, daß die Mitarbeit von Genossen an andern als Parteiblättern im allgemeinen zu verwerfen ist und daß die literarisch tätigen Genossen alle Ursache haben, zu vermeiden, durch jene Mitarbeit gegnerische Machtmittel zu stärken. Da sich für Ausnahmen von dieser Regel keine Gesetze aufstellen lassen, muß die Entscheidung darüber in jedem Einzelfalle vom politischen Takt der literarisch tätigen Genossen und nötigenfalls durch die Parteiorganisation im regelrechten Instanzenwege getroffen werden.

133. Karl Schwartz und 20 Genossen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, der Frage bestimmt näher zu treten, ob durch Bereitstellung von Geldmitteln die Beschaffung von Versammlungsräumen ermöglicht werden kann. Dringend erwünscht ist es, daß besonders in den Ostprovinzen vom Parteivorstand helfend eingegriffen wird.

134. W. Gewehr und 23 Genossen: Der Parteitag beschließt, auf dem diesjährigen Parteitage von einer Revision des Organisationsstatuts abzusehen und die Kontrolleure in Verbindung mit dem Parteivorstand zu beauftragen, dem nächsten Parteitag einen Entwurf für die Abänderung des Organisationsstatuts vorzulegen. Die Anträge 18 bis 39 und 41 der Vorlage werden dem Vorstande als Material für die Beratungen überwiesen.

135. Herbert und 23 Genossen: Den nächsten Parteitag in Stettin stattfinden zu lassen.

136. Resolution Grunwald und 20 Genossen: Der Parteitag spricht einhellig der Fraktion seine vollste Anerkennung, seine Zustimmung und seinen ausdrücklichen Dank aus für die zur Abwehr des Wuchertarifs im Reichstag angewandten Maßnahmen, im besonderen für die energische Anwendung der sogenannten Obstruktion.

137. Molkenbuhr: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bei dem internationalen Komitee dahin zu wirken, daß die Arbeiterversicherung mit als Gegenstand auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses zu Amsterdam gesetzt wird, damit dieser gemeinsame Forderungen festsetzt, die die Arbeiter aller Länder an die Gesetzgebung zu stellen haben.

138. Friedeberg: Der Parteitag empfiehlt dem Parteivorstand, die Frage des Generalstreiks auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

139. Dr. Robert Michels und 24 Genossen: Der Parteitag mißbilligt auf das entschiedenste das Verhalten des Genossen Wolfgang Heine in seiner Erklärung im „Vorwärts" vom 12. August 1903, in welcher es wörtlich heißt:

„Der Grund des Lärms ist einfach, daß die Marburger Genossen, die für Stimmenthaltung votiert haben, fühlen, daß sie sich blamiert haben. Ich begreife, daß sie das ärgert, aber sie sollten, anstatt krankhaft nach einem Sündenbock zu suchen, die Schuld an ihrer peinlichen Lage bei sich selber finden und dankbar sein, wenn man sie davor bewahrt haben sollte, sich und die ganze Partei in weit höherem Grade dadurch zu blamieren, daß sie einem Reaktionär wirklich zu einem Reichstagssitz verholfen hätten."

Hierdurch hat Genosse Heine die Behauptung aufgestellt, **daß die Marburger Genossen sich und die ganze Partei durch Befolgung eines Parteitagsbeschlusses „blamiert" hätten.**

Die Haltung des Genossen Heine ist umsomehr zu verurteilen, als er die Taktlosigkeit besessen hat, zu Gunsten eines ihm persönlich befreundeten politischen Gegners unsrer Partei durch telegraphische Uebermittelung einer gegen die sozialdemokratische Lokalorganisation in Marburg gerichteten „Vorwärts“-Notiz einzugreifen.

140. Bebel, Kautsky, Singer: Der erste Absatz der Resolution Nr. 130 ist in folgender Weise abzuändern:

„Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstage durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische oder sonstige Verpflichtungen zu übernehmen, die nicht durch die Reichsverfassung oder die Geschäftsordnung des Reichstages begründet sind.“

141. C. Legien: In der Resolution Nr. 130 die beiden Worte „revisionistischen“ zu streichen, im letzten Absatz an Stelle „Weltpolitik“ „Weltmachtspolitik“ zu setzen und der Resolution im letzten Absatz folgenden Zusatz zu geben: „und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.“

142. J. Timm und 22 Genossen: Abänderungsantrag zur Resolution Nr. 130. Im letzten Absatz die Zeilen von: „Die Interessen der Arbeiterklasse“ bis zum Schluß zu ersetzen durch:

„Die unermeßliche Schöpferkraft des demokratischen und sozialistischen Prinzips für die aktuelle Gesetzgebung fruchtbar zu machen. Zu diesem Zweck sind Gesetzentwürfe über die großen sozialpolitischen, politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse auszuarbeiten; denselben sind umfassende Begründungen und Denkschriften beizugeben und es ist dafür zu sorgen, daß eine gewaltige Propaganda für die jeweilig aktuellen Vorlagen in den breiten Massen des arbeitenden Volkes in die Wege geleitet wird, um dadurch die Gesetzgebung und Regierung zu zwingen, die bisherige unfruchtbare Flickarbeit auf diesen Gebieten aufzugeben. Von den Gegenständen, die in erster Reihe durch solche positive, sozialdemokratische Gesetzentwürfe zu bearbeiten wären, sind zu nennen: Achtstundentag, Koalitionsrecht, Reichsfinanzreform, Militärreform (Soldatenmißhandlungen), Ministerverantwortlichkeit, Reichs-Schulgesetz, Revision des Strafrechts.

Der Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, gegen jede Zoll- und Handelspolitik, durch welche die Lebenshaltung des Volkes verschlechtert wird, für die Erweiterung und Sicherung der Volksrechte in Reich, Staat und Gemeinde ist mit höchster Energie weiterzuführen.“

143. Amendement Wurm und 40 Genossen zur Resolution Nr. 130 (hinter Absatz 3 einzufügen:)

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten.
2. Daß die Sozialdemokratie einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

144. Abänderungs-Anträge Stadthagen und 22 Genossen:

1. Zu Nr. 130, letzter Absatz, nach „erlangt“ (in Zeile 4) einzuschalten:
„nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und“
2. Zu Nr. 140 hinter „höfische“ (Zeile 5) wie folgt fortzufahren:
„Verpflichtungen zu übernehmen oder irgend welchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.“

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag den 13. September 1903, abends 7 Uhr.

Seit Halle ist noch kein Parteitag so zahlreich beschickt worden wie dieser, der heute abend zusammentritt. Der große Saal des „Trianon" erweist sich beinahe als zu klein für die Masse der Erschienenen. An sechs großen Längstafeln und zahlreichen Nebentischen haben die Delegierten Platz genommen. Im Hintergrunde und an den Seiten des Saales drängt sich die Menge der Zuhörer; Hunderte von einlaßbegehrenden Parteigenossen müssen wegen Ueberfüllung des Raumes zurückgewiesen werden. Vor dem Podium sitzen an zwei langen Tafeln die Vertreter der Presse, von der einige 60 Anmeldungen vorliegen, darunter auch solche von der ausländischen Presse.

Die Gewerkschaft der Tapezierer hatte in Stunden, die die Arbeit frei ließ, den Saal auf das reichste und geschmackvollste geschmückt. An der Hinterwand der Bühne, auf der sich der Vorstandstisch befindet, wird die Statue der Freiheit von den Büsten unsrer Vorkämpfer Marx, Lassalle, Engels und Liebknecht flankiert. Ein Hain von Lorbeer und Palmen umgiebt die Standbilder, über denen das Bild der aufgehenden Sonne den Völkerfrieden verkündet. Tannenreisig und Tannenguirlanden schmücken vereint mit Fahnen, Emblemen und Schilden die Wände und Säulen des Saales. Marx, St. Simon und Hutten lieferten den Text für die mahnenden und anspornenden Inschriften: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! — Erinnere Dich, daß man begeistert sein muß, um Großes zu vollbringen. — Die Geister sind erwacht; es ist eine wahre Lust zu leben! —

Pünktlich um 7 Uhr beginnen die Verhandlungen.

Namens des Dresdener Lokalkomitees begrüßt

Kaden die Delegierten mit folgender Ansprache: Ich eröffne die Versammlung. Auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes ersuche ich die Minderjährigen, das Lokal zu verlassen. (Große Heiterkeit.)

Parteigenossen und -Genossinnen! Im Namen des Lokalkomitees habe ich mich der ehrenvollen Aufgabe zu entledigen, Sie herzlich willkommen zu heißen, willkommen zu heißen auf einem Boden, auf dem die deutsche Sozialdemokratie für immer heimatberechtigt ist. Jubel erregte es unter den Genossen Sachsens, als der Parteitag in München beschloß, das nächste Mal nach Dresden zu gehen. Die sächsischen Genossen haben sich der Ehre, daß Sie hier in Dresden tagen wollen, würdig gezeigt, sie haben gezeigt, daß sie zu kämpfen wissen und sich würdig einem jeden an die Seite stellen dürfen, indem sie von den 23 sächsischen Reichstagsmandaten 22 als Morgengabe dem Parteitage entgegenbringen. (Lebhaftes Bravo!) Sie sind jetzt in einem roten Lande, Sie sind in einer roten Stadt. Ich heiße Sie nochmals herzlich, herzlich willkommen. (Beifall.)

Mit stolzer Freude blickt der Genosse der Ebene von Leipzig, vom Lausitzer und Erzgebirge, vom Vogtland und der in harter Fron schaffende Sandsteinarbeiter auf das Arbeiterparlament in Dresden, sie erwarten, daß Mittel und

Wege gefunden werden, um den Vormarsch zu beschleunigen zur Beseitigung der politischen Unterdrückung und der wirtschaftlichen Ausbeutung. Es ist das zweite Mal, daß in Dresden ein sozialistischer Kongreß tagt — das erste Mal im Jahre 1871. 32 Jahre sind seitdem vergangen. Der damalige Kongreß war aber nur ein Rumpfparlament der deutschen Arbeiter. Die Arbeiterklasse, soweit sie politisches Bewußtsein besaß, war gespalten, und der Gedanke der Notwendigkeit des Zusammenhaltens, des einheitlichen Vorgehens war noch nicht zum Durchbruch gekommen. Es war eine kleine Anzahl von Männern, die sich damals hier zusammengefunden hatten — 56 Delegierte hatten sich in dem Saale zum Münchener Hof eingefunden. Gewiß eine kleine Schar, aber eine mutige Schar. Mutig blickte sie in die Zukunft, und trotz aller Verfolgungen, die über sie hereinstürmten, war und blieb ihr Wahlspruch: Unser die Welt trotz alledem! Welche Fortschritte hat die Bewegung gemacht? Was wurde in den 32 Jahren geschaffen? 1871 hatten wir bei der Reichstagswahl nur etwas über 100 000 Stimmen, und das klassenbewußte Proletariat jubelte damals schon ob der Erfolge, daß es zwei Vertreter in den Reichstag senden konnte, wovon der eine noch nicht einmal direkt der Sozialdemokratie angehörte. Und heute? Heute nach 32 Jahren braust der Jubel des Proletariats durch die gesamte civilisierte Welt über unsre Erfolge bei den letzten Wahlen. Ueber drei Millionen Stimmen und 81 Mandate waren der Ertrag der Agitation in diesen 32 Jahren. Sachsen, auch Dresden, hat an diesen Erfolgen regen Anteil genommen. 1871 hatten wir in Sachsen 31 000 Eisenacher und 2200 Lassallesche Stimmen, in Summa 33¼ tausend Stimmen; heute zählen wir in Sachsen ziemlich 442 000 und haben von 23 Mandaten 22 erobert. Sachsen ist somit sozialdemokratisch, und das wird und muß es bleiben. Die Saat von 1871 hat tausendfältig Früchte getragen und statt des kleinen Häufleins stehen heute Hunderttausende, ja Millionen Kämpfer auf dem Kampfplatz. Unsre wirtschaftlichen und politischen Zustände haben uns auf diese Bahn gedrängt, und auf dieser Bahn müssen wir ständig fortschreiten. (Lebhafter Beifall.) Wohl waren die Kämpfe heiß in jenen 32 Jahren. Die herrschenden Gewalten wurden unterstützt durch den Unverstand der Massen; es war unsre erste Pflicht, diesen Unverstand zu beseitigen, damit jene Massen Schulter an Schulter mit uns kämpften. Ausnahmegesetze wurden über uns verhängt, aber trotz alledem gelang es nicht, uns in unsrem Vormarsch aufzuhalten. Die alte Garde kämpfte mit dem Feuer der Jugend, die Jugend folgte der alten Garde und schlug sich genau so tapfer wie diese. Den Einfluß und die Macht, die wir errungen haben, die haben wir errungen durch innere Kraft. Darum, Genossen und Genossinnen, möge auch auf diesem Parteitag das Bestreben obwalten, die Partei nach innen zu festigen und zu stärken. Unsre Gegner setzen ihre Hoffnung lediglich auf einen Zwiespalt in unsren Reihen. Sie müssen sich täuschen. Wir haben die Verpflichtung übernommen, tatkräftig für die Wohlfahrt des Volkes zu wirken; das Volk hat uns sein Vertrauen bekundet und diesem Vertrauen müssen wir durch Einigkeit und innere Kraft genügen. (Lebhafter Beifall.) Ich bin überzeugt, daß Sie alle in diesem Punkte mit mir übereinstimmen und sich der Verantwortlichkeit bewußt sind. Möge daher auch der Streit der Meinungen auf diesem Parteitage entbrennen — wenn er getragen wird von dem guten Willen der Partei zu nützen, dann wird er auch seine Früchte tragen. Dessen wollen wir eingedenk sein. Wir wollen neue Waffen schmieden auf diesem Parteitage, um den Kampf gegen ie Reaktion siegreich zu führen. Wir müssen kämpfen und streiten, wir dürfen ich diesem glänzenden Siege nicht stille stehen, sondern wollen überall den Feind rfolgen, um ihn niederzuschmettern! Unsre Parole muß dauernd immer die e bleiben wie seit fast 40 Jahren: „Auf zum Kampf, auf zum Sieg!" türmischer Beifall.)

Darauf nimmt das Wort, von der Versammlung mit lang anhaltendem ifall und Händeklatschen begrüßt

Bebel: Parteigenossen! Ich glaube im Sinne und Geiste aller, die hier zum Parteitag zusammengekommen sind, zu handeln, wenn ich unsrem alten Vorkämpfer August Kaden — denn auch er gehört bereits zu den Alten — unsren herzlichsten Dank ausspreche für die ebenso schwungvollen wie gutgemeinten Grüße und Beglückwünschungen, die er soeben ausgesprochen hat. Wenn irgend jemand, so haben gerade die Dresdener Genossen und speziell wieder August Kaden das Recht, hier jubelnd zu verkünden die großen Siege, die uns der Wahlkampf in den Schoß geworfen hat. Wohl waren wir auf große Erfolge gefaßt, wohl hat auch der eine oder der andre schüchtern gewagt, auszusprechen: Wir werden das an Stimmen und Mandaten bekommen, was wir tatsächlich erreicht haben; aber es offen zu sagen hat keiner gewagt, weil es doch immer eine bedenkliche Sache ist, in solchen Momenten Behauptungen aufzustellen, die vielleicht von den einen mit Jubel begrüßt, von den andern aber kopfschüttelnd aufgenommen werden und von denen immer zweifelhaft ist, wieweit sie in Erfüllung gehen. Aber die kühnsten Erwartungen sind nicht nur erfüllt, sondern noch übertroffen worden (Sehr richtig!), und ganz speziell hat Sachsen aber auch die allerkühnsten Erwartungen weit übertroffen. (Zustimmung.) Der Sieg, den Sachsen davongetragen hat, steht einzig da in der Geschichte der Wahlen aller Länder, soweit ich sie kenne. In Sachsen hat das Volksgericht es ausgesprochen: „Die da regieren, sind nicht die, von denen wir regiert sein wollen!" (Lebhafter Beifall), in Sachsen hat man ausgesprochen die moralische Depossedierung derjenigen, die heute in Sachsen das Heft in der Hand haben. In Sachsen ist endlich das Volksgericht mit elementarer Gewalt auf die Häupter derjenigen herniedergefahren, die uns seit Jahrzehnten gehudelt und gebüttelt haben, wie niemals eine Partei gehudelt und gebüttelt worden ist. Ich habe deshalb bereits in dem Artikel, der sich in Ihren Händen befindet, ausgesprochen, daß ich mir manchmal gesagt habe: Wann endlich wird das sächsische Proletariat den Geduldsfaden verlieren und seinen Unterdrückern einmal eine Antwort geben, wie sie sie hundert- und tausendfach verdient haben. Ich war vor zwei Jahrzehnten Zeuge dessen, was man sich in Sachsen an der allerofffiziellsten Stelle des Landes gegen die Sozialdemokratie herausgenommen hat, jenes Wortes, das der Minister des Innern frei heraus sagte: „Die Gesetze des Landes gelten zwar für alle, aber bei gewissen Gesetzen muß die Sozialdemokratie besonders behandelt werden!" (Pfui!) Das heißt: Alle Grundanschauungen der Gerechtigkeit, auf denen ein modernes Staatswesen beruhen soll, mit Füßen treten! Da habe ich mir immer gesagt: Wann wird endlich die Stunde kommen, wo das Volk von seinem einzigen wirklichen Rechte, dem Wahlrecht, Gebrauch macht, um denen da oben zu sagen: „Nehmt Euch in Acht! Jetzt ist das Maß unsres Unmuts voll!" (Sehr gut!) Als 1897 die Wahlentrechtung verhängt wurde, sagte ich mir: „Die Wahlen des Jahres 1898 werden wohl beweisen, daß das Maß der Geduld zum Ueberlaufen gebracht worden ist." Die damaligen Wahlen sind glänzend ausgefallen, aber ich sage Euch ganz offen: ich war noch nicht zufrieden damit. (Heiterkeit.) Ich sagte mir: das ist noch lange nicht genug, das muß noch ganz anders kommen. Als ich hier für die letzten Wahlen in Sachsen agitierte und mit diesem oder jenem Parteifreunde redete, sagte ich: „Ihr Sachsen seid famose Kerle (Heiterkeit), aber Ihr seid noch viel zu gemietlich (große Heiterkeit), Ihr müßt endlich einmal Galle in den Leib bekommen, Ihr müßt endlich einmal Zorn und Leidenschaft bekommen und dem Ausdruck geben!" Als dann der 16. und als Nachspiel der 25. Juni kam, da sagte ich mir: Bravo! Bravo! Jetzt endlich haben sie getan, was du längst erwartet hast! So war es schön, so war es brav! Die Herren da oben werden diesen Denkzettel so rasch nicht wieder vergessen (Bravo), umsoweniger, da wir ja weder in Sachsen noch im übrigen Deutschland geneigt sind, auf unsren Lorbeern auszuruhen. Wir haben viel erreicht, wir müssen noch mehr erreichen, und wenn man glaubt, uns in irgend einer Weise daran hindern

zu können, so möge man bedenken, daß die drei Millionen über 25 Jahre alten Männer, die für uns gestimmt haben, ganz genau wußten, wen sie wählten. Wenn sie es nicht gewußt hätten, wenn unsre Agitatoren und Kandidaten vergessen hätten, es ihnen zu sagen, so hätten die Gegner es ihnen gesagt. (Sehr richtig!) Die Gegner haben es in übertriebenstem Maße in die Ohren aller Wähler hineingeschrien, was wir für eine fürchterliche, von Gott und Teufel verlassene Gesellschaft sind. (Große Heiterkeit.) Man wußte also, wer wir waren, und alle die Angriffe, die Verleumdungen, der moralische Unrat, der in der Wahlagitation in noch viel größerem Maße als je zuvor über uns ausgegossen ist, hat unser Kleid nicht nur reinlich gelassen, er hat auch gezeigt, daß die Masse des Volkes sich von derartigen Anklagen und Beschimpfungen auch nicht eine Sekunde mehr betrügen und betäuben läßt, daß sie ganz genau weiß, was sie will, und die Entscheidung des 16. Juni war in allen Ecken und Gauen Deutschlands die schönste, die großartigste, die wir erwarten durften. Wir stehen ja hier in Dresden und in Sachsen auf altem Kulturboden, und insofern sind eigentlich die Ereignisse der letzten Zeit ganz natürlich. Man mag das Sachsenvolk beurteilen, wie man will, das eine muß man ihm zugeben, es marschiert bereits seit Jahrhunderten in kultureller Beziehung an der Spitze Deutschlands, weit mehr als das Westkalmückentum, das zuletzt die Herrschaft in Deutschland bekommen hat. Bereits gegen Ende des Mittelalters war Sachsen, soweit das unter den damaligen Verhältnissen möglich war, in wirtschaftlicher und ökonomischer Beziehung eines der fortgeschrittensten Länder Deutschlands. Die Leipziger Messe war die bedeutendste der Welt, Leipzig war die größte Handelsstadt, die Centrale, in der damals die ganze Handelswelt Europas sich zu bestimmten Zeiten des Jahres einstellte. Und wie heute, so war schon damals besonders das obere Erzgebirge die Blüte des Erzbergbaues und die Blüte der Hausindustrie.

Es war also nur ganz natürlich, daß als zu Anfang des 16. Jahrhunderts im Deutschen Reich der große Geisteskampf ausbrach, der mehr oder weniger die ganze Kulturwelt ergriff, Reformation genannt, ein so vorgeschrittenes Volk auch in diesem Kampfe Partei nahm und in seiner großen Mehrheit auf die Seite der Neuerer, der Reformatoren, trat. Und nicht allein das! Gerade in jenen Gegenden, die damals die Hauptsitze der industriellen Entwicklung waren, im Erzgebirge und der Zwickauer Gegend, war es, wo die am weitesten vorgeschrittene Richtung der Reformation, die Thomas Münzer leitete, ihren Hauptanhang fand. Die Marienkirche zu Zwickau war es, wo Münzer seine revolutionären Brandreden an die Bergknappen und die Hausweber hielt, an alle die Leute, die von jeher in religiöser Beziehung auf einem freieren Standpunkt gestanden haben, als sonst irgendwo in Deutschland. Und so ist es in Sachsen die ganzen Jahrhunderte trotz der schauderhaften Mißwirtschaft seiner Regierungen gegangen. Als zu Anfang des vorigen Jahrhunderts Napoleon kam und mit eisernem Besen den Schutt aus Deutschland hinausfegte, der sonst nur auf revolutionärem Wege hätte beseitigt werden können, da war es vielleicht nicht so ganz zufällig, daß der damalige König von Sachsen es für angemessen erachtete, sich auf die Seite Napoleons zu schlagen. Ich will meine historische Exkursion nach dieser Richtung hin nicht weiter ausdehnen, aber Tatsache ist, daß jenes französische Element, so sehr man es vom deutsch-nationalen Standpunkt aus verurteilte, im Deutschland jener Zeit die Rolle einer revolutionären Bewegung gespielt hat. (Sehr richtig!)

Ebenso natürlich war es, daß, als 1831 in Frankreich, wo im vorigen Jahrhundert so oftmals das Banner der Freiheit und Gleichheit erhoben wurde, die Juni-Revolution ausbrach, auch in Sachsen die Bewegung losging. Die sächsische Regierung wurde gezwungen, dem Volke eine Verfassung im modernen Geiste der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhundert zu gewähren, die in ihren

Grundlagen bis auf den heutigen Tag leider noch besteht. Das Jahr 1848 freilich fegte auch jene Verfassung hinweg, die Regierung war genötigt, das denkbar freieste Wahlrecht zu geben, aber nur sich fügend dem Druck von unten, der Gewalt von unten. Und sobald man glaubte, es wieder wagen zu können, da entriß man dem Volke alle Errungenschaften des „tollen Jahres“ und das Volk bekam die alte Ständeverfassung von 1831 in unverkürztem Maße und nach verschiedenen Richtungen hin verschlechtert wieder. Aber 1849 war es neben Baden speziell auch wieder Sachsen, das sich für die Reichsverfassung in die Schanze schlug. Hier in Dresden wurden bekanntlich die schweren Kämpfe gegen die preußische Soldateska, die ins Land kam, weil man sich auf die eignen Landeskinder nicht mehr verlassen konnte, geführt, die mit einer vollständigen Niederlage der damaligen Volksempörer endeten.

Ich war bekanntlich 1872 — wenn man sich wie ich zu der alten Garde rechnen darf, so ist es ja natürlich, daß man gern solche kleine Erinnerungen aufleben läßt — ich war bekanntlich 1872 mit unserm alten, leider verstorbenen Liebknecht wegen Vorbereitung zum Hochverrat — das Deutsche Reich steht heute noch (Heiterkeit) — zu zwei Jahren Festung verurteilt. Diese genossen wir in Hubertusburg, sehr zu meiner persönlichen Gesundheit. (Heiterkeit.) Da wurde in den letzten Wochen — Liebknecht, der früher eingezogen war als ich, war bereits ausgerückt — Hubertusburg als Civilfestung aufgehoben, und der schöne Königstein hier oben wurde Civilfestung. So führte mich denn am 23. April — ich vergesse den Tag nicht; es war gerade Königs Geburtstag (Große Heiterkeit); ganz Dresden prangte im Fahnenschmuck — ein Aufseher auf den Königstein. Dort habe ich die letzten drei Wochen meiner Haft verbüßt. Der Festungsgefangene hat das Recht — natürlich gegen Entschädigung, denn der Staat giebt nie etwas umsonst (Heiterkeit) — einen Wärter zu verlangen, der ihm gewisse Dienste leistet, das Zimmer reinigt, das Bett macht und so weiter. Der Mann, den ich hatte, war 71 Jahre alt; es war derselbe, der früher Bakunin und Tot zu bedienen gehabt hatte. Natürlich war das für mich sehr interessant.

Das war vorübergegangen, aber das reaktionäre Regiment blieb in Sachsen. Naturgemäß, als Ende der fünfziger Jahre die große politische Bewegung wieder einsetzte mit der Gründung des Nationalvereins usw., faßte diese Bewegung in Sachsen festen Boden, und sofort wurden an allen Ecken und Enden, anknüpfend an die achtundvierziger Traditionen, Volks- und Arbeitervereine gebildet. Allerdings sollten nach einem Bundesratsbeschluß von 1855 Arbeitervereine nicht existieren. Aber es ging da, wie es so manchmal geht; es giebt Perioden, wo alle gesetzlichen Bestimmungen nicht aufrechterhalten werden können, man mag wollen oder nicht. 1861 waren in Leipzig und Dresden Arbeitervereine gegründet worden. Da trat 1863 Lassalle auf; Sie wissen, es waren im Mai dieses Jahres 30 Jahre verflossen seit der Begründung der sozialdemokratischen Partei, repräsentiert durch den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Unter der großen Zahl der hier Anwesenden befindet sich, soviel ich weiß, kein einziger, der an jener Gründung des Allgemeinen Arbeitervereins teilgenommen hätte. Ich selbst, und ich glaube auch Genosse Motteler, waren damals entschiedene Gegner der Lassalleschen Richtung und bekämpften sie eifrig. In Dresden erklärte sich Försterling, der an der Spitze des Arbeitervereins stand, sofort für Lassalle und machte Propaganda für ihn, aber ohne nennenswerten Erfolg. Wir hatten damals die Sitte, gegenseitig zu unsren Stiftungsfesten Delegierte zu entsenden. In Leipzig waren im Jahre 1863 zwei Vereine, einer von der Lassalleschen Richtung und einer von der Richtung, der ich angehörte. Zu dem Stiftungsfest des Dresdener Vereins wurde von meinem Verein ich als Delegierter entsandt, und da kam es denn zu einem ganz gehörigen Aufeinanderplatzen der Gegensätze. Försterling gelang es nicht, den Verein auf seine Seite zu bringen und er trat aus. 1867 fanden die Wahlen zum konstituierenden

Reichstag statt. Selbstverständlich standen wir auch bei diesen Wahlen gegen einander. Wir hatten in Chemnitz unmittelbar nach der Schlacht bei Königgrätz Versammlungen veranstaltet, auf denen die Lassalleaner ebenfalls vertreten waren, in denen wir ein, wie mir scheint durchaus sozialistisch-demokratisches, Programm entwarfen. Die anwesenden Lassalleaner stimmten zu; die entscheidende Stelle vermerkte das dann aber übel und so mußte die Zustimmung zurückgezogen werden. Bei den Wahlen bekämpften wir uns, wie gesagt, überall, aber schon damals zeigte sich, daß wir, wenn auch nicht offiziell Sozialisten, so doch tatsächlich sozialistisch kämpften. So allein war es möglich, daß z. B. im 17. sächsischen Wahlkreise auf mich über 4600, auf den Lassalleschen Kandidaten kaum 400 Stimmen entfielen. Vom Jahre 1871 hat schon Kaden gesprochen; ich möchte dazu noch eine kleine Episode mitteilen. Nach der Gefangennahme des Braunschweiger Ausschusses war es ja nötig, den Ausschuß nach Dresden zu verlegen. Wir wußten ganz genau, daß der Braunschweiger Ausschuß das ganze Partei-Archiv in die Hände der Polizei hatte fallen lassen mit allen möglichen Briefen von Marx, Engels, mir u. a. Ich setzte mich also hin und schrieb nach Dresden: Seid so gut und nehmt euch das Braunschweiger Beispiel zu Herzen und hebt nicht etwa unsre Briefe auf! Das half aber nichts; als nachher die Polizei Haussuchungen vornahm, fand sie alles und meinen Brief mit. (Heiterkeit.) Natürlich, als nachher die Untersuchung wegen Hochverrats gegen mich geführt wurde, kam eines Tages der Untersuchungsrichter mit diesem Briefe und sagte mir: „Das ist ja sehr verdächtig! Sie haben da ja gewarnt!" So war man trotz aller Verfolgungen doch von einem Vertrauensdusel beseelt, wie er später nicht mehr vorhanden war. — Dann gelang es uns 1877 hier in Dresden zum erstenmal, den sozialdemokratischen Kandidaten durchzubringen. Die Freude dauerte nicht lange; 1878 nach der Auflösung behaupteten wir das Mandat noch, aber dann kam das bitterböse Jahr 1881, wo wir in Dresden unter dem Belagerungszustand wählten, und da war es mit den Siegen zu Ende. Aber endlich haben wir auch Sachsens Hauptstadt wieder erobert, zum erstenmal 1898, glänzender und großartiger in diesem Jahre, und wir dürfen hoffen, daß unter dem heutigen Wahlrecht niemals mehr daran zu denken ist, daß uns Sachsens Hauptstadt oder einer der andren Bezirke Sachsens genommen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ich glaube also, wir haben alle Ursache, uns nicht nur dieses Sieges, sondern auch speziell darüber zu freuen, daß wir Gelegenheit haben, diesen Parteitag in den Dresdener Mauern zu begehen. Wir waren von vornherein überzeugt, daß die Dresdener Genossen alles aufbieten würden, um uns die Tage hier so angenehm als möglich zu machen. Im übrigen schließe ich mich voll und ganz den Schlußworten meines verehrten Vorredners an und damit will ich meine offizielle Begrüßung schließen.

Ich erkläre hiermit im Namen des Parteivorstandes den Parteitag für eröffnet. Ich bitte Sie, nunmehr die Vorsitzenden zur Leitung der Verhandlungen zu wählen. Wie üblich wählen wir nicht einen ersten und zweiten Präsidenten, sondern zwei Präsidenten mit gleichen Rechten . . .

Lienau-Neumünster: Ich schlage Singer und Kaden vor.

Beide werden einstimmig gewählt.

Bebel bittet die beiden Gewählten, die Geschäfte in die Hand zu nehmen. Meine Aufgabe ist damit erledigt. (Lebhafter Beifall.)

Singer, mit stürmischem Beifall begrüßt, dankt zugleich in Kadens Namen für das Vertrauen, das die Wahl ihnen beweise. Wir werden bemüht sein, die Geschäfte so zu führen, daß wir den Aufgaben, die dieser Parteitag hat, voll gerecht werden zum Nutzen der Partei. (Bravo!)

Ich will nach den trefflichen Ausführungen, die wir eben gehört haben, nicht eine längere Rede halten. Aber daran möchte ich doch erinnern in dem Augenblick, wo dieser Parteitag zusammentritt nach einer glorreichen Wahlschlacht, in welcher die Augen der ganzen Welt auf uns gerichtet waren und nach der die Bruderparteien aller Länder uns ihre Sympathie für unsre Wahlerfolge ausdrückten, daß wir binnen kurzem den Tag wiederkehren sehen, wo vor 25 Jahren das Sozialistengesetz erlassen wurde, das ein Ausnahmerecht schuf für die Partei, die die Befreiung aller Unterdrückten auf ihre Fahne geschrieben hat. Jenes Gesetz, das die Sozialdemokratie vernichten sollte, es hat auch in Sachsen gewütet. Wenn es ein Land giebt, in dem die Schergen dieses brutalen Gesetzes auf das eifrigste bemüht waren, die Sozialdemokratie als Partei und in ihren Mitgliedern zu schädigen, dann war es auch Sachsen. (Lebhafte Zustimmung.) Wollen wir uns doch nicht verhehlen, daß unbeschadet der Vorzüge, die Bebel mit vollem Recht dem sächsischen Volke zugeschrieben hat, seine politischen und wirtschaftlichen Leiter den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen dürfen, Sachsen an die Spitze der Reaktion geführt zu haben. (Lebhafte Zustimmung.) Gedenken wir aber des Tages, der uns das Sozialistengesetz brachte, so können wir auch rühmend gedenken der sächsischen Genossen, die unsere Vorhut im Kampfe gegen dieses Gesetz waren, die trotz Regierung und Polizei ihre revolutionäre Ueberzeugung betätigten. (Lebhafter Beifall.)

So wollen wir denn unsre Verhandlungen beginnen, indem wir unsern Dank an die sächsischen Genossen und an die Gesamtpartei Deutschlands für ihre mutvolle, erfolggekrönte Arbeit ausdrücken in dem Ruf: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch, hoch, für immer hoch! (Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und stimmen begeistert in den Ruf mit ein.)

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Schulz-Bremen gewählt: Oppel-Berlin, Frl. Baader-Berlin, Lohrberg-Hannover, Keil-Stuttgart, Weidner-Frankfurt a. M., Stengele-Hamburg, Feldmann-Langenbielau, Stücklen-Altenburg und Meist-Köln.

Zu Mitgliedern der Mandatsprüfungs-Kommission die zugleich Kommission zur Vorberatung der dem Parteitag zugehenden Beschwerden und Wahlkommission ist, werden auf Vorschlag von Schmidt-München gewählt: Wels-Berlin, Frau Zietz-Hamburg, Brey-Hannover, Frank-Mannheim, Busholb-Friedberg, Gruenwaldt-Hamburg, Stolpe-Grünberg, Nadl-Nürnberg und Pickelmann-München.

Singer bittet die Kommission, sich heute zu konstituieren und morgen die Mandate beim Eintritt in den Saal von den Delegierten in Empfang zu nehmen.

Als tägliche Tagungsdauer des Parteitags schlägt Singer die Zeit von 9 bis 1 und von 3 bis 7 vor.

Ledebour-Berlin bittet, die Mittagspause auf die Zeit von 1 bis 4 Uhr auszudehnen und die Nachmittagssitzung lieber bis 8 Uhr währen zu lassen. Dauert die Mittagspause nur zwei Stunden, so können die Delegierten die Kunstanstalten, Bildergalerien usw. nicht besuchen. Auch erleichtert es die Arbeit, wenn eine längere Erholungspause eingeschoben wird.

Singer wendet sich gegen diesen Vorschlag. Es sei zu befürchten, daß die Pause doch länger werde. Auch die Rücksicht auf die Vertreter der Presse, besonders unsrer Presse, läßt es dringend wünschenswert erscheinen, um sieben schließen, damit die Genossen in den Parteicentren die Verhandlungen schon nächsten Morgen im vollen Umfange lesen können.

Der Parteitag lehnt den Antrag Ledebour ab und nimmt den Vorschlag Singers an. Der Parteitag giebt sich hierauf eine Geschäftsordnung. Der vorliegende Entwurf der Geschäftsordnung, der derselbe ist bei allen bisherigen Parteitagen, wird debattelos angenommen.

Der Parteitag geht hierauf zur Festsetzung der Tagesordnung über.

Singer: Hierzu liegen vor die Anträge 1, 2, 3 und 6.

Ich möchte Ihnen meinerseits Vorschläge für die Abänderung der Tagesordnung machen, wie ich sie nach dem Studium der betreffenden Anträge und der Verhandlungen, die an vielen Orten darüber stattgefunden haben, für tunlich und praktisch halte. Ich kann diese Modifikation der Tagesordnung, die ich ja selbst mit beschlossen habe, um so ruhiger vorschlagen, als die Parteileitung selbst die Ihnen vorgeschlagene Tagesordnung ja immer nur als einen Entwurf bezeichnet hat. Viele Wünsche beziehen sich darauf, daß ein besonderer Referent bestimmt werden soll für die Reichstagswahl, andre wollen, daß die revisionistischen Bestrebungen in der Partei besonders auf die Tagesordnung gebracht werden, die dritten wollen, daß die Vizepräsidentenfrage, die in der letzten Zeit die Diskussion in der Partei lebhaft beherrscht hat, ebenfalls auf die Tagesordnung kommt. Ich bin der Meinung und weiß mich mit einer größeren Anzahl von Parteigenossen darin einig, daß der Wunsch, diese Fragen hier auf dem Parteitage in aller Ruhe und Gründlichkeit zu verhandeln, durchaus berechtigt ist. Das können wir jedoch auch, wenn wir diese Punkte zwar nicht als besondere Gegenstände mit Referenten und Korreferenten auf die Tagesordnung setzen, sondern diese Punkte innerhalb der vorgeschlagenen Gegenstände der Tagesordnung gesondert für sich behandeln und, um auch dem Wunsche nach Referenten und Korreferenten gerecht zu werden, für diese Punkte die Beschränkung der Redezeit aufheben. Dadurch wird niemand in seinen Ausführungen eingeschränkt. Es wird unsre Verhandlungen fördern, wenn wir in dieser Weise verfahren. Gestatten Sie, daß ich Ihnen über diesen Punkt meinerseits einen Vorschlag mache. Wir würden mit der Diskussion des Vorstandsberichts beginnen. Diese Diskussion würde sich auf alles das erstrecken, was Ihnen der Vorstand schriftlich berichtet hat und was der Referent noch hinzufügt. Es würde der Vorstandsbericht mit diskutiert werden, und im Anschluß daran würden als gesondert zu behandelnde Punkte zur Verhandlung gestellt werden: die Frage der Mitarbeit von Parteigenossen an der bürgerlichen Presse, die Frage der Differenzen zwischen dem Genossen Bebel und der Redaktion des „Vorwärts“ und die Polenfrage, die wir namentlich infolge des Umstandes, daß die polnische Bruderpartei an den Parteitag einen offenen Brief gerichtet hat, verhandeln müssen. Das wäre der erste Punkt der Tagesordnung. Es würde folgen der Bericht der Kontrolleure und der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit in der letzten Session, und als ein gesonderter Punkt würde dann auf die Tagesordnung kommen unter der Rubrik „Taktik“ die Erörterung der Frage der Reichstagswahl, der Vizepräsidentenfrage und der, wie die Anträge sie hier bezeichnen, „revisionistischen“ Bestrebungen in der Partei. Ich glaube, daß wir auf diese Weise, ohne in ein allgemeines Durcheinander zu kommen, jede dieser Fragen ihrer Wichtigkeit entsprechend behandeln können.

Antrag 1 wird g e n ü g e n d u n t e r s t ü t z t. N i c h t genügend unterstützt werden die Anträge 2, 3 und 6.

Antrag 5 wird genügend unterstützt.

Singer teilt dazu mit, daß die Absicht bestehe, nach den Verhandlungen des Parteitags eine Konferenz der preußischen Delegierten zusammenzuberufen zur Besprechung über das, was bezüglich der preußischen Landtagswahlen noch zu besprechen ist.

Timm-München: Der Vorschlag Singers, so gut er gemeint ist, dürfte geschäftlich doch nicht praktisch sein. Wenn nach Singers Vorschlag schon bei dem ersten Punkt der Tagesordnung Unterabteilungen eingerichtet werden sollen — die Affäre Bebel-„Vorwärts“, die Mitarbeit von Parteigenossen an der bürgerlichen Presse, die Polenfrage —, so können wir dabei zu einer derartig ausgedehnten Debatte kommen, daß meiner Empfindung nach die wichtigsten Fragen, die die Parteigenossen interessieren, entschieden zu kurz kommen würden. Ich

würde es für viel zweckmäßiger halten, wenn man zunächst den Geschäftsbericht des Vorstands diskutiert und dann als einen besonderen Punkt „Das Ergebnis der Reichstagswahlen“ auf die Tagesordnung setzt. Nach den so verschiedenartigen Auseinandersetzungen über diese Frage erwarten die Parteigenossen eine Klärung der Meinungen. Deshalb bitte ich um Annahme des Antrags 1. Bebel und Vollmar werden wohl bereit sein, die Referate zu übernehmen.

Bebel: Ich glaube kein Amtsgeheimnis zu verraten, wenn ich sage, daß die Vorschläge Singers auf Grund einer sehr eingehenden Beratung der Parteileitung im Verein mit der Kontrollkommission gemacht worden sind, und zwar haben wir uns dazu verstanden im Interesse der möglichsten Abkürzung der Verhandlungen auf der einen und größtmöglicher Klarheit auf der andern Seite. Wenn Timm befürchtet, daß bei irgend wem die Absicht bestehe, die Erörterung der Differenzen, wie sie in den letzten Wochen in der Presse und in zahlreichen Versammlungen diskutiert worden sind, auf dem Parteitag zu kurz kommen zu lassen, so befindet er sich in vollständigem Irrtum. Im Gegenteil, wir wollen eine gründliche, sehr gründliche Aussprache herbeiführen. In dem Bericht des Parteivorstands ist die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern bereits aufgeworfen, ebenso die Polenfrage und eine Reihe andrer Fragen. Wir sagten uns, wenn wir den ganzen Vorstandsbericht in extenso mit all diesen speziellen Fragen zugleich zur Debatte stellen, und der eine redet über das, der andere über jenes, der dritte wieder über etwas andres, so haben wir eine ganz zerfahrene Debatte. Und deshalb schlagen wir vor, diejenigen Punkte, die eine zusammenhängende Erörterung erheischen, besonders zu behandeln. Dann kommen alle Beteiligten zu ihrem Recht und wir haben eine klare Sachlage. Es würde sich höchstens noch um die Erörterung der Differenz zwischen dem „Vorwärts“ und mir handeln können. Wir haben uns aber gesagt, die Frage wird nach der gegenseitigen Aussprache, die erfolgt ist und nachdem hüben und drüben Aufklärung gegeben ist, vielleicht viel kürzere Zeit den Parteitag beschäftigen, als die meisten meinen. (Hört! hört!) Die Sache wird ziemlich schnell erledigt, aber es ist bei der eigenartigen Natur des Falles doch erwünscht, ihn speziell zu erörtern. Ich bitte Sie also dringend, den Vorschlag von Singer anzunehmen. Nun ist ja meines Erachtens eigentlich keine weitere Meinungsverschiedenheit zwischen Timm und Singer, als daß Timm bei der Reichstagswahl die Vizepräsidentenfrage und die Taktik im allgemeinen mit erörtert wissen will. Wir haben lange darüber beraten; es wurde der Vorschlag gemacht, die Reichstagswahl an sich, ihre Einwirkung auf die künftige Taktik und Haltung der Fraktion zu erörtern. Aber wir sagten uns, daß das gar nicht möglich ist, ohne daß man gleichzeitig auf die Vizepräsidentenfrage zu sprechen kommt. Nun ist ja bei mir und vielen anderen die Auffassung vorhanden, daß die Vizepräsidentenfrage eine Frage der allgemeinen Taktik der Partei ist, und so lag es auf der Hand, nachdem wir den parlamentarischen Bericht der Fraktion erledigt haben, auf die Reichstagswahl, ihre Ergebnisse, ihre Folgen und Wirkungen überzugehen und bei dieser Gelegenheit die Vizepräsidentenfrage zu erörtern. Das ist durchaus logisch und vernünftig. Bezüglich der Referenten habe ich bereits öffentlich erklärt, daß ich der Meinung bin, wir brauchen keinen Referenten zu ernennen. Ich weiß nicht, wie Vollmar darüber denkt, aber ich bin auch jetzt noch der Meinung, und wenn ich nicht irre, waren wir auch bei der heutigen Besprechung alle der Anf
daß es nicht notwendig sein wird, spezielle Referenten zu ernennen. Es kan
vielleicht sein, daß man, um einen Abschluß herbeizuführen, im gegebe
Moment dazu übergeht, zu bestimmen, daß von jeder Seite nur noch ei
redet. Das weiß ich nicht. Dagegen werden wir die einleitenden Refer
dadurch sparen können, daß wir bei diesem Punkt die Zeitbeschränkung aufhe
Das ist dringend nötig. Also, ich glaube, Sie tun gut, wenn Sie die Vorschl
Singers auch nach dieser Richtung hin annehmen.

Hiermit schließt die Debatte.

Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Parteitag erhebt die Vorschläge Singers zum Beschluß.

Zum Antrag 5 bemerkt

Singer: Ich weiß nicht, ob der Antragsteller wünscht, daß das Resultat der Konferenz der preußischen Delegierten wieder dem Parteitag mitgeteilt werden soll. Ist das nicht der Fall, so ist der Antrag gegenstandslos durch die Mitteilung, daß diese Konferenz im Anschluß an den Parteitag stattfinden soll.

Dr. Quarck-Frankfurt a. M.: Im Namen der Frankfurter Genossen kann ich erklären, daß wir mit dem Vorschlag Singers einverstanden sind.

Singer: Dann ist auch dieser Antrag erledigt.

Die Tagesordnung lautet also:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. a) Allgemeines. b) Kasse. c) Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse. d) Differenz zwischen Bebel und der „Vorwärts"-Redaktion. e) Polenfrage.
2. Bericht der Kontrolleure.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.
4. Taktik der Partei. a) Reichstagswahlen. b) Vizepräsidialfrage. c) Die revisionistischen Bestrebungen.
5. Maifeier.
6. Der internationale Kongreß in Amsterdam 1904.
7. Anträge zum Programm und Organisation.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure sowie des Ortes des nächsten Parteitages.

Damit ist die Tagesordnung der Vorversammlung erledigt.

Schluß $8^3/_4$ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag den 14. September. — Vormittags-Sitzung.

Um $9^1/_4$ Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen.

Singer: Nach den Bestimmungen des sächsischen Vereinsgesetzes fordere ich die Minderjährigen auf, den Saal zu verlassen. (Heiterkeit.) In Uebereinstimmung mit dem überwachenden Beamten erkläre ich, daß diese Aufforderung für alle Sitzungen des Parteitages gilt und nicht mehr wiederholt werden wird.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich die Aufgabe, namens des Parteitages die zu unsren Verhandlungen erschienenen Delegierten der ausländischen Bruderparteien zu begrüßen. Wir haben auf allen unsren Parteitagen die Ehre und die Freude, so liebe Gäste anwesend zu sehen. Ich heiße sie, wie stets, so auch hier in Dresden herzlich und brüderlich willkommen. Wir sind stolz darauf, daß unsre Parteitage zahlreich von ausländischen Bruderparteien beschickt werden, und ich weiß mich einig mit jedem Mitglied des Parteitages, wenn ich von dieser Stelle aus und in den Tagen, wo die Vertreter der deutschen Partei zum erstenmal nach den Wahlen versammelt sind, sämtlichen Bruderparteien unsren wärmsten Dank ausspreche für die vielfachen Beweise der Solidarität, die sie uns im letzten Wahlkampf bewiesen haben. (Bravo!) Die sozialdemokratischen Parteien der ganzen Welt haben uns in diesem schweren Kampf nicht nur materiell unterstützt, sondern: noch wertvoller und freudiger sind von uns empfunden worden die Beweise der Solidarität, der Sympathie, der Freude, die sich ausgedrückt haben in den Zuschriften, die wir nach unsrem Siege erhalten haben. Diese Beweise

der Solidarität zeigen aufs neue, daß der Kampf, den wir in Deutschland führen, von unsren Bruderparteien angesehen wird als ein Kampf, der geführt wird für den Sozialismus der ganzen Erde, im Interesse aller sozialistischen Parteien, gleichgültig, welchem Lande sie angehören. Dies Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Solidarität hat die deutsche Partei immer beseelt, und dafür, daß dies Gefühl seitens der ausländischen Parteien gelegentlich unsres Wahlkampfes in so vollendeter Weise zum Ausdruck gekommen ist, dafür spreche ich im Namen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands unsern wärmsten Dank aus. Die ausländischen Genossen werden, wie immer, so auch den diesjährigen Verhandlungen mit Interesse folgen. Wir sind sicher, daß ihre Wünsche sich mit den unsrigen einen; daß unsere Verhandlungen dem Wohle und der Befreiung des deutschen, und damit auch des internationalen, des Proletariats aller Länder dienen mögen. (Lebhafter Beifall.)

Anwesend sind die Genossen Adler und Skaret von der Parteileitung der österreichischen Gesamtpartei, Genosse Pernerstorfer als Vertreter des parlamentarischen Verbandes der österreichischen Reichsratsfraktion, Genosse Nemec als Vertreter der czechisch-slavischen Parteileitung, Genosse Tak vom Parteivorstand der holländischen Partei, die Genossen Askew und Jones als Vertreter der Sozialdemokratischen Föderation Englands, der Genosse Wilshire als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Amerikas.

Adler-Wien: Werte Genossen und Genossinnen! Wenn ich hier im Auftrage der österreichischen Sozialdemokratie die Aufgabe habe, Sie zu begrüßen, so möchte ich eigentlich in ein Wort zusammenfassen, was wir in den letzten Monaten mit Euch und für Euch empfunden haben. Sie wissen ja längst, daß die österreichische Sozialdemokratie mit der deutschen eins ist durch Geschichte, durch Sprache, in einer vielleicht noch engeren Weise als jede andre. Aber Sie können sich unmöglich eine Vorstellung davon machen, was die Wirkung Ihres Sieges bei den Reichstagswahlen bei uns in Oesterreich war. Ihre Wahlerfolge und ich darf sagen auch die Art, wie Sie sie errungen haben, waren für uns ein politisches Ereignis ersten Ranges weit über die persönlichen Sympathien innerhalb unsrer Partei hinaus. Am Morgen nach der Wahl haben wir in Wien die Arbeiterschaft in einer Aufregung, einer Freude, einem Jubel gesehen, wie wir sie nicht größer hätten haben können, wenn wir so glücklich gewesen wären, solche Siege zu erringen. Ich will von Oesterreich nicht lange sprechen, um nicht mir und Ihnen die Freude zu verderben, aber das muß ich Ihnen doch anführen: Wir leben in Oesterreich in so schwierigen und komplizierten Verhältnissen, daß wir genötigt sind, den eigentlichen Inhalt unsrer Arbeit, den proletarischen Kampf fortwährend zu unterbrechen, um den Boden flicken zu helfen, auf dem sich alles vollzieht. Wir leben in einem Lande, dessen Existenz fortwährend in Frage gestellt ist, wo alle Verhältnisse schwankend und unsicher sind und wo nichts sicher ist als eben diese Unsicherheit, in einem Staate, der, man könnte meinen, in Liquidation begriffen ist; aber niemand ist da, der Liquidator sein möchte, und wenn Oesterreich einmal stirbt: lachende Erben wird es nicht haben. Das ist die ungeheuere Schwierigkeit, in der wir stehen, daß bei uns der Klassenkampf durchaus nicht klare Form haben kann, durchaus nicht die klassische Form, die er in Deutschland hat. Aber gerade in diesen Wirrnissen ist es uns ein Trost, eine Hoffnung und, ich kann sagen, eine Richtschnur, wenn wir sehen, wie in Deutschland das Proletariat und seine Vertretung, die Sozialdemokratie, in gerader Linie, ohne zu weichen und zu wanken, den Weg geht, den ihm die Geschichte vorzeichnet und der zum Siege führt. Das ist für uns ein Trost und sehr oft ein Beispiel, denn es ist für uns notwendig, daß wir davor bewahrt bleiben, über die Fragen des Tages, die für den Staat Lebensfragen, für uns aber nur mittelbar von Bedeutung sind, unsre eigentliche geschichtliche Aufgabe zu vergessen. Wir kommen hierher nicht allein um Sie zu beglückwünschen, sondern auch um zu lernen. Wir kommen hierher, um von der deutschen Sozialdemokratie zu lernen, wie man realpolitische sozial-

demokratische Politik macht — Realpolitik in jenem großen Sinne, der nicht nur die kleinen vorübergehenden Erscheinungen des Tages als real ansieht, sondern als wichtigsten Realismus die Wurzeln betrachtet, aus der die ganze Bewegung entsprungen ist. Ich kann hier nicht sprechen, ohne an den gestrigen Vortrag Bebels zu erinnern, der die Zeit unmittelbar nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes gestreift hat. Damals haben wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in Oesterreich an die Aufhebung des Sozialistengesetzes die Hoffnung, die Meinung, die Phantasie — können wir heute sagen — geknüpft, daß eine durchgreifende Aenderung der Politik der herrschenden Klassen sich anbahne. Wir erinnern uns an diesen Irrtum. Wenn wir nicht ernstlich für ihn büßen mußten, so nur deshalb, weil wir an der prinzipiellen Grundlage der Partei, an der Grunderkenntnis für jede proletarische Politik festgehalten haben, weil wir zurückgegangen sind auf diesen Gedanken und hinter dem Schein der Tagespolitik das Wesen des Klassenkampfes erkannt haben. (Bravo!)

Sie sind in Dresden, das vorigemal waren Sie in München, so kommen Sie uns immer näher. (Heiterkeit.) Sie werden begreifen, daß sehr viel Oesterreicher sehr gern hier wären, und ich wundere mich nur, daß nicht Extrazüge aus Nordböhmen eingelegt worden sind. (Heiterkeit.) Wenn Sie so in unsrer Nähe sind, dann kommt es am allerersten uns zum Bewußtsein, wie glücklich Sie hier sind, obgleich Sie in Sachsen sind (Heiterkeit), wie leicht Sie es haben und wie schwer wir, wie kümmerlich, wie undankbar der Boden ist, den wir bearbeiten. Ihre werktätige Sympathie hat uns immer begleitet. Hoffentlich bleibt sie uns. Für uns können Sie nichts mehr tun, als wenn die deutsche Sozialdemokratie bleibt, was sie ist, sich selbst getreu und für immer. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne begrüße ich den deutschen Parteitag und die deutsche Sozialdemokratie! (Bravo!)

Nemec überbringt die Grüße der czechisch-böhmischen Partei und drückt seine Freude aus über den Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie, der auch für die ausländischen Genossen eine Stärkung und Kräftigung des Selbstbewußtseins bedeutet. (Beifall.)

Tak-Amsterdam: Im Auftrage des Parteivorstandes und im Namen der holländischen Sozialdemokratie begrüße ich Sie herzlichst. Wir gratulieren Ihnen zu Ihrem glänzenden Siege, der nicht nur für Deutschland, sondern für das gesamte internationale Proletariat, an dessen Spitze Ihr, deutsche Brüder, marschiert, einen Sieg bedeutet und der zugleich der beste Beweis ist nicht nur für die Kraft unsres Prinzips, sondern auch für die Richtigkeit Ihrer jetzt so vorzüglich bewährten Taktik. Hoffentlich werden auch wir in Holland bald sagen können, daß nicht nur das Ziel gut war — das wissen wir alle — sondern daß auch die Mittel und Wege gut gewesen sind. Wir in Holland stehen vor einer sehr kräftigen Reaktion. Kaum zwei Jahre haben wir eine klerikale Regierung und schon sind die Rechtsliberalen und die Mittelstehenden mit dem Regiment ihrer alten Feinde sehr zufrieden. So vereinigt sich die Bourgeoisie sehr rasch zu einer reaktionären Masse. Der Massenstreik dieses Jahres hat diesen Prozeß stark gefördert, wenn auch der Streik sonst nicht in allen Teilen erfreulich war. Wir standen vor einer Aufgabe, der wir nicht gewachsen waren. Und jetzt? Die Regierung und die Eisenbahnkompagnien haben nach ihrer Angst während des Streiks den Sieg gefeiert mit harten Maßregelungen, und noch jetzt laufen die christlichen Leute mit der Hungerpeitsche durchs Land, sie peitschen den Familienvater aus der Werkstatt und lassen ihn mit Frau und Kind verhungern. (Bewegung.) Diese Opfer des bürgerlichen Hasses haben Sie, deutsche Brüder, mit reichen Spenden aus Ihrer schon so in Anspruch genommenen Kasse unterstützt. Dafür unseren besten und verbindlichsten Dank! Die Internationalität ist für uns kein leeres Wort. Das nächste Jahr werden wir in Amsterdam die Ehre und die Freude haben, das internationale Proletariat zu empfangen. Unsre

Stadt ist kein Paris oder London, aber unsre Herzen werden sich nicht weniger den ausländischen Genossen öffnen. So mögen Sie denn, wenn auch nicht zu drei Millionen — das wäre uns wohl zu viel (Heiterkeit) — aber doch in großer Zahl nach Amsterdam kommen. Wir werden unser bestes tun, es Ihnen dort angenehm und bequem zu machen. (Bravo!) Doch genug! Ich bin hierher gekommen, um einen Brudergruß auszusprechen, und wenn auch unser erster und letzter Gedanke stets das internationale Proletariat ist, so sei es mir doch erlaubt, zu Anfang dieser großen Parteiwoche einen Gruß zuzurufen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

Jones-London (übersetzt von Genossen Ledebour): Ich komme zu diesem Kongreß im Auftrage der englischen Sozialdemokratie. Es ist allerdings ein nationaler Kongreß, aber er hat eine internationale Bedeutung für das kämpfende Proletariat der ganzen Welt. Aus England habe ich ja keine guten Nachrichten zu bringen. Wir in England sind noch eine kleine Partei. Die Engländer gehen langsam vorwärts, aber wenn sie einmal vorwärts gehen, so weichen sie auch keinen Schritt wieder zurück. Die englische Arbeiterbewegung befindet sich jetzt in einem Uebergangsstadium. Mehr und mehr dringen die Ideen der revolutionären Sozialdemokratie in die Gewerkschaftsbewegung Englands hinein. Von Jahr zu Jahr verstärkt sich innerhalb der großen Gewerkschaftsbewegung der sozialistische Gedanke, und bei den nächsten Wahlen hoffen die englischen Sozialdemokraten zusammen mit den ihnen nahestehenden Arbeiterorganisationen 70 bis 80 Arbeiterkandidaten aufzustellen, darunter eine große Zahl ausgesprochener Sozialdemokraten. Bei einem großen Teil dieser Kandidaten dürfen wir auf den Sieg hoffen. Es wird hoffentlich einmal die Zeit kommen, wo die englischen Arbeiter, die bisher auf ökonomischem Gebiet im Vordergrund gestanden haben, auch politisch die Vorhut der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt bilden werden. Wir in England haben zu kämpfen mit den sogenannten „respektablen" Klassen, und der große Mangel der englischen Arbeiterbewegung ist, daß diese Sucht nach „Respektabilität" in den früheren Jahrzehnten auch vielfach in die Arbeiterklasse eingedrungen ist, und sie zu gefügigen Werkzeugen der Kapitalisten und ihrer politischen Handlanger gemacht hat. Die englische Regierung ist klug genug, die Arbeiter nicht, wie es auf dem Kontinent und besonders in Deutschland geschieht, zu strafen mit allerhand kleinlichen Chikanen; sie glaubt, daß es nicht notwendig ist, Schafen Maulkörbe vorzulegen, die Schafe gehorchen doch dem Kommando des Schäfers, aber die revolutionären Sozialdemokraten Englands hoffen doch, aus den Schafen mit der Zeit wirkliche Menschen zu machen. Es war ein großer Tag, als die Siegesnachricht aus Deutschland nach England drang und in einer gewaltigen Volksversammlung die Londoner Arbeiter ihrem Jubel über diesen Sieg Ausdruck gaben. Ich hoffe, daß die deutschen Sozialdemokraten einmal einen gleichen Sieg der englischen Sozialdemokratie werden feiern können. Die größte Ehre für England ist es, daß es jahrzehntelang Männern wie Marx und Engels ein Asyl gewährt hat. (Bravo!) Was auch späterhin für Verbrechen, für schamlose Vergewaltigungen auf internationalem Gebiete von der englischen Regierung begangen worden sind, dieser Lichtblick in der Geschichte Englands soll dem Lande nie vergessen werden. (Bravo!) Wir hatten in den letzten Jahren den verbrecherischen Krieg in Südafrika, und jetzt erleben wir, daß der ramponierte Erzengel Luzifer II., Joë Chamberlain (Heiterkeit), auf dem die Hauptschuld an diesem Kriege lastet, den englischen Arbeitern einzureden versucht, daß es keine Interessenunterschiede zwischen Kapital und Arbeit gebe, und daß er die kommunistische Bewegung durch seine schutzzöllnerischen Versuche einzudämmen sucht. Gerade in den Kämpfen gegen diese Bestrebungen wird die sozialdemokratische Bewegung in England neue Kräfte gewinnen. Ich bin gekommen, um die Grüße dieser jungen sozialdemokratischen Bewegung Englands zu bringen; wir sind keine Reformpartei, wir sind ein Flügel der revolutionären, internationalen Sozial-

demokratie, und wir hoffen, daß unsrer großen Sache schließlich der Sieg in der ganzen Welt zu teil werden wird! (Lebhafter Beifall.)

Wilshire-New-York (übersetzt von Genossen Ledebour) überbringt die Grüße der Parteigenossen aus den Vereinigten Staaten und aus Kanada. Die ökonomischen Verhältnisse in Amerika bedingen eine langsamere Entwicklung des sozialistischen Gedankens. Aber auch darin bereitet sich ein Wandel vor. Die industrielle Entwicklung ist eine derartige, daß die kapitalistische Methode die neuen Schwierigkeiten und Probleme nicht mehr zu bewältigen vermag; es wird deshalb über kurz oder lang nötig sein, den Sozialismus in Amerika zu adoptieren. Jetzt schon sieht man, wie die sozialistische Bewegung bei uns Fortschritte macht; wir hoffen, bei den nächsten Wahlen auf unsren Präsidentschaftskandidaten eine Million Stimmen zu vereinigen (Beifall); bei der letzten Wahl waren es nur 300 000. Den deutschen Parteigenossen möchte ich den Rat geben, den amerikanischen Verhältnissen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Deutschen sind es ja gewöhnt — ich erinnere nur an Kautsky — scharfe kritische Sonde an die ökonomische und politische Entwicklung aller Länder zu legen. Wir stehen in Amerika vor einer Krise, die sich u. a. auch darin äußern wird, daß Amerika, statt wie bisher Eisen aus Deutschland zu beziehen, ungeheure Massen von Eisen und Eisenprodukten nach Europa verschicken wird. Das wird dann auch wieder die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa, besonders in Deutschland erschüttern. Genau wie in andren Ländern wird auch in Amerika die persönliche Freiheit durch den Kapitalismus zerstört. Amerika gilt als ein freies Land, aber es hat nicht einmal eine vollkommen freie Presse; nur die Methode ist etwas raffinierter, mit der man gegen die Presse vorgeht. Zum Beispiel gebe ich eine Monatsschrift heraus, für die plötzlich der Zeitungsstempel, der in Amerika von allen Zeitungen erhoben wird, unter nichtigem Vorwande verachtfacht wurde; das hätte für mich eine monatliche Mehrausgabe von 30 000 M. bedeutet. Um das zu vermeiden muß ich jetzt die Zeitschrift, die nach wie vor in New-York geschrieben wird, in Kanada drucken und dann von dort in die Vereinigten Staaten verschicken lassen. So wird bei uns die Presse vom Kapitalismus und seinen Handlangern bekämpft. Ich überbringe also den deutschen Genossen unsre herzlichsten Grüße und Glückwünsche. (Beifall).

Singer: Es sind Telegramme eingelaufen von den Genossen des nördlichsten Böhmens, der Parti socialiste français, der Independent Labour Party London, dem Leicester Zweigverein der unabhängigen Arbeiterpartei, dem Zweigverein der unabhängigen Arbeiterpartei in Newcastle, dem Bureau socialiste international, der Socialdemokratic Federation London, von dem Genossen Friedrich Leßner, London. (Lebhafter Beifall.) Genosse Leßner läßt es sich nie nehmen, dem Parteitag Grüße zu übersenden; wir haben den aufrichtigen Wunsch, daß die Parteitage noch recht lange in der Lage sind, die Grüße dieses Parteiveteranen in Empfang zu nehmen. (Beifall.) Weiter sind Glückwünsche eingelaufen von der russischen revolutionären Partei, von armenischen Genossen aus London, von 35 000 für das allgemeine Wahlrecht in Budapest versammelten Arbeitern (Beifall), von der Redaktion des „Iskra“ im Namen der russischen Sozialdemokratie, den Parteigenossen in Würzburg, dem Arbeiter-Sängerbund Hamburg und Umgegend, dem Bezirk 136 Hamburg, dem Sozialdemokratischen rein Herford, den Parteigenossen von Netzschkau, von Dametz aus Linz, von Parteigenossen von Bremerhaven, vom Sozialdemokratischen Verein in ndenheim, vom Genossen Baumgarten-München, von den Hafenarbeitern in merhaven, von einer polnisch-sozialdemokratischen Versammlung in Altona, Stralsunder Parteigenossen, vom Wahlverein Johanngeorgenstadt, von Oskar r-Ilmenau, von mehreren Genossen in Langenbielau und in München, von bfahrern in Arnstadt, Erfurt und Ichtershausen, von den radikalen Pforzner Parteigenossen. (Heiterkeit.)

Die Straßburger Genossen haben uns das Resultat der dort stattgehabten Bezirkstagswahlen mitgeteilt. Es sind abgegeben worden 2833 Stimmen und zwar für Pehrotes 1342 Stimmen, für die klerikale Partei 856 Stimmen, für die demokratische Partei 626 Stimmen. Es hat also eine Nachwahl stattzufinden. Die Mitteilung schließt mit den Worten: „Es geht vorwärts trotz Köller." (Beifall.)

Der Parteitag tritt sodann in die **Tagesordnung** ein. Erster Punkt derselben ist der

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Ueber den allgemeinen Teil referiert

Pfannkuch: Die allgemeinen Aufgaben des Parteitages bestehen in dem Ausbau der Organisation und der Betreibung einer planmäßigen Agitation. Im verflossenen Jahre hatten wir hauptsächlich den Kampf gegen den Zolltarif zu führen und die Agitation für die Reichstagswahlen zu betreiben. In dem Kampf gegen den Zolltarif hat Berlin die erste Stelle eingenommen, aber auch die Genossen im Lande haben außerordentliches in diesem Kampfe geleistet. Die Vorarbeiten für die Reichstagswahl und die planmäßige Leitung der Agitation war unsre Aufgabe. Zur Unterstützung der Agitation hat sich in allen Provinzen des Reiches die Einrichtung eingebürgert, im Herbst jedes Jahres einen Agitationskalender herauszugeben. Derselbe wird in immer steigender Auflage von den Provinzialkomitees verbreitet, aber die Parteileitung empfindet meist den metallischen Nachgeschmack. (Heiterkeit.) Das gilt namentlich für Ost- und Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Posen, aber auch für die Rheinprovinz, von der man schließlich doch annehmen sollte, daß sie auf eignen Füßen steht und die Kosten für die Herausgabe eines Agitationskalenders tragen könnte und müßte. Es ist in vielen Provinzen ja bereits eine Besserung eingetreten, die Parteileitung braucht nicht mehr wie bisher die sämtlichen Kosten für die Herstellung und Verbreitung zu übernehmen, sondern die Genossen haben es dahin gebracht, daß sie einen Teil der Kosten selbst bestreiten können.

Die **Reichstagswahlen** sind von der Parteileitung bereits seit Ende letzten Jahres vorbereitet worden. Im März rüsteten wir uns schon, um dem Bedürfnis nach Rednern gerecht zu werden. Viele Genossen waren der Ansicht, daß die 58 bisherigen Reichstags-Abgeordneten als die eigentlichen Träger der Wahlagitation, die sie auch über ihre heimatlichen Bezirke hinaus zu betreiben hätten anzusehen seien. Diese Ansicht, so begreiflich sie ist, kann doch nicht als allgemein stichhaltig gelten. Bereits im März richtete die Parteileitung eine Rundfrage an alle Fraktionsmitglieder, ob sie im stande seien, die Wahlagitation über ihren heimatlichen Kreis und ihre Provinz hinaus zu betreiben. Darauf sind nur acht Antworten eingelaufen. (Hört, hört!) Die übrigen Fraktionsmitglieder haben es wohl als selbstverständlich betrachtet, daß sie über den Rahmen ihrer Heimat hinaus nicht tätig sein könnten, da die Agitation in ihrem eignen Kreise resp. Provinz ihre ganzen Kräfte beanspruchte. Rückhaltlos, ohne Einschränkung, haben sich nur Bebel und Singer der Parteileitung zur Verfügung gestellt, in etwas bedingter Weise auch Ledebour und Kunert. Diejenigen, die sich zur Verfügung gestellt haben, haben für ihre Person fast Uebermenschliches geleistet. Gegenüber manchen Klagen von Genossen bemerke ich, daß die von der Parteileitung getroffenen Agitationsdispositionen natürlich nicht jeder Zeit beliebig geä[illegible] werden konnten. Wenn die Genossen immer wieder an uns herangetreten manchmal in Ausdrücken, die die Höflichkeit weit hinter sich ließen (Heite[illegible] so haben wir uns dadurch zwar nicht beleidigt gefühlt, aber es beweist das daß wir nicht alles leisten können, was von uns verlangt wurde. Verschie[illegible] Anträge suchen diesen Mängeln abzuhelfen. So gut diese Anträge ge[illegible] sind, so werden sie doch kaum viel an den bestehenden Zuständen ändern kö[illegible] So verlangen die Parteigenossen in Düsseldorf die Einrichtung einer Centra[illegible]

von der aus planmäßig die Aufklärungsarbeit „über alles Wissenswerte" organisiert werden soll. Schon die allgemeine Form dieses Antrages weist darauf hin, daß hier der Parteileitung eine unausführbare Aufgabe zugemutet wird. In Fürth ist Genosse Segitz ein vortrefflicher Organisator und Agitator. Er wird sich gleich gesagt haben, daß der Parteivorstand die ihm hier überwiesenen Aufgaben nicht lösen kann. Es wird deshalb vorgeschlagen, eine Agitationskommission zu bilden, die dafür zu sorgen hat, daß der praktische Teil unsres Programms den Genossen zum Bewußtsein gebracht und in parlamentarische Anträge gegossen wird. Ja, wenn diese Agitationskommission gebildet werden sollte, so ist sie ein Teil des Parteivorstandes, und da entsteht die Frage: Ist seine Ausführung möglich? Und diese Ausführung ist nur dann möglich, wenn die geeigneten Personen vorhanden sind. Die Berliner Genossen sollen sie wählen, selbstverständlich ohne auf Berlin beschränkt zu sein. Die Mitglieder der Agitationskommission müßten natürlich bezahlte Parteibeamte sein. Jedenfalls geht aus allen diesen Erwägungen hervor, daß die sofortige Durchführung des Fürther Antrages ein verfrühtes Experiment wäre. Aus dem Handgelenk läßt sich dieser Antrag nicht durchführen; erst sind bedeutende Vorarbeiten erforderlich. Der Antrag kann nur als Direktive, als Anregung für die Parteileitung betrachtet werden. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Singer: Ich möchte den Redner doch darauf aufmerksam machen, daß die Anträge jetzt nicht zur Diskussion stehen. Erst müssen die Antragsteller die Anträge begründen, damit wir wissen, was sie wollen. Nur der allgemeine Teil des Vorstandsberichtes steht jetzt zur Debatte.

Pfannkuch (fortfahrend): Der zweite Teil unsrer Agitation richtete sich auf die Betreibung der Reichstagswahl. Wir haben Flugblätter den Genossen zur Verfügung gestellt, so viel als verlangt wurden. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit bitten, daß die Parteileitung mehr als bisher unterstützt wird; die Parteileitung hat von vielen Genossen, speziell Fraktionsmitgliedern, an die sie sich um Einsendung von Manuskripten für allgemein gehaltene Flugblätter wandte, einen ablehnenden Bescheid bekommen, und es hat erst eindringlicher Mahnungen bedurft, um die Aufgabe zu lösen. Doch sie ist gelöst worden. Daß die Parteigenossen aus den Lehren der Reichstagswahl das Gefühl haben, es müsse noch mehr geschehen, dafür sprechen viele Anträge, namentlich diejenigen, die sich auf die Besorgung von Referenten beziehen. Diese Frage ist nicht neu, aber die Aufgabe ist schwer zu lösen. Selbstredend wird jede Parteileitung, wie auch immer sie zusammengesetzt ist, dieser Frage ihre Aufmerksamkeit widmen.

Die Einrichtung der Arbeitersekretariate, die vornehmlich den Gewerkschaften vorbehalten ist, hat auch auf das politische Gebiet übergegriffen. Es gingen uns Anträge zu, in verschiedenen Gegenden des Reichs Parteisekretariate einzurichten, namentlich an Orten mit alter Organisation. Wenn eine solche Einrichtung notwendig ist, so unsrer Meinung nach dort, wo die Bewegung noch jungen Datums ist und noch nicht festen Fuß gefaßt hat. Aber da, wo die Organisation alten Datums ist, haben Agitationskomitees diese Arbeit zu verrichten. Da, wo wir es für nötig halten, z. B. in Königsberg, Posen und Oberschlesien, haben wir Beiträge zu den Kosten der Agitationsleitung hergegeben, und ich glaube, daß der Parteitag hier keine [Ä]nderung eintreten lassen wird. Auf gleicher Höhe wie diese Anträge bewegen [sic]h die Forderungen, bezahlte Kolporteure in einzelnen Gegenden anzustellen. [W]o das notwendig war, haben das die Zeitungsverleger bereits getan, teil[we]ise mit Unterstützung der Partei. Unsre Presse hat einen außerordentlichen [A]ufschwung genommen, nicht etwa, daß neue Zeitungen gegründet sind, was [na]ch unsrer Meinung kein Fehler ist, aber das Verbreitungsgebiet der Presse hat [zu]genommen und die Auflage unsrer Blätter hat einen gewaltigen Aufschwung

zu verzeichnen. Der gedruckte Bericht bringt für verschiedene Zeitungen Ziffern. Dadurch fühlen sich einzelne Parteiorte, die ebenfalls ein Steigen der Abonnentenzahlen aufweisen, zurückgesetzt, weil nicht auch sie besonders im Vorstandsbericht aufgeführt sind. Ja, das liegt meistens an unsren Genossen selbst, die ganz von der Gepflogenheit abgekommen sind, der Parteileitung regelmäßige Situationsberichte einzusenden. Der Genosse Gerisch, der diese Berichte zu bearbeiten hat, wird Ihnen nachher wohl noch sein Leid darüber klagen. Ich will aber nachträglich hier feststellen, daß alle diejenigen, die sich über Nichtaufführung beschwert haben, von uns in gleicher Weise anerkannt werden und daß sich alles Lob auch auf sie erstreckt. Hätte nicht jeder seine Schuldigkeit getan, wie hätten wir dann einen so glänzenden Sieg erringen können!

Wir haben diesmal die Abrechnung der „Gleichheit“, der „Neuen Zeit“ und des „Wahren Jacob“ im Vorstandsbericht gegeben und damit die in München laut gewordenen Wünsche erfüllt. Es geht daraus hervor, daß sich die Hoffnungen auf eine Minderung des Defizits der „Gleichheit“ und der „Neuen Zeit“ in erfreulicher Weise erfüllt haben. (Bravo!) Das Defizit der „Gleichheit“ hat sich gegen das vorige Jahr um 1470 M. verringert. Die beiden letzten März-Nummern hatten eine 7000 übersteigende Auflage, und in den beiden anschließenden Monaten ist eine weitere Steigerung auf 8000 Abonnenten eingetreten. (Bravo!) Im nächsten Geschäftsbericht werden wir hoffentlich in der angenehmen Lage sein, dem Parteitag mitzuteilen: die „Gleichheit“ deckt sich.

Eine gleiche Wandlung zum bessern ist bei der „Neuen Zeit“ eingetreten. Das Defizit gegen das Vorjahr ist um 3000 M. kleiner geworden, einmal durch die Abnahme der Remittenden und dann durch die steigende Auflage. (Bravo!) Im Oktober v. J. wurde eine rührige Tätigkeit für die „Neue Zeit“ entfaltet; 700 neue Abonnenten wurden gewonnen, so daß sich die Auflage auf 8850 Abonnenten steigerte und sich dort auch gehalten hat. Hoffen wir, daß im laufenden Jahre eine neue Steigerung der Abonnentenziffer eintreten wird. Um dasselbe herbeizuführen, haben die Frankfurter Genossen beantragt, alle wissenschaftlichen Organe der Partei zu einem einzigen zu verschmelzen. Ich glaube aber kaum, daß es gelingen wird.

Vom Münchener Parteitag wurde die Parteileitung aufgefordert, § 2 des Organisationsstatuts zu ändern. Aus Anlaß von Vorkommnissen in Bayern mußte ausgesprochen werden, daß der Ausschluß aus einem Wahlverein bezw. aus der örtlichen Organisation der Partei gleichbedeutend ist mit dem Ausschluß aus der Gesamtpartei. Wir glauben mit der Fassung des Antrages 18 den bisher aufgetretenen Mißhelligkeiten begegnen zu können und dem aus einer solchen örtlichen Organisation Ausgeschlossenen die Gelegenheit gegeben zu haben, die Partei-Instanzen anzurufen. Ein weiterer Wunsch, die Organisation zu ändern, ist in verschiedenen Anträgen zum Ausdruck gekommen. Der Vorsitzende wird mir wohl gestatten, darüber jetzt einige Worte zu sagen.

Singer: Es ist mir sehr fatal (Heiterkeit), auch hier meine Meinung dahin aussprechen zu müssen, daß augenblicklich nur der Vorstandsbericht zur Diskussion steht. Die Anträge werden später zur Verhandlung kommen. Wenn der Kollege jetzt schon darüber spricht, so kann ich niemand daran hindern, darauf ebenfalls einzugehen.

Pfannkuch: Ich werde mich den Anordnungen des Vorsitzenden selbstverständlich fügen; dazu bin ich ein zu disziplinierter Genosse, (Heiterkeit) ich will mich nicht der Gefahr aussetzen, noch einmal unterbrochen zu we[rden].

Wir haben im § 2 unsres Organisationsstatuts die Einrichtung [des] Schiedsgerichts. Dieses wird nach unserm Antrag, da es auch auf den [Aus]schluß aus den örtlichen Organisationen Anwendung finden soll, in Zukunft öfter von den Parteigenossen angerufen werden als bisher. Die Parteilei[tung] wird selbstverständlich je eher je lieber die Streitigkeiten unter den Parteigen[ossen]

aus der Welt zu schaffen suchen. Jedoch an einen bestimmten Termin gebunden zu sein, innerhalb dem ein beantragtes Schiedsgericht zusammentreten muß, ist eine Aufgabe, die man der Parteileitung nicht auferlegen darf. In dem Fall, aus dem der vorstehende Wunsch resultiert, sind wir der Meinung gewesen, daß durch die gemeinsame Tätigkeit im Wahlkampfe die Streitfragen an den einzelnen Parteiorten überbrückt werden würden, so daß es unnötig sein würde, ein Schiedsgericht abzuhalten. Darin haben wir uns geirrt. — Sie können versichert sein, daß die Parteileitung glaubt, auch im vergangenen Berichtsjahre nach bestem Ermessen und Gewissen die ihr obliegenden Aufgaben erfüllt und ihre Schuldigkeit getan zu haben. (Beifall.)

Gerisch-Berlin erstattet den

Kassenbericht.

Wenn in früheren Jahren, in denen die Kasse mit einem Defizit abschloß, meine mündlichen Erläuterungen zu dem Kassenbericht vielfach auf die Warnung hinausliefen: So kann es nicht mehr weiter gehen, so bin ich diesmal in der außerordentlich angenehmen Lage, versichern zu können: So wie im verflossenen Jahre, so sollte es immer weiter gehen! (Heiterkeit und Beifall.) Die ungeheuere Opferfreudigkeit, die die Genossen bewiesen haben, kommt in dem Kassenbericht durchaus nicht voll zum Ausdruck; es ist viel mehr geleistet worden, als wir hier von seiten der Centralkasse nachzuweisen in der Lage sind. Ich war bemüht, eine vollständige Zusammenstellung aller dieser Leistungen bei den letzten Wahlen herzustellen. Es war mir das bis zur Stunde nicht möglich, da noch verschiedene Landesteile fehlen. Ich will nur anführen, daß allein in den zehn schleswig-holsteinischen Wahlkreisen 85 000 M. für die Wahlen ausgegeben wurden (Bravo!), die nicht durch die Centralkasse gegangen sind und infolgedessen nicht im Kassenbericht zum Vorschein kommen.

Nun einige Richtigstellungen zum Kassenbericht! Auf Seite 33 des gedruckten Berichts befindet sich ein Druckfehler, die Unterstützungen betragen nicht 6252, sondern 16252 Mark. Im spezialisierten Bericht über die Ausgaben für die Parteipresse befinden sich 1000 Mark für die „Oberfränkische Volkszeitung". Die Genossen in Hof, wo das Blatt erscheint, erklärten übereinstimmend, daß niemand von ihnen die 1000 Mark bekommen habe, sie seien verschwunden. Die Sache ist durch die Presse gegangen und bedarf deshalb der Aufklärung. Die „Oberfränkische Volkszeitung" ist früher in Nürnberg gedruckt worden, und als die Hofer Genossen das Verhältnis mit Nürnberg löſten, haben sie, wie das im Leben so oft vorkommt, vergessen, einige Verbindlichkeiten zu regeln, sie standen auf dem Standpunkt, daß Schulden nicht weglaufen. (Heiterkeit.) Die Leitung des Nürnberger Geschäfts ersuchte den Parteivorstand, 1000 M. von den Schulden zu übernehmen. Zu derselben Zeit stand aber auch das Nürnberger Geschäft mit den Hofer Genossen in Unterhandlungen über die Regulierung des Abzahlungsmodus, und da meinte die Leitung des Nürnberger Geschäfts, es sei vielleicht nicht angebracht, wenn die Hofer Genossen schon vorher wüßten, daß die Centralleitung dahinter steckt, das würde ihren Eifer, abzuzahlen, nicht erhöhen, sie würden sich aber hinterher um so mehr freuen, wenn sie hören, daß schon 1000 M. abgezahlt sind. So kam es denn, daß die Hofer Genossen erst durch den Geschäftsbericht davon Kenntnis [illegible]elten, daß sich über Nacht ihre Schuldenlast um 1000 M. verringert hatte. [illegible]uf: Die Glücklichen! — Heiterkeit!) Die Bochumer Genossen beschweren sich [illegible] Fug und Recht darüber, daß die Ausgaben für das „Volksblatt" in Bochum [illegible] den „Weckruf" in Essen zusammengeworfen sind. Es ist nicht klar zu ersehen, [illegible] viel von den 5900 M. Subvention auf jedes dieser Blätter kommt. Auch [illegible] war es fatal, in dieser Form berichten zu müssen, aber mir lagen bei Ab[illegible]ng des Berichtes die Bücher des Dortmunder Geschäftes nicht vor. Von den [illegible] M. entfallen 3000 M. auf den „Weckruf" in Essen allein, während an dem [illegible]trage beide Blätter beteiligt sind.

Noch einige Angaben über das Wachstum der Presse im Berichtsjahre! Leider bin ich da wieder von sehr vielen unsrer Parteigeschäfte im Stich gelassen. (Hört! hört!) Es haben keine Berichte eingesandt das Banter Geschäft — Genosse Hug sagt mir allerdings, der Bericht müsse nach meiner Abreise aus Berlin eingegangen sein — ferner Kassel, Elberfeld, Erfurt, Karlsruhe, München, Solingen, Haarburg. Ich mußte die Zahlen dieser Geschäfte schätzungsweise einstellen. Wenn ich auch glaube, daß ich mit meinen Schätzungen nicht weit von der Wahrheit entfernt bin, so bedauere ich doch, daß wir nicht mit bestimmten Zahlen aufwarten können. (Sehr richtig!) Unsre Tagespresse — und diese ist ja fast nur noch ausschlaggebend, die kleinere Presse verschwindet mehr und mehr — ist gegenwärtig auf rund 520 000 Abonnenten gekommen, wir haben also die halbe Million stark überschritten. Rechnen wir dazu noch etwa 30 000 Abonnenten der kleineren Presse, so haben wir im ganzen 550 000 Abonnenten, eine ganz respektable Zahl, indes zu den drei Millionen Wählern immer noch nicht das richtige Verhältnis. Ganz besonders müssen wir berücksichtigen, daß wir diese Höhe der Abonnentenziffer dem Wahljahr verdanken. Das zeigt, wie sehr wir vorwärts kommen können, wenn immer so gearbeitet wird. 130 000 neue Abonnenten! Ein solcher Erfolg ist noch nicht vorgekommen. Wir sehen daran, wie tief der Pflug der Wahlagitation eingedrungen ist. Entsprechend dem Anwachsen der Abonnentenziffer ist auch der finanzielle Ertrag der Parteipresse gestiegen. In runder Summe betrugen die Einnahmen der Parteipresse aus Abonnements 3 Millionen Mark, aus Inseraten 1 700 000 M. Auch hier zeigt sich also ein sehr erfreulicher Fortschritt. Nun ist es unsre Aufgabe, das Gewonnene festzuhalten und neue Gebiete zu erobern.

Was die Parteikasse anlangt, so ist nach der Hochflut ja die Ebbe eingetreten. Ich kann nur wünschen, daß die Ebbe nicht zu lange anhält. Stehen uns doch beträchtliche Ausgaben bevor. Besonders möchte ich an die Genossen der Kreise, die bei der letzten Wahl siegreich geblieben sind und einen Abgeordneten nach Berlin entsenden, die Bitte richten, ihrerseits dafür zu sorgen, daß ihr Kreis im nächsten Jahr nicht in der tabellarischen Aufstellung fehlt. Die Genossen brauchen sich nicht zu wundern, wenn im nächsten Jahre die Rubrik der Kosten für den Reichstag erheblich wächst. Genosse Meister schmunzelt schon. (Heiterkeit.) Sorgen wir also dafür, daß wir dem Gewonnenen neue Gewinne beifügen. (Bravo!)

Bericht der Kontrolleure.

Berichterstatter **Meister:** Die Kontrollkommission hat zunächst die Revision der Kasse und der Geschäftsführung des „Vorwärts" vorzunehmen. Nirgends waren Monita zu ziehen. Der Kassen- und Buchführung kann nur die vollste Anerkennung ausgesprochen werden. Auch alle Wünsche bezüglich der Geschäftsführung des „Vorwärts" haben volle Berücksichtigung gefunden. Außer der regelmäßigen Revision der Kasse und der Geschäftsführung des „Vorwärts" hatten die Kontrolleure noch einige andre Aufgaben zu lösen. Zunächst lag ein Antrag des Genossen Mehring vor, den Ausschluß des Genossen Berthold zu veranlassen. In dieser Angelegenheit hatte bereits ein Schiedsgericht getagt, dessen Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Resultat geführt hatten, wenngleich der Schiedsspruch dahin ging, daß sich Berthold große Verfehlungen hat zu schulden kommen lassen. Berthold hat als zeichnender Redakteur der „Zukunft" die Verantwortung für Sachen übernommen, die zu übernehmen man von einem Parteigen[...] nicht hätte erwarten sollen. (Lebhafte Zustimmung.) In einer Reihe von H[...] sind namhafte Parteigenossen, denen wir jederzeit die größte Hochachtung gegengebracht haben und entgegenbringen, in einer so pöbelhaften Weise heru[...] gerissen worden, daß wir sie, wenn sie von Gegnern kommen, als Ausdruck [...] Wut verlachen. Wenn aber jemand, der sich Parteigenosse nennt, die Kühn[...] hat und solche pöbelhaften Verunglimpfungen mit seinem Namen zeichnet, so w[...] alle Kontrolleure darin einig, daß eine solche Handlung mit der Ehre [...] Parteigenossen nicht vereinbar ist. (Lebhafte Zustimmung.) Nur auf einen [...]

der „Zukunft“ will ich aufmerksam machen: „Die Primadonna der Sozialdemokratie“. (Hört! hört!) In diesem Tone waren alle uns vorgelegten Artikel der „Zukunft“ gehalten. Die Kontrolleure waren einig darin, daß eigentlich eine Person, die die Kühnheit hat, sich Parteigenosse zu nennen und solche Artikel zu zeichnen, nicht wert ist, der Partei anzugehören. (Hört! hört! und Zustimmung.)

Das war die einstimmige Ansicht der Kontrolleure. Wenn trotzdem der Antrag auf Ausschluß des Genossen Berthold mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde, so war das nur deshalb möglich, weil ein Mitglied der Kontrollkommission fehlte, weil es krank war. Auch die vier Kontrolleure, die gegen den Ausschluß stimmten, waren mit den andern einig darin, daß die Handlungsweise Bertholds unqualifizierbar sei und daß es bedauerlich sei, daß ein Genosse sich zu solchen Handlungen hergegeben hat. (Beifall.)

Die Beschwerde eines Bergmanns gegen die Ablehnung eines Unterstützungsgesuchs durch den Vorstand wurde zurückgewiesen, weil der Beschwerdeführer in reichlicher Weise bereits unterstützt worden war.

Genosse Steininghaus in Solingen beschwerte sich, daß die Buchhandlung Vorwärts eine Broschüre, die er geschrieben, nicht verlegen will. Wir haben der Beschwerde nicht stattgegeben, weil die Entscheidung über solche Fragen der Leitung der Vorwärts-Buchhandlung überlassen bleiben muß. Der Beschwerdeführer meinte den Genossen Fischer dann noch persönlich verdächtigen zu sollen; die Broschüre bekämpfe die Evolutionstheorie und Fischer sei da zu sehr Partei. (Heiterkeit.) Es scheint, daß der Genosse es vielleicht sehr gut meint, aber zum Broschürenschreiben doch nicht qualifiziert ist.

Eine weitere Beschwerde ist uns von unsren lieben, altbekannten Freunden aus Mülhausen und Straßburg zugekommen. (Heiterkeit.) So gern die Parteileitung, Vorstand und Kontrolleure, stets bereit ist, den Beschwerden der Presse in Elsaß-Lothringen jedwede Rücksicht entgegen zu bringen, so haben wir uns doch bezüglich dieser Beschwerden noch nicht völlig entscheiden können, weil die Kontrolleure erst noch eine Rücksprache mit den dortigen Vertrauensleuten Böhle und Emmel nehmen wollen. Wir werden aber unsre Entscheidung noch während der Tagung des Parteitages treffen.

Im übrigen habe ich bezüglich der Geschäftsführung den Auftrag, im Namen der Kontrolleure von neuem die Decharge für die Parteileitung und die bei der Geschäftsleitung beteiligten Personen zu beantragen. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Lehmann-Mannheim: Nur einige Bemerkungen zu dem Bericht bezüglich der Agitation. Gerisch hat uns gesagt, daß es um die Parteikasse sehr gut bestellt sei. Man kann also gegenüber unsren Anforderungen nicht mehr einwenden, daß kein Geld da sei. Wir haben in den Industriebezirken jahrzehntelang erfolgreiche Arbeit verrichtet und neue Siege errungen. Aber in den Kreisen Saarbrücken und Ottweiler-St. Wendel ist seit langem nichts geschehen. Es muß dort eine andere Organisation geschaffen werden. 1891 waren diese Bezirke die Hochburg der Bergarbeiter-Bewegung, die damals mit brutaler Gewalt vom preußischen Handelsministerium niedergedrückt worden ist. Als dann am 1. Januar 1893 ein Ukas des Herrn von Berlepsch, den man jetzt den „Minister [illegible] Sozialpolitik“ nennt, kam, durch den die Bergleute noch mehr niedergedrückt [illegible]en sollten, da flammte die Empörung hoch auf. Seitdem aber liegt die Be[illegible]ung im ganzen Kreis Saarbrücken vollständig brach. Wir haben dort nur [illegible] oder 2000 Stimmen bekommen, im Wahlkreise Ottweiler-St. Wendel haben [illegible] nicht ganz 100 Stimmen erhalten. Wenn dorthin ein unabhängiger, be[illegible]er Parteigenosse kommt, so wird seine Arbeit gewiß von Erfolg gekrönt sein.

Singer: Auch hier mache ich darauf aufmerksam, daß Anträge, die nicht [illegible]skussion stehen, jetzt nicht behandelt werden.

Walter-Koburg: Auf jedem Parteitag kommen besonders aus den „schwarzen Winkeln“, den rückständigen Bezirken, Beschwerden, daß ihnen von der Parteileitung nicht in genügendem Maße Redner zur Verfügung gestellt werden. So geht es auch uns in Koburg. Wir gehören ja nicht zu Süddeutschland, die Norddeutschen wollen auch nichts von uns wissen (Heiterkeit), das kleine Koburger Ländchen weiß eigentlich gar nicht, wo es hin soll. (Heiterkeit.) 1896 haben wir Bebel und Liebknecht dringend gebeten, doch auf diesem historischen Boden der Partei als Redner zu erscheinen. Es war Bebel nicht möglich, und Liebknecht ging später leider dahin, wo es kein Wiedersehen giebt. Die bürgerlichen Parteien haben gerade bei uns hervorragende Redner gehabt, während wir völlig im Stich gelassen wurden. In Nürnberg haben sich die Redner nur so verfolgt. (Heiterkeit.) Man darf wohl den Schluß ziehen, daß gewisse freundschaftliche Beziehungen notwendig sind, um diesen oder jenen Parteigenossen zu bestimmen, in einem Wahlkreise zu sprechen. (Oho!) Genosse Singer ist schlank durch Koburg durchgefahren. (Rufe: Schlank!? — Lebhafter Widerspruch und große Heiterkeit.) Wir hätten den ganzen Wahlkampf von höherer Warte führen können, wenn wir einmal einen hervorragenden Redner bei uns gesehen hätten.

Gewehr-Elberfeld: Es scheint, daß alle Redner in dasselbe Lied einstimmen, daß der Vorstand nicht genug Redner geschickt hat. Ich glaube, daß allerdings eine andere Organisation nötig wäre, da die jetzige Parteileitung das ganze Gebiet nicht so übersehen kann wie es notwendig wäre. Wenn ein Bezirk klagen könnte, so ist es Rheinland-Westfalen. Das liegt gewiß zum Teil an der geographischen Lage; es wird aber doch nötig sein, dort mehr zu tun. Bei den letzten Wahlen hatten wir ja eine gewaltige Stimmenzunahme zu verzeichnen; es muß allerdings bemerkt werden, daß auch die Bevölkerungszunahme eine sehr große ist. Durch den Zuzug aus dem Osten haben wir einen besonders schweren Standpunkt. Wir haben uns immer gesagt: wenn es bei den Arbeitermassen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk einmal vorangeht, dann wird es schnell gehen. Was die finanzielle Leistung der Genossen in unserem Agitationsbezirk zur diesmaligen Wahl betrifft, so kann sich der Parteivorstand wohl nicht beklagen; der Wahlzuschuß ist verhältnismäßig gering. Für den Agitationskalender werden wir, denke ich, diesmal die Unterstützung der Centralkasse nicht mehr in Anspruch zu nehmen brauchen.

Richard Fischer-Berlin: Nur ein paar Worte über die Beschwerde von Steininghaus! Der Genosse hatte eine Broschüre geschrieben, um Kautskys Schrift „Soziale Revolution“ zu widerlegen. Ich las ein paar Seiten; da ich aber damals gerade mit der Fertigstellung des Jahresabschlusses der Vorwärtsbuchdruckerei beschäftigt war, übergab ich das Manuskript einem Genossen zur Durchsicht, der zu einem Urteil befähigt ist. Er hat es durchgesehen und ist, wie ich aus dem Teil, so aus dem Ganzen zu der Ansicht gekommen, daß der gute Wille wohl vorhanden war, daß aber der Wille im Widerspruch stand zu dem Können. Deshalb erfolgte die Ablehnung. Der Genosse Steininghaus beschwert sich weiter, daß ihm die Gründe der Ablehnung nicht mitgeteilt sind. Früher habe ich das immer getan und die Folge davon war, daß ich dann lange Briefe bekam, die darin gipfelten, daß ich ein Esel sei. (Heiterkeit.) Nachdem mir das so und so oft gesagt war, habe ich mir gesagt, daß es nicht mehr notwendig sei. (Heiterkeit.) Deshalb habe ich auf die Angabe der Gründe verzichtet.

Adolf Braun-Nürnberg: Von den Genossen, welche die Koburger so gern ihrem Wahlkreise gesehen hätten, hat in Nürnberg einzig und allein Singer sprochen; dieser hatte einen notariellen Akt im Interesse unseres dort Parteigeschäfts in Nürnberg zu unterzeichnen, er hätte an dem betreffenden Al gar nicht an einem andren Orte sein können; ich glaube, Sie können danken, daß er auch diesen Abend für die Partei ausgenutzt hat. Wir in Nü berg haben den größten Teil unsrer Arbeiten selbst ausgeführt. Ja, Segitz

nicht nur die Agitation in Nordbayern wirksam gefördert, sondern noch mindestens sechs Versammlungen außerhalb Nordbayerns abgehalten, und Südekum hat, was man ihm in Nürnberg sogar zum Vorwurf machte, in Baden, Sachsen und Schlesien gesprochen; selbst die Berliner haben ihn notwendig gebraucht. Sie sehen, daß wir in Bayern mehr abgegeben als wir erhalten haben.

Reuter-Solingen: Daß das Manuskript der Steininghausschen Broschüre ohne Kommentar zurückgewiesen ist, war nicht angebracht. Es war nicht zu befürchten, daß wir zurückschreiben würden, Fischer ist ein Esel. Auer und Gerisch wissen ja, daß wir in Solingen sehr höflich sind (Heiterkeit), und wir haben uns in letzter Zeit noch gebessert. (Erneute Heiterkeit.)

Hiermit schließt die Debatte.

Das Schlußwort erhält

Pfannkuch: Die Parteileitung ist sich bewußt, daß es notwendig ist, auch in Saarabien etwas für die Entwicklung der Partei zu tun. Das wird geschehen, sobald es möglich ist, aber die Ausführung dieser Möglichkeit ist eine Personenfrage. Man muß in der Auswahl derjenigen, die ein so schwieriges Gebiet zu beackern haben, recht vorsichtig sein. Seinerzeit wurde die Notwendigkeit betont, Oberschlesien, Posen, Ost- und Westpreußen zu erobern. Wir sind jahrelang in diesen Provinzen an der Arbeit. In Königsberg haben wir eine gute Organisation und tüchtige Genossen, die sich der Aufgabe der Verbreitung sozialdemokratischer Ideen mit Liebe und Hingabe unterziehen. Aber selbst schon in Westpreußen hapert es. Ich will die Verdienste unsrer Genossen in Danzig, Elbing usw. nicht herabmindern, im Gegenteil, ich zolle den Leuten, die unter den schwierigsten Verhältnissen dort arbeiten, meine vollste Anerkennung, aber sie können über das Maß dessen, was sie leisten, nicht hinauskommen. Und wer wollte leugnen, daß eine intensivere Arbeit auch da größere Erfolge zeitigen würde? In Posen haben wir einen die Bewegung leitenden Genossen angestellt, er hat geleistet, was er leisten konnte, ja er hat sich sogar mehr zugemutet, als er zu leisten im stande war, und gerade daraus sind sehr viel Unzuträglichkeiten entstanden. In Oberschlesien hatten wir jahrelang den Genossen Winter, es war ein heroischer Entschluß des Genossen, dort auszuhalten, wir haben es ihm hoch angerechnet und ihn bewundert, er hat seine Kräfte so aufgerieben, daß er — auf wie lange, das steht dahin — einer Erholung bedarf. Man kann nicht befehlen, daß dieser oder jener nach Oberschlesien geht. Wir haben jetzt Ersatz gefunden, Bruhns hat sich erboten, die vom Winter eingeleitete Arbeit fortzuführen und sobald er seine Gefängnisstrafe hinter sich hat, wird er sofort die Agitation aufnehmen. Wenn man Anregungen giebt, so muß man auch so freundlich sein, jemand nachzuweisen, der die für einen solchen Posten erforderlichen Eigenschaften besitzt. Solche Genossen müssen den höchsten Anforderungen gewachsen sein. Wird der Parteileitung eine geeignete Persönlichkeit nachgewiesen, so besitzt sie Verständnis genug, die Mittel zur Verfügung zu stellen. Genosse Walter hat ganz recht, daß hinter jedem Dorf noch eins liegt. Es ist Sitte, daß sobald die Genossen eines Ortes hören, daß bekannte Redner in der Nähe eine Versammlung abhalten, sie diese sofort bitten, auch bei ihnen zu reden. Die Genossen müßten doch einsehen, daß die Tour der Agitatoren von vornherein festgelegt ist. Bebel war vom Tage der Ausschreibung der Wahl an bis zum Stichwahlabend vollständig für jeden Tag besetzt, für Singer war die Tour in zwei Perioden in ganz derselben Weise vorgesehen, er hatte in der ganzen Zeit vielleicht eine Ruhepause von fünf bis sechs Tagen. Dazu kam, daß ihm aus Gesundheitsrücksichten Ruhe ganz besonders nötig war. Ich habe auch den Kollegen in der Fraktion, die auf das Zirkular des Vorstandes nicht geantwortet haben, nicht etwa irgendwie den Vorwurf machen wollen, sie hätten sich drücken wollen. Im Gegenteil, es ist der Parteileitung bekannt, daß jeder an seinem Platze das geleistet hat, was er nur leisten konnte. Ich glaube daraus, daß

weitere Beschwerden nicht vorgebracht worden sind, schließen zu können, daß Sie im großen und ganzen mit unsrer Tätigkeit zufrieden sind.

Das Schlußwort erhält **Gerisch**: Es ist mir inzwischen von Michaelis-Erfurt mitgeteilt worden, daß der Bericht über die Erfurter Tribüne eingeschickt ist. Er muß also offenbar unter andre Sachen geraten sein, und ich nehme den Vorwurf gegen die Erfurter natürlich zurück. Was die Geldbewilligungen des Vorstandes anlangt, so haben wir im Rahmen unsrer Mittel wirklich nicht gegeizt, so wenig, daß wir jetzt aus vielen Orten Gelder zurückerhalten, die nicht gebraucht worden sind. Sehr oft habe ich ja auch im letzten Wahlkampf Telegramme verschickt: „Anbei der gewünschte Betrag; wenn es nicht reicht, folgt mehr." Also in der Beziehung werden Beschwerden nicht erhoben werden können.

Entsprechend dem Antrage der Kontrolleure wird hierauf dem Parteivorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Damit ist die Diskussion über den allgemeinen Geschäftsbericht und die Kasse erledigt. Es folgt der Punkt:

Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse.

Hierzu gehören die Anträge 7 bis 16, die genügend unterstützt werden.

Pfannkuch: Ich brauche wohl die Beschwerde, die von den Genossen Dr. Heinrich Braun, Lily Braun, Heine, Göhre und Berthold unterzeichnet, bei dem Parteivorstand eingegangen ist, nicht zu verlesen; sie liegt Ihnen in der Broschüre des Genossen Heinrich Braun gedruckt vor, ebenso die Antwort des Parteivorstandes im Auszug und die aus diesem Anlaß veröffentlichte Deklaration des Parteivorstandes im Bericht des Parteivorstandes. Zum besseren Verständnis muß ich Ihnen den auch im Vorstandsbericht bereits avisierten Briefwechsel, der sich an die Deklaration des Parteivorstandes angeschlossen hat, zur Kenntnis bringen. Es ist an den Parteivorstand ein weiterer Brief der Genossen Braun ꝛc. eingegangen folgenden Inhalts:

„An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Werte Genossen!

Das Schreiben des Parteivorstandes vom 28. Februar 1903 erinnert uns an die Praxis bürgerlicher Ministerien, indem es sich über Punkte äußert, über die wir ihn nicht gefragt hatten, die Beschwerde aber, die wir wirklich erhoben haben, unbeantwortet läßt.

Wir haben uns lediglich beschwert, weil in Kautskys Artikel in Nummer 19 von Parteigenossen, die unter Namensnennung in nichtsozialdemokratischen Blättern schreiben, behauptet wird, daß sie dadurch gegnerischen Zwecken und Mächten dienten, und weil es so dargestellt wird, als ob sie sich dadurch mit Angriffen gegen die Partei identifizierten, die von andrer Seite in diesen Blättern erhoben worden sind.

Die in dem Artikel „Konzessionsschulzes" von Franz Mehring in Nr. 16 enthaltenen beleidigenden Insinuationen haben wir in unsrer Beschwerde nicht erwähnt, weil wir Injurien von dieser Seite keine Bedeutung beimessen, so lange sie nicht die Interessen der Partei als solcher gefährden.

Wir haben dem Parteivorstand geschrieben, daß wir in den bezeich. Stellen des Kautskyschen Artikels eine beleidigende und wahrhe widrige Unterstellung erblickten, über die wir Beschwerde führten. Parteivorstand geht nach ministeriellem Vorbilde über diese einzige Frage, wir ihm wirklich vorgelegt hatten, mit Stillschweigen hinweg.

Die uns angekündigte und inzwischen veröffentlichte Meinungsäußer des Vorstandes über die Frage, ob und wann ein Sozialdemokrat in n sozialdemokratischen Blättern schreiben dürfte, haben wir keinen Anlaß ge

zu erbitten. Wir hatten schon vorher unsre eigne Meinung darüber, an der wir auch so frei sind, festhalten zu wollen. Berlin, den 3. März 1903. Dr. Heinrich Braun. Lily Braun. Wolfgang Heine. Paul Göhre. A. Bertholb, Dr." (Lachen.)

Auf diese Zuschrift hat der Parteivorstand folgende Antwort gegeben:

Herrn Dr. Heinrich Braun und Genossen, Berlin.

Werte Genossen!

In Ihrem Schreiben vom 3. März d. J. beschweren Sie sich darüber, daß der Parteivorstand in seiner Zuschrift vom 28. Februar d. J. über die einzige Frage, die ihm vorgelegt wurde, mit Stillschweigen hinweggegangen sei.

Nicht weil wir die „Praxis bürgerlicher Ministerien" nachahmen — solche Unterstellung hatten wir wirklich nicht erwartet — sondern weil dem, was Sie jetzt als Extrakt Ihrer Beschwerde betrachtet wissen wollen, jedwede Unterlage fehlte, haben wir nicht besonders darauf Bezug genommen.

Sie erklären jetzt: Unsere Beschwerde hat sich hauptsächlich gerichtet gegen die Beschwerde Kautskys, daß Parteigenossen, die unter Namensnennung in nichtsozialdemokratischen Blätter schreiben, „dadurch gegnerischen Zwecken und Mächten dienten", und in zweiter Linie gegen die Darstellung, daß die Betreffenden sich dadurch mit den von andrer Seite in diesen Blättern gegen die Partei erhobenen Angriffen identifizierten.

Weder hat Kautsky das eine behauptet, noch das andre dargestellt.

Um mit dem letzteren zuerst zu beginnen, so hat Kautsky an der Stelle, die einzig in Betracht kommen kann, lediglich erklärt, daß ein Sozialdemokrat, der nach Angriffen, wie sie von Harden gegen unsre Partei geschleudert wurden, noch für Harden schreibt, sich dadurch den Verdacht zuzieht usw. Und bezüglich Ihrer Hauptbeschwerde hat Kautsky nicht, wie Sie schreiben, behauptet, daß die ... „gegnerischen Zwecken und Mächten dienten", sondern der Satz lautet: „Aber etwas andres ist es bei Parteigenossen, die offen als Wortführer und Vertreter unsrer Partei auftreten. Wenn sie in der bürgerlichen Presse arbeiten, so tun sie es auch dort als Vertreter der Sozialdemokratie, und es kann uns keineswegs gleichgültig sein, welchen Zwecken und Mächten sie dort dienen." Diese Darlegung enthält so Selbstverständliches, daß sie von jedem Sozialdemokraten bedingungslos vom ersten bis zum letzten Worte gebilligt werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Auch Ihre näher begründete Beschwerde erweist sich mithin als völlig gegenstandslos. Was unsre in der Sache veröffentlichte Meinungsäußerung anbelangt, ist es durchaus gleichgültig, ob Sie eine solche wünschten. Entscheidend war für uns die Frage, ob die Kundgebung gewissen Vorgängen und Erscheinungen gegenüber im Partei-Interesse notwendig sei. (Sehr richtig! Lebhafte Zustimmung.)

Dies die Antwort darauf. Sie haben nun Kenntnis von dem vollständigen Material in dieser Sache. Daß wir richtig verstanden sind, geht aus verschiedenen Preßstimmen der Parteipresse hervor. Beispielsweise kommt das „Hamburger Echo" in einer längeren Betrachtung zu dem Schluß:

„Wir wenigstens würden uns schön hüten, einem Menschen, von dem wir [wis]sen, daß er für ein gegnerisches Blatt schreibt, vertrauliche Mitteilungen über [die] Partei zu machen. (Sehr richtig!) Wir sind auch der Meinung, daß Partei[gen]ossen nicht für bürgerliche politische Zeitungen schreiben sollen. Mag auch [di]e Erklärung des Parteivorstandes nicht ganz befriedigen, so wird sie wohl von [de]njenigen verstanden worden sein, die es angeht." (Sehr richtig!)

Dieser Meinung sind wir auch. Ein Parteigenosse kam nun zu uns, der [me]inte, es solle jede Mitarbeiterschaft an der gegnerischen Presse unterdrückt [wer]den. Der Vollständigkeit halber bringe ich auch diesen Briefwechsel zur

Verlesung. Der Parteigenosse Richard Calwer wandte sich am 3. März 1903 mit folgender Anfrage an den Parteivorstand:

„Die Erklärung des Parteivorstandes vom 2. März 1903 veranlaßt mich zu folgender Anfrage und Bitte:

Wie dem Parteivorstand bekannt sein dürfte, bin ich seit 1897 Mitarbeiter an der von Dr. Jastrow herausgegebenen Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt", ebenso bin ich Mitarbeiter an der in Verbindung damit erscheinenden Korrespondenz. Da nun die Erklärung des Parteivorstandes nur von der Mitarbeit an „bürgerlichen Preßunternehmungen" und „bürgerlichen Blättern" spricht und keine weiteren Unterscheidungen macht, so dürfte daraus in Parteikreisen der Schluß gezogen werden, daß der Parteivorstand sämtliche nichtsozialdemokratischen Organe unter dem Ausdruck bürgerliche Preßunternehmungen zusammengefaßt wissen, daß er also auch die Mitarbeit an wissenschaftlichen Zeitschriften und Organen mit seiner Erklärung getroffen haben wolle.

Ich nehme an, daß es nicht in der Absicht des Parteivorstandes lag, eine solche Deutung zulassen zu wollen. Da aber der Wortlaut der Erklärung dehnbar ist, so möchte ich den Parteivorstand bitten, nicht nur mir gegenüber zu erklären, daß die Mitarbeit an wissenschaftlichen Organen durch seine Stellungnahme vom 2. März nicht getroffen werden soll, sondern diese seine Auffassung auch nach außen hin zu dokumentieren, da sonst in denjenigen Parteikreisen, welche die Absicht haben, die Stellungnahme des Parteivorstandes sich zur ausschließlichen Richtschnur zu machen, die Erklärung zu großen Mißverständnissen Anlaß geben würde."

Sie sehen also: Calwer wollte sich die Deklaration des Parteivorstandes zur Richtschnur nehmen, während die Beschwerdeführer selber ja erklären, daß sie ihre eigne Meinung haben und sich durch die Deklaration des Parteivorstandes nicht beirren lassen. Der Parteivorstand hat dem Genossen Calwer folgende Antwort gegeben:

„Werter Genosse! Ihre Annahme trifft zu. Der Vorstand hat mit seiner Erklärung die Mitarbeit an wissenschaftlichen Zeitschriften und Organen nicht treffen wollen. Von einer speziellen Namhaftmachung ist indessen abgesehen, da auch der Fall eintreten kann, daß wissenschaftliche oder der Unterhaltung dienende Organe und Zeitschriften die Partei in einer Art und Weise schmähen können, daß es sich für einen Parteigenossen nicht geziemt, an solchen Organen mitzuarbeiten. (Sehr richtig!)

Da derartige Fälle eintreten können, sind wir des weiteren nicht in der Lage, Ihren Wunsch zu erfüllen, nach außen hin die von Ihnen gewünschte Deklaration zu geben. Dagegen bestätigen wir Ihnen gern, daß Ihre Mitarbeit an der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt" und der damit verbundenen „Korrespondenz" zur Zeit völlig einwandsfrei ist und ermächtigen Sie, nötigenfalls von dieser Bestätigung geeigneten Gebrauch zu machen." (Zustimmung.)

Sie haben gehört, daß das, was die Beschwerdeführer als Grund ihrer Beschwerde angeben, im Artikel der „Neuen Zeit" nicht enthalten gewesen ist, und deshalb auch eine Rektifikation der Redaktion der „Neuen Zeit" nicht vorzunehmen war. Daß die Deklaration des Parteivorstandes den Genossen, die die Beschwerde eingelegt hatten, nicht erwünscht war, ist selbstverständlich, und daß die Genossen sich auch der Tragweite dieser Deklaration vollständig be waren, darüber giebt die Auslassung, die Genosse Braun dem Parteitag u breitet hat, Aufschluß. Genosse Braun sagt da folgendes:

„Das Interesse der Partei würde immer noch weit besser gewahrt wenn wirklich Takt und Verantwortlichkeitsgefühl von Parteischriftstellern in i Tätigkeit für bürgerliche Zeitungen tausendmal fehlgegriffen, als wenn nu einem Tausendstel das Recht der freien Meinungsäußerung der Parteigen eine grundsätzliche Einschränkung erführe. Wo immer und in welcher F

auch dieses Prinzip angetastet wird, es ist ein unerträglicher Zustand und die Meinungsfreiheit würde hier und überall gefährdet sein.

Der Parteivorstand, zu dem wir volles Vertrauen haben, hat meiner Ansicht nach die Konsequenzen seiner Kundgebung sich nicht völlig klar gemacht. Er im ganzen und jedes einzelne seiner Mitglieder hat so außerordentliche Verdienste um die Partei (Gelächter. **Bebel** ruft: „Sehr schmeichelhaft!"), daß er ohne im allermindesten seiner Autorität zu vergeben, zugestehen könnte, er habe in diesem Fall einen Irrtum begangen. Sollte er bei nochmaliger Ueberlegung dieser Frage zu dieser Ansicht kommen, so würde er zu seinen vielen Verdiensten um die Partei ein neues fügen, wenn er den Irrtum einfach anerkennen wollte." (Lebhafter Widerspruch und große Heiterkeit.)

Man kann ja darüber geteilter Meinung sein. Aber selbst wenn die Deklaration des Vorstandes irgendwie eine Einschränkung der freien Meinungsäußerung bedeutete, so kann es doch unter Umständen — wie es ja auch im Staatswesen der Fall ist, im Interesse der Partei liegen, sich aus Gründen des demokratischen Prinzips einmal eine solche Einschränkung der Meinungsäußerung gefallen zu lassen, wenn vitale Interessen der Partei in Frage kommen. (Sehr richtig!) Nun sagt man, das soll man dem Takt des einzelnen überlassen. Wenn aber doch nach Ansicht des Vorstandes das persönliche Taktgefühl des einzelnen nicht das richtige trifft, so ist es doch das Recht und unter Umständen die Pflicht des Vorstandes, diese Meinung auszusprechen Was ist denn eigentlich das Verbrechen des Vorstandes? Genosse Braun sagt doch selbst in seiner Broschüre am Schluß von Seite 10 und am Anfang von Seite 11:

„Gegenüber dem bisherigen Zustand, wo es dem persönlichen Takt und dem politischen Verantwortungsgefühl des einzelnen Parteigenossen überlassen blieb, ob und für welches bürgerliche Blatt er etwa schreiben wollte, und in dieser Beziehung keinerlei Beschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung herrschte, empfiehlt der Parteivorstand — selbstverständlich nur als seine subjektive Meinung, denn eine zwingende Gewalt besitzt er auf Grund unsres Organisationsstatuts nicht — die Anerkennung bestimmter Grundsätze."

Ja, wenn die Erklärung des Vorstandes nach der Meinung des Genossen Braun nur eine subjektive Meinungsäußerung ist, der eine zwingende Gewalt nicht zur Seite steht, dann weiß ich nicht, warum der Genosse Braun sich so entschieden gegen die Veröffentlichung dieser Deklaration wendet! (Sehr richtig!) Gewiß, kein Mensch ist ohne Fehler. Der Parteivorstand könnte geirrt haben. Aber dem Gefühl der großen, überwiegenden Mehrheit der Partei hat er mit dieser Deklaration Ausdruck gegeben. (Lebhafte Zustimmung.) Daß es Genossen giebt, die dieser Erklärung Folge zu leisten die Absicht haben, geht aus dem Briefe des Genossen Calwer hervor. Wenn andre Genossen das anders halten, so ist eben ihr Taktgefühl ein andres; ich stehe durchaus nicht an, auch diesen Genossen den guten Glauben, daß sie im Interesse der Partei handeln, zuzubilligen. Aber ich meine, dem Vorstand kann das Recht nicht bestritten werden, da, wo er es für gut hält, seiner Meinung über Parteifragen Ausdruck zu geben. (Sehr richtig!) Wenn dann in dem Schreiben an den Vorstand noch Redewendungen enthalten sind wie die: der Vorstand handele nach Art bürgerlicher Ministerien, so glaube ich, daß der verlesene Briefwechsel ergiebt, daß nicht die leiseste Berechtigung zu einer derartigen Aeußerung vorliegt. Aber der Vorstand ist nicht so empfindlich; er kann das vertragen. Ich meine, nachdem solche Dinge passiert waren, hätte die Parteileitung ihre Pflicht versäumt (Sehr richtig!), wenn sie nicht ihrer Meinung öffentlich Ausdruck gegeben hätte (Lebhafte Zustimmung), zumal die Mehrheit der Genossen eine solche Meinungsäußerung längst erwartet und teilweise darum ersucht hatte. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie also, dem Antrag 7 zuzustimmen und damit die übrigen Anträge als erledigt zu betrachten. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung beantragt

Segitz-Fürth, die Beschränkung der Redezeit für die Diskussion über diesen Punkt aufzuheben. Der Parteitag soll bestehende Differenzen feststellen, eventuell aufhellen und beseitigen, aus diesem Grunde hat der Parteitag aus dem Bericht des Vorstandes verschiedene Punkte ausgeschieden, diese speziell zur Diskussion gestellt und für diese soll die Beschränkung der Redezeit aufgehoben werden. Ob der uns jetzt beschäftigende Gegenstand zu diesen Punkten gehört, darüber bestehen Zweifel; nach meiner Auffassung gehört er dazu. (Sehr richtig!) Um die Frage klarzustellen, habe ich meinen Antrag gestellt. Ich bitte Sie, ihn anzunehmen; gerade hier sind die Differenzen ebenso tiefgehend und wichtig wie bei den andren Punkten. (Beifall.)

Der Antrag Segitz wird angenommen.

Singer teilt mit, daß Telegramme von ungarischen Sozialdemokraten in Berlin und von Genossen aus Westerland eingelaufen sind.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Eine Anzahl Begrüßungs-Telegramme werden verlesen und dann die Diskussion über den Punkt „Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse" eröffnet.

Heinrich Braun-Berlin: Ich bin Literat; für die Würde und Bedeutung des schriftstellerischen Berufs habe ich eine tiefe Empfindung, trotzdem, oder richtiger vielleicht gerade deshalb, sind mir literarische Streitigkeiten, Literatengezänk und Literatenpolitik aufs äußerste verhaßt. Nicht meine Schuld ist es, daß die kostbare Zeit des Parteitages mit dergleichen in Anspruch genommen wird. Zu dreivierteln ist der Gegenstand dieses Punktes der Tagesordnung Literatengezänk und zwar Literatengezänk der allergehässigsten Art. Es ist aber unumgänglich, daß wir uns jetzt mit der Sache beschäftigen, da es im hohen Rat des Vorstandes nun einmal unwiderruflich so beschlossen ist. Nachträglich scheint allerdings der Vorstand über die ganze Sache ein etwas beklemmendes Gefühl zu haben. (Lachen und Widerspruch. Bebel ruft: In keiner Weise!) Ich will Ihnen einen Hinweis geben, der diese Behauptung etwas überzeugender macht. Wäre es anders, dann hätte der Vorstand den Briefwechsel, den ich und einige Genossen mit ihm geführt haben, in den wirklich entscheidenden Punkten in seinem Parteibericht mitgeteilt. Der Parteibericht sagt ausdrücklich: „Die entscheidende Stelle der Beschwerdeschrift lautet" — und fährt dann fort mit Anführung einer Stelle. Ich glaube, daß folgendes zweifellos zu den entscheidenden Stellen gehört und das findet sich im Bericht nicht: „Die Unterzeichneten möchten wünschen, daß die Angegriffenen nicht genötigt werden, in unvermeidlicher Notwehr zur öffentlichen Antwort zu greifen." Unsre Absicht war es, diese Angelegenheit im Rahmen der Kompetenz des Parteivorstandes entscheiden zu lassen, dem die Aufsicht über die Presse zusteht. Ich glaube, es war in keinem Falle notwendig, daß der Vorstand diese Angelegenheit zu einer öffentlichen gemacht hat.

Die Frage der Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern ist außerordentlich verwickelt und es ist unmöglich, sie mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten. Es spielen da unzählige Nuancen mit, Imponderabilien, ganz unberechenbare Dinge erschweren das Urteil. Eins ist sicher, daß wir niemals eine Zeit gehabt haben, seit mehr als 40 Jahren, in der Sozialdemokraten an nichtsozialdemokratischen Blättern nicht mitgearbeitet haben. Und die besten und hervorragendsten unsrer Genossen, Marx und Engels, Liebknecht und Vollmar, Bernstein ganz ebenso wie Kautsky haben an nichtsozialdemokratischen

Blättern mitgearbeitet. (Hört, hört!) Aber freilich wird mir eingewandt — und Kautsky hat es ja bereits getan —: Bei den Blättern, an denen diese mitgearbeitet haben, durfte das geschehen. Ebenso hat der Parteivorstand und in Uebereinstimmung mit ihm Herr Dr. Franz Mehring. (Bebel ruft: „Herr Dr. Franz Mehring!") Jawohl, Genosse Bebel: Herr Dr. Franz Mehring (Bebel ruft: Herr Dr. Heinrich Braun! Großer Lärm.)

Singer: Es ist nicht üblich, Parteigenossen anders als bei ihrem Ehrentitel „Genosse" anzureden. (Lebhafter Beifall; große Unruhe.) Was Genossen im Privatberuf sind, wissen wir; aber diese Kennzeichnung gehört nicht hierher und war bisher nicht üblich. Ich bitte, auch auf diesem Parteitag es bei der guten alten Gepflogenheit zu belassen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Heinrich Braun (fortfahrend): Ich gestehe dem Vorsitzenden zu, daß es eine alte, gute Gepflogenheit ist, von den Mitgliedern unsrer Partei als „Genossen" zu sprechen. Aber es giebt Ausnahmen von jeder Regel, und ich gestatte mir hier eine Ausnahme! (Unruhe.)

Singer: Und ich gestatte dem einzelnen Redner nicht, solche Ausnahmen zu machen! (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Wenn solche Ausnahmen gemacht werden sollen, so hat der Parteitag darüber zu bestimmen. Vorläufig stehen wir auf dem Boden der gefaßten Parteitagsbeschlüsse, wonach wir uns gegenseitig mit „Genossen" anzureden haben. Die Redner haben allerdings die Freiheit, einfach den Namen zu nennen. Voraussetzung auf unsren Parteitagen ist aber, daß sämtliche Mitglieder Genossen sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Heinrich Braun (fortfahrend): Ich werde von der mir eingeräumten Freiheit Gebrauch machen und nur den Namen nennen. — Genosse Kautsky ist der Meinung, daß diejenigen bürgerlichen Blätter, an denen er mitarbeitet, einen andren Charakter haben als andre Blätter, an denen andre Parteigenossen mitgearbeitet haben. Diese Blätter sind nämlich keineswegs „hämisch" und „gehässig". Er beruft sich da insbesondere auf die „Frankfurter Zeitung". Ich halte die „Frankfurter Zeitung", nebenbei gesagt, für das beste deutsche Blatt, aber das ist ja gleichgültig. Ich will nur sagen, daß die Auffassung des Genossen Kautsky in Bezug auf die „Frankfurter Zeitung" in den Kreisen der Parteigenossen durchaus keine unbestrittene ist. Ein Parteigenosse, den Kautsky gewiß sehr respektiert, sagt über die „Frankfurter Zeitung" folgendes — er spricht über die Bekanntmachung des Vorstandes und sagt: „Diese Bekanntmachung läßt sich meines Erachtens kurz dahin zusammenfassen, daß es bei uns in Deutschland für einen ehrlichen Genossen überhaupt keine Möglichkeit giebt, an einem politischen bürgerlichen Blatte mitzuarbeiten, da sie alle — von der „Frankfurter Zeitung" bis zur „Kreuz-Zeitung" — in gehässiger und hämischer Kritik an unsrer Partei Erkleckliches leisten." Der Genosse fügt dann hinzu, daß ihm vielleicht mit Ausnahme der Berliner „Volks-Zeitung" kein Blatt bekannt sei, auf das obige Voraussetzung nicht im reichsten Maße zuträfe. Man sieht schon daraus, wie außerordentlich schwankend und unsicher die Begriffsbestimmungen eines Blattes sind, an dem man mitarbeiten darf oder nicht. Die Begriffe „gehässig" und „hämisch" sind eben Kautschukbegriffe. Ein andrer Parteigenosse, dem ich die allergrößte Verehrung zolle, hat an einem bürgerlichen Blatte mitgearbeitet, obwohl es ohne allen Zweifel gehässig und hämisch gegen unsre Partei aufgetreten ist, und zwar mitgearbeitet unter Umständen, die die Sache noch sehr komplizierten. Es handelt sich um die Mitarbeit des Genossen Liebknecht an der „Fackel". Genosse Dr. Viktor Adler aus Wien hat an seinem eignen Leibe erfahren, daß die „Fackel" so ziemlich das niederträchtigste und unverschämteste Blatt ist in Angriffen auf unsre Partei und auf meinen Freund Dr. Adler insbesondere. Nichtsdestoweniger hat Liebknecht an der „Fackel" mitgearbeitet, und zwar nicht etwa mit einem harmlosen belletristischen Aufsatz, sondern mit einem sehr wichtigen politischen Artikel, obwohl er sich sagen mußte, daß er mit ihm einer Bruderpartei die

allergrößten Verlegenheiten bereiten konnte. (Hört! hört!) Er hat einen Artikel über die Dreyfus-Affäre veröffentlicht, dessen Stellungnahme der französischen Partei damals und noch auf Jahre hinaus ganz außerordentliche Schwierigkeiten bereitete. Das zeigt Ihnen auch, wie vorsichtig und zurückhaltend man in dieser Beziehung urteilen muß. Wie es sicher ist, daß es seit 40 Jahren niemals eine Zeit gegeben hat, in der Sozialdemokraten nicht an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet haben, so ist es noch viel sicherer, daß es keine Zeit gegeben hat, in der Sozialdemokraten weniger an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet haben, als in den letzten Jahren. So gingen seit 40 Jahren die Dinge ihren Gang, und es war wirklich kein dringender Anlaß, gerade mitten im Wahlkampf diese Frage aufzugreifen. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Und hier kann ich, so leid es mir tut, dem Parteivorstand einen Vorwurf nicht ersparen. Wenn diese Diskussion und die Erklärung des Parteivorstandes im September erschienen wäre statt im Frühjahr, ich glaube, es wäre auch noch Zeit genug gewesen, und jedenfalls hätte der Parteivorstand eines verhütet, daß Kandidaten mitten im schwierigsten Wahlkampfe wegen ihrer höchst harmlosen und gleichgültigen Mitarbeit an bürgerlichen Blättern in der niederträchtigsten Weise angegriffen wurden. (Sehr wahr! und Widerspruch.) Das ist ein Fall, der in der Geschichte der Sozialdemokratie einzig dasteht. (Gelächter; Ruf: Wirklich einzig!) Ja, es ist wirklich einzig, daß Kandidaten mitten im Wahlkampfe in so unerhörter Weise kompromittiert wurden vor ihren Wählern. Ganz besonders kompromittiert wurde Göhre, von mir will ich nicht reden. (Ruf: Natürlich nicht!) Nach meiner Meinung ist es richtig, daß wie seit 40 Jahren diese Dinge dem Takt und dem persönlichen Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen überlassen geblieben sind, ohne daß die Partei einen nennenswerten Schaden daran genommen hat, wir es auch künftighin so halten. Und zwar giebt es dafür einen recht guten Grund. Sie können nämlich in Wirklichkeit nichts andres tun. Alles, was Sie ausklügeln an Kundgebungen in dieser Frage, wie sie beispielsweise der Parteivorstand erlassen hat, trifft daneben. Es ist nicht möglich, dies komplizierte und viel verschlungene Problem begrifflich zu fassen und festzustellen: das ist erlaubt und das ist verboten! Das ist ganz und gar nicht möglich, es giebt nur einen Weg, vielleicht werden wir den noch beschreiten, einen Index aufzustellen! Der Parteivorstand könnte eine Index-Kongregation etablieren und dann alle Vierteljahr neben dem Verzeichnis der Parteiblätter auch ein Verzeichnis derjenigen Blätter veröffentlichen, an denen Sozialdemokraten nicht mehr mitarbeiten dürfen. Vielleicht kommen wir auch noch weiter, er veröffentlicht alle Vierteljahre ein Verzeichnis von bürgerlichen Blättern, die wir nicht mehr lesen dürfen. (Lachen und Zustimmung.) Wir wollen es abwarten. Jedenfalls trifft diese Kundgebung des Parteivorstandes zum größten Teil vorbei. Nach seinen Vorschriften ist es durchaus gestattet, im „Lokal-Anzeiger", der „Woche" und dergleichen vortrefflichen Organen mitzuarbeiten; die sind niemals hämisch und gehässig gegen unsre Partei. (Sehr gut! und Gelächter.) Ich bin nun ganz im Gegensatz zu der Ansicht mancher Genossen der Meinung, daß es durchaus unvermeidlich ist, wie es 40 Jahre lang hervorragende Genossen getan haben, sich der bürgerlichen Presse gelegentlich zu bedienen. Bedienen, nicht ihr dienen! Das ist selbstverständlich. Aber das Anmutige bei allen diesen Diskussionen ist ja leider, daß alles wie Kraut und Rüben durcheinander gemengt wird, daß man sich den Anschein gibt, als handle es sich darum, ob ein Sozialdemokrat im Sinne der bürgerlichen Blätter an bürgerlichen Blättern mitarbeiten darf. Das ist selbstverständlich ausgeschlossen. Um Lumpereien kümmern wir uns nicht. Immer nur lautet die Frage, dürfen wir uns der bürgerlichen Presse bedienen, um diejenigen aufzuklären, zu denen sonst die sozialistische Presse nicht dringt? Dieses Problem beantworte ich dahin, daß wir, soweit es unsre Pflicht gegen die Partei gestattet, auch diese Propaganda betreiben müssen. Freilich, die „Neue

Zeit" denkt in dieser Beziehung anders. Nach meiner Ueberzeugung besteht kein Unterschied zwischen einer solchen Mitarbeit und dem Fall, daß jemand in eine feindliche Versammlung geht und in dieser Versammlung zu Gegnern spricht. Es ist für mich kein Unterschied, ob ich rückhaltlos vor Zweitausenden meine Meinung zum Ausdruck bringe, oder ob ich ebenso rückhaltlos in einem gegnerischen Blatte zu Zehn- oder Hunderttausenden spreche (Lachen) . . . Ach, lachen Sie nicht . . . Es ist da gar nichts zu lachen . . .

In Nr. 47 der „Neuen Zeit" vom 22. August 1903 wird nun gesagt: „Deshalb ist es ein, nicht nur auf einem, sondern auf beiden Füßen hinkender Vergleich, wenn gesagt wird: ja, ein sozialdemokratischer Redner, der in einer gegnerischen Versammlung das Wort ergreift, erntet großes Lob, aber wir Unglücklichen werden getadelt, wenn wir in gegnerischen Blättern die Parteiprinzipien vertreten. Dieser Vergleich würde erst zutreffen, wenn ein sozialdemokratischer Redner in einer gegnerischen Versammlung auf die Bedingung hin spräche, daß er das Konzept seiner Rede erst dem gegnerischen Vorsitzenden zur Prüfung einreichte. Ein Parteigenosse, Redner, der sich auf diese Bedingung einließe, würde unsres Erachtens alles eher in der Partei ernten als großes Lob." Hier supponiert die „Neue Zeit" wie sie es liebt, irgend einen natürlich ganz unmöglichen Fall. Wenn ein Sozialdemokrat in einem bürgerlichen Blatt arbeitet und ihm Artikel zur Veröffentlichung zusendet, so ist es für jeden Sozialdemokraten selbstverständlich unbedingte Voraussetzung, daß der Artikel, so wie er geschrieben wird, gedruckt oder unveröffentlicht zurückgegeben wird. (Sehr richtig!) Es giebt in ganz Deutschland kein so unanständiges Blatt, das anders verfahren würde; — ich habe zu viel gesagt: außer der „Leipziger Volkszeitung"! (Große Unruhe!) Außer der „Leipziger Volkszeitung" . . . Wenn Sie sich die Mühe nehmen wollen, meine Broschüre zu lesen, so finden Sie darin den aktenmäßigen Beweis für die Unanständigkeit der „Leipziger Volkszeitung".

Ich habe Ihnen kurz meinen sachlichen Standpunkt dargelegt. Die Angelegenheit hat aber auch eine persönliche Seite. Wie ist denn der ganze Streit entstanden? Der ganze Streit nahm seinen Ausgang von dem Artikel Franz Mehrings gegen den Genossen Bernhard in der „Neuen Zeit". Ohne Franz Mehring hätte nach dem Artikel von Bernhard kein Hahn gekräht. (Sehr richtig!) Genosse Bernhard hatte den Vorzug, ein ganz unbekannter Genosse zu sein und die „Zukunft" dringt nicht in Arbeiterkreise. (Hoffmann-Hamburg: Doch!) Ei, kommt doch ein Exemplar in Arbeiterkreise! . . . (Meister: Das sind ja nur faule Witze, die Sie da machen!)

Singer: Ich bitte die Zwischenrufe zu unterlassen.

(Meister: Es ist aber doch wahr!)

Heinrich Braun (fortfahrend): Franz Mehring hat eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Chamäleon; aber er unterscheidet sich wieder in ganz bestimmter Weise von ihm. Wenn das Chamäleon wütend wird, dann wechselt es die Farbe. Wenn aber Franz Mehring die Farbe wechselt, dann wird er wütend gegen seine früheren Freunde. Einer dieser zärtlich geliebten Freunde war Harden. Kein Wunder, daß Mehring nach der Manier dieses eigentümlichen Chamäleons jede Gelegenheit, auch die unpassendste, benutzt, um sich an Harden zu rächen. (Bebel: Der Vergleich macht Ihnen Ehre!) Ueber meine Ehre seien Sie ganz unbesorgt. (Bebel: Und Sie ebenso über meine!) Lassen Sie mir meine Ehre und ich Ihnen die Ihrige! — Wenn die Sache eine komische Seite hat, so hat sie auch eine sehr ernste Seite. Sie zu behandeln, bin ich herausgefordert durch Franz Mehring und seinen Artikel in der letzten Nummer der „Leipz. Volksztg." In diesem Artikel der „Leipziger Volksztg" wird mir — auch Genosse Auer ist dabei erwähnt worden, obwohl er mir versichert hat, er wisse nicht, wie das zuginge; es könne ja sein, daß er bei dem Verbot der Volkszeitung ein paar freundliche Zeilen an die Redaktion geschrieben habe — entgegengehalten, daß ich ja Mehring der

Partei zugeführt habe. Ich will den Sachverhalt klarstellen. Es tut mir leid, daß ich Sie mit dieser Angelegenheit beschäftigen muß (Unruhe); es ist aber unvermeidlich, nach dem letzten Artikel Mehrings in der „Leipziger Volkszeitung". Wie kam ich denn dazu, meine Hand dazu zu bieten, daß Mehring wiederum in Beziehungen zur Partei gelangte? Ich gehöre zu den älteren Parteigenossen, und es werden im nächsten Jahre 25 Jahre sein, daß ich wegen Verbreitung verbotener Schriften auf Grund des Sozialistengesetzes als Student in Straßburg in Untersuchung kam. Ich habe deshalb wenige Monate nach Erlaß des Sozialistengesetzes die ganze Niederträchtigkeit und Büberei, mit der die bürgerlichen Parteien und ihre Presse in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes uns verfolgten, uns wie Mörder und Strolche behandelten, selbst durchlebt und erfahren. Sie können sich demnach vorstellen, wie es auf mich gewirkt hat, daß in den Jahren 1886 und 1887 die „Volks-Zeitung" für uns eingetreten ist. Ich kann, da ich durchaus gerecht zu sein mich bemühe, nichts andres sagen, als daß in jenen Jahren die „Volks-Zeitung" mit einer ganz unvergleichlichen journalistischen Verve und außerordentlichen Energie für uns eingetreten ist, und, soweit ich übersehe, war die „Volks-Zeitung" das einzige Blatt in Deutschland, das mit dieser Energie, mit dieser Rücksichtslosigkeit für die verfolgte Partei eingetreten ist. Kautsky erlaube ich mir zu sagen, daß die „Volks-Zeitung" damals viel entschiedener sich unsrer annahm, als die „Frankfurter Zeitung", an der er damals mitgearbeitet hat. Ich hatte gar keine Beziehungen zur „Volks-Zeitung", aber mich interessierten diese Artikel ganz ungemein. Ich erkundigte mich nach dem Verfasser und hörte zu meinem Erstaunen, daß das Franz Mehring sei, von dem ich nichts wußte, als daß er die schamlose Geschichte gegen die Sozialdemokratie geschrieben hatte. Ich hatte aus der Lektüre der „Volks-Zeitung" das Gefühl, daß dieser Mann ernstlich bemüht sei, das an uns begangene Unrecht gut zu machen. Wenn ich mit den Genossen Bebel und Singer damals zusammenkam, geriet natürlich auch die Rede auf die „Volks-Zeitung" und ich sagte dann beiläufig in Gesprächen ... (Bebel ruft: Gar nicht beiläufig, Herr Braun!) Ihnen gegenüber, Genosse Bebel, werde ich stets „Genosse" sagen, auch wenn Sie mich „Herr Braun" nennen. (Unruhe. Bebel ruft: Das gehört sich auch so!) Aber von Ihnen gehört es sich nicht, daß Sie mich „Herr Braun" nennen. (Unruhe.) Das Wort „beiläufig" war wirklich nur beiläufig gebraucht. Also: ich habe oft und eindringlich mit Bebel und Singer darüber gesprochen und habe wiederholt — nicht beiläufig — gesagt: Gewiß ist diese Geschichte der Sozialdemokratie ein niederträchtiges Werk, aber Mehring bemüht sich, das vergessen zu machen, indem er jetzt fast als der einzige bürgerliche Journalist für die verfolgte Sozialdemokratie eintritt. Ist es nicht, sagte ich, Pharisäismus, nicht vergessen zu wollen? Nun besuchte ich 1887 mit andren Genossen den geheimen Kongreß von St. Gallen, wo ich zum Schriftführer gewählt wurde. Auf diesem Kongreß wurde beschlossen, daß künftighin unter keinen Umständen die Sozialdemokraten bei Stichwahlen für Freisinnige stimmen sollten, wegen deren schnöden Verhaltens bei der letzten Wahl. Im Hinblick auf diesen Beschluß sagte Singer in seiner Art höhnisch zu mir: „Nun, was wird denn Mehring dazu sagen; der wird nicht übel schimpfen." Ich sagte, so weit ich die „Volks-Zeitung" und Mehring aus der Zeitung kenne, sei ich überzeugt, daß er nichts andres werde sagen können als: Unter den gegebenen Umständen konnten die Sozialdemokraten keinen andren Beschluß fassen. Darauf wettete Singer mit mir daß Mehring das nicht schreiben würde. Nach drei oder vier Tagen bestätigte sich meine Voraussage. Im November, Bebel und Singer waren damals aus Berlin ausgewiesen ... (Bebel ruft: Ich nicht, das ist ein Irrtum!) Genosse Bebel, das ist doch höchst gleichgültig! (Bebel: Ich sage ja auch, das ist ein Irrtum!) Also die beiden Genossen waren nicht in Berlin; als sie zum Reichstag zurückkamen, trafen wir wieder zusammen. Bebel stellte sich damals etwas

freundlicher zu mir als jetzt. (Bebel: Sehr richtig!) Wir kamen auf die Wette zu sprechen und verabredeten das Souper — um ein Abendessen ging die Wette — für einen bestimmten Abend. Als die Verabredung getroffen war, hatte ich die beispiellose Don Quixoterie, vorzuschlagen, Mehring zu diesem Souper einzuladen. Diese Don Quixoterie beging ich, ohne Mehring je gesehen zu haben, und Bebel und Singer waren so unvorsichtig, ja zu sagen. (Vollmar ruft: Ein teures Souper!) Ich gebe dem Genossen Vollmar recht. (Bebel ruft: Vollmar hat nie solche Soupers, scheints, gegessen. Heiterkeit.) Ich habe daraufhin Mehring besucht und zu dem Souper eingeladen, an dem er denn auch teilnahm.

Nun muß ich noch eins sagen: Niemals würde ich Mehring aus der tiefen Verachtung, in die er damals vor der ganzen Partei versunken war, herausgezogen haben (Lachen), hätte ich seine Vergangenheit ganz genau gekannt. Niemals würden die Genossen das terroristische Regiment, das Mehring in unsrer Partei sich anmaßt, dulden, wenn sie seine Vergangenheit kennten. (Sehr wahr!) Und nur, weil Sie (zu Mehring!) wie ein Fuchs die Spuren Ihrer Tätigkeit verwischen, ist es möglich, daß Sie sich behaupten; und Ihr Terrorismus tut das übrige dazu. Als literarische Persönlichkeit gleichen Sie einem in Erz gewappneten Ritter, der unverwundbar scheint, an dem alle Fechterkunststücke vergeblich abprallten. Und doch ist diese Rüstung, in die Sie sich einhüllen, nicht aus Eisen, sondern aus Pappe, und mit Eisenfarbe bloß überstrichen. Ein paar wuchtige Hiebe, und hinter dieser Rüstung erscheint nicht der reuige Sünder, den Sie jetzt vorspielen, sondern in schlotternder Angst (Lachen und Lärm) ein gar nicht bußfertiger Sünder. Sie leben allein von der Lüge. (Große Unruhe.)

Singer: Ich möchte bitten, daß der Redner zur Versammlung spricht und nicht zu einem einzelnen Mitgliede. (Sehr richtig! Koenen ruft: Das ist akademischer Anstand!)

Braun (fortfahrend): Sie behaupten sich nur auf diese Weise. (Zuruf: Beweisen Sie das!) Ich werde es beweisen, gedulden Sie sich, Genosse Stadthagen. (Stadthagen: Ich habe ja kein Wort gesagt!)

Singer: Ich möchte wirklich bitten, die Zwischenrufe zu unterlassen. Den Redner aber bitte ich im Interesse der Verhandlungen, seinerseits seinen Vortrag nicht gar zu sehr durch Zwiegespräche mit andren zu verlängern. (Zustimmung.)

Braun: Die Zwiegespräche würden mir vollkommen erspart bleiben, wenn Sie die Zwischenrufe verhinderten. Ich habe hier die „Leipziger Volkszeitung" vom 5. November 1902. Franz Mehring polemisiert darin gegen Parteigenossen — es ist sein vornehmstes Geschäft, gegen Parteigenossen zu polemisieren. Er sagt da:

„Sie beziehen sich auf die in der Partei hinlänglich bekannte Tatsache, daß ich im Jahre 1877, also vor 25 Jahren, eine antisozialistische Schrift veröffentlicht habe. Das bald darauf erlassene Sozialistengesetz belehrte mich eines besseren."

Und in der „Leipziger Volkszeitung" vom 12. September d. J. sagt Franz Mehring folgendes:

„Es ist vollkommen richtig, daß ich in einer Schrift, die nunmehr vor gerade einem Vierteljahrhundert zum letztenmal in dritter Auflage erschien, die Partei heftig und ungerecht angegriffen habe. Durch die Handhabung des Sozialistengesetzes bin ich dann zu andrer Ansicht gekommen."

Ich sage, daß das eine Lüge ist, und ich sage mit Bebel: Die Zeit des Vertuschens und des gegenseitigen Komödiespielens ist vorbei. (Bebel: Sehr gut!) Hier an dieser Stelle ist das Wort des Genossen Bebel ganz genau am Platze. Also das Sozialistengesetz und seine Handhabung hat Franz Mehring zu einer andren Ansicht gebracht? Erlauben Sie, daß ich Ihnen zeige, in welcher Weise das Sozialistengesetz Franz Mehring zu einer andren Ansicht über unsre

Partei gebracht hat, nachdem er sie in der schon hinlänglich charakterisierten Geschichte der Sozialdemokratie — ausgesprochen kann man nicht gut sagen — ausgespien hat! Ich habe hier vor mir die „Gartenlaube“ vom Jahre 1880, in der Mehring über die Sozialdemokratie und insbesondere über die Attentate und das Sozialistengesetz sich ausspricht. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich wörtlich vorlese. Sie werden es nicht glauben — (Ruf: Lesen Sie doch endlich!). Also hören Sie:

„Endlich aber in faulen und schlechten Naturen weckte die sozialdemokratische Agitation herostratische Gelüste. Die Frechheit, mit welcher sie die besitzenden und gebildeten Klassen in allen ihren Gliedern als verkommen, die Arbeiter dagegen als edle und reine Menschen darstellen, bezauberte jeden dummen Jungen, der nichts gelernt hatte“ — das sind Sie, Parteigenossen. (Ruf: Sie auch!) Ja, ich auch, ich war damals auch Genosse und in den Augen von Mehring ein dummer Junge, weil ich Genosse war — also „bezauberte jeden dummen Jungen, der nichts gelernt hatte und auch nichts lernen wollte, aber begeistert die Aussicht ergriff, durch Bummeln und Schwatzen und öffentlichen Unfug „berühmt“ zu werden. Dieser Größenwahn äußerte sich in mannigfachen Formen und verschiedenen Graden. Die einen ergaben sich den brotlosen Künsten des Agitierens und Kolportierens; die andern wurden „Schriftsteller“, zeichneten als Strohmänner verantwortlich die Zeitungen der Partei und büßten mit harten Geld- und Gefängnisstrafen für die Verleumdungen der Demagogen; die dritten „vermöbelten“, um in ihrer zarten Sprache zu reden, die „wissenschaftlichen“ Größen der „Bourgoisie“, die vierten suchten sich bemerkbar zu machen durch pöbelhafte Beschimpfungen des Reichsoberhauptes; die fünften schritten vom giftigen Worte zur giftigen Tat, wie Hödel, und, ihm nachahmend, Nobiling. (Hört! hört!)

In diesem Sinne eine schwere Mitschuld des kommunistischen Wühlertums an den Attentaten leugnen zu wollen, ist ganz vergebliches Beginnen. (Hört! hört!) Hödel war sicherlich ein verkommener und verlotterter Bube, ehe er sich der Sozialdemokratie anschloß; er wäre es auch nach allem menschlichen Ermessen geblieben, wenn er nie die Partei kennen gelernt hätte, aber so wie er war, wäre er aus eignem Antriebe eher auf jedes andre Verbrechen verfallen, als auf den Kaisermord, wenn seine Teilnahme an dem umstürzlerischen Treiben nicht herostratischen Größenwahn in ihm gezüchtet hätte.

Die rasche Nachfolge, welche sein Verbrechen fand, die rohen Aeußerungen nichtswürdiger Schadenfreude, die überall aus den Massen hervorbrachen, bewiesen vollends, daß hier ein organisches Leiden vorliege, welches die höchste Aufmerksamkeit der Gesetzgebung erheische.

Die Folge der Attentate war bekanntlich die gesetzliche Unterdrückung der sozialdemokratischen Agitation. Auch das Urteil über diese Maßregel ist arg verwirrt durch der Parteien Gunst und Haß, weit ärger, als an sich notwendig wäre.

Man muß hier nur zwei ganz verschiedene Dinge auseinanderhalten. Der Satz, daß eine geistige Bewegung dauernd niemals durch äußere Mittel niedergehalten werden könne, ist richtig und unanfechtbar, aber wenn man ihn auf das Sozialistengesetz in verurteilendem Sinne anwenden will, so wird man ja doch zunächst nachzuweisen haben, daß die sozialdemokratische Agitation eine geistige Bewegung gewesen ist. (Hört! hört!) Der wissenschaftliche Sozialismus freilich, ebenso wie das Streben der arbeitenden Klassen nach einem höheren Anteil an den Schätzen der nationalen Kultur und des nationalen Wohlstandes, sind geistige Bewegungen; soweit in ihnen geschichtliches Recht enthalten ist, werden sie sich unwiderstehlich durchsetzen, und von einem Versuche sie zu unterdrücken, gilt ganz und voll das Dichterwort:

„Es war ein eitel und vergeblich Wagen,
Zu fallen ins bewegte Rad der Zeit.“

Ganz anders steht es mit der sozialdemokratischen Agitation. Sie war ein kühl berechneter und geplanter Versuch schlauer Demagogen, die bestehende Ordnung der Dinge gewaltsam umzustürzen. (Hört! hört!) Sie war die politische Waffe einer politischen Partei; sie förderte mit roh revolutionären Mitteln roh revolutionäre Zwecke. Sich hiergegen zur Wehr zu setzen, die Waffe zu zerbrechen, die nach seinem Herzen gezückt wurde, war nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht des Staates (Hört! hört!), der, wie jeder lebendige Organismus, den Trieb der Selbsterhaltung hat, auf das Recht wie die Pflicht der Notwehr niemals verzichten kann. Auch der freieste Staat wird offenen Aufruhr niederschlagen; ein derartiges Vorgehen ist einfach gleichbedeutend mit seinem Wesen und seinen Zwecken. In diesem Fall hatte die Sozialdemokratie am wenigsten recht, sich über Gewalt zu beklagen.“ — — —

So hat das Sozialistengesetz umbildend auf die Ansichten von Mehring gewirkt! (Zubeil: Trotzdem haben Sie ihn uns gebracht!) Ich habe Ihnen gesagt, daß wenn ich die Artikel gekannt hätte — (Bebel: Sie haben sie gekannt!) Nein. (Bebel: Sie haben sie gekannt, Sie sagen die Unwahrheit. — Glocke des Vorsitzenden. Bebel: Das war die Unwahrheit!)

Singer: Ich bitte den Genossen Bebel auf das dringendste, derartige Zwischenrufe zu unterlassen! (Bebel ruft: Ein Wort zur rechten Zeit!) Er wird im Laufe der Diskussion ja volle Gelegenheit haben, seine Ausführungen zu machen. (Bebel: Aber gründlich!) Es kann niemand mehr wie ich den Ernst der Situation empfinden, aber umsomehr möchte ich Sie bitten, auch in diesem Moment die Würde der Partei zu wahren! (Lebhafte Zustimmung.) Die Würde der Partei erfordert eine ruhige, sachliche Verhandlung! Aber gegen die Würde der Partei ist es, wenn wir in dieser Weise wie Schulbuben durcheinander zänkische Zurufe machen. Das gilt von allen, die in dieser Weise eingegriffen haben, und so sehr ich begreife, daß das Temperament des einzelnen da mitspricht, so sehr muß der eiserne Zwang, wo es sich um die Würde der Partei handelt, die einzelnen Temperamente mäßigen. (Sehr gut!) Ich bitte dringend, die Vorträge nicht dadurch zu verlängern, daß in dieser Weise in die Verhandlungen eingegriffen wird. Ich möchte alle Mitglieder des Parteitages auf das entschiedenste bitten, sich davon leiten zu lassen.

Bebel: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!

Singer: Nachher!

Dr. Heinrich Braun (fortfahrend): Ich bestreite dem Genossen Bebel durchaus das Recht, zu behaupten, daß ich das, was ich hier vorgelesen habe, gekannt habe zu der Zeit, als ich mit Bebel in St. Gallen und Berlin und vorher und nachher über diese Dinge sprach. Ich kann den Zeugen stellen (Bebel ruft wiederholt: Unerhört!), wenn es nötig ist, der mich auf diesen „Gartenlauben“-Artikel vor wenigen Wochen aufmerksam gemacht hat. Er befindet sich im Saale, ich habe aber keine Veranlassung, den Namen zu nennen. (Bebel ruft nochmals: Unerhört!)

Sie haben gehört, wie das Sozialistengesetz auf Franz Mehring gewirkt hat, und ich glaube ein Recht gehabt zu haben, zu sagen, daß das, was er in diesen beiden Nummern der „Leipziger Volks-Zeitung“ gesagt hat, eine Lüge war. Aber Bebel ereifert sich ganz unnötig. Das, was ich Ihnen vorgelesen habe, war doch eigent-ʼch eine Kleinigkeit, wie Sie bald sehen werden. (Bebel ruft: Ganz richtig!) s ist doch ganz gut verständlich, daß jemand, unwissend über unsre Partei, der unsere Theorien, in dieser verblendeten Weise spricht, aber das, was ich Ihnen vorgelesen habe, diese Verherrlichung des Sozialistengesetzes, der brutalsten Verfolgungen, die irgend eine Partei der Welt jemals erfahren hat, diese unerhörten Dinge rühren nicht von einem verblendeten Gegner her, sondern von einem Genossen. Dafür werde ich Ihnen den urkundlichen Beweis führen. ich habe hier das stenographische Protokoll der Reichstagssitzung vom

17. April 1880. Es handelte sich da um eine Debatte über die Handhabung des Sozialistengesetzes; in derselben sagte der Genosse Hasenclever, der leider verstorben ist, in Gegenwart des Genossen Bebel, der in derselben Sitzung das Wort nahm, folgendes — er kam auf die Angriffe zu sprechen, die im Hinblick auf die Artikel der „Gartenlaube" im Reichstag gegen uns erhoben wurden, und sagte da wörtlich folgendes:

„Das wäre ja nun an und für sich nichts Besonderes, aber dieser Herr Franz Mehring wird von der gesamten liberalen Presse, z. B. von der „Magdeburger Zeitung" der „Weser-Zeitung", der „Social-Correspondenz" für ein großes Lumen in der Sozialdemokratentöterei gehalten und auch dafür erklärt. Um solche Leute einmal zu kennzeichnen, und das ist jedenfalls notwendig, will ich Ihnen sagen, warum wahrscheinlich der Mann Sozialistentöter geworden ist. Ich weiß nun wohl, daß er mich nach meinen heutigen Aeußerungen verlästern und verleumden wird in der nächsten Zeit, aber ich fürchte mich nicht davor" — ich kann das dem Genossen Hasenclever nachfühlen — „und mir sind solche Angriffe überhaupt gleichgültig. Für die „Neue Welt", ein Blatt, welches in der Genossenschaftsdruckerei zu Leipzig erscheint und vor mehreren Jahren gegründet wurde, wurde nach einem Jahre seines Bestehens ein neuer Redakteur gesucht, und weil Herr Franz Mehring, den wir näher kannten, eine leidliche Broschüre geschrieben, auch einen guten Stil hat, ein guter Feuilletonist ist, wie ich gern anerkenne, so hatten wir mit ihm eine Besprechung und fragten ihn, ob er vielleicht Lust habe, die Redaktion der „Neuen Welt" zu übernehmen. Er war nicht abgeneigt, aber wir konnten bei unsren bescheidenen Verhältnissen ihm nicht mehr geben als 800 Taler jährlich; das war ihm zu wenig, er sprach von 1000 Talern; diese konnten und mochten wir ihm nicht zahlen. Als wir so auseinandergingen, wurde Herr Mehring bald darauf Sozialistentöter." (Hört! hört!)

Auch das, was ich Ihnen eben vorgelesen habe, war mir zu der Zeit, als ich mit Singer und Bebel über die Tätigkeit des Franz Mehring in der „Volks-Zeitung" sprach und mich für ihn einsetzte vollkommen neu und unbekannt; ich weiß das erst seit ganz kurzer Zeit.

Nun komme ich zum Schluß. Betrachten Sie einmal die Situation in unsrer Partei und die Tätigkeit dieses Franz Mehring. Nach den ungeheuren Erfolgen, die wir erzielt haben, haben die Gegner außer dem Va-banque-Spiel eines Staatsstreichs nur eine einzige Hoffnung: die Spaltung unsrer Partei. An diesem Urgebirgsstock, den die Sozialdemokratie darstellt, prallen alle Angriffe ab, wie Flintenkugeln von einem Felsen. Nur von innen heraus kann dieser Felsen zersprengt werden. Was aber ist die Tätigkeit Franz Mehrings seit Jahren? Ist sie etwas andres als die Verhetzung aller Parteigenossen untereinander (Sehr richtig!), ist sie etwas andres, als die Verhetzung unsrer Partei mit den Bruderparteien im Auslande? Denken Sie an die Lage in Belgien im vorigen Jahre! Damals herrschte die Revolution in Belgien, und jeden Tag stellten die belgischen Genossen ihr Leben aufs Spiel. Und wie benahm sich Franz Mehring? Wie ein Hetzer, wie ein Schürer! Ganz ebenso verhält er sich der größten sozialdemokratischen Partei Frankreichs gegenüber. Ueber dies Verhalten Franz Mehrings herrscht eine sehr weit verbreitete Unzufriedenheit in unsrer Partei. Auch die ihm Nahestehenden empfinden, wie ich überzeugt bin, ein sehr lebhaftes Unbehagen darüber. Einen einzigen Mann mag es vielleicht in Deutschland geben, der an dieser hetzerischen, parteizerstörerischen Tätigkeit Franz Mehrings seine Freude haben könnte, das ist der preußische Polizeiminister. (Unruhe.) Deshalb sage ich: als Feind waren Sie (zu Mehring) uns ungefährlich, und ungefährlich würden Sie uns sein, wenn Sie wieder einmal unser Feind würden. (Zuruf: Sie auch! —

Heiterkeit.) Aber vor Ihnen als einen gefährlichen, den inneren Bestand unsrer Partei gefährdenden Freund wollen wir uns schützen! (Beifall und Zischen.)

Bebel (zur Geschäftsordnung): Der Herr Vorsitzende hat sich vorhin veranlaßt gesehen, auf mehrere Zurufe aus der Mitte des Saales, darunter auch einige sehr laute von mir, zu erklären, daß er diese Zurufe für unstatthaft halte, eine Bemerkung, zu der er selbstverständlich ein Recht hat nach der bisherigen Praxis. Er hat aber weiter hinzugefügt, man solle es unterlassen, sich wie Schulbuben mit Beschimpfungen zu traktieren. Er hat nicht den Namen oder die Namen derjenigen genannt, die er unter dieser Bezeichnung „Schulbuben" gemeint hat. Aber wenn der Vorsitzende einer solchen Versammlung wie diese einen derartigen Ausdruck gebraucht, so ist es ganz natürlich, daß die Kombinationsgabe der Hörer in Bezug auf die Deutung dieses Wortes, in Bezug auf die Person oder die Personen, die unter dem Ausdruck „Schulbuben" gemeint sein können, einen sehr weiten Spielraum zuläßt, und ich glaube, eine solche Freiheit in der Deutung eines Ausdrucks des Vorsitzenden sollte der Vorsitzende selbst vermeiden. Aus diesem Grunde bitte ich den Vorsitzenden nachdrücklich, seine Bemerkung dahin deklarieren zu wollen, wen er unter dem Ausdruck „Schulbuben" gemeint hat. (Sehr richtig.)

Singer: Ich hatte mir schon vor der Aufforderung des Genossen Bebel vorgenommen, zu erklären, daß ich, wenn ich den von Bebel kritisierten Ausdruck gebraucht habe, selbstverständlich nur damit meinen konnte, daß es nach außen hin den Eindruck erwecken könnte, als ob der Parteitag eine so wie ich es bezeichnet habe, zusammengesetzte Versammlung wäre. Ich gebe jedoch ohne weiteres zu, daß dieser Ausdruck besser unterblieben wäre. (Sehr wahr!) Ich gehöre durchaus nicht zu den Menschen, die nicht einmal ein Wort sagen können, das sie später lieber als nicht gesagt ansehen würden. (Bravo!) Aber in der Sache möchte ich meine Aufforderung wiederholen, unsre Verhandlungen nicht durch Zwischenrufe und persönliche Apostrophierung der Redner aufzuhalten. Der Stoff, den wir behandeln, bietet genug Veranlassung zur Erregung; wir brauchen durch eine derartige Erörterungsart diese Erregung nicht noch zu steigern. Ich hoffe, daß dieser kleine Zwischenfall damit erledigt ist und daß jeder die Wiederholung solcher Vorgänge vermeidet.

Gerisch: Ich habe keine Lust, mich für meine Person in den von Braun angeschnittenen Streit zu mischen. Ich habe an diesem Abendessen nicht teilgenommen. (Heiterkeit. — B e b e l: Das war sehr gut!) Ich habe ums Wort gebeten, um die Gründe darzulegen, die den Parteivorstand zu seiner Kundgebung veranlaßt haben. Es wäre gewiß viel wünschenswerter gewesen, wenn eine solche Kundgebung gar nicht erst nötig gewesen wäre, wenn die Parteigenossen aus ihrem Taktgefühl selbst das Richtige träfen. Es schien aber, als wenn gerade in der letzten Zeit dies Taktgefühl doch bei verschiedenen Parteigenossen versagt hätte. Ganz besonders wurde die Frage aktuell durch das Schiedsgericht gegenüber dem Genossen Dr. Berthold. Da standen die Schiedsrichter vor der Frage, ob Parteigenossen, die in dieser Weise für die gegnerische Presse tätig sind, noch zur Partei gehören können. Nach der bisherigen Praxis konnte der Vorstand diese Frage nicht verneinen. Insofern hat Braun den Sachverhalt ganz richtig dargestellt. Bis in unsre Tage haben eine Reihe hervorragender Parteigenossen an gegnerischen Organen mitgearbeitet. Ich gebe auch zu, daß der Vorstand keine einwandsfreie Form für seine Entscheidung gefunden hat. Wenn der Parteitag eine bessere Form findet, so werden wir das mit Freuden begrüßen. — Ich möchte noch einige Irrtümer richtig stellen, die Meister heute unterlaufen sind.

Singer: Ich möchte bitten, das jetzt nicht zu tun. Es findet sich vielleicht dazu noch eine Gelegenheit.

Hoffmann-Hamburg: Die Ausführungen des Genossen Braun sind in zwei Teile zu trennen. Der eine Teil, der als sachlich gelten kann, beschäftigte sich mit unsrem Thema, der andre aber gehörte gar nicht hierher. (Sehr richtig!) Braun hat es in ganz geschickter Weise verstanden, den Spieß umzukehren, so daß er nicht als Angeklagter, sondern als Ankläger aufgetreten ist. Er hat Ausgrabungen veranstaltet und uns Geschichten hier erzählt, die ich nicht gekannt habe, die aber ein Teil der älteren Genossen längst schon gekannt haben. (Sehr richtig!) Wenn wir aber im Vorleben eines jeden einzelnen vor 25 Jahren nachgraben wollten, wohin kommen wir dann? Ich habe hier im Auftrag der Hamburger Parteigenossen Protest dagegen einzulegen, daß so viel Parteigenossen fortwährend die Streitaxt führen, daß vor jedem Parteitag ein Zankapfel hineingerollt wird. (Bravo!) Die Genossen in Hamburg haben das endlich satt! Sie wollen endlich einmal, daß diese Streitereien aufhören. (Bravo!) Aus dem Grunde haben wir einen bestimmten Antrag angenommen, nicht auf Grund des Mehringschen Artikels. Unter unseren Hamburger Parteigenossen giebt es einzelne, die die „Zukunft“ lasen. Auf Grund dieser Kenntnis wurden wir angeregt, zu dem Artikel „Parteimoral“ Stellung zu nehmen. Ist denn wirklich für unsre Schriftsteller kein andrer Platz vorhanden, wenn sie über Parteifragen schreiben wollen, als ein gegnerisches Blatt? (Sehr wahr!) Auch uns Hamburgern hat die „Zukunft“ einmal einen Stein in den Weg gerollt. Als die Wogen wegen der Genossenschaftsbewegung hoch gingen, da hat die „Zukunft“ einen Artikel von dem Großkaufmann May gebracht unter dem Titel: „Die reaktionäre Partei“, der Zwietracht in unsre Reihen tragen sollte. Wenn man das Bedürfnis hat, seine Meinung kundzugeben, dann soll man vor die Parteigenossen treten und nicht vor Franktireure, die mit uns liebäugeln. Deshalb stehen wir ganz auf dem Standpunkt des Vorstandes. Wir haben ja mit der Zeit verschiedene Erfahrungen gemacht. Wir bekommen immer mehr Zulauf aus andren Kreisen (Zuruf: „Salon-Sozialisten“); während das Gros der Parteigenossen von der Picke auf gedient und so den Sozialismus in sich aufgenommen hat, fangen diese Elemente ihre Parteitätigkeit damit an, daß sie Führerrollen übernehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist verkehrt: sie wollen führen, und sollten sebst noch geführt werden (Lebhafte Zustimmung); sie suchen in der Partei unterzukommen, werden als Redakteure untergebracht, das gefällt ihnen nicht, sie werden dann freie Schriftsteller. Wir verlangen aber, daß die Leute, die zu uns kommen, die Brücken zur bürgerlichen Gesellschaft hinter sich abbrechen, damit sie mit uns und für uns wirken. (Lebhafter Beifall.) Mit Vorliebe bringt die sogenannte parteilose Presse Artikel bekannter Sozialdemokraten, dadurch aber wird unsre Presse geschädigt. So können wir nicht Abonnenten gewinnen und schädigen uns selbst. Ich bitte Sie deshalb, die These des Vorstandes anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Kautsky: Braun hat mit dem Bedauern darüber begonnen, daß es sich hier um ein Literatengezänk handelt. Auch ich bedaure das, aber ich glaube, daß Braun selbst dazu Ursache gegeben hat. Er zwingt auch mich zu einigen persönlichen Ausführungen. Vor allem muß ich dagegen protestieren, daß man die Sache so hinstellt, als ob es sich um einen Privatstreit zwischen Mehring und Harden handelt. Davon kann gar keine Rede sein. Der Bernhardsche Artikel, der die Ursache zu der Anregung wurde, war mir früher bekannt als Mehring, ich las ihn und war ganz entsetzt darüber. (Sehr richtig!) Ich sagte mir: Das wird ja von Tag zu Tag toller, jetzt fangen die Herren noch an, unsre Parteimoral zu kritisieren und alles auf den Kopf zu stellen. (Sehr richtig!) In dem Artikel wurde gesagt, daß die Führer der Partei privatim ganz anders denken und sprechen, als sie öffentlich reden. Bernhard sagt darin, die Führer haben das Recht, vor den Massen, die ja nur Herdentiere, nur unreife Kinder sind, anders zu sprechen als sie denken, weil sie die Massen führen müssen, also gewissermaßen

ihre Schulmeister sind. (Hört! hört!) Gegen diese Moral wandte ich mich, ich forderte Mehring auf, dagegen zu schreiben. Ich also bin der Urheber dieses ganzen Literatengezänkes, und nicht Mehring. Es wird mir vorgeworfen, die „Neue Zeit" hätte sich dadurch vergangen, daß sie die Frage vor den Wahlen aufgriff und Genossen während des Wahlkampfes angriff. Ich bin mir der Verantwortlichkeit voll bewußt, die ein solcher Posten mit sich bringt, ich weiß sehr wohl, daß man die Partei sehr schädigen kann, wenn man einen Genossen vor der Wahl angreift, aber gerade die Nähe des Wahlkampfes war für mich entscheidend. Wenn diese Moral von Bernhard unwidersprochen in die Welt gegangen wäre, dann hätten unsre Gegner das Recht, vor die Massen zu treten und zu sagen: „Was wollt Ihr denn? Hier steht es ja, daß die Führer das selbst nicht glauben, was sie Euch vorerzählen! Niemand hat sich dagegen ausgesprochen, das ist eine unwidersprochene Wahrheit." (Sehr richtig!) Gerade wegen der Nähe des Wahlkampfes mußte dagegen protestiert, es mußte gezeigt werden, daß die Partei nicht so über Moral denkt, wie Bernhard es dargestellt. Es wird gesagt, die Meinungsfreiheit sei gefährdet (Zustimmung), wenn man den Genossen bestimmte Blätter verbietet, für die sie schreiben dürfen. Nein, hier handelt es sich nicht um eine Frage der Meinungsfreiheit, sondern um eine Frage der öffentlichen Reinlichkeit, und da hat die persönliche Freiheit gewisse Grenzen. Stellen Sie sich vor, ein Genosse hätte den Geschmack, auf einen Misthaufen zu steigen und von hier aus zum Publikum reden zu wollen; hätten wir da nicht das Recht, zu sagen, suche dir eine reinlichere Tribüne aus? Wäre dadurch die Meinungsfreiheit gefährdet? Sicherlich nicht. (Heiterkeit, Beifall und Ruf: Sehr geistreich!) Dann wird gesagt, die „Zukunft" schreibe auch nicht anders als andre bürgerliche Blätter, für die Liebknecht, Marx, Engels und meine Wenigkeit geschrieben haben. Ich bin andrer Meinung. Die „Zukunft" hat eine Reihe von Artikeln gebracht, die weitaus das überschreiten, was andre bürgerliche Blätter über die Sozialdemokratie bringen. Ich erinnere nur an den Artikel von Professor Jöst aus dem Jahre 1894 über russische Gefängnisse, in dem Jöst gegen Kennan polemisiert und diesem seine Sympathie für die russischen Sozialisten vorwirft. In diesem Artikel werden die russischen Sozialisten als gemeine Verbrecher bezeichnet; es wird gesagt, unsre Genossinnen sind gemeine Dirnen, Prostituierte, die Kassen erbrechen und Geld stehlen, um damit ihre Zuhälter bezahlen zu können. (Lebhaftes Hört! hört!) Als ich diesen Artikel las, wurde ich von einer Empörung ergriffen, die sich nicht beschreiben läßt. Wir haben viele Anfechtungen seitens der bürgerlichen Presse erfahren, aber ich kenne keinen Artikel, der so niedrig und pöbelhaft ist wie dieser. Und da kommt Edmund Fischer und sagt: Was da steht, steht wo anders auch! Er sieht keinen Grund ein, warum Sozialdemokraten nicht für das Blatt des Herrn Harden schreiben sollen. Ich bin andrer Meinung, ich habe das als eine tötliche Beleidigung empfunden für die Partei; nach meiner Ansicht kann mit einem Blatt, welches uns so beleidigt, kein Sozialdemokrat Gemeinschaft haben. (Sehr richtig!) Wenn solche Differenzen in der Partei vorhanden sind über das, was die Würde eines Sozialdemokraten erheischt, dann ist es wohl Aufgabe des Parteitages, hier ein Wort zu reden und denjenigen Genossen, die es nicht wissen, deutlich zum Ausdruck zu bringen, wie die Masse denkt. (Sehr richtig!) Nun hat Heinrich Braun noch Mehring auf das bitterste angegriffen, er hat geglaubt, ihm einen tödlichen Schlag zu versetzen. Er hat uns Dinge vorgelesen, über die wir alle seiner Zeit sehr empört waren, ja, wenn es jemals einen Mann in der deutschen Sozialdemokratie gegeben hat, der gehaßt war, so war es Franz Mehring. Merkwürdig aber ist es, daß gerade Heinrich Braun heute so erbittert gegen ihn ist; das, was er vorgelesen hat, erinnert mich lebhaft an die Nummern der „Zukunft", in denen noch Harden vor ganz kurzer Zeit die Sozialdemokratie angegriffen hat, als sie den Kampf gegen den Brotwucher führte. Wie Braun daraus zu dem Schluß kommt, daß die Genossen das Recht

haben, für Herrn Harden zu schreiben, das verstehe ich nicht. (Sehr gut!) Wenn damals, als Mehring uns so angriff, ein Genosse es gewagt hätte, anzudeuten, er habe Lust, für ein von Mehring redigiertes Blatt zu schreiben, er hätte nicht etwa eine leise Rüge vom Vorstand erhalten, nein, er wäre unter einstimmigem Zuruf der Genossen ohne jede Diskussion aus der Partei hinausgeworfen worden. (Lebhafte Zustimmung.) Nun will es das Schicksal, daß gerade Heinrich Braun es war, der Mehring in die Partei gebracht hat, und nicht nur in die Partei, sondern auch in Verbindung mit der „Neuen Zeit", was Braun vergessen zu haben scheint. Er war es, der mir damals Mehring auf das dringendste empfahl und mich für einen Philister hielt, weil ich Bedenken hatte, einen Mann, der uns so scharf angegriffen hatte, wieder zu uns kommen zu lassen. (Hört! hört!) Braun hat uns Dinge vorgelesen, die sicher beleidigend für die Partei sind, aber es ist doch merkwürdig, daß gerade der Mann, der sich so dafür eingelegt hat, Mehring für die Partei zu gewinnen, der einzige war, der nicht wußte, was damals die Spatzen in ganz Berlin von den Dächern pfiffen (Sehr gut!), der einzige, der nicht wußte, daß Mehring seinen alten Standpunkt noch in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes behauptet hatte. Heinrich Braun, dieser naive Mensch (Heiterkeit), der nichts sieht und hört, wußte von nichts und konnte sich daher den Luxus erlauben, Mehring in die Partei zu bringen. (Sehr gut!) Ich stand damals Mehring sehr mißtrauisch gegenüber, es ist ein Prinzip von mir, dem manche von Ihnen etwas mehr huldigen sollten, das Mißtrauen gegen jeden, der von den bürgerlichen Parteien zu uns kommt und früher gegen uns gekämpft hat. (Sehr richtig!) Ich bin nicht dafür, daß man unbesehen jeden Doktor, der zu uns kommt, mit Hosianna begrüßt (Sehr gut!) und ihn vorzieht alten erfahrenen Genossen, die seit Jahrzehnten mit Einsetzung ihrer Persönlichkeit für uns gekämpft haben, aber den Fehler haben, daß sie Proletarier sind. (Beifall. Bebel ruft: Metzner!) Ich bin der Meinung, daß die Akademiker, die zu uns kommen, eine Karrenzzeit durchmachen sollten. (Sehr gut!) Wir haben prinzipiell nichts gegen die Akademiker, aber ein gesundes Mißtrauen wäre gegen sie am Platze und das hatte ich auch Mehring gegenüber. Braun dagegen ist ihm sofort um den Hals gefallen und hat ihn zu uns herübergebracht. Andrerseits aber glaube ich, daß wir demjenigen, der sich zehn Jahre lang bewährt und Schulter an Schulter mit uns gekämpft hat, auch die Treue bewahren müssen, die wir einem Kriegskameraden schulden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir ihm dann, sobald er uns einmal unbequem ist, das vorwerfen, was er früher getan hat, so ist das eine Treulosigkeit. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Mehring hat sich um die Partei wohl verdient gemacht, das kann niemand leugnen. Er ist einer der ersten Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus, es giebt unter den heute Lebenden keinen, der ihn darin überragt. Er ist ein hervorragender Historiker, das erkennen auch seine bürgerlichen Gegner an. Mehring kennt die Parteigeschichte wie kein zweiter, namentlich die Anfänge der Bewegung; darin ist er unübertroffen. Seine „Lessing-Legende", seine „Geschichte des Sozialismus", sein Nachlaß von Marx und Engels sind Werke von klassischer Bedeutung, sie sind eine Zierde für unsre Partei und werden es immer bleiben. (Sehr richtig!) Wie kommt es, daß in plötzlich das Gewissen bei denjenigen erwacht ist, die jetzt gegen Mehring losziehen und ihm seine Jugendfehler so hart vorhalten, während dieselben Le für die heutigen Fehler des Herrn Harden nichts weiter übrig haben als ein christlichen Mantel zum Zudecken? Das kommt daher, daß Mehring zu den gehört, die sich durchgerungen haben zur Erkenntnis des wissenschaftlichen Soziali mus und für die das Parteiprogramm nicht eine bloße Formalität ist, die f hinnehmen, um in der Partei bleiben zu können, sondern eine lebendige Wahrhei für die sie eintreten. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade darum, weil er da Programm verficht auch gegen diejenigen, die unsre Taktik angreifen, hat er

den Haß einer Reihe von Leuten erworben und wird von ihnen angegriffen, und zwar von denselben Leuten, die ihn, wenn er heute mit ihnen das Programm angreifen würde, wie einen Geistesheros feiern würden. (Stürmischer Beifall.) Für die Qualifizierung dieser Art Angriffe fällt mir nur ein Vergleich ein: Mit jenen Leuten, die, wenn sie mit einem Nachbar Streit gehabt haben, zum Staatsanwalt laufen und den Nachbar wegen Majestätsbeleidigung anzeigen, die er vor längerer Zeit begangen haben soll. So ist es hier. Mehring ist diesen Leuten unbequem, und nun plötzlich graben sie alte Geschichten aus und kommen damit zum Parteitag. Ich glaube, daß diese Denunziantentaktik vom Parteitag mit jener Achtung behandelt wird, die sie verdient. Nun noch ein Wort über mich! Braun hat darauf hingewiesen, daß auch ich für bürgerliche Blätter, namentlich die „Frankfurter Zeitung“ geschrieben habe. Ich unterschreibe vollkommen das Urteil Bebels über die „Frankfurter Zeitung“; trotzdem fühle ich mich gegenüber Braun nicht schuldig, denn meine Mitarbeiterschaft an der „Frankfurter Zeitung“ fällt in eine Zeit, wo wir keine Parteipresse hatten. Den letzten Artikel für die „Frankfurter Zeitung“ habe ich 1884 geschrieben. (Hört! hört!) Das ist doch etwas andres, wenn man sich der bürgerlichen Presse zu einer Zeit bedient, wo noch keine Parteiliteratur existiert, wo man sonst gar nicht an das Publikum herankommt. Ebenso steht es mit Marx und Engels. (Bebel ruft: Damals war die „Frankfurterin“ anständig!) Allerdings hat Liebknecht für die „Fackel“ geschrieben. Ich weiß nicht, inwiefern das die andren Genossen rechtfertigen soll. Ich stimme Braun zu, daß Liebknecht da einen Fehler begangen hat, ich glaube aber, Braun täte besser, wenn er Liebknecht in dem nachahmte, was er Großes geleistet hat, in seinem revolutionären Eifer und nicht in gelegentlichen Entgleisungen! (Bravo!) Das scheint aber für ihn das wichtigste zu sein; der revolutionäre Geist ist ihm Nebensache. Ich kann mir die Entgleisung Liebknechts nur dadurch erklären, daß die „Fackel“ in Wien erscheint und Liebknecht den dortigen Verhältnissen fremd gegenüber stand. Hätte die „Fackel“ Liebknecht ebenso nahe gestanden, wie die „Zukunft“ Braun, Liebknecht hätte nie eine Zeile für die „Fackel“ geschrieben. (Sehr richtig!) Ich muß mich wundern, daß es noch Genossen giebt, denen man noch den Schwindel mit der sog. parteilosen Presse auseinandersetzen muß, und daß gerade so geriebene Leute wie Braun und Bernhard solche Kinder sind und sich durch den Gedanken einer parteilosen Presse blenden lassen. Eine parteilose Presse giebt es überhaupt nicht. Heute, wo die politischen Gegensätze so groß sind, muß jeder Partei nehmen. Die parteilose Presse ist die charakterlose Presse, die politische Heuchelei; eine Presse, welche wohl Partei nimmt, aber nicht offen, sondern unter dem Schein der Parteilosigkeit die Dummen, die nicht alle werden, einfangen will. Nun meint Braun, diese Artikel wirkten propagandistisch. Wie ein Artikel wirkt, hängt nicht von dem Artikel allein, sondern von der Umgebung ab, in der er erscheint. Nach Braun wird ein Kuchen, der vergiftet ist und in den man ein paar sozialistische Rosinen steckt, dadurch sofort zur gesunden und wohlschmeckenden Speise (Große Heiterkeit); er tröstet sich damit, daß die Rosinen ja nicht zerschnitten werden. (Heiterkeit.) Sehen Sie sich doch einmal diese propagandistischen Artikel an. Wenn jemand vorher noch nicht wußte, was die Sozialdemokratie ist, dann hat er es durch diese Artikel sicher nicht erfahren. (Zustimmung.) An wen wendet sich denn die „Zukunft“? An die Bourgeoisie, und es ist außerordentlich schwer, auf die Bourgeoisie zu wirken. Es ist durchaus nicht immer böser Wille, wenn wir da nicht verstanden werden; es liegt das oft einfach an der Unfähigkeit, sich in unsre Vorstellungen hineinzudenken. Für ein bürgerliches Hirn bedarf es einer ungeheuren Anstrengung, um sich in den sozialistischen Gedankengängen zurechtzufinden. Das kann durch einen Artikel nicht erreicht werden. Ein Proletarier kann durch solch einen Artikel beeinflußt werden, weil bei ihm das Klassenbewußtsein vorhanden ist, und selbst beim Proletarier muß die unablässige Er-

ziehung in der Werkstatt dazu kommen. Nun soll ein Bourgeois, der uns ganz verständnislos gegenübersteht, plötzlich durch einen Artikel in unsre Gedankenwelt eingeführt werden! Aus den bürgerlichen Kreisen können Sozialisten nur durch systematische Arbeiten, durch wissenschaftliche Werke, die Werke von Marx, Engels, Lassalle usw. gewonnen werden, aber nicht durch einzelne Artikel, besonders nicht durch so oberflächliche Artikel, wie sie einzig und allein Harden für seine „Zukunft" aufnimmt. Einen Nutzen kann ich mir also von solchen Arbeiten nicht versprechen. Der Schaden aber, den sie anrichten, ist sehr groß, wenn das Empfinden für die Würde der Partei dabei verloren geht. Ich hoffe daher, daß die große Mehrheit des Parteitages dem Vorschlage des Vorstandes zustimmen wird. (Lebhafter Beifall.)

Edmund Fischer: Ich bin kein Literat und habe mit dem „Literatengezänk" garnichts zu tun. Für bürgerliche Blätter habe ich nie eine Zeile geschrieben, ja ich habe mich schon jahrelang darüber aufgehalten, daß hervorragende Genossen von uns so oft für bürgerliche Zeitungen schreiben. Die Resolution des Vorstandes hat auch meinem Gefühl zum Teil Ausdruck gegeben. Ich bin aber empört — und habe daraus nie einen Hehl gemacht — daß dieser ganze Vorstoß lediglich aus einer persönlichen Differenz des Genossen Mehring entstanden ist. Kautsky tat so, als wenn die Frage jetzt plötzlich brennend geworden wäre. Das ist nicht der Fall. Ich habe vor zehn Jahren schon in der „Vossischen Zeitung" in der sogenannten wissenschaftlichen Beilage manchmal Artikel gefunden von Genossen, die gleichzeitig an der „Neuen Zeit" mitarbeiteten. Da hat sich Kautsky nicht gerührt. (Zuruf Bebels: Für die wissenschaftliche Beilage!) Ja, die gehört aber doch auch zur „Vossischen Zeitung". Nach dem Genossen Bebel ist es also zulässig, für den wissenschaftlichen Teil der „Vossischen Zeitung" zu schreiben. Warum denn nicht für den wissenschaftlichen Teil der „Zukunft"? (Lachen.) In derselben „Vossischen Zeitung" wird im Hauptblatte die Sozialdemokratie auf das niederträchtigste beschimpft; für die Beilage dürfen aber Genossen schreiben! Warum sollen denn nicht, wenn Harden uns im Leitartikel angreift, im späteren Teil des Blattes wissenschaftliche Artikel von Genossen erscheinen? (Lachen.) Ich habe aber auch garnicht gefunden, daß die „Neue Zeit" sonst so sehr auf „Reinlichkeit" hielt. Ich erinnere an den Fall Hans Leuß. Leuß war antisemitischer Abgeordneter, der zu Zuchthaus verurteilt wurde wegen eines Meineides, den er, wie Mehring angibt, aus edlen Motiven geleistet hatte. Mag sein; aber die Frau seines Freundes hatte er nicht aus edlen Motiven verführt. Jedenfalls hatte er abgewirtschaftet und kam dann zu Mehring, der ihm ein Loblied sang, daß er eine starke demokratische Ader habe usw. Leuß durfte für die „Neue Zeit" schreiben. Zu gleicher Zeit schrieb er Artikel für den „Zeitgeist" des „Berliner Tageblatts" (Zuruf: Auch für die „Welt am Montag"), da hat man absolut nicht von „Reinlichkeit" gesprochen, Genosse Kautsky! (Sehr gut!) Da mußte die Reichstagsfraktion einschreiten, um diesem Empfinden für Reinlichkeit Rechnung zu tragen. Ich war entrüstet über die Sache, besonders aber waren es auch sogenannte Revisionisten, die sich dafür ins Zeug legten, daß reinliche Verhältnisse hergestellt wurden. (Zuruf: Heine!) Jawohl, Heine hat am allerentschiedensten gegen Leuß gesprochen. Die Genossen haben sich übrigens damals nicht nach Revisionisten und alter Richtung geschieden, sondern gan[z] unabhängig von dieser Gruppierung. Also Veranlassung zum Eingreifen h[at] für den Vorstand früher schon vorgelegen, aber da geschah nichts. Wahrschein[lich] schrieb Leuß nicht revisionistisch und so wurde er mit Freuden aufgenommen u[nd] Kautsky hat ihm keine Karrenzzeit auferlegt. Das ist der Grund, weshalb [es] mich empörte, als dann Mehring seine Angriffe auf die „Zukunft" unternahm. Ich habe mit der Sache, die hier in Frage steht, persönlich garnichts [zu] tun, ich kannte bisher den Genossen Bernhard nur flüchtig, ich habe keine Ve[r]bindung mit einem der in Betracht kommenden Genossen gehabt, ich bin ga[nz]

selbständig vorgegangen. Den Genossen Berthold kenne ich nicht, ich hätte gewünscht, daß er nicht Genosse wäre, wie mir das von manchen Genossen vielleicht lieber wäre. Ich war aber empört, daß seit dem Artikel von Professor Adler in der „Zukunft“ der Kampf gegen die „Zukunft“ geführt wurde. Vorher durfte man für die „Zukunft“ schreiben, da hat man nichts gesagt. (Zuruf: Wer hat denn damals dafür geschrieben?) Ich nenne Paul Ernst. (Zuruf: Ist nicht Sozialdemokrat!) Er war es aber damals. (Zuruf: Außerdem Ströbel!) Das weiß ich nicht; ich weiß aber, daß Ströbel ebenso wie Schönlank für die Wiener „Zeit“ geschrieben hat. Mag sein, daß die „Zeit“ anständiger ist als die „Zukunft“, aber in der Polemik gegen die Sozialdemokratie war sie ebenso gehässig wie die „Zukunft“. Die ganze Sache datiert von dem Artikel Adlers in der „Zukunft“ gegen Mehring. Als dieser Artikel erschien, fragte mich ein Arbeiter: Haben Sie die Artikel gelesen? Wie ist das denn möglich! Das müßte die ganze Parteipresse abdrucken!“ Daß Berthold die „Zukunft“ verantwortlich gezeichnet hat, will ich nicht billigen; es wäre mir lieber gewesen, wenn er ausgeschlossen worden wäre. Ich bin vielleicht etwas voreingenommen gegen Mehring; das rührt von der Zeit her, wo er 1891 die Broschüre „Kapital und Presse“ schrieb. Daß derselbe Genosse bald darauf beauftragt wurde, die Geschichte der Sozialdemokratie zu schreiben, das habe ich nie verstanden. Ich bin überzeugt, wenn die Arbeiter die Laufbahn von Mehring kennten, dann würden sie meine Entrüstung teilen. (Sehr richtig!) 1869 war er doch bereits Redakteur eines demokratischen Blattes gewesen, als er dann Renegat wurde. Er ging damals von der demokratischen „Zukunft“ zur konservativen „Spenerschen Zeitung“ über, allerdings als Feuilleton-Redakteur, dann zur Sozialdemokratie, wurde nicht Redakteur der „Neuen Welt“, ging zur konservativen „Post“ und arbeitete für die „Staatsbürger-Zeitung“, „Weser-Zeitung“, „Gartenlaube“. Ich hatte diesen Winter von dem „Gartenlaube“-Artikel gehört und habe ihn kürzlich einmal nachgelesen. Da sagte ich mir: Das ist doch ebenso, wie Max Lorenz es macht! Wenn jetzt mit einem Male die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern so wichtig ist, dann wollen wir doch auch mal die Frage entscheiden: Was tun wir, wenn der Max Lorenz mal wieder kommt? (Sehr gut!) Was Mehring tat, war schlimmer als was Lorenz tut, denn heute ist die Partei stark, damals aber hatten wir die Zeit der härtesten Verfolgung, als er als Renegat uns so angriff und in der Parteipresse der hervorragendste Vertreter der Gesinnungslumperei genannt wurde. Also Mehring hat aus rein persönlichen Gründen diese Sache aufgegriffen und eine Staatsaktion daraus gemacht. Ich habe, obgleich ich stets nur eine bescheidene Existenz hatte, nie für ein bürgerliches Blatt geschrieben, aber trotzdem stimme ich dem Antrage des Vorstandes nicht zu, weil er zu Ungerechtigkeiten führt. Es werden dadurch die getroffen, die man nicht treffen will. Wir haben eine ganze Reihe armer Parteigenossen, deren journalistische Laufbahn damit begann, daß sie Berichte für bürgerliche Blätter schrieben. Die meinen Sie hier nicht, aber die treffen Sie! Das sind oft die ernstesten und besten Parteigenossen, und ich kann Ihnen eine Reihe tüchtiger, ultraradikaler Genossen nennen, an denen niemand etwas auszusetzen hat, die ebenfalls für bürgerliche Blätter Berichte geliefert haben. Es mutet einen komisch an, daß man gerade in der „Leipziger Volkszeitung“ diese Frage so breit getreten sieht. Mehring ist ja schon geschildert worden; der zweite dakteur der „Leipziger Volkszeitung“ war, nachdem er bei einer Reihe von Partei-ittern Redakteur gewesen war, freier Schriftsteller und hat in bürgerlichen itungen gegen die Parteigenossen geschrieben. (Hört! hört!) Kautsky sagte, träte dafür ein, daß man für die „Zukunft“ schreiben dürfe. Das tue nicht; ich sage nur: wenn man für die „Zukunft“ nicht schreiben darf, dann man es für kein bürgerliches Blatt dürfen. Man kann diese Frage nicht ch einen solchen Beschluß festlegen. Hier muß von Fall zu Fall entschieden

werden, wie es in dem Fall Berthold geschah, dann kann gerechter verfahren werden. Wenn Sie jetzt diese Frage auf einmal für so wichtig halten und die Verdienste des Genossen Mehring so feiern, dann würde ich — mit diesen Worten will ich schließen — nichts dagegen haben, wenn nach sechs oder sieben Jahren Max Lorenz wieder zu uns käme, er dann sofort Redakteur der „Neuen Zeit“ würde. (Beifall und Zischen.)

Beyer-Leipzig: Wenn irgend jemand die Sache auf das persönliche Gebiet hinübergespielt hat, so war es Edmund Fischer. Er hat aus ganz bestimmten Gründen auch den zweiten Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ in die Sache hineingezogen. Mit einem Max Lorenz, der seinerzeit in die Partei gekommen ist um ihr zu dienen, und nun das, was er erfahren, im Sinne der Gegner verwendet, kann man weder Mehring noch unsren zweiten Redakteur vergleichen. Es war ein großer Demagogenhieb von Fischer, zu erklären, er sei nur so hineingezogen in die Affäre. Er sei empört gewesen. Spielt denn die Geschichte seit heute und gestern, daß Fischer den Artikel im „Armen Teufel“ noch gerade in der letzten Minute bringen mußte, jenen Artikel, in dem er vom Parteitag den Ausschluß von Mehring, — denn dieser ist mit Max Lorenz gemeint — verlangt? Warum war denn Fischer nicht gleich damals empört, als die „Neue Zeit“ gegen den Artikel „Parteimoral“ in der „Zukunft“ polemisierte? Als der Artikel in der „Neuen Zeit“ erschien, war es Pflicht von Fischer, sich zu empören (Heiterkeit) und das, was er heute sagt, aufs Tapet zu bringen. (Sehr richtig!) Dem Genossen Heinrich Braun kam es von Anfang an lediglich darauf an, Mehring von dem Blatt zu beseitigen, das immer noch auf unser Prinzip gehalten hat. Er wollte seiner Zeit die Leipziger absolut zwingen, nicht etwa Mehring zu entlassen, wohl aber ihn zur unveränderten Aufnahme der Braunschen Erklärung zu veranlassen. Dann aber wäre Mehring gegangen, und das lag einzig und allein im Wunsche derjenigen, denen er im Wege ist. Wenn hier geschimpft wird, daß Mehring früher das Buch über die Sozialdemokratie und den Artikel in der „Gartenlaube“ geschrieben hat, so kann ich nur sagen, daß wir uns diese Dinge genau besehen haben, ehe Mehring zu uns kam. Die Arbeiter, die mit Mehring zu tun hatten, wußten, was los war; sie haben sich aber gesagt, daß bei Mehring eine ganz naturgemäße Entwicklung stattfand. (Ruf: Zweimal gemausert!) Aehnlich steht es mit Jäckh. Ich lobe mir die Leute, die sich von rechts nach links entwickeln, mehr als diejenigen, die sich umgekehrt entwickeln. (Sehr richtig!) Wir kennen ja die Leute, die früher nicht radikal genug tun konnten und schließlich beim Genossenschaftswesen endeten. (Sehr richtig!) Wir können nur wünschen, daß der Vorschlag des Parteivorstandes allseitig anerkannt wird, vor allem aber, daß das Proletariat in Zukunft stets nach dem dritten Satz der Erklärung handelt. Haben früher die Dinge bei verschiedenen Parteigenossen vielleicht ähnlich gelegen wie heute, so kann es doch jetzt nicht mehr so weiter gehen. Der Artikel über Parteimoral stellt die Arbeiter als eine Hammelherde hin. (Sehr richtig! **Bebel** ruft: Das ist das ärgste, was geschrieben ist!) das muß verschwinden, selbst auf die Gefahr hin, daß einer Anzahl von Literaten in unsrer Partei der Brotkorb höher gehängt werden müßte. (Beifall.)

Klara Zetkin: Es ist gesagt worden, die Resolution des Parteivorstandes über die Mitarbeiterschaft einzelner Genossen an der „Zukunft“ habe eine tiefgehende Erregung in Parteikreisen hervorgerufen. Eine Erregung gewiß, es fr[illegible] sich nur, in welchem Sinne und in welchen Kreisen. (Sehr gut!) Wenn [illegible] davon spricht, daß diese Resolution in den weitesten Kreisen Entrüstung err[illegible] habe, so verwechselt man den breiten Ozean unsres Parteilebens mit dem Gl[illegible] Wasser einer kleinen Anzahl von schriftstellerisch tätigen Genossen. (Lebha[illegible] Zustimmung.) In jenem Glase Wasser nur hat sich ein Sturm der Entrüstu[illegible] ob bedrohter Meinungsfreiheit erhoben. Im großen Ozean unseres Parteileb[illegible]

haben sich auch Wellen der Entrüstung gekräuselt, aber nur darüber, daß überhaupt eine solche Resolution notwendig wurde. (Sehr richtig!) Man war darüber empört, daß der Parteivorstand es nötig hatte, in der mildesten und schonendsten Form, die er wählen konnte, einzelne Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß es für ihre schriftstellerische Tätigkeit Grenzen giebt, die sie kraft der Moral, kraft des politischen Reinlichkeitsempfindens als Parteigenossen nicht überschreiten dürfen. (Sehr wahr!) Nun hat man hier meiner Ansicht nach den Versuch unternommen, den wahren Kernpunkt der Streitfrage vollkommen zu verschieben (Sehr richtig!). Man hat es so dargestellt, als ob es sich lediglich um ein Literatengezänk zwischen Mehring und Harden handele. Das ist durchaus unzutreffend. Wenn aber irgend jemand dazu beigetragen hat, diese ganze Diskussion von der Höhe einer grundsätzlichen Auseinandersetzung auf das Niveau von Literatengezänk herunterzudrücken, dann waren es die Genossen, die mit allerlei kleinlichem, persönlichem — ich möchte fast sagen Altweibergerede (Heiterkeit) hierher gekommen sind, alte Erinnerungen von Soupers usw. ausgegraben haben, die mit der Sache nichts zu tun haben. (Sehr gut!) Für uns liegt die Frage nicht so: Wie steht Harden zu Mehring, sondern wie steht Harden und seine „Zukunft“ zur Partei? Unter diesem Gesichtswinkel haben wir zu prüfen, ob es Parteigenossen erlaubt sein kann, an der „Zukunft“ mitzuarbeiten. (Sehr richtig!) Bei der Behandlung der Sache muß einmal berücksichtigt werden der konkrete Einzelfall der Mitarbeiterschaft an Hardens „Zukunft“ und dann die allgemeine Frage, ob es im Parteiinteresse wünschenswert ist, daß hervorragend schriftstellerisch tätige Genossen einen Teil ihrer Kraft der gegnerischen Presse widmen. Ich habe nicht nötig, alle jene Beschuldigungen gehässigster Art zurückzuweisen, die gegen Mehring erhoben sind, das hat Kautsky in der glänzendsten Weise getan. Ich will nur hinzufügen, daß die Genossen, die uns hier unterhalten haben mit jenen, den älteren Parteigenossen wohlbekannten Auszügen aus alten Mehringschen Schriften von 1879 und 1880, viel besser tun würden, uns zu unterhalten mit den glänzenden Ausführungen über die sozialistische Gedankenwelt, die Mehring in seinem Vorwort zum Nachlaß von Marx und Engels, und in andern Werken noch gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung.) Dann würden die Genossen ganz anders urteilen und auch begreifen, daß niemand, der diese Werke liest, die Auffassung von Braun teilen kann, als sei Mehring zu uns gekommen, ein abscheulicher Lügner, dessen Bekehrung nicht ernst gewesen sei. Nein, daraus gewinnen wir die Ueberzeugung, daß der sozialistische Gedanke in Mehring eine solch' lebendige Kraft gewonnen hat, daß er durchaus als einer unsrer berufensten, überzeugten Kämpfer in Reih und Glied mit uns steht, und daß wir nicht das Recht haben, seine jetzige Gesinnungstreue zu bezweifeln. (Sehr richtig!) Was den konkreten Fall der Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ betrifft, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß es für Genossen unzulässig ist, für diese Zeitschrift auch nur eine Zeile zu schreiben. Schlüssig wird das durch vorliegendes Material bewiesen. Ich greife davon nur einzelnes heraus. Kautsky hat schon darauf hingewiesen, in welch bubenhafter Weise die russischen Freiheitskämpfer in der „Zukunft“ geschildert sind. Wenn es je in der Geschichte der Befreiungskämpfe aller Länder Männer und Frauen gegeben hat, die es verstanden haben, die Größe des antiken Helden mit der Selbstlosigkeit des christlichen Märtyrers zu ereinigen, dann sind es die russischen Revolutionäre gewesen. (Stürmischer Beifall.) In einem Organ, das diese Männer und Frauen, die zu den Edelsten id Besten aller Länder und Zeiten gehören, deren Wirken gegenüber wir alle is Gefühl haben müssen: Zieh' deine Schuhe aus, der Boden, wo du stehst, ist eilig — in einem Organ, wo diese Leute so beschimpft werden, muß es nicht ir für einen Sozialisten, sondern für jeden anständigen Menschen unmöglich in, zu schreiben. (Stürmischer Beifall.) Nun ist gesagt, daß trotz alledem die -rbeiterschaft an der „Zukunft“ gestattet sein müsse, weil sie von erheblicher

Bedeutung sei im Hinblick auf die Aufklärung der bürgerlichen Gesellschaft über die sozialistische Ideenwelt. Wie unbegründet diese Auffassung ist, beweist die eine Tatsache, daß in Genosse Hardens „Zukunft" (Große Heiterkeit) — ich nehme diesen Ausdruck selbstverständlich als eine Realinjurie gegen den Parteitag feierlichst mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück (Erneute Heiterkeit) — was ich sagen wollte, war das Folgende: Wie unbegründet die Auffassung ist, daß Sozialdemokraten durch die Mitarbeit an der „Zukunft" eine Umwälzung in der Auffassung bürgerlicher Kreise herbeiführen können, bezeugt die „Zukunft" selbst, die sich seit langen Jahren der Mitarbeiterschaft hervorragender Parteigenossen erfreut (Bebel: Und Genossinnen!) Diese Zeitschrift konnte nach den großen Kämpfen um den Zolltarif erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion das Parlament in eine Kutscherschwemme verwandelt hätte. (Hört! hört!) Sie sehen also, wie erzieherisch die Mitarbeit von Genossen (Bebel: Und Genossinnen!) an der „Zukunft" gewirkt hat! Und ist es möglich, durch die Artikel in der „Zukunft" tatsächlich in unsre Gedankenwelt einzuführen? Ich verneine das, denn alle jene Artikel, die dort von einzelnen Parteimitgliedern erschienen sind, führen im großen und ganzen nicht in unsre Gedankenwelt hinein (Sehr richtig!), sie machen vielmehr die Leser nur mit den Liebhabereien einzelner schreibender Genossen bekannt. (Zustimmung.) Es ist z. B. nicht eine Parteimeinung, sondern eine Beleidigung der Partei, wenn Bernhard dort die Auffassung vertritt, wir hätten eine Wissenschaft mit doppeltem Boden, eine für den blinden Hödur der Massen und eine für die Wissenden, die sie sich mit Augurenlächeln beim Biertopf sagen, um mit Herrn Harden zu reden. (Zuruf: Oder beim Wein!) Und der Artikel über die Religion des Kaisers steht meiner Ansicht nach in direktem Gegensatz zu unsrer Auffassung der Religion als Privatsache. Soweit es sich um die religiöse Auffassung des Kaisers als Persönlichkeit handelt, haben wir nicht mit untersuchender Hand in seine ganz persönlichen Anschauungen hineinzugreifen. Wir haben sie zu respektieren, wie die jeder anderen Persönlichkeit. Eine Ausnahme wäre nur zulässig, wenn es sich um eine religiöse Auffassung von entscheidender wissenschaftlicher Bedeutung handelte. Da dies keineswegs der Fall ist, können wir es den höfischen Lakaien der Bourgeoisie überlassen sich mit der Religion des Kaisers zu beschäftigen. (Sehr richtig!) Sobald aber die Religion des Kaisers aufhört, Privatsache zu sein und Einfluß auf die Gestaltung unseres politischen Lebens zu gewinnen strebt, wird die Auseinandersetzung mit ihr zum politischen Kampf. Er muß unsererseits in unserer eigenen Presse geführt werden. Am allerwenigsten darf es in der „Zukunft" geschehen. Die mehr oder minder persönliche Fronde gegen den Kaiser ist ja der Sportsartikel, mit dem die betriebsame Firma ihre besten Geschäfte macht. (Lebhafte Zustimmung.) Auch eine Reihe andrer Artikel der „Zukunft" sind nicht geeignet, in die sozialistische Ideenwelt einzuführen. Die „Zukunft" des Herrn Harden steht uns direkt gegensätzlich gegenüber, sie steht in Bezug auf ihre Tendenz, ihren Charakter nicht höher als die „Woche" oder der „Lokal-Anzeiger", sie ist genau so ein parteiloses, d. h. charakterloses, dem Geschäft gewidmetes Unternehmen wie jene Blätter. (Sehr richtig!) Wir haben die Organe dieser sogenannten parteilosen Presse zu bewerten unter dem Gesichtswinkel, auf den schon Lassalle hingewiesen hat, indem er sagte, sie sind Geldschlagemaschinen für den Bourgeois. Er sagte: „Wenn jemand Geld verdienen will, so mag er Kattun fabrizieren oder Tuche oder an der Börse spielen. Aber daß man um schnöden Gewinnstes willen alle Brunnen des Volksgeistes vergifte und dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Röhren kredenze, — es ist das höchste Verbrechen, daß ich fassen kann." Lassalle hat damit bereits auf die andre Seite dieser parteilosen Presse hingewiesen. In dem Jahrhundert Darwins geht es nicht mehr an, die Masse der Sklaven des Kapitals, die Ausgebeuteten und Enterbten, lediglich durch das Wort des Priesters in der Kirche in geistiger Verdummung zu erhalten. Die parteilose Presse ist das ins

Laiische übersetzte Gegenstück der Kirche. Sie hat genau dieselbe Mission wie die Kirche im Dienste der Bourgeoisie zu erfüllen, nämlich das Klassenbewußtsein des werktätigen Volkes zu vergiften. (Sehr wahr!) Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist jene Presse noch viel gefährlicher für unsere Bestrebungen als die Presse bestimmter feindlicher Parteirichtungen. Gegen die Gedankengänge, die der Geistliche im Talar beibringen will, können sich die Massen sehr leicht schützen, der Geistliche steht an bestimmter Stelle und trägt gleichsam die Uniform seines Amtes. Aber die parteilose Presse kommt unter der Maske des falschen Freundes in die Kreise der Arbeiter. Wir erklären es, und die ganze Parteipresse erklärt es wieder und wieder für eine unsrer wichtigsten Aufgaben, die bürgerliche Presse jeder Schattierung, insbesondere die parteilose, aus jedem Arbeiterheim hinauszubringen. Wir rechnen es dem einzelnen Genossen als Schimpf an, wenn er durch sein Abonnement jene Presse unterstützt. Können wir da den schreibenden Genossen die Ausnahmestellung zubilligen, daß sie durch ihre Mitarbeiterschaft die parteilose Presse interessant und pikant machen und dazu beitragen, sie in manche Kreise einzuschmuggeln, wohin sie ohne die Mitarbeiterschaft der Genossen nicht gelangen würde? (Sehr gut!) Auch unter diesem Gesichtspunkt können wir uns nur der Resolution des Parteivorstandes anschließen. Aber es kommt für die Entscheidung in dieser Frage noch ein letzter, zwingender Grund in Betracht. Die Frage der Mitarbeiterschaft von Genossen an bürgerlichen Organen ist eine Frage der Taktik. Sie hängt zusammen mit unsrer Gesamtauffassung, wie wir als Sozialdemokraten zur bürgerlichen Gesellschaft stehen. Es scheint, daß in den Kreisen der Genossen, die die Mitarbeiterschaft befürworten, eine eigenartige Auffassung vorhanden ist über unser Verhältnis zur bürgerlichen Welt überhaupt. Das Ganze läuft im Grunde genommen auf die Frage hinaus: Können wir uns mit der bürgerlichen Welt vertragen, können wir sie durch Ueberredung und gute Manieren zu uns herüberziehen oder müssen wir die bürgerliche Welt überwinden? Das wird ja bei der Frage der Taktik eingehend erörtert werden. Ich will hier nur darauf hinweisen, daß ich die gekennzeichnete Auffassung für irrig halte. Meiner Meinung nach bedingt dies das Wesen des Klassenkampfes, das über unsere Taktik entscheidet. Wenn die gleiche Zeit, die gleiche Kraft, das gleiche Talent, das man aufwendet, um vielleicht mal diesen oder jenen Bourgeois überreden zu können, daß wir nicht so schlimme Gesellen sind, als früher angenommen wurde, wenn man, so sage ich, die gleiche Zeit, die gleiche Kraft, das gleiche Talent auf die Revolutionierung der Massen verwenden würde, so würde man statt anderthalb flauen Genossen aus der Bourgeoisie Hunderttausende von wirklichen Kämpfern gewinnen. (Stürmischer Beifall; Händeklatschen.)

Adolf Hoffmann-Berlin: Nach den Ausführungen von Edmund Fischer und Heinrich Braun müßte man annehmen, daß auf unsrer Tagesordnung stände: Die Sünden von Mehring, Braun und Genossen. Das eigentliche Thema ist vollständig verschoben. Sie sind auf den Kern der Sache nicht eingegangen, und sie können es wirklich dem Parteitag nicht verübeln, wenn er annimmt, man hat die Ausgrabungen aus Mehrings Schriften nur gemacht, um seine eigne Sache zu bemänteln und das, was eigentlich in Frage steht, nicht zum [illegible]strag kommen zu lassen. Es wird kein einziges Mitglied des Parteitages [illegible]en, das nicht das, was Mehring früher geschrieben hat, tief bedauert und [illegible]urteilt, aber als Sozialdemokraten, die wir doch die Menschen erziehen wollen, [illegible]fen wir nicht einem Sünder, der Buße getan hat, den Weg versperren. [illegible] daß Mehring Buße getan hat, beweist doch wahrlich seine „Geschichte [illegible] Sozialdemokratie". Noch weniger können wir sagen: weil Mehring und [illegible]re gesündigt haben, deshalb haben auch wir das Recht, für alle Zeit zu [illegible]digen. Es besteht doch ein Unterschied zwischen damals und heute. Unsrer [illegible]ei stehen heute eine ganze Reihe von Blättern zur Verfügung. Wir brauchen

heute nicht so zu verfahren, wie früher in diesem oder jenem Fall. Es handelt sich nicht nur um die Mitarbeiterschaft, sondern auch um die Frage, ob ein Genosse Redakteur an einem gegnerischen Blatte sein kann und ob er als solcher berechtigt ist, Ehrenämter in der Partei zu bekleiden. Wir wissen ja, daß Bernhard nicht nur Mitarbeiter der „Zukunft", sondern auch Redakteur der „Berliner Morgenpost" ist. (Bernhard: Handelsredakteur!) Das weiß ich, das hätte ich auch selbst gesagt. Bernhard hat in Berlin versucht, als Redner für die Partei aufzutreten; ich glaube ihm, daß er dazu aufgefordert war, aber umso notwendiger war das Vorgehen des Vorstandes. Wohin soll es denn sonst kommen? Bernhard tritt als Redner auf und bei der Unvernunft eines großen Teiles unsrer Genossen, die leider sehr schnell bei der Hand sind mit der Vergebung von Mandaten, würde er vielleicht bald auch Reichstags-Kandidat, vielleicht sogar Reichstags-Abgeordneter werden und das wäre für die „Morgenpost" ein vorzügliches Geschäft. (Sehr gut!) Die arbeitenden Genossen, die von früh bis spät in Fabrik und Werkstatt zu tun haben, um ihre Familie zu ernähren, agitieren nach Feierabend und des Sonntags für unsre Presse. Sie suchen neue Abonnenten zu gewinnen, aber da wird ihnen entgegengehalten, das ist in Berlin tatsächlich passiert — ich kann die Zeugen dafür beibringen — es handelt sich um Genossen, die an einem Sonntag ein Flugblatt verteilten, und am nächsten Sonntag die Leute zum Abonnement veranlassen wollen, und man sagte: „Die „Morgenpost" ist billiger als der „Vorwärts" und dafür schreiben ja auch Sozialdemokraten wie Göhre u. a., wir haben also nicht nötig, den „Vorwärts" zu halten. (Hört! hört!) Das ist durchaus logisch; wenn ein Redakteur der „Morgenpost", sei es auch nur ein Handelsredakteur, öffentlich für die Sozialdemokratie auftritt, ohne daß die geschäftliche Leitung der „Morgenpost" etwas dagegen hat, so sagt sich die große Masse: das ist ein Beweis dafür, daß die „Morgenpost" der Sozialdemokratie recht freundlich gegenüber steht. Das erschwert unsre Agitation ungeheuer, es erschwert die Verbreitung unsrer Presse, und wenn ein Parteitag das länger duldet, so versündigt er sich an den Arbeitern, die jedes Opfer bringen um für unsre Presse zu agitieren. (Sehr richtig!) Bernhard ist ja hier. Ich begrüße es mit Freuden, daß er auch ein Mandat hat, ich glaube von Breslau-Land. Durch welche Verwandtschaft er es erhalten hat, entzieht sich meiner Kenntnis. (Heiterkeit und Sehr gut!) Berlin hat es abgelehnt, ihn als Delegierten hierher zu entsenden. Gerisch hat gezeigt, wie unsre Parteipresse zugenommen hat, aber wenn die Quertreibereien von dieser Seite in den letzten Jahren nicht gewesen wären, dann hätten wir noch größere Fortschritte gemacht.

Welche Artikel sind es denn, die von der bürgerlichen Presse aufgenommen werden? Ich gebe zu, auch wenn Genosse Bebel sich zu einem solchen Artikel verstehen würde, so würde der Artikel wohl hin und wieder einmal als Reklame aufgenommen werden. Aber im allgemeinen nimmt die bürgerliche Presse vor allem solche Artikel auf, mittels deren man der Sozialdemokratie Knüppel zwischen die Beine werfen kann. Das ist der Kernpunkt. Durch diese Tätigkeit gewisser Auch-Genossen wird uns die Agitation ganz außerordentlich erschwert. Denken Sie mal darüber nach, wieviel Zeit wir in Agitationsversammlungen verschwenden müssen mit der Widerlegung der Verdrehungen, die uns mittels di[illegible] Artikel entgegengehalten werden. Die landrätlichen Kreisblätter schlachten Artikel nach allen Regeln der Kunst aus, tun ein übriges an Verdrehun[illegible] hinzu. Läßt sich mal ein redemutiger Gegner in unseren Versammlungen se[illegible] was bringen da die Gegner immer zuerst vor? Die Artikel der Genossen Gö[illegible] Heine, v. Vollmar usw. Die werden uns vorgehalten. Und statt daß wir u[illegible] prinzipiellen Ideen, unser Programm, gegenüber dem Gegner vertreten könn[illegible] müssen wir uns mit der Abwehr dieser Artikel beschäftigen. Das schadet ungemein. Braun sprach von seinem „tiefen Empfinden". Ich bin auch

Meinung: wenn wir dieses Vorgehen sehen, dann überkommt einem ein tiefes Empfinden des Ekels (Lebhafte Zustimmung) gegen dies Treiben, mit dem man sich immer wieder beschäftigen muß. Die freien Schriftsteller schreien über Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit, wenn sie sich dem Rahmen des Parteiprogramms einfügen sollen. Wie geht es denn bei diesen Artikeln meist zu? Die Genossen wollen ihre Artikel los werden; weil sie in der Parteipresse vielleicht keinen genügenden Absatz finden, wenden sie sich an die gegnerische Presse. Wenn man dann einen vermögenden Gönner findet, so gründet man eine neue Zeitung. (Sehr gut!) Dann muß dieselbe interessant gemacht werden. Doch davon später. Da holt man nun Liebknecht aus dem Grabe hervor, um uns zu beweisen, daß er auch mal Torheiten gemacht hat. Aber Liebknecht nahm ja nicht in Anspruch, unfehlbar zu sein. Er hat ja den Satz ausgesprochen „Die Dummheiten sind dazu da, daß sie gemacht werden". Aber jetzt scheinen Sie dieselben alle allein machen zu wollen. Wenn Braun doch endlich mal, statt den Fehlern des alten Liebknecht nachzuspüren, etwas von seinem Geist profitieren wollte! Das tut ihm not! Braun sprach von dem Index, der die Konsequenz des Vorstandsantrages sei, und meinte, dann müßte man auch das Lesen gegnerischer Blätter verbieten. Das ist aber doch etwas ganz andres! Bürgerliche Blätter lesen wir zu dem Zwecke, um Material gegen unsre Feinde zu sammeln. Das ist nicht nur unser Recht, sondern unsre Pflicht. Wenn aber Sozialdemokraten für diese Blätter schreiben, dann verwirren sie die große Masse, verwirren sie die unzufriedenen Wähler, die eben zu uns gekommen sind, hindern sie das Vordringen unserer Presse in diese Kreise. Recht kurios fand ich die Souper-Geschichte, die Braun hier erzählt hat. Es wäre von großem Vorteil, wenn er noch nachtragen wollte, was es bei diesem Souper gegeben hat. (Heiterkeit.) In der Provinz werden wir jetzt schon in wenigen Tagen von Soupers lesen, die die Führer abhalten. (Sehr richtig! Unruhe.) Da werden diese Dinge alle aufgeführt werden, die man hier — die Genossin Zetkin sagte ganz richtig: als alter Weiberklatsch — in die Debatte geworfen hat. (Beifall.) Damit werden wir uns lange herumzuschlagen haben. Es ist durchaus berechtigt, davon zu sprechen, wie schnell manche Leute, die zu uns kommen, Führerrollen übernehmen. Ich bin der Meinung, daß es höchste Zeit ist, daß der Parteitag da einmal eine Grenze zieht für die Aufstellung von Reichstags- und anderen Kandidaten. Es ist gar nicht lange her, da hatte sich der Parteitag mit einem Antrage — ich glaube aus Teltow-Beeskow — zu beschäftigen, den der Genosse Zubeil vertrat. Der Antrag verlangte, daß mehr Arbeiter als Kandidaten aufgestellt werden sollten. Der Antrag wurde auf meinen Vorschlag den Wahlkreisen zur Berücksichtigung überwiesen. Leider haben die Wahlkreise ihn sehr wenig berücksichtigt, sondern sie waren nur zu geneigt, alte, verdiente, ein Menschenalter kämpfende Genossen herauszubringen und dafür Doktoren hineinzubringen. (Lebhafter Beifall und Widerspruch bei Heinrich Braun.) Da wird immer gesagt, ich ginge gegen die Akademiker los. Die Akademiker achte ich hoch — Liebknecht war auch einer — die zu uns kommen, um mit uns zu arbeiten, aber nicht, um uns fortwährend Knüppel zwischen die Beine zu werfen und den Kommandeur bei uns zu spielen. (Beifall.) Wenn wir eine Karenzzeit einführten, so würde das gar nichts schaden; sie wäre im Gegenteil sehr am ...atze. Es ist Zeit, daß wir diesen Genossen endlich einmal sagen: Wendet ...er Gehirnschmalz doch einmal dazu an, den Gegner zu kritisieren. Dann ...lten Sie mal sehen, wie schnell Ihnen die Presse der Gegner verschlossen würde. ...er wenn Sie so fortgesetzt indirekt der Partei am Zeuge flicken. (Zuruf Bern...rds: Wer tut das?) Regen Sie (zu Bernhard) sich doch nicht auf, Sie haben am ...erwenigsten Ursache dazu: ich erinnere nur an Ihren „Zukunft"-Artikel „Partei...oral", und da fragen Sie noch, wer das tut? Also nochmals wenden Sie Ihr ...hirnschmalz dazu an, die Gegner zu bekämpfen; wenn Sie das nicht können,

dann ist es besser — ich spreche das ganz offen aus — Sie verschonen uns mit Ihrer Gegenwart. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. Zischen). Merkwürdig war es, was Heinrich Braun von „Spaltung“ sprach. Gehen Sie doch mal hin zu den arbeitenden Genossen und fragen Sie mal, wie es mit der „Spaltung“ steht! (Große Heiterkeit.) Meinen Sie, daß die Sozialdemokratie sich spalten wird, wenn ein paar Genossen von ihren Rockschößen abgeschüttelt werden? (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Zu solchen Vermutungen kann man nur kommen, wenn man keine Ahnung davon hat, wie man in den Kreisen der Arbeiter denkt, was die große Masse der arbeitenden Bevölkerung, die zu uns stehen, bewegt. Versuchen Sie es doch mal mit der Spaltung und sie werden erleben, daß die Genossen „links schwenkt“ machen und Sie als Führer ohne Truppen mit langen Gesichtern davonziehen. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen: Ich bin bis zu einem gewissen Grade mit dem Vorschlage des Parteivorstandes nicht einverstanden, weil mir dieser Vorschlag lange nicht weit genug geht. Aber es kommt hier nicht auf die Gestaltung einer formalistisch unanfechtbaren Form an, sondern auf den Inhalt, der bei gutem Willen unter Parteigenossen schwerlich mißverstanden werden kann. Wenn wir den Vorschlag des Vorstandes akzeptieren, so ist das das allermindeste, was wir im Interesse unsrer Partei verlangen müssen. Die Notwendigkeit, darüber ein klares Wort zu sprechen, ist bewiesen durch die Ausführungen Edmund Fischers und Heinrich Brauns. Nach dem von Pfannkuch verlesenen Schriftwechsel muß man sagen: es giebt wohl innerhalb der bürgerlichen Parteien nirgends ein Schriftstück, das so sehr einen klaren Sachverhalt auf den Kopf zu stellen versucht wie jenes, in dem dem Vorstand vorgeworfen wird, er habe mitten in den Wahlkampf in unerhörter Weise eingegriffen, er habe die Art eines bürgerlichen Ministeriums angenommen, auf die eigentliche Beschwerde nicht zu antworten, und in dem schließlich behauptet wird, die Meinungsfreiheit werde unterbunden. Das ist das Unerhörteste, was man sich denken kann. Dagegen schreibt man für ein Organ wie die „Zukunft“, in dem die Partei auf das gehässigste beschimpft wird, ein Organ, das nicht nur für jeden Sozialdemokraten, sondern für jeden anständigen Mann verächtlich ist, ein Organ, das herumlungert auf den Vorhöfen irgend einer Stelle, wo man glaubt, irgend etwas Sensationelles ergattern zu können und das vielleicht auch hin und wieder zu irgend einem Parteigenossen Beziehungen sucht und findet und Abfluß für seine Zusammenraffungen findet. Für ein solches verächtliches Organ aber schreibt man Artikel, die weder als sozialdemokratisch noch als moralisch, sondern als abgrundtief unrein bezeichnet werden müssen. Genosse Bernhard ist ja wohl ein organisierter Genosse, ob Braun es ist, weiß ich nicht. (Zuruf Brauns.) Er sagte, er sei 25 Jahre in der Partei. Ich habe verschiedentlich in denselben Wahlkreisen gewohnt wie er. Dort war er nicht organisiert (Hört! hört!), ob er es jetzt ist, weiß ich nicht. Sie sagen, Sie seien 25 Jahre in der Partei. Sie hätten einmal Untersuchungshaft gehabt (Lachen), ein andermal an einem Souper teilgenommen, das Sie nicht bezahlt haben (Große Heiterkeit), — nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Sie daran erinnere, daß Sie bezüglich Ihrer Parteitätigkeit in den weitesten Kreisen unbekannt sind, freilich nicht bezüglich Ihrer Person, die man ja sieht, so oft Sie vorgestellt werden. (Große Heiterkeit.) Die „Neue Zeit“ hat gegen den Zukunftsartikel das, was gesagt werden mußte, in der liebenswürdigsten, gelindesten Weise gesagt. Wenn di[illegible] Artikel der „Neuen Zeit“ gegenüber die Beschwerde von Genossen eingereicht so ist das ein Angriff auf die Meinungsfreiheit, wie er schwerer in der Pa[illegible] noch nicht vorgekommen ist. Sie machen es wie die Reaktionäre, die, indem sagen, sie wollten die Freiheit schützen, die Freiheit unterdrücken. In demsel[illegible] Augenblick, wo Sie uns verhindern wollen, Ihre Dummheiten, Ihre gegen Programm, den Takt, gegen den Fortbestand der sozialdemokratischen Pa[illegible] bewegung verstoßende Handlungsweise niedriger zu hängen, sagen Sie: [illegible]

in der „Neuen Zeit" nicht gesagt werden, das ist Unterdrückung der Meinungsfreiheit, wir beschweren uns! Wenn der Vorstand dann sagt: „Zu diesem Ergebnis sind wir gekommen", dann kommen Sie mit dem höhnenden, hochfahrenden, überhebenden Ton, der in Ihrer Beschwerde angeschlagen ist. Es ist auch eine von Ihnen selbst gar nicht geglaubte Einrede, wenn Sie sagen, der Vorstandsbeschluß sei gerade mitten in den Wahlkampf hineingekommen. Mitten in den Wahlkampf hinein ist ja Ihre Beschwerde gekommen! Sollte der Vorstand etwa mit der Veröffentlichung so lange warten, bis es Ihnen genehm war? Ich bedaure nur, daß der Vorstand nicht gleich im März auch Ihre Beschwerde veröffentlicht hat. Dann wären verschiedene Wahlkreise vielleicht doch noch andrer Ansicht über die Persönlichkeit ihrer Kandidaten geworden. Auf Ihr böses Gewissen weist auch die Art und Weise Ihrer Verteidigung hin. Hier kommt erst Braun und nachher, ihm lebhaft sekundierend, wenn auch nicht ganz auf demselben Standpunkt, Edmund Fischer, und zeigt, daß Braun vielleicht eine gewisse Fähigkeit hat, nachträgliche Detektivarbeit zu verrichten (Sehr gut!), aber doch so, daß man seinen Mitteilungen gegenüber außerordentlich vorsichtig sein muß. Was seine Beschwerde gegen Mehring anlangt, soweit es Tatsachen sind, so wüßte ich keinen einzigen Genossen, der es verstehen könnte, wie man einem Genossen, der sich so schwer zur sozialdemokratischen Ueberzeugung durchgearbeitet hat, aus seiner früheren Ueberzeugung einen Strick zu drehen versuchen kann. Es ist der Neid auf die geistigen Fähigkeiten des andren, der sie immer und immer wieder zu ihrem Vorgehen gegen Mehring veranlaßt! Es ist auch unwahr, daß Mehring die Sache ins Rollen gebracht habe. Dieselbe Frage ist bereits früher angeschnitten worden in dem Falle des Genossen Bernhard. Es handelte sich damals in Berlin darum, ob Bernhard, der an der „Morgenpost" oder an der „Welt am Montag" Handelsredakteur war und auch für die „Zukunft" schrieb, als Referent von der Agitationskommission verzeichnet werden könne. Die Agitationskommission war einstimmig der Ansicht, daß unmöglich jemand in ihrer Referentenliste verzeichnet werden könne, der an einer feindlichen Zeitung tätig sei, sei es die „Morgenpost", die „Zukunft" oder der „Lokal-Anzeiger" oder die „Woche", die alle unter den Vorstandsbeschluß fallen. Es sind dies alles genau ebenso schmutzige Blätter, die auf die Verdummung der großen Menge hinarbeiten, in ihrer Gesamttendenz parteifeindlich sind und sich hier und da auch einmal einen Sozialdemokraten gegen Geld kapern, damit das Blatt für Manche ein bißchen interessant aussieht. Ist das eine Arbeit, die ein Sozialdemokrat übernehmen darf? Nein, das ist eine Arbeit, die, mit klarem Bewußtsein unternommen, mindestens an Parteiverrat grenzt und die uns unter allen Umständen abhalten muß, einem solchen Genossen einen Vertrauensposten zu geben.

Nun wird gesagt: Was wollt Ihr denn? Seid doch froh, wenn wir in so blödsinnigen Blättern wie in der „Zukunft", in denen so hundsgemeine Artikel gegen die Sozialdemokratie stehen und deren einziger Charakter in der Konsequenz der Reaktion liegt, sozialdemokratische Artikel schreiben; dadurch bekommen nichtsozialdemokratische Leser auch einmal etwas von einem Sozialdemokraten zu lesen. Ich habe Bernhard bereits bei einer früheren Zusammenkunft mehrerer Genossen darauf hingewiesen, daß er sich darin täuscht. Es werden schon Zweifel hervorgerufen durch persönliche Zusammenkünfte etwa zwischen H[illegible]en, über dessen Charaktermängel kaum bei einem anständigen Menschen ein Z[illegible]ifel bestehen kann, und irgend einem Genossen. Es kommt da ein Artikel de[illegible] „Zukunft" vom 6. Dezember vorigen Jahres in Betracht, der während der Z[illegible]kampagne geschrieben worden ist. Ein Mann, der oft sozialdemokratisch gesti[illegible]nt hat, den ich aber nicht zu den Genossen rechne, weil er nicht organisiert ist[illegible]er aber wohl im großen ganzen sozialdemokratische Empfindung hat, sagte zu[illegible]ir: „Ich habe da neulich Harden in einer Weinkneipe zusammen gesehen m[illegible]nar." Ich erwiderte: „Nun, sie werden ein Glas Wein zusammen

getrunken haben.“ — „Nein, das nicht allein.“ — Mit Bezug auf den betreffenden Artikel der „Zukunft“ fragte mich dann der Mann: „Ist denn bei Ihnen so ein Streit zwischen Bebel und Vollmar?“ In dem betreffenden Artikel wurde in der bekannten reaktionären Art gegen unsre Bekämpfung des Zolltarifs vorgegangen. Da heißt es: „Die Hauptschuld trägt der alte Herr Bebel.“ So war früher immer von dem „alten“ Liebknecht die Rede, der nicht mehr zurechnungsfähig sein sollte. Der Artikel fährt fort: „In Lübeck hatte er auf dem Parteitage gesagt, wenn er König wäre, hätte er dem Verfasser des Tarifs mit Fußtritten die Tür gewiesen. Eine hübsche demokratische Auffassung von den zwischen Herrscher und Helfer wünschenswerten Verhältnissen. Später im Reichstag enthüllte er den Orkus, in den er den Entwurf samt dessen Urhebern hinabstoßen würde. Er verhieß einen Volksaufstand und geberdete sich, als müsse die deutsche Welt untergehen, weil der Kornzoll wieder so hoch werden sollte, wie er bis in die Maientage des Caprivismus gewesen war. Auch ein überzeugter Freihändler müßte eine Taktik tadeln, die mit Prophezeiungen und Prahlereien so unvorsichtig vorgeht.“ Das wird von Bebel gesagt. Gleich darauf kommt die Entschuldigung für Vollmar. „Herr v. Vollmar hat gesagt, seine Partei wolle nur hindern, daß in einem sterbenden Reichstag die Entscheidung über den Zolltarif falle. Nach den Wahlen werde sie, auch wenn die „Volksstimme“ für den Tarif gesprochen habe, auf jedes Mittel der Obstruktion verzichten. Selbst dieses verständigste aller vorgebrachten Argumente besticht nur auf den ersten Blick.“ Der betreffende Herr sagte mir: „Das ist doch ein offenbarer Widerspruch: der eine wird gelobt, der andre getadelt“. Ich erwiderte: „Haben Sie denn nicht in den Zeitungen gelesen, daß Vollmar ebenfalls vorgeworfen worden ist, er habe geprahlt, daß dieser Vorwurf sich sonst überall gegen die ganze Sozialdemokratie richtete?“ Er meinte trotzdem, er verstände die Sache doch nicht, worauf ich noch hinzufügte: „Glauben Sie doch nicht, daß da irgendwie eingewirkt worden ist; vielleicht, daß Harden etwas hat hören wollen.“ Hier sehen Sie die Wirkung der Art und Weise, mit der Sie nichtsozialistische Kreise gewinnen zu können glauben. Nein, es werden in solchen Blättern nicht sozialistische Anregungen gegeben, sondern es werden immer nur zwei verschiedene Richtungen, die in der Partei herrschen sollen, gegeneinander ausgespielt. Ich halte es übrigens für die größte Ehre, auf die hundsföttischste, gemeinste Weise angegriffen zu werden von Männern wie Wittkowski-Harden, und ich bedauere, daß es Menschen giebt, die es sich beinahe zur Ehre anrechnen, von solchen Menschen gelobt zu werden. Bezüglich der „Morgenpost“ ist gesagt, Bernhard sei dort nur Handels-Redakteur. Glaubt denn Bernhard, wir wüßten nicht, daß die Beziehungen zwischen dem Handels- und dem politischen Teil die allerengsten sind? Sie (zu Bernhard) sind engagiert worden, um diesem Blatte, einer Art zweiten „Lokal-Anzeigers“, eine Folie zu geben. Sie sind es nicht allein; eine ganze Reihe von Genossen veröffentlicht dort unter ihrem Namen Artikel. Ich verstehe nicht, wie Sie die Zumutung stellen können, man solle Männer, die an gegnerischen Blättern redaktionelle oder sonstige Stellungen einnehmen, in Vertrauensposten berufen können. (Bebel: Wie soll man Vertrauen zu Ihnen haben!?) Glauben Sie wirklich, daß eine Mehrzahl von Fraktionsgenossen sich finden würde, die solchen Genossen gegenüber vertrauliche Dinge offenbarte: Männern, die in ständiger Fühlung mit der feindlichen Presse stehen? Oder umgekehrt: Glauben S[illegible] in der konservativen Partei würde jemand als Abgeordneter geduldet wer[illegible] der Handelsredakteur oder sonst etwas des „Vorwärts“ wäre? Soviel H[illegible] achtung aber die andern Parteien vor sich haben, soviel sollten wir Sozi[illegible] demokraten uns allermindestens zutrauen. Es ist geradezu eine Infam[illegible] der Sozialdemokratie zuzutrauen, daß sie mit Redakteuren feindli[illegible] oder der Verdummung dienender Blätter zusammenarbeiten soll.

Braun hat mich durch die Art und Weise seines Vortrags, durch die erregten Entgegnungen auf nicht gefallene Zwischenrufe an die Therese Humbert erinnert. (Heiterkeit.) Ich habe bei ihm nur den Hosenknopf vermißt. (Große Heiterkeit.) Nicht einen Hosenknopf haben Sie zur Erhärtung Ihrer Beschwerden über die Einschränkung der Meinungsfreiheit vorbringen können. Hier soll offenbar unter dem Vorwand, der Meinungsfreiheit eine Gasse zu bahnen, die Meinungsfreiheit in der Partei unterdrückt werden zu Gunsten derer, die sich bürgerlichen Parteien annähern wollen. Das sind diejenigen, die glauben, die Revisionisten zu sein; sie sind aber nur die Genasführten der bürgerlichen Parteien. Genosse Braun sprach von Spaltung, man kann aber „spalten" in verschiedener Art. Seitens der Regierung und eines Teils der bürgerlichen Klassen wird einmal dadurch zu spalten gesucht, daß man nur einer bestimmten besser situierten Klasse von Arbeitern, einem neuen Mittelstand oder auch weiteren Klassen kleine Konzessionen macht. Die Gegner können ferner durch Geld oder Lobeserhebungen Spaltungen versuchen. Wenn die sogenannten „Revisionisten" immer wieder in der bürgerlichen Presse als die geistigen Größen gepriesen, die andren dagegen als ausgesprochene Dummköpfe bezeichnet werden, so ist leider auch einigen Parteigenossen der Rest von Eitelkeit noch nicht so weit geschwunden, daß sie sich dadurch nicht einfangen ließen. (Sehr richtig!) In der „Zukunft" hat Bernhard übrigens nicht nur Artikel über den Handel, sondern auch politische Artikel geschrieben. Bei der „Welt am Montag" war er früher hin und wieder einmal gezwungen, selbst verantwortlich zu zeichnen. So hat er verantwortlich gezeichnet die Nummer vom 14. Oktober 1901, worin es von Virchow heißt: „Wir, die wir mit ihm nach wie vor unerschüttert auf dem Standpunkte stehen, daß nur der Liberalismus im alten, echten Sinne die Welt erlösen kann, wir, die mit ihm die Ueberzeugung von der psychologischen Unmöglichkeit der heute noch herrschenden sozialistischen Erwartungen teilen, wir können seine Stellung wohl verstehen." (Bernhard ruft: Der Artikel ist von Dr. Franz Oppenheimer unterzeichnet!) Ja, Sie haben diesen Artikel des Dr. Oppenheimer verantwortlich vertreten, weil Sie zeichnen mußten aus Anlaß einer Erklärung, die notwendig geworden war wegen eines früheren Artikels, den Sie ebenfalls in der „Welt am Montag" abgelagert hatten und den Ihnen kein sozialdemokratisches Blatt hätte abnehmen dürfen wegen seines rein persönlichen Charakters. Man sieht also, sie kommen früher oder später in die Verlegenheit, entgegen den Parteiprinzipien handeln zu müssen. Sie mußten verantwortlich zeichnen, weil von ihnen in der Nummer eine Erklärung stand, durch die Sie veranlassen wollten, daß Sie angeklagt würden wegen des „Gemeindesumpf"-Artikels. So stimmt es doch? In der „Welt am Montag" standen dann die Artikel von „Hello", d. i. Herr v. Gerlach — ich weiß nicht, wo er jetzt steckt. (Heiterkeit). Erst war er Christlichsozial, wurde dann Nationalsozial, dann beinahe Mitglied der Freisinnigen Vereinigung. (Heiterkeit.) Nun, solche Wandlungen werfe ich niemand vor, aber in diesen Artikeln wurde fortwährend auf eine Reihe von Genossen herumgeschimpft, so auf den Zehngebote-Hoffmann im Gegensatz zu Heine. Heine ist natürlich immer der Kavalier (Heiterkeit), während Hoffmann seine ganze Bedeutung der „volksverblödenden Schundliteratur" verdanken sollte, die in seinem Verlag erscheint. Heine und Bernstein werden in dem Artikel gelobt. Alle anderen sind ganz dumme Kerle. Daß Herr v. [illegible]erlach mich besonders ins Herz geschlossen hat und meint, ich wolle die M[illegible]ungsfreiheit wie ein Papst unterdrücken, hat mich sehr gefreut. Ich hätte ei[illegible]Lob von jener Seite sehr unangenehm empfunden. Hier, in der „Welt am M[illegible]tag", wurde also immer auseinander gelobt; ich weiß nicht, ob der eine o[illegible] andre Artikel von Ihnen geschrieben ist (zu Bernhard), ich traue es Ihnen zu[illegible]nn aber die Genossen draußen hören, Heine sei mit Bernhard bekannt, so[illegible]n sie sich doch sagen, daß diese Auseinanderlobung ein noch viel bedenk-

licheres Gesicht erhält und daß eine ganze Reihe intimer Dinge durch solche Beziehungen bekannt werden können. Ich habe objektiv dargelegt, weshalb solche Genossen keine Vertrauensstellungen bekleiden dürfen. Viele Wahlkreise würden Bernhard und so weiter den Stuhl vor die Tür gesetzt haben. Aber das verlangt nicht einmal der Parteivorstand. Seine Entscheidung bedeutet das mindeste, das im Interesse einer Vermeidung einer inneren Spaltung erforderlich ist. Solchen Outsiders muß einmal deutlich erklärt werden, daß ihr Benehmen gegen die Parteiehre verstößt. Deshalb bitte ich dringend, diesen Vorstandsbeschluß anzunehmen. (Bravo!) Der heute von Pfannkuch verlesene Brief muß selbst den Vertrauensduseligsten überzeugen, daß jene etwas ganz andres wollen, als was die Sozialdemokratie bisher wollte: Sie sind eins mit der „Zukunft", der „Morgenpost" und was sonst an volksverblödender „Unparteilichkeit" uns gegenübersteht. Sie haben selbst erklärt, daß sie die Moral mit dem doppelten Boden haben; dem dummen Volke gegenüber soll nur so getan werden, als ob wir alles für richtig erachteten — (Zuruf Bernhards) ich nehme an, daß der Artikel so bekannt ist, daß Sie (zu Bernhard) froh sein sollten, wenn ich ihn hier nicht verlese (Zuruf: Verlesen Sie ihn doch wörtlich!), für den einzelnen aber gelte die Jesuitenmoral: der Zweck heiligt das Mittel. Das wird dort in eifrigster Weise als das Wesen der sozialdemokratischen Taktik hingestellt. So etwas wollen und dürfen wir uns nicht gefallen lassen! (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Diskussion vertagt.

Singer: Genosse Victor Adler hat zu einer persönlichen Erklärung ums Wort gebeten, da Braun in seinem Vortrag ihn mit Namen erwähnt hat. Wir sind es unsrem lieben Gast schuldig, ihm die Möglichkeit zu geben, das zu erklären, was er für notwendig hält. (Allseitige Zustimmung.)

Victor Adler-Wien: Ich bedauere es außerordentlich, in dieser Diskussion das Wort nehmen zu müssen. Da aber Braun mich aufgerufen hat, so muß ich sprechen, zumal es sich um eine Sache handelt, die in Oesterreich passiert ist. Liebknecht hat wirklich in der „Fackel" eine Reihe Artikel veröffentlicht, die uns unangenehm waren; es handelte sich nicht allein um den Dreyfus-Prozeß, sondern es war auch ein Artikel über die Obstruktion in Deutschland dabei. Aber ich bin es Liebknecht schuldig, die Kraft des gegen ihn erhobenen Vorwurfs abzuschwächen. Eine so schwere Schädigung, wie Braun sie von diesen Artikeln für die österreichische Partei behauptet hat, war es nicht. Die „Fackel" ist einfach eines jener Blätter, wie die „Zukunft", die auf Originalitätshascherei und Sensation basieren und die unter dem Vorgeben, sozialistische Ueberzeugungen in bürgerlichen Kreisen verbreiten zu wollen, tatsächlich ihre Ware unter sozialistischer Marke in Arbeiterkreise und uns nahestehende Kreise zu bringen hoffen. Es haben für die „Fackel" — wir konnten es nicht hindern, es werden uns aber die Vorgänge in Deutschland zur Warnung dienen — österreichische Parteigenossen mit ihrem vollen Namen geschrieben. Liebknecht konnte also meinen, wir hätten gegen dieses Organ keinen Anstand. (Hört! hört!) Man braucht also Liebknecht nicht so schwer damit zu belasten. Ich erlaube mir hinzuzufügen: Wenn selbst ein Mann wie Liebknecht einen Fehler begehen konnte, so ist es wohl nicht notwendig, auf den Schluß hinzuweisen, der sich für mich und für Oesterreich daraus ergibt. Wenn selbst ein Liebknecht fehlen konnte, so scheint mir das kein Argument dafür zu sein, daß eine richtunggebende Regel für die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern nicht aufzustellen sei. (Sehr richtig!)

Singer teilt mit, daß Genosse Jensen aus Kopenhagen, der von der dortigen Gemeindeverwaltung zu den Verhandlungen des Städtetages delegiert war, seine Begrüßung des Parteitages schriftlich fixiert hat, da er Dresden bereits wieder hat verlassen müssen. Außerdem sind wieder eine große Anzahl Begrüßungstelegramme eingegangen, darunter von den Budapester revolutionär-sozialistischen Studenten, von der Leitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns, der norwegischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Vertretung der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Littauens. — Schluß der Sitzung 7 Uhr abends.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag den 15. September. — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und begrüßt den inzwischen erschienenen Genossen Dr. Studer, schweizerischen Nationalrat, Vertreter der Schweizer sozialdemokratischen Partei.

Studer-Schweiz: Parteigenossen! Da Sie bereits mitten in Ihren Verhandlungen stehen, will ich Sie nicht lange aufhalten; aber die herzlichen Grüße und aufrichtigsten Wünsche möchte ich Ihnen im Namen der Schweizer sozialdemokratischen Partei übermitteln. Aus dem Fernbleiben von Schweizer Vertretern von Ihren letzten Parteitagen könnten Sie vielleicht schließen, daß wir in der Schweiz kein Interesse an Ihrer Arbeit nähmen. Um diese Ansicht nicht aufkommen zu lassen, hat mich die schweizerische Parteileitung hierher entsandt, und es freut mich, gerade in Dresden, der Hauptstadt Sachsens, das Sie bei den letzten Reichstagswahlen so glänzend erobert haben, Sie begrüßen zu können. Wir in der Schweiz haben Ihren Wahlkampf mit der größten Spannung verfolgt, als ob es unser eigner Kampf gewesen wäre. Diese Wahlen waren für uns ein hochwichtiges Ereignis, vom internationalen Standpunkt aus. Denn wo haben wir größere Aussicht, daß unsre Forderungen verwirklicht werden können, wo haben wir eine sicherere Friedensgarantie gegenüber dem Militarismus und den enormen Rüstungen, als in den drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen Deutschlands? Ihr Wahlsieg hatte aber auch unmittelbare Bedeutung für unsre Schweizer Genossen. Der Einfluß der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands auf unsre Parteiverhältnisse ist viel größer als auf die andrer Länder. Hat sich doch ein großer Teil der deutschen Arbeiterbewegung auf Schweizer Boden abgespielt und ist doch umgekehrt die Schweizer Arbeiterbewegung in ihren Anfängen ein Teil der deutschen gewesen. In der Schweiz haben hervorragende deutsche Sozialdemokraten gelebt; das Centralorgan hat während der Zeit des Sozialistengesetzes bei uns eine Zuflucht gefunden und der „Sozialdemokrat“ ist in vielen tausend Exemplaren über die Grenze nach Deutschland gebracht worden. In der Schweiz macht ja die Sozialdemokratie nur langsam Fortschritte, aber wir wollen in gleichem Schritt und Tritt mit Ihnen als gute Kameraden für die gemeinsamen Ziele kämpfen. (Beifall.) Wir haben erst sieben Abgeordnete, Sie sieben Dutzend, und diese sieben Dutzend werden uns nicht schlafen lassen. Es geht auch bei uns vorwärts und wir werden, wie ich hoffe, immer mehr brauchbare Vertreter der internationalen Sozialdemokratie werden. (Lebhafter Beifall.)

Singer verliest eine Reihe von Glückwunschtelegrammen, u. a. von 20 000 in Brünn bei einer Versammlung für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht versammelten Arbeitern und dem allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Littauen, Polen und Rußland.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattet den

Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission

Gruenwaldt-Hamburg: Es sind 320 Teilnehmer am Parteitage vorhanden, darunter 263, die Mandate von Genossen in Händen haben, und 57, die als Reichstags-Abgeordnete, Kontrolleure, Mitglieder der Redaktion des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“, kurz auf Grund des Organisationsstatuts das Recht zur T[illegible]nahme haben. Die Genossin Lily Braun läßt sich entschuldigen; sie ist durch K[illegible]nkheit eines Kindes am Erscheinen vorläufig verhindert. Der Kommission l[illegible]n verschiedene Proteste vor. Ein Protest aus Düsseldorf verlangt, daß die M[illegible]ndate der Genossen Grimpe und Kremser für ungültig erklärt werden. In D[illegible]seldorf sind zwei Strömungen vorhanden; es giebt dort ein lebhaftes Partei-g[illegible]ink. Der Protest macht geltend, daß die beiden Delegierten in einer Mitgliederv[illegible]mmlung des sozialdemokratischen Vereins gewählt worden seien und nicht in

einer allgemeinen Parteiversammlung, zu der auch die Parteigenossen Zutritt gehabt hätten, die, ohne Mitglieder des Wahlvereins zu sein, doch für die Partei tätig sind und Sammelbons vertreiben. Am 17. August 1902 ist in Düsseldorf beschlossen worden, den Zutritt zu Parteiversammlungen allen denen zu gestatten, die Gelder zu Parteizwecken sammeln oder eine agitatorische Tätigkeit entfalten. Ein späterer Beschluß hat das dahin abgeändert, daß nur organisierte Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins und solche Genossen, die durch den Besitz von Parteibons nachweisen, daß sie zahlende Mitglieder sind, Zutritt zu den Parteiversammlungen haben sollen. Die Mandatsprüfungskommission hat den Düsseldorfer Protest zurückgewiesen. . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Im Interesse der Abkürzung dürfte es sich empfehlen, zuerst über die unangefochtenen Mandate abzustimmen und dann über die Proteste im einzelnen zu verhandeln und abzustimmen.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

314 Mandate sind unangefochten.

Sie werden einstimmig für gültig erklärt.

Gruenwaldt-Hamburg: Die Kommission beantragt, die Mandate für Grimpe und Kremser für gültig zu erklären, da sie durchaus richtig zu stande gekommen sind. Die Organisation ist allein maßgebend.

Der Parteitag erklärt hierauf die Düsseldorfer Mandate für gültig.

Gruenwaldt: Ein zweiter Protest liegt aus Posen vor gegen die Wahl des Genossen Gogowski und der Genossin Luxemburg als Delegierte, weil sie in einer Versammlung gewählt worden sind, zu der nicht alle Genossen geladen waren. Die Kommission beantragt, beide Mandate für gültig zu erklären, da es bei den eigenartigen Verhältnissen in Posen nicht möglich war, die Wahl anders zu vollziehen.

Der Parteitag erklärt die beiden Mandate für gültig.

Gruenwaldt: Genossen aus Danzig protestieren gegen die Wahl des Genossen Schwarz, der im Besitze von zwei Mandaten ist, das eine für den Wahlkreis Graudenz-Straßburg, das zweite für den Wahlkreis Thorn. Die Kommission beantragt, das Mandat für Graudenz für ungültig zu erklären, weil es von Leuten herrührt, die zur Ausstellung eines Mandats nicht berechtigt waren. Schwarz erklärt, daß später noch eine Versammlung im Kreise stattgefunden habe und daß dort seine Wahl in ordentlicher Weise vollzogen worden sei. Hierfür fehlt aber noch der Nachweis; wird er erbracht, so könnte später noch das Mandat für Graudenz für gültig erklärt werden. — Das Mandat für Thorn hat die Kommission für gültig erklärt, obgleich auch hier gewisse Bedenken vorlagen.

Der Parteitag erklärt hierauf das Mandat des Genossen Schwarz für Graudenz für ungültig, für Thorn aber für gültig.

Gruenwaldt: Weiter lag ein Protest vor gegen das Mandat der Genossin Jung vom Niederbarnimer Kreise. Die Kommission beantragt, dies Mandat für gültig zu erklären, spricht aber den Wunsch aus, daß die Frauen mehr mit der Organisation der Männer Hand in Hand arbeiten und von dem Rechte, selbständig Delegierte auf den Parteitag zu schicken, nicht in rigoroser Weise Gebrauch machen möchten.

Freywaldt-Niederbarnim: Die Genossen in Niederbarnim haben das Mandat der Genossin Jung angefochten, weil die Art und Weise, wie es zu stande gekommen ist, bisher nicht üblich war. Das Mandat ist nur von einem Be[illegible]rks-führer unterschrieben und die zusammengestoppelte Versammlung war nich[illegible] [illegible]ls Kreisversammlung einberufen. Wenn das in Zukunft so weiter geht, [illegible]n können ja aus den 120 Orten unsres Kreises vielleicht 120 weibliche Deleg[illegible]te hierherkommen. (Heiterkeit.) In Anbetracht der wirklich schwachen Organis[illegible]on der Frauen in unsrem Kreise will ich mich aber dem Antrage der Kommi[illegible]on anschließen in der Hoffnung, daß in Zukunft solche Proteste nicht mehr nötig [illegible]d.

Frau Ihrer: Wir haben nichts andres getan, als daß wir uns auf den Boden der uns durch das Organisationsstatut der Partei verliehenen Rechte gestellt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ueber diesen Rahmen sind wir nicht hinausgegangen. Die Genossen von Niederbarnim sollen nicht denken, daß die Frauen nur zur Arbeit gut sind, von der Repräsentation aber ausgeschlossen bleiben müßten. Da im Niederbarnimer Kreise keine Frau als Delegierte vorgeschlagen wurde, hatten wir das gute Recht, zu wählen. Was den Besuch der Versammlung betrifft, in der Genossin Jung gewählt wurde, so wird Freywaldt ja wissen, daß die Männer-Versammlungen auch nicht besser besucht sind. Die Anfechtung ist so kleinlich, daß die Kommission ohne weiteres das Mandat für gültig erklärt hat. Ich bitte Sie, das Gleiche zu tun. (Beifall.)

Der Parteitag erklärt das Mandat der Genossin Jung für gültig.

Gruenwaldt: Der Kommission war ein Mandat des Genossen Bernhard aus Breslau-Land unterbreitet. Das Mandat ist so zu stande gekommen, daß 21 Unterschriften in Breslau-Land gesammelt worden sind, die der Vertrauensmann abgestempelt hat. Die Motivierung ist beigefügt, daß in Breslau-Land kein Versammlungslokal sei, wo die Wahl hätte vorgenommen werden können. Die Kommission hat festgestellt, daß in Neumarkt im Kreise Breslau-Land eine eigne Organisation der Parteigenossen besteht und daß dort die Versammlung hätte abgehalten werden können. Aber abgesehen davon: Breslau-Land liegt um Breslau herum. (Große Heiterkeit.) Was ich eben gesagt habe, bezweifeln Sie doch nicht. (Erneute Heiterkeit.) Auf dem Lande um Breslau herum haben die Genossen kein Versammlungslokal, während der Wahlzeit gingen sie nach Breslau und hielten dort eine Versammlung ab. Das wäre auch jetzt möglich gewesen, wenn man einen Delegierten nach dem Parteitag schicken wollte. Die Kommission rügt, wie solche Wahlen gemacht werden; sie sieht die Wahl für gemacht, für nicht mit Recht zu stande gekommen an und beantragt das Mandat für ungültig zu erklären.

Löbe-Breslau: Die Anfechtung des Bernhardschen Mandates giebt mir erwünschte Gelegenheit, auch dem Genossen Hoffmann-Berlin zu antworten, der gestern schon auf dieses Mandat angespielt hat. Der Sachverhalt ist folgender: Vor zwei Wochen traf ein Brief an den Genossen Bruhns ein, worin Bernhard sagte: Ich interessiere mich außerordentlich für diesen Parteitag, weil die Mitarbeiterfrage an bürgerlichen Blättern auf ihm erörtert wird. Ich möchte Gelegenheit haben, mich auf dem Parteitage persönlich zu verteidigen. Im zweiten Wahlkreis in Berlin bin ich bei der Delegation mit 113 gegen 130 Stimmen unterlegen. — So etwa lautete der Brief. Genosse Bruhns war im Gefängnis, er konnte dem Verlangen nicht nachkommen und so ging ein Duplikat des Briefes an die Redaktion der „Volkswacht". In Breslau war die Delegiertenwahl bereits gewesen. Da am folgenden Sonntag die Genossen im Landkreise Breslau zusammenkamen, trug ein Mitglied der Redaktion die Sache ihnen vor und fragte sie, ob sie Lust hätten, dem Genossen Bernhard eine Vertretung seiner Angelegenheit vor dem Parteitage zu ermöglichen. Mit der Frage der Mitarbeit haben wir uns nicht beschäftigt. Die Strömungen berührten uns nicht, wir wollten nur Bernhard die Möglichkeit geben, sich zu verteidigen. (Zuruf: Das ist auf jedem Parteitag auch ohne Mandat möglich gewesen.) Die Genossen Breslau-Land haben eine lose Organisation mit einem Vertrauensmann an Spitze. Erst kurz vor der Wahl haben die Genossen in Neumarkt einen hlverein gegründet, der 70 Mitglieder hat. Uebrigens habe ich eben einen ef von dem Vertrauensmann aus Neumarkt erhalten, worin es heißt: Hierch zur Mitteilung, daß sich noch gestern zirka 50 Genossen mit der Uebergabe Mandats an Bernhard einverstanden erklärt haben. Gleichzeitig wird der nsch an Genossen Bernhard gerichtet, die Einführung einheitlicher Mitgliedsn zu unterstützen. Ich erkenne das Monitum wegen der Nichtabhaltung einer

Versammlung als richtig an. Das Mandat ist aber auch so auf legalem Wege zu stande gekommen. Wird Bernhard sowieso zu seiner Verteidigung zugelassen, so ist sein Mandat erledigt.

Adolf Hoffmann-Berlin: Löbe hat am besten gegen die Gültigkeit des Bernhardschen Mandats gesprochen. Jedenfalls haben wir alle Ursache, mit dieser Art Mandatsmacherei aufzuräumen. (Lebhafte Zustimmung.) Derartige Mandatsmacherei ist sehr bedenklich, besonders wenn man erklärt, den Genossen Bernhard gar nicht gekannt zu haben.

Edmund Fischer: Derartige Mandate sind im Laufe der letzten Jahre sehr viel ausgegeben worden. Ich habe es immer abgelehnt, jemand ein Mandat zu verschaffen, der erklärte, er wollte auf eigne Kosten zum Parteitag gehen. Ich bin auch einverstanden, daß in Zukunft solche Mandate strikte abgelehnt werden. Wenn Sie aber mit Bernhard anfangen, dann setzen Sie sich mit vollem Recht dem Vorwurf aus, daß Sie aus dem Grunde jetzt so vorgehen, weil es sich um Bernhard handelt. (Lebhafter Widerspruch.)

Singer: Ich muß es zurückweisen, wenn Mitgliedern des Parteitags andere Motive untergeschoben werden, als sie selber anführen. Ich bitte für die Folge derartiges zu unterlassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Löbe-Breslau: Ich wollte noch hinzufügen, daß Bernhard doch nicht so unbekannt war. Er hat in Berlin, in Dresden, in Leipzig als Referent gesprochen.

Wels-Berlin: Die Mandatsprüfungs-Kommission ging von dem Grundsatz aus, daß die Zusammensetzung des Parteitages auch der Würde der Partei entsprechen muß. Genosse Hermann Werner von Berlin II hat mir mitgeteilt, daß Bernhard, als er dort durchgefallen war, erklärt hat: Um ein Mandat zum Parteitag ist mir nicht bange. Das kann ich jederzeit haben! (Lebhafte Rufe: Hört! hört! Bebel ruft: Parteimoral! Große Heiterkeit.) Ja, das ist wirklich eine merkwürdige Parteimoral, sich durch Vetternschaft, Verwandtschaft oder Freundschaft ein Mandat zu verschaffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hoffmann-Berlin: Es handelt sich bei dem Mandat Bernhards doch nicht bloß darum, daß er sich hier verteidigen soll; er hat damit doch auch bei allen andren Fragen Stimmrecht und kann sich an der Debatte beteiligen. Die Genossen von Breslau-Land wissen ja aber gar nicht, welcher Ansicht Bernhard in den strittigen Parteifragen ist. Vielleicht sind sie gegenteiliger Meinung. Dann aber würde der Wille des Wahlkreises verfälscht zum Ausdruck kommen. (Lebhafte Zustimmung.)

Bernhard-Berlin: Ich will nicht für mein Mandat sprechen, sondern nur den persönlichen Vorwurf zurückweisen, daß ich mir durch Vetternschaft, Verwandtschaft oder Freundschaft das Mandat verschafft hätte. Wenn einer in der Partei keine Vetternschaft hat, dann bin ich es. Es wird behauptet, ich hätte gesagt: Ach, ein Mandat, darum ist mir nicht bange. Genosse Wels ist falsch unterrichtet. Ich glaube, er meint folgendes: Ich habe seiner Zeit erklärt, daß ich mich um ein Mandat nach Dresden bewerben würde, daß ich es aber für einen Bruch der Organisation hielte, wenn ich mit diesem Wunsch nicht zunächst an meinen Kreis treten würde. Durch eine unglückliche Verkettung der Umstände konnte das erst in der Parteiversammlung geschehen, in der die Delegierten gewählt wurden. Dort habe ich eine große Minorität auf mich vereinigt und bin nur mit 17 Stin[illegible]n Differenz unterlegen. Dann habe ich allerdings geglaubt, daß ich mich un[illegible]n Mandat in einem Kreise bewerben könnte, von dem ich annahm, daß er [illegible]ch meinem Wesen und meinen Schriften nach kannte. (Unruhe.)

Seeger-Leipzig: Bernhard hat in Leipzig nicht in einer Parteiversamm[illegible]g, sondern in einer öffentlichen Volksversammlung über Krach und Krise gesproc[illegible]n. Wenn man einmal in einer Volksversammlung gesprochen, hat man nicht [illegible]ie Berechtigung, sich um ein Mandat zu bewerben.

Werner-Berlin II: Wie üblich, haben auch in meinem Kreise die tätigen Genossen eine Vorbesprechung über die Delegation gehabt. Die Vorgeschlagenen wurden dann von der Versammlung auch gewählt. Bernhard hatte keine Aussicht, von den tätigen Genossen gewählt zu werden. Er hat sich an unsern Abgeordneten Fischer gewandt mit der Frage, ob er nicht für den 2. Wahlkreis als Delegierter nach Dresden gehen könne, er sei bereit, die Kosten aus eignen Mitteln zu tragen. (Hört, hört!) Fischer legte uns die Frage vor, wie sich die Genossen dazu stellen würden. Ich erwiderte, die Genossen würden schon aus dem Grunde ablehnen, weil sie es für verwerflich hielten, die Kosten eines Mandats aus eignen Mitteln zu decken. Persönlich hatte ich gegen Bernhard nichts. Wenn er aber gewählt würde, dann würde er mit seinen Anschauungen in Widerspruch zu den Anschauungen der Genossen des zweiten Kreises geraten. Fischer hat Bernhard, wie ich vermute, von dieser Antwort in Kenntnis gesetzt. In der beschließenden Versammlung war keine Kontrolle, wer Parteimitglied ist. Es haben sich nun ein Teil Genossen eingefunden, die Bernhard vorgeschlagen und für ihn gestimmt haben. Er bekam 113 Stimmen, die übrigen Gewählten 170 bis 178. Die geringe Stimmenzahl erklärt sich dadurch, daß die Versammlung bis nach 1 Uhr gedauert hat und die Hälfte der Teilnehmer vor der Abstimmung gegangen war. Auf dem Rückwege erklärte nun Bernhard: Trotzdem ich abgelehnt bin, gehe ich doch zum Parteitag: Ich werde zu Auer gehen. (Hört! hört! und Bewegung.) Im Anschluß daran frage ich Auer: Ist es wahr, daß Auer derartige Mandate vermittelt oder ausstellt? Ich zweifle daran, ich nehme an, daß Bernhard nur renommiert hat. Ich stelle aber die Frage, damit Auer antworten und verhindern kann, daß ein Verdacht auf ihn fällt. Sonst wären wir gezwungen, bestimmte Anträge zu stellen, damit nicht die Mandate an Meistbietende verkauft werden. (Unruhe und Zustimmung.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Engler-Freiburg damit begründet, daß die letzten Redner sich über die Gültigkeit des Bernhardschen Mandats gar nicht geäußert hätten, und den Bebel damit bekämpft, daß Auer auf jeden Fall sprechen müsse, wird abgelehnt.

Fischer-Dresden: Ich wollte dem Parteitag nicht vorwerfen, daß er nach dem Motiv entscheiden würde: hier handelt es sich um Bernhard; jedenfalls wollte ich das nicht sagen. Hervorheben wollte ich nur, daß leicht nach außen hin dieser Eindruck entstehen könnte. Das Mandat Bernhards will ich nicht verteidigen, aber ich erkläre, daß Hoffmann schon auf früheren Parteitagen diese Art Mandate zur Sprache gebracht hat und daß diese Mandate dann für gültig erklärt wurden. Man würde staunen, wenn jetzt aus Animosität anders entschieden würde.

Stolpe-Grünberg: Den Sachsen ist am Sonntag gesagt worden, sie wären viel zu gemütlich. Die Schlesier aber trifft dieser Vorwurf in viel höherem Maße, sonst wären sie nicht so freundlich gewesen, auf Befehl von Berlin aus Bernhard das Mandat zu geben. Wenn eine Versammlung stattgefunden hätte, würde Bernhard das Mandat gar nicht erhalten haben. Denn die Genossen hätten sich gefragt: Warum sollen gerade wir Bernhard das Mandat geben? Es ist ja eine alte Sitte und altbekannte Tatsache, daß auf den Parteitagen Genossen, über die verhandelt wird, das Wort anstandslos erteilt wird, auch wenn sie kein Mandat haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Auer: Einen schwarzen Mann müssen wir immer haben. Augenblicklich scheint mir die Rolle zugeteilt zu sein. Jetzt soll ich bereits auch Mandate vermitteln. „Geht hin zum Genossen Auer, der wird Euch schon eins verschaffen!" Das ist eine Redensart, die nicht neu ist, wie manches andre nicht neu ist. Ich kann dieser Anschuldigung gegenüber nur erklären, was ich bei früheren ähnlichen Anlässen schon erklärt habe, daß ich mit Ausnahme eines einzigen Falles innerhalb der nun 24 oder 25 Jahre, wo ich der Parteileitung anzugehören die

Ehre habe, noch nie ein Mandat vermittelt habe. Der einzige Fall, dessen ich mir bewußt bin, war vor einigen Jahren, wo an mich das Ersuchen gestellt wurde, einer Frau Gelegenheit zu geben, auf dem Parteitage zu erscheinen, und wo ich dem Vertrauensmann meines Wahlkreises den Wunsch der betr. Frau mitteilte und es meinen Genossen im Wahlkreise überließ, ob sie dem Wunsch dieser Frau willfahren wollten oder nicht. Und unter der Bedingung, daß die betr. Frau nach dem Parteitag in meinen Wahlkreis, der ja ein hochindustrieller ist und in dem besonders eine große Zahl von Frauen in der Textilindustrie beschäftigt ist, gehen und dort Versammlungen abhalten sollte — worauf sie einging — haben meine Wähler der betr. Frau ein Mandat zum Parteitag ausgestellt. Das ist der einzige Fall in meinem Leben, wo durch meine Vermittelung ein Parteitagsmandat zu stande gekommen ist. In diesem speziellen Fall bin ich besonders überrascht, daß ein derartiges Gerücht entstehen konnte, denn das genaue Gegenteil von dem, was hier Werner als in Berlin verbreitetes Gerücht zum besten gegeben hat, ist die Wahrheit. (Bernhard: Sehr richtig!) Es ist nicht wahr, daß ich direkt oder indirekt oder in einer vielleicht denkbaren Form mich für die Delegation des Genossen Bernhard ausgesprochen habe. Wie ist der Sachverhalt? Ich war in der betreffenden Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises, zu dem ich gehöre, als die Delegiertenwahl vorgenommen wurde. Wie es meine Gewohnheit ist, mich an all diesen Dingen persönlich nicht zu beteiligen, habe ich mich auch in dieser Versammlung neutral verhalten und diese Neutralität soweit durchgeführt, daß ich mich an der Abstimmung gar nicht beteiligt habe. Ich kann offen gestehen, daß ich überrascht war über die große Minorität, die für Bernhard stimmte. Den Genossen Bernhard kannte ich überhaupt nicht, oder doch nicht näher; denn ich war während der letzten Zeit sieben Monate von Berlin abwesend, verhindert durch meinen körperlichen Zustand. Von all den Dingen, die sich in der Zeit abspielten, weiß ich fast so gut wie nichts. Dann kam am andern Tage oder am zweiten Tage darauf Genosse Bernhard zu Auer nach der Kreuzbergstraße. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Adresse Auer in der Kreuzbergstraße die Firma ist für den Parteivorstand. Auer ist dort nicht allein und handelt dort nicht allein und als Privatperson, und persönlich kann ich nicht die Verantwortung übernehmen für alles, was dort möglicherweise vorgeht. Aber in diesem Falle kann ich es. Denn die Verhandlungen des Genossen Bernhard fanden nicht mit dem Genossen Auer statt, sondern mit Auer, Gerisch und Pfannkuch, also den drei Vorstandsbeamten, die bis jetzt wenigstens in der Kreuzbergstraße arbeiten. Als in diesen Verhandlungen Genosse Bernhard mit dem Wunsch nach einem Mandat an uns herantrat, war ich es vor allem, der ihm sagte: „Lieber Genosse Bernhard, tun Sie das nicht! (Bernhard: Sehr richtig!) Wenn Sie nach dem Parteitag wollen, gehen Sie hin als Privatperson, als Genosse. Ihrem Zutritt steht nicht das geringste im Wege, und wenn Sie bei bestimmten Gelegenheiten in den Kreis der Diskussion gezogen werden, wenn Ihr Name genannt werden sollte, dann haben Sie das Recht, das Wort zu erbitten, und der Parteitag wird sich nicht einen Augenblick bedenken, Ihnen, wenn Sie angegriffen sind, das Wort zu verstatten. (Sehr richtig!) Ich führte weiter aus: Es ist ganz falsch, wenn Sie versuchen, irgendwo ein Mandat zu erhalten; Sie schädigen dadurch direkt Ihre Position dem Parteitag gegenüber. Denn sowie Sie als Delegierter erscheinen, wird es von gewisser Seite hergegen Sie heißen: „Ach, seht da, der Bernhard hat auch ein Mandat! Ach, nun ja, man weiß, wie solche Mandate zu stande kommen!“ (Bebel: Leider!) Es ist ganz richtig, Genosse Bebel ... (Bebel: In diesem Falle, leider!) Ich bin lange genug in der Partei, um das zu wissen und Du weißt das so gut wie ich. Aber ich lehne den Vorwurf ab, daß ich mich derartig jemals irgendwie vergangen habe. Diesen Rat habe ich Bernhard gegeben; also das gerade Gegen-

teil von dem, was behauptet wurde, ist wahr. Genosse Gerisch hat Bernhard genau dasselbe gesagt; ich glaube, auch Genosse Pfannkuch war anwesend.

So stehen die Dinge. Ich kenne Bernhard weiter gar nicht, wer ist Bernhard? Ich habe die ganze Kanonade gegen ihn als eine Kanonade gegen Spatzen von der ersten Stunde an bezeichnet. Ich halte die ganze Diskussion um den Namen Bernhard für sehr überflüssig. Aber sie ist da; aber nicht als Ausfluß der Bernhardschen Tätigkeit, sondern sie geht aus ganz andren Motiven und Stimmungen hervor (Sehr richtig!), die mir wohl bekannt sind, die mich aber weiter nicht rühren. So sind die Tatsachen. Wenn in Breslau-Land von Berlin aus, wie behauptet wurde, die Delegation von Bernhard angeregt worden ist, dann geschah das jedenfalls nicht von uns. Nicht ein Federstrich ist von uns gemacht worden. Ich kann also auch dies Gerücht wieder in die Rubrik jener Gerüchte einreihen, die durch die ganze Partei gehen und die das Ergebnis einer nun seit Jahren fortgesetzten — um mich kurz auszudrücken — Hetze sind. (Zustimmung.) Ich begegne dieser Hetze ganz ruhig damit, daß ich ehrlich und offen erkläre: Ich habe mit der Sache nichts zu tun. (Beifall.)

Bernhard-Berlin: Ich erkläre, daß sich die Angelegenheit ganz genau so verhält, wie Auer sagt; ich glaube sogar, daß er seine Worte teilweise wörtlich zitiert hat. Wenn ich diesen Rat nicht befolgt habe, so tut mir das jetzt leid, nicht um meinetwillen, sondern weil dadurch Auer gezwungen wurde, sich gegen einen so schmählichen Verdacht zu verteidigen.

Hofmann-Nowawes: Ich möchte Verwahrung dagegen einlegen, daß solche Sachen immer auf das persönliche Gebiet hinübergespielt werden. Es handelt sich hier nicht um die Person Bernhards — er ist uns als Person vollständig Luft —, sondern darum, zu verhindern, daß auf solche Weise Mandate zu stande kommen. Es ist das ein ganz vereinzelt dastehender Fall; daß es anständig ist, auf solche Weise sich ein Mandat zu verschaffen, wage ich zu bezweifeln.

Die Diskussion wird hierauf mit großer Mehrheit geschlossen.

Persönlich bemerkt

Werner-Berlin: Ich habe zu erklären, daß nicht ich oder die Genossen des zweiten Berliner Wahlkreises den Verdacht gegen den Genossen Auer ausgesprochen haben, sondern Genosse Bernhard. Nach der Erklärung Auers werden wir uns zufrieden geben.

Bernhard-Berlin (persönlich): Ich habe zu der Entstehung dieses Verdachts nicht den geringsten Anlaß gegeben. Ich habe gesagt: Ich gehe zu Auer, und ich tat das, um mich bei dem Vorstand zu erkundigen, ob es statthaft ist, eventuell an jemand wegen eines Mandates zu schreiben. (Lachen.)

Das Schlußwort hat

Gruenwaldt: Die Person Bernhards war der Kommission gleichgültig. Die nachträgliche Zustimmung, von der Löbe sprach, kann uns auch nicht ausreichend erscheinen, um das Mandat zu rechtfertigen. Die Kommission ging im übrigen ebenfalls von der Ansicht aus, daß der Parteitag in dieser Sache Bernhard das Wort verstatten werde.

Das Mandat Bernhards wird mit großer Mehrheit für ungültig erklärt.

Singer: Ich will bei der Gelegenheit erklären, daß auch ich es als selbstverständlich betrachte, daß in dieser Diskussion dem Genossen Bernhard das Wort gewährt wird. (Zustimmung.)

Das Mandat des Genossen Huhn-Kassel, gegen das nachträglich Protest eingelegt worden war, weil die Wahl nicht in einer allgemeinen, sondern in einer Vereinsversammlung vorgenommen ist, wird auf Antrag der Kommission für gültig erklärt; desgleichen das inzwischen eingelaufene unangefochtene Mandat des Genossen Dr. Georg Wagner in Hanau.

Weiter einlaufende Mandate sollen der Kommission überwiesen werden.

Darauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein. Die Diskussion über den Punkt **„Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern"** wird fortgesetzt. Der inzwischen hierzu eingegangene Antrag 120 wird mit zur Debatte gestellt.

Ulrich-Offenbach: Die Frage der Mitarbeiterschaft von Genossen an bürgerlichen Blättern ist nicht neu, wir haben früher von Fall zu Fall dazu Stellung genommen. Diesmal ist die Debatte hervorgerufen durch das, was einige Genossen in gegnerischen Blättern veröffentlicht haben. Man spricht allerdings von einer parteilosen Presse, aber ich halte diese für viel gefährlicher als die gegnerische. (Sehr richtig!) Wenn es sich bloß um ein Literatengezänk handelte, brauchten wir uns nicht damit zu befassen; aber es handelt sich nicht um ein Literatengezänk, sondern um eine Unsitte, die sich herausgebildet hat. (Sehr richtig!) Gestern sind zwei Fragen in die Debatte geworfen. Einmal die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern und zweitens ist schmutzige Wäsche hier gewaschen worden.

Die Frage, ob es möglich ist, daß Genossen an Blättern mitarbeiten, die die Partei verdächtigen und beleidigen, muß ich entschieden verneinen, eine solche Tätigkeit ist gefährlich und korrumpierend. (Sehr wahr!) Man sagt sich, wenn ein solcher Genosse mit seinem Namen ein Blatt verantwortlich zeichnet: Was, der Mann ist Sozialdemokrat und läßt es sich gefallen, daß in dem Blatt, für das er zeichnet, die sozialdemokratischen Prinzipien in so unglaublicher Weise verhöhnt und verlästert werden? (Sehr richtig!) Das ist eine Moral mit doppeltem Boden. Mit Recht wird gesagt, daß damit eine Gesinnungslosigkeit groß gezogen wird, die weder innerhalb der Partei noch nach außen hin einen guten Eindruck machen kann. Gegen diese Art der Betätigung der Parteigenossenschaft müssen wir uns entschieden verwahren.

Was den zweiten Teil der Debatte anlangt, so war er eine Fortsetzung von Diskussionen und Polemiken, die in verschiedenen Partei-Organen während des ganzen abgelaufenen Jahres und schon früher stattgehabt haben. Eigentlich tragen die berufenen Vertreter der Partei mit Schuld daran, daß wir die gestrigen Szenen erlebt haben. Wie aber die Dinge jetzt liegen, müssen wir eine Entscheidung treffen. Ich bedaure es stets, wenn irgend ein junger Akademiker, ein Doktor, den man in der Partei noch gar nicht kennt, irgendwo als Kandidat aufgestellt wird. Das bedeutet einen Mangel an Selbstbewußtsein der Genossen. (Zustimmung.) Jene, die solche Leute aufstellen, kennen vielfach ihren Charakter gar nicht, wissen nicht, ob ihre Vergangenheit Garantien dafür bietet, ob der Mann derjenige ist, für den man ihn gehalten hat. Das, Genossen, ist es, was wir im Auge behalten und wonach wir unsre Entscheidung treffen müssen. Der Parteivorstand sucht den Mißlichkeiten, die sich im Laufe der Jahre herausgebildet haben — denn es ist falsch, daß erst im letzten Jahre solche Zustände hervorgetreten sind — beizukommen durch seinen Ihnen unterbreiteten Vorschlag. Ich glaube nicht, daß dadurch die Mißstände beseitigt werden, ich fürchte, wir werden uns damit noch öfter beschäftigen müssen und hätte deshalb lieber eine schärfere Fassung gewünscht, durch die wirklich das erreicht wird, was der Parteivorstand zu erreichen für notwendig hält. Ich habe mir alle Anträge daraufhin durchgesehen, aber höchstens der Antrag 16 hat vielleicht eine schärfere, präzisere Form. So außerordentlich viel Wert lege ich allerdings nicht darauf, ob wir den Antrag 7 oder den Antrag 16 annehmen. Es kommt darauf an, daß dem Parteivorstand Gelegenheit gegeben wird, das Aufsichtsrecht über die Presse in wirksamer Weise auszuüben. Insofern sollten wir meiner Meinung nach dem Antrag 16 den Vorzug geben. Ich will mich auf die Einzelheiten nicht einlassen, ich will nicht die gestrigen Debatten fortsetzen. Die Soupergeschichte wäre besser nicht erzählt worden. Sie stand gar nicht im Zusammenhang mit der Sache. Warum wirft man solche Dinge in die Oeffentlich-

keit, über die die Gegner allerlei Variationen natürlich nicht unterlassen werden? Unser alter, bewährter Genosse Bebel wird manchmal mit schwerem Undank dafür gelohnt, daß er gewisse Akademiker in die Partei hineinbrachte; wir haben alle Ursache, uns gegen das Eindringen von Leuten zu wehren, deren Charakter wir nicht kennen. (Sehr richtig!)

Man hat scherzweise gesagt, man wolle eine Zeit lang warten mit der Verwendung von Akademikern zu Vertrauensposten. Aber die meisten Parteigenossen warten eben damit nicht, sie nehmen solche Leute zu Kandidaten, weil sie glauben, mit ihnen mehr Stimmen zu bekommen usw. Ich erinnere nur an unsren alten Freund Metzner (Sehr richtig!), der zu den verdienstvollsten der Partei gehört und der während des Sozialistengesetzes mit in der vordersten Reihe gestanden hat. Gegen ihn haben Dinge hinter den Koulissen gespielt, die geradezu unverantwortlich waren. Aehnliches erleben wir häufig in andren Kreisen; (Ruf: Peus!) altbewährte Genossen, die von der Pike auf gedient haben, werden beiseite gesetzt (Bebel: Sehr wahr!) wegen außerordentlich fraglichen Personen, deren Charakter man nicht kennt. Das muß einmal gründlich ausgesprochen werden. Solche Leute können unter Umständen besser reden, als die bewährten Genossen, wenn aber die Sache ernst wird, so stehen sie nicht ihren Mann. Es wird ja unvermeidlich sein, bei der Vizepräsidenten-Frage noch einmal auf die Besetzung der höchsten Vertrauensposten der Partei zurückzukommen. Wir müssen dahin wirken, daß der Parteivorstand die Möglichkeit hat, solche Genossen, deren Charakter unbekannt und schwankend ist, von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Natürlich je größer die Partei wird, desto schwerer wird es sein, alle parteigenössischen Literaten bei uns zu beschäftigen. Dagegen, daß sie sich wo anders ihr Brot suchen, ist nichts einzuwenden, wohl aber dagegen, daß sie in die vordersten Reihen gestellt werden. (Sehr richtig!) Diese Zweiseelen-Theorie ist unmöglich (Sehr wahr!), man kann nicht auf der einen Seite Sozialdemokrat sein, auf der andren Seite ein Blatt verantwortlich zeichnen, das uns angreift. (Sehr richtig!) Offen gesagt, sehe ich das als Gefühlssache an, ich begreife nicht, wie jemand, der Sozialdemokrat sein will, Artikel zeichnen kann, in denen wir angegriffen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Aus Achtung vor sich selbst (Sehr richtig!), aus Taktgefühl (Sehr richtig!) sollte man so etwas unterlassen. Will jemand ein solches Blatt zeichnen, so mag er es tun, aber nicht als Parteigenosse. (Zustimmung.) Es ist gar nicht abzusehen, wohin solche Zustände führen sollen. Wenn die Kontrolleure mit Stimmengleichheit den Ausschluß Bertholds abgelehnt haben, so ist das schon ein Beweis dafür, daß wir es nicht bloß mit einer Taktlosigkeit zu tun haben, sondern daß man das Gefühl hatte, daß hier eine direkte Schädigung der Partei vorlag, gegen die wir uns wehren müssen. (Sehr richtig!) Nehmen wir deshalb den Antrag 16 an, zum mindesten aber die Resolution des Parteivorstandes. Ich glaube ja nicht, daß dadurch die Mißhelligkeiten beseitigt werden, im Gegenteil, wir werden dadurch zu neuen Konflikten kommen, aber immerhin bedeutet diese Resolution doch einen Anfang. Es wird sich ja zeigen, inwieweit dieses Instrument geeignet und brauchbar ist, um Vorgänge wie die Fälle Berthold und Bernhard zu vermeiden. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Quarck**-Frankfurt a. M.: Einen wie traurigen Eindruck muß doch die gestrige Debatte auf die Zuhörer gemacht haben! Nach dem Dreimillionensieg hatten wir nichts andres zu tun, als die unglaublichen Ungeschicklichkeiten von Heinrich Braun und andren anzuhören. (Sehr richtig!) Ich unterschreibe noch nicht einmal das, was die Genossin Zetkin, der ich im übrigen beipflichte, über den Sturm im Glase Wasser gesagt hat; nein, es handelt sich nicht einmal um einen Sturm im Glase Wasser, sondern um viel weniger, um eine Berliner Pfütze, möchte ich beinahe sagen. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Arbeiter in Mitteldeutschland, in Süddeutschland und Westdeutschland kümmerten sich, soweit ich das übersehen kann, so wenig darum, daß sie die Angelegenheit nicht

einmal der Erörterung in einer einfachen Parteiversammlung für wert hielten (Sehr richtig!), geschweige denn, daß man es für möglich gehalten hätte, daß diese Frage hier in dieser Art den Beginn unsrer Verhandlungen nach dem glänzenden Erfolg vom 16. Juni bilden könnte. (Sehr wahr!) Das Wort vom Literatengezänk trifft mindestens der Form nach zu. Ich möchte sagen, es ist ein elendes Berliner Literatengezänk, dem man aus dem übrigen Deutschland nichts Aehnliches an die Seite stellen kann. Was Kautsky gestern zur Kennzeichnung der Braunschen Polemik gesagt hat, ist ja richtig, aber auch noch nicht scharf genug. Er meint, der Zank erinnere an Majestätsbeleidigungsanzeigen, die feindliche Nachbarn nach Jahren einbringen. Unlautere Absichten will ich dem Genossen nicht vorwerfen, aber die Sache ist schlimmer, sie erinnert an die berüchtigte Polizei-Aufsicht, man geht einem Genossen, der einmal Fehler begangen hat, nach bis in seine ersten Lebensjahre. (Sehr richtig!) Daß man einen solchen Weg einschlägt, hätte ich allerdings nicht für möglich gehalten, gerade von der Seite, von der es geschehen ist. Daß man nicht scharf genug Stellung gegen die Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse nehmen kann, darin sind wir in unsrer großen Mehrheit einig, und daß wir die Analogien mit früheren Fällen auszuschalten haben, ergiebt sich schon daraus, daß wir jetzt unter ganz andren Verhältnissen leben als in jener Zeit. Wenn auf die Mitarbeiterschaft von Kautsky und Liebknecht an bürgerlichen Blättern Bezug genommen wird, so übersieht man, daß damals Ausnahmeverhältnisse bestanden, und man vergißt, daß heute auch die liberale Presse in der Hauptsache nur der journalistische Ausdruck des bürgerlichen Verfalls und der Reaktion ist. (Sehr richtig!) Braun sagte: Wir müssen uns der gegnerischen Presse bedienen, aber wir dürfen ihr nicht dienen. Wenn ich mich aber in den Sold einer gegnerischen Machtorganisation begebe, so bediene ich mich nicht ihrer, sondern ich diene ihr. (**Bebel**: Sehr richtig!) Deswegen trifft auch der Vergleich mit Reden von Parteigenossen in gegnerischen Versammlungen nicht zu. Was die „Zukunft" anlangt, so begreife ich nicht einmal, wie ein bürgerlicher Liberaler, geschweige denn ein Sozialdemokrat, an diesem Organ mitarbeiten kann. Als Harden die „Zukunft" begründete, bekam auch ich eine Aufforderung zur Mitarbeit. Ich schrieb Harden dem Sinne nach zurück: „So lange Sie Stiefellecker von Bismarck sind, bedanke ich mich für die Mitarbeiterschaft!" (Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Ich habe darauf nie eine Antwort von Harden erhalten, auch keine erwartet. (Heiterkeit.) Es läuft bei dieser ganzen Frage auch eine unbegreifliche Ueberschätzung der bürgerlichen Presse mit unter. Wenn Braun seine Meinung, daß die „Frankf. Ztg." das beste deutsche Blatt sei, einmal in einer Frankfurter Parteiversammlung wiederholen wollte, so würde er wohl eine sehr wenig höfliche Antwort bekommen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Auch ich würde kein Bedenken tragen, die „Frankfurter Zeitung" unter uns Journalisten technisch als eine gut organisierte bürgerliche Zeitung zu bezeichnen. Sachlich aber ist die „Frankfurter Zeitung" aufs eifrigste bestrebt, mit einer Verständnislosigkeit sondergleichen das Auseinanderloben der Sozialdemokratie zu betreiben (Sehr richtig!), ganz geschweige von der unsäglich gewöhnlichen Haltung, die die „Frankfurter Zeitung" in den Frankfurter sozialistischen Lokalangelegenheiten einnimmt und auf die Sie auswärts nicht so achten können. Wir in Frankfurt haben es deshalb als einen Schlag ins Gesicht empfunden, daß zur Zeit der belgischen Revolution Vandervelde sich dazu hergab, zwei Feuilletons in der „Frankf. Ztg." über diese Bewegung zu veröffentlichen.

Noch ein Wort über die Frage der Akademiker. Wenn gesagt wird, die Akademiker wollen Karriere machen, so gehören doch dazu zwei: der Akademiker, der sich hinstellen läßt, und die Genossen, die ihn hinstellen. Es muß doch wohl gesagt werden, daß letztere auch vielfach noch einer demokratischen Erziehung bedürftig sind. (Sehr gut!) Wenn ein Sozialdemokrat bei uns anfängt, einzutreten mit Artikeln: „Wie ich Sozialdemokrat wurde" (Sehr gut!) oder wenn er

gleich seine ganze Lebensgeschichte veröffentlicht und mit dieser Prätention zu uns kommt, so ist für mich eigentlich der Fall von vornherein erledigt. (Sehr richtig!) Ein Akademiker, der zu uns kommt, hat sich zunächst ganz still in Reih' und Glied zu stellen und in den schwierigsten Positionen mitzukämpfen. (Bravo!) Hier ist sogar der Parteivorstand von gewissen Unterlassungssünden nicht freizusprechen. Warum giebt er solchen Leuten nicht mehr Gelegenheit zu Arbeitsstellen statt zu Ehrenstellen? Warum fordern die Parteigenossenschaften solche Akademiker nicht auf, allerlei notwendige literarische Parteiarbeiten zu machen? Es machte zum Beispiel einen eigentümlichen Eindruck, wenn Pfannkuch sagte, sie hätten Not gehabt, Manuskript für die Wahlflugblätter zu bekommen. Ei der Tausend! Warum giebt man nicht den Schriftstellern, die zu uns kommen, in dieser Richtung zu arbeiten? (Heiterkeit und Sehr gut!) Warum hat man, nachdem der Parteitag in München vorbereitende Arbeiten gewünscht hat, nicht z. B. einen Genossen sämtliche Kommunal-Programme unsrer Parteigenossenschaften in ganz Deutschland zusammenstellen lassen? Mit Arbeiten über die Agrarfrage stehts ebenso. Die Art und Weise, wie der Vorstand die Sache erledigen will, gefällt mir allerdings auch nicht. Diese Kautschukparagraphen, die er formuliert hat, sind vor dem demokratischen Prinzip absolut nicht haltbar. Es ist zu dehnbar, was „gehässige und hämische Kritik" ist. Bei der Formulierung dieser Paragraphen scheint dem Vorstande die bewährte Kraft des Genossen Auer gefehlt zu haben. Wenn Pfannkuch mit einem gewissen Stolz den Brief Calwers erwähnt hat, so frage ich doch: Hat etwa Calwer damit den Vorstand ein wenig frozzeln wollen? (Heiterkeit.) Der Partei-Schriftsteller muß sich also beim Vorstande das Plazet dafür holen, daß seine Mitarbeit am „Arbeitsmarkt" nicht anstößig ist! Damit befindet man sich auf einem abschüssigen Wege; man gelangt damit tatsächlich zu einer Art Inquisition und einer Index-Liste. Uebrigens stehe ich den Jastrowschen Unternehmungen gar nicht so gegenüber wie der Parteivorstand; ich halte diese Zuckerwasser-Sozialpolitik für eine gefährliche Geschichte, für eine Entmannung und Verweichlichung unsrer Gewerkschaftsbewegung. Mir scheint der Antrag Berlin II weit den Vorzug zu verdienen vor dem Antrag Bremen und vor der Resolution des Parteivorstandes. Warum hat man sich übrigens in Berlin beschränkt zu sagen: Der Genosse kann nicht länger Referent sein? Warum haben die Genossen ihn nicht vor ihr Forum gefordert und die Sache gleich dort erledigt? Dann hätten wir den ganzen Knatsch hier in Dresden nicht gehabt; es wäre dann höchstens eine Beschwerde übrig geblieben. Der neu eingegangene Antrag, der eine zweijährige Karenzzeit für Akademiker fordert, ist ja direkter Unsinn; aber der Parteivorstand hat mit seinen Kautschukbestimmungen bis zu einem gewissen Grade dazu mit Anlaß gegeben. Die ganze Frage ist eine Frage des demokratischen Instinkts — der von uns nicht von oben herab gepflegt werden kann, sondern von unten herauf. Aufgerichtete neue Gesetzestafeln haben nur einen vorübergehenden Erfolg und verwirren nur die Sache. Stärken Sie die demokratische Bewegung von unten, indem Sie ihr nach dem Antrag Berlin II die erste Entscheidung in Zweifelsfällen geben.

Zubeil-Berlin: Genosse Quarck sprach von einer Berliner Pfütze. Er wird aber doch wissen, daß diese Frage nicht eine Berliner Frage ist, es handelt sich nicht um Bernhard und Braun, sondern um ein Symptom, um eine Strömung, die seit Jahren schon darauf ausgeht, die Partei von dem traditionellen, revolutionären Boden, auf dem sie ihre großen Erfolge errungen hat, abzubringen, sie zu einer bürgerlichen Reformpartei zu machen. (Sehr wahr!) Es ist unsre Pflicht, rechtzeitig unsre Stimme zu erheben und die Gefahr abzuwenden, bevor es zu spät ist. (Sehr richtig!) Daß es sich nicht nur um eine Berliner Pfütze handelt, beweisen die vielen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands gestellten Anträge. Die Antragsteller waten doch nicht alle in der Berliner Pfütze herum. (Heiterkeit.) Wenn Quarck die Annahme des Antrags Berlin II empfiehlt, so beweist er damit, daß

er die Entstehungsgeschichte des Antrags nicht kennt. (Sehr richtig!) Dieser Antrag müßte in Wirklichkeit Antrag Bernhard heißen. (Sehr wahr!) Wenn der Antrag Berlin II angenommen würde, so würde damit der Boden für das geschaffen sein, was wir in erster Linie bekämpfen. (Sehr richtig!) Es kommt dabei nur auf den Einfluß an, den bestimmte Parteigenossen in einer Organisation haben. Deshalb muß der Antrag aufs äußerste bekämpft werden. Die Parteigenossen Berlins sind weit entfernt, die Meinungsfreiheit beschränken zu wollen. Es kommt nur darauf an, auf welchem Platze man die Meinungsfreiheit für sich in Anspruch nimmt. In welche Aufregung ist doch Edmund Fischer sowohl in seinem „Armen Teufel" als gestern hier über den Genossen Mehring geraten! In der „Münchner Post" erschien im vorigen Jahre ein Artikel über den Münchner Parteitag; in diesem Artikel kam die „Neue Zeit" sehr schlecht weg, sie wurde außerordentlich heruntergerissen. Nur mit der Mitarbeit Mehrings an der „Neuen Zeit" wurde eine Ausnahme gemacht (Hört! hört!), es wurde gesagt, seine Artikel machten die „Neue Zeit" schmackhaft. Das schrieb die „Münchner Post", an der die hervorragendsten Genossen mitarbeiten und der auch Vollmar nicht fern steht. Im vorigen Jahre war die Vergangenheit Mehrings vergessen, ich kann nicht annehmen, daß Vollmar seine Vergangenheit nicht kannte. Eigenartig ist es, daß Dr. Braun Mehring in die Partei bringt und sich dann hierher stellt und sagt, er habe ihn nicht gekannt. Auf Vollmar dürfte das doch nicht zutreffen. Ich erinnere ferner daran, daß gerade Vollmar es war, der Mehring das beste Material für seine Geschichte der Sozialdemokratie geliefert hat. Da kommt man doch unwillkürlich auf den Gedanken, daß, wenn Mehring der von uns bekämpften Richtung angehörte, niemand den Spaten genommen hätte, um das auszugraben, was vor 25 Jahren geschehen ist. (Sehr richtig!) Braun giebt an, seit 25 Jahren Parteigenosse zu sein, er muß also auch wissen, daß den Berliner Genossen die Vergangenheit von Mehring bekannt war.

Noch eine Richtigstellung gegenüber Edmund Fischer über die Fraktionssitzung, die sich mit Leuß beschäftigte. Es ist nicht richtig, daß diese Frage von Heine angeschnitten wurde (Ruf: Hat Fischer auch nicht gesagt!), sondern es war Meister, dem erst in der Diskussion Heine und andre beitraten.

Bernhard hätte seinen Artikel in der „Zukunft" statt „Parteimoral" lieber „Sozialdemokratische Jesuitenmoral" überschreiben sollen, dann wäre der Artikel besser gekennzeichnet gewesen. Man muß sich wundern, daß ein Genosse, der in der Bewegung noch nichts geleistet hat, den Mut finden kann, über die Moral der Partei zu schreiben, ein Genosse, der selbst, wie vorher ganz deutlich bewiesen wurde, nicht die geringste Moral im Leibe hat. Bernhard hat den Artikel in Berliner Versammlungen als unschuldig hingestellt. Wenn er ein bißchen Objektivität hätte, so hätte er in dem Flugblatt, das er uns gestern unterbreitet: Dr. Franz Mehring, der Zitierkünstler, doch auch seinen Artikel mit abdrucken sollen. (Sehr gut!) So aber ist sein ganzer Artikel nur eine ausgiebige Verteidigung des Redakteurs Harden. (Bebel: Sehr richtig!) Dann würden die Delegierten des Parteitages heute vielleicht noch ein andres Verdikt fällen (Bebel: Sehr gut!), als wie in Unkenntnis des Artikels heute oder morgen gefällt werden wird.

Dr. Heinrich Braun tat so entrüstet über den Ukas des Parteivorstandes, der in so „schmählicher" Weise mitten in den Wahlkampf hineingefallen sei. Ich frage die Delegierten aus allen Kreisen, ob dieser Ukas ihnen auch nur die geringsten Schwierigkeiten in der Agitation bereitet hat. Wenn uns nicht ganz andre Knüppel zwischen die Beine geworfen worden wären, so wäre der Wahlkampf ein leichterer gewesen. (Heinrich Braun ruft: Es ist unwahr, daß ich die Erklärung „schmählich" genannt habe.) Ihre Mitarbeit an der bürgerlichen Presse (zu Braun) und Ihre nicht allein war es, die uns im Wahlkampf draußen das Leben so sauer gemacht hat. (Sehr richtig!) Und wenn nicht Einhalt geschieht, so wird

das in Zukunft noch schlimmer werden. Ich beneide Dr. Heinrich Braun nicht, wenn derselbe, durch die Landratspresse gezwungen, seinen Wählern das genossene Menu wird vorführen müssen. Kindlich ist die Auffassung Brauns, es sei ganz dasselbe, ob ich in gegnerischen Versammlungen spreche, oder für 10 oder 20000 Leser in gegnerischen Zeitungen schreibe. Man muß sich darüber wundern, daß ein 25 Jahre in der Partei tätig sein wollender Genosse (Heiterkeit) solche Ausführungen machen kann. In gegnerischen Versammlungen gehen wir doch nur dann, wenn wir, wie in ländlichen Bezirken, keine Säle erhalten, dann wird versucht, in gegnerische Versammlungen zu gehen und dort Propaganda für unsre Ideen zu machen. Genosse Braun, glauben Sie, daß Sie durch die Artikel, die auch Sie in der „Zukunft" ablegen, auch nur einen Gegner zu uns ziehen? Der einzige Erfolg ist, daß solche Artikel von der Landratspresse abgedruckt werden, um zu zeigen, wes Geistes Kinder bei uns führende Rollen einnehmen. Dadurch wird uns der Kampf nur erschwert. (Sehr richtig!) Deshalb dürfen wir nicht pflaumenweiche Resolutionen fassen, sondern müssen deutlich zeigen, daß für die, die sich nicht unterordnen können, kein Platz bei uns ist. (Sehr richtig!) Es ist schon gesagt, daß es für einen Teil der Genossen nicht darauf ankommt, was sie getan haben für die Partei, sondern ob sie den Doktortitel besitzen oder wenigstens Schriftsteller sind. Ist das der Fall, dann können sie schon nach kurzer Zeit die höchsten Ehrenstellen in der Partei erhalten. (Sehr richtig!) Dem muß ein Ende gemacht werden. Ein großes Teil Schuld daran tragen die Parteigenossen der Kreise selbst und auch ein wenig der Verlag des Vorwärts, betreffend Verlegung von Broschüren der kaum in die Partei geschneiten Schriftsteller und Doktoren.

Singer: Wir können jetzt nicht über die Buchhandlung Vorwärts sprechen. Das gehört zu Punkt IV der Tagesordnung.

Zubeil (fortfahrend): Dann wird die Frage später erörtert werden. Quarck wies darauf hin, man könnte die Genossen, die aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommen, zunächst mit Abfassen von Flugblättern beschäftigen. Aber dann könnten wir es erleben, daß wir Flugblätter erhalten, in denen die Existenz Gottes nachgewiesen wird. (Sehr gut!) Nein, es bleibt nur e i n Weg übrig: die Genossen in die Reihen der tätigen Genossen zu stellen, sie zu prüfen. Laßt Euch nicht bestechen durch einige schöne Artikel, sondern prüft, ob die Genossen auch würdig sind. (Zustimmung.) Heute stößt man die Schuster, Schneider und Tischler ab, und die Folge ist, daß das, was aufgebaut ist, wieder umgestoßen wird und daß wir von vorn anfangen müssen. Die Resolution des Vorstandes beseitigt den jetzigen Zustand nicht, es muß gründliche Arbeit verrichtet werden, damit uns in Zukunft unsre Zeit nicht wieder durch solche Debatten fortgenommen wird. Deshalb stehe ich auf dem Boden der Bremer Resolution. Es ist ein sonderbares Symptom, daß die Gegenseite, mit Ausnahme von Dr. Heinrich Braun, sich ausschweigt. (Zuruf: Kommt noch! Edmund Fischer!) Edmund Fischer stand nicht ganz auf dem Boden Brauns, er sprach aus dem Gefühl heraus, aber das muß gesagt werden: Kein Redner, der von unten herauf gedient hat, könnte so ungeschickt sein wie Dr. Heinrich Braun in seinen gestrigen Ausführungen. (Zustimmung.) Ich kann Sie nur bitten, die Bremer Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Bernhard-Berlin: Kautsky hat es so dargestellt, als ob es die hergelaufenen Akademiker wären, die in einemfort die Partei dadurch in Verwirrung bringen, daß sie in ihren Ueberzeugungen noch nicht recht fest sind. Würde ich Gewicht darauf legen, so würde ich bestreiten, daß ich den Namen eines Akademikers führen darf, ich könnte mich Ihnen ja als langjährigen Handlungsgehilfen vorstellen. Aber ich nehme diesen Vorwurf gern hin. Dagegen muß ich mich gegen einen andren Vorwurf verwahren; ich komme nicht aus einer andren Partei zu Euch, sondern es sind Leute hier, die bezeugen können, daß

ich seit langen Jahren auf dem Boden der Partei stehe, daß ich niemals einer andren Partei angehört habe und seit einigen Jahren als organisierter Genosse meine Pflicht in vollem Umfange erfüllt habe. (Ruf: Um so schlimmer!) Ich will mich durchaus nicht in irgend einer Weise hervortun, ich habe auch den niedrigsten Parteidienst nicht gescheut und werde das auch ferner tun. Ich bin genau so wie jeder andre mit Flugblättern Trepp auf, Trepp ab gelaufen, ich habe im Wahlkampf als Stellvertreter des Bezirksführers genau so gearbeitet wie jeder andre.

Auf die Sache selbst übergehend, möchte ich zunächst mit Bezug auf den Artikel über Parteimoral eine Erklärung abgeben, die Ihnen auch sagen wird, weshalb ich darauf verzichtet habe, diesen Artikel im Abdruck dem Parteitag vorzulegen. Das, was ich darin sagen wollte, ist weit entfernt von dem, was herausgelesen ist, und ich sage ganz offen: Der Artikel muß wohl sehr ungeschickt gewesen sein, wenn man so etwas herauslesen konnte. Deshalb erkläre ich rund heraus, daß ich jetzt auf dem Standpunkt stehe, der Artikel wäre besser nicht geschrieben worden, ich werde einen solchen Artikel nicht wieder schreiben. (Bravo! und Gelächter.) Hoffentlich kommt man mir nun nicht wieder mit diesem Artikel. Im übrigen, Genosse Bebel, glaube ich nicht, daß Ihnen jemals auf einer Agitation der Artikel vorgehalten ist. (Bebel: Nein, nein!) Denn darin hat Auer recht: Wer ist denn Bernhard? Er ist einer von den vielen Soldaten, einer, den man vielleicht in Berlin kennt, der aber sonst ganz unbekannt ist. Diesen Artikel hat man uns in der Agitation nicht zwischen die Beine geworfen. Bei einigem guten Willen wäre es wohl möglich gewesen, sowohl über meinen Artikel als auch über die Frage der Beteiligung von Sozialdemokraten an bürgerlichen Preßorganen etwas ruhiger zu diskutieren, denn wer den Artikel liest, der weiß, daß es sich darum handelte, Angriffe gegen die Partei abzuwehren. (Lachen.) Man mag das ja lächerlich finden, aber den guten Willen hatte ich, und deshalb wäre wohl eine loyalere Auffassung am Platze. Ich lasse mir gern jede scharfe Zurückweisung gefallen, aber das eine kann ich, weil ich so lange der Partei angehöre, verlangen, daß man mir gegenüber so verfährt, daß man den Artikel wenigstens so wiedergiebt, daß die Genossen sich auch ein Bild darüber machen können. Das ist ja das Gefährliche bei der Kritik in unserer Presse. Unsre Leser können in der Regel die Gegenschriften nicht lesen. Handelt es sich nun um von Parteigenossen geschriebene Bücher oder Artikel, so sollte man bei der Kritik wenigstens auch diejenigen Stellen mit abdrucken, die entlastend für den Verfasser wirken können. Aber wie gesagt: den Artikel gebe ich heute aufrichtig und gern preis, und ich freue mich, das hier offen erklären zu können. Nach der Kritik von Mehring in der „Neuen Zeit" schrieb ich eine kurze Erklärung, in der ich mich lediglich gegen die falsche Darstellung wandte, die man meinem Artikel gab. Ich tat das einmal, weil ich in eine Polemik über die Frage der Parteimoral mit Mehring nicht eintreten wollte, dann aber auch, weil ich es für ganz unangebracht hielt, daß ich als junger Genosse jetzt im Wahlkampfe eine Sache aufrührte, deren Tragweite ich nicht genau vorher abschätzen konnte. Deshalb warf ich die prinzipielle Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern nicht auf. Nun erschien in derselben Nummer der „Neuen Zeit", in der die Entgegnung von mir stand, der Artikel von Kautsky; und da wurde mir erst klar, daß aus meinem Artikel eine Haupt- und Staatsaktion gemacht werden sollte. Wenn ich darauf nicht erwiderte, so geschah es mit Rücksicht auf die Wahl. Ich habe mich deshalb auch nicht beschwert, weil ich mir sagte: geht die Sache bis zum Parteitag nicht zu Ende, so wirst du dich eben auf dem Parteitag verteidigen müssen. Ich bleibe dabei: es ist aus diesem einen Fall eine Haupt- und Staatsaktion künstlich gemacht worden. Jetzt tut man freilich so, als ob die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern schon lange in Arbeiterkreisen als eine brennende empfunden worden wäre. Wenn Genosse

Ulrich zum Beweis dafür die Tatsache anführt, daß viele Kreise sich mit der Materie beschäftigt haben, so vergißt er, daß sie sich erst nach der Erklärung des Vorstandes damit beschäftigten. Ich habe bisher stets gefunden, daß gerade die Arbeiter dieser Frage so gegenüberstehen, daß sie eine Entscheidung von Fall zu Fall wünschen, und die Arbeiter sind doch sicher nicht diejenigen, die im gegebenen Fall nicht scharf zugreifen würden.

Als ich mich seiner Zeit organisieren ließ, wandte ich mich an den Vorsitzenden meines Wahlkreises; ich sagte ihm: „Ich bin Redakteur der „Morgenpost" und beabsichtige, mich organisieren zu lassen, um meine Zugehörigkeit zur Partei auch äußerlich zu dokumentieren. Finden Sie etwas dabei?" Er erwiderte: „Absolut nichts. Wenn sonst nichts gegen Ihre Person vorliegt, so können Sie in einem bürgerlichen Geschäft arbeiten wie jeder andre auch, vorausgesetzt, daß Sie nicht gegen das Interesse der Partei schreiben." (Ledebour: In welchem Wahlkreise war das?) Im dritten Berliner Wahlkreise! Der betreffende Genosse hat sich, wie ich erst später erfahren habe, sehr genau nach meiner Person erkundigt, und ich nehme an, er hat nichts Nachteiliges über mich gehört, da er mich in den Wahlverein aufnahm. Nun hat Stadthagen den Fall der Agitationskommission dargestellt in einer Weise, die den Eindruck erwecken könnte, als ob ich von der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiter als Agitator einfach abgelehnt wäre. So liegt die Sache nicht, die Darstellung von Stadthagen ist nicht erschöpfend. Vor etwa zwei Jahren bekam ich von der Agitationskommission die gedruckte Anfrage, ob ich bereit sei, in Parteiversammlungen zu sprechen, es sei beabsichtigt, eine Referentenliste herauszugeben. Ich habe es mir sehr überlegt, ob ich zusagen sollte, ich habe es getan aus der Erwägung heraus, daß man sonst sagen würde: Aha! das ist solch fauler Kantonist, sowie er Farbe bekennen soll, ist er nicht Sozialdemokrat! Also, ich schrieb zu und nun wurde mir eines Tages mitgeteilt, daß die Kommission mich nicht auf die Rednerliste setzen wolle. Ich sagte mir: dann muß ich aus der Organisation austreten, denn ich kann unmöglich organisierter Genosse sein und mir so etwas gefallen lassen. Ich wandte mich an meine Organisation mit dem Ersuchen, zu entscheiden, ob ich vollberechtigter Genosse bin oder nicht. Es fand eine erweiterte Vorstandssitzung statt und nach langen Beratungen wurde gegen eine Stimme entschieden, daß meine journalistische Betätigung kein Grund sei, mich nicht als vollberechtigten Genossen anzuerkennen. (Bebel: Welcher Vorstand?) Der des dritten Wahlkreises. (Stadthagen: Aber nicht die Agitationskommission!) Nein, die Agitationskommission blieb bei ihrem Beschluß. Die Sache hatte aber für mich keine praktische Bedeutung, denn ich wurde nach wie vor aufgefordert, zu referieren, und deshalb sagte ich mir: Wenn Du nicht in der Liste stehst, ersparst Du es Dir, jeden Sonntag in die Nachbarschaft von Berlin fahren zu müssen, um zu reden. Ich habe deshalb nichts dagegen unternommen. Wie sich der Wahlvereins-Vorstand dazu verhalten hat, weiß ich nicht. Einige Zeit darauf verzog ich in den zweiten Wahlkreis und trat in den betreffenden Wahlverein über. Nun erschien in diesem Jahre der Beschluß des Vorstandes, der mich ja wieder zum Genossen 2. Klasse erklärte, oder — um nicht persönlich zu werden — (Bebel: Das war nicht persönlich!) also, der alle Genossen in meiner Lage als Genossen 2. Klasse hinstellt. Der Beschluß war unnötig; der Fall Berthold zeigt ja, daß solche Fälle auch so schon zur Sprache gebracht werden konnten. Ich will mich übrigens mit Berthold nicht identifizieren; es ist gar keine Frage, daß ein Genosse so nicht handeln darf. Ich hielt den Vorstandsbeschluß aber auch für schädlich, weil er gerade vor den Wahlen erschien; ich habe auch aus demselben Grunde keine Schritte dagegen getan.

Trotz allem Vorgefallenen bin ich aber dann doch während des Wahlkampfes wochenlang Tag für Tag in Berlin und Umgebung auf Agitation ge-

wesen; auch aus Dresden hat man mehreremal an mich telegraphiert, daß ich reden solle, und Genosse Walfisch hat mich autorisiert zu erklären, daß er dabei im Auftrage des hiesigen Wahlkomitees gehandelt hat. Auch die Genossen Zubeil und Stadthagen haben sich diese Agitation in ihren Wahlkreisen ruhig gefallen lassen. (Heiterkeit. Zubeil: Daran bin ich unschuldig!) Ja, aber wenn ich wirklich ein Mensch bin, der die Partei unterminiert, dann hätten Sie dagegen protestieren müssen.

Daß ich gegen den Artikel der „Leipziger Volkszeitung" diesen Ton angeschlagen habe, lag daran, daß der Verfasser dieses Artikels Franz Mehring ist. Ich hätte doch gewünscht, daß man zu scharfen Angriffen auf Ehre und Moral von Parteigenossen jemand anders verwandt hätte als den Genossen Mehring. Es ist ja richtig, Mehring hat sich zu diesen Artikeln nicht gedrängt, sondern ist von Kautsky beauftragt worden. Um so schlimmer! Nun hat es gestern Kautsky so dargestellt, als ob jemand Mehring das Recht, in der Partei zu wirken, irgendwie hätte streitig machen wollen. Das glaube ich nicht, und ich wäre der letzte, der das wollte. Es ist aber etwas andres, ob jemand sich im allgemeinen schriftstellerisch äußert, oder ob er für die Partei das moralische Wort zu führen, über Moral zu urteilen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn ich nicht befugt war, über Moral zu reden, dann war es Genosse Mehring sicher tausendmal weniger als ich. (Sehr richtig!) In der Verteidigung Mehrings durch Kautsky ist die Tatsache doch zu kurz weggekommen, daß Mehring sich zweimal gewandelt hat. Zunächst ließ er 1875 eine Broschüre erscheinen, vorsichtigerweise anonym, die den Titel hat: „Herr v. Treitschke, der Sozialistentöter". In dieser Broschüre spricht er in einem fort „wir Sozialdemokraten" und im Namen der sozialdemokratischen Partei. 1876 erfolgten die Verhandlungen wegen der „Neuen Welt" und 1877, also ein Jahr später, erschien dann die neue Broschüre. Genosse Mehring ist übrigens gar nicht berechtigt, gerade über die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zu schreiben, da er noch im Sommer 1891 an Harden einen Brief schrieb, in dem er ihn bat, Schoenlank Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zu verschaffen, weil die sozialdemokratische Presse so schlecht bezahle! (Hört! hört!) Gerade Mehring darf meines Erachtens nicht gegen mich schreiben, weil der Charakter dieses Mannes, wie er in allen seinen früheren Artikeln gegen unsere Partei hervortritt, sich stets gleich geblieben ist. Am 11. September 1892 hat Mehring an Harden eine Karte gerichtet, dessen Original ich gesehen habe. In dieser Karte heißt es: „Sollten Sie einmal eine besondere Abrechnung mit Schoenlank für angemessen oder notwendig halten, so wenden Sie sich nur vertrauensvoll an mich. Ich weiß diesen Lümmel schon zahm zu machen." (Hört! hört! Lebhafte Bewegung. Zurufe: Wo haben Sie das her?) Wo ich das her habe, kann Ihnen egal sein. Ich habe sehr lange geschwankt, ob ich von diesen Dingen Gebrauch machen solle oder nicht. Ich befinde mich aber hier in meiner Verteidigung. (Sehr richtig!) Die allerschwersten Vorwürfe sind gegen mich erhoben worden und werden wohl nachher weiter erhoben werden, und deshalb halte ich es jetzt für meine Pflicht, alles das zu sagen, was ich für notwendig halte. (Lebhafte Zustimmung; Unruhe.) Und dazu gehört diese Briefangelegenheit. Das war 1892, kurz bevor Mehring in die Redaktion der „Neuen Zeit" eintrat; oder war er damals schon in sie eingetreten, ich weiß den Zeitpunkt nicht genau. (Bebel: Mitarbeiter für die „Neue Zeit" schon seit 1888.) Das ist ja sehr interessant. (Zurufe: Was ist denn gesagt worden?) Genosse Bebel teilt mit, daß Mehring schon seit 1888 für die „Neue Zeit" geschrieben habe (Hört! hört!), also zu einer Zeit, wo er noch Korrespondent der „Saale-Zeitung" war! (Zuruf: Schöner Genosse!) Der unwahre Charakter Mehrings ist sich ganz gleich geblieben; dafür hat auch der eine Reihe von Beweisen, der nicht zufällig im Besitz dieser Briefe ist.

In der „Leipziger Volkszeitung" steht zunächst in Mehrings Erklärung, er habe eine Schrift gegen uns veröffentlicht. Das ist unwahr. Braun hat schon auf die „Gartenlauben"-Artikel hingewiesen, die 1879 und 1880 erschienen. Aber nicht nur das, sondern 1882 erschien die Schrift gegen Stöcker, in der ungefähr gesagt wird, die sozialpolitische Gesetzgebung würde noch im Dornröschenschlaf liegen, wenn nicht der geniale Staatsmann Bismarck sie aufgeweckt hätte. (Hört! hört!) Damals war also der „Stiefellecker" Bismarcks jemand anders, als der Mann, dem Mehring das jetzt vorwirft. Mehring behauptet, er sei infolge der Anwendung des Sozialistengesetzes andrer Meinung geworden. In der „Gartenlaube" von 1879 findet sich in einem Artikel Mehrings folgende Stelle:

„Die geistigen Waffen der Sozialdemokratie waren die alten . . . . . ., cynischer fast noch denn früher war die Sprache ihrer Redner und Zeitungen . . . ., es war, als ob sie die Geduld der Nation auf die äußerste und letzte Probe stellen wollten . . . ., treffend, wenn auch hart, sagte der Fürst Bismarck im Reichstage, daß jede Existenz ihren Wert verliere, wenn sie in solcher Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen leben solle.

Auch die fortschrittliche Presse scheint sich allmählich in die für sie anscheinend sehr unbequeme Tatsache zu finden, daß das (Sozialisten-)Gesetz da ist, um ausgeführt zu werden und nicht bloß die Gesetzsammlung um einige Makulaturblätter zu bereichern."

(Hört! hört!) Und dieser Mann stellt sich hin und schreibt in der „Leipziger Volkszeitung": die Anwendung des Sozialistengesetzes habe ihn zu einer andren Meinung gebracht! In der „Gartenlaube" von 1880 schrieb Mehring:

„Unter den unermeßlich reichen Gaben, mit welchen das unvergleichliche Jahr 1870 unser Vaterland begnadete, war nicht die geringste die gänzliche Zerschmetterung der deutschen Sozialdemokratie — nicht die geringste, aber leider die am wenigsten beachtete. Statt die letzten Keime des Uebels besonnen und vorsichtig auszurotten, ließ man sie ungestört sich erholen und wieder in üppiges Unkraut schießen."

(Hört! hört!) Daß Mehring im „Kapital und Presse" sagt, daß er erst 1889 Chefredakteur der „Volks-Zeitung" geworden sei, während er jetzt so tut, als ob er schon 1885, vor dem Verbot der „Volks-Zeitung", die Chefredaktion gehabt hat, mag ein Gedächtnisfehler sein, auf den ich weiter kein Gewicht lege. Ich will hier einschieben, daß ich mit meiner Erklärung gegen Mehring nicht Harden verteidigen wollte; das hat er nicht nötig, das kann er selbst. Ich wollte nur zeigen, daß man auch anders zitieren kann und daß die Sache dann ein andres Gesicht hat. Mehring stellt es jetzt weiter so dar, als habe er Harden von vornherein „richtig eingeschätzt" und die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft" abgelehnt. Schon der — von Mehring nicht widerlegte — Artikel der „Zukunft" vom 4. März 1899 ergiebt, daß das falsch ist. Danach hat z. B. Mehring im September 1892 an Harden geschrieben: „Das Bedenken, das ich gegen meine Mitarbeiterschaft hatte, habe ich Ihnen ganz offen angegeben; s war mein böser Ruf in der bürgerlichen Welt, an die sich die „Zukunft" ch wendet. Abgesehen von diesem Bedenken war ich bereit und gern bereit. e brachen aber, ebenso wie im Frühjahr, aus mir völlig unbekannten Gründen ı persönlichen Verkehr ab." (Hört! hört!) Dann weiter: „Was meine Mitbeiterschaft an der „Zukunft" betrifft, so bin ich mir bisher nicht klar, ob jre Aufforderung von persönlicher Freundschaft und Höflichkeit oder von einem daktionellen Bedürfnis diktiert war. Da Sie wochenlang nicht einmal e halbe Stunde für mich übrig hatten, um event. über Thema, Umg usw. eines von mir zu liefernden Beitrages zu sprechen, so neigte

sich meine Vermutung zu dem ersten Teil jener Alternative, und Ihre freundlichen Zeilen von gestern haben mich vollends darin bestärkt. Ich wünsche Ihnen herzlich den besten Erfolg, danke Ihnen für Ihre freundliche Aufforderung und hoffe im übrigen, daß Sie endlich einmal von meiner Freundschaft für Sie sich überzeugen mögen." (Hört! hört!)

Nun liegt die Sache so, daß schon 1891 die Apostata-Artikel Hardens erschienen, in denen in der schärfsten Weise für Bismarck Partei ergriffen wurde und in denen auch schon in der deutlichsten Form die Lust Hardens hervorgetreten war, unsre Partei anzuulken, in einer nach meiner Ansicht ganz ungehörigen Weise. Zum Beispiel befindet sich darunter der Artikel „Erfurt und Nicäa", in dem der Erfurter Parteitag mit dem Konzil zu Nicäa verglichen wurde. Diese Tatsachen mache ich Mehring an sich nicht zum Vorwurf, was ich ihm vorwerfe, ist, daß er sich heute noch aufs Lügen verlegt, und ich bitte Sie, seine Angriffe gegen mich auch danach zu bewerten. (Sehr gut!) Es handelt sich hier nicht um olle Kamellen, sondern er ist sich darin immer gleich geblieben. Und wenn die Genossin Zetkin gestern mit flammender Begeisterung sagte, die Wunderkraft des Sozialistengesetzes habe sich an Mehring bewährt, und man solle seine von diesem heiligen sozialistischen Geist durchtränkten neuen Bücher lesen, so habe ich wirklich lächeln müssen, denn meine Animosität gegen Mehring rührt weniger aus dem her, was er früher getan hat, als aus der Schrift, die er für die Sozialdemokratie geschrieben hat, und zwar deshalb, weil der Mann, der jetzt über Takt und Moral reden will, so taktlos war, einzelne Stellen aus seiner alten Schrift fast wörtlich in die neue zu übernehmen, indem er nur ein Wort änderte, zum Beispiel aus „wahr" „unwahr" machte. (Hört! hört!) Daher rührt ja der ganze neuere Haß gegen die „Zukunft", weil in einem darin veröffentlichten Artikel, den ich, wenn ich Berthold wäre, nicht verantwortlich gezeichnet hätte, der Beweis hierfür geliefert ist. Ich führe einige Stellen an. Mehring spricht von der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten.

Da heißt es in der alten Schrift:

„Positiv blieb es nach wie vor eine und dieselbe Rede, wer immer und worüber er sie hielt; in dieser tötenden Gleichförmigkeit spielt sich treffend das geistige Leben des Zukunftsstaates."

In der neuen Schrift heißt es:

„Es ist nicht wahr, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten immer nur die eine „sozialdemokratische Rede" gehalten hätten. (Hört! hört! und Bewegung.) Ohne nach den zweifelhaften Lorbeern parlamentarischer Geschwätzigkeit zu trachten, sprachen sie einfach und klar und sachlich über jede Frage, bei der sie zum Worte kamen". (Hört! hört!)

So speit sich Mehring selbst mit diesen Dingen ins Gesicht.

Ueber den Hochverratsprozeß heißt es in der alten Schrift:

„Hepner faselte wie ein dummer Junge."

In der neuen Darstellung heißt es:

„Hepner begnügte sich, mit gutem Takte durch drastischen Witz die gegen ihn gerichtete Anklage zu verspotten." (Hört! hört!)

Ueber die Verhaftung des Redakteurs Dentler heißt es in der alten Schrift:

„Wenige Wochen später wurde dieser Agitationscoup wiederholt bei ... Bestattung Dentlers, eines Strohredakteurs des Berliner Parteiorgans. ... befand sich in den letzten Stadien der Schwindsucht, als man ihn auf ... verantwortlichen Posten stellte und die Auer, Most, Rackow, welche tatsäch... die „Berliner Freie Presse" leiteten, ihr Lügen- und Verleumdungssystem ... das Konto des todkranken Mannes fortsetzten. Entweder blieb er ungeschoren mit Rücksicht auf seinen körperlichen Zustand, — und dann war dem P... und Strafgesetz die schönste Nase gedreht, oder er wurde verfolgt wegen ... Vergehen, für welche sein Name haftete, dann war ein neuer Märtyrer gesch...

Polizei und Staatsanwalt entschieden sich für den minder humanen Weg; Dentler wurde verhaftet und starb im Gefängnislazarett, noch ehe die Untersuchung gegen ihn geschlossen war. Wieder geleiteten ihn Tausende zur Gruft, aber immer glückte diese Demonstration nicht in gewünschtem Maße. Die Beteiligung der Arbeiter selber war viel geringer als in den früheren Fällen; auch in ihren Kreisen brach sich endlich eine lebhafte Entrüstung Bahn gegen die namenlose Frivolität dieses Demagogentums."

Wie heißt es nun in der späteren Schrift:

„In ähnlich feierlicher Weise (wie Heinsch) wurde am 28. April 1878 Paul Dentler bestattet, ein Redakteur der „Berliner Freien Presse", der, gleichfalls im hohen Grade schwindsüchtig, in der Untersuchungshaft gestorben war, obgleich der Gefängnisarzt seine Freilassung beantragt hatte. Ein Heer, das seine gefallenen Kämpfer so zu ehren wußte, war nicht zu foppen, wie etwa die biedere Bourgeoisie: so viel begriffen Bismarck und die mit ihm auf die Plünderung der Massen sannen." (Hört! hört!)

Man kann ihm auch aus andren Schriften ganz ähnliche Sachen nachweisen, die in der neuen Bearbeitung der Geschichte der Sozialdemokratie ganz anders dargestellt werden.

In der Schrift gegen Herrn Stöcker aus 1882 findet sich folgende Stelle:

„Der tiefe und weise Sinn unsrer Städte-Ordnung, die, wie Fürst Bismarck einmal im Reichstage sehr treffend sagte, den besseren Kommunards als unbewußtes Ideal vorschwebte, hat tausendfältige Frucht getragen und trägt sie noch heute."

In der neuen Darstellung heißt es:

„Bismarck trug dem Reichstage die verblüffende Entdeckung vor, der berechtigte Kern der Pariser Kommune sei die Sehnsucht nach der preußischen Städte-Ordnung gewesen, dieser verhunzten Parodie auf unabhängige Verwaltung der Gemeinden. (Hört! hört!) Der Bebelschen Antwort glaubte die hohe Versammlung die unbändige Heiterkeit spenden zu sollen, welche sie dem skurrilen Einfalle Bismarcks versagt hatte." (Hört! hört!)

So liegt also die Sache in Bezug auf die Erklärung, die ich damals abzugeben genötigt war.

Nun zur Resolution des Parteivorstandes. Ich habe die Zitate aus der „Zukunft" deshalb verteilen lassen, um zu zeigen, daß jemand, der dies Blatt regelmäßig liest, sich nicht ohne weiteres an der Hand des Parteivorstandsbeschlusses darüber schlüssig werden kann, ob er daran mitarbeiten darf oder nicht. Ich gestehe offen, daß ich von dem Artikel von Joest in der „Zukunft" erst durch die Diskussion in der Parteipresse erfahren habe, aber dieser Artikel ist bereits vor 10 Jahren geschrieben und er rührt nicht von Harden, sondern von einem Mitarbeiter her. An der „Zukunft" aber arbeiten Leute der verschiedensten Richtungen mit, auch auswärtige Genossen wie Ferri und Vandervelde. Ich glaube also, daß die Fassung der Worte: „gehässige oder hämische Kritik" in der Resolution des Vorstandes eine unglückliche ist. Bebel ist übrigens im Irrtum, wenn er meint, an der wissenschaftlichen Beilage zur „Vossischen Zeitung" könnten Parteigenossen mitarbeiten, denn die „Voss. Ztg." hat ja auch oft dumme und hämische Bemerkungen über die Sozialdemokratie gebracht. (Bebel: Ja, dumme!) Durch diesen Zuruf beweist Bebel, daß es eine Art von „Angriffen" giebt, über die man einfach lacht, und als in der „Zukunft" die Geschichte von dem „alten Herrn Bebel" stand, da habe auch ich darüber gelacht und gesagt: Wie kann man nur so dummes Zeug schreiben! Bisher war es nicht verboten, an der „Zukunft" mitzuarbeiten, und mein politischer Takt hat mir allerdings in meinem Fall nicht ohne weiteres gesagt, daß ich keine handelspolitischen Artikel mehr für die „Zukunft" schreiben soll; und das ist der Kern der Sache. Denn dieser ein-

zige Artikel, der nun meine Entgleisung darstellt, ist der einzige seiner Art. (Zuruf: Gerade genug!) Sonst habe ich lediglich handelspolitische Artikel geschrieben.

Viel wichtiger aber ist der zweite Teil der Resolution, denn dadurch werden die Genossen in solche erster und zweiter Klasse geteilt. Nun würde ich dagegen garnichts haben, wenn mir zum Beispiel vom Parteivorstand gesagt würde: Es wird nicht gern gesehen, wenn Genossen in dieser Stellung das und das tun. Ich hätte dann natürlich nicht einen Moment gezögert, so lange ich die Position, in der ich mich befinde, nicht ändern kann, zu sagen: „Ich bleibe ein guter Genosse, ziehe mich aber zurück.“ Aber alle Genossen, die mit mir in gleicher Lage sind, als solche hinzustellen, die keine Vertrauensstellungen bekleiden dürfen, das halte ich für eine Deklassierung dieser Genossen. Was ist denn eine Vertrauensstellung? Ich habe in der Partei bisher noch keine Vertrauensstellungen innegehabt, oder will man etwa einen Referenten ohne weiteres als einen Vertrauensmann bezeichnen? (Zuruf: Jawohl!) Nun, dann mache ich auf die Erklärung von Pfannkuch aufmerksam, daß ein großer Referentenmangel, namentlich zur Wahlzeit, besteht. Dieser Mangel wird doch noch größer, wenn einer Anzahl von Genossen das Referieren von vornherein abgeschnitten wird. Ich habe von der Partei niemals etwas gefordert, sondern lediglich aus reiner Hingabe an die Ideale, denen ich seit frühen Tagen anhänge, mich der Partei gewidmet. Nun mag man ja sagen: was ich tat, war in dem und dem Fall nicht richtig, aber ich glaube doch, daß ich kein allgemeines Verdammungsurteil verdiene. Genosse Quarck sagt, es giebt zwei Arten von Akademikern, die einen stellen sich hin und die andern werden hingestellt. Nun, dann gehöre ich zu denen, die hingestellt sind. Der Leipziger Genosse sagt, ich hätte in einer öffentlichen Versammlung über Krach und Krisis gesprochen. Ich bin dazu aufgefordert worden, und was ist denn eigentlich für ein Unterschied zwischen einer Parteiversammlung und einer öffentlichen, von Sozialdemokraten veranstalteten, in der ich in meiner Eigenschaft als Sozialdemokrat zu referieren aufgefordert werde? (Bebel: Das Referieren konnte man Ihnen nicht verbieten!) Verbieten nicht, aber glauben Sie mir, Genosse Bebel, Ihrem Rat wäre ich bei der Verehrung, die ich für Sie hege, gefolgt. Im Wahlkampf wurde ich aufgefordert, zu reden, und ich sagte mir, wenn ich ablehne, so verstoße ich gegen die Interessen der Partei. (Zustimmung.)

Nun ist gesagt, die Leute, die unter den zweiten Absatz der Resolution des Vorstandes fallen, sind eigentlich noch viel schlimmer als die, die unter den ersten Satz fallen, denn diejenigen, die für Zeitschriften schreiben, in denen die Partei gehässig oder hämisch angegriffen wird, können wir ohne weiteres ausschließen, die andren können wir nicht ausschließen, wir können ihnen aber keine Vertrauensposten übertragen, weil sie sonst früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei kommen. Geht man konsequent vor, so darf man einem Arbeiter in Staatswerkstätten oder in Werken mit ganz besonders scharfer Kontrolle nicht raten, sich zu organisieren (Lebhafter Widerspruch), denn in dem Moment, wo das herauskommt, würde er in Konflikt mit sich und der Partei resp. der Gewerkschaft geraten. (Erneuter Widerspruch.) Man warte doch ab, bis ein Konflikt entsteht! Hat man einen solchen Konflikt in meinem Artikel gesehen, so war es recht, mich dafür zur Verantwortung zu ziehen, aber ein- für allemal anzunehmen, daß die Betreffenden Konflikt zum Schaden der Partei lösen würden, das ist ein Vorwurf, der sich g alle die Genossen richtet, die sich schriftstellerisch außerhalb der Parteip betätigen. Gewiß, wir haben eine reich entwickelte Presse, aber vergessen doch eines nicht! In dieser Presse bleibt für schriftstellerische Betätigung desl nicht viel Platz, weil wir ja leider infolge unsrer Verhältnisse so und so Leute als Redakteure anstellen müssen, um für sie Posten zu schaffen. Das nicht mehr als recht und billig, aber dadurch wird die Zahl der Stellen s eingeschränkt. Wenn etwas noch im stande ist, die Furcht, sich in der sozi

demokratischen Presse zu betätigen, zu vermehren, so ist es gerade das diktatorische Verhalten Mehrings in der Presse. Wir wissen doch alle, daß, kaum nachdem der Wechsel in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" stattgefunden hatte — ich weiß nicht einmal, ob in diesem Falle Mehring daran beteiligt war — Calwer, der die wirtschaftlichen Berichte schrieb, auf Knall und Fall entlassen wurde und daß meines Wissens noch ein andrer Parteigenosse seine Mitarbeit verlor.

Das sind doch Sachen, die man auch beleuchten müßte. Wenn man verlangt, daß alle Schriftsteller sich in der Partei betätigen sollen, so sollte man doch auch dafür sorgen, daß die Verhältnisse so sind, daß sie sich nicht zu fürchten brauchen. Ich habe mich in meinem Spezialgebiet, der Handelspolitik, dem Dienste der Parteipresse niemals versagt, wenn sie an mich herangetreten ist. Ich habe in der „Leipziger Volkszeitung", aufgefordert noch durch Briefe vom Juli 1902 — der letzte ist vom 21. Juli 1902 —, zwei, drei oder vier Artikel veröffentlicht über die Bankkatastrophen und alle diese Dinge, soweit sie die Arbeiterschaft interessierten. Wenn die Arbeiterschaft ein Interesse hatte an solchen Fragen, so habe ich mich dem Verlangen, mich in den Dienst der Partei zu stellen, stets genau ebenso gefügt, wie wenn man an mich herangetreten ist, um mich zu Agitationen aufzufordern, denn ich glaubte, nicht widersprechen zu dürfen im Interesse der Partei, der ich angehöre. (Beifall.)

Darauf wird die Diskussion vertagt.

Singer teilt mit, daß die Dresdener Genossen den Parteitag für Donnerstag zu einer Dampferfahrt eingeladen haben.

Timm glaubt, daß man auf Grund der Geschäftslage dieser Einladung nicht werde folgen können. Nachdem man bis jetzt schon $1^1/_2$ Tage über die Interessen einzelner Personen gesprochen habe, könne man es nicht verantworten, wenn die rein proletarischen Interessen zu kurz kommen sollten.

Sindermann-Dresden: Das Dresdener Parteikomitee glaubte, daß es nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen nicht notwendig sein werde, so viel Worte zu machen für nichts und wieder nichts und daß eine Dampferpartie am Donnerstag weit angenehmer sein würde als solche Debatten. (Heiterkeit.)

Bebel: Diese Debatten haben allerdings einen Umfang angenommen, der nicht vorauszusehen war. Wir könnten es danach vor uns selbst und vor der Partei nicht verantworten, am Donnerstag einen ganzen Tag zu opfern. (Sehr richtig!) So sehr ich die Fürsorge der Dresdener Genossen anerkenne und nach diesen Tagen schwerer Arbeit auch einmal einen Tag der Ruhe und Erholung für wünschenswert halte, so halte ich es doch für unmöglich, diesem Wunsche zu willfahren. Möglicherweise könnten wir ja am Donnerstagnachmittag einen Ausflug in die Umgebung machen.

Singer: Auch ich hatte von Anfang an Bedenken gegen die Dampferfahrt am Donnerstag. Andrerseits haben die Dresdener Genossen die Dampferfahrt bereits fix und fertig arrangiert, und ich sagte mir, man könnte die verlorene Zeit eventuell durch eine Abendsitzung ersetzen. Vielleicht könnten wir die Dampferpartie auch am Sonntag oder Sonnabendnachmittag machen.

Peus schlägt vor, lieber heute abend auf den beabsichtigten Kommers zu verzichten und heute nachmittag länger zu tagen.

Bebel wendet sich dagegen und weist darauf hin, daß nach dem Parteitag noch eine preußische Landtagswahl-Konferenz stattfinden solle. Auf dieser müsse man sich vor allem auch über die Folgen unsrer Taktik klar werden, um vollbewußt und klar in den Kampf hineingehen zu können. Diese Konferenz würde möglicherweise nicht so rasch verlaufen wie die erste.

Auf Vorschlag Singers wird die definitive Entscheidung über diese Dispositionen verschoben.

Schluß $1^1/_4$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

$8^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Zahlreiche Begrüßungsschreiben sind eingelaufen, darunter von den versammelten Parteigenossen in Wien und vom Landesausschuß der deutschen und französischen Genossen der Schweiz.

Es ist noch nachträglich eine Mandatsprüfung vorzunehmen, worüber

Gruenwaldt-Hamburg referiert: Es hat sich nachträglich herausgestellt, daß aus Mülhausen im Elsaß zwei Mandate vorliegen. Es besteht dort ein Parteistreit, eine Anzahl Mitglieder sind ausgeschlossen worden aus dem Wahlverein. Diese Einzelmitglieder haben sich nun zusammengetan, einen Vorsitzenden und Schriftführer zu diesem Zwecke gemacht und ein Mandat für Nußbaumer ausgestellt als Vertreter „einzelner Parteigenossen und der Wähler Mülhausens". Der wirkliche Delegierte der Mülhauser Genossen ist der Genosse Emmel, der die Mandatsliste geprüft und uns auf den Fall aufmerksam gemacht hat. Die Kommission beantragt, das Mülhauser Mandat Nußbaumers für ungültig zu erklären und es abzuerkennen.

Nußbaumer-Mülhausen: So wie die Verhältnisse in Mülhausen liegen, ist mein Erscheinen hier unmöglich. Es ist für uns nicht nur nicht möglich, ein Mandat von dem organisierten Arbeiterwahlverein zu erhalten, es ist uns auch unmöglich, in Mülhausen irgendwie an die Oeffentlichkeit zu treten. Wir sind durch zu radikales Vorgehen hinausgetrieben worden. Nicht einmal bezahlte Inserate haben die Herren Diktatoren aufgenommen.

Emmel-Mülhausen: Nußbaumer hat sich freiwillig außerhalb der Organisation gestellt. Was wir gezwungen waren auszuschließen, das waren die Reste der Protestler: Dahinter stehen Bueb und Hickel. Dagegen waren Radikalmittel notwendig. Ich konnte es nicht ruhig hingehen lassen, daß diese Einzelmitglieder hier für den Parteitag ein Mandat ausstellten. (Sehr richtig!)

Der Parteitag erklärt das Mandat Nußbaumers für ungültig.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Beratung steht

die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Eingelaufen ist noch Antrag 128.

Bebel: Heute am Schlusse der Vormittags-Sitzung haben zwei Redner wieder ihrem Mißmut Ausdruck gegeben, daß der Parteitag genötigt sei, mit einer Sache, die nach ihrer Meinung eine höchst unbedeutende, die Partei kaum interessierende ist, diese seine kostbare Zeit totzuschlagen. Aehnliche Stimmen sind gestern und heute aus dem Munde einer Anzahl Redner laut geworden. Mehrfach, nicht nur einmal hat es gestern geheißen, es handle sich nur um ein elendes Literatengezänk, es sei eine Berliner Pfütze, die hier gewissermaßen aufgeditscht werden solle, es handle sich um Dinge, die die Gesamtpartei eigentlich nur wenig oder gar nichts angehen und es sei deshalb gar nicht nötig gewesen, Verhandlungen von solcher Dauer und solchem Umfange hier eintreten zu lassen. Genossen! Ich begreife Ihre Gefühle vollkommen, ich begreife, daß Sie während gewisser Momente dieser Verhandlungen ein gewisses Gefühl des Widerwillens (Sehr richtig!), zeitweise des Ekels erfaßt hat (Sehr richtig!), daß Sie sich gesagt haben: müssen wir denn in der Tat diesen bitteren Kelch über uns ergehen lassen? Nicht allein, daß unsre kostbare Zeit in Anspruch genommen wird, nein, welchen Eindruck wird das wieder nach außen machen? Nun sind wir ja leider in den letzten zehn, zwölf Jahren nur gar zu oft in die Lage gekommen, solche und ähnliche Debatten führen zu müssen, und ich fürchte leider, der Kelch wird auch in Zukunft nicht an uns vorübergehen.

Es werden noch manchmal Momente kommen, wo wir genötigt sind, vor dem ganzen Volk, vor der Oeffentlichkeit Fragen zu erörtern, von denen wir alle wünschten, sie brauchten nicht erörtert zu werden. Dies gilt nicht nur von dem Punkte, der uns jetzt beschäftigt, sondern in noch höherem Maße von der Angelegenheit, welche uns in den nächsten Tagen beschäftigen wird. (Sehr richtig!) Es ist nur ganz natürlich, daß in einer großen, ja man kann jetzt sagen, gewaltigen Partei, wie die deutsche Sozialdemokratie es ist, auch hier und da Krankheitserscheinungen auftreten, daß hier und da ein kleiner Fäulnisprozeß sich entwickelt, ein Geschwür zu Tage tritt. So wenig es der Arzt als eine angenehme Aufgabe empfindet, eine Eiterbeule zu operieren und die mephitischen Gerüche, die dieser Eiterbeule entfliehen, sich in die Nase ziehen zu lassen, wie ihn da der Ekel packt und er sich vielleicht vor einer Ohnmacht hüten muß, so kommt es auch bei uns vor, daß ähnliche Operationen zwar unangenehm empfunden werden, aber dennoch vorgenommen werden müssen. Mancher, der heute glaubt, es war doch zu viel, was wir hier gehört haben, möge es sich zum Trost gesagt sein lassen, daß wir uns von allen übrigen Parteien auch nach dieser Richtung hin außerordentlich vorteilhaft unterscheiden: wenn bei uns ein Eitergeschwür auftritt, dann operieren wir vor aller Welt; wenn wir schwarze Wäsche zu waschen haben, dann waschen wir sie vor aller Welt. (Zustimmung.) Unsre Gegner aber in allen bürgerlichen Parteien haben so viel schwarze Wäsche zu waschen und so viel Eiterbeulen am Leibe, daß sie gar nicht riskieren können, die schwarze Wäsche öffentlich zu waschen oder eine Eiterbeule offen zu operieren, sie gehen in geheime Kammern und Hinterstübchen, damit nur ja nichts in die Oeffentlichkeit dringt. (Sehr richtig!) Das ist ja gerade das Großartige in unsrer Partei, daß wir diese schwarze Wäsche vor der ganzen Welt waschen und doch keinen Schaden dadurch erleiden, sondern nach erfolgter Wäsche größer dastehen als je zuvor. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist meine Auffassung, und wenn nun gesagt wird, es sei klägliches Gezänk einiger weniger Leute, ja, Genossen, da muß ich sagen: wie kann man nur so unendlich kurzsichtig sein! Da ist es allmählich in allen Parteien Sitte geworden, zu sagen, man müsse die Volksseele beachten; viele Fehler der Parteien kämen daher, weil man die Volksseele nicht beachte. Ich sage Euch, Genossen, wir müssen hier als Vertreter der Partei die Parteiseele beachten. (Sehr wahr!) Die vorliegende Frage wird von vielen unter uns als gleichgültig und kleinlich hingestellt, aber die Parteileitung hat sich einmal nahezu zwei volle Sitzungen mit dieser Frage befassen müssen, um zu einem Urteil zu kommen und die zahlreichen Anträge, die zu diesem Punkte vorliegen, beweisen, daß man auch in der Partei die Auffassung hat, die Frage sei eine sehr wichtige. (Sehr richtig!) Der Artikel von Bernhard war nur der letzte Anlaß, der einen bereits als allgemeinen Uebelstand erkannten Zustand im Vorstand zur Erörterung brachte und endlich zu der Erkenntnis führte: jetzt ist das Maß voll, zum Ueberlaufen voll, jetzt muß eingegriffen werden. (Sehr richtig!) Es handelt sich nicht um einen einzelnen Fall, sondern um eine ganze Reihe von Fällen, um ein bereits weit eingefressenes Uebel, das mit den gewöhnlichen kleinen Mitteln nicht mehr zu beseitigen war, und es war notwendig, die oberste Instanz der Partei zur Entscheidung aufzurufen.

Das war die Auffassung, die der Parteivorstand, dessen Beratung Auer infolge seiner Krankheit nicht beiwohnen konnte, einstimmig teilte. Ob die Einstimmigkeit vorhanden gewesen wäre — das bemerke ich Bernhard und andern gegenüber —, wenn Auer dagewesen wäre, das weiß ich nicht, er hat ja seinen abweichenden Standpunkt vertreten, und er hat ein Recht dazu, da er den Beratungen nicht beiwohnen konnte. Wenn aber mit Rücksicht darauf, daß Auer verhindert war, der Beratung beizuwohnen, der Genosse Quarck meinte, man sehe an der Resolution des Vorstandes, daß die geschickte Hand von Auer gefehlt habe, so erwidere ich ihm: ich glaube, Auer hätte vielleicht — ich

weiß es nicht — auch keine geschicktere Fassung gefunden oder vielleicht eine, die nicht die Zustimmung der übrigen Kollegen gefunden hätte. Pfannkuch hat Ihnen bereits in seinem Referat gesagt: Findet Ihr eine bessere Fassung, eine Fassung, die besser als die des Vorstandes den Zweck und das Ziel erreicht, das wir, und ich glaube mit uns die ungeheure Mehrheit der Genossen, erreichen wollen, so wird es uns ganz angenehm sein; und auch ich kann Quarck erklären: Hätte er den Scharfsinn, den er in seiner Rede nach dieser Richtung entwickelt hat, in die Tat umgesetzt und eine bessere Fassung gefunden, so würde ich dieser meine Zustimmung geben und meine Kollegen im Vorstande bewegen, zu Gunsten dieser Fassung unsre eigene zurückzuziehen. Bis jetzt ist aber keine bessere gefunden, weder durch die Genossen von Berlin II in ihrem Antrag 8 noch durch den Antrag 16. Was den Antrag 8 betrifft, daß in solchem Falle in erster Linie die lokale Organisation oder die Organisation des betreffenden Wahlkreises zu entscheiden haben soll, so wird ja eine solche Prozedur durch die Resolution des Vorstandes in keiner Weise ausgeschlossen, es liegt sogar in der Natur der Sache, daß man in dem Wahlkreise, dem der Betreffende angehört, in erster Linie die Frage erörtert und Entscheidungen faßt; wenn dann die eine Partei mit dieser Entscheidung nicht einverstanden ist, so kann sie den instanzenmäßigen Weg einschlagen und sich beschweren beim Parteivorstand, bei der Kontrollkommission und in letzter Instanz beim Parteitag. Also von diesem Gesichtspunkt aus ändert es nichts an der Sache, ob Sie den Antrag 8 annehmen oder ablehnen. Da es aber überflüssig ist, etwas Selbstverständliches auszusprechen, so bitte ich Sie, um keine falschen Meinungen und Deutungen aufkommen zu lassen, den Antrag 8 abzulehnen, und ebenso bitte ich Sie, dem Antrag 16 ihre Zustimmung zu versagen. Ich gebe zu, daß die Form dieses Antrags scharf, schneidend und bündig ist, da giebt es keinen Streit und keine Meinungsverschiedenheit mehr, aber eine andre Frage ist, ob Sie mit der Annahme einer solchen Formel alle Fälle treffen, und zweitens, ob Sie durch eine scharfe, schneidende und bündige Formel nicht eine Ungerechtigkeit begehen, die Sie nicht begehen wollen. (Sehr richtig!) Ich erinnere an den Fall Calwer. Man kann ja darüber verschieden urteilen, ob es geschickt war, daß Calwer die Frage an den Parteivorstand richtete — wir haben uns auch gewundert, aber andrerseits sagten wir uns, Calwer ist ein außerordentlich gewissenhafter Mann, er will volle Klarheit und wünscht nichts weiter zu hören, als ob seine Tätigkeit unter die Resolution des Vorstandes subsummiert werden kann oder nicht.

Und wenn ein Genosse an uns eine Anfrage richtet, so ist es unsre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, zu antworten. Das haben wir getan und auf seine klare Anfrage geantwortet: Nein, darunter fällt, so weit wir bis jetzt die Blätter, für die Sie arbeiten, übersehen können, Ihre Tätigkeit nicht. Nun sagt freilich Quarck — und da haben wir schon die Differenz —: ja, gerade das sind gefährliche Blätter, worin Herr Dr. Jastrow das Zuckerwasser der Sozialreform verschänkt, und namentlich unter den Gewerkschaftlern und Gewerbegerichtsbeisitzern schon großes Unheil angerichtet hat. Ja, das wäre dann eine Spezialfrage, die erörtert werden muß. (Sehr richtig!) Damit kommen wir wieder auf ein neues Gebiet, und deshalb wäre es richtig, daß Sie nicht die Spezialfrage in die Spezialfrage einschachteln, sondern sich die Dinge noch eine Weile ansehen und wenn sie wirklich so gefährlich sind, auf dem Instanzenwege der Partei sagen: Hört mal, auch diese Dinge kann man unter eurem Beschluß verstehen! Wie steht ihr dazu?

Aber weiter! Wir haben ja gewußt, daß Bernhard — nebenbei bemerkt handelt es sich gar nicht um eine Staatsaktion gegen Bernhard, seine Artikel sind nur der äußere Anlaß für uns, vorzugehen, ein kleines Symptomchen unter den allgemeinen Symptomen — ich sage, wir wußten, daß Bernhard Redakteur an der „Morgenpost“ ist und wir fragten uns, ob wir ihm das verbieten sollten.

Ich kann Ihnen versichern: im ganzen Parteivorstand, einschließlich von Auer, besteht keine Sympathie für die „Berliner Morgenpost“. Es ist ähnlich wie die „Zukunft“ ein kapitalistisches Unternehmen, dessen Verleger, indem er in geschickter Weise die Situation ausnutzt, Kapital aus dem Leserkreise herauszupressen trachtet. Nebenbei ist die „Berliner Morgenpost“ infolge ihrer eigenartigen und geschickten Redaktion, die sie veranlaßt, alles, was an Sozialdemokratie streift, möglichst fernzuhalten und keine Stellung gegen uns zu nehmen, auf der andern Seite politisch radikal zu schreiben und in Sozialreform zu machen, soweit der Kapitalismus das verträgt, ein gewaltiges Konkurrenzorgan gegen den „Vorwärts“. (Sehr richtig!) Würde dies Blatt nicht existieren, so würde von den 200000 Abonnenten der „Berliner Morgenpost“ ein großer Teil auf den „Vorwärts“ abonnieren. (Lebhafte Zustimmung. Gerisch: 100000!) Gerisch sagt sogar: 100000. Nun könnten Sie ja von diesem Gesichtspunkt aus fragen, ob wir dulden sollten, daß ein Genosse an einem Blatte mitarbeitet, das uns infolge seiner bürgerlich-demokratischen, etwas sozialreformerischen Haltung einen solchen Leserkreis abfängt und die Arbeiter den Bestrebungen der Sozialdemokratie entfremdet. Wollen Sie von diesem Gesichtspunkt aus die Frage behandeln, so können wir uns auch darüber verständigen; aber wir sagten uns, vorläufig können wir uns nicht entschließen, soweit zu gehen, obwohl die „Morgenpost“ ein Hauptkonkurrenzblatt gegen den „Vorwärts“ ist und obwohl es diese eigenartige Redaktion besitzt, an der auch Bernhard mithilft. Wir konnten uns nicht zu der Ansicht aufschwingen, daß die Tätigkeit von Bernhard an der „Morgenpost“ gemeingefährlich ist. Es kann ja sein, daß eines Tages auch nach dieser Richtung hin die Frage auftritt, aber in diesem Augenblick ist sie meiner Meinung nach nicht zu stellen und der Parteivorstand hat einmütig ausgesprochen, daß die Stellung Bernhards bei der „Morgenpost“ uns vorläufig keine Veranlassung giebt, zu verlangen, daß er seine Tätigkeit einstellt.

Aber ganz anders, wenn es sich um ein Blatt wie die „Zukunft“ handelt, ein Blatt, das von Anfang ihres Bestehens an, so weit ich das verfolgen konnte, eine der Partei direkt feindliche Haltung eingenommen hat. Und nicht genug damit, daß die „Zukunft“ eine feindliche Haltung einnimmt — das tut mehr oder weniger die gesamte bürgerliche Presse —, die „Zukunft“ ist ein Blatt, das direkt unanständig, gemein und niederträchtig gegen die Partei war. Wir mußten uns sagen: Wenn es Genossen giebt, die es mit ihrer Ehre nicht bloß als Männer und Frauen, sondern auch speziell als Parteigenossen vereinbaren können, an einem Blatt mitzuarbeiten, das durch eine ganze Reihe von Artikeln bis in die letzten Monate des verflossenen Jahres hinein die Partei beschimpft, geschmäht und mit Füßen getreten hat, so ist das ein Zustand in der Partei, der unmöglich auch nur einen Tag länger andauern darf. (Lebhafter Beifall.) Und das ist das entscheidende in der ganzen Frage. Mehring, Bernhard, Braun und tutti quanti, all das sind nur einzelne Personen, sind Momente, sind Beweismaterial, um diesen oder jenen Beschluß des Parteitags herbeizuführen. Es muß endlich einmal reiner Tisch gemacht werden. Als einer der Aeltesten unter Ihnen erkläre ich: Ich hätte es vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten, daß es Elemente giebt, die moralisch so tief gesunken sind (Stürmischer B ifall), daß sie für ein Blatt wie die „Zukunft“ bis in die letzten Tage h ein mitarbeiteten und mit Herrn Maximilian Wittkowski-Harden noch gewisse fr ndschaftliche Beziehungen unterhalten. (Wiederholter stürmischer Beifall.) U es einmal kurz hier zu erörtern, Herr Maximilian Wittkowski-Harden ist n c ja persönlich und selbst in seinen Romanen vergleichsweise noch nicht l ge bekannt, aber den Vater von Wittkowski-Harden habe ich die Ehre gehabt, z kennen. Den Sohn kennen zu lernen, würde ich nicht für eine Ehre ans en. (Bravo!) Der alte Wittkowski, das war ein guter Demokrat, ein Vere r von Johann Jacoby, und in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts,

wo Liebknecht und ich als Abgeordnete des Norddeutschen Bundes und als Zollparlaments-Mitglieder von 1866/67 bis 1870/71 so oft in Berlin waren, haben wir, mein Freund Singer und eine Reihe andrer hochangesehener Männer wie William Spindler, Guido Weiß, Dr. Stephany, der spätere Redakteur, mit diesem ehrbaren Manne, den Vater von Harden, manchen vergnügten Abend, aber auch manche ernste Nacht zusammengesessen und bis zum hellen Morgen Probleme diskutiert. Ich erinnere mich noch heute mit Vergnügen der Unterhaltungen mit dem Vater von Witkowski-Harden.

Außer Bernhard, der übrigens nicht nur gelegentlicher, sondern ständiger Mitarbeiter der „Zukunft“ war, kommen für uns auch in Betracht Lily Braun, Göhre, Borchardt. Letzterer leistete sich in einem Artikel über Sozialdemokratie und Genossenschaft in dem Hardenschen Blatte, der nach der Erklärung des Parteivorstandes erschien, folgenden Ausspruch. Ich will vorausschicken, daß es sich nur um eine Meinungsäußerung des Vorstandes gehandelt hat und daß niemand gezwungen war, sich danach zu richten, denn wir haben nicht diese Autorität und wollen sie auch nicht haben. Wir haben unsre Meinungsäußerung nur verkündet, damit die Genossen wissen, wie wir denken. Nun, Borchardt hat sich daran nicht gekehrt, er hat ein Recht dazu. Er schreibt also:

„Gerade als warmer Anhänger der sozialdemokratischen Partei, der ich angehöre, kann ich diesen Beschluß als Ausfluß einer kleinlichen Gesinnung nur mit einem Gefühl der Beschämung lesen. Die Genossenschaften werden hier nicht nach ihrem eignen Wesen als wirtschaftliche Gebilde beurteilt, sondern die Stellungnahme der Parteigenossen soll nach der überaus kleinlichen Erwägung erfolgen, ob für Agitatoren der Partei sichere Brotstellen geschaffen werden können.“ (Hört! hört!)

Zu dieser Aeußerung wählt Borchardt die „Zukunft“ des Herrn Harden. Haben wir nicht eine große Parteipresse, wo jeder derartige Artikel aufgenommen würde, aber er würde nicht so gut bezahlt werden wie von Witkowski-Harden. (Sehr richtig! Gradnauer macht eine abwehrende Handbewegung.) Das ist meine persönliche Auffassung, Genosse Gradnauer, Sie können ja vielleicht mehr wissen, können andre Gefühle voraussetzen, aber das ist, wie gesagt, meine Auffassung, denn nur von diesem Gesichtspunkte aus ist manches zu erklären, was andernfalls weder zu erklären, noch zu entschuldigen wäre. Es handelt sich um eine ganze Reihe von Genossen, allerdings auch ausländischen; es wurden Ferri und Vandervelde genannt, die beide Artikel für die „Zukunft“ geschrieben haben sollen. Ich lese die „Zukunft“ außerordentlich selten, auch auf die Artikel gegen unsre Partei bin ich teilweise erst später aufmerksam gemacht worden. Ich vermute, daß die Genossen Ferri und Vandervelde ebenfalls keine regelmäßigen Leser der „Zukunft“ sind; darauf wird es wohl zurückzuführen sein, daß sie sich für die „Zukunft“ haben einfangen lassen. Was war denn bei der Gründung der „Zukunft“ ihr Zweck? Etwa für die Opposition, die Sozialdemokratie, die freie Meinung in Deutschland eine neue, bisher nicht vorhandene Tribüne zu schaffen? Nein, die Gründung war nichts als eine Spekulation auf das ganz gemeine Sensationsbedürfnis gewisser Leserkreise. Er wollte Geld aus dem Unternehmen schlagen, und da ist er unleugbar ein geschickter Mann, der die Mache aus dem ff versteht, obgleich ich allerdings sagen muß, daß ich kaum etwas Oberflächlicheres gegen unsre Partei gelesen habe als die Hardenschen Artikel. Harden hat sich vor der Gründung der „Zukunft“ an Krethi und Plethi gewandt — ich will damit nicht beleidigen, denn ich bin selbst darunter —, an alle Welt, von der „Kreuz-Zeitung“ bis zum „Vorwärts“, und sie aufgefordert, der „Zukunft“ Mitarbeiterdienste zu leisten. Und begreiflicherweise, wenn man dem Publikum sagen kann: „Ich, Maximilian Witkowski-Harden, Rattenfänger von Hameln, habe sie alle eingefangen, da marschieren sie hinter mir aus allen Parteien, der große Schwanz der Mitarbeiter; (Heiterkeit und

stürmischer Beifall) da giebt es natürlich einen großen Teil von Leuten, die wöchentlich 50 Pf. für solche Broschüre opfern können und die nun die „Zukunft“ mit Behagen lesen. Dazu kam, daß Harden mit der feinen Nase, die ihn als Journalisten unzweifelhaft auszeichnet, sich sagte, daß an dem alten Berserker, der damals den Abschiedsbrief bekam, ja Hunderttausende zu verdienen seien. Wenn er den noch einfinge, dann mußte er ein gemachter Mann sein! So kam zu den verschiedenen Sozialdemokraten auch Bismarck als Mitarbeiter hinzu. (Sehr gut!) Und wenn er nicht gestorben wäre, dann schriebe er noch heute dafür, — oder diktierte seine Artikel und ließe sie Maximilian Wittkowski-Harden als ausgezeichnetes Sprechrohr schreiben. So kam die „Zukunft“ zu stande und, Genossen, es gehört in der Tat ein sehr großer Mangel an Taktgefühl dazu, auch an parteigenössischem Gefühl (Sehr richtig!), wenn sich ein Genosse von diesem Harden, dessen Vergangenheit der gewisser Damen gleicht (Zuruf: Oho!) — Wer sagt Oho? — einfangen läßt, um hinter diesem Rattenfänger von Hameln in dem großen Schwanz seiner Mitarbeiter herzutrollen! Harden verschickte 1892 u. a. an Engels, Liebknecht und mich ein Zirkular, in dem er uns aufforderte, für sein Blatt zu schreiben. Ich war damals mit Harden und der „Zukunft“ noch so gut wie gar nicht bekannt; den Namen Harden hatte ich nur in Zeitungen gelesen. Ich schwieg, Liebknecht ebenfalls, Engels, der von England aus die Dinge ja nicht beurteilen konnte, schrieb einen höflichen Brief und erklärte als höflicher Mann, er bedauere, daß er dem Wunsche nicht entsprechen könne. Darauf machte bei irgend einer Gelegenheit Harden in der „Zukunft“ die Bemerkung: Ja, der alte Engels, der Generalissimus der Partei, der hatte die Höflichkeit zu antworten; Bebel und Liebknecht hielten es nicht für der Mühe wert, auf eine höfliche Anfrage zu antworten. Mittlerweile aber hatte ich auch andres gelesen, nämlich zwei Artikel, die im Jahre 1893 in der „Zukunft“ erschienen waren, der eine überschrieben: „Das Sechseläuten“, der andere: „Die roten Primadonnen“. Nun sagte ich mir: „Na, das ist doch eine Unverfrorenheit und Unverschämtheit sondergleichen von diesem Harden, jetzt noch zu sagen: Ihr seid aber unhöfliche Leute! Ich setze mich also hin und schreibe ihm ungefähr: „Was bilden Sie sich denn ein? Sie beschimpfen die Partei in zwei Artikeln, die von Ihnen geschrieben sind, und muten mir dann zu, daß ich für ein solches Blatt schreiben soll? Ja, der Teufel! Wie können Sie mich so elend niedrig einschätzen. (Sehr gut!) Für Ihr Blatt existiere ich nicht. Darauf antwortete er: er begreife gar nicht meinen Zorn und meine Entrüstung, er habe geglaubt, mir einen Gefallen zu erweisen (Große Heiterkeit), indem er mich zur Mitarbeit aufforderte. Er habe mir dadurch eine Tribüne zur Verfügung gestellt, von der aus ich meine Lehre hätte propagieren dürfen. Ich habe ihn dann zum zweitenmal gründlich heimgeschickt; damit waren unsre Beziehungen zu Ende. Aber vielleicht begreifen Sie nun, warum in der „Zukunft“ von Zeit zu Zeit die Hiebe auf mich niederfallen (Sehr richtig!), denn diese Sorte von Menschen ist auf einer Seite feig und auf der andern rachsüchtig. (Sehr richtig!) So bekomme ich also bei jeder Gelegenheit meine Hiebe weg. Ich habe sie ruhig eingesteckt, wie ich das immer getan habe, nicht bloß dem Maximilian Wittkowski-Harden gegenüber, sondern auch allen andern gegnerischen Blättern gegenüber. Und was hat man mir nicht in der letzten Zeit wieder alles eingebrockt und aufgebrummt (Sehr richtig! und Heiterkeit), wie hat man von dem senilen Bebel gesprochen, von dem alten Kerl, der unfähig ist, n[illegible] einen gescheidten Gedanken zu fassen (Heiterkeit), der in der Partei zum Kindergespött geworden ist. (Große Heiterkeit.) Das habe ich mit Lachen aufgenommen. (Sehr gut!) Ich will Ihnen ein Familiengeheimnis verraten: Es kommt häufig vor, daß ich solche Artikel zugeschickt bekomme und daß ich sie d[illegible]n morgens, wenn ich mit meiner Frau beim Kaffee sitze, lese. Ich sage d[illegible]n wohl: Ach, Julie, da ist wieder ein wütender Schimpfartikel; großartig,

das macht mir wirklich Spaß! Meine Frau wird dann neugierig — wir Männer sind ja auch neugierig — sie will den Artikel lesen und ärgert sich dann. (Stürmische Heiterkeit.) Dann sage ich ihr: „Sei doch keine Törin! Ich amüsiere mich darüber“, mir macht das einen Hauptspaß, dann weiß ich allemal, daß ich Recht habe. (Lebhafter Beifall.) Wenn ich aber Lob bekomme, dann kraue ich mir hinterm Kopf und frage mich: bist Du auf dem richtigen Wege? (Sehr richtig.) Das ist meine Auffassung. Es wird nächster Tage ein Antrag von mir kommen; ich will nämlich, daß der „Vorwärts“ uns alle diese schönen Preßerzeugnisse künftig serviert. (Heiterkeit.) Nun, das Sechseläuten ist in Zürich ein Volksfest, oder besser ein Maskenzug, der im April von den Zünften veranstaltet wird. Harden, der in seinem Leben gar manche Wandlungen auch in seiner Stellung gemacht hat, woraus ich ihm keinen Vorwurf mache, war einst Schauspieler (Adolf Hoffmann: Ist er noch!) in Zürich und hat da das Fest des Sechseläuten — kennen gelernt. In dem erwähnten Artikel vergleicht er den internationalen Arbeiterkongreß mit diesem Maskenzug. Das soll die Ueberschrift bedeuten. Was die Ueberschrift die „sozialistischen Primadonnen“ bedeuten soll, will ich Ihnen später sagen. Vorher einige Worte zur Affäre Mehring, die gestern Braun in so höchst merkwürdiger Weise zur Erörterung gebracht hat. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß ich hier derjenige bin, der Mehring am längsten kennt und ich glaube auch, daß ich ihn am gründlichsten kennen gelernt habe. Ich machte seine Bekanntschaft in jener Periode Ende der 60er Jahre, wo ich in der Gesellschaft von Guido Weiß, Stephany, Wittkowski usw. auch mit Mehring zusammen kam. Er war damals ein junger Mann anfangs der zwanziger Jahre, der wohl eben die Universität verlassen hatte und sich der journalistischen Laufbahn widmete. Er war damals Demokrat, Mitarbeiter der von Weiß, Jakoby, William Spindler usw. gegründeten demokratischen „Zukunft“. Diese Leute standen uns sehr nahe, wie denn überhaupt damals andre Parteiverhältnisse waren, als heute. Wir kamen häufig zusammen, haben uns über alles Mögliche unterhalten und jeder gab sich, wie er war. Ich glaube bestimmt sagen zu können, daß die späteren Charakteristiken, die Mehring in seiner Schrift gegen die Sozialdemokratie von einer Anzahl Genossen gegeben hat, ganz wesentlich auf die Informationen zurückzuführen sind, die er damals durch den persönlichen Verkehr mit uns bekam. Nach einiger Zeit war Mehring für mich verschwunden, ich hatte keine Ahnung, wo er war; so viel ich weiß, war er eine zeitlang Berichterstatter in einem parlamentarischen Bureau. Ich selbst hatte ja anfangs der 70er Jahre meine Festungs- und darnach eine längere Gefängnisstrafe zu verbüßen und kam erst im Frühjahr 1875 wieder in die Freiheit. In der ersten Zeit mußte ich mich natürlich meinen geschäftlichen Beziehungen widmen, es war mittlerweile die schwere Krise hereingebrochen und ich kann sagen, ich stand vor dem geschäftlichen Untergang. Um die Partei konnte ich mich nicht viel kümmern, die Verhandlungen, die damals mit Mehring wegen Uebernahme der Redaktion der „Neuen Welt“ geführt wurden, kenne ich nur vom Hörensagen; ich weiß nur, daß sie sich zerschlugen und daß dabei die Honorarfrage eine Rolle spielte. Weiter weiß ich nichts. Dann kam das Jahr 1878. Auf einmal erschien da eine Broschüre von Mehring, in der er in der allerheftigsten und kaum für möglich gehaltenen Weise die Partei im allgemeinen und unsre Personen im speziellen angriff. Ich sagte mir: Da stehst du in der Tat vor einem psychologischen Rätsel, und ich habe bis zu dieser Stunde bei Mehring psychologische Rätsel gefunden. Ich sagte mir: So hat Mehring nie gestanden bei seinen eminenten unleugbaren Fähigkeiten, daß er aus rein materiellen Gründen den Gesinnungswechsel vorgenommen hätte. Das ist nicht möglich, da sind psychologische Momente im Spiel, die in seinem Wesen liegen. In den schwersten Stunden der Partei war der Angriff Mehrings das bitterste und fürchterlichste, was uns passieren konnte (Sehr richtig!), einmal wegen der außerordentlich

gewandten Form, die dem Genossen Mehring zu Gebote steht, — er ist in dieser Richtung einer der glänzendsten, wenn nicht der glänzendste Schriftsteller Deutschlands bis zu dieser Stunde, — dann aber auch und hauptsächlich deshalb, weil jeder, der die Broschüre las, sich sagen mußte, potztausend, da spricht einer, der die Verhältnisse und Personen genau kennt, und wenn das Bild ja auch sehr verzerrt war, so enthält es auch manches Wahre. Mehring hatte vor 1876 für die Partei die Broschüre: „Herr v. Treitschke, der Sozialistentöter" geschrieben, eine glänzende Broschüre, die ich ihnen heute noch als historisches Aktenstück empfehle, indessen hatte er nie weitere Beziehungen zur Partei gehabt. Organisiert war er nie gewesen. Er stand der Partei nahe und hat unendlich mehr Verständnis für sie gehabt, als irgend ein andrer bürgerlicher Schriftsteller; das gab seinen Erzeugnissen gegen uns besonderen Wert. Der Rede von Hasenclever entsinne ich mich nicht mehr, aber das sage ich Ihnen: Ein bis zwei Jahre später würde seine Rede anders gelautet haben. Das Sozialistengesetz kam mit all seinen furchtbaren Wirkungen, die Schläge fielen hageldicht, alles wurde zertrümmert, eine Großstadt nach der andern mit ihrem umliegenden Gebiet wurde unter Belagerungszustand erklärt, hunderte und wieder hunderte von Genossen wurden brotlos, den Führern, allen mit wenigen Ausnahmen, wurde die Existenz zerstört, wir wurden wie räudige Hunde aus der Heimat hinausgetrieben. Auch heute noch, nachdem alle diese Verfolgungen vorüber sind, ohne daß sie mir geschadet haben, wenn da meine Gedanken auf den kleinen Belagerungszustand zurückkommen und ich mir vergegenwärtige, wie wir aufs Polizeibureau kommandiert, dort wie Verbrecher unters Metermaß gestellt und abgemessen wurden, wie wir photographiert wurden und unser Signalement aufgenommen wurde und wie es dann hieß, binnen drei Tagen macht ihr, daß ihr zum Tempel hinauskommt, das vergesse ich in meinem Leben nicht. Und wenn ich es je erleben sollte, daß der Tag käme, daß ich denen, die dann noch leben, sagen könnte: Jetzt will ich euch einmal zeigen, was ihr damals getan — ich täts! (Stürmischer Beifall und langanhaltendes Händeklatschen.)

Nun, die Presse war unterdrückt, alle Versuche, in Deutschland Blätter zu gründen, die ja nur vollständig farblos sein konnten, scheiterten. Alles wurde unterdrückt und zerschmettert, keine Organisation, fast kein Geld, zahllose Existenzen auf dem Pflaster, darunter unsre besten Leute. Ich gehörte ja nicht dazu, denn ich hatte für mein Geschäft damals einen Associé. Da kamen die Wahlen von 1881. Keine Presse, keine Organisation. In den meisten Wahlkreisen bestand kaum die Möglichkeit, Flugblätter zu verteilen, ja in sehr vielen Kreisen nicht einmal die Möglichkeit, Stimmzettel zu verteilen, aber trotz alledem — und das ist das Großartigste von allem, was je die Sozialdemokratie geleistet hat, da sind selbst die drei Millionen Stimmen der letzten Wahl nichts dagegen — trotzdem 312000 Stimmen und neun Mandate! Der 26. Oktober 1881 war der Tag der Zerschmetterung des Sozialistengesetzes. Wenn das Sozialistengesetz auch noch neun Jahre danach gelebt hat, das war der Tag, wo sich sein Schicksal entschied. Das Gesetz war vernichtet, mitten in seinem scheinbaren Siegeslauf zerbrochen, alle Gewalt gegen uns war überflüssig und unnütz gewesen; sie hatte nichts geholfen. Die Sozialdemokratie lebte und siegte! So war damals die Situation und diesem Eindruck konnten sich auch die Gegner nicht verschließen. Die sagten sich schon damals: Ja, mit der Bande werden wir nicht fertig. (Heiterkeit.) Die nächste Wirkung war die, daß die Zügel etwas gelockert wurden. Auch im Reichstag selbst wurden Stimmen laut, daß das Gesetz anders angewandt werden müsse. Der Reichstag mußte sich zu Interpretationen entschließen, die die Handhabung des Gesetzes abschwächten. Es war in der Folgezeit möglich, hier und da farblose Parteiblätter zu gründen, aber sie durften keinen selbständigen Gedanken aussprechen, der auch nur entfernt an den Sozialismus erinnerte, sonst wurden sie verboten. In diesen Jahren 1881, 1882 erschienen in der national-

liberalen „Weserzeitung“ Berliner Korrespondenzen, in denen mit merkwürdiger Sachkunde über die Partei gesprochen wurde, und in denen sie gegen die größten Mißbräuche der Polizei in Schutz genommen wurde. Als wir das lasen, waren wir sehr erstaunt. Die Artikel erregten großes Aufsehen und wurden bald in der ganzen Parteipresse abgedruckt. Wir fragten uns natürlich: Wer ist denn der Schriftsteller, der diese Korrespondenzen schreibt? Und da kam es heraus, daß es derselbe Franz Mehring sei, der vor zwei, drei Jahren diese schauderhafte Broschüre gegen uns veröffentlicht hatte. Da stand ich wieder vor einem psychologischen Rätsel. Wir sagten uns, den Wandel können wir uns ja gefallen lassen. Es scheint, daß Mehring bereut. Er empfindet, daß er gegen uns zu weit gegangen ist, und hat das Bedürfnis, soweit wie möglich uns Verfolgte jetzt zu unterstützen. Das nahmen wir selbstverständlich an. 1883/84 kam Mehring als Mitarbeiter an die Berliner „Volks-Zeitung“ und in dieser schrieb er noch mehr zu unsern Gunsten. Natürlich war es für uns sehr wertvoll, daß das in einem Blatte geschah, das wie die „Volks-Zeitung“ in der bürgerlichen Presse einen großen Einfluß hatte. So ging das die ganzen nächsten Jahre hindurch. Persönliche Beziehungen zu Mehring hatte damals niemand von uns. Dann kam im Jahre 1887 der St. Gallener Kongreß, von dem sie gestern gehört haben. Die Darstellung, die Braun gestern von den Vorgängen in St. Gallen gegeben hat, ist ja wohl richtig. Erstaunt war ich aber über die Behauptung Brauns, er habe damals Mehring noch nicht persönlich gekannt. Wenn das nicht eine Vergeßlichkeit der allergröbsten Art sein sollte, dann ist es die vollkommenste Unwahrheit. (Braun ruft: Ich habe die Wahrheit gesagt!) Warten Sie ab! (Braun: Da bin ich neugierig!) Die Wette ging auf ein Souper, ein Abendessen. Der Preis und das Menu wurde nicht ausgemacht. Um die Neugier Vollmars zu befriedigen (Heiterkeit): ich weiß auch heute noch nicht, was es gekostet hat. Es war ein gutes Souper, aber etwas außerordentliches, eine Schlemmerei war es nicht. Ich kannte Braun damals schon einige Jahre. Wir waren öfter zusammengekommen und in ziemlich lebhaften persönlichen, meinetwegen freundschaftlichen Beziehungen, er war auch Genosse, gar kein Zweifel. Kurz vor diesem berühmten oder berüchtigten Souper, je nach dem Standpunkt, den man einnimmt, kam Braun in den Reichstag und ließ mich rufen. Ich bemerke vorweg, daß mir der Vorgang noch im Gedächtnis ist, als wäre er gestern passiert, und zwar aus dem Grunde, weil ich damals naturgemäß sehr oft gefragt wurde, wie kamt ihr denn eigentlich mit Mehring zusammen, und weil der Vorgang ja auch an sich bei mir sehr lebhafte Gefühle erwecken mußte. Den Mann, den ich erst so kennen gelernt hatte, der dann zehn Jahre später die Partei wütend angegriffen hatte, der dann wieder sich wandelte, sollte ich nun wiedersehen: das war selbstverständlich für mich keine gleichgültige Sache. Gestern nach der Sitzung hat Braun Gelegenheit genommen, nochmals mit mir über die Sache zu sprechen. Er sagte, meine Behauptung, daß er den von ihm verlesenen Mehringschen Artikel bereits früher gekannt habe, sei unrichtig. Nun ob Braun der Wortlaut bekannt war oder ob er ihn vergessen hatte, weiß ich nicht, ist auch gleichgültig. Entscheidend ist, daß Braun zu mir kam, um mich zu bestimmen, Mehring am Souper teilnehmen zu lassen. Und da sagte er: Ich weiß, was Mehring an uns verbrochen, was er geschrieben und wie schwer er uns geschädigt hat. Er hat uns beschimpft, aber, Sie wissen ja, daß der Mann, seitdem anders geworden ist, was er alles getan hat, seinen Fehler gut zu machen, und ich meine, Sie sollten ihm verzeihen! Mehring würde sich sehr freuen, wenn er mit Ihnen zusammen kommen und eine Aussprache stattfinden könnte. (Heinrich Braun: Ist das Ihr ganzer Beweis?) Ich sage das im Gegensatz zu Ihnen, Sie kannten Mehring bereits damals. (Heinrich Braun: Ich kannte ihn nicht!) Sie kannten ihn persönlich. Das lag in Ihren Worten, in der Art Ihrer Ausführungen. Ich ging zu Mehring und fragte ihn: Sie wann

kennen Sie Braun? Ach, sagte er, seit 1887, ich glaube schon seit 1886, er war bei mir eine Anzahl von Malen (Hört! hört!), er war in meiner Familie, er war bei mir zu Gaste. (Hört! hört! Heinrich Braun ruft: Das war später!) Nein, damals, 1887, und Ihre Worte haben in mir bis heute den Eindruck aufrecht erhalten, Sie haben Mehring damals persönlich gekannt und alles gewußt, was er getan hat. Von Heinrich Braun zu glauben, daß er das nicht gewußt hätte, wäre eine Beleidigung an der Intelligenz und dem Wissensdrang von Braun. (Sehr gut!) Braun hat neben andren Eigenschaften auch die eines Hans Dampf in allen Gassen (Heiterkeit und Zustimmung), er kümmert sich, wie man zu sagen pflegt, um alle Hühner und Gänse und selbst um deren ungelegte Eier (Große Heiterkeit). Braun war 1878, wie er sagt, Parteigenosse, er war damals Student der Nationalökonomie. Die Mehring-Artikel und das Mehring-Buch gingen durch die ganze deutsche Presse, in der ganzen Partei entstand ein Schrei der Entrüstung, und davon hat nur Heinrich Braun, der intelligente, eifrige Heinrich Braun (Sehr gut!), der eigentlich alles wußte, der sich noch später um so vieles kümmerte, was ihn eigentlich gar nichts anging, nichts gewußt? (Sehr gut!) Nein, Heinrich Braun, Sie haben es gewußt, Sie kannten Mehrings Artikel, Sie kannten seine Broschüre. Sie wußten ganz genau, was der Mann getan hatte, und es spricht zu Ihren Gunsten — das rechne ich Ihnen hoch an — daß Sie ihn trotzdem zu uns gebracht haben. Wie konnten Sie sich auch unterstehen, Mehring zum Souper einzuladen, ohne daß Sie sich vergewissert hatten, daß er dazu bereit war! (Sehr gut!) Wie konnten Sie da kommen und mir diese Frage stellen? Das beschwöre ich, was ich hier gesagt habe. Ich überlasse Ihnen und den Genossen draußen das Urteil über Heinrich Braun und mich. (Braun: Doch erst, nachdem ich gesprochen habe!) So waren also die Dinge gegangen. Da kamen wir in einem Restaurant Unter den Linden zu dem berühmten Souper zusammen und da wurde der persönliche Verkehr zwischen Mehring und mir hergestellt und später auch mit Liebknecht. Und nicht allein, daß Heinrich Braun es war, der uns damals zusammenführte, nicht etwa als dummer und unwissender Mann, der die Tragweite seiner Handlungen nicht gekannt hätte, sondern als ein einsichtiger Genosse. Es war eine gute Tat. Derselbe Heinrich Braun hat dann an Kautsky geschrieben und ihn aufgefordert, Mehring zu ersuchen, für die „Neue Zeit" zu arbeiten! (Hört! Hört!) Kautsky saß damals fern von Berlin. Er hatte in der Hauptsache nur in Erinnerung, was Mehring 1878 bis 1880 gegen die Partei geschrieben hatte, und er antwortete seinem Freunde Braun: Ich schreibe nicht an Mehring. Das fällt mir nicht ein. Das ist mir bedenklich. Da war es wieder Braun, der dem Kautsky sagte: dann schreibe Du an Bebel und frage da an. Ich antwortete Kautsky das, was ich Ihnen eben mitgeteilt habe. Ich schrieb ihm: Nachdem Mehring sich in dieser Weise zu Gunsten der Partei seit sechs Jahren bekehrt hat, nachdem er, wie ich mich überzeugt habe, selbst bereut, was er einmal gegen uns getan hat, da huldige auch Du dem schönen Grundsatz der Bibel: Ueber einen Sünder, der Buße tut, ist mehr Freude als über 99 Gerechte. (Sehr wahr!) Du kannst, schrieb ich ihm, Mehrings Artikel wohl aufnehmen, denn an der nötigen Intelligenz, der Fähigkeit und dem richtigen Standpunkt wird er es nicht fehlen lassen. So ist denn Mehring, wenn ich nicht irre, vom Februar 1888 ab Mitarbeiter der „Neuen Zeit". Nachher kam dann die Aussöhnung Mehrings mit Liebknecht zu stande. Sie haben sich später allerdings wieder gezankt. (Heiterkeit.) Wer schuld war, weiß ich nicht. Mag sein, das psychologische Moment in Mehrings Charakter, das ja leider noch in der neuesten Zeit zum Ausdruck gekommen ist. Ich wünschte, er hätte in seinen Artikeln das Persönliche unterdrücken können. Aber seine Leidenschaft hat ihm wieder den schlimmsten Streich gespielt. (Sehr richtig!) Es hat für Mehring niemals einen schlimmeren Feind gegeben, als Mehring selbst. (Lebhafte Zustimmung.) Stets hat er sich von seiner Leidenschaft

hinreißen lassen, und denen, mit denen er vorher in dickster Freundschaft lebte, die Freundschaft gekündigt. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes machte ich Dietz den Vorschlag, eine Parteigeschichte zu schreiben. Ich setzte ihm meinen Plan auseinander. Ich wollte mit der Bewegung der vierziger Jahre, dem Bund der Gerechten, dem Weitlingschen Kommunismus &c. anfangen. Genau wie Mehring es später machte. Es war gerade, als hätten wir uns verabredet. Aber wer die Verhältnisse kannte, der mußte von diesen Bewegungen ausgehen. Dietz sagte: Ganz famos, ganz mit einverstanden, ich helfe, was ich kann, um Dir Materialien zu verschaffen. Also ich raffte zusammen, was nur an Literatur zugänglich war und machte mich an die Arbeit. Nun nahm aber meine Tätigkeit als Reichstags-Abgeordneter sechs Monate und mehr im Jahre in Anspruch, ich war Parteikassierer, hatte wöchentlich mehrere Vorstandssitzungen, ich war Agitator der Partei, Sie können sich also denken, welche Zeit mir da für wissenschaftliche Arbeiten blieb. Ich ochste was ich konnte, excerpierte, häufte Manuskripte auf Manuskripte, aber nach zwei Jahren mußte ich Dietz mehr als einmal klagen: Ich bringe die Geschichte nicht zu Ende, mir fehlt die Zeit oder aber ich müßte mich drei Jahre von allem zurückziehen. Ich war, offen gestanden, in Verzweiflung. Da kommt eines Tages Mehring: Er hatte ebenfalls Dietz die Proposition gemacht, eine Geschichte der Partei zu schreiben, Dietz hatte ihm gesagt, daß ich bereits daran arbeite, daß ich aber auch schon wiederholt darüber geklagt hätte, daß ich nicht vorwärts komme, sondern die Arbeit so oft unterbrechen müßte. Ja, sage ich, das ist wahr. Nun, meinte Mehring, wie wäre es denn? Würden Sie sich damit einverstanden erklären, daß ich die Arbeit mache? Ach, antwortete ich, mit Vergnügen; wenn Sie das tun, wird die Arbeit fertig, ich bekomme sie nie fertig. Ich packte also meinen ganzen Kram von Manuskripten ein, sie liegen heute noch in demselben Paket bei meinen Akten und Mehring begann die Arbeit. Er hat sie fertig gestellt; eine großartige Arbeit, die aber an zwei schweren Mängeln leidet. Einmal konnte es Mehring ebenso wenig, wie in der „Lessing-Legende", unterlassen, seiner persönlichen Feindschaft gegen bestimmte Personen in einer Weise Ausdruck zu geben, die mich aufrichtig schmerzte. (Zustimmung.) Ich erinnere an das, was er in seiner Parteigeschichte über Leopold Sonnemann sagte. (Zuruf.) Ja lieber Quarck, ich weiß ja, wie Sie dazu stehen, (**Quarck**: ich habe nichts gesagt), na, ich weiß, wenn man an Sonnemann tippt, dann zuckt Quarck. (Große Heiterkeit.) In ähnlicher Weise wurde der Redakteur Stephany behandelt. Mehring hat sich selbst geschadet, daß er solche persönlichen Dinge hineinbrachte. (Sehr richtig!) Zweitens hat Mehring nach meiner Auffassung auch Schweitzer durchaus falsch beurteilt. Indes das ist Auffassungssache, Mehring ist noch heute der Meinung, er habe recht und ich unrecht, und ich habe mich ja auch schon zu einer Erklärung dagegen veranlaßt gesehen. Ich werde **keine** Parteigeschichte schreiben, wohl aber ein Buch über meine Erinnerungen; ich habe dieses Jahr damit angefangen. Das ist eine der Arbeiten, die ich in Küßnacht vorhabe, wo ich nicht schlafe. (Heiterkeit!) Also ich habe angefangen; ich weiß nicht, wann das Kapitel kommt, aber es kommt. So lange halte ich noch aus. (Lebhafter Beifall.) Ans Sterben denke ich nicht (Erneuter lebhafter Beifall), und faul werde ich auch nicht. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Ich hoffe, meinen verehrten Freunden und Feinden, wenn es notwendig ist, noch manche böse Stunde zu bereiten. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Also ich sage: Mehrings Urteil über Schweitzer ist falsch, aber es handelt sich um eine wissenschaftliche Ueberzeugung von Mehring, und als ich in der vorigen Woche bei Dietz war, legte dieser mir die ersten Bände der neuen Auflage der „Geschichte des Sozialismus" vor und sagte: Du wirst Deine helle Freude daran haben; abgesehen von dem Urteil über Schweitzer ist alles, was Du und andre mit Recht an der ersten Auflage getadelt haben, ausgemerzt, und das wird auch mit der „Lessing-Legende" passieren. Ich

sagte: Bravo! Das ist vorzüglich, dann wird die „Geschichte“ ein großartiges Werk. Auch unter Mehrings Artikeln in der „Neuen Zeit“, die natürlich nicht alle von gleicher Qualität sein können, sind viele wahre Perlen der deutschen Journalistik (Sehr richtig!), neben andren, von denen ich mir sage, wenn sie nicht geschrieben wären, wäre es auch kein Fehler. Dann kommt die Herausgabe des Nachlasses von Marx, ein großartiges Werk. (Lebhafte Zustimmung.) Da ist alles vermieden, was an den andern Werken zu tadeln ist (Sehr richtig!), das ist eine hochwissenschaftliche Arbeit, und wenn Braun, Edmund Fischer, Bernhard usw. längst vergessen sein werden, dann werden die Werke eines Mehring in der deutschen Literatur noch als eine große Tat angesehen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist meine ehrliche, aufrichtige Ueberzeugung, die ich vor aller Welt vertrete. Mehring ist auch Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung“, die eine Menge brillanter Artikel enthält, von denen ich nur das eine bedaure, daß sie in der „Leipziger Volkszeitung“ stehen und nicht im „Vorwärts“ (Sehr wahr!), das soll kein Vorwurf gegen die Redaktion des „Vorwärts“ sein, denn ich will auch erklären, daß mit Ausnahme eines gewissen Teils, über den wir uns später unterhalten werden, ich mit der Redaktion des „Vorwärts“ sehr zufrieden bin, und namentlich den politischen Teil meist für ausgezeichnet halte. (Zustimmung.) Nun kommt heute Bernhard mit dem Brief an Harden aus dem Jahre 1891/1892. Daß Mehring mit Harden zu dieser Zeit freundschaftlich verkehrte und auf seine Freundschaft rechnete, nehme ich ihm nicht übel; ob schon damals die „Zukunft“ erschien, weiß ich nicht, (Zuruf: Nein!), jedenfalls hatte sie noch nichts gegen uns geschrieben. Nun ist der Brief, den Bernhard heute hier zu großer und unangenehmer Ueberraschung des Parteitages verlesen hat, von Harden selbst bereits veröffentlicht worden (Zuruf: Nur angedeutet.) Er soll, wie mir gesagt ist, bereits vor 6 Jahren in der „Zukunft“ erschienen sein; selbst gelesen habe ich ihn nicht. Als heute der Brief verlesen war, habe ich mir gesagt: das ist doch eine fatale und höchst unangenehme Geschichte. (Sehr richtig!) Ich weiß ja, Schoenlank und Mehring waren erst die intimsten Freunde der Welt, untrennbar wie die siamesischen Zwillinge, dann auf einmal ein jäher Riß und schließlich dieser furchtbare Angriff auf Schoenlank. Das ist auch wieder das psychologische Moment (Heiterkeit), von dem ich gesprochen habe. Man mißverstehe mich nicht: Ein sehr, sehr unangenehmes psychologisches Moment, eine Tat, die ich Mehring, wenn er nicht im Laufe der Verhandlungen in der Lage ist, genügende Aufklärung zu geben, nicht verzeihe (Lebhafte Zustimmung), das sage ich rund heraus. Ich verteidige Mehring, wo ich glaube, ihn mit gutem Gewissen verteidigen zu können, der Brief über Schoenlank aber ist etwas, das meinem innersten Gefühl aufs stärkste widerspricht und mich aufs tiefste verletzt und wofür das psychologische Moment vielleicht eine Erklärung, aber keine Entschuldigung ist. (Zustimmung.)

Ich glaube mich nun über die Frage Mehring ausgesprochen zu haben. Ich bedauere, Ihre Geduld noch eine Weile in Anspruch nehmen zu müssen, aber ich fühle mich in diesem Augenblick, ich will nicht sagen, in der Rolle des Staatsanwalts, wohl aber in der Rolle dessen, der dem Parteitage die noch fehlenden Lücken des Beweises dafür schuldig ist, weshalb diese Fragen uns hier so beschäftigen. Ich muß auf einige Artikel der „Zukunft“ eingehen. Zunächst handelt es sich um den Artikel: „Die roten Primadonnen“ in der Nummer vom 2[illegible]. November 1892, da werden die Führer der Partei, wie schon aus dem Titel hervorgeht, in der schauderhaftesten Weise verhöhnt, in erster Linie Liebknecht, Singer, Auer, ich und Vollmar — Vollmar damals auch noch — (Heiterkeit). Es heißt da: „Auch die roten Primadonnen haben ihre Claque, auch ihnen lügen, so oft sie die Bretter verlassen, eifrig klatschende Hände Erfolge vor“. Dann wird der Gedanke weiter gesponnen, daß der Antisemitismus in der Partei mehr und mehr Platz greife; offiziell natürlich nicht, aber im Privat-

gespräch. Da taucht bereits auf, in welcher Art Maximilian Wittkowski-Harden Privatgespräche von Genossen zu hören Gelegenheit hatte. Es ist eine der traurigsten Erscheinungen in der Partei, daß in jener Zeit an gewissen Abenden in der Woche, in der Regel Sonnabends, eine Anzahl hervorragender Genossen, auch ich war zeitweilig darunter, zusammenkamen am Biertisch und daß sich da eine Masse bürgerlicher Schriftsteller der verschiedensten Blätter allmählich einfanden und daß da mit einer Rücksichtslosigkeit, die mich angeekelt und veranlaßt hat, die Gesellschaft zu meiden, vor den Ohren der Gegner über Parteigenossen und über Parteiverhältnisse gesprochen wurde. (Hört! hört!) Auf diese Weise konnte die bürgerliche Presse durch die als Zuhörer anwesenden Literaten nachher die Partei und eine Anzahl bekannter Genossen verhöhnen und foppen lassen.

Es heißt nun in der „Zukunft" unter anderm: „Vollmar hat eben seine Gruppe, und Singer, der sein Vermögen der Partei vermacht haben soll, ist ein noch viel mächtigerer Mann; beide stützt außerdem noch die Befürchtung, durch ihren Sturz könnten die Herren Bebel und Liebknecht allzu mächtig werden. In diesem Knäuel persönlicher Erwägungen und Rivalitäten ist schließlich für die Sache kaum noch irgendwie Platz." In diesem Tone geht es weiter. „Indessen trägt Herr Liebknecht nicht etwa allein die Schuld; es wuchert da noch eine Preßkommission herum, an deren Spitze natürlich Herr Singer steht und die ängstlich darüber wacht, daß nur ja jede Beschwerde jedes Parteigenossen protokolliert und in jedem Streit eines Unternehmers mit seinen Arbeitern dem Unternehmer ordentlich eins auf den Kopf gegeben wird"; — nebenbei war Singer nie Vorsitzender der Preßkommission. Dann heißt es: „Die sozialdemokratischen Zeitungsschreiber sind eben zum größten Teile solche Kulis wie ihre bourgeoisen Kollegen. Systematisch werden sie zur Klopffechterei erzogen und wenn sie mit noch blutigen Händen vom Morden der Bourgeoisie kommen, dann setzen sie sich mit den Vorkämpfern dieser Welt um den Biertopf herum und sind die besten Freunde von der Welt". Damals war es der Biertopf, heute auch das Weinglas. (Sehr richtig!) „In beiden Lagern fechten Söldner und die genarrten Leser nehmen die Geschichte ernst, während die Wüteriche doch, nach einem Worte Lessings, oft genug wie die Fleischerknechte reißen." Zum Schlusse heißt es: „Heute herrscht in der Sozialdemokratie vielfach gefällige Routine und Liebedienerei, aber die roten Primadonnen sind alt und wer die Vorgänge hinter den Kulissen des Parteitags aufmerksam beobachtet hat, der kann sich nicht darüber täuschen, daß der Zuschauer ungeduldiges Zischen und Trampeln schon bis zu den Sternen dringt und daß die nächste Generation die alten Lieblinge über den Haufen rennen wird, namentlich wenn sie feine Hände und den trotzigen Mut der Uebertreibung hat." So also wird die Partei in diesem Artikel der „Zukunft" verhöhnt. (Sehr richtig!)

Es kamen später in längeren Zwischenäumen weitere ähnliche Artikel über die Partei. Ich meine, wenn jemand sich bereit erklären will, an einem Blatt mitzuarbeiten, dann ist doch die erste Aufgabe eines Mannes, der etwas auf sich hält, daß er sich fragt: was ist denn das für ein Blatt? (Sehr richtig!) Und wenn je ein Genosse von uns nicht hätte wissen sollen, wer Maximilian Wittkowski-Harden und wer die „Zukunft" ist, so wäre es seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, sich zu erkundigen, und es wäre weiter seine Pflicht gewesen, genau so wie ich es getan habe, diesem Herrn Maximilian Wittkow[ski]-Harden einen moralischen Fußtritt an eine gewisse Stelle des Körpers zu verse[tz]en, daß er zur Türe hinausflog. (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Das [w]ar die Haltung, wie ich sie von Männern nicht nur ohne Rücksicht auf die Pa[r]tei, sondern ganz speziell von Sozialdemokraten verlangt hätte. Dann kamen die Zolldebatten des letzten Jahres, in denen Harden wieder als der Ueberzöl[n]er auftrat, als wütendster Vertreter des Agrariertums, des Junkertums und seines P[illegible]

systems. Auch das schon hätte jeden Sozialdemokraten abhalten müssen, Mitarbeiter dieses Blattes zu sein. Am 22. November 1902 veröffentlichte Harden in der „Zukunft" einen Artikel „Obstruktion", in dem es heißt: „Der Mann" — gemeint ist Graf Bülow — „dem gestern noch als wahrhaft modernen Menschen, als würdigen Erben Schönrednerei gehuldigt worden war, sah sich nun als Vertreter der finstersten Finsternis an den Pranger gestellt, und Bernhardiner, deren Dressur vollendet schien, zeigten dem blonden Bändiger drohend die Zähne. Keiner der Schimpfchorführer hatte die 161 Seiten des Entwurfs durchaus studiert, keiner mit heißem Bemühen Wert und Sinn der 946 Tarifnummern erforscht, keiner konnte also der Hauptfrage, ob eine sorgsame oder eine liederliche Arbeit vorgelegt sei, die Antwort finden." In diesem Tone geht es weiter. Es ist von der Agitation gegen den Entwurf die Rede. Dann heißt es: „Und Herr Bebel verstieg sich zu dem Gelöbnis, die Spottgeburt mit starker Faust in den Orkus zu schleudern." Das ist eine verhältnismäßig harmlose Stelle, die weiter nichts zu sagen hat, obgleich ich meine, daß Genossen, die für das Blatt schreiben, hätten berücksichtigen müssen, daß ich damals im Namen der Fraktion sprach, und wenn die Fraktion auch nicht mit jedem Wort ihres Vertreters einverstanden ist, so ist sie es doch selbstverständlich mit der Tendenz seiner Rede. (Sehr richtig!) In der Person des Redners wird die Fraktion selbst angegriffen und beleidigt. (Sehr wahr!) In dem Artikel ist dann weiter zu lesen: „Was wir schaudernd inzwischen selbst erlebt haben, braucht nicht ausführlich geschildert zu werden. Unter allgemeiner Teilnahmlosigkeit beriet die Kommission, berät jetzt noch das Plenum den Zolltarif; der Versuch, einen Volksaufstand herbeizuführen (Hört! hört!), die Massen auf die Beine zu bringen, ist mißlungen, und an die Holzpapier-Stürmchen hat selbst der Philister sich sanft gewöhnt. Längst weiß jeder, daß die neuen Getreidezoll-Ziffern den Abschluß von Handelsverträgen nicht hindern, daß diese Ziffern, bevor sie in den Entwurf gesetzt wurden, mit den Hauptstaaten vereinbart worden waren, längst auch jeder wachen Sinnes um sich Blickende, daß die Zukunft der deutschen Geschäftsbilanz von ganz andren Faktoren entscheidend bestimmt wird, als von nach so langfristigen Handelsverträgen." Dann kommt die Partei heran, und das ist das Entscheidende: „Die Sache des Grafen Bülow, der schon gräßliche Gleichnisse von einem „Zollkahn" und einem „Zollschiffer" ausspie, um einem Gedanken die Luftröhre frei zu machen, stand schlecht, da kam aus dem linken Lager die Hilfe. Die Sozialdemokraten möchten gar zu gern unter dem hehren Zeichen des Brotwuchers ins Wahlschlachtfeld marschieren. Erstens: weil die Bürgerlich-Radikalen sie dann nicht bekämpfen können; zweitens: weil solche Parole ihnen die Nötigung ersparen würde, das von den „Revisionisten" der Versteinfärbung zerbröckelte Programm zu entschleiern; drittens: weil sie — die letzten, unsäglich öden Parteitage lehren es — gerade jetzt kein andres wirksames Feldgeschrei haben, als dieses billigste, das selbst ins leerste Demagogenhirn zu hämmern ist. (Lachen. Hört! hört!) Eine Partei, die sich stets auf die Wissenschaft, die determinierende Macht des Klassenbewußtseins und der Evolution beruft, schämte sich nicht, den Streit der Theorien in den luftlosen Bereich des Gewissens, der Moral abzuschieben, sie ächten jeden, der mit Jaurès, mit unzähligen Sozialisten aller Erdteile Zollschutz der heutigen Produktion für nötig hält, und scheuen doch nicht die Bundesgenossenschaft der Bartschen Bankiersgarde, die zwar nicht fünf Mark Roggenzoll, aber drei Mark und eine halbe übers zarte Gewissen bringt. (Lachen.) Der alte Manchesterwahn, die englische Krankheit steckt Marxens ungeratenen Söhnen im Blute. (Lachen. Hört! hört!) Die Strategen des linken Lagers vergessen zweierlei. Erstens: daß die Zollzänkereien das Land nicht erregen, — zweitens: daß nur eine zaghafte Mehrheit sich den Willenskanal verstopfen läßt. Einstweilen ist nur die Technik des Abstimmungsverfahrens geändert, keine Pflicht beseitigt, kein Recht geschmälert

worden: noch auf hundert verschiedenen Wegen aber ist der Tarif zu retten. Nur müssen die Parteien, die solche Rettung wollen, sich endlich beeilen, alle Reden sparen und zur Tat vorschreiten. Ihr Entschluß könne, da sie eine Zollkampfwahl meiden möchten, nicht zweifelhaft sein. Das Volk kümmert sich nicht um die Vorarbeit, sondern nur um das Resultat, die Handelsverträge. Die will es sehen, will prüfen, welchen Gewerben sie Vorteil bringen: und es wird, wenn das sinnlose Geschwätz nicht bald verstummt, der Obstruktion mit vollem Recht alle beschuldigen, die seit zwölf Jahren fast ohne Pause nur um Zollsätze feilschen, die Reichspolitik lähmen und den wichtigsten Willensregungen der Nation den Weg ins Leben verrammeln." Das ist im November vorigen Jahres geschrieben worden, in jenen Stunden, wo wir im schwersten Kampfe mit der Mehrheit des Reichstages standen. Und wenn selbst alle die, die für die „Zukunft" mitgearbeitet haben, Lily Braun, Bernhard, Göhre, Borchardt, (Zuruf: Auch Ströbel!) Es wird gerufen: auch Ströbel! Ich weiß das nicht, aber ich glaube nicht, daß Ströbel in den letzten Jahren an der „Zukunft" gearbeitet hat — nicht gewußt hätten, wie früher, 1893/94, die „Zukunft" war, was sie 1902 geschrieben hat, das haben Sie alle gelesen, alle ohne Ausnahme, und wer da noch ein wenig Ehrgefühl als Mann und Frau und als Genosse hatte, der mußte sich sagen, du hast dich hier verleiten lassen, diesem Harden zu Gefallen zu sein, jetzt kommt er und beschimpft unsere Partei in der niederträchtigsten Weise, jetzt mußt du diesem Herrn Harden kündigen und ihm deine Mitarbeiterschaft ins Gesicht schlagen. Was aber geschieht? Nichts geschieht! (Lebhafte Pfui-Rufe und Zwischenrufe.) Geschwiegen hat man, weiter an der „Zukunft" gearbeitet, das Geld eingesteckt. Die Partei mußte sich beschimpfen lassen. Und nun frage ich einen jeden: Was verdient derjenige für ein moralisches Urteil, der es unter solchen Umständen über sich gewinnt, für die „Zukunft" weiter zu schreiben? (Zuruf: Prügel! Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Das ist das Entscheidende, darauf kommt es an. Ich will alles vergessen und vergeben, was die „Zukunft" 1892/93 und in den folgenden Jahren gegen uns geschrieben hat, nicht aber, was sie 1902 in den schwersten Tagen des Kampfes unsrer Fraktion gegen eine Welt von Feinden schrieb. (Sehr gut!) Ich sage mit Absicht: gegen eine Welt von Feinden, denn mit dem kleinen Häuflein, das bis zu einem gewissen Grade mitmachte, standen wir allein der ungeheuren Mehrheit des Reichstags und fast der gesamten bürgerlichen Presse gegenüber, Tag für Tag gehöhnt, beschimpft, verspottet, der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Und in diesem großen, historischen Moment für die Partei, bei dem Kampf, der der Partei Ehre und Würde eingetragen hat, wie kaum je einer zuvor, giebt es unter uns Marodeure, die der Partei in den Rücken fallen, indem sie ein solches Blatt mit ihrer Mitarbeiterschaft unterstützen, ihm ein moralisches Ansehen geben, damit es weiter die Partei bekämpfen und beschmutzen kann. (Zurufe: Pfui!). Für ein solches Vorgehen giebt es nach meinem Empfinden nichts andres, als ein kräftiges Pfui! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen, Zischen.) Ich stehe über vier Jahrzehnte im politischen Kampf; ich war nicht immer Sozialist und habe eine Zeitlang den Sozialismus ebenso eifrig bekämpft, wie ich ihn dann propagiert habe. Aber meine Ehre ist bis zu dieser Stunde niemals auch nur mit dem kleinsten Rostflecken beschmutzt worden. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) Und nun will ich denen, die es angeht, ein Geheimnis verraten, wenn es ein Geheimnis ist. Da sagen die Gegner immer, der alte Bebel, da ist nichts zu machen, der hat die Massen hinter sich. Ja, warum hat er denn die Massen hinter sich? Weil alle sich sagen müssen, er hat manchen Schwupper hinter sich, manche Dummheit gemacht, manchmal durch sein Temperament sich hinreißen lassen, aber auch in seiner Dummheit war er stets der ehrliche Mann. (Stürmischer Beifall.) Ja auch mit seinen Fehlern hat er geglaubt der Partei zu dienen, und antippen kann man ih-- nicht.

(Lebhafter Beifall.) Und wenn Ihr, die das angeht, denselben Einfluß haben wollt, dann macht es wie ich. (Stürmischer Beifall und Unruhe.) Es tut mir sehr leid, daß ich diese ruhmredigen Worte — so wird es vielleicht in der gegnerischen Presse ausgelegt werden — aussprechen muß. Aber wenn man so Gegenstand persönlicher Angriffe war, und noch ist, wie ich, dann muß ich doch einmal sprechen und Euch das Geheimnis des Bildes von Sais entschleiern und mitteilen, wieso es kommt, daß die Dinge so sind. Es steht deshalb so, weil ich zu jeder Zeit ehrlich den sozialdemokratischen Klassenstandpunkt vertreten habe, weil ich heute noch mit diesen Massen übereinstimme, aus denen ich hervorgegangen bin. Nach der Entwicklung der letzten Jahre bin ich aber leider noch auf meine alten Tage dazu gekommen zu sagen: seht Euch jeden Parteigenossen an, aber wenn es ein Akademiker ist oder ein Intellektueller, dann seht ihn Euch doppelt und dreifach an. (Stürmischer Beifall.) Das sage ich, der ich bei den Proletariern im Rufe stand, daß ich selbst ein verkappter Akademiker wäre und der ich den Akademikern stets die Stange gehalten habe. (Sehr wahr!) Wir brauchen die Intelligenz der Akademiker und Intellektuellen. Ihnen ist es durch das Glück der Umstände und durch ihre soziale Stellung vergönnt, das wissenschaftliche Rüstzeug mitzubringen, das sie befähigt, in hervorragender Weise für unsre Partei tätig zu sein, wenn sie ehrlich und aufrichtig im Einklang mit der Partei handeln. Aber darin liegt auch auf der andern Seite die Gefahr. Ich sage nicht, daß diese Genossen unehrlich sind, daß sie die Absicht hätten, die Partei zu schädigen. Nein, aber gerade als Akademiker, als Männer und Frauen von höherem Wissen und in gewissem Sinne auch von höherer Intelligenz und tieferer Einsicht haben sie die verdammte Pflicht, bei allem ihren Tun und Wirken doppelt und dreifach darauf zu achten, daß sie auch auf dem rechten Wege sind, und sich bei den Proletariern zu informieren, wie diese Massen denken, wie sie fühlen und was sie wollen; diese Massen, die besser als die Akademiker wissen, um was es sich bei dem Kampfe des Proletariats handelt. (Lebhafter Beifall.) Wir werden ja über dieses Thema noch bei andrer Gelegenheit zu sprechen haben, denn die ganze Sache steht mit der andren in Verbindung und Sie sehen, wie unrecht diejenigen haben, die da meinen, es handle sich nur um Literatengezänk, um Dinge, die die Partei nichts angehen. Ich bitte Euch, ich bitte Euch kniefällig, seid nicht so voreilig im Urteil, sondern fragt erst, wie es kommt, daß so etwas passieren konnte, wie es kommt, daß in dieser ganzen Frage auf einmal mit einer elementaren Wucht, wie sie noch niemals die Partei erlebt hat, nicht etwa auf ein Signal von oben, sondern von unten herauf die Empörung und Entrüstung wachgerufen wurde. Bei der lumpigen Vizepräsidentenfrage drang überall der Zorn und die Entrüstung aus den Massen von unten herauf (Lebhafte Zustimmung); die Massen sagten sich: jetzt haben wir einen so glorreichen Kampf gekämpft; jetzt sind wir eine solche Macht wie nie zuvor, wir gehen schweren, sehr schweren Zeiten entgegen, und da kommen gewisse Herren mit dieser speziellen Interessenfrage für sie, *sie* haben gar kein Gefühl, gar kein Empfinden für das, was die Masse eigentlich fühlt und denkt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Dann hat man mir nach Küßnacht geschrieben, wo ich so viel schlafe (Heiterkeit): Nehmen Sie sich vor den Scharfmachern in acht, nehmen Sie sich vor den Leuten in acht, die Sie umgarnen. (Große Heiterkeit.) Ich habe zurückgeschrieben: Ja, Genossen, ich sitze hier fern von Madrid, und Ihr sitzt mitten in der Bewegung drin. Aber Ihr hört nichts, Ihr seht nichts, Ihr wißt nichts und infolgedessen denkt Ihr auch nichts. (Sehr gut!) Ihr sprecht von Scharfmachern? Der einzige wirkliche Scharfmacher bin ich. (Stürmische Heiterkeit.) Mir haben Kautsky und Mehring viel zu gemäßigt geschrieben. Es hat mir auch nicht gepaßt, daß mein Freund Kautsky mir so einige schöne Stellen aus meinem Artikel gestrichen hat, das trage ich ihm noch lange nach. (Große Heiterkeit.) Es waren nach meiner Ansicht Perlen, und er hat sie gestrichen. (Erneute Heiterkeit.) Ich sagte mir:

Verdammt noch mal, ist das Eure Meinungsfreiheit? (Große Heiterkeit.) Selbst ein mir persönlich sehr wohl gewogener Mann, dessen Ehrlichkeit und Bravheit in Bezug auf die Partei ich auch nicht eine Sekunde in Zweifel ziehe, der aber in dieser Frage auch einen Standpunkt eingenommen hat, den ich nicht verstehe, schrieb: „Wir haben uns alle Mühe gegeben, es zu keiner Aufregung in der Partei kommen zu lassen, aber ich weiß nicht, wie es zuging, alle Dämme wurden niedergerissen." Ja, das ist ja aber das Schlimme, daß man nicht weiß wie es zugeht, daß die Dämme eingerissen wurden. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist das Gleiche, wie in Erfurt, als ich Vollmar zurief: „Es kommt einmal die Stunde, wo auf euch Führer das Bild von den törichten Jungfrauen zutrifft, die auf den Bräutigam warten, ihn mit ihren Lampen empfangen wollten, um dann plötzlich zu entdecken, daß sie kein Oel auf der Lampe haben." (Sehr gut!) So ist es auch hier, man hat die Fühlung mit den Massen zum Teil verloren, man kennt die Massen nicht mehr! (Lebhafte Zustimmung.) Und so werden denn unausgesetzt die Fehler gemacht, von denen ich sage: Jetzt endlich ist es genug, jetzt lassen wir uns das nicht mehr gefallen. (Bravo!) Meine Hamburger sind sehr ruhige Leute, ich habe oftmals, wenn ich so gehörig dazwischenfuhr und losknallte, gedacht, was werden wohl die Hamburger dazu sagen. Ich habe sie nie gefragt, ich habe immer gedacht: da kriegst du keine gute Antwort. Sie waren still, ob sie einverstanden waren, weiß ich nicht. Nun war ich aber erstaunt, als ich, während ich in Küßnacht saß und schlief (Heiterkeit), so halb im Schlaf das „Hamburger Echo" las (Große Heiterkeit) und aus den Versammlungsberichten ersah, wie lichterloh die Flammen in die Höhe gegangen waren. Donner und Doria sagten sich die Hamburger, das lassen wir uns nicht mehr gefallen. Jetzt machen wir mal von unsrem Recht Gebrauch und schicken aus jedem Kreise drei Vertreter nach Dresden, die mal gründlich sagen sollen, was wir denken. Da sagte ich mir: wenn es so in Hamburg brennt, dann brennt es in der ganzen Partei (Lebhafte Zustimmung), und es hängt sehr von gewissen Leuten ab, wie verzehrend der Brand in der Partei wird (Bewegung), oder ob er sich eindämmen läßt in vernünftige Grenzen. (Zustimmung.) Aber eins wird die Folge sein: die Partei wird künftig die Augen aufhalten und es sich nicht mehr nehmen lassen, wenn ihr etwas an den Führern nicht gefällt, ihnen gleich beim ersten Anfang tüchtig den Kopf zu waschen. (Lebhafter Beifall.) Noch einige Worte über den Artikel „Parteimoral". Bernhard hat heute ja gründlich revociert, so gründlich revociert, daß es vielleicht eine Barbarei wäre, persönlich noch gegen ihn vorzugehen, denn Genossen, ein ärgeres testimonium paupertatis, auf deutsch Armutszeugnis, wie das, was sich Bernhard heute in Bezug auf seinen Artikel selbst ausgestellt hat, konnte er sich gar nicht ausstellen. (Zustimmung.) Ich nehme doch an, daß sich jeder, der einen Artikel schreibt, überlegt, was er schreibt und sich über die Wirkung vergewissert. Bernhard aber erklärt: das habe ich nicht geahnt, ich habe nicht geglaubt, daß mein Artikel eine solche Wirkung haben könne, ich bedauere das, und werde so etwas nie wieder schreiben. Ja, damit sind wir noch nicht fertig, verehrter Genosse Bernhard, es genügt nicht, daß Sie sagen, ich schreibe solchen Artikel nicht mehr, ich frage, wollen Sie noch für die „Zukunft" Artikel schreiben? (**Bernhard**: Nein!) Es freut mich, das von Ihnen zu hören, ich sage auch hier: Ueber einen Sünder, der Buße tut, ist bei m[ir] mehr Freude, als über neunundneunzig Gerechte. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) Das Nein, das Sie mir jetzt entgegenriefen, schloß ich ja schon aus Ihrer Rede, aber ich wollte ein klares Nein haben, weil ich mir sagte, wenn heute oder morgen Herr Maximilian Wittkowski-Harden die Rede seines bisherigen Mitarbeiters Bernhard auf dem Dresdener Parteitag liest, dann wird er telegraphisch auf seine Mitarbeit verzichten (Sehr richtig!) und davor, sagte ich mir, willst du trotz alledem Bernhard bewahren (Heiterkeit), indem ich ihm jetzt ein klare[s]

Nein abfordere. Dann kann Harden morgen telegraphieren, was er will (Heiterkeit und Beifall), denn Sie haben ihm jetzt schon den Stuhl vor die Tür gesetzt. Sie sehen also, was für ein guter Freund von Ihnen ich bin. (Heiterkeit.) Aber ich muß Ihnen doch nun weiter sagen: der Artikel enthält verdammt unangenehme Sätze. Bernhard selbst ist ja jetzt exkulpiert, aber sein Artikel ist mir doch von besonderer Bedeutung. Ich sagte mir, als ich ihn las: es ist nicht Bernhard allein, der diese gefährlichen, niederträchtigen Grundsätze über Parteimoral anerkennt, ich vermute, es giebt noch andere Leute in der Partei, die sie teilen, aber für die trifft das Wort zu, das Auer in Hannover von Bernstein sagte: „Lieber Ede, so was tut man — in diesem Falle denkt man — aber man sagt es nicht!" (Sehr gut!) Ich glaube also, es **denkt** mancher so. Ich spreche nur eine Vermutung aus, es soll mich freuen, wenn ich mich täusche. In den letzten zehn Jahren ist mir bei diesem und jenem manches aufgefallen, Aussprüche und Taten, wo ich mir sagte, der handelt nach der von Bernhard aufgestellten Parteimoral. In dem Artikel Bernhards heißt es: „Hart tadelt — ich kenne Hart persönlich nicht, zu meiner Schande muß ich es sagen, ich habe auch keine Zeit gehabt, seine Schriften zu lesen, ich weiß auch nicht ob er überhaupt ein Parteimann ist, aber eine ganze Reihe dieser modernen Schriftsteller pflegt sich in erster Linie in Bezug auf die Sozialdemokratie zu äußern, für die sie Sympathien haben, mehr nicht — „Hart tadelt, daß Parteiführer im engen Kreis objektiv Urteile über die Vorgänge des Tages, über die Maßnahmen der eignen Partei fällen und öffentlich dann ganz anders sprechen. Die Tatsache ist unbestreitbar richtig. Aber Hart irrt, wenn er annimmt, das geschehe um der Masse willen. Es geschieht um des Zweckes willen. Kein denkender Mensch verkauft sich einer Partei mit Haut und Haaren." (Hört! hört!) O doch, ein Genosse verkauft sich zwar nicht mit Haut und Haaren, aber er gehört zu seiner Partei (Lebhafter Beifall), und zwar mit Haut und Haaren. (Stürmischer Beifall.) Weiter heißt es in dem Artikel: „Du sollst nicht lügen, sagen, wie es eben in der Schule eingedrillt ist, die Philister, du wolltest dein eignes Ich nicht im Schlamm der Masse ersäufen, sagen die Schwärmer, Propheten. Masse wird hier mit Partei identifiziert, und doch bedeuten die beiden Worte verschiedene Dinge. Wer eine Partei gründet, will ja gerade möglichst viele aus der stumpf dahin trabenden Masse lösen. Von der Herde zweigen sich die Parteigenossen ab. Sie bringen noch die alten Lebensgewohnheiten, den alten Herdeninstinkt mit, aber in ihrem Hirn — das klingt so, wenn man es liest, als spräche ein Mann von 60 Jahren mit großen Erfahrungen, dabei ist Bernhard ca. 30 Jahre alt — in ihrem Hirn hat sich ein Fünkchen entzündet, daß ihnen in weiter Ferne vielleicht, des Strebens lohnendes Ziel zeigt. Wer Partei von Masse unterscheidet, kann nicht, wie Hart sagen, der Parteiführer erstické um der Masse willen, im Banne der Partei, unbewußt in sich das Eigenempfinden und die Eigenmeinung, er streiche gleichsam die eine Hälfte seines Wesens zu Gunsten der andren. Nein, er erstickt und streicht gar nichts von seinem Wesen, sondern bedenkt nur, daß die Parteigänger eben erst aus der Masse kommen und die Spur solcher Herkunft noch an sich tragen, mit vollem Bewußtsein richtet er danach sein Reden und sein Verschweigen. Auch unreifen Kindern verschweigen Eltern und Lehrer manches, wie sie es in der Wirklichkeit sehen — und niemand schilt sie deshalb Lügner. Der politische Pädagoge muß damit rechnen, daß die Mehrheit seiner Parteiherde noch in den vom Massenempfinden geschaffenen Vorstellungen lebt, in einem Kindheitsstadium, und daß diese Mehrheit für den Kampf nicht zu entbehren ist." Parteigenossen! Können denn furchtbarere Grundsätze aufgestellt werden, als die verlesenen? (Sehr wahr!) Kann alles, was für die Partei, das Parteileben, den Parteizusammenhalt Bedeutung hat, schlimmer verhöhnt werden? (Sehr richtig.) Damit ist doch deutlich gesagt: Die Masse ist die misera

contribuens plebs der römischen Patrizier, das ist die Masse, über die die Auguren, wenn sie sich begegnen, lachen! Ja, die sind gut zur Arbeit, für die Agitation, zum Steuern, zum Stimmen, und im übrigen ist es die Parteiherde, sind es die Kinder, denen man nicht alles sagen darf, was man denkt. (Stürmischer Beifall.) Und die Parteiführer sind die Nietzscheschen Uebermenschen, Kraftmenschen, die in ihrem Kopf mit weiten Gedanken alles wissen, alles übersehen und überdenken, sie sind die irdische Vorsehung der Parteigenossen, denen man die Führung überläßt, denn die Masse ist nicht im stande, sich selbst zu leiten. (Sehr gut.) Ich habe einen ähnlichen Ausspruch schon früher gehört und bin dann mit den Betreffenden furchtbar zusammengeraten, aber ich fürchte, es denkt noch mancher so, von dem ich es nicht gehört habe. Weiter heißt es in dem Artikel: „Und ist sie entstanden, hat jedes ihr angehörende Individuum eine mehr oder weniger bestimmte Vorstellung von seinem Lebenszweck und Ziel erhalten, sollen dann die Führer dieses Glücksgefühl mit Skrupeln und Zweifeln zerstören und Menschen, deren Leben Inhalt zu erhalten begann, wieder in das dumpfe Massendasein zurückstoßen, nur weil sie die Unlustgefühle nicht ertragen können, die ihre Kulturseele empfindet, wenn sie nicht immer die volle Wahrheit sagen dürfen und manches verschweigen müssen?“ „Die Kulturseele der Führer“, die da vor der Masse verschweigen, die der Masse immer soviel Weisheit einträufeln, wie sie für gut befinden, ja Donner und Teufel, und da habe ich mir gesagt: das ist unerhört, was man der Partei da ins Gesicht schleudert. Wer solche Sätze aufstellt, der kann von rechtswegen nicht länger zur Partei gehören. (Sehr richtig! und stürmischer Beifall.) Ich hatte mir vorgenommen, nach dem Parteitag in den zweiten Berliner Wahlkreis, in dem ich ebenfalls organisiert bin, in dem Bernhard wohnt, zu gehen, und die Konsequenzen seines Handelns zu ziehen, indem ich seinen Ausschluß beantragte. (Lebhafter Beifall.) Heute hat Bernhard widerrufen, ich akzeptiere das, und damit ist für mich die Notwendigkeit weiterer Schritte gegen seine Person gefallen. (Beifall.) Sie sehen, daß wir in der Tat die allergrößte Ursache haben, die Augen offen zu halten. Gegenüber Genossen, die machen können, was sie wollen, hat Bernhard — und jetzt spreche ich vielleicht das rechte Wort aus — in seiner Naivität ausgesprochen, was mancher Führer denkt. Es giebt vielleicht manche, die so denken, aber sie nehmen sich verflucht in acht, es merken zu lassen. Man redet viel vom Terrorismus der Führer, aber in keiner Partei giebt es weniger Terrorismus durch die Führer, als in der Sozialdemokratie, und das soll so bleiben, das muß so bleiben. Wer bei uns Führer sein will, muß so handeln, wie die Partei will und nicht wie er will. (Beifall.) Er hat auszuführen, was die Masse erstrebt, was sie fühlt und denkt. Sie sind die Werkzeuge der Partei, nicht die Generale und Kommandeure, die sagen: Ich gehe voran und ihr habt uns zu gehorchen. Das würden die ja auch gar nicht dulden. Noch einmal: es muß Klarheit geschaffen werden, solcher Unfug wie die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ muß aufhören, das darf nicht mehr vorkommen, und darum bitte ich auch diejenigen, die mit der Fassung des Vorstandes nicht ganz einverstanden sind, sich zu sagen: auch wir müssen im Partei-Interesse für die Resolution stimmen. Es ist wiederholt behauptet worden, und die Ausführungen Heines sind ja deutlich darauf hinausgelaufen, daß es sich hier darum handelt, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Ei der tausend, wenn das Meinungsfreiheit ist, daß jeder in jedem Blatte schreiben kann, was er will ohne Rücksicht auf das Partei-Interesse zu nehmen! (**Heine**: Ich habe ja noch gar nicht darüber geredet!) Schon in meinem Artikel habe ich ausgeführt, daß das nicht mehr sozialdemokratisch, sondern anarchistisch wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Dann hören wir auf, eine Partei zu sein. Keine Einheit der Partei, aber Einigkeit, sagt Heine. Nein, Einigkeit — **und** — Einheit! Ohne Einigkeit keine Einheit! (Stürmischer Beifall.) Ohne Einheit der Grundsätze und Ueberzeugungen, ohne

Einheit der Ziele keine Einigkeit und keine Begeisterung für den Kampf (Sehr richtig!), keine Möglichkeit, die Regimenter, Brigaden und Armeekorps ins Gefecht zu bringen, in die Schlacht zu führen und Siege zu erfechten, wie wir sie erfochten haben und wie wir sie weiter erfechten wollen, und wenn auch eine ganze Welt von Feinden sich gegen uns erhebt! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Dr. Michels-Marburg: Ich habe die Befürchtung, daß nach den schwerwiegenden Worten Bebels, die mit so jugendlichem Feuer, in so ergreifender Weise vorgetragen wurden, meine Ausführungen Ihnen senil erscheinen werden. Ich möchte aber doch versuchen, einige Anhaltspunkte zur Beurteilung der Frage zu geben. Ich bin der Meinung, daß es fernerhin so gehalten werden muß, wie es heute gehalten wird. Eine Norm wird sich nur sehr schwer, nur in großen Umrissen finden lassen. Fehler und Ausschreitungen werden dagegen vor dem Forum des Parteitages erörtert werden müssen. Was heißt wissenschaftlich? Wo beginnt die Wissenschaft? Politik und Sozialpolitik haben keine festen Grenzen gegeneinander, alles bewegt sich in Nuancen, alles fließt. Nach der Erklärung des Vorstandes dürfte es erlaubt sein, an wissenschaftlichen Zeitschriften mitzuarbeiten. Wozu ist aber für die bürgerliche Seite die Nationalökonomie da? Doch zu nichts anderm, als um den Marxismus, die sozialdemokratische Nationalökonomie, tot zu machen. An solchen sich wissenschaftlich nennenden gegnerischen Zeitschriften zu arbeiten soll erlaubt sein? Das ist ein Widerspruch. Ich halte es nicht für angemessen, daß Parteigenossen an parteilosen Organen mitarbeiten, die täglich erscheinen, noch daß sie Redakteure sind. Aber es giebt auch bürgerliche Preßorgane, in denen die Mitarbeit gestattet sein muß. Es giebt Zeitschriften, die sich dem Kampfe gegen Einzelerscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft widmen, z. B. die Suprematie der Männer gegen die brutalen Anmaßungen der Gesellschaft vom ethischen Standpunkt aus 2c. bekämpfen, und ich sehe nicht ein, weshalb man an solchen Blättern nicht mitarbeiten soll. Nun zu der Frage der Bekehrung. Es ist vielfach behauptet worden, daß von einer Bekehrung zum Sozialismus durch Artikel in bürgerlichen Blättern überhaupt nicht die Rede sein könne. Da muß ich hinweisen auf die große Bekehrungsarbeit, die durch die Reichstagsreden unsrer Genossen bewirkt wird, diese unfreiwillige Mitarbeit an bürgerlichen Blättern. Als leibhaftiges Beispiel für diese Bekehrung kann ich dienen. Als ich noch auf der Kriegsschule zu Hannover war, las ich in der „Post“ und der „Kreuz-Zeitung“ die Bebelschen Reden. Sie waren beschnitten, aber sie veranlaßten mich doch, mich mit der sozialistischen Literatur zu befassen, die mich schließlich denn zu dem machte, was ich bin. Auch ich bin ein sogenannter Akademiker, aber weil ich es bin, stehe ich vollständig auf dem Standpunkt Hoffmanns, Kautskys und Bebels. Auch mir imponieren parteigenössische Organisationen nicht, die einen bisher uns feindlich Gesinnten, der noch vor kurzem in Offiziersuniform stramm „Helm ab zum Gebet!“ kommandiert hat, sofort aufnehmen und auf Ehrenstellen berufen. Wir in Marburg haben am eignen Leibe empfunden, wie peinlich es ist, wenn Genossen persönlich Freundschaften zu politischen Gegnern höher stellen, als ihre Parteipflichten. (Hört! hört! Sehr richtig!) Das Mißtrauen, ist gesagt worden, sollte eigentlich Punkt 1 unsrer Parteivorschriften sein. Das halte ich für falsch. Beherrscht uns nicht alle ein einziger Gedanke? Ist nicht jeder in irgend einem Momente seines Lebens mit Opfern in die Partei eingetreten? Und das Resultat sollte Mißtrauen sein? Mißtrauen lähmt die Arbeitskraft und den Mut und bringt uns soweit, in persönlichen Fragen aufzugehen, wo wir das Endziel vor Augen haben sollten. Mißtrauen ist würdig einer Sekte, nicht aber einer großen Partei.

Die weitere Beratung wird auf Mittwoch vertagt. Singer teilt mit, es liege ein Antrag vor, über die Resolution des Vorstands namentlich abzustimmen. Eine Reihe Begrüßungen sind eingetroffen. Schluß 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch den 16. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 9 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Begrüßungen sind eingelaufen vom Kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein in London und vom Verband der lettischen Sozialdemokratie.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung steht

die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Ledebour-Berlin: Parteigenossen! Ich bin der Ansicht, daß sachlich sich zur Klärung der Frage nichts mehr beitragen läßt. Ich glaube, daß nur noch für die angegriffenen Parteigenossen das Bedürfnis und die Notwendigkeit besteht, sich zu verteidigen. Wenn wir Schluß machten, dann werden diese Genossen auf persönliche Bemerkungen angewiesen sein; aber bei einer persönlichen Bemerkung entgleist leicht der beste Redner. Deshalb will ich aufs Wort verzichten und bitte alle diejenigen Genossen, die nicht persönlich angegriffen sind, es ebenso zu machen wie ich (Lebhafte Zustimmung), damit die angegriffenen Genossen Göhre und Mehring Gelegenheit haben, sich zu verteidigen. (Lebhafter Beifall.)

Werner-Berlin II verzichtet aufs Wort.

Heine-Berlin: Ich bin hier eigentlich in der Hauptsache nicht der Angegriffene; trotzdem, weil ich beiläufig hineingezogen worden bin und weil durch mich noch etwas gesagt werden kann, was nach meinem Gefühl gesagt werden muß, bitte ich Sie, mir ein Weilchen Gehör zu schenken. Zunächst eins vorausgeschickt! Genosse Adolf Hoffmann hat unter den Namen, deren in der bürgerlichen Presse veröffentlichte Artikel den Parteigenossen bei der Agitation als Knüppel zwischen die Beine geworfen sein sollen, auch meinen Namen genannt. Nun richte ich an Hoffmann die Frage: Nennen Sie doch die Artikel, die ich in der bürgerlichen Presse veröffentlicht habe, nennen Sie sie doch! Es wird Hoffmann schwer werden, denn ich habe nie eine Zeile in der bürgerlichen Presse veröffentlicht. Eine Einschränkung: Vor ca. 10 Jahren schrieb ich einen juristisch-wissenschaftlichen Artikel für die damals noch bürgerlich-demokratische, noch nicht nationalsoziale „Welt am Montag". Aber den kenne ich jetzt selbst nicht mehr; er ist auch nicht mehr zu haben, kann also den Genossen nicht als Knüppel zwischen die Beine geworfen worden sein. Ich frage aber weiter: welche Artikel von mir sind überhaupt jemanden als Knüppel zwischen die Beine geworfen worden? Ich halte es überhaupt für unmöglich, daß Hoffmann einen nennen kann. Denn meine sehr spärliche literarische Tätigkeit in den letzten Jahren hat sich fast ausschließlich teils mit fach-juristischen Fragen, teils mit Polemik gegen die Gegner der Partei, z. B. gegen den Dr. Richard Freund, jetzt wieder gegen den Professor Menger und eine Anzahl andrer Leute, beschäftigt. Ich halte also diese Geschichte von den als Knüppel zwischen die Beine geworfenen Artikeln der sogenannten „Revisionisten" — auch dieser Ausdruck ist sehr schlecht, ich habe nie etwas „revidiert", aber er ist nun einmal gäng und gäbe — ich halte diese ganze Geschichte überhaupt für eine Uebertreibung, für eine Einbildung. Ich glaube nicht, daß die Gegner die Artikel so verfolgen, aber von mir wird nicht einer einen einzigen nennen können, bei dem das geschehen wäre. Wenn auch nur einmal ein Artikel von mir von den Gegnern in der Agitation gegen die Partei verwendet worden wäre, so wäre mir das sicher aufgemutzt worden, das hätten mich die Herren schon wissen lassen. (Sehr richtig!) Aber es ist in der Beziehung niemals die geringste Beschwerde erhoben worden. Auf dem Parteitag in Erfurt hat man den Grundsatz aufgestellt, wenn man einen Parteigenossen eines

Unrechts beschuldigt habe, solle man entweder beweisen oder widerrufen. Ich appelliere an die Loyalität von Hoffmann, daß er das eine oder das andre tun wird. Nun zur Sache selbst! Man hat über die Länge der Debatte gesprochen, Timm hat das Ganze als recht unnötig hingestellt und Bebel hat ausgeführt, daß recht bedeutende Fragen dabei in Betracht kommen. Ich bin der letzteren Ansicht. Trotzdem aber hätte die Debatte nicht so schrecklich lange zu dauern brauchen. Bebel hat als der Berufenste dazu alle die wichtigen und bedeutenden Gesichtspunkte zusammengestellt; es hätte genügt, wenn man ihn zuerst vorgeschickt hätte, und es wäre nicht nötig gewesen, daß von derselben Richtung 12 oder 15 Redner auftraten, die alle dasselbe sagten. (Zustimmung und Widerspruch.) Schieben Sie bitte die Schuld an dieser Debatte, die meiner Meinung nach eine Akademikerdebatte ekelhaftester Art ist, nicht den Akademikern in die Schuhe. (Oho! Ruf: Die Akademiker sind doch Schuld daran!) Ich gebe hier die Erklärung ab, daß ich gegen die Resolution stimmen werde, die den Vorstandsbeschluß in dieser Sache billigt (Zuruf: Das wußten wir vorher!), und zwar weil ich der Ansicht bin, daß sie unzulänglich ist. Dagegen will ich damit nicht alles billigen, was gesagt ist. Auch ich bin der Ansicht, daß man im höchsten Grade vorsichtig sein muß in der Mitarbeit an einer nicht zur Partei gehörigen Presse, auch ich habe den Artikel Bernhards über Parteimoral gemißbilligt, wenn ich ihn auch nicht so tragisch genommen habe wie andre, und ich habe es ihm selbst unter vier Augen deutlich genug gesagt. Ich habe nie in der „Zukunft“ auch nur eine Zeile veröffentlicht und ich werde es auch nicht tun, weil ich der Ansicht bin, daß man in einer Sache, die zum großen Teil Gefühlssache ist, das Gefühl der Parteigenossen respektieren muß. Ich bin endlich allerdings auch durch das, was ich hier gehört habe, zu dieser Ansicht gekommen, denn die Angriffe, die in der „Zukunft“ gegen die Partei gerichtet sind, sind denn doch ärger, als es mir früher gegenwärtig war. Aber ich stimme trotzdem gegen die Resolution des Vorstands, weil ich es für unmöglich halte, eine solche Regelung generell zu treffen. Würde der Beschluß bloß lauten, es sei verboten, an der „Zukunft“ mitzuarbeiten, dann wäre er klar, dann würde ich jedenfalls nicht dagegen stimmen, aber so, wie er gefaßt ist, führt er in rettungslose Zweifel und Widersprüche hinein, und aus diesem Grunde stimme ich dagegen. Ich glaube auch, daß von denen, die dagegen stimmen werden, noch eine ganze Anzahl auf demselben Standpunkt steht wie ich, wir wollen damit durchaus nicht die Grundsätze des Bernhardschen Artikels über Parteimoral billigen.

Nun hat Bebel gestern ein sehr böses Wort gesprochen, er hat gesagt, er vermute, daß es eine ganze Anzahl von Genossen gebe, die auf dem Standpunkt stehen, daß die Führer die Genossen belügen und nasführen dürfen. Parteigenossen, dies Wort geht hinaus in alle Welt, und dies Wort aus Bebels Munde ist etwas ganz andres, als wenn der junge Genosse Bernhard in der „Zukunft“, einen ungeschickten und taktlosen Artikel schreibt. (Na! na!) Ich widerspreche dem Wort von Bebel, ich kenne keinen Genossen, der solche Grundsätze billigte. Gestern hat Singer den sehr schönen Grundsatz proklamiert, man solle keinen Genossen andre Motive unterstellen, als er selbst angiebt. Halten wir uns daran! Mich persönlich geht ja die Sache nichts an, denn daß man mir nicht nachsagen wird, ich verteidige eine solche Heuchlermoral, das liegt auf der Hand. Ueber mich beklagen sich die Genossen ja immer, daß ich allzu offenherzig meine Meinung sage; es hat sich noch nie einer darüber beklagt, daß ich mit meiner Meinung hinter dem Berge gehalten hätte. Und auch der Ansicht Bernhards von den Führern der Partei, die gewissermaßen die andren leithammeln, bin ich schon lange vor dem Erscheinen des Artikels „Parteimoral“ entgegengetreten in einem Aufsatz der „Sozialistischen Monatsschrift“ vom vorigen Jahre, wo ich mich gegen Dr. Richard Freund gewendet und nachgewiesen habe, daß die Partei der Sozialdemokratie nicht von den Führern gemacht wird, sondern von

den Massen, und daß die Gegner sich bloß einbilden, daß es bei uns so wäre wie in andren Parteien.

Es ist nun gestern viel Ernstes und Bedeutendes in der Frage gesagt worden. Keiner von uns wird sich dem Eindruck dessen entziehen können, was wir erlebt haben. Wir haben erlebt das Pathos der Anklage, das Pathos der Reue, das Pathos der Verurteilung, das Pathos der Vergebung. Dem einen hat man gesagt: „Gehe hin, mein Sohn, dein Glaube hat dir geholfen!" Dem andern hat man Verzeihung versprochen, weil er Besserung gelobt hat. Ich habe das alles klar und ernst empfunden und aufgefaßt. Wie gesagt, der Eindruck war bedeutend. Aber gestatten Sie mir, noch ein paar Worte dazu zu sagen. Es läßt sich auch noch etwas andres über die Dinge sagen der Vollständigkeit wegen. Mit der Reue und Vergebung, das war schön und vielleicht überwältigend, aber — nennen Sie es Don Quixoterie oder sprechen Sie, wie Genosse Bebel, bei mir auch von einem psychologischen Rätsel (Sehr gut!): ich müßte nicht der Mann sein, der ich bin und als den Sie mich kennen, weil ich mich Ihnen immer offen gegeben habe, wenn ich nicht in mir den Trieb fühlte, hier auch noch als Verteidiger aufzutreten, in einer Sache, die mich nichts angeht, wo mich nicht das geringste eigne Interesse leitet, sondern bloß mein Gefühl. Da will ich zunächst ein Wort über den Genossen Bernhard vorausschicken, auch nur, um der Wahrheit die Ehre zu geben. Ich habe, wie gesagt, den Artikel von Bernhard nicht so tragisch genommen, weil er zwar sehr ungeschickt, sehr unrecht, aber doch gut gemeint war. Das wollen Sie nicht vergessen. Sie haben gesehen, wie dieser junge Mensch gestern in ehrlicher Ueberzeugung und dem Pathos der Reue die Brücken hinter sich abgebrochen hat, einen Teil seiner Existenz geopfert hat, um bei uns zu bleiben. Dieser junge Mensch hat seiner Zeit, als er diesen törichten Artikel schrieb, geglaubt, die Partei verteidigen zu müssen. Es giebt ja in der Berliner Literatenclique, um ein Wort Kautskys zu verwenden, eine Art politischen Ueberbrettltums (Heiterkeit), das aus allen Bechern nascht und nichts ernst nimmt. Diese Leute hatten die Partei angegriffen wegen ihrer Ernsthaftigkeit. Nun hat der gute, junge Bernhard (Heiterkeit) geglaubt, diese Ueberbrettler bekämpfen zu müssen, indem er sie noch überüberbrettelte. (Große Heiterkeit.) Das war falsch, mein junger Freund (Heiterkeit), aber es war gut gemeint, und das verzeihen Sie ihm deshalb bitte. Ich habe vorhin genügend gesagt, daß ich die Moral, die er vertreten hat und die Ungeschicklichkeit, die darin liegt, den Artikel in der „Zukunft" zu veröffentlichen, auf das ernsteste mißbillige, und doch habe ich ihn hier jetzt verteidigen können. Das ist der Grund, weshalb ich früher schon für ihn eingetreten bin. Um einen solchen Fall zu verstehen, muß man den Menschen kennen, und da muß ich sagen: dieser junge Mann, der sich da aufgespielt hat als einer, der jenseits von Gut und Böse in der Politik steht, ist glücklicherweise nicht so. Jeder, der ihn sonst kennt, weiß, daß er in einem sehr gefährlichen Berufe ein hochachtbarer und ehrenhafter Mann geblieben ist. (Lebhafte Zustimmung. Ruf: Niemand hat das bezweifelt.) Es ist aber gut, wenn es einer sagt, denn nach außen macht es sonst den Eindruck, als wenn es nicht gesagt werden könnte.

Nun noch ein andres. Nennen Sie es eine Don Quixoterie oder ein psychologisches Rätsel, aber hören Sie mich ruhig an, wenn ich es unternehme, auch ein Wort für Harden zu sagen; ohne ein persönliches Interesse an der Sache, denn ich habe nie für die „Zukunft" geschrieben, nie von Harden einen Pfennig erhalten. Wenn ich das tue, so folge ich einem Triebe, der mir sagt, in einer Partei, die für Recht und Wahrheit ficht, da soll einem Verfolgten, der sich hier nicht selbst verteidigen kann (Widerspruch), ein Verteidiger zur Seite stehen (Unruhe), natürlich einer, der nichts beschönigt. Ich persönlich mißbillige die Politik, die Harden in seinem Blatte macht, und zwar nicht nur die, welche er gegen die Sozialdemokratie treibt, sondern auch die gegen andre Parteien. Ich mißbillige

auf das schärfste den persönlich-gehässigen Ton mit dem Harden seine Politik betreibt. Das habe ich auch Harden gegenüber ausgesprochen. Aber um ein Wort über Hardens Persönlichkeit zu sagen. Nicht nur der gestern so oft genannte Herr hat eine komplizierte Psychologie, es giebt noch andre Leute, von denen dasselbe gilt. Solche Leute sind nicht leicht zu verstehen und jedenfalls nicht in gerechter Weise zu charakterisieren durch solche Worte wie sie gestern hier gebraucht worden sind; das gilt von dem einen wie von dem andern. Es ist hier nicht der Ort, über die Psychologie Hardens zu sprechen. Diese Versammlung kennt ihn nicht, und auch ich kenne ihn dafür zu wenig. Ich bin mit ihm einige Male, drei-, viermal vielleicht zusammen gekommen und unsre Gespräche galten wesentlich literarischen Dingen. Ueber Hardens Charakter kann ich also nicht viel sagen. Um aber nun Stadthagen zu beruhigen, der vorgestern eine Anspielung gemacht hat: Wenn ich mit Harden zusammen gewesen bin, von mir hat er keine Parteigeheimnisse erfahren. (Stadthagen: Ich habe Vollmar direkt genannt.) Schön, aber es ist gut, vorzubeugen. (Stadthagen: Aus Ihnen hole ich so viel Geheimnisse heraus, als ich nur will, ohne daß Sie auch nur etwas merken. [Heiterkeit und Unruhe.]) Daß sich Stadthagen als diplomatischer Rechercheur und Explorant fühlt, ist das erste, was wir hören. (Heiterkeit.) Er ist dazu so ungeeignet, wie nur möglich. Von mir hat Harden kein Geheimnis erfahren — eher kommt das Umgekehrte vor. Ich will darüber nichts weiter sagen. Die „Zukunft" war an sich ein guter Gedanke. Andre Nationen haben längst Blätter, in denen Politiker der verschiedensten Parteirichtung schreiben. Ich kann keinen Schaden darin finden, wenn wir es in Deutschland ebenso hätten. Also was Harden gewollt hat war gut, aber seine eignen Artikel mit ihrem prononciert persönlichen Charakter haben diese Absicht teilweis vereitelt. An sich ist der Gedanke, eine öffentliche Tribüne zu schaffen, etwas Gutes. Das ist es, was ich zu sagen hatte, nicht um mich mit Harden zu identifizieren, sondern um ihn zu verteidigen. Nun zu einem dritten Punkt. Bebel hat mich dazu heraus gefordert. Er spielte auf meinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften": „Der 16. Juni" an. Da heißt es in den Schlußworten, daß ich von der Partei beanspruche: Freiheit im Denken und Einheit im Handeln! Das nennt Bebel anarchistisch. Ich möchte erklären, wie das gemeint ist; ich meine zwar, daß das schon aus dem Zusammenhang hätte entnommen werden können. „Freiheit in den Grundsätzen und im Denken", — das soll nach meiner Meinung nicht etwa heißen, daß einer zu uns kommen könnte, der Agrarier oder Konservativer oder Antisemit ist und sich bloß Sozialdemokrat nennt und daß wir ihn dann als Genossen respektieren sollten. Das meine ich nicht, aber auch Genosse Kautsky giebt ja zu, und das ist eine der besten Errungenschaften dieser jahrelangen Polemik, daß unumwunden allen Erklärungen, auch von der — sagen wir mal — orthodoxen Seite vorangeschickt wird: Wir wollen nicht die Meinungsfreiheit in der Partei antasten. (Bebel: Die ist niemals angetastet worden! Unglaublich! Große Unruhe.) Was wollen Sie denn? Ich halte es für eine Errungenschaft, daß das jetzt so deutlich betont wird. (Lachen.) Auch Kautsky ist jetzt der Ansicht, daß man in theoretischen Dingen verschiedener Meinung sein könne, natürlich nicht in allen, sondern in einigen, in diesem oder jenem Punkt. Mehr habe auch ich nicht sagen wollen. Daß jemand, der sich zur Partei rechnet, das Programm anerkennt, die Hauptgrundsätze der Partei billigen muß, ist so selbstverständlich wie irgend etwas. (Unruhe.) Ich verlange bloß, daß eine Partei, die drei Millionen Anhänger hat, im einzelnen duldsam ist und möglichste Freiheit der Meinung gestattet. Ich begreife nicht, wie man mich wegen dieser Aeußerung angreifen kann. Daß dagegen eine politische Aktion nur geschlossen unternommen werden kann, das habe ich bei jeder Gelegenheit hervorgehoben. Es ist selbstverständlich, daß sich die Minderheit der Mehrheit in allen taktischen Fragen fügt, das erkläre ich auch hier. Es ist selbstverständlich, daß man im

Kampfe nicht diskutiert und sich nicht untereinander streitet, sondern die Front gegen die Gegner nimmt. Es sollte wenigstens selbstverständlich sein.

In einer Versammlung im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreise hat Zubeil erklärt, wenn wider Erwarten in der Vizepräsidenten-Frage auf dem Parteitag Bernsteins Anschauung durchdringen sollte, dann würde das als ein Schnitt durch das Tischtuch gelten. Das ist nicht Einheit im Handeln! Es ist ja ganz ausgeschlossen, daß das geschieht, aber es würde sich auch in diesem Fall die Minderheit zu fügen haben. Es ist aber Einheit im Handeln, was von mir und von der Seite, zu der man mich rechnet, stets erklärt worden ist: „Wir akzeptieren die Taktik der Partei, wir wollen die gegebene Taktik der Partei betreiben. Wir wollen nicht auf eignen Wegen gehen, sondern nur die Wege der Partei und wir binden uns an das, was die Partei beschließt". Das nenne ich Einheit im Handeln, und wenn ich am Tage nach der Wahl diese Notwendigkeit der Freiheit im Denken und der Einheit im Handeln betont habe, so scheint mir das eine ganz angemessene Betrachtung am Tage nach dem Siege. (Vereinzeltes Bravo!)

Göhre: Die gestrige Rede Bebels war durchsichtig und klar aufgebaut. In ihrem ersten Teil beschäftigte er sich mit der „Zukunft" und ließ an ihr so wenig, als ihm zu lassen beliebte; im zweiten Teil versuchte er eine Ehrenrettung seines Freundes Mehring, und zwar verwendete er alle Mittel, selbst seine große und opfervolle Vergangenheit führte er vor, um auf diesem leuchtenden Hintergrunde Mehrings Vergangenheit zu schildern und als ein „psychologisches Rätsel" zu entschuldigen! (Große, anhaltende Unruhe. Rufe: Schrecklich!) Und dann kam ein dritter Teil, in dem er allen Genossen, die mitgearbeitet haben an der „Zukunft", und mir vor allem, die größten Beleidigungen ins Gesicht schleuderte (Vielfaches: Sehr richtig! Große Unruhe.), die je auf einem Parteitag nach meiner Erinnerung einem Parteigenossen ins Gesicht geschleudert worden sind! (Wiederholte Rufe: „Sehr richtig!" „Mit Recht!") Sie sagen „mit Recht!", wir werden davon reden! Dann kam sein vierter Teil, in dem er das Problem der Mitarbeit rein sachlich behandelt hat. Sie werden es mir ersparen, auf diesen an sich wichtigsten vierten Punkt jetzt noch einzugehen. Darum handelt es sich in diesem Augenblick nicht mehr und auch für mich nicht mehr. Ich habe nur von dem dritten Teil zu reden, und da habe ich daran zu erinnern, wie der Genosse Bebel unter dem Beifall einer großen Anzahl von Parteigenossen, nachdem er die „Zukunft" und den Artikel den die „Zukunft" im vorigen Herbst beim Zollkampfe brachte, geschildert hatte, wörtlich sagte: „Geschwiegen hat man darauf, weiter an der „Zukunft" gearbeitet, das Geld haben sie eingesteckt (große Unruhe), die Partei mußte sich beschimpfen lassen, und nun frage ich einen jeden: Was verdient derjenige für ein moralisches Urteil, der es unter solchen Umständen über sich gewinnt, für die „Zukunft" weiter zu schreiben?" Er hat ferner gesagt: „Die Braun und Göhre, die diesen Kampfartikel gelesen, sie hätten sich schämen müssen" (Vielfache Rufe: Sehr richtig! Stadthagen ruft: Tun Sie es nachträglich! Große Unruhe.) — Ihnen antworte ich nicht, Genosse Stadthagen — ihre Ehre hätte sie daran verhindern müssen (Lebhafte Zustimmung), nicht bloß ihre Partei-Ehre, sondern die Ehre als öffentlicher Charakter (Laute Rufe: Sehr richtig!), sie haben sich mit Bewußtsein von Herrn Harden bezahlen lassen, sie sind Marodeure, ihnen ein Pfui! (Vielfache Rufe: Sehr gut! Sehr richtig!) Ich stelle das fest! Und darum handelt es sich für mich. Durch diese Angriffe ist meine Ehre nicht bloß vor dem Parteitag nicht bloß vor der ganzen Partei Deutschlands, sondern vor aller Welt, wohin die Rede Bebels dringt, aufs schmählichste in den Staub gezogen worden (Lebhafte Bewegung) und ich habe die Pflicht, wenn ich mich selber achten will und weiter achten will, gegen diese Behandlung zu protestieren. (Sehr richtig!) Darum müssen Sie mir schon erlauben, in diesem für mich entscheidungsvollen Augenblick

einen ganz kurzen Rückblick auf meine Vergangenheit zu werfen. (Große Unruhe. — Rufe: Sie Sozialdemokrat! Anhaltende Zurufe.)

Singer: Ich wiederhole mein Ersuchen an die Mitglieder des Parteitags, durch Ruhe unsre Verhandlungen zu fördern und sie nicht durch Unruhe zu erschweren. Wir alle stehen unter dem Eindruck, daß wir, so notwendig es auch ist, diese Fragen in aller Gründlichkeit zu beraten, doch auch die andren uns beschäftigenden Gegenstände ebenfalls gründlich und ausführlich erledigen müssen. Je ruhiger die Verhandlungen geführt werden, je weniger Sie sie durch Zwischenrufe, durch Lärm und durch Erwiderung des Redners verlängern, desto eher werden wir zum Ziel kommen. Ich bin fest entschlossen, jedem Redner die notwendige Ruhe zu schaffen, aber ich habe das dringende Verlangen, von dem Parteitag darin unterstützt zu werden. (Beifall.)

Göhre (fortfahrend): Fürchten Sie nicht, daß ich lange von meiner Vergangenheit rede. Aber weil auch im Laufe der letzten zwei Tage teils versteckt, teils offen von mir geredet worden ist als von einem „hergelaufenen Menschen", der in die Partei hineingekommen ist als ein beliebiger XY, und weil auch Bebel vor diesem hergelaufenen Akademiker und damit vor mir gewarnt hat und das größte Mißtrauen gesät hat, darum bin ich verpflichtet, darzulegen, daß ich nicht der hergelaufene XY bin.

Meine öffentliche Vergangenheit datiert seit 1890, und seitdem hat mein Auftreten im öffentlichen Leben überall den Grundcharakter gehabt, daß ich gekämpft habe für die proletarischen Interessen der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Ich habe dies damals bewiesen, als ich drei Monate Fabrikarbeiter war. Das war damals so ernst für mich, daß ich beschlossen hatte, mein Leben lang Fabrikarbeiter zu bleiben, um mit den Arbeitern zu leben. (Bravo!) Sie mögen das als einen religiösen oder sonstigen Optimismus und als eine Schwärmerei auslegen, es ist eine Tatsache, und ich habe damit bewiesen, wie ernst es mir ist. Schon meine Arbeit „Drei Monate Fabrikarbeiter" hat es dann fertig gebracht, daß mir hier in meinem engeren Vaterlande, in Sachsen, in Dresden, das Konsistorium, als ich eine Pfarrstelle haben wollte, nicht direkt, aber indirekt die Türe vor der Nase zugemacht hat. Ich ging nach Berlin und wurde dort Sekretär des Evangelisch-Sozialen Kongresses, und wieder habe ich überall die Leute, deren Beeinflussung mir möglich war, auf die proletarischen Interessen hingewiesen, um ihnen die gewaltige Sache zu zeigen, die in der Sozialdemokratie vertreten ist. Ich bekam als Lohn die Verfolgung, die Freiherr v. Stumm über mich verhängte, und die Aechtung für meine Kollegen und mich. Ich mußte gehen, weil es schließlich mit dem Evangelisch-Sozialen Kongreß nicht mehr vorwärts ging, und wurde Pastor in Frankfurt an der Oder. Es sind Genossen hier, die meine dortige Wirkungsweise gekannt haben. Ich habe auch dort im Interesse der Arbeiterklasse gearbeitet und bekam den Ehrennamen Arbeiterpastor und schon nach einem halben Jahre wurde der Militärboykott über meine Kirche verhängt. (Heiterkeit.) Das ist eine einzigartige Erscheinung: Die ganze Garnison hatte unter der Hand Befehl, nicht in meine Kirche zu gehen. Sechs Wochen hintereinander hat dann, nach mir zugegangenen Mitteilungen, ein Staatsanwalt zu meinen Füßen gesessen, um mich zu hören und, wie man mir gesagt hat, eine Anklage wegen Verkündung sozialistischer Irrlehren von der Kanzel gegen mich einzureichen. Damals bestand schon der Erlaß des preußischen Ober-Kirchenrats, wonach kein Pastor in eine öffentliche Versammlung gehen durfte. Ich habe mich daran nicht gekehrt, wie ich mich überhaupt nicht an Autoritäten zu kehren pflege, wenn ich im Recht zu sein glaube. (Unruhe.) Ich habe mich deshalb auch an den preußischen Ober-Kirchenrat nicht gekehrt. Ich bin in die Versammlungen gegangen und dem Versammlungsbesuche folgte prompt eine Anzeige des damaligen Regierungspräsidenten v. Puttkamer, und es kam Rüge über Rüge. Ich bin im Oderbruch herumgekrochen und habe die Arbeiterverhältnisse dort ge-

schildert; es kamen Disziplinaruntersuchungen, so lange bis es nicht mehr ging, bis ich ging. Dann kamen die zwei Jahre meiner nationalsozialen Arbeit, die ganz ausgefüllt waren mit dem Kampfe für die Interessen des proletarischen Sozialismus, im Gegensatz zu meinen Freunden. Als ich sah, daß auch das nicht ging und die Oeynhausener Kaiserrede kam, habe ich auch diese Sache hingeworfen und bin Sozialdemokrat geworden. (Bravo!) Ist das die Arbeit eines hergelaufenen „X Y"? (Rufe: Nein!) Weiter! Bebel muß mir bezeugen, als ich im Sommer 1899 mit ihm geredet habe und ihm den Entschluß, zur Partei zu gehen, mitgeteilt habe, daß ich ihm erklärt habe, es sei meine Absicht, ein paar Jahre in Ruhe und Zurückgezogenheit zu leben. Es gelang mir nicht; ich wurde von allen Seiten aufgefordert und als dann im Frühjahr 1900 die Chemnitzer kamen und mich baten, über meinen Uebertritt zu reden, da habe ich es getan. Ich habe mich auch dabei nicht vorgedrängt, und wenn ich dann da in Chemnitz geredet habe, wie es mir gut schien und wie ich es nicht besser zu können glaubte, so haben Sie kein Recht, aus dieser Rede mir einen Vorwurf zu machen dahin, daß ich mich vorgedrängt hätte. Dann ist diese Rede veröffentlicht worden und in 500 000 Exemplaren als Agitationsbroschüre verteilt worden, ein Erfolg, den, wie mir gesagt worden ist, bisher keine Agitationsbroschüre erreicht hat. (Rufe: Na, na!) Es ist mir das in der Buchhandlung des „Vorwärts" gesagt worden. Ich renommiere damit nicht, aber ich erkläre: auch diese Broschüre habe ich nicht veröffentlicht, auch an dieser Broschüre habe ich keinen Pfennig verdient, ich habe das gehen lassen, weil es an mich herantrat. Wie wenig ich mich vorgedrängt habe, beweist, daß ich die Hunderte von Aufforderungen, dieselbe Rede über meinen Uebertritt in Chemnitz noch einmal zu halten, alle abgelehnt habe, weil es mir taktlos erschien, mit dieser Rede hausieren zu gehen. Wo bleibt da die Neigung, sich vorzudrängen? Als dann von drei Wahlkreisen zugleich die Aufforderung an mich kam, als Kandidat mich aufstellen zu lassen, da habe ich es müssen, und ich wäre ein Esel und ein Pflichtvergessener gewesen, wenn ich das darin ausgedrückte Vertrauen zurückgewiesen hätte, und ich habe gerade in Sachsen die Kandidatur angenommen, in dem Lande, in dem ich, weil es mein Heimatland ist, glaubte am meisten Bescheid zu wissen. Ich frage die sächsischen Genossen namentlich aus dem Erzgebirge, ob ich nicht mit aller Kraft versucht habe, meine Pflicht zu tun von Anfang bis zu Ende (Bravo!), bis in die letzten Tage hinein. (Zustimmung.) Hunderte von Versammlungsangeboten sind an mich gekommen, ich habe sie abgelehnt, ich habe geglaubt, hauptsächlich in Sachsen wirken zu können, immer nur da, wo ich dazu aufgefordert bin. Ist das Hervordrängen? Wenn ich nicht gearbeitet hätte, so hätten meine Gegner gesagt: „Seht den Akademiker, da ist er in der Partei, aber arbeiten tut er nicht!" (Sehr richtig!) Und nun, wo ich arbeite, da sagen Sie: „Seht den Akademiker, wie er arbeitet, wie er sich vordrängt!" Ist es denn ein Verbrechen, daß ich in Mittweida den Wahlkreis mit habe erobern helfen? (Zurufe: Es scheint so!) Es schiene allerdings beinahe so, wenn ich nicht wüßte, daß aus manchem Munde, der mir daraus einen indirekten Vorwurf macht, der Neid spräche! (Große Unruhe. — Zuruf: Das ist aber nicht christlich! —) Seien Sie doch stille vom Christentum! Was verstehen Sie denn vom Christentum? (Unruhe.) — Also, wer kann mir, wenn er diese meine Vergangenheit übersieht, einen Flecken auf meiner Ehre nachweisen? Er soll jetzt aufstehen, er soll es sagen. Ich habe auch meine Opfer gebracht; ich bin nicht im Gefängnis gewesen (Ruf: Kommt noch!), aber in meiner Weise — auch das sage ich selbst auf die Gefahr hin, in den Verdacht zu kommen, daß ich renommieren will, in diesem Augenblick ist es Pflicht es zu sagen — in meiner Weise habe auch ich Opfer gebracht. Ich habe meinen Beruf und mein Einkommen daraus verloren, ich habe meine gesellschaftliche Stellung verloren, ich habe meine Familie zum Teil verloren, aber

meine Ehre habe ich bis gestern nicht verloren. (Beifall.) Es ist dem Parteigenossen August Bebel vorbehalten geblieben, meine Ehre gestern vor aller Welt in den Staub zu ziehen. Und warum? Weil ich vier Artikel in der „Zukunft“ geschrieben habe, vier Artikel in den vier Jahren, wo ich Parteigenosse bin! Und was hat in diesen Artikeln gestanden? Es sind zwei Artikel, die sich mit religiösen Problemen befaßt haben. In unsrem Programm steht der Satz von der Religion als Privatsache (Sehr richtig!) und auf Grund dieses Programmpunktes habe ich mich in diesen vier Jahren gehütet, innerhalb des Parteilebens von meiner Religion zu reden oder dafür Propaganda zu machen. Ich habe einmal vor etwa drei Jahren in Berlin zwei Vorträge über Religion und Sozialdemokratie gehalten. Da hat es sich — lesen Sie selbst den einen Leiter in der „Neuen Zeit“ von damals — für mich nicht darum gehandelt, Propaganda für Religion zu machen, sondern zu fordern, daß die Literatur der Partei über die religiöse Frage revidiert werden müßte entsprechend der Entwicklung der religiösen Literatur im allgemeinen. Sie können darüber anders urteilen, aber Sie müssen zugeben — und auch die „Neue Zeit“ hat, wenn ich mich recht erinnere, es damals zugestanden — daß das ein diskutables Problem ist, das nicht an dem Satz der Religion als Privatsache irgendwie tippt. Freilich einige Jahre später hat die „Leipziger Volkszeitung„ auf Grund dieser Rede in Leipzig verbreitet, ich habe damals religiöse Propaganda machen wollen, obgleich urkundenmäßig laut dem Artikel der „Neuen Zeit“ das Gegenteil feststeht. Ich habe damals protestiert durch Eingesandt, es ist mir bestritten worden. Es war, ich glaube, auch in der „Leipziger Volkszeitung“, wo man mir in diesem Zusammenhang gesagt hat: Ja, der Göhre, das ist eine ganz besondere Spezialität von Revisionismus; der Vollmar will den politischen Revisionismus, Bernstein den wirtschaftlichen, und Göhre ist der Vertreter des religiösen Revisionismus. Nie habe ich über diese religiösen Dinge in der Partei geredet, aber ich wahre mir das Recht, in meinem sonstigen Leben die religiösen Anschauungen zur Geltung zu bringen, die ich habe, nur unter der Bedingung, daß ich nicht die Kirche unterstütze, die nicht die Vertretung der Religion im wahren Sinne, wie mir scheint, ist, sondern eine gefährliche Erscheinung des Klassenstaates, gegen den wir kämpfen. Und darum habe ich die Kirche bekämpft, aber im übrigen mich nicht gescheut, meine religiösen Gedanken zu vertreten. Und da ich auf Grund des Satzes „Religion ist Privatsache“ sie innerhalb der Partei nicht vertreten konnte, so habe ich mir ein Organ gesucht — und es giebt wenige Organe, die sich eignen — und die „Zukunft“ gefunden. Genossin Zetkin hat schon von dem Kaiser-Artikel gesprochen. Wer den Artikel liest, findet, daß er darauf hinausläuft, daß die religiösen Anschauungen des Kaisers, den man immer als einen so modernen Menschen hinstellt, durch und durch auf dem Boden der mittelalterlichen Vergangenheit ruhen. (Hört! hört!) Indem ich das getan habe, habe ich eine Kritik kaiserlicher Anschauungen geübt, die gerade derjenige billigen müßte, der in der Vizepräsidentenfrage uns bekämpft. Der zweite religiöse Artikel handelte über „Religion als Schöpfung“; es war ein geschichtlicher Rückblick, wie die Theologie der Jahrhunderte den ganzen Dogmenbau allmählich abgetragen hat und heute auf dem Punkte steht zu zeigen, daß man vor dem religiösen Bankrott steht, — durch die Leistungen gerade der protestantischen Theologie. Kann das nicht vielmehr aufgefaßt werden als Dienst an die Geanken, die hierüber in der Partei bestehen? Der dritte Artikel beschäftigte sich it dem Konsumvereinswesen. Das Konsumvereinswesen ist in Hannover als utrales Gebiet erklärt worden und ich bin berechtigt, über diese Dinge zu hreiben. (Zuruf: Aber wo?) Das kommt noch! Und was habe ich geschrieben? ch habe damals — es war gerade die Zeit der großen Krachs — gegenüberestellt das Aufsichtsratswesen in den Banken und in den Konsumvereinen; ich be gezeigt, wie dort Korruption, hier Tüchtigkeit vorhanden ist, habe gezeigt,

wie die Arbeiter-Aufsichtsräte arbeiten und um ein paar Pfennige ihre freie Zeit opfern und habe schließlich diese Leistungen aus dem Milieu und den allgemeinen Zusammenhängen zu erklären versucht. Dieser Artikel klang in eine Verherrlichung der Arbeiterklasse und der Konsumvereine aus. Ist das ein Verbrechen? Und der vierte Artikel für die „Zukunft“ ist nichts andres als die Rede, die ich in Chemnitz über meinen Uebertritt gehalten hatte und die in 500 000 Exemplaren als Partei-Agitationsbroschüre verteilt worden ist. Das war meine erste Arbeit für die „Zukunft“ und als diese Arbeit, die die schwersten Angriffe gegen die herrschende Gesellschaft und ein absolut klares Bekenntnis zur Arbeiterpartei enthielt, von Harden aufgenommen wurde, da habe ich mir gesagt: die „Zukunft“ ist ein Sprechsaal, in dem ich veröffentlichen kann, was ich will. In der „Zukunft“ bin ich nur verantwortlich für das, was ich schreibe. In Wahrheit besteht jede Nummer der „Zukunft“ aus so viel Nummern, als es Artikel darin giebt; jeder hat dabei nur für seine Sache einzustehen. Ich frage: Ist das ein Verbrechen? Es ist gestern als Verbrechen gestempelt worden. Freilich, bei Mehring ist alles psychologisches Rätsel! (Sehr gut!) Und bei Liebknecht, den ich aufs tiefste verehre, ist solche Mitarbeit nur Dummheit, die gerade dazu da war, gemacht zu werden. Bei uns ist es ein Verbrechen! (Bebel: Sehr richtig!) Genosse Bebel sagt: Sehr richtig! (Bebel: Jawohl, sehr richtig!) Ich möchte doch noch um eine Minute um Geduld bitten. Ich weise darauf hin, daß ich in dieser ganzen Debatte bis heute mäuschenstill gewesen bin. Das Bureau ist Zeuge, daß ich erklärt habe: ich habe nicht die Absicht, mich an der Debatte zu beteiligen. Ein Brief an den Genossen Borchard ist Beweis, daß ich erklärt habe: Ich will bis auf weiteres die Mitarbeit an der „Zukunft“ aufgeben. Es sind mir im Laufe der mehrmonatlichen Debatte in der Tat Zweifel aufgestiegen, und zuletzt so stark geworden, daß ich mir sagte: Hätte ich das gewußt, so hätte ich nicht mitgearbeitet. (Unruhe.) Und weil ich mir das sagte, beschloß ich, stille zu sein. Ich erkläre ganz frei weg: ich habe diese Dinge über die „Zukunft“ nicht gewußt. Genosse Bebel hat erklärt, das hätte ich wissen müssen. Was ich gewußt habe, waren die zwei Artikel von 1892 über das „Sechseläuten“ und „Die roten Primadonnen“. Dann habe ich jahrelang mich um die „Zukunft“ nicht gekümmert. Ich habe seitdem die „Zukunft“ hier und da gelesen. Von dem Vorstoß Hardens im Zollkampf habe ich nichts gewußt, soviel ich weiß, hat auch keine Parteizeitung davon Notiz genommen. Und wenn Sie (zu Bebel) mir einen Vorwurf machen, dann dürfen Sie, Genosse Bebel, der Sie gestern gegen bestimmte Personen so gnädig und nachsichtig waren, mir nicht den Vorwurf des Verbrechens daraus machen, sondern höchstens den, daß ich zu flüchtig gewesen bin, daß ich in diesem Punkt zu oberflächlich war, daß ich die 40 Bände der „Zukunft“ nicht durchgelesen habe, bevor ich mitarbeitete, daß ich einfach die „Zukunft“ als einen Sprechsaal betrachtete, an dem ich mitarbeiten dürfe. Allerdings haben mich damals mehrere Freunde gefragt: Kennst Du die Vergangenheit Hardens nicht? Ich habe mir gesagt, daß mich das nicht hindert, mich seiner „Zukunft“ zu bedienen. So stehe ich vor Ihnen als einer, der so flüchtig und oberflächlich, so harmlos und so sorglos gewesen ist, an der „Zukunft“ mitzuarbeiten, weil — ich diesen einen schweren Artikel nicht gekannt habe. Und anstatt daß Genosse Bebel den Versuch gemacht hätte, das festzustellen, hat er mit einem Schlage das zum größten Verbrechen gestempelt. Wenn Bebel wirklich um diese Frage im Inte[...] der Partei solche Sorge gehabt hätte: warum hat er mich nicht im vorigen He[...] oder Frühjahr hergenommen? (Bebel: Sehr gut! Ich bin kein Schulmei[...] Große Unruhe.) Sie haben gestern geschulmeistert! Sie haben gestern n[...] gewiesen, daß Sie die „Zukunft“ schon sehr lange kennen, daß Sie sie s[...] lange für so verderblich halten; Sie mußten wissen, daß wir mitarbeiteten, [...] wenn Sie das für so gefährlich hielten, mußten Sie mir eine Karte schrei[...] Lieber junger Genosse, kommen Sie mal zu mir. (Lachen.) — Genosse Bebel,

wissen, wie ich zu Ihnen gestanden habe (Bebel: Ich weiß nichts!), mit welcher Verehrung ich zu Ihnen aufgeblickt habe. (Zuruf Bebels.) Ich sage das nicht, um Ihr Wohlwollen zu erwerben, Genosse Bebel, sondern weil es die Wahrheit ist. Es wäre die Pflicht Bebels, der sich hier gestern als Hüter der Partei aufgespielt hat, gewesen, mich zu warnen, der ich dieser hergelaufene Akademiker bin, der keine Fühlung mit dem Proletariat hat und nicht weiß, was Klassenkampf ist! Sie (zu Bebel) hätten mich erziehen sollen in diesem Punkt. Wenn Sie es nicht getan haben, haben Sie entweder der Sache keinen so großen Wert beigelegt (Sehr richtig!), oder es könnte sogar bei Fernerstehenden die Vermutung aufkommen, daß die ganze Sache bis heute aufgespart worden ist, um schließlich gleichsam eine Falle zu schaffen, in die man hineinkommt (Oho!-Rufe. Große Unruhe.), und dann wird die Klappe zugemacht. (Große Unruhe.) Ich sage nicht, daß ich das behaupte; es ist auch ganz gleichgültig. So steht's jetzt nicht mehr, es steht jetzt viel ernster. Aus den Reden von Hoffmann, Zubeil und Bebel ist mir ganz klar geworden: Man will mich und einige andre Genossen opfern, um Mehring der Partei zu erhalten. (Lachen und große Unruhe. Beifall. Bebel ruft: Dieser Größenwahn!) Genosse Bebel, warum haben Sie mich denn gestern größenwahnsinnig gemacht? (Große Unruhe und Beifall.) Sie haben mich so ehrlos gemalt, damit auf diesem Hintergrund Ihr Freund Mehring als reiner Engel und psychologisches Rätsel erscheinen kann. (Sehr gut!) Uebrigens eine Bemerkung in Parenthese, aber eine sehr wichtige Bemerkung. Der Artikel der „Neuen Zeit", der überschrieben ist „Konzessionsschulzes", citiert die Stelle des Bernhardschen Artikels, wonach Parteiführer manches verschweigen müssen, um die Massen zu erziehen. Nun hat die „Leipziger Volkszeitung" vom 28. Februar 1903 einen Artikel unter Politische Uebersicht: „Vor 40 Jahren". Der Artikel ist nicht gezeichnet; jedenfalls ist er aber doch von dem Chefredakteur gekannt; nach seinem Stil könnte er sogar von Mehring verfaßt sein. Er handelt über Lassalle und sein offenes Antwortschreiben.

Da steht wörtlich: „Es hat die geschichtliche Größe Lassalles mitbegründet, daß er, treu dem agitatorischen Princip, das er einmal in einem Briefe an Marx entwickelt hatte — das mangelnde Bewußtsein einer unterdrückten Klasse durch zeitweiliges Verschleiern oder Zurücktretenlassen der revolutionären Ideen zu gewinnen, um sie nachher durch dieses klug eroberte Stück Wirklichkeit zur ganzen Wirklichkeit zu machen." (Hört! hört!) Was heißt denn das? Was bei Lassalle als höchste taktische Leistung hingestellt wird, das gilt als Jesuitenmoral, wenn es Bernhard sagt. (Widerspruch und Zustimmung.) Wollen Sie das auch als psychologisches Rätsel erklären, Genosse Bebel? Jedenfalls habe ich gestern unter dem Eindruck gestanden, und bin aufs festeste davon überzeugt, daß man meine Ehre skrupellos angegriffen hat, um einen Freund zu decken. (Widerspruch). Und ich wäre in der Tat ein Ehrloser, ich hätte keinen Funken demokratischen Gefühls in mir, wenn ich diesen Schlag auf meine Ehre, Genosse Bebel, nicht erwiderte, wenn ich nicht sagte: Auch einem Parteiführer, der die Ehre eines bis jetzt tadellosen Menschen beschmutzt, um einen Freund zu decken, dessen Ehre in den Augen vieler schon längst als ramponiert erscheint, auch diesem Parteiführer, ja ihm allein gehört ein Pfui! (Unruhe, vereinzelter Beifall).

Hoffmann-Nowawes verzichtet im Interesse der Angegriffenen aufs Wort. (Bravo!)

Seger-Leipzig: Es mag ja vermessen erscheinen, in diese Akademikerdebatte einzugreifen, aber gestatten Sie mir zu sagen, wie ein einfacher Arbeiter die Sache betrachtet. Harden kann mit der Debatte zufrieden sein, für ihn ist Reklame gemacht von den Herren Akademikern wie noch nie. (Sehr richtig!) Aber die Debatte war nicht vergeblich, wenn auch im entgegengesetzten Sinne wie

nach Ansicht gewisser Genossen. Braun meint, was wollt ihr denn, wir haben ja nicht angefangen, und Göhre bestreitet, daß er für die Religion Propaganda gemacht hat. Nun, auf einem Gewerkschaftsfest in Leipzig forderte er die Arbeiter auf, sie sollten sich ihren Heiland nicht nehmen lassen. (Hört! Hört!) Gehört das in eine Parteiversammlung? (Sehr richtig!) Auer ist es, der den Akademikern immer den Rücken deckt, ich erinnere an seinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“, wo er Marx, Engels, Liebknecht herbeiholt, um die Akademiker zu entschuldigen. Warum zieht denn Auer nicht die Akademiker aus ihren Schlupfwinkeln in Berlin hervor und verschafft ihnen Stellen als Provinzredakteure? Aber das paßt den Herren nicht, denn da müssen sie ja arbeiten. (Sehr richtig!) Ganz unzutreffend ist der Vergleich der Mitarbeit an gegnerischen Blättern mit dem Auftreten eines Genossen in gegnerischen Versammlungen, denn in Versammlungen bekämpft man die Gegner, in der bürgerlichen Presse aber nicht. Weiter kommt in Betracht, daß die „Zukunft“ gegen uns im Wahlkampf ausgeschlachtet wird; das gilt namentlich für die Artikel von Göhre über Religion. Am Schluß seiner Rede sagte Braun, die Debatte sei niemand erwünschter als dem Berliner Polizeipräsidium. (Braun: Habe ich nicht gesagt!) Doch. Entweder war sich Braun der Tragweite seiner Worte nicht bewußt, oder er wollte sagen, daß Genossen im Dienste der Polizei stehen. Wäre das der Fall, dann wären Sie, Genosse Braun, der moralische Urheber, denn Sie haben ja die Leute der Partei aufgedrängelt. Man spricht so viel von Unterdrückung der freien Meinung. Wenn es je eine Heuchelei gegeben hat, so ist es dies Argument. Haben die Akademiker etwa geglaubt, daß sie dadurch, daß sie den Spieß umdrehen, in eine bessere Situation gekommen sind, so irren sie sich. Dieser Parteitag wird nur dazu beitragen, uns die Akademiker noch mehr zu verekeln.

Dr. **Heinrich Braun**: Nach den hageldichten Angriffen und Vorwürfen, die auf mich niedergegangen sind, muß ich noch einmal das Wort ergreifen. Ueber die „Zukunft“ kann ich sehr unbefangen sprechen, denn ich für meine Person habe nie eine Zeile darin veröffentlicht, obwohl ich vielleicht ein Dutzend Mal von dem Herausgeber dazu aufgefordert worden bin. Meine Frau ist seit Monaten entschlossen, niemals wieder eine Zeile für die „Zukunft“ zu schreiben. Dieser seit Monaten feststehende Entschluß ist heute natürlich um so gesicherter, denn ich stehe nicht an, zu erklären, daß bei dem ganz außerordentlichen Interesse, das wir alle an einmütigem Zusammenarbeiten und brüderlichem Handinhandgehen haben, jeder von uns die Pflicht hat, Opfer zu bringen, wenn dadurch Störungen des guten Einvernehmens zu vermeiden sind, natürlich nicht Opfer der prinzipiellen Ueberzeugung, wohl aber Opfer im Rahmen praktischen Handelns. Ob man an der „Zukunft“ mitarbeitet oder nicht, ist eigentlich noch weniger als eine Bagatelle. Meine Frau z. B. hat im Durchschnitt jährlich noch nicht einen Artikel für die „Zukunft“ geschrieben, und es wäre noch weniger geworden, wenn nicht die „Neue Zeit“ wiederholt Beiträge von ihr abgelehnt hätte. (Hört! hört!) Auch der letzte Artikel meiner Frau, der in der „Zukunft“ erschien, ist von der „Neuen Zeit“ abgelehnt worden; die „Neue Zeit“ ist nebenbei die einzige Zeitschrift, die jemals einen Artikel meiner Frau abgelehnt hat. Die Frage der Mitarbeit an der „Zukunft“ wäre sehr einfach und ohne Aufregung zu erledigen gewesen, wenn man sie ohne persönliche Ranküne behandelt hätte. Nur die Artikel von Mehring und Kautsky haben der Sache den Charakter gehässiger Schärfe gegeben, [illegible] auch Bebel, der wegen seiner hervorragenden Stellung ganz besonders jedes [illegible] zu wägen hätte, hat gestern weder das richtige Maß, noch den richtigen [illegible] gefunden. (Rufe: Doch nur Ihrer Ansicht nach! — Der Ton war sehr h[illegible] erfrischend!) Will man nicht auf das äußerste ungerecht sein — und auch ge[illegible] den Gegner, glaube ich, ist Gerechtigkeit am Platze —, so muß man sagen, [illegible] die „Zukunft“ ein Blatt ist, an dem die hervorragendsten Gelehrten, die bedeute[illegible]sten Schriftsteller und Künstler aller Länder mitarbeiten. Weiter steht es fest,

in der „Zukunft“ die Aeußerungen jeder Partei unverkürzt und unverfälscht zum Ausdruck gebracht werden, auch Aeußerungen von Vertretern unsrer Partei. Endlich wollen Sie beachten, daß bis auf diesen Parteitag, solange die „Zukunft“ besteht, niemals gegen die Mitarbeit an dieser Zeitschrift auch nur eine Sterbenssilbe gesagt worden ist, und niemand hat bis vor kurzem wissen können, daß sich gegen die Mitarbeit an der „Zukunft“ in weiten Kreisen Mißstimmung herausgebildet hatte.

Als gestern Bernhard aus den Schriften von Mehring einige Stellen vorlas, eine winzige Zahl unter der hundertfachen Zahl vielleicht noch weit schlimmerer Stellen, da hat sich unter dem Eindruck dieser beispiellosen literarischen Nichtswürdigkeiten die Entrüstung und Empörung darüber in manchen Momenten bis zur Siedehitze gesteigert, und während Bebel diesen Mann, der in der Publizistik aller Länder — zur Ehre meines Berufes sei es gesagt — eine ganz einzige Stellung hat, während Bebel dieser Person Lorbeerkränze auf ihr würdiges Haupt setzte und sie glorifizierte, ich weiß nicht ob mit Absicht, aber sicherlich der Tat nach, hat er den Mitarbeitern der „Zukunft“ samt und sonders, also den hervorragendsten Gelehrten, Schriftstellern und Künstlern aller Länder und einer Reihe von braven und wenn wir von Berthold absehen, vollkommen tadellosen Genossen, wegen ihrer Mitarbeit die Ehre abgesprochen. Ist das erhört, ist das erlaubt? Ich erwarte von Bebel, der sich dadurch auszeichnet, daß er, wenn er einen Fehler gemacht hat, ihn, sobald er ihn einsieht, auch bekennt, ich erwarte von Bebel, daß er das schwere und bittere Unrecht durch eine Erklärung gut zu machen sucht. (B e b e l: Mir fehlt nur die Einsicht! Heiterkeit.) Bis dahin will ich über den peinlichen Zwischenfall weiter nichts sagen.

Und nun zu der viel peinlicheren, aber auch viel ernsteren Affäre Mehring! Ich schicke voraus, daß an dieser Debatte nicht ich die Schuld trage; unsre Beschwerde an den Vorstand enthält den urkundlichen, im Bericht des Vorstandes nicht mitgeteilten Beweis dafür, daß wir es durchaus vermeiden wollten, diese Sache in die Oeffentlichkeit zu bringen, weil wir voraussahen, daß die Veröffentlichung solche Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Der Parteivorstand wäre nach meiner Meinung verpflichtet gewesen, diese Voraussicht auch zu haben, um so mehr, als ich persönlich ihn darauf hingewiesen habe. Also, g e g e n m e i n e n W i l l e n hat die Debatte hier stattgefunden. Es war Edmund Fischer, der sich das Verdienst erworben hat, der Katze die Schelle umzuhängen. Ich für meine Person war ganz besonders herausgefordert, hier zu sprechen, einmal durch die Darstellung unsrer Beschwerde im Vorstandsbericht, sodann durch die Art, in der Pfannkuch mit ungewöhnlicher Schärfe in seinem Referat sich gegen mich gewendet hat, und endlich ganz besonders durch den Artikel von Mehring in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 11. September dieses Jahres. Ich war auch herausgefordert durch die Art und Weise wie ich dazu mitgewirkt habe, Mehring wieder in Zusammenhang mit der Partei zu bringen. Hierauf hat sich auch Mehring in seinem Artikel vom 11. September berufen. Ich habe die Tatsache erzählt und auch Bebel hat sie erzählt. Seine Darstellung stimmt im wesentlichen mit der meinigen überein, nur in zwei Punkten setzte sich Bebel in Widerspruch zu mir. Bebel teilte Ihnen als meine Worte mit: „Mehring wird sich sehr freuen, wenn er mit Ihnen zusammenkommen und eine Aussprache stattfinden kann“. Bebel sagte: „Sie kannten Mehring bereits damals“, das lag in Ihren Worten und in der Art Ihrer Ausführungen. Nun unterliegt es gar keinem Zweifel, daß das, was Bebel gesagt hat, im wesentlichen richtig ist. Aber, was folgt aus diesen Worten? Vergegenwärtigen Sie sich nur — Sie werden es mir schon verzeihen, daß ich Sie mit diesen Quisquilien behellige, aber Bebel hat mich dazu gezwungen, indem er das, was ich sagte, als unglaubwürdig hinstellte. Vergegenwärtigen Sie sich nur folgendes: Mehring war seit Jahren die verachtetste Person in der ganzen Sozialdemokratie, nie-

mand hätte auch nur in der verächtlichsten Weise mit ihm verkehren wollen, ich war der einzige, der sich, ohne daß ich ihn kannte, seiner annahm. Bebel und Singer können es mir bezeugen, daß ich ihnen wiederholt meine Ansicht von der Besserung dieses Sünders aufzudrängen suchte. Es gelang mir in einem gewissen Maße, sie zu überzeugen. Nun kam der entscheidende Moment, ich ging zu Bebel und Singer und sagte ihnen halb im Ernst und halb im Scherz — man kann solche Dinge nicht anders machen, auch wenn sie einen ernsten Hintergrund haben —: was meinen Sie denn, sagte ich, sollen wir nicht Mehring zu dem Abendessen einladen? Und nun habe ich nach Bebel weiter gesagt: „Mehring würde sich sehr freuen, wenn er mit Ihnen zusammenkommen und eine Aussprache stattfinden könnte". Glauben Sie wohl, Genossen, daß ich diesen Franz Mehring erst noch zu fragen brauchte, ob er sich freuen würde, aus dem tiefsten Abgrunde der Verachtung herausgezogen zu werden (Bebel: Na! na!) und mit Männern wie Bebel und Singer zusammenzutreffen? Glauben Sie, daß es nötig war, daß ich diesen Franz Mehring vorher schon persönlich kannte, daß ich vorher zu ihm gehen mußte, um ihn zu fragen, ob er die Einladung annehmen würde. Ich durfte wohl mit voller Sicherheit annehmen, daß er die Einladung sehr gern akzeptieren würde. So steht es mit dem einzigen Beweis für die Behauptung Bebels, daß ich Mehring früher schon gekannt hätte. Weiter sagt Bebel, er habe Mehring gefragt, seit wann er mich kenne. „Ach", habe Mehring gesagt, „seit 1887". Das trifft ganz genau zu, denn im November 1887, als der Reichstag zusammentrat, da fand ja jenes Abendessen statt; aber es ist eine Lüge, wenn Mehring hinzufügt, „ich glaube, schon seit 1886". Ich brauche ja über die Lügenhaftigkeit von Mehring hier keine weiteren Worte zu verlieren, aber in Bezug auf Datumsangaben will ich doch hinweisen auf den Unterschied zwischen dem Flugblatt gegen Harden und seiner Schrift „Kapital und Presse" über den Zeitpunkt der Chefredaktion der „Volks-Zeitung". Wenn Mehring sich betreff des Zeitpunktes der Chefredaktion um Jahre versehen kann, dann kann er sich auch irren in Bezug auf das Datum, das er für die erste Bekanntschaft mit mir angiebt. Im übrigen, wenn er das wiederholen sollte, so ist er in diesem Punkt ein Lügner. Nichts weiß ich genauer, denn die Sache ist tatsächlich originell und es mußte sich mir einprägen, daß ich Bebel im Foyer des Reichstags aufsuchte und in seinem Auftrage und mit seiner Erlaubnis von dort direkt in die Redaktion der „Volks-Zeitung" ging. (Bebel: In meinem Auftrage? Unerhört!) Aber doch mit Ihrer Zustimmung! Du lieber Gott, verlegen Sie sich auf dies Wort? (Bebel: Sie wägen die Worte ab!) Gewiß, das sollten Sie mir nachtun! (Bebel: Ihnen ahme ich nie nach!) Dann lassen Sie es bleiben, das wird nur Ihr Schaden sein. (Lachen. — Bebel ruft: Wir reden später noch darüber und auch über andres.) Ja, so viel und über was Sie wollen. Also selbstverständlich mit Bebels und Singers Zustimmung ging ich in die Redaktion der „Volks-Zeitung" und ließ mich bei dem mir ganz unbekannten Mehring anmelden; ich sprach mit ihm, überbrachte ihm die Einladung, die er natürlich strahlenden Antlitzes annahm, denn er war nun moralisch gerettet. Aber Bebel hat sich noch in einem andren Punkte bemüht, meine Wahrhaftigkeit und meine Genauigkeit in der Darstellung der Tatsachen zu erschüttern. Er behauptet, das, was ich hier mitgeteilt habe, sei falsch, nämlich daß mir die Artikel des Franz Mehring in der „Gartenlaube" und die Erklärung Hasenclevers neu gewesen seien. (Bebel: Auch das i richtig!) Bebel korrigiert mich, er gesteht zu, daß mir die Rede Hasenclever unbekannt war. (Bebel: Das habe ich gestern schon gesagt.) Redner verlie die betreffende Stelle der Bebelschen Rede. Ich kannte also, sagt Bebe Mehrings Artikel. Mag sein, er hat ja unzählige geschrieben. Ich mag viel gelesen haben, von denen ich gar nicht wußte, daß sie von Mehring herrührter er schrieb ja für alle Zeitungen der verschiedensten Parteien zugleich. Welch

Broschüren Bebel meint, weiß ich nicht, Mehring hat ja verschiedenartige Broschüren geschrieben, für die Partei und gegen die Partei. Wenn er die Schandschrift gegen die Sozialdemokratie meint, diese kannte ich allerdings. Wie sollte ich denn zu seiner Rettung gekommen sein, wenn ich diese Schrift nicht gekannt hätte, das wäre ja ganz unlogisch. (Bebel: Jetzt habe ich Sie angenagelt!) Nageln Sie mich an, soviel Sie wollen. (Bebel: Sie sind hereingefallen.) Genosse Bebel, stören Sie mich nicht allzu sehr. Jetzt habe ich das Wort. Es wäre also unlogisch, was ich getan hätte, wenn ich die Schandschrift des Franz Mehring nicht gekannt hätte. Ich wußte weiter, daß alle möglichen Gerüchte über Franz Mehring in Kurs waren. Es hieß, daß der Verfasser der Schandschrift gegen die Sozialdemokratie der Partei früher nahe gestanden habe. Es war das Gerücht verbreitet, daß die anonyme Broschüre: „Herr Treitschke der Sozialistentöter", die mich als jungen Studenten begeistert hat, in einem solchen Brustton heiligster Ueberzeugung war sie geschrieben, von demselben Franz Mehring herrührte, der dann selber Sozialistentöter wurde. Genosse Auer wird es mir bezeugen, daß er mir vor drei Jahren, als ich ihn fragte, ob es sicher sei, daß diese Broschüre von diesem Mehring herrührte, erst gesagt hat: Ja, es ist notorisch. So steht es mit meiner Kenntnis der Dinge. Was ich behauptet habe, war dies: daß ich natürlich die Vergangenheit dieses Franz Mehring kannte, daß ich aber nicht die ganze Vergangenheit gekannt habe und daß ich, wenn ich sie genau gekannt hätte, nie meine Hand dazu geboten hätte, diesen Franz Mehring aus dem Schlamm herauszuziehen. Das habe ich gesagt und Bebel hat nicht bewiesen, daß meine Aeußerungen nicht auf voller Wahrheit beruhten. Ich behaupte, daß ich die Artikel der „Gartenlaube" und die Rede Hasenclevers erst vor einigen Monaten kennen gelernt habe. Der Genosse, der mich darauf aufmerksam gemacht hat, ist hier im Saale. Wenn es gefordert wird, erwarte ich, daß seine Loyalität ihn veranlaßt, sich zu nennen. (Ruf: Warum diese Geheimniskrämerei! Mehrfache Rufe: Kürzer!)

Singer: Fahren Sie fort.

Braun (fortfahrend): Nun sagte Bebel und auch Kautsky wandte mir ein: Dieser Braun hat sich nicht nur um die Rettung Mehrings bemüht, er hat ihn auch als Mitarbeiter der „Neuen Zeit" empfohlen. In der Tat: ganz richtig! Weshalb habe ich ihn in diese Beziehungen gebracht? Don Quixoterie spielte mit, überspanntes Gerechtigkeitsgefühl, aber das nicht allein. Ich sagte mir: Das ist nach seiner Begabung ein Publizist ersten Ranges. Das ist ein Mann, der die Fäden mit der Sozialdemokratie wieder anzuknüpfen sich bemüht, die er in frivolster, niederträchtigster Weise zerrissen hat. Warum sollen wir ihn nicht gewinnen, wenn er jetzt mit uns den Kampf gegen die Gegner führt? Da dürfen wir ihn zum Mitarbeiter der „Neuen Zeit" machen.

Aber wenn Kautsky sich erinnern und aufrichtigerweise seine Erinnerungen mitteilen will... (Stürmische Unterbrechungen. Rufe: Unterstellung!) Ach, Genosse Stadthagen, Sie brauchen sich doch nicht zum Anwalt von Kautsky zu machen! (Rufe: Aufrichtig? Kautsky und andre: Das war eine Unverschämtheit! Ruf: Skandalmacher!) Das ist von Dir eine Unverschämtheit, Kautsky. (Große Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Ich bitte, die Zwiegespräche jetzt zu unterlassen.

Braun (fortfahrend): Wenn sich Kautsky erinnern will, so wird er uns mitteilen, daß ich im Laufe der Jahre mündlich wie schriftlich wiederholt ihm gesagt habe: Gewiß, Mehring ist ein schätzbarer Mitarbeiter und jeder Redakteur täte gut, ihn zu beschäftigen, aber ein Redakteur muß ihn auch in den richtigen Grenzen halten. Ich habe diese Mahnungen in letzter Zeit zu wiederholen aufgehört, weil sie fruchtlos waren. Kautsky hat Mehring nicht nur ganz zügellos walten lassen, nein, er hat ihm die „Neue Zeit" geradezu ausgeliefert. Mehring kann in der „Neuen Zeit" sagen und schreiben, was er will. Das ist, was meiner

Meinung nach unerlaubt ist. Ich habe Kautsky wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß ich es nicht für wünschenswert halte, dem Mehring solche Latitude zu gewähren.

Singer: Ich kann keinen Zusammenhang mehr zwischen diesen Ausführungen und dem Thema erkennen. (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich um die Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse und nicht um die Tätigkeit Mehrings an der „Neuen Zeit". (Sehr richtig!)

Braun (fortfahrend): Ich möchte dagegen einwenden, daß mir von Bebel und Kautsky der bestimmte Vorwurf gemacht worden ist, daß ich Franz Mehring zur Mitarbeit an der „Neuen Zeit" empfohlen habe.

Singer: Die Zurückweisung dieses Vorwurfs ist Ihnen gestattet, aber eine Kritik der Mehringschen Tätigkeit an der „Neuen Zeit" steht nicht im Zusammenhang mit dem Thema. (Sehr richtig!)

Braun: Dann gehe ich darüber hinweg. Ich habe Bebel wiederholt gesagt, daß ich es nicht für wünschenswert halte, daß Mehring ein so präponderierender Einfluß in der Parteipresse und in der Literatur gewährt wird. Bebel wird sich erinnern, wie eindringlich ich ihm gesagt habe, daß es dem Gefühl der Parteigenossen widerspricht — und Victor Adler hat sich in seiner Kritik des „Nachlasses" in der „Wiener Arbeiterzeitung" ähnlich geäußert — daß gerade dieser Franz Mehring der Herausgeber des Nachlasses von Marx und Lassalle geworden ist. Es giebt wohl keine Parteigenossen, es giebt wohl keinen Bernstein oder Conrad Schmidt, die die Arbeit auch hätten leisten können? Nein, es mußte dieser Franz Mehring sein. Ich schließe; alles das, was Bebel gesagt hat, kann nichts an dem vernichtenden Urteil über Mehring ändern, das hier abgegeben worden ist. Mehring steht am Pranger, und Bebel wird sich vergeblich bemühen, ihn von dort wieder herunterzuholen. (Sehr richtig!) Es sind weiter zahlreiche Angriffe gegen mich gerichtet worden, nicht ernsthafte, aber perfide. Ulrich hat sich in sehr deutlicher Weise, wenigstens für denjenigen, der die Dinge kennt, dagegen gewendet, daß die Parteigenossen von Frankfurt-Lebus nicht den alten Theodor Metzner, sondern mich als Reichstagskandidaten aufgestellt haben. (Rufe: Lauter!) Wie verhält es sich damit? Eine Parenthese: Stadthagen sagte gegen mich: Dieser Mann ist bekannt, wenn er sich vorstellt. Wie weit ich bekannt bin, lasse ich dahingestellt. Stadthagen fehlt die Kompetenz und die Unparteilichkeit zum Urteil. Nur so viel will ich sagen und Auer wird es mir bezeugen, daß er und Liebknecht mir schon vor 15 Jahren eine Kandidatur angeboten haben für Leipzig-Land . . .

Singer: Auch diese Ausführungen stehen nicht im Zusammenhang mit dem Thema. Ueber die Kandidatenaufstellung kann bei einem andren Punkt, z. B. Parlamentarisches, gesprochen werden. (Rufe an Braun: Schluß!)

Braun: Dann komme ich dort darauf zurück. Stadthagen oder Hoffmann . . . die beiden sehen sich zum Verwechseln ähnlich, nicht dem Aeußern, sondern dem Wesen nach (Heiterkeit), haben gemeint, wenn meine Wähler den Briefwechsel mit dem Parteivorstand kennen gelernt hätten, so würden sie mich und die andren Genossen Göhre und Heine noch einmal in Bezug auf ihre Geeignetheit zur Kandidatur ins Auge gefaßt haben. Ich stelle fest, daß diese Hetze gegen mich zu der regelmäßigen Tätigkeit Stadthagens gehört, so oft er sich mit den Angelegenheiten des Wahlkreises Frankfurt-Lebus beschäftigt. Genosse Hoffmann hat versucht, die Wochenschrift, die ich herausgeben will, im Voraus dadurch zu kompromittieren, daß er erzählte, ich hätte einen Gönner gefunden und daraufhin die Zeitschrift gegründet. Ich stelle fest: ich habe keinen Gönner, und ich stelle es Hoffmann anheim, im Register des Berliner Amtsgerichts sich zu informieren, wie die finanzielle Grundlage der Wochenschrift beschaffen ist. Ich habe den Eindruck, daß Ihnen selber, ebenso wie mir die lange Ausspinnung dieser unerquicklichen Debatte auf das äußerste zuwider ist. (Sehr richtig!)

Deshalb will ich auf die vielen andern Angriffe schweigen und zum Schlusse kommen. Nach meiner Ueberzeugung ist das Resultat dieser Debatte dies, daß die Differenzen in der Hauptsache beigelegt sind. Bernhard hat ehrlich und unumwunden erklärt, daß er mit seinem Artikel „Parteimoral“ einen nicht zu wiederholenden Fehler gemacht hat. Die Mitarbeit an der „Zukunft“ wird er aufgeben. Wie wir schon vorher, hat es auch Göhre getan und andre werden folgen. Das geschieht nun keineswegs, wie es in der uns feindlichen Presse dargestellt werden wird, weil wir auf Befehl Bebels einschwenken wie die Unteroffiziere. Bebel ist der erste Mann in der Sozialdemokratie. Aber die Sozialdemokratie stellt eine freie Republik der Geister dar (Zuruf: Aber nicht der Schwarmgeister!), vorläufig eine Republik ohne den Großherzog an der Spitze. (Heiterkeit.) Wenn wir zu einer einmütigen Auffassung kommen, so deshalb, weil für uns die Parteipflicht höher steht als das persönliche Interesse. Und weil dies nicht nur in diesem, sondern in jedem andren Fall zu Tage treten wird, deshalb bestreite ich auch die Behauptung Bebels, daß in der Partei Uneinigkeit herrscht. Weniger noch als das Meer in seinen Tiefen aufgewühlt wird, wenn ein leichter Wind seine Oberfläche kräuselt, weniger noch wird die Masse der Parteigenossen in ihrer Tiefe berührt durch derartige Streitigkeiten. Die Partei steht ausnahmslos auf dem gleichen Boden. Auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung fußend, sieht sie im Klassenkampf das vorwärtstreibende Mittel und in der sozialistischen Gesellschaftsordnung das richtunggebende Endziel. Wegen dieser Einmütigkeit und Einheit der Ueberzeugungen sind die künstlich aufgebauschten Gegensätze zwischen Revisionisten und Radikalen auch nichts als oberflächliches Wellengekräusel. Ich für mein Teil und ich glaube, unter 100 000 Genossen sind es mindestens 99 000, ich bin weder Revisionist noch Radikaler, weder Bernsteinianer noch Kautskyaner, sondern ein Sozialdemokrat, der mit Leib und Seele auf dem Boden des Programms steht, oder um Bebels Wort zu gebrauchen: Sozialdemokrat mit Haut und Haaren. Und nichts ist sehnlicher zu wünschen, als daß wir über diese künstlichen Gegensätze hinwegkommen zu einheitlicher kraftvoller Aktion. Und wenn diese Verhandlung trotz ihrer Unerquicklichkeit hierzu beitrug, wird sie auch nicht ganz umsonst gewesen sein!

Singer: Es sind fünf Anträge auf Schluß der Diskussion eingegangen. Einer dieser Anträge enthält die Bemerkung, daß auch nach Schluß der Debatte dem Genossen Mehring noch das Wort erteilt werden soll. Ich hatte bereits dem Genossen Mehring gesagt, daß, wenn, bevor er nach der Rednerliste herankäme, etwa die Debatte geschlossen werden sollte, ich beim Parteitag um die Erlaubnis nachsuchen würde, ihm noch das Wort zu erteilen. Ich darf wohl annehmen, daß auf jeden Fall dem Genossen Mehring noch das Wort gegeben werden soll.

Für Schluß der Debatte spricht

Krüger-Dresden: Ich unterschätze nicht den Wert dieser Diskussion, aber nachdem wir schon zweiundeinenhalben Tag hierüber sprechen, ist es doch wohl dringend notwendig, daß wir damit abbrechen. Der Parteitag ist nicht dazu einberufen, um nur Akademikerdebatten zu führen. (Sehr richtig!) Die Parteigenossen im Lande erwarten, daß auch ihren Anträgen die genügende Beachtung geschenkt wird.

Gegen den Schluß der Debatte nimmt das Wort

Katzenstein: Wir alle sind darüber einig, daß die Länge dieser Diskussion erfreulich ist. Nun aber steht eine Frage zur Entscheidung, die in den Debatten ser Tage am allerwenigsten behandelt worden ist. Wir haben uns bisher hauptlich mit persönlichen und damit zusammenhängenden politischen Fragen befaßt. ır sollten aber auch eine kurze Zeit darauf verwenden, die Frage, um die es eigentlich handelt und die die materielle Existenz sehr vieler Parteigenossen

berührt, zu behandeln. Ich möchte bitten, daß eventuell nur noch solche Redner sprechen, die materiell etwas in der Sache zu sagen haben.

Singer: Solche Vorschriften können wir natürlich nicht machen.

Der Schluß der Diskussion wird angenommen.

Singer: Es ist mir für den Parteitag eine Zuschrift des Genossen Jäckh, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" zugegangen, mit der Bitte, sie zur Kenntnis des Parteitags zu bringen. Jäckh knüpft an die Bemerkung des Genossen Fischer-Dresden an, die dahin ging, daß der zweite Redakteur der „Leipziger Volkszeitung", nachdem er längere Zeit Redakteur an sozialdemokratischen Blättern gewesen wäre, als freier Schriftsteller an bürgerlichen Blättern gegen die Parteigenossen geschrieben habe. Jäckh stellt diese Auffassung insoweit richtig, daß er zu dieser Zeit für eine im Verlag und unter der Redaktion eines Bruders in Stuttgart erscheinende Wochenschrift Leitartikel im revisionistischen Sinne geschrieben habe, was von einer Reihe von Genossen, die diese Artikel gelesen haben, ihm gegenüber lobend anerkannt worden ist, und er teilt weiter mit, daß einige dieser Artikel im „Karlsruher Volksfreund", also einem Partei-Organ, zum Abdruck gebracht worden sind.

Es ist mir ferner ein Brief des Herrn Maximilian Harden zugegangen. Da er an die Loyalität des Parteitags appelliert, ihn als Angegriffenen, aber Abwesenden die Möglichkeit zu geben, einige der vorgekommenen Dinge richtig zu stellen, so halte ich es für richtig, diesen Brief zur Kenntnis des Parteitags zu bringen, damit der Parteitag volle Kenntnis aller vorgekommenen Dinge erlange. — Danach wird Mehring das Wort bekommen, dann hat nur noch der Berichterstatter das Schlußwort. Vorher kommen die persönlichen Bemerkungen. Der Brief lautet:

„Grunewald-Berlin, 15. 9. 1903.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Aus dem heutigen „Vorwärts" entnehme ich, daß der Parteitag, dem Sie präsidieren, sich mit meiner Wochenschrift und meiner literarischen Tätigkeit beschäftigt hat. Ich habe auf allgemeine Urteile und Verdächtigungen hier nicht einzugehen und halte mich nur an die paar konkreten Behauptungen, die im Laufe der Debatte — soweit sie mir bekannt sind — aufgetaucht sind.

1. Ich soll die „russischen Freiheitskämpfer geschmäht haben". Die Behauptung ist unwahr. Ich habe nie über die so bezeichneten Männer und Frauen ein Urteil gefällt. Der Tatbestand ist folgender: Vor $10^1/_4$ Jahren hat Professor Dr. Wilhelm Jöst in der „Zukunft" einen Artikel veröffentlicht, dessen Inhalt ich nach dem Programm meiner Zeitschrift mir so wenig anzueignen hatte, wie den Inhalt der von Konservativen, Kathedersozialisten, Sozialdemokraten oder Anarchisten in der „Zukunft" veröffentlichten Artikel. Professor Jöst hatte Sibirien bereist, beherrschte das sibirische Material und war mir um so unverdächtiger, als sein Buch über Sibirien, wie das Kennans, in Rußland verboten war.

Ob das, was er schrieb, objektiv richtig war, weiß ich nicht, denn ich kenne Sibirien nicht. Auch dieser Professor hat aber nicht, wie behauptet wird, die „politischen Verbrecher" Rußlands in Bausch und Bogen beschimpft. Er schreibt:

„Jedermann, der einmal in Sibirien war, weiß, daß jeder gemeine Verbrecher (Räuber, Aufschlitzer, Muttermörder, Falschmünzer usw.) sich stets als „Politischer" bezeichnet."

Und danach erst:

„Wer sind denn Kennans „sympathische politische Freunde"? (gemeine Meuchelmörder, Spitzbuben, Räuber, Diebe, Prostituierte und hälter!" („Zukunft" vom 22. Juli 1893.)

Erstens also handelt es sich um einen Artikel, für dessen Inhalt ich nur p gesetzlich die Verantwortung trug; zweitens unterschied Professor Jöst sc zwischen wirklichen „politischen Verbrechern" und gemeinen Verbrechern, die für „Politische" ausgeben, und nur dieser letzteren nicht politischen Gr konnten natürlich die Worte „Diebe", „Zuhälter" usw. gelten.

2. Ich soll geschrieben haben, die Sozialdemokraten hätten den Reichstag in eine „Kutscherschwemme verwandelt". Die Behauptung ist unwahr. Auf der neunten Seite eines von mir geschriebenen Artikels steht der Satz: „Flackern sie Dir denn, wird mancher wohl fragen, noch nicht hoch genug — noch immer nicht, trotzdem der Reichstag von den Genossen zur Kutscherschwemme erniedert ist. („Zukunft" vom 13. Dezember 1902.) Unzweideutig ergiebt der Zusammenhang, daß „mancher", der „fragt", aber nicht meine Ansicht teilt.*)

Daß solches Urteil, wie ich es „manchen" aussprechen lasse, in der Zeit der Obstruktion wirklich geäußert wurde, wird Ihnen nicht unbekannt geblieben sein; übrigens führe ich im selben Artikel gleich danach ein Beispiel an. Ueber die Tendenz meines Artikels orientiert Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, vielleicht der eine Satz, den ich hier anführen will: „Der wütendste Bourgeois müßte zugeben, daß keine uns bekannte politische Organisation je einer Klasse so schnell und so wesentlich genützt hat wie den deutschen Arbeitern die Sozialdemokratie."

Ueber die bei schlechten Staatsanwalten und unfähigen Polizeiministern beliebte Methode, auf herausgerissene, im wesentlichen entstellte oder auch wissentlich gefälschte Sätze ein Urteil zu bauen, habe ich hier nichts zu sagen. Da ich aber annehmen möchte, daß der Parteitag die Wahrheit erkennen und daß sein Präsident Abwesende vor ungerechter Beschimpfung schützen will, habe ich mir erlaubt, Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, das die zwei faßbar vorgebrachten Behauptungen widerlegende Material zugänglich zu machen.

In vorzüglicher Hochachtung

Harden."†)

*) Meine eigne Ansicht, mein persönliches Urteil über die so viel getadelten Lärmszenen (die auch mir nicht gefielen) hatte ich acht Tage vorher schon ausgesprochen: „Solche Auftritte haben sich in Westminster und im Palais Bourbon oft wiederholt und kein sichtbarer Grund konnte sie uns, nur gerade uns ersparen. Unter den 58 sozialdemokratischen Abgeordneten sind mindestens 30, die aus dem Maschinensaal und dem Handwerk kommen und deren natürliche Temperamentskraft nie in straffer Salonzucht gebändigt wurde; daß sie sich fast immer artig zeigen, daß sie manchmal die Konvention brechen, sollte ein Gegenstand bourgeoisen Staunens sein." („Zukunft" vom 6. Dezember 1902.)

†) Gegen diesen Brief Hardens veröffentlichte Genosse Kautsky in Nr. 222 des „Vorwärts" (23. September) nachstehende Erklärung:

Herr Harden sandte dem Parteitag eine Erklärung ein, in der er unter anderem gegen mich den Vorwurf erhob, ich hätte den Joestschen Artikel falsch zitiert. Als die Erklärung vorgelesen wurde, hatte ich den betreffenden Artikel schon aus der Hand gegeben, da ich nicht erwartete, er werde noch einmal auf dem Parteitage zur Sprache kommen. Ich war daher nicht in der Lage, sofort den genauen Wortlaut der von mir zitierten Stellen anzugeben und mußte schweigen. Später aber wurde meine Aufmerksamkeit durch wichtigere Angelegenheiten von dem Gegenstande abgelenkt.

Jetzt habe ich aber erfahren, daß manche bürgerlichen Blätter die Erklärung des Herrn Harden ernsthaft genommen haben und in dem Fehlen einer Gegenerklärung das Eingeständnis der Richtigkeit der Hardenschen Darstellung gesehen haben.

Ich glaube, es liegt nicht bloß in meinem persönlichen Interesse, sondern ebenso sehr in dem der Partei, wenn auch nicht die leiseste Möglichkeit für die Annahme übrig bleibt, als hätten wir so schwere Vorwürfe, wie sie gegen Joest geschleudert wurden, leichtfertig oder gar mit mala fides erhoben.

Harden schreibt in seiner Erklärung über den Artikel des Professor Joest:

„Dieser Professor hat nicht, wie behauptet wird, die „politischen Verbrecher" Rußlands in Bausch und Bogen beschimpft. Er schreibt:

„Jedermann, der einmal in Sibirien war, weiß, daß jeder gemeine Verbrecher (Räuber, Aufschlitzer, Muttermörder, Falschmünzer usw.) sich stets als „Politischer" bezeichnet."

Und danach erst:

Mehring: Am vorigen Sonnabend erhielt ich von mehreren Genossen die Nachricht: „Kommen Sie nach Dresden; es wird ein großer Coup gegen Sie geplant!" (Unruhe). Dieser Coup hat sich enthüllt als einer jener Ueberfälle, die bisher ein unbeneidetes Vorrecht literarischer Bourgeoisiekreise waren, einer jener Ueberfälle, für die aus sicherem Hinterhalt wochen- und monatelang die Waffen geschmiedet worden sind, um einen wehrlosen Mann zu erschlagen. (Zurufe: Oho! Wehrlos!?) Ich nenne mich nicht in sentimentalem Sinne einen Wehrlosen, aber ich bin wehrlos in zweierlei Beziehungen. Seit Wochen und Monaten

---

„Wer sind denn Kennans „sympathische Freunde"? Ganz gemeine Meuchelmörder, Spitzbuben, Räuber, Diebe, Prostituierte und Zuhälter!" („Zukunft" vom 22. Juli 1893.)

Professor Joest unterschied scharf zwischen wirklichen „politischen Verbrechern" und gemeinen Verbrechern, die sich für „Politische" ausgeben, und nur dieser letzteren nicht politischen Gruppe konnten natürlich die Worte „Dieb", „Zuhälter" usw. gelten."

So Herr Harden und nun einige längere Zitate aus dem Artikel „Sibirien" („Zukunft", 1893), aus denen der Leser selbst entnehmen mag, ob Herr Joest nur von gemeinen Verbrechern spricht, die sich politische nennen, oder nicht auch von politischen, die er gemeine nennt.

Joest wendete sich in dem Artikel gegen die Schilderungen, die Kennan damals über die Greuel des sibirischen Gefängnislebens veröffentlichte und die in der ganzen civilisierten Welt, auch in nichtsozialistischen Kreisen den tiefsten Eindruck machten, zum großen Verdruß des Zarentums. Joest versuchte in der „Zukunft" die Glaubwürdigkeit dieser Schilderungen zu erschüttern und bemerkte unter anderem:

„Durch den steten verbotenen und dadurch reizenden und aufregenden Umgang mit Verbrechern der gefährlichsten Art wird Kennan im Laufe seiner Artikel ein dermaßen verbitterter und verbissener Anarchist, daß man ihm den Strick oder zehn Jahre seiner selbstgeschilderten Gefängnisjahre wünschen möchte, wenn man nicht wüßte: er meint es gewiß nicht so böse. Die Folgen seiner Darstellungen kümmerten ihn nicht. Seine Leser mögen später Zarenmörder, Bombenschmeißer, Dynamitbuben oder Petroleusen werden — das wird ihm ungemein gleichgültig sein.

Dennoch aber finde ich es vor allem in hohem Maße beklagenswert, daß Kennan seinen Lesern die Scheidung zwischen politischen und gemeinen Sträflingen ungemein schwer macht. Er wirft sie ganz bunt durcheinander. Der Leser kann sich hierin ganz entschieden nicht zurechtfinden, er wird nie wissen, von wem die Rede ist, ob von einem politischen oder gemeinen Verbrecher.

Hierzu muß noch ein Wort bemerkt werden: Kennan sympathisiert mit den „Politischen" der allergemeinsten Art, deren feige Verbrechen er beschönigt und entschuldigt, in solchem Maße, daß er allmählich auch im Leser die Anschauung aufkeimen läßt, als ob schon allein in der bloßen Bestrafung eines Politischen von seiten der russischen Regierung ein Unrecht begangen würde."

Nun kommt der von Harden zitierte Satz:

„Wer sind denn seine „„sympatischen politischen Freunde""? Ganz gemeine Meuchelmörder, Spitzbuben, Räuber, Diebe, Prostituierte und Zuhälter!"

Hier las leider Herr Harden nicht mehr weiter. Wir haben aber keine Ursache, hier abzubrechen:

„Aber Herr Kennan weiß jedem ein schönes Mäntelchen umzuhäng[en]. Der Lump, der den Zaren gemordet hat, der Eisenbahnz[üge] zur Entgleisung bringt oder Stadtviertel (sic!) in die Luft sprengt, nur [um] den Kaiser oder einen seiner Stellvertreter zu vernichten — der ist i[mmer] ein sympathischer „„Politischer mit liberalen Anschauungen""; die sich [mit] jedem Gesinnungsgenossen prostituierende Studenti[n] die Kassen erbricht, Geld stiehlt, um davon ihren Z[...]

ist bis auf 25 Jahre zurück aus allen Ecken und Winkeln das Material zusammengeschleppt worden, um mich zu verdächtigen; darauf kann ich das Gegenmaterial nicht in ein bis zwei Tagen beschaffen. Ferner läßt sich in einer Minute mehr Klatsch zusammentragen, als sich in einer Stunde widerlegen läßt, und wenn ich auf alles erwidern wollte, was in diesen Tagen gegen mich vorgebracht worden ist, so müßte ich die Zeit des Parteitages zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen. Ich werde aber auf jeden Punkt der vorgebrachten Anklagen antworten, ich werde die Verleumdungen niederschlagen, dieselben, die ich schon in meinen Broschüren gegen Harden und in „Kapital und Presse“ niedergeschlagen habe — denn es sind

---

hältern Schnaps und Cigaretten zu kaufen, sie wird unter Kennans Feder zu einem „„sympathischen Opfer russischer Tyrannei““. (S. 158, 159.)

„Kennan kann nicht genug Worte des Spottes für den Zaren und die russische Regierung finden, die sich vor diesen zarten Schulmädchen fürchten und diese „„harmlosen Kinder““ aus der Umgebung, die sie verpesten, nach Sibirien verbannen. Er weiß wohl nicht, oder vielmehr er will wohl nicht wissen, daß auch die Jüdin Jessy Helfmann, die durch ihr bekanntes Winken mit dem Taschentuch zur direkten Mörderin des Zaren Alexander II. wurde, ebenfalls kaum 18 Jahre alt war und leider darum nicht aufgehängt wurde, weil sie schwanger war. Aber für Kennan ist sie eine Heldin, wie alle die anderen „„zarten Mädchen von 18 bis 25 Jahren““, die er für Lehrerinnen in einer Sonntagsschule oder schüchterne Zöglinge einer weiblichen Bildungsschule gehalten hätte, die nichts anderes verbrochen haben, als „„in den letzten 15 Jahren tätigen Anteil an den schrecklichen Tragödien in Petersburg, Moskau, Kiew und Odessa zu nehmen““ — also Mörderinnen, Dynamitarden, Giftmischerinnen, Diebinnen, kurz, Verbrecherinnen der allergemeinsten Sorte. (S. 163).

Wie sagt Herr Harden in seinem Artikel über den ersten Tag des Parteitages? „Ich möchte ein bißchen vomieren.“ Damals, vor zehn Jahren, vomierte er nicht, als er diese „Schlammflut persönlicher Schimpfereien“ über die erhabensten Helden und Duldner publizierte.

Nur noch ein Zitat zur Kennzeichnung dieses Artikels:

„Ich kann hier vielleicht noch erwähnen, daß der größere Teil der politischen Verbrecher beiden Geschlechts, mit denen Kennan sich anfreundete und die ihm „„ihre Lebensgeschichte erzählten““, Juden waren, eine Tatsache, die Kennan merkwürdigerweise nie erwähnt. Die Nihilisten rekrutieren sich bekanntlich vorwiegend aus jüdischen Studenten- und Verbrecherkreisen. (S. 164.)

Diese Zitate lassen wohl keinen Zweifel mehr daran, daß jedes Wort, das ich über den Artikel und seinen Herausgeber sagte, wohl berechtigt war und daß eine eiserne Stirn dazu gehört, dem Parteitage zu erzählen, der Joestsche Artikel schmähe nicht die russischen Freiheitskämpfer.

Herr Harden erweist sich aber als ebenso tapfer wie wahrheitsliebend, wenn er jetzt jede andere als die preßgesetzliche Verantwortung für diesen Artikel ablehnt. Als ob es für derartige Artikel nicht auch eine moralische Verantwortung gäbe, als ob es nicht für alle Menschen verbindliche sittliche Regeln gäbe, die es einfach jedem ehrlichen und anständigen Menschen verbieten, die Opfer politischer Verfolgungen, welcher Partei immer sie angehören, zu schmähen oder zu ihrer Beschimpfung beizutragen.

Aber in diesem Fall kann überdies erwiesen werden, daß die Herren Joest und Harden Gesinnungsgenossen waren — wenn man das Wort „Gesinnung“ in diesem Zusammenhang brauchen darf. In einer Fußnote auf S. 157 bemerkt Joest bewundernd: „Harden war der erste und bisher einzige deutsche Journalist, der den Mut hatte, dem Fetisch Kennan die bis dahin üblichen Ehren zu verweigern.“

Trägt Herr Harden auch für diesen Satz nur die preßgesetzliche Verantwortung?

Ich denke, seine ganze Berichtigung ist nur ein neuer Beleg dafür, daß ein Sozialdemokrat mit Herrn Harden keinerlei Gemeinschaft haben kann.

Friedenau, 21. September. K. Kautsky.

ja dieselben alten Geschichten (Sehr richtig!), dieselben Niederträchtigkeiten, die von andern schon früher vorgebracht sind, während die Leute, die sie jetzt vorbringen, vergessen haben, zu sagen, daß sie schon früher widerlegt worden sind. Ich werde darauf antworten, aber augenblicklich — — (Zuruf: Brief über Schoenlank!) Auch den Punkt mit Schoenlank, von dem Bebel sagte, er könne ihn mir nicht verzeihen, auch diesen Punkt habe ich in meiner Broschüre gegen Harden schon vor sechs Jahren aufgeklärt, und es ist einer Perfidie sondergleichen, wenn Bernhard es verheimlichte, daß ich die Sache schon aufgeklärt hätte. Ich habe zu niemandem ein Hehl daraus gemacht, daß ich vor mehr als 20 Jahren schwere, maßlose, ungerechte Vorwürfe gegen die Partei gerichtet habe. Wenn ich mich bei besserer Erkenntnis an die Partei herangedrängt hätte und die Partei mir erklärt hätte, sie wolle nichts von mir wissen, so hätte ich das vollkommen in der Ordnung gefunden. Ich habe mich aber nicht an die Partei gedrängt; ich habe noch keine einzige Zeile für die Partei geschrieben, zu der ich nicht von berufener Seite aufgefordert worden wäre. Wer meine Parteitätigkeit tadelt, der schlägt auf die ersten Partei-Institutionen, auf die oberste Parteibehörde, auf die Parteiverlage in Berlin, Leipzig, Dresden und Stuttgart, der schlägt auf den Parteivorstand, der mir den ehrenvollen Auftrag erteilt hat, den Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle herauszugeben. Während ich also von berufensten Partei-Instanzen zu den ehrenvollsten Partei-Aufgaben berufen worden bin, tobt sich hier auf dem Parteitag seit drei Tagen ein Ueberfall ab, der an feiger, schmutziger Perfidie in der Geschichte der verfaultesten Gesellschaftsklasse seinesgleichen nicht hat und der nach den Erfolgen des 16. Juni diesen Parteitag diskreditiert, ich hätte beinahe gesagt, prostituiert! (Große Unruhe.) Ich erkläre deshalb hiermit, daß ich meine Tätigkeit für die „Neue Zeit" und die „Leipziger Volkszeitung" einstelle (Bravo!) bis die berufenen Partei-Instanzen, die die Anklagen gegen mich gehört haben und sie prüfen können, mich wieder dazu auffordern. (Lebhafter Beifall.)

Bömelburg: Sie haben vorhin beschlossen, in dieser Sache Schluß der Debatte zu machen und nur Mehring noch das Wort zu erteilen. Das ist eine neue Geschäftsordnungs-Praxis, nach einem Beschluß auf Schluß der Diskussion noch einem Redner das Wort zu gestatten. Dadurch wird die Debatte von neuem eröffnet; das widerspricht unsrer Geschäftsordnung. Mehring hätte warten müssen, bis die Reihe an ihn kam. Man darf hier nicht dem einen zu Gunsten des andern das Wort abschneiden.

Singer: Bömelburg hätte sich zur Geschäftsordnung melden müssen, als die Frage zur Verhandlung des Parteitags stand. Ich konstatiere aber, daß das, was Bömelburg als nicht verträglich mit der Geschäftsordnung hinstellt, zu wiederholten Malen und dem Gebrauch unsrer Parteitage entsprechend vorgekommen ist. Zweifellos kann jede Versammlung, soweit kein Widerspruch erhoben wird, von ihrer Geschäftsordnung abweichen. (Sehr richtig!) Hätte Bömelburg gegen die Abweichung von der Geschäftsordnung rechtzeitig Einspruch erhoben, so würde ich die Frage zur Abstimmung gebracht haben.

Bömelburg (zur Geschäftsordnung): Ich konstatiere, daß diese Geschäftspraxis, mag sie auch bisher schon auf Parteitagen vorgekommen sein, in der Arbeiterbewegung sonst nicht geübt wird und auch nicht maßgebend sein k[illegible] Wenn jemand, der in der Debatte noch gar nicht gesprochen hat, nach Sc[illegible] der Debatte das Wort ergreift, so kann er ganz neue Dinge und neue Perso[illegible] in die Debatte hineinziehen. (Unruhe.)

Singer: Auf diese Konsequenzen hätten Sie den Parteitag vorher a[illegible] merksam machen sollen. Im übrigen, so sehr selbstverständlich unser Partei[illegible] mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung identifiziert ist, so kann es [illegible] doch der Parteitag so wenig wie jede Arbeiterversammlung nehmen lassen, i[illegible]

Beschlüsse in Bezug auf die Geschäftsführung so zu fassen, wie sie es für richtig erachten. (Zustimmung.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Adolf Hoffmann-Berlin: Heinrich Braun warf mir vor, daß ich sowohl in Bezug auf seine Kandidatur wie auf die Zeitschrift welche er gründen will, etwas Ehrenrühriges von ihm behauptet hätte. Ich habe laut Bericht des „Vorwärts" gesagt: „Der Antrag sei den Wahlkreisen zur Berücksichtigung überwiesen — es handelte sich um den Antrag mehr Arbeiter als Kandidaten aufzustellen — leider haben die Wahlkreise den Antrag des Parteitages sehr wenig berücksichtigt, sondern sie waren nur zu geneigt, alte, verdiente Genossen herauszubringen und dafür Doktoren hineinzubringen." Ich habe in diesem Fall mit keiner Silbe Heinrich Braun erwähnt. Ich habe weiter gesagt mit Bezug auf neu zu gründende Zeitungen: „Die Genossen wollen ihre Artikel los werden, weil sie in der Parteipresse vielleicht keinen genügenden Absatz finden, wenden sie sich an gegnerische Blätter. Wenn man dann einen vermögenden Gönner findet, so gründet man eine neue Zeitung." Ich habe auch in diesem Punkt Heinrich Braun nicht genannt; er hat sich gemeldet; bei andrer Gelegenheit werde ich darauf eingehen. (Zuruf: Haben Sie ihn auch nicht gemeint?) Braun meinte ferner, ich sähe Stadthagen zum Verwechseln ähnlich, zwar nicht äußerlich. Ich sehe das als eine Schmeichelei an (Heiterkeit) und werde mich bemühen, es weiter zu sein; ich würde mich aber ganz energisch dagegen verwahren, Heinrich Braun ähnlich zu sein. (Heiterkeit.) Göhre meinte u. a., auch Hoffmann wolle ihn opfern. Ach nein, Genosse Göhre, als Opferlamm sind sie am allerungeeignetsten! (Göhre: Das glaube ich!) Ich stehe auf einem andern Standpunkt, und ich habe schon in Erfurt auf einem andern Standpunkt gestanden, also auch Göhre gegenüber. Das Opfern auf einem Parteitage hat keinen Sinn, das ist Sache der Kreise. Ich habe mit keiner Silbe ausgesprochen oder nur angedeutet, daß ich solche Opfer haben möchte. Es könnte Ihnen (zu Göhre) gefallen, Märtyrer zu spielen! Dazu sollen Sie aber nicht kommen. (Beifall). Es ist dann von Heine gesagt worden, ich hätte in meiner Rede Vorwürfe erhoben, die auf ihn nicht zutreffen. Er sagt, ich hätte ihm vorgeworfen, Artikel für gegnerische Blätter geschrieben zu haben. Der betreffende Satz lautet wörtlich: „Aber im allgemeinen nimmt die bürgerliche Presse vor allem *solche* Artikel auf, mittels derer man der Sozialdemokratie Knüppel zwischen die Beine werfen kann. Das ist der Kernpunkt. Durch diese Tätigkeit gewisser Auch-Genossen wird uns die Agitation ganz außerordentlich erschwert. Denken Sie mal darüber nach, wieviel Zeit wir in Agitationsversammlungen verschwenden müssen mit der Widerlegung von Verdrehungen, die uns mittels dieser Artikel entgegengehalten werden. Ich habe dann noch, was im „Vorwärts" nicht steht, gesagt: Landrätliche Kreisblätter schlachten diese Artikel nach allen Regeln der Kunst aus und tun noch ein übriges hinzu. Läßt sich einmal ein mutiger Gegner in unsren Versammlungen sehen, was bringen da diese Gegner immer zuerst vor? Die Artikel der Genossen Göhre, Heine, v. Vollmar usw. Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß ich nicht das gemeint habe, was Heine hier anzieht. Dies geht schon daraus hervor, daß ich auch den Genossen Vollmar genannt habe. Ich weiß nicht ob Vollmar an gegnerischen Blättern mitgearbeitet hat — außer seiner Zeit an der „Revue bleue", jenem bürgerlichen französischen Organ, in dem er den bekannten Artikel über Staatssozialismus geschrieben hat; das ist aber schon sehr lange her. Ich habe mit den Artikeln auch nicht nur die gemeint, die an die bürgerliche Presse eingesendet werden, sondern vor allen Dingen auch die Artikel, die uns in Hannover so eingehend beschäftigt haben, die in den „Sozialistischen Monatsheften", abgelagerten Bernstein-Artikel usw. Diese sind in gegnerische Blätter, auch Kreisblätter, übernommen worden, und nicht nur die Artikel, nein, Genosse Heine, auch die Reden. Ich brauche bloß an die

Kanonen-Rede zu erinnern. Heine hat das Malheur wie Bernstein, immer mißverstanden zu werden. (Heiterkeit.)

Singer: Ich bitte, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zu bleiben.

Hoffmann: Ich gebe gern zu, daß mir nicht bekannt ist, daß Heine, so lange ich ihn kenne, an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet hat. Ich habe damit die Artikel der „Monatshefte" und seine Reden treffen wollen. Wenn wir nachgraben wollten, wozu ich weder die Zeit habe, noch den Beruf in mir fühle, ich weiß nicht, ob aus seiner antisemitischen Zeit nicht noch Artikel zu finden wären.

Bernhard-Berlin: Ich weise auf das entschiedenste die Verdächtigung von Mehring zurück, daß ich irgend eine Verleumdung hier gegen ihn verbreitet hätte. Unter Verleumdungen versteht man Beleidigungen, die wider besseres Wissen vorgebracht werden, und mir solche Unterstellungen unterschieben zu wollen, muß ich mir auf das allerentschiedenste verbitten. Meine Hauptangriffe hätte Mehring sehr schnell widerlegen können. Ich habe erstens gesagt, daß Mehring heute noch genau so mit der Wahrheit umspringt, wie früher, indem ich gezeigt habe, daß in seinen Artikeln in der „Leipziger Volkszeitung" die Unwahrheit steht, und zweitens habe ich aus einem Brief von Mehring an Harden den Passus über Schönlank citiert. Das wird Mehring nicht ableugnen können, und gegenüber dieser Tatsache ist es ganz egal, ob — was ich nicht weiß — dieser Brief bereits veröffentlicht worden ist. Meines Wissens ist er nur angedeutet worden. Noch eine Bemerkung gegen den Genossen Bebel. Sie werden es mir glauben, wenn ich sage, daß gestern der schwerste Tag meines jungen Lebens gewesen ist. Ich hatte einen Artikel, den ich damals glaubte, so wie ich ihn aufgefaßt wissen wollte, vertreten zu können, hier widerrufen. Nach meiner Ansicht ist es Brauch, wenn man einen Artikel widerrufen hat, ihn aus der Diskussion zu lassen. Bebel hat aber . . .

Singer: Sie überschreiten den Rahmen einer persönlichen Bemerkung. Sie können sich gegen das wenden, was Bebel gegen Sie gesagt hat, aber eine Erörterung über das, was sich schickt, ist nicht zulässig.

Bernhard (fortfahrend): Bebel hat diesen Artikel zum Gegenstand einer Kritik gemacht, und nicht nur das, er hat auch meinen Widerruf kritisiert. Er hat von einem testimonium paupertatis gesprochen und gesagt: Wenn man einen Artikel schreibt, dann überlegt man ihn sicher vorher. Daß ich mir den Artikel überlegt habe, ist selbstverständlich, aber ich bin nachher durch reiflichere und längere Ueberlegung an der Hand dessen, was gegen mich veröffentlicht ist, zu der besseren Einsicht gekommen, die ich ehrlich vor Ihnen ausgesprochen habe. Bebel hat ferner angedeutet, als ob ich des schnöden Mammons willen für die „Zukunft" geschrieben hätte. Wer mich kennt, weiß, daß es nicht meine Art ist, gegen Geld auch nur das Leiseste zu tun, was ich mit meiner Ueberzeugung nicht glaube verantworten zu können. Wenn ich — ich will nicht einmal sagen gegen Geld käuflich wäre, aber allein auf das Geldverdienen ausginge, ich wäre nicht Sozialdemokrat. (Sehr richtig!) Ich könnte vielleicht das Doppelte und Dreifache verdienen, wenn ich nicht Sozialdemokrat wäre. Ich habe das gestern nicht vorgebracht, um nicht den Eindruck zu erwecken, als läge mir daran, meine Person in den Vordergrund zu rücken. Heute aber bin ich dazu gezwungen. Ich war jahrelang Handlungsgehilfe . . .

Singer: Ich kann nicht zugeben, daß im Rahmen einer persönlichen Bemerkung der Lebensgang irgend eines Genossen hier vorgetragen wird. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Bernhard (fortfahrend): Dann bitte ich um Ihre Ansicht darüber, ob es im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht gestattet ist, einen Verdacht zu widerlegen . . .

Singer: Sie haben ja schon erklärt, daß der Verdacht nicht gerechtfertigt ist.

Bernhard: Ich füge mich selbstverständlich dem Präsidenten, obwohl ich andrer Ansicht bin. Bebel hat die Mitarbeiter der „Zukunft“ als moralisch tief gesunken bezeichnet. Man kann über ein Organ wie die „Zukunft“ verschiedene Auffassung haben. Wenn auch manches Schlechte in der „Zukunft“ steht, so hat dies Blatt doch in gewissen Fragen z. B. zum Löbtauer Urteil, zur Umsturzvorlage und zur Zuchthausvorlage eine solche Stellung eingenommen, daß ich glaubte, es sei mir möglich, an dem Blatte mitzuarbeiten. Sie haben nicht das Recht zu sagen, daß ich moralisch tief gesunken bin, Genosse Bebel. Dies Recht bestreite ich einem jeden, auch dem Genossen Bebel, dem ich meine Einführung in die Gedankenwelt des Sozialismus verdanke. Auch dem bestreite ich auf das entschiedendste das Recht, zu sagen, daß an meiner Moral auch nur der geringste Makel haftet. Wenn gesagt worden ist, daß die Karten, die wir hier ausspielen, von Harden gemischt sind, so erwidere ich: sie sind in Steglitz und Leipzig gemischt worden.

Bebel: Ich begreife es, daß Bernhard sich aufs heftigste gegen den Vorwurf verwahrt, daß er durch seine Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ moralisch tief gesunken sei. Ich habe gestern ausgeführt, mir ist seinerzeit die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ angetragen worden, ich habe geschwiegen, und als Harden mich deshalb später angriff, hatte ich mittlerweile die Artikel „Sechseläuten“ und „Die roten Primadonnen“ gelesen, und da habe ich Harden geschrieben, ich halte es für eine Unverschämtheit sondergleichen mich aufzufordern an einem Blatte mitzuarbeiten, das die Partei, der ich angehöre, aufs schmählichste beschimpft in Artikeln, die von Ihnen selbst, Herr Harden, herrühren. Ich habe erklärt, daß ich das mit meiner Mannesehre und speziell mit meiner Partei-Ehre nicht vereinbaren könne. (Bravo!) Ich habe gestern auch andre Artikel hier angeführt, besonders den vom 22. November 1902, in dem eine gemeine und niederträchtige Kritik an der Haltung der Fraktion und der Partei in der Zolltariffrage geübt wurde. Und dann habe ich weiter hinzugefügt, wenn man auch annehmen könne, daß diejenigen, die in der letzten Zeit an der „Zukunft“ gearbeitet haben, die Artikel von 92 und 93 nicht kannten, so könne man doch das nicht geltend machen für den Artikel vom 22. November 1902, und wer, nachdem er jenen Schmähartikel gelesen, noch weiter an der „Zukunft“ mitarbeitet und das Geld von Harden annimmt, der ist nach meiner Meinung in seinem Ehrgefühl tief gesunken. (Lebhafte Zustimmung.) Sagen Sie, was Sie wollen, von dieser meiner Auffassung, die die ehrlichste von der Welt ist, nehme ich kein Wort zurück. (Lebhafter Beifall. Vereinzeltes Hört! hört!) Bernhard meinte, ich hätte ihm vorgeworfen, daß er wegen schnöden Mammons an der „Zukunft“ gearbeitet hat. Er habe Gelegenheit, auf andre Weise weit mehr Geld zu verdienen, als bei der Sozialdemokratie. Ich kenne Bernhards Verhältnisse nicht, weiß aber, daß seine regelmäßigen Beiträge für die „Zukunft“ selbstverständlich bezahlt werden. Ob er auch mitgearbeitet hätte, wenn er nicht bezahlt würde, das weiß ich nicht. Es ist ja möglich, daß noch andere Motive mitspielen, vielleicht das des Ehrgeizes, (Bernhard: O nein!) vielleicht fühlte er sich geschmeichelt, Mitarbeiter der „Zukunft“ zu sein. Ich sage, ich weiß das nicht, aber jedenfalls war eins der Motive der Mitarbeiterschaft Geld zu verdienen. Bernhard meint, nachdem er seinen Artikel widerrufen hatte, sei es von mir unschön gewesen, noch weiter darauf einzugehen. enosse Bernhard, zunächst ist es Sache des Redners, zu beurteilen, was er für ıgemessen erachtet, zu tun oder nicht zu tun. Sie haben aber offenbar überirt, daß ich gesagt habe, Anschauungen über Parteimoral, wie sie Bernhard verfentlicht hat, sind in der Partei nicht vereinzelt vorhanden. (Zuruf: Bei ehring!) Ich habe selbst gehört, führte ich aus, wie in früheren Jahren am iertisch ähnliche Grundsätze ausgesprochen wurden, und von diesem Gesichtspunkt s und weil ich weiß, daß diese Auffassung in Parteikreisen Bestätigung er-ren hat, daß Genossen sich geäußert hätten, sie teilten die Auffassung von

Bernhard über Parteimoral, waren meine Ausführungen ganz natürlich und gerechtfertigt. Ich habe weiter gesagt — und damit glaube ich das, was ich etwa an Bernhard durch meine Kritik gesündigt haben soll, in reichstem Maße wieder gut gemacht zu haben — ich habe gesagt, Bernhard habe sich hier ein Armutszeugnis ausgestellt, denn ein regelmäßiger Mitarbeiter der „Zukunft" überlegt sich seine Artikel, und wenn er sich nun nach einem so klaren Artikel hinstellt und sagt, den habe ich mir nicht überlegt, ich bedaure ihn, so darf ich wohl getrost von einem Armutszeugnis reden. (Sehr richtig!) Denn er hat einen Artikel geschrieben, über dessen Bedeutung er sich nicht klar war. (Sehr richtig!) Ich habe gesagt, wenn Bernhard hier vor dem Parteitage nicht sein Bedauern ausgesprochen hätte, dann würde ich als organisierter Genosse von Berlin II es für meine Pflicht erachtet haben, nach dem Parteitag seinen Ausschluß zu beantragen. Nachdem er aber den Artikel zurückgenommen, sei das hinfällig; ich werde diesen Schritt unterlassen. Ich glaube aber, daß ich Bernhard diejenige Genugtuung gegeben habe, die ich ihm unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt geben konnte. (Zustimmung.)

Nun zu Heinrich Braun! Da kann ich mich sehr kurz fassen; er hat heute in der gesuchtesten Weise, um mich milde auszudrücken, seinen Worten einen andern Sinn zu geben versucht als ich. Dabei ist aber doch dem schlauen Herrn das Malheur passiert, daß er genau das bestätigt, was ich gesagt habe. (Sehr richtig!) Ich habe heute um so weniger Veranlassung, meine gestrigen Ausführungen richtig zu stellen, als ich zu meiner großen Genugtuung konstatieren kann, daß dieser Teil meiner Ausführungen im „Vorwärts"-Bericht so klar wiedergegeben ist, daß sie einer nochmaligen Richtigstellung von meiner Seite nicht bedürfen. Wenn Braun fragt, welchen Artikel und welche Broschüren die Mehring bis 1887 geschrieben hat, ich gemeint hätte, daß er sie kennt, so erwidere ich, daß ich so deutlich und so klar wie möglich — das geht auch wieder aus dem „Vorwärts"-Bericht hervor — die Artikel der „Gartenlaube" und „Die Geschichte der Sozialdemokratie" als solche bezeichnet habe, von deren Existenz und Inhalt im allgemeinen Heinrich Braun 1887, als er mir vorschlug, Mehring zu jenem Souper einzuladen, genaue Kenntnis hatte. Daß er damals die Rede von Hasenclever aus dem Jahre 1881 kannte, war vielleicht nicht der Fall. Darüber rede ich nicht. Weiter habe ich ausgeführt, daß er die Stelle, die er aus dem Artikel der „Gartenlaube" verlas, nicht mehr im Gedächtnis hätte oder auch sie nicht gelesen hätte, aber, sagte ich, daß die Handlungsweise von Mehring gegen die Partei, die „Gartenlauben"-Artikel und die Parteigeschichte ihm genau bekannt waren, ist zweifellos, und ist auch heute von ihm zugegeben. Damit ist alles das bestätigt, was er erst bestritten hat. Nun sagt er weiter — und da beruft er sich anscheinend auf eine Erklärung von Mehring selbst — er sei zu Mehring gegangen, um ihn „in meinem Auftrage" einzuladen. Genossen, wie sollte ich dazu kommen . . . (**Braun** ruft: Das habe ich ja korrigiert und gesagt: Mit Ihrer Erlaubnis!) Also: Sie kamen damals zu mir und sagten (dem Sinne nach): Ich weiß ja, was Mehring gegen unsre Partei verbrochen, aber ich weiß auch — und Sie wissen es erst recht — was er seitdem für die Partei getan hat, in den schwersten Zeiten des Sozialistengesetzes, sobald er einsah, daß er unrecht hatte und soweit es ihm in bürgerlichen Blättern möglich war. Da habe ich zugestimmt; weil auch ich er Meinung bin, wenn einer einmal gesündigt, man ihm das nicht sein L. en lang nachtragen soll, wenn der Betreffende sich bessert und bereut. Ich s te Braun also: Ich habe nichts dagegen, wenn Sie Mehring zur Teilnahme m dem berühmten Souper einladen. Nun aber sagt Mehring in der „Leipz er Volkszeitung", Braun sei zu ihm gekommen und hätte ihm gesagt, er wolle jn in meinem Auftrage einladen. Nein, so stand das nicht und wenn Meh ig

das so aufgefaßt hat, so ist es unrichtig. Ich habe nur gesagt: Ich bin damit einverstanden, daß er teilnimmt; das ist doch wohl etwas anderes. (Sehr richtig!)

Ich begreife ja die hohe Erregung, in die Genosse Göhre durch die Angriffe gegen seine Person und namentlich durch meine Angriffe geraten ist. Aber, wie es dann immer geht, wenn man einmal in solche hochgradige Erregung verfallen ist, so hört man manches anders als es gesagt worden ist. So ist es dem Genossen Göhre ergangen. Er hat eine Reihe von Ausführungen gemacht, mit direkter Bezugnahme auf meine Person, die sich gegen Vorwürfe richten, die ich gar nicht erhoben habe. Ich will nur einige der wichtigsten Punkte anführen. Zunächst hat er wiederholt sich dagegen gewehrt, daß ich ihn einen „hergelaufenen Akademiker" genannt hätte. Das Wort habe ich nie in den Mund genommen, auch gestern nicht. Ob ein andrer es gebraucht hat, weiß ich nicht; ich habe es nicht gehört. Ich habe überhaupt von den jetzt zur Partei gehörenden Akademikern mit möglichster Objektivität gesprochen. Ich habe erklärt, mir selbst würde von den Proletariern vorgeworfen, daß ich die Akademiker fortgesetzt poussiere (Sehr richtig!), daß sie durch mich in der Partei quasi groß gezogen worden wären. (Sehr richtig!) Und ich habe gesagt: Ich freue mich über jeden, der aus einer andren sogenannten höheren Klasse zu uns kommt. Ich habe das wiederholt damit motiviert: daß die Arbeiter Sozialdemokraten sind, das ist selbstverständlich, erstaunlich ist nur, daß es noch Arbeiter giebt, die nicht Sozialdemokraten sind; aber wenn ein Mann aus andren Schichten in unsre Partei kommt, der hat große Kämpfe mit sich selbst auszufechten, der hat tief eingewurzelte Anschauungen zu überwinden, Vorurteile zu beseitigen, er kommt in Konflikte mit seiner Familie, mit seiner bisherigen Gesellschaftsschicht, und wenn er trotzdem alle diese Hindernisse überwindet, so ist ihm das hoch anzurechnen. (Sehr wahr!) Nun aber, so habe ich gestern ausgeführt, verfällt ein Teil dieser Leute nachher noch und zu leicht in alte Vorurteile und Auffassungen und in die Kampfsmethoden der alten Zeit zurück und sie erweisen sich auf diese Weise als Genossen, an deren Ehrlichkeit ich nicht zweifle, die aber an der Stelle, an die sie dann sehr bald gestellt werden, nicht das erfüllen, was man von ihnen erwartet. Und darum stimme ich denen zu, die uns warnen, wenn künftig solche Leute kommen, sie ohne weiteres mit offenen Armen aufzunehmen. Wir haben von jetzt ab bei der Größe und Bedeutung der Partei überhaupt alle Ursache, uns jeden, der kommt, genau anzusehen; wir haben aber bei den Akademikern und Intellektuellen zweimal Ursache, sie anzusehen. (Sehr richtig!) So stand die Sache. Göhre hat dann weiter mit einem gewissen bitteren Hohn — den ich ihm verzeihe, weil ich ihn begreiflich finde —, ausgeführt, daß ich alles getan hätte, um meinen „Freund Mehring" zu retten. Ich habe gestern meine Beziehungen zu Mehring genau und, wie ich glaube, wahrheitsgetreu geschildert. Ich glaube Mehring in keiner Weise zu nahe zu treten, wenn ich erkläre: Mehring hat mich niemals als das, was man einen Freund nennt, angesehen, und ich meinerseits habe in Mehring keinen Freund gesehen. Ich stehe zu Mehring, wie ich zu tausend andren Parteigenossen stehe, nur mit dem Unterschied, daß Mehring kraft seiner geistigen Befähigung ein Mann ist, mit dem ich mich gern unterhalte, bei dem man allezeit auch in der Privatunterhaltung, sehr viel lernen kann; aber intimere Beziehungen haben nie zwischen uns bestanden. Ich kann sogar behaupten, daß wir in den letzten drei oder vier Jahren nur zweimal Veranlassung hatten, uns aufzusuchen. Einen Freund nenne ich nur eine Person, mit der ich sehr intim stehe und mit der ich mich nach den verschiedensten Richtungen hin d'accord fühle. Zu diesen Freunden gehören weder ich Mehring gegenüber noch Mehring mir gegenüber. Göhre sagt, ich hätte bei Mehring alles mit dem psychologischen Moment entschuldigt. Nach dieser Richtung bin ich vollständig gedeckt durch den „Vorwärts"-Bericht, der auch in diesem Punkt (Zuruf: Wie in allem!) vollständig

wahrheitsgetreu ist. (Redner verliest die Stelle des „Vorwärts"-Berichts über den Schoenlank-Brief von „Nun kommt heute Bernhard mit dem Brief" bis „aber keine Entschuldigung ist".) Ich glaube, dieses Zitat ergiebt, daß Genosse Göhre seine Beschuldigung in keiner Weise aufrecht erhalten kann. (Sehr richtig!) Daß Genosse Göhre bisher seine volle Schuldigkeit getan hat, habe ich nie bestritten. Er hat mit außerordentlichem Eifer agitiert, und ich habe wiederholt gesagt: Es ist doch gut, daß wir einen so eifrigen Agitator wie Göhre bekommen haben, der nimmt uns Alten eine ganze Reihe von Versammlungen ab. (Göhre: Ich danke!) Dafür haben Sie sich bei mir gar nicht zu bedanken. So habe ich über Göhre gesprochen. Göhre hat dann weiter angeführt, ich hätte ihn doch einmal zu mir rufen und ihn — er gebrauchte das Wort — erziehen können. Ja, Genossen, ich habe in meinem Leben, namentlich in dem letzten Jahrzehnt, das Wort Schulmeister so oft an den Kopf geworfen bekommen, daß ich heillosen Respekt bekommen habe, etwas zu tun, was zu diesem Vorwurf Anlaß geben könnte. Nun kommt Göhre und fordert mich feierlich auf, an ihm erzieherische Tätigkeit vorzunehmen! (Heiterkeit.) Ja, Genosse Göhre, wie stellen Sie sich denn meine Stellung eigentlich vor? Ich habe keine Zeit, so etwas zu unternehmen und einem Genossen zu schreiben: Kommen Sie doch mal zu mir, oder wann kann ich Sie aufsuchen. Ich erteile Ihnen dann ein Privatissimum! (Heiterkeit.) Dazu bin ich außer stande und habe umsoweniger Bedürfnis dazu, weil ich nie weiß, wie mein Anerbieten aufgenommen werden würde. (Sehr gut!) Ganz besonders war Göhre entrüstet über meine Erklärung, daß derjenige, der nach dem 22. November 1902 noch an der „Zukunft" mitgearbeitet habe oder dann noch zu Harden in persönlichen, freundschaftlichen Beziehungen stand, sich der skandalösesten Handlungsweise schuldig gemacht habe. Ich habe gestern aus dem betreffenden Artikel all die drastischen Stellen und Beschimpfungen verlesen und dann gesagt: daß sich Genossen finden, die nach der Veröffentlichung dieses Artikels, nachdem sie diesen Artikel gelesen hatten, weiter an der „Zukunft" mitarbeiteten oder freundschaftliche Beziehungen zu Harden aufrecht erhielten, dafür giebt es allerdings keine Entschuldigung; da giebt es kein andres Wort als Pfui! (Sehr richtig!) — davon nehme ich kein Wort zurück. Göhre sagt, er habe den Artikel nicht gelesen. Wenn Göhre das an dieser Stelle nicht nur vor der ganzen Partei, sondern gewissermaßen vor der ganzen civilisierten Welt, die unsren Verhandlungen aufmerksam folgt, erklärt, so glaube ich das, — und dann trifft mein Vorwurf auf ihn nicht zu. Aufs höchste überrascht hat mich aber die weitere Erklärung Göhres, daß er auch in der Parteipresse nichts über diesen Artikel gefunden habe. In der „Neuen Zeit" vom 14. Januar 1903 ist der gegen Bernhard gerichtete Artikel „Konzessionsschulzes" enthalten, in dem gegen den Hardenschen ausführlich polemisiert wird. Ich bin aufs höchste überrascht, daß Göhre auch diesen Artikel nicht gelesen haben soll. Es ist der Hardensche Artikel, der aufs heftigste angegriffen und als das hingestellt wurde, was er ist. Aber wenn Göhre erklärt, daß er auch diesen Artikel nicht gelesen hat . . . (Göhre: Ich habe ihn gelesen!) — Dann allerdings konnten Sie über den Artikel der „Zukunft" vom 22. November 1902 nicht mehr im Unklaren sein. Und wenn Sie sich sagten: Da hat Mehring vielleicht tendenziös entstellt, dann sind Sie ein viel zu gewissenhafter Mann, um sich nicht gleich zu sagen – da Sie doch sicher Abonnent der „Zukunft" sind (Zuruf Göhres), Sie bestätigen das — den Artikel habe ich übersehen; aber ich will sehen, was denn da drin [illegible]ht! (Göhre: Es ist ein Irrtum, ich habe nicht bestätigt, daß ich Abonnent der „Zukunft" sei; ich bin Abonnent der „Neuen Zeit".) Und Sie haben sich auf den Artikel der „Neuen Zeit" hin nicht veranlaßt gesehen, den „Zukunft"-Artikel d[illegible]ch-zulesen? (Göhre: Ich werde darauf gleich antworten.) Hätte Genosse G[illegible]hre auch den Artikel der „Neuen Zeit" nicht gelesen, so hätte ich meinen Vor[illegible]urf mit Bezug auf ihn zurücknehmen können. Unter diesen Umständen aber h[illegible] ure

ich, vorläufig nichts zurücknehmen zu können, sondern muß weitere Aufklärung abwarten. Aber ich bleibe dabei, das ist meine felsenfeste Ueberzeugung, und wenn man mich totschlüge, ich könnte nicht davon abgehen; wer nach Kenntnis dieses Artikels noch für die „Zukunft" gearbeitet hat, auf den trifft das Verdammungsurteil zu, das ich gestern ausgesprochen habe. Es könnte ja sein, daß der letzte Göhresche Artikel schon vor dem „Zukunft"-Artikel vom 22. November eingeschickt gewesen und nur später veröffentlicht worden wäre. Er ist aber erst im März d. J. veröffentlicht worden, also lange Zeit später, und erst nach der Veröffentlichung der Resolution des Vorstandes. (Hört! hört!) Bitte, Genossen, das trifft nicht zu, was Sie mit diesem Hört! hört! sagen wollen. (Göhre: Sehr bedenklich!) Ach, was von Ihrer Seite in den letzten Tagen an solchen bedenklichen Zurufen geleistet worden ist, ist noch viel bedenklicher. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Ich bitte auf Zurufe nicht zu antworten.

Bebel (fortfahrend): Ich antworte nicht auf Zurufe, das ist ein Mißverständnis. Man hat auch in der Fraktion zu mir gesagt: jetzt habt ihr diese Resolution veröffentlicht und Göhre schreibt weiter für die „Zukunft". Darauf habe ich geantwortet: Das können wir ihm nicht verbieten, eine maßgebende Entscheidung hat hier nur der Parteitag.

Schließlich noch ein Punkt, der mir insofern der fatalste ist, weil es sich hier um Privatgespräche handelt. Genosse Auer winkt ab. Ich bin aber provoziert dadurch, daß Göhre auf diese Unterhaltung Bezug genommen hat. Es handelt sich darum, daß ich im Sommer 1898 oder 99 in der Braunschen Villa im Grunewald mit Göhre zusammengetroffen bin. Wir waren beide zu Braun eingeladen. (Zuruf: Zum Diner?) Nein, es gab kein Diner. (Heiterkeit.) Göhre teilte mir dort mit, er wolle nächstens in die Partei eintreten, sich aber zunächst und hauptsächlich dem Genossenschaftswesen zuwenden. Insofern ist die Göhresche Darstellung ganz richtig. Sie ist aber nicht vollständig. Auch ich will nicht alles sagen. (M e i s t e r: Warum denn nicht?) Das ist meine Sache, das geht Euch nichts an. (Heiterkeit. M e i s t e r: Dann sagen wir es.) Das kannst Du ja gar nicht. Göhre sagte also weiter: Ich hoffe, bald in der Lage zu sein, in die Partei eintreten zu können, — die Motive, weshalb das sofort nicht möglich war, teilte er mit, ich habe aber keinen Anlaß, sie hier bekannt zu geben — ich werde mich hauptsächlich dem Studium des Genossenschaftswesens widmen und auch ein Mandat annehmen. (Hört! hört!) Von einer mehrjährigen Ruhezeit war da keine Rede. Das war kein Verbrechen, aber da Göhre das verschwiegen hatte, hielt ich mich für verpflichtet, es zur Vervollständigung mitzuteilen. — Ich kann also nicht zugeben, daß Göhres Angriffe gegen meine Person auch nur einen Schatten von Berechtigung hatten. Meine Vorwürfe gegen ihn bedauere ich in diesem Moment nicht zurücknehmen zu können; ich würde sie gern zurückgenommen haben, wenn er die Stellung zum Artikel der „Zukunft" vom 22. November 1902 nach meiner Ansicht in befriedigender Weise klargestellt hätte. (Beifall.)

Stadthagen: Braun meint, daß die Hetzen und Verdächtigungen vor seinen Wählern zu der regelmäßigen Tätigkeit von mir gehören, soweit ich eine Tätigkeit in seinem Wahlkreise entwickle. Diese Behauptung ist selbstverständlich unwahr, sie kennzeichnet ihn. Weder habe ich gehetzt gegen ihn, noch habe ich dächtigt. Ich überlasse ihn vollkommen selbst seinen Wählern, sie werden ihn bald kennen. Zweitens hat Braun gesagt, ich hätte ihm gegenüber geäußert, er ibe für ein literarisches Unternehmen einen bürgerlichen Gönner gefunden, h könnte mich im Register des Amtsgerichts überzeugen, ob das wahr ist . . .

Singer: Das hat Braun Adolf Hoffmann gegenüber geäußert.

Stadthagen: Dann ist die Sache erledigt. Ich würde selbstverständlich nen b ü r g e r l i c h e n Gönner niemals vor ihm warnen. (Heiterkeit.)

Heinrich Braun: Bebel ist noch einmal auf die Frage zurückgekommen, wie es sich mit meiner Kenntnis von Mehrings Vergangenheit verhält zu der Zeit, als ich zu ihm und Singer von Mehring sprach, und er hat gesagt: Dieser schlaue Kerl hat sich selbst gefangen durch das Zugeständnis, daß er die Broschüre gekannt habe. Es ist mir ganz unverständlich, wie Bebel das sagen kann. Ich habe ihm ja ausdrücklich zugegeben, daß es ein Widerspruch in sich selbst gewesen wäre, wenn ich ihm von der Rehabilitierung Mehrings gesprochen hätte, ohne zu wissen, warum sie notwendig ist. Es ist selbstverständlich, daß ich schon als Student der Nationalökonomie Mehrings Geschichte der Sozialdemokratie gekannt habe. Aber ich kannte nicht die ganze Vergangenheit von Mehring und insbesondere nicht die Artikel der „Gartenlaube". Diese Artikel haben eine ganz besonders wichtige Bedeutung. Ich war genötigt, auf diese Artikel...

Singer: Sie können nicht in einer persönlichen Bemerkung gegen Bebel auf den Inhalt der Artikel der „Gartenlaube" eingehen.

Heinrich Braun (fortfahrend): Ich habe also die Artikel der „Gartenlaube" nicht gekannt, und wenn Bebel das Gegenteil sagt, so steht hier Behauptung gegen Behauptung. Ich bedaure, daß Bebel nach meiner ganz bestimmten Versicherung bei seiner Behauptung bleibt, er sollte doch eigentlich um so mehr an die Sicherheit seines Gedächtnisses zweifeln, als er den andren Punkt, den er mir entgegengehalten hat, daß ich nämlich die Bekanntschaft von Mehring schon früher gemacht hätte, hat fallen lassen. Darauf ist er mit keiner Silbe zu sprechen gekommen. (Bebel: Das habe ich vergessen, ich kann ja noch darüber sprechen!)

Singer: Man kann doch nicht im Rahmen einer persönlichen Bemerkung etwas besprechen, was nicht gesagt ist.

Heinrich Braun (fortfahrend): Noch ein Wort gegen Kautsky! Ich habe angeführt, daß ich Kautsky wiederholt gesagt habe, er lasse Mehring zu viel Latitude, er möchte doch in seinen Erinnerungen nachforschen und dann aufrichtig sagen, woran er sich erinnert hat. Das Wort „aufrichtig" war ganz harmlos; wenn aber Kautsky darin etwas Verletzendes erblickt, so stehe ich nicht an, zu bedauern, daß ich den Ausdruck gebraucht habe. Noch mehr bedaure ich, daß ich auf eine mir von Kautsky infolge dieses harmlosen Wortes entgegengeschleuderte Invektive mit derselben Invektive geantwortet habe. Ich bitte deshalb um Entschuldigung. Wenn ich es für ungerechtfertigt halte, auf Invektiven mit Invektiven zu antworten statt zu schweigen, so ist es selbstverständlich, daß ich auf die Invektiven Bebels in seiner gestrigen Rede mit keinem Wort eingehe, sondern Ihnen das Urteil überlasse.

Kautsky: Braun hat gesagt, die Redaktion der „Neuen Zeit" habe den Artikel seiner Frau abgelehnt und diese dadurch gezwungen, an die „Zukunft" zu gehen. (Braun: Das habe ich nicht gesagt!) Aber doch, daß ich den Artikel abgelehnt habe! Ich habe die Briefe nicht bei der Hand und kann daher nur aus dem Gedächtnis zitieren. Genossin Braun fragte, ob wir einen Artikel von ihr akzeptieren würden. Wir antworteten: Mit Vergnügen, aber wir können uns erst dann entscheiden, wenn er im Manuskript vorliegt. Wir bitten Sie um Uebersendung. Darauf kam der Artikel, aber zugleich das Verlangen, ihn binnen 14 Tagen abzudrucken. Wir hatten großen Stoffandrang, die nächsten Nummern war bereits vollständig mit Artikeln besetzt. Wäre der Artikel von Genossin Bra[un] sehr wichtig gewesen, so hätte man ja einen andern Artikel zurückstellen könne[n], aber er war ganz unbedeutend. Nicht etwa, daß ich das Talent von Genossi[n] Braun unterschätze, aber der Artikel war ziemlich harmlos und ich hatte keine[n] Grund, ihn zum Nachteil andrer, die länger da waren, zu bevorzugen. Wi[r] schrieben ihr, wenn sie darauf bestehe, daß der Artikel binnen 14 Tagen erschein[e], müßten wir darauf verzichten. Warum Genossin Braun dann zu Harden gegange[n]

ist, ist eine andre Frage. Uebrigens hat Genossin Braun schon früher für die „Zukunft“ gearbeitet. Ich muß jahraus, jahrein Hunderte von Artikeln zurückweisen, aber noch kein Verfasser hat sich bisher genötigt gesehen, sich dann an Harden zu wenden. Braun sagt: ich möge in meinen Erinnerungen nachforschen, ob er mir nicht Vorhaltungen über Mehring gemacht habe. Auf die Invektiven dabei will ich nicht eingehen. Was er sagt, ist richtig, er hat mir zu verschiedenen Zeiten solche Vorhaltungen gemacht, aber er hat vergessen zu sagen, wann. Nicht etwa als Mehring zu uns kam, oder bald darauf, im Gegenteil damals waren ihm keine Grenzen für die Mitarbeit von Mehring zu weit. (Bebel: Sehr richtig!) Damals lebte Braun in der Maienblüte des Radikalismus. Damals verlangte er von mir noch ein schärferes Vorgehen gegen Vollmar. (Hört! hört!) Erst seitdem sein revolutionärer Spiritus verflogen und er im Lager der Revisionisten steht, hat er Anstoß an der Mitarbeiterschaft von Mehring genommen und verlangt, daß ich ihm engere Zügel auflege. Warum bin ich dem Rat von Braun nicht gefolgt? —

Singer: Das gehört aber nicht mehr zur persönlichen Bemerkung.

Kautsky: Dann habe ich nichts mehr zu sagen. (Heiterkeit.)

Zubeil: Heine hat eine Aeußerung von mir in einer Versammlung des dritten Wahlkreises erwähnt, aber er hat nicht richtig zitiert. In Wirklichkeit habe ich gesagt: Wenn es in der Fraktion dahin kommen sollte, daß beschlossen wird, das höfische Zeremoniell und alles, was damit verbunden ist, mitzumachen, dann könnte es leicht sein, daß die organisierten Arbeiter das Tischtuch zwischen sich und denjenigen Genossen zerschneiden, die sie auf diesen Weg drängen wollen. (Zustimmung.)

Heine-Berlin: Adolf Hoffmann hat von meinen Fragen eine beantwortet, er hat festgestellt, daß ich nicht für die bürgerliche Presse geschrieben habe und daß also Artikel dieser Art nicht unsern Agitatoren zwischen die Beine geworfen sein können. Er hat aber erklärt, dies wäre geschehen mit meiner Kanonen-Rede und mit den Artikeln, die ich in den „Sozialistischen Monatsheften“ zur Bernstein-Frage veröffentlicht hätte. Die Kanonen-Rede ist kein Artikel, sondern eine Antwort, die ich in einer Versammlung meines Wahlkreises auf eine Anfrage erteilt habe und erteilen mußte; sie gehört nachgerade zum eisernen Inventar jedes Parteitages. Ich lasse mich nicht mehr darüber aus, nachdem ich in Hannover erklärt habe, ich würde das künftig ablehnen, und nachdem Bebel in Hannover erklärt hat, daß meine Auskunft ihn vollständig befriedige und daß er es für ein Unrecht halten würde, mich deshalb nochmals anzuzapfen. Nun meine Artikel zur Bernstein-Frage! Adolf Hoffmann hat nicht die Frage beantwortet, wo denn diese Artikel jemand als Knüppel zwischen die Beine geworfen sein sollen. Es ist einfach unwahr, daß das geschehen ist. Welche Artikel habe ich denn zur Bernstein-Frage geschrieben? Einen einzigen, der im Oktober 1899 erschien, auf dem Parteitag in Hannover verteilt, aber sonst in der Partei und der Parteipresse völlig unbeachtet geblieben ist. Das einzige, was ich darüber gelesen, war ein Angriff in einem nationalsozialen Blatt, weil ich in dem Artikel Bernstein von mir abgeschüttelt hätte. Also, dieser Artikel kann Ihnen niemals entgegengehalten sein, und ich wiederhole: es wäre mir zu Ohren gekommen, die guten Freunde hätten schon dafür gesorgt, daß eine Beschwerde eingegangen wäre. Dagegen zweifle ich nicht im geringsten daran, daß Ihnen in Versammlungen öfter entgegengehalten ist: Ja, macht es so wie Auer, Vollmar usw.! Das ist die dumme, törichte Art, wie unsre Gegner agitieren . . .

Singer: Ich bitte, nicht über den Rahmen der persönlichen Bemerkung hinauszugehen.

Heine (fortfahrend): Was unsre politischen Gegner von mir sagen, sind nicht meine Aeußerungen, und ich möchte die Genossen in solchen Fällen bitten, doch erst mal die Gegner zu fragen, ob denn das, was sie als Aeußerungen von

mir kolportieren, wirklich wahr und authentisch ist. Das kann ich beanspruchen. Zubeil hat nach meiner bestimmten Erinnerung in jener Versammlung gesagt: Wenn der Parteitag, was er nicht erwartet, so beschließen würde, so würde es einen Schnitt ins Tischtuch geben. Aber es kommt ja vor, daß man mal etwas andres sagt, als man sagen will; es kommt auch vor, daß man sich verhört. Wenn also Zubeil erklärt, er habe das sagen wollen, was er jetzt gesagt hat, so hat seine Aeußerung natürlich eine ganz andre Bedeutung, als ich annahm.

Göhre: Bebel hat gesagt, ich hätte in meiner Rede ausgesprochen, daß ich durch die Parteipresse keine Kenntnis von dem Zollkampf-Artikel in der „Zukunft" erlangt habe. Das habe ich gesagt. Er hat mir nachgewiesen, daß ich davon Kenntnis haben müßte, weil ich den Artikel „Konzessionsschulzes" gelesen haben müßte. Aus derselben Flüchtigkeit und Sorglosigkeit heraus, die ich überhaupt der „Zukunft" gegenüber gehabt habe, und aus der übrigen Situation heraus, weil ich wußte, daß der Artikel „Konzessionsschulzes" von Mehring war und weil ich bei den Beziehungen, die ich seit meinem Eintritt in die Partei zu Mehring habe — ich habe nicht wie Dr. Maurenbrecher erklärt, daß ich schon längst in den wissenschaftlichen Gedankengängen von Marx, Engels und Mehring mich bewegt habe — also, weil ich wußte, woher der Artikel kam, hat sich meine Erregung dieser Quelle zugewendet, und ich habe auch dann den Artikel nicht gelesen. Bebel hat weiter eine Unterhaltung mit mir reproduziert. Was er gesagt hat, stimmt bis auf den Satz: „Ich werde auch ein Mandat annehmen". Auch darüber ist geredet worden, aber, Genosse Bebel, ich glaube, Sie werden, wenn ich Sie daran erinnere, zugeben, daß dieser Satz in dieser kurzen Form nicht gefallen ist. Ich habe Ihnen gesagt, daß ich hoffe, später als ein vollberechtigter Genosse wirken zu können, und daß ich dann, da ich meinen Beruf aufgegeben habe, um mich dem des politischen Menschen zu widmen, auch mal ein Mandat zu bekommen hoffe. Versetzen Sie sich in meine Lage! Ich war noch nicht Genosse . . .

Singer (unterbrechend): Ich bitte, in dieser Weise die Sache nicht zu erörtern. Sie haben das volle Recht, sich gegen das zu wenden, was Bebel gesagt hat, aber Sie können doch nicht erklären, warum sie etwas gesagt haben.

Göhre (fortfahrend): Sie werden zugeben, daß meine Worte zu Bebel nicht den Ausdruck einer Streberei, sondern einer vollendeten Ehrlichkeit bedeuteten, mit dem ich mich sichern wollte. (Sehr wahr!) Endlich hat Bebel gemeint, ich hätte ihn mißverstanden, er habe das Wort „hergelaufene Akademiker" nicht gebraucht und mich nicht gemeint. Selbstverständlich ziehe ich, nachdem Bebel das erklärt hat, die volle Konsequenz daraus.

Hiermit sind die persönlichen Bemerkungen erschöpft.

Die Mittagspause tritt ein.

Eingegangen ist ein Glückwunsch-Telegramm der Genossen von Hausham-Miesbach.

Schluß $1^1/_4$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

$3^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

In der Frage der **Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern** ist nachträglich noch **Antrag** 132, Quarck, eingegangen.

Singer teilt mit, daß dieser Antrag nicht mehr zur Diskussion gestellt, [illegible] eventuell bei der Abstimmung mit berücksichtigt werden könne.

Das **Schlußwort** hat Genosse

Pfannkuch: Ich werde mich auf das rein Sachliche beschränken. Br[illegible] hat mir vorgeworfen, daß wesentlich durch die Schärfe meines Angriffs [illegible] Debatte so heftig geworden ist. Dem ist nicht so; ich halte mich für keinen [illegible]

aggressiven Genossen, der andre so verletzen könnte, daß sie gezwungen wären, die Frage auf die Weise, wie geschehen, aufzurollen. Wenn Braun bemängelt hat, daß seine Beschwerde im Vorstandsbericht nicht vollständig wiedergegeben sei, so will ich Ihnen zum Beweise dafür, daß der Parteivorstand bei der Erledigung dieser ganzen Angelegenheit niemand hat verletzen wollen, den Brief vom 27. Februar, der im gedruckten Bericht nur auszugsweise vorliegt, in seinem vollständigen Inhalt vorlesen:

Antwort auf die Frage der Genossen Heinrich Braun usw.

Berlin, den 27. Februar 1903.

Werte Genossen!

Auf Ihre Zuschrift vom 13. Februar a. cr. haben wir Ihnen folgendes zu antworten.

Wir können nicht anerkennen, daß die Redaktion der „Neuen Zeit" durch Aufnahme des Artikels „Konzessionsschulzes" in Nr. 16 des genannten Blattes eine Handlung beging, die eine Rüge oder Zurechtweisung unsrerseits verdiente.

Wir hätten nur gewünscht, daß der betreffende Artikelschreiber den Namen desjenigen oder derjenigen genannt hätte, die er mit seinen Angriffen treffen wollte, um Mißverständnisse zu vermeiden.

Soweit stand es im Vorstandsbericht.

Daß die Redaktion der „Neuen Zeit" den in Frage stehenden Artikel veröffentlichte (und zu jeder Frage ihre Ansichten äußerte), geschah im Namen derselben persönlichen Freiheit, in deren Namen Sie beanspruchen, daß Parteigenossen ihre Arbeiten in jedem ihnen gutdünkenden gegnerischen Blatte veröffentlichen dürfen.

Voraussetzung bei der Aufnahme von Artikeln in der „Neuen Zeit" ist, daß der oder die Angegriffenen das Recht und die Möglichkeit haben, auf die gegen sie gerichteten Angriffe zu antworten. Dieses Recht hat aber, wie der Artikel des Genossen Bernhard in Nummer 19 der „Neuen Zeit" beweist, die Redaktion dem Angegriffenen in vollem Umfange eingeräumt. Mehr kann unsres Erachtens nicht verlangt werden, und damit fällt für uns auch jeder Grund zur Intervention.

Ueber die Frage, inwieweit Parteigenossen berechtigt sind, an gegnerischen Blättern mitzuarbeiten, oder sich in den Dienst derselben zu stellen, behalten wir uns, da es sich um eine Frage von allgemeiner Bedeutung handelt, besondere Entschließung vor und werden wir hierbei unsre Ansicht im Centralorgan der Partei veröffentlichen.

Der Parteivorstand.

Den letzten Absatz hätte der Vorstand selbstverständlich gar keinen Anlaß gehabt, den Beschwerdeführern mitzuteilen, aber wir wollten sie von vornherein über unsre Absicht aufklären. Der Parteivorstand hat mit seiner Deklaration nichts andres beabsichtigt, als einen Wegweiser aufzurichten, nach dessen Richtung die Genossen ersucht wurden, zu marschieren. Man hat sich mit aller Energie gegen die „Anmaßung" des Vorstandes gewandt. Wir haben aber in der jetzigen Debatte von den in Frage kommenden Parteigenossen gehört, daß sie doch mehr oder weniger jetzt geneigt sind, sich den vom Parteivorstand gegebenen Intentionen, nachdem sie gesehen haben, daß auch die Mehrheit des Parteitages derselben Meinung ist, zu fügen.

Bernhard hat auf die direkte Anfrage Bebels erklärt, daß er den Artikel bereue, und auch gemeint, es sei besser, wenn er nicht geschrieben wäre. Der Parteivorstand konnte mit seiner Deklaration nicht alle in Betracht kommenden Fälle treffen; sie sollte nur ein Wegweiser sein, und deshalb hat es mich gefreut, daß selbst Heine zugeben mußte, daß unter Umständen etwas von der persönlichen Freiheit zu Gunsten der Allgemeinheit der Partei geopfert werden müsse. Heine

scheint also auch diese Meinung für sich akzeptiert zu haben; er sprach heute morgen von der „möglichsten" Freiheit des Handels. Wenn Heine nach dieser von ihm selbst ausgesprochenen Ansicht künftig seine Handlungsweise einrichtet, so wird er einwandsfrei handeln. Er wird dann den Weg betreten, von dem Genosse Göhre gewünscht hat, er möchte ihm von Bebel gezeigt worden sein. (Heiterkeit.) Auch Genosse Göhre hat erklärt, daß er die Mitarbeit an der „Zukunft" als unvereinbar mit den Parteipflichten hinfort unterlassen werde, und diese Entschließung schon vor einiger Zeit durch eine Zuschrift an den Genossen Bruno Borchardt bekundet habe. Ich glaube: das ist deswegen geschehen, weil Genosse Borchardt mit eine leitende Stelle im Wahlverein Teltow-Beeskow-Charlottenburg einnimmt. Sollte letztere Voraussetzung nicht zutreffen, so hätte Genosse Göhre allerdings seinen Brief statt an Borchardt lieber in das Bureau der Parteileitung, J. Auer, Kreuzbergstraße 30, richten sollen. Das Verhältnis zwischen Göhre und uns ist doch bis heute ein ganz kordiales gewesen.

Genosse Braun hat für seine Person zwar eine Erklärung wie Genosse Göhre, Bernhard und Heine nicht abgegeben, aber wohl nur deswegen nicht, weil er behauptete, für die „Zukunft" überhaupt nicht geschrieben zu haben. Seine Frau, Genossin Lily Braun, hat aber die Absicht, nichts mehr für die „Zukunft" zu schreiben. Wir glauben, Genosse Heinrich Braun ist ein viel zu gut erzogener Ehemann, als daß er seiner Gattin hierin nicht nachahmen sollte. (Große Heiterkeit.) Damit sind wir im großen ganzen befriedigt.

Nun ist die Fassung der Deklaration vielfach als unklar und unzureichend bezeichnet worden. Wir haben die Aeußerungen der Parteiredaktionen darüber selbstverständlich aufmerksam verfolgt. Die Aeußerungen des „Hamburger Echos" habe ich bereits mitgeteilt, und da ich weiß, daß Genosse Quarck stets besonders kritisch gegen die Handlungen des Parteivorstandes ist, so habe ich die „Frankfurter Volksstimme" besonders eifrig verfolgt. (Heiterkeit.) Darin fand ich die Erklärung des Parteivorstandes wörtlich abgedruckt, und dazu folgende redaktionelle Erklärung:

„Diese Bekanntmachung läßt sich u. E. kurz dahin zusammenfassen, daß es bei uns in Deutschland für einen ehrlichen Genossen überhaupt keine Möglichkeit giebt, an einem politischen bürgerlichen Blatte mitzuarbeiten, da sie alle von der „Frankfurter Zeitung" bis zur „Kreuz-Zeitung" in „gehässiger und hämischer Kritik" an unsrer Partei Erkleckliches leisten und uns vielleicht mit Ausnahme der Berliner „Volks-Zeitung" keines bekannt ist, auf welches obige Voraussetzung nicht im reichsten Maße zuträfe."

Danach sagte ich mir: der Parteivorstand befindet sich in seiner Auffassung mit Quarck in voller Uebereinstimmung. (Quarck: Dem Sinne nach!) Nun könnte ja diese Auffassung nicht von Quarck herrühren, aber das ändert an der Sache nichts (Quarck: Hier kommt es aber auf die Form an!) Soweit mir bekannt, ist in keinem andren Blatt der Partei ein andrer brauchbarer Vorschlag gemacht worden. Soweit die Sache selbst in Betracht kommt, sind wir mit dem Erfolg dieser Deklaration vollauf befriedigt, und wenn heute die damaligen Beschwerdeführer sich bereit erklärt haben, den Wegweiser zu beachten, so können wir jedenfalls mit den vom Parteivorstande aufgestellten Grundsätzen für das nächste Verwaltungsjahr völlig auskommen. Deswegen kann ich keinen der andren Anträge befürworten. Auch der Antrag Quarck würde an dem Tatbestand nicht weiter ändern. Zum Beweise dafür, daß auch nach bürgerlicher Auffassung d Genossen, die sich der Deklaration fügen, nichts an ihrer Parteiehre einbüße zitiere ich eine Aeußerung der „Täglichen Rundschau": „Mit der Frage, Sozialdemokraten Mitarbeiter bürgerlicher Blätter sein dürfen, hat sich neuli der sozialdemokratische Parteivorstand beschäftigt. Dabei ist er zu der salom nischen Entschließung gekommen, daß eine Mitarbeiterschaft oder Redakteurstellu bei Preßunternehmungen, die an der sozialdemokratischen Partei gehässige od

hämische Kritik üben, nicht zu gestatten sei. Bei Blättern hingegen, wo solches nicht der Fall wäre, könnten Sozialdemokraten ruhig mitarbeiten: soweit nämlich Stellungen in Betracht kämen, in denen „der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen sie gerichtete Angriffe aufzunehmen". — Es muß in der jungen, sozialdemokratischen Gesellschaft doch noch ein wenig kunterbunt hergehen. Unter anständigen bürgerlichen Publizisten pflegt es als schlechthin selbstverständlich zu gelten, daß sie nicht an Unternehmungen mitwirken, die ihre persönliche Ueberzeugung bekämpfen oder in den Schmutz zerren." (Hört! Hört!)

Das wird hier als Anstandspflicht bürgerlicher Publizisten angesehen, während die sozialdemokratische Partei- und Schriftstellerehre doch turmhoch über diese Anschauungen erhaben sein sollte!

Mit der Annahme der Auffassung des Parteivorstandes wird diese Auffassung selbstverständlich zu einer Richtschnur für die Parteigenossen. Es kann jetzt keinen Streit mehr darüber geben, daß das, was da verlangt wird, getan werden muß. Streit kann höchstens noch darüber entstehen, ob in dem einen oder andern Fall die Auffassung des Parteivorstandes bezw. des Parteitages Anwendung finden soll. Ich bitte, unter Ablehnung der andren gestellten Anträge den Antrag 7 des Parteivorstandes anzunehmen.

Singer schlägt vor, zunächst über den Antrag 7 abzustimmen, im Falle von dessen Ablehnung über die Anträge 8—16, 120, 128, 132.

Quarck bittet, zunächst über Antrag 132 als über den weitgehendsten abzustimmen. Für diesen werde eine Reihe von Delegierten stimmen, die nicht für den Antrag 7 stimmen könnten.

Singer: Ich würde davon abraten, zuerst über einen weder begründeten, noch diskutierten Antrag abzustimmen. (Sehr richtig!) Ich mache Quarck daraus keinen Vorwurf, er kann ja erst während der Diskussion zu der Formulierung seines Antrages gelangt sein.

Friedländer schlägt vor, zunächst über Antrag 128 abstimmen zu lassen, der weitergehe als der des Parteivorstandes.

Adolf Hoffmann tritt dieser Ansicht entgegen; der Antrag des Parteivorstandes gehe weiter.

Der Parteitag beschließt zunächst über *Antrag* 7 abzustimmen, und für den Fall von dessen Annahme die andern für erledigt zu erachten.

Der *Antrag* wird *in namentlicher Abstimmung* mit 283 gegen 24 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen *angenommen*.

Mit Ja stimmten: Albrecht, Antrick, Baader, Bartel, Bartels, Baudert, Bebel, Becker, Beer, Bender, Berthold, Bérard, Beyer, Biedermann, Block, Blos, Bock, Borgmann, Boemelburg, Böhm, Böhle, Adolf Braun, Otto Braun, Brey, Brühne, Buchwald, Burcke, Busold, Conrad, Crispien, Crohn, Czech, Dorn, Dräger, Dreesbach, Dubber, Dieter, Eberhardt, Ebert, Eichhorn, Eitzerodt, Emmel, Ehrhart, Ewald, Faber, Fauth, Feldmann, Fenske, Karl Fischer, Emil Fischer, Richard Fischer, Förster, Franck, Franke, Fräßdorf, Freiwaldt, Freythaler, Friedeberg, Friedländer, Fritz, Fritzsch, Frohme, Fülle, Geck, Gerisch, Gericke, Gewehr, Geyer, Gilsbach, Gogowsky, Goldstein, Gradnauer, Grenz, Greiner, Grimpe, Grothe, Grumbt, Grünberg, Grünrock, Gruenwaldt, Grunwald, Haase, Haberland, Haenisch, Hahn, v. Haller, Harris, Härtel, Haverkamp, Heer, Hentschel, Hennig, Henk, Herzfeld, Hering, Herbert, Hieber, Adolf Hoffmann, Franz Hoffmann, Otto Hoffmann, Paul Hoffmann, Horst, Franz Höppner, Wilhelm Höppner, Horn, Hué, Hugel, Huhn, Jacobsen, Ihrer, Jonas, Israel, Jung, Jürs, Kaden, Kähler, Katzenstein, Kautsky, Kayser, Keil, Kirsche, Kittler, Klotzsch, Klüter, Knieriem, Körsten, Koeckeritz, Koenen, Körner, Koß, Kotzke, Kremser, Krohn, Krüger, Kühn, Laaser, Lange, Langhorst, Leber, Ledebour, Legien, Lehmann-Mannheim, Lehmann-Olbernhau, Leonhard, Leopold, Lesche,

Leutert, Leben, Lienau, Liepmann, Lipinski, Löbe, Löwenstein, Lohrberg, Lucht, Lückel, Luxemburg, Mahring, Mars, Meyer, Meiling, Meist, Meister, Metzger, Michaelis, Michels, Molkenbuhr, Motteler, Mucker, Paul Müller, G. Müller-Breslau, G. Müller-Potschappel, Robert Müller, H. Müller-Glauchau, H. Müller-Görlitz, Neumann, Neuschäfer, Niemeyer, Nitsch, Nitzschke, Noack, Noske, Oppel, Orbig, Osterroth, Paris, Passehl, Paulick, E. Pfannkuch, W. Pfannkuch, Pfarr, Pforr, Pickelmann, Pielecke, Pistorius, Pohl, Poller, Rackl, Rasch, Rauch, Raute, Reißhaus, Reuber, Riedel, Rohleder, Rollwagen, Rothe, Rühle, Rudolph, Sachse, Schaumburg, Scheib, Scheidemann, Schletter, Schlick, Schmalfeldt, Albert Schmidt, Peter Schmidt, Robert Schmidt, Rosa Schmidt, Wilhelm Schmidt, Franz Schmitt, Schöpflin, Schorrer, Schrader, Schultze, Schulz, Schumann, Karl Schwartz, Theodor Schwartz, Seeger, Segitz, Seifert, Severing, Silberschmidt, Singer, Sommer, Stadthagen, Staudinger, Stengele, Stephan, Stolle, Stolpe, Storch, Straßenmeyer, Stoezel, Stubbe, Stücklen, Tännert, Täterow, Thesing, Thate, Thomas, Trilse, Ulrich, Vosseler, Vetterlein, Vogel, Wagner, Walter, Walzer, Weber, Weidner, Weil, Weiß, Welk, Welker, Wels, Wengels, Werner, Weyers, Winkelmann, Winter, Wissell, Wölfel, Peter Wolf, Wilhelm Wolf, Wurm, Zenker, Zetkin, Zietz, Zorn, Zubeil.

Mit **Nein** stimmten: Beeck, Birk, Heinrich Braun, Efftinge, v. Elm, Engler, Edmund Fischer, Göhre, Heine, Holzapfel, Hug, Jasper, Kolb, Kratzsch, Krämer, Lindemann, Mannheimer, Adolf Müller, Paeplow, Quarck, Südekum, Thiele, Timm, Vollmar.

Der Stimme **enthalten** sich Auer, Bernstein, Gertrud David und Heymann.

Grimpe und Adolf Müller fügen bei ihrer Abstimmung die Worte „trotz aller Bedenken" zu. (Heiterkeit.)

Singer macht darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig ist, die Abstimmung zu motivieren.

Block, Haenisch, Michels, Katzenstein und Gradnauer geben schriftlich zu Protokoll die Erklärung, daß sie für den Antrag gestimmt haben, obgleich sie mit seiner Fassung im einzelnen nicht einverstanden seien.

Bergmann giebt zu Protokoll, daß er bei der Abstimmung nicht zugegen gewesen ist, er hätte sonst **für** den Antrag gestimmt.

Damit sind die **Anträge** 8—16, 120, 128, 132 erledigt.

Es folgt der Punkt:

Differenzen zwischen Bebel und dem „Vorwärts".

Bebel: Ich habe bereits am Sonntagabend erklärt, daß die Haupt- und Staatsaktion, die manche infolge der Unterdrückung meiner Erklärung im „Vorwärts" erwarten, nicht eintreten dürfte, weil die Dinge mittlerweile einen Charakter angenommen haben, der auch von mir nicht vorausgesehen war und der die Dinge in einer Gestalt erscheinen läßt, daß nach meiner Auffassung eine erhebliche Debatte nicht eintreten wird — wenn nicht bei bestimmten Genossen eine besondere Neigung vorhanden sein sollte. Als die Nachricht von der Ablehnung meiner Erklärung in die Kreise der Partei drang, da war, glaube ich, die Ueberraschung groß, daß so etwas vorgekommen sei. Bei der großen Mehrheit der verehrten Parteigenossen war der erste Gedanke wohl der: Wenn das der „Vorwärts" getan hat, dann muß Bebel wohl ordentlich in die Aeppel gehauen haben! (Heiterkeit.) Denn sonst ist das doch kaum denkbar. Als sie dann in die Lage kamen, die abgelehnten Erklärungen zu lesen, da werden sich sicherlich die allermeisten gesagt haben: Ich begreife gar nicht, weshalb diese Erklärung abgelehnt worden ist! Ich hatte von Anfang an diese Auffassung. Es ist mir, als ich die erste Erklärung dem „Vorwärts" übersandte, auch nicht im entferntesten der Gedanke gekommen und ich hätte es gar nicht für möglich gehalten, daß d-

Redaktion an dieser Erklärung Anstoß nehmen könnte. Sie können sich daher vorstellen, wie überrascht ich war, als ich am Sonntag vor acht Tagen die Depesche von Eisner erhielt: „Brief über Ihre Erklärung folgt“, woraus ich natürlich sofort schloß, daß die Erklärung nicht aufgenommen werden würde. Ich wartete nun diesen Brief gar nicht ab, sondern ich sagte mir: Was immer die Redaktion schreibt, ob sie eine Aenderung wünscht oder ob sie überhaupt die Aufnahme verweigert, das kommt für mich in diesem Augenblick gar nicht in Frage. Die Erklärung ist so, daß sie aufgenommen werden muß; du verlangst das. Ich telegraphierte also zurück: „Fordere Aufnahme meiner Erklärung.“ Weiter schrieb ich der Redaktion einen Brief: Wie immer Ihr Brief lauten wird, wer immer ihn geschrieben hat: er bekommt auf ihn keine Antwort. Als ich dann mittlerweile die zweite Erklärung gegen Heine einschickte, sagte ich mir gleich: die ist etwas schärfer und auch persönlicher als die erste; wenn die Redaktion schon die erste abgelehnt hat, dann wird sie die auch nicht aufnehmen. Ich fügte also die Erklärung bei, wenn sie abgelehnt würde, dann solle sie der „Leipziger Volkszeitung“ zugeschickt werden. Nun kam Dienstagmorgen der angekündigte Brief der Redaktion. Wie ich schon in der „Leipziger Volkszeitung“ mitgeteilt habe, bat mich Eisner darin in den beweglichsten Ausdrücken, von der Veröffentlichung der Erklärung im Interesse der Partei abzusehen, resp. die Erklärung abzuändern. Ich habe diesen Brief in der Tat nicht beantwortet; ich sagte mir: was du geschrieben hast, genügt; es liegt kein vernünftiger Grund vor, die Erklärung abzulehnen. Wenn das geschehen sollte, weiß ich in der Tat nicht mehr, wo die Freiheit der Meinungsäußerung anfängt oder aufhört. Ich will gleich betonen: Die Redaktion und speziell Genosse Eisner waren der Meinung, daß sie mich nicht vergewaltigen wollten, sie glaubten lediglich das zu tun, was im Interesse der Partei absolut notwendig sei, worüber ich allerdings andrer Meinung war. Ich habe also auf den Brief vom Dienstag nicht geantwortet. Mittwochvormittag bekam ich dann einen zweiten Brief, durch den die Erklärung gegen Heine zurückgewiesen wurde. Es lägen eine ganze Reihe von Bedenken gegen diese Erklärung vor; sie würden einen sehr unangenehmen Eindruck machen und weitere Erklärungen zur Folge haben. Es wurde mir auch mitgeteilt, daß Auer und Gerisch derselben Meinung seien. Auf diesen Brief habe ich geantwortet und geschrieben: Tut mir leid, ich kann die Gründe nicht als berechtigt anerkennen. Ich erkläre also folgendes: Morgen, Donnerstag vormittag, gehen beide Erklärungen mit Glossen von mir an die „Leipziger Volkszeitung“. Ich ersuche die „Leipziger Volkszeitung“, diese beiden Erklärungen mit meinen Glossen in der Sonnabendnummer zu veröffentlichen. Sie sind also in der Lage, sich nochmals zu überlegen. Wollen Sie die Erklärung aufnehmen, so bitte ich Sie, der „Leipziger Volkszeitung“ entweder zu telegraphieren oder, auch dazu ist noch Zeit, da mein Brief Donnerstagabend bei Ihnen ankommt und die Redaktion für die betreffende Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ erst Sonnabendmorgen geschlossen wird — ihr zu schreiben, sie möge die Erklärungen zurücksenden und die Glossen nicht drucken. — Nun hat sich freilich nachträglich herausgestellt, daß dieser Brief, den ich an den „Vorwärts“ richtete, zwar Donnerstagnachmittag ankam, daß er aber nicht gleich in die Hände von Eisner gelangte, weil Eisner nach Dresden verreist war und erst eitag zurückkam. Allerdings war es nach dem, was ich vorhin ausführte, uch am Freitagabend noch möglich, der „Leipziger Volkszeitung“ zu telegraphieren. isner war ja nun der festen Ueberzeugung, daß er recht habe mit der Ablehnung der Erklärungen. Er glaubt, wie er im „Vorwärts“ dargelegt hat, daß ie Redaktion bei der Ablehnung von Erklärungen sehr weitgehende Rechte abe. Ich kann diese Auffassung in der Weise, wie Eisner sie vertritt, durchaus icht teilen, die, wenn sie maßgebend sein sollte, die Redaktion in die Lage brächte, solut über die Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung zu ent-

scheiden. An dem guten Willen und der Aufrichtigkeit von Eisner, mir gegenüber die Meinungsfreiheit nicht unterdrücken zu wollen, besteht für mich nicht der geringste Zweifel. Ich habe ihm geschrieben: Ich empfinde die Ablehnung als eine Vergewaltigung, aber hier steht Meinung gegen Meinung. Nun hat sich auch die Preßkommission mit der Sache beschäftigt und zu meinen Gunsten entschieden, insofern sie erklärte, es habe kein Grund vorgelegen, die Erklärungen nicht aufzunehmen. Die Redaktion ist auch danach auf ihrem Standpunkt verblieben, hat sich aber dann schließlich gesagt: wenn die Kommission so entscheidet, wollen wir die Sache nicht zum äußersten treiben. Sie hat also die Erklärungen mit einer entsprechenden Einleitung abgedruckt. Aus diesem Grunde, weil die Erklärungen abgedruckt sind, war für mich nun die Sachlage eine ganz andre, und ich hatte jetzt selbstverständlich keine Ursache mehr, die Frage gewissermaßen dem Urteil des Parteitages zu unterbreiten und eine Erklärung des Parteitages zu provozieren. Also ich bin durch das, was geschehen ist, vollständig zufriedengestellt und nur noch zu einigen kurzen weiteren Bemerkungen genötigt. In der Einleitung, die der „Vorwärts" meinen Erklärungen vorausschickte, ist behauptet, der „Vorwärts" habe die Bernsteinsche Ansicht über die Vizepräsidenten-Frage entschieden bekämpft. Das ist nicht meine Ansicht. Wir werden die Frage ja bei Punkt 4 der Tagesordnung erörtern, wo auch die Haltung des „Vorwärts" zu den ganzen revisionistischen Bestrebungen zur Sprache kommen wird. Ich werde dann meine Ansicht über die Frage sehr scharf markieren und einen Vorschlag machen, der in hohem Grade beitragen dürfte, daß künftighin die Vertuschungstaktik des „Vorwärts" vermieden wird. Ein andrer Punkt! Ich hatte von der Fürstenwalder Resolution gesagt, ich wisse, wie diese Erklärung zu stande gekommen sei. Ich kann mir denken, wie die Fürstenwalder dazu kamen, in dieser Frage plötzlich so in den Vordergrund zu treten, von denen man bisher nach dieser Richtung nie das geringste gehört hatte, wenn sie auch im übrigen selbstverständlich durchaus brave Genossen sind. Eine bestimmte Person habe ich aber nicht genannt, die Redaktion aber sagte: Da würden bestimmte Personen verdächtigt und diese Beschuldigung sei nach ihrer Information nicht zutreffend. Ich sagte mir: mag sein, aber was geht das denn die Redaktion an? Ich unterschreibe ja meine Erklärung. (Sehr richtig!) Glaubt eine bestimmte Person in der Partei dadurch getroffen zu sein, so hat sie ja das Recht, gegen meine Erklärung aufzutreten. Dann wäre die Sache wahrscheinlich abgemacht gewesen. Deswegen hatte die Redaktion jedenfalls kein Recht, die Aufnahme zu verweigern, sie kann sich nicht zum alleinigen Schiedsrichter über solche Fragen aufwerfen.

Nun hat man freilich gesagt: du hättest dich an die Preßkommission wenden können. Die Preßkommission in allen Ehren. Ich weiß, daß darin selbstverständlich ohne Ausnahme sehr tüchtige Genossen sind, aber diese Genossen treten nach des Tages Mühe und Arbeit abends zusammen und die über alles das, was sonst vorgeht, wenn der „Vorwärts" darüber nicht berichtet hat, nicht informiert sind. Sie müssen also ganz naturgemäß den Informationen, die sie von der Redaktion erhalten, in hohem Grade Glauben schenken. Nun hatte ich vorher schon eine Differenz mit Gradnauer gehabt. Ich hatte ihm Vorwürfe gemacht wegen der Taktik, die der „Vorwärts" in den ganzen Bernstein-Frag
beobachtet hatte, da antwortete mir Gradnauer: Sie sind im Irrtum, wei
Sie glauben, daß die Redaktion auf eigne Verantwortung gehandelt hat
wir haben mit der Preßkommission über die Sache gesprochen und die hat u
recht gegeben. (Hört! hört!) Regt Euch darüber nicht auf, ich konstatiere bl
die Tatsache, zur Aufregung liegt gar kein Grund vor. Darauf schrieb
Gradnauer: Das mag stimmen, wenn ihr in der Redaktion die Preßkommissi
informiert und ihr sagt: das und das droht auszubrechen, es liegt im Part
Interesse, die Sache möglichst beiseite zu schieben, die Sache nicht zu ei

großen Frage auswachsen zu lassen, so begreife ich vollkommen, daß die Kommission, die so gut wie jeder andre der Meinung ist, daß man ohne Not keine Zerwürfnisse schaffen soll, zu dem Beschluß gekommen ist, den Standpunkt der Redaktion zu billigen. Wäre ich dabei gewesen, so hätte ich gesagt: die Sache liegt doch etwas anders, wir wollen ja keinen Skandal, aber wir wollen, daß Ihr genau unterrichtet werdet (Sehr richtig!) über das, was in der Partei vorgeht, nicht bloß von der einen Seite, bewahre, sondern das bezweckt auch mein Antrag, in vollständiger Weise. Von diesem Vorfall hat Eisner, weil er damals auf Urlaub war, nichts gewußt. Er hat mir nachher selbst gesagt: hätte ich das gewußt, dann wäre mir Ihr Standpunkt erklärlicher gewesen. Die Redaktion hatte sich dann weiter an meinen Bemerkungen gegen Heine wegen der Marburger Stichwahl gestoßen. Ich wandte mich darin gegen die hochfahrende Art, in der Heine die Marburger kritisiert hatte, obgleich diese doch formell und materiell im Rechte gewesen seien. Die Redaktion sagte: da hat ja Bebel ganz vergessen, daß er selbst an dem Beschluß in dieser Frage teilgenommen hat. Auch Gerisch hat sich in diesem Sinne auf der Brandenburger Provinzialkonferenz geäußert. Auch diesen Punkt muß ich mit ein paar Worten klarstellen.

Vor der Wahl am 16. Juni hatten wir im Vorstand beschlossen, wir halten am 17. Juni nachmittags eine Vorstandssitzung ab. Wir sagten uns: wir haben bis dahin so ziemlich die meisten Wahlresultate und wissen wie die Stichwahlen stehen. Dann können wir die Situation überschauen und feststellen, was zu tun ist. Nun stellte es sich heraus — wir hätten in München weiter denken sollen, als wir gedacht haben (Vollmar: Sehr richtig!) — dann hättest Du ja weiter denken und gescheiter sein können als wir, ich wäre Dir sehr dankbar gewesen. (Heiterkeit.) Wir hatten in München festgelegt, welche Punkte für unsre Stichwahl-Taktik maßgebend sein sollten. Nun standen wir nach dem 16. Juni vor folgender Situation: In einer Anzahl Wahlkreise standen Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung in Stichwahl mit ausgesprochenen Bauernbündlern, mit unsren zollwütigsten Gegnern, von denen wir wußten, daß sie stimmen würden für alle Lebensmittelzölle, für alle Militär- und Flottenpläne, für weitere indirekte Steuern, und daß sie auch für Ausnahmegesetze zu haben sein würden. Auf der andren Seite standen Kandidaten, von denen wir wußten, daß sie zwar auch in Zukunft für Flotten-, Militär-, Kolonial- und weltpolitische Forderungen stimmen würden, daß sie aber für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Wahlrechts eintreten und gegen neue Liebesgaben, indirekte Steuern, hohe Lebensmittelzölle usw. stimmen würden. Ich war es, der im Vorstande die Sache zur Sprache brachte und fragte: wie verhalten wir uns? Nach der Münchener Resolution hätten wir dem kleineren Uebel die Unterstützung versagen müssen. Damit hätten wir es darauf ankommen lassen, daß das größere Uebel, das nach jeder Richtung hin schlimmer ist, gewählt wird. Auf der einen Seite war der Münchener Beschluß, auf der andren Seite war ein schwerer Schaden für die Partei. Was sollten wir machen? Wir haben hin und her geredet und schließlich kamen wir zu dem Resultat, daß eine offizielle Erklärung nicht abgegeben werden könne, daß aber auf offiziösem Wege den Parteigenossen ein Wink gegeben werden sollte, wie sie sich verhalten sollten. Sollten dann darüber Beschwerden laut werden, so nahmen wir an, würde der Parteitag sagen: Ihr habt gesündigt, aber Eure Sünde hat der Partei zum Vorteil gereicht; wir wollen Euch vergeben. (Heiterkeit.) So wurde also gehandelt. Die Aeußerung des Genossen Gerisch auf der Brandenburger Provinzialkonferenz, ich hätte bei dem Beschluß über die Marburger Stichwahl mitgewirkt, beruht auf einem Irrtum. (Gerisch: Habe ich nicht gesagt.) Das Resultat der Marburger Wahl war mir und der Mehrheit des Vorstandes unbekannt, als wir über die Stichwahl-Taktik berieten. Bekannt war es aber dem Parteibureau, wohin die Marburger telegraphiert hatten

und wo Pfannkuch war. Pfannkuch schrieb ihnen dann, getreu dem Münchener Beschluß habt ihr das Recht, euch der Abstimmung zu enthalten. Ich wußte von der Sache nichts. Einige Tage später lese ich in Küßnacht, wohin ich gegangen war, daß der „Vorwärts“ die Marburger Genossen wegen ihres Stichwahl-Beschlusses angegriffen. Da sagte ich mir, das war nicht recht geschickt. Die Marburger haben sich an den Parteitagsbeschluß gehalten; man durfte ihnen nur den guten Rat geben, anders zu handeln. Es kam zu jener Polemik, bei der mir die zweite Erklärung des „Vorwärts“ noch weniger gefallen hat. Die Erklärung Heines war in sehr hochfahrendem Tone gehalten, der durchaus nicht gerechtfertigt war. (Sehr richtig!) Heine hat auf Grund privater Beziehungen sich beeilt, an Herrn v. Gerlach den Wortlaut der „Vorwärts“-Erklärung zu telegraphieren. Darf man sich wundern, daß die Marburger darüber ganz außer sich gerieten? Sie lesen am nächsten Tage die Depesche Heines, während sie die gegenteilige Erklärung des Parteisekretärs Pfannkuch erhalten hatten. In Küßnacht erhielt ich vom Genossen Michels aus Marburg einen Brief, der sich über Heine und den „Vorwärts“ beschwerte. Ich erwiderte: Ja, ich bin auch geärgert über die Art, wie Heine vorgegangen, und auch die Art, wie der „Vorwärts“ verfuhr, ist nicht geschickt. Ihr habt zweifellos konform mit dem Münchener Beschluß gehandelt. Aber trotz alledem würde ich Euch, wenn ich die Möglichkeit dazu gehabt hätte, auch geraten haben: Wählt Herrn v. Gerlach, trotzdem er ein Flotten-, Militär-, Kolonial- und Weltpolitik-Schwärmer ist (Zuruf: Ueberhaupt ein Schwärmer! Große Heiterkeit), weil wir von ihm sicher erwarten können, daß er jeden Angriff auf das allgemeine Stimmrecht und jede Erhöhung der Lebensmittelzölle zurückweisen wird. Das sage ich, obwohl meine Stellung zu Herrn v. Gerlach aus andern Gründen nicht freundlich ist. Da, und das ist charakteristisch für die richtige Beurteilung des Falles, antwortete mir Genosse Michels auf meinen Brief: Ja, wenn wir rechtzeitig von der Entscheidung des Vorstandes unterrichtet worden wären, hätten wir auch so gehandelt. So lag die Situation, auf Grund deren ich jene Erklärung an den „Vorwärts“ schickte. In der „Vorwärts“-Redaktion aber dachte man: da ist dem Bebel etwas passiert, er muß selber vergessen haben, was er mit beschlossen hat, da wollen wir ihn durch Aufnahme seiner Erklärung nicht in Verlegenheit bringen. Na, das war ein Irrtum. Das war das eine Moment, weshalb die Redaktion die Aufnahme meiner Erklärung verweigerte. Dazu kam noch ein weiteres. Auer hat erklärt, ihn hätte nicht der Marburger Passus zu seinem Rate bestimmt, sondern die Nachschrift, die sich auf Heine bezieht, die wäre ungehörig. Ich kann aber wirklich nicht begreifen, wo in ihr eine Beleidigung für Heine enthalten gewesen sein soll. Wie lautete sie denn? „Im Begriff, die vorstehende Zuschrift zur Post zu geben, wird mir aus Berlin mitgeteilt: Heine habe unter großer Entrüstung der Versammlung im dritten Wahlkreis geäußert: Bebel sitzt in Küßnacht und schläft und weiß von nichts, um dann plötzlich zu erwachen und loszuschlagen. Der Genosse, welcher mir diese Mitteilung machte, wohnte der Heineschen Versammlung bei. Der Bericht des „Vorwärts“ über die Heinesche Versammlung enthält diese Aeußerung Heines nicht. Hat Heine die ihm unterstellte Aeußerung gemacht, so erwidere ich ihm, daß, wenn er in den zwei Monaten, seitdem ich hier sitze, auch nur annähernd so gearbeitet hat wie ich gearbeitet habe, er sich für einen sehr fleißigen Mann halten darf. Ich gehe nicht hierher, um auf der Bärenhaut zu liegen, sondern, um neben der mir so notwendigen Erholung Arbeiten auszuführen, für die ich in Berlin nicht die nötige Ruhe finden würde.“ Wie konnte sich Genosse Heine davon beleidigt fühlen? Er konnte sich doch gar nicht beleidigt fühlen. Seine Aeußerung, die mir berichtet wurde, ist ja auch in der gegnerischen Presse mitgeteilt worden, und hier habe ich erfahren, daß in der Preßkommission von zwei Mitgliedern gesagt wurde, Heine habe in der Tat die Aeußerung gemacht. Ich schrieb abe

nur: Wenn Heine das gesagt haben sollte, so erwidere ich ihm usw. Ist denn das etwas Beleidigendes? In keiner Weise!

Ich gebe ja gern zu: wäre ich statt in Küßnacht in Berlin gewesen, so wäre die Sache jedenfalls verhütet worden. Ich bin aber immer noch der Meinung, daß die Redaktion des „Vorwärts“ hier einen Rigorismus ausgeübt hat, der zu weit ging. Jede Redaktion hat allerdings das Recht, Einsendungen und Erklärungen zurückzuweisen, die gegen das Strafgesetz verstoßen oder in denen grobe Verbalinjurien vorkommen oder in denen Mitteilungen enthalten sind, die vorläufig Parteigeheimnis bleiben sollen, oder die Partei-Interessen verletzen usw.; man kann darüber keine bestimmten Grundsätze aufstellen. Deshalb wäre es die größte Thorheit, wenn der Parteitag darüber eine bestimmte Resolution fassen wollte. Aber in meinem Fall hat nach meiner Ansicht die Redaktion in dem Eifer, mit dem sie glaubte, für die Partei-Interessen eintreten zu müssen, unrecht gethan. Das Unrecht ist aber gut gemacht worden dadurch, daß sie die Erklärung abgedruckt hat. Damit bin ich zufrieden.

Eisner: Ich glaube, Ihrer aller Empfindung zu entsprechen, wenn ich diese kleine, wirklich kleine Redaktionsangelegenheit nicht zum Ausgang einer längeren Debatte mache. (Sehr gut!) Ich verzichte deshalb darauf, auf die Ausführungen Bebels im einzelnen einzugehen; ich hätte ja vielleicht auch manches auf dem Herzen, ich könnte eine Debatte entfesseln über die Aufnahme von Erklärungen usw., die zu den unangenehmsten Redaktionspflichten gehört, die überhaupt existieren. Nur eine Bemerkung wollen Sie mir gestatten. Es ist ja allerdings ein Prinzip des „Vorwärts“ — und darin mögen Sie uns Unrecht geben —, wir suchen allerdings persönliche Auseinandersetzungen nach Möglichkeit einzudämmen, und es scheint uns diese Möglichkeit in allen den Fällen gegeben zu sein, wo nach unsrer Kenntnis der Dinge in den Erklärungen unrichtige oder ungenaue Behauptungen enthalten sind, von denen der betreffende Einsender nichts wissen konnte. Ich stelle nun zweierlei fest. Bebel hat die Loyalität der Redaktion allerdings anerkannt. Er hat uns weiter das formelle Recht zugestanden, Erklärungen abzulehnen. Er hat weiter gesagt, daß es nicht unsre Absicht war — und das war der schwere Vorwurf, der für uns kränkend war —, die Meinungsfreiheit irgend eines Parteigenossen einzuschränken. Dadurch ist der Diskussion der Stachel ausgezogen. Es bleibt nur noch eine sachliche Meinungsverschiedenheit darüber, ob die Gründe, die zur Ablehnung bezw. zum Wunsche der Abänderung — nur darum handelte es sich in dem ersten Falle — führten, ausreichend waren oder nicht. Da liegt keine Prinzipienfrage vor, sondern eine Frage, über die die Genossen verschieden denken können. Ich habe mich immer noch nicht ganz zu der Anschauung Bebels belehrt, ich bin einmal ein Rechthaber (Heiterkeit), und ich habe noch heute meine Anschauung. Ich habe aber keinen Grund, noch weiter über diese Sache zu reden, umsoweniger, als die Parteigenossen im Lande Sehnsucht haben, endlich einmal zu hören, was denn dieser Parteitag tun will. (Heiterkeit und Beifall.)

Auer: Da mein Name in der Diskussion über diese Angelegenheit wiederholt genannt wurde, so sehe ich mich genötigt, doch auch ein paar Worte hier darüber zum besten zu geben. Ich schicke voraus, veranlaßt durch Bemerkungen des Genossen Bebel, daß ich mit dem Marburger Fall überhaupt nichts zu tun hatte (Zuruf Bebels) — — ich kann Dich da mißverstanden haben ich höre ja nicht gut. Ich konstatiere nur, daß ich mit dem Marburger Fall gar nichts zu tun hatte, weil ich zu der Zeit nicht in Berlin war, an den Verhandlungen des Parteivorstandes nicht teilnehmen konnte und auch ein schriftlicher Einfluß von meiner Seite nicht ausgeübt worden ist, in keiner Richtung. Im übrigen glaube ich, daß gerade der Marburger Fall wieder ein neuer Beweis dafür ist, daß wir mit der Festlegung unsrer taktischen Haltung auf lange Jahre hinaus in Zukunft etwas vorsichtiger sein sollten. (Vielfaches Sehr richtig!) Ich erinnere

an den Beschluß über die Stichwahl-Taktik in St. Gallen, dem wir direkt entgegenhandeln mußten. Ebensowenig hatte ich irgend einen Einfluß ausgeübt oder auch nur ein Urteil abzugeben über die Fürstenwalder Angelegenheit. Diese war noch in der Schwebe, als Eisner unsren Rat haben wollte, und geht mich gar nichts an. Wir wurden nicht gefragt: „Wie denkt Ihr über die Fürstenwalder Erklärung oder über die sich dagegen richtende Erklärung Bebels?“ Die Frage wurde gar nicht erörtert, in meiner Unterredung mit Eisner war für mich bestimmend die Schlußnote, die Bebel in seiner Erklärung gegen Heine gerichtet hatte. Gerisch und ich haben unsren Ratschlag nicht als Vorstandsmitglieder und auch nicht im Namen des Vorstandes, sondern aus unsrer freien individuellen Meinung gegeben, die sich gestaltet hat aus der Ueberzeugung, daß wir damit im Parteiinteresse handelten. Lesen Sie die Erklärung gegen Heine! Sagen Sie sich, daß dieselbe an uns herantrat acht Tage vor dem Parteitag, überlegen Sie sich die ganze Situation: hätten Sie sich nicht auch gesagt: ach, was soll da zu allem Unbequemen, das bereits im Gange ist, nun noch dieser Ausdruck persönlicher Animosität in die Parteipresse hineingebracht werden! Es liegt im Interesse der Partei, daß dies nicht geschieht! Mag sein, daß wir darin falsch geurteilt haben, aber es kommt ja nur darauf an, daß wir nach bester Ueberzeugung im Interesse der Partei glaubten so handeln zu müssen. Ich will nur erklären, daß ich auch heute noch der Ueberzeugung bin, da ich einmal gefragt wurde, den für mich und für die Sache richtigen Ratschlag gegeben zu haben. Es wäre mir ja lieber gewesen, wenn die Frage gar nicht an mich herangetreten wäre. Dann hätte ich auch keine Verantwortung gehabt, aber es ist doch etwas ganz andres, ein Unheil nicht verhindern zu können oder durch Zustimmung die Verantwortung für dies Unheil mit zu übernehmen. Letzteres haben wir nicht getan. An unsrem guten Glauben dabei zweifelt wohl niemand. Es ist auch meine Ueberzeugung, daß, wenn Bebel zu der Zeit in Berlin gewesen wäre, die Sache wohl beigelegt worden wäre. Wenn das Parteivorstands-Mitglied Bebel und das Parteivorstands-Mitglied Auer sich über die Sache unterhalten hätten, so wären sie wohl in fünf Minuten darüber einig gewesen, den Parteigenossen Bebel zu „vergewaltigen“ und seine Erklärung nicht zu veröffentlichen. (Bebel: Daran zweifle ich allerdings!) Ach wir beide, wir haben schon ganz andre Sachen erledigt! (Große Heiterkeit.) Es ist meine Ueberzeugung, daß ich im Partei-Interesse handelte und das war meine Pflicht! (Beifall.)

Gerisch: Ich habe auf der Konferenz für die Provinz Brandenburg in Berlin ausdrücklich erklärt, daß, als wir den Beschluß faßten, uns der Marburger Fall nicht bekannt war. Ich habe zweimal ganz bestimmt erklärt, daß wir den Beschluß nach der Hauptwahl gefaßt haben ohne Kenntnis des Marburger Falles. Wenn für die Aufnahme von Erklärungen bisher nur die von Bebel angegebene Maxime bestanden hätte, daß die betreffenden Einsendungen nicht vom rechtlichen Standpunkt aus bedenklich und nicht gegen den guten Ton verstoßen dürfen, dann wäre die Frage auch für die Redaktion keinen Augenblick strittig gewesen. Es sind aber schon früher vielfach Einsendungen zurückgewiesen worden, die weder gegen den guten Ton noch gegen das Strafgesetz verstoßen haben. Für mich war besonders bestimmend, daß wir kurz vorher dem Genossen Bernstein einen sachlichen Artikel abgelehnt hatten; Redaktion und Preßkommission hatten die A[illegible] nahme abgelehnt, der Wunsch, den Streit vor dem Parteitage möglichst [illegible] zudämmen, mußte unter Umständen auch gegenüber einem Manne wie Be[illegible] angewandt werden. — Was die Marburger Angelegenheit anlangt, so bin [illegible] nicht der Ueberzeugung gewesen, daß Bebel die Sache ganz entfallen war. [illegible] hatten Eisner veranlaßt, die im „Vorwärts“ ausgesprochene Stellung einzunehm[illegible] und nun sollte Eisner als Redakteur nach seinem Empfinden gewissermaßen [illegible] seinem eignen Blatte gerüffelt werden. Eisner meinte, das könne er sich [illegible] gefallen lassen. Da ist nicht andres übrig geblieben, als daß die Vorst[illegible]

mitglieder, die an diesem Beschluß teil hatten, Eisner Recht geben mußten gegen Bebel. Uns hat nichts ferner gelegen, als Bebel irgendwie in seinen Ansichten zu beschränken, sondern wir haben aus den lautersten und besten Motiven Eisner den Rat gegeben.

Heine: Ueber die Marburger Angelegenheit werde ich heute nicht reden, weil Dr. Michels noch nicht gesprochen hat und weil das ja auch streng genommen unter den Punkt Taktik fällt. (Sehr richtig!) Die Frage, inwieweit Zeitungen Einsendungen aufnehmen müssen, ist nicht so leicht zu nehmen. Ich empfinde es als einer der Berliner Abgeordneten oft unangenehm, daß ich, um im „Vorwärts“ zu Worte zu kommen, von der Redaktion abhängig bin. Trotzdem bin ich der Meinung, daß die Redaktion nicht die generelle Verpflichtung hat, alle Einsendungen aufzunehmen. Das Resultat in diesem Fall ist jedenfalls das, daß nicht Bebel mundtot gemacht worden ist, sondern ich, ich hatte nämlich in der Sache auch etwas zu sagen, nicht in der Marburger Sache, sondern sonstwas. Ich hatte auch ein Eingesandt an den „Vorwärts“ gebracht, da sagte mir Eisner: Wir haben von Bebel etwas abgelehnt, deshalb müssen wir auch Ihre Einsendung ablehnen! Darauf habe ich die Einsendung selbstverständlich zurückgezogen. Alsdann hat Bebel selbstverständlich die Möglichkeit gehabt, in der Leipzigerin zu veröffentlichen, was er auf dem Herzen hatte (Heiterkeit. Zuruf: Sie nicht!), nein, ich nicht (erneute Heiterkeit); außerdem hat der „Vorwärts“ nachträglich das abgedruckt, was die Leipzigerin gebracht hatte. Um auch meine Einsendung noch nachträglich abzudrucken, dazu war es inzwischen zu spät geworden. Das erfreuliche Ergebnis dieser großen, angeblich revisionistischen Schlauheit (Heiterkeit) des Dr. Eisner ist also, daß ich mundtot gemacht worden bin und kein andrer. Dann möchte ich noch ein Wort sagen zu meiner angeblichen Aeußerung über Bebel vom Schlafen, zumal auch Bebel selbst mich gestern ein paar Mal darauf hin angespitzt hat. Ich habe in jener Versammlung ein Bild gebraucht, ich habe von Bebel gesagt, daß seine Idee, es bestände eine revisionistische Verschwörung und diese äußere sich in der Haupt- und Staatsaktion der Kniehose (Große Heiterkeit), einfach ein Gespenst ist, ein Traumbild, das ihn genarrt hat. Ich sagte: die Sache liegt daran, daß Genosse Bebel nicht hier ist, wenn man mit ihm ein Wort sprechen und ihm sagen könnte, wie die Dinge liegen, so würde er sich eines besseren belehren lassen. Da rief mir irgend jemand — wer, weiß ich nicht — zu: „Darf er denn das nicht einmal?“ Darauf sagte ich: Selbstverständlich gönne ich Bebel seine Ruhe, er ist der Wächter der Partei, und er hat in diesem Falle von dem Recht eines jeden Wächters Gebrauch gemacht, auch einmal einzuschlafen. Und dann, durch Traumbilder und Gespenster erschreckt ist er aufgewacht (Große Unruhe.) und hat nach meiner Meinung zur unrichtigen Zeit ins Alarmhorn gestoßen. Das war nicht gedacht als eine Beleidigung Bebels. Ich hatte hervorgehoben, daß er der Wächter der Partei ist, und wer meine Stellung zu Bebel kennt, der weiß, daß ich an alles andre eher denke, als diesen Mann, den ich nicht nur als den Veteran der Partei, sondern auch sonst ganz besonders verehre und für den ich in Dutzenden von Fällen eingetreten bin, beleidigen zu wollen. Trotzdem erhob sich in der betreffenden Versammlung einer, der die Auffassung hatte, ich hätte dadurch Bebel beleidigen oder kränken wollen. Als ich das hörte, bin ich dann noch einmal dem entgegen getreten. Damit hätte nun eigentlich diese furchtbar wichtige Angelegenheit abgetan sein können. Sie ist auch so wenig aufgefallen, daß der Berichterstatter des „Vorwärts“ die ganze Sache sehr vernünftigerweise nicht einmal in den Bericht aufgenommen hat. Wenn nicht jemand — wer, weiß ich nicht — es für nötig gehalten hätte, diesen pikanten Vorfall an Bebel nach Küßnacht zu schreiben, dann hätte keiner etwas darüber gesagt. Aber der Brave, der das Bebel berichtet hat, hat, wie ich aus Bebels eignem Munde weiß, ihm nicht das dazu geschrieben, was ich zur Erklärung gesagt hatte, das hat der

Herr nicht für nötig gehalten. (Hört! hört!) Bebel hat es mir nicht übel genommen, wie er mir erklärt hat, ich habe ihm selbstverständlich seine Erklärung nicht übel genommen. Die Redaktion des „Vorwärts" aber wußte aus ihren Informationen, wie die Sache vollständig gewesen war, sie hatte wohl auch Bedenken, diese kleine persönliche Geschichte unnötigerweise noch breitzutreten. Darin hat der „Vorwärts" sehr recht gehabt, denn es wäre wirklich sehr wünschenswert, und jeder von uns wünscht es, daß kleine persönliche Reibungen, wie sie im Eifer des Gefechts immer einmal entstehen, nicht über Gebühr fortgesponnen werden. (Stadthagen ruft: Marburger Angelegenheit!) Wollen Sie durch diesen Zwischenruf den Verdacht erwecken, als hätte ich, was die Marburger Stichwahl betrifft, irgend etwas zu verschweigen? So wenig das der Fall ist, so will ich doch jetzt keine Bemerkungen machen, die nicht zu diesem Punkte gehören. Ich muß aber doch einmal bemerken, es geht jetzt schon die ganzen drei Tage so. Fast kein Redner hat seine Rede zu Ende führen können, ohne durch fortwährende Zwischenrufe und Privatgespräche Stadthagens gestört worden zu sein. (Vielfache Rufe: Sehr richtig!) Da kann man es mir nicht verdenken, wenn auch mir einmal, wie Bebel sagt, eine Laus über die Leber läuft! (Heiterkeit und Sehr gut!)

Stadthagen: Heine meinte, ich wollte durch meinen Zwischenruf „Marburger Angelegenheit" ihn in den Verdacht bringen, als wolle er etwas verschweigen. Das ist unrichtig. Wenn Heine ein ganz klein wenig nachzudenken die Liebenswürdigkeit hätte, so würde er folgendes bemerkt haben: Er hat wieder begonnen, eine Vorlesung über guten Ton zu halten und gemeint, es wäre gut, wenn andre nicht verletzende Aeußerungen von Genossen in die Blätter bringen. Da rief ich ihm zu: „Marburger Angelegenheit!" Ich meinte damit den eigentlich superlativ verletzenden Ton der Heineschen Erklärung. Verletzend, nicht nur gegen einzelne Genossen, sondern gegen die Gesamtpartei. Im übrigen ist auch die von ihm behandelte Sache nicht so harmlos, wie Heine sie hinstellt. Ich zweifle gar nicht daran, daß er richtig nach seinem Gedächtnis zitiert hat, aber drei Ohrenzeugen haben mir bekundet, daß sie dem Sinne nach dasjenige, was der Genosse an Bebel geschrieben hat, von Heine gehört haben, und daß darauf eine stürmische Unterbrechung erfolgt ist. Es kommt darauf an, ob die Genossen die Worte von Heine so aufgefaßt haben, oder nicht. Wenn Heine von einer großen Anzahl von Genossen mißverstanden wird, so wird er wohl selbst daran schuld sein. Würde er einen klaren und offenen Ton anschlagen, so würde er nicht so mißverstanden werden.

Heine: Von der großen Entrüstung, von der Stadthagen sprach, habe ich in der Versammlung nichts gemerkt, ich merkte erst aus der Rede des Genossen, daß meine Aeußerung falsch aufgefaßt worden war. Aber das ist nicht der springende Punkt. Die Hauptsache ist, daß das Referat, das man an Bebel erstattet hat, unvollständig war; daß meine Erklärung, die ein verschuldetes oder unverschuldetes Mißverständnis beseitigte, nicht mit berichtet ist, um gegen mich Stimmung zu machen.

Es folgt der Teil des Vorstandsberichtes, der sich auf die **polnische Frage** bezieht.

An Stelle von Pfannkuch referiert

Gerisch: In München wurde uns u. a. der Auftrag, eine Verständig g mit dem Vorstande der polnischen Sonderorganisation herbeizuführen. Es ſt Ihnen gewiß noch erinnerlich, daß damals in Oberschlesien sowohl von seiten r deutschen als auch der polnischen Genossen Kandidaten aufgestellt waren, un s bestand die Gefahr, daß Sozialdemokraten gegeneinander kandidieren wür r. Der Parteivorstand ist dem Auftrage nachgekommen, aber die Verhandlun n haben zu einem negativen Ergebnis geführt, unser Verhältnis zur polnis n Bruderpartei ist dasselbe wie allen andren Bruderparteien gegenüber. Nu ſt

von seiten der polnischen sozialistischen Partei ein offener Brief an die deutsche Sozialdemokratie gerichtet, worin dem deutschen Parteivorstand die Hauptschuld an dem Scheitern der Verhandlungen aufgebürdet wird. Das nötigt mich, mit einigen Worten auf den Gang der Verhandlungen einzugehen. Auf unsre Anregung fand am 19. Oktober eine Konferenz statt, in der wir uns über die Mittel und Wege zu einer Einigung aussprachen. Von seiten des deutschen Parteivorstandes wurden bezüglich der Organisation folgende Vorschläge gemacht: Anerkennung der polnischen Organisation unter der Voraussetzung, daß die polnische Organisation die Agitation und die Organisation unter der polnisch sprechenden Bevölkerung Deutschlands zu betreiben hat. Zugehörigkeit der polnischen Organisation zu der Gesamtpartei Deutschlands. Anerkennung des Parteiprogramms und der Parteiinstanzen. Delegation zum deutschen Parteitag nach den Vorschriften des Organisationsstatuts. Zulässigkeit der Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Parteiorte. Ueber diesen Vorschlag wurde keine Einigung erzielt, die polnischen Genossen stellten Forderungen, die wir ohne Aenderung des deutschen Organisationsstatuts nicht erfüllen konnten. Dazu aber hatten wir kein Recht, wir konnten den polnischen Genossen keine anderen Rechte einräumen als anderen Landesorganisationen in Deutschland. In Bezug auf die Presse machten wir folgenden Vorschlag: Ein polnisches Organ, redigiert nach den unter Organisation gestellten Forderungen, Errichtung einer Preßkommission, in die ein Vertrauensmann des Parteivorstandes delegiert wird. Hierüber entstand keine Differenz. Die letzte und schwierigste Aufgabe war die Verständigung über die Reichstagskandidaturen. Da hatte der deutsche Vorstand folgende Leitsätze aufgestellt: Aufstellung der Reichstagskandidaturen durch die organisierten Genossen der einzelnen Wahlkreise. Wir hielten uns also streng im Rahmen unsrer für alle Genossen geltenden Organisation. Die polnischen Genossen verlangten zunächst, der Genosse Winter dürfe unter keinen Umständen mitkandidieren. Dazu unsre Zustimmung zu geben, haben wir uns geweigert, weil wir nicht in die Rechte der einzelnen Kreise eingreifen wollten. Wir haben vielmehr gefordert, daß wenn der Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz Winter aufstellt, Winter auch anzuerkennen ist. Es kam zu keiner Einigung, die Konferenz ist resultatlos verlaufen. Der deutsche Parteivorstand faßte dann das Ergebnis der Verhandlungen in einem Protokoll kurz zusammen und stellte es den Beteiligten zu. Wir forderten auch den polnischen Parteivorstand auf, sich zu erklären, ob er weiteres Entgegenkommen zeigen wolle. Bezüglich der Reichstagskandidaten hatten die polnischen Genossen gefordert: In den polnischen Landesteilen, wo in den einzelnen Wahlkreisen die polnische Bevölkerung nach der letzten Volkszählung die Majorität ausmacht, werden in der Regel nur solche Genossen als Kandidaten aufgestellt, die deutsch und polnisch sprechen, wenn solche vorhanden sind. In dem Protokoll ist nun ein Irrtum unterlaufen. Wir haben nicht, wie es dort heißt, diesen Vorschlag in vollem Umfange akzeptieren wollen, wir waren nur bereit, die Forderung der polnischen Genossen zu erfüllen, daß in den Bezirken mit gemischtsprachiger Bevölkerung, wenn irgend möglich, Kandidaten aufgestellt werden sollen, die beide Sprachen sprechen, wir wollten aber in dieser Hinsicht keinen Zwang und wollten vor allem nicht, daß das Ergebnis der letzten Volkszählung zu Grunde gelegt wird, sondern daß den organisierten Genossen freie Hand gelassen wird. Gestützt auf unser Protokoll, das jenen Irrtum enthielt, nahm nun der polnische Parteivorstand die Leitsätze an und auf derselben Grundlage gelangten die Einigungsvorschläge auf dem polnischen Parteitag zur Annahme. Wir sagten uns: Das trifft nicht zu, ein solches Zugeständnis haben wir nicht gemacht, wir können und dürfen es auch nicht machen, es liegt ein Irrtum vor. Weiter kamen unsre Genossen aus Oberschlesien und sagten: Wenn die polnischen Genossen auch erklären, daß sie das Erfurter Programm anerkennen, so haben sie doch früher Beschlüsse gefaßt, die für sie bindend sind, die aber mit dem Erfurter Programm nichts zu tun haben,

sondern Dinge berühren, die uns als Sozialdemokraten nichts angehen. Die Beschlüsse betreffen die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates. Um die Gemüter zu beruhigen, habe ich dann im Auftrage des Vorstandes ein Rundschreiben an die Agitationskomitees von Breslau, Posen und Oberschlesien gerichtet. Dies Rundschreiben ist in dem offenen Brief des polnischen Parteivorstandes auszugsweise wiedergegeben. Es ist ein Irrtum, wenn dasselbe als eine Erklärung des Parteivorstandes bezeichnet wird; es war nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, sondern lediglich zur Information unsrer Genossen in den in Frage kommenden Bezirken. In diesem Rundschreiben habe ich im Auftrage des Parteivorstandes, der es vom ersten bis zum letzten Wort gebilligt hat, unsern Genossen gesagt: Was beunruhigt Ihr Euch denn? Wenn die polnischen Genossen unser Programm anerkennen, dürfen sie kein Nebenprogramm haben. (Sehr richtig!) Das wäre ja wider Treu und Glauben. Alles, was vorher beschlossen ist, ist dann null und nichtig. Und, fügte ich hinzu, soviel Vertrauen müssen vertragschließende Teile zu einander haben. Wenn wirklich die polnischen Genossen uns über den Löffel barbieren wollten, dann würde das ja sehr bald erkannt werden, und dann wären wir mit ihnen fertig. Aber zunächst bauen wir auf Treu und Glauben! In diesem Rundschreiben, das die selbstverständlichsten Dinge von der Welt enthält, erblickten die polnischen Genossen einen Wechsel unsrer Gesinnung. Das ist um so merkwürdiger, als wir ihnen gegenüber stets den Standpunkt vertreten hatten, daß wir uns auf nationalpolnische Bestrebungen grundsätzlich nicht einlassen können. Aus diesem Grunde hatten wir ja auch der „Gazeta Robotnicza" die Subvention entzogen, weil da Dinge vertreten wurden, die mit unsrem Programm nichts zu tun haben.

Also die polnischen Genossen waren sehr genau unterrichtet, welche Stellung der Vorstand einnahm. Sie konnten unmöglich annehmen, daß wir unsre Gesinnung ihnen gegenüber gewechselt hätten. So lagen die Dinge bis zu jener Konferenz. Nun sind aber die Warnungen der Genossen aus Oberschlesien und Posen nicht eindruckslos an uns vorübergegangen. Treu und Glauben in allen Ehren; aber besser ist doch eine schriftliche Abmachung. Die polnischen Genossen wurden zu einer Schlußkonferenz eingeladen, wo der gegenseitige Friedensvertrag unterzeichnet werden sollte. Die Beschlüsse wurden protokollarisch festgestellt und den polnischen Genossen unterbreitet. Nur der Vorsicht halber wurde das Nebenprotokoll noch aufgenommen. Ich kann zugeben: das Ding sieht verdächtig aus (Sehr richtig!); aber es sieht schlimmer aus, als es ist. Nach Lage der Sache blieb uns eben kein andrer Weg offen.

Unter den deutschen Parteigenossen sind die einzelnen Landesorganisationen die Glieder einer Familie; die Gesamtpartei ist jederzeit in der Lage, die Handlungen der einzelnen Landesorganisationen zu kontrollieren und wenn Fehler vorkommen, ein ernsthaftes Wort zu reden. Das haben wir auf unsren Parteitagen oft erlebt. Ich erinnere nur daran, wie Bebel den Badensern den Kopf gewaschen hat. Diese Möglichkeit aber fehlt gegenüber den polnischen Genossen. Mit wenigen Ausnahmen sind die deutschen Parteigenossen außer Stande, die Handlungen der polnischen Partei zu kontrollieren und ihre Beschlüsse zu verfolgen. Nach alledem, was gerade in der polnischen Agitation bisher geschehen ist, war dringendste Vorsicht geboten. Sollte die deutsche Partei sich Opfer auferlegen für Dinge, von denen sie garnichts weiß und die sie eventuell garnicht verhindern kann? Bei der großen Verantwortlichkeit, die wir zu tragen habe[n], entschlossen wir uns zu dem Nebenprotokoll. Ich kann mir schwer denken, daß [es] einer Behörde sonderlich gelüsten mag, der polnischen Organisation einen Proz[eß] an den Hals zu hängen. Ganz anders aber liegen die Dinge, wenn die deutsc[he] Sozialdemokratie darin verwickelt ist. Wir sprechen den polnischen Genoss[en] ausdrücklich das Recht zu, im Rahmen des Beschlusses des Londoner Kongress[es] zu handeln. Die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung wird von uns ur[...]

ist von uns jederzeit auf das entschiedenste bekämpft worden. Die polnische Nation hat gar keinen besseren Verteidiger als die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Diese unsre Stellung werden wir nicht aufgeben, aber es ist etwas andres, ob da nebenher noch Bestrebungen laufen, die mit der Arbeiterbewegung nicht nur nichts zu tun haben, sondern sie sogar gefährden und hemmen können. Dazu wollten wir unsre Hand nicht bieten. Abgesehen von der Form, die im ersten Augenblick anstößig erscheinen kann, ist unser Verhalten durchaus loyal gewesen. Wir wollen nur die Gewißheit haben, daß in einer Organisation, die wir nicht kontrollieren können, nicht Dinge geschehen, die wir nicht verantworten können. Wir glauben vollkommen korrekt gehandelt und die Interessen sowohl der polnischen Arbeiter, als der Partei wahrgenommen zu haben. Wenn irgend wer, so könnten **wir** einen Vorwurf erheben. Die ganzen Verhandlungen wären nicht nötig gewesen, wenn die polnischen Genossen uns von vornherein erklärt hätten: In erster Linie kommen bei uns nationale Forderungen. Aber gerade darüber haben sie uns hinweg zu täuschen gesucht. Wir glauben, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben und daß, wenn eine Einigung nicht zustande gekommen ist, die Schuld nicht auf unsrer Seite liegt. (Beifall.)

Haenisch-Dortmund: Für eine ausgedehnte Polendebatte dürfte hier keine Stimmung vorhanden sein. Deshalb nur einige wenige Bemerkungen, die ich aber machen muß als Vertreter eines Wahlkreises des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, wo eine zahlreiche polnische Arbeiterbevölkerung vorhanden ist, mit der wir in gutem Einverständnis leben wollen. Die Tatsachen, die in dem offenen Briefe der polnischen Partei mitgeteilt sind, haben auf mich einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. (Sehr richtig!) Aus dem Ton dieses Briefes geht hervor, daß von seiten der Polen alles versucht ist, eine Verständigung zu erzielen, der Brief ist in sehr sympathischem Ton gehalten. (Widerspruch.) Das peinlichste ist für mich das geheime Nebenprotokoll, das ja Gerisch schon erwähnt hat; es scheint danach, als habe unser Parteivorstand etwas von den bürgerlichen Diplomaten gelernt. Es wird da verlangt, der polnische Parteivorstand solle erklären, daß kein Sonderprogramm besteht, das die nationale Unabhängigkeit Polens fordert. Das ist nicht nötig, denn das, was im Sonderprogramm stehen soll, ist ja bereits im Erfurter Programm enthalten. Es fragt sich nur, ob von polnisch-sozialdemokratischer Seite eine chauvinistische Propaganda betrieben wird, die mit unsren Grundsätzen nicht im Einklang steht. Das wird von der einen Seite behauptet, von der andern bestritten. Leider verstehen die meisten von uns nicht Polnisch, wir sind auf die Uebersetzungen aus der polnischen Presse angewiesen. Nach dem, was Dr. Gumplowicz und Genosse Georg Haase mir zur Verfügung gestellt haben, verurteilt die „Gazeta Robotnicza" den Chauvinismus aufs entschiedenste, daß in der Bewegung der polnischen Genossen das nationale Moment schärfer betont wird als bei uns, ergiebt sich ganz selbstverständlich eben aus der Unterdrückung des polnischen Volks; Druck erzeugt Gegendruck. Ich stehe in der polnischen Frage noch heute auf dem Standpunkt von Kautsky, Marx und Engels, dem Standpunkt, dem auch Liebknecht in Hamburg unter stürmischem Beifall Ausdruck gegeben hat, als er sagte: Wir dürfen unter unsren polnischen Genossen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir die polnischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit für ebenso gerechtfertigt halten, wie die jedes andren Volkes. (Beifall.)

Katzenstein: Parteigenossen! Ich will nicht eingehen auf die inneren Streitigkeiten unsrer polnischen Genossen. Ich will nur hinweisen auf einige Punkte, in denen meiner Ueberzeugung nach der Parteivorstand in dieser Frage nicht den Parteigrundsätzen entsprechend gehandelt hat. In dem Nebenprotokoll, das Genosse Haenisch hier angezogen hat, wird den polnischen Genossen zugemutet, auf die Wiederherstellung eines nationalen polnischen Staates zu verzichten. Unser Parteiprogramm stellt den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Menschen

sondern Dinge berühren, die uns als Sozialdemokraten nichts angehen. Die Beschlüsse betreffen die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates. Um die Gemüter zu beruhigen, habe ich dann im Auftrage des Vorstandes ein Rundschreiben an die Agitationskomitees von Breslau, Posen und Oberschlesien gerichtet. Dies Rundschreiben ist in dem offenen Brief des polnischen Parteivorstandes auszugsweise wiedergegeben. Es ist ein Irrtum, wenn dasselbe als eine Erklärung des Parteivorstandes bezeichnet wird; es war nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, sondern lediglich zur Information unsrer Genossen in den in Frage kommenden Bezirken. In diesem Rundschreiben habe ich im Auftrage des Parteivorstandes, der es vom ersten bis zum letzten Wort gebilligt hat, unsern Genossen gesagt: Was beunruhigt Ihr Euch denn? Wenn die polnischen Genossen unser Programm anerkennen, dürfen sie kein Nebenprogramm haben. (Sehr richtig!) Das wäre ja wider Treu und Glauben. Alles, was vorher beschlossen ist, ist dann null und nichtig. Und, fügte ich hinzu, soviel Vertrauen müssen vertragschließende Teile zu einander haben. Wenn wirklich die polnischen Genossen uns über den Löffel barbieren wollten, dann würde das ja sehr bald erkannt werden, und dann wären wir mit ihnen fertig. Aber zunächst bauen wir auf Treu und Glauben! In diesem Rundschreiben, das die selbstverständlichsten Dinge von der Welt enthält, erblickten die polnischen Genossen einen Wechsel unsrer Gesinnung. Das ist um so merkwürdiger, als wir ihnen gegenüber stets den Standpunkt vertreten hatten, daß wir uns auf nationalpolnische Bestrebungen grundsätzlich nicht einlassen können. Aus diesem Grunde hatten wir ja auch der „Gazeta Robotnicza" die Subvention entzogen, weil da Dinge vertreten wurden, die mit unsrem Programm nichts zu tun haben.

Also die polnischen Genossen waren sehr genau unterrichtet, welche Stellung der Vorstand einnahm. Sie konnten unmöglich annehmen, daß wir unsre Gesinnung ihnen gegenüber gewechselt hätten. So lagen die Dinge bis zu jener Konferenz. Nun sind aber die Warnungen der Genossen aus Oberschlesien und Posen nicht eindruckslos an uns vorübergegangen. Treu und Glauben in allen Ehren; aber besser ist doch eine schriftliche Abmachung. Die polnischen Genossen wurden zu einer Schlußkonferenz eingeladen, wo der gegenseitige Friedensvertrag unterzeichnet werden sollte. Die Beschlüsse wurden protokollarisch festgestellt und den polnischen Genossen unterbreitet. Nur der Vorsicht halber wurde das Nebenprotokoll noch aufgenommen. Ich kann zugeben: das Ding sieht verdächtig aus (Sehr richtig!); aber es sieht schlimmer aus, als es ist. Nach Lage der Sache blieb uns eben kein andrer Weg offen.

Unter den deutschen Parteigenossen sind die einzelnen Landesorganisationen die Glieder einer Familie; die Gesamtpartei ist jederzeit in der Lage, die Handlungen der einzelnen Landesorganisationen zu kontrollieren und wenn Fehler vorkommen, ein ernsthaftes Wort zu reden. Das haben wir auf unsren Parteitagen oft erlebt. Ich erinnere nur daran, wie Bebel den Badensern den Kopf gewaschen hat. Diese Möglichkeit aber fehlt gegenüber den polnischen Genossen. Mit wenigen Ausnahmen sind die deutschen Parteigenossen außer Stande, die Handlungen der polnischen Partei zu kontrollieren und ihre Beschlüsse zu verfolgen. Nach alledem, was gerade in der polnischen Agitation bisher geschehen ist, war dringendste Vorsicht geboten. Sollte die deutsche Partei sich Opfer auferlegen für Dinge, von denen sie garnichts weiß und die sie eventuell garnicht verhindern kann? Bei der großen Verantwortlichkeit, die wir zu tragen habe entschlossen wir uns zu dem Nebenprotokoll. Ich kann mir schwer denken, daß einer Behörde sonderlich gelüsten mag, der polnischen Organisation einen Proze an den Hals zu hängen. Ganz anders aber liegen die Dinge, wenn die deutsc Sozialdemokratie darin verwickelt ist. Wir sprechen den polnischen Genossi ausdrücklich das Recht zu, im Rahmen des Beschlusses des Londoner Kongress zu handeln. Die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung wird von uns w

ist von uns jederzeit auf das entschiedenste bekämpft worden. Die polnische Nation hat gar keinen besseren Verteidiger als die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Diese unsre Stellung werden wir nicht aufgeben, aber es ist etwas andres, ob da nebenher noch Bestrebungen laufen, die mit der Arbeiterbewegung nicht nur nichts zu tun haben, sondern sie sogar gefährden und hemmen können. Dazu wollten wir unsre Hand nicht bieten. Abgesehen von der Form, die im ersten Augenblick anstößig erscheinen kann, ist unser Verhalten durchaus loyal gewesen. Wir wollen nur die Gewißheit haben, daß in einer Organisation, die wir nicht kontrollieren können, nicht Dinge geschehen, die wir nicht verantworten können. Wir glauben vollkommen korrekt gehandelt und die Interessen sowohl der polnischen Arbeiter, als der Partei wahrgenommen zu haben. Wenn irgend wer, so könnten **wir** einen Vorwurf erheben. Die ganzen Verhandlungen wären nicht nötig gewesen, wenn die polnischen Genossen uns von vornherein erklärt hätten: In erster Linie kommen bei uns nationale Forderungen. Aber gerade darüber haben sie uns hinweg zu täuschen gesucht. Wir glauben, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben und daß, wenn eine Einigung nicht zustande gekommen ist, die Schuld nicht auf unsrer Seite liegt. (Beifall.)

Haenisch-Dortmund: Für eine ausgedehnte Polendebatte dürfte hier keine Stimmung vorhanden sein. Deshalb nur einige wenige Bemerkungen, die ich aber machen muß als Vertreter eines Wahlkreises des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, wo eine zahlreiche polnische Arbeiterbevölkerung vorhanden ist, mit der wir in gutem Einverständnis leben wollen. Die Tatsachen, die in dem offenen Briefe der polnischen Partei mitgeteilt sind, haben auf mich einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. (Sehr richtig!) Aus dem Ton dieses Briefes geht hervor, daß von seiten der Polen alles versucht ist, eine Verständigung zu erzielen, der Brief ist in sehr sympathischem Ton gehalten. (Widerspruch.) Das peinlichste ist für mich das geheime Nebenprotokoll, das ja Gerisch schon erwähnt hat; es scheint danach, als habe unser Parteivorstand etwas von den bürgerlichen Diplomaten gelernt. Es wird da verlangt, der polnische Parteivorstand solle erklären, daß kein Sonderprogramm besteht, das die nationale Unabhängigkeit Polens fordert. Das ist nicht nötig, denn das, was im Sonderprogramm stehen soll, ist ja bereits im Erfurter Programm enthalten. Es fragt sich nur, ob von polnisch-sozialdemokratischer Seite eine chauvinistische Propaganda betrieben wird, die mit unsren Grundsätzen nicht im Einklang steht. Das wird von der einen Seite behauptet, von der andern bestritten. Leider verstehen die meisten von uns nicht Polnisch, wir sind auf die Uebersetzungen aus der polnischen Presse angewiesen. Nach dem, was Dr. Gumplowicz und Genosse Georg Haase mir zur Verfügung gestellt haben, verurteilt die „Gazeta Robotnicza" den Chauvinismus aufs entschiedenste, daß in der Bewegung der polnischen Genossen das nationale Moment schärfer betont wird als bei uns, ergiebt sich ganz selbstverständlich eben aus der Unterdrückung des polnischen Volks; Druck erzeugt Gegendruck. Ich stehe in der polnischen Frage noch heute auf dem Standpunkt von Kautsky, Marx und Engels, dem Standpunkt, dem auch Liebknecht in Hamburg unter stürmischem Beifall Ausdruck gegeben hat, als er sagte: Wir dürfen unter unsren polnischen Genossen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir die polnischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit für ebenso gerechtfertigt halten, wie die jedes andren Volkes. (Beifall.)

Katzenstein: Parteigenossen! Ich will nicht eingehen auf die inneren Streitigkeiten unsrer polnischen Genossen. Ich will nur hinweisen auf einige Punkte, in denen meiner Ueberzeugung nach der Parteivorstand in dieser Frage nicht den Parteigrundsätzen entsprechend gehandelt hat. In dem Nebenprotokoll, das Genosse Haenisch hier angezogen hat, wird den polnischen Genossen zugemutet, auf die Wiederherstellung eines nationalen polnischen Staates zu verzichten. Unser Parteiprogramm stellt den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Menschen

und der Selbstbestimmung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinden auf. Dazu gehört natürlich auch das Recht der nationalen Selbstbestimmung, und dazu hat der Parteivorstand sich in Gegensatz gestellt. Das Nebenprotokoll verweist die polnischen Genossen auf die vom Internationalen Kongreß 1896 angenommene Resolution betreffend das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen. Wohl, in diesem Beschluß heißt es: „Der Kongreß erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jedes Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joche des militärischen, nationalen oder andren Despotismus leidet.“ Welcher Unterschied besteht zwischen diesem „Eintreten“ und dem „Fordern“ des nationalen Staates, das hier den Polen untersagt werden soll? Wer würde von unsren armenischen Genossen etwa verlangen, daß sie für alle Zeiten den türkischen oder zarischen Despotismus anerkennen? (Zustimmung). Und, von Einzelheiten abgesehen, im Grunde ist der preußische Despotismus in Polen, der dem deutschen Namen zur Unehre gereicht, um nichts besser. Wir stehen doch nicht auf dem Boden der Wiener Kongreßakte. So gut wir den Landesorganisationen volle Selbständigkeit in Fragen einräumen, die Landesangelegenheiten sind, so gut haben wir auch die nationalen Selbständigkeitsbestrebungen gelten zu lassen. Dafür trägt die Gesamtpartei keine Verantwortung. Es genügt, wenn wir die Polen zur nötigen Klugheit und Besonnenheit veranlassen. Der zweite Punkt betrifft die Forderung der Polen, die man ihnen erst zugestanden und dann abgeschlagen hat, daß in überwiegend polnischen Kreisen die Kandidaten nach Möglichkeit der polnischen Sprache mächtig sein sollen. Man greift sich an den Kopf, daß derartiges erst gefordert werden muß. Unsre Kandidaten sollen doch Vertrauensmänner der Arbeiterschaft sein, die man mit Recht tadelt, wenn sie sich dem Verkehr mit ihren Wählern entziehen. Wie sollen sie das sein, wenn sie nur durch Dolmetscher mit ihnen verkehren können? Daß die Polen ihre nationalen Forderungen mehr in den Vordergrund stellen, müssen wir, die unter nationalen Bedrückungen nicht leiden, doch verstehen. Es handelt sich hier nur um eine Frage der Gerechtigkeit, die zugleich in Schule und Kaserne wie vor Gericht eine wichtige materielle Frage ist.

Von polnischer Seite erfuhr ich, daß die Haltung des Parteivorstandes unsren Genossen in Oberschlesien die Agitation erschwert hat und sie überall der chauvinistisch-demokratischen Partei des ausbeutenden Kleinbürgertums gegenüber in eine schwierige Lage bringt. Wir dürfen zu der grundsatztreuen Haltung des Parteivorstandes volles Vertrauen hegen. Darum hoffe ich, daß er auch in dieser Frage den Grundsätzen der Partei und der Gerechtigkeit künftig Rechnung tragen werde. (Beifall.)

Ledebour-Berlin: Ich bin mit den beiden Vorrednern durchaus einverstanden und will ihre Ausführungen nur durch einige wichtige Tatsachen ergänzen. Wie kam der Vorstand überhaupt zu seiner Forderung des vollständigen Verzichts auf irgend welche staatliche Selbständigkeit Polens? Ursprünglich hatte sie der Vorstand gar nicht gestellt; er hatte aber außer der Polnisch-Sozialistischen Partei noch die Gruppe Rosa Luxemburg eingeladen und diese Gruppe war es, die folgende Forderung an die polnischen Sozialisten stellte: Als Programm der Partei gilt das Erfurter Programm; die Propaganda der Unabhängigkeit des polnischen Staates kann nicht als bindender Programmpunkt gelten und in der Agitati betätigt werden. Diese Forderung wäre, wenn sie so angenommen word wäre, ein Schlag ins Gesicht der polnischen Sozialisten in der ganzen We gewesen. (Sehr richtig!) Der Vorstand läßt sich von der Genossin Luxembu in dieser Weise beeinflussen, weil er selbst die polnische Sprache nicht ken und sich deshalb ein eignes Urteil über die Agitation der polnischen Sozialist nicht bilden kann. Da wird denn die Genossin Luxemburg gerufen, oder kommt von selbst, und auf die Information dieser Genossin hin, die eine a

gesprochene Feindin der polnischen Organisation ist, nimmt er dann Stellung und beschließt über die Schritte, die zur Einigung mit dieser Organisation führen sollen. Ich bin fest überzeugt, daß das Scheitern der Einigung nur auf die Genossin Luxemburg zurückzuführen ist. Allerdings hat der Vorstand die Forderung der Genossin Luxemburg wenigstens abgeschwächt, indem er statt der „Unabhängigkeit des polnischen Staates“ „Wiederherstellung Polens“ setzte. Das kann so ausgelegt werden, als ob man sich nur gegen die Wiederherstellung des ehemaligen Königreichs Polen wende, das auch ein Gewaltstaat schlimmster Art war. Die Genossin Luxemburg tut aber so, als ob die Polen überhaupt nicht auf nationale Selbständigkeit in irgend welcher Zukunft rechnen und danach streben dürften. Die polnischen Sozialdemokraten wären Schufte, wenn sie diese Forderung der Genossin Luxemburg sich zu eigen gemacht hätten. (Sehr richtig!) Aber wie kommt der Vorstand dazu, die Gruppe Luxemburg zu diesen Verhandlungen überhaupt einzuladen? In Lübeck stellte es die Genossin Luxemburg ja so dar, als ob sie die Mehrheit der polnischen Genossen vertrete. Das ist ein bodenloser Schwindel, und das will ich beweisen! Und diesen Beweis habe ich nicht von den polnischen Genossen, sondern von den deutschen Genossen in der Provinz Posen, wenigstens einem Teil derselben. Es handelt sich um eine Revision bei der „Gazeta Ludowa“, des Organs der Gruppe Luxemburg, das von der Partei im vergangenen Jahre mit 2600 Mark unterstützt worden ist. Leider hat der Vorstand es versäumt, sich über dies Blatt genügend zu informieren; erst jetzt soll die Unterstützung der Zeitung aufhören. Ueber diese Revision habe ich folgenden Brief erhalten: Posen, 12. September. „Zur Information teilt Ihnen unterzeichnete Revisionskommission ergebenst mit, daß dieselbe bei der von ihr vorgenommenen Revision der Bücher der „Gazeta Ludowa“ festgestellt hat, daß das genannte Blatt nur ca. 40, genau 37 zahlende Abonnenten zählt. Mit Parteigruß (folgen Namen.)“

Dieser Brief beweist, daß die sogenannte Gruppe der „Gazeta Ludowa“ gar keine Bedeutung hat. Die Tatsache, daß dies Blatt in der Wahlzeit, wo alle andren Blätter anschwellen, bis auf 37 Abonnenten zusammengeschrumpft ist — anfangs soll es etwa 100 gehabt haben — beweist, daß die angeblich mächtige Organisation, die hinter der Genossin Luxemburg steht, nur in ihrer Phantasie lebt. So steht's mit Kasprczak & Co. Ich glaube, daß der Vorstand künftig die Partei davor bewahren wird, alljährlich für jeden Abonnenten der „Gazeta Ludowa“ 70 Mark auszugeben. Das ist ein etwas zu teurer Preis dafür, daß die Genossin Luxemburg fortwährend die deutschen Genossen mit den polnischen verhetzen kann. Ich hoffe, daß wir heute das letzte Mal von Kasprczak & Co. gehört haben.

Rosa Luxemburg: Falls irgend jemand nach den bisherigen Verhandlungen vielleicht den falschen Verdacht schöpfen könnte, daß in der deutschen Sozialdemokratie der Gerechtigkeitssinn nicht genügend vertreten wäre, so würde er nach dieser kurzen Debatte auf das angenehmste enttäuscht sein. Ich war selbst sehr erfreut, so viele Verteidiger des unterdrückten polnischen Volkes, zu dem zu gehören ich die Ehre habe, hier zu finden. Nur habe ich nicht feststellen können, daß die Sachkunde auf derselben Höhe stände wie das Gerechtigkeitsgefühl. (Heiterkeit.) Haenisch stellte es so dar, als ob der offene Brief der polnischen Sonderorganisation an den Parteitag ein Zeichen ihres außerordentlichen Friedensbedürfnisses sei. Ich habe genau dasselbe sagen müssen. Nur sagte ich mir auch — was sich Haenisch nicht sagen konnte, weil dies wahrscheinlich das erste Schriftstück ist, das er über diese Frage liest, während ich absolut alles kenne und weiß, was darüber geschrieben ist —: Es ist doch merkwürdig, trotz soviel Liebe und Friedensbedürfnis ist diese Sonderorganisation vor zwei Jahren aus der deutschen Sozialdemokratie ausgetreten! Trotz dieses Friedensbedürfnisses hat diese Sonderorganisation im vorigen Jahre Gegenkandidaten gegen die deutschen und polnischen sozialdemokratischen Kandidaten in Ober-

schlesien aufgestellt! Trotz dieses Friedensbedürfnisses mußte der deutsche Parteivorstand sich in drei langausgedehnten Konferenzen mit dieser Organisation plagen, um den unbedingt notwendigen Frieden in den polnischen Provinzen herzustellen. Es ist eben nicht alles so, wie es aussieht in den Schriften, mit denen man an den Parteitag kommt. Gewöhnlich ist von diesem Friedensbedürfnis sehr wenig zu spüren, und das haben wir, die wir in jenen Gegenden zu tun haben, auf das schwerste empfunden. Nach dem offenen Briefe und den Ausführungen der Verteidiger der polnischen Sonderorganisation mußten Sie den Eindruck gewinnen, als ob die polnische unterdrückte Nation von der deutschen Sozialdemokratie unterdrückt würde. Wenn dieser Verdacht berechtigt wäre, so würde ich als Polin, nicht nur als Sozialdemokratin, trotz aller Liebe, die mich in letzter Zeit mit dem deutschen Parteivorstand verbindet (Heiterkeit), die erste sein, die die Fahne der Rebellion gegen den deutschen Parteivorstand erheben würde. (Erneute Heiterkeit.) Aber wer sich ruhig und objektiv über die Vorgänge informiert hat, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß niemand die Rechte, die Freiheit, die Selbstbestimmung und die kulturelle Entwicklungsmöglichkeit des polnischen Volkes verteidigt wie die Sozialdemokratie. Wenn Ledebour Gelegenheit gehabt hat, in den letzten Jahren im Reichstag so schöne Reden zur Verteidigung des unterdrückten polnischen Volkes zu halten, so hat er damit nur einen Auftrag des Mainzer Parteitages ausgeführt. (Ledebour: Das habe ich gar nicht gewußt! — Heiterkeit.) Nun, dann war es unbewußt. (Große Heiterkeit.) Es handelte sich aber dabei um einen Antrag, der nach einer Begründung von mir angenommen wurde. Ich würde die Sozialdemokratie beleidigen, wollte ich des längeren anführen, daß nur sie in ganz Deutschland der wirkliche Hort, die Verteidigung und der Schutz des unterdrückten polnischen Volkes ist. Aber nicht darum handelt es sich, ob die Sozialdemokratie die unterdrückten Polen schützen soll, denn das ist selbstverständlich, sondern darum, ob die polnischen Sozialisten zusammen mit den deutschen auf gemeinsamem Boden als eine Klassenpartei arbeiten sollen oder ob in der Agitation das nationale Moment in den Vordergrund gestellt werden soll. Es versteht sich für uns von selbst, daß jedes unterdrückte Volk das heilige Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit hat, aber wie viele schöne Rechte haben wir nicht! Jeder von uns hat z. B. auch das Recht, zu fliegen (Auer: Hinausfliegen!), aber ich kenne keinen Genossen, der davon Gebrauch macht, ausgenommen etwa, wenn man, wie z. B. Ledebour, sich auf ein Gebiet begiebt, wovon man keine Ahnung hat und wo man in der Luft schwebt. (Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, ob wir das Recht, sondern ob wir die Möglichkeit haben, etwas zu erringen, und gerade wir, die wir auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen, müssen uns vor allem die Frage stellen, ob diese oder jene Aufgabe auf dem Wege der Entwicklung zum Sozialismus liegt, ob sie sich in unsre allgemeinen Bestrebungen zur Emanzipation der Arbeiterklasse einfügt. Es kann nicht Aufgabe des Proletariats sein, neue Klassenstaaten zu schaffen, und wenn die Londoner Resolution von einem Selbstbestimmungsrecht aller unterdrückten Nationen spricht, so hatte sie im Auge das Recht der Selbstbestimmung in der sozialistischen Gesellschaft, nicht aber die Schaffung eines neuen Klassenstaates auf kapitalistischem Boden. (Zustimmung.) Es könnte scheinen, als handelte es sich hier nur um eine Doktorfrage; in Wirklichkeit aber handelt es sich um etwas sehr Reales, um ein Moment, das uns in der Agitation stets störend entgegentritt. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat sich in ihrem Bericht an den Stuttgarter Kongreß in demselben Sinne ausgesprochen. Da haben Sie den Beweis dafür . . . (Die Rednerin verliest die Aeußerung der Generalkommission.) (Singer giebt durch ein Glockenzeichen zu verstehen, daß die Redezeit gleich abgelaufen ist). O Gott! (Große Heiterkeit). Ich bitte die Versammlung zu fragen, ob ich noch reden darf. (Ledebour ruft: Ich beantrage, die Redezeit

für die Genossin zu verdoppeln. — Heiterkeit) — das ist ein Beweis dafür, daß auch die Gewerkschaften mit denselben Schwierigkeiten bezüglich der polnischen Sonderorganisation zu kämpfen haben.

Und die gleichen Streitigkeiten finden sich in Rußland, dort befindet sich diese Richtung im Gegensatz zu den russischen Genossen, zu den jüdischen Sozialisten. Sie sehen, wenn das nationale Sozialisten sind, dann sind es internationale Stänker. (Große Heiterkeit.) Ledebour verbreitet sich hier über die Polenfrage und dabei versteht er kein Wort polnisch, er hat auch weder mit mir, noch mit Winter, noch mit Gogowsky gesprochen, um sich zu informieren. Ich würde ihm die Informationen gern geben. Denn ich würde lieber mit Ledebour Arm in Arm mein revisionistisches Jahrhundert in die Schranken fordern (Große Heiterkeit), als daß ich ihn zum Gegner habe. Er stützt sich nur auf ein paar Informationen von Stänkern, wie wir sie überall haben, wenn auch zum Glück nicht überall Ledeboure sind, die sich zum Schützer dieser Stänker aufwerfen. (Heiterkeit und Beifall.)

Ich schlage folgende Resolution vor:

„Der Parteitag erklärt sich mit der Haltung des Parteivorstandes in den Verhandlungen mit der polnischen Sonderorganisation einverstanden und geht über die Angelegenheit zur Tagesordnung über."

Ledebour (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, daß die Genossin Luxemburg nochmals zehn Minuten redet, damit sie sich über die 87 Abonnenten der „Gazeta Ludowa" ausspricht. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Singer: Ich muß nach der Geschäftsordnung diesen Antrag zur Abstimmung bringen, aber die Art, wie solche Anträge gestellt werden, trägt auch nicht sehr dazu bei, die doch sehr ernste Frage zu klären. (Zustimmung.) Genossin Luxemburg kennt die Geschäftsordnung; hat sie noch mehr zu reden, so hat sie das Recht, sich wieder in die Liste eintragen zu lassen. Der Parteitag wird die Diskussion nicht eher schließen, als bis er glaubt, genügend informiert zu sein. Ledebour täte gut, seinen Antrag zurückzuziehen. (Sehr richtig!)

Ledebour: Ich ziehe meinen Antrag zurück in der Voraussetzung, daß Genossin Luxemburg der freundlichen Einladung Singers folgt. (Rosa Luxemburg ruft: Selbstverständlich! Ich bin schon gemeldet! Sie werden schon noch das Vergnügen haben.)

Singer: Schon bevor Ledebour sprach, war ein genügend unterstützter Schlußantrag eingebracht.

Adolf Braun-Nürnberg begründet den Schlußantrag. Die Polenfrage könne man heute doch nicht lösen und der Parteitag sei in seinen Arbeiten noch weit zurück.

Löbe-Breslau spricht gegen Schluß. Bis jetzt haben nur Genossen gesprochen, die in den polnischen Gegenden ziemlich oder ganz unbekannt sind. Es wäre wünschenswert, daß noch diejenigen zu Worte kommen, die aus der letzten Wahl noch einiges mitzuteilen haben über das Verhalten der Polnisch-Sozialdemokratischen Partei.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort hat

Pfannkuch: An Stelle des Genossen Gerisch, der gezwungen war abzureisen, um morgen einen Termin wahrzunehmen, habe ich das Schlußwort übernommen. Das Sachverhältnis wird hier immer so dargestellt, als wenn wir mit den Polen im Kampf lebten, als wenn ein tiefgehender Zwiespalt, ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der deutschen und polnischen Sozialdemokratie entbrannt sei. So stehen die Dinge nicht. Wir stehen mit ganz denselben Gefühlen, wie wir jeder andren Nation gegenüberstehen, auch den Polen und den Polen im eignen Lande gegenüber. Wenn der Vorstand in München den Auftrag erhalten hat, eine Einigung herbeizuführen, so konnte das kaum einen

andren Sinn haben, als daß das frühere Verhältnis der Zusammengehörigkeit und Einheit zwischen den deutschen und den in Deutschland lebenden polnischen Genossen wieder herbeigeführt werden sollte. Diese Aufgabe suchten wir nach bestem Ermessen zu erfüllen, leider ist ihre Lösung nicht gelungen. Nun werden wir so hingestellt, als wenn wir Barbaren wären. Wir haben, als die Einigung nicht gelungen war, nach wie vor die aus der internationalen Solidarität sich für uns ergebenden Pflichten in vollem Umfange zu erfüllen gehabt und wir haben sie erfüllt. Man soll doch die Kirche im Dorf lassen. Wir haben die Einheit herzustellen gesucht, die Polen wollten sie nicht, sie meinten, sie müßten den Wettlauf mit den nationalen Großpolen aufnehmen. Wenn sie in dem Wahne leben, damit der Verbreitung des sozialdemokratischen Gedankens unter der polnischen Bevölkerung zu dienen, so sind wir andrer Meinung. In erster Linie ist es, meinen wir, notwendig, das Proletariat zur sozialdemokratischen Weltanschauung heranzuziehen. (Zustimmung.) Wir werden der Partei stets am besten dienen, wenn wir das sozialdemokratische Prinzip als Grundlage der Organisation und Agitation nehmen. (Sehr richtig!) Nun wird auf das Nebenprotokoll hingewiesen und gesagt, das erinnere an die Gepflogenheiten bürgerlicher Ministerien. Warum haben wir denn eine besondere Bestimmung darin niedergelegt? Um den Polen, die der Meinung sind, sie müßten, um das polnische Proletariat zu erziehen, den nationalpolnischen Gedanken pflegen, nicht irgend welche Verlegenheit zu bereiten. Wir haben im guten Glauben gehandelt und Genosse Bebel war es, der den glücklichen Ausweg dieses Nebenprotokolls fand, durch das die Polen nur erklären sollten, sie ständen in der nationalen Frage auf dem durch den Internationalen Kongreß in London gefaßten Beschluß. Ist das so ein unbilliges Verlangen? Nur ein geringes Entgegenkommen hätten die Polen zeigen müssen und das Mandat der Friedenskommission wäre erfüllt gewesen. Die Polen als gesondertes, gleichberechtigtes Glied innerhalb der deutschen Organisation ohne diese Bedingung zuzulassen, dafür übernehme ich kein Mandat. Nachdem die Polen so großen Wert auf den Namen: Polnisch-Sozialistische Partei gelegt hatten, sprachen wir in den Einigungsvorschlägen ganz allgemein von den polnischen Parteigenossen. Die Einigungsvorschläge sollten einem von sämtlichen Polen zu beschickenden Kongreß vorgelegt werden, und der Kongreß sollte souverän der Partei den Namen geben. Darauf eilte der geistige Leiter der Polen, Berfuß, zu uns und sagte: Was ist das, warum steht in den Einigungsvorschlägen nicht der Name unsrer Partei: „P. P. S."? Wir erklärten, den Namen solle der Kongreß der Partei geben. Nun war weiter mit den Leuten nichts zu machen. Die Bedingung des Nebenprotokolls ist das Mindestmaß, was von den Polen zu verlangen ist. Die Polen sind nicht von uns vergewaltigt, nicht an die Wand gedrückt und kalt gestellt worden. Früher waren sie ein integrierender Bestandteil der deutschen Partei, jetzt müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß sie sich außerhalb dieses Rahmens gestellt haben. Wie auch eine Parteileitung zusammengesetzt sein mag, sie wird sich den Verpflichtungen der internationalen Solidarität nicht entziehen. Nur müssen uns die Polen jetzt ihre Anträge unterbreiten, wir sind nicht mehr eo ipso verpflichtet, für sie, als wenn sie zur deutschen Partei gehörten, zu sorgen. Noch auf eins will ich zum Schluß hinweisen. Nachdem die Polen sahen, daß wir auf unserm Beschluß bestanden, wonach nur organisierte Genossen das Recht hätten, einen Reichstagskandidaten zu nominieren, und nicht die Bevölkerung eines Kreises, was ja schon zu den wunderbarsten Erfahrungen geführt hat, gaben sie in dieser Hinsicht nach, und als die Mandate zur Verteilung gelangt waren, hat die deutsche Partei als die kapitalkräftigere sich sofort bereit erklärt, auch für die Kreise, in denen polnische Genossen aufgestellt wurden, einen beträchtlichen Teil der Wahlkosten zu tragen. Wir haben getan, was die Partei-

pflicht erheischte, deshalb ist der Antrag Luxemburg vollkommen berechtigt und ich bitte Sie, ihn anzunehmen. (Zustimmung.)

Singer: Wir haben nun noch die Diskussion mit Katzenstein zu Ende zu führen. Katzenstein hat gemeint, daß über den Antrag Luxemburg, weil er nicht diskutiert worden sei, auch nicht abgestimmt werden könne. Er hat dabei wohl an den Antrag Quarck und meine Ansicht darüber gedacht. Aber da lag die Sache ganz anders. Ich habe nie behauptet, daß über einen nicht zur Diskussion gestellten Antrag nicht beschlossen werden könne. Ich habe nur bei dem Antrag Quarck darauf aufmerksam gemacht, daß es wunderbar wäre, wenn über einen solchen Antrag zuerst abgestimmt würde. Das ist doch ein Unterschied. Hier liegt nur ein Antrag vor, der unter Billigung des Verhaltens des Vorstandes vorschlägt, zur Tagesordnung überzugehen. Darüber können wir ohne weiteres abstimmen.

Die Abstimmung wird vorgenommen und ergiebt die Annahme der Resolution Luxemburg.

Ledebour bittet um die Gegenprobe.

Singer: Wenn das Bureau einig ist, haben wir keinen Anlaß, die Gegenprobe vorzunehmen. (Heiterkeit.)

Damit sind Punkt 1 und 2 der Tagesordnung erledigt.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Die Genossen Beck, Efftinge, Mannheimer und Paeplow erklären zu Protokoll, daß sie für den Antrag 7 nicht gestimmt haben, weil er nicht weitgehend genug sei.

Schluß $7^1/_4$ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag den 17. September 1903. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Kaden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Kaden mit, daß das Graudenzer Mandat von Schwartz nunmehr vom Vertrauensmann und vom Bureau der betreffenden Versammlung bestätigt worden sei.

Das Mandat wird debattelos für gültig erklärt.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung kommt Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Hierzu liegen die Anträge 69—88, Resolution 100, Antrag 121 und das Amendement 131 zu Antrag 85a vor. Antrag 86 ist zurückgezogen.

Sämtliche Anträge finden ausreichende Unterstützung.

Berichterstatter Stadthagen: Genossen! Es liegt ja ein so umfangreicher Bericht vor, daß ich mich auf eine kurze Ergänzung beschränken kann. Auf Seite 84 des Berichts wird unter den Fällen, die beweisen, wie gering der Schutz Deutscher im Auslande ist, wenn sie nicht das Glück haben, wohlhabend zu sein, folgendes mitgeteilt: „Ein Seemann mußte wegen schwerer Erkrankung in Sao Paolo zurückgelassen und sollte mit der ersten besten Gelegenheit nach § [illegible]3 der Seemanns-Ordnung kostenfrei zurückbefördert werden. Der mit 25000 Mark Jahresgehalt besoldete Konsul Eschke in Sao Paolo gab dem Erkrankten folgende Anweisung an den Kapitän eines Hamburg-Südamerika-Dampfers: „Kommen Sie Ueberbringer gegen Erstattung der Futterkosten mit nach Hamburg nehmen oder eventuell als Steward oder sonst was beschäftigen?“ Der Fall ist so, wie im Bericht dargelegt, im Reichstag vorgetragen. Aber es lag eine Verwechslung der Person und des Ortes vor. Der Konsul Eschke hat

folgende Erklärung veröffentlicht: „1. Ich bediene mich, wie es für einen Kaiserlichen Beamten selbstverständlich ist, in amtlichen oder halbamtlichen Schreiben niemals einer Ausdrucksweise wie der gerügten. 2. Ich habe mit der Heimschaffung von Seeleuten nichts zu tun, da sich mein Amtsbezirk nicht bis an die Meeresküste erstreckt. Der Abgeordnete hat sich gröblich täuschen lassen.“ Tatsächlich handelt es sich nicht um Sao Paolo und Herrn Eschke, sondern um Santos und den dortigen Konsulatsverweser Bonnien. Es lag also eine Verwechslung in der Angabe der Person vor. Das macht aber nichts aus, da die Sache selbst vorgekommen ist. Ich habe diese Richtigstellung der im Reichstag geschehenen Aeußerungen hier vorzunehmen. Es ergiebt sich aber auch hieraus, daß unsre Seeleute den im Auslande nötigen Schutz nicht erhalten.

Das trifft auch zu auf unsre Deutschen in den Kolonien. Mir ist hier eine Photographie eines deutschen Pflanzers zugesandt worden, die ihn zeigt, unmittelbar nachdem er ein Polizeigefängnis verlassen hat. Der Mann war in Samoa von Polizisten mißhandelt und geprügelt worden, wie auch Arbeiter in Deutschland von den Behörden in der ärgsten Weise drangsaliert werden. Wir sehen auf dem Bilde an dem Körper des Mannes noch die Spuren der erlittenen Behandlung. So geht es deutschen Reichsangehörigen in deutschen Kolonien. Im übrigen erfordert der Bericht keine weitere Ergänzung. Es ist ja für jeden sinnfällig und die ganze Gesetzgebung und Verwaltung zeigt in immer unverhüllterer Weise, wie der Kapitalismus bestrebt ist, das gesamte Staatsleben sich immer mehr dienstbar zu machen. Das haben ganz besonders deutlich die letzten Zollverhandlungen gezeigt, die Ihnen ja allen noch im Gedächtnis sind, wo man weder Recht noch Gesetz achtete, wenn man nur seine Zwecke durchsetzte. Aus diesem Streben des Kapitalismus rührt auch die fortgesetzte Vermehrung von Militär und Marine und das Streben nach Kolonialerweiterung her. Es ist ein Widerspruch, wenn andre Parteien auf der einen Seite für Militär und Marine schwärmen, auf der andren Seite scheinbar Gegner der Volksunterdrückung sind. Das gilt auch für die Rechtspflege. Es wird verlangt, daß das Bromberger Urteil im Reichstag zur Sprache gebracht werden soll. Selbstverständlich wird das geschehen. Das Bromberger Urteil ist übrigens leider gar nichts außergewöhnliches, sondern nur ein Glied in einer langen Kette ähnlicher Urteile.

Wenn ich mich darüber verbreiten darf, was in der nächsten Session geschehen soll, so möchte ich vor allem vor der furchtbaren Ueberschätzung des Parlamentarismus warnen, wie sie in manchen Anträgen zum Ausdruck kommt. Das wesentliche für uns muß immer die Revolutionierung der Geister bleiben. Ueberschätzen wir nicht den Parlamentarismus! Bedenken wir, daß selbst wenn ein Gesetz zu stande kommt, damit noch nichts erreicht ist, sondern daß es auf die Anwendung des Gesetzes ankommt! (Sehr richtig!)

Der nächste Reichstag wird sich vor allem mit den neuen Handelsverträgen zu beschäftigen haben. Ein Handelsvertrag, wie wir ihn verlangen müssen, darf keine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel enthalten und darf die Arbeitsgelegenheit nicht erschweren. Es ist unmöglich, den Zolltarif als ein Instrument zu betrachten, das zur Bedrohung des Auslandes gebraucht werden kann; er ist ein Instrument zur Ausbeutung des Inlands durch die Gesellschaft mit unbeschränkter Raffgier, zu der sich die Kartellindustrie, [illegible]ie schwere Industrie und die Junker vereinigt haben. Die Sätze des Tarifs [illegible]d so unsinnig, so unvernünftig, so zusammenhanglos, so brutal hoch, daß [illegible]e Regierung, wenn sie auch von dem Recht, unverständig zu sein, noch [illegible]el mehr Gebrauch macht, als wir es sonst in Deutschland gewohnt sind (Hei[illegible]r-keit), den Tarif außer Kraft setzen muß. Der Tarif ist eine Bedrohung [illegible]es Inlandes in der krassesten Weise. Hand in Hand damit geht die Bedroh[illegible]ng der Arbeiterschutzgesetze, des Koalitionsrechts. Wir haben nicht nur abzuwe[illegible]n,

sondern zum Angriff vorzugehen, insbesondere den Maximalarbeitstag und den Achtstundentag zu verlangen, in der Art, wie wir es früher getan haben. Ich halte es aber nicht für richtig, der Fraktion vorzuschreiben, welche Punkte sie zuerst in Angriff nehmen soll. Die in dieser Hinsicht überflüssigen Anträge bitte ich deshalb abzulehnen. Ich gehe nun zu den einzelnen Anträgen über. Antrag 69 ist überflüssig. Ich warte ab, ob mit ihm etwa der Fraktion der Vorwurf gemacht werden wird, daß sie nicht „überall und jederzeit den republikanisch-demokratischen Prinzipien unsrer Partei" in ihrem Verhalten im Reichstage entsprochen hat. Sollte das nicht gemeint sein, so wäre es besser, wenn der Antrag zurückgezogen würde.

Antrag 70 verlangt von der Fraktion, daß sie dem Reichstage tunlichst bald einen Antrag auf Ausbau des Koalitionsrechts einreichen soll. Das ist längst geschehen. Ich hätte es lieber gesehen, wenn die Genossen uns mitgeteilt hätten, ob und was sie an unsrer Tätigkeit und an dem Gesetzentwurf zum Schutz des Koalitionsrechtes auszusetzen haben.

Was den Antrag 71 anbelangt, der von der Fraktion verlangt, daß sie unverzüglich die Anträge auf Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen und auf Schaffung eines ausreichenden Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes wiederholt, so muß ich sagen, daß die Fraktion auch ohne bestimmte Anregung diese Anträge von neuem eingebracht hätte. „Unverzüglich" sind natürlich alle Anträge einzubringen.

Was Antrag 72 anlangt, so bedauere ich, daß er unterstützt ist. Sowie er vorliegt, bin ich ein entschiedener Gegner. Es ist mir unverständlich, warum wir die einjährige Dienstzeit verlangen sollen. Wir verlangen ein Milizheer als einziges Mittel gegen die brutalen Mißhandlungen im Heere, wie sie selbst die kannibalischste Phantasie kaum ersinnen kann. Von dieser Forderung wollen wir nicht abgehen. (Zustimmung.) Die Soldatenmißhandlungen sind ein Ausfluß des bestehenden Systems, das das Militär zur Stütze der Klassenherrschaft gebraucht. Die eine reaktionäre Masse, mag sie nun freisinnig, konservativ sein oder zum Centrum gehören, benutzt die Militärmacht zur Aufrechterhaltung der bestehenden Ungerechtigkeit und der Ausbeutung. Die weiter in dem Antrag verlangte Anerkennung des Rechts auf Notwehr gegen Mißhandlungen ist überflüssig, weil ja dem Namen nach dies Recht im Strafgesetzbuch bereits anerkannt ist, allerdings in der Praxis ist es damit etwas andres. Die Forderung der Abschaffung der Militärjustiz und des Militärstrafrechts ist so selbstverständlich, daß ich mich wundere, daß dieser Antrag besonders gestellt ist.

Daß, wie Antrag 73 verlangt, eine Reichs-Eisenbahn-Betriebsgemeinschaft geschaffen und für Verbilligung der Personentarife eingetreten werden soll, scheint mir eine so zutreffende Forderung, daß ich darüber kein Wort zu verlieren brauche.

Die Anträge, bezüglich des Wahlmodus enthalten ja allerlei nette Wünsche. Nur täuschen Sie sich nicht in der Erwartung, daß unsre Fraktion die Macht habe, alle diese Anträge durchzusetzen. Sie sehen ja z. B., wie durch die Obstruktion der bürgerlichen Parteien die Wahlprüfungen immer mehr bis zum Schluß der Session verschoben werden. — Wie wir Antrag 79 erfüllen sollen, weiß ich nicht.

Dann sind dieselben Anträge über die Versicherungs-Gesetzgebung wieder-[illegible]t, über die wir schon früher verhandelt haben. Auch die Forderungen der [illegible]auen sind nicht neu. Der gedruckte Bericht ergiebt, daß wir diese Forderung [illegible] Reichstage schon gestellt haben. Ebenso rennen die Anträge über Kinderschutz [illegible]ene Türen ein; das sind alles alte Forderungen von uns. Die Ausdehnung [illegible]s allgemeinen Wahlrechts auf die Frauen steht schon in unsrem Programm. [illegible]h halte es für selbstverständlich, daß wir im Sinne dieses Programmpunktes [illegible]itatorisch vorgehen werden. Geben Sie sich aber nicht der Täuschung hin, [illegible] wir da unsre Wünsche durchsetzen könnten. Der von dem Seeluftschwärmer

gestellte Antrag 88 ist so doch nicht gut akzeptabel. Selbstverständlich werden wir stets dafür eintreten, daß seitens der Regierung alles geschieht, was im Interesse der Volkshygiene notwendig ist. Mit solchen einzelnen herausgerissenen Punkten empfiehlt es sich für den Parteitag aber nicht, sich zu beschäftigen. Der Antrag 100, der von Teltow-Beeskow gestellt ist, gehört ja auch hierher. Der Antrag verlangt sehr vieles. Er ist so wie er gestellt ist unausführbar. Warum gießen die Antragsteller denn nicht selbst das Programm in Gesetzentwürfe um? Utopistisch ist die auf eine Veröffentlichung der Initiativ-Vorlagen gesetzte Erwartung. Auch hier ist aber zu sagen, daß wir schon solche Gesetzentwürfe ausgearbeitet und als Initiativanträge eingebracht haben, daß wir uns aber mit Recht vor einer Ueberschätzung des Parlamentarismus, wie sie der Antrag enthält, fern gehalten haben.

Ich möchte dringend bitten, falls Sie nachher diesen oder jenen Antrag der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen, das große Ziel niemals aus dem Auge zu lassen und auch die Agitation nicht zu vergessen. Verlieren wir uns nicht in Einzelheiten! Ich glaube, Sie können mit der Tätigkeit der Fraktion zufrieden sein. Nochmals betone ich: Ueberschätzen wir nicht den Parlamentarismus! Erlahmen wir nicht in der Agitation und Organisation! Je mehr man versucht, das Wahlrecht durch einen Bruch der Verfassung trocken zu legen, den Reichstag herabzuwürdigen auf das Niveau einer Ständeversammlung, in der lediglich über den Profit der Besitzenden gesprochen und geschachert werden darf, je mehr wir sehen, wie die nationale Arbeitskraft durch Zollgesetze unterwühlt wird, die Ausländer herangeschafft werden, um als Streikbrecher zu dienen, wie Polizei und Gerichte wüten, die Ausübung des Koalitions- und Vereinsrechts als etwas Strafbares, wo möglich mit Zuchthaus zu bestrafendes zu gestalten, desto mehr ist es Pflicht jedes einzelnen, auf die Agitation den Hauptwert zu legen. Konzentrieren wir unsre Kräfte, um zu zeigen, wie die Kapitalisten die Staatsgewalt an sich reißen im Interesse des Profits und gegen das Interesse der Arbeiterklasse. Suchen wir fortzufahren in der Revolutionierung der Köpfe, suchen wir die Millionen uns leider noch fernstehender Arbeiter zu klassenbewußten klaren Kämpfern zu erziehen. (Lebhafter Beifall.)

Die **Diskussion** wird eröffnet.

Michels giebt folgende Erklärung zu Antrag 69 ab: Die Marburger Genossen haben mit ihrem Antrag durchaus keinen Vorwurf gegen die bisherige Haltung der Fraktion beabsichtigt. Die Resolution sollte nur ein Wegweiser, ein Schild, aufgehängt vor der Vizepräsidenten-Kammer, sein mit der Inschrift: Hier ist kein Eintritt! (Heiterkeit.) Da die Frage aber bei der Vizepräsidenten-Debatte behandelt werden wird, ziehe ich hier unsren **Antrag zurück**. (Bravo!)

Keil-Stuttgart: Ich bin mit der bisherigen Tätigkeit der Fraktion ebenso wie mit dem Programm ihrer künftigen Tätigkeit, das Stadthagen eben entwickelt hat, durchaus einverstanden. Wenn ich trotzdem zu einer Spezialfrage spreche, so tue ich es keineswegs in der Meinung, daß die Fraktion nur einen Antrag im Reichstag zu stellen braucht, um alle Fragen in unsrem Sinne zu lösen. Ich will zu Antrag 73 sprechen, der sich auf die Reichs-Eisenbahngemeinschaft bezieht. Stadthagen hat diesen Antrag als selbstverständlich bezeichnet. So selbstverständlich, scheint die Sache aber wohl doch nicht zu [illegible] in. denn sonst würde die Fraktion schon im Sinne des Mainzer Beschlusses tätig gewesen sein. Wenn die Fraktion das unterließ, so wohl deshalb, weil die Meinungen in der Fraktion über die Frage wesentlich auseinandergehen. S[illegible] on auf dem Parteitag in Mainz zeigte sich das. Es ist kein Zufall, daß die Anregung, diese Frage auf einem Parteitag zu behandeln, 1889 von Stuttgart [illegible] gegangen ist. Seit einer Reihe von Jahren haben wir in Württemberg [illegible] mit Fragen der Eisenbahnpolitik zu befassen. Eine Lösung dieses Probl[illegible]

können wir nur in der Reichs-Eisenbahngemeinschaft, und sei es auch nur eine Reichs-**Betriebs**gemeinschaft, erblicken. Seit 1896 ist das hessische Bahnnetz dem preußischen angeschlossen und eine Betriebsgemeinschaft geschaffen. Seitdem haben wir in Süddeutschland eine immer stärker werdende Agitation für die Ausdehnung dieser Gemeinschaft auf die andren süddeutschen Staaten. Unterstützt wird diese Agitation durch die rücksichtslose Eisenbahnpolitik Preußens gegenüber den süddeutschen Staaten. In Württemberg hatten wir kürzlich eine große Eisenbahndebatte, in der diese Dinge besprochen wurden. Besonders wurde auf die die süddeutschen Eisenbahnen schädigenden Verkehrsumleitungen hingewiesen. Der Verkehr wird in Süddeutschland um Württemberg herumgeleitet. Der badisch-bayrische, der hessisch-bayrische, der rheinisch-bayrische und namentlich der sächsisch-bayrische Verkehr **meidet** die württembergischen Linien. Im sächsisch-bayrischen Verkehr kommen Umleitungen bis zu 44 Proz. der kürzesten Linie vor. Dies ist eine Verschwendung von Zeit, Kraft, Geld, eine Hemmung der Verkehrsentwicklung. Am weitesten ausgebildet sind diese Verkehrsüberleitungen in Baden, wo sie ja einfach zu machen sind, da die Züge leicht über elsässisches Gebiet geführt werden können. Es heißt denn auch schon, daß Baden mürbe sei und sich der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft anschließen wolle. Ich glaube noch nicht daran; wenn aber der Anschluß Badens an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft erfolgt, so ist Württemberg, wahrscheinlich auch Bayern und Sachsen, der preußisch-hessischen Gemeinschaft total ausgeliefert. Wollen wir das verhindern, so müssen wir eine Reichs-Betriebsgemeinschaft fordern. Da ich kein Utopist bin, so trete ich nicht dafür ein, daß die Fraktion die Ueberführung der Eisenbahnen in Reichsbesitz fordern soll. Ein einheitlicher Reichs**betrieb** aber ist möglich. Der Ertrag der Eisenbahnen müßte den Einzelstaaten verbleiben und verteilt werden nach Maßgabe des Besitzanteils. Es wäre auch fraglich, ob wir die Zuführung der enormen Betriebseinnahmen aller Eisenbahnen an den Reichssäckel fordern könnten, weil sie dann direkt zur Stärkung des Militarismus und Marinismus dienen würden. Dies Bedenken fällt weg bei Schaffung einer Reichs-Betriebsgemeinschaft, wie sie der Antrag 73 will. Dem Anschluß an Preußen müssen wir entgegentreten, zumal im preußischen Landtage das Proletariat bis jetzt von jeder Vertretung ausgeschlossen ist. Die Verkehrspolitik muß im Reichstage entschieden werden, in demselben Parlament, das auch über die Handelspolitik entscheidet. Eine Reichs-Betriebsgemeinschaft würde dem Reichstage auch einen bedeutenden Einfluß auf Tariffragen und die Anstellungsverhältnisse der Bediensteten einräumen. Die Sache drängt immer mehr in Süddeutschland. Einen Anschluß Württembergs an die preußisch-hessische Gemeinschaft können wir nur durch eine Reichs-Betriebsgemeinschaft vermeiden. (Beifall.)

Müller-Glauchau: Ich überschätze die Tätigkeit der Fraktion nicht, ich unterschätze sie auch nicht. Wenn der Referent die Notwendigkeit des Ausbaues des Koalitionsrechts betont hat, so glaube ich, daß das am besten durch den Antrag 85 geschieht. In erster Linie muß die Arbeiterschutz-Gesetzgebung auch auf die Hausindustrie ausgedehnt werden. Gerade bei uns im 17. sächsischen Wahlkreise hat die Hausindustrie großen Umfang angenommen, wir können da beobachten, wie schutzlos die Hausindustriellen sind. Notwendig ist ferner die Vereinheitlichung der Krankenversicherung. Die Decentralisation der Krankenkassen, wie sie von konservativer Seite angestrebt wird, schadet der Arbeiterklasse nur. Besonders schädlich sind die Betriebs-Krankenkassen, bei denen die Arbeiter sobald sie erkranken, aus der Mitgliederliste gestrichen werden. Redner führt einen Fall aus Glauchau an. Eine in der Textilindustrie beschäftigte Frau mußte die Arbeit aussetzen, sie hat drei Monate hindurch ihre Beiträge entrichtet; als sie aber kurz vor ihrer Entbindung stand und ihre Beiträge zahlen wollte, sagte man ihr, sie hätte einen Tag früher zahlen müssen. Bis dahin durfte sie ruhig noch an späteren Terminen Beiträge zahlen. So gehen die Arbeiter ihrer Rechte

verlustig. Deshalb sollte die Fraktion bestrebt sein, auf eine Vereinheitlichung der Krankenkassen hinzuarbeiten, um den Kassenmitgliedern ihre Rechte zu sichern. Die Möglichkeit einer Vereinheitlichung ist vorhanden. Steter Tropfen höhlt den Stein und eine Fraktion von 81 Genossen wird da gewiß eine Einwirkung ausüben können.

Krohn-Konstanz: Auch diesmal sind wir wie in früheren Jahren mit der Tätigkeit der Fraktion durchaus zufrieden, ja diesmal, nach den Zollverhandlungen, sind wir es in erhöhtem Maße. Wer den Bericht durchliest, muß einsehen, daß man der Fraktion den Vorwurf mangelnder Initiative nicht machen kann. Nach den Ausführungen Stadthagens wäre dieser ganze Punkt der Tagesordnung eigentlich überflüssig; wir haben hier aber doch das Recht und die Pflicht, der Fraktion neue Anregungen zu geben. Ich möchte Antrag 85 Nummer 3 empfehlen. Wir denken bei diesen schädlichen Fabrikationen in erster Linie an Bleiweiß. So gut es möglich war, das Phosphorverbot zu erlassen, so gut müssen hier gesetzliche Maßnahmen möglich sein. Es braucht da ja keine übertriebene Rücksicht auf die Schonung der Unternehmergewinne genommen zu werden.

Trilse-Elberfeld: In den Anträgen 71, 80 und 83, die ich kurz begründen will, finden Sie alte Bekannte. Antrag 71, wonach die Fraktion beauftragt wird, im Reichstag unverzüglich die Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen zu fordern, ist ja von früheren Parteitagen wiederholt angenommen worden. Die Fraktion ist ja diesem Antrage auch stets nachgekommen. Die Möglichkeit, die Majestätsbeleidigungs-Frage bei der Etatsberatung vorzubringen, ist ja durch das eigenartige Verhalten des Präsidenten Grafen Ballestrem so gut wie ganz ausgeschlossen worden. Um so notwendiger ist es, diese Frage durch einen besonderen Initiativantrag zu erörtern. Ich erinnere nur an die Reden von Essen und Breslau, an die großen Razzien gegen politische Redakteure, denen man den dolus eventualis unterzuschieben sucht, und an die Bestrebungen, den Begriff der Majestätsbeleidigung zu erweitern.

Auch die Schaffung eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes muß von neuem gefordert werden. Ein bezüglicher Antrag unsrer Fraktion ist in der letzten Session leider nicht erledigt worden.

Antrag 80 verlangt, daß bei weiteren Versicherungs-Novellen die sozialen Verbesserungen rückwirkende Kraft erhalten sollen. Durch die bisherige Praxis werden diejenigen, die vor Inkrafttreten des betreffenden Gesetzes dem Kapitalismus zum Opfer gefallen sind, gestraft für die politische Einsichtslosigkeit der herrschenden Klassen und ihrer parlamentarischen Vertreter. Stadthagen bemerkte, daß wenn ein Antrag berechtigt sei, so sei es der Antrag 83, der den Achtstundentag verlangt. Das ist ja eine alte Forderung, die wir immer erhoben haben. Die Fraktion hat in der letzten Session als Uebergang den Zehnstundentag beantragt. Dabei müssen wir aber immer im Auge behalten, daß das Ziel die allgemeine Einführung des Achtstundentages ist. Ich möchte dann noch die Frage an die Fraktion richten, weshalb sie nicht die Petition betr. den Heimarbeiterschutz zur Diskussion gebracht hat. Es ist das eine außerordentlich wichtige Frage. Hoffentlich gelingt es ihr, in der nächsten Session eine Erörterung über diesen Gegenstand herbeizuführen.

Ottilie Baader: Daß eine so große Anzahl von Genossen den Antrag 85 unterschrieben und unterstützt haben, ist nur ein Zeichen dafür, wie wichtig die in ihm enthaltenen Forderungen sind und wie richtig wir mit der Einbringung des Antrages gehandelt haben. Gewiß, der Antrag enthält nichts Neues; verschiedene Parteitage haben sich schon mit diesen Forderungen beschäftigt und auch im Reichstage sind sie schon zur Sprache gebracht worden. Aber erreicht ist so gut wie nichts. Deshalb meinen wir, daß die Forderungen im neuen Reichstag wieder erhoben werden müssen. Infolge der jetzigen Stärke unsrer Fraktion, wird unsre Macht im neuen Reichstag doch größer sein als bisher. Es ist auch

zu berücksichtigen, daß hinter unsren Abgeordneten außer den drei Millionen Wählern auch noch Hunderttausende von Frauen stehen, die, wenn sie wahlberechtigt wären, ebenfalls für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben würden. Sicherlich wird es auch möglich sein, wenigstens das eine oder andre im Reichstage durchzusetzen. Es kommt uns dabei die Furcht der besitzenden Klassen vor einem weiteren Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen zu statten. Auch das Centrum wird uns entgegenkommen müssen, um seine katholischen Arbeiter zu halten und sich den Schein der Arbeiterfreundlichkeit zu geben. Was uns bis jetzt zugestanden ist, ist ja so winzig, daß man das nicht als Arbeiterschutz, sondern nur als Arbeiterschutzheuchelei bezeichnen kann. Das mindeste, was wir verlangen, ist in dem Antrag 85 niedergelegt; das ist das Minimum der Forderungen, die wir aufstellen müssen. Auf die einzelnen Forderungen brauche ich nicht einzugehen, sie sind Ihnen bekannt und sie sind auch schon besprochen worden. Stadthagen meint, wir müßten die Gedanken der Massen revolutionieren. Gerade dieser Antrag ist geeignet, die Agitation von neuem zu beleben. Er wird zur Aufklärung der Massen beitragen; es wird sich dann ja zeigen, an wem es liegt, wenn diese Forderungen nicht durchgeführt werden. Die gesamten organisierten deutschen Frauen stehen hinter dem Antrag; ich bitte, ihn einstimmig anzunehmen. (Bravo!)

Täterow-Berlin: Ich habe eine Erklärung zu dem Antrag 72 abzugeben. Ich bitte Sie, denselben abzulehnen, wir werden ihm keine Träne nachweinen. Sie wissen ja, wie solche Anträge zu stande kommen, sie werden in Parteiversammlungen gestellt ohne Vorbereitung und ohne daß man ihre Tragweite übersehen kann. So ging es auch mit diesem Antrag; Genosse Katzenstein, dem es ja niemals an gutem Willen fehlt, ist sein Urheber. Ich wendete mich bereits in der Versammlung entschieden gegen die Tendenz des Antrages, namentlich gegen die allgemeine einjährige Dienstzeit, denn ich halte diese Forderung für eine Einschränkung unseres Programms. — Nun kurz zur parlamentarischen Tätigkeit! Die Marschroute ist uns gegeben, es ist von keiner Seite eine Einschränkung unsrer parlamentarischen Tätigkeit gefordert, im Gegenteil, jetzt, wo wir verstärkt in den Reichstag einziehen, werden wir zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen unsre Stellung präzisieren müssen. Das gilt besonders für die Arbeiterschutzgesetzgebung, und namentlich darf dabei der Schutz der Heimarbeiter nicht zu kurz kommen. Die Fraktion muß danach streben, daß die Halbheiten in der Arbeiterschutzgesetzgebung beseitigt und der winzige Arbeiterschutz der Fabrik- und Werkstättenarbeiter auch auf die Heimarbeiter ausgedehnt wird. Immer von neuem muß auf die Regierung ein Druck ausgeübt werden. Wir haben zu unsren Reichstags-Abgeordneten das vollste Vertrauen, daß sie in demselben Sinne wie bisher wirken werden, nur in vermehrter Zahl und mit größerer Schärfe. (Beifall.)

Straßenmeyer-Essen: Daß Sie unsren Antrag 81 annehmen, steht außer Zweifel. (Heiterkeit.) Die Wurmkrankheit, die in ihrem Entstehen von den Unternehmern und der bürgerlichen Presse stets abgeleugnet wurde, hat heute einen furchtbaren Umfang angenommen; 70—80 Proz. aller Gruben sind verseucht. Von oben freilich wird natürlich immer alles in bester Ordnung gefunden! Die ärztliche Behandlung der Wurmkranken ist einfach lächerlich; der eine Arzt konstatiert die Wurmkrankheit, der andre sagt, der Patient sei gesund. So lange der Arbeiter aber keine Atteste beibringt, daß er gesund sei, wird er nicht mehr zur Zeche zugelassen. Die Behörde hätte schon längst sanitäre Untersuchungsanstalten an den Grenzen und auf den einzelnen Zechen schaffen sollen. Aber nichts ist geschehen, jetzt ist das Unglück da. Wie soll die Seuche bekämpft werden? Neben den Untersuchungsstationen sind Grubenbeamte notwendig, die aus der Mitte der Arbeiter gewählt werden. So wie heute kann es auf den Zechen nicht weitergehen. Nehmen Sie deshalb unsren Antrag einstimmig an.

Hering-Flensburg empfiehlt den Antrag 79. Wir haben uns allerdings nicht der Illusion hingegeben, daß der Parteitag so ohne weiteres die Fraktion beauftragen würde, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Reichstag zu unterbreiten. Wir in Schleswig-Holstein hatten im Wahlkreise Flensburg-Apenrade bei der letzten Wahl nur sechs Versammlungslokale zur Verfügung. Besonders auf dem Lande war ein Mangel an Sälen. Daran sind weniger die Wirte schuld, als vielmehr diejenigen Organe, die eigentlich die Verfassung unparteiisch durchzuführen berufen wären. Die Wirte erklärten uns fortwährend, daß sie, wenn sie uns ihre Lokale zur Verfügung stellten, den schlimmsten Drangsalierungen seitens der Behörden ausgesetzt sein würden. Auch die Dänen haben darunter schwer zu leiden. Redner weist auf das Verhalten des Landrats von Uslar gegenüber dem dänischen Reichstags-Kandidaten Andresen hin. von Uslar forderte seine Unterbeamten auf, genau zu registrieren, welche Wirte ihre Lokale zu Versammlungen hergeben. An demselben Tage hatte er andren den Bescheid gegeben, er kümmere sich überhaupt nicht darum! Das ist doch etwas starker Tabak! Wenn Sie diese Geschichten bedenken, werden Sie unsren Antrag berechtigt finden. Bei der Etatsberatung sollte der Minister des Innern einmal gefragt werden, wie er sich dazu stellt, wenn seine Unterbeamten in dieser Weise die Verfassung illusorisch machen. Ich bitte um Annahme unsres Antrages.

Es ist ein Antrag Adolf Braun auf Schluß der Debatte eingegangen. Ferner ein Antrag Hoffmann-Nowawes: die Anträge 70, 71, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 89, 121 der Reichstagsfraktion zur Erwägung zu überweisen und über die Anträge 72, 85a und 88 zur Tagesordnung überzugehen; endlich ein Antrag Katzenstein, die Anträge 42, 55, 56 (Militarismus betreffend) zusammen mit Antrag 72 unter „Parlamentarisches" gesondert zu beraten.

Alle drei Anträge werden genügend unterstützt.

Adolf Braun: Auf die Gefahr hin, daß ich den Spitznamen „der Valentin des Parteitages" bekomme (Heiterkeit), möchte ich doch bitten, meinen Schlußantrag anzunehmen. Ueber die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion herrscht einmütig die größte Zufriedenheit. Dokumentieren wir das durch den Schluß dieser Debatte, damit wir nachher die großen Fragen unseres Handelns in der Zukunft ausgiebig diskutieren können.

Gegen den Schluß spricht

Katzenstein: Ich würde es für ganz unerhört halten, eine Reihe wichtiger Anträge, die überhaupt noch nicht begründet sind, einfach tot zu machen. (Sehr richtig!) Es handelt sich doch hier nicht nur darum, theoretische Streitigkeiten zu erledigen, sondern um Fragen konkreter Art, während wir nachher nur noch im luftleeren Raum schweben werden. (Heiterkeit.)

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Frau **Kähler**-Dresden: Den Antrag 85a, so gut er gemeint ist, bitte ich abzulehnen. Unser Programm enthält ja eine Reihe von Forderungen zur Reform des Wahlrechts; neben dem Frauen-Wahlrecht sind da noch eine ganze Anzahl andrer Forderungen aufgestellt. Ich glaube nicht, daß es sich empfiehlt, die Frage des Frauen-Wahlrechts herauszugreifen und das Augenmerk besonders auf sie zu richten. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so werden die Reaktionäre, die nach dem letzten Wahlsiege vielfach in ihrem Oberstübchen etwas verwirrt waren, im neuen Reichstage bald versuchen das Wahlrecht etwas zu verschlechte[rn]. Dann wird die Fraktion die beste Gelegenheit haben, die Frage der Wahlref[orm] im Zusammenhange zu behandeln. Aus praktischen Gründen bitte ich Sie d[aher] den Antrag 85a abzulehnen.

Stoeßel-Bromberg: Ueber das Löbtauer Urteil waren seiner Zeit Arbeiter entrüstet. Das Bromberger Urteil weicht von dem Löbtauer n[icht] sehr ab, die Tage des Prozesses waren die schwersten Tage der Bromber[ger]

Arbeiter. Am 2. Juli sind zwei Jahre Zuchthaus, sieben Jahre ein Monat Gefängnis verhängt worden, am 9. Juli 14 Jahre Zuchthaus, 17 Jahre Gefängnis, 31 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht. (Hört! hört!) Die Entrüstung darüber war gewaltig, das Gefühl der Verzweiflung hat die Angeklagten gepackt. Die Verteidigung hat sich die größte Mühe gegeben, aber es hat nichts genutzt. Der Staatsanwalt befragte jeden Angeklagten nach seiner Zugehörigkeit zur Organisation, während den Verteidigern nicht gestattet wurde, ähnliche Fragen an die Unternehmer, die moralisch Verantwortlichen, zu richten, um sie zu charakterisieren. Bei uns im Osten ist eben vieles möglich. Auf dem Dresdener Städtetag wurde die segensreiche Tätigkeit der Einigungsämter gepriesen, aber bei uns wollen die Unternehmer nichts von Einigung wissen, obwohl die Arbeiter erklärt hatten, sich bedingungslos dem Urteil des Einigungsamtes zu fügen. Die Unternehmer wollten die Arbeiter provozieren, sie fragten, wie man eigentlich dazu kommt, sie vor das Einigungsamt zu laden, und leisteten der Aufforderung, zu erscheinen, keine Folge, weil diese Aufforderung der gesetzlichen Grundlage entbehre. Die Arbeitgeber kümmerten sich einfach nicht um das Gesetz. Ist es da ein Wunder, wenn die Arbeiter in die größte Erregung geraten, zumal wenn zum Schutz der herbeigeholten ausländischen Arbeiter Polizei und Militär bereit gehalten wurde? Ein Streikender hat um die Erlaubnis, mit den Ausländischen zu sprechen, dies Recht wurde ihm versagt. So beschneidet man die Rechte der Arbeiter in einer Weise, die ihresgleichen sucht. Die Fraktion muß das im Reichstage zur Sprache bringen, sie muß den Justizminister zwingen, einmal Farbe zu bekennen. Das bezweckt unser Antrag 87, um dessen Annahme ich Sie aus Gründen der Gerechtigkeit bitte. (Beifall.)

Rauch-Limmer: Der Antrag 78 wendet sich gegen den kolossalen Unfug, daß man bei den letzten Wahlen versucht hat, festzustellen, wie die einzelnen Wähler gestimmt haben. Wir schlagen deshalb vor, für alle Wahlkreise einheitliche verschließbare Urnen einzuführen; dieser Antrag allein wird allerdings nicht ausreichen, um das Wahlrecht zu sichern, aber er wird immerhin die jetzigen Zustände etwas bessern. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Katzenstein: Der Berichterstatter hat den Antrag 72 der Parteigenossen von Berlin I bekämpft unter Hinweis darauf, daß die darin erhobenen Forderungen teils selbstverständlich seien, teils, wie die Forderung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit, nicht weit genug gingen. Was das letztere betrifft, so ist es selbstverständlich, daß wir damit nicht einen Fußbreit abgehen wollen von unsrer Forderung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Es handelt sich um eine sofort durchführbare, volkstümliche Maßregel bei der Forderung der Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit, die in das bestehende Militärsystem wie das spitze Ende eines Keils eindringen und es auf diese Weise sprengen würde, so daß der Uebergang zur Volkswehr unvermeidlich wäre. Diese Forderung liegt auf dem Wege zum Milizsystem. Ich kann mich hierbei auf einen Gesinnungsgenossen berufen, der im allgemeinen nicht in dem Verdacht steht, das Prinzip abzuschwächen. Kautsky weist in seinem Artikel zum Parteitage der Fraktion die Aufgabe zu, für eine Abkürzung der Dienstzeit einzutreten. So ist Genosse Kautsky in demselben opportunistischen Sumpf versunken (Heiterkeit), in den die Genossen des ersten Berliner Wahlkreises gesunken sind, die auch nicht im allgemeinen in einem solchen Rufe stehen. Unser Antrag ist besonders wichtig die Agitation unter der Landbevölkerung. (Sehr richtig!) Die von uns fgestellten Forderungen sollen verdichtet werden zu einem Gesetzentwurf, bei sen Begründung eine allgemeine antimilitaristische Propaganda einzuleiten wäre. le Zeit zum Kampf gegen das bestehende Militärsystem ist günstig. Die Entstung über Militärmißhandlungen ist allgemein, die manchmal so merkwürdig lde von Militärgerichten beurteilt werden, während man mit Blut zu schreiben steht, wenn es sich um Vergehen Untergebener gegen Vorgesetzte handelt.

Was schließlich die Forderung unsres Antrages unter b betrifft, so handelt es sich hier um eine grundsätzliche Frage von allererster Bedeutung. Bebel hat seit Jahren mit unermüdlichem Eifer gegen die Soldatenmißhandlungen gekämpft. Aber erst im letzten Winter hat er im Reichstage das Wort ausgesprochen, das auf uns alle wie eine Befreiung gewirkt haben wird, das Wort vom Recht der gesetzlich gewährleisteten Notwehr. (Bebel: Habe ich vor zehn Jahren schon einmal im Reichstage gesagt!) Um so besser! Hierin liegt der Kernpunkt. Die Verpflichtung zu blindem Gehorsam züchtet die Mißhandlungen, und so lange der Soldat ungesetzliche Handlungen seiner Vorgesetzten nicht zurückweisen darf, so lange ist er meiner Ansicht nach ein blindes Werkzeug, das zu jedem Unrecht und Verfassungsbruch mit Erfolg gebraucht werden kann. Der Fahneneid bedeutet aber nichts andres als eine Verpflichtung auf die bestehende Verfassung und setzt voraus, daß der Soldat nicht zur Verletzung der Verfassung gebraucht werden darf. Ich bitte deshalb um Annahme des Antrages 72. (Beifall.)

Auf Anfrage des Vorsitzenden Kaden zieht Katzenstein seinen Antrag (über die Anträge 42, 55, 56, 72 gesondert zu verhandeln) zurück.

Frau Ihrer-Pankow: Wenn auch die im Antrag 85 enthaltenen Forderungen im allgemeinen zum eisernen Bestand gehören, so sind doch einige darunter, über die durchaus noch keine volle Uebereinstimmung und Klarheit herrscht. So sind einzelne der Genossen gegen die spezielle Forderung des Verbots der Nachtarbeit für Frauen; man sagt, dadurch werde der allgemeine Arbeiterschutz gefährdet. Die Nachtarbeit hat nun aber doch für Frauen eine ganz andre Bedeutung als für den Mann. Die Frau, die nachts in der Fabrik arbeitet, kann nicht wie der Mann am Tage ausruhen, sondern sie muß dann ihr Hauswesen versehen und für die Kinder sorgen. So lange die Arbeiterin zugleich Hausfrau ist, ist die Nachtarbeit für die Frau viel schädlicher als für den Mann, und so lange ist es zweifellos durchaus berechtigt, speziell die Forderung des Verbots der Nachtarbeit für Frauen zu erheben. Bisher hat man auch immer die Beobachtung gemacht, daß solche Schutzmaßnahmen für Frauen eine günstige Rückwirkung auf den Arbeiterschutz im allgemeinen hatten. Ein Verbot der Nachtarbeit für Frauen würde sehr bald eine allgemeine Einschränkung der Nachtarbeit auch für Männer nach sich ziehen. Ein andrer Punkt ist die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Bisher haben wir nur Assistentinnen, die keinerlei Selbständigkeit haben. Damit diese Beamten die nötige Selbständigkeit erhalten, ist die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren unbedingt erforderlich. Unsre Petition an den Reichstag für Arbeiterinnenschutz ist ja in vielen Punkten dem Reichstag zur Berücksichtigung überwiesen worden. Nur über Punkt 9, der für Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu den Gewerbegerichts-Wahlen fordert, ging der Reichstag zur Tagesordnung über. Dadurch dürfen wir uns nicht abschrecken lassen; es handelt sich hier um eine der dringlichsten Forderungen, die immer wieder erhoben werden muß. Mit dem Kinderschutz-Gesetz ist ja niemand recht zufrieden, die Gesetzgeber selbst wohl auch nicht. Das Gesetz muß unbedingt auf die ausgedehnt werden, für die es jetzt noch nicht gilt, auf die Kinder, die in der Landwirtschaft und in der Heimarbeit tätig sind. Das sind die drei Punkte, über die ich spreche; treten Sie in der Agitation für diese Forderungen ein. Wenn wir sie einheitlich und geschlossen vertreten, so werden wir sie allmählich auch durchdrücken können. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird ohne Debatte angenommen.

Eingegangen ist noch ein Antrag Haberland-Barmen, die Anträge 71, 73, 74, 75, 77, 80, 81, 83, 85, 85a, 121 und 131 der Fraktion z[illegible]r Berücksichtigung zu überweisen, über die Anträge 70, 72, 76, [illegible]8, 79, 84 und 88 zur Tagesordnung überzugehen.

Persönlich bemerkt

Kautsky: Ich möchte ein Mißverständnis beseitigen. Katzenstein hat gem[illegible]t, daß ich in meinem Artikel mit der Forderung der Verkürzung der Dienst[illegible]it

gegen unsre Programmforderung auf Einführung des Milizsystems verstoßen habe. Ich gebe zu, daß die Fassung der Stelle nicht glücklich war, aber Katzenstein hätte sich sagen müssen, daß gerade ich am allerwenigsten die Forderung des Milizsystems aufgeben würde. Ich spreche in dem Artikel von den Fragen, in denen wir die Aggressive zu ergreifen haben, und ich nannte darunter z. B. auch den Zolltarif. Niemand wird verlangen, daß wir für den Zolltarif eintreten, und doch bezeichnete ich den Zolltarif als eines der Gebiete, auf dem wir die Aggressive zu ergreifen haben. In demselben Sinne meinte ich auch, daß wir auf dem Gebiete des Militarismus aggressiv vorzugehen haben. Ich gebe zu, daß die Fassung zu einem Mißverständnis Anlaß geben konnte, ich lege aber Wert darauf, zu erklären, daß auch ich der Ansicht von Katzenstein bin.

Katzenstein (persönlich): Ich habe Kautsky natürlich nicht vorgeworfen, daß er auf die Forderung des Milizsystems verzichtet, sondern nur betont, daß auch wir Antragsteller auf dem Boden stehen, daß wir die Einführung der einjährigen Dienstzeit nur für einen ersten Schritt halten. Und zum Beweis für die Richtigkeit unsres Antrags bezog ich mich auf den Artikel von Kautsky.

Das Schlußwort erhält

Stadthagen: Die Differenz zwischen mir und einigen Genossen besteht nur darin, daß diese Genossen übersehen, daß die Einbringung von Gesetzentwürfen allein noch nicht genügt, um einen Gegenstand zur Sprache zu bringen, sondern daß wir bei jeder Gelegenheit die betreffenden Fragen anzuschneiden haben. Wir haben seit 1900 15 Initiativanträge eingebracht, doch nur ein einziger davon ist zur Verhandlung gelangt, weil nicht wir, sondern die Mehrheit die Geschäfte leitet, die das Initiativrecht des Reichstags immer mehr einzuschränken sucht. Diese Ueberschätzung des Wertes der Einbringung eines Gesetzentwurfs zeigt sich auch in einigen hier gestellten Anträgen. Daß die Petition des Schneiderverbandes nicht auf die Tagesordnung gesetzt ist, ist nicht unsre Schuld, wir haben es versucht, aber es ist uns nicht gelungen. Beim Etat aber haben sich unsre Redner Albrecht und Reißhaus im Sinne der Petition ausgesprochen.

Ich bitte Sie nun, dem Antrage stattzugeben, der dahin geht, eine Anzahl von Anträgen der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen, aber mit Ausnahme der Anträge 72, 85a und 88. Nur noch wenige Worte zu Nr. 72. Katzenstein irrt, wenn er von seinem Antrag die Möglichkeit einer besonderen Propaganda gegen den Militarismus erwartet. Unsre Fraktion hat diese Verhältnisse schon bisher im Reichstag in ausgiebigster Weise vorgebracht. Wir sind darüber einig, daß gegen die Soldatenmißhandlungen mit aller Energie vorgegangen werden muß. Unsre Kritik hat selbst das Centrum veranlaßt, in seiner Presse neuerdings mehr und mehr gegen die Mißhandlungen Stellung zu nehmen. Einen Gesetzentwurf, wie ihn Katzenstein wünscht, hätten wir keine Möglichkeit, zur Beratung zu bringen. Die einjährige Dienstzeit können wir nur als Amendement verlangen, wenn innerhalb des bisherigen Systems von den Gegnern Anträge eingebracht werden; es wird ja eine neue Militärvorlage kommen; für die Zeit vom 1. April 1904 ab ist über die Länge der Dienstzeit Bestimmung zu treffen. Ganz und gar bin ich dagegen, daß ein besondrer Gesetzentwurf eingebracht werden soll, der die Anerkennung des Rechts auf Notwehr gegen Mißhandlungen verlangt. Dieses Recht besteht ja formell schon jetzt. Als ich als Einjähriger vom Leutnant gefragt wurde, was ich täte, wenn jemand mich mißhandelte, erwiderte ich: „Ich würde ihn festnehmen und als verrückt abführen!" (Heiterkeit.) Da sagte mir der Offizier: „Das lassen Sie lieber bleiben; da könnten Sie doch Zuchthaus kriegen!" Ich erwiderte: „Das kann ich mir nicht vorstellen." Damals war ich noch weniger mißtrauisch gegen Gerichte, als ich es später geworden sein soll. (Heiterkeit.) Das Recht auf Notwehr steht im Gesetz und ist neuerdings in einem besonderen Falle auch

anerkannt worden. Solange aber die bestehenden Instanzen nicht geändert werden, solange können wir nichts machen. Ich erinnere nur an das Bromberger Urteil, wo Leute, die nach dem allgemeinen Rechtsbewußtsein nicht einmal etwas Strafbares getan haben, zu den höchsten Strafen verurteilt worden sind. Deshalb bitte ich Sie, den Weg des Antrags 72 nicht zu betreten.

Aus der Debatte über die parlamentarische Tätigkeit ergiebt sich, daß wir alle einig sind über die Art und Weise, wie die Fraktion im Parlament vorzugehen hat, und ich möchte Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen, der den größten Teil der Anträge der Fraktion zur Erwägung überweisen will. Ich fasse es so auf, daß wir nicht Gesetzentwürfe à tout prix (um jeden Preis) zu machen haben, sondern daß wir die betr. Gegenstände, wie z. B. die Bromberger Angelegenheit, bei der ersten möglichen Gelegenheit zur Sprache bringen sollen. (Beifall.)

Der Antrag Hoffmann-Nowawes wird angenommen; danach werden die Anträge 70, 71, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 121, 131 der Reichstags-Fraktion zur Erwägung überwiesen und über die Anträge 72, 85a und 88 wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Resolution 100 wird von Zubeil im Einverständnis mit den Genossen in Teltow-Charlottenburg zurückgezogen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Der Parteitag tritt darauf in Punkt 6 der Tagesordnung ein:

Der internationale Kongreß in Amsterdam 1904.

Dazu ist ein Antrag Molkenbuhr eingegangen: „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bei dem internationalen Bureau dahin zu wirken, daß die Arbeiterversicherung mit als Gegenstand auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses zu Amsterdam gesetzt wird, damit dieser gemeinsame Forderungen festsetzt, die die Arbeiter aller Länder an die Gesetzgebung zu richten haben." Der Antrag wird genügend unterstützt.

Das Referat erstattet

Singer: Ich werde sehr kurz sein können, da es mir natürlich nicht einfällt, bei diesem Punkt längere Ausführungen darüber zu machen, daß die deutsche Partei die Internationalität des Proletariats aller Länder zu fördern bereit ist. Wir haben es immer als unsre Ehre angesehen, unsre Schuldigkeit auch in Bezug auf die internationale Bewegung im vollsten Maße zu tun. Wir haben bereits im vorigen Jahre beschlossen, den Kongreß in Amsterdam möglichst zahlreich zu beschicken. Der Kongreß war für dieses Jahr in Aussicht genommen, und wir danken es den Vertretern unsrer Bruderparteien im internationalen Bureau, daß sie, zum Teil auch in Rücksicht anf die besonders große Arbeit, die der deutschen Partei gerade in diesem Jahre oblag, einem Wunsche von deutscher Seite zugestimmt haben, den internationalen Kongreß um ein Jahr zu vertagen. Ich glaube, daß die Vertreter Deutschlands im internationalen Bureau mit diesem Wunsche im Sinne der Partei gehandelt haben. Der Kongreß wird nun im nächsten Jahre in Amsterdam stattfinden. Das internationale Bureau hat seine Aufgabe, die ihm der vorige internationale Kongreß gestellt hat, nach besten Kräften zu erfüllen gesucht. Ich habe Ihnen im vorigen Jahre darüber berichtet. Ich kann heute noch hinzufügen, daß auch inzwischen Konferenzen des int nationalen Bureaus stattgefunden haben und daß die Fragen, die das Proletar aller Länder bewegen, dabei zur Verhandlung gekommen und, wie wir glaub im Interesse der Sozialdemokratie aller Länder behandelt worden sind.

Wir haben uns jetzt mit der Frage zu beschäftigen, ob die deutsche Par Veranlassung hat, irgend welche Anträge für die Tagesordnung des internationa Kongresses zu stellen. Vor einigen Wochen hat das internationale Bureau provisorischen Entwurf der Tagesordnung für den Kongreß versandt, er ist aud

unsrer Presse veröffentlicht worden. Unsre Vertreter haben dieser provisorischen Tagesordnung zugestimmt, und bisher haben sich auch, abgesehen von einigen Anträgen, innerhalb der Partei keine Wünsche für die Vervollständigung dieser Tagesordnung geltend gemacht. Die Parteileitung ist denn auch der Meinung gewesen, daß die provisorische Tagesordnung zu billigen sei.

In unsrer Tagesordnung befinden sich die Anträge 4 und 4a. Ich kann natürlich in diesem Augenblick nur für meine Person sprechen, möchte aber meinen, daß sich auf dem Parteitag keinerlei Widerspruch gegen diese Anträge erheben sollte. Die Forderung des Frauenwahlrechts steht in unsrem Programm; wir sind verpflichtet, für das gleiche Recht aller einzutreten; wir sind verpflichtet, sowohl in Deutschland wie auf den internationalen Kongressen diesen Standpunkt zu vertreten. Die Frage, inwieweit sich eine Agitation an diese Forderung zu knüpfen hat, kann ja der Zukunft vorbehalten bleiben. Hier handelt es sich nur darum, die Frage auf dem internationalen Kongreß zur Erörterung zu bringen und zu untersuchen, auf welchem Wege wir der Erfüllung dieser Forderung näher kommen können. Auch den Antrag Molkenbuhr kann ich für meine Person zur Annahme empfehlen. Die Frage kann, wie ich glaube, nur aus dem Gesichtspunkt behandelt werden, daß die internationalen Kongresse ja bereits die Erörterung der Frage des Arbeiterschutzes in ihren Bereich gezogen haben und daß es, nachdem dies geschehen ist, ein ganz selbstverständlicher Wunsch ist, auch die Arbeiterversicherung auf internationalen Kongressen zur Erörterung zu bringen. Ich verhehle mir nicht, daß gerade auf diesem Gebiet eine internationale Regelung vielleicht schwierig sein wird. Aber wir sind ja nie vor Schwierigkeiten zurückgeschreckt, und daß es wünschenswert ist, die Frage auf dem internationalen Kongreß zu erörtern, kann nicht zweifelhaft sein. Der Antrag bezweckt ja nicht, daß wir von uns aus jetzt bestimmte Vorschläge formulieren — das würde besondere Vorarbeiten erfordern —, sondern lediglich eine allgemeine Aussprache zu veranlassen, in der Hoffnung, daß dieser Versuch dazu führen möge, für die Arbeiterklasse vorteilhafte Bestimmungen zu finden, für deren Einführung dann in allen Ländern die sozialistischen Parteien zu kämpfen haben. Ich empfehle Ihnen also auch diesen Antrag. Damit kann ich mein Referat schließen. Ich sage nochmals, daß wir es nicht nötig haben, hier auf die Bedeutung der internationalen Kongresse für unsre Sache hinzuweisen. Das Wort unsres großen Führers Karl Marx: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" findet seinen praktischen Ausdruck in den internationalen Kongressen, wo die Marschroute gegeben werden soll für den Weg, auf dem wir die Befreiung des Proletariats zu erringen haben. Ich kann mir also daran genügen lassen, daß ich Ihnen die Annahme der Anträge empfehle und ich knüpfe daran den Antrag, daß wir heute, ebenso wie in München, beschließen, die Ehre und die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie ist: den internationalen Kongreß zu Amsterdam im Jahre 1904 so zahlreich als möglich zu beschicken. (Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet.

Mit zur Debatte stehen die Anträge 4, 4a und der Antrag Molkenbuhr.

Klara Zetkin: Der Zweck des Antrages 4 ist ein praktischer. Wir erstreben damit keineswegs, eine Prinzipienerklärung darüber herbeizuführen, wie das internationale Proletariat zur Frage des Frauenwahlrechts steht. Das hieße offene Türen einrennen und wir haben wichtigeres zu tun als das. Zwei internationale Kongresse haben sich bereits rückhaltlos prinzipiell für das Frauenwahlrecht erklärt. Was wir mit unsrem Antrag sagen wollen, ist, daß in der Praxis in all' den Fällen, wo das Proletariat gezwungen ist, den Kampf für die weitere demokratische Ausgestaltung des Wahlrechts aufzunehmen, auch der Forderung des Frauenwahlrechts die ihr gebührende Bedeutung zuerkannt wird. Gerade in der gegenwärtigen Situation hat aus rein praktischen Rücksichten das Proletariat aller Kulturländer im eignen Interesse die Pflicht dazu

In allen Kulturländern, wo das Proletariat politisch aufgeklärt und organisiert kämpfend auf den Plan tritt, da versucht mehr oder weniger offen die Reaktion die Rechte des Volkes zu schmälern. Das Proletariat wird geradezu herausgefordert, alle Versuche, seine politische Bewegungsfreiheit zu hindern und zu mindern, dadurch zu beantworten, daß es der Ausgestaltung des Wahlrechts in demokratischem Sinne mehr und mehr praktische Bedeutung beimißt. Wir haben die Kämpfe um die Erweiterung des Wahlrechts in Norwegen, Schweden, Belgien, wir haben sie vor allem in nächster Zeit hier in Sachsen, im Lande des Dreiklassenwahl-Unrechts, wir haben sie in Preußen, dem Lande des Dreiklassenwahl-Unrechts. Und dabei darf die Forderung des Frauenwahlrechts nicht hintangestellt werden, sei es in Rücksicht auf sogenannte bürgerliche Verbündete wie in Belgien, sei es in Rücksicht auf den Unverstand der Massen in den eignen Reihen. Wir bezwecken mit unserer Resolution, daß der internationale Kongreß auf die Bedeutung der Frage hinweist und den Genossen in allen Ländern erklärt: es genügt nicht, auf der prinzipiellen Stellungnahme zum Frauenwahlrecht auszuschlafen, sondern wir müssen zu Gunsten der vollen politischen Gleichberechtigung der Geschlechter handeln.

Aber wenn wir auch dieser Auffassung sind, so sind wir doch gegen den Antrag 4a, das Frauenwahlrecht als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Mit diesem Antrag würden Sie sich in Widerspruch setzen zu einem vorher abgelehnten Antrage. Sie haben vorhin beschlossen, daß wir die Forderung des Frauenwahlrechts nicht herausgreifen und als Sonderforderung vertreten wollen, sondern im Zusammenhang mit den Reformen, die wir auch noch zu Gunsten der Männer auf dem Gebiet des Wahlrechts zu verlangen haben. Halten wir diesen allgemeinen Zusammenhang fest, so erreichen wir weit mehr. Wir verfallen dann nicht, unbekümmert um alle Sticheleien von frauenrechtlerischer Seite, in eine einseitige Frauenrechtlerei, sondern wahren auf dem Boden unserer grundsätzlichen Auffassung den Zusammenhang zwischen Frauenrecht und proletarischem Recht, und wir gewinnen dadurch praktisch, indem wir der Agitation eine kräftigere, breitere Grundlage geben, als wenn wir lediglich für das Frauenwahlrecht eintreten. Ich würde es durchaus begrüßen, wenn auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses gesetzt würde: der Kampf um die Eroberung eines völlig demokratischen Wahlrechts. Aber die Forderung des Frauenwahlrechts, so wie die Dinge heute für das Proletariat liegen, einzeln als Punkt der Tagesordnung zu behandeln, finde ich so wenig der Bedeutung des Kongresses angemessen, als wollte man auf die Tagesordnung eines internationalen Kongresses die Forderung unsres Programms setzen, den Beginn des Wahlrechts auf das 20. Lebensjahr zu normieren. Ich möchte Sie also bitten, die Resolution 4 anzunehmen, dagegen den Antrag 4a abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr: Parteigenossen! Wenn ich beantragt habe, einen vielleicht etwas nüchternen Gegenstand auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses zu setzen, so bin ich dazu veranlaßt durch den ersten internationalen Arbeiterkongreß zu Paris. Dort haben wir seiner Zeit die Forderungen formuliert, die wir auf dem Gebiete der Arbeiterschutz-Gesetzgebung stellen. Dadurch ist ein einheitliches internationales Aktionsprogramm auf diesem Gebiete geschaffen worden, das ausgebaut werden muß durch Einbeziehung der Arbeiterversicherun Dieses Thema beschäftigt schon jetzt von Zeit zu Zeit internationale Kongress von denen der letzte in Düsseldorf getagt hat. Auf diesen Kongressen erfährt d Welt, welche Forderungen Versicherungstechniker und Regierungsmänner a diesem Gebiete erheben. Auch die Arbeiter müssen sich mit dieser Frage inte national beschäftigen, da der Gegenstand bald in diesem, bald in jenem Lan auftaucht. So sind in Frankreich, in Belgien, in Holland Arbeiterversicherung Gesetze beraten worden. Dabei zeigte sich eine eigentümliche Unklarheit.

Das gilt vor allem für Frankreich und von dem Entwurf einer Alters- und Invaliditätsversicherung, der von Millerand herrührt. Genosse Millerand hat das Gefühl für die internationale Solidarität so verloren, daß er in seinem Entwurf Ausländer, die in Frankreich wohnen, wohl Beiträge zahlen läßt, aber ihnen keine Rechte dafür giebt. (Hört! hört!) Dies eine Beispiel zeigt, wie notwendig es ist, gewisse internationale Grundsätze aufzustellen. Die Bismärckischen Geheimräte sind ja erheblich weiter gegangen als Genosse Millerand. Es giebt bestimmte Mindestforderungen, die international erhoben werden müssen, z. B. bei der Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Ich habe es wiederholt erlebt, wenn in andern Ländern Arbeiterversicherungs-Gesetze erscheinen, daß die dortigen Genossen an mich schreiben, ich solle ihnen sagen, wie ich dazu stehe.

Für uns in Deutschland hat die Sache auch eine gewisse praktische Bedeutung. Die Regierungsvertreter sagen uns so oft: wir würden ja weiter gehen, wenn die andern Länder uns nur folgen wollten. Diesen Leuten muß der Wind aus den Segeln genommen werden, wir müssen zeigen, daß die Arbeiter international weitergehende Forderungen erheben. Ich will nur daran erinnern, daß ein belgischer Arbeiterkongreß, der sich mit der Unfallversicherung beschäftigte, mit seinen Forderungen zurückgeblieben ist hinter der deutschen Unfallgesetzgebung. (Hört! hört!) Deshalb ist es notwendig, daß sich der nächste internationale Kongreß mit dieser Frage der Arbeiterversicherung beschäftigt und damit die notwendige Ergänzung zu den Beschlüssen des internationalen Kongresses zu Paris über die Arbeiterschutz-Gesetzgebung liefert. (Bravo!)

Heinrich Braun: Nur ein kurzes Wort zur Empfehlung des Antrags 4a. Genossin Zetkin, die gegen diesen Antrag eintrat, sagte, man solle nicht offene Türen einstoßen. Aber gerade der von ihr empfohlene Antrag enthält nichts als die Aufforderung, einen Punkt unsres Programms geltend zu machen. Gerade das heißt doch offene Türen einremen. (Sehr richtig!) Dagegen zeigen uns Antrag 85a, über den man zur Tagesordnung übergegangen ist, und Antrag 4a einen praktischen Weg zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts. Frau Zetkin meinte, wir sollten uns durch die Vorwürfe und Sticheleien der Frauenrechtlerinnen nicht beinflussen lassen. Gewiß, das wollen wir nicht, aber wir sollen auch die Aktion der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen für das Frauen-Wahlrecht nicht allzu geringschätzig behandeln. Für dies Recht treten sehr einflußreiche Parteien in verschiedenen Ländern ein. Im englischen Parlament fehlten bei der letzten Verhandlung nur wenige Stimmen zur Annahme des Frauenwahlrechts; in England treten die liberalen Parteien dafür ein im Gegensatz zu unsren dortigen Genossen. (Hört! hört!) Darin liegt eine große Gefahr. Wir sollten uns auch hier nicht den Wind von den bürgerlichen Parteien aus den Segeln nehmen lassen. Deshalb empfehle ich in Uebereinstimmung mit Singer den Antrag 4a.

Niemeyer-Hamburg tritt der Anschauung Molkenbuhrs bei. Wir dürfen aber nicht etwa für die Uebertragung der deutschen Versicherungen auf andre Länder eintreten, sondern müssen Reformen erstreben, in der Richtung, daß etwa die Beiträge bei der Krankenversicherung von den Arbeitern, bei der Unfallversichung von den Unternehmern, bei der Invalidenversicherung vom Staat aufzubringen sind. Entsprechend müßte die Verwaltung reformiert werden. Bei der Invalidenversicherung würde es sich empfehlen, als Altersgrenze das 60. Lebensjahr festzusetzen.

Klara Zetkin: Nur einige Bemerkungen gegen Brauns Ausführungen! Es handelt sich hier nicht, wie ich bereits betonte, um die Aufstellung einer theoretischen Forderung, sondern um die Erzielung praktischer Resultate. Daß wir die Agitation der Frauenrechtlerinnen nicht unterschätzen dürfen, ist gewiß richtig. Aber in Deutschland stehen wir leider vor der Tatsache, die frauenrechtlerische Agitation für das Frauenstimmrecht gar nicht hochschätzen zu können.

(Sehr richtig!) Der Verein für Frauenstimmrecht hatte bei den letzten Wahlen nichts eiligeres zu tun, als die Forderung des Frauenstimmrechts aus seinem Programm zu streichen, als für die Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei (Sehr wahr!) und gegen die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, obgleich die Sozialdemokraten für das Frauenwahlrecht kämpfen, während sich die Freisinnige Volkspartei gar nicht darum kümmert. Es trifft zu, daß in England aus bürgerlichen Kreisen für das Frauenwahlrecht lebhaft agitiert wird. Unrichtig aber ist es, daß die englischen Genossen gegen das Frauenwahlrecht eingetreten seien. Sie sind nicht gegen das Frauenwahlrecht im allgemeinen eingetreten, sondern nur dagegen, daß es als beschränktes Wahlrecht zur Einführung gelangen und mithin die Macht der besitzenden Klassen stärken sollte. Ich verweise auf das treffliche Material, das Genossin Lily Braun hierüber im „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik" veröffentlicht hat. Gewiß wäre es Torheit, wenn wir uns in der Frage des Frauenwahlrechts von der bürgerlichen Frauenbewegung und den bürgerlichen Parteien den Wind aus den Segeln nehmen lassen wollten. Die praktische Notwendigkeit zwingt uns dazu, energisch für das Frauenstimmrecht einzutreten. Je mehr es der Sozialdemokratie gelingt, die Männer aus dem Proletariat um ihre Fahne zu scharen, um so mehr werden die Reaktionäre dazu gedrängt, die Forderung des Frauenwahlrechts in ihr Programm aufzunehmen, weil sie hoffen, auf diese Weise die unaufgeklärte Frau gegen den aufgeklärten Mann ausspielen zu können. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde ist in Belgien ein großer Teil des Centrums für das Frauenwahlrecht, aus diesem Grunde konnte bei uns Herr v. Kardorff erklären, er fürchte das Frauenwahlrecht nicht. Wir müssen deshalb allen bürgerlichen Parteien in der Forderung des Frauenwahlrechts vorangehen und die Frauen des Proletariats politisch aufgeklärt um unsre Fahne sammeln. Aber zu diesem Zwecke genügt es vollständig, daß der internationale Kongreß der Resolution 4 zustimmt. Ihr praktischer Zweck wird unzweideutig erkenntlich, wenn der Wortlaut etwas abgeändert und klarer formuliert wird. An Stelle des Wortes *gefordert* muß treten *in den gesetzgebenden Körperschaften beantragt* wird. Ich ersuche Sie, bei Ihrer Abstimmung diese von mir hiermit beanragte Abänderung in Berücksichtigung zu ziehen. Die Resolution giebt genügenden Spielraum für die Behandlung der Frage. Diese zu einem besonderen Punkt der Tagesordnung des internationalen Kongresses zu machen ist nicht notwendig, da die sozialistischen Parteien aller Länder in dieser Frage grundsätzlich übereinstimmen.

Ein Antrag auf *Schluß der Debatte* wird *angenommen*.

Persönlich bemerkt

Heinrich Braun: Der Schluß der Debatte hindert mich, die Ausführungen der Genossin Zetkin in einem tatsächlichen Punkte zu widerlegen. Im übrigen hat ja die Genossin Zetkin lediglich *für* den Antrag 4a gesprochen.

Das *Schlußwort* hat

Singer: Selbstverständlich kann sich der Parteitag auch mit der Frage des Frauenwahlrechts beschäftigen, die bürgerliche Frauenbewegung aber, glaube ich, geht uns hier nichts an. In der Bewertung dieser Bewegung stimme ich durchaus mit der Genossin Zetkin überein; es kann nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein, Forderungen zu propagieren, die einzelnen Klassen oder Stänl der Frauenwelt Vorteile verschaffen. Wir haben die Frauenfrage im Sinne uns allgemeinen Programms zu behandeln, das uns verpflichtet, für die glei Rechte aller, der Männer wie der Frauen, einzutreten. Ich habe es für n gehalten, dies vorauszuschicken, weil ich im übrigen der Genossin Zetkin r zustimme. Der internationale Kongreß kann ganz gut die Frage der Forder des Frauenwahlrechts auf seine Tagesordnung setzen. Wir würden den in nationalen sozialistischen Kongreß beleidigen, wenn wir die Vermutung

sprechen wollten, daß er in dieser Frage anders entscheiden könnte, als in Uebereinstimmung mit unsren programmatischen Forderungen. Klara Zetkin befürchtet wohl zu Unrecht, daß sich da Meinungsverschiedenheiten ergeben könnten. Wenn sie aber gemeint hat, die Frage dürfe deshalb nicht auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses gesetzt werden, weil wir noch andre Forderungen, die die Frauen betreffen, vertreten und weil mit der Frage des Frauenwahlrechts für uns die Frauenfrage noch nicht erschöpft sei, so schießt sie mit dieser Bemerkung doch über das Ziel hinaus. Wir stellen sehr oft Anträge, die nicht die ganze Materie erschöpfen, sondern nur einen Punkt betreffen. Sonst dürften wir auch den Achtstundentag nicht fordern, weil außerdem noch andre Forderungen für die Arbeiterklasse und den Arbeiterschutz vorhanden sind. Eine solche Praxis, wie sie hier die Genossin Zetkin empfiehlt, haben wir nie befolgt und können wir nicht befolgen. Ich glaube also, daß die Diskussion nichts ergeben hat, was gegen die Annahme des Antrages 4a spräche. Uebrigens machen wir ja nur einen Vorschlag für die Tagesordnung des Kongresses. Ob die Frage dann wirklich zur Verhandlung kommt, darüber hat der Kongreß selbst zu entscheiden. Ich bitte Sie also, alle drei Anträge anzunehmen und bezüglich der Beschickung des Kongresses den Münchener Beschluß zu wiederholen. (Zustimmung.)

Persönlich bemerkt

Klara Zetkin: Ich konstatiere, daß Singer gegen eine Rede gesprochen hat, die ich gar nicht gehalten habe. (Heiterkeit.) Ich habe nicht gesagt, daß wir die Frage des Frauenwahlrechts von den andern Frauenforderungen nicht lösen könnten, sondern, daß wir sie nicht von unsren allgemeinen demokratischen Forderungen, die wir für Männer und Frauen erheben, lostrennen sollten. (Sehr richtig!)

Der Antrag 4a wird abgelehnt, Antrag 4 sowie der Antrag Molkenbuhr angenommen. Entsprechend dem Antrag Singer wird die Münchener Resolution erneuert. Die Resolution lautet:

„Der Parteitag fordert die deutschen Genossen auf, den im Jahre 1903 zu Amsterdam stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß zur Bekundung des internationalen Solidaritätsgefühls möglichst zahlreich zu beschicken".

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Kaden verliest folgende

Sympathiekundgebung:

Der Parteitag spricht den um den Zehnstundentag kämpfenden Textilarbeitern in Crimmitschau, die unter unglaublichem Polizeidruck und unter Beugung der in Bezug auf das Koalitionsrecht bestehenden Bestimmungen ihren Kampf mit einem rücksichtslosen Fabrikantentum kämpfen, seine volle Sympathie aus. (Bravo!) Der Zehnstundentag bildet eine Etappe auf dem Wege zur Erlangung des Achtstundentages. Deshalb ist den im Vordertreffen stehenden 7500 Textilarbeitern die volle moralische und materielle Unterstützung von seiten der Arbeiter eine Pflicht. (Bravo!) Den kämpfenden Brüdern wünscht der Parteitag vollen Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Kaden: Ich stelle fest, daß der Parteitag sich einmütig dieser Sympathiekundgebung anschließt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Zu einer Erklärung erhält das Wort

Peus-Dessau: Ich war gestern verhindert, an der Abstimmung über Antrag 7 teilzunehmen, da ich wegen einer Versammlung abreisen mußte. Ich erkläre daher, daß ich für den Antrag 7 gestimmt haben würde. Allerdings bin ich überrascht, daß ein solcher Beschluß überhaupt nötig war. Ich befürchte, daß durch den Beschluß mancher unter die Räder kommen kann, der nicht gepackt werden soll. (Unruhe. Rufe: Das ist doch keine Erklärung zu Protokoll.)

Die Mittagspause tritt ein. — Schluß 1 1/4 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

$8^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer.**

Singer: Es ist folgende Resolution eingelaufen:

„Der Parteitag spricht einhellig der Fraktion seine vollste Anerkennung, seine Zustimmung und seinen ausdrücklichen Dank aus für die zur Abwehr des Wuchertarifs im Reichstag angewandten Maßnahmen, im besonderen für die energische Anwendung der sogenannten Obstruktion." Grunwald und 20 Genossen.

Diese Resolution gehört zu dem bereits erledigten Punkt „Parlamentarische Tätigkeit" und würde jetzt nur noch unter den sonstigen Anträgen zur Verhandlung kommen können. Ich schlage aber vor, sie jetzt gleich zu erledigen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch, — das Wort wird nicht verlangt — und so darf ich wohl annehmen, daß der Parteitag diese Resolution angenommen hat (Bebel: Einstimmig angenommen hat! Sonst bitte ich um Abstimmung!)

Es ist kein Widerspruch erfolgt und ich konstatiere, daß der Parteitag einmütig diese Resolution angenommen hat. (Bravo!)

Wir kommen nunmehr zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Die Taktik der Partei.

Die ersten drei Hauptpunkte: Reichstagswahlen, Vizepräsidenten-Frage, die revisionistischen Bestrebungen sind darin zusammengefaßt. Auch die Diskussion erstreckt sich über alle drei zugleich.

Mit zur Verhandlung stehen die Anträge 89—91, 101—111, 113 B, 129 und 130 mit Amendement 140.

Die Unterstützung für diese Anträge reicht aus.

Auf Anregung Ewalds wird auch noch Antrag 17, der die nötige Unterstützung findet, mit zur Debatte gestellt.

Singer: Bemerken will ich, daß auch bei diesem Punkte, wenn der Parteitag meinem Vorschlage folgen will, die Beschränkung der Redezeit aufgehoben ist. Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Gemeldet haben sich zu diesem Punkt bisher 55 Redner. (Heiterkeit.) Es hat sich eine gewisse Mißstimmung unter den Delegierten darüber geltend gemacht, daß sich die Redner, bevor noch dieser Punkt zur Verhandlung kam, in die Rednerliste haben einzeichnen lassen. (Sehr richtig!) Es ist das eine Gewohnheit aller bisherigen Parteitage. Nirgends besteht ein Zwang, sich erst dann zum Wort zu melden, wenn der Gegenstand herankommt. Es ist immer so gehandelt worden, daß die Genossen sich zu der ihnen angemessen erscheinenden Zeit vormerken lassen.

Peus (zur Geschäftsordnung) verweist auf § 1 der Geschäftsordnung und schließt daraus, daß sich die Redner loyalerweise nur in dem Augenblick zum Wort melden dürften, wo der Gegenstand auf die Tagesordnung kommt. (Zustimmung.) Sonst ist eine Bestimmung in der Geschäftsordnung darüber nötig, wieviel Wochen vorher sich die Redner einschreiben lassen dürfen. (Heiterkeit.) Sonst ist keine Gerechtigkeit möglich. Wie die Schwierigkeit im Augenblick zu beseitigen ist, weiß ich nicht. Vielleicht empfiehlt es sich, eine neue Rednerliste aufzustellen. (Zustimmung und Widerspruch. Bebel: Das wäre ein schönes Wettrennen!)

Hoffmann-Berlin schließt sich der Ansicht des Vorredners an. In Zukunft müsse die bisher beliebte Praxis geändert werden. Jetzt läßt sich freilich nichts mehr ändern, denn sonst würde das Bureau von den Rednern attakiert werden. (Heiterkeit.)

Singer: Daß Peus sich über unsre Praxis wundert, hätte ich kaum erwartet, da er doch mit der gleichen Praxis parlamentarischer Körperschaften vertraut sein dürfte. Wir wollen die Verhandlungen nach Möglichkeit abkürzen, wir würden sie aber aufhalten, wenn jetzt die Redner herankommen und sich von neuem zum Wort melden wollten. Die geltende Geschäftsordnung enthält kein Verbot der vorherigen Wortmeldung. Wenn die Genossen darin einen Mangel sehen, können sie ihn ja künftig ändern. Sollte aber in dieser Auffassung ein Vorwurf gegen das Bureau liegen, so würde er durchaus ungerechtfertigt sein, weil wir genau so gehandelt haben, wie die früheren Parteitage. Der Parteitag hat jedoch in dieser Frage die Entscheidung. Sollte aber die Aufstellung einer neuen Rednerliste verlangt werden, dann würde ich doch empfehlen, die Verhandlungen zu vertagen, damit der Aufmarsch der Redner sich vollziehen kann. (Heiterkeit.) Ich glaube aber, das richtigste wäre, die alte Liste bestehen zu lassen. (Zustimmung.)

Ebert-Bremen: Ich habe gehört, daß beabsichtigt wird, außer der Reihe zwei Genossen, die verschiedener Meinung sind, an erster Stelle sprechen zu lassen. Wenn der Parteitag das vorher gewußt hätte, dann hätte er der Aufhebung der Beschränkung der Redezeit für die nachfolgenden Redner nicht zugestimmt. Ich beantrage die Beschränkung der Redezeit wieder auszusprechen und damit den zuerst gefaßten Beschluß wieder aufzuheben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Singer: Ich mache nunmehr folgenden Vorschlag: Ich glaube, es ist im Interesse der Diskussion wünschenswert, daß unbeschadet der Rednerliste zwei Genossen, von denen der eine seine Auffassung, der andre eine entgegengesetzte zu verteidigen hat, das Wort nehmen und gleichsam die Grundlage für unsre Diskussion liefern. Es sind die Genossen Bebel und Vollmar. Es handelt sich nicht eigentlich dabei um die Aufstellung von Referenten, der Parteitag bindet sich also nicht. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, stelle ich noch fest, daß die erste Wortmeldung zu diesem Punkte erst gestern nachmittag erfolgt ist.

Engler-Freiburg i. Br. regt an, Bebel und Vollmar auch das Schlußwort zu geben.

Singer: Das wollen wir uns vorbehalten.

Der Parteitag ist mit dem Vorschlage Singers einverstanden.

Bebel: Parteigenossen, bevor ich in meine Rede eintrete, muß ich Ihnen mitteilen, daß die Antragsteller Ihnen eine Aenderung der von Kautsky, Singer und mir vorgeschlagenen Resolution Nr. 130 vorschlagen. Wir drei hatten, ehe wir uns verständigten, jeder eine Resolution ausgearbeitet. Wir sind vorgestern abend spät, nachdem eine Vorstandssitzung vorausgegangen war, um $^1/_2$10 Uhr in eine Beratung eingetreten, die bis Mitternacht dauerte. Dabei hat derjenige, der die Resolution zur Reinschrift übernahm, übersehen, daß der Satz 1, der hier steht, von uns allen dreien, auch von dem Verfasser, abgelehnt worden war und man sich auf einen anderen Satz geeinigt hatte und zwar auf folgenden, den ich Ihnen hiermit vorschlage: „Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische oder sonstige Verpflichtungen zu übernehmen, die nicht durch die Reichsverfassung oder die Geschäftsordnung des Reichstages begründet sind."

Nun ist ja mit Ihrer aller Einverständnis beschlossen worden, daß, wenn auch der offizielle Titel des jetzigen Punktes Taktik lautet, dabei doch insbesondere die Reichstagswahl, ihr Verlauf und ihre Bedeutung für die künftige Haltung der Partei beziehentlich der Fraktion mitberücksichtigt werden sollen. Dieser Beschluß rechtfertigt sich auch dadurch, daß nach den Wahlen nicht allein innerhalb der Partei, sondern auch bei den Parteigenossen des Auslandes, bei

denen ungeheuere Freude über den Ausfall der Wahlen herrschte, wie auch bei unsern Gegnern die Frage aufgeworfen wurde: was wird denn nun nach diesem weit über Erwarten großen Erfolg die Sozialdemokratie tun? In dieser Frage schon äußerte sich die Meinung, daß diese Resultate in Bezug auf die künftige Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag von solcher Bedeutung seien, daß sie wahrscheinlich eine Aenderung des ganzen Verhaltens der Fraktion beziehungsweise der Partei herbeiführen könnten. Besonders ein Blatt, das in den letzten Tagen hier viel genannt wurde, es war nicht die „Zukunft", erörterte in einem Leitartikel unmittelbar nach den Wahlen durchaus objektiv die Frage, ob die Fraktion die bisherige angeblich negierende Haltung im Reichstage auch fürderhin beibehalten würde. Auch Kautsky schrieb sofort in der nächsten Nummer der „Neuen Zeit" einen Artikel: Was nun?, in welchem ebenfalls diese Frage aufgeworfen wurde. Der Artikel enthielt für mich ganz brillante Stellen, aber am Ende desselben war ich doch nicht viel klüger, als vorher, was mir sonst sehr selten bei Kautskyschen Artikeln passiert. Ich sagte mir: Er hat die Frage „Was nun?" aufgeworfen, aber doch keine rechte Antwort gefunden. Aber auch namentlich die Parteipresse des Auslandes, insbesondere die Wiener „Arbeiter-Ztg.", die ich stets mit größtem Interesse lese, hat ähnliche Gedanken diskutiert. Es wird deshalb auch meine Aufgabe sein, in erster Linie die Frage zu behandeln: welcher Art sind die Veränderungen, die durch die Wahlen des letzten Sommers herbeigeführt worden sind, und welchen Einfluß können sie auf die Haltung der Partei und speziell die Taktik der Fraktion im Reichstag ausüben? Bei den letzten Wahlen sind unsre Stimmen von rund 2 107 000 Stimmen, die wir 1898 hatten, auf zirka 3 010 000 — die definitiven Zahlen liegen noch nicht vor — gestiegen. Das ist ein Stimmenzuwachs von über 900 000 oder ca. 43,7 Proz. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung seit 1898 um 8 Proz. sich vermehrt hat. Die Zahl der Wahlberechtigten wird sich etwas stärker vermehrt haben, da die durchschnittliche Lebensdauer des deutschen Volkes zugenommen hat. Im weiteren war die Wahlbeteiligung allgemein reger als 1898; fast alle Parteien haben mehr Stimmen auf sich vereinigt als 1898, allerdings ist der Zuwachs bei keiner Partei ähnlich groß wie bei uns. Wir hatten 1898 58 Abgeordnete; 1903 ist die Zahl auf 81 gestiegen; d. h. die Fraktion zählte 1898 14,6 Proz. aller Reichstags-Abgeordneten, 1903 20,4 Proz. Die Erfolge der Sozialdemokratie sind in der Hauptsache errungen auf Kosten der linksstehenden bürgerlichen Parteien. Wir haben, ja auch eine Anzahl von Centrumskreisen erobert, ja sogar konservative Kreise, und wir würden das in erheblich größerem Umfang getan haben, wenn das Wahlglück uns etwas günstiger gewesen wäre. Auf der andren Seite hatten die bürgerlich-liberalen Parteien sehr erhebliche Ausfälle, die in der Hauptsache uns zu gute kamen. Im ganzen also hat sich die Linke nicht erheblich geändert, aber die Halben- und Viertelsmänner sind ausgeschieden und wir sind an die Stelle derselben getreten. Es ist also insofern eine erhebliche Aenderung zu Gunsten der Linken eingetreten, als die Zahl der Männer, die in Bezug auf Volksforderungen sowohl im Sinne der bürgerlichen Freiheit, wie insbesondere im Interesse der Arbeiterklasse künftig im Reichstage zu sprechen haben, erheblich größer geworden ist, aber in Bezug auf die Entscheidung bei Abstimmungen des Reichstages, und namentlich bei wichtigen, ist so gut wie keine Aenderung zu erwarten. Auch in diesem Reichstage hat das Centrum zwei Mehrheiten zur Verfügung. Geht das Centrum mit der Rechten und den Nationalliberalen, auf die es ja in fast allen Fällen zählen kann, so hat es die Mehrheit, und macht es, was im nächsten Reichstag noch seltener als früher vorkommen wird, mit der Linken gemeinsame Sache — dabei wird es sich nie um Haupt- und Kardinalfragen handeln (Sehr richtig!) —, so giebt es eine linke Mehrheit, bei der die Entscheidung ruht.

Auf der andern Seite wird man sich infolge des Ausfalls der Wahl auf der rechten Seite weit mehr als bisher zusammenschließen. Die Angst des Bürgertums, die schon bei den engeren Wahlen zum Ausdruck gekommen ist und die meisten Anhänger der bürgerlichen Parteien veranlaßte, gegen die Sozialdemokraten zu stimmen, selbst wenn der ärgste Reaktionär in Frage kam — diese Angst wird in Zukunft bei den Parteien des Reichstages, speziell beim Centrum, noch mehr zum Ausdruck kommen. (Sehr richtig.) Das Centrum wird nach meiner festen Ueberzeugung, und mit ihm die Parteien der Rechten, in Zukunft im Reichstage noch reaktionärer zu handeln geneigt sein als bisher. (Sehr richtig!) Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Es ist sehr charakteristisch, daß die „Kreuz-Zeitung" unmittelbar unter dem Eindruck des Resultats der Hauptwahl schrieb: „Die Not der Zeit gebietet und zwingt, den Kampf zwischen Rom und Wittenberg aus dem politischen Leben auszuschalten trotz aller Bedenken." (Hört! hört!). Ein Kampf, der nahezu vier Jahrhunderte das Deutsche Reich gespalten hat, ein Kampf, der in seiner Totalität einen ungeheuren unheilvollen Einfluß auf die ganze geistige und kulturelle Entwicklung des Deutschen Reichs bis zu diesem Tage ausgeübt hat, dieser Kampf soll jetzt mehr und mehr zurücktreten; es soll mehr und mehr eine Geschlossenheit eintreten, aber nicht um die Rechte und Freiheiten der Nation zu fördern, sondern umgekehrt zu ihrer Unterdrückung und Hintanhaltung. (Sehr richtig!) Das ist also das Resultat, das dieser Wahlkampf für die bürgerlichen, namentlich die rechtsstehenden Parteien zur Folge gehabt hat. Daß das so kommen mußte, konnte dem aufmerksamen Beobachter schon seit Jahren nicht mehr verschlossen bleiben. In vielen Richtungen ist ja gerade in dieser Beziehung der deutsche Kaiser mit seinem impulsiven Wesen eine sehr willkommene Persönlichkeit auch für uns. Wir können an seiner Haltung in hohem Grade abmessen, wie die Stimmung an den entscheidenden Stellen ist. Wir können an seiner Stellungnahme ganz genau merken, wie der Wind weht, und die Art, wie der Repräsentant des einzigen protestantischen Kaisertums in der Welt sich schon seit einer Reihe von Jahren zu dem Oberhaupt der katholischen Kirche und der höheren und niederen katholischen Geistlichkeit gestellt hat, war im höchsten Grade symptomatisch und hat gezeigt, wohin die Strömung geht: Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Immer rückwärts! (Sehr gut!) Das ist vielleicht auch ein nicht ganz unbedeutendes Moment bei der Tatsache, daß gerade unsre Partei in einem so bedeutenden Maße an Stimmen gewonnen hat.

Wir wissen ganz genau und haben es nie geleugnet — ist es doch keine Schande, sondern eine Ehre für uns — daß bei allen Wahlen, vielleicht mit Ausnahme der ersten Wahlen unter dem Sozialistengesetz, wo es eine Gefahr bedeutete, sozialdemokratisch zu wählen, eine erhebliche Stimmenzahl auf unsre Kandidaten entfallen ist von Leuten, die sich zunächst nicht als Sozialdemokraten bekannten. Das sind die sogenannten „Mitläufer". Die Motive, die diese Leute bewegten, sind sehr verschiedenartig, aber natürlich nicht im einzelnen festzustellen. Aber wir haben solche Mitläufer, wir dürfen zugeben, daß in dem Maße, wie die Partei in ihrer Totalität wächst, auch prozentual die Zahl der Mitläufer gewachsen ist. Auf der andern Seite steht aber fest, daß, mag die Zahl der Mitläufer bei den einzelnen Wahlen größer oder kleiner gewesen sein, die Sozialdemokratie selbst in steigendem Maße mit der Sicherheit eines Naturgesetzes an Stimmenzahl gewachsen ist, daß, mochte auch der eine oder andre Mitläufer bei künftigen Wahlen abfallen, neue an seine Stelle traten und mit der Zahl der Mitläufer zugleich die Zahl der Sozialdemokraten gewachsen ist, die bei der Partei geblieben sind. (Sehr richtig!) Das ist das entscheidende und das außerordentlich erfreuliche. Wie immer die Dinge kommen mögen, so können und dürfen wir nach dieser Richtung fest auf unsre Anhängerschaft bauen. Es konnte keinem unsrer Genossen, wie auch keinem dieser Mitläufer,

Anhänger und Gesinnungsgenossen, wie wir die Nichtorganisierten nennen, zweifelhaft sein, wen er wählte, als er einem Sozialdemokraten seine Stimme gab. Denn wenn unsre Kandidaten und Flugblätter versäumt haben sollten, das zu sagen, so haben unsre Gegner die Agitationsarbeit für uns übernommen, sie haben uns in einem Lichte dargestellt, so schwarz, so gefährlich, daß ich mir schon oft gesagt habe: solche Vogelscheuchen hat man aus uns gemacht, und doch haben diese Vogelscheuchen so viel Stimmen bekommen, das ist erstaunlich. Alle Abschreckungsmittel haben nichts genützt bei diesen Männern, die haben sich vielmehr gesagt: schwatzt und schimpft, verleumdet nur, soviel ihr wollt, wir wählen doch einen Sozialdemokraten. (Beifall.)

Freilich dürfen wir uns auch weiter fragen: Welche verschiedenen Momente haben dazu beigetragen, die Zahl unsrer Anhänger in diesem Maße zu vermehren? Da ist kein Zweifel, daß in immer weitere Kreise des deutschen Volkes der Unwille, die Unzufriedenheit, ja die Empörung über unsre vollständig zerfahrenen inneren Zustände dringt. Die vollständige Kopflosigkeit unsrer inneren wie äußeren Politik macht immer weitere Kreise der Bevölkerung bedenklich und treibt sie der einzigen Partei, die bisher scharf, klar und zielbewußt ihren Weg gegangen ist, in die Arme. Es ist die vollständige Stagnation, wenn nicht der offene Rückschritt in der Befriedigung der notwendigsten Kulturbedürfnisse nicht allein im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten, der zahlreiche Elemente der Sozialdemokratie zuführt; es ist die traurige Finanzwirtschaft in Staat und Reich, weiter die Plan- und Ziellosigkeit unsrer Handelspolitik. Man hat, was man immer den Agrariern von seiten der Regierung vorgeworfen hat, doch nicht den Mut gehabt, ganzagrarisch aufzutreten, aber noch viel weniger den Mut, antiagrarisch aufzutreten, und so ist eine Situation eingetreten, die in der Tat für das Wirtschaftsleben der Nation in den nächsten Jahren von den verhängnisvollsten Folgen sein muß, weil alles, was wir in dem sogenannten Obstruktionskampf, wo wir nach der Ansicht der freisinnigen, selbst der bürgerlich-demokratischen Blätter wie der „Frankfurter Zeitung", eine so völlig unglückselige Taktik verfolgt haben sollen, vorausgesagt haben, bis auf das Tüpfelchen über dem i eingetreten ist. Die Regierungen haben ihren Zolltarif bekommen! Jetzt sollen sie an die Arbeit gehen. Sie sind an die Arbeit gegangen, und da stellen sie sich in den Ministerien hin, und müssen sich erst, wie ein russisch-offiziöses Blatt sich ausdrückt, gegenseitig beriechen (Heiterkeit), um zu erfahren, wie sie zu einander stehen. Während in der letzten Session des Reichstages unmittelbar nach Annahme des Zolltarifes hier die agrarische Mehrheit verlangte, daß die Regierung die Handelsverträge unbekümmert um die Wirkung kündige, und während man damals hoffte, daß der im Herbst zusammentretende Reichstag neue Handelsverträge zu beraten haben werde, ist heute die größte Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß der nächste Reichstag, mag die Session auch bis in das Frühjahr dauern, kaum einen Handelsvertrag zu beraten in die Lage kommen wird.

Es besteht eine vollständige Führerlosigkeit in der inneren und äußeren Politik, eine Plötzlichkeit, ein ewiges Schwanken. Heute hüh, morgen hott, einmal nach rechts, einmal nach links, heute vorwärts, morgen rückwärts! Ich weiß, es giebt Leute in den oberen Regionen, die jeden Morgen mit der Frage aufwachen, ob nicht selbst während der Nacht ein Pulverfaß in die Luft gegangen ist (Heiterkeit), ob nicht Entscheidungen von großer Tragweite erfolgt sind, denen man sie hätte fragen müssen, in Wirklichkeit aber nicht hinzugezogen ! Weiter haben die Militär- und Flottenpolitik und die daraus hervorgegange kolossalen Lasten in weiten Kreisen des Volkes die höchste Unzufriedenheit her gerufen. Es ist ferner die Weltpolitik, in der wir uns fortgesetzt Blamagen holt haben, wie in China, in Haïti, in Venezuela usw. Wo immer die st Flotte und teilweise auch die stolze Armee zu tun gehabt hat, da haben die geheuren Kosten den Resultaten in keiner Weise entsprochen. Alles das muß

selbst dem einfachsten Mann im Volke einleuchten. Er hört ferner immer und immer wieder von einer neuen Militärvorlage, einer neuen Flottenvorlage, neuen Kolonialplänen. Wir wollen überall in der Welt, wo ein Nagel einzuschlagen ist, unsren Schild daranhängen. Von alledem hört der Staatsbürger. Er weiß, daß er es ist, der seine Söhne für Heer und Marine zu opfern hat; er weiß, daß die Steuern erhöht werden müssen, daß das alles Kosten sind ohne irgend welchen Vorteil, und daß in dem Maße, wie das alles wächst und steigt, nicht etwa ein Zustand größerer Ruhe und Sicherheit eintritt, sondern daß im Gegenteil dieser ganze Zustand der Unruhe und Zerfahrenheit erhöht wird. (Sehr gut! Sehr richtig!) Die Gefahr einer Katastrophe wächst in demselben Maße, wie alle diese Rüstungen steigen. Er weiß weiter, daß die breiten Massen des Volkes in erster Linie die Kosten aller dieser Unternehmungen zu tragen haben, daß auf der andern Seite aber gerade die Klassen, die diese Rüstungen und diese Politik unterstützen, von den Lasten für diese Politik fast vollständig befreit sind. (Sehr richtig!) Alle diese Kosten werden auf die arbeitenden Klassen abgewälzt. Das wird so bleiben trotz aller schönen Versicherungen des Centrums, daß es bei künftigen Steuern verlangen würde, daß die breiten Massen des Volkes nicht weiter herangezogen werden. Alles das ist nur Phrase, nur Schein. Und daß es beim Alten bleibt, darin gipfelt auch das Resultat des letzten Wechsels im Staatssekretariat des Reichs-Schatzamts.

Herr v. Thielmann ist gegangen und Herr v. Stengel wurde berufen, weil man sich sagte, wir brauchen einen neuen Mann, der durch seinen Einfluß und seine Stellung als eine der angesehensten Persönlichkeiten des zweitgrößten katholischen Bundesstaates Bayern in der Lage ist, den Widerstand des Centrums gegen neue indirekte Steuern zu brechen. Für mich hat aber dieser Wechsel der Persönlichkeiten, denn ein Systemwechsel ist es ja nicht, noch eine andre Bedeutung. Wenn selbst in unsren Kreisen es bis in die letzte Zeit noch Personen gab, welche glaubten, sie könnten es durch ihre Taktik dahin bringen, den Widerstand der Einzelstaaten gegen den Hauptstaat und seine Forderungen wachzurufen, daß speziell Bayern zu einer gewissen Oppositionsstellung werde scharf gemacht werden können, so sind diese Anschauungen und Hoffnungen jetzt vollständig zu nichte geworden. (Sehr gut!) Das konnte man voraussehen, aber mancher sah es nicht voraus. Indem Bayern für den Posten des Reichsschatzsekretärs einen seiner ersten Staatsmänner stellte, hat es zugleich in programmatischer Weise kundgegeben, und das mögen die bayrischen Genossen in erster Linie für künftig sich merken, daß es nicht nur die bisherige Reichspolitik gebilligt hat, sondern daß es für sein Teil auch bereit ist, die Bahnen dieser Politik künftig weiter zu beschreiten und zu diesem Zwecke seine eignen Staatsmänner herzugeben. (Sehr richtig!) Das ist ein wichtiges Moment auch für gewisse Richtungen in unsrer sozialdemokratischen Bewegung. Herr v. Stengel hatte es gar nicht nötig, das zu erklären. Wer die Verhältnisse ernsthaft erwägt, der weiß auch so, daß nach der ganzen Sachlage auf absehbare Zeit und ohne eine Aenderung der ganzen Verhälnisse von Grund aus gar nicht daran zu denken ist, daß es jemals gelingen würde, die besitzenden Klassen zu Beiträgen für die Reichslasten herbeizuziehen. Das bringen wir nicht fertig, das brächte selbst das Centrum nicht fertig, wenn es auch wollte. Aber es will auch nicht. Wenn eine Partei Anlaß hätte, gegen eine Politik der direkten Besteuerung Stellung zu nehmen, dann ist es das Centrum kraft seines partikularistischen Standpunktes. So werden also von ihm schöne Resolutionen gedrechselt, viele Phrasen gemacht, und wenn dann die erste beste Steuervorlage kommt, sei es auf Bier oder auf Tabak oder auf sonst irgend etwas, ich wüßte zwar nicht, was man noch heranziehen wollte, man müßte denn etwa das Wasser oder die Luft besteuern (Heiterkeit), so wird das Centrum schließlich doch zu haben sein. (Sehr richtig!)

Wir haben nie geglaubt, daß wir direkte Reichssteuern durchsetzen könnten. Wir sind überhaupt vieles gezwungen zu tun, von dem wir wissen, daß wir es nicht erreichen. (Sehr wahr!) Es kommt nicht darauf an, ob man etwas gleich durchsetzen kann, sondern wir haben es zu fordern, weil es gerecht und vernünftig und somit notwendig ist. Durch die Gründe, die wir anführen, haben wir die draußen Stehenden zu überzeugen, daß diese ganze Politik, wie sie heute gehandhabt wird im Reiche und in den Einzelstaaten ohne Ausnahme, mag auch hier und da ein Feigenblatt vorhanden sein, eine Klassenpolitik ist, daß Reich und Staat Klassenstaaten sind und es bleiben werden, so lange sie in der jetzigen Gestalt bestehen. (Sehr wahr!)

Und wie steht es mit den Finanzen des Reiches? Der laufende Etat konnte nur dadurch balanzieren, daß eine Zuschußanleihe von 72 Millionen beschlossen wurde, eine Zuschußanleihe, die schon nach dem klaren Wortlaut der Verfassung einen Verfassungsbruch bedeutet. (Zustimmung.) Man schreckt unter der Herrschaft des Centrums nicht bloß vor Geschäftsordnungsbrüchen, sondern auch vor Verfassungsbrüchen nicht zurück (Sehr richtig!), und wer einmal einen Verfassungsbruch begangen hat, mag die Notwendigkeit dazu auch noch so groß sein, — Parteigenossen, was man einmal getan hat, das tut man auch das zweite, dritte und vierte Mal, das tut man so oft, als man glaubt, daß die Staatsräson dazu zwingt. (Sehr richtig!) Also nur auf diese Weise ist die Bilanzierung des Etats möglich gewesen. Ob die Zuschußanleihe langen wird, wollen wir abwarten, denn bereits jetzt stellt es sich heraus, daß das letzte Etatsjahr mit einem Defizit von 30 Millionen abgeschlossen hat. Zur Deckung dieses Defizits müssen die Einzelstaaten herhalten. Ich habe vor einigen Tagen aus einer Quelle, aus der ich es nicht erwartet hätte eine solche Nachricht zu bekommen, erfahren, daß, während früher das Reich ein prompter Zahler war, während früher die Lieferanten sofort ihr Geld erhielten, dies schon in hohem Grade nicht mehr der Fall ist. (Hört! hört!) Das Reich kann oftmals nicht mehr sofort zahlen, die Kassen sind leer, das Reich muß sich von seinen Gläubigern einen längeren Kredit geben lassen. Es ist weiter Tatsache, daß namentlich infolge des Drängens des Reichstags die Invalidenpensionen erhöht werden müssen und daß das abermals wieder eine bedeutende Mehrausgabe erfordert. Die in Aussicht genommene Erhöhung der Friedenspensionen wird allein ein Mehr von 20 Millionen erfordern. In allen Ministerien, selbst in dem der Marine und der Armee, hat man sich in den letzten Jahren einschränken müssen. Dazu kommt die neue Heeresvorlage, denn wenn Goßler ging und Einem kam, dann geschah das in der Hauptsache, weil Herr v. Goßler sich sagte, ich habe keine Lust mehr, diese neue Vorlage zu vertreten, das Vergnügen überlasse ich einem andern. (Sehr wahr!) Nun, man wird mit gehörigen Forderungen kommen, davon bin ich fest überzeugt, aber der Knüppel liegt beim Hund, man kann nicht Ausgaben bewilligen, wenn man gar nicht mehr weiß, woher das Geld nehmen. Dazu kommt weiter die neue Marinevorlage, und auch da scheint einiges vorzugehen, was nicht so ganz in Ordnung ist. Wiederholt hat es verlautet, daß auch Herr v. Tirpitz amtsmüde sei und gehen wolle, weil er es nicht für möglich halte, noch mehr als bisher vom Reichstage zu erhalten. Es kommen Ausgaben für die Neubewaffnung der Armee, kurz und gut, Ausga[illegible], die auf Hunderte von Millionen anwachsen werden. Wenn in diesem Etat Ausgaben für Militär, Marine, die Kosten des Friedens-Pensionsfonds, Zinsen der Reichsschulden für Militär- und Flottenausgaben sich auf die kolos[illegible] Summe von 1030 Millionen belaufen, dann werden sie in den nächsten Ja[illegible] und bis zum Ende der Legislaturperiode sicher auf 1400 Millionen anwac[illegible]

Man wundert sich bei den Gegnern über die Erfolge, die wir erzielt ha[illegible] Nun, die festesten Säulen des Reichs sind im Innern bereits bis zu ei[illegible] gewissen Grade angefressen, die Armee ist in der größten Unzufriedenhei[illegible]

die Offiziere sind mit vielem nicht mehr einverstanden. Dabei überall neue Lasten, neue Ausgaben, und das zu einer Zeit, wo wir wahrscheinlich einer verschärften Krisis entgegengehen. Denn wenn der ökonomisch-wirtschaftliche Zusammenbruch, der drüben in Amerika eingetreten ist und in den nächsten Wochen und Monaten in erhöhter Potenz eintreten muß, sich in Europa bemerkbar macht, dann sind es in erster Linie unsre Arbeiter, die die schweren Schläge zu kosten bekommen. Im vorigen Jahre haben wir noch, wenn ich nicht irre, allein für 600 bis 700 Millionen Mark Eisenwaren auf dem Weltmarkt abgesetzt, speziell in Nordamerika, und dadurch hatte die wichtigste unsrer Industrien noch Arbeitsgelegenheit. Das fängt an aufzuhören, Amerika braucht nichts mehr, und es dauert gar nicht lange, so wird Amerika auf Grund der kolossalen Entwicklung seiner eignen Produktion eine Ueberproduktion haben, seine ungeheuren Eisen- und Stahlmassen auf den Weltmarkt werfen und die Preise drücken. Dann aber haben wir eine unabsehbare Krisis mit allen Folgen. Wenn ich in meiner vorgestrigen Rede sagte, wir gehen schweren Zeiten entgegen, so habe ich damit nicht etwa sagen wollen, daß es schwere Zeiten für die Sozialdemokratie sind, daß ich etwa glaube, die Sozialdemokratie habe Ausnahmemaßregeln, Gewaltmaßregeln zu fürchten. Ach nein! Hier bin ich sehr ruhig, hier bin ich vollendeter Optimist. Aber unsre allgemeinen Verhältnisse, unsre wirtschaftlichen, unsre sozialen Zustände gehen in den nächsten Jahren schweren Erschütterungen entgegen, namentlich wenn das Regiment, das jetzt am Ruder ist, weiter dauert. Ich glaube an keine Ausnahmegesetze, ich glaube, ganz offen gesagt, nicht einmal, daß man es wagt, das Wahlrecht zu ändern. Wenn unsre Stimmenzahl sich um Zwei- bis Dreimalhunderttausend vermehrt hätte, dann ja. Denn das wäre ja ein Rückschritt gewesen; aber wenn eine Partei von neun bis zehn Millionen abgegebenen Stimmen drei Millionen allein auf ihre Kandidaten vereinigt, dann muß man sich auch an den entscheidenden Stellen sehr sorgfältig fragen, ob man den Kampf mit diesen drei Millionen aufnehmen darf. (Lebhafte Zustimmung!) Und nicht allein das. In einem Augenblicke, wo man solche Gewaltmaßregeln gegen uns wagte, würden hinter uns stehen weitere Millionen, dann würden hinter uns stehen die ganzen katholischen Arbeiter, ja, alle Arbeiter überhaupt, und dann fragt es sich, ob die Herren da oben und das Centrum ein Tänzlein mit uns wagen wollen. Will man's wagen, wir sind bereit dazu. Und über den Ausgang des Tänzleins bin ich schon heute nicht im Zweifel. (Lebhafter Beifall!)

Nun entsteht die Frage, ob wir unsre bisherige Taktik ändern sollen. Wann hat eine Partei ihre Taktik zu ändern? Denn daß eine Taktik nicht ewig ist, das versteht sich von selbst. Liebknecht hat einmal in seiner drastischen Art gesagt: Wenn notwendig, ändere ich binnen 24 Stunden meine Taktik 24 mal. Das war sehr drastisch, aber sehr richtig ausgedrückt. Die Taktik jeder Partei jedoch muß den Grundlagen entsprechen, auf denen die Partei aufgebaut ist, und wenn ich wirklich in 24 Stunden 24 mal meine Taktik ändern muß, dann darf sie von den 24 mal auch nicht einmal mit den Grundlagen der Partei in Widerspruch stehen. (Sehr richtig!) Das ist das Entscheidende! Nun kann man ja darüber streiten, ob wir denn in der Tat mit unsren Grundsätzen in Widerspruch geraten sind. Darüber kann nur die Partei selbst und der Erfolg der Dinge entscheiden. Nun ist aber der Erfolg für die Partei bisher ein solcher gewesen nach jeder Richtung hin, daß wir von diesem Gesichtspunkt aus auch nicht den geringsten Anlaß haben, unsre bisher siegeserprobte Taktik zu ändern. (Lebhafte Zustimmung.) Es kann weiter eine Aenderung der Taktik notwendig sein, weil sie sich als falsch oder ungenügend herausgestellt hat. Auch in dieser Richtung liegt nichts vor. Allerdings, etwas doch, wir sind gewachsen, wir haben mehr Abgeordnete und deshalb müssen wir in gewissem Sinne unsre Taktik ändern, aber nicht etwa in dem Sinne, daß wir bremsen oder zurückhalten, nein, indem diese ungeheuren Wählermassen auf Grund unsrer bisherigen Taktik, Kämpfe

und Haltung uns durch ihre Stimmen ihr Ja und ihre Zustimmung gegeben haben, so müssen wir noch energischer, rücksichtsloser und schärfer vorgehen als bisher. (Stürmischer Beifall.) Allerdings giebt es auch in unsern Reihen Leute — und die Betreffenden stehen keineswegs auf der Seite, die wir uns gewöhnt haben, die Revisionisten zu nennen — die nach der letzten Wahl eine umfassende parlamentarische Tätigkeit in Bezug auf die Einbringung von Initiativanträgen, Gesetzgebungs-Entwürfen usw. von uns verlangen. Da muß ich denn doch mit wenigen Worten diese Illusionen recht gründlich zerstören. Im allgemeinen ist es nicht üblich, daß Parteien große Gesetzentwürfe ausarbeiten und diese durch den Reichstag beraten lassen; denn dies ist eine Riesenarbeit. Ich weiß noch ganz genau, wie mir mal unser guter alter Liebknecht eine Suppe einbrockte mit solchem Gesetzentwurf. (Heiterkeit.) Es war im sächsischen Landtag, wir hatten das Berggesetz angegriffen und eine Aenderung verlangt. Der Minister sagte, die Regierung erkennt ein Aenderungsbedürfnis an, aber das kostet Zeit, Ueberlegungen, Erhebungen und Studien. Nun, unser Alter, ein Husar, der er immer war, reitet darauf los (Heiterkeit) und sagt: Was? In fünf Minuten mache ich das. (Große Heiterkeit.) Na, das Wort war heraus, und da sagte ich mir, jetzt sitzen wir aber drin! (Heiterkeit.) Der Minister war natürlich so klug, daß er sagte: wenn die Sozialdemokraten es so schnell machen können, so mögen sie es tun. Wir mußten es also tun, denn wir konnten uns doch nicht blamieren. (Heiterkeit.) Ich sage Euch, ich habe 14 Tage und Nächte gesessen und geschwitzt, um den Entwurf zu stande zu bringen, den wir nachher in der Fraktion zu beraten hatten. Na, er war nicht vollendet, aber es war wenigstens einer da. Ich erinnere weiter an unsren großen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf und will Ihnen da ein Bekenntnis machen. Ich gehöre ja in den Augen der Gegner und selbst eines großen Teils unserer Parteigenossen zu den Leuten, die keine praktische Betätigung wollen (Widerspruch), erst in den letzten Wochen bin ich als Prinzipienreiter bezeichnet worden, der immer nur mit seinen Phrasen kommt und stets negiert. Nun, ich gehöre mit einer kurzen Unterbrechung 36 Jahre dem Reichstage an, und es giebt keinen einzigen unter uns, der mehr Initiativanträge eingebracht und mehr Gesetzentwürfe ausgearbeitet hat als ich, der Mann der Negation. Unsrem Arbeiterschutz-Gesetzentwurf wird in dem Buch von Herkner über die Arbeiterfrage ein großes Lob erteilt. Als wir den Entwurf später von neuem einbrachten, da war namentlich die Presse der Herren Naumann und Gerlach so des Lobes voll, daß sie verlangten, der Reichstag solle ihn en bloc annehmen. Ja, verehrte Herren (Redner wendet sich an die am Tische der Presse sitzenden Herren Naumann und v. Gerlach), wissen Sie denn, wer den ersten Entwurf ausgearbeitet hat? Das war ich, der Mann der Negation! (Große Heiterkeit.) Gesetzentwürfe einbringen ist gewiß ganz schön, aber es ist nicht so leicht, sie auszuarbeiten und darum haben wir allen Grund nach Möglichkeit bei der Ausarbeitung großer Gesetzentwürfe Vorsicht zu üben. Das müssen wir andern Leuten überlassen, die dafür angestellt und bezahlt werden, den Herren Geheimräten; diese haben das Material, sie haben die Fachkenntnis und die Möglichkeit, Erhebungen zu veranstalten. Wir haben bisher parlamentarisch so gearbeitet, daß wir uns überarbeitet haben. Glauben Sie etwa, daß wir jetzt, wo wir 81 Mann stark sind, die Mehrheit zwingen können, unsre Initiativanträge andren vorzuziehen? Singer und ich, wir haben uns Seniorenkonvent vergeblich bemüht, den Herren klar zu machen, daß das Parlament noch zu etwas andrem da ist, als Regierungsvorlagen zu beraten. [illegible] haben tauben Ohren gepredigt. Ich kann Ihnen nur sagen, wir können n[illegible] mehr Initiativanträge bringen; und wenn wir nach dem Vorschlag von Ti[illegible] in den „Monatsheften“ eine soziale Kommission einsetzen, die sich mit Arbeiterschutzgesetzen zu beschäftigen und alle Anträge zu berücksichtigen hä[illegible] bilden Sie sich wirklich ein, es sei dann etwas zu machen? Gewiß, das

dürfnis ist in hohem Maße vorhanden, und da komme ich noch auf den entscheidenden Punkt, den leider auch wir bisher zu sehr übersehen haben. Es ist nicht allein die geschäftsordnungsmäßige Unmöglichkeit, alle diese Dinge endgültig zu erledigen neben dem anderen Beratungsstoff — dazu müßte der Reichstag das ganze Jahr zusammenbleiben — nein, das Entscheidende ist, daß die ganze Gesetzgebungsmacherei im Deutschen Reich und auch in den anderen Parlamenten der Welt eine so erbärmliche, so ungenügende und mangelhafte ist, daß wenn heute ein Gesetz fertig ist, morgen bereits alle Welt sieht, daß es abermals wieder geändert werden muß. (Sehr richtig!) Wir können keine großen, grundlegenden Gesetze mehr machen, weil es für solche Gesetze keine Mehrheit mehr giebt. Die Behauptung, die Savigny in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts aufstellte, daß unsre Zeit keinen Beruf zur Gesetzgebung habe, gilt auch heute noch. Woher kommt das? Weil die Klassengegensätze immer schärfer geworden sind, so daß man schließlich nur halbe Gesetze macht, weil man keine ganzen mehr machen kann. Ich will das an einem Beispiel erläutern. Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts entstand der Code Napoléon, das bürgerliche Gesetzgebungswerk Frankreichs. Der Code Napoléon war das Werk der Revolution, jener glorreichsten Zeit, welche die bürgerliche Gesellschaft seitdem nicht wieder erlebt hat. Die erlauchtesten Geister hatten an diesem Werk gearbeitet — und das wollte damals etwas heißen — und es den Bedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft entsprechend gestaltet. Das Werk war aus einem Guß und es besteht bis auf den heutigen Tag in Frankreich. Nun frage ich die Frohme und Stadthagen und alle, die an dem Bürgerlichen Gesetzbuch in der Kommission mitgearbeitet haben: Seit drei Jahren haben wir das Bürgerliche Gesetzbuch, und schon haben wir an allen Ecken und Enden Lücken, Unklarheiten, Zweideutigkeiten! Nehmen Sie die Gewerbe-Ordnung. Was ist seit 30 Jahren an der Gewerbe-Ordnung herumgeflickt! 1869 war die Gewerbe-Ordnung ein gutes Werk. Dann kamen die Novellen und heute ist sie ein elendes zusammengestoppeltes Ding voll von Widersprüchen. Die Zeit hat also keinen Beruf mehr zur Gesetzgebung; man kann keine geschlossenen Gesetze mehr machen, weil die stets wachsenden Interessen- und Klassengegensätze dies unmöglich machen. (Sehr richtig.) Ich habe mich oft gefragt: Ist denn bei diesem Zustand der Dinge die parlamentarische Tätigkeit, die Mühe an Arbeit, Zeit, Geld wert? Wir leisten vielfach Tretmühlenarbeit im Reichstag. Ich habe mich das manchmal gefragt, aber selbstverständlich, ich bin viel zu kampflustig, als daß ich dem lange nachgehangen hätte. Ich sagte mir: Das hilft nun alles nichts, das muß durchgefressen und durchgehauen werden! Man tut, was man kann, aber man täusche sich nicht über die Situation! Das will ich Ihnen nur ausführen, damit Sie nicht glauben, weil wir jetzt 81 Mann, müßten wir parlamentarische Bäume ausreißen. In einer der Schriften, die hier verteilt worden sind, ist von dem sozialdemokratischen Kongreß von 1871 die Rede, auf dem bereits der Zehnstundentag beantragt worden ist. Vor 32 Jahren! Um dieselbe Zeit trat in Eisenach die sogenannte soziale Konferenz zusammen, die sich auch für den Zehnstundentag erklärte. Ja, Rudolf Meyer hat behauptet und, wie ich glaube, bewiesen, daß Bismarck sogar damals den Auftrag gab, einen Gesetzentwurf mit dem zehnstündigen Arbeitstag auszuarbeiten! (Hört! hört!) Der Entwurf sollte den zehnstündigen Arbeitstag für die Industriearbeiter und für die Landarbeiter — was wir selbst bis heute nicht gewagt haben — regeln und zwar die Arbeitszeit für die Landarbeiter im Winter 8 Stunden, im Frühjahr und Herbst 10 Stunden, im Sommer 12 Stunden. 30 Jahre sind seitdem ins Land gegangen, und heute? Ich bin gewiß ein überzeugter Anhänger des Achtstundentages. Es ist in diesem Saale niemand, der mehr von seiner Notwendigkeit überzeugt wäre als ich, aber ich sage ganz offen: wenn wir heute den 10stündigen Arbeitstag bekämen, so

wären wir froh. Also keine Illusionen, auf keinem Gebiete! (Beifall und Unruhe.) Das schadet Ihnen nicht an Leib und Seele; im Gegenteil, das kann Ihnen nur nützen. — Also das ist unsre Situation. Wir werden nach wie vor in einer gewissen Isoliertheit bleiben und in der schärfsten Opposition. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir Konzessionen annehmen, wenn wir sie bekommen können und wenn es uns der Mühe wert erscheint. Wir haben uns allerdings häufig über den Wert dieser Konzessionen gestritten. Die rechte Seite in der Fraktion — um diesen Ausdruck zu gebrauchen — war für die kleinsten Konzessionen zu haben, wenn sie auch nach meiner Ueberzeugung ganz unbedeutend waren. Ich habe mir gesagt, was soll ich denn für diese Konzessiönchen stimmen, die wir ja auch bekommen, ohne daß ich dafür stimme; was soll ich mich denn dadurch, daß ich für diese Konzession stimme, gewissermaßen parlamentarisch kompromittieren? Wo wir aber zu der Auffassung kamen, daß es sich um eine wertvolle Konzession handele, da haben wir dafür gestimmt. Bei der letzten Novelle zur Unfall-Versicherung haben wir schwer gekämpft; da fielen die Hiebe hageldicht und schließlich wurde die Annahme der Novelle von der Fraktion mit 14 gegen 13 Stimmen beschlossen. Nachdem wir dann so gestimmt hatten, kam Dr. Jastrow, den Quarck gestern als einen der sozialen Zuckerwasserverzapfer hingestellt hat, und schrieb in der „Frankfurter Zeitung", das sei doch unerhört, daß sogar die Socialdemokratie für diese erbärmliche Novelle gestimmt habe. So waren die Kämpfe in der Fraktion, und ich kann Ihnen offen sagen, daß bei der neuen Zusammensetzung der Fraktion solche Kämpfe sich nicht vermindern, sondern vermehren werden. Das was ich vorhin als die rechte Seite der Fraktion bezeichnet habe, wird im neuen Reichstage leichter die Oberhand gewinnen können als früher, und deshalb halte ich es für notwendig, daß sich die Partei über die Situation klar wird und sozusagen der Fraktion ihre Taktik vorschreibt. (Lebhafter Beifall.) Soweit es überhaupt möglich ist. Es ist natürlich undenkbar, daß der Parteitag definitiv für alle Fragen feststellt, wie sich die Fraktion zu verhalten hat. Der Parteitag kann nur Direktiven geben, er kann die Marschroute angeben. Tut er das, so muß die Fraktion danach marschieren, sie mag wollen oder nicht. (Heine: Sehr richtig!) Das werden Sie wohl müssen, Genosse Heine, das versteht sich ganz von selbst. Es wäre auch noch schöner, wenn es anders wäre, da würde es allerdings heißen: Wer nicht pariert, fliegt hinaus. (Lebhafter Beifall.) Ich bemerke das ohne Beziehung auf irgend eine Person, rein objektiv. Wenn der Parteitag der Fraktion eine Direktive giebt, so muß die Fraktion sich danach richten. Kommt der Parteitag zu der Ueberzeugung, daß die Fraktion schwere Verstöße sich hat zu Schulden kommen lassen, so wird er selbstverständlich zunächst mit scharfen Rügen vorgehen. Nachher allerdings würde die Sache anders werden. Das ist in großen Zügen die politische und parlamentarische Situation, wie ich sie auffasse. Die Partei muß sich darüber klar werden, und der Standpunkt, den wir einnehmen, muß so klar und durchsichtig sein wie Kristall oder Glas, da darf nichts vorhanden sein, was nur entfernt dem Gegner die Möglichkeit gäbe zu sagen: also das sind die Resultate dieses gewaltigen Sieges, daß es der Sozialdemokratie geht wie bisher allen bürgerlichen Parteien: wenn sie einen gewissen Höhepunkt erreicht haben, dann fallen sie um, geben ihre Grundsätze preis und dann ist es aus mit ihnen. (Sehr richtig!). Wir sind in viele[n] Beziehungen die Erben der bürgerlichen Parteien geworden sind, die Erbe[n] der bürgerlichen Parteien aber nicht in dem Sinne, wie Heine in seinem Artik[el] in den „Monatsheften" schrieb, daß wir den bürgerlichen Liberalismus z[u] „ersetzen" hätten, nein: sondern daß wir ihn zu überbieten haben. (Hein[e] ruft: Zu „erfüllen", habe ich geschrieben, was jener sich vorgenommen hat[.] Das heißt ihn überbieten!) Zu ersetzen und zu erfüllen, aber das fass[e] ich in dem Sinne nicht auf wie Sie. (Zurufe.) Sie haben nachher da[s]

Recht, das zu sagen. Die Parteipresse hat ja diesem Artikel leider nicht diejenige Bedeutung beigemessen, wie ich. Ich habe meine Anschauung über diese Ihre Aeußerung bereits ausgesprochen. Es heißt in dem Artikel: „Immer klarer tritt ihre (der Sozialdemokratie) Aufgabe hervor, die liberalen Parteien nicht einfach abzusetzen, sondern zu ersetzen.“ (Hört! hört!) Ersetze ich jemand, der abgesetzt worden ist, dann heißt das: ich soll das erfüllen, was der bisher geleistet hat und nun nicht mehr leisten kann. Sie (zu Heine) sind doch Jurist, Philologe, ein Mann, der Logik studiert hat, und wir verlangen allerdings von einem Artikel, der gewissermaßen ein Programm darstellt, daß er klar ist, daß man nicht nötig hat, darüber zu streiten, was er bedeutet. (Heine ruft: Lesen Sie doch weiter!) Hier steht weiter: „. . . indem sie es übernimmt, die Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit nicht aufzulösen, sondern zu erfüllen.“ Ja, verehrter Genosse, haben wir das denn bisher nicht getan? Haben wir im Reichstag etwa bisher die Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit negiert? Wir haben ja das „Erfüllen“ in Ihrem Sinne bisher schon und darüber hinaus erstrebt. Aber das wird uns noch öfter bei der ganzen Debatte passieren, daß wir uns über Begriffe streiten. Sie haben es ja bereits erlebt: Bernhard hat einen Artikel geschrieben, über dessen Bedeutung kein Zweifel obwalten konnte. Er sagte aber: „Ja, das habe ich nicht sagen wollen, aber ich war nicht im stande, mich klar auszudrücken; ich bedaure, das getan zu haben. Ich gebe auch das Wort, ich tue es nicht wieder.“ Da mußten wir als milde Richter sagen: „Wenn Du etwas getan hast, über dessen Bedeutung Du Dir nicht klar warst, muß Dir freilich verziehen werden“. Dann kam Göhre mit dem Artikel der „Zukunft“ — den hatte er nicht gelesen. Als er durch die „Neue Zeit“ darauf aufmerksam gemacht wurde, legte er diesem Artikel keine Bedeutung bei. Als ich sein Verfahren charakterisierte, da war er ganz entsetzt, außer sich, schleuderte mir die gröblichsten Worte ins Gesicht und erklärte, er habe den Artikel nicht gekannt, er sei naiv genug — nicht dem Worte, sondern dem Sinne nach —, dem Artikel der „Neuen Zeit“ nicht die genügende Bedeutung beigelegt zu haben usw. Täuschen wir uns nicht. Man wird wieder sagen, daß man sich unklar ausgedrückt habe, daß man das, was man nach dem logischen Wortlaut hineinlegen mußte, nicht habe sagen wollen. Und zuletzt könnte es kommen wie in Hannover und später, daß man zwar nach tagelangem Streiten eine Resolution angenommen hat, aber hinterher ebenso uneinig bleibt wie vorher. (Zustimmung.) Man rede doch nicht von der Einheit und der Einigkeit in der Partei! Diese Saite hat ja gestern bereits Braun angeschlagen, wir seien ja einig in der Partei. Das ist nicht wahr, das bestreite ich auf das allerentschiedenste; nie und zu keiner Zeit waren wir uneiniger als gerade jetzt, nie und zu keiner Zeit waren die Differenzen größer als jetzt! (Vielfaches Sehr richtig!) Das zu vertuschen und darüber abermals mit Zuckerwasser hinwegzukommen, das habe ich für meine Person herzlich satt! (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)

Ich habe seit zwölf Jahren, seit der großen Debatte mit Vollmar in Erfurt, so viel hinunterzuschlucken gehabt und oftmals mich geärgert und bin immer wieder darauf hineingefallen, die Hand zu bieten zur Ueberbrückung der Gegensätze, bis ich mir endlich sagte: So geht's nicht mehr weiter! Jetzt müssen wir uns endlich einmal klar werden, reinen Tisch machen und uns mal gegenseitig so gründlich aussprechen, wie nur irgend möglich. (Bewegung.) Die Grundlage der ganzen neuen „revisionistischen“ Bewegung ist bekanntlich die Schrift von Bernstein, der damals zu seinem Glück in London war, denn seit er Gelegenheit hatte, nach Deutschland zu kommen, was ich ihm von Herzen gönne, — habe ich doch selbst, so weit ich konnte, dazu beigetragen — seit er sich in Deutschland praktisch betätigt hat, hat er nach meiner Ueberzeugung an Ansehen nicht gewonnen, sondern verloren (vielfaches Sehr richtig!) und ferner

nicht nur bei den Radikalen, sondern auch bei seinen Freunden, den Revisionisten, und bei diesen am allermeisten. (Sehr richtig!) Was ist dem Mann, der erst von seinen Freunden wie ein Messias jubelnd begrüßt wurde, und von dem sie ein neues Evangelium, einen neuen Glauben, eine neue Taktik erwarteten, in der letzten Zeit nicht alles gesagt worden! (Sehr richtig!) Jetzt heißt es auf einmal: Steiniget ihn, steiniget ihn! Nicht, weil er auch nur ein Wort von dem, was er gesagt hat, zurückgenommen hat, sondern weil er nach ihrer Meinung gar zu ungeschickt oder auch gar zu rückhaltlos (Sehr gut!) sich ausgesprochen hat. Deshalb hat man ihn so scharf getadelt, ja sogar gesagt: „Wenn das so weiter geht, dann muß er aus der Partei hinaus!" Das hat keiner von uns bis jetzt noch gesagt, sondern das wurde Genossen Bernstein von denjenigen zugerufen, die bis vor kurzem als seine Anhänger gegolten haben. Bernstein hat sich eben gewissermaßen als das enfant terrible, als das Schreckenskind (Heiterkeit) seiner Freunde entpuppt. Weil sein Ansehen aber bereits in weiten Kreisen diskreditiert war, deswegen legte man auch der ersten Aufforderung Bernsteins, einen Vizepräsidenten zu wählen, der selbst die durch die Praxis des Reichstags festgesetzte Verpflichtung des Hofbesuchs zu erfüllen hätte (Große Unruhe), keine allzu große Bedeutung bei. Ich war in der Tat — das kann mir Auer nach meinen Briefen bezeugen. Ich war also erbittert, daß die Frage überhaupt aufgeworfen wurde, weil ich mir sagte: Konnte Bernstein selbst von seinem eignen Standpunkt aus etwas Dümmeres, Verkehrteres machen, als daß er in einem Moment, wo in der Partei der größte Jubel über den Wahlerfolg herrscht und wo in der ganzen Partei mit Ausnahme einer verschwindenden Minorität die Ueberzeugung bestand, jetzt gelte es, diesen Sieg auszunutzen, vorwärts zu gehen, zum Angriff überzugehen, schärfer zuzugreifen, durch die Kraft der größeren Zahl die bisherigen Leistungen zu überbieten, daß er da in diesem großen Moment kam mit der Vizepräsidentenfrage (Lachen und Beifall) und erklärte: „Auch wenn wir dabei zu Hofe gehen müssen, darf uns das nicht genieren!" Und das in einem Moment, wo die Reden von Breslau und Essen (Stürmischer, anhaltender Beifall) noch im Gesicht eines jeden Sozialdemokraten brennen, als hätte er eine physische Backpfeife der allerschlimmsten Art empfangen! (Stürmische Zustimmung.) Das in einem Moment, wo sich immer mehr für jeden, der ein wenig denken kann, zeigt, was da oben sich vorbereitet, in einem Moment, wo man sich sagen muß: hier haben wir es mit einem Repräsentanten der herrschenden Macht zu tun, der so oft angekündigt hat: „In letzter Instanz ist die Armee dazu da, um gegen den inneren Feind zu marschieren!" (Erneute lebhafte Zustimmung.) Glaubt Bernstein, daß alles das in deutschen Proletarierhirnen ausgelöscht sei? (Lebhafter Beifall.) Glaubt er, daß einer von uns darüber im Zweifel sei, daß die gewaltige Macht, die dieser Mann zu Wasser und zu Lande kommandiert, eines Tages mobil gemacht wird, wenn er glaubt, es sei an der Zeit, um gegen uns geführt zu werden? Ist das Wort vergessen, das er äußerte: Auf Befehl müßt ihr auf Vater und Mutter schießen! Wer das nicht einsieht, wer das nicht weiß, der soll überhaupt aufhören, Politiker zu spielen! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Bernstein hatte in meiner Schätzung bereits bedeutend an Ansehen eingebüßt, und, soweit ich das von Küßnacht aus von meiner Sternwarte (Große Heiterkeit) beobachten konnte, hat auch ein großer Teil der Parteipresse es nicht für wert gehalten, große Abwehr gegen ihn zu üben. Ich war ja empört, daß der [illegible] Moment durch dies ungeschickte Eingreifen gestört wurde. Aber eins will ich [illegible] sagen: wenn ich auch in einem größeren Teil der Parteipresse, auch in dem [illegible] der sonst nicht gegen mich in taktischen Fragen Stellung zu nehmen pflegt [illegible] tadelt wurde, so habe ich doch andrerseits — und ich kann Ihnen die schrift[illegible] Beweise dafür vorlegen —, so lange ich in der Partei tätig bin, und Sie [illegible] ja, es hat schwere Kämpfe gegeben seit Jahren in der Partei — so habe ich nie aus den Kreisen der Parteigenossen so viel Zustimmungen bekommen, wie [illegible]

setzt. Unsre Genossen freuen sich, wenn ein rechtes Wort zur rechten Zeit kommt. (Heiterkeit und Beifall.) Mir ist es noch nie passiert, daß ich aus den Kreisen der Fraktion, der Partei — und bis in diese Stunde habe ich noch Briefe über Briefe bekommen — so zahlreiche Aeußerungen der Zustimmung empfangen hätte, wie gerade jetzt von der Masse der Parteigenossen, auch aus der Schweiz, Oesterreich, Belgien, England. Von deutschen Genossen, nicht von den andern. Diese alle waren froh, daß nun endlich einmal sozusagen der Katze die Schelle umgehängt wurde. (Lebhafter Beifall.) Das war die Stimmung, von der man in Berlin und speziell in unsrem Centralorgan so ganz und gar nichts gesehen und gehört hat. (Lebhafte Zustimmung. Rufe: Leider!) Es ist rein zum verwundern, aber es bleibt dabei, man hat an den entscheidenden Stellen die Fühlung verloren, das Verständnis verloren, man ist nicht mit der Parteiseele in Kontakt, man ist nicht im stande, aufzufassen, was da vorgeht. Haben wir jemals in den 40 Jahren seit Bestehen der Partei einen solchen Sturm der Entrüstung erlebt, wie anläßlich dieser Frage? Im wesentlichen freilich erst, nachdem Genosse Vollmar seinerseits in die Arena trat und nicht nur das aufnahm, was Bernstein gesagt hatte, sondern es in seiner Art noch erweiterte, vertiefte und schärfer begründete. Vollmar liebt es, selten aufzutreten, namentlich in einer programmatischen Form, aber wenn er glaubt, daß die Stunde gekommen sei, einmal mit der ganzen Macht seiner Person einzutreten für eine Sache, dann tut er es in einer gewissen feierlichen Weise, es ist dann gerade so, als wollte er jetzt auf einmal eine neue Lehre verkünden. (Heiterkeit und Zustimmung.) So war es auch in München. Ich war schon der Meinung, die Geschichte sei aus und wir würden uns nur noch in der Fraktion damit beschäftigen. Ich sagte mir schon: nun kannst Du auch einmal ruhig schlafen. (Heiterkeit.) Da kam die Nachricht aus München von der Rede Vollmars. Man erinnert sich an das Auftreten Vollmars 1891; als er im Kolosseum seine Programmrede hielt, wofür er von den bürgerlichen Parteien mit Jubel begrüßt wurde. Damals wurde gesagt: Ja, das ist der einzige Mann in der Partei, der weiß, der Zeiten Puls zu fühlen. So auch jetzt. Es war speziell Herr Naumann, der hier vor mir sitzt, der ihn förmlich beschwor: „Sie sind der Mann der Situation! Steigen Sie doch hernieder vom bayrischen Gebirge, stellen Sie sich an die Spitze, alles Volk wird Sie mit Jubel empfangen.“ (Große Heiterkeit.) Mit dem Jubel war es freilich anders. Ein Jubel war zwar in München vorhanden; dort ist er immer vorhanden, wenn Vollmar kommt. (Heiterkeit.) München ist das Capua der deutschen Sozialdemokratie. (Große Heiterkeit.) In München wandert keiner auf die Dauer ungestraft unter den Bierkrügen. (Erneute Heiterkeit.) In München gehen die stolzesten Parteisäulen nach einer Zeit zu Grunde. Da seht Euch diesen Parvus an (Heiterkeit), auf den jeder noch vor kurzem geschworen hätte, daß er ein ganz unverfälschter Radikaler sei. Und diese stolze Säule, nachdem sie einige Zeit in München gestanden hat, ist gebrochen und liegt zerbrochen im Haidhäuser Moos. (Große Heiterkeit.) Freilich, als ehemals Radikaler ist er anders gebrochen als ein Revisionist brechen würde, aber er ist doch gebrochen. Es ging ihm wie manchen, der nach München zog, als ein braver, prinzipientreuer, fester Genosse — ich sehe so einige hier sitzen an mehreren Tischen. (Große Heiterkeit.) Nach ein paar ahren in München waren sie an Geist und Seele gebrochen. So sind meine Eindrücke, id wenn ich selbst nach München ziehen sollte, ich glaube, ich würde mich vor mir lber fürchten. (Stürmische Heiterkeit.) Vollmars Auftreten wurde nicht nur on der Mehrzahl der Münchener Genossen bejubelt und beklatscht, sondern auch n der bürgerlichen Presse fast ohne Ausnahme. (Sehr richtig!) Es ist ja allählich in unsrer Partei dahin gekommen, daß es gewisse Kreise von Leuten ebt, die eine ganze Corona bürgerlicher Journalisten als Korybanten um sich rsammelt haben. Ich sage nicht, daß sie gerufen worden seien. Nein, diese ben sich an dieselben herangemacht, sie kamen freiwillig, um zu bejubeln,

zu beweihräuchern. Habe ich nicht erst kürzlich gelesen: Vollmar, der ungekrönte König von Bayern! (Große Heiterkeit.) Aber die bayrische Partei will in ihrer großen Mehrheit von seinem ungekrönten König in dieser Frage nichts wissen. (Heiterkeit.) Die Stimmung in Bayern hat mich außerordentlich erfreut. Bayreuth, man denke Bayreuth, ist vorangegangen und hat sich zuerst gegen Vollmars Rede erklärt. Das hat mich mit großer Genugtuung erfüllt. Und so war es in allen großen Städten Bayerns. Da hat es in der bürgerlichen Presse geheißen, die ganze bayrische Landtagsfraktion ist der gleichen Meinung wie Vollmar. Aber wenige Tage später erklärt unser alter 78jähriger Parteigenosse Gabriel Löwenstein, der als Delegierter hier ist: Ich nicht! (Lebhafter Beifall.) Und Segitz erklärt ebenso prompt: Ich nicht! (Bravo!) Daß Haller gleichfalls den Vollmarschen Standpunkt ablehnt, nun, das war nicht anders zu erwarten. (Heiterkeit.) Nur einer, Franzel Ehrhart, der Pfalzgraf am Rhein (Stürmische Heiterkeit.) hat bis heute geschwiegen (Meister: Nein, er hat auch schon gesagt, daß er da nicht mitmacht.) So? Das freut mich. Ich dachte schon, auch Du (zu Ehrhart) bist verloren. (Große Heiterkeit.) Wenn man so einen Bundesgenossen gewinnt, wie Dich, dann ist das viel wert. Und diese Stimmung brach aus in der ganzen Partei (Stürmische Zustimmung!), nicht veranlaßt von oben, sondern spontan von unten herauf. Ich habe diesmal nicht angefangen, sobald Vollmar gesprochen, nahm die fast ganze Parteipresse klare präzise Stellung gegen Vollmar. Es brach an allen Ecken los. In der ganzen Partei drang von unten her ein einziger Schrei der Entrüstung empor. (Stürmischer Beifall.) Nun, auch das ist bestritten worden. Da hat z. B. Auer in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ — er schreibt ja nur noch dort, die „Neue Zeit“ scheint für ihn nicht mehr zu existieren (Hört! hört!) — in seiner bekannten witzigen Weise gesagt, daß eine sehr nebensächliche Angelegenheit zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgeputzt worden sei. An gehörigem Echo habe es nicht gefehlt, wobei der Umstand, daß die Anregung gerade in die Zeit der sauren Gurke fiel, wohl nicht ohne Bedeutung gewesen sei. Ich bin überzeugt, daß das seine ehrlichste Ueberzeugung ist, die ganz seinem Wesen entspricht. Aber bei keinem Mann in der Partei bedaure ich so tief wie bei Auer, daß er Vorgänge, die beweisen, daß die Parteiseele in vollster Glut ist, so beurteilen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nicht wahr, daß der Streit aus bedeutungslosen Ursachen entstanden ist, das ist eben so falsch, wie die andre Behauptung, daß die vorhergehenden Debatten dieses Parteitages ein Literatengezänk gewesen seien, während diese Reden doch die Partei in ihren Grundvesten erschüttert haben. (Bewegung.) Ein solches Urteil kann nur fällen, wer die eigentliche Grundlage, den prinzipiellen Boden verloren hat. (Sehr richtig!) Was bedeutet es, wie kommt es, daß Auer diesen Vorgängen nicht die geringste Bedeutung beigelegt hat. Gewiß, darin hat er recht, die Parteikämpfe füllen bei uns in der Regel die Sommermonate aus. Diesmal aber hatten wir keine eigentlichen Hundstage. (Heiterkeit.) Daß wir gerade im Sommer diskutieren, kommt daher, weil wir alle, Parteiführer, Fraktionsmitglieder während des Herbstes, während des Winters, bis tief in den Frühling hinein parlamentarisch tätig sind, und erst während des Sommers Zeit haben, uns auf uns selbst zu besinnen, theoretisch zu arbeiten und wenn es not tut zu polemisieren. Ueber die Vizepräsidenten-Frage selbst habe ich mich bereits ausführlich in meinem A kel in der „Neuen Zeit“ ausgesprochen. Hier habe ich mich nicht im einzelnen da ber zu äußern. Ich will die Angriffe auf meinen Artikel beantworten und be hoffentlich auch später Gelegenheit zu antworten. Man hat gesagt, die Sache beruhe auf einer falschen Auffassung von mir: Bebel glaube an ne Verschwörung. Dieser Glaube ist vielleicht angeregt durch Briefe von mir an er Auer: Die habe ich gar nicht gelesen [Bewegung], ich lege immer alle Briefe wäh nd solcher Streitigkeiten zurück), es handelt sich um mehrere Briefe, die ich Dir t is

6 Wochen durch Dich provoziert geschrieben habe. (Auer: ja, ja!) Und nun sagt Auer, er habe bis heute diese Briefe nicht gelesen. (Hört! hört!) Das ist mir lieb zu hören. Ich nehme mir von meiner kostbaren Zeit, um in einer so wichtigen Sache an Dich zu schreiben — er hat mir ja auch seine Ansicht geschrieben — und Du liest sie nicht! (Hört! hört!) Da ich meine Briefe nicht zum Vergnügen schreibe werde ich künftig meine Konsequenzen ziehen. — Wie das Gerücht von meinem Glauben an eine Verschwörung nun auch entstanden sein mag — eine Verschwörung braucht unter Gleichgesinnten nicht zu bestehen, Verständigung macht sich von selbst. In dem Augenblick, wo Genosse Vollmar gesprochen hatte, sprangen seine Freunde von überall her ihm bei, und das war ganz in der Ordnung. Da kam das Eingesandt in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, weiter trat Heine für Vollmars Ansicht ein in Berlin, Südekum in Nürnberg, Dreesbach in Mannheim, Kolb in Karlsruhe, Göhre sogar kam mit einem großen Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme“. Damals war man nicht der Meinung, daß es sich um eine kleine, nebensächliche Frage handle. Erst als man sah, wie die Stimmung in der ganzen Partei war, merkte man, daß man eine böse Sache eingerührt habe und um eine Niederlage zu vermeiden vor dem versammelten Parteitag (Lebhafte Zustimmung.), da kam aus Fürstenwalde (Heiterkeit!) — die Fürstenwalder sind gute, brave Genossen, aber, sie werden mir's verzeihen, führend sind sie nicht (Sehr richtig!) — kam aus Fürstenwalde die bekannte Resolution, die da sagt: ach, das ist dummes Zeug, die Vizepräsidenten-Frage ist eine ganz unbedeutende Sache. Und alsbald echote es aus allen Ecken und Enden, aus denen es vorher geklungen hatte: Jetzt muß die Partei zur Machtteilnahme kommen — denn das ist der Sinn der Vollmarschen Rede — jetzt echote es: Es ist ja gar keine Haupt- und Staatsaktion. Man schwenkte um. (Sehr richtig!) Also erst dann, als man sah, daß Neunzehntel der Partei den Vollmarschen Standpunkt mißbillige, da war es auf einmal keine Frage der Machterweiterung mehr, sondern eine ganz kleine unbedeutende Formsache, und so kamen auf einmal von allen Seiten voll merkwürdiger Uebereinstimmung Anträge, der Parteitag solle sich nicht damit beschäftigen. Ja, wenn wir hinter einer chinesischen Mauer lebten, dann wäre die Sache eine andre. Aber so ist es nicht; die ganze Welt — wir können es mit einem gewissen Stolz sagen — sieht auf uns und jede Regung in unsren Reihen wird von ganz Deutschland aufmerksam verfolgt. Auf der andren Seite werden alle diejenigen, die seit zwölf Jahren alle paar Jahre wenigstens einmal und in den letzten fünf Jahren jedes Jahr ununterbrochen zu diesen Dissonanzen Veranlassung gegeben haben, von der bürgerlichen Presse, von deren Standpunkt aus ganz mit Recht, gelobt und als die großen Staatsmänner mit dem weiten Blick usw. geschildert. Man will auf diese Weise, wie ich schon einmal gesagt habe, die Partei förmlich auseinanderloben. Das ist unter Formen und in einer Weise geschehen, daß ich sagen muß, es hat mich manchmal angeekelt. (Beifall.) Gewiß, dafür können die Betreffenden nichts, sie haben es nicht veranlaßt. Aber wenn mir so etwas passierte — es kann mir ja nicht passieren, und ich freue mich dessen. So lange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. (Lebhafter Beifall.) Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen. (Stürmischer Be[illegible]fall.) Also es wäre Torheit zu verlangen, daß mich die bürgerliche Presse lo[illegible]n sollte — aber wenn mir je solche Lobhudelei zu teil würde, wie sie einem Te[illegible] unserer Genossen gezollt wurde, so würde ich doch einmal dazwischen fahren un[illegible] diesen Leuten sagen: was gehen Euch unsre Angelegenheiten an, kümmert Eu[illegible]h um Eure Sachen und haltet den Mund über unsre Angelegenheiten. Alle Eure Lo[illegible]eserhebungen sind vergeblich und haben keinen Zweck. Das hätte gesagt we[illegible]den müssen! Dort sitzt der Genosse Heine. Im Winter 1901/02 kam ich im Re[illegible]stage eines Tages zu ihm und sagte ihm: Heine, haben Sie gelesen, was

Herr v. Gerlach über Sie geschrieben hat? Nein, sagte er; worauf ich ihm sagte: dann lesen Sie es, bitte, dieser Herr v. Gerlach lobt Sie noch aus der Partei hinaus. Das ist ein gefährlicher Freund; sagen Sie Herrn v. Gerlach, er möge diese unangenehme, Ihnen notwendig widerliche Loberei nicht so offen zu Tage treten lassen! Darauf antwortete mir Heine: Sie haben recht, das will ich ihm bei erster Gelegenheit sagen. Aber bis in die letzte Zeit hat Gerlach weiter gelobt. Er hat Artikel über Heine geschrieben, von denen ich sagen muß: wenn über meine Person so etwas geschrieben würde, ich hätte mich geschüttelt. Was es nun mit diesem „Machtzuwachs" auf sich hat, ist ja mittlerweile bis zum Ueberdruß klar geworden. Ich habe schon in meinem Artikel in der „Neuen Zeit" die Urteile der bürgerlichen Presse erwähnt. Ich bin mit Vollmar, mit dem ich bis Ende der achtziger Jahre immer in Uebereinstimmung war und den ich immer an meiner Seite hatte, in eine Reihe von schweren Konflikten gekommen. Seit 1890/91 sind wir in einer Reihe der wichtigsten Fragen immer mehr auseinander gekommen. Aber ich kann wohl sagen, daß das unsrer gegenseitigen persönlichen Achtung nicht den geringsten Eintrag getan hat. Da hat man nun gesagt: es sei die Rivalität der Führer, für zwei Alexander sei in der Partei kein Platz und bei diesen ganzen Differenzen sei Eifersucht mit im Spiel. Ich habe darauf schon wiederholt geantwortet: Für uns beide ist reichlich Platz in der Partei und für viele andre noch dazu. Die Kreise, die Vollmar verehren, sind ganz andre, als diejenigen, die mir Sympathie bezeugen. Und wenn es auch die gleichen Kreise wären, so würde ich sagen, was Goethe in Bezug auf Schiller und sich gesagt haben soll: Hört doch auf zu streiten, wer von uns beiden der Bessere und meinetwegen der Größere ist, seid froh, daß ihr uns beide habt. (Lebhafter Beifall.) Ich sage, es wäre lächerlich, wenn solche Gefühle der Eifersucht uns beherrschen sollten. So oft wir auch in der heftigsten Weise aneinandergeraten sind, zuletzt haben wir doch immer wieder in der freundschaftlichsten Weise verkehrt. Unsrem persönlichen Verkehr haben diese Differenzen in keiner Weise geschadet, also bleibt uns mit diesem elenden erbärmlichen Gerede vom Leibe, das ist nicht wahr. Niemals ist mir auch nur eine Sekunde lang der Gedanke gekommen, Vollmar will Dir nicht wohl, weil Du eine große Popularität in der Partei hast, und ich denke, er hat etwas Derartiges auch nicht von mir gedacht. Das traurigste nun bei dieser ganzen Affäre ist, daß schließlich selbst die Blätter der bürgerlichen Presse, die anfangs die Revisionisten in dieser Frage unterstützt hatten, sie am meisten verhöhnten und im Stich ließen, daß diese bürgerlichen Blätter, nachdem sich gezeigt hatte, wie die Stimmung der großen Mehrheit der Partei war, es zuletzt nicht unterlassen konnten, gewissermaßen dem toten Löwen noch einen Fußtritt zu versetzen. Das tut mir um diese Männer leid. Ich habe schon in der „Neuen Zeit" auf einen Artikel der „Frankfurter Zeitung" hingewiesen, und ich habe hier eine neue Auslassung des Berliner Vertreters der „Frankfurter Zeitung". Auch von dieser Auslassung brachte der „Vorwärts" kein Wort. Ich will hier nebenbei bemerken: Genossen, das muß anders werden, daß die wichtigsten Parteiblätter es nicht für der Mühe wert halten, ihre Leser von solchen Stimmungen und Urteilen zu unterrichten. (Sehr richtig!) Hätte speziell das Centralorgan in den letzten Jahren in dieser Beziehung seine Pflicht und Schuldigkeit getan und gesagt: das wird über Vollmar, Bebel, Kautsky, über die in der Partei herrschenden Strömungen gesagt. Es wäre besser gewesen. Aber man soll nicht denken: Was wird das auf die „Herdenkinder" für einen Eindruck machen, die nicht urteilen können. Nein, ich verlange, daß die Partei zur Wahrheit und Klarheit und Mannbarkeit auch in dieser Beziehung erzogen wird. (Lebhafter Beifall.) Ich wünsche, daß die Genossen über alles aufgeklärt werden, und wenn das allezeit geschehen wäre, dann wären die Dinge niemals so weit in der Partei gekommen, wie sie leider gekommen sind, dann hätten die Parteigenossen beizeiten eingegriffen und den Betreffenden

gesagt: Hört mal, das geht so nicht weiter! Wir sehen, wie das, was Ihr tut oder sagt, in der gegnerischen Presse ausgebeutet wird, wie man Euch da mißversteht, das geht nicht! Hätte der „Vorwärts“ den Artikel „Parteimoral“ in seinen entscheidenden Stellen mitgeteilt und hätte ihn der „Vorwärts“ nur mit 10 Zeilen kritisiert, dann würde die Partei bei ihren jetzigen Verhandlungen einen vollen Tag gespart haben. (Eisner ruft: Ich hatte den Artikel ja nicht gelesen!) Daraus mache ich Ihnen keinen Vorwurf; deswegen werde ich aber vorschlagen, das künftig zu ändern. Und wenn ein so fleißiger Mann wie Sie, den ich für den politischen Teil des „Vorwärts“ geradezu für unersetzlich halte, für diese Sachen keine Zeit hat, so antworte ich Ihnen: Ich wünschte überhaupt nicht, daß Sie sich hierum kümmern. Sie sind ein vorzüglicher Genosse und ein ungewöhnlich tüchtiger Journalist, aber für diese Sachen wünschte ich einen andern, denn dazu sind Sie noch ein zu junger Genosse. Sie kennen die Geschichte der Partei nicht, Sie kennen die Persönlichkeiten und die Verhältnisse nicht und so kommt es, daß Sie neben Ihren so glänzenden und geistig hoch stehenden Artikeln über die Partei zuweilen Dinge schreiben, bei denen wir älteren Genossen einfach die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. (Eisner ruft: Das ändert sich aber doch mit jedem Tage.) Ja, Genosse Eisner, das dauert mir aber zu lange (Große Heiterkeit), da kann die Partei inzwischen unendlich viel Schaden leiden. Deswegen möchte ich, daß Sie in diesem Teile des „Vorwärts“ depossediert und auf den Teil beschränkt werden, in dem sie in großartigster Weise der Partei dienen, und ihre Aufgabe voll erfüllen können. Es ist nicht irgend welche persönliche Animosität, die mich hierbei leitet, sondern im Gegenteil Hochachtung und Hochschätzung für Ihre Person. Es ist ja selbstverständlich, daß jeder Genosse an die Stelle gesetzt werden muß, an die er nach seinen Fähigkeiten gehört. Nun hören Sie weiter: Als derselbe Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“, der anfangs alles tat, um Vollmar zu engagieren, merkte, wie die Dinge in der Partei lagen, führte er in einer Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ aus, „wenn man glaube, daß sich die Mehrheit, selbst wenn die Sozialdemokraten auf die gestellten Bedingungen eingingen, auf einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten einlassen würde, so sei man sehr im Irrtum. Soweit seien wir noch lange nicht, davon werde erst die Rede sein können, wenn einmal die Partei sich weiter umgewandelt habe . . . (Hört! hört!) Wenn dieser neue Geist in die Partei eingekehrt sein würde, dann sei die Stunde gekommen, wo man der Frage näher treten könne! Auch den Nationalliberalen und selbst dem Centrum falle es nicht ein und könne es nicht einfallen, einen Sozialdemokraten auf den Vizepräsidentenstuhl zu setzen. Das solle jetzt nachdem dieser Streit sich zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung ausgewachsen hat, mit aller Offenheit noch einmal gesagt werden.“ Hier kommt zum Schaden noch der Hohn! Da sagt man zu uns: Wir haben euch dahin gebracht, daß ihr euch jetzt in den Haaren liegt; aber das ist ein Streit um des Kaisers Bart, wir denken gar nicht daran, euch den Vizepräsidentenposten zu gewähren; ihr habt euch wochenlang gestritten, aber alles um nichts! Kann man sich denn eine größere moralische Niederlage von den Leuten holen, die einen erst unterstützt haben? (Sehr richtig!) Machtfragen! Es soll sich um Machtzuwachs handeln: das ist ja überhaupt die Frage des Revisionismus, man will schließlich in der Regiernng Macht erwerben, so denkt man hüben wie jenseits der Vogesen; wenn wir mal erst einen sozialdemokratischen Geheimrat in einem Ministerium hätten, oder einen Unterstaatssekretär oder gar einen Staatssekretär! Was wäre denn dann? Nehmen wir einmal an, man nehme den tüchtigsten aus Ihren Reihen und machte etwa Vollmar zum Staatssekretär des Innern. Glauben Sie, daß er dann Gesetzentwürfe machen könnte, wie er wollte. Da steht die ganze Bourgeoisie, die heute kaum ihre eignen Männer in der Regierung hat, und die sollte einen Sozialdemokraten hineinkommen lassen; das wäre doch nur dann denkbar, wenn

sie ganz genau wußte, daß sie dadurch die Sozialdemokratie von innen heraus zertrümmern und zu etwas andrem machen könnte, als sie jetzt ist. (Stürmischer Beifall.) Der Kaiser hat ja jene Randbemerkung gemacht: „Ja, wenn wir einen Millerand hätten!“ Ich würde, wenn man mich fragte, sagen: wir haben ja Vollmar, der ist Millerand mindestens ebenbürtig. Wenigstens läuft seine Taktik auf die Millerands hinaus, und das ist meiner Meinung nach der große Fehler. Die Dinge gehen bei uns freilich anders, als anderwärts. Bei uns heißt es in letzter Stunde stets: biegen oder brechen, und da es nicht biegt, so bricht es. Setzen Sie einmal den Fall, man verspräche sich in den maßgebenden Kreisen Vorteile davon, man würde glauben, damit Eindruck auf die Arbeiter zu machen, wenn man einen aus unsren Reihen in die Regierung aufnehme. Glauben Sie denn daß das ohne Konzessionen abginge? Do ut des! Diesen Grundsatz der Politik kennt niemand besser als Vollmar und dafür würden wir ein Stück Macht eingeräumt erhalten, das viel unbedeutender ist, als Sie glauben. Die Nationalliberalen haben seit Jahr und Tag den langen Möller in der Regierung sitzen. Vor vierzehn Tagen las ich in dem nationalliberalen „Hannoverschen Kurier“ einen Artikel, der darauf hinauslief: Verehrter Genosse, machen Sie so schnell wie möglich, daß sie aus dem Ministerium herauskommen; Sie können uns dort nichts nützen, sie kompromittieren uns nur. (Hört! hört!) So geht es sogar der nationalliberalen Partei — also nehmen wir den Fall, daß für unsre Partei etwas ähnliches möglich wäre, dann würde man uns sagen, Wurst wider Wurst, wir machen euch Konzessiönchen, aber nun seid so gut und stimmt auch für den Reichsetat! Ihr müßt jetzt das Militär-, das Marinebudget, das Kolonialbudget, die auswärtige Politik, die indirekten Steuern, die Lebensmittel-Zölle, die Liebesgaben akzeptieren, den ganzen Etat mit Haut und Haaren verschlucken, dann machen wir euch Konzessionen. Wie hieß es doch einmal in jener Rede von Heine: Kanonen gegen Volksrechte! (Heine: Also Sie bringen diese Geschichte doch wieder vor!) Etwas Naiveres als diese Rede habe ich nie gehört. Ich habe schon wiederholt gesagt, eine starke Regierung bedeutet ein schwaches Parlament. Je stärker Ihr die Regierung macht, um so mehr festigt Ihr die Regierung und setzt sie in den Stand, uns zu zwiebeln und alles zu verweigern. Man sagt, wer denkt denn überhaupt an solche Dinge. Man denkt freilich daran. Vollmar stellte in München den Satz auf: man solle den Kampf speziell auf einzelne Aufgaben und einige naheliegende Punkte konzentrieren, und er nannte als solche Punkte das Koalitions-, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Beseitigung der Lebensmittelzölle, den Normalarbeitstag. Wie es mit den Lebensmittelzöllen aussieht, haben wir ja eben erlebt. Bisher nannte man diese Politik englische Gewerkschaftspolitik. Das ist keine prinzipielle Politik mehr, damit kommen wir in eine schiefe Position. Auf dem Frankfurter Parteitag haben wir uns über die Budgetfrage unterhalten. Die bayrischen Genossen hatten für das Budget gestimmt. Damals hielt die stärkste Rede gegen Vollmar Genosse Auer, heute würde er diese Rede allerdings wohl nicht mehr halten. (Auer: Sehr richtig!) Die Frage wurde damals infolge eines sehr ungeschickten Amendements von Stadthagen nicht klar gelöst (Stadthagen: Das Amendement war sehr gut!) na Sie sind ja unkorrigierbar! (Große Heiterkeit.); wenn Sie mal eine Ansicht haben, so lassen Sie nicht davon ab. Das Amendement war ein großer Fehler. Der Revisionismus ist besonders bei den Süddeutschen zu Hause, das ist wohl nicht allein der Einfluß von München-Capua oder von Bier und Wein, der die Leute gemütlicher macht, sondern es sind die weniger entwickelten ökonomischen Verhältnisse in Süddeutschland schuld daran. (Sehr richtig!) Deshalb sollte man aber gerade von Süddeutschland aus nicht versuchen, dem weiter entwickelten Norddeutschland eine neue Taktik aufzuzwingen. Das ist es, was ich mit Nachdruck bekämpfe. Die Budgetfrage ist dann später in Lübeck nochmals zur Verhandlung gekommen. Die süddeutschen Abgeordneten versammelten

sich auch 1899 in Würzburg, luden aber nur die sogenannten Bernsteinianer ein, und dort kam man überein, künftighin für das Budget zu stimmen. (Hört! hört! Ehrhart ruft: Die süddeutschen Abgeordneten!) Gewiß, Abgeordnete! Ich habe nicht gesagt, daß Bernstein geladen war, aber diese Genossen nannten sich damals Bernsteinianer. Man kam dort überein, für das Budget zu stimmen, aber ein Teil der Abgeordneten war andrer Ansicht, z. B. Löwenstein und v. Haller. Gewiß steht es ja mit Bezug auf die Budgetfrage in den Einzelstaaten etwas anders als mit dem Reich, aber die Regierungen der Einzelstaaten sind doch zugleich die Regierungen, aus denen der Bundesrat zusammengesetzt ist. (Sehr richtig.) Man könnte höchstens dann für das Budget stimmen, wenn in dem betreffenden Bundesstaat das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht für alle Vertretungskörper bestände, wenn keine bürgerlichen Parteien uns dort vorgezogen würden, wenn die Ersten Kammern, überall der Hemmschuh des Fortschritts, beseitigt wären, wenn jeder Sozialdemokrat in jede staatliche Stellung gelangen könnte, wenn auch die Angehörigen der Armee sich nicht zu scheuen brauchten, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, wenn wirkliche Preßfreiheit vorhanden wäre. Wenn alle diese Bedingungen erfüllt wären, dann würde ich mir allenfalls die Frage vorlegen, ob ich das Budget bewilligen könnte. Ich würde dann aber die betreffende Regierung weiter fragen: Wie steht Ihr denn zum Reich, wie habt Ihr Euch da verhalten? Wer hat denn das Sozialistengesetz 12 Jahre lang über uns verhängt? Es ist einstimmig vom Bundesrat angenommen worden. Wer hat 1890, als das Sozialistengesetz fiel, die Novelle zur Gewerbe-Ordnung mit der famosen kriminellen Bestrafung des Kontraktbruchs und der Verschärfung des § 153 eingebracht? Sämtliche Regierungen, die süddeutschen mit einbegriffen. Wer hat die Umsturzvorlage, wer die Zuchthausvorlage eingebracht? Es waren sämtliche Regierungen, die süddeutschen eingeschlossen. Wie stehen denn alle diese Regierungen zu Militär-, Marine- und Kolonialfragen, zu den Fragen der indirekten Steuern auf Massenkonsumartikel, den Liebesgaben? Will man hier etwa eine Zweiseelen-Theorie konstruieren? Da haben wir jahrzehntelang die Nationalliberalen verhöhnt, daß sie eine solche Theorie anerkennen, und jetzt sollte sie bei uns aufleben? Das darf nicht sein, und deswegen schon muß jeder Schritt in dieser Richtung auf das entschiedenste bekämpft werden. Haben wir nicht gehört, wie Auer und Schippel in Hamburg die neue Kanonenvorlage zu rechtfertigen suchten? War es nicht Schippel, der in den „Sozialistischen Monatsheften" in der bittersten Weise unsre Milizforderungen verhöhnt hat? Als diese Artikel in der Fraktion besprochen wurden, hat niemand von Ihrer Seite Schippel die verdiente Abfertigung zu teil werden lassen. (Hört! hört!) Ist nicht in der Fraktion von einem Genossen gesagt worden: Ja, glaubt Ihr denn, daß wir auf die Dauer das Reichs-Budget werden verweigern können? (Hört! hört! und große Bewegung.) Wie ist es möglich, daß hierüber eine solche Frage gestellt wird, eine Stellung, die die Basis unsres ganzen Kampfes bildet? (Lebhafter Beifall.) Wenn bei jeder Gelegenheit immer und immer wieder in dieser Richtung gearbeitet wird, so sage ich: Donnerwetter, wenn es so weit geht, dann ist das die alte Sozialdemokratie nicht mehr, dann werden wir zum Gespött der Gegner, dann ist es wirklich sehr weit gekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Was weiter die Wahlrechtstaktik unsrer Freunde in Bayern im vorigen Jahre anlangt, so habe ich diesen schon damals erklärt, wenn das Gesetz auf Grund Eurer Resolution angenommen wird, dann hat das Centrum auf absehbare Zeit die absolute Mehrheit in Eurer Kammer, dieselbe Partei, die wir jetzt auf Leben und Tod bekämpfen und die heute mehr denn je die kulturfeindlichste und reaktionärste ist. (Sehr wahr!) Wenn überhaupt eine Partei ihre Interessen in der bayrischen Wahlrechtsfrage vertreten hat, so ist es das Centrum. Dies Lob muß ich hier aussprechen, meinen eignen Parteigenossen kann ich es leider nicht aussprechen. (Gut! Hört!) Weiter der Mainzer Beschluß

über die Eisenbahngemeinschaft! Wir hatten darüber in Mainz vollständig klare Bahn geschaffen. Gerade Calwer, der wahrhaftig kein Radikaler ist und sich vielfach Vollmar viel mehr nähert als mir, hatte die Resolution beantragt, wonach die Verkehrswege unter die Oberhoheit des Reiches kommen sollen. Und das ist selbstverständlich, denn wie die kapitalistische Gesellschaft in Deutschland eine einheitliche Handels- und Gewerbegesetzgebung nötig hat, so auch eine einheitliche Verkehrspolitik und die forderte auch der Mainzer Parteitag. Gegen diese Resolution hat man ein Pronunziamento inszeniert und beschlossen, für die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft Propaganda zu machen. (Hört!) Als man aber heimging, sah man, daß die Situation in den süddeutschen Staaten so verfahren war, daß man nicht einmal wagte, diesen Antrag auch nur anzuregen in einem der süddeutschen Länder. Wenn Männer von der Bedeutung Vollmars solche Fehlschlüsse und Fehltritte machen, so muß das doch an etwas andrem als am Zufall liegen, so liegt das daran, daß ihr ganzes Fühlen und Denken in Bezug auf die Partei, ihre Grundsätze und ihre Taktik gegen früher sich total geändert haben. (Vielfache Zustimmung.) Der Revisionismus zeichnet sich vor allem auch durch seine große Bescheidenheit aus. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das ist sogar ein Hauptunterschied. Mit der geringsten Kleinigkeit ist man zufrieden, nur nicht drängeln, nur keine Aufregung, nur die Massen nicht in Mitleidenschaft ziehen. Wenn irgendwo, so hätte man in der bayrischen Wahlrechtsfrage die ganzen katholischen Arbeiter auf unsre Seite bringen können. Aber dann hätte man in öffentlichen Versammlungen dagegen protestiert, daß man das Wahlrecht vom 21. Lebensjahr an aufgeben wollte, protestiert dagegen, daß man die Karenzzeit von 6 Monaten auf ein Jahr erhöhen wollte, protestiert dagegen, daß man die Aufenthaltszeit für das Wahlrecht verlängern wollte und damit 150 000 Männer, die jetzt das Wahlrecht haben, entrechten will. Das hätte man sich in den Volksversammlungen in München, Nürnberg, Würzburg, Erlangen usw. nicht gefallen lassen, das hätte man der Fraktion gehörig gesagt, und um das zu vermeiden, dachte man: „Nur Ruhe, Ruhe! Kein Geräusch gemacht, bei Tage nicht und nicht bei der Nacht! Wir mogeln hinter verschlossenen Türen, wir werden die Sache schon zu deichseln wissen; nur nicht die Masse aufrühren, das könnte uns unsre Zirkel stören!" (Unruhe. Sehr richtig!) Das ist, ins Praktische übersetzt, ein Stück von der Parteimoral, die Bernhard in seinem Artikel ausgesprochen hat. (Sehr richtig!) Jene denken: „Je bescheidener wir sind, desto leichter siegen wir"; ich sage: „Je bescheidener wir auftreten, desto weniger kriegen wir". (Zustimmung.) Marx sagt in seinem „Kapital": „Kann man keine notwendige Entwicklungsphase überspringen, so kann man doch ihre Dauer abkürzen." O, es giebt keinen größeren Realpolitiker, als den in unsren eignen Reihen viel verkannten Marx. Man kann eine Entwicklungsphase nicht überspringen, aber abkürzen. Unsre ganze Tätigkeit geht darauf hinaus, die Entwicklungsphasen abzukürzen, um die sozialistische Gesellschaft herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei den Revisionisten aber heißt es gerade umgekehrt: Ach, nicht so rasch! nicht so drängeln! Das sind nicht die Worte, aber der Sinn: die Massen sind noch nicht reif! Wie könnt Ihr Euch einbilden, daß diese Massen imstande wären, wenn uns heute die Regierungsgewalt zufiele, sie benutzen zu können? Da antworte ich: Ach, zerbrecht Euc doch nicht die Köpfe der andren! Was wißt Ihr denn davon, was wir Intelligenz auf unsrer Seite haben, wenn wir die Massen auf unsrer S haben? (Sehr gut!) Was haben nicht alles unsre Parteigenossen in den werkschaften, in den Krankenkassen, in den Gewerbegerichten, in den Parlamen geleistet! Was haben speziell die Männer, die aus dem Proletariat in Parlament gekommen sind — ich rede jetzt nicht von den Akademikern — geleis Wie haben diese Männer im letzten Frühjahr und Sommer ihre Stellung in Kommission für den Zolltarif ausgefüllt! Ich sage Euch ehrlich: ich hab

erwartet, daß sie ihren Mann stellen würden, aber darüber, daß sie ihre Pflicht in so großartiger Weise getan haben, bin ich von Bewunderung erfüllt gewesen. (Hört! hört!) Fragt einmal die Regierungsvertreter, die Vertreter der bürgerlichen Parteien, welches jammervolle Schauspiel es war, wenn bei einzelnen Positionen höchstens mal ein Interessent aus eigennützigen Motiven sprach, von seinem engherzigen Standpunkt aus, während von unsrer Seite die Baudert, die Zubeil, die Antrick und wie sie alle heißen, zum Teil über die schwierigsten Themata mit vorzüglicher Sachkenntnis sprachen. So hat z. B. Antrick über eine Reihe der schwierigsten chemischen Fragen in einer Weise referiert, daß die Regierungsvertreter Mund und Augen aufsperrten. Also, was wißt denn Ihr von der Intelligenz in den Massen? Ihr habt ja gar keine Ahnung davon! (Sehr gut!) Noch in jeder großen Volksbewegung haben sich zur rechten Stunde auch die rechten Männer gefunden. Und wenn es je eine große Kulturbewegung in der Welt gegeben hat, die ihre rechten Männer und auch ihre Frauen zeugte, so ist es die der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir morgen durch irgend einen Umstand unsre Gegner von ihren Sitzen verdrängen und uns selbst hinsetzen könnten, so macht Euch darüber keine Sorgen, wir würden schon wissen, was wir zu tun hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Ach, diese kleinlichen Gesichtspunkte, diese Engherzigkeit, diese Schüchternheit, dieses ewige beruhigen, temporisieren, diplomatisieren, kompromisseln! (Große Heiterkeit und Beifall.) Natürlich ist alles staatsmännische Genie auf Seite unsrer Revisionisten (Heiterkeit), alles diplomatische Geschick auf ihrer Seite. Ihr staatsmännisches Genie sieht man schon auf tausend Meter Entfernung (Heiterkeit) und ihr staatsmännisches Geschick riecht man schon auf hundert Meter. (Erneute große Heiterkeit.) Darauf sage ich Euch: diese Prinzipienreiter, die Leute, die den alten idealen, revolutionären Standpunkt der Partei heute mehr wie je vertreten, das sind keine Diplomaten, keine Staatsmänner, wollen keine sein — aber ich sage: merkt man einem an, daß er ein „Staatsmann" ist, dann ist er schon keiner mehr. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Läßt jemand sich den Diplomaten anmerken und spricht er es womöglich auch noch aus, dann hört er auf, es zu sein. (Sehr richtig!) Es ist mit einem Wort das Streben der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Die Vertuschung, die Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft. Das ist das Streben, das die Männer, die sich Revisionisten nennen, in der Partei haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. (Zustimmung.) Das sind die „Schlaumeier", die immer erst horchen: „Wie steht's da, wie steht's hier?" (Heiterkeit.), die immer spüren, wo die Majorität ist, und dorthin gehen sie dann. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Sorte haben wir auch in unsrer Partei. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Eine ganze Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen ans Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denunzieren (Zuruf: denunzieren!?), ja, ich sage ja, denunzieren, damit die Genossen wissen, was das für halbe Leute sind. Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen, entweder er siegt oder ich, aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder ıren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: wir sind ja le einig, sind ja alle Brüder, das sind die allerschlimmsten! (Lebhafte Zu- ımmung.) Die bekämpfe ich am allermeisten. (Stürmischer Beifall!) Wenn ier hier noch ein Zweifel wäre in dieser Frage, ob diese Ansicht richtig ist, würde ich meine beste Rechtfertigung finden in den Aeußerungen der Feinde. ie sind für mich das beste Barometer. (Lebhafte Zustimmung.) Ich frage ber: ist nicht die revisionistische Richtung von unsern Gegnern in jeder Weise

gehätschelt und gelobt worden, hat man sie nicht moralisch, so viel man konnte, unterstützt? Die „Frankfurter Zeitung" ist sozusagen schon als ein Organ der Revisionisten bezeichnet worden, und genau dasselbe hätte man von der Naumannschen „Hilfe" sagen können. So sehr ich von Herrn Naumann abweiche, so sehr ich glaube, daß er keinen politischen Weitblick hat, in Bezug auf die Taktik, die er uns gegenüber anschlug, war er in der Regel sehr geschickt. (Ruf: Und Erfolg hatte er doch nicht!) Gewiß, er hatte keinen Erfolg. Denkt Ihr denn, Genossen, ich glaube daran, daß der Revisionismus in unsrer Partei einmal Erfolg haben wird? (Stürmische Zustimmung.) Nein, Genossen, Erfolg hat er nicht, aber Schaden stiftet er in der Partei an. (Sehr richtig!) Er zersplittert unsre Kräfte (Sehr wahr!), er hemmt unsre Entwicklung, er zwingt uns zur Uneinigkeit, er zwingt uns zur gegenseitigen Bekämpfung, wo doch das Gegenteil eintreten sollte. (Sehr richtig!) Eine ganze Reihe von Genossen wird irre geführt. (Sehr wahr!) Daß diese Leute ehrlich kämpfen, das bezweifle ich gar nicht, ich habe es auch selbst in Bezug auf unsre Akademiker erklärt, wie es da steht, wie mancher nur allzu bald wieder das vergißt, was er als Sozialdemokrat gelernt hat, wie viele mehr oder weniger glauben, sie seien eigentlich die geborenen Führer des Proletariats (Zustimmung), wie mehr als einer glaubt, das Proletariat müsse stolz sein, daß er ihm die Ehre erweist, ein Mandat anzunehmen. (Sehr wahr!) Das ist kein böser Wille, das ist kein absichtlicher Verrat, aber es ist ein Uebel für die Partei. Neben den Akademikern kommt dann der andre Teil unsrer Revisionisten, die ehemaligen Proletarier in gehobenen Lebensstellungen (Sehr richtig), Leute, die eben jetzt einen gewissen Abschluß ihrer Lebenslage sehen. Die materialistische Geschichtsauffassung braucht ihr nur anzuwenden, und ihr habt des Rätsels Lösung. Was für alle Gegner gilt, gilt auch für uns. Und dann der Glaube, man habe eine staatsmännische Ader, man sei als diplomatisches Genie geboren. Dieser Glaube in Verbindung mit dem Verkehr mit Leuten der andren Richtung bringt es allmählich dahin, daß man auf Wege kommt, wie ich sie heute hier angedeutet habe. Dann gehören weiter natürlich auch sogenannte Proletarier dazu! Ja, das sind die Unwissenden, die Nichtunterrichteten, das sind diejenigen, die einem Manne folgen, dem sie persönlich achten und dankbar zu sein glauben. Aber wenn es einmal möglich wäre, festzustellen, wie das wirkliche Proletariat in der Partei über den Revisionismus denkt, der Revisionismus würde einen schönen stattlichen Generalstab haben, aber die Armee hinter ihm wäre eine sehr kleine. (Lebhafte Zustimmung.) Und weil nun der Revisionismus nach den letzten Wahlen — ich mache daraus kein Hehl, ich vertusche nichts mehr — in der Fraktion eine besondere Stärkung erfahren hat (Hört! hört!), weil ich weiß, daß die Leute ganz naturgemäß ihre Ueberzeugung in der Fraktion zur Geltung zu bringen suchen, weil ich weiß, daß das aufs neue, wie es schon dagewesen ist, zu unausgesetzten Kämpfen und Reibereien der unangenehmsten und widerlichsten Art führt, da habe ich mir gesagt: Jetzt soll endlich einmal der Parteitag, jetzt soll die Repräsentation der Partei entscheiden, wie von ihrem Standpunkt aus künftig die Taktik der Fraktion festzulegen ist. (Beifall.) Ich habe schon in einer meiner ersten Erklärungen gesagt: „Ich weiß, wir gehen speziell in der Fraktion schweren Kämpfen entgegen über die Taktik, aber ich weiß auch, daß in letzter Instanz, wenn die Partei zu sprechen hat, die Fragen anders entschieden werden als in der Fraktion. (Sehr richtig!) Wir werden mehr als bisher die Partei aufrufen müssen, damit sie Entscheidungen über die Taktik der Frak[tion] trifft." Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir Ihnen die Resolution mit [der] Abänderung, die ich zu Anfang verlesen habe, vorgelegt. Von diesem Gesichtsp[unkt] aus bitte ich Sie, diese Resolution betrachten und beurteilen zu wollen. [Und] wenn Sie glauben, daß die Resolution das ausspricht, was ausgesprochen wer[den] muß, dann stimmen Sie ihr mit ungeheurer Mehrheit (Rufe: Einstimmig!) und ich bin überzeugt, wenn diese Richtschnur gegeben ist und wenn die an[-]

Maßregeln ergriffen sind, die notwendig sind, um künftig Klarheit, Wahrheit und Wissen über alle wichtigen Parteifragen zu verbreiten: dann bin ich überzeugt, daß die Partei ihren stolzen Siegeslauf weiter fortsetzt und daß sie in der glänzendsten Weise ihre historische Mission erfüllen wird. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen vertagt. Eingegangen ist ein Begrüßungs-Telegramm von Genossen aus der Heilstätte Grabowsee. Schluß nach 6½ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag den 18. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 9 Uhr 10 Minuten. Den Vorsitz führt Singer.

Eingelaufen sind zahlreiche Begrüßungen, darunter ein Gruß von der ukrainischen Sozialdemokratie Rußlands. (Bravo!)

Eine Zuschrift des Vertrauensmanns von Düsseldorf erklärt, daß die Voraussetzungen, von denen die Mandatsprüfungs-Kommission nach den Mitteilungen des Referenten Gruenwaldt bei der Prüfung der Düsseldorfer Mandate ausgegangen ist, falsche waren. Beigefügt ist die Protestresolution, die der Mandatsprüfungs-Kommission bereits vorgelegen hat.

Singer bemerkt dazu: Die Mandatsprüfung ist erledigt, wir haben unsrerseits keinen Anlaß, nochmals in diese Angelegenheit einzutreten. (Zustimmung.)

Eingelaufen ist weiter eine Zuschrift des Vertrauensmannes in Kassel, wonach Dreyer, der gegen das Mandat des Delegierten Huhn protestiert habe, dort nicht mehr als Parteigenosse angesehen werde.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Debatte über die

Taktik

wird fortgesetzt. Eingelaufen sind hierzu noch die Anträge 140 (die von Bebel angekündigte Veränderung des ersten Satzes der Resolution 130); ferner als Amendement zu dieser Resolution die Anträge 141 und 142; der Antrag 139.

Antrag 111, der von der Partei den Ankauf von Bauerngütern verlangt (Heiterkeit), ist zurückgezogen.

In der wieder eröffneten Diskussion erhält das Wort

v. Vollmar: Parteigenossen! Bebel hat Ihnen in seinen gestrigen Ausführungen die innere Lage der Partei so geschildert, wie sie sich in seinem Sinne malt, und er hat damit naturgemäß einen großen äußeren Eindruck gemacht. Indem ich mich daran mache, ihm zu antworten, fühle ich, daß ich in einem gewissen Nachteil ihm gegenüber bin; nicht nur deswegen, weil ich mich an glänzender Rednergabe niemals mit ihm gemessen habe, sondern auch vor allem deswegen, weil mir eine Anzahl von Mitteln fehlen, die Bebel, wie im allgemeinen, so auch gestern in seiner Rede angewendet hat. Ich pflege mich weder an die Einbildungskraft noch an das Gefühl zu wenden, sondern ich appelliere an die ruhige Ueberlegung. Ich suche mein Auditorium nicht zu zwingen, sondern zu überreden. Nun hat es ja mit der Art der Parteidiskussionen bei uns meist einen Haken; man kommt bei uns sofort vom Hundertsten ins Tausendste, und gewöhnlich meldet sich bald einer, der in die einfachsten Sachen das Motiv der Leidenschaft hineinträgt, zündende Allgemeinheiten hineinwirft, sodaß es dann mit der Ruhe schnell zu Ende ist. Nach meiner Erfahrung — und ich habe ja leider auch den Vorzug, nunmehr einer Ihrer „Alten" zu sein — ist aber kaum je das Kampffeld im Laufe der Debatte so schnell, so gründlich, bis zum Nichtmehrerkennen verschoben worden und die Sache so vollkommen entstellt worden

wie diesmal. Und es wird meine Aufgabe sein, die in der blinden Hitze aus dem Zusammenhang gebrachten Glieder wieder einzurenken und die Dinge wieder an ihre rechte Stelle zu setzen.

Die Sache ist bekanntlich ausgegangen von der Vizepräsidenten-Frage. Ich habe in meiner Münchener Rede, die ja gedruckt vorliegt, bereits ausgesprochen, daß mir sowohl der Zeitpunkt als die Art, in der die Sache von Bernstein besprochen und begründet worden ist, nichts weniger als behagt hat, und wenn ich hier nicht noch deutlicher geworden bin, so hauptsächlich deshalb, weil ich nicht die Eigenschaft habe, wenn alle Leute auf einen losschlagen, meinerseits auch noch einen Stein auf ihn zu werfen. Nach meiner Meinung war die Anregung an sich und zu diesem Zeitpunkt eine verfehlte, eine ungeschickte. Aber darüber, daß Bernstein ein Recht dazu gehabt hat, die Sache anzuregen, darüber kann doch kein Zweifel sein! Denn wann immer ein Parteigenosse, mag er zu den Führern gehören oder nicht, glaubt, daß eine Frage für die Partei von Bedeutung ist, so steht ihm das Recht zu, innerhalb seiner Organisation oder der sozialdemokratischen Presse die Sache zur Debatte zu stellen. (Sehr richtig!) Und was mich hauptsächlich bewogen hat, auch meinerseits über die Sache zu sprechen, ist die Art gewesen, wie man Bernstein geantwortet und wie man ihn behandelt hat.

Gestern hat Bebel mir gegenüber ausgeführt, man wisse ja, wie in München derartige Dinge inszeniert werden. Der Vollmar spreche ja außerordentlich selten, wenn aber einmal, dann steige er mit seinem ganzen Gewicht von den Alpen hernieder und dann gebe es etwas. Was die angebliche Inszenierung von Münchener Versammlungen betrifft, so möchte ich daran erinnern, daß in der Debatte von 1894 Bebel bereits gegenüber den Münchener Parteigenossen den gleichen Vorwurf erhoben hat, allerdings in einer noch viel schrofferen Form, und daß der damalige Vertrauensmann der Münchener ihm darauf eine Antwort gegeben hat, die er sicher nicht hinter den Spiegel gesteckt hat. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Die Sache kommt bei Bebel eigentlich so heraus, als wenn die Münchener Parteigenossen für ihre Versammlungen erst um hohe obrigkeitliche Bewilligung bei Bebel oder sonst jemand nachsuchen müßten (Sehr gut.), worauf dann, wie bei dem sächsischen „Juwel", die Sache genehmigt oder auch versagt werden könnte. (Heiterkeit.) Bebel meint, wenn ich spreche, so sei es immer, als wenn ich ein neues Evangelium von mir geben wolle. (Heiterkeit.) Ich möchte Bebel sagen, daß ich das Evangelien-Ausgeben, namentlich was die apokalyptischen anlangt (Große Heiterkeit), zu sehr als seine spezielle Angelegenheit betrachte (Erneute Heiterkeit), als daß ich mich da einmischen möchte. Im übrigen zeigt diese ganze Schilderung, daß, wenn Bebels dichterische Kraft einmal in Gang gekommen ist, er ganz und gar unfähig wird, die Dinge in ihrem natürlichen Vorgange zu erkennen. (Unruhe.)

Also die Versammlung fand statt. Bebel wirft mir in der „Neuen Zeit" „Aplomp", „Abkanzlung" und „Ceremonienmeisterei" vor, die ich ihm gegenüber angewendet hätte. Ich würde darauf nicht geantwortet haben, aber weil ich in den letzten Tagen so übermäßig viel von diesem Kapitel habe mit anhören müssen und nicht in die Gefahr kommen möchte, darauf angesehen zu werden, als ob ich ähnliche Gesinnungen hätte (Sehr gut!), — so will ich Ihnen sagen, wie ich in München die Sachen behandelt habe. Ich habe damals gesagt:

„Da kann ich denn mit der Bemerkung nicht zurückhalten, daß die Wei[-] wie die Debatte von mehr als einer Seite geführt worden ist, entschie[den] gerügt und zurückgewiesen werden muß. Wenn ein Parteigenosse seine [An-]sicht über irgend eine die Partei berührende Sache äußert, so setzt er [sich] natürlich der Kritik aus. Aber er hat Anspruch darauf, daß diese Kritik [in] Formen geübt wird, wie sie unter Gesinnungsgenossen und Gleichberechtigt[en] geübt werden muß. Glaubt man, daß er unrecht habe, und daß man selb[st]

klüger sei, so kann man, wenn man es beweisen kann, sich vielleicht ein Verdienst um die Sache erwerben. Aber man wirke mit den Mitteln der Belehrung und Ueberzeugung. So handelt man kollegial, parteigenössisch und kann — auch in viel heikleren und schwerwiegenden Dingen — zu einem fruchtbaren Ergebnis kommen. Aber denjenigen, dessen Meinung einem aus irgend einem Grunde nicht zusagt, sofort wie einen ausgemachten Ignoranten zu behandeln und gegen ihn den herrischen Ton des Schulmeisters oder Vorgesetzten anzuwenden, der persönlichen Gereiztheit so sehr die Zügel schießen zu lassen, daß man Dinge aus seinen Artikeln herausliest, von denen niemals auch nur ein Wort darin gestanden hat — das kann nur verbittern und ist durchaus unzulässig."

Ich überlasse es Ihnen, zu beurteilen, wo die sachliche Beurteilung ist. Ich habe mit Absicht keinen Namen genannt; es steht allerdings etwas später in der Rede der Name Bebel, aber nur in dem Zusammenhang, daß die „Neue Zeit" Bebel mit der Form der Veröffentlichung seiner Erklärung einen schlechten Dienst erwiesen habe. Im übrigen habe ich keinen Namen genannt aus dem Grunde, weil ich der Sache keinen persönlichen Anstrich zu geben wünschte.

Nun hat Bebel sich unzufrieden darüber geäußert, daß von verschiedenen Seiten bei der Gelegenheit die Frage der Meinungsfreiheit berührt worden sei. Er sagt in seinem Artikel: „Mit diesem immer wiederkehrenden Geschrei, die Meinungsfreiheit sei in Gefahr, stellt man der Partei nur ein Armutszeugnis aus und stellt sie nach außen bloß." Ganz gewiß, das tut man, aber ich bin der Meinung, daß das nicht die tun, die sich über eine Beschränkung der Meinungsfreiheit beschweren, sondern diejenigen, welche diese Freiheit beeinträchtigen. (Sehr richtig!) Im übrigen ist es höchst merkwürdig, daß gerade Bebel diesen Vorwurf erhebt, er, der kürzlich ein die ganze Welt erfüllendes Geschrei darüber gemacht hat, weil man ihm ein paar Erklärungen im „Vorwärts" nicht veröffentlicht hat. Das sei der Tod jeder Meinungsfreiheit (Bebel: Sehr richtig!), wenn man ihm (Bebel: Nicht nur mir, sondern jedem andern!) — in dieser Weise die Meinungsfreiheit beeinträchtige. Ob aber jemand die Abgabe einer schriftlichen Erklärung abgelehnt wird oder ob man über jemand, der von seinem Recht, seine Meinung zu sagen, Gebrauch macht, so wie geschehen, herfällt — das ist doch wahrlich kein so großer Unterschied. Seit Jahrzehnten wird ja bei uns bei jeder Gelegenheit bestritten, daß eine Gefahr für die Meinungsfreiheit bestehe. Ja, Genossen, wie mir das Koalitionsrecht auf dem Papier sehr wenig nützt, wenn ich in Wirklichkeit nicht Gebrauch davon machen kann, weil es überall mit Fußangeln und Wolfsgruben umgeben ist, so ist auch die Meinungsfreiheit gar nichts wert, die bloß auf dem Papiere steht. Das ist keine Meinungsfreiheit, wenn sofort, sobald einer den Mund auftut, um etwas zu sagen, was den andern nicht gefällt, diese andern wie ein Rudel Wölfe über ihn herfallen und ihn abschnappen (Sehr richtig!) und ihn wie einen Ignoranten oder Verbrecher hinstellen. Ein so gestaltetes Recht ist ungefähr so viel wert wie das militärische Beschwerderecht. (Sehr gut!) Da heißt es auch: Du darfst Dich jederzeit beschweren, wenn Du es aber tust, dann soll Dich der Teufel holen. (Sehr gut!) Diese Beschränkung der Meinungsfreiheit wird aber gerade Bernstein gegenüber von gewissen Leuten systematisch praktiziert und in einer Weise, die mich seit langer Zeit geradezu anwidert (Sehr gut!) In einem Artikel eines Genossen, der nicht auf meiner Seite zu stehen pflegt und mit dem ich mich kaum zwei- oder dreimal zusammengefunden habe, ist der Satz enthalten: es gebe in der Partei Leute, die sich als Antipoden Bernsteins fühlen, alles, was Bernstein verkehrt denke, das müßten sie umgekehrt denken; „über den Diskussionsgegenstand weg, sehen sie Bernstein und springen ihm ins Gesicht". Ein solches Vorgehen kann nur geeignet sein,

das Gefühl der Meinungsfreiheit aufzuheben, die Lust zu nehmen, weiterhin offen und frei seine Meinung zu sagen.

Das ist also der Grund, warum ich in München gesprochen habe, nachdem die Sache gegen meinen Willen und sehr zu meinem Unbehagen zur Sprache gebracht war. Ich habe gesprochen, obwohl ich genau wußte und es meinen näheren Freunden im voraus sagte, nun ist die ganze Geschichte schon verpfuscht.

Sodann aber fühlte ich mich auch noch zum Reden verpflichtet, nicht nur, weil meine Münchener Genossen mich dazu aufgefordert hatten, sondern vor allem auch, weil ich es war, der bereits früher die Sache in der Fraktion betrieben hat.

Ueber die Präsidentenfrage selbst will ich mich, wie die Dinge jetzt stehen, auf wenige Bemerkungen beschränken. Es ist von einigen gesagt worden: Ja, die Revisionisten, wie man das Ding so nennt, suchen jetzt plötzlich die Sache so klein darzustellen, um sich aus der üblen Lage, in die sie gekommen sind, herauszuziehen. Vor Tische, wie Bebel in seinem Artikel sagt, hatte man's ganz anders gelesen, da sei es als hochwichtige Aktion hingestellt worden. Da ich weiß, wie dieser Parteitag schon mehr als sein Magen eigentlich vertragen kann, mit Personalien der unangenehmsten Art beschäftigt worden ist, so will ich meinerseits aus Respekt vor ihm mich enthalten, auf die in dieser Behauptung liegende Anschuldigung eines Mangels an Mut, diejenige Antwort zu geben, die ich bisher gewohnt war, jedem zu geben, der etwas derartiges sich mir gegenüber herausgenommen hat. Ich beschränke mich vielmehr darauf, Ihnen zu beweisen, daß diese Behauptung, soweit sie mich betrifft, absolut unwahr ist. Ich habe in der ganzen Angelegenheit diese einzige, gedruckt vorliegende Münchener Rede gehalten, ich habe weder ein Wort weiter darüber in einer Zeitung geschrieben, noch ein weiteres Wort hinzugefügt, außer in der Versammlung, die unmittelbar vor diesem Parteitag zur Wahl der Delegierten stattfand, wo ich in der Diskussion sprach. Und nun gestatten Sie mir, daß ich Ihnen ganz kurz zeige, wie ich die Sache behandelt habe, damit wir die Tatsachen feststellen. Es heißt in meiner Rede:

„Nun ist so viel gewiß, daß die Frage keine solche erster Ordnung, keine weltbewegende ist, und ich bin wahrlich der letzte, der ihr eine übertriebene Bedeutung beilegen und unsre Teilnahme am Präsidium als unter allen Umständen wertvoll erklären möchte."

Ich habe dann die Angelegenheit besprochen, und nachdem ich die verschiedenen Seiten beleuchtet habe, so wie ich glaubte dies tun zu müssen, fahre ich fort:

„Wie immer sich die besprochenen und andere parlamentarische Fragen gestalten mögen, so muß unsre Aufgabe unter allen Umständen die sein, mit verstärktem Eifer unermüdlich alle realen Machtfaktoren auszunutzen zur fortschreitenden Ausdehnung unsres Einflusses und der Eroberung der politischen Macht."

Und ich fügte dann weiter hinzu, daß unsre ganze parlamentarische Tätigkeit nichts Isoliertes sei, sondern daß das wichtigste die Agitation und Organisation sei, damit wir eine unerschöpfliche Wurzel der Kraft in der Bevölkerung haben. Ich glaube, daß eine größere Deutlichkeit nicht möglich ist, und ich meine, daß jeder, den nicht Voreingenommenheit unfähig gemacht hat, oder der nicht etwa die Absicht hat, nicht sehen zu wollen, daraus ganz deutlich entnehmen kann, daß für mich diese Frage eine solche war, wie sie dutzendweise in den Parteiversammlungen auftauchen, eine unter den vielen, die den Diskussionsgegenstand bilden, und in Bezug auf die ich es für meine Pflicht gehalten habe, meinen Wählern und Parteigenossen gegenüber die Gründe für und gegen anzuführen; denn wer meine Rede gelesen hat, der sieht in der Tat, daß ich auch Gründe dagegen angeführt habe. Aber aus eben dieser Pflicht den

Objektivität habe ich es allerdings auch für notwendig gehalten, darauf hinzuweisen, daß die Frage doch auch nicht völlig bedeutungslos ist; denn ich bin der Meinung, daß jede derartige Position, auch wenn sie von Hause aus noch nicht einen besonderen Einfluß zu geben im stande war, bei entsprechender Behandlung dazu ausgestattet werden kann, einen Einfluß zu geben, der für unsere Machtstellung im Reichstag keineswegs gleichgültig sein kann. Nun ist das ja allerdings bestritten und gesagt worden, es sei eine ganz gleichgültige Sache. Ich will eine Gegenfrage stellen: Wenn es in Wirklichkeit eine ganz gleichgültige Sache ist, warum beanspruchen wir denn alle mit einander den Posten des Vizepräsidenten ohne repräsentative Pflichten? (Zuruf: Weil es unser gutes Recht ist!) Ach, das ist nicht die Hauptsache, sondern es kommt auf die praktische Wirksamkeit an. Wäre die Teilnahme am Präsidium in der Tat so wertlos, ein bloßes Dekorationsstück, während anders die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten der Stellung eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten bekannt sind, so wäre doch das einzig Folgerichtige, daß wir den Anspruch, so lange wir nicht größere Macht haben, überhaupt nicht erheben. Es muß also doch an der Geschichte etwas sein. Diejenigen, die sagen, daß gar nichts daran ist, haben zu viel beweisen wollen. Aus diesen Gründen war ich der Meinung, daß man sich an repräsentativen Fragen nicht stoßen dürfe. Ich verstehe es vollkommen, daß die Gemüter in einem Teil des Reichs sich über diese Frage mehr oder minder haben erregen können. Das, was Bebel gestern angeführt hat wegen der betreffenden Person und deren Aeußerungen gegen uns, habe auch ich in Erwägung gezogen; aber ich habe mich daran gewöhnen müssen, im politischen Leben sehr häufig den Gefühlsstandpunkt zurückzustellen, und ich habe diese Sache wesentlich kühler betrachtet. Ich sehe diese Frage, gerade wie es Auer in seinem Artikel getan hat, als eine untergeordnete Formalie an, die ein Prinzip in keiner Weise berührt und bin überzeugt, daß die Partei eines Tages diese und andre derartige Fragen mit andren Augen ansehen lernen wird und daß meine Worte deshalb doch nicht ganz umsonst gewesen sein werden.' Indes, es ist ganz unnötig, darüber zu streiten, die Masse der Partei hat jetzt anders empfunden, und damit ist die Sache ohne weiteres entschieden. Dazu kommt auch noch, daß die Präsidentenfrage durch die Art und Weise, wie darüber diskutiert ist und durch die den andren Parteien weitere uns zu stellende Bedingungen förmlich wie die Feder diktiert worden sind (Sehr wahr!), ohnehin unheilbar verpatzt worden ist. Damit ist für jedes weitere Wort schade und wenn ich doch noch eine Bemerkung daran knüpfe, so deshalb, damit nicht eine weitere falsche Darstellung in Bebels Artikel als bequeme Münze in der Partei weiter gebraucht wird. Bebel behauptet, daß sowohl Göhre als ich gesagt hätten, daß die Staatsform mehr nebensächlich sei und entwirft dann schnell ein blühendes Gemälde von allen den Freiheiten und Schönheiten, die wir in Deutschland haben würden, wenn „eine auch noch so blaue Republik" vorhanden wäre. Nach seiner Darstellung wäre nämlich dann eigentlich so ziemlich alles, was im zweiten Teile des Programms steht, wenigstens von demokratischen Forderungen, erfüllt. Mich wundert nur, wie ein Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung dergleichen sagen kann; denn ob Kaiserreich oder blaue Republik, die jetzige Mehrheit ändert sich darum nicht, ja sie würde, wenn wir heute in Deutschland eine Republik hätten, sich gegen eine Ausdehnung der politischen Freiheit eher noch energischer wenden, wenn sie unmittelbar herrschende Macht wäre. Doch das nur nebenbei. Das Thema der Republik ist ja hochinteressant und es ist kein Mensch hier, dem das etwas Gleichgültiges wäre; aber ich glaube, es giebt auch niemand, der etwa behaupten wollte, daß dies Kapitel für uns besonders aktuell ist, und namentlich kann es nicht so nebenbei und zwischen andere Dinge eingeklemmt erledigt werden. Ich will deshalb nicht weiter darauf eingehen, sondern nur richtig stellen, was ich in Wirklichkeit in meiner Rede gesagt habe. Nachdem ich eine Reihe andrer

Gründe dafür angeführt hatte, daß Prinzipien bei der Vizepräsidentenfrage nicht in Betracht kommen, fahre ich fort:

„Und dann sind wir doch keine bürgerlichen Republikaner, deren Denken sich in der Staatsform erschöpft, sondern uns sind wichtiger noch die gesellschaftlichen Einrichtungen."

Ich frage Sie, ob gegen diesen Wortlaut selbst der strengste Oberzensor, der Tag und Nacht mit dem Rotstift lauert (Heiterkeit), etwas einwenden kann. Das heißt doch nur: Die Entwicklung der Staatsform ist zweifellos etwas Wichtiges, denn sonst wären wir keine Demokraten, aber sie ist nicht das Primäre, denn sonst wären wir keine Sozialisten. Würde sich Bebel, bevor er Angriffe gegen mich schleudert, solche Dinge erst genauer ansehen, dann hätte ihm eine solche Entgleisung mir gegenüber nicht passieren können, um so mehr, als er in seinem Artikel genau dasselbe sagt, nur mit etwas andren Worten, und als meine Darstellung die Auffassung der Partei von ihren Anfängen an bis heute geblieben ist.

Damit will ich das Thema der Präsidentenfrage endgültig verlassen. Ich wiederhole: die Sache ist jetzt für mich erledigt, und wenn Sie Ihrer Meinung einen sachlichen Ausdruck geben, so ist das nur natürlich, und diese Episode kann dann sehr schnell abgeschlossen werden.

Nun ist aber offenbar ein derartiger, natürlicher Abschluß der Sache manchem zu nüchtern und undramatisch. Könnte doch sonst am Ende gar das Unglück passieren, daß dieser Parteitag um ein nervenanregendes Schauspiel käme (Sehr gut!) und Zeit gewänne, die durch die gewaltigen Wahlerfolge vergrößerten Aufgaben der Partei ohne die Brille der Leidenschaft und mit der notwendigen Besonnenheit zu behandeln. Und wie es im gewöhnlichen menschlichen Leben vorkommt, daß die Leute, die an periodischem Aufregungsbedürfnis leiden (Heiterkeit) um das einfachste Vorkommnis so viel Sums zu machen wissen, bis schließlich eine große Staatsaktion oder ein sogenannter Grundsatz daraus wird, so ist es auch in der Partei. Wir haben Leute, die das Bedürfnis und die Kunst haben, jede beliebige Sache auf die Höhe einer erhabenen Prinzipienfrage hinaufzuheben, und denen nicht wohl ist, wenn sie nicht die Partei in Gefahr erblicken, damit sie sie daraus retten können. (Heiterkeit.) Es ist neulich schon der Gedanke ausgesprochen worden, daß es eigentlich schade sei, daß wir noch keine Geschichte der Taktik haben. Man könnte es vielleicht noch besser die Geschichte der Versumpfung der deutschen Sozialdemokratie nennen. (Sehr gut!) Es würde außerordentlich interessant sein, daraus zu sehen, was bei uns im Lauf der Zeit alles als Verwässerung, Verbürgerlichung, Prinzipienverleugnung, Traditionsverletzung, Aufgabe des Klassenkampfstandpunktes usw. verdammt worden ist, und wie dann regelmäßig bald, nachdem ein solches Verdammungsurteil ergangen war, die Sozialdemokratie den vermeintlichen Giftbecher getrunken und sich hinterher sehr gut dabei befunden hat, worauf man denn die alte Giftetiquette schleunigst einem neuen Glase umgehängt hat. (Heiterkeit.) Da heute das zarte Parteigewissen wieder durch gleiche Schreckworte geängstigt ist, so wollen Sie mir erlauben, ein paar Beispiele anzuführen aus der viel berufenen Parteitradition, die manche von uns anscheinend mit den Augen von Konservativen ansehen, nämlich als etwas, das nicht geändert werden könne und das immer so gewesen sei, wie sie es sich im Augenblick vorstellen.

Es ist neulich zwischen Bebel und dem „Vorwärts" eine kleine Meinungsverschiedenheit ausgebrochen über die politische Stellung der Partei zu Beginn der Parteibewegung. Bebel hat in der „Neuen Zeit" gesagt, daß der „Vorwärts" zu dichten anfinge, wenn er behaupte, daß jemals beschlossen worden sei, unsre Partei habe sich an der praktischen Arbeit nicht zu beteiligen. Bebel muß doch aber, und zwar genauer noch als alle andren Leute, die Liebknechtsche Schrift über die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie kennen. Es ist aller-

dings wiederholt gesagt worden, daß Liebknecht sich nicht in Uebereinstimmung mit der Partei befunden habe. Aber die Liebknechtsche Broschüre ist wiederholt herausgegeben worden und Zehntausende von Parteigenossen haben sie gelesen. Da wäre es doch offenbar Pflicht gewesen, wenn eine positive Unwahrheit in der Schrift gewesen wäre, sie zu berichtigen. Wie spricht sich nun Liebknecht in dieser Schrift aus? Er teilt mit, er habe Ende der sechziger Jahre den Vorschlag in der kleinen Fraktion gemacht, mit Protest in den Reichstag einzutreten und dann sofort das Lokal zu verlassen. (Heiterkeit.) Er sagt: „Mit dieser Ansicht blieb ich in der Minorität. Es wurde beschlossen, daß wir jede uns passend dünkende Gelegenheit benutzen könnten, um unsern negierenden und protestierenden Standpunkt geltend zu machen, daß wir uns aber von den parlamentarischen Verhandlungen fernzuhalten hätten." Der „Vorwärts" hat das durchaus richtig angeführt. Und weiter heißt es: „Treten wir aus dieser negativen Haltung heraus, so giebt die Partei ihr Prinzip und damit sich selbst auf." Ja, Liebknecht war es damit so ernst, daß er sogar die Unterstützung des ersten Arbeiterschutz-Gesetzentwurfs von Schweitzer abgelehnt hat (Fischer-Hamburg: Die Partei doch aber nicht!) und sehr unzufrieden damit war, daß bei der Beratung der Gewerbe-Ordnung, die Bebel gestern als ein gutes Werk bezeichnet hat, einige Parteigenossen „im Interesse der Arbeiter und zu propagandistischen Zwecken eine Ausnahme machen zu müssen glaubten." Er sagt darüber: Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufgebung des Prinzips. Wer mit den Feinden parlamentelt, parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert. Die Sozialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Die Beteiligung an den Parlamentsdebatten bringt nicht den geringsten Nutzen . . . Auf der anderen Seite ist das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt — nur Verrat oder Kurzsichtigkeit kann uns das Parlamenteln zumuten." In einem ähnlichen Sinne hat Liebknecht auch später noch oft vom „Sumpfe des Parlamentarismus" gesprochen und davor gewarnt, hineinzusteigen, indessen will ich hierauf nicht weiter eingehen!

Dagegen will ich einen andern Punkt erwähnen, den Auer in den „Sozialistischen Monatsheften" berührt hat: ich meine die bekannte Frage der Teilnahme am Seniorenkonvent, die 1884 gespielt hat. Die älteren Parteigenossen werden sich erinnern, daß sich damals eine gewaltige Bewegung — heute würde man sagen: alles flammte auf im deutschen Lande (Heiterkeit. Zuruf: Volksseele!) erhoben hat gegen die Fraktion, als sie zum erstenmal in den Seniorenkonvent gegangen ist. Ich erinnere an den Frankfurter Protest, worüber förmlich eine Urabstimmung in der Partei stattgefunden hat. In dem Protest war die Teilnahme am Seniorenkonvent bezeichnet als tiefe Verletzung des revolutionären Prinzips und Anerkennung erbärmlicher, zu verachtender Regierungsformen; die Teilnahme habe nicht den geringsten Vorteil, sei eine des freien Mannes unwürdige Komödie. Anstatt das Land mit Gewalt von der Gewalt zu befreien, läßt man sich auf diplomatische Verhandlungen ein, die eine Aussöhnung bewirken sollen. Ganz interessant ist es, daß schon damals das Wort fiel: „Dadurch wird uns der ganze Wahlerfolg verekelt". (Hört! hört!) Und daran schließt sich die Drohung: „Das Proletariat wird erwachen und den Weizen vom Unkraut zu säubern wissen". Im Verlauf einer Auseinandersetzung zwischen Bebel und Frohme hat sich herausgestellt, daß Bebel in Frankfurt war, als der Beschluß gefaßt wurde, und auch in jener Versammlung; er schreibt nämlich, daß er eben in die Versammlung gekommen sei, als die Erklärung beschlossen war. Aber, fährt er fort: Es sei nicht wahr, daß die Versammlung aus wütenden Anarchisten bestanden habe, sondern er bestätige, daß es die besten und ältesten Genossen gewesen seien, daß die Versammlung vom besten

Geiste beseelt war, wenn er auch die Aeußerung der Frankfurter nicht in allen Punkten billige. Seit der Zeit haben wir uns auch an diese Sache gewöhnt. Zwar besonders viel ist bei der Beteiligung am Senorienkonvent nicht herausgekommen, aber er ist immerhin als Informationsquelle nicht ohne Wert.

Nur kurz will ich erinnern an den bekannten Marxschen Brief über unser Gothaer Einigungsprogramm, das Marx verwerflich, demoralisierend, einen Prinzipienschacher nennt; die sozialistische Idee sei offenbar noch nicht hauttief gedrungen. Und trotzdem wurde die Partei stark dabei.

Dann kam eine Anzahl von Streitigkeiten, die mit dem Wachsen der Größe und Selbsttätigkeit der Gewerkschaften zusammenhängt. Besonders ist in dieser Richtung der Parteitag von Köln 1893 in unliebsamer Erinnerung. Es war damals die Zeit, in der die sogenannten paritätischen Arbeitsnachweise namentlich in Süddeutschland in Aufnahme kamen. Als die erste Tagung von Vertretern solcher Arbeitsnachweise stattfand, beteiligten sich außer bürgerlichen auch einige sozialdemokratische Vertreter daran. Da fuhr Bebel los und erklärte: sich mit politischen Gegnern über solche „gleichgültige Dinge" zu unterhalten, das sei Wadenstrümpfelei und führe zur Versumpfung (Heiterkeit); an die allgemeine Menschenfreundlichkeit zu appellieren, stehe in direktem Gegensatz zur Auffassung vom Klassenkampf. Die Konsuln mögen wachen! (Bebel: Sehr richtig!) Interessant ist nun, daß ein Jahr darauf (Bebel: zwei Jahre darauf!) derselbe Bebel gleichfalls an einem derartigen menschenfreundlichen Kongreß sich mit bürgerlichen Vertretern in Zürich beteiligt hat. (Heiterkeit.) Ich war auch dabei; ich hatte freilich die Wadenstrümpfe schon, aber Du (zu Bebel) hast sie dort erworben. (Heiterkeit.) Dann kam die Frage der Tarifgemeinschaften. Wie sind die bekämpft worden, als die erste Tarifgemeinschaft der Buchdrucker abgeschlossen wurde. Da wurde die Gewerkschaft der Buchdrucker die königlich preußische Gewerkschaft gescholten und heftig angefeindet; das sollte wiederum dem Klassenkampf widersprechen, die Kampfesschärfe abstumpfen 2c. Und heute ist das Bestreben der Gewerkschaften allgemein dahin gerichtet, nach Möglichkeit solche Tarifgemeinschaften einzuführen, weil man eingesehen hat, daß solche Tarifgemeinschaften ein vortreffliches Instrument seien zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und um Ordnung in den gewerkschaftlichen Kampf zu bringen. Und wie oft ist sonst noch die Eifersüchtelei gegen die Gewerkschaften zu Tage getreten, weil man in ihnen Gefahren für die Partei und das revolutionäre Prinzip witterte. Und eine talentvolle Schriftstellerin bewies dann scharf, daß die Gewerkschaften nur eine sehr beschränkte, einer sozialen Ausgestaltung nicht fähige Aufgabe hätten, und im übrigen gingen die Gewerkschaften überhaupt ihrem Niedergange entgegen. Sie wissen alle, was davon eingetroffen ist; und wie wir heute die Freude haben, zu sehen, daß die gewerkschaftliche Bewegung immer größer wird, daß sie in einem größeren Aufschwunge begriffen ist als jemals zuvor, und ich wünsche nicht nur im Interesse des gewerkschaftlichen Kampfes, sondern auch der politischen Partei, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften und ihr Einfluß immer mehr erstarke. (Beifall. Zuruf: Das wollen wir alle!) Ich habe ja nicht das Gegenteil gesagt.

Es wäre nun verlockend, auf eine Gruppe von Fragen einzugehen, die nicht in der Oeffentlichkeit, sondern mehr in der Fraktion gespielt haben, und ich hätte um so mehr Anlaß dazu, als Bebel gestern ja bereits ein Beispiel davon erwähnt hat. Ich will nur sagen: als im Reichstage die Novellen zu den Versicherungsgesetzen und zu den Arbeiterschutzgesetzen kamen, standen wir vor der Frage, ob wir insofern eine andre Stellung einnehmen wollten, daß wir uns bei der Abstimmung nicht in jedem Fall negierend verhielten, sondern abwogen, ob das schlechtere oder bessere überwog, und in letzterem Falle uns bereit erklärten, für das Gesetz zu stimmen. Darüber haben sich lebhafte Kämpfe in der Fraktion abgespielt. Bebel hat uns gestern einen Geschmack

davon gegeben. Diese Kämpfe haben aber nicht in einer, sondern in drei, vier, wenn nicht fünf verschiedenen Sitzungen stattgefunden. Denn man sah in der teilweisen Aenderung unsres bisherigen Standpunkts eine große prinzipielle Wendung. Ich weiß noch sehr wohl, wie uns von einflußreichster Seite gesagt worden ist, „es sei ganz unmöglich, eine Aenderung unsres Standpunktes vorzunehmen und den Gesetzen zuzustimmen, denn wer würde es noch wagen, draußen in den Arbeiterversammlungen sich sehen zu lassen; die ganze Schärfe der Agitation und die traditionelle Stellung der Partei würde vollkommen aufgegeben." Nun, die Fraktion ließ sich dadurch nicht abhalten und ist für mehrere dieser Gesetze eingetreten, und ich frage Sie: Hat die Schärfe der Agitation darunter gelitten, hat sich einer von Ihnen deswegen geschämt, in Arbeiterversammlungen aufzutreten? Ich glaube, Sie haben den Genossen recht gut begreiflich machen können, aus welchen Gründen wir dafür gestimmt haben. (Sehr gut!)

Schließlich nur noch einen einzigen, aber besonders aktuellen Punkt: ich meine den ganzen Komplex der Wahlbeteiligungsfragen. Ich habe mir unsre ganze Parteiliteratur, namentlich die periodische Presse, ganz genau daraufhin angesehen und kann Ihnen darüber ein ziemlich lückenloses Bild geben.

Was die Gemeinderatswahlen anlangt, so haben die Berliner in einem 1884 gefaßten und im Züricher „Sozialdemokrat" veröffentlichten Beschluß sich gegen die Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen ausgesprochen. Es heißt dort zur Motivierung:

> „Die Beteiligung an den Klassenwahlen ist gegen das Programm und fördert die Entwicklung der Arbeiterpartei in keiner Weise; man befördert vielmehr ein Sichbreitmachen des Strebertums, wodurch korrumpierend gewirkt wird."

Und nicht lange danach haben sich die Berliner ganz ebenso wie andere Leute an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt; ich habe vom zunehmenden Strebertum nichts bemerkt — vielleicht macht das die Entfernung (Heiterkeit) —, nichts von Korruption; keiner der Berliner wird noch behaupten, daß es dem Parteiprogramm widerspricht, und über die Förderung der Arbeiterinteressen denkt man jetzt auch wohl anders. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, da ich die inneren preußischen Angelegenheiten so wenig kenne, wie Sie die bayrischen Angelegenheiten genau kennen (Sehr gut! und Große Heiterkeit.) — aber es ist in einer Versammlung behauptet worden, daß die Berliner Stadtverordneten mit großem Stolz eine Amtskette trügen, auf welcher das Bildnis Friedrich Wilhelms III. sich befinde. (Große Heiterkeit.) Ich wiederhole, ich weiß nicht, ob es wahr ist, aber es hat im „Vorwärts" gestanden, da wird es wahrscheinlich wahr sein. (Zuruf: Es ist wahr!) Na, denkt einmal: die Wadenstrümpfe sollen uns die Waden verbrennen, aber das Königsbild auf der Brust soll uns nichts schaden! (Große Heiterkeit.)

Die Frage der Landtagswahl-Beteiligung ist zum erstenmal in München aufgetaucht, woher ja bekanntlich alles Schlechte kommt. (Heiterkeit.) 1886, als wir in München vor der Wahlbeteiligung standen, erschien in einem demokratischen Hamburger Blatt die Nachricht, daß die Liberalen zu einer Verständigung mit den Sozialdemokraten bereit seien, falls die Sozialdemokraten so viel Wahlmänner aufbrächten, daß sie bei der Wahl ausschlaggebend zwischen den beiden Parteien seien. Darauf ist am 28. Oktober 1886 ein gewaltiger Artikel im „Sozialdemokrat" erschienen, bei dem alles dafür sprach, daß er von Bebel hergerührt hat. Der Artikel hofft, daß die Münchener Genossen sich niemals zu einem so schmählichen Kompromiß hergeben würden, das allen Traditionen der Partei widerspreche. — Sie sehen, mit einer rührenden Gleichmäßigkeit sind es so ziemlich immer wieder dieselben Worte: „Wir dürfen niemals Kampfgenossen andrer Parteien sein, sondern nur selbständig kämpfen. Das wäre ein Partei-

verrat, selbst wenn die Gegner uns ein Mandat anzubieten die Frechheit hätten. (Große Heiterkeit.) Wir dürfen nie ein Mandat den Gegnern verdanken, sonst ist das korrumpierend für die Genossen, lähmend für die Gewählten.“ Hier sei die schiefe Ebene, hier sei eine erbärmliche Taktik. „Genossen, seid auf Eurer Hut!“ (Hört! hört!) Nun, wir waren damals leider noch nicht ausschlaggebend und sind deshalb nicht in die Lage gekommen, diesem Artikel entgegenzuhandeln; andrerseits hätten wir uns gewiß schon damals nicht abhalten lassen, es zu tun.

Nun kommt Köln 1893. Damals hat ja Bernstein bekanntlich zuerst den Vorschlag gemacht, sich an den preußischen Landtagswahlen zu beteiligen. Alles ist über den „weltfremden Ede“ hergefallen, — nur nicht so bissig wie jetzt, — und es hat geheißen, das sei Korruption, Verwässerung, Verschiebung der Zielpropaganda, Kompromißschacher usw. Bebel trat als Referent auf und bewies haarscharf: „Ein Kompromiß mit feindlichen Parteien muß notwendig zur Demoralisierung führen.“ (Ruf: Das tuts auch!) Man verlange von uns ein Kompromiß im schlimmsten Sinne des Worts. Darum sei es Pflicht, sich der Wahl zu enthalten. Der alte Liebknecht sagte noch deutlicher: Kompromisse sind Verrat, in dem die Prinzipien geopfert werden; ein Pakt mit andren Parteien wirke förmlich demoralisierend. Darauf ist die Wahlbeteiligung abgelehnt worden. Aber nach wenigen Jahren hat sich das Blatt gewendet. Freilich gab es immer noch Leute, die sich dagegen ausgesprochen haben, unser Freund Zubeil z. B. (Heiterkeit; Zurufe Zubeils) — können Sie denn gar net a wenig warten? wir haben ja gestern beim Bebel auch lange warten müssen! (Heiterkeit.) Also Zubeil hat gesagt, er möchte den sehen, der mit dem Beschluß bepackt, — der das Verbot der Wahlbeteiligung aufhob und Wahlverabredungen mit anderen Parteien offen lassen wollte — agitatorisch tätig sein wolle. Bebel aber hat auf einmal gar keine Gefahr mehr gesehen — er hatte seine Stellung vollkommen geändert. Er bedauerte, daß er in Köln den Gründen für die Fortdauer der althergebrachten Taktik der Abstention so starke Ausdrücke gegeben habe, die besser unterblieben wären. (Hört! hört!) Dann sagte er: „Ein Kompromiß ist nur, wenn man einen politischen Grundsatz preisgiebt; solche Verträge mit politischen gegnerischen Parteien vor aller Welt sind aber kein Prinzipienverrat und Unterstützung mit Gegenleistung ist keine Schande.“ Der Kölner Beschluß ist darauf aufgehoben worden, wenn auch nur unvollkommen. Vor drei Jahren in Mainz ist dann die Sache gründlich abgeschlossen worden. Bebel war nun zu dem umgekehrten Schluß gekommen, daß die Wahlbeteiligung eine Pflicht sei. Es sollten auch Abmachungen mit bürgerlichen Parteien insofern gestattet sein, als sie an die Zustimmung des Parteivorstandes gebunden seien. Sie kennen ja den Beschluß. Bebel meinte, das Wort „Kuhhandel“ klinge recht landwirtschaftlich, es sei eben aus dem agrarischen Bayern hergeholt (Heiterkeit). Und dann gab er eine Definition des Begriffes Kompromiß, die eigentlich in ein deutsches Sprachlexikon gehörte: „Kompromiß ist eine Vereinbarung mit einem andren, sich gegenseitig zu unterstützen, um etwas zu erreichen, was man aus eigner Kraft nicht erreichen kann! „Und darum“ — fährt er fort — „so großes Geschrei? Es handle sich ganz einfach darum, was in Bayern und Baden schon tatsächlich bereits geschehen — und worüber seinerzeit auch ein gewaltiger Lärm erhoben worden war — auf die preußischen Verhältnisse zu übertragen. Nun, seitdem haben die Parteigenossen in Preußen auf diesem Wege schon so hübsche Fortschritte gemacht, daß sie uns Bayern nahezu eifersüchtig machen können. (Heiterkeit.) Denn wir in Bayern haben wenigstens niemals an andre Wahlbündnisse gedacht als an solche, die erst mit dem zweiten Wahlakt in Kraft treten. Ich habe aber im „Vorwärts“ selbst schon die Frage auftauchen, besprechen und auch befürworten sehen, daß man, wenn etwas bei den preußischen Landtagswahlen herauskommen solle, eigentlich schon vor der Urwahl, Verabredungen treffen und daß nach Abschluß derselben in

Wahlkreisen, in denen für die Sozialdemokratie nichts zu holen sei, ohne weiteres für die Freisinnigen eintreten müsse.

Entschuldigen Sie diese historische Auseinandersetzung, aber sie war notwendig. Sie sehen daraus, daß unsre Bewegung keineswegs etwas Unveränderliches, sondern in fortwährendem Fluß begriffen ist, daß unsre Meinungen sich sowohl über prinzipielle Fragen, als auch über die Taktik in einer fortwährenden Umbildung befunden haben. Und dieser Prozeß ist noch heute nicht zu Ende, und er wird auch nie zu Ende gehen. (Vielfaches Sehr richtig!) Denn zwischen heute und dem Endziel liegt noch so manches, wovon unsre Schulweisheit sich nichts träumen läßt. (Rufe: Sehr wahr!) Man sollte nun denken, daß man aus dieser Entwicklung endlich hätte lernen müssen, vorsichtiger im urteilen zu sein und nicht, sobald irgendwie eine Ansicht auftaucht immer wieder in den alten Gespensterschreck zu verfallen. Statt dessen aber geht, kaum daß die Partei eine große Aktion durchgefochten, in der sich gezeigt hat, daß unsere Einheit und Kraft niemals größer war und in allen praktisch-politischen und taktischen Fragen volle Uebereinstimmung besteht, — das alte törichte Geschrei, daß die Partei in Gefahr sei, mit frischen Kräften und größerer Lungenkraft als je wieder los.

Ich sage, daß dies Geschrei niemals — wenigstens niemals seit dem Sozialistengesetz — so jeder Spur von Berechtigung von Grund aus entbehrte als gerade jetzt und daß niemals ein Prinzipienstreit unnötiger vom Zaun gebrochen worden ist als jetzt. (Zustimmung. Widerspruch.) Ich werde das beweisen und zwar beweisen vor allem mit Bebels Worten.

Am 27. Juli habe ich meine Münchner Rede gehalten; spätestens Anfang August wird Bebel davon gehört haben. Er hat darauf in der „Stuttgarter Tagwacht" eine Erklärung veröffentlicht, in der er über meine Rede sehr kühl urteilt und wörtlich sagt:

„Seine (Vollmars) Ausführungen über die Präsidentenfrage haben für mich gar nichts Neues enthalten, weil sie schon 1898 in gleicher Weise von ihm gemacht worden sind, ohne daß die Mehrheit der Fraktion Veranlassung nahm, sie anzunehmen."

Ich habe sogar schon 1895 die Sache in der Fraktion behandelt; auch Auer und unser Grillenberger haben sie damals vertreten, letzterer gerade in Bezug auf die höfische Repräsentation mit einer Wendung, die sehr interessant war, sich aber für die Oeffentlichkeit und gerade in Sachsen nicht eignet. (Große Heiterkeit.) Wenn meine Ansicht in der Repräsentationsfrage wirklich so etwas abgrundtief Verwerfliches wäre, so hätte man doch wahrhaftig das schon 1895 und 1898 in der Fraktion aussprechen müssen. (Bebel: Ist geschehen!) Nein, man hat lediglich gesagt: darauf wollen wir uns nicht einlassen, aber von einer Entrüstung ist gar keine Rede gewesen. Wir haben uns in aller Gemütlichkeit auseinandergesetzt. (Fischer-Hamburg: Es hat aber damals auch nicht in den „Sozialistischen Monatsheften" gestanden!) Als die Sache zuletzt abgelehnt wurde — ich gehöre nicht zu denjenigen, die schreien, als wenn sie am Messer stecken, wenn ihnen ihr Wille nicht geschieht (Oho! und Heiterkeit), sondern füge mich der Mehrheit, wie andre das auch tun sollen — habe ich bereits angekündigt, daß im nächsten Reichstag ich oder ein andrer sie wieder anregen werde.

Also Bebel sagt erst, die Sache ist gar nichts Neues. Einige Wochen später aber erklärt derselbe Bebel in einer plötzlichen, völlig unverständlichen Wendung: „Durch Vollmar ist die Präsidentenfrage zu einer Haupt- und Staatsaktion geworden (Bebel: In der Partei!), sie enthält ein gutes Stück, ja das Hauptstück der Frage nach einer neuen Taktik."

Nun frage ich Sie: wie ist es denn möglich, daß eine Sache einmal etwas ganz Unbedeutendes und dann wiederum das Hauptstück einer funkelnagelneuen Taktik sein kann? Ich kenne die privaten Vorgänge nicht, die sich während der

dazwischen liegenden Wochen abgespielt haben; wir haben in den letzten Tagen gehört, daß sie eine große Rolle in der Partei spielen. Ich muß aber sagen, da ich auch ein Seebewohner bin wie Bebel (Heiterkeit), mir scheint, daß der wohltuende Einfluß, den die Seeluft auf die politischen Nerven ausübt, bei Bebel durch einen etwas zu häufigen Briefwechsel beeinträchtigt wird. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Und dann weiter: wenn diese Frage das Hauptstück der sogenannten neuen Taktik ist, wo sind dann die übrigen Stücke? Ich habe in meiner Münchener Rede über die einzuhaltende Taktik ausgeführt, welche Aufgaben sich nach meiner Meinung aus unsrer neuen Machtstellung ergeben. Nun ist ja Bebel mit diesen Ausführungen insofern nicht zufrieden gewesen, als er meinte, dieser Teil sei zu kurz ausgefallen. Im übrigen aber sagt er in seiner Erklärung gegen die Fürstenwalder Genossen, daß er in diesem Punkt der Taktik kein Wort gegen das von mir Vorgebrachte einzuwenden habe. Und in dem bewußten Artikel der „Neuen Zeit“ sagt er noch deutlicher: „Enthält dieser kurze Abschnitt (über die Taktik) das neue Programm, so kann ich mich zur Gefolgschaft Vollmars zählen. (Hört! hört!) Was Vollmar in seiner Rede als Aufgabe fordert, haben wir bereits redlich getan, aber es lag nicht an uns, wenn der positive Erfolg nicht auf unsrer Seite war.“

Und das soll die „neue Taktik“ sein, die Haupt- und Staatsaktion der Revisionisten, die Erweiterung der Kluft innerhalb der Partei, das Ende der Partei-Einheit und wie die Dinge alle lauten! Ich suche vergeblich nach einer Erklärung dafür, wie eine derartige Frage in Verbindung mit meinem Namen überhaupt aufgeworfen werden konnte. Freilich hat Bebel gestern von einem „elementaren Ausbruch der Volksseele“ gesprochen, die in hellen Flammen aufgelodert sei. Das klingt ja sehr großartig, aber ich bin zu ketzerisch, um solche allgemeinen Wendungen ohne weiteres gläubig aufzunehmen. Als alter Parteigenosse habe ich schon eine Reihe solcher Volksseelen-Ausbrüche mitgemacht; ich habe gesehen, daß man an vielen Orten die Sache auch sehr kühl behandelt hat und weiß ferner, wie viele Leute an manchen Orten, wo es so aufloderte, eigentlich dabei gewesen sind. Und ich bin weiter der Meinung, daß Schmeichelei genau ebenso verwerflich ist, ob ich sie an einen Potentaten richte oder an das Volk (Heine: Sehr richtig!) Als solche Schmeichelei aber betrachte ich es, wenn es so dargestellt wird, als ob das Gefühl der Massen untrüglich und unfehlbar sei. Ich habe wahrlich keine geringe Meinung von der Masse und dem Volksempfinden, aber die Geschichte aller Volksbewegungen und zugleich auch die Geschichte unsrer eigenen Partei lehren mich, daß dieses Volksgewissen sich täuschen oder auch getäuscht werden kann, daß das Volk mithin ebensogut Irrtümern unterworfen ist, wie der einzelne. Also mit solchen vagen Begriffen kann ich mich nicht abfinden lassen. Ich muß mich schon an faßbarere Dinge und Personen halten.

Aber auch da suche ich vergeblich nach einer annehmbaren Erklärung dafür, wie plötzlich, sozusagen aus dem Blauen, eine solche Sache entstehen konnte. Oder vielmehr: Ich würde vergeblich suchen, wenn ich vor allem Bebel erst seit gestern kennen würde. Ich gehöre nicht zu den Menschen — das kann mir der größte Feind nicht vorwerfen — der eine Lust daran hat, anderen Unangenehmes zu sagen, so lange es nicht aus sachlichen Gründen absolut notwendig ist. Es ist mir deshalb sehr angenehm, daß Bebel in den letzten Tagen selbst mit gewinnender Offenheit davon gesprochen hat, daß sein Temperament ihm schon manchen Streich gespielt, daß er manchen „Schwupper“ gemacht habe. Er hat dann hinzugefügt: Er beanspruche aber, daß man stets an die Ehrlichkeit seines Wollens glaube. Das hätte er gar nicht zu sagen brauchen, das ist ganz selbstverständlich. Aber das gleiche gilt auch für alle anderen. (Sehr richtig.) Wir haben eben verschiedene Temperamente,

und infolgedessen verschiedene Arten ein und dieselbe Sache zu empfinden und durchzudenken. Und ich meinerseits bin wahrlich nicht so verliebt in mein Temperament, daß ich meinte, es müßten alle ein solches haben oder daß ich es auch nur für das beste hielte. Dazu habe ich viel zu oft — und in den letzten Tagen wieder besonders deutlich — gesehen, daß ein konzentrierter Wille, der um jeden Preis die Gemüter sich unterwerfen will, der aufgeht in einem einzigen Punkt, ganz andre Resultate erzielt, als wenn man mit ruhiger Besonnenheit und Ueberlegung an die Dinge herantritt. Aber die Sache ist nun mal so: wir haben verschiedene Temperamente, und zwar ist das sehr gut, denn das möchte eine nette Zucht werden, wenn wir alle miteinander gleich durch das Dach fahren würden! (Heiterkeit.) — ja ja, lieber Bebel, wenn ich nur ein Zehntel von der Art hätte loszugehen wie Du und andre, dann hätten wir schon noch ganz andere Krachs gehabt. Wir sollen uns darum eben mit unseren Temperamenten ineinander schicken. Bebel wird auch wahrlich nicht sagen können, daß seinem Temperament, wie es mit Rücksicht auf die unvergleichliche Stellung und die Verdienste nur billig ist, nicht in weitgehendem Maße Rechnung getragen wird. Aber das muß doch angesichts der Bescherung, die hier angerichtet worden ist, gesagt werden, und namentlich von einem Manne, der wie ich seit Jahren von Bebel und andren angegriffen worden ist, und der bisher kaum einmal den Kopf gerückt, geschweige denn erwidert hat. Ich erinnere nur daran, wie Bebel im Vorjahr sagte, die Situation in der bayrischen Wahlrechtsfrage sei durch den bösen Geist der Staatsmännischkeit verdorben worden und ähnliches. Ich sagte mir: Bebel hat eine andre Ausdrucksweise wie andre Leute, wie es ja auch in der Musik Leute giebt, die immer gern Fortissimo spielen. (Heiterkeit.) Aber alles hat sein Ende und auch der dickste Geduldsfaden reißt einmal. Und so sage ich Dir jetzt: Man mag auf das Temperament noch soviel Rücksicht nehmen — einen Freibrief für alles und jedes kann es denn doch nicht geben. (Lebhafter Beifall eines Teils der Versammlung. Bebel ruft: Verlange ich auch nicht!) Und wenn gesagt worden ist, daß die Partei nicht die Aufgabe habe, jeden beliebigen Einfall des Revisionismus zu folgen — worin ich vollständig beistimme, weil ich gar nicht weiß, was das für ein Ungetüm ist und niemals habe ich eine derartige Forderung erheben sehen — dann ist sie aber ebensowenig dazu da, der Spielball der überstiegenen Einbildungskraft und Nervosität einzelner Menschen zu sein. (Lebhafter Beifall eines Teils der Versammlung. Große Unruhe und Zischen.) In einer demokratischen Partei kann niemand eine solche Ausnahmestellung eingeräumt werden. Ein ungezügeltes, impulsives Temperament schadet nicht nur auf Fürstenthronen, sondern auch auf Parteithronen. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Unruhe.) Wer Dinge und Menschen lenken will, der muß vor allem verstehen, sich selbst zu beherrschen. (Zischen. Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Und wer so empfindlich gegen die leiseste Berührung seiner Person — wie es — nicht immer, aber bisweilen — Bebel ist, der sollte sich umsomehr hüten, gegen andre, die ihm gerade augenblicklich unbequem sind, mit einer Wahllosigkeit der Sprache und Mittel loszufahren, wie es in dieser Debatte geschehen ist. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Unruhe und Zischen.) Bebels Nerven werden schon durch einen einfachen Artikel Edes derart irritiert, daß er ihm die Freude über den über alles Erwarten großen Wahlsieg verekelt! Ja, fällt denn Bebel nicht einen Augenblick ein, wie seine Art zu debattieren und vorzugehen auf andre Parteigenossen wirken muß? Bebel hat viel getan und tut viel für die Partei. Aber er ist doch schließlich nicht ganz allein, sondern es giebt doch auch noch andre Leute — zu denen ich mich selbst zuletzt rechne —, die ihr Sein, ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Zeit opfern und dafür wenigstens das beanspruchen können, daß man ihnen nicht die Lust zu ihrer Arbeit vergälle und ihre politische Tätigkeit vor den Gegnern verekele. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Bebel sagt in seinem Artikel im Anschuß an das Kapitel über die

Republik: Nachdem wir uns, wie er glaubt, im Sozialismus schon länger nicht verstanden hätten, verständen wir uns jetzt auch über die Demokratie nicht mehr. Das scheint wirklich so, denn sonst wäre es ganz unmöglich, daß in solchem Ton zur Partei gesprochen würde, wie es in der letzten Zeit von Bebel geschehen ist. Er urteilt über alles und jeden, über Genossen und Nichtgenossen, über Männer und Frauen, und zwar nicht nur über ihre politische Tätigkeit, sondern maßt sich an, selbst über ihre persönliche Ehre zu urteilen. Er erteilt hochmögende Censuren nach allen Richtungen, wendet sich persönlich nicht nur an die Parteigenossen, sondern auch an die Gäste, er nimmt sich jeden einzelnen vor, wie gestern den „Vorwärts"-Redakteur, erteilt Verwarnungen, sagt ihm, was er anstreben wird, was er gegen ihn tun wird. Er teilt die Parteigenossen in solche erster und zweiter Güte ein (Widerspruch, Beifall.), jawohl, in die wahren und die halben oder falschen Sozialdemokraten. (Hofmann-Hamburg: Er sagt wie es ist!) Bebel hat gestern über die Akademiker gesprochen; das seien Leute, denen man es hoch anrechnen müsse, daß sie zur Partei gekommen sind, weil sie schwere Kämpfe durchzumachen hätten. Sobald aber einer von diesen Akademikern mit ihm nicht einverstanden ist, dann versteht er nichts von der Sozialdemokratie, steckt er noch im Bürgertum, womit er sogar Leute gemeint hat, die Jahrzehnte in der Partei sind. Was die Arbeiter betrifft, so haben sie den untrüglichen Klasseninstinkt und auf ihr Gefühl muß man sich verlassen. Wenn sich aber ein Arbeiter untersteht, andrer Meinung zu sein — wie man jetzt sagt, revisionistischer Meinung —, dann hat er auf einmal den untrüglichen Klasseninstinkt verloren. Die gehobene Lebenslage gewisser Arbeiter hat sie verdorben! Auch das ist ein Argument, das schon früher aufgetaucht ist und das sehr wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze in unsren Reihen beigetragen hat. Ich erinnere daran, daß Bebel ganz dasselbe Grillenberger vorwarf; ich weiß, daß Grillenberger deswegen unversöhnt mit Bebel aus dem Leben geschieden ist, weil er das nicht hat verwinden können. Merkwürdig nur, daß sich bei andren Leuten auch die Lebenslage gehoben hat, ohne daß sie ihren Klasseninstinkt verloren haben.

Aber Bebel begnügt sich nicht, einzelne Genossen in dieser Weise einzureihen, sondern er erlaubt sich bereits, ganze Teile des Reiches in dieser Weise zu qualifizieren. Es ist nicht lange her, daß Bebel einen Streit mit den Badensern hatte und dabei, wenn ich mich recht erinnere, den schönen Ausdruck gebrauchte: das ganze badische Ländle sei nicht mehr wert, als es in den Sack zu stecken und in den Bodensee zu schmeißen. (Bebel: Nein, das habe ich nicht gesagt.) Nun, das wird ja nachher aufgeklärt werden, ich habe es jedenfalls in der Parteipresse gelesen. (Bebel: Nein, das hat nicht in der Parteipresse gestanden! Zuruf: Es war in Lübeck!) Jetzt kommt München daran, das Capua Deutschlands, wo man im Bier und Wein ersäuft, wo die politische Gesinnung verdirbt oder wo man, wie er sich ausdrückte — es ist nämlich merkwürdig, daß ihm in diesen Tagen besonders Bibel-Reminiscenzen gekommen sind (Große Heiterkeit. Bebel: Du meinst wohl, ich fange gar an, fromm zu werden?) — mit Leib und Seele zu Grunde geht. (Bebel: Ich habe gesagt: Mit Seele und Geist!) Na, der Leib geht ja doch auch am Bier zuerst zu Grunde. (Heiterkeit.) Also, Bebel führt die ganze Art der Münchener auf Bier und Wein zurück, was unzweifelhaft eine geistvolle, völkerpsychologische Auffassung ist. Sodann, meint er weiter, die Sache käme daher, weil wir in wirtschaftlicher Beziehung zurückgeblieben sei Es war mir interessant, daß Bebels Urteil hierin ziemlich mit dem von Bisma übereinstimmt, der einmal das Wort von der fauligen Zuchtlosigkeit des Süde gebrauchte, auf welche die preußischen Junker natürlich herabsehen. Ja, al Bebel, es kann doch nicht jeder Mensch ein Preuße sein! (Große Heiterkei Im übrigen werden ja nach Bebel selbst die Preußen, wenn sie nach Münch kommen, verdorben! Nun, es wird nach mir ein Originalpreuße erscheinen u Ihnen Aufschluß geben, wie es seiner Seele oder seinem Geist in München

gangen ist. (Große Heiterkeit.) Es hätte eigentlich nur gefehlt, daß Bebel noch gesagt hätte, er bedaure, daß München und Süddeutschland überhaupt für die Partei gewonnen worden sei. Denn wenn München einen so schlechten Einfluß ausübt, dann muß es doch offenbar wieder auf die gesamte Partei ungünstig wirken. Nun wundere ich mich eigentlich nur über eins: wenn Bebel so über uns denkt, warum hat er denn diese Charakteristik nicht im vorigen Jahr auf dem Münchener Parteitag mitgeteilt? Da war der geeignetste Boden, um eine solche Strafpredigt zu halten. Ich habe nicht gesehen, daß Bebel in München ein prinzipiell saures Gesicht gemacht hätte (Große Heiterkeit); im Gegenteil, er war sehr vergnügt (Heiterkeit. Bebel ruft: war ich auch!) und er schien sich in diesem Sumpf ganz behaglich zu fühlen. Ebenso hat sich Bebel gehütet, die Weisheit über die bayrische Wahlrechtsfrage, die er gestern hier vorgetragen hat, in München zum besten zu geben. Aber hierüber muß ich doch auch ein ernstes Wort sagen! Erinnern Sie sich, wie im vorigen Sommer Bebel wegen der Wahlrechtsgeschichte über uns herfiel, daß durch diese Sache die ganze Wucht des Kampfes für das allgemeine gleiche Wahlrecht zerstört sei, und wie er schließlich erklärte, auf dem Münchener Parteitag werde sich das weitere finden. Das sagte nicht nur Bebel; in einer ganzen Reihe von Partei-Organen war es zu lesen, speziell in der „Leipziger Volkszeitung“, die ja immer der große Blasebalg für Gewissensfeuer ist. (Heiterkeit.) Sie hat auch damals zu hetzen versucht so viel wie möglich. Kurz, wir Bayern waren schließlich ganz ängstlich geworden, was man denn eigentlich in München mit uns anfangen würde. Um so erstaunlicher war es, daß auf dem Münchener Parteitag, wie Sie wissen, kein Mensch ein Wort geschnauft hat über die ganze Geschichte! Ich sagte Bebel noch zu Beginn des Parteitages: Werden wir nun gesotten oder gebraten werden? Da antwortete er mir: Ich bin der Meinung, jetzt ist einmal die Sache so weit; da warten wir lieber mal ab, was weiter wird. (Bebel: Das war etwas andres!) Ich erinnere mich noch, daß Du zufügtest, Du wüßtest nicht, ob nicht vielleicht ein andrer sprechen wollte, Du aber hättest keine Veranlassung dazu. Nun, ich meine in der Tat, wenn etwas über die Wahlrechtsfrage zu sagen war, so mußte damals gesprochen werden — da war der Parteitag vorbereitet auf diese Frage. Aber man schwieg. Jetzt plötzlich aber wirft Bebel diese Frage auf, über die ich allein eine Stunde sprechen müßte, wenn ich den richtigen Sachverhalt darlegen wollte. Nun bin ich ja selbstverständlich überzeugt, daß Bebel die bayrischen Dinge bis in die kleinste Spezialität sehr genau kennt, sehr viel besser als wir Bayern selbst. Darüber habe ich gar keinen Zweifel, darf ihn nicht haben. (Heiterkeit.) Aber das muß ich ihm doch sagen, daß er mit seiner gestrigen Anzapfung unsrem Wirken in Bayern sicher einen außerordentlich großen Dienst erwiesen hat, und daß durch sein Urteil die Zahl jener Aussprüche, welche ein Hauptarsenal unsrer Gegner gegen uns bilden (Sehr richtig!) sich um einen fetten Brocken vermehrt hat! (Sehr richtig!) Die Münchener werden ihm dafür sicher ganz besonders dankbar sein, schon deshalb, weil sie von Haus aus für ein absprechendes, hochmütiges und herrschsüchtiges Wesen ein ganz besonderes Faible haben (Sehr gut!). Aber lassen wir das Episodische beiseite. Ich frage Sie: in welchem Ton ist von Bebel zur ganzen Partei gesprochen worden? „Ich werde nicht dulden“, „Ich werde den Kopf waschen“, „Ich hoffe meinen Freunden und meinen Feinden noch manche schwere Stunde zu bereiten“, „Ich habe die Massen hinter mir.“ „Ich werde Abrechnung halten.“ Ich, ich, ich — ist das die Sprache eines Gleichen zu Gleichen oder nicht vielmehr die Sprache eines Diktators? (Große Unruhe, lebhafter Beifall, heftiger Widerspruch und Zischen.) So hat der Lordprotektor Cromwell zum langen Parlament gesprochen. (Große Unruhe.) Das mußte einmal gesagt werden. (Zuruf: Es war höchste Zeit!)

Nun hat Bebel, um seine Auffassung, daß eine Parteigefahr vorhanden sei, zu belegen, alles vorgeholt, was seit zwölf Jahren je an Meinungsverschiedenheiten vorgekommen ist. Ich kann mir wirklich nicht, schon mit Rücksicht auf Ihre Zeit, die Mühe nehmen, auf alle diese Dinge einzugehen. Zum Teil sind sie entweder längst von früheren Parteitagen erledigt, oder sie sind verkehrt dargestellt worden oder aber Kleinkram, der gar nicht ins Gewicht fallen kann. Ich will also die Ingredienzien dieses politischen Tendenzprozesses nicht bis in die Einzelheiten untersuchen, sondern nur auf ein paar Punkte eingehen. Bebel hat sich auf zwei Parteitage berufen: den Erfurter 1891 und den Frankfurter 1894. Nun, ich habe das Protokoll von Erfurt nachgesehen, um daraus eine Richtschnur zu bekommen, um Verständnis für das Parteigewissen zu gewinnen. Und was fand ich? Als ich damals ganz allein am Indianerpfahl stand und die Geschosse von allen Seiten auf mich fielen, da geschah das Merkwürdige, daß, während man wähnte, ich stände ganz allein, die Zahl derer, die Beifall für meine Reden gehabt haben, immer größer wurde. Nun kam Bebel und erklärte seine äußerste Entrüstung darüber, daß die Rede Vollmars mehr Beifall gefunden habe „als ich erwartete", und es müsse deshalb vor aller Welt mit Namensaufruf konstatiert werden, eine wie große Zahl von Delegierten mit Vollmar einverstanden sei. Und wenn es sich dann etwa herausstellen sollte, daß die Mehrheit für Vollmar sei, so müsse diese Richtung die Leitung der Geschäfte in die Hand nehmen. Das heißt also, dann danke er ab. Dann fügte er hinzu: „Aber dann, wenn Ihr Delegierte heimkommt, dann werdet Ihr die Rebellion zu Hause haben, und ich werde der erste sein, der die Fahne der Rebellion erhebt." (Zuruf von Bebel!) Jawohl, wie immer, wenn die Leute mit Dir nicht einverstanden sind. So steht die Sache! Im Jahre 1894 handelte es sich um die bayrische Budgetfrage. Erinnern Sie sich, wie Bebel damals für die absolute Verweigerung jedes Budgets eintrat? Es wurde ihm entgegen gehalten, daß unsre Genossen in Hessen einmal in die Lage gekommen seien, für das Budget stimmen zu müssen, weil sonst ein höherer Steuersatz, so wie ihn die Erste Kammer bewilligt hatte, angenommen wäre. Darauf hat Bebel frischweg erwidert: Das hätte ihn gar nicht abgehalten, doch gegen das Budget zu stimmen, denn für die Steuererhöhung wäre nicht er verantwortlich gewesen, sondern die andern; in Lübeck dagegen hat er selbst eingesehen, daß es Ausnahmefälle geben könne. Nach Frankfurt aber war es gerade der unerwartete Ausfall jener Abstimmung über die Bayernfrage, die Bebel so entrüstete, daß er sofort in eine öffentliche Parteiversammlung in Berlin ging und Anklagen der schwersten Art gegen den Parteitag richtete, von dem er eben erst kam. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern nur eine Stelle aus Bebels Rede in jener Versammlung mitteilen. „Endlich", sagte er, „muß Klarheit geschaffen werden, ob die Partei ferner die alte Fahne weiter trägt oder ob eine neue an ihre Stelle treten soll, auf der die Verleugnung des alten Klassenkampf-Standpunktes und der Opportunismus gegenüber den rückständigsten Elementen entfaltet werden soll." Also fast genau das gleiche, was wir heute unter ganz andren Umständen wieder zu hören bekommen!

Bebel hat weiter gestern gesagt, wir hätten so schwere Kämpfe in der Fraktion gehabt, daß es notwendig sei, daß Remedur geschaffen wird. Gewiß, fast in jeder einzelnen Fraktionssitzung sind verschiedene Meinungen aufgetaucht, wie es auch ni[illegible] anders sein kann, denn wenn das verboten werden sollte, so könnten wir uns gle[illegible] eine Uniform anlegen lassen oder noch besser ein Zwangshemd! (Sehr gut! Heit[illegible] keit und Rufe: Wer will denn das?) Nein, das ist ja der Vorzug, daß je[illegible] sagt, was er denkt; frei im Rat, einig in der Tat! Und da frage ich Auer, Bl[illegible] und andre, ob unter dem Sozialistengesetz nicht gerade so, ja mehr gestritten in der Fraktion als jetzt? Es ist einfach nicht wahr, daß jetzt schwerere Kämp[illegible] prinzipieller Art in der Fraktion aufgetaucht sind als früher. Dagegen ist richtig, daß im Laufe der Jahre Bebel öfter in die Minderheit gekommen ist [illegible]

früher. (Bebel: Das ist kein Grund!) Es müßte denn also das der eigentliche Grund sein, warum die Partei in Gefahr wäre und worüber sich der ganze Streit entsponnen hätte. (Lebhafter Widerspruch.) Daß eine große Fraktion schwerer zu dirigieren, daß da nicht so leicht Einmütigkeit herbeizuführen ist als in einer kleineren, wie wir sie früher hatten, das ist ja ganz selbstverständlich. Wenn man die Sache also auf eine reine Formel zurückbringen wollte, so müßte sie dahin lauten, daß die Partei leider zu groß geworden sei. (Widerspruch und Zustimmung.) Und ich bin in der Tat sehr geneigt, in dieser Größe das zu erblicken, was man unter Gefahr versteht. Hat doch Bebel es früher einmal offen beklagt, daß jetzt Krethi und Plethi zu uns kommen, und daß ihm ein kleines Häuflein Sicherer lieber wäre. O ja, wenn man eine Sekte will, so ist das etwas sehr schönes aber wenn wir die Welt erobern wollen, so müssen wir Macht bekommen, und zur Macht gehört die große Menge. (Sehr richtig!) Im übrigen welch ein Widerspruch! Einmal sind die „Revisionisten" — früher sprach man von Opportunisten, Optimisten und ich weiß nicht was alles für Isten — eigentlich garnichts. Dann wieder muß man sich vor ihnen in acht nehmen, weil Gefahr besteht, daß sie die Mehrheit in der Fraktion bekommen könnten. Und endlich heißt es, die Masse steht dem Revisionismus entgegen. Ja, zum Kuckuck, wer wählt denn die Abgeordneten? Wählt die nicht die Masse? Und wenn die Masse wirklich solchen Schrecken vor den Revisionisten hat, warum wählt sie denn solche Leute? Warum macht man denn dann nicht gleich ein Verzeichnis der Zehnmalgesiebten, die kandidieren dürfen.

Bebel hat gestern u. a. auch auf den Millerandismus hingewiesen. Er war dann so liebenswürdig, meine Eigenschaften hervorzuheben und zu sagen, daß er mich Millerand gewachsen halte, wogegen ich bescheiden protestieren muß, denn ich kenne Millerand und weiß, daß ich ihm in den Eigenschaften, auf die es ankommt, nicht gewachsen bin. Bebel hat dann gesagt, ich wäre der richtige Millerand für Deutschland. Dafür muß ich mich aber schönstens bedanken, schon weil die Regierung in Berlin sitzt (Große Heiterkeit.), während ich mir einen angenehmeren Aufenthalt weiß. (Heiterkeit.) Also Bebel warnt vor dem Millerandismus. Da muß ich Sie doch an die Etatsberatung dieses Jahres im Reichstage erinnern. Der Kanzler brachte da bekanntlich eine Depesche vor, welche vom deutschen Botschafter in Paris ausging, welcher über eine Unterredung mit Millerand berichtet, in der die deutschen Arbeiterschutzgesetze sehr günstig beurteilt werden. Bei dieser Gelegenheit hat der Kanzler ausgeführt, es stehe darin, daß leider die französische Bourgeoisie zur Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht geneigt sei. Ich glaube, es war Bebel selbst, von dem der Zwischenruf kam: „Gerade wie bei uns." Darauf erwiderte der Reichskanzler: „Es ist mir sehr interessant, daß dasselbe Wort von dem Kaiser an den Rand geschrieben ist", und er schloß mit den Worten: „Ich wünsche Ihnen einen Millerand." Nun werden Sie mir doch zugeben, wenn der Millerandismus wirklich so gefährlich für Deutschland wäre, so hätte das Bebel damals in der klarsten Weise vor der ganzen Welt aussprechen und sagen müssen, wie wir darüber denken. Statt dessen hat er wörtlich gesagt: „Ich weiß nicht, ob der Kanzler hat sagen wollen, daß er, wenn jemand bei uns bereit wäre die Rolle eines Millerand zu spielen, geneigt wäre, ihn als Kollegen in das preußische Ministerium zu nehmen." Bebel machte dann eine Pause und erwartete eine Antwort. Diese erfolgte nicht und er fuhr fort: „Nun, ich kann Ihnen nur das eine sagen: wenn dieser deutsche Millerand in ein Ministerium käme — Sozialdemokrat müßte er bleiben, sonst würde er von uns gerade so schlecht behandelt, wie die andern Minister". (Hört! hört!) Ich wiederhole: wäre in der Tat eine so große Gefahr nach dieser Richtung, so hätte Bebel eine entschiedenere Antwort geben und sagen müssen: daran ist garnicht zu denken, darüber ist garnicht zu verhandeln. (Lebhafte Zwischenrufe.) Ja, Parteigenossen, reicht denn Euer ruhiges Gehör nur

für Bebel hin und nicht auch für mich? (Sehr gut!) Aus derselben Rede möchte ich noch eine andre Stelle anführen. Der Kanzler hat damals ein sehr merkwürdiges sozialpolitisches Programm zum besten gegeben, indem er dem Sinne nach sagte: Weil die verschiedenen Gesellschaftsklassen ungern Opfer zu Gunsten andrer Gesellschaftsklassen bringen, so ist es Pflicht des Staates und der Monarchie, ausgleichend einzugreifen! Die Arbeiter sollten nicht Dinge verlangen, welche die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigten oder die Gesellschaftsordnung erschüttern. Die Unternehmer aber müßten kräftig mitwirken, damit die Klassenunterschiede mehr und mehr zusammenschrumpfen und die ärmeren Klassen immer wohlhabender werden. Das sei der soziale Aufschwung! Und was sagte Bebel in seiner Antwort zu diesen Ausführungen? „Ein schönes Programm, Herr Kanzler, und wenn der Kanzler seinen Einfluß benutzen will, um dies Programm zu verwirklichen, so wird er an uns Sozialdemokraten seine besten und treuesten Bundesgenossen finden.“ (Hört! hört! Bebel: Ich weiß doch, was ich gesagt habe!) Ich weiß es auch. Wem so etwas im Laufe des parlamentarischen Lebens passiert, der soll nicht an die Reden andrer mit dem Rotstift herangehen! (Sehr wahr!) Hätte ich das gesagt, dann möchte ich mal fragen, wie dann der Teufel losgegangen wäre! (Sehr richtig!) Dann hätten wir ganz andre Diskussionen bekommen, dann wäre der Klassenkampfstandpunkt nicht abgestumpft, sondern schon verraten gewesen! (Sehr wahr!)

Bebel liebt leider in seiner Polemik auch das Mittel, das Lob der Gegner einem auf sein Konto zu schreiben. Er sagt zwar, wie er es auch gestern getan hat, ich und andre seien daran freilich ganz unschuldig, aber er verliest doch das Lob und ruft dadurch einen gewissen Eindruck hervor. Es wäre besser, Bebel wäre seinerseits gegen Lob und gegen Tadel der Gegner so abgestumpft, wie ich es bin, und würde nicht Aeußerungen so gleichgültiger Art, wie er sie aus der „Frankfurter Zeitung“ vorgetragen hat, eine so außerordentliche Bedeutung beimessen. Er hat gestern gesagt: wie kommt es denn, daß gerade Vollmar und seine Freunde in der gegnerischen Presse gelobt werden, ich werde nicht gelobt! (Bebel: So habe ich das nicht gesagt.) Nun, wer z. B. jemals Wählerversammlungen bei uns in Bayern beigewohnt hat, der wird wissen, daß Bebel für unsre Gegner der Mustersozialdemokrat ist (Zustimmung), der immer gelobt wird als der ehrliche und aufrichtige Mann, während man uns nicht genug herunterreißen kann. Im übrigen fehlt es Bebel auch sonst nicht an Lob und ich möchte ihm nur zwei Zeilen aus einem Lobe der allerletzten Zeit vorführen. Vor etwa acht Tagen hat im Berliner „Tag“ ein Artikel über den Parteitag gestanden, der ein großer Lobeshymnus auf Bebel war, „dessen wilder Fanatismus den Pöbel und den Aestheten gleich entzücken muß, der nicht einer Revolution von Undankbaren zum Opfer fallen darf, die sein Arm in die Höhe gehoben hat.“ (Hört! hört! Bebel ruft: Das ist ein Lob?) Darüber ist gar nicht zu reden. (Bebel: Ein Skandal ist es.) Mir wäre es nicht im Traume eingefallen, dergleichen anzuführen, wenn Bebel nicht von uns verlangt hätte, daß wir gegen solches Lob wie ein Donnerwetter dreinfahren und es uns verbitten sollten; ich habe nicht gesehen, daß Bebel es getan hätte. Im übrigen wäre es, wenn Bebel das Lob in der gegnerischen Presse so verabscheut, bes[...] wenn er und wir alle protestierten gegen den widerwärtigen Byzantinismus der eignen Parteipresse. Lesen Sie nur einmal den skandalösen Artikel in „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“: Bebels Tag. (Bebel: Sehr richtig! Den h[...] ich aufs schärfste verurteilt!) Aber Du hast es hier nicht gesagt. (Beb[...] Das kann ich nachholen; ich habe es zu verschiedenen meiner Freunde gesa[...]

Bebel begründet sein Vorgehen damit, daß die Partei geschädigt wer[...] O ja, auch ich sehe eine Schädigung der Partei! Oder kann es etwas ärge[...] geben, als wenn man den drei Millionen sozialdemokratischer Wähler, die u[...]

soeben ohne Unterschied der Personen ihre Stimme gegeben haben, weil sie uns im gemeinsamen Kampfe einig gesehen haben, — kann es, sage ich, etwas schlimmeres geben, als wenn man diesen drei Millionen plötzlich zuruft, daß wir bisher ein gegenseitiges Komödienspiel getrieben haben, das nun zu Ende gehen müsse? (Zustimmung und Widerspruch.) Vielleicht hat Bebel einen andren Sinn damit verknüpft, aber er hat ja andren gesagt, wenn man einen Artikel schreibe, so müsse man sich alles genau überlegen, damit kein Mißverständnis darüber entstehen könne. Welche Vorstellung müssen die Wähler gewinnen von einer Partei, auf die sie ihr ganzes Vertrauen gesetzt haben und von der sie die Erlösung aus wirtschaftlicher, sozialer und politischer Unterdrückung erhoffen und deren Führer ihnen dann in einer häßlichen Fratze gezeigt werden! Denn sie kennen natürlich nicht das Temperament Bebels, sie wissen nicht, daß er manchmal im Zorn etwas sagt und im innersten verteidigt, wovon sein Herz nichts weiß. Oder von wem, wo und wann ist ein derartiges Komödienspiel verübt worden? Ich kann ja den Reichstagsverhandlungen leider nicht so viel beiwohnen, wie ich möchte, weil ich im Landtag bin, aber das muß ich sagen: ich habe von solchem Komödienspiel niemals etwas gesehen, und möchte hoffen, daß auch andre nicht etwa fühlen, daß sie ein derartiges Komödienspiel ihrerseits getrieben haben. Denn wenn das Wort überhaupt einen Sinn hätte, so könnte es nur der sein, daß es Leute giebt in der Partei, die sich seit langem mit dem Plan tragen, durch die Unschädlichmachung von Kollegen, die ihnen unbequem sind, ihre Alleinherrschaft zu proklamieren, die aber so lange nichts davon verraten haben, als sie meinten, daß die Gelegenheit nicht günstig sei (Sehr gut!), sondern vielmehr so getan haben, als ob wir alle Brüder sind, um dann plötzlich im gegebenen Moment die Maske abzuwerfen und über uns herfallen. Ich sage nicht, daß das in Wirklichkeit so sei. Aber was kann man sich draußen im Lande anders für eine Vorstellung von dem Wort machen? Und weil dem so ist, protestiere ich auf das allerentschiedenste gegen diesen Ausdruck und sage, daß er ein Schaden ist — natürlich gegen den Willen Bebels — wie er seit lange schwerer der Partei nicht zugefügt ist. (Zustimmung und Widerspruch.) Und wenn es eine Gefahr in der Partei gibt so besteht sie lediglich darin, wenn Leute glauben, ihre eigne Ansicht um jeden Preis durchsetzen zu müssen, wenn sie eigensinnig auf ihren Willen beharren, wenn sie streitsüchtig sind, wenn sie sich mit einem Wort autoritär benehmen. Und eine andere Gefahr sehe ich in gewissen Drohungen mit der Gewalt, die immer noch nicht völlig ausgestorben sind, und die um so törichter sind, wenn sie zu einer Zeit fallen, wo man den Scharfmachern einen ganz besondern Gefallen damit tut — ich meine jenen blöden Artikel „Auf des Schwertes Schneide“ aus der Zeit des Obstruktions-Feldzuges.

So sehr ich mich nun gegen Bebel wenden mußte, betrachte ich doch bei der ganzen Geschichte nicht ihn, sondern Kautsky als die Hauptperson, vor allem weil er den Vorteil für sich hat, konsequenter zu sein. Kautsky ist der Fanatiker der Theorie, der Partei gewordene deutsche Professor (Heiterkeit), der lieber die Welt und womöglich die Partei zu Grunde gehen läßt, als daß er aus seinem schönen Lehrgebäude auch nur einen Spahn herausziehen läßt (Zustimmung und Widerspruch. Ruf: Das ist ja Unsinn!) Damit überzeugen Sie mich nicht. Ich aber werde Beweise liefern.

Kautsky hat uns oft gezeigt, was er von der Denk- und Meinungsfreiheit in der Partei denkt. Er hat einmal in dem famosen Artikel gegen Bernstein: „Der Rückzug der Zehntausend“ gesagt: „Dieselben Forderungen, die wir an den Staat in Bezug auf Denkfreiheit und dergleichen stellen, auch an die Partei richten zu wollen, ist lächerlich.“ (Hört! hört!) Die „Neue Zeit“, sagte er — es war in Lübeck — ist nicht dazu da, um die verschiedenen in der Partei vorhandenen Meinungen und Gedankenrichtungen sich geistig messen zu lassen,

sondern sie hat die Einheitlichkeit der Partei zu verfechten. Die „Einheitlichkeit der Partei, das heißt die Alleinherrschaft seiner Meinung. (Sehr richtig! Lebhafter Widerspruch. **Kautsky** ruft: Davon steht nichts drin. Fortgesetzte Unterbrechungen.) Ich werde ruhig abwarten, bis Sie zeigen, daß wenigstens hier noch ein klein wenig Meinungsfreiheit ist. Ich denke, wenn Ihr Bebel angehört habt, dann habt Ihr auch die verdammte Pflicht, mich anzuhören. (Lebhafte Zustimmung.) Denn andernfalls sähe es so aus, als ob Ihr terrorisieren wolltet. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Singer: Ich habe wiederholt gebeten, die Zurufe zu unterlassen, weil ich ganz genau weiß, daß daraus nachher erregte Scenen sich ergeben. Im übrigen möchte ich betonen, daß die Mahnung nach beiden Seiten hin recht nötig ist. (Zustimmung.)

v. Vollmar (fortfahrend): Also die Einheitlichkeit der Partei, das heißt, seine eigne wissenschaftliche als allein berechtigt aufgefaßte Meinung! Darum dreht es sich. Kautsky hat ausdrücklich einmal das Wort gebraucht, daß die neue Methode — das ist dasselbe, was man jetzt Revisionismus nennt und was alle Jahre anders heißt — eine „Auflehnung" sei. Diese niederzuwerfen, die reine Glaubenseinheit in der Partei herzustellen, — darauf ist seit Jahren der Sinn Kautskys gerichtet und er hat schon wiederholt bei Parteitagen gemeint, jetzt sei es soweit. Bisher allerdings vergeblich. Nun glaubt er, die Gelegenheit günstig. Er hält die Stimmung der Partei gegen Ede, den ewigen Unruhestifter, für genügend verärgert und glaubt nun die Gelegenheit günstig, nachdem er Bernstein früher schon für seine Person nicht mehr als Genossen erklärt hat, (Widerspruch), dies Urteil vom Parteitag bestätigen zu lassen: jetzt oder nie. Er hat schon früher privatim gesagt, daß es Leute giebt, die so verworfen sind, daß sie Bernstein, seinem wissenschaftlichen Widersacher, nicht ohne weiteres in allem verdammen, daß sie manches von ihm — für richtig oder doch für beherzigenswert halten, während sie sich in vielem anderen nicht einverstanden erklären, — denn der Mythe muß doch ein Ende gemacht werden, als habe man Bernstein zugejubelt, als sei er, wie gestern Bebel sagte, wie ein neuer Messias angesehen worden. (**Bebel:** Von Dir nicht, dazu bist Du zu kalt!) Das freut mich, aber warum spricht Ihr denn immer von den Revisionisten, Ihr wollt doch auch mich darunter verstehen. (**Bebel:** Gewiß, Du bist das Haupt.) So, nun ich habe im ganzen zweimal über Bernstein gesprochen: einmal auf dem Hannoverschen Parteitag, und zweitens in einer Versammlung in München nach Lübeck, und wer sich jener Reden erinnert, der wird genau wissen, daß es mir gar nicht eingefallen ist, Bernstein zuzujubeln, sondern daß ich sehr viel an seinen Anschauungen auszusetzen hatte. Wohl aber habe ich mich auf das entschiedenste dagegen verwahrt, daß man ihm so an die Waden fährt. Also ich sage, Kautsky und diejenigen, die ihm gleich denken, glaubten, man könne die „Revisionisten" gleich mit Bernstein zusammen in einem Prozeß abtun. Kautsky hat sich lange bemüht, eine Formel zu finden, durch welche die Verbrechen des Revisionismus umschrieben und präzisiert werden könnten. Er hat in drei Artikeln — zwei in der „Neuen Zeit" und einen in einer Beilage der „Leipziger Volkszeitung" — dies Verbrechen folgendermaßen charakterisiert: „Die neue Taktik besteht also darin, daß sie die Sozialdemokratie zum Mitglied einer Majorität machen will", d. h. also, wir wollen eine Anlehnung an bürgerliche Parteien". An einer andren Stel[l] „Die Revisionisten sagen, daß die Partei sich bequemen müsse, sich mit benach[-] barten Parteien zu vereinigen, um mit ihnen zusammen eine regierungsfähig[e] Mehrheit zu bilden." Und weiter: „Die Revisionisten haben die Einbildung, die liberale Bourgeoisie werde uns die Kämpfe für die primitivsten Rechte de[s] Proletariats abnehmen, indem sie in einem großen Aufschwunge zum Siege gelange." Das sei ein Aufgeben des Klassenkampfes — quod erat demonstrandum" Jawohl Parteigenossen, das wäre es in der Tat und es hat mich gefreut, daß endli[ch]

diese Formel so rein gefunden worden ist, weil man damit doch endlich aus den Allgemeinheiten heraus und zu etwas Greifbarem kommt. Nun frage ich Sie und bitte um eine Antwort darauf: Wo und von wem ist irgend einer dieser Grundsätze in Deutschland und für Deutschland befürwortet worden? In meiner Münchener Rede habe ich über die bürgerliche Linke gesagt: „Praktisch ist die Lage heute die, daß für den bürgerlichen Liberalismus mit diesen Wahlen die letzte Möglichkeit auf Zurückgewinnung des verlorenen Einflusses vorüber ist. (Hört! hört!) Das soll nicht heißen, daß für die wirklich freigesinnten Elemente des Bürgertums, soweit dieselben nicht bereits in das Lager der Sozialdemokratie übergegangen sind oder noch weiter übergehen, gar keine Aufgaben mehr vorhanden wären. Und uns Sozialdemokraten könnte es nur freuen, wenn jene (die wirklich freigesinnten Elemente des Bürgertums) sich aufraffen und wenigstens im Kampfe gegen die Reaktion auf politischem und geistigem Gebiete mit uns wetteifern würden; aber im übrigen müßten sie sich klarmachen, daß die Dinge sich in Deutschland offenbar ähnlich wie in Belgien abspielen würden und daß der Vorkampf der Opposition fortan der Sozialdemokratie gehört, an deren Seite und unter deren Führung die Linksliberalen zu handeln haben würden." Das ist das einzige, was ich über diese Frage jemals geäußert habe. Und ich wiederhole die Forderung, daß man, wenn man uns einen politischen Tendenzprozeß schlimmster Art machen will, (Sehr richtig! und große Unruhe), uns dann doch wenigstens einige Beweise bringt.

Ebenso unglaublich wie das, was Kautsky nach dieser Richtung geleistet hat, sind die Ideen, die er über das fernere Vorgehen innerhalb der Partei geäußert hat, früher schon und jetzt noch. Zuletzt hat er sich dahin geäußert, die Kritik müsse für eine Zeit eingestellt werden, das Anzweifeln der augenblicklich herrschenden Meinung, der Taktik müsse aufhören. (Große Unruhe. Hört! hört!) Das „Anzweifeln!" — wirklich dies Wort! Ich habe es mir gemerkt, weil es mich an die Religionsstunde in der Jugend erinnert hat. (Zuruf: Ist das wörtlich? Große Unruhe.) „Das Anzweifeln muß zurückgestellt werden!" Suche Dir selber die Stelle heraus! (Bebel: Aha! Zuruf: „Zurückgestellt" steht da!) Also, die Meinungsfreiheit soll nicht verboten, sondern vertagt (Sehr gut! Heiterkeit und fortdauernde Unruhe), die Kritik nicht abgeschafft, sondern nur für eine Zeitlang eingestellt werden! (Zuruf: Zurückgestellt!) Das ist, so weit ich deutsch verstehe, dasselbe! Ja, das können Sie beim Papst und in der Kirche auch haben. (Vielfache Rufe: Sehr gut! und Unruhe.) Da ist auch die Bibelkritik nur eingestellt, bis der Papst selbst ihre Berechtigung anerkennt und eine Kommission einsetzt, die die Sache untersucht; dann kann auch kritisiert werden, bis die neue Lehrmeinung festgesetzt wird.

Nein, Parteigenossen! Das Recht der Meinungsfreiheit, der Kritik existiert entweder ganz, ohne Vorbehalt oder gar nicht. (Sehr richtig!) Sonst gehts wie beim heutigen Staat, bei dem die Denkfreiheit und Lehrfreiheit auf dem Papier steht, aber in der Praxis mit Anstand geübt werden muß, damit kein öffentliches Aergernis erregt wird! (Unruhe.) Nein, so haben wir nicht gewettet und es ist einfach beschämend, daß eine solche Ansicht in Bezug auf die Sozialdemokratie nicht nur ausgesprochen, sondern auch nur gedacht werden konnte. (Sehr richtig!) Denn wenn es eine Wesensgrundlage, eine Lebenswurzel der Sozialdemokratie giebt, so ist es die absolute Freiheit des Denkens, des Forschens, der Untersuchung der Grundsätze, der Ziele wie der Taktik! Wer da auch nur die geringste Einschränkung machen will, der will die Partei aus einer großen Kulturbewegung zu einer Sekte machen! (Sehr gut!) Gewiß würde eine Bewegung von der Größe der sozialdemokratischen auch dann noch eine Zeitlang äußerlich sehr imposant dastehen, ja vielleicht in den Augen der Gegner noch imposanter sein, weil sie von einer völligen, uniformen Einheitlichkeit der Meinung wäre. Aber die notwendige Folge wäre die Verknöcherung der Partei

(Sehr richtig!), die Absperrung jedes frischen Luftzuges und dadurch der weiteren Entwicklungsmöglichkeit. Dann müßte man aber auch vor allem aus unsrem Namen das Wort „demokratisch" streichen (Bebel: Jawohl, wenn es dahin käme!) und darauf verzichten, selbständige, freie, mit warmem Blut begabte Menschen zu gewinnen und zu behalten. (Bebel: Du siehst selbstgeschaffene Gespenster!)

Singer (unterbrechend): Ich bitte, die Zwiegespräche zu unterlassen! (Zuruf: Sag's Bebel!)

Vollmar (fortfahrend): Denn das sage ich Ihnen: wenn man mir einen Maulkorb zumutet, dann ist es mir ziemlich gleichgültig, ob es ein polizeilicher, ein kirchlicher oder ein sogenannter demokratischer Maulkorb ist. (Beifall und Zischen.) Das wäre mir wahrlich der Mühe wert, mein Leben einzusetzen. (Bebel: Leben einzusetzen? Wo?!) Nun, opferst Du etwa nicht Dein Leben der Partei, stellst Du Dein Leben nicht in den Dienst der Partei? (Bebel: Davon rede ich ja gar nicht!) Und glaubst Du, das tun andre nicht auch? — Also ich sage: das wäre mir wahrlich wert, das ganze Sein einzusetzen und zu kämpfen, alte Autoritäten umzustürzen, bloß um einen neuen Götzen an ihre Stelle zu setzen! Dazu könnten sich keine bewußten Sozialdemokraten, sondern nur Fanatiker bereit finden! (Bebel: Sehr richtig!) Wo aber eine solche Gefahr auch nur entfernt auftaucht, muß sie genau bezeichnet werden!

Damit komme ich zu der Resolution. Ueber den ersten Punkt habe ich nichts zu sagen. In dem Augenblick, wo die Partei entschieden hat — was sie ohnehin bereits getan hat — ist die Sache erledigt.

Nun kommen die Sätze über die „revisionistischen Bestrebungen". Was heißt das? Mit solchen vagen Begriffen vermag ich nichts anzufangen. Was mich betrifft, so habe ich mich sicherlich weder jemals als einen Bernsteinianer noch einen Bebelianer bezeichnet, ja nicht einmal einen Marxisten genannt; ich habe keine Neigung und Talent zu solchem „Isten" und „Anern" — mir genügt vollkommen, daß ich Sozialdemokrat bin. (Sehr gut!) Ich halte also diesen Ausdruck für eine Verkehrtheit, wie überhaupt die ganzen Sätze ein Popanz sind, die sich der Verfasser zurecht gemacht hat, um auf ihn schlagen zu können. Die revisionistischen Bestrebungen sollen darauf hingehen, unsre bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt." Wann und wo haben ich oder einer meiner Freunde jemals eine derartige Forderung vertreten? Niemals und nirgends, und was mich betrifft, so ist gerade in meiner Münchener Rede auf das allerdeutlichste von der Eroberung der politischen Gewalt durch die Sozialdemokratie die Rede.

Dann kommt Satz drei: „Die Folge einer derartigen Taktik wäre" usw. Ja freilich: wenn die konstruierten Bestrebungen vorhanden und wirksam wären, so wäre die Folge natürlich eine schlechte. Nur daß sie eben in Wirklichkeit nicht vorhanden sind.

Und endlich Absatz vier: „Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern." Das ist schon ein Rückzug gegenüber jenen Aeußerungen, die ich Ihnen aus Kautskyschen Schriften vorgetragen habe. Aber ich frage hier wieder: Wer hat diese Forderung erho[ben]? Ich weiß niemand.

Parteigenossen, ich halte hiernach die drei Absätze über den Revisionismu[s] außerordentlich verkehrt, weil ich niemand weiß — jedenfalls bin ich's nicht —, [der] jemals etwas von dem hier Behaupteten vertreten hätte, und weil ich deshalb [einen] „Revisionismus", auf den diese Schilderung paßte, überhaupt nicht kenne. ([Sehr] richtig!) Wenn ich ein Aesthetiker wäre, so müßte ich deshalb von dieser Resolu[tion] wegen ihrer Schönheitsfehler sagen: „Absolut unannehmbar", aber im prakt[ischen]

politischen Leben urteile ich nicht nach ästhetischen Grundsätzen, sondern nach andren Gesichtspunkten. Und da sage ich nur: Zwar halte ich das ganze für falsch, aber eben darum trifft es mich auch nicht. Und wenn es nun einer großen Menge der Parteigenossen eine Beruhigung gewähren kann, Grundsätze, die ich als existent gegenwärtig gar nicht kenne, von denen die Verfasser aber annehmen, daß sie vielleicht irgendwann einmal zum Vorschein kommen könnten und denen sie darum schon im vornherein „einen Riegel vorzuschieben" gedenken, — so würdige ich diese Ansicht und will ihr nicht entgegen sein. (Hört! hört!) Ich glaube, nach den Grundsätzen der parlamentarischen Interpretation wird niemand etwas gegen einen solchen Standpunkt einwenden können.

Im letzten Satz gefällt mir allerdings die Resolution gar nicht. Die Verfasser scheinen so außerordentlich geschäftig gewesen zu sein, Begriffsbestimmungen für den Revisionismus, die sich überhaupt nicht finden lassen, zu finden, daß ihnen da, wo für die Partei das wichtigste Stück gekommen ist, die Kraft ausgegangen ist. Denn anders kann ich mir es nicht vorstellen, daß der ganze Absatz derart wortreich, aber inhaltsarm gediehen ist. Mir, dem bösen „Gemäßigten" (Heiterkeit), ist dieser Absatz durchaus nicht radikal genug. (Sehr gut! Heiterkeit.) Besonders stört mich, daß, nachdem man einen großen prinzipiellen Anlauf genommen, man über die hochwichtigen sozialpolitischen Fragen weiter nichts zu sagen weiß, als daß wir „die Interessen der Arbeiterklasse" zu vertreten" haben, das blasseste Wort, das zu denken ist, und das wir unter dem Sozialistengesetz angewendet haben, wenn wir die Auflösung einer Versammlung befürchtet haben. Bebel tat eben erstaunt darüber, daß ich auf einmal radikal sei. (Bebel: Ganz mißverstanden! Du wärest ja dann nur, was Du früher warst!) Nun, im Französischen giebt es ein Sprüchwort: „On est toujours le réactionnaire de quelqu'un." Das heißt: Es giebt immer einen Menschen, der über einen hinausgeht, der noch konservativer oder auch noch radikaler ist, und keiner soll sich einbilden, daß er innerhalb einer Partei auf der äußersten Rechten oder auf der äußersten Linken steht. So kann man sich in Bezug auf verschiedene Dinge bald auf diese, bald auf jene Seite stellen. Wie ich denn in der Tat keine einzige Gelegenheit zu nennen wüßte, wo im Reichstage in der praktischen Politik die sogenannten Revisionisten auf der einen Seite, die „Radikalen" auf der andern Seite gestanden hätten (Hört! hört!), sondern stets war eine Mischung vorhanden. Bebel wird mir bestätigen, daß mehr als einmal er und ich einer Meinung gewesen sind und zusammen gegangen sind, bald gegen links, bald gegen rechts. (Vielfache Rufe: Hört! hört!) Da können Sie sehen, daß der Revisionismus nichts als Popanz ist.

Merkwürdig ist auch, wenn man jemandem wie Kautsky, der nicht müde wird andre als Opportunisten anzugreifen, plötzlich selbst auf den Pfaden des Hyperopportunismus begegnet. In einem seiner letzten Artikel in der „Neuen Zeit" widerrät er, für eine Neueinteilung der Reichstags-Wahlkreise einzutreten, weil sonst das Wahlrecht in Gefahr kommen könnte. (Hört! hört!) Wir stellen in allen Wahlversammlungen das jetzige Unrecht der Wahlkreiseinteilung als eine Schande hin und haben die Aenderung dieser Einteilung im Reichstage immer und immer wieder beantragt; ja wir würden jetzt geradezu unser Recht ufgeben, wenn wir, wo wir im Reichstage unsre neue Macht zeigen wollen, if einmal diese Forderung ganz in die Tasche stecken wollten. (Bebel ruft: elbstverständlich kann davon gar keine Rede sein.) — Gut, aber Kautsky hat vorgeschlagen. (Bebel: Ich stimme Dir bei.) Und es ist doch bezeichnend, ß Leute, die hinter jeder Aeußerung von uns ein Abschwächen der Gegensätze hen, uns angesichts unsrer neuen Machtstellung solche Vorschläge machen. (Sehr gut!)

Ich bin am Ende. Wenn Sie ein Urteil aussprechen wollen über ein ing, das Ihnen nicht gefällt, das Sie Revisionismus nennen, dessen Begriff

Sie nach meiner Meinung völlig unzutreffend bestimmen, und über Grundsätze, die Ihnen verderblich erscheinen und die ich ebenfalls für verderblich halten würde, falls sie existieren würden, so ist das eine Sache für sich, die mit der Annahme der Resolution sachlich erledigt ist.

Anders natürlich wäre es, wenn es Ihnen um persönliche Zwecke zu tun sein sollte. Ich unterstelle nicht mit einem einzigen Worte den Verfassern der Resolution — ich gebe Ihnen mein Wort darauf — daß sie derartige Zwecke verfolgen. Dergleichen geht nicht aus der Resolution hervor und darf auch infolge dessen nicht hineininterpretiert werden. Wohl aber ist in den letzten Tagen, von dem ersten Moment meines Eintretens in diesen Saal an, mir von verschiedenen Seiten gesagt worden: es bestehe irgendwo die Absicht, eine solche Fassung zu finden, daß sie bestimmten Personen unannehmbar würde. (Hört! hört! Große Unruhe und lebhafte Zurufe.) Eine ganze Reihe von Genossen hat das direkt gehört und uns gesagt. Um so besser, wenn es nicht richtig ist! Denn wenn es richtig wäre, so wäre es ganz offenbar, daß es sich in dieser ganzen Frage um keinerlei sachliche Entscheidung handelte, sondern um den Versuch, bestimmte Personen, die einem unbequem sind, hinauszudrängen. (Sehr richtig! Unruhe.) Wer das wollte, der müßte dann aber auch gleich den Mut haben, die Konsequenzen zu ziehen und Namen zu nennen. Er müßte bestimmte Personen anklagen und sie vor die Wahl stellen, sich zu unterwerfen oder das Lokal zu verlassen. Das wäre die richtigste Konsequenz. Dann wüßte man im deutschen Lande, worum es denen, die etwa solche Absichten haben sollten, zu tun ist. Dann wären die Nebel zerrissen und dem Parteitag gezeigt, an welchem Abgrund er steht!

Indessen vermag ich, wie gesagt, in der Resolution eine solche Absicht nicht zu entdecken und habe deshalb nichts mehr weiter hinzuzusetzen, sondern komme zum Schluß.

Parteigenossen! Ich bestreite nicht, daß da und dort Anlaß zu einer gewissen Unzufriedenheit vorhanden sein mag. Ich bin z. B. der Meinung, daß ein großer Teil der Unzufriedenheit daher rührt, daß Genossen, die man früher kaum gekannt hat, sozusagen über Nacht in Ehrensitze gekommen sind; eine Ansicht, die ich bei aller Achtung vor den betreffenden Personen vollkommen teilen kann, weil die Genossen sich mit Recht sagen: bevor einer die Offiziersepauletten bekommt, soll er den gewöhnlichen Truppendienst durchmachen. (Zustimmung.) Freilich kann entgegengehalten werden: Ja, warum stellt ihr denn solche Leute als Kandidaten auf? (Vielfache Zustimmung.) So hat einer unsrer ältesten Wahlkreise eine solche Aufstellung vorgenommen. In meiner Weltabgeschiedenheit oben in den bayrischen Bergen habe ich mir das auch ganz gut vorstellen können, namentlich als ich die Berliner Versammlungsreden gelesen habe. Ich sagte mir: es sind da eine Anzahl von Unzufriedenheiten vorhanden, und das hat sich allmählich gespannt, bis es zu einem Ausbruch kam. Und wo dann die dünnste Stelle ist, da bricht der Kessel durch. Jetzt erscheint es vielen wegen Dingen, die früher als einzelne gar nicht so schlimm erschienen waren, als ob die Partei in Gefahr wäre. Nachdem wir uns nun ausgesprochen haben werden, sollte der Parteitag zu der Ueberzeugung kommen, daß dem nicht so ist, daß die Dinge aufgebauscht worden sind. Ich leugne nicht, daß von beiden Seiten, auch mir, Fehler gemacht worden sein können — ich bin gar nicht so, daß ich allen Umständen recht haben will. (Bebel: Willst Du mir das sagen?) wo, davon bin ich weit entfernt! (Große Heiterkeit.)

Also ich will sagen, daß, wenn die Resolution angenommen wird, getan ist, was zur Beruhigung und Klärung gewünscht werden konnte, und der Zweck damit erfüllt ist. Ich glaube weiter, daß der Parteitag — im Gegen zu dem, was gestern Bebel ausgeführt hat — finden wird, daß zu keiner Ze der Partei weniger Anlaß zu einem wirklichen prinzipiellen Streit gewe

als gerade jetzt, daß vielmehr die Einheit und Einheitlichkeit in der Partei in Wahrheit nicht geringer, sondern größer geworden ist als früher. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Partei wird erkennen, daß angesichts der Aufgaben, die jetzt in höherem Maße als je an uns herantreten, es höchste Zeit ist, diesem törichten Brudergezänk Einhalt zu tun (Sehr wahr!), denn wir haben eine Aufgabe vor uns, die alle unsere Kräfte verlangt, für die jede Kraft an ihrer Stelle das richtige wirken kann, so wie es in der Bibel heißt, daß man Gott auf die verschiedenste Weise dienen kann. Man muß in Industrie-Orten anders handeln, als in bäuerlichen Bezirken, im Süden anders als im Norden, aber überall können wir unsere Kräfte redlich gebrauchen und haben uns nur zu bestreben, daß wir einander nicht zuwider, sondern zusammenwirken. Ich meine, der Parteitag wird nach dieser unerquicklichen, aber notwendig gewordenen Aussprache die richtige Entscheidung zu finden wissen, indem er jeden etwa noch auftauchenden Versuch anstatt auf sachliche Weise auf persönliche, verletzende oder vergewaltigende Weise etwas unternehmen zu wollen energisch zurückweist und die Führer von links und rechts auf ihre Posten zurückweist, auf den Posten vor den Feind zum gemeinsamen Kampf! (Lebhafter Beifall.)

Singer teilt mit, daß noch ein Amendement zur Resolution 130 (Antrag 143) eingelaufen sei.

Es liegt der Antrag vor, die Redezeit nunmehr auf 10 Minuten festzusetzen.

Reuber-Solingen spricht für diesen Antrag. Wir haben das pro und contra ausführlich gehört. Es muß allen Genossen die Möglichkeit geschaffen werden, hier auszusprechen, wie ihre Wahlkreise denken. Das ist nur durch Beschränkung der Redezeit möglich.

Kolb-Karlsruhe wendet sich gegen den Antrag. Es fehlte gerade noch, daß uns jetzt die Möglichkeit verschränkt würde, frei auszusprechen, was wir denken, nachdem man uns so lange Zeit vorgeworfen hat, wir hielten damit zurück. Von den vier Tagen, die der Parteitag zusammen ist, hat Bebel bisher allein für sich anderthalb Tage in Anspruch genommen. Wir bleiben da und setzen uns auseinander. Es scheint die Meinung vorhanden zu sein, der Parteitag sei bloß für die Berliner Parteigenossen da. (Lebhafter Widerspruch. Rufe: Wir sind ja gegen den Antrag! (Große Unruhe.)

Singer: Der Parteitag ist um sich selber da. (Bravo!)

Der Antrag auf Zehnminuten-Redezeit wird abgelehnt.

Singer bittet wiederholt um Ruhe, die fortwährenden Störungen aus den Reihen der Mitglieder des Parteitages verhindern ein weiteres Verhandeln.

Ledebour (zur Geschäftsordnung): Angesichts des eben gefaßten Beschlusses kann es nicht zweifelhaft sein, daß wir in dieser Woche nicht fertig werden. Es ist notwendig, jetzt sofort uns darüber schlüssig zu werden, ob wir unsre Verhandlungen in der nächsten Woche fortsetzen wollen, damit die Delegierten ihre Dispositionen treffen können. Ich stelle den Antrag, zu beschließen, die Verhandlungen nach Ablauf dieser Woche am Montag fortzusetzen. Wann wir sie schließen wollen, darüber können wir uns am Montag schlüssig werden. Genosse Kolb irrt, wenn er annahm, daß die Berliner Genossen für die Zehnminuten-Redezeit gewesen sind. —

Singer: Aber die Sache ist ja erledigt, der Antrag ist abgelehnt.

Ledebour: Wir wünschen eine gründliche Aussprache, und die wird nicht -¹-mal bis Sonnabendabend erledigt sein.

Singer: Jetzt ist der unpassendste Moment, darüber zu beschließen, ob ir auch noch am Montag sitzen sollen. Lassen Sie uns doch ruhig weiterbeiten. Rauben Sie uns doch nicht jetzt die Zeit mit unnötigen Anträgen.

Stücklen-Altenburg bittet den Antrag Ledebour abzulehnen. Bereits am 'ienstag fragten die Genossen: Wer hat sich denn zum Punkte „Taktik" gemeldet? ıd wenn man sie fragte: Sollen wir Sie einzeichnen? dann antworteten die

meisten: Nein wir wollen erst warten, bis sich dieser oder jener vor uns gemeldet hat. (Heiterkeit.) Nun haben sich die kleinen Geister zuerst eingeschrieben und die großen kamen hinterher. (Stürmische Heiterkeit.)

Singer: Einen solchen Unterschied kennen wir nicht. (Erneute Heiterkeit.)

Stücklen: Ich nehme den Ausdruck zurück.

Der Antrag Ledebour wird abgelehnt.

Die Mittagspause tritt ein. — 12¾ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 3 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

In der wieder eröffneten Diskussion über Punkt 4 erhält das Wort

Kolb-Karlsruhe: In der heut hier verteilten Nummer der „Leipziger Volkszeitung" ist ein Artikel zu lesen mit der Ueberschrift: „Parteimoral". Hierin heißt es:

„Bisher hat man als die beliebtesten geistigen Waffen der Revisionisten die gegenseitige Lobhudelei und Beweihräucherung kennen gelernt. Jetzt scheint das Arsenal des Revisionismus durch einige neue Stücke bereichert werden zu sollen: die Denunziation und die Ehrabschneiderei. Bisher hatte man sich damit begnügt, sich selbst mit Lobeshymnen auf seine eigne höhere Einsicht zu feiern und die gegnerische Richtung als starre Dogmatiker und fanatische Marxisten zu verhöhnen; jetzt geht man dazu über, den guten Glauben der Andersgesinnten und ihre Motive zu verdächtigen und sie durch „Enthüllungen" aus ihrer Vergangenheit mundtot zu machen."

Und an anderer Stelle heißt es:

„Der Schwerpunkt der bisherigen Verhandlungen des Parteitages liegt nicht in dem „Fall Mehring", sondern in der Parteimoral, die von einzelnen Vertretern des Revisionismus betätigt worden ist. Hier kann nicht durch Parteitagsbeschlüsse und Resolutionen Wandel geschaffen werden; hier kann nur eine öffentliche Kennzeichnung des frivolen Treibens vereinzelter Parteiverderber helfen, das das gesamte Parteileben zu korrumpieren droht."

Der Artikel ist unterzeichnet G. J. — Gustav Jaeckh. Wer ist dieser Gustav Jaeckh? Ist er berufen, in dieser Weise vorzugehen . . .

Singer: Ich will nicht untersuchen, ob der Redner mit seiner Vermutung über den Verfasser recht hat. Genannt ist er jedenfalls nicht, und wir haben keinen Anlaß, uns weiter damit zu befassen.

Kolb: Dann will ich von diesem Artikel absehen. Aber ich weiß, daß Gustav Jaeckh wiederholt in Artikeln auf das schärfste Stellung genommen hat zu den Parteigenossen, die als sogenannte Revisionisten gelten; er ist das ganze Jahr auf der Patrouille, um zu fahnden, wem mangelhafte Prinzipienfestigkeit nachzusagen ist. Nun, Gustav Jaeckh war bei uns in Baden Redakteur und er war Revisionist. Dann ging er nach Stuttgart und arbeitete an einem bürgerlichen Blatt mit, in dem er fortgesetzt den „revisionistischen" Standpunkt verfochten hat, ja er ging noch weiter: er verleugnete prinzipielle Forderungen der Partei. In einer Erklärung in der „Leipziger Volkszeitung" hat Jaeckh behauptet, daß der „Karlsruher Volksfreund" verschiedene Artikel von ihm abgedruckt und ihn wiederholt aufgefordert habe zur Mitarbeit. Ich konstatiere, daß das nicht wahr ist. Ich habe nur einen Artikel von Jaeckh veröffentlicht. Wie Jaeckh aber schon in Leipzig war, hat er mir noch einen Artikel für die Budgetbewillig[ung] angeboten. (Hört! hört!) Ich habe verschiedentlich moniert, daß er den Ar[tikel] nicht schickte, aber dann nicht mehr moniert, weil ich sah, wie Jaeckh in Leip[zig] schnell seine Ansicht änderte. Noch am 2. März 1901 hat der Mann direkt ge[gen] die Partei geschrieben; ich führe dies nur an, um zu zeigen, wie wenig di[e] Leute berufen sind, jetzt den Zionswächter zu spielen. Das geschah in Stuttga[rt], wo zur Zeit der Kohlennot im Gemeinderat von unsern Genossen der Antr[ag]

gestellt wurde, der Gemeinderat möge an die armen Leute Coaks zu billigem Preise abgebe. Jaeckh war dagegen und schrieb, wenn heute der Stuttgarter Gemeinderat eine sozialdemokratische Mehrheit bekäme, so würde entweder alles beim alten bleiben oder es würden auf Kosten der Allgemeinheit kostspielige Experimente gemacht werden. Dasselbe gelte, wenn die Sozialdemokratie im ganzen die Macht bekäme. Entweder es bliebe dann wie vorher, oder es müßte mit beispielloser Verschwendung von Kraft und Mitteln eine neue Organisation des Produktions- und Verteilungsprozesses geschaffen werden, wobei es mehr als fraglich sei, ob der Organismus solch eine Neuordnung überhaupt vertragen kann. (Hört! hört!) Es sei eine politische Kinderkrankheit in Deutschland, von den öffentlichen Institutionen die Lösung von Aufgaben zu verlangen, welche der Natur der Sache nach der privaten Initiative vorbehalten sein sollten. (Hört! hört!) Als Jaeckh das schrieb, war er Parteimitglied, und kurze Zeit darauf kam er an die „Leipziger Volkszeitung", um den Kampf gegen die Revisionisten aufzunehmen. (Zuruf: Feine Familie!)

Nun zur Sache! Seit Wochen ist ja für diesen Parteitag die entscheidende Abrechnung angekündigt worden. Ich bestreite aber ganz entschieden, daß in der Partei überhaupt solche Revisionisten vorhanden sind, wie man sie sich hier vorstellt. Der ganze Streit ist nichts andres als ein Streit um die Frage, ob ungelegte Eier ausgebrütet werden dürfen. Es handelt sich um nichts als eine theoretische Katzbalgerei, die für die gegenwärtige praktische Arbeit gar keine große Bedeutung hat. Wie wenig Klarheit über den Begriff des Revisionismus besteht, beweist ja die Resolution. Welche Verwirrung da herrscht, habe ich noch vor einigen Tagen gesehen. Ich hatte da zu einem badischen Genossen gesagt, er solle doch nicht so radikal tun, er hätte ja eben erst bei den Offenburger Gemeindewahlen ein Kompromiß abgeschlossen. Der Genosse war darüber sehr entrüstet, er warf mir vor, ich hätte die Unwahrheit gesagt. Die Sache liegt so: In Offenburg hatten vor den Gemeindewahlen die Sozialdemokraten mit den Demokraten und Nationalliberalen ein Kompromiß geschlossen. Infolge dieses Kompromisses kamen 15 Genossen in das Stadtverordneten-Kollegium und zwei unsrer Genossen in den Gemeinderat. Die drei Parteien hatten gleichlautende Listen für die Wahl aufgestellt. Ich konnte also wohl behaupten, daß ein Kompromiß abgeschlossen worden sei. Zu allen Zeiten hat es in der Partei Revisionisten gegeben, d. h. Leute, die über einzelne theoretische und manchmal auch taktische Fragen eine besondere Auffassung hatten. Nur hat der Streit bisher nie solche Formen angenommen wie jetzt. Je größer die Partei wird, desto mehr werden auch diese Diskussionen in die Erscheinung treten, die Hauptsache ist nur, daß man nicht in jeder Meinungsverschiedenheit einen Prinzipienverrat wittert.

Nun zur Vizepräsidenten-Frage! Es hat geheißen, diejenigen, die im Sinne Bernsteins sich ausgesprochen hätten, hätten auf einmal gebremst, als sie sahen, daß es in der Partei lichterloh brannte. (Sehr richtig!) Nein, das ist nicht wahr. Ich habe von Anfang an die Frage als außerordentlich unwichtig bezeichnet. Um was es sich für mich handelte, das war die Art, wie man glaubte, die Ablehnung der Bernsteinschen Forderungen begründen zu müssen. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an den Artikel des „Vorwärts" über die Taktik. Ich habe den Eindruck, als steckte hinter diesem Artikel ein Stück Bosheit. Es wird darin geschildert, wie auch in früheren Jahren immer derselbe Spektakel erhoben wurde, wie heute, wenn es sich um eine Aenderung der Taktik handelt. Was z. B. in der Berliner Resolution über die Beteiligung an den Gemeindewahlen gesagt ist, das ist genau dasselbe, was heute gegen die Vizepräsidenten-Frage vorgebracht wird. Die Vizepräsidenten-Frage ist an sich eine sehr untergeordnete. Wenn man erklärt, daß man den Posten besetzen will, dann darf man nicht um die Formen einen solchen Spektakel anfangen. Wir haben uns bisher niemals

an der Form gestoßen und werden das hoffentlich auch in Zukunft nicht tun. Nun wird gesagt, es sei ein großer Unterschied, ob die Form gesetzlich vorgeschrieben sei, oder ob wir uns freiwillig fügen. Ich behaupte, wir fügen uns gar nicht freiwillig. Denn ob das Gesetz uns etwas vorschreibt oder die Mehrheit, das kommt in der Praxis auf dasselbe heraus. Ein Zwang ist es unter allen Umständen. Das giebt sogar Parvus in seinem neuesten Artikel zu.

Was nun die Frage der Taktik betrifft, so reduziert sie sich auf die Formel: wie und auf welche Weise erringen wir die politische Macht. Es ist ja nicht nur eine Erscheinung in der deutschen Partei, sondern eine internationale Erscheinung. In allen Ländern haben wir die Revisionisten und Antirevisionisten. Es besteht eine verschiedene Auffassung über den Gang der Entwicklung. Für das, was wir im Augenblick zu tun haben, aber hat dieser Streit nicht den Wert, daß wir uns in jedem Jahre auf den Parteitagen damit unsre Zeit wegnehmen. Kautsky hat in einem Artikel nach der Wahl die Frage aufgeworfen: Was nun? Ich habe mich vergeblich gefragt, wo denn die Antwort auf diese Frage ist. Das was Kautsky auseinandersetzt, ist rein theoretisch, aber für das, was jetzt im Reichstage zu tun ist, hat er keine Antwort gegeben. Er sagt, ob die Regierung einlenkt oder nicht, ist ganz gleichgültig, wir werden unter allen Umständen siegen. Ja, um diese Antwort zu geben, brauchte man den Artikel nicht zu schreiben. Es ist charakteristisch für die Auffassung von Kautsky, daß er uns eine derartige negative Antwort giebt. Ich habe auf den Artikel erwidert und nun sagt Kautsky, ich hätte einmal klargelegt, was die Revisionisten wollen. Um aber zu solcher Behauptung zu kommen, hat er einen Saltomortale vornehmen und das Gegenteil von dem herauslesen müssen, was ich geschrieben habe. Ich habe nicht geschrieben, daß wir eine neue Taktik brauchen, sondern daß wir auf dem Boden der bisherigen Taktik stehen. In letzter Linie ist der Streit ein Streit um die Frage, ob wir die Kautskysche Zusammenbruchstheorie oder die Entwicklungstheorie von Bernstein akzeptieren wollen. In der Praxis kommt das nicht in Betracht, in der Praxis haben wir uns immer auf den Boden der Entwicklungstheorie gestellt. Ich habe mit Interesse die revisionistische Rede von Vahlteich gelesen, die dieser vor einigen Monaten in Leipzig gehalten hat, aber auffallenderweise hat man nie etwas davon gehört, daß der Mitbegründer der Partei auch ein Revisionist sein soll. Vielleicht hat die „Leipziger Volkszeitung“ nur darum keine Konsequenzen gezogen, weil man sich sagte: Ach, der wird uns nicht gefährlich, der geht ja doch wieder nach Amerika! Der Revisionismus ist ein Gespenst, das in Wirklichkeit noch niemals existiert hat, es ist dasselbe wie der Richtersche Zukunftsstaat, der erst konstruiert werden mußte, um dann auf den angeblichen sozialistischen Zukunftsstaat loshauen zu können. Die sogenannten Revisionisten stehen auf dem Standpunkt, daß das Ziel unsrer Bestrebungen das Resultat einer organischen Entwicklung sein wird, daß wir alle Kräfte anstrengen müssen, um Einfluß zu gewinnen und nach und nach ans Ziel zu kommen. Kautsky steht auf demselben Standpunkt, er meint aber, was wir erreichen wollen, kann nur dadurch erreicht werden, daß der kapitalistische Staat zusammenbricht, er meint, es muß zu einem Zusammenbruch kommen. Wir dagegen sagen, es braucht nicht dazu zu kommen. (Lebhafte Zurufe: Da haben wir es ja!) Ja gewiß, darum dreht sich der ganze Streit. (Ruf: Na also!) Haben nicht alle unsre Führer erklärt, wir wollen auf gesetzlichem Wege das Ziel erreich—? Immer und immer wieder betonen wir das. Aber dann müssen wir auch den [illegible] haben, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wir dürfen nicht sagen, es muß z[illegible] Zusammenbruch kommen, denn wenn es zum Zusammenbruch kommen muß, da[illegible] muß auch der Augenblick kommen, wo die Gewalt entscheidet und nicht das Gesetz. [illegible] Gegensatze zu Kautsky stehe ich auf dem Standpunkte, daß wir schon lange mitten [illegible] der sozialen Revolution stehen, daß sie sich vor unsren Augen vollzieht und daß unsre Aufgabe ist, diese soziale Revolution zu beschleunigen. Wer recht hat, [illegible]

wird die Zukunft lehren. Jedenfalls wünscht wohl jeder von uns, daß wir auf gesetzlichem Wege unser Ziel erreichen können. Kautsky sagt, wir können die politische Macht nicht erschleichen, sondern wir müssen sie erobern. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich stehe ganz auf demselben Standpunkt, wir müssen sie erobern, es kommt nur darauf an, was man unter dem Wort „erobern" versteht. (Rufe: Aha!) Wenn es einmal dahin kommt, daß einer unsrer Genossen in die Regierung berufen wird, dann ist das kein Erschleichen der politischen Macht, sondern dann haben wir den Posten erobert, denn wir bekommen ihn nicht, wenn die Gesellschaft nicht gezwungen ist, ihn uns zu geben. Wir bekommen von der herrschenden Gesellschaft überhaupt nichts freiwillig, wir müssen alles erobern, auch was wir bisher erhalten haben, das haben wir erobert. Es handelt sich nur um einen Streit um Begriffe. Liebknecht hat in einem nach seinem Tode vom „Vorwärts" veröffentlichten Fragment zwei Eventualitäten bezeichnet, unter denen wir die Posten besetzen können.

Er sagt, entweder erfolgt ein Krach durch irgend einen Krieg, wo der ganze Bankrott der herrschenden Gesellschaft elementar in die Erscheinung tritt, dann werden wir wahrscheinlich die ganze politische Macht bekommen. Oder aber, sagt er, die herrschende Gesellschaft sieht ein, daß sie sich auf einem sehr gefährlichen Wege befindet, sie lenkt ein, und dann wird einer der unsrigen in die Regierung berufen und speziell mit der Regelung der Arbeiterverhältnisse betraut werden müssen. Wenn Liebknecht das schreiben durfte, dann darf es ein andrer wohl auch noch. Es schadet wahrhaftig der Partei nicht, wenn man über derartige Fragen diskutiert, im Gegenteil, es kann ihr nur nutzen, denn dadurch wird Aufklärung verbreitet. Praktisch ist die Frage gegenwärtig von keiner Bedeutung, aber sie wird mit der Zeit von Bedeutung werden, denn wir stehen doch alle auf dem Standpunkt, daß wir mit unsrer fortgesetzt gesteigerten Macht etwas erreichen. Wenn wir fortgesetzt die Eigentumsformen durch unsre Tätigkeit verändern, so wird nach Marx mit der Zeit auch nach und nach der politische und soziale Ueberbau der Gesellschaft sich ändern. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, das hier eingebrachte Amendement abzulehnen, denn wir wollen doch keine Resolution annehmen, die für die Gegenwart ohne jede Bedeutung ist. Wie die Dinge in Zukunft sich gestalten werden, wissen wir ja nicht. Haben wir es denn nötig, jetzt schon festzulegen, daß wir niemals innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft an der Exekutivgewalt uns beteiligen werden? Darüber sind wir doch nicht kompetent, zu beschließen, was die machen, die mal, in 40 oder 50 Jahren in unsrem Sinne arbeiten. (Sehr richtig!) Ist es richtig, daß der Zusammenbruch kommen muß, dann ist unsre bisherige bewußte Taktik nicht die richtige. Wenn der Zusammenbruch kommen muß, dann arbeiten wir auf den Zusammenbruch hin, und nicht auf den sukzessiven Aufbau der sozialistischen Gesellschaft; dann muß das Gegenwärtige niedergerissen werden, um etwas aufzubauen und dann hätte Genosse Friedeberg mit seiner Empfehlung des Generalstreiks recht. (Sehr richtig! Rufe: Hat er auch!) Das ist die Konsequenz der Theorie von Kautsky. Der Revisionismus ist gar nichts anderes, als unsere bisherige bewährte Taktik. Dafür ist ja die Resolution der allerbeste Beweis. Nachdem man jahrelang gegen den Revisionismus gekämpft hat, mußte man einen künstlichen Revisionismus konstruieren und diesen bekämpfen. Keiner von uns will eine Revision der Grundsätze der Partei, im Gegenteil, wir wissen, daß diese Grundsätze wahr und echt sind, wir wollen auf dem Boden dieser Grundsätze weiter kämpfen.

Gestern nachmittag hat der Agitator der sozialdemokratischen Partei gesprochen und heute morgen der Politiker. (Lautes Gelächter.) Der Agitator, der schon so glänzende Erfolge erzielt hat, gestern war er kein glänzender Agitator, gestern hat er eine Rede gehalten, an der wir jahrelang zu knacken haben werden. (Lebhafter Widerspruch. Gelächter. Zustimmung.) Gestern hat

er den Gegnern eine Masse Knüppel geliefert, die sie uns bei jeder Gelegenheit zwischen die Beine werfen werden. (Sehr richtig! Rufe: Bernstein etwa nicht?) Er hat sich darüber beschwert, daß die Führer der Revisionisten sich nicht dagegen verwahren, wenn sie von Gegnern gelobt werden. Das ist ganz nebensächlich, denn dies Lob wird uns in der Agitation nie vorgehalten, wohl aber bei jeder Gelegenheit Zitate von Bebel und Kautsky. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Bebel hat dann wieder auf die Süddeutschen eingehauen und gemeint, da unten sei alles versumpft, die Kerle trinken zu viel Bier und Wein, die kommen gar nicht dazu, nüchtern zu denken, sie sind sozialdemokratische Spießbürger. (Bebel: Das habe ich nicht gesagt.) Nein, aber es mußte so aufgefaßt werden. (Zubeil: Ihr könnt auch mehr vertragen!) Ja wohl, Genosse Bebel, Sie haben uns daran gewöhnt, sehr viel herunterzuschlucken. (Große Heiterkeit.) Der Vorwurf gegen die Süddeutschen war angesichts unsrer Erfolge nicht berechtigt. In Berlin oder in Industrieorten zu agitieren, ist keine große Kunst, aber in Gegenden, wo die ökonomischen Verhältnisse noch nicht weit vorgeschritten sind, da ist das etwas andres. Wenn wir in Süddeutschland trotzdem solche Erfolge haben, dann soll man doch nicht immer die Norddeutschen als die Musterknaben hinstellen. (Ruf: Tut ja niemand!) Gerade wir in Baden haben unsre Pflicht und Schuldigkeit getan. Die „Schwäbische Tagwacht", die sich ja immer an Bebels Rockschöße hängt, um auf die Revisionisten loshauen zu können, hat uns den Vorwurf der Verflachung gemacht Darauf haben wie nachgewiesen, daß in Baden der prozentuale Zuwachs unsrer Stimmen größer war als im Durchschnitt des Reichs, und speziell im Verbreitungsbezirk des „Volksfreund" war er noch größer. Wir fragten, ob etwa der Sieg in Karlsruhe wo diese Revisionisten unter den ungünstigsten Umständen den Bassermann niedergeschlagen haben, Verflachung ist. Da erwiderte dann die „Tagwacht", das sei ein glänzender Sieg, aber er sei errungen trotz des „Volksfreund". Bebel hat in Bezug auf unberechtigte Vorwürfe mehr als einmal gesündigt. In Lübeck sagte er, die Badenser gehörten in einen Sack und in den Bodensee. (Bebel: Wollen Sie mir die Stelle zeigen!) Es ist im Protokoll gestrichen. (Bebel: Es ist nicht gesagt worden!). Ich werde im Karlsruher „Volksfreund" nachsehen; der große Bericht hatte es ursprünglich, aber es ist gestrichen. (Bebel: Ich streiche nie so etwas!) Bebel hat damals auch gesagt, er werde nach Baden kommen und dann würden wir unser blaues Wunder erleben. Nun, er kam, aber das blaue Wunder blieb aus. Die Verhandlungen verliefen ganz ruhig. In München erklärte Bebel bei Gelegenheit eines von uns gestellten Antrages geheimnisvoll, er wisse von den Badensern noch ganz andres, ich ging zu ihm und bat ihn um Aufklärung. Er sagte, ich sei damit nicht gemeint. Darauf forderte der Karlsruher Wahlverein Bebel wiederholt auf, zu sagen, was er bei dieser Aeußerung im Auge gehabt habe. Er weigerte sich und erwiderte schließlich ganz ärgerlich, was uns denn eigentlich einfalle, er lehne eine Antwort ab! Bebel sprach gestern auch von den Arbeiter-Revisionisten, die in gehobene Lebenslage gekommen sind. Bebel weiß offenbar nicht, welche Folgen das hat. Diese Arbeiter-Revisionisten und überhaupt die Arbeiter-Angestellten haben sehr schwer mit dem Neide vieler Genossen zu kämpfen. Wenn nun der erste Führer der Partei in dieser Weise von diesen Genossen spricht, so ist es für jeden proletarischen Neidhammel — und es giebt deren eine Masse —, leicht gemacht, gegen diese Genossen zu hetzen. Derartige Dinge sollte man doch endlich unterlassen. Damit wird ein Stimmung gemacht. Es ist auch, glaube ich, nicht richtig, daß die Revisioni die Fühlung mit dem Volke verloren hätten. Ich habe im Gegenteil bei den Eindruck gewonnen, daß Bebel die Fühlung mit den Massen verloren (Großes Gelächter. Zuruf: Neueste Revision!) Damit stellt man die Fühl mit dem Volke noch lange nicht her, daß man in Versammlungen spricht, in de immer Tausende sind, sondern damit, daß man jeden Tag unter ihnen steh

den Gewerkschaften und Genossenschaften, wo man die Arbeiter in ihren Vorzügen und Fehlern kennen lernt. Dann erscheinen die Arbeiter nicht so ideal, wie Bebel sie hinstellt. (Wachsende Unruhe.) Hören Sie doch bitte auch zu wenn andere reden, und nicht nur wenn Bebel redet. (Zuruf: Wenn Sie vernünftig reden!) Von einigen Berliner Genossen wurden bei allen Rednern, die nicht ihrer Ansicht sind, Störungen hervorgerufen. Das Auftreten von Bebel hat nicht nur bei den Revisionisten, sondern auch bei andren Genossen Bedenken erregt. Was Vollmar darüber sagte, war notwendig. „Wir wollen!" nicht: „Ich will" soll es heißen bei uns. Wie soll nun Göhre jetzt wieder gegen die Gegner kämpfen, nachdem Bebel von ihm behauptet hat: Du bist moralisch tief gesunken! (Große Unruhe!) Welche Wirkung muß es hervorrufen, wenn die Gegner lesen, was Bebel gestern über die Redakteure des „Vorwärts" gesagt hat! Ich weiß nicht, welche Gestalt die Resolution erhalten wird. Für das Amendement kann ich unter keinen Umständen stimmen. Aber für die ursprüngliche Resolution könnte ich stimmen. (Hoffmann-Berlin: Dann muß sie geändert werden!) Ist denn der Parteitag nur für die Berliner da? (Große Unruhe und Zwischenrufe.) Seien Sie doch ruhig; wir haben Sie auch nicht unterbrochen! In der bisherigen Weise kann die Debatte nicht weiter gehen. (Sehr richtig! Große Unruhe.) Daß wir in allen grundlegenden Fragen und in allen Fragen, die für den Gegenwartskampf in Betracht kommen, einig sein müssen, ist klar. Diese Einigkeit ist aber tatsächlich erfunden. Im übrigen tun wir besser, unsre Kräfte zu sammeln, damit wir den Kampf auf allen Gebieten mit Erfolg weiter führen können. (Beifall bei einem Teil der Versammlung. Zischen.)

Stücklen-Altenburg: Die Vertreter des Revisionismus tun immer so, als ob eigentlich gar keine Differenzen vorhanden wären. Aber gerade die Rede von Kolb hat bewiesen, daß doch schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Das zeigen seine Ausführungen gegen die Zusammenbruchstheorie, und ich weiß nicht recht, wie bei diesen Gegensätzen eine Ueberbrückung gefunden werden könnte. Kolb sagt, er könne für die Resolution stimmen. Meines Erachtens würde er aber dann von seinem bisherigen Standpunkt abweichen. (Bebel: Sehr richtig!) Kolb sprach im Gegensatz zu Bebel von dem „Staatsmann" Vollmar. (Bebel: Von dem Politiker, von dem Staatsmann nicht, vorsichtigerweise.) Vollmar ist ein Redner, der sehr zu fesseln versteht, wenn er aber dann auf eine bedenkliche Stelle kommt, wie heute auf die Vizepräsidenten-Frage, dann weiß er sehr schön darum herumzugehen, und hinterher heißt es dann: Wir sind ja ganz einig. Bei den Bayern hat Vollmar allerdings einen sehr großen Einfluß und auch ich verehre ihn hoch, obgleich ich von der bayerischen Taktik durchaus nicht begeistert bin. Wenn aber Bebel damit so unzufrieden ist, dann sollte er nur mal bei seiner nächsten Reise nach der Küßnachter „Sternwarte" in München aussteigen (Bebel: Das kann ich mal tun!), dann wird er denselben Beifall finden wie Vollmar. (Heiterkeit. Zuruf: Ein Beweis, wie einig wir sind!) Und wenn er sich fürchtet, so kann er ja einen zuverlässigen Mann mitnehmen. (Heiterkeit.) Auch früher haben wir uns bekämpft, aber nicht spitzfindig. Wir haben eben eine sehr große Zahl Akademiker in der Partei, die zur Sozialdemokratie kommen, um sich zu retten. Wenn die Leute still hielten und zunächst mal lernen wollten, so wäre es ja gut. Aber diese Leute wollen zunächst mal beweisen, daß der und der Programmpunkt falsch sei; die bürgerliche Presse nimmt natürlich davon Notiz und auf dem nächsten Parteitag haben wir die Debatte. Auf dem Parteitag refüsiert der Betreffende dann einigermaßen, die Einigkeit ist hergestellt, aber der Genosse ist dann ein gemachter Mann, und auf das erste Mandat, das frei wird, glaubt er Anspruch zu haben. Das geht nicht; wer zu uns kommt, der soll nicht die Prätension haben, gleich an die Spitze zu treten, sondern er soll als gemeiner Soldat eintreten. (Sehr richtig!) Ich erinnere an Schoenlank; mit dem habe ich selbst Flugblätter

herumgetragen. Heute sollte man das mal einem neu zu uns kommenden Akademiker zumuten! Wir verlangen das ja auch nicht. Wir müssen natürlich Ausnahmen machen, z. B. mit allen Akademikern, die von der Zeit des Sozialistengesetzes her zu uns gehören, wo es noch keine Lorbeeren bei uns zu erobern gab. Vor den Akademikern aber, die jetzt das große Wort bei uns führen und die Partei revidieren wollen, habe ich keine Achtung. Man kann den Artikel Bernsteins über die Vizepräsidenten-Frage nicht mit der Bemerkung abtun, daß es sich hier um eine Dummheit handle. Ich meine, es muß mit Bernstein einmal ein ganz ernstes Wort geredet werden. Wenn es nicht anders geht, so muß die Lübecker Resolution so verschärft werden, daß ein Ausgleich unmöglich wird. Wenn die Revisionisten sagen: Wir müssen die Gegensätze verkleistern und uns gewissermaßen den Nationalsozialen seligen Andenkens nähern, — so sage ich: Wir haben die Aufgabe, den Klassenkampf weiter zu predigen. Natürlich bei den Reichstagswahlen sind wir einig; es wäre auch noch schöner, wenn wir uns selbst da rauften. Das ist der schwierigste Kampf, der uns dadurch erwächst, daß man die Genossen auf falsche Bahnen zu drängen sucht. Es ist von einer Spaltung gesprochen worden. Es könnte doch höchstens der eine oder andere Revisionist sagen: Ich mache nicht mehr mit. Wenn sie sich dann noch spalten wollen, so haben wir nichts dagegen.

Bei der Wahlagitation war ein Redner, ein Akademiker, sogar so ängstlich, daß er das Wort „Sozialdemokrat" absichtlich vermied und von dem Kandidaten immer nur als von dem Sozialisten und dem Demokraten sprach. (Heiterkeit.) Mich hat das natürlich geärgert, und ich habe zu dem Kandidaten gesagt: Du bist ein Esel, wenn Du Dir das gefallen läßt, wenn Du nicht schreibst: ich bin Sozialdemokrat. Der Sozialist und Demokrat ist übrigens durchgefallen. (Heiterkeit.) Es ist unausbleiblich, daß sich die Differenzen immer mehr vermehren. Bernstein kommt und sagt, es sei nicht so schlimm, wenn unser Kandidat für den Vizepräsidentenposten die Verpflichtung übernimmt, zu Hofe zu gehen. Ich stehe nun nicht auf dem Standpunkt, daß man jedem Fürsten in weitem Bogen aus dem Wege gehen müsse. Es kommt darauf an, wie die momentanen Verhältnisse sind. Die Leistung des Eides in Bayern und Sachsen kann nicht als Vergleich herangezogen werden. Als Bueb sich weigerte, im elsässischen Landesausschuß den Eid zu leisten und deshalb nicht zugelassen wurde, da war unsre Presse einig darin, das als Dummheit zu bezeichnen. Aber jetzt kommt zu der Gattung des Salonsozialisten eine Art Hofsozialisten (Sehr richtig!), eine Gruppe, die höfische Bedingungen erfüllen will, damit wir einen Sitz einheimsen, den wir obendrein gar nicht bekommen. (Lebhafte Zustimmung.) Wer der sozialdemokratische Vizepräsident sein soll, diese Frage ist bereits gelöst. Wir haben ja beim Münchener Parteitage gesehen, ein welch' gewandter Vorsitzender Vollmar ist. (Heiterkeit.) Aber können wir von einem Sozialdemokraten verlangen, daß er an eine Stelle geht, wo man von uns als Elenden, als nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, gesprochen hat? Man hat als Sozialdemokrat doch seine Partei-Ehre. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, kein einziger würde hingehen. Was wollte der, der hinginge, tun, wenn ihm auf die Schulter geklopft und zu ihm gesagt würde: Ich erwarte, nachdem die Partei so groß geworden ist, daß Sie nun auf den Weg der sogenannten Ordnung kommt? Soll er mit der Antwort Johann Jacobys dienen? In der Haut möchte ich nicht stecken. (Quarck: Ach! ach!) Ich glaube, auch Quarck n[...]

Die Sozialdemokraten im Lande waren geradezu empört, daß so[...] Fragen erörtert werden. Bebel hat die Münchener als eine Art Hammelh[...] hingestellt, die dem Vollmar folgt, wohin er geht. So liegen die Dinge d[...] doch nicht. Wenn Bebel nach München kommt, würden seine Ausführungen [...] denselben Beifall finden wie überall. (Sehr richtig!) Und haben sich die and[...] bayrischen Städte, Fürth, Hof, Nürnberg, Augsburg, nicht gegen den Vollmarsc[...]

Vorschlag erklärt? Ehrhart hat zwar noch nicht gesprochen, aber Meister sagt von ihm, daß er sich auch dagegen erklärt habe. (Ehrhart: Ist ja gar nicht wahr, daß ich so etwas erklärt habe!) Na, macht das untereinander ab. Vollmar ist in Bayern keineswegs der Alleinherrscher. Die Fraktion besteht aus 11 Mann. Seine Kollegen müßten gegen ihn auftreten, und sie würden zweifellos mit ihm fertig werden.

Schuld an diesen Vorkommnissen trägt auch der „Vorwärts". Er sollte das führende Organ sein, das uns die Richtschnur giebt. In Wirklichkeit ist er nur eine große Schüssel, aus der jeder nimmt, was ihm paßt. (Sehr gut!) Da ist mir ein Artikel als unverwendbar zurückgeschickt. Ich schickte den Artikel der Berliner „Volks-Zeitung" ein. Die druckte ihn ab und nun schnitt ihn der „Vorwärts" aus und veröffentlichte ihn mit der Bemerkung: Wie wir der Berliner „Volks-Zeitung" entnehmen. Wenn das so gemacht wird, dann kann man es den Berliner Genossen nicht übel nehmen, wenn sie sagen, da schreiben wir für den „Vorwärts" nicht. Der „Vorwärts" ist ein Konglomerat der verschiedenartigsten Ansichten. Aus ihm kann sich der Durchschnitts-Parteigenosse kein Bild machen. In Sachsen soll jetzt eine Volksbewegung vor Zusammentritt des Landtages entstehen. In Bayern war das gleiche zu leisten. Aber wir haben nicht gehört, daß eine solche Bewegung geplant ist. Von der Meinungsfreiheit war viel die Rede, aber auch diese Freiheit hat eine gewisse Grenze. Soll die Freiheit der Meinungen so weit gehen, daß das Haus abbrennt, wo diese Meinungen sich streiten? Es wird eine gewisse Grenze gezogen werden müssen. Wir sind ja Gegner der zügellosen Freiheit, wir wollen die Freiheit des Einzelnen nur insoweit, als sie nicht die Rechte des andren beeinträchtigt. Den Begriff der Freiheit werden wir einmal näher definieren müssen. Unsre Partei wird immer proletarisch-revolutionär sein und die Genossen haben es immer in der Hand, dafür zu sorgen, daß die Leitung der Partei nicht in die Hände einer handvoll akademisch gebildeter Parteigenossen kommt, die keine Fühlung mit dem Volke haben. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken, wird wiederholt und von Stoeßel-Bromberg begründet.

Molkenbuhr erwidert: Man täuscht sich, wenn man glaubt, daß bereits alle Anschauungen in der Debatte zu Tage getreten sind. Die Auffassung, die ich in der Präsidentenfrage vertrat, ist zum Beispiel eine andre als die von Bebel und Vollmar. In zehn Minuten kann ich meine abweichende Anschauung nicht begründen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Meist: In gehobener Stimmung haben wir den Münchener Parteitag verlassen und sind in den Wahlkampf gezogen, um in ihm neue Lorbeeren zu den alten zu holen. Der Wahlkampf kam und die Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern haben uns in Anspruch genommen. In meinem Wahlkreise haben mir meine Gegner die Genossen Bernstein und Vollmar serviert. (Heiterkeit.) Ich erklärte dem betreffenden Herrn Schulmeister, wenn Bernstein und Vollmar an meiner Stelle wären, würden sie jetzt bestimmt darauf hinweisen, daß sie auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms stehen. (Bravo!) Vollmars Aeußerungen heute lassen keinen Zweifel darüber, daß er voll und ganz auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms steht, und Bernstein wird ganz bestimmt dasselbe tun. Nach den Aeußerungen Vollmars könnte es so scheinen, als ob die ganze Revision ein künstlicher Popanz wäre, den man sich nur geschaffen habe, um darauf loszuschlagen. Ich bin andrer Ansicht. Ich bin der Meinung, daß der Revisionismus seit einer Reihe von Jahren unsre Taktik zu beeinflussen suchte. (Sehr richtig!) Nach dem großen Siege schlug es wie ein Blitz ein und entbrannte der Kampf in den eignen Reihen. Bernstein wollte mal seinen Namen über die ganze Welt hinausgetragen haben. Es scheint

so, als wenn bei gewissen Leuten das Bedürfnis besteht, daß ihr Name von aller Welt im Munde geführt wird. Da entstand eine Erbitterung im Lande unter den proletarisch denkenden und fühlenden Wählern. Sie mögen mit noch so viel Spitzfindigkeit operieren, es wird Ihnen nicht gelingen, diese Tatsache aus der Welt zu schaffen. Die Genossen im Lande haben darüber ihre bestimmte Ansicht. Sie wollen das Gefühlsleben in der Partei nicht genügend in Rechnung ziehen. Vollmar sagte, er wolle nicht an das Gefühl appellieren, aber auch die Rücksicht auf das Gefühlsleben der Masse ist notwendig in der Politik. (Bravo!) Was gegen das Gefühl ist, was als unvereinbar mit ihm erkannt wird, dagegen reagiert die Masse. Bernstein hat es für notwendig gehalten, seine Meinung zu unterstützen durch allerhand Behauptungen. So hat er entdeckt, daß die Reichsverfassung republikanisch sei. (Heiterkeit.) Er hat bedauert, daß wir auf Kosten der Linken unsre Position verstärkt hätten. (Bernstein: O nein!) Doch war es so. Haben wir zu bedauern, daß die halben, die Viertel-Politiker verschwinden und ganze Männer an deren Stelle treten? Nein, einen jeden muß es freuen, daß die Wahlen hier eine Aenderung gebracht haben. Es liegt in den Intentionen des Revisionismus, fortwährend Zweckmäßigkeitsgründe anzuführen. Aber diese ewige Rechnungsträgerei wird uns schließlich so weit bringen, daß wir die Reverenz nach oben machen und erklären, wir sind Sr. Majestät allergetreueste Opposition. Voll und ganz müssen wir unser Programm hochhalten in Bezug auf unsere Stellung zum allgemeinen Wahlrecht und im Reichstag diese Anschauung vertreten. Ich teile nicht Kautskys Standpunkt: die sozialdemokratische Fraktion hat sich nicht vor einem Konflikt zu fürchten. (Sehr richtig!) Wenn man immer ängstlich abwägt, ob wir nicht in Kollisionen geraten, dann liquidieren wir als Kampfpartei. (Bravo!) Es ist ein müßiges Gerede, darüber zu streiten, wie die bürgerliche Gesellschaft abgelöst werden wird, ob sie nach den Prätensionen der Revisionisten von innen heraus ausgehöhlt werden soll oder ob es geschehen wird in der Weise, daß der Klassenkampf bis zu Ende geführt wird. In der Volksseele muß das Element des Kampfes lebendig bleiben! Nicht uns zu Liebe wird die Geschichte anders verlaufen als bisher. Wir stellen uns auf den gesetzlichen Boden, die herrschenden Mächte aber wollen das allgemeine Wahlrecht beseitigen. Vergebens wird ihr Bestreben sein. Man kann einem Volk ein Recht vorenthalten Jahrzehntelang, aber man kann ihm nicht ein Recht nehmen, ohne daß es zur Katastrophe kommt. (Zuruf: Sachsen!) Vergessen Sie nicht, daß die sächsischen Genossen noch immer das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag hatten, um ihrem Mißmut Luft zu machen, und das haben sie getan. (Bravo!) Bei dem ganzen Parlamentarismus ist nichts Positives zu holen, er ist uns nur Mittel zum Zweck. Selbstzweck kann er erst sein, wenn er auf der Basis der Demokratie aufgebaut ist. Nach meiner Ueberzeugung giebt es keine ungebundene Meinungsfreiheit, am allerwenigsten im politischen Kampfe, der im festen Rahmen einer Partei geführt werden muß. Es liegt darin eine gewisse Gebundenheit, aber diese Gebundenheit müssen wir anerkennen. Bernstein hätte die Angelegenheit ruhig der Fraktion überlassen sollen. Vollmar hat auf die Prätensionen Bebels hingewiesen, auf sein: Ich will es. Ja er hat ihn mit Cromwell verglichen. Wenn Bebel von dieser Stelle aus spricht, spricht er aus Millionen von Arbeiterherzen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin der letzte, der in Byzantinismus erstirbt, aber ich bin auch derjenige, der es für notwendig hält, einen Führer zu haben der über das Programm wacht, daß es auch hochgehalten wird. So lange dieser Führer die Massen hinter sich hat, wie Bebel, ist er nicht Diktator, sondern derjenige, der da wiedergiebt, was das Gros der Genossen im ganzen Lande als Ueberzeugung empfindet. (Lebhafte Zustimmung.) Auch Kautsky ist Prinzipienwächter genannt worden. Aber an der Stelle, an der er steht, ist es seine Pflicht und Schuldigkeit, über unsrem Prinzip zu wachen. (Sehr richtig!) Am Abend des 25. Juni stand ich in Ronsdorf auf historischer Stätte,

wo Lassalle das Wort sprach: „Ich höre schon im Geiste den dumpfen Schritt der Arbeiterbataillone“, es sind nicht mehr Bataillone, nicht Regimenter, sondern Armeekorps, die mit revolutionärer Gesinnung erfüllt bleiben müssen, und als die Nachricht von unserem Siege kam, da durchbrauste ein Jubelruf den Saal des Rheinischen Hofes, daß ich dachte, das Dach des Saales müsse hochgehoben werden. Fünf Minuten vergingen, ehe es mir möglich war, meine Ansprache zu halten. Da sagte ich mir: Das da unten sind diejenigen, die unermüdlich Opfer an Zeit und Geld für die Partei bringen, die unermüdlich durch Wind und Wetter gegangen sind, die Flugblätter zu verbreiten. Und was ist diese Freude, die die Volksseele erfüllt? Es ist der Glaube an den Sieg, der Glaube, daß die Sozialdemokratie ihnen Wort halten wird, daß wir getreu unsrem Prinzip weiter arbeiten werden, und daß wir denjenigen Elementen, die uns abzubringen versuchen von unsrer altbewährten Taktik, eventuell den Stuhl vor die Tür setzen! (Stürmischer Beifall.)

Katzenstein: Parteigenossen! In dem Verhandlungsbericht von vorgestern ist von mir gesagt, ich hätte diese Verhandlungen als „theoretische Kleinigkeiten“ bezeichnet. Das ist natürlich falsch; ich sprach von theoretischen Streitigkeiten, denen ich die ernsteste Bedeutung beimesse. Denn es ist erhebend, daß wir nach den teils scheußlichen, teils kleinlichen Erörterungen der ersten Tage, die uns — eine Art sozialdemokratischer „Woche“ — das Souper und den Morgenkaffee unsrer Führer gezeigt haben, wieder dabei sind, unsre Grundauffassungen und taktischen Aufgaben zu erörtern. Die Art freilich, in der diese Diskussion eingeleitet wurde, war nicht erfreulich. Man hat Bernstein Sensationslust vorgeworfen. Bernstein und Sensation! Und auch den ihm erteilten Rat, das Schreiben einzustellen, muß ich zurückweisen. Ich habe noch keine seiner Schriften aus der Hand gelegt, ohne viel Belehrung geschöpft zu haben. Und auch auf Seiten der Anhänger Bernsteins gab es häßliche Dinge, die Bebel mit Recht gekennzeichnet hat; namentlich das Schauspiel der Verleugnung, das sich in Nürnberg abspielte, war abstoßend. Die vorliegende Resolution und das Amendement, das ich mit unterzeichnet habe, bezwecken keine persönliche Kränkung: eine solche Entscheidung über die Grundfragen ist eine Pflicht theoretischer Ehrlichkeit der Partei. Gewiß hat die Meinungsfreiheit, als deren Gegner man Kautsky hinstellte, innerhalb einer Partei, die auf freiwilligem Zusammenschluß auf Grund gemeinsamer Anschauungen und Ziele beruht, engere Grenzen als im Staate, der auf Zufall und Zwang beruht. Innerhalb dieser Grenzen freilich muß Freiheit herrschen, ohne daß gleich von Spaltung geredet wird. Ich bedauere sehr, daß Stadthagen in einer Weise, die man kaum mehr als verantwortliche ansehen kann, von der Spaltung geredet hat. Wie kommt er dazu, Genossen den Stuhl vor die Tür zu setzen, deren Verdienste er nicht aufwiegt? Und die anderthalb Männer haben mehr Anhang in der Partei, als er und auch Bebel glauben.

Um was handelt es sich denn bei diesen Streitfragen? Man hat sicher nicht ganz erfolgreich das Wesen des Revisionismus zu definieren gesucht. Aber man weiß, daß etwas da ist: eine Richtung, die von unsrer Parteitaktik einmal nach der, einmal nach jener Seite abzuweichen sucht. Da haben wir jetzt den Vizepräsidenten-Vorschlag, den ich nicht noch einmal totschlagen will; da war die Budgetfrage, da haben wir in Frankreich den Ministerialismus, dessen Vertreter nun ja bei der Verteidigung der Revanche-Idee angelangt ist. Wir lehnen alle diese Bestrebungen ab, die geeignet sind, unsre schroff ablehnende Stellung gegenüber dem herrschenden System zu erschüttern. Man führt gegen die revolutionäre Taktik die materialistische Geschichtsauffassung, die Notwendigkeit der langsamen, „naturgemäßen“, organischen Entwicklung ins Feld. Nun, zunächst ist der Mensch kein blindes Naturwesen; er vermag seine Entwicklung wesentlich zu beeinflussen. Die Geschichte wird allerdings von den Menschen „gemacht“: nicht nach Willkür

und Belieben, sondern innerhalb der geschichtlich gegebenen Grenzen — aber der Wille der Menschen ist hier von großer Bedeutung. Paßt er sich an die bestehenden Verhältnisse an, so wird er nicht die innere Kraft haben, die zur durchgreifenden Umgestaltung erforderlich ist. Aber es ist überhaupt falsch, natürliche Entwicklung und langsame Entwicklung zu identifizieren. Wenn das Blatt langsam am Baume wächst, so sind doch die Zeugung, wie die Geburt und eine ganze Reihe andrer Naturvorgänge plötzliche Akte, und handelt es sich denn um etwas andres bei der Zerbrechung unsres absolutistischen Staatswesens, als um die Anpassung einer längst überlebten politischen Form an den heute erreichten Stand unsrer wirtschaftlichen und geistigen Kultur, also um die normalste und „organischste" Entwicklung, die man sich denken kann? Gewiß, die sozialistische Gesellschaft kann nicht aus einem revolutionären Akt hervorgehen. Eine Revolution kann zerstören, Formen zerbrechen; völlig Neues schaffen kann nur die planmäßig beeinflußte Entwicklung. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist Herstellung einer Regierungsgewalt, die mit Bewußtsein auf die sozialistische Gesellschaft hinarbeitet. Diese Gesellschaft im vollen Umfange zu schaffen, wird dann das Werk einer Umgestaltung der wirtschaftlichen und der Erziehungs-Organisation sein, die Jahrzehnte, vielleicht Generationen erfordert. Aber unsre sogenannten Revisionisten fürchten sich vor der Gefahr eines plötzlichen Sieges. Sie glauben nicht an unsre Macht. Wie groß diese in Wirklichkeit ist, läßt sich nicht im voraus sagen. Aber wer dachte im Dezember 1847, daß im folgenden März das Volk die Macht in Händen haben werde? Freilich hat es von dieser Macht keinen Gebrauch zu machen gewußt, weil ihm die Schulung fehlte, und weil im deutschen Bürgertum eine Partei maßgebend war, die es nicht wagte, die Staatsgewalt zu übernehmen: Die Gothaer, die Vorfahren der späteren Nationalliberalen! Und ich fürchte, wir haben diese Gothaer, die vor der Macht zurückschrecken, in unsrer eignen Mitte! Sie glauben nicht an die Reife der Arbeiterklasse. Nun, Bebel hat schon hingewiesen auf die ungehobenen Schätze an Kraft, die noch in der Arbeiterklasse schlummern. Wohl mag sein Vergleich mit der französischen Revolution nicht ganz zutreffen, da diese die erste öffentliche Betätigung der Volksmassen darstellte, während wir bereits ein wirtschaftliches und politisches Leben der Arbeiterklasse haben. Trotzdem wird mit dem Aufhören der wirtschaftlichen Abhängigkeit und des Drucks noch ein starker Zuwachs an Kräften zu erwarten sein, und wie groß sind denn die Leistungen unsrer heutigen Staatsmannskunst? Sollten uns wirklich die Intelligenzen fehlen, um solche Größe, wie die Herren v. Köller und ihresgleichen zu ersetzen? (Zustimmung.) Freilich sagt man, die heutigen Geheimräte und Hilfsarbeiter würden uns fehlen (Bebel: Die arbeiten auch für uns!), aber ich finde, daß in unsren gewerkschaftlichen und sonstigen Organisationen so viel Intelligenz geschult wird, daß auch diese Schwierigkeiten bald überwunden sein werden. Wir müssen innerhalb der heutigen Gesellschaft das Gewerkschaftswesen, dessen Bedeutung ja heute allgemein bei uns außer Zweifel steht, und das Genossenschaftswesen, dessen Wert für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und ihre organisatorische Schulung durch die Resolution von Hannover ausdrücklich betont wird, nach Kräften fördern und für Bildungs- und Kulturarbeit aller Art eintreten. Aber die Entscheidung bringt das alles nicht. Ich trat jüngst der Theorie entgegen, die mit Hilfe des Generalstreiks eine unmittelbare Einführung des Sozialismus erwartet. (Friedeberg: Ist ja gar nicht der Fall!) Nun, ich habe es so aufgefaßt — aber wir müssen uns klar werden, wie wir uns zur heutigen Staatsmacht auf die Dauer stellen. So ist auch die Bewegung, die eine Behandlung der Militärfrage verlangt, zu verstehen. Wenn die sächsischen Gewalthaber nicht die Ueberzeugung gehabt hätten, daß ihre persönliche Sicherheit trotz allem unangetastet bleiben würde, würden sie es dann auch gewagt haben, das Wahlrecht zu zerstören? Und wenn man uns das Reichstags-Wahlrecht nimmt? Ich erinnere an Bebels

Wort von 1886, daß unter russischen Zuständen er auch die russische Taktik empfehlen werde! (Zustimmung Bebels.) Die Sozialdemokratie hat die Arbeiterklasse zu einer Gesetzlichkeit erzogen, von der die Behörden lernen könnten. (Zustimmung.) Sorgen wir, daß diese Gesetzlichkeit nicht übermäßig sei und selbst dem Verfassungsbruch gegenüber bestehen bleibe! Also, wir brauchen eine grundsätzliche Entscheidung. Dann aber brauchen wir eine Vereinigung zu gemeinsamer Arbeit, bei der die Gemeinsamkeit der Grundsätze wieder zur Geltung kommt. Zunächst eine Revision unsres Programms, die Bebel schon vor zwei Jahren als notwendig bezeichnete. Es giebt niemand mehr, der unser heutiges Programm in jedem Punkte anerkennt, auch Kautsky nicht. Ein Programm gilt es zu schaffen, das alle anerkennen und das alle einigt. Freilich müßte eine persönliche Beratung vorausgehen und eine Ergänzung des praktischen Teils, etwa nach Art des neuen schweizerischen Programmentwurfs, erfolgen. Ferner bedürfen wir der Ausarbeitung programmatischer Gesetzentwürfe, wie sie von mehreren Seiten gefordert wird. Ich weiß wohl, daß unsre Fraktion es nicht in der Hand hat, diese Entwürfe alle zur Verhandlung zu bringen. Aber es giebt nichts, was propagandistischer zu wirken geeignet wäre, als solche Entwürfe, die ja nicht in allen Einzelheiten ausgeführt sein müßten, und die, mit Motiven versehen und massenhaft verbreitet, ein vorzügliches Agitationsmittel, besser als alle reine kritischen Erörterungen, abgeben würden. Ich hoffe, daß wir über die Gegensätze hinweg zu gemeinsamer praktischer Arbeit kommen werden. Von einer Spaltung kann keine Rede sein. Beide Teile gehören zusammen wie siamesische Zwillinge, die man nicht trennen kann. Es sollte einmal ein Ende gemacht werden mit der gegenseitigen Verhetzung, die auf beiden Seiten getrieben wird, mit diesem Berliner Literatenklatsch, den Quarck schon zutreffend gekennzeichnet hat. Früher freute man sich, auf einen Parteitag zu kommen — heute halten beide Teile Fraktionssitzungen ab, und wer sich keinem anschließt, wird darauf angesehen und von beiden beargwöhnt. Den Kampf mit dem Gegner führe ich gerne recht schroff, nicht aber den mit Genossen. Bebel wird mit seinem Wort vom Sumpfe, der zwischen den Parteien steht, nicht an mich gedacht haben. (Bebel: Nein.) Wer es so gut versteht, beide Teile vor den Kopf zu stoßen (Heiterkeit), ist wohl von solchem Verdachte frei. Aber ich kann ihm sagen, daß es den meisten Parteigenossen so geht, daß sie sich keinem Flügel unbedingt ergeben. Wenn ich mit ihm im wesentlichen übereinstimme, so habe ich auch von der andern Seite gelernt und kann mich namentlich dem, was Vollmar vom persönlichen Regiment sagte, nur anschließen. Es war auch viel von Akademikern die Rede. In Skandinavien, wo Akademiker in der Bewegung keine Rolle spielen, steht diese im wesentlichen auf dem Boden unsrer Revisionisten. Gewiß soll man jeden prüfen, der zu uns kommt. Aber es ist oberflächlich, in solcher Art die Dinge erklären zu wollen. Gerade die Akademiker neigen leicht zu besonderem Radikalismus, da ihnen die praktische Erfahrung oft abgeht. Kommen dann die ersten Schwierigkeiten, so erfolgt leicht der Umschwung zum Hyperopportunismus. Mich haben gerade die Erfahrungen an einigen Hauptsitzen des Opportunismus von derartigen Neigungen so ziemlich kuriert. Arbeiten wir gemeinsam, arbeiten wir praktisch, aber unter steter Beachtung unsrer Grundsätze! Dann wird es uns gelingen, den Klassenstaat zu zerbrechen. (Lebhafter Beifall.)

Singer: teilt mit, daß das Amendement 143 nicht von Scheib und 40 Genossen, wie irrtümlich gedruckt, sondern von Wurm und 40 Genossen eingebracht sei.

Ein Antrag, die gewöhnliche Beschränkung der Redezeit von jetzt an eintreten zu lassen, wird nicht genügend unterstützt.

Timm-München: Ich hoffte, daß die Parteitagsberatungen über das Ergebnis der Reichstagswahlen uns recht fruchtbare Debatten bringen könnten, daß dagegen nach Lübeck die Debatten, die uns jetzt wieder beschäftigt haben, nicht wieder kommen würden. Es hat nicht sollen sein. Wir beschäftigen uns

auf unsren Parteitagen vielfach mit geringfügigen Fragen, die infolge einer allgemeinen Nervosität plötzlich zu Haupt- und Staatsaktionen gemacht werden. Wenn auch die Sozialdemokratie meiner Meinung nach noch mehr solche Debatten aushalten kann, so kommt doch dabei sehr wenig heraus. (Sehr richtig!) Katzenstein hat ganz richtig von dem „Undefinierbaren" gesprochen, das überall so herumschwebt und das sich durch ein Mißtrauen geltend macht, wie ich es selten auf Parteitagen gefunden habe. (Sehr richtig!) Besonders mir ist es passiert, daß man mir mit einem gewissen Bedauern die Hand drückte: „Also auch Du bist bei den Revisionisten? Der damals revolutionäre Timm, auch der! Der ist auch nach Capua gezogen und dort vollständig verseucht." (Heiterkeit.) Ich will hier auf ein Stück aus meinem Entwicklungsgange eingehen, weil ich glaube, daß das den Partei-Interessen förderlich sein kann. (Ach! Oho!) Es soll das keine Familiengeschichte sein. (Heiterkeit.) Ich bin 1898 mit einem großen Mißtrauen nach München gegangen. Noch in den letzten Zeiten, während deren ich in Berlin war, hat man mir gesagt, und ich war mir dieser Mission auch bewußt, daß man in München einen harten Standpunkt haben würde, da sei König Vollmar, dieser Diktator (Heiterkeit), der alles verseuche (Erneute Heiterkeit) und dem gegenüber eine kräftige Opposition unmöglich sei. Ich habe mir damals vorgenommen, das Feld, auf dem ich in Zukunft wirken sollte, erst einmal zu sondieren. Ich habe dann außerordentlich arbeiten müssen und nebenbei den stillen Beobachter in der ganzen Bewegung gespielt. Ich habe aber bald erfahren, daß die Dinge nicht so liegen, wie man sie konstruiert; ich habe gesehen, daß man auch Vollmar unter Umständen kräftig die Wahrheit sagt. Was so nach außen hin über die königlich bayrische Sozialdemokratie gesagt wird, das sind Hirngespinnste. In München wird nicht weniger entschieden gekämpft als anderswo. Bebel sagte über Parvus: Freilich, als ehemals Radikaler ist er anders gebrochen, als ein Revisionist brechen würde, aber er ist doch gebrochen. Es ging ihm wie manchem, der nach München zog als ein braver, prinzipientreuer, fester Genosse. Ich sehe so einige hier sitzen an den Tischen, nach ein paar Jahren in München waren sie an Geist und Seele tot? Darin liegt ein hartes Urteil. Mit diesen „andren" bin ich mit gemeint. Was ist denn geschehen, das dies Wort rechtfertigte? Ich werde zu den Revisionisten, zu den „Undefinierbaren" geworfen. Ich habe mich in freier Weise zu den verschiedensten Fragen ausgesprochen. Ich habe im vorigen Jahre die bayrische Wahlberechtigungsfrage vertreten und verteidigt. Ich bin durch das Vertrauen der Genossen in Süddeutschland zweiter Vorsitzender des Gauvorstandes in Südbayern geworden und habe mich als solcher natürlich mit den einzelnen Parteifragen aufs eingehendste beschäftigt. Auch in der Wahlrechtstaktik waren wir uns eingehend unter den Parteigenossen klar geworden. Im vorigen Jahre wurde die Wahlrechtsfrage von Bebel als Gegenstand genommen, um die deutschen Parteigenossen gegen Süddeutschland aufzuregen. Bebel ging damals in kräftigen Worten gegen uns vor. Wir waren alle darauf gefaßt, daß Bebel bei seinem Temperament es sich nicht nehmen lassen würde, diese Frage anzuschneiden. Für jeden andern wäre es ja politisch eine Blamage gewesen, wenn er ganz Deutschland in Aufruhr gesetzt hätte, weil etwas geschehen sei, was als „revisionistisch" absolut nicht gebilligt werden könne, und dann an der Stelle, wo die Sache geschlichtet werden sollte, einfach nichts sagt. Wir hatten keine Veranlassung, uns eher zu rechtfertigen, als bis ein Ankläger auftrat. In diesem Jahr wiederholt sich das Gleiche in einer Weise, die uns wieder zeigt, wie Bebel seine Politik macht. Ich meine den Streitfall mit dem „Vorwärts", der auch so aufgerührt worden ist und dann ausgegangen ist wie das Hornberger Schießen. Nur mit dem Unterschied, daß er dem Parteitag einen Teil seiner kostbaren Zeit weggenommen hat. Bebel hat nach unten hin die Arbeiter wachgerufen, Obacht zu geben auf die Leute, die erst neu in die Partei hineinkommen. Ich halte es

aber auch einmal für notwendig, zu sagen, daß das auch nicht so fortgehen kann, daß Bebel wegen der untergeordnetsten Dinge in ganz Deutschland Stimmung macht, worauf hinterher die Dinge so gehen wie hier. Bebel sagt immer: die Masse soll entscheiden, aber es hätte einmal einer von uns auftreten und sagen sollen: ich setze mich über die Partei-Instanzen hinweg, an die ich mich beschwerdeführend zu wenden hätte, — dem wäre gehörig die Wahrheit gegeigt worden. (Sehr richtig!) Aber es giebt nicht zwei Klassen von Genossen; mögen sie große oder kleine Geister sein, wir sind eine demokratische Partei, und wir haben uns den Partei-Institutionen schon deshalb zu unterstellen, weil wir den Massen ein gutes Beispiel geben sollen. (Sehr richtig!) Aber Bebel nimmt natürlich eine Ausnahmestellung ein, und gegenüber seinem Vorgehen wird nichts gesagt. Wenn Bebel das demokratische Prinzip gewahrt hätte, so hätten wir die Preßfrage auf diesem Parteitag nicht gehabt, so wäre sie erledigt worden wie jede andre Frage. So werden auch andre Begriffe konstruiert. Ich frage Sie: Was ist vorgegangen? Bernstein hat die Vizepräsidentenfrage angeregt, eine Frage, die man meines Erachtens mit kühler Ruhe hätte behandeln müssen. (Sehr richtig!) Man hätte sich nicht darüber aufregen sollen. Wir haben heute gehört, daß diese Frage schon 1898 eine Rolle gespielt hat. Ich habe die Sache in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte" außerordentlich kühl behandelt. Es ist Sache der Fraktion, in dieser Beziehung Vorteile und Nachteile abzuwägen. Wie es jetzt steht, spielt die Frage zunächst nur eine theoretische Rolle. Welche Rolle sie später spielen wird (Bebel: Aha!), das können wir ruhig der Entwicklung überlassen. Es ist eine ähnliche Frage wie früher die Beteiligung im Seniorenkonvent. Wer sachlich jetzt diese Fragen behandelt, wird verdächtigt, bürgerliche Bestrebungen zu verfolgen. Was sollen alle diese Redereien nach außen hin für einen Eindruck machen, da man doch ganz genau weiß, daß auch andre an bürgerlichen Veranstaltungen teilgenommen haben. (Unruhe.) Ich frage Bebel, der seinen proletarischen Standpunkt hier so nach unten hin den Massen gegenüber vertreten hat, ob er jetzt noch in der Lage ist, ein parlamentarisches Diner bei dem Grafen Ballestrem mit zu machen! (Bebel: Ich war nie bei einem Diner! Große Unruhe.) Also ein Abend! Es ist mir ganz gleich, was es ist; eine Privatveranstaltung, die auch nicht zu den Verpflichtungen gehört. Es muß das mit gesagt werden. (Große Unruhe. Zurufe: Sie haben sich das nicht richtig sagen lassen!) Ich frage weiter, ob Molkenbuhr für die Zukunft noch an Veranstaltungen teilnehmen kann wie jenen, die die Reichskommission für Arbeiterstatistik unter Teilnahme des Unterstaatssekretärs Lohmann und des verstorbenen 12000 Mark-Mannes Woedtke veranstaltet hat? Ich frage Bebel, ob er sich späterhin noch von dem Nationalliberalen Siegle einladen lassen und zu ihm gehen wird? (Große Unruhe. Zuruf: Altweibergeschichten. Sehr richtig!) Es sind aber doch Geschichten, bei der die Beteiligten durch die Politik nicht verpflichtet werden, während auf der andern Seite die Vizepräsidenten-Frage für die Arbeiter eine wichtige politische Frage sein kann. (Ruf: Nein, nein!) Ich habe dies sagen müssen, weil mit demagogischen Mitteln von Bebel gegen uns gearbeitet worden ist. Als 1894 in Frankfurt die Gehaltsfrage angeschnitten wurde und ich die Anschauung vertrat, daß ein Gehalt von 3000 Mk. die Normalgrenze darstellen sollte, hat sich Bebel entschieden dagegen gewendet. Gestern aber hat er an die niedrigsten Instinkte der Arbeiter appelliert (Großer Lärm, Ohorufe. Rufe: Sehr richtig!) gegen die Gewerkschaftsführer und die sonstigen Parteiangestellten. (Zuruf: Das Wort Gewerkschaftsführer ist gar nicht gefallen!) Bebel hat davon gesprochen, daß Proletarier in gehobener Lebensstellung, Leute, die einen gewissen Abschluß ihrer Lebenslage erreicht haben, unter Umständen dem Proletariat ebenso gefährlich werden können wie die Akademiker. (Laute Zurufe.) Ich habe das so aufgefaßt, daß die Angestellten der Gewerkschaftsbewegung und

sonstige Angestellte zweifellos darunter gemeint sein sollen. Was hätte sonst damit gemeint sein sollen? (Sehr richtig!) Bebel erklärte 1894 Legien gegenüber: „Mephisto, ich kenne Dich!" Heute stellt derselbe Bebel, der ja auch in eine gehobene Lebenslage hineingekommen ist, sich hin und appelliert an die niedrigsten Instinkte der Massen. (Erneute Unruhe.) Bebel hat gesagt, der Revisionismus zeichne sich durch Bescheidenheit aus. Andrerseits hat auch er sich für eine praktische Politik ausgesprochen. Aber über das Maß der praktischen Politik sind die Meinungen schon so weit auseinandergegangen, daß man darauf den Begriff Revisionismus nicht anwenden kann. Was ist Revisionismus? Der radikale Parvus tritt für die Vizepräsidentschaft ein, andre sind mehr oder weniger Gegner der Gewerkschaften. Bebel ist für Neutralität der Gewerkschaften, ein Standpunkt, den andre als Versumpfung bezeichnen, der „Leipziger Volkszeitung" blieb es ja vorbehalten, anläßlich des Gewerkschaftskongresses von organischer Verfettung zu sprechen. (Hört! hört!) Die Ansichten wechseln eben im Laufe der Jahre. Man kann heute überhaupt nicht mehr feststellen, wie die einzelnen zu dieser oder jener Frage stehen. Ich gehöre nicht zu denen, die auf dem Gebiet der praktischen Politik sehr bescheiden sind. Ich habe bereits in den „Sozialistischen Monatsheften" ausgeführt: Wir wissen, daß die Sozialdemokratie auf eine Entwicklung hinarbeitet, die sich mit Notwendigkeit vollziehen wird; wir schöpfen unsre werbende Kraft mit aus der felsenfesten Zuversicht des Sieges unsrer Partei. Allein die Hauptkraft der Sozialdemokratie wurzelt in der Erfüllung von Gegenwartsaufgaben. Das habe ich ausgeführt, und das ist derselbe Standpunkt, den Bebel auf dem Erfurter Parteitag sehr entschieden vertreten hat. Er wandte sich gegen die Jungen und betonte, daß wir uns auf dem Gebiet der praktischen Arbeit weiter betätigen müssen. Und so haben wir auch gegenwärtig unsre Stellung aufzufassen. Ich schöpfe als praktische Lehre aus den Wahlkämpfen die, daß unsre Fraktion sich in gewisser Beziehung einzuschränken hat, daß die vielen unnötigen Reden bei kleinen Anlässen — womit ich die Kämpfe um den Zolltarif nicht meine — eingeschränkt und auf der andern Seite in den Volksmassen eine viel größere Wirksamkeit entfaltet wird. Wenn Sie die Ausbreitung der sozialistischen Bewegung wollen, dann muß mehr in den proletarischen Massen gewirkt werden, und deshalb habe ich Ihnen einen Vorschlag unterbreitet, der nicht von mir ausgeht — es sind die Forderungen, die Zubeil auf der Generalversammlung von Teltow-Beeskow vertreten hat und die dort einstimmig zur Annahme gelangt sind. Es wird nun gesagt, mit derartigen Forderungen werden wir wenig erreichen, und Bebel wies auf die Schwierigkeit der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen hin. Nun, unsre Bewegung ist so groß geworden, daß wir verlangen können, daß unsre Fraktion aus den praktischen Verhältnissen heraus schöpft und ihre Anregungen zu Vorschlägen verdichtet und diese in den Massen vertritt. Das würde wesentlich zur Ausbreitung unsrer Ideen in den Massen beitragen. Das ist bedeutend besser, als wenn wir uns immer vorreden, wir stehen an der Weltenwende, denn das trifft durchaus nicht zu. Wir haben uns nicht auf das Prophezeien zu verlegen, sondern praktisch zu arbeiten im Interesse der Massen. Von diesem Gedanken gehen meine Vorschläge aus, und wenn diese in entsprechender Weise propagiert werden, werden wir sehr gut dabei fahren. Sehr geeignet wäre es z. B., einmal die Frage der direkten Besteuerung eingehend zu erörtern und das, was wir wollen, zu propagieren, damit wir neue Anhänger für uns gewinnen. Wir sind in den letzten Jahren viel zu lasch und lahm gewesen. Auch die ganze Demonstrationsbewegung bei den Zollkämpfen kam viel zu spät, es lag kein einheitlicher Zug darin, und auch bei den Wahlen haben wir namentlich im katholischen Rheinland unsre Forderungen nicht genügend propagiert. Wir könnten hier vom Centrum bedeutendes lernen, das Centrum hat sich dort vorzügliche Organisationen geschaffen, die

direkt in den Volksmassen arbeiten. Auf diese Weise kann man den proletarischen Kampf nach unten hin wesentlich verschärfen. Das sind doch aber nicht revisionistische Anschauungen, sondern die radikalsten Forderungen, die man stellen kann. Ich kann doch nicht gezwungen werden, etwas zu glauben, was meinem Gefühl zuwider läuft. Wir alle haben die Hoffnung, daß wir siegen werden, aber wenn man nun nicht glaubt, daß wir an der Weltenwende stehen, so darf man doch nicht aus dem Grunde als Revisionist bezeichnet werden. Im wesentlichen kommt es nur darauf an, daß man auf dem Boden der praktischen Forderungen der Partei steht. Unsre wissenschaftlich gebildeten Leute sollten es begrüßen, wenn ein reges Streben aus der Arbeiterklasse kommt, um sich selbständig ein Urteil zu bilden. Da soll man nicht gleich mit Ketzerrichterei kommen. (Sehr richtig!) Hat man sich denn früher darüber aufgeregt, wenn in der „Volkstribüne" Arbeiter aufgefordert wurden, über das Parteiprogramm zu diskutieren? Da ist niemand aufgetreten, um vor bedenklichen Strömungen zu warnen. Ich habe einen hohen Respekt vor der Wissenschaft, ich bilde mir nicht ein, alles zu beherrschen. Es entstehen sehr oft Zweifel über diese oder jene Frage, aber solche Zweifel tauchen nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter den wissenschaftlich Gebildeten auf. Ist das ein Fehler? Wenn eine Lehre sich überlebt hat, so möge man darüber diskutieren, aber bis dahin rege man sich nicht über das eine oder das andre so sehr auf. Ich halte Kautsky für ungeheuer einseitig. Karl Marx war anders, er nahm Fühlung mit den Arbeitern, er war in gewissem Sinne sehr praktisch, aber Kautsky sitzt in Friedenau fest, ein Stubengelehrter, ein Parteigelehrter, und wenn irgend einer an einer von ihm aufgestellten These rüttelt, dann ist es bedenklich in der Partei, dann heißt es: so geht es nicht weiter! Dadurch schaden gerade diejenigen, die an der Spitze stehen, das gilt auch für Bebel. In gewissem Sinne ist es zutreffend, daß Bebel nicht die richtige Volksstimmung kennt. Auf Grund seiner Autorität und seiner Kenntnisse hat er sich eine solche Stellung errungen, daß er überall, wohin er kommt, begeistert aufgenommen wird. Er spricht vor großen Versammlungen, die Massen stimmen ihm fortgesetzt zu. Nur so ist es verständlich, daß, wenn einmal jemand an irgend einer Sache Kritik übt, Bebel sofort glaubt, die Einheit sei in die Brüche gegangen. Auf Grund des Milieus, in dem er sich bewegt, bekommt er eine ganz falsche Auffassung. Jetzt ist ja deswegen keine Gefahr vorhanden; denn Bebel ist wenigstens ein genialer Diktator. Aber an seine Stelle könnte einmal ein Diktator treten, der nicht diese Befähigung hat, und das würde dann allerdings ein sehr bedenklicher Zustand sein. Ich bin der Ueberzeugung: daß wenn es so weiter geht, wir allerdings zu einer Spaltung kommen können. (Unruhe und Oho!-Rufe.) Ich will keine Spaltung; ich kriegte sie auch nicht fertig (Sehr richtig! Unruhe.) Ich habe gar nicht das Bestreben, und wenn ich das hätte, dann würde ich dafür sein, daß man mich zuerst hinausschmeißt. (Lebhafte Zustimmung.) Aber man muß doch auch weiter denken, wohin das führen soll, wenn es so weiter geht. Wenn gar keine sachlichen Gründe für eine Spaltung vorliegen, dann müssen andre Gründe dahinter stecken. Im allgemeinen werden ja keine Namen genannt, aber zuweilen hört man, daß Bernstein das Hauptübel sei, mit dem man nicht weiter arbeiten könne. Andre sagen — ich scheue mich nicht, das aufzurollen —, Auer sei der allerbedenklichste; es sei nötig, ihn durch einen andren zu ersetzen. (Große Unruhe. Lebhafter Widerspruch und zahlreiche Zurufe: Wer sagt das?) Das ist mir erzählt worden. (Lebhafter Widerspruch. Andauernde Unruhe. Zurufe: Das ist nicht wahr! Lüge! Lüge! Richard Fischer springt vor und ruft: Bleiben Sie bei Ihrer Behauptung; es ist ja wahr! Genosse Adolf Hoffmann und Täterow, Sie sollten den Mut haben, es zu sagen; Sie sind doch nicht zu feige dazu! Große Bewegung.) Ja, Genossen, ich muß doch den Gründen nachspüren, worauf denn diese ganze Aufregung zurückzuführen ist. Da darf man der Sache kein Mäntelchen umhängen.

Wenn diese Strömungen nicht vorhanden sind, dann ist es ja gut, dann kann das ja dokumentiert werden. Ich erinnere daran, daß in München bei der Debatte über die „Sozialistischen Monatshefte“ über Auer der Zwischenruf fiel: „Der hat die längste Zeit in den „Monatsheften“ geschrieben!“ Das hat damals ein gewisses Aufsehen erregt. Wenn keine wirklichen Gegensätze vorhanden sind, dann müssen künstliche vorhanden sein. Das kann die Partei nur schädigen. Wir sind eine große Partei geworden, wir haben eine Reihe von Organisationen, die hinter uns stehen. Da ist es unsre Aufgabe, diese verschiedenen Strömungen zusammenzuhalten. Und hier appelliere ich auch an die Arbeiter selbst. Wenn dieses ganze Gezänk einen Vorteil gehabt hat, dann ist es der, daß die Arbeiter wieder einmal einsehen müßten, daß sie nicht an Autoritäten zu glauben haben. Der Autoritätsglaube muß durch diese Debatte bei den Arbeitern mehr und mehr sinken. Und das ist gut so. Wir müssen uns auf unsre demokratischen Grundsätze besinnen und wenn wir auch geniale Führer zu schätzen wissen, so müssen wir sie doch in die demokratischen Reihen verweisen. Ich war mir bewußt, daß ich in meiner Rede eine Reihe von Kleinigkeiten würde anführen müssen. Aber dieser ganzen Debatte liegen Kleinigkeiten zu Grunde. Ich halte es für sehr bedenklich, daß Kautsky jetzt anfängt, vor einer Agitation für die Aenderung der Wahlkreiseinteilung zu warnen. Das ist durchaus falsch, wir müssen auch in dieser Frage agressiv vorgehen und dem Gegner zeigen, wir fürchten Euch nicht; wir sind Euch gewachsen und stellen unsern Mann. In wissenschaftlichen Fragen bin ich sehr tolerant, wenn aber in praktischen Fragen Uneinigkeit entstehen sollte, so würde ich das für viel bedenklicher halten. Was Stücklen darüber sagte, daß Bebel nach München kommen solle, klang mir so, als läge darin eine Beleidigung für die Münchener. So wie er vielleicht denkt, liegen die Dinge nicht. Auch die Münchener haben ihr gesundes Urteil. Künftig wird es sich vielleicht so machen lassen, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bebel und Vollmar eine Aussprache erfolgt; dann wird sich manches vermeiden lassen. So kann es auf dem Parteitage nicht weiter gehen, sonst werden schließlich die Arbeiter unwillig werden und sagen: Wenn Ihr Euch nur zankt, dann bleibt doch lieber zu Hause und spart das Geld. Wir müssen mehr zusammenhalten. Das Lob der Gegner braucht uns da nicht zu stören. Auch Bebel ist schon von Gegnern gelobt worden, zum Beispiel vom „Berliner Tageblatt“ wegen seiner Haltung zu den Gewerkschaften. Ob uns die Gegner loben oder tadeln, kann uns ganz gleich sein. Ueber das kleine Gezänk werden wir aber hoffentlich bald hinwegkommen. (Beifall und Zischen.)

Auer: Ehe ich auf mein eigentliches Thema eingehe, möchte ich ein paar persönliche Angelegenheiten erledigen. Während seiner gestrigen Rede sprach Bebel davon, daß gewisse Gerüchte wohl daraus entstanden seien, daß er in einem Briefe an mich das und jenes gesagt oder angeordnet hätte. Ich konnte nicht genau verfolgen, was er sagte, und rief dazwischen: den Brief habe ich noch gar nicht gelesen. Daraus ist nun hier und da die Schlußfolgerung gezogen worden, als wenn das Verhältnis zwischen Bebel und mir bereits ein solches wäre, das man mit dem Worte „gegenseitige Hochachtung“ nicht mehr bezeichnen könnte. Dieser Auffassung möchte ich entgegentreten. Zwischen Be und mir findet ganz naturgemäß seit Jahren ein Briefwechsel statt. Tauser von Briefen laufen jahraus jahrein beim Parteivorstand ein, von denen ich e große Anzahl zu lesen und zu erledigen habe. Von jeher ein Mensch, der j auch gern einmischt, wenn es gilt, die Meinungen gegenseitig auszutausch habe ich nun die Erfahrung gemacht, daß es für meinen körperlichen Zusta und besonders für meine Nerven — leider Gottes, habe ich solche — und a für den Verkehr mit meinen Genossen sehr gut sei, wenn der Briefwechsel ein gewissen Grad erreicht hat, wo ich mir sagen muß, mit dem Austausch schr

licher Meinungen kommen wir nicht mehr zu Rande, diese Briefe zunächst zurückzulegen und zu warten, bis die Wogen sich wieder geglättet haben. Denn ich weiß, wenn ich das nicht tue, sondern antworte, so wird die Stimmung immer gereizter und ein Erfolg kommt dabei doch nicht heraus, und den Eindruck hatte ich bei dem letzten Briefe des Genossen Bebel. Ich sagte mir, mit Schreiben werden wir nicht mehr einig, aber in acht Tagen treffen wir uns ja in Dresden, und wie es uns bisher gelungen ist, bei mündlicher Aussprache uns immer zu verständigen und zu einem Ausgleich zu kommen, so wird das auch diesmal der Fall sein. Ich nahm von dem Inhalt des Briefes, soweit er geschäftliche Angelegenheiten betrifft, Kenntnis und sagte mir dann: na, über die Streitpunkte, das machen wir später aus. Genossen, die Siedehitze ist ja jetzt bereits überstiegen, sie ist langsam schon im Abflauen begriffen, wenn ich auch nicht sagen will, daß die Sache schon ihre befriedigende Erledigung gefunden habe.

Dann über einen zweiten Gegenstand persönlicher Art ein kurzes Wort. Er betrifft ebenfalls einen Vorwurf von Bebel, den er schon im vorigen Jahre in München gegen mich gerichtet hat. Er sagt, man sieht ja, daß an dem alten Auer auch kein guter Faden mehr ist. Denn die Gegner loben ihn und er weist das Lob nicht entrüstet zurück. Ich könnte darauf antworten: Ach Gott, man wird so häufig schlecht gemacht im Leben, wenn man nun wirklich mal gelobt wird, kann man das auch hinnehmen. (Heiterkeit.) Das wäre eine Erklärung, mit der sich auch Bebel schließlich zufrieden geben könnte. Aber so stehen die Dinge gar nicht. Ich werde ja sehr selten gelobt; es kommt vor, aber man merkt doch die Absicht und man wird nicht verstimmt. Wenn Pfarrer Naumann in der „Hilfe“ mich als den Wolkenschieber (Zuruf: den Weichensteller!) oder als den Weichensteller der Partei hingestellt hat und gesagt hat: Auer, ja, das ist noch ein Kerl, und dergleichen: Ja, halten Sie mich denn für so kindisch, daß mir das in den Kopf gestiegen wäre und ich mir nun sagte: Donnerwetter, Auer, was bist du für ein Kerl, selbst der Pfarrer Naumann sieht in dir den Weichensteller der Partei! So kleinlich bin ich nicht, und ich habe auch zu meinen Parteigenossen das Vertrauen, daß sie wohl wissen, welche Zwecke mit solchen Lobereien verknüpft sind, und daß sie darüber zur Tagesordnung übergehen werden. Ich wüßte auch nicht, daß Genosse Bebel jedes Lob mit Entrüstung zurückweist. Ich erinnere Bebel an die ersten Zeiten unsrer Bewegung. Damals war es die Praxis der gegnerischen Presse gegenüber dem radikalen, umstürzlerischen, internationalen Verschwörer Liebknecht den bürgerlich angehauchten kleinen Drechslermeister Bebel als Respektsperson herauszustreichen. (Heiterkeit.) Ja, mit Bebel da war zu reden —; gewiß, er ist ein Fanatiker, ein Draufgänger, aber mit ihm konnte man fertig werden. Ich wüßte nicht, daß Bebel es gegenüber diesen Lobeserhebungen, die damals zu demselben Zweck wie heute ausgesprochen wurden, auch nur ein einziges Mal der Mühe wert gefunden hätte, zu erklären: Dieser internationale Umstürzler Liebknecht ist absolut nichts andres als ich; ich bin grade so radikal wie er. Bebel ging darüber hinweg und er mag versichert sein: dieselben Gründe, die ihn damals bestimmten, sind auch für mich maßgebend gewesen. Ich wollte Pfarrer Naumann nicht das Vergnügen machen, daß er mich aus der Höhle herauslockte.

Nun zur Sache! Die Auseinandersetzungen, die hier stattgefunden haben über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern, haben zu unliebsamen Erörterungen über verschiedene Perioden im Leben eines hochangesehenen Schriftstellers geführt. Wir haben erlebt, daß Kautsky hierhergetreten ist und ausführte, daß Genosse Mehring sich hochverdient gemacht hat um die Partei. Das ist eine Auffassung, über die ich nicht streite. Ich schätze die Tätigkeit Mehrings hoch, auch heute noch. Außer Kautsky ist auch Bebel, der über den Genossen Mehring ungefähr so denken dürfte wie ich, mit aller Verve, soweit er es für notwendig hielt,

allerdings unter sehr einschränkenden kritischen Vorbehalten für den Genossen Mehring eingetreten.

Nicht aus dieser Tatsache allein, sondern vielleicht auch aus der Schlußwendung in der Erklärung Mehrings, daß für alles, was er schriftstellerisch für die Partei geleistet habe, der Vorstand mit die Verantwortung trägt, hat sich ein Gerücht gebildet, das bereits in die Presse übergegangen ist und das auch mir persönlich gegenüber von Genossen zum Ausdruck gebracht worden ist, nämlich die Vermutung, daß der Genosse Mehring den Parteivorstand in der Hand haben müsse, daß er im Besitz und in Kenntnis von Dingen sei, die den Vorstand zwingen, seine schützende Hand über ihn zu halten oder, wie ein Blatt sich ausdrückte, ihn mit dem Schilde zu decken. Ueber mein Urteil über Mehring will ich nicht erst lange reden. Ich habe allerdings mit zu denjenigen gehört, die die Fähigkeiten Mehrings, nachdem sein Uebertritt zur Partei möglich geworden war, der Partei dienstbar machen wollten. Was ich nicht will und nicht gewollt habe, ist, daß Mehring eine geradezu leitende Stellung in der Partei einnimmt, wie sie sich nach und nach durch seinen Einfluß auf die „Neue Zeit" und eine unsrer größten Tageszeitungen herausgebildet hat. Davon aber abgesehen, erkläre ich hiermit, daß weder Mehring, noch sonst irgend jemand im Besitz von Geheimnissen oder sonst von Dingen sei, deren der Vorstand sich zu schämen hätte (Beifall), und die nicht in jeder Stunde vor aller Oeffentlichkeit verhandelt werden könnten. (Beifall.) Es giebt nichts, was wir nicht verantworten könnten. Dafür lege ich die Hand ins Feuer. Alle diesbezüglichen Gerüchte sind irrtümlich. Die Genossen können ruhig sein. Es ist nicht möglich, daß uns jemand zwingt durch gewisse Androhungen, etwa schweigen zu müssen. Das mußte ausgesprochen werden, denn solche schleichenden Gerüchte verbreiten sich immer weiter und schließlich heißt es dann, es muß doch etwas daran sein. Es ist aber nichts daran. (Beifall.)

Bei der jetzigen Debatte ist wieder die alte Frage besprochen worden, ob man positiv vorgehen oder sich auf die Negative, d. h. den alten Standpunkt beschränken soll, daß im Parlament nur zum Fenster hinausgeredet werden soll. Die Tatsachen haben in dieser Beziehung längst entschieden. Wenn heute noch einer käme und uns vorschlüge, die 81 Abgeordneten sollten nur Beobachtungsposten in den Reichstag schicken und die übrigen 75 statt dessen im Lande herumreisen und agitieren, ein Vorschlag, an den sich die älteren unter uns noch sehr gut erinnern werden, so würde man ihn auslachen. Wir haben uns entwickelt, unsre Taktik hat sich geändert. Nicht weil wir gescheidter geworden sind, das ist nicht gut möglich (Heiterkeit), sondern weil wir durch die Verhältnisse gezwungen waren, diesen Dingen gegenüber eine andre Stellung einzunehmen. Wenn uns nun jetzt eine gesetzgeberische Tätigkeit zugemutet wird, wie es unter Führung meines alten Freundes Zubeil in Teltow-Beeskow beschlossen worden ist (Bebel: Das ist der Antrag Timm), daß wir nicht nur, der Himmel weiß, wie viele Gesetze machen, sondern auch noch sehr umfangreiche Motive dazu schreiben sollen, so ist das eben wieder eine Uebertreibung. Erst sollten im Reichstage nur Reden zum Fenster hinaus gehalten werden, jetzt sollen wir geradezu packweise Gesetze schaffen und auch noch dicke Bände von Motive dazu schreiben. Der Mittelweg bleibt auch da der beste. Und wenn ich in einem Punkte mit Bebel einverstanden bin, so mit seinen Ausführungen über die Schwierigkeiten der praktischen Gesetzgebung. Das hört sich so hübsch an, wenn gesagt wird, das und das Gesetz müsse ausgearbeitet werden, aber seien Sie versichert, die Gesetzmacherei will auch gelernt sein, und „geborene" Gesetzesmacher haben wir unter uns noch nicht entdeckt. Kritiker, gewiß, die haben wir. Und ich sage Ihnen auch: Ich bin allerdings der Meinung, daß Gesetze zu machen die Aufgabe der Geheimräte ist, und daß es unsre Aufgabe ist,

nachher daran Kritik zu üben und eventuell durch positive Vorschläge Verbesserungen herbeizuführen.

Wenn Bebel darauf hinweist, daß er von jeher positiv und praktisch in die Gesetzgebung eingegriffen hat, so kann ich das nur in vollem Umfange bestätigen. Darüber, daß man die gesetzgeberische Tätigkeit in Anspruch nehmen soll, sind wir schon lange nicht mehr im Streit, der Streit entsteht nur immer durch die Meinungsverschiedenheiten darüber, was zur Zeit notwendig ist. Da ist ja nun Bebel in derselben glücklichen Lage wie ich und jeder von uns. Was wir selbst tun, das ist notwendig, das ist gut, das muß sein, aber was der andre tut, da sagt man immer: Na, na! (Heiterkeit.) Daraus sind schon so viel Streitereien entstanden, aber das ist doch kein Auseinandergehen in prinzipiellen Fragen, sondern es ist das dem Menschen eigne Wesen, daß er das eigne Werk für gut hält, während er an dem Werk andrer Menschen gar zu leicht Mängel entdeckt. Bebel hat uns selbst gesagt, auch die Frage, ob man Konzessionen akzeptieren dürfe, sei nicht von grundsätzlicher Bedeutung, es käme nur darauf an, ob die Konzession groß genug oder ob sie zu klein sei. Darüber haben wir uns schon recht gründlich bei den verschiedensten Gelegenheiten gestritten. Wenn dabei nun der eine oder andre die Gewohnheit entwickelt, zu tun, als ob er im Besitz der einzig richtigen Kenntnis sei, daß er im Besitz der letzten Wahrheit sei, was er tut, das ist wohlgetan — nun ja, das ist auch eine menschliche Schwäche, hat aber mit unsren taktischen Fragen gar nichts zu tun. (Sehr richtig!) Weiter stimme ich vollkommen Bebel zu, daß die Partei nie und zu keiner Zeit einiger gewesen ist als jetzt. Das ist meine feste Ueberzeugung. Noch niemals waren grundsätzliche Verschiedenheiten unter uns weniger vorhanden als jetzt, und ich gestehe aufrichtig, daß bis in die neueste Zeit ich allerdings der Meinung war, daß wir das 25jährige Jubiläum des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes und das Wahlergebnis des 16. Juni anders feiern würden als dadurch, daß wir uns tagelang gegenseitig in den schärfsten Formen angreifen. (Beifall.) Es ist immer so. Man denkt: Na, heuer werden wir uns recht gemütlich mit einander unterhalten, heuer liegt absolut nichts vor, man freut sich. Ich bin ja vor etwa 30 Jahren hier aus Dresden hinausgeworfen worden, polizeilich abgeschoben (Heiterkeit), weil ich ein bestraftes Individuum war, und ich hatte so die Empfindung: es ist doch eigentlich eine kleine Genugtuung, daß du nun nach 30 Jahren an dieselbe Stelle wieder zurückkommst und mit teilnehmen kannst an einer großen Festversammlung derselben Partei, in deren Dienst man dich vor 30 Jahren ausgewiesen hat. Es ist anders gekommen. Von Feststimmung habe ich bis jetzt in unsern Verhandlungen nichts gemerkt, vielleicht kommt es aber noch, denn es scheint ja, daß die Wogen sich glätten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wirkliche prinzipielle Gegensätze in der Partei nicht vorhanden sind. Temperamentsunterschiede sind vorhanden; es mag auch sein, daß die eine oder andre ungeschickte Aeußerung gefallen ist. Ja, wer hat denn in seinem Leben noch keine ungeschickte Aeußerung getan? Das ist doch kein Anlaß, daß wir deshalb uns bekämpfen, angreifen und herunterreißen, teilweise mit Ausdrücken, die, nachdem sie gefallen sind, von den Betreffenden selbst wohl als zu weitgehend betrachtet wurden. Besonders Bebel war es — bei aller Freundschaft für ihn und unsrer langjährigen Kampfgemeinschaft muß ich das aussprechen — besonders Bebel war es, der den harten Ton zuerst angeschlagen und der durch seine Erklärungen und durch seine Artikel die Meinung in weiten Kreisen in und außerhalb der Partei erregt hat, als wären Dinge vorhanden, die ein gemeinschaftliches Weiterarbeiten überhaupt nicht mehr ermöglichen. Sie alle haben ihn ja gesehen. Sie wissen, welche Macht in ihm als Redner steckt. Als er hier erklärte, seit zwölf Jahren schlucke er alle möglichen und unmöglichen Dinge hinunter (Heiterkeit), jetzt sei er voll zum Platzen, jetzt müsse er losgehen, koste es, was es wolle, da habe ich mir gesagt:

Zum Deibel noch mal, was ist dem guten August in den Leib gefahren? (Heiterkeit.) Er hat erzählt, daß ihm eine Laus über die Leber gelaufen ist; das mag ein sehr unangenehmes Gefühl sein (Große Heiterkeit), aber dafür können wir doch nichts. (Erneute Heiterkeit.) Ich habe gefragt: was ist denn geschehen? Seit zwölf Jahren ist das Sozialistengesetz aufgehoben. Wir haben 90, 93, 98 und jetzt in diesem Jahre den geradezu großartigen Erfolg gehabt, die Partei hat sich in einer Weise entwickelt, daß sie geradezu als mustergiltig von der Sozialdemokratie der gesamten Welt angesehen wird, wir haben Angriffe auf uns — ich erinnere an die Zuchthausvorlage — glänzend abgeschlagen, trotz unsrer geringen Zahl haben wir im Reichstag bei Kulturfragen, wie bei der lex Heinze, die Führung an uns gerissen, wir haben die Interessen des Volkes in einer Weise wahrgenommen, daß über drei Millionen bei der letzten Wahl ihre Stimme für uns abgegeben haben, und alles dies soll nichts sein? Alles dies sollte nicht dafür entschädigen, daß wir so manches haben hinunterschlucken müssen? Aber es ist ja eine menschliche Eigenschaft, man muß schlucken, sonst kann man nicht leben. (Heiterkeit.) Und glauben Sie denn, daß nur der eine geschluckt hat? Ach nein! Gewiß sind Dinge passiert im Laufe der Jahre, die bald dem einen, bald dem andern nicht gepaßt haben. Je mehr wir werden, je größer die Zahl derer ist, die zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen an verantwortungsvolle Posten gestellt werden, desto selbstverständlicher ist es doch, daß unter dieser immer größer und größer werdenden Zahl auch Personen sind, mit denen man nicht immer einverstanden ist. Ich wüßte nicht, wie es ermöglicht werden sollte, daß sich unter uns nicht verschiedene Temperamente geltend machten. Wenn die Personen und Temperamente unbequem werden, nun, dann ist es unsre Sache, zu sagen: Lieber Freund, bis hierher und nicht weiter! Damit bin ich einverstanden. Aber zu sagen, daß man so viel habe schlucken müssen, daß man es gar nicht mehr aushalte, das halte ich für eine recht starke Uebertreibung. (Lebhafte Zustimmung.) Nun wurde aber im Anschluß daran gesagt: „Ja, aber dieser Bernstein!" Der neue Messias wurde er genannt, wie ja überhaupt biblische Bilder und Wendungen in dieser Debatte vielfach angewendet wurden. Der Geburt und dem Geschlecht nach könnte er ja ein Messias sein (Stürmische Heiterkeit), aber wenn ihm der Beruf zu irgend etwas fehlt, ist es der zu einem Messias. Ede Bernstein ist ein alter treuer Kampfgenosse, mit dem ich zu allen Zeiten und auch heut noch Schulter an Schulter stehe, aber an menschlichen Gebrechen fehlt es ihm wahrlich auch nicht. Eins seiner größten Gebrechen ist, mit einer Tapprigkeit, die geradezu wunderbar ist, immer daneben zu hauen. (Große Heiterkeit.) Wenn Bernstein wirklich der Messias und Führer der Revisionisten ist, dann können Sie ruhig schlafen (Heiterkeit), er sorgt schon dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. (Erneute Heiterkeit.) Nun sagte Bebel, er halte es für seine Pflicht, wieder einmal vor die Massen zu treten und als Konsul dafür zu sorgen, daß das Wohl des Staates — in diesem Falle der Sozialdemokratie — keinen Schaden erleide. Er meinte, er wolle der Katze die Schelle umhängen, damit man weiß, woran man ist. Ich halte es nicht für nötig, daß die Konsuln unter das Volk treten und es warnen. Wir haben einen Wahlkampf hinter uns, auf den wir stolz sein können. Wir haben diesen Kampf gekämpft Schulter an Schulter (Zustimmung), Revisionisten und Radikale haben sich gegenseitig un[terstützt]. Als der Kampfruf erscholl, da kannte man von diesen angeblichen Geg[en]sätzen nichts (Lebhafte Zustimmung.), da waren sie gänzlich verschwunden, [und] speziell Bebel, dessen wunderbare Energie und Zähigkeit wir ja alle anstau[nen] und deren wir uns freuen, hat unbekümmert um Revisionisten und Radi[kale] überall gewirkt und in glänzender Weise gewirkt.

Was ist denn geschehen, daß das Vaterland nun auf einmal in Gef[ahr] sein soll und daß eine derartige Aufregung in unsre Kreise hineingetragen wi[rd?] Ich habe den Wahlkampf nicht mitgeführt, weil mein Gesundheitszustand

nicht erlaubte. Aber mit meinem Fühlen und Denken, mit meinem Herzen und Verstand war ich dabei, und als am Abend des Wahltages von allen Seiten in München, wo ich damals war, die Siegesnachrichten eintrafen, da habe ich mich gefreut wie nur einer, und es tatsächlich für unmöglich gehalten, daß uns wenige Wochen später zugerufen werden kann: Wir müssen der Katze die Schelle anhängen, wir müssen das Volk aufrufen, damit es wach bleibt gegen diejenigen, die es von den bisherigen bewährten Grundsätzen abbringen wollen. Nein, Genossen, ich begreife nicht, zu welchem Zweck alle diese Aufregung? Man hat unter andern auch von Millerandismus, Jaurèsismus und wie diese Ismen alle heißen, gesprochen. Das viele Brimbamborium, das da gemacht wird, um sich für die französischen Genossen die Köpfe zu zerbrechen, verstehe ich nicht. Ich war mit auf dem Internationalen Kongreß in Paris, ich habe im Namen der deutschen Delegation sprechen müssen. Und zu was habe ich gesprochen? Zur Resolution Kautsky in der Ministerfrage. Kautsky und andere hatten die Resolution gemacht, von mir ist nicht eine Silbe darin, ich gehe an so gefährliche Unternehmungen nicht heran (Heiterkeit), wenn ich weiß, daß Genossen da sind, die es besser verstehen. Ich sprach unter dem Beifall der sämtlichen Delegierten und Kautskys, der der Vater der Resolution ist und der mir erst den Leitfaden an die Hand gegeben hatte für meine Rede. Kautsky freute sich, daß der alte Auer sich auch diesmal wieder so gut durchgedrechselt hatte. Es war unter den Delegierten in Paris nicht ein einziger, der eine Stellung eingenommen hat in dieser Frage, wie sie nachher aus Gründen, die ich hier nicht erörtern will, sich herausgebildet hat, so daß man jetzt schon tatsächlich als ein sehr zweifelhafter Genosse betrachtet wird, wenn man nicht in der Ministerschaft Millerands eine Schandtat sondergleichen und in Jaurès einen Mann erblickt, der infolge seiner revisionistischen Neigungen die Partei vom Klassenbewußtsein hinweg und ins bürgerliche Lager hinüberführen will. Ja, das hätte man damals in Paris sagen sollen. Dann hätte ich wahrscheinlich nicht geredet und dann brauchte jetzt auch nicht der Vorwurf erhoben zu werden. Wenn aber Kautsky damals in der Frage andrer Meinung war wie heute, dann darf er doch den Leuten keinen Vorwurf machen, die heute noch so denken wie er damals. (Sehr gut!) Es ist das Wort gefallen, daß sich Symptome bedenklicher Art in der Partei geltend machen. Ich weiß nicht, worin diese Symptome bestehen. In der Diskussion ist bisher nur eins davon angeführt, nämlich die Revisionisten in der Fraktion sollten durch die letzte Wahl bedeutend gestärkt sein und es soll die Gefahr nahe liegen, daß jetzt das Gretchen vom Tugendpfade abweichen könnte. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob einer unter uns ist, der den neugewählten Abgeordneten schon ins Herz geschaut hat. Man kann doch nicht so schlankweg behaupten, daß die Revisionisten im Verhältnis stärker in der neuen Fraktion vorhanden sind, als in der alten. Diese Behauptung, wenn sie ein Wechsel wäre, würde ich nicht unterschreiben. Warten wir es ruhig ab. Das können wir ruhig abwarten. Wir werden ja sehen, wie die Dinge sich entwickeln, und ich glaube deshalb, daß auch dies Symptom kein Anlaß sein konnte zu den Szenen, die wir erlebt haben.

Aber nun zur Sache selber. Woran erkennt man denn den sogenannten „Revisionisten"? Wie sieht denn ein solches Exemplar aus? (Heiterkeit.) Zeigen Sie mir doch bitte einmal einen. Ich habe noch keinen gesehen, und aus den verschiedenen Urteilen und Angaben über die sogenannten Revisionisten ließ sich bis in die neueste Zeit auch nicht genau erkennen, was das Merkmal eines Revisionisten ist. Wer und was ist ein Revisionist? Das ist die Preisfrage. (Heiterkeit.) Und ehe wir weiter gehen, ehe wir die einschneidendsten Beschlüsse fassen — ich will vom Stuhl vor die Tür setzen noch nicht reden — ist es Pflicht, darüber klar zu werden: Was haben wir von Parteiwegen unter den Revisionisten zu verstehen?

Eine Zeitlang hat es auf mich den Eindruck gemacht, als ob unter den Revisionisten jeder zu verstehen sei, der gegen den einen oder den andren Punkt unsres Erfurter Programms leise Zweifel äußerte. Es schien eine Zeit lang so, als wenn die Kritik das Merkmal eines Revisionisten sei. Nun haben wir aber hier die bündigen Erklärungen über die Beschränkung der Kritik und Meinungsfreiheit gehört, daß diese Annahme nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Was ist nun noch übrig geblieben? Zwei Dinge habe ich herauszuschälen vermocht aus allen den vielen Artikeln und Reden als besondere Merkmale der Revisionisten. Einmal wird ihnen vorgeworfen die Aufgabe, die Verleugnung des Klassenkampfscharakters, und zweitens die Ueberbrückung des Gegensatzes zu den bürgerlichen Parteien, die Angliederung der Sozialdemokratie an den linken Flügel der bürgerlichen Demokratie. Alles andre, was bisher geredet worden ist, von allem Persönlichen ganz abgesehen, kommt nicht in Betracht. Wer es besser weiß, mag es aussprechen. Ich konnte nur diese beiden Punkte herausschälen. Wenn das aber wahr ist, daß man die Angliederung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei an die bürgerlichen Parteien herbeiführen, daß man die Selbständigkeit der Partei opfern und sie zum Gliede der bürgerlichen Linken machen will, erkläre ich offen heraus: wer solcher Bestrebungen sich schuldig gemacht hat und überführt ist, der hat allerdings die Absicht, offenen Parteiverrat zu begehen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin auch als Revisionist bezeichnet worden, ich erhebe aber Protest gegen derartige Unterstellungen. (Vielfaches Sehr richtig!) Wer von mir behauptet, daß ich Revisionist in dem Sinne bin, wie es sich nach und nach herausschält aus allen den Diskussionen, wer mir dies nachsagt, der verleumdet mich in elendester Weise. (Göhre ruft: Der verleumdet uns alle!) Ich habe kein Recht, für andre zu sprechen, ich spreche nur für mich. Auf das Gerede, daß da gewissermaßen in der Fraktion eine besondere Organisation vorhanden wäre, gehe ich nicht ein.

Wer aber mir gegenüber behauptet, ich gäbe das Klassenbewußtsein auf als notwendigste Grundlage für unsre Bewegung, als Basis, auf der wir stehen und auf der allein wir unsre Erfolge erzielen können, der kennt mich entweder nicht oder, wenn er mich kennt, so verleumdet er mich. Nun erst gar der Anschluß an die bürgerliche Linke! Das sagt sich so, und gewiß sind wir in unsrem Parteileben auch schon einmal mit Elementen der bürgerlichen Linken zusammengegangen; das ist z. B. 1887 vorgekommen bei den Wahlen, nach der Auflösung, wo tatsächlich vereinbart worden ist, sich den gegenwärtigen Besitzstand zu sichern usw. Das sind Dinge, die in Ausnahmefällen passieren können und die sich aus der Situation ergeben, und es wäre ein schlechter Parteiführer, der unter den gegebenen Verhältnissen nicht die notwendigen Mittel gebrauchte. Aber eine Angliederung! Ich will nicht davon reden, an wen wir uns denn angliedern sollen. (Heiterkeit.) Ich will auch nicht raten, sich mit Herrn Naumann zu verständigen und ihm zu sagen, er möge uns in einem Jahre mitteilen, wie es ihm bei der von ihm vollzogenen Angliederung gegangen ist. (Heiterkeit. — Sehr richtig!) Ich glaube, wir würden da ein abschreckendes Beispiel erleben. Es ist aber auch nichts von alledem wahr, es heißt unsre ganze Bewegung vollständig verkennen, wenn man glaubt, daß wir uns mit den bürgerlichen Parteien in irgend einer Weise verbinden könnten. Unsre Stärke liegt im Klassenbewußtsein und in der Klasse, aus der wir unsren Anhang rekrutieren. (Zustimmung. Rufe: Sehr richtig!) Das wurde mir in drastischer Weise klar, als ich als junger Parteigenosse n Hamburg kam. Was war dort bei den Wahlen das wirksamste Mittel, Stimmen für uns zu gewinnen? Es war die Frage: Nu segg mal, büscht nich ook 'n Arbeeter? — Ja. — Denn möst ook een Arbeeterkandidaten wähl — Ueber die Begriffe: Ehernes Lohngesetz, Mehrwert-Theorie usw., die ja große Bedeutung haben, ist viel schwerer zu reden; die einfache Rede vom beiterkandidaten geht dem Arbeiter viel mehr zu Herzen. Das Wort „Arbei-

kandidat“ haben wir in jenen Jahren in Süddeutschland noch gar nicht gekannt, ich habe es erst in Hamburg kennen gelernt. Da ging es mir so nach und nach auf, was es heißt: „Klassenbewußtsein“, was es heißt, die stärkste, zahlreichste Klasse im Staatswesen zu verbinden, zu vereinigen und für das, was sie an materiellen Machtmitteln nicht hat, an moralischen Machtmittel in die Wagschale zu werfen. Deshalb erkläre ich nochmals: wer behauptet, daß uns, den sogenannten Revisionisten, und speziell mir das Klassenbewußtsein abhanden gekommen sei und daß ich die Neigung habe, mich den bürgerlichen Parteien anzuschließen und mit linkem Flügel zu spielen, der hält mich wirklich für dümmer, als ich bin. (Sehr gut!)

Nachdem nun aber feststeht, was als Revisionist bezeichnet wird und was ihn als solchen kennzeichnet, kommen wir allerdings zu der Frage: Wer ist denn eigentlich nun unter uns Revisionist? Für mich lehne ich es ab. Die übrigen Genossen, die bisher gesprochen haben und dieser Sache beschuldigt wurden, lehnen es ebenfalls ab. Eine offizielle Proskriptionsliste existiert noch nicht, ich kenne sie nicht, aber Namen sind allerdings schon genannt worden in der Parteipresse. Sie begreifen, daß das unangenehm ist, selbst als einer von denen bezeichnet zu werden, denen die Schellen angehängt werden sollen, die hinaus müssen aus unsrer Partei, weil sie darin den Frieden stören. Das ist mir passiert. (Unruhe.) Unser Königsberger Partei-Organ hat die Frage aufgeworfen: „Wie wollen wir aus diesem Zustande herauskommen, so kann es nicht weiter gehen“, und hat vorgeschlagen, man solle durch Urabstimmung entscheiden, wer von diesen Personen in der Partei bleiben kann und wer nicht. Ich will über die Urabstimmung nicht reden, sie ist bei unsrer Organisation gar nicht möglich. Aber wie diese Dinge doch draußen in der Provinz wirken, dafür nur ein Beispiel: Dem Dortmunder Partei-Organ, das die Arbeiterinteressen rücksichtslos und, wie ich auch sagen kann, geschickt vertritt, ging der Vorschlag des Königsberger Blattes doch gegen die Schnur und es warf die Frage auf, die ich jetzt auch mit aufwerfe: Wer sind denn eigentlich die Revisionisten? Ehe wir sie hinauswerfen, müssen wir sie doch kennen. Das Organ sagt dann: „Sollen David, Heine und Vollmar als Opfer fallen oder auch ihre Anhänger Dreesbach, Kolb, die Genossen von der Breslauer Redaktion oder schließlich alle, die mit den sogenannten Revisionisten sympathisieren? Denn auch Auer rechnet sich zu den Revisionisten. Welch ein Gedanke aber ist es, gegen einen Veteranen wie Auer mit einem Ausschlußantrag vorzugehen!“ Ich bin der Redaktion ja sehr dankbar für die gute Meinung, die sie da ausspricht, aber es wird in der Partei die Frage, wer hinausgeworfen werden soll, diskutiert. Da sind David, Heine und Vollmar — Bernstein ist noch gar nicht dabei, ebensowenig Schippel und andre, die ebenfalls nach ihren verschiedenen Artikeln in Betracht kämen. Ich weiß überhaupt nicht, wo die Grenze gemacht werden soll, besonders wenn unter den neuen Abgeordneten die Mehrzahl ebenfalls revisionistisch sein soll. Das sind doch schließlich Dinge, welche wirklich diejenigen, die in dieser Beziehung den Vorkampf führen, zu der Frage veranlassen sollte: geht das nicht zu weit?

Parteigenossen, man hat uns gesagt: „Es muß Farbe bekannt werden!“ Ja, zum Teufel auch, gewiß muß Farbe bekannt werden! Aber haben wir denn nicht Farbe bekannt erst im letzten Wahlkampf? War es denn richtig daß wir „vertuscht“ und „Komödie“ gespielt haben in dem Augenblick, wo die Partei die Fahne entfaltet hat und wir alle in den Kampf gezogen sind? Wer das behaupten kann, der muß sich in dem Moment, wo er so etwas behauptet, doch seiner Worte und ihrer Tragweite nicht voll bewußt gewesen sein. (Sehr richtig! und Unruhe.) Mit welchem Recht darf man solche Vorwürfe erheben? Seit 35 Jahren gehöre ich jetzt schon bald der Partei an, eine ganze Reihe von Kämpfen habe ich in ihr mitgemacht, immer war ich mit dabei, wenn es möglich war, wo es galt, für die Partei und ihre Interessen einzutreten. Ich habe mich

nie gescheut, Sozialdemokrat zu sein und als solcher bezeichnet zu werden. Unser Programm ist veröffentlicht worden, Tausende von Reden sind gehalten worden, Tausende von Zeitungen gehen jeden Tag hinaus, im Reichstage und in fast allen Parlamenten der Einzelstaaten haben wir unsre Vertreter. Wollen wir diesen Genossen vorwerfen, daß sie bisher nicht Farbe bekannt haben? (Sehr gut!) Der Gedanke, daß so etwas möglich wäre, daß jemand ernsthaft den Vorwurf erheben könnte, die Partei habe bis jetzt Komödie gespielt, dieser Gedanke ist mir einfach unfaßbar, den Gedanken muß ich zurückweisen, und ich glaube auch nicht, daß einer unter uns ist, der ihn ernsthaft aufrecht erhalten kann. (Bravo!) Wenn Komödie gespielt worden ist, dann müssen doch auch Komödianten vorhanden sein, dann nenne man doch diese Komödianten und sage, bei welcher Gelegenheit sie Komödie gespielt haben. Wenn die Partei bis jetzt nicht Farbe bekannt hat, woran liegt es denn? Dann müssen doch diejenigen, die sich uns gegenüber hier in diesem Saale mit Fug und Recht als Führer der Partei bezeichnet haben, es sein, die diese Komödie aufgeführt haben. Ich bestreite, daß so etwas vorgekommen ist. Ich weise den Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück und sage deshalb: wenn das geschehen ist, heraus mit der Sprache und nicht allgemeine Behauptungen, dann verlange ich Namen und Tatsachen! (Vielfache Zustimmung.) Nun ist es ja richtig, daß unter uns verschiedene Leute, verschiedene Temperamente sind, daß verschiedene Geschicklichkeit bei den einzelnen vorhanden ist. Es ist auch gewiß richtig, daß der eine oder andre vielleicht nicht so absolut zuverlässig ist als wir wünschen, daß wir es alle sein sollen. Wenn nun wirklich diese Meinung vorhanden ist, wenn man glaubt, daß die Konsuln wieder einmal wachen müssen für das Wohl des Landes, dann verlange ich im Partei-Interesse, daß dieses Wachen, diese Warnung, diese Kontrolle ausgeübt wird zur angebrachten Zeit. (Zustimmung.) Und wenn ich gegen die Inszenierung der ganzen Geschichte, die uns hier beschäftigt, mit vollem Rechte einen Vorwurf erheben kann, so ist es der, daß man diese ganze Sache zur denkbar ungeschicktesten und ungeeignetsten Zeit in Anregung gebracht hat. (Beifall.) Wenn wir der Fraktion nicht mehr trauen dürfen, wenn wir glauben, daß in derselben unsichere Kantonisten sind, war es da nicht an der Zeit vor der Wahl, in der Fraktion selber, in dem Kreis der Beteiligten, hinzutreten und zu sagen: „Hört einmal, Kinder, so und so steht es unter uns, wir wollen einmal Musterung halten. Das wäre am Platze gewesen, und wenn man auch mir gesagt hätte: „Lieber Nazi, Du bist ein ganz prächtiger Kerl, aber Du tätest uns einen Gefallen, wenn Du die Tür von draußen zumachtest", ich gebe Ihnen mein Wort, es hätte mir weh getan, aber wenn es mir nicht bloß von einzelnen Personen, sondern von den maßgebenden Kreisen gesagt worden wäre, ich hätte wahrhaftig nicht danach gegeizt, wieder ein Mandat zu bekommen. Ich kenne die Annehmlichkeiten des Reichstages; seit 27 Jahren bin ich mit Unterbrechungen Mitglied, und selbst die Aussicht, demnächst Diäten zu bekommen (Große Heiterkeit), hätte mich nicht bewogen, mich an das Mandat anzuklammern. So wie ich von mir Ihnen diese Versicherung gebe, so hätten, glaube ich, alle gehandelt, die in Betracht kommen. Ein Vergnügen ist es wahrhaftig nicht, Reichstags-Abgeordneter zu sein. (Sehr richtig!) Und das, was für die alten Abgeordneten, gilt doch auch für die Kandidaten, für den neuen revisionistischen Zuwachs. Wenn deshalb irgend ein Fehler gemacht worden ist — möglich, ich weiß es nicht, daß der eine oder andre besser nicht mehr an verantwortungsvollster Stelle stände (Unruhe), das ist die persönliche Ueberzeugung des einzelnen, und das Recht, sie auszusprechen, räume ich jedem ein, — so kommt doch diese Warnung nicht zu der Zeit, wo sie am Platze gewesen wäre bei gegebenem Anlaß, sondern bei möglichst ungeschickter Gelegenheit. Das ist es, was ich für falsch halte. (Sehr richtig!) Es kommt hier noch ein andres in Betracht. Wir sind eine demokratische Partei, und es ist hier vie

geredet worden von den Beziehungen zur Volksseele, zur Masse. Man hat uns ins Gesicht geschleudert, daß wir diese Beziehungen zur Volksseele wahrscheinlich infolge unsrer gehobenen Lebensstellung verloren haben. (Große Unruhe.) Das mag sein, wie es will, aber das eine will ich sagen: Da man weder die Massen, noch die Personen zur rechten Zeit gewarnt hat, so bedeutet es ein Mißachten der Volksseele und des Massengeistes, diese Masse ungewarnt ins Treffen zu schicken, auf die Schanze zu rufen, so die Tausende und Hunderttausende für die einzelnen Personen sich abmühen und sie wählen zu lassen, nachher aber gewissermaßen zu sagen: Da habt Ihr Euch aber vollständig vergriffen, der Kerl taugt nichts. (Beifall.) Das nenne ich in vollem Umfange des Wortes einen Mangel an Respekt vor dem Volksgeist. (Sehr richtig!) Ich, der angebliche Revisionist, der Cyniker und was ich sonst noch alles für angenehme Eigenschaften habe (Heiterkeit), ich würde so etwas nicht tun, ich beuge mich vor der Volksstimme, ich sehe in ihr das für mich Entscheidende und Maßgebende.

Daß „Revisionisten“ unter uns sind, das wissen wir. Und was ist in dieser Beziehung möglich? Der schlimme Mensch, Wolfgang Heine, er ist am Sitze der Parteileitung, am Sitze der deutschen politischen Intelligenz (Heiterkeit), im großen Berlin gewählt worden mit vielen Tausenden von Stimmen! Es hätte doch nahe gelegen, eine solche Wahl zu verhindern, wenn sie wirklich so gefährlich gewesen wäre. (Sehr richtig!)

Vollmar hat schon durch eine Reihe von Zitaten nachgewiesen, wie im Laufe der Zeit zu verschiedenen Fragen eine verschiedene Stellung eingenommen worden ist, wie man manches, was man ursprünglich als ganz unmöglich und unzulässig betrachtet hat, nachher getan hat und zum Wohle der Partei getan hat. Er hat bei der Gelegenheit auch von den preußischen Landtagswahlen geredet. Auch ich möchte, um Ihnen zu zeigen, wohin man kommt, wenn man allzusehr den Schlagworten folgt, ein Beispiel aus der ältesten Zeit unsrer Parteigeschichte und eines aus neuerer Zeit anführen. Als 1874/75 die ersten Anregungen kamen, um die Vereinigung der beiden alten Fraktionen, der Eisenacher und der Lassalleaner, herbeizuführen, da waren unter uns sehr einflußreiche Genossen, die glaubten, daß diese Vereinigung ein Fehltritt sein würde. Bebel, der damals nicht in unserer Mitte sein konnte, sondern eine neunmonatliche Gefängnisstrafe in Zwickau abzubüßen hatte, gehörte zu denen, die gegen diese Vereinigung mit den Lassalleanern sehr schwere Bedenken trugen. Er schrieb uns einen Kassiber — offiziell durfte er wohl nicht schreiben aus dem Gefängnis — nach Hamburg, wo ich schon dem Parteiausschuß angehörte, einen achtzehn Seiten langen Brief. Der Brief enthielt ein förmliches Programm und zwar ein sehr detailliertes Programm und weiter die Bemerkung, daß, wenn wir dies Programm nicht als Grundlage zu den Verhandlungen mit den Lassalleanern nähmen und nicht alle seine wesentlichen Punkte anerkennten, dann könne er die Vereinigung nicht mitmachen, und wenn seine neun Monate um wären, so würde er die Fahne gegen diese Vereinigung erheben. (Bebel ruft: Hast Du den Brief da? Unruhe.) (Bebel: Ich möchte ihn einsehen.) Im Parteiausschuß war es Geib, der sagte: Na, so gefährlich ist es nicht. Liebknecht war ein entschiedener Vertreter der Vereinigung und wir Jungen stimmten natürlich zu. Wenige Monate, nachdem dieser Brief aus dem Gefängnis geschrieben war und der Vereinigungskongreß stattfand, war der eifrigste Vorkämpfer der Vereinigung Bebel. Als er aus dem Gefängnis heraus war, als er sah, wie die Dinge wirklich lagen, ging er in seinem Eifer sogar so weit, daß er außer den Lassalleanern vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und den Eisenachern noch andre Gruppen mit in die Vereinigung einbezogen wissen wollte. Das ist kein Vorwurf, aber es zeigt, daß alles auf die Umstände ankommt, unter denen man eine Sache ansieht. Bebel saß abgeschlossen im dritten Jahre, erst auf der Festung, dann im Gefängnis. Auch er ist der menschlichen Schwäche unterworfen. Aber nicht er allein. Marx und Engels

schrieben damals einen Zirkulationsbrief nach Deutschland, der für Geib, mich, Bracke, Liebknecht und andre bestimmt war, einen Brief, in dem sie direkten Einspruch gegen die Vereinigung erhoben unter dem Motiv, daß, was der Finesse und der Schlauheit des Dr. v. Schweitzer nicht gelungen sei, nämlich die deutsche Arbeiterbewegung dem Berliner Molkenmarkt dienstbar zu machen, jetzt den — ich will das Prädikat, das dabei stand, nicht anführen — Genossen Hasenclever und Hasselmann zu gelingen scheine. Sie erklärten uns, sie erhöben Einspruch gegen die Vereinbarung, wenn wir auf diesen Einspruch nicht Rücksicht nähmen, so sähen sie sich um ihrer internationalen Stellung in der Arbeiterbewegung willen genötigt, öffentlich zu erklären, daß sie mit der Vereinigung nicht einverstanden seien. Später haben auch Marx und Engels eingesehen, daß sie sich geirrt hatten. Das zweite Beispiel sind die Differenzen in Bezug auf die preußischen Landtagswahlen. Was für schlimme Dinge glaubte man nicht von der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen für die Partei befürchten zu müssen. Es erschien damals eine Broschüre, deren Verfasser ich gleich nennen werde. An der betreffenden Stelle, an die ich denke, ist zunächst von der Dampfersubvention die Rede, bei der es sich nach der Ansicht des Verfassers nicht um eine neue Taktik handelte. Diejenigen, die an den Kämpfen über diese Frage teilgenommen haben, wissen übrigens, daß d[illegible] Dinge doch etwas anders standen und daß die „alte Taktik" damals sehr i[illegible]efahr war. Die Gefahr war damals schon dieselbe wie heute, nur die Personen haben gewechselt. Damals focht zur Rechten Vollmar, zur Linken Bernstein und das Weltkind Bebel stand in der Mitte gegen uns. (Heiterkeit.) Also die Personen sind andre, die Schlagworte aber genau dieselben wie damals. Die Broschüre fährt dann fort: „Bei dem jetzigen Streit aber handelt es sich um eine vollständige Aenderung der alten Taktik in der Partei, um eine Aenderung der Taktik, die eine Aenderung des Wesens der Partei bedeuten würde. Es handelt sich um die Beibehaltung oder Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes (Hört! hört!), der uns von allen bürgerlichen Parteien trennt. Wir stehen hier vor dem entscheidenden Schritt, vor der Frage: sollen wir die alte sozialdemokratische Partei bleiben oder sollen wir den Rubikon des Klassenkampfes überbrücken und der linke Flügel der bürgerlichen Demokratie werden." (Hört! hört!) So stand es noch vor wenigen Jahren um die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen. Die Aufgabe der alten Taktik, des Klassenkampfstandpunktes, die Ueberbrückung des Rubikons und die Angliederung an die bürgerliche Linke sollten in Frage stehen; es sind das also alles dieselben Einwürfe, die auch heute wieder gemacht werden. Und wer hat diese Broschüre geschrieben? Es ist der alte Liebknecht, der sie damals im Auftrage des VI. Berliner Wahlkreises geschrieben hat. Und dieselben Genossen, die diese Broschüre veranlaßten, an ihrer Spitze Zubeil, kämpfen jetzt für die Beteiligung an den Landtagswahlen. (**Zubeil**: Weil wir müssen!) Wenn die Dinge so ständen, wie es hier geschildert ist, wenn es sich um die Aufgabe des Klassenkampfstandpunktes und um die Angliederung an die bürgerliche Linke handelte, dann dürften Sie sich jetzt nicht an den Wahlen beteiligen. Ich führe dies Beispiel nur an, um ihnen zu zeigen, wohin man mit derartigen Prophezeiungen kommt, mit der Aufstellung derartiger Grundsätze, die mit innerer Notwendigkeit nicht aufrecht erhalten werden können, weil sie vom Gang der Zeit und der Entwicklung über den Haufen geworfen werde[n]. Ich will jetzt schließen. Das eine aber möchte ich doch noch sagen: Denk[en] Sie, was Sie wollen von uns, aber den Vorwurf, daß ich das Klassenbewußtsein aufgebe, daß ich die Partei an die bürgerliche Linke verraten wolle, weise mit Entrüstung als elende Verleumdung zurück! (Lebhafter Beifall und Händ[e]klatschen.)

Der Parteitag **beschließt, sich zu vertagen. Es folgen persönliche B[e]merkungen.**

Adolf Hoffmann-Berlin: Als Genosse Timm in seiner Rede an einer Stelle ausführte, daß man mit dem Gedanken umgehe, Auer nicht mehr in den Vorstand zu wählen, trat Richard Fischer in erregter Weise vor und rief etwas in die Versammlung hinein, was unten nicht verstanden wurde. Ich hörte: „Streiten Sie doch nicht" und etwas hinterher, was in dem Skandal, der in diesem Augenblick herrschte, verloren ging. Nachher ist mir dann von einigen Genossen mitgeteilt worden — und Fischer hat es bestätigt — daß Fischer gesagt habe: „Täterow und Hoffmann, streiten Sie doch nicht!" Es ist damit also ausgesprochen, daß wir beide gegen die Wahl der Genossen Auer etwas unternommen haben sollen. Es war bisher nicht üblich, Privatgespräche (Aha!-Rufe. Unruhe.) in irgend welcher Form belauschen zu lassen und weiter zu tragen. Ich halte es aber für ganz selbstverständlich und für unsre Pflicht, daß, wenn wir auf dem Parteitag zusammenkommen und da die Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen haben, daß wir uns auch über die Personenfrage zu unterhalten haben, das versteht sich ganz von selbst und ist unser gutes Recht, das ich mir nicht nehmen lasse. Ich habe also in Privatgesprächen mit Delegierten erklärt: Wenn die Sache wirklich so liegt, wie Bebel gestern sagte und Auer es heute bestätigt hat, daß dann die Frage allerdings nicht so einfach sei. Auer hat vorhin bestätigt, daß er Briefe, die von Bebel an ihn gesandt wurden, nicht gelesen hat. Wir sind der Meinung, daß man darüber nicht so leicht hinweggehen kann.

Singer fordert den Redner auf, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zu bleiben.

Hoffmann (fortfahrend): Ich habe also gesagt: Unter diesen Umständen muß man doch bedenken, ob die Zusammensetzung des Vorstandes so bleiben kann. Es wird behauptet, daß wir in Berlin bereits darüber gesprochen hätten, das trifft nicht zu. Die Berliner Delegierten haben erst heute eine Sitzung gehabt, in der festgestellt wurde, daß bisher über diese Frage nicht verhandelt worden ist. Es haben lediglich persönliche Gespräche stattgefunden und da habe ich erklärt, wenn Auer nochmals so gegen Bebel vorgeht zum Gaudium der ganzen Welt und der bürgerlichen Presse wie in Hannover, dann könnte es ihm leicht passieren, daß der Parteitag anders darüber denkt. Das habe ich gesagt und das vertrete ich auch.

Bebel: Zu der Angelegenheit, die der Genosse Hoffmann eben besprochen hat, habe ich vorläufig nichts zu bemerken. Ich habe ums Wort gebeten, weil im Laufe der Debatte wiederholt davon die Rede war, daß ich auf dem Lübecker Parteitag öffentlich erklärt haben soll, wenn man das ganze Badener Ländle in einen Sack steckte und in den Bodensee würfe, so wäre nichts verloren. Als ich das gegenüber dem Genossen Kolb bestritt, da sagte er, ich hätte es im Protokoll gestrichen. Ich antwortete ihm darauf, derartige Aeußerungen streiche ich überhaupt nicht. Das ist ja auch klar. Solche Aeußerungen werden naturgemäß sehr bemerkt, und sie zu streichen, wäre eine Dummheit. Es wurde dann der Zwischenruf gemacht, die Aeußerung habe in dem Guttmannschen Bericht gestanden. Genosse Guttmann kam daraufhin zu mir und sagte mir, das sei nicht wahr, worauf ich ihm erwiderte: selbstverständlich — das konnte nicht drinstehen, weil ich es nicht gesagt habe. Gleichwohl ist es gefallen, aber privatim. Ich habe auf dem Lübecker Parteitage zu einem Genossen, mit dem ich über die Badenschen Zustände sprach, gesagt: „Na weißt Du, wenn man Euch Badenser von Mannheim bis Konstanz nehmen und in den Bodensee stecken würde, so würde das für die Partei kein großes Unglück sein." Der Genosse lachte darauf und ich lachte mit.

Stücklen: Genosse Timm sagte, ich hätte den Münchenern politisches Verständnis abgesprochen. Ich habe im Gegenteil gesagt, die Münchener sind keine Hammelherde, die ohne weiteres Vollmar nachläuft.

Richard Fischer-Berlin: Was die Erklärung Kolbs in Bezug auf das Protokoll betrifft . . .

Singer: Das gehört nicht in den Rahmen einer persönlichen Bemerkung.

Fischer (fortfahrend): Schön, dann werde ich das lassen. Nun zu Adolf Hoffmann! Würde es sich um ein Privatgespräch handeln über die Frage der Vorstandswahl, so wäre ich der letzte gewesen, der darüber ein Wort verloren hätte. Wie kam die Sache? Als Timm vorhin sagte, es seien Bestrebungen im Gange, um Auer herauszubringen, erhob sich dagegen Widerspruch und es fiel das Wort Lüge. Da bin ich vorgegangen und habe Timm zugerufen: Bleiben Sie bei Ihrer Behauptung! Es ist wahr! Und als das wieder bestritten wurde, da habe ich gerufen: Hoffmann und Täterow werden doch nicht so feige sein, das zu bestreiten! (Unruhe.) Nun, als die Delegierten in Berlin zusammen waren und noch niemand wissen konnte, was hier vorging, da hat Adolf Hoffmann schon gesagt: Wir werden mal sehen, ob wir in Dresden diesmal nicht im Ernst durchsetzen, was wir in Lübeck probiert haben! (Hört! hört! Bewegung. Stadthagen ruft: Das ist unwahr! Große Unruhe.) Wenn Sie sagen, das ist unwahr, so ist das noch kein Beweis. (Stadthagen: Haben Sie denn Beweise?) Wenn ich etwas behaupte, so ist es wahr. Darauf können Sie sich verlassen. (Stadthagen: Es ist doch unwahr!) Was Sie bestreiten, geht mich gar nichts an. Es sind Parteigenossen zu mir gekommen und haben gesagt, was ist denn los? Die Berliner gehen ja hier herum, um gegen Auer zu agitieren. (Hört! hört! Große Bewegung.) Darauf ging ich zu Werner, dem Vertrauensmann meines Wahlkreises, und fragte ihn, ob das wahr sei, denn ich habe es für unmöglich gehalten, daß die Berliner sich dazu hergeben, jemanden hinter seinem Rücken heimlich abzumeucheln. Werner sagte mir, daß das nicht wahr sei. Darauf ging ich zu dem, der mir die Mitteilung gemacht hatte und teilte ihm das mit, was Werner gesagt hatte. Er erwiderte mir, es hätten sich einzelne Berliner damit beschäftigt. Täterow zum Beispiel sei zu ihm gekommen und habe gesagt, man könne Auer nicht mehr brauchen, auch Molkenbuhr und Bömelburg kämen nicht in Frage, denn die seien schon zu hoch, es müßte einer aus dem Volke sein. (Hört! hört! Große Unruhe.) Ich hätte auch jetzt noch nichts gesagt, wenn man nicht diese Bestrebungen zu decken gesucht hätte mit der Behauptung, Bebel und Singer seien damit einverstanden. (Lebhafte Bewegung. Hört! hört!) Ich ging darauf zu Singer und der hat mir erklärt, es sei selbstverständlich eine Gemeinheit, ihm so etwas zuzumuten. (Bravo!) Und nun frage ich, ob Sie das noch bestreiten wollen. (Rufe: Das ist einfach unwahr. Langanhaltende Unruhe.)

Singer: Wir kommen wieder in eine Erregung und Stimmung hinein, in der Verhandlungen nicht möglich sind. Ich bitte, daß die persönlichen Bemerkungen ruhig angehört werden. Die Genossen, deren Namen hier genannt sind, müssen uns doch das sagen, was sie zu sagen haben. (Sehr richtig!)

Adolf Hoffmann: Ich stelle hier vor den Berliner Delegierten, vor den Mitgliedern des Parteivorstandes Wengels und Eberhardt, fest, daß ich am Abend, wo die Berliner Delegierten zusammenkamen — die einzige Sitzung, die sie überhaupt zum Parteitag gehabt haben — in einer Fraktionssitzung im Rathaus gewesen bin. Das werden mir Singer und Stadthagen bestätigen. Zu der De[illegible]giertensitzung kam ich ziemlich am Schluß, als zur Wahl des Vorstandes, Revisoren usw. bereits Stellung genommen war. Ich bin also gar nicht da[illegible] gewesen. Das ist die erste Unrichtigkeit. Die zweite Unrichtigkeit ist, wenn [illegible] Agitation hinter dem Rücken der Personen vorgeworfen wird. Gewiß, ich [illegible] mit Täterow gesprochen. Er fragte: Wer? Ich sagte: Ja, ich weiß auch n[illegible] wen wir vorschlagen sollen, das muß überlegt werden, da müssen wir zusamm[illegible]

kommen. Man hat von einem derartigen Privatgespräch etwas aufgefangen und will Stimmung machen.

Täterow: Ich habe an der Zusammenkunft in Berlin nicht teilgenommen, es kann also keine Rede davon sein, daß so etwas unter den Delegierten vorgekommen ist. Im Gegenteil, ich habe für Auer von jeher eine ziemliche Hochachtung gehabt . . .

Singer: Sie können im Rahmen einer persönlichen Bemerkung sich nur gegen das wenden, was Fischer gegen Sie gesagt hat.

Täterow (fortfahrend): Es muß mir doch gestattet sein gegenüber den Angriffen Fischers. Ich bestreite nicht, daß ich mit Delegierten darüber gesprochen habe, aber ich habe keineswegs behauptet, daß Bebel oder sonst jemand das wünscht. Ich wüßte gar nicht, wie ich dazu käme. Ich habe auch nicht gegen Auer gesprochen, sondern ich habe seine Tätigkeit anerkannt, und in Hannover, als Auer einige Stimmen weniger bekam, gehörte ich sogar zu denjenigen, die die Sache gegen Auer nicht mitmachten. Wir sind zusammen gewesen und da ist unter anderm auch die Frage angeregt worden — das wird mir Stadthagen bezeugen können — und da haben wir gesagt: Bevor nicht Auer Stellung genommen hat, kann überhaupt über die Sache nicht gesprochen werden. Gerade ich war es, der das gesagt hat. Das Recht, darüber zu sprechen, wird man mir doch nicht verwehren wollen. Das Gegenteil wäre Heuchelei.

Singer: Da Fischer-Berlin meinen Namen genannt hat, so sehe auch ich mich zu einer persönlichen Bemerkung veranlaßt. Fischer hat erklärt, es wäre ihm mitgeteilt worden, daß Täterow und Hoffmann davon gesprochen hätten, daß auch ich gesagt haben soll — (Fischer ruft: Ich habe nicht gesagt, daß Täterow und Hoffmann davon gesprochen haben!) — also der Genosse Fischer hat gesagt, daß ich, gleichgültig wem gegenüber, die Meinung geäußert hätte, es wäre mir angenehm und wünschenswert, daß Auer aus dem Parteivorstand herauskäme. Wer es auch sei, der eine derartige angebliche Aeußerung von mir wiedergegeben haben sollte, der hat gelogen. (Lebhafter Beifall.) Es ist mir nie in den Sinn gekommen, irgend einem Menschen gegenüber direkt oder indirekt einen solchen Wunsch zu äußern. (Bravo!) Ich glaube, daß ich nicht nötig habe, in pathetischer Weise diese Versicherung zu verstärken, sondern daß es für alle diejenigen, die mich kennen — und das sind glücklicherweise sehr viele in der Partei — genügen wird, wenn ich hiermit erkläre: ich habe weder daran gedacht, noch jemals solche Aeußerung gemacht, wonach ich Auer aus dem Parteivorstand scheiden sehen möchte. (Lebhafter Beifall.)

Richard Fischer: Ich will nur konstatieren, daß ich nicht gesagt habe, Singer habe eine solche Aeußerung getan, sondern ich habe erklärt, man habe versucht, diese Quertreibereien mit dem Namen Bebel und Singer zu decken; ich hätte Singer gefragt und er habe es selbstverständlich für eine Gemeinheit erklärt, ihm eine solche Handlungsweise zuzutrauen. — Was die andre Sache anbelangt, so soll man sich nicht um Kleinigkeiten streiten. Es ist ganz gleichgültig, ob Hoffmann im Anfang der Sitzung da war oder erst gegen Schluß, es ist ganz gleichgültig, ob er es zu A oder B gesagt hat, die Tatsache steht fest, daß er nicht, wie er behauptet, erst durch den Zwischenruf Auers, er habe die Bebelschen Briefe nicht gelesen, zu seiner Stellungnahme veranlaßt ist. Man versuche doch nicht, aus meinen Behauptungen anderes zu machen, als was ich gesagt habe. Ich sage nichts, was ich nicht beweisen kann. (Widerspruch.) Ich wiederhole, daß ich nicht von den Berliner Delegierten gesprochen, sondern vorher ausdrücklich erklärt habe: Ich bin zu Werner gegangen, der hat mir erklärt, daß die Berliner Delegation nichts derartigen beschlossen habe, und diese Erklärung Werners habe ich sofort meinem Gewährsmann mitgeteilt. Wenn man die Sache hier bestreiten will, so bemerke ich ferner, daß Stücklen, Grünberg, Katzenstein und andre selbst diese Aeußerungen gehört haben und zu mir gekommen sind.

Liepmann-Berlin: Ich kann diese Sache, die ein gewisses Odium auf Berlin wirft, mit einigen Worten richtigstellen. Wie fast alljährlich, kamen die Berliner Delegierten vor ihrer Abreise zusammen, um die schwebenden Fragen zu besprechen und zu beraten, wen sie als Kontrolleur vorschlagen sollten und wen als Beisitzer für den Vorstand. Ich habe diese Vorschläge dem Genossen Auer im Namen der Berliner Delegierten zugesandt und eine Bestätigung dieses Briefes habe ich in Händen. In der ganzen Sitzung ist mit keinem Wort von Auer die Rede gewesen. Jede andre Behauptung ist eine unwahre. (Sehr richtig!) Ich weiß das am besten, denn ich habe den Vorsitz geführt. Täterow war überhaupt nicht zugegen, Hoffmann kam erst zum Schluß und die Diskussion betraf nicht den Genossen Auer, sondern die Frage der Revision. Wir kamen heute wieder zusammen und auch heute war von Auer kaum die Rede. Von bindenden Beschlüssen hat man abgesehen. (Zuruf: bindenden?) Es ist von e i n e r Seite der Vorschlag gemacht, in Erwägung zu ziehen, ob man Auer wiederwählen solle, aber es wurde sofort von verschiedenen Seiten erklärt, wir können uns nicht binden, und fast alle erklärten, daß sie Auer wiederwählen. Hätte Fischer mich gefragt, dann wäre dem Parteitage diese Diskussion erspart geblieben.

Stadthagen: Ich kann nur vollinhaltlich bestätigen, was Liepmann gesagt hat. Ich füge noch hinzu: Als wir heute aus ganz andrem Anlaß zusammenkamen, wurde von einer Seite Klage darüber geführt, daß angeblich Fischer von Kneipe zu Kneipe gehe und die Mär verbreite: die Berliner wollen nicht Auer, sondern Antrick wählen. (Hört! hört! Große Unruhe.) Es wurde gefragt, ob irgend jemand zu dieser Lüge Veranlassung gegeben habe, und Freiwaldt wurde beauftragt, Fischer mitzuteilen, daß das Ganze Unwahrheit sei. Das ist ihm mitgeteilt worden, aber trotzdem hat er die Unwahrheit aufrecht erhalten. (Rufe: Sehr richtig! R i c h a r d F i s c h e r: Ist nicht wahr!) Bitte, Sie haben gesagt, daß die Berliner Delegierten einen solchen Beschluß gefaßt hätten. Wir haben Fischer gebeten, die weitere Verbreitung solcher Unwahrheiten zu unterlassen. Sie haben aber gesehen, daß er genau das Gegenteil tut. (Große Unruhe.)

Bebel: Heute Vormittag, als ich in den Sitzungssaal trat, teilte mir Victor Adler in lebhafter Entrüstung mit: Du glaubst gar nicht, was auf diesem Parteitag für unglaubliche Gerüchte und Schwätzereien umherschwirren. (Sehr richtig!) Ich habe doch schon vieles erlebt, aber so was noch nicht. — Ich erwiderte ihm: Das begreife ich; davon habe ich auch schon gehört. Die Leute sind hüben und drüben sehr erregt und so erklärt es sich denn, daß, wenn einmal ein Wort fällt, sich das sofort weiter verbreitet und mit jeder weiteren Mitteilung an andre schlimmer wird. Nun hat sich Fischer auf Stücklen, Katzenstein und Grünberg berufen. Ich glaube, er hätte mit leichter Mühe noch Hundert finden können, die ähnliches gesagt haben, weil ähnliches überall herumschwirrt. (Sehr richtig!) Das Gerücht, wobei auch ich eine Rolle spiele, ist mir bereits am Mittwoch früh mitgeteilt worden und zwar durch Wallfisch. Dieser trat in sehr lebhafter Erregung an mich heran und sagte: Hören Sie, Bebel, wissen Sie schon, daß man Auer absägen will? Und er gab seiner lebhaften Entrüstung Ausdruck. Ich sagte: Gehört habe ich von diesen Sachen, aber daß man ihn absägen will, ist ja Unsinn. Ich habe nur gehört, Auer wolle eine große Rede halten, er habe viel Excerpte gemacht, und es wurde mir sogar darüber allerlei zum Teil geradezu Unsinniges mitgeteilt, und wenn er dann in ähnlicher Weise vorgehen würde, wie in Hannover, dann würde er einen gehörigen Denkzettel bekommen. (Sehr richtig.) Und da habe ich gesagt: Kinder, laßt mich aus dem Spiel, ich will mit der ganzen Geschichte nichts zu tun haben.

Adolf Hoffmann: Nach den Ausführungen von Bebel habe ich kaum noch etwas hinzuzufügen: Es ist festgestellt, daß in Berlin nicht darüber gesprochen worden ist, und was hier darüber gesprochen ist, ist auch festgestellt. Ich habe ja ehrlich erklärt, daß, wie die Situation liegt, ich persönlich der Meinung war,

daß ein Zusammenarbeiten zwischen Bebel und Auer nicht möglich sei, und da mir die Partei über der Person steht, hielt ich es in meinem Fall für meine Pflicht und mein Recht, so zu handeln.

Richard Fischer-Berlin: Ich will gegenüber Stadthagen nur bemerken: ich habe nicht behauptet, daß eine Konferenz der Berliner Delegierten den Beschluß gefaßt habe. Wenn Stadthagen von einem Kneipenlaufen meinerseits sprach, so hat er die Unwahrheit gesagt — gleichviel, ob er oder ein andrer sie erfunden hat. Die Ausführungen Bebels könnten vielleicht zu der Vermutung Anlaß geben, als ob ich Adler diese Mitteilungen gemacht hätte. (Bebel: Nein, nein!) So, dann ist dieser Punkt erledigt. Im übrigen kann ich nur wiederholen: was ich sonst erklärt habe, bezieht sich nicht auf Vorgänge in Berlin, sondern auf das, was in diesem Saale vorgegangen ist. Und für alles, was ich darüber behauptet habe, habe ich Gewährsmänner. (Unruhe.) Bestritten sind diese Bemerkungen zuletzt nur von Stadthagen, was bekanntlich keine Bestreitung ist. (Große Unruhe und Zwischenrufe.)

Stadthagen (Große Unruhe und Schluß!): Es ist nicht meine Schuld, daß ich noch einmal reden muß. Es ist uns heute nachmittag mitgeteilt worden, daß Fischer von Kneipe zu Kneipe gehe und das Gerücht über Auer verbreite. Darauf ist er ersucht worden, das zu unterlassen, weil das Gerücht nicht wahr sei. Ein wahrheitsliebender Mann hätte diesen Umstand mitgeteilt und den Parteitag nicht mit solchen Infamien aufgehalten. (Lachen und große Unruhe.)

Auer: Kinder, laßt doch genug sein des grausamen Spiels — das hält ja kein Vieh aus. (Bewegung. Andauernde große Unruhe.)

Richard Fischer-Berlin: Ich bin bereit hier vor jeder Kommission und vor jedem Genossen zu beweisen, daß Stadthagen die Unwahrheit gesprochen hat, mit dem, was er zuletzt sagte. (Bewegung und Unruhe. Stadthagen ruft: Unerhört!)

Vorsitzender **Singer** verliest folgende

Erklärung.

Wie ich im Parteitage bereits erklärt habe, handelt es sich bei den gegen mich erhobenen Anklagen, soweit sie sich nicht auf meine um mehr als 20 Jahre zurückliegenden Angriffe gegen die Partei beziehen, durchweg um Anschuldigungen, die früher von bürgerlichen Gegnern gegen mich erhoben und von mir längst widerlegt worden sind. Auf einen Zwischenruf (Brief über Schönlank) fügte ich hinzu, daß es sich auch bei diesem Punkt um eine von mir längst klar gestellte Angelegenheit handle, worüber ich, nachdem ich mir das urkundliche Material beschafft habe, einstweilen folgendes erklären will:

Ueber die Differenzen, die im Jahre 1892 zwischen Schönlank und mir bestanden haben, kann und will ich mich öffentlich nicht äußern, da Schönlank tot ist und seine Auffassung nicht mehr der meinigen entgegensetzen kann. Ich will aber feststellen, daß, als ich zu Harden die Aeußerung tat, ich werde den Lümmel zahm kriegen, Harden weder Herausgeber der „Zukunft", noch auch Gegner der Partei war, vielmehr als angehender Sozialdemokrat mit Schönlank verkehrt hatte und mit mir verkehrte. Jene Aeußerung gewann dadurch einen ganz andren Charakter, als ihr vor dem Parteitage beigelegt worden ist, und Schönlank hat in ihr, als ich mich mit ihm über unsre damaligen Differenzen auseinandersetzte, niemals etwas andres gesehen, als den Ausdruck eines heftigen, aber nach Lage der Dinge begreiflichen Aergers. Diese Auseinandersetzung erfolgte bereits im Jahre 1895 oder spätestens 1896, was ich im Augenblick nicht genau feststellen kann. Als dann im Jahre 1899 Herr Harden mit meiner verletzenden Aeußerung über Schönlank in der „Zukunft" vom 4. März 1899 hervorrückte, habe ich sofort erklärt in dem Anhang zu der am 16. desselben Monats ausgegebenen zweiten Auflage meiner Broschüre gegen Harden:

Leider gelang es ihm (nämlich Herrn Harden), durch eine Reihe tatsächlicher Angaben, mir den Glauben beizubringen, daß mein Kollege vom „Vorwärts“ (nämlich Schönlank) einen Verrat an mir begangen habe; es ist das einzige Mal, wo Herr Harden das Ziel seines edlen Strebens erreicht hat, und so aufrichtig mich die Tatsache heute noch betrübt, so ist es mir wenigstens ein Trost, daß ich gegen keinen bürgerlichen Schriftsteller ungerecht geworden bin und der Fall sozusagen in der Familie geblieben ist. Ich revidierte ihn, sobald ich hinter Herrn Harden gekommen war, und fand, daß dieser Biedermann mich getäuscht hatte. Ich erneuerte die freundlichen Beziehungen zu meinem Kollegen und habe auf seinen Wunsch schon seit Jahren gelegentlich Artikel für das Provinzblatt geschrieben, das er gegenwärtig leitet. Im vergangenen Sommer schrieb er mir, er sei stark überarbeitet und bäte mich um regelmäßigere Unterstützung. Ich antwortete ihm: Von Herzen gern, aber Sie wissen, daß ich mich früher einmal von Harden gegen Sie habe aufhetzen lassen; kommt dieser Brave dahinter, daß wir gemeinsam arbeiten, so ist das für seine Skandalsucht ein gefundenes Fressen. Mein Kollege hatte eine günstigere Meinung von Harden, und da er auf seinem Wunsch bestand, so habe ich von Mitte August vorigen Jahres bis Mitte Januar dieses Jahres eine Reihe von Artikeln für sein Blatt geschrieben.

Diese Darstellung ist bei Lebzeiten Schönlanks erschienen, er hat sie nicht nur gelesen, sondern hat meine Broschüre auch in der „Leipziger Volkszeitung“ angezeigt, die erste Auflage in der Nummer 45 vom 23. Februar 1899, die zweite dann in Nummer 63 vom 17. März mit den Worten:

„Die zweite Auflage dieser Schrift ist um einen Anhang vermehrt, in dem Mehring das, was Harden in Nr. 23 der „Zukunft“ zu seiner Verteidigung gegen Mehrings Angriffe vorbringt, kritisch zerpflückt.“

In eben diesem Anhange findet sich die vorhin zitierte Stelle, die Schönlank aber gekannt hat, ohne ihr zu widersprechen, wie er sich denn auch gleichzeitig zu dritten Personen, die ihn über die Sachen befragten, in dem Sinne ausgelassen hat, es handele sich um eine alte, seit langen Jahren zwischen ihm und mir ausgeglichene Differenz.

Von diesen mündlichen Aeußerungen Schönlanks mochte der Redner, der die Sache im Parteitag vorgebracht hat, nichts wissen; wohl aber war ihm der nur zwanzig weitgedruckte Seiten umfassende Anhang zur zweiten Auflage meiner Broschüre gegen Harden bekannt, da er ihn an einer andren Stelle seiner Rede erwähnt.

Leipzig, 18. September. Franz Mehring.

Singer: Ich habe dem Parteitag noch eine Mitteilung zu machen, die seine Aufmerksamkeit erregen wird. Es ist mir mitgeteilt worden, daß nach Beobachtung einiger Delegierten Geheimagenten hier im Saale anwesend sind. Es sollen namentlich aus Leipzig solche Leute hier sein. Die betreffenden Leute werden vermutlich im Zuschauerraum sein, wir sind bei der Oeffentlichkeit unsrer Verhandlungen nicht gewöhnt, die Zuschauer nach der Legitimation zu fragen. Ich sehe deshalb von irgend welchen Maßnahmen ab, aber warnen möchte [illegible] die Parteigenossen vor dem Verkehr mit fremden Leuten (Sehr richtig!). [illegible] wird sehr nützlich sein, denn das Geschäft solcher Leute besteht darin, das, [illegible] sie privatim zu hören bekommen, zu einer großen Affäre aufzubauschen. [illegible] hier ist Vorsicht am Platze.

Nach Verlesung einiger Glückwunsch-Telegramme wird die Sitzun[illegible] um $8\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend den 19. September. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Eingelaufen sind zahlreiche Begrüßungen.

Singer: Genosse **Borchardt-Charlottenburg** bittet in einem längeren Brief, aus dem ich nur die entsprechenden Stellen verlesen will, dem Parteitag mitzuteilen, daß er sich der Erklärung von Bernhard, Göhre, Braun und Heine, in der Folge keine Artikel in der „Zukunft" mehr erscheinen zu lassen, für seine Person nicht anschließe. (Hört! hört!) Er sagt: „Der Grund, weshalb ich für den erwähnten Artikel gerade die „Zukunft" als Ort der Veröffentlichung wählte, bestand nicht, wie Genosse Bebel annimmt, in der besonderen Höhe des zu erwartenden Honorars, sondern in der Empörung über den unberechtigten Bevormundungsversuch, den ich in der am 3. März 1903 veröffentlichten Erklärung des Parteivorstandes erblicke, die nach meiner Empfindung weder der Würde der freien Schriftsteller, noch derjenigen der Partei entspricht, woran auch dadurch nichts geändert werden kann, daß der Parteitag sich der Meinungsäußerung des Parteivorstandes angeschlossen hat." (Hört! hört!)

Singer (fortfahrend): Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, müssen wir uns über die weiteren Dispositionen klar werden. Mit dem vorliegenden Punkt der Tagesordnung müssen wir heute unter allen Umständen zu Ende kommen. (Zuruf: Schon Vormittag.) Geschieht es Vormittag, um so besser. Ich habe Fürsorge getroffen, daß das Lokal uns morgen und Montag zur Verfügung steht. Die polizeilichen Anmeldungen sind erfolgt. Ich schlage also vor, für den Fall, den ich als sicher annehme, daß wir heute nicht zu Ende kommen, morgen weiter zu tagen und wenn es nötig ist, auch Montag. Im Anschluß an den Parteitag soll dann die Preußen-Konferenz stattfinden.

Lehmann-Mannheim: Ueber Montag hinaus kann der Parteitag doch nicht tagen. Ich möchte vorschlagen, daß wir heute eine Abendsitzung abhalten.

Singer: Davon, daß wir über Montag hinaus tagen, war keine Rede. Werden wir heute fertig, nun gut. Das liegt ja in der Hand des Parteitages. Ich will nur unsre Geschäftslage skizzieren und einen Beschluß herbeiführen, daß wir unsre Verhandlungen erst beendigen, bevor die Preußen-Konferenz stattfindet. Es liegt ja ganz in der Hand des Parteitages, seine Geschäfte so zu erledigen, wie er es für gut hält. Ich bin nur das Instrument des Parteitages.

Weiter bitte ich die Vorschlagsliste für die Wahlen des Vorstandes und der Kontrolleure mit Rücksicht darauf, daß die Druckerei morgen nicht arbeitet, innerhalb zwei Stunden auf dem Bureau niederzulegen. Endlich handelt es sich noch um die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag. Es liegen hierzu zahlreiche Anträge vor, doch erledigt sich die Frage am einfachsten dadurch, daß jeder auf seinem Stimmzettel den von ihm gewünschten Ort schreibt. Wir können uns eine Diskussion darüber ersparen, denn die Diskussion besteht ja gewöhnlich nur darin, daß ein Vertreter der Anträge hier auftritt und sagt, es würde seinem Orte eine Ehre und Freude sein, den nächsten Parteitag begrüßen zu können. (Heiterkeit.) Wenn die Genossen sich privatim über den Ort verständigen, dann können wir nach meinen Vorschlägen verfahren. Dadurch würden denn die Anträge 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 123, 124, 125 und 135 erledigt sein.

Kittler-Heilbronn: Es scheint also die Absicht zu bestehen, Punkt 9 der Tagesordnung überhaupt nicht zu verhandeln. Verhält es sich so?

Singer: Wir sind immer so verfahren, daß Vorschlagslisten eingereicht sind und daß dann die Wahl erfolgt. Ich weiß nicht, ob die Genossen in diesem Jahre eine Diskussion wünschen. Früher fand über die Personen niemals eine

Debatte statt. Selbstverständlich ist der Parteitag souverän. Mein Vorschlag entsprach der bisherigen Gepflogenheit.

Kittler: Dann beantrage ich, den Punkt 9 diesmal zur Verhandlung zu stellen. Die Diskussion wird ja nicht lange dauern. Veranlaßt werde ich dazu durch das, was wir gestern gehört haben, was so hinter den Kulissen vor sich geht.

Leutert-Apolda: Ich bitte den Antrag Kittler abzulehnen. (Zustimmung.) Wir haben gestern abend schon gerade genug gesehen, wie weit wir mit solchen Debatten kommen.

Der Antrag Kittler wird abgelehnt.

Der Parteitag erklärt sich mit dem Vorschlage von Singer einverstanden.

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein:

Fortsetzung der Beratung über die Taktik.

In der fortgesetzten Diskussion erhält zunächst das Wort

Kautsky: Zunächst einige persönliche Bemerkungen. Vollmar hat gestern geglaubt, das „Große Mißverständnis" ernst nehmen und mich als den großen Parteipapst hinstellen zu müssen, der jeden Ketzer braten lassen will, der es wagt, Kautskys Ansicht zu bezweifeln. Als Beweis hat er ein paar Zitate angeführt, die ich aber in keiner Weise als von mir geschrieben anerkennen kann. Sie sind dadurch zu stande gekommen, daß Vollmar ein Wort von mir genommen und ein andres von sich selbst zugesetzt hat. (Hört! hört!) Ich soll gesagt haben: Das Anzweifeln solle verboten werden. Ich habe „anzweifeln" geschrieben; „verbieten" hat er hinzugesetzt. (Hört! hört!) Damit aber die Genossen wissen, wie ich über die Meinungsfreiheit denke, will ich Ihnen eine Stelle aus meinem Artikel in der „Neuen Zeit" vorlesen, von der ich annehme, daß sie Vollmar zu Grunde lag. Es heißt da: „Freilich Meinungsverschiedenheiten wird und muß es unter uns immer geben (Hört! hört!), und sie müssen dem Charakter unsrer Partei entsprechend öffentlich ausgefochten werden, aber die Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht überwuchern. Wir haben für längere Zeit mehr als genug davon gehabt und können für ein paar Jahre unsre Selbstkritik reduzieren, namentlich, wenn es eine solche ist, bei der nichts herauskommt." (Sehr richtig!) Also von einem Verbot habe ich nicht gesprochen; ich wünsche nur, daß die Selbstkritik reduziert werde. Vollmar berief sich ferner auf meinen Artikel „Der Rückzug der Zehntausend". Ich habe da ausgeführt, daß wir allerdings vom Staate Denkfreiheit fordern müssen, aber in der Partei müsse Einheitlichkeit herrschen. „Einheitlichkeit" ist aber nichts andres als die Ansicht Kautskys, sagt Vollmar; damit verlangt Kautsky, daß alle Genossen seiner Ansicht sein sollen! Was habe ich nun in dem Artikel gesagt? Ich habe erörtert, daß das Problem der Denkfreiheit für Staat und Partei ganz verschieden ist. In den Staat werden wir hineingeboren, ob wir wollen oder nicht, er besteht aus Anhängern der verschiedensten Klassen und Parteien, von denen der Staat keine benachteiligen oder bevorzugen darf. Etwas andres ist eine Partei. Eine Partei ist ein Zusammenschluß von Gleichgesinnten, die dasselbe Ziel mit denselben Mitteln anstreben wollen. Verlangen, daß in einer Partei jede Richtung geduldet werden solle, heißt verlangen, daß die Sozialdemokratie offen stehen solle auch für Liberale, Konservative, Ultramontane. (Sehr richtig!) Nun hat Vollmar einen [illegible] Satz von mir zitiert: „Die neue Methode ist aber nichts als Auflehnung [illegible] die Einheitlichkeit der Partei." Die neue Methode, — das ist in Frankreich [illegible] Bezeichnung für das, was bei uns Revisionismus genannt wird. Vollmar [illegible] diesen Satz so aus: Einheitlichkeit der Partei ist die Ansicht von Kautsky, Kautsky verurteilt die neue Methode deswegen, weil sie eine Auflehnung bed[illegible] gegen seine Ansicht. Was habe ich gemeint? Ich habe geschrieben, daß [illegible] neue Methode deswegen sich gegen die Einheitlichkeit der Partei auflehnt, [illegible]

sie auflösend wirkt. „Das zeigt sich dort, wo sie, wenn auch nur auf kurze Zeit, in praktische Wirksamkeit tritt. Die Auflösung der Parteidisziplin ist freilich nicht ihr Zweck — ihre Zwecke sind sicher die besten — wohl aber ihre Wirkung. In Frankreich wurde zunächst der sozialistische Minister außerhalb der Kontrolle der Partei gestellt. Dann kam der Kongreß von Lyon, der es ablehnte, eine Kontrolle über die Tätigkeit der Abgeordneten auszuüben. Damit wurde die Desorganisation auch in die Partei selbst hineingetragen . . . Jeder Abgeordnete sollte nur seinem Wahlkreis verantwortlich sein. Das ist nichts weiter als der reine Anarchismus, adaptiert den Bedürfnissen der Mandatsjägerei." (Sehr richtig!) Das ist das, was ich unter Auflehnung gegen die Partei verstand und ich glaube, unter den Anwesenden wird es keinen geben, der nicht eine solche Auflehnung entschieden verurteilt. Andre Auflehnungen aber habe ich nicht angegriffen. Es muß mich also wundern, daß ein Mann wie Vollmar der von sich behauptet, daß er seine Worte genau abwäge, dazu kam, aus diesen meinen Worten einen Angriff auf die Denkfreiheit der Partei zu konstruieren. Vollmar hat sich dann aber auch genötigt gesehen, auf Gerüchte Bezug zu nehmen, die hier im Saale herumlaufen. Daß Gerüchte im Umlauf sind, ist bei einem so erregten Parteitag selbstverständlich. Es ist nur merkwürdig, daß diese Gerüchte von revisionistischer Seite in die Debatte hineingetragen und als eine höchst ernsthafte Sache betrachtet werden. (Lebhafte Zustimmung. Stadthagen ruft: Es sind Verleumdungen! Heine: Der Katze die Schelle umhängen! Große Unruhe.) Ich kann doch nicht annehmen, daß es gerade die Naivetät dieser Genossen ist, die sie veranlaßt, diese Gerüchte ernst zu nehmen. Es liegt näher, zu glauben, daß ein sehr starkes Raffinement dazu gehört. Diese Gerüchte sollen unter anderm dahin gehen, wir hätten die Absicht gehabt, eine Fassung zu finden, die es einzelnen Genossen unmöglich machen würde, der Resolution zuzustimmen. Wir sollen die Absicht gehabt haben, auf diesem Wege diese Genossen aus der Partei hinauszudrängen. Wie lächerlich dieses Gerücht ist, beweist ja schon der Text unsrer Resolution. Oder glauben Sie, daß es uns unmöglich gewesen wäre, die Resolution in dem Sinne zu fassen, daß wir diesen angeblichen Zweck erreicht hätten? Wenn wir das gewollt hätten, dann wäre es uns leicht gewesen, die Resolution zu redigieren. Unsre Aufgabe war eine ganz andre. Nicht einzelne Personen wollten wir treffen, sondern dem Parteitag Gelegenheit geben, sich gegen eine bestimmte sachliche Richtung auszusprechen. (Sehr richtig!) Das aber ist unser Recht und das lassen wir uns nicht nehmen. (Sehr richtig!)

Nun zum Thema selbst: Bei der Fassung der Resolution gingen wir von der Erwägung aus, daß es in der Partei zwei Tendenzen giebt, die einander entschieden widerstreben, in stetem Gegensatz zu einander sind. Das ist von Vollmar und Auer bestritten worden, aber wenn diese Genossen recht hätten, wenn hier wirklich nur persönliche Differenzen in der Diskussion zum Ausdruck kommen würden, dann würde der Parteitag dadurch aufs tiefste degradiert sein. Wir haben auf diesem Parteitage so erregte Szenen erlebt, wie nie zuvor. Wenn das nichts ist, als der Ausfluß persönlichen Hasses, dann ist dieser Parteitag dazu verurteilt, eine der niederdrückendsten und deprimierendsten Erinnerungen für uns zu bilden. (Lebhafte Zustimmung. Zuruf: Stimmt!)

Ich hoffe, daß dieser Parteitag dadurch gehoben werden wird, daß diese Leidenschaft nicht persönlicher Haß ist, sondern der leidenschaftliche Wunsch, dem Proletariat zu helfen, das Proletariat zu befreien. Weil wir alle diesen Wunsch haben, aber Differenzen haben über den Weg, der zum Ziele führt, deswegen sind wir so leidenschaftlich gegen einander gefahren und darum wird dieser Parteitag nicht den niederdrückenden Eindruck hinterlassen, den er sonst machen würde. Wenn Vollmar bestreitet, daß wirklich diese zwei Tendenzen bestehen, so muß ich gestehen, daß Kolb in diesem Punkte tiefer gesehen hat. Er hat vollständig richtig den großen Gegensatz ausgesprochen, der hier besteht, wenn er ihn

auch etwas schief formuliert hat. Er hat gesagt, es sei der Gegensatz zwischen der Zusammenbruchstheorie und der Evolutionstheorie. Das ist etwas vage. Aber dieser Gegensatz hat einen richtigen Kern. Unsre bisherige Taktik ging dahin, daß wir immer rücksichtslos vorwärts drängten, daß wir dadurch die Gegensätze zu den herrschenden Klassen immer mehr erweiterten, die herrschenden Klassen immer mehr gegen uns erbitterten, daß wir mit jedem Zuwachs an Macht den Besitzenden immer mehr Furcht einflößten, daß sich die Konflikte immer mehr zuspitzten, so daß wir schließlich Zuständen entgegendrängten, wo es eine große Entscheidung gilt, in der wir dann gezwungen sind, den Gegner niederzuwerfen und ihm die Macht abzunehmen. Das war unsre bisherige Taktik. Es giebt aber eine Reihe von Genossen, denen vor solchen Zuständen graut, die solche Konflikte zu mildern und darum herumzukommen suchen. Wenn wir darum herumkommen könnten, wenn es einen andern Weg gäbe, so würde es uns sicher allen recht sein. Niemand sucht den Konflikt um seiner selbst willen. Jeder sucht ihn nur als Mittel zum Zweck. Sind aber diese Konflikte in der Natur der Tatsachen begründet, dann ist es Torheit, nach einem Weg zu suchen, um sie herumzukommen. Existiert dagegen diese Tendenz, die Gegensätze zuzuspitzen, nicht, dann könnte man allerdings annehmen, daß es unsre Schuld ist, wenn wir Konflikten entgegengehen, daß wir sie durch eine andre Taktik vermeiden könnten. Von der Theorie, ob die sozialen Gegensätze die Tendenz haben, sich zuzuspitzen oder nicht, hängt es ab, welche Taktik die richtige ist. Sie sehen, Genossen, die Fragen der Theorie sind nicht gleichgültig, sondern sie gehören aufs engste mit der Taktik zusammen. Jede Taktik beruht auf einer andren Theorie. Wenn die Marxistische Theorie falsch ist, dann hat die neue Taktik recht. Diese Taktik muß also ausgehen von einer Revision der Grundsätze, auf denen unsre Partei beruht. Sie hat angefangen mit der Forderung, diese Grundsätze zu revidieren und aus diesem Grunde den Namen Revisionismus bekommen. Zuerst sprach man von Bernsteinerei, wir haben es aber dann vorgezogen, der Sache einen weniger persönlichen Anstrich zu geben.

Bevor ich zu der Resolution selbst übergehe, muß ich zunächst an die Geschichte einer andern Resolution erinnern. Wir hatten bereits in Hannover einmal Gelegenheit, über den Gegensatz zwischen, ich will einmal sagen Marxismus und Revisionismus zu diskutieren und zu entscheiden. Damals ereignete sich das sonderbare Schauspiel, daß, nachdem wir Monate lang auf das entschiedenste gestritten, schließlich beide Richtungen sich einmütig in einer Resolution vereinigten. Die Revisionisten hatten unser Programm auf das entschiedenste angegriffen. In dieser Resolution aber stand der Satz, daß die Partei nicht die mindeste Ursache habe, an dem Programm, der Taktik oder dem Namen der Partei irgend etwas zu ändern. Im Laufe der Verhandlungen beantragte Stolten an Stelle von Programm zu setzen „Grundsätze und Grundforderungen", darauf komme es doch an. Die Resolution würde dadurch für jene Genossen annehmbar, die zwar die Grundsätze des Programms anerkennen, aber ihre Fassung anders wünschen. Bebel erklärte sich mit dieser Aenderung einverstanden, weil er sich sagte, daß man am Buchstaben des Programms ja natürlich nicht zu kleben brauche. Er ging dabei selbstverständlich von der Voraussetzung aus, daß unter diesen Grundsätzen und Grundforderungen diejenigen zu verstehen seien, die hier im Programm niedergelegt waren. Anders legten die Revisionisten die Worte aus. Sie hielten es nach dem Parteitag für notwendig, ihre Abstimmung zu motivieren. Es geschah das in den „Sozialistischen Monatsheften" in dem Artikel: „Warum k[illegible] die Bernsteinianer für die Resolution Bebel stimmen?" In diesem Artikel heißt es [illegible] anderm: die Revisionisten hätten deswegen dafür stimmen können, we[illegible] an Stelle des Wortes Programm, die Worte Grundsätze und Grundforderungen gesetzt worden seien. Damit sei bewiesen, daß das Programm unhaltbar sei, daß die Konzentrationstheorie, die Krisentheorie und alle diese Vorstellungen die

im Eingang des Erfurter Programms entweder direkt ausgesprochen oder doch daraus als Konsequenzen abzuleiten sind, falsch seien. Der naive Glaube an die unfehlbare Richtigkeit dieser Sätze sei in Hannover auf das tödlichste getroffen worden. Dieses sehr zu begrüßende Resultat der Stürme des Parteitages hätte doch auch von Bebel nicht unbemerkt bleiben können, daher seine Bereitwilligkeit, auf den Antrag Stolten einzugehen. Also die Bernsteinianer haben für diese Resolution gestimmt, weil in ihr an Stelle des Worts „Programm" das Wort „Grundsätze" gesetzt worden ist. Als sie diese Erklärung veröffentlichten, hatten sie offenbar vergessen, daß Bernstein einen Brief an den Parteitag gerichtet hatte, worin er seine Zustimmung zur Resolution in ihrer ursprünglichen Fassung ausspricht. (Hört! hört!) Wir sehen, unter unsren Revisionisten giebt es Leute, die bereit sind, für eine Resolution zu stimmen, wenn sie sie dahin auslegen können, daß das Programm damit aufgehoben wird, und es giebt wieder andre unter ihnen, die bereit sind, für dieselbe Resolution zu stimmen, weil sie sie dahin auslegen, daß das Programm damit bestehen bleibt! (Hört! hört!) Das ist eine sehr sonderbare Auffassung. (Sehr wahr!) Bernstein sagt in seinem Briefe, daß er mit der Resolution einverstanden sei, wenn er das übliche Körnlein Salz hinzufüge. Ein merkwürdiges Körnchen Salz, das weiß in schwarz und schwarz in weiß verwandelt. (Sehr gut! Bernstein: Ach!) Das ist wohl derselbe Trank, mit dem im Leibe man zwar nicht Helenen in jedem Weibe, wohl aber in Deutschland eine Republik sieht. (Lebhafte Heiterkeit und Bravo!) Damit bei der uns heute beschäftigenden Resolution nicht wieder derartige falsche Auffassungen vorkommen können, möchte ich sie näher erläutern, und damit diejenigen auf gewisse Punkte festlegen, die für die Resolution stimmen. (Sehr gut!)

Redner verliest den zweiten Absatz der Resolution 130. Um diesen Satz näher zu erläutern, muß ich anknüpfen an das oben Gesagte über revisionistische und marxistische Auffassung über die Eroberung der politischen Gewalt. Wir haben gesehen, daß die Revisionisten diejenige Richtung darstellen, die da wünscht, daß Konflikten aus dem Wege gegangen wird und das Proletariat vorwärts zu bringen hofft möglichst auf friedlichem und gesetzlichem Wege. (Heine: Wünschen Sie das nicht?) Gewiß wünschen wir das auch (Sehr richtig!), aber die Ansichten über die Möglichkeit sind verschieden! (Sehr gut!) Die Geschichte richtet sich nicht nach unsren frommen Wünschen. (Ruf: Müssen Sie denn immer prophezeien!) Auf welchem Gebiete stehen uns nun die größten Konflikte bevor? Auf dem Gebiete der Staatsgewalt. Sie ist die Organisation, mit der die herrschenden Klassen die besitzlosen Klassen niederhalten. Die Gewerkschaften sind sicherlich notwendig, aber sollten sie einmal so weit kommen, daß sie der Bourgeoisie gefährlich werden, dann können Sie sicher sein, daß man ihnen mit Hilfe der Staatsgewalt großen Abbruch tun wird. (Sehr richtig!) Denken Sie nur an England. Dann der Munizipalsozialismus! Gewiß, wir können ein Stück in den Gemeinden weiter kommen, aber nur in enggesteckten Grenzen, weil jeder weitere Fortschritt sofort von der Staatsgewalt verhindert würde. Und ebenso steht es mit dem Wahlrecht. Wenn die herrschenden Klassen in Gefahr kommen und ernsthaft im Besitz der Staatsgewalt bedroht würden, dann würden sie die Gesetze so ändern, daß jeder weitere Fortschritt aufgehoben wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Besitz der Staatsgewalt ist entscheidend. Erst im Besitze der Staatsgewalt haben wir die sichere Grundlage, um den Sozialismus durchzuführen. Deshalb hängen sich die besitzenden Klassen an die Staatsgewalt. Nun sagt Kolb: Wir müssen die Bourgeoisie zwingen, mit uns die Staatsgewalt zu teilen! Zwingen kann ich nur den, über den ich Herr geworden bin! (Sehr richtig!) Wenn wir aber die Macht haben, die Bourgeoisie zu zwingen, dann brauchen wir die Macht nicht mehr mit ihr zu teilen! (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir die Macht teilen wollen, dann müssen wir die Bourgeoisie oder einen Teil von

ihr überzeugen, daß es ihr Vorteil ist. Nun, über diese Notwendigkeit brauche ich kein Wort mehr zu verlieren. Wer andrer Meinung ist, der ist ein Illusionär, ein Phantast, und wenn er sich auch noch so sehr einbildet, Realpolitiker zu sein. (Lebhafter Beifall.) Für die revisionistische Taktik, die die großen Konflikte umgehen und die Bourgeoisie nicht niederwerfen, sondern ihre Macht von innen aushöhlen will, ist das unbedingte Erfordernis, daß einem Teil der Bourgeoisie die Ueberzeugung beigebracht werden muß, es liege in ihrem Interesse, einen Teil der Staatsgewalt abzutreten an die Sozialdemokratie. Das ist nur möglich durch ein Entgegenkommen an die Bourgeoisie. Unsre Resolution verurteilt aber eine Taktik, die an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge setzen will.

Einige Zitate werden dasselbe beweisen. Der praktische Ausgangspunkt für den Revisionismus ist nicht bei uns zu finden; dazu ist Deutschland zu rückständig. Der Ausgangspunkt des Revisionismus ist in Frankreich — Jaurès und Millerand — und in England — der Fabianismus — zu finden. Um die deutschen Revisionisten zu begreifen, muß man nach diesen Ländern gehen; erst dann faßt man den logischen Zusammenhang. Wir müssen an den Fall Millerand anknüpfen. Es ist bemerkenswert, daß alle deutschen Revisionisten sich für Millerand ausgesprochen haben. Nun hat mir Auer einen Widerspruch nachweisen wollen und hat gesagt, in Paris sei ich selbst für Millerand eingetreten. Er, Auer, habe meine Resolution verteidigt, und ich hätte Auer meine volle Zustimmung zu seiner Rede ausgesprochen. Ich glaube, daß Auers Gedächtnis trügt. Meine Anerkennung kann sich nur auf die formelle Geschicklichkeit der Auerschen Rede bezogen haben, die großartig war, aber nicht auf ihren Inhalt, denn der hat mich sehr verschnupft, weil die Rede um den Kernpunkt der Dinge herumgegangen ist. Allerdings habe ich für meine Resolution nach einer Fassung gesucht, die sich prinzipiell gegen Millerand wandte, sein Verhalten aber hinstellte als Fehler, nicht als Verbrechen. Ich wollte den grundsätzlichen Standpunkt wahren und doch die Einigkeit unter den Franzosen anbahnen. (Ruf: Das ist Opportunismus!) Das letztere Bestreben ist gescheitert. Nun, das ist auch schon andren passiert. Was sage ich nun in der Pariser Resolution? Ausdrücklich folgendes: „Die Eroberung der Regierungsgewalt kann dort, wo sie zentralisiert ist, nicht stückweise erfolgen." Es heißt dann weiter: „Der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium ist nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten, sondern kann stets nur ein vorübergehender und ausnahmsweiser Notbehelf in einer Zwangslage sein."

Damit wende ich mich gegen die von den Revisionisten vertretene Anschauung, daß wir nur auf dem Wege der Eroberung eines Ministeriums nach dem andern zur politischen Macht gelangen und so ohne Revolution die politische Macht stückweise erobern können. Von diesen beiden Sätzen nun hat Auer in seiner Pariser Rede nicht gesprochen, er hat sogar gerade das Gegenteil gesagt. Ich habe in der Resolution den Eintritt eines Sozialdemokraten in ein bürgerliches Ministerium als einen Ausnahmefall hingestellt, Auer aber hat in Paris gesagt: „Gewiß, ein Fall Millerand hat bei uns noch nicht gespielt; soweit sind wir noch nicht, aber ich hoffe, daß wir möglichst bald auch so [illegible] sein werden." (Hört! hört!) Glauben Sie, daß ich Auer meine Zustimm[illegible] zu diesem Satze ausgesprochen habe? (Bebel: Sicher nicht!) Das ist einer [illegible] springenden Punkte in seiner Rede gewesen. (Sehr wahr!) Meine Ansicht ü[illegible] den Fall Millerand habe ich schon vor der Pariser Resolution ausgesproc[illegible] ich habe denselben Standpunkt eingenommen wie jetzt, ich habe mich in di[illegible] Frage durchaus nicht geändert. Nun sagt man, der Fall Millerand gilt nur [illegible] Frankreich. Selbstverständlich, in Deutschland sind wir noch nicht so weit, [illegible] Auer gesagt hat. Wir wissen auch, daß der Gedanke einer großen bürger[illegible]

Linken nicht mehr realisierbar ist. Die letzten Wahlen haben diesen Gedanken begraben, er ist umlängst selig im Herrn Pfarrer Naumann entschlafen. Aber der Gedanke spielt noch immer fort. Anders kann ich mir den Satz in der Vollmarschen Rede nicht erklären, daß, wenn ein gerechter Vertretungsmodus und ein wahrhaft konstitutionelles parlamentarisches Regime vorhanden wäre, ohne uns schon heute keine Regierung zu bilden sein würde. Nun, wir würden dann statt 81 Abgeordnete 125 haben, also noch immer nicht ein Drittel der Mitglieder des Reichstags. Wie kann man sagen, daß ohne ein Drittel der Abgeordneten keine Regierung zu bilden sei! Das wäre nur dann möglich, wenn, was Vollmar für selbstverständlich hält, die Sozialdemokratie, sobald wir einmal ein parlamentarisches Regime haben, mit Freisinnigen und Nationalliberalen zusammen eine Regierung bildet. Macht man keine solche Voraussetzung, so hat dieser Satz überhaupt keinen Sinn.

Nun haben Vollmar und Auer den Wunsch ausgesprochen, wir möchten bald auch in Deutschland einen Fall Millerand erleben. Aber wie ist der Eintritt eines Sozialdemokraten in ein bürgerliches Ministerium zu erlangen? Nur auf demselben Wege wie in Frankreich, dadurch, daß Sozialdemokraten zusammen mit bürgerlichen Parteien eine Regierungsmehrheit bilden. Und das ist auch der Weg, den verschiedene unsrer Genossen uns raten einzuschlagen und den ich auch aus den Schriften von Bernstein herauslese. Ich muß hier auf Bernstein zu sprechen kommen. Vollmar hat es so hingestellt, als wenn ich bereit wäre, sofort Bernstein an die Gurgel zu springen, sobald er nur den Mund aufmacht, als ob ich von solchem Haß gegen ihn erfüllt wäre, daß ich kein Wort von ihm hören kann, ohne in die höchste Extase zu geraten. Ich habe höchst ungern gegen Bernstein gesprochen und immer nur gezwungen gegen ihn das Wort ergriffen. (Sehr richtig!) Erinnern Sie sich an den Anfang der Diskussion! Bernstein hatte schon ein halbes Jahr seine Ansichten entwickelt, ohne daß ich erwiderte, erst nach seiner Erklärung an den Stuttgarter Parteitag, als weiteres Schweigen Feigheit gewesen wäre, habe ich das Wort ergriffen. (Sehr richtig!) Auch jetzt, wo Bernstein mit seinem Vorschlag in der Vizepräsidentenfrage kam, habe ich zwei Monate geschwiegen, und da wirft man mir vor, daß ich jede Gelegenheit ergreife, um gegen Bernstein zu schreiben? Ich habe erst geschrieben, als die Sache solche Dimensionen angenommen hatte, daß ich nicht mehr schweigen durfte, ohne in den Verdacht der Feigheit zu kommen. (Sehr richtig!) Wenn ich jemals Groll gegen Bernstein gehabt habe, so ist dieser Groll längst verschwunden, seit ich sehe, wie er von seinen eignen revisionistischen Genossen behandelt wird, so daß man eigentlich Mitleid mit ihm haben muß. (Lebhafte Zustimmung.) Nein, wenn ich mich öfter gegen ihn wende, so, weil er die Gewohnheit hat, aus der Schule des Revisionismus zu plaudern (Sehr wahr!), also aus demselben Grunde, aus dem der Knabe Ede angefangen hat, den Revisionisten fürchterlich zu werden.

In seinen Voraussetzungen weist Bernstein darauf hin, daß selbst unter den Gegnern die Zahl derjenigen im Wachsen sei, die bereit seien, den Veränderungen in den Produktions- und Verkehrsverhältnissen und der Klassenentwicklung auch im politischen Rechte Rechnung zu tragen. Die Zahl derer, die das einsehen, meint er, sei im Wachsen. (Hört! hört!) „Ihr Einfluß würde ein viel größerer sein, als er heute ist, wenn die Sozialdemokratie den Mut fände, sich von einer Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist, und das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist eine demokratisch-sozialistische Reformpartei." (Lebhaftes: Hört! hört!)

Glauben Sie wirklich, daß es irgend eine bürgerliche Partei giebt, die sich durch unsre Worte ins Bockshorn jagen läßt? Große Worte, hinter denen nichts steht, schrecken niemand, die machen denjenigen nur lächerlich, der sie gebraucht. (Sehr wahr!) Nicht unsre Worte, sondern unsre Taten, unsre Macht, unser

Wille, diese Macht in einer bestimmten Richtung zu gebrauchen, sind es, die die Bourgeoisie uns zu Gegnern macht. Und nur, wenn wir diesen unsern Willen, nicht aber, wenn wir unsere Phraseologie ändern, werden wir die Gegnerschaft in der Bourgeoisie gegen uns mildern. Bernstein meint weiter:

„Je mehr die Sozialdemokratie sich entschließt, das scheinen zu wollen was sie ist, umsomehr werden auch ihre Aussichten wachsen, politische Reformen durchzusetzen. Die Furcht ist gewiß ein großer Faktor in der Politik, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß die Erregung von Furcht alles vermag. Nicht als die Chartistenbewegung sich am revolutionärsten geberdete, erlangten die englischen Arbeiter das Stimmrecht, sondern als die revolutionären Schlagworte verhallt waren und sie sich mit dem radikalen Bürgertum zur Erkämpfung von Reformen verbündeten. Und wer mir entgegenhält, daß ähnliches in Deutschland unmöglich sei, den ersuche ich nachzulesen, wie noch vor fünfzehn und zwanzig Jahren die liberale Presse über Gewerkschaftskämpfe und Arbeitergesetzgebung schrieb, und die Vertreter dieser Parteien im Reichstage sprachen und stimmten, wo darauf bezügliche Fragen zu entscheiden waren. Er wird dann vielleicht zugeben, daß die politische Reaktion durchaus nicht die bezeichnendste Erscheinung im bürgerlichen Deutschland ist." (Hört! hört!)

Hier wird doch mit dürren Worten empfohlen, mit dem radikalen Bürgertum Reformen zu erkämpfen. (Sehr wahr!) Diese historische Darstellung ist jedoch falsch. Der Zehnstundentag in England wurde damals erkämpft, als die Chartisten sich revolutionär geberdeten, und nicht als die Arbeiter sich mit dem Bürgertum zur Erkämpfung von Reformen verbündeten. (Sehr richtig!) Und den ersten Schritt zur Erlangung des allgemeinen Stimmrechts haben die englischen Arbeiter ebenfalls erkämpft und es nicht durch Vereinigung mit den bürgerlichen Parteien erworben. (Sehr wahr!) Es war der Kampf des Jahres 1867, in den Karl Marx so kräftig eingriff, und in dem die Internationale eine so große Rolle spielte. Erst später wurde eine weitere Erweiterung des Stimmrechts den Arbeitern gegeben, allerdings erst, nachdem sie sich mit dem Bürgertum zur Erkämpfung von Reformen verbunden und nachdem sie aufgehört hatten, irgend ein selbständiges Glied der englischen Politik zu bilden, nachdem sie mit Haut und Haaren sich dem englischen Liberalismus ergeben hatten. Will Bernstein von uns die gleiche Politik verlangen? Doch sicher nicht! Dann aber ist sein ganzes historisches Beispiel hinfällig.

Bernstein wendet sich weiter in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte „Paris und Mainz" gegen meine Pariser Resolution, er zeigt einen viel weiteren Blick als Jaurès und Auer, die für meine Resolution stimmten (Sehr richtig!); er war dagegen, er hat erklärt, daß diese Resolution den Impossibilisten viel mehr giebt, als sie ihnen nimmt, und von diesem Standpunkt aus polemisiert er mit vollem Recht gegen die Resolution. Er führt als Beweis dafür, wie das Proletariat die politische Macht erobern kann, England an:

„In England verzeichnet das Jahr 1886 den ersten Eintritt eines Arbeiters in das Ministerium dieses Weltreichs. Allerdings kann man einwenden, eines nichtsozialistischen Arbeiters. Aber es handelt sich hier um die Vertretung der Klasse, und was man sonst Broadhurst vorwerfen kann, jedenfalls war er der anerkannte Repräsentant der organisierten Arbeiter seines Landes, und da geschah mit ihrer Zustimmung, daß er den Posten annahm. Ebenso Burt Jahre 1892 ..... kurz, gerade in den vorgeschrittensten Ländern sehen faktisch in der einen oder andern Form sich das vollziehen, was die Resoluti als „nicht normaler" Beginn der Eroberung der politischen Macht bezeich Die Wirklichkeit ist in der unglücklichen Lage, „nicht normal" zu sein."

Also die Fälle Burt und Broadhurst erscheinen Bernstein als der norm Anfang der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat! (Bernstein: Nein!) Das steht doch darin. (Bebel: Das steht ganz klar dari

Nun muß man aber die Herren Burt und Broadhurst kennen, sie gehören zu derselben Sorte von Politikern, die Marx schon zur Zeit des Haager Kongresses als Lumpenkerle gebrandmarkt hatte, mit denen die englischen Arbeiter aufräumen müßten. Das sind jene Arbeiter, die sich der liberalen Bourgeoisie mit Haut und Haaren verkauft haben (Sehr richtig!), das sind Geschäftspolitiker. (Sehr wahr!) Und durch diese soll die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat vollzogen werden? Das glaubt doch von Ihnen kein Mensch. Dahin also führt das Streben, die politische Macht stückweise zu erobern, indem man die Regierungsgewalt allmählich aushöhlt, statt sie wie eine Festung im Sturm zu nehmen. (Ruf: Im Sturm!) Ja wohl, im Sturm! Man muß sie auch belagern, aber der Sturm bildet den Abschluß der Belagerung.

Wenn aber dem so ist, warum haben wir dann in unsrer Resolution nicht einfach erklärt, daß wir eine Politik verurteilen, die die stückweise Eroberung der politischen Macht erstrebt? Die Resolution wäre dann klarer gewesen, aber man hätte uns entgegengehalten, daß wir einen Fall im Auge haben, um den es sich in Deutschland noch gar nicht handelt. In Deutschland handelt es sich noch nicht darum, daß irgend jemand in ein Ministerium eintritt, nicht etwa weil die Revisionisten grundsätzlich dagegen sind, sondern weil unsre Gegner nicht wollen. (Sehr richtig!) In Deutschland bleibt der Revisionismus in seinen Anfängen stecken, er reicht über die vorbereitenden Stadien nicht hinaus, und dies vorbereitende Stadium ist naturnotwendig ein Entgegenkommen gegen die bestehende Ordnung. Jeder, der logisch denkt und die stückweise Eroberung der politischen Macht anstrebt, würde sich in unverantwortlicher Weise festlegen, wenn er für diesen Passus der Resolution stimmen würde. Nun sagen die Genossen: Wir wollen ja gar nicht der bestehenden Macht entgegenkommen. Aber auf das Wollen kommt es nicht an, die Dinge haben ihre Logik, und wenn es Leute giebt, die nicht logisch denken, so hindert das uns doch nicht, die Logik der Tatsachen zu sehen und unsre Schlüsse daraus zu ziehen. (Sehr richtig!) Das ist ja auch der Jammer des deutschen Revisionismus, daß er nie mit einem bestimmten Programm hervorkommt. (Rufe: Wir haben das Programm der Partei!) Der Revisionismus, der in Frankreich und England bestimmte Formen angenommen hat, bleibt in Deutschland, wo ihm die Verhältnisse nicht günstig sind, immer in Anläufen stecken. Er will bei uns immer neue Bahnen einschlagen, dabei aber im alten Geleise bleiben. Wie oft ist nicht gesagt worden, wir müssen das Programm revidieren. (Ruf: Das hat Bebel auch gesagt!) Ja aber nicht den Inhalt! Und wenn es darauf ankommt, zu revidieren, dann erklären die Revisionisten, wir müssen im alten Geleise bleiben. Was passiert aber, wenn irgend jemand neue Bahnen einschlagen will und im alten Geleise bleibt? Er entgleist. (Lebhafte Zustimmung.) Nicht als bestimmte Richtung, sondern als eine ununterbrochene Reihe von Entgleisungen tritt der deutsche Revisionismus auf. (Sehr wahr!) Das ist durchaus logisch, denn die Entgleisung ist die klassische Form eines Vorgangs, bei dem das Ziel nichts ist, die Bewegung alles. (Stürmischer Beifall.)

Nun zum zweiten Satz der Resolution! Wir haben gesehen, wie der Revisionismus gezwungen wird, eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu suchen, er kann sonst seine Ziele überhaupt nicht erreichen. Nun stehen aber die Revisionisten auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und sie müssen den Klassenkampf anerkennen. Unsre Gegner erkennen ja sogar heute schon an, daß Klassengegensätze existieren, dazu braucht man nicht Sozialdemokrat zu sein. Wenn man aber den Klassengegensatz anerkennt und gleichzeitig eine Anlehnung an bürgerliche Parteien sucht, so kann man das nur dadurch erreichen, daß man nicht eine Verschärfung der Klassengegensätze in der heutigen Gesellschaft sieht, sondern eine Milderung, daß man alle jene Erscheinungen in den Vordergrund schiebt, die den Anschein erwecken, als vollziehe sich eine

Milderung der Klassengegensätze, dagegen alle jene Erscheinungen ignoriert, die auf eine Verschärfung hinweisen. Auch hier muß ich mich wieder auf Bernstein berufen, so ungern ich es tue. Er sagt in seiner Erklärung an den Stuttgarter Parteitag, daß die Zahl der Kapitalisten sich vermehre, indem die Arbeiter Sparkassenbücher erwerben. (Heiterkeit. Bernstein ruft: Das habe ich nicht gesagt!) oder vielmehr Aktienbesitzer werden! (Bebel: Die englische Pfund-Aktie!) In seiner Vorrede zu den „Voraussetzungen" sagt Bernstein wörtlich:

„Adler und andre haben daran Anstoß genommen, daß ich mit der Entwicklung demokratischer Einrichtungen eine Milderung der Klassenkämpfe in Aussicht stellte, und meinen, da sähe ich die Verhältnisse lediglich durch die englische Brille. Letzteres ist durchaus nicht der Fall. Selbst angenommen, daß der Satz: „das entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten das Bild der eignen Zukunft", neuerdings seine Geltung eingebüßt hätte und alle Unterschiede zwischen der festländischen und der englischen Entwicklung, die ja auch mir nicht ganz unbekannt sind, voll berücksichtigt, so stützt meine Ansicht sich auf Erscheinungen auf dem Festlande, die man in der Hitze des Kampfes allenfalls zeitweise übersehen, die man aber nicht dauernd verkennen kann. Ueberall in vorgeschrittenen Ländern sehen wir den Klassenkampf mildere Formen annehmen — (Bernstein: Formen!) ja, natürlich", und er fährt dann fort —: „und es wäre ein wenig hoffnungsvoller Ausblick in die Zukunft, wenn es anders wäre".

Nun sehen Sie die Erscheinungen der letzten Jahre an! Wo haben die Klassengegensätze mildere Formen angenommen? Erinnern Sie sich an die milden Formen des Obstruktionsfeldzuges und des Wahlkampfes. (Ruf: Löbtauer Urteil!) Auch in England hat sich die Gegnerschaft gegen die Gewerkschaften zusehends verschärft (Sehr wahr!) und Genosse Wilshire hat uns gezeigt, wie auch in dem demokratischen Amerika die Bourgeoisie anfängt, ihre ganze politische Macht zu benutzen, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wie auch dort die Klassengegensätze sich zuspitzen und der Klassenkampf nicht mildere, sondern schärfere Formen annimmt. (Lebhafte Zustimmung. Bebel ruft: Auch in der Schweiz.) Ja, auch in der Schweiz, wo Militär aufgeboten wird, um die Arbeiter niederzuwerfen. (Hört! hört!) Ebenso in Frankreich unter dem sozialistischen Minister.

Wer auf dem Standpunkt der Revisionisten steht, der kann diesen Satz unsrer Resolution nicht unterschreiben, wenn er nicht das berühmte Körnchen Salz genossen hat. (Sehr richtig!) Ohne dieses Körnchen Salz richtet sich dieser Satz entschieden gegen die revisionistischen Bestrebungen, und wer diesen Satz unterschreibt, der giebt damit zu, daß er diese Anschauungen von Bernstein nicht mehr als richtig anerkennt. (Sehr wahr.) Tun Sie das, so ist uns das sehr angenehm. Wir wünschen durchaus nicht im Unfrieden mit unsren Genossen zu leben.

Ein weiterer Punkt in unsrer Resolution lautet:

„Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, entsprechend den Grundsätzen unsres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen als es ihr bisher möglich gewesen ist."

Hier möchte ich das Wort „Kolonialpolitik" unterstreichen. (Ruf: Ab recht scharf!) Denn dies Wort spielt im Revisionismus eine große Rolle und nicht nur das Wort, sondern auch die Sache! Wenn die revisionistischen Genossen sich den bürgerlichen Parteien nähern, wenn sie Hand in Hand mit ihnen gehen wollen, so wollen sie das natürlich nicht tun unter Preisgabe eines proletarisch

Interesses, sie sind ebenso eifrige Vertreter der proletarischen Interessen wie wir. Das wollen wir keinen Augenblick bestreiten, und deshalb hat man auch nicht das Recht, uns vorzuwerfen, daß wir Ehrabschneiderei treiben, wenn wir dem Revisionismus die in unserer Resolution bezeichneten Tendenzen zuschieben. Nein, ich meine nicht, daß es eine Schande ist, Revisionist zu sein, es ist nur ein Pech, ein Pech für die Person und für die Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Also, die proletarischen Interessen wollen von den revisionistischen Genossen ebenso gewahrt werden, wie von uns, aber sie verbünden sich mit den bürgerlichen Parteien auf Kosten eines Dritten, und dies Dritte liegt sehr nahe in Form der Kolonien. Man sagt dem Proletarier: Laßt uns hinausziehen in die weite Welt! Plündern wir die primitiven Völkerschaften und teilen wir die Beute, dann wird für uns beide mehr abfallen als heute! Und so spielt die Kolonialpolitik als Interessenharmonie zwischen Bourgeoisie und Proletariat überall dort eine große Rolle, wo dieser Revisionismus zu Ende gedacht wird und nicht in seinen Anfängen stecken bleibt. Ich erinnere auch da wieder an England, wo die Fabier auf seite der kolonialen Eroberungspolitik stehen, an Frankreich, wo Sozialisten für den Chinafeldzug eingetreten sind. Und nun auf Deutschland zurückzukommen, muß ich wieder etwas von Bernstein vorlesen — nicht etwa, daß er der einzige wäre, der diese Anschauungen vertritt, es sind noch andre da, aber die huldigen dem Grundsatz: So was tut man, aber man sagt es nicht! (Sehr wahr!) Bernstein sagt in seinem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften": „Der Sozialismus und die Kolonialfrage":

> „Ohne koloniales Vordringen unsrer Wirtschaft würde das Elend, das wir heute in Europa noch vor uns sehen und auszurotten bestrebt sind, unendlich viel größer, die Aussicht auf seine Ausrottung bedeutend geringer sein, als dies jetzt der Fall ist." — Sie sehen, den Proletariern wird da der Mund wässerig gemacht. — „Selbst gegen das Schuldkonto der Kolonialgreuel gehalten, fällt der Vorteil, den die Kolonien gebracht haben, immer noch sehr tief in die Wagschale." . . . „Die Sozialdemokratie ist in der Lage, die neueren Kolonialprojekte ganz unbefangen auf ihren sachlichen Wert prüfen zu können. In Ländern, die nicht schon kolonial überlastet sind, gebietet ihr keine wirtschaftliche Rücksicht, solchen Kolonialvorschlägen Widerstand entgegenzusetzen, die sich wirklich als erfolgversprechend erweisen."

Das ist die grundsätzliche Billigung der Kolonialpolitik. Bernstein führt weiter aus, daß es ganz unsinnig sei, wenn man auf der einen Seite darauf hinweise, der Drang nach kolonialer Expansion entspränge mit Naturnotwendigkeit aus dem Wesen des Kapitalismus und andererseits diese Expansion bekämpft; gegen das, was notwendig sei, könne man nicht auftreten, man müsse es mitmachen. Ich bin andrer Meinung. Hier kann man eine Parallele ziehen zwischen der kolonialen Expansion und den Bestrebungen des Kapitalismus, das Kleinhandwerk zu ruinieren. Daß der Kapitalismus das Kleinhandwerk ruiniert, ist eine Naturnotwendigkeit, aber folgt daraus für uns etwa die Pflicht, bei diesem Expropriationsprozeß des Kleinhandwerks mitzutun? Nein, das müssen wir dem Kapitalismus allein überlassen, und darauf berufen wir uns ja auch immer in unsren Agitationsreden. Dieselbe Haltung müssen wir gegenüber der Kolonialpolitik einnehmen. Gewiß, die Ausdehnung des Kapitalismus in den Kolonien ist notwendig, und es wäre kindisch, ihn daran hindern zu wollen, aber die Herren Kapitalisten sollen, wenn sie außerhalb Deutschlands gehen, dies auf eigne Kosten und Gefahr tun (Sehr gut!), sie sollen nach Venezuela, China, Südafrika gehen, wohin sie wollen, aber sie sollen nicht verlangen, daß das deutsche Volk auch nur die Knochen eines einzigen Grenadiers dafür opfert, daß die Bourgeoisie bei ihren Kolonialabenteuern auf die Kosten kommt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben alle Ursache, gegen die Kolonialpolitik aufzutreten. Nun aber sehen wir hier dasselbe, was ich schon oben gesagt habe: der Revisionismus will neue

Bahnen einschlagen, aber dabei immer im alten Geleise bleiben. Es hat mich gewundert, daß Bernstein mir vorhin nicht zurief: Weiter lesen! Denn nach dem Einerseits kommt auch das Andrerseits. Er sagt: einerseits müssen wir natürlich für Kolonien sein, aber andrerseits können wir die Kolonialpolitik nicht unterstützen, wenn sie von einer Regierung betrieben wird, der wir kein Vertrauen entgegenbringen. Das halte ich durchaus nicht für selbstverständlich. Ist die Kolonialpolitik im Interesse des Proletariats notwendig, dann verlieren wir jeden Rückhalt unter den Massen, wenn wir ihnen sagen würden: Die Kolonialpolitik ist für euch erforderlich, die Regierung vertritt hier eure Interessen; weil wir aber Gegner der Regierung sind, wollen wir sie daran hindern. Das ist Bernsteins Standpunkt. (Bernstein: O nein!) Wer auf diesem Standpunkt steht, der kann sich nicht festlegen auf einen grundsätzlichen Kampf gegen die Kolonialpolitik.

Ich bitte Sie alle, die Resolution genau durchzulesen; ich richte nicht das Ersuchen an Sie, möglichst einstimmig dafür zu stimmen, ich bitte nur diejenigen, dafür zu stimmen, die ohne das Körnchen Salz und ohne jeden Rückhalt mit gutem Gewissen sich für alles festlegen können, was darin enthalten ist. (Lebhafter Beifall.) Allerdings wünsche ich, daß die Resolution eine möglichst große Stimmenzahl erhält. Denn je mehr es sich herausstellt, daß die Massen dieselbe Politik vertreten, wie wir, desto mehr haben wir Aussicht auf Frieden in der Partei, desto mehr haben wir Aussicht, daß den revisionistischen Genossen selbst die Revidiererei leid tut, weil sie sehen, daß dabei nichts herauskommt. Wenn wir eine recht große Stimmenzahl auf die Resolution vereinigen, so werden wir das 40. Geburtsjahr der deutschen Sozialdemokratie auf das würdigste begehen. Es war damals vor vierzig Jahren die unsterbliche Tat Lassalles, daß er das Proletariat von der Bourgeoisie losriß und ihm zum Bewußtsein brachte, daß alle bürgerlichen Parteien ohne Unterschied dem Proletariat feindlich gegenüberstehen und daß wir sie alle in gleichem Maße als unsre Todfeinde zu bekämpfen haben. (Lebhafter Beifall.) Die Resolution bekräftigt diese große und unsterbliche Wahrheit, die uns damals Lassalle verkündete, und die seitdem jedes Ereignis in unsrem politischen Leben aufs neue bekräftigt hat.

Aber wenn wir die Resolution annehmen, feiern wir noch ein andres Ereignis. Ich erinnere Sie an die Junischlacht vor 55 Jahren. Diese Schlacht war das erste große historische Ereignis, welches das Proletariat in Masse von der Bourgeoisie losriß. Wir feiern dieses Jahr eine andre Junischlacht, eine Junischlacht, nicht minder glorreich als die des Jahres 1848, allerdings eine nicht so blutige, eine gesetzliche Schlacht, aber eine Schlacht von derselben historischen Bedeutung, die ebenso wie die des Jahres 1848 den Abgrund erweitert hat, der das Proletariat von der bürgerlichen Gesellschaft trennt. Ich möchte, daß Sie durch Annahme der Resolution das bekräftigen, um der ganzen bürgerlichen Welt zum Bewußtsein zu bringen, daß es ein Hüben, ein Drüben nur giebt. (Stürmischer Beifall, Händeklatschen.)

Singer macht darauf aufmerksam, daß die Vorschlagsliste geschlossen ist und in Druck gegeben wird.

Eduard Bernstein: Parteigenossen! Ich glaube, wir können alle dem Genossen Kautsky dankbar dafür sein, daß er die Diskussion über den Revisionismus und die revisionistische Taktik auf das prinzipielle Gebiet hinübergetragen hat. (Vielfache Rufe: Sehr richtig!) Niemand kann diesen Dank lebhafter empfinden als ich selbst. Denn ohne, daß ich damit irgend einem von denjenigen, die man Revisionisten nennt, zu nahe treten möchte, weil sie erklärt haben, für diese Resolution zu stimmen, muß ich doch erklären: nicht erst von diesem Augenblick sondern von Anfang an war ich entschlossen, dagegen zu sprechen. Ich nehme keinen Anstand Ihnen von vornherein zu erklären, ich bin Revisionist (Bravo! ja wenn Sie noch etwas mehr wollen, ich bin sogar Bernsteinianer! (Große Heiterkeit).

Was ist der Revisionismus? Ich habe das Wort nicht zuerst geschmiedet. Es war Schönlank, der es 1894 in Frankfurt aussprach, daß eine Revision der sozialistischen Begriffe notlue. Ich habe nie von einer Revision des Sozialismus gesprochen, sondern eine Reihe Fragen behandelt unter dem Titel: Probleme des Sozialismus. Was ficht der Revisionismus nun an? Wenn alle diejenigen Leute, die früher oder jetzt eine von der Ansicht der großen Mehrheit der Parteigenossen abweichende Anschauung in praktischen oder theoretischen Fragen gehabt haben, generell Revisionisten genannt werden, so bekommt man eine große Schar zusammen, in der ganz verschiedenartige Anschauungen vertreten sind. Die kritischen Geister sind überall viel schwerer zusammen zu bekommen, als die dogmatischen Geister. In der Reformationszeit hielt die katholische Kirche fest zusammen, während die protestantische in eine Anzahl kleiner Bewegungen zersplitterte, was zeitweise ihre Schwäche ausmachte. So kann es kein Wunder sein, wenn die sogenannten Hauptrevisionisten in verschiedenen Punkten auseinander gehen. Ich habe mir nie eine Illusion darüber gemacht, ich habe mir nie eingebildet, daß ich als Theoretiker in allen Fragen mit Vollmar, Auer oder Heine einig sein würde. Schon von England aus habe ich erklärt: Das sind selbstständige Politiker, Männer der praktischen Erfahrung; sie sind nicht für mich verantwortlich, ich bin nicht für sie verantwortlich. Und so ist es, wenn sie sich in einer Frage gegen mich erklären, noch keine Desavouierung, noch kein Fußtritt, den ich von ihnen empfange. (Hört! hört!) Ich erkenne so wenig eine revisionistische Partei in der Partei an, daß ich bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt habe, daß mir die eben genannten nicht näher stehen als andre Parteigenossen. Auer ist mir ein lieber Freund, Vollmar ein alter Kampfesbruder, aber Vollmar steht mir nicht näher als August Bebel. Als ich in diesem Sommer in die Schweiz fuhr, besuchte ich Bebel in Küßnacht, passierte dagegen München ohne Vollmar aufzusuchen. Es handelt sich hier nicht um persönliche Beziehungen, und es ist falsch, zu glauben, daß eine einheitliche revisionistische Richtung vorhanden wäre, die gegen die Gesamtpartei konspirierte. (Sehr richtig!) Nur eine Anzahl Leute sind vorhanden, die eine zu den im offiziellen wissenschaftlichen Organ der Partei, der „Neuen Zeit" vertretenen Anschauungen heterodoxe, entgegengesetzte Anschauung haben. Wenn aber nun eine Kriegserklärung erfolgt, wie jetzt die von Bebel, dann ist es selbstverständlich, daß wir uns zusammenfinden, schon um das Recht der Meinungsfreiheit zu wahren. (Sehr richtig!) Dann, wenn das vorüber ist, geht jeder wieder seine eignen Wege und wirkt im Rahmen der Partei. (Mehrfache Rufe: Sehr richtig!)

Nach meiner Auffassung liegt die Aufgabe der Revision auf dem Gebiete der Theorie und nicht auf dem der Praxis. Und zwar verdankt die Theorie der praktischen Bewegung viel mehr, als die Bewegung der Theorie verdankt. (Sehr richtig!) Kautsky behauptet, die Revisionisten zweifelten das Programm an. Nein, das ist nicht richtig. Die Revisionisten zweifeln eines zunächst absolut nicht an, das ist der zweite Teil des Programms, alle seine politischen und wirtschaftlichen Forderungen. Sie werden mir nicht einen Satz nachweisen können, der diese Forderungen anzweifelt. Deshalb behaupte ich, daß von Gefahren, die der Partei von unsrer Arbeit drohen, kaum zu reden ist. Auch die beiden letzten Absätze des theoretischen Teiles unsres Programms zweifle ich nicht an. Was einer Revision bedürftig ist, das sind die ersten fünf und zum Teil auch der sechste Absatz dieses Teiles. Dort liegt die Aufgabe des Revisionismus, wie sie mir zufällt als theoretischen Arbeiter. Was die Revision der Praxis anlangt, so kann sie sich nur aus der praktischen Erfahrung ergeben. Zweifel können sich also nur darüber erheben, ob sich die von einzelnen von Ihnen vorausgesagte wirtschaftliche und politische Entwicklung in der angegebenen Weise vollzieht. Aber was nun die Forderungen des Programms anbetrifft, so will ich nur eins hervorheben: Wir haben im zweiten Teil unsres Programms die praktischen Forderungen der Demo-

kratie in Reich, Staat und Gemeinde formuliert. Kautsky wird mir bestätigen, daß ich, als das Programm ausgearbeitet wurde, die Aufgabe hatte, gerade diesen Teil in der „Neuen Zeit“ zu erörtern, und ich kann sagen, daß einige Punkte dieses Teiles von mir in das Programm gebracht worden sind. In dieser Hinsicht habe ich meine Anschauungen nicht revidiert, sondern allezeit mit äußerster Entschiedenheit vertreten. Gegenüber den scharfen persönlichen Angriffen, die gegen mich gerichtet worden sind, muß ich bei dieser Gelegenheit auf einige persönliche Dinge eingehen. Wir hatten ja in der letzten Zeit nach den bekannten Reden wiederholt Gelegenheit, Stellung gegenüber dem Reichsoberhaupt zu nehmen und den Standpunkt unsrer Partei in den großen Verfassungsfragen des Reiches klarzulegen. Wenn ich wirklich ein so gefährlicher Revisionist bin, habe ich denn etwa versucht, mich diesen Erörterungen so viel als möglich zu entziehen? Nichts weniger als das. Nach der Kaiserrede von Breslau habe ich in einer großen Breslauer Versammlung, es war gerade die Zeit der Zolltarifverhandlungen, auf diese Rede geantwortet, und die Breslauer Genossen werden mir bestätigen, daß ich in dieser Rede nicht den geringsten Zweifel über die Stellung der Sozialdemokratie zur Verfassung des Reiches gelassen habe. Ich glaube nicht, daß die Breslauer Genossen über diese Rede irgendwie enttäuscht waren, und es handelt sich bei der Beurteilung der sogenannten Revisionisten doch gegenwärtig vor allen Dingen um ihr praktisches Verhalten.

Um dieselbe Zeit war ich einer der ersten, der sich in der Fraktion bereit erklärte, in Berlin über den Gegenstand zu sprechen und auch da habe ich aufs entschiedenste unsern prinzipiellen Standpunkt vertreten. Beiläufig habe ich in diesen Tagen bemerkt, daß es nicht vielen Genossen bekannt ist, daß ich bei den Reichstagswahlen in gleicher Weise meine Schuldigkeit zu tun bemüht war, wie die meisten, wahrscheinlich alle von Ihnen. Ich habe vor der Wahl wochenlang Tag für Tag Versammlungen abgehalten. (Zurufe: Das haben wir alle getan.) Ich sage ja, daß es alle getan haben. Ich habe mir keinen Tag Unterbrechung gegönnt, bis ich am Wahltage selbst mit meiner Stimme so erschöpft war, daß ich meinen Wählern nicht einmal sagen konnte: ich danke Euch. Drei Tage vor der Wahl wurde ich in Görlitz von einem Nationalsozialen interpelliert wegen meiner Stellung zur Endzielfrage, zum Militarismus und zur Monarchie. Auf die beiden ersten Fragen antwortete einer der Görlitzer Genossen sehr gut. Auf die Frage über unsre Stellung zur Monarchie wollte er aber nicht antworten, weil diese Frage sehr provokatorisch sei. Ich hätte nun dies als eine bequeme Deckung für mich benutzen können. Ich habe das nicht getan, sondern ganz ruhig geantwortet, daß wir die Frage der Regierungsform allerdings nicht für die entscheidende Frage der Gegenwart halten, daß wir suchen, Staat und Gesellschaft in allen Einrichtungen zu demokratisieren, oder was dasselbe ist, zu republikanisieren, daß uns die Frage der Regierungsform eine verhältnismäßig untergeordnete zu sein scheint, daß wir Sozialdemokraten aber ganz selbstverständlich als eine demokratische Partei den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts und der Selbstverwaltung der Völker vertreten und infolgedessen keine monarchische Partei sein können. Wenn ich den Vorschlag gemacht habe, den Vizepräsidenten-Posten in Anspruch zu nehmen und dabei sich auch auf die Gebräuche des Reichstages einzulassen, so kann nach alledem nicht daraus geschlossen werden, daß ich irgendwie unsren politischen Grundsätzen abgeschworen hätte.

Ich bestreite ganz entschieden, daß die Vizepräsidenten-Frage mit meinen theoretischen Ketzereien irgend etwas zu tun hat. Man stellt es ja gerne so dar als wenn ich immer spintisierend dasäße und überlegte, ob ich nicht irgendw unser Programm revidieren sollte. Das ist nicht der Fall, und speziell me Vorschlag zur Vizepräsidenten-Frage entsprang keiner Grübelei, sondern war d Resultat praktischer Erfahrungen. Wenn jemals ein Vorschlag, so ist dieser au

Erfahrungen des Kampfes hervorgegangen, die ich in diesem Winter im Reichstage gesammelt habe. Sie mögen darüber denken, wie Sie wollen, aber ich bin zu diesem Vorschlage gekommen aus den Kämpfen bei den Zolltarif-Verhandlungen heraus. Erinnern Sie sich doch an jene parlamentarischen Kämpfe und das, was wir den Umsturz im Reichstage genannt haben. Und verheimlichen wir uns nicht, daß das, was wir damals im Reichstage erlitten haben, eine Niederlage war; eine Niederlage, die uns beigebracht wurde durch Benutzung brutaler Gewalt. (Bebel: Es war ein moralischer Sieg!) Selbstverständlich ein moralischer Sieg, aber faktisch doch eine Niederlage. Wenn Kautsky aus solchen Vorkommnissen wie beim Zolltarif schließt, daß die Formen des politischen Kampfes nicht milder sondern schärfer geworden seien, dann ist das doch wirklich eine ganz eigentümliche Art der Behandlung der Frage über die Entwicklung der Klassengegensätze. Es handelt sich doch nicht darum, daß wir Kämpfe im Parlament, bei den Wahlen usw. zu führen haben, sondern darum, ob wir auf die Straße zu steigen und die Kämpfe blutig auszufechten haben oder ob wir heute mit andren Mitteln kämpfen. Daß sich die Gegensätze je nachdem zuspitzen, habe ich gar nicht geleugnet. Ich habe mich also damals bei den Zolltarif-Verhandlungen dem Eindrucke nicht entziehen können, daß wir eine schwere Niederlage erlitten. Wir haben sie erlitten nach einem Kampfe, auf den die Sozialdemokratie meiner Ansicht nach stolz sein kann. Die schließliche Niederlage aber hat bei mir einen ähnlichen tiefen Eindruck gemacht, wie damals die Tatsache, daß man hier in Sachsen den Arbeitern ihr Wahlrecht nahm und daß nichts darauf erfolgte. Ich hatte übrigens nicht allein diesen Eindruck, sondern ich habe damals vielfach mit Genossen gesprochen, bei denen die Sache ganz ähnlich lag, und die sich auch angesichts dieser Tatsache die Frage vorlegten, ob es nicht doch ein Fehler war, daß wir seinerzeit auf den Vizepräsidenten verzichtet haben. (Ledebour: Wer hat denn das gesagt?) Ich brauche da keine Namen zu nennen! (Ledebour: Dann verdächtigen Sie bitte nicht!) Ach, Genosse Ledebour, mit Ihnen spreche ich ja überhaupt nur sehr wenig! (Ledebour: Und ich mit Ihnen gar nicht!) Das mögen Sie halten, wie Sie wollen! Und nicht nur im Reichstage, sondern auch außerhalb hat man diese Frage erörtert, und es war ja gerade der radikale Parvus, der in der allerschärfsten Weise die Ansicht aussprach, daß es ein Fehler war, um jener Formalitäten willen den Vizepräsidenten-Posten auszuschlagen. Er hat nun allerdings sich die größte Mühe gegeben, zu beweisen, daß er aus revolutionären Gründen und nicht aus opportunistischen Gründen zu der Ansicht kam, und hat in seinem hier verteilten Artikel die häßlichsten Angriffe gegen mich gerichtet. Als ich den Artikel las, da sagte ich mir: Du armer Parvus, das nützt dir alles nichts, du mußt jetzt auch gehängt werden, so gut wie ich! Du kriegst vielleicht einen andren Galgen, einen revolutionären Galgen, während ich einen opportunistischen Galgen bekomme, aber hängen mußt du auch! (Heiterkeit.) Es ist wirklich so gekommen. Bebel hat in seiner Rede Parvus ungefähr dasselbe zugerufen wie mir, er ist mit mir in den opportunistischen Sumpf hineingeschleudert worden. — Wenn ich übrigens nicht sehr irre, so hat die „Leipziger Volkszeitung" vor den Wahlen ganz ähnliche Aeußerungen von Parvus abgedruckt, ohne irgendwie darüber entrüstet zu sein. (Zuruf.) Ja gewiß, wenn Parvus etwas sagt, dann ist es ja bei Euch etwas andres! Wir haben ja nun nach der parlamentarischen Niederlage einen ungeheuren Sieg bei den Wahlen im ganzen Lande errungen, der uns für das Vorherige doppelt und dreifach entschädigte, aber ich frage Euch: Wo habt Ihr denn die Garantie, daß sich die Dinge immer so vollziehen werden, daß solche parlamentarischen Ueberrumpelungen jedes Mal gerade vor den Wahlen sind? Denkt doch nur daran, was gleich nach der Wahl in der Luft schwebte und möglicherweise sehr bald ins Werk gesetzt werden kann, sobald diejenigen, die die Sache betreiben, den Moment für günstig halten! Es ist weiter gesagt worden, mein Artikel sei eine kolossale Ungeschicklichkeit, eine Tapsigkeit gewesen und der-

gleichen. Ja, wem gegenüber soll der Artikel taktisch falsch gewesen sein? Gegenüber den Gegnern oder den eignen Genossen gegenüber? Was die letzteren betrifft, so will ich eines zugeben. Wenn ich gewußt hätte, was ich erst nachträglich erfahren habe, weil ich eben mit den Vollmar, Auer, Heine trotz aller Freundschaft nicht in so intimem Verkehr stehe, wie es immer behauptet wird, also, wenn ich gewußt hätte, daß schon ernsthafte Gegensätze über diese Frage in der Fraktion bestanden hatten, dann hätte ich die Frage nicht öffentlich aufgeworfen. Ich wußte aber nicht, daß ich damit sozusagen alte Wunden aufriß, sondern ich behandelte die Frage rein sachlich als einen der Punkte, der sich etwa als Folgerung aus dem Wahlsiege ergäbe. Wir wissen nicht, was in der Zukunft Schoße schlummert. Kautsky selbst hat eben mit großem Pathos verkündet, daß die herrschenden Klassen die demokratischen Rechte zu beseitigen versuchen werden, sobald sie sie ihren Interessen für gefährlich halten, und er folgerte daraus, daß wir uns in Bezug auf das Wahlrecht defensiv verhalten sollen. Diese Anschauung ist vielleicht nicht unrichtig; aber sie ist Opportunismus (Sehr richtig) und nichts andres! Ich erinnere Sie an ein Wort des Grafen Bülow aus dem letzten Winter. Graf Bülow führte da aus, wenn die Diätenfrage auf die Tagesordnung gestellt würde, dann hätten wir keine Sicherheit, daß nicht andre Elemente, die in andrer Weise das Wahlrecht ändern wollen, ebenfalls mit Forderungen kommen. Das ist ein Gesichtspunkt, den wir im Auge zu behalten haben. Bebel allerdings sieht die Sache sehr rosig an, wobei er wieder einmal den großen sozialen Krach vor Augen hat. Aber das Eintreten dieses Krachs ist doch immerhin noch eine zweifelhafte Sache. (S t a d t h a g e n: Oho!) Nun, wir wollen einmal abwarten! Was Bebel von der amerikanischen Eisenindustrie erzählte, läßt auch eine andre Auffassung zu. Wir haben in Amerika die Erscheinung, daß die industrielle Produktion bereits sehr erheblich unter dem Einflusse der großen Trusts steht, die je nachdem in der Lage sind, die Produktion ohne weiteres einzuschränken, und deren Leiter sehr gut wissen, daß das amerikanische Eisen im allgemeinen angesichts der hohen Frachten so billig nicht nach Europa geschafft werden kann, daß es bei uns mit dem deutschen Eisen wirklich konkurrieren kann. Kurz, es ist noch sehr zweifelhaft, ob die großen amerikanischen Eisenwerke dazu übergehen werden, uns Deutschen das Roheisen sozusagen zum Geschenk zu machen, und wenn sie es täten, so ist es weiter fraglich, ob das wirklich die verheerenden Wirkungen auf unsre Industrieen haben würde, wie Bebel glaubte. Es handelt sich da lediglich um Vermutungen, auf die man keine Politik aufbauen kann.

Nehmen wir nun aber einmal an, daß wirklich der Versuch gemacht würde, uns das jetzige Wahlrecht zu nehmen und ein reaktionäres Wahlrecht an die Stelle zu setzen. Bebel sagt: „Die Herren mögen nur kommen, wir werden schon tanzen.“ Aber wie liegt denn die Sache? Als im vorigen Frühjahr unsre belgischen Genossen einen politischen Streik für das allgemeine Wahlrecht gemacht hatten und unterlegen waren, da sind am Morgen nach der Niederlage in deutschen Parteiblättern Artikel erschienen, in denen eine Kritik an dem Vorgehen der belgischen Genossen geübt wurde, die nach meiner Ansicht, selbst wenn jedes Wort richtig gewesen wäre, ganz gut Zeit gehabt hätte auf Wochen und Monate hinaus. Man kritisiert nicht eine Bruderpartei am Morgen nach ihrer Niederlage. Es wurde gesagt, da haben wir wieder einmal den Beweis, daß der politische Streik keine Waffe ist. Da nun war ich es, der angebliche Erzopportunist, der in einigen Berliner Versammlungen ausführte: Ja, habt Ihr denn eine Sicherheit in der Hand, daß man niemals versuchen wird, Euch das Wahlrecht zu nehmen? Und wenn ein solcher Versuch gemacht wird, kann man ihn dann durch reine Versammlungsproteste zum Scheitern bringen? Nein, dann muß man zu andren Formen der Demonstration greifen, die eine wirksamere Sprache sprechen. Wir haben gar keinen Grund, von vornherein und absolut den

politischen Streik zu verwerfen. Wir haben vielmehr alle Ursache, ihn zu studieren. (Friedeberg: Sehr richtig.) Es wurden mir gerade von sehr radikalen Genossen Vorwürfe gemacht, ich hätte wie ein agent provocateur gesprochen; und als ich erwiderte, ich hätte doch nur aufgefordert, die Frage zu studieren, da antwortete mir ein für erzradikal geltender Genosse: Sie wollen die Leute unglücklich machen. Wenn diese Anschauungen berechtigt sind, dann liegt doch aller Grund vor, diejenigen Bürgschaften zu schaffen, die in unsrer Macht liegen, uns gegen eine Ueberrumpelung im Parlament wenigstens zu schützen. Aus diesem Grunde hat sich bei mir die Ueberzeugung festgesetzt, daß wir auf den Posten des Vizepräsidenten Anspruch erheben müssen und uns dabei durch Formalitäten nicht abschrecken lassen dürfen.

Nun ist darüber ein Streit entstanden, ob die Stellung des Vizepräsidenten von irgendwelchem praktischen Wert ist. Es tut mir sehr leid, daß Bebel im Augenblick nicht im Saal ist. (Zuruf: Doch, er ist da! — Bebel sitzt mit Vollmar im Hintergrund des Saales. — Zuruf: Er ist in Capua! Große Heiterkeit!) Dann möchte ich eine Anfrage an den Genossen Bebel richten. Darüber, ob der Posten des Vizepräsidenten praktischen Wert hat, kann man ja verschiedener Meinung sein. Das ist lediglich eine Tatsächlichkeitsfrage. Nehmen wir aber einmal an, daß wirklich dieser Posten uns einen nennenswerten Einfluß in der Vertretung des Reichstages und bei der Ordnung der Geschäfte gäbe, daß er eine gewisse Garantie böte gegen Ueberrumpelungen, daß er also tatsächlich von praktischem Wert wäre. Würdest Du, Genosse Bebel, Dich dann durch diese paar Formalitäten abschrecken lassen? (Bebel zuckt die Achseln und ruft: Ich kann ja gar nicht antworten. Das leidet der Vorsitzende nicht. — Große Heiterkeit.) Ja, Genosse Bebel, es ist ja Dein Recht, Dich der Abstimmung zu enthalten, aber man sieht doch daraus, daß die Frage nicht eine derartige ist, die man kurzer Hand mit Nein beantworten kann. Wenn dem aber so ist, warum dann die große Entrüstung darüber, daß ich die Frage aufgeworfen habe? Ihr konntet mir entgegnen, der Posten hat keinen Wert, aber zu einem Entrüstungssturm in der Partei lag keine Veranlassung vor. Auf die Frage, ob der Posten uns Nutzen bringen könnte, will ich mich nicht lange einlassen, aber einen gewissen Einfluß giebt diese Stellung doch zweifellos. Erinnern Sie sich an die Situation beim Zollkampf! Damals hatten wir neben Ballestrem einen konservativen und einen nationalliberalen Präsidenten, Büsing. Dieser hat sowohl gegen den Antrag Kardorff wie gegen den ganzen Zolltarif gestimmt und sich beim Antrag Gröber der Abstimmung enthalten. Gesetzt nun, es hätte ihm während dieser Kämpfe ein Sozialdemokrat zur Seite gestanden, der durch seine Persönlichkeit die Gabe gehabt hätte, einem solchen schwankenden Manne das Rückgrat zu steifen (Gelächter), die Möglichkeit kann doch einmal vorliegen, das eine Mal mißglückt's, das andre Mal kann's glücken, — dann wäre unter Umständen die Diktatur des ersten Präsidenten sehr erschwert. Außerdem handelt es sich im politischen Leben bei wichtigen Entscheidungen sehr oft um wenige Tage, ja manchmal selbst um Stunden. (Bebel: Um Minuten!) Das gilt namentlich dann, wenn in den Reihen der Mehrheit Unentschlossenheit und Verwirrung herrscht. Das ist ja das Geheimnis des Erfolges so vieler Volksbewegungen, daß in den Reihen der herrschenden Klassen Unentschlossenheit eintrat. Kautsky hat heute wieder von der Zuspitzung der Gegensätze gesprochen, von dem Haß der Besitzenden gegenüber dem Proletariat und von der steigenden Verfolgungssucht der Bourgeoisie. Es ist nach meiner Ansicht einer der Hauptfehler des Genossen Kautsky, daß er immer mit ganz fossilen, versteinerten Begriffen operiert. (Bebel: Na, na!) Ja wohl, und wenn man sie festhält, so ist seine Deduktion von eherner Logik und es giebt kein Entweichen. Dann ist alles andere falsch und dann bin ich allerdings unheilbarer Konfusionsrat. (Große Heiterkeit; Rufe: Sehr richtig!) Ist denn aber die Voraussetzung Kautskys richtig? Sind wirklich die herrschenden Klassen gegenüber dem Prole-

tariat diese Einheit, stehen wirklich alle Schichten der Besitzenden der Sozialdemokratie gleichmäßig gegenüber? (Zuruf: Jawohl!) Dann haben Sie sich ja selbst ins Gesicht geschlagen beim letzten Wahlkampf, wo wir doch einen Unterschied gemacht haben zwischen den Gegnern. Seht Euch einmal ehrlich die Entwicklung an. Große Industrien schließen sich in Deutschland unter der Herrschaft von Kartellen zusammen, um andre Industrien und die Arbeiterklasse terrorisieren zu können. Gegen diese Kartelle besteht schon heute eine große Opposition, auch in diesem Punkte sind die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Klassen außerordentlich tiefgreifend. Es wird da immer mehr heißen, wie steht die Arbeiterpartei zu diesen Fragen? Und in entscheidenden Momenten ist es wohl denkbar, daß die bürgerlichen Parteien gerade durch eine dieser Fragen gespalten sind. Wodurch haben die Arbeiter in den Gewerkschaften bei Lohnkämpfen einen großen Teil ihrer Siege erzielt? Weil es oft eine Unmöglichkeit ist, die Unternehmer zusammenzubringen, weil der allgemeine Ausschluß der Arbeiter durch das ganze Land auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. Ein Teil der Unternehmer sehen ein, daß sie es gegen die Arbeiter auf die Dauer gar nicht aushalten und daß sie untereinander verschiedene Interessen haben. Ich könnte das mit konkreten Beispielen beweisen. Immer mehr wächst die Zahl derjenigen auch unter den Besitzenden, die aus sehr materiellen Gründen ein Interesse daran haben, mit den Arbeitern gut zu stehen. In meinem ersten Vortrag, den ich nach meiner Rückkehr aus England in Berlin hielt, habe ich schon davon gesprochen und erwähnt, wie zuerst viele der Budiker, bei denen die Arbeiter verkehren, allmählich die Ideen der Sozialdemokratie in sich aufnahmen. (Gelächter.) Lachen Sie nur, in jener Versammlung wurde nicht gelacht, sondern mir zugestimmt. Und das gilt nicht nur von den Budikern, sondern trifft auch allmählich für die großen Brauereien zu. (Gelächter und Unruhe; Zuruf: Ungeheuerlich.) Aber so erinnern Sie sich doch, wie noch vor kurzem, nachdem der „Vorwärts“ die Geschichte mit dem Feldzug gegen das Wahlrecht veröffentlicht hatte, aus eignem Antriebe eine ganze Reihe von Brauereien sich meldeten, um zu erklären, daß sie davon nichts wissen wollen. (Zuruf: Um ein Geschäft zu machen!) Ja, selbstverständlich; daß sie aus idealen Gründen nicht dazu kommen, ist klar. Aber sie haben ein Interesse, sich mit der Arbeiterschaft gut zu stellen. Es ist ja auch ganz selbstverständlich, je mehr die Arbeiterklasse anwächst, um so größer wird die Bedeutung der Arbeiter als Konsumenten, und um so größer ist das Interesse gewisser Unternehmer, daß die Konsumtionskraft der Arbeiter sich hebt. Das können Sie doch nicht leugnen. Und die Folge ist nicht nur, daß diese Leute den Bestrebungen der Arbeiter wohlwollend gegenüberstehen, sondern daß sie sie zuweilen auch tatkräftig unterstützen. Das wird sich mit der Zeit immer mehr steigern.

Dann haben wir unter den bürgerlichen Parteien den Gegensatz zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern, zwischen den großen Handelsstädten und den Agrariern. Eben deshalb, weil die Interessen der besitzenden Klassen so gegensätzliche sind und weil es vorkommt, daß die eine Klasse gegenüber den andren Klassen unter Umständen auch die Macht der Sozialdemokratie auszuspielen wünscht, kommt die Einigung der Reaktion so außerordentlich schwer zustande.

Es ist daher nicht richtig, in diesen Dingen mit solchen einheitlichen Begriffen, wie Bourgeoisie, Reaktion, zu operieren. Wir müssen uns klar werden, daß die herrschenden Schichten verschiedene Interessen haben und daß wir jene Verschiedenheit der Interessen unter Umständen uns dienstbar machen können. Ich habe in meinem Artikel u. a. auch ausgeführt, daß der Reichstag dem Reichsoberhaupte bei uns anders gegenübersteht, als in vielen andern Monarchien, und ich habe gesagt, daß in diesem speziellen Punkte die deutsche Reichsverfassung sich der Republik mehr nähere, als andre. Kautsky hat daraus gemacht, ich hätte Deutschland für eine Republik erklärt. Das ist mir natürlich nicht eingefallen. Es ist mir schon früher aufgefallen, daß, wenn bei uns sich ein Streit erhebt, mit

einem Male alles vergessen wird, was in unsrer Parteiliteratur früher von den verschiedensten Seiten behauptet wurde. — Es sind in Berlin zwei sozialistische Ausgaben der Reichs-Verfassung erschienen. In der ersten finden wir bei den erläuternden Bemerkungen den ausdrücklichen Hinweis, daß das Wort „Deutscher Kaiser" nur ein Name sei und daß es deshalb logischer sei, wenn man statt des Namens die Sache bezeichnen will, nicht von dem Kaiser, sondern von dem „König von Preußen" zu sprechen. In der zweiten Ausgabe aber, die in der Buchhandlung „Vorwärts" erschienen ist, finden wir in der Vorrede folgende Bemerkung: „Alle diese dem Kaiser beigelegten Befugnisse lassen erkennen, daß er nicht eigentlich ein Monarch des Deutschen Reiches ist, sondern ihm nur die vollziehende Gewalt zusteht." Das ist genau dasselbe, was ich ausgeführt habe, nur mit andren Worten. Man kann darüber streiten, aber eine Revision irgend welcher bisherigen Anschauung liegt darin nicht! Nun ist weiter gesagt worden und zwar in einer Resolution der Berliner Genossen, daß mein Vorschlag auf einer „maßlosen Ueberschätzung des Parlamentarismus" beruhe. Ich habe ja eine Vermutung, von wem diese Resolution herrührt, nicht etwa von Bebel, das will ich ausdrücklich sagen, auch nicht von Kautsky. (Zuruf: Von wem denn?) Das bin ich nicht schuldig zu sagen. Aber ich muß doch bemerken, daß mich diese Resolution in eine recht humoristische Stimmung versetzt hat. Diese Rederei von der Ueberschätzung des Parlamentarismus hat nachgerade das Schwabenalter überschritten und ist dadurch wahrhaftig nicht klüger geworden. Unsre Bewegung ist durch die Erfahrung dazu gekommen, dem Parlamentarismus eine immer größere Bedeutung beizumessen. Ich behaupte, daß wir niemals den Einfluß bekommen hätten, den wir jetzt haben, wenn wir uns nicht von Stufe zu Stufe parlamentarisch gemausert hätten. Als wir mit der parlamentarischen Tätigkeit begannen, da wurde von dem Versinken in den parlamentarischen Sumpf gesprochen, und bei jedem neuen Schritt, den wir auf dieser Bahn machen, wurde diese Redensart wiederholt. Die Genossen Vollmar und Auer haben das ja schon belegt. Ich will nur noch ein weiteres Beispiel anführen. 1886 wurde im Züricher „Sozialdemokrat" eine Resolution der Berliner veröffentlicht. Ich will dabei bemerken, daß die Berliner Genossen in mancher Beziehung mustergiltig sind, aber eins steht doch fest, daß sie in Bezug auf die theoretische Entwicklung der Partei die allerkonservativsten unsrer Parteigenossen sind. (Sehr richtig! Hoffmann-Berlin ruft: Sehr unrichtig!) In dieser Resolution heißt es: „So erscheint den Berliner Genossen die Beteiligung der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten an den Kommissionen mit alleiniger Ausnahme der Wahlprüfungs-Kommission sehr überflüssig und nur geeignet, den Glauben wachzurufen, als meine die sozialdemokratische Partei durch Verhandlungen und Kompromisse mit den herrschenden Klassen die Sache der proletarischen Revolution zu fördern." Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Auffassung grundfalsch war. Wären wir diesem Ratschlage gefolgt, wären wir eine Protestbewegung geblieben, so hätten wir unsren Erfolg nicht erzielt. Es wäre dann für die Gegner ein Leichtes gewesen, den Arbeitern vorzuführen: „Eure Vertreter sagen lediglich nein. Wenn es sich aber darum handelt, praktisch für die Arbeiterinteressen einzutreten, dann beteiligen sie sich nicht." Noch 1878 sprachen Marx und Engels die Ansicht aus, das Sozialistengesetz würde den einen Vorteil haben, daß es die deutsche Sozialdemokratie vom Parlamentarismus kuriere. Wer aber die tatsächliche Entwicklung verfolgt, der sieht, daß genau das Gegenteil eingetreten ist. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags war bei der Aufhebung des Sozialistengesetzes viel parlamentarischer, als beim Erlaß. Die Partei ist immer tiefer in den Sumpf hineingesunken, aber sie hat gleichzeitig an Ausbreitung, Kraft und Klarheit unendlich gewonnen, und ich könnte wohl sagen, sie hat sich immer stärker „emporgesumpft". (Heiterkeit.) Lassen wir unsre parlamentarische Fraktion eine rein protestierende Haltung annehmen, und es wird das eintreten,

was vielfach gefürchtet worden ist, daß unsre Gewerkschaften sich immer mehr den bürgerlichen Parteien nähern würden. Wenn diese Gefahr nicht eingetreten ist, so ist gerade die steigende parlamentarische Betätigung unsrer Partei die Ursache. Wir sind deshalb nicht weniger radikal geworden, sondern nur entschiedener. Wenn der Radikalismus lediglich in großen Worten, in extremen Forderungen und Ideen bestände, dann wäre die andere Auffassung richtig; aber ist denn ein Kind radikaler als der Mann, weil es nach dem Monde greift? (Sehr gut!) Der Mann greift nicht nach dem Monde, aber er zwingt immer mehr die Elemente in seine Dienste und so zwingt uns die wachsende Arbeiterbewegung immer mehr, auf Illusionen zu verzichten und die Institutionen der heutigen Gesellschaft nach Möglichkeit in unsern Dienst zu stellen. Lassen wir also alle Deklamationen bei seite und nehmen wir den Parlamentarismus als das, was er ist, nämlich als eine tatsächlich große Macht, als einen großen Faktor in unsrem allgemeinen politischen Leben. — Aus diesen Gründen habe ich meinen Vorschlag gemacht und halte ihn aufrecht. Ich wäre ein bodenloser Feigling, wenn ich das, was ich für richtig halte, nicht aufrecht erhalten wollte, weil die augenblickliche Stimmung in der Partei dagegen ist. Ich scheue mich gar nicht, zeitweilig allein zu stehen oder in der Minorität zu sein. Das ist mir schon öfters passiert. Ich habe aber auch schon manchmal erlebt, daß mir die Ereignisse recht gegeben haben. Man hat mir die elementare Entrüstung entgegengehalten, die sich gegen meinen Vorschlag angesichts der Reden von Essen und Breslau erhoben hat. Ich will nicht leugnen, ich kann das nicht so genau beurteilen, daß man in Parteikreisen vielfach entrüstet war. Ich glaube aber, die Entrüstung war viel mehr hervorgerufen durch die Art und Weise, wie die bürgerliche Presse sich meines Vorschlages annahm. Für deren Aeußerungen können Sie jedoch nicht mich verantwortlich machen! — Ich soll meinen Vorschlag aus Sensationslust gemacht haben. Mein Artikel trägt aber keinerlei sensationellen Charakter. Ich hatte als regelmäßiger Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte" die Aufgabe, am Tage nach der Hauptwahl über die Wahl zu schreiben. Da die Ergebnisse der Stichwahlen noch nicht vorlagen, so konnte ich noch keine Gesamtwürdigung des Wahlergebnisses geben, sondern machte nur einige Bemerkungen über den Rückgang des Liberalismus und einige Vorschläge über die Benutzung der allgemeinen parlamentarischen Situation. — Bebel meint, meine Betrachtungen über den Rückgang der bürgerlichen Parteien seien larmoyant gewesen. Das ist nicht richtig. Ich hatte im Gegenteil gesagt, der Rückgang der Liberalen sei vorauszusehen gewesen. Ich sollte den Rückgang bedauert haben, ja, ich sollte sogar, wie einer der Redner sagte, die Erfolge unsrer Partei bedauert haben. Wie kann man dergleichen von mir behaupten! In meinem Artikel findet sich nichts derartiges! Ich habe nur gesagt, die Schwächung des bürgerlichen Radikalismus sei eine bedauerliche Erscheinung; und hier will ich wieder einmal ein Zitat von anderer Seite anführen. In einer Broschüre, die mir vorliegt, heißt es: „Bei den Verhandlungen des Zolltarifs stellte sich leider heraus, daß wenig Verlaß auf die Freisinnigen ist. Ich sage leider, denn eine starke liberale Partei, die quasi als Puffer zwischen uns und der Rechten stände, könnte uns nur angenehm sein." Das hat kein Revisionist gesagt, sondern der Genosse Bebel auf dem Münchener Parteitag. (Bebel: Das sage ich heute noch!) Aber wenn ich es gesagt hätte, dann wäre es sicherlich verw[illegible] licher Revisionismus gewesen. (Rufe: Sehr richtig! Wenn zwei dasselbe sag[illegible] so ist es nicht dasselbe!) Wenn übrigens immer von der Entrüstung ge[illegible] meinen Vorschlag gesprochen wird, so weise ich nur darauf hin, daß ich, als [illegible] in einer Berliner Versammlung über die Frage sprach, von Entrüstung ni[illegible] gemerkt habe. Man ist mir ruhig entgegengetreten, aber entrüstet war [illegible] nur sehr wenig. Nach der Versammlung sind mehrere Arbeiter zu mir [illegible] kommen und haben mir ihr Einverständnis ausgedrückt. Möglich, daß

Stimmung an andren Orten anders war, aber selbst wenn sie es wäre und wenn in den Kreisen der Partei eine allgemeine Entrüstung geherrscht hätte, so wäre es trotzdem meine Pflicht und Schuldigkeit, meiner Ueberzeugung gemäß, meinen Vorschlag aufrecht zu erhalten. Bebel meint: die Führer hätten den Massen zu folgen. Ich bin nicht dieser Ansicht. Ich glaube, die sogenannten „Führer", d. h. die Vertrauensmänner der Arbeiter, sind die Sachwalter der Arbeiterklasse. Sie haben sich allerdings mit ihren Mandatgebern ins Einvernehmen zu setzen, aber sie haben vor allem nach bester Ueberzeugung das Interesse der Arbeiter wahrzunehmen und, wenn es nötig ist, der Stimmung der Arbeiter entgegenzutreten und ihre Argumente geltend zu machen. Wir dürfen uns eben nicht abhängig machen von zeitweiligen Strömungen. Bebel machte sich darüber lustig, daß man die Frage der Fraktion vorbehalten wollte. Aber ist es nicht ganz richtig, daß die Abgeordneten, die ständig im Reichstage sind, diese Frage besser beurteilen können als Draußenstehende? Wenn man nicht von vornherein der Fraktion ein Mißtrauensvotum ausstellen will, dann kann man allerdings diese Frage durchaus der Fraktion überlassen.

Wenn Sie jetzt diese Resolution annehmen, so bin ich fest überzeugt: Sobald eine Situation kommt, wo sich herausstellt, daß der Posten eines Vizepräsidenten wirklich von realem Nutzen und Wert für die Partei ist, wird Bebel der erste sein, der die Resolution mit Füßen tritt! Wozu dann aber erst eine solche Resolution fassen? Wir sind doch schon so oft in die Lage gekommen, gegen unsre eignen Resolutionen handeln zu müssen. Wozu sollen wir uns denn überhaupt in feierlicher Weise jetzt sozusagen die Tür vor der Nase zuschließen, wo wir nachher eventuell gezwungen werden können, durch ein Mauseloch wieder hinein zu kriechen? Sagen Sie meinetwegen, wir wollen heute den Bernsteinschen Vorschlag ablehnen, aber fassen Sie diesen Beschluß nicht so allgemein! War es denn politisch geschickt, den Gegnern meines Vorschlages in den bürgerlichen Parteien die Gründe zur Ablehnung unsres Anspruches förmlich zuzutragen und zu erklären: das Eingehen auf jene Bedingungen wäre für uns ein caudinisches Joch, durch das wir niemals gehen werden? Gerade auch politisch halte ich die Resolution für unglücklich. Es ist im Laufe der letzten Tage sehr viel vom Lobe der Gegner gesprochen worden, aber bin ich etwa jemals von der Scharfmacherpresse gelobt worden? Hat mich die „Post" oder die „Schlesische Volkszeitung" oder haben mich die „Neusten Nachrichten" oder auch nur Eugen Richter jemals gelobt? Die ganze Scharfmacherpresse hat mich stets angegriffen. Gelobt worden bin ich nur von ein paar liberaldemokratischen Blättern. Dafür kann ich nicht! Es giebt niemand, der weniger gegnerische Blätter liest als ich, weil ich keine Zeit habe, viele Zeitungen zu lesen. Man kann mir daraus einen Vorwurf machen, aber daß ich nach dem Lobe der Gegner geize, das kann niemand behaupten. Ich habe ja schon in London empfunden, daß das Lob der Gegner für mich das allerschlimmste und unangenehmste ist. Ich kann es aber doch niemand verbieten, mich zu nennen. Uebrigens werde ich von den Nationalsozialen längst nicht mehr gelobt. Pfarrer Naumann und seine Freunde sagen jetzt: „Der Kautsky, das ist der Logiker, nicht Bernstein!" Kautsky erkenne die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht, nur schlage er dazu einen falschen Weg ein. Für Naumann ist eben Naumanns Weg der einzig richtige. Also: Die Gegner loben mich jetzt im allgemeinen nicht mehr. Ich nehme ihnen das nicht übel; jeder handelt eben nach seiner Ueberzeugung!

Nun noch eine Bemerkung! Nach meinem ersten Artikel über die Vizepräsidentenfrage habe ich in der Breslauer „Volkswacht" einen zweiten Artikel veröffentlicht, in dem ich an einer Stelle von der Berufung Rolands in das Ministerium Ludwigs XVI. sprach, und wo ich auch einige Beispiele aus der Geschichte der englischen Revolution anführte. Daraufhin sagten einige gegnerische Blätter: „Wenn Bernstein der Frage diese Deutung giebt, dann können wir den

Sozialdemokraten den Posten des Vizepräsidenten nicht geben." Und während sonst, wenn gegnerische Blätter aus sozialdemokratischen Artikeln falsche Schlußfolgerungen ziehen, die Parteipresse mit der Widerlegung schnell bei der Hand zu sein pflegt, hat diesmal kein Blatt geschrieben: Diese Schlußfolgerung ist unrichtig! Bebel meinte sogar, mein Artikel rieche nach Blut, aber in dem Artikel ist von Blut gar keine Rede. Als Ludwig XVI. Roland ins Ministerium berief, war noch gar nicht die Rede davon, ihn zu köpfen, und als Karl I. gefangen wurde, dachte kein Mensch daran, ihn abzusetzen. Diese Schlußfolgerungen sind also durchaus falsch.

In der Frage der Meinungsfreiheit stehe ich Kautsky näher als der andren Richtung. Eine politische Kampfpartei ist kein akademischer Kongreß, und die Anzweiflungen müssen irgend eine Grenze finden. Das kann man von den Genossen verlangen. Aber wo liegt diese Grenze? Doch nicht in den Anschauungen über die mutmaßliche Entwicklung! Da muß volle Meinungsfreiheit herrschen. Die Grenze liegt in den politischen Grundsätzen, die im Parteiprogramm niedergelegt sind, und diese Grundsätze sind von mir zu keiner Zeit bestritten worden; im Gegenteil, ich habe sie stets mit aller Energie vertreten. Kautsky meint, die „neue Methode" müsse auflösend wirken, und wies zum Beweise dafür auf Frankreich hin. Ich habe mich seinerzeit gar nicht schlechtweg für das Ministerium Millerand ausgesprochen, und zwar schon deshalb nicht, weil ich die französischen Verhältnisse nicht genügend kenne, um die Frage beurteilen zu können. Prinzipiell aber war und bin ich der Meinung, daß Momente eintreten können, wo die bürgerlichen Klassen gespalten sind und wo es, um die Entwicklung der Arbeiterklasse zu fördern, notwendig wird, daß die Sozialdemokraten mit den radikalen Demokraten Hand in Hand gehen. Und ich bin überzeugt, daß eine sozialdemokratische Partei, die weiß, was sie will, dann ohne Gefahr ein solches Bündnis eingehen kann. Eine Partei ist der Sachwalter der Interessen der Klasse, die hinter ihr steht. Und wenn die Interessen der Arbeiterklasse ernsthaft gefördert werden können durch ein solches Bündnis, dann ist es die Pflicht der Partei, auf ein solches Bündnis einzugehen. Wenn die Ministerschaft Millerands auflösend gewirkt hat, so lag das zum großen Teil daran, daß, als sie ins Leben trat, die französische Partei überhaupt schon gespalten war. Daß da durch das Eintreten Millerands in das Ministerium die Gegensätze weiter zugespitzt wurden, war allerdings ganz natürlich. Hätte aber eine einheitliche starke Sozialdemokratie einmal als Kontrolle und dann als Stütze hinter Millerand gestanden, so wäre durch das Ministerium Millerands sicher mehr erreicht worden. Man spricht von der Schwächung der Partei durch ein etwaiges Bündnis mit den Liberalen. Ich beurteile solche Fragen niemals abstrakt. Eine solche Schwächung kann eintreten und wird wahrscheinlich eintreten, wenn die sozialdemokratische Partei schwach und wenig organisiert ist; wenn sie aber, wie in Deutschland, eine starke, bewußte und einheitliche Partei ist: was soll ihr da durch ein solches Bündnis dann für ein Schaden entstehen! Wenn Sie dergleichen annehmen, so müssen Sie doch eine sehr schwache Ueberzeugung von der Macht der realen Tatsachen und der realen Bedürfnisse der Arbeiterklasse haben. Nun hat Genosse Kautsky weiter das Beispiel der englischen Arbeiter erwähnt, die in die englischen Ministerien eingetreten sind, und hat gesagt, das sind dieselben Leute, die schon Marx als Lumpenkerle denunziert hat. Ich bin ja in mancher Beziehung inbezug auf Marx ein Ketzer, obwohl ich vor dem Wissenschaftler Marx eine große Hochachtung habe und mich selbst trotz aller Meinungsverschiedenheiten zur Marxschen Schule rechne. Zweifellos ist aber jedenfalls, daß auch Marx sich in manchen Punkten getäuscht hat und daß er sich namentlich getäuscht hat inbezug auf die Arbeiterbewegung in England. Das habe ich aber nicht nur gesagt, sondern das hat auch der Mann gesagt, der in England als der erste Vertreter des Marxismus gilt, nämlich der Genosse Hyndman, der es in einer Broschüre öffentlich

ausgesprochen hat, daß Marx die englische Entwicklung niemals ganz richtig verstanden habe. Das halte ich für übertrieben, aber unzweifelhaft ist, daß Marx manche Vorgänge falsch beurteilt hat, und er hat manchmal gegen Personen Angriffe gerichtet, die sich später nicht bewahrheitet haben. Die Broadhurst und Burt hatten gewiß nicht die gleiche Anschauung, die unsre deutsche Sozialdemokratie hat. Das ist unzweifelhaft. Aber diese Leute haben im Einverständnis mit ihrer Organisation gehandelt, als sie in die Regierung eintraten. Thomas Burt ist, nachdem er aus der Regierung ausgeschieden war, in den Bergarbeiter-Bund zurückgekehrt und hat dort seine alte Stellung wieder übernommen. Wie wenig der Ausdruck Lumpenkerl auf ihn zutrifft, hat sich gerade beim Boerenkrieg gezeigt. Einer von denen, die damals am heftigsten gegen diesen Krieg protestiert haben, war der alte Burt. Broadhurst und Burt waren beide Männer, denen die Interessen der Arbeiter so warm am Herzen liegen, wie nur irgendwem. Sie mögen falsch gehandelt haben, aber Lumpenkerle sind sie sicherlich nicht.

Wir haben ja solche falsche Beurteilungen einzelner Genossen öfter erlebt. 1896 nach dem Londoner Internationalen Kongreß erklärte Bebel in einer Berliner Versammlung von dem Engländer Burns, er sei für die englische Arbeiterbewegung tot. Als ich das las, habe ich mir vor Wut in die Hand gebissen. Nicht Burns wegen, sondern Bebels wegen, weil man ihm so etwas aufgebunden hatte. Burns hatte damals noch einen weit größeren Einfluß auf die Arbeiterschaft, als diejenigen, die Bebel das eingeblasen. Und Tatsache ist, daß Burns bis zum heutigen Tage ein echter Proletarier geblieben ist, der mit großer Entschiedenheit und großem Mute die Interessen der Arbeiter vertritt. Mag man ihn bekämpfen, aber man soll keinen Schmutz auf ihn werfen.

Kautsky sprach von meiner Zustimmung zur Hannoverschen Resolution. Er hätte aber anführen müssen, daß der Brief, den ich damals an Auer schrieb, nicht dazu bestimmt war, öffentlich verlesen zu werden. (Kautsky: Das habe ich nicht gewußt.) Und daß ich bald hinterher in einem Artikel geschrieben habe, daß wenn ich in Hannover gewesen wäre, ich mich dort gegen die Resolution erklärt haben würde. Ich gehe überhaupt keinem Konflikt aus dem Wege, der im Interesse grundsätzlicher Klärung notwendig ist. Was ich empfohlen habe, ist, daß wir unsre Rüstung für die bevorstehenden Kämpfe stärken sollen. Und wenn Kautsky mir einen Vorwurf daraus macht, daß ich Konflikte vermeiden wolle, dann antworte ich ihm: Lieber Kautsky, Du hast ja auch geschrieben, wir sollen jedem Konflikt mit Bezug auf das Wahlrecht aus dem Wege gehen. (Sehr gut!)

Auf die Zitate, die Kautsky von mir angeführt hat, kann ich nicht näher eingehen. Er hat angeführt, ich hätte mich für die Kolonialpolitik prinzipiell erklärt und wäre nur deshalb gegen unsre Zustimmung dazu, weil wir kein Vertrauen zur Regierung haben. Dadurch soll ich den Gegnern Waffen geliefert haben. Aber ist diese Motivierung bei uns nicht gang und gäbe? Alljährlich verweigern wir die Budgets, auch wenn sie unsrer Ansicht nach in ihrer Gesamtheit einen Fortschritt bedeuten, weil wir zu der Regierung kein Vertrauen haben. Nun kommt bei Kolonialfragen noch eins in Betracht. Wenn wir die Mittel für koloniale Zwecke bewilligen sollen, so würden wir selbstverständlich auch Garantien dafür verlangen, daß die betreffenden Völkerschaften nicht nach den brutalen Grundsätzen behandelt werden, die von uns mit Recht perhorresziert werden. Wenn Sie die Resolution in diesem Punkte annehmen, so schlagen Sie dadurch nicht mir, sondern der Geschichte ins Gesicht, und die Geschichte beweist, von welcher allgemein kulturellen Bedeutung die Kolonisation gewesen ist. Nehmen wir die Vereinigten Staaten. Vor der Kolonisation dieses Gebietes lebten auf diesem Boden kaum eine Million Menschen in beständigem blutigen Kriege miteinander. Heute leben dort 78 Millionen Menschen, und wenn wir die Proletarier des Ostens und gewisser Weststaaten abziehen, so bleiben doch gegen

50 Millionen, die dort in verhältnismäßigem Wohlstand leben. Wollen wir das verurteilen, weil dabei das Recht der höheren Kultur über die niedere Kultur geltend gemacht worden ist?

Kautsky warf mir vor, daß ich gesagt habe, man solle den Kampf gegen den Liberalismus nicht zu weit führen. Das hört sich ja sehr bedenklich, beinahe als Parteiverrat an. Kautsky hätte aber den Zusammenhang, in dem ich das sagte, anführen müssen.

Ich habe in meinem Buch ausgeführt, daß mit den kapitalitisch-liberalen Parteien nur Kampf herrschen kann. Was ich bekämpft habe, war nur die Anschauung, daß der Kampf der Sozialdemokratie sich im Kampf gegen den Liberalismus erschöpft. Und ich habe darauf hingewiesen, daß die herrschenden Klassen nicht alle gleich zu uns stehen. Dasselbe ist auch im Wahlkampf fortwährend gesagt worden. Ich muß noch einige Bemerkungen über meinen Wahlkampf machen, damit Ihr einen Begriff von meiner taktischen Haltung bekommt. Ich habe bei meiner ersten Wahl von vornherein in einer Wahlversammlung ausdrücklich erklärt, ich wünschte nur die Stimmen solcher Leute zu erhalten, die mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie einverstanden sind. Das wurde von den Freisinnigen sofort aufgegriffen, und meine Breslauer Genossen haben mir versichert, daß ich durch meine Bemerkung sicherlich 500 Stimmen verloren hätte. Wie kann man da von einem Verschweigen oder Verheimlichen unsrer Grundsätze reden! Schon in den ersten Versammlungen, die ich nach meiner Rückkehr nach Deutschland abhielt, wurde mir öffentlich von Arbeitern gesagt: „So sozialistische Vorträge haben wir lange nicht zu hören bekommen!“ (Zuruf: Das beweist nichts!) Nein, aber ich führe das an gegenüber den Ausstreungen, mit denen gegen mich agitiert worden ist. Aus allen angeführten Gründen kann ich die Resolution nicht unterschreiben. Sie widerspricht meiner Ueberzeugung, und ich halte sie auch nicht für besonders klug. Wenn sie angenommen würde, so wird damit den Gegnern in die Hände gearbeitet, und zwar gerade denen, bei denen wir am wenigsten Ursache dazu haben. (Zuruf: Wer denn?) Ich meine die Scharfmacher-Presse, wenn Sie es absolut wissen wollen. (Ledebour ruft: Und deswegen sollen wir unsre Ueberzeugung nicht aussprechen?) Es liegt in diesem Augenblick gar kein Anlaß zu einer solchen Aussprache vor. Man hat sich seit einer Reihe von Jahren gewöhnt, Resolutionen zu fassen nicht auf Grund einer ernsten wissenschaftlichen Ueberlegung, einer politischen Notwendigkeit, sondern aus einer bestimmten zeitweiligen Stimmung oder Verstimmung heraus. (Sehr richtig!) In solcher Stimmung soll man keine Resolutionen fassen, habt doch etwas Vertrauen zu Euch selbst und zur Fraktion. Schließt Euch doch nicht willkürlich die Tür zu, die Ihr eines Tages vielleicht doch wieder aufstoßen müßt. Es ist ja offen erklärt worden, daß ein Beschluß aus der Stimmung heraus gefaßt werden soll. Es soll die eine Richtung in unsrer Partei an die Wand gedrückt werden. Aber kann so etwas denn wirklich durch eine Resolution erreicht werden? Bebel hat selbst ausgeführt, daß jene Strömungen aus bestimmten Verhältnissen heraus entstanden sind. Wenn Sie diese Richtungen jetzt ablehnen, so werden sie doch wieder da sein, sobald entsprechende Verhältnisse eintreten. Wie oft haben wir nicht — ich erinnere nur an das Sozialistengesetz — bei der allgemeinen Gesetzgebung gegen Stimmungsgesetze gekämpft. Sollen wir uns da jetzt selbst dementieren? Welche Gefahren bestehen denn für die Partei? Wir haben eben einen Wahlkampf hinter uns, in dem wir alle zusammengestand haben. Wo war da ein Revisionist, der nicht seine volle Schuldigkeit getan u Schulter an Schulter mit den andern gekämpft hätte? Wir haben einen gewaltig Sieg errungen. Wollt Ihr diesen Sieg dadurch feiern, daß Ihr eine bestimm Richtung herabsetzt und demütigt ,so daß ihre Bekenner mit grollendem Her von diesem Kongreß gehen müssen? Zieht die Resolution zurück (Gelächter) ich weiß ja, daß Ihr es nicht wollt; ich bin aber überzeugt, daß es das b

wäre. Verzichtet auf die Resolution, damit wir von diesem Parteitage heimkehren können als Kampfgenossen, die für die große gemeinsame Sache gemeinsam kämpfen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. Zischen.)

Darauf beschließt der Kongreß die Vertagung.

Persönlich bemerkt

Kautsky: Ich will nur auf einen Punkt in den Ausführungen Bernsteins eingehen. Daß sein Brief an Auer nicht zur Veröffentlichung bestimmt war, konnte ich vorhin nicht anführen, weil ich es nicht wußte. Ich bin aber durch seine Erklärungen über diesen Punkt erfreut, weil sie mich von einem falschen Verdacht befreiten, den ich hatte und der mich eine Zeitlang sehr geschmerzt hat. Wenn er durch die Verlesung des Briefes in diesen falschen Verdacht, nämlich den Verdacht zu kneifen, gekommen ist, so verdankt er das nicht mir, sondern Auer.

Die Delegierten **Vollmar**, **Bömelburg**, **v. Elm** bitten, ihre Namen von der Vorschlagsliste für die Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure abzusetzen.

Singer: Es liegen dem Parteitag eine Reihe Erklärungen vor.

Die erste lautet:

„Gegenüber der auf dem Parteitag hervorgerufenen Annahme, die Delegierten Berlins seien an einer Agitation gegen den Genossen Auer beteiligt, erklären die Unterzeichneten: Niemals haben sich die Delegierten Berlins in ihrer Gesamtheit nach dieser Richtung hin ausgesprochen oder betätigt.

Für die Ansichten eines einzelnen kann Berlins Delegation nicht verantwortlich gemacht werden. (Beifall.)

Für Berlin I: Oppel, Lucht.
„ „ II: Köderitz, Fülle, Werner.
„ „ III: Jonas, Fritz, Dr. Friedeberg.
„ „ IV: Franke, Laaser, Vogel.
„ „ V: Liepmann, Friedländer.
„ „ IV: Fischer, Mars, Freythaler.
„ Teltow-Beeskow: Pieleke, Meiling, Otto Hoffmann.
„ Nieder-Barnim: Schumann, Welk, Freiwaldt.
„ die Frauen von Berlin und Umgebung: Emma Ihrer, Ottilie Baader, Minna Jung, Marie Klotzsch.

Die zweite Erklärung lautet:

„Als Teilnehmer an den Besprechungen der Berliner Delegierten erklären sich mit deren Erklärung betreffend den Zwischenfall Fischer-Hoffmann-Täterow völlig einverstanden

Wels. Grunwald. Kotzke. C. Legien."

Die dritte Erklärung lautet:

„Wir haben uns der Erklärung der Berliner Delegierten nicht angeschlossen, weil wir dieselbe durch die bereits gewordene Aufklärung für erledigt halten, besonders aber, weil wir es nicht nur für unser gutes Recht, sondern für die Pflicht der Delegierten halten, sich über einen Punkt der Tagesordnung wie die Vorstandswahl, zu welchem nach altem Brauch des Parteitages eine Diskussion nicht stattfindet, auszusprechen; ein Recht, welches wir uns nicht nehmen lassen, eine Pflicht, der wir uns ohne Rücksicht auf die in Frage kommende Person oder auf etwa entstehende Verdächtigungen nie entziehen werden.

A. Täterow. A. Hoffmann."

Nach Verlesung einiger Glückwunsch-Telegramme wird die Sitzung 1¼ Uhr geschlossen.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 3 Uhr. Singer führt den Vorsitz und teilt mit, daß ein Schreiben eingegangen ist von vier Genossen aus Posen, die im Auftrage einer Anzahl polnischer Genossen ihr Bedauern über die Annahme des Antrages Rosa Luxemburg in der Polenfrage ausdrücken. Rosa Luxemburg habe den Parteitag nicht richtig informiert. Nur auf Grund der falschen Information sei ein solcher Beschluß möglich geworden.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung über Punkt IV: „Taktik" ein.

Singer: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Dr. Lindemann-Degerloch spricht für Annahme des Schluß-Antrages. Nachdem wir zwei Tage debattiert, nachdem wir heute morgen die beiden Theoretiker gehört haben, dürfte es wohl an der Zeit sein, die Debatte zu schließen. Wir haben auch noch andre Fragen zu behandeln. (Sehr richtig!) Ein großer Teil der Delegierten ist nicht in der Lage, noch über den Sonntag hier zu bleiben. (Sehr richtig!) Wir haben hier eine große Zahl von Arbeitern, die am Montag wieder in Arbeit gehen müssen.

Heine-Berlin: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, wenigstens jetzt noch. Ich will gar nicht davon reden, daß ich, der ich einer der am meisten Angegriffenen bin, dadurch um die Möglichkeit komme, mich zu verteidigen, denn ich stehe als 25. auf der Rednerliste, und daß bis dahin geredet wird, das glaube ich selbst nicht. Ich bin aber der Ansicht, daß das, was die beiden nächsten Redner sagen werden, namentlich Molkenbuhr, ein sachlich ganz neues Moment in die Debatte bringen wird.

Der Schluß-Antrag wird abgelehnt.

Molkenbuhr: Ich möchte Bernstein empfehlen, sich einmal in die Lage zurückzuversetzen, in der er sich befand, als er in den achtziger Jahren Redakteur des „Sozialdemokrat" war. (Sehr gut!) Er möge einmal überlegen, wie wohl der Redakteur Bernstein im „Sozialdemokrat" geschrieben haben würde über einen Genossen, der eine solche Taktik verlangt hätte, wie er sie hier empfiehlt. Wäre es ihm möglich, sich 1½ Jahrzehnte zurückzuversetzen, so würde er selbst begreifen, welche Stimmung in weiten Parteikreisen sein ganzes Auftreten notwendigerweise hervorrufen muß (Sehr gut!), da die Zahl derer, die heute so denken und fühlen, wie er damals, in der Partei noch sehr groß ist. (Lebhafte Zustimmung.) Bernstein ist in seinem Vorschlage in Bezug auf die Vizepräsidenten-Frage, wie er sagt, dadurch gekommen, daß er einen Artikel über den Ausfall der Wahl für die „Sozialistischen Monatshefte" schreiben mußte. Ich halte es aber nicht für besonders gut, daß man glaubt, bei jedem neuen Artikel ein neues Projekt empfehlen zu müssen. (Sehr gut!) Und so ist es Bernstein auch bei diesem Artikel gegangen, über den er gar nicht mal Zeit gehabt hat, lange nachzudenken. Es ist ja ein alter Grundsatz, daß den Menschen in einer neuen Situation zuerst immer das allerdümmste einfällt. (Heiterkeit.)

Bernstein überschätzt die Bedeutung eines Sitzes im Präsidium. Wir haben im Reichstage kein kollegiales Präsidium, sondern wir kennen nur einen Präsidenten; dieser leitet die Geschäfte, und der Vizepräsident hat nichts anderes zu tun, als den Präsidenten zu vertreten, und infolgedessen im Sinne des Präsidenten zu handeln. Es ist auch bei der Präsidialführung nicht etwa Usus daß heute der eine, morgen der andere sitzt. Derjenige Vizepräsident, der sich herausnehmen würde, einmal etwas zu machen, was dem Präsidenten nicht gefällt würde sofort daran verhindert werden, der Präsident würde ihm die Glocke aus der Hand nehmen, und der selbständige Vizepräsident könnte dann vielleicht unter dem Hurra der Mehrheit abtreten. Das ist nun an sich keine beneidenswerte Stellung. Ueberhaupt ist die Stellung des Vizepräsidenten nur erträglich für

denjenigen, der auch grundsätzlich mit dem Präsidenten übereinstimmt. Ein unglücklicheres Beispiel als den Hinweis auf Büsing konnte Bernstein gar nicht anführen. (Sehr richtig!) Er wies darauf hin, daß Büsing Gegner des Antrags Kardorff und des Zolltarifs war und daß er auch für den Antrag Gröber nicht gestimmt hatte. Aber trotzdem er Gegner der Kardorfferei war, machte er sich zum Werkzeug ihrer Durchführung (Sehr richtig!) und das ist gerade die jämmerliche Rolle, die er zu spielen hatte; die Zeit, wo Büsing auf dem Präsidentenstuhl saß, war die Zeit, wo ein Charakter am Pranger gestanden hat. (Sehr richtig!) Glaubt Bernstein im Ernst, daß, wenn wir damals einen Vizepräsidenten gehabt hätten, dieser sich dazu hergegeben hätte, die Kardorfferei durchzuführen? Nein, aber die Mehrheit wollte die Kardorfferei und deshalb wäre er in demselben Augenblick, wo die Kardorfferei los ging, von seinem Stuhl heruntergerissen. (Sehr richtig!) Der Wert eines Vizepräsidenten in solcher Situation ist also gleich Null. Und wir können ja sogar ein Beispiel aus jener Zeit anführen. Bernstein könnte ja darauf hinweisen, wie schön es wäre, wenn wir in einem solchen Augenblick in der Geschäftsordnungskommission etwas zu sagen hätten; diese hätte eventuell das Präsidium daran hindern können, die Geschäftsordnung zu brechen. Aber dies Beispiel konnte Bernstein nicht anführen, weil Singer damals Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission war. Mit dem Augenblick jedoch, wo zum erstenmal die Kommission sich mit diesen Fragen zu beschäftigen hatte, warf Singer den Leuten das Präsidium vor die Füße, weil er die Rechtsbeugung nicht mitmachen wollte. (Bravo!) Ganz genau so wäre es ihm als Vizepräsidenten gegangen.

Es herrscht nun ein weitverbreiteter Glaube, der auch von den Gegnern Bernsteins kolportiert wird, nämlich der Glaube, als bestehe ein Recht darauf, daß die drei größten Parteien das Präsidium führen und daß, wenn etwa bei uns eine Ausnahme gemacht wird, wir dadurch als Abgeordnete zweiter Klasse deklariert würden. Dieser allgemein verbreitete Glaube erhält aber sofort einen Stoß, sobald man einen Blick auf die Geschichte der Präsidien im deutschen Reichstage wirft. Das Recht, daß die größte Partei den Präsidenten, die zweitgrößte den ersten und die drittgrößte den zweiten Vizepräsidenten stellt, ist ein Recht, das lediglich in den Köpfen einzelner Menschen existiert, in Wirklichkeit aber noch nie dagewesen ist, es ist etwas, worauf Ben Akibas Wort nicht zutrifft. In der ersten Legislaturperiode des Reichstages war die nationalliberale Partei die stärkste, die Reichspartei die zweitstärkste, das Centrum die drittstärkste, und trotzdem sehen wir, daß die Nationalliberalen den Präsidenten und zweiten Vizepräsidenten, die Reichspartei den ersten Vizepräsidenten stellte.

In der zweiten Legislaturperiode 1874 hatten die Nationalliberalen 155, das Centrum 91, die Fortschrittspartei 50 und die Reichspartei 36 Mitglieder. Ohne Verschiebungen in der Fraktionsstärke traten erhebliche Aenderungen in der Besetzung des Präsidiums in der Legislaturperiode ein, aber nie wurde dem angeblichen Rechtsgrundsatz Rechnung getragen. In der ersten Session war der nationalliberale Forckenbeck Präsident, das Centrum fiel ganz aus, die Reichspartei als viertstärkste Partei stellte den ersten Vizepräsidenten und die um 14 Mitglieder stärkere Fortschrittspartei den zweiten Vizepräsidenten. In der zweiten Session wurde der Reichsparteiler Hohenlohe durch den Nationalliberalen von Stauffenberg ersetzt, und in der dritten Session wurde auch der Fortschrittler Hänel noch durch v. Benda ersetzt, so daß nun die Nationalliberalen alle drei Präsidentenstellen hatten. In der dritten Legislaturperiode, 1877, hatten die Nationalliberalen 128, das Centrum 93, die Fortschrittspartei 52 und die Reichspartei 38 Mitglieder. Es wurden v. Forckenbeck als Präsident, v. Stauffenberg als erster Vizepräsident und der Reichsparteiler Hohenlohe als zweiter Vizepräsident gewählt. Das Centrum und die Fortschrittspartei als zweit- und drittstärkste Parteien fielen ganz aus. 1878 wurden 99 Nationalliberale,

94 Centrumsmitglieder, 59 Konservative und 57 Reichsparteiler gewählt. Ins Präsidium wurden 2 Nationalliberale und 1 Reichsparteiler gewählt. Das Centrum als zweit- und die Konservativen als drittstärkste Partei fielen aus. Als dann im Mai 1879 v. Forckenbeck und v. Stauffenberg zurück traten, wurden an ihrer Stelle v. Seydewitz (Kons.) und v. Franckenstein (Centrum) gewählt und war nun die stärkste Partei, die Nationalliberalen, gar nicht im Präsidium vertreten. In der letzten Session der Legislaturperiode ging das Präsidium auf den Reichsparteiler v. Arnim-Boitzenburg über und erhielten die Konservativen die Stelle des zweiten Vizepräsidenten. Die Reichspartei, welche nach dem sogenannten Rechtsgrundsatz gar keinen Anspruch auf einen Sitz im Präsidium hatte, war nun an die erste Stelle gerückt. In der folgenden Legislaturperiode 1881 hatte die Fortschrittspartei mit den Sezessionisten zusammen 115 Mitglieder, das Centrum 100, die Konservativen 50 und die Nationalliberalen 47 Mitglieder. Das Präsidium bestand aus Levetzow (Kons.) Präsident v. Franckenstein (Centr.) erster Vizepräsident und Ackermann (Kons.) zweiter Vizepräsident. Erst in der letzten Session erhielt die stärkste Partei, die nun gebildete Freisinnige Partei, die Stelle des zweiten Vizepräsidenten. 1884 wurden 99 Centrumsmitglieder, 78 Konservative und 74 Freisinnige gewählt. Den Präsidenten stellten die Konservativen, den ersten Vizepräsidenten das Centrum und den zweiten Vizepräsidenten die Freisinnigen. Hier stimmte der sogenannte Rechtsgrundsatz soweit, nur daß Konservative und Centrum ihre Stellen vertauscht hatten. Das Bild änderte sich aber wieder in dem 1887 gewählten Kartellreichstag. In diesem waren 99 Nationalliberale, 98 Centrumsmitglieder, 80 Konservative und 41 Reichsparteiler. Das Präsidium bestand aus einem konservativen Präsidenten, einem nationalliberalen ersten und einem reichsparteilichen zweiten Vizepräsidenten. Das Centrum als zweitstärkste Partei hatte es abgelehnt, einen Vizepräsidenten zu stellen. 1890 waren 106 Centrumsmitglieder, 76 Freisinnige und 73 Konservative gewählt. Bei der Präsidentenwahl wurde das Bild umgekehrt, indem man der drittstärksten Partei, den Konservativen, die Stelle des ersten Präsidenten gab. 1893 bestand das Centrum aus 96, die Konservativen aus 72, die Nationalliberalen aus 53 und die Freisinnigen aus 48 Mitgliedern. Präsident wurde v. Levetzow (Kons.), erster Vizepräsident von Buol (Centrum), zweiter Vizepräsident Bürklin (Natl.). Als dann am 23. März 1895 v. Levetzow und Bürklin, infolge der Versagung der abgelehnten Bismarckgratulation, ihre Stellen niederlegten, wurden v. Buol Präsident, Schmidt (Freis.) erster Vizepräsident und Spahn (Centr.) zweiter Vizepräsident. Es waren also die zweit- und drittstärkste Partei wieder gar nicht vertreten. In der letzten Legislaturperiode stellten die Nationalliberalen den zweiten Vizepräsidenten, obwohl sie der Stärke nach erst die fünfte Partei waren. Man hat also etwas, was nie da war, als hergebrachten Brauch bezeichnet.

Nun fragt es sich, welche Grundsätze denn eigentlich bei der Besetzung des Präsidiums maßgebend gewesen sind. Um diese Grundsätze zu erkennen, müssen wir die Gründe untersuchen, aus denen die einzelnen Präsidenten zurückgetreten sind, oder aus denen stärkere Parteien sich nicht am Präsidium beteiligt haben. Warum traten die Nationalliberalen 1879 zurück? Es war damals ein Umschwung in der Zollpolitik eingetreten, der Zolltarif wurde beraten, und als bei einer Reihe von namentlichen Abstimmungen der damalige Präsident Forckenb[eck] in der Minorität geblieben war, legte er infolge der Meinungsverschiedenhei[t] mit der Mehrheit und „aus Gesundheitsrücksichten“, wie es in dem an den Reic[hs]tag gerichteten Schreiben heißt, sein Amt nieder. Auch der erste Vizeprä[sid]ent Stauffenberg wurde plötzlich krank und erklärte, aus Gesundheitsrücksichten [n]icht länger das Präsidium behalten zu können. (Heiterkeit.) Er hatte die ü[bli]che Ministerkrankheit. In Wirklichkeit waren es natürlich die politischen Geger[sätze], die ihn veranlaßten, vom Präsidium zurückzutreten. An ihrer Stelle wurde [e]ine

Nationalliberalen gewählt, sondern der Konservative v. Seydewitz wurde Präsident und v. Franckenstein erster Vicepräsident. Wären die Nationalliberalen noch so, wie seiner Zeit v. Forckenbeck und Stauffenberg, so hätte Büsing nicht das machen können, was er mitgemacht hat. (Sehr wahr!) Weiter! 1887 wurde der Reichstag infolge der Ablehnung der Militärvorlage aufgelöst, und es gelang, einen Kartell-Reichstag zusammenzubringen. Damals wurde der Konservative v. Wedell Präsident, der Nationalliberale Dr. Buhl erster und der Reichsparteiler Dr. Unruh zweiter Vizepräsident. Das Centrum hatte es abgelehnt im Kartell-Reichstag im Präsidium zu sitzen. Glaubt Bernstein, daß die Gegensätze zwischen uns und der Politik der herrschenden Klassen weniger scharf sind, als die Gegensätze waren, in denen Forckenbeck und Stauffenberg sich 1879 zur Mehrheit befanden? Oder daß sie weniger schroff sind, als die Gegensätze zwischen Regierung und Centrum im Jahre 1887? Diese Frage wird Bernstein verneinen müssen. Soviel Taktgefühl sollten wir jederzeit haben, um zu sagen, daß wir nicht einen Mann aus unsren Reihen dazu zwingen, regelmäßig Vorlagen als angenommen zu erklären, gegen die er und die Fraktion stimmen. Schon das ist für uns Grund genug, den Eintritt ins Präsidium abzulehnen. Und damit scheiden alle Fragen, ob man Eskarpins oder ob man blauen Frack mit blanken Knöpfen tragen soll usw. aus. Dazu kommt noch: Wir könnten einen Präsidenten nur bekommen durch die Gnade der Mehrheitsparteien. Aber daran werden wir nicht appellieren. Am allerwenigsten in dem Augenblick, wo wir infolge unsrer Stärke das, was wir wollen, fordern können. Alle diese Fragen scheiden vollkommen aus, und nur, weil Bernstein in seinem Artikel eine falsche historische Darstellung gegeben hat, ist der Streit um so nebensächliche Fragen entstanden. Wenn Bernstein sich das überlegt, so wird auch er zu der Ansicht kommen, daß es besser gewesen wäre, seinen Artikel nicht in der Julinummer der „Sozialistischen Monatshefte“ zu veröffentlichen, sondern die Frage erst noch länger zu prüfen. Und wenn er die Frage etwas näher geprüft hätte, dann glaube ich, hätte er das Manuskript in seinem Schreibpult liegen lassen. Aber leider steht er auch heute noch auf dem in dem Artikel vertretenen Standpunkt.

Bei der sachlich völligen Uebereinstimmung, in der ich mich mit Bebel befinde, bin ich trotzdem genötigt, auf einige seiner Aeußerungen einzugehen, die ich für bedenklich halte. Bebel sagt, wenn er etwas schreibt, so überlegt er es sich vorher. Nun zu dem, was Bebel geschrieben hat, gehört auch der Vorwurf des Komödienspiels in der Sozialdemokratie. Als ich dies Wort in seiner Erklärung las, da war es mir, als wenn ich plötzlich eine Ohrfeige bekäme. (**Bebel**: Eine recht unerwartete!) Ja, und dazu, daß sie mir unerwartet kam, hat Bebel die meiste Veranlassung gegeben. Als ich zuletzt vor der Wahl mit Bebel zusammen war, in Elberfeld, da kündete mein Hauptgegenkandidat eine Versammlung über das Thema: „Das Komödienspiel in der Sozialdemokratie“ an. (Hört! hört!) Als das Bebel mitgeteilt wurde, war er ganz aufgebracht über eine solch freche Beschimpfung. (Heiterkeit.) Er meinte, meinem Gegner müßte gründlich zugesetzt werden. Ich bin allerdings nicht in die angekündigte Versammlung gegangen, aber im Kreise habe ich ihm gehörig zugesetzt. (**Bebel**: Das war auch ganz recht!) Da können Sie sich denken, welchen Eindruck das Wort Bebels vom Komödienspiel auf mich machte. Ferner bestreite ich ganz den Ausspruch Bebels, daß wir nie so uneinig gewesen sind wie gerade jetzt. [D]ieser Ausspruch hat mich auch ein wenig in Erstaunen gesetzt. (Sehr richtig!) [D]as Wort, daß wir nie so uneinig gewesen wären, wie gerade jetzt, ist ja nicht [z]um erstenmal aus Bebels Mund gefallen. Ich erinnere mich noch ganz [d]eutlich desselben Ausspruchs in St. Gallen. Ich behaupte aber, daß das nicht [z]utrifft. Ich möchte nur ein paar Hinweise geben. Im Jahre 1876 nach der [V]ereinigung mußte der Parteitag den ersten Taktikbeschluß fassen, der mit[v]eranlaßt war durch eine Abstimmung Bebels im Reichstag. Wir Ottensener

hatten beantragen müssen, daß die Fraktion im Reichstag immer geschlossen auftreten solle, und bei der Abstimmung über unsern Antrag stimmten sämtliche Mitglieder des ehemaligen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mit drei Ausnahmen geschlossen auf der einen Seite, und ihnen schloß sich Most an, während auf der andern Seite geschlossen die Eisenacher standen. Das war ein bedauerlicher Spalt, der damals innerhalb der Partei vorhanden war. Auch 1877 waren prinzipielle Gegensätze in der Partei vorhanden. Damals erschien die Engelssche Schrift: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft". Sie war ein Ergebnis nicht des theoretischen Spintisierens, sondern sie wendete sich gegen eine Richtung in der Partei. Dühring hatte damals einen starken Anhang in der Partei, besonders bei den Genossen in der „Berliner Freien Presse". Dühringianer waren damals Fritzsche und Most (Bebel: Auch Bernstein!) Wie tiefgehend damals die Meinungsverschiedenheiten waren, davon legt die Schrift von Friedrich Engels Zeugnis ab. Auf dem Kongreß in Wyden war der Streit mit Hasselmann und Most, der mit ihrem Ausschluß endete. Es kam der Kongreß von Kopenhagen, der sich mit den Zahmen in der Partei beschäftigte und Rittinghausen ausschloß. Dasselbe gilt für den Kongreß von St. Gallen. Dort sagte Bebel: „er freue sich, daß die Fraktion nicht mehr so stark wie früher sei, daß nicht mehr 24 darin sitzen, die parlamenteln und sich auf jeden Antrag einlassen; es sei gut, daß es nur zwölf seien, die in revolutionärem Sinne arbeiten könnten." (Hört! hört!) Damals standen sich der ultraradikale Flügel und der opportunistische Flügel gegenüber. Es drehte sich der Streit um die Frage der Dampfersubvention und der ganzen Beteiligung am Parlamentarismus. An der Spitze der Gemäßigten standen Dietz, Max Kayser und Hasenclever. Gegen diese richtete sich der Bebelsche Angriff, der schließlich zum Ganzausschluß von Viereck und zum halben Ausschluß von Geiser führte. In Halle kämpfte man gegen die Jungen und gegen Vollmar. Dasselbe war in Erfurt der Fall. Nur daß Vollmar jetzt gemäßigt war. In Frankfurt stritten wir uns um die Bayernfrage und die Stegmüllerei; in Breslau war es die Agrarfrage, aber Bebel stand damals auf der rechten Seite. (Hört, hört!) In Hamburg war es Bebel, dem die Berliner vorwarfen, daß er nicht genügend revolutionär sei. Dann nahm die Bernstein-Debatte ihren Anfang, die bis jetzt immer reichliches Material zu dem Zwist geliefert hat, den wir nun einmal haben müssen. Was sind nun eigentlich die Revisionisten? Gerade gegenwärtig ist nach meiner Ueberzeugung die Partei so einig, wie nie zuvor. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Bekämpfung des Wuchertarifs und im Wahlkampf ist das deutlich zutage getreten, wenn wir so zerrissen wären, wie Bebel sagt, wie wäre es da gelungen, zu jenem gewaltigen Protest und Sieg am 16. Juni zu gelangen. (Lebhafter Beifall.) Und gerade weil wir so geschlossen waren, wie nie zuvor, hat das Hineinwerfen eines Streitgegenstandes so gewaltige Erregung hervorgerufen. Deshalb war der Ausbruch so elementar. Die Erregung war nicht eine Folge vorangegangener Uneinigkeit, darin irrt Bebel. Wenn man sich über tausenderlei verschiedene Dinge zu streiten hätte, dann würde die Vizepräsidenten-Frage einen Tag lang studiert worden sein, und man hätte sich dann über die andren Dinge weiter gestritten, aber weil jeder Streitgegenstand sonst fehlt, wurde der hineingeworfene Knochen von allen Seiten gepackt. (Sehr richtig!) Die Genossen, die als Revisionisten bezeichnet werden, geben den Projektmachern, die wir in vielen Orten haben, Stoff, alle möglichen Vorsch[läge] als Revisionismus auszugeben und damit örtliche Streitigkeiten zu veranla[ssen]. Jeder Projektenmacher tritt als Revisionist auf und beruft sich darauf: ja, Revision ist ja schon vorhanden. Darüber haben sich die Genossen lange [ge]ärgert, aber der Kampf gegen die Brotwucherer führte zur Einigkeit. Die Stänkereien, die die Versammlungen angeödet und leer gemacht hatten, schwanden, und da kommt der Vorschlag Bernsteins und ruft den St[reit]

Ausbruch der Entrüstung gegen die Projektenmacherei hervor, die wir erlebt haben. Wenn auch nicht überall klar erkannt, so wurde es doch instinktiv empfunden, daß dieser Vorschlag eine vollständige Revision der Grundsätze und der Taktik der Partei voraussetzt. (Sehr richtig!) Das Wort Hofgängerei ist hingeworfen worden, ein wunderbar schönes Wort. Unter Hofgänger versteht man die Dienstboten der Tagelöhner, die unter der mecklenburgischen Leibeigenschaft leben. (Heiterkeit.) Daß an und für sich nicht gegen bestimmte Formen gewettert zu werden braucht, ist ja klar, denn es ist die Möglichkeit vorhanden, daß ein Sozialdemokrat zu Hof gehen muß, weil er sich nicht weigern kann, will er nicht sein Mandat verlieren. (Hört! hört!) In § 68 der Geschäftsordnung des Reichstages steht, daß wenn dem Kaiser eine Adresse durch Deputierte überreicht werden soll, der Präsident die Zahl der Deputierten bestimmt, und daß das Los sie bezeichnet. Bisher waren solche Adressen nicht Usus, aber es kann kommen, daß der Reichstag das Bedürfnis fühlt, den Ansichten des Kaisers in Form einer Adresse zu widersprechen. Man denke an einen ähnlichen Fall, wie bei der Aeußerung des Kaisers über die Ablehnung der Bismarck-Ehrung durch den Reichstag. Damals gab man keine Antwort, aber man kann in ähnlichen Fällen eine Antwort geben wollen. Wenn einer unsrer Leute durch das Los bestimmt wird, die Meinung des Reichstags dem Kaiser ins Haus zu bringen, so kann er sich nicht drücken, wenn er sein Mandat nicht verlieren will. Also auch schon jetzt ist ein Gehen zu Hofe nicht ausgeschlossen. Ich glaube aber auch weiter, daß die Sozialdemokratie in die Lage kommen kann, den Posten als Präsident zu übernehmen und zwar eher, als wir in der Majorität im Reichstage sind. (Hört! hört!) Es mag das nicht wahrscheinlich sein, aber es ist nicht unmöglich. Nehmen wir an, daß die Junkerei die Regierung in die Klemme bringt, daß die Interessen der Großindustrie durch das Junkertum so verletzt werden, daß diese Großindustrie unter allen Umständen den Abschluß von Handelsverträgen verlangt. Nehmen wir also an, es kommt ein bestimmter Handelsvertrag, der vollständig den Wuchertarif aufhebt, und nehmen wir weiter an, daß die agrarische Reichstagsmajorität diesen Handelsvertrag ablehnt und Auflösung des Reichstages erfolgt, dann würden die Neuwahlen auf Grund einer bestimmten Parole, auf Grund des Handelsvertrages stattfinden. Und nehmen wir dann an, daß eine handelsvertragsfreundliche Mehrheit gewählt wird. Glaubt, Parteigenossen, dann wird Ballestrem ebensowenig an dem Platze bleiben, als es Forckenbeck 1879 geblieben ist.

Dann hat die handelsvertragsfreundliche Mehrheit die Geschäfte zu übernehmen. (Hört! hört! und Bewegung.) In diese Rolle einer Regierungspartei sind wir schon gekommen. So bei dem Handelsvertrag mit Rußland, wo wir geschlossen für den Vertrag gestimmt haben und eigentliche Regierungspartei waren. Derartige Situationen können sich wiederholen. Es ist daher bedenklich, wenn wir uns durch eine solche Resolution festlegen. Ich halte die vorgeschlagene Resolution in ihrem ersten und zweiten Teile für sehr bedenklich, weil wir damit unsre Taktik nicht von der eignen Entschließung abhängig machen, sondern von dem Entschlusse andrer Leute. Die Resolution spricht von den durch die Geschäftsordnung gebotenen Pflichten. Was kann aber nicht alles geboten den? Auch das haben wir nicht in der Hand. Es ist ein Unding, unser und Lassen abhängig machen zu wollen von dem, was in der Geschäftsnung des Reichstags steht. (Vielfache Rufe: Sehr richtig!) Wir müssen entscheiden dürfen, was wir tun wollen. (Erneute Zustimmung.) Was t in der Geschäftsordnung? Der Präsident des Reichstags — und in seiner tretung der Vizepräsident natürlich — hat die Vertretung des Reichstags nach zen zu übernehmen. Unter dieser Vertretung nach außen aber kann nichts dres verstanden werden als was man bisher darunter verstanden hat. Sollten er Zweifel entstehen, was bisher Gebrauch war, dann kann die Mehrheit in

die Geschäftsordnung des Reichstags alles hineinsetzen, was sie will, sie kann die Vertretung nach außen bestimmt deklarieren. Zu dem bisher Gebräuchlichen gehörte die Anmeldung der Konstituierung des Reichstages und der Wahl des Präsidiums beim Kaiser, die Teilnahme an Kaisers Geburtstag und an Hoffestlichkeiten und die Teilnahme an Ministersoireen. Man kann aber auch in die Geschäftsordnung weiter hineinsetzen, daß hierbei die Vorschriften des Hofmarschallamtes von den Präsidenten zu beachten sind. Damit würden wir also durch diese unsre Resolution abhängig werden nicht nur von den Beschlüssen der Mehrheit, sondern auch von Befehlen des Hofmarschallamtes. Ich halte es für richtig, den ganzen ersten Absatz in Wegfall zu bringen. Was darin steht, ist vollkommen überflüssig. Die Fraktion wird schon wissen zu tun, was nötig ist. Sollte das Mißtrauen gegen die Fraktion aber so groß sein, daß man nicht glaubt, die Fraktion werde so beschließen, wie es der Wille der Mehrheit unsrer Partei ist, dann kann man ja die Teilnahme am Präsidium abhängig machen davon, daß die Dreiviertelmehrheit oder die Achtneuntelmehrheit in der Fraktion dafür ist, oder auch daß ein solcher Beschluß einstimmig von der Fraktion gefaßt werden muß. Einer wird doch wohl in der Fraktion sein, der so denkt wie die Mehrheit. Aber machen wir auf keinen Fall unsre Entscheidungen abhängig von Dingen, auf die wir keinen Einfluß haben. (Sehr richtig!) Dabei will ich im Vorübergehen eins konstatieren: Bebel hat sich geirrt, als er behauptete, daß die sozialdemokratische Fraktion die neue Taktik, nämlich bestimmte Gesetze nicht ohne weiteres abzulehnen, nur mit 14 gegen 13 Stimmen gefaßt hat. Die Abstimmung innerhalb der Fraktion über diese Frage entstand beim Invaliditätsgesetz. Es ist mit großer Mehrheit beschlossen worden, für das Invaliditätsgesetz zu stimmen, so daß man durchaus nicht von einer Zufallsmehrheit sprechen kann. (Hört! hört!) Dann aber will ich nochmals konstatieren, es ist in der Fraktion durchaus nicht immer so, daß auf der einen Seite die sogenannten Revisionisten und auf der andren Seite die Nicht-Revisionisten stehen. In einer der letzten Fraktionssitzungen ist z. B. ein Antrag Bebel, wonach wir die Abänderung des § 175 R.-Str.-Ges.-B. verlangen sollten, als nicht den Parteigrundsätzen entsprechend abgelehnt. Er wollte diese Forderung zu einer Parteisache machen und gerade der sogenannte Revisionist Heine hat diesen Antrag aufs schärfste bekämpft. Da gilt es: „Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht". Ich halte es für überflüssig, daß die Resolution angenommen wird, weil ich mir sage, die Partei will die bisher befolgte Taktik innehalten. Durch die Annahme der Resolution schütten wir Wasser auf die Mühle der sogenannten Revisionisten, die da sagen werden, der Parteitag erkennt an, daß die alten Beschlüsse über die Taktik nicht mehr ausreichen. Am liebsten wäre mir eine motivierte Tagesordnung, worin einfach erklärt wird, wir lehnen es ab, die bisherige Taktik der Partei zu ändern. Die bisherige Taktik der Partei, die uns zu Erfolgen geführt hat, sie wird uns auch weitere Erfolge bringen. (Lebhafter Beifall.)

Singer erklärt den Wahlakt für den Vorstand und die Kontrolleure für geschlossen. Er teilt mit, daß zu der Erklärung der Posener Genossen Rosa Luxemburg folgende Gegenerklärung giebt:

„Bezugnehmend auf die Einsendung aus Posen habe ich meinerseits zu erklären, daß, da es auf dem Parteitage unmöglich ist, den Sachverhalt, dieser Quertreiberei zu Grunde liegt, auseinanderzusetzen, ich nächstens in Presse Gelegenheit nehmen werde, es in ausführlicher Weise zu tun."

Weiter ist folgendes Amendement zur Resolution 130 eingela derselben am Schluß folgenden Passus hinzuzufügen:

„Der Parteitag erwartet vor allem, daß als Hauptaufgabe in der näc Zeit die Agitation draußen im Lande betrachtet wird, die darauf gerichtet w den soll, das gewaltige Wachstum der Partei in die Breite, das sie in den letz

Reichstagswahlen erfahren hat, durch eine entsprechende Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis und Schulung der neu gewonnenen Kräfte zu ergänzen."

Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

Zur Geschäftsordnung erklärt

Bebel: Zu der von uns eingebrachten Resolution 130 liegen eine Reihe von Amendements vor, so daß mehrfach der Wunsch laut geworden ist, daß ich kurz erkläre, wie die Antragsteller der Resolutiou zu den Amendements stehen. Irgend ein Wort der Motivierung hinzuzufügen ist mir natürlich nicht möglich. Was den Absatz 1 betrifft, so haben wir ja gestern mitgeteilt, daß der erste Antrag durch Nr. 140 eine andre Fassung erhalten hat.

Im weiteren beantragen Stadthagen und Genossen die Worte „oder der Geschäftsordnung" in Absatz 1 zu streichen. Ich kann keine Erklärung über unsre Stellung zu diesem Antrage abgeben, da ich mich mit den Mitantragstellern der Resolution nicht verständigt habe. Den Antrag Legien, Nr. 141 das Wort „Revisionisten" zu streichen, können wir uns nicht entschließen, zu akzeptieren; dagegen haben wir gegen den weiteren Antrag Legiens nichts einzuwenden, das Wort „Weltpolitik" durch „Weltmachtspolitik" zu ersetzen. Den ferneren Antrag Legien sind wir bereit anzunehmen, weil er die Lücken ergänzt, auf die schon der Antrag Timm und andre Anträge hinweisen, die uns eine ganze Reihen von Aufgaben übergeben sehen möchten. Der Antrag 143 Wurm und Genossen erklären wir zu akzeptieren.

Legien: Mir ist es durch den Schluß der Diskussion unmöglich geworden, meinen Antrag näher zu begründen, ich bin aber überzeugt davon, wenn es mir möglich gewesen wäre, dies zu tun, wäre er angenommen worden. Nachdem Bebel außerhalb der Diskussion sich gegen meinen Antrag gewandt hat.

Singer: Bebel hat nicht gegen Ihren Antrag gesprochen, sondern nur erklärt, daß die Antragsteller ihn nicht akzeptieren.

Legien: Nachdem Bebel außerhalb der Diskussion sich gegen meinen Antrag gewendet hat, kann ich nur mein Bedauern aussprechen, daß das Wort „Revisionismus" hier parteiöffentlich gestempelt wird. Ich kenne das Wort in der Partei nicht. (Sehr richtig!)

Singer: Das ist nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Bevor zu den persönlichen Bemerkungen übergegangen wird, erklärt

Singer: Bebel beabsichtigt hierbei auf einen Gegenstand, der gestern diskutiert worden ist, zurückzugreifen. Persönliche Bemerkungen dürfen sich im allgemeinen aber nur auf den Tag beziehen, wo die Aeußerungen gefallen sind, die sie hervorrufen; ein Grund zum Abweichen wird aber im Fall Bebel dadurch gegeben, weil er mit Recht der Ansicht sein konnte, daß diese Debatte durch Schlußworte von ihm und Vollmar beendet werden sollte. Das ist nicht der Fall und deshalb nehme ich keinen Anstand, Bebels Wunsch zu gewähren.

Bebel: Ich habe in meiner vorgestrigen Rede auf die Stelle von Eisner am „Vorwärts" Bezug genommen, und Eisner sagte mir dann sofort: „Sie haben mir zwar nach verschiedenen Richtungen hin große Komplimente gemacht, aber auf der andren Seite mich so schwer angegriffen, daß ich Sie dringend ersuchen muß, diese Ihre Angriffe in einer Form zu deklarieren, die ich von inem Standpunkte aus als durchaus befriedigend ansehen kann." Ich erderte ihm: „Sobald die Rede vorliegt und nach meiner Ansicht Ihre Auffassung e richtige sein sollte, bin ich gern bereit, Ihnen die gewünschte Erklärung geben." Nachdem ich nun den Bericht des „Vorwärts" gelesen habe, sehe ein, daß Eisner sich durch meine Worte verletzt fühlen konnte, insbesondere rch das Wort, daß es ihm verwehrt sein solle, für einen bestimmten Teil s „Vorwärts" zu schreiben. Diese Befürchtung von Eisner ist aber ungründet. Es ist ganz ausgeschlossen, daß irgend einem Genossen, sowohl im

„Vorwärts" wie außerhalb, verwehrt werden soll, in parteitaktischen oder programmatischen Fragen das Wort zu ergreifen. Ich hatte vielmehr die Absicht, durch den Parteitag feststellen zu lassen, wie künftig gegenüber den Streitigkeiten in der Partei und den Kritiken der gegnerischen Presse über die Partei, verfahren werden soll, und darauf will ich hier auf dem Parteitag nicht näher eingehen. Ich trage mich aber mit der Absicht, in Berlin bei den zuständigen Instanzen zu beantragen, daß ein bestimmter Genosse für diesen Teil verantwortlich sein solle, und hierfür dürfte Eisner, nach seiner ganzen Qualifikation, die ja eine viel bedeutendere ist, nicht in Frage kommen. Es hat mir fern gelegen, aussprechen zu wollen, daß Eisner oder einem andern Redakteur des „Vorwärts" das Recht beschnitten werden dürfe, im „Vorwärts" seine Anschauungen über Parteitaktik zu entwickeln. (Sehr richtig!) Eine Zurücksetzung von Eisner, wie er sie aus meinen Worten herauslesen konnte, habe ich nicht beabsichtigt. — Es ist mir dann von Vollmar unterstellt worden, ich hätte auf dem Kölner Parteitage die Gewerkschaftsführer angegriffen, weil sie an einer Beratung über die Gründung paritätischer Arbeitsnachweise von bürgerlicher Seite teilgenommen hätten, während ich selbst später in Zürich einem Kongreß dieser Art beigewohnt hätte. Da ist Vollmar ein starker Irrtum unterlaufen. Im ersten Falle handelte es sich um eine private Konferenz; 1897 dagegen um einen Kongreß für Arbeiter-Schutzmaßregeln, auf dem die bürgerlichen Parteien vertreten waren. Weiter hat Vollmar gesagt, auch ich hätte die frühere, negierende Haltung gegenüber der Versicherungsgesetzgebung aufgegeben. Dem gegenüber konstatiere ich, daß nach meiner Auffassung die Stellung der Fraktion zu den Versicherungsgesetzen jetzt, wo es sich um eine Verbesserung dieser Gesetze handelt, eine ganz andre ist als damals, als es sich um die Grundlagen handelte und wir alle Ursache hatten, die ungenügenden Grundlagen zu bekämpfen. Vollmar hat weiter Aeußerungen aus einem Artikel des „Züricher Sozialdemokrat" vom 28. Oktober 1886 über die Beteiligung an der bayrischen Landtagswahl verlesen und gemeint, der Artikel rühre von mir her. Der Artikel ist von mir nicht unterschrieben, ich kann mich auch nicht entsinnen, ihn geschrieben zu haben, kann allerdings auch nicht das Gegenteil behaupten. — Was sodann die Aeußerung Vollmars bezüglich meiner Stellung zur Haltung der bayrischen Landtags-Fraktion in der Wahlrechts-Frage betrifft, so will ich nicht bestreiten, daß Vollmar meine Aeußerungen — es handelt sich allerdings um ein Privatgespräch — dem Sinne nach richtig wiedergegeben hat. Ich habe aber nicht nur mit ihm, sondern auch mit Ehrhart in München darüber gesprochen. Ehrhart sagte: „Na, Du hast ja den großen Kampf, den Du gegen uns angekündigst hast, nicht unternommen." Ich erwiderte: „Ihr irrt Euch; in meinem Artikel steht nichts davon, daß ich in der Hauptstadt des Landes, angesichts der Gegner die Sache zur Sprache bringen werde. Das halte ich in Eurem Interesse und in dem der Gesamtpartei für schädlich. (Ehrhart: Das war sehr liebenswürdig!) Das ist mir ganz egal. Ich habe in dem Gespräch noch hinzugefügt: Ja, wenn Ihr auf solche Debatte so erpicht waret, so konntet Ihr sie ja provozieren. (Sehr richtig!) Das habt Ihr aber nicht getan, jedenfalls aus denselben Motiven, aus denen ich es unterlassen habe. Sodann hat Vollmar einen Satz aus meiner Etatsrede im Reichstage verlesen; er hat es aber unterlassen, weiter zu lesen. Hätte er das getan, so [...] er unmöglich zu seinen Schlußfolgerungen gekommen. Ich sagte mit Bezug [...] das Programm des Kanzlers: „Gewiß, ein sehr schönes Programm! Und [...] der Herr Reichskanzler seine sehr einflußreiche Stellung benutzen will, um [...] zu verwirklichen, so wird er an uns seine besten und treuesten Bundesgeno[ssen] finden!" Diesen Satz hat Vollmar verlesen, aber nicht den folgenden [...] „Aber das wird ihm sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein. Er kann [...] tun in der Richtung, die ich soeben angedeutet habe, aber, Herr Reichskan-

in der Richtung, die Sie gestern andeuteten, direkt für den sozialen Aufschwung zu arbeiten, damit immer mehr Individuen in die wohlhabenden Schichten der Bevölkerung gelangen, das wird Ihnen nicht möglich sein, da steht das Wesen und die Natur der bürgerlichen Gesellschaft Ihnen entgegen." (Sehr gut!) Wäre dieser Satz mitzitiert worden, der in engster Verbindung mit dem Vordersatz steht, dann wäre der Eindruck meiner Rede ein ganz andrer und die Kritik von Vollmar ganz unmöglich gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hätte noch viele persönliche Bemerkungen gegen Vollmar zu machen, will das aber unterlassen mit Rücksicht auf die Geschäftslage und auch, weil ich überzeugt bin, daß die Leser reif genug sind, beide Reden würdigen zu können. Nur noch ein Wort gegen Auer! Er hat einen Brief, den ich vor 30 Jahren aus dem Gefängnis an Liebknecht geschrieben habe, zitiert. Vor ein paar Tagen sagte er, er habe die letzten Briefe von mir nicht gelesen, sondern beiseite gelegt. Das nehme ich ihm nicht übel, das ist seine Sache. Aber gewundert habe ich mich, daß jemand, der jetzt keine Zeit hat zwei Briefe von zwei bis drei Seiten innerhalb vierzehn Tage zu lesen, einen achtzehn Seiten langen Brief, der vor dreißig Jahren geschrieben ist, durchlesen kann (Sehr richtig!), um diesen zur Bekämpfung meiner Person und meiner Auffassung zu benutzen. Auer bemerkte, der betreffende Brief sei ein Kassiber. Das ist nicht richtig. Der Brief ist durch die Hände und die Kontrolle des Direktors des Gefängnisses gegangen. (Hört! hört!) Wenn der Brief nicht das Imprimatur des Direktors trägt, so vielleicht, weil das Kuvert verloren gegangen ist oder weil der Herr mit Rücksicht auf meine Stellung — ich war damals Reichstags-Abgeordneter und auch in Sachsen läßt man in einem solchen Falle noch eine gewisse Höflichkeit gelten — sich sagte: Dem willst du nicht den Gefängnisstempel aufdrücken. Also der Brief ist durch die Hände des Direktors gegangen und von ihm gelesen worden. Ich weiß das genau, denn ein paar Tage später kam der Direktor, wie so oft während meiner Haft zu mir, und wir sprachen da sowohl über diesen Brief, wie über eine Reihe andrer Briefe, die ich geschrieben hatte. Es war eine Diskussion politischer Art, so lebhaft, daß ich meinem Temperament entsprechend etwas sehr laut sprach, und da sagte mir der Direktor: Herr Bebel, pst, pst, rechts und links haben wir Nachbarn. (Heiterkeit.)

Heine: Ich bin mir nicht klar, wo ich mit der persönlichen Bemerkung beginnen darf. Habe ich den Genossen Singer richtig verstanden, so will er wohl mir persönliche Bemerkungen gestatten, die sich an das halten, was in der heutigen Nachmittags-Sitzung gesagt ist. Ist das der Fall, dann verzichte ich. Ich habe geglaubt, daß man mir ebenso wie Bebel gestatten würde, persönliche Bemerkungen zu machen, zur Aufklärung von Irrtümern über das, was ich gesagt habe oder gesagt haben soll, soweit es sich auf diesen Gegenstand der Debatte bezieht. Ich habe heute früh mit Singer darüber gesprochen, er hat mich nicht darauf aufmerksam gemacht, daß ich meine Ausführungen einzuschränken hätte. Ich bitte mir dieselbe Redefreiheit zu gewähren, wie Bebel. Wenn aber der Parteitag das nicht für zulässig hält, dann werde ich aufs Wort verzichten.

Singer: Ich habe ausgeführt, aus welchem Grunde es erwünscht ist, daß der Parteitag Bebel gegenüber von dem Gebrauch bei persönlichen Bemerkungen absieht und ihm gestattet, auch auf Aeußerungen von gestern einzugehen. Das trifft bei Heine nicht zu. Es konnte nie die Rede davon sein, daß Heine etwa das Schlußwort bekäme. Ich habe nichts dagegen, daß Heine seine persönlichen Bemerkungen auf die heutige Vormittags-Sitzung ausdehnt, weil ja in der Nachmittags-Sitzung eigentlich nichts gesagt ist, was ihm zu einer persönlichen Bemerkung Anlaß geben könnte. Indessen, wenn der Parteitag beschließt, die persönlichen Bemerkungen auf die ganze Diskussion auszudehnen, nun, ich habe Zeit. Aber das wäre etwas Ungewöhnliches. Man kann so etwa höchstens in Ausnahmefällen machen. Den Grundsatz jedoch darf man nicht über den

Haufen werfen. Was die Verhandlungen zwischen Heine und mir betrifft, so bezogen sich diese Verhandlungen auf einen Antrag, in dem Heine persönlich genannt ist. Ich bin mit ihm übereingekommen, vorzuschlagen, daß dieser Antrag, der mit dem Wortlaut unsrer Resolution nichts zu tun hat, besonders verhandelt wird. Als ich ihm sagte, daß er darüber keine persönliche Bemerkung zu machen brauchte, zog er seine Wortmeldung zurück. Will Heine einen Beschluß des Parteitages im Sinne seines Wunsches herbeiführen, so bin ich bereit dazu, aber ich meine, wir haben keine Veranlassung, außer der einen Ausnahme, die wir bei Bebel gemacht haben, und die natürlich auch auf Vollmar zutrifft, noch weitere Ausnahmen zu machen.

Heine: Da mir der Vorsitzende die Erlaubnis zu geben scheint, auf die Vormittags-Sitzung zurückzugreifen, so will ich einen weiteren Beschluß nicht herbeiführen. Ich werde mich deshalb nicht mit dem beschäftigen, was Bebel über mich gesagt hat, sondern was Kautsky heute früh ausführte. Kautsky spricht durchweg allgemein von den Revisionisten und nach dem ganzen Gang der Debatte besteht kein Zweifel, daß man mich darunter mitversteht. Kautsky hat gesagt, alle deutschen Revisionisten hätten sich für Millerand ausgesprochen. In einer Versammlung vom 29. Juli dieses Jahres habe ich laut Bericht des „Vorwärts“ gesagt: „Freilich solle das nicht bedeuten, daß die Politik der französischen Genossen nach Deutschland verpflanzt werden solle, wo alle Voraussetzungen dafür fehlten, und ich habe weiter erklärt, daß ich auch in Frankreich dies Experiment für die französischen Genossen für schädlich gehalten habe. Die Behauptung, daß alle Revisionisten, worunter auch ich einbegriffen bin, obwohl ich selbst diesen Ausdruck niemals gebraucht habe, sich für Millerand ausgesprochen hätten, trifft also, soweit meine Person in Betracht kommt, nicht zu. Weiter hat Kautsky erklärt, daß die Revisionisten sich durchweg identifizierten mit den Auslassungen von Bernstein in seinem Buch über die Voraussetzungen des Sozialismus. Kautsky hat einige Stellen aus Bernsteins Schrift verlesen. Er hat aber nicht mitgeteilt, daß diese Stellen fast ausnahmslos dieselben sind, gegen die ich bereits öffentlich Verwahrung eingelegt habe. Ich habe zu jeder Zeit protestiert gegen die Identifizierung meiner politischen Auffassung mit der von Bernstein. Ich habe auf Seite 424 der „Sozialistischen Monatshefte“ 1902 ausgeführt: „Wie ich schon bei andrer Gelegenheit gesagt habe, legen wir sogenannten Bernsteinianer Wert darauf, nicht eine kompakte Masse von Gläubigen eines Bernsteinschen Dogmas zu sein, sondern wir meinen, daß die Lebensfähigkeit der Sozialdemokratie durch möglichste Freiheit individueller Auffassungen verbürgt werde.“ Und in Lübeck habe ich laut Protokoll gesagt: „Sie sehen, so sehr ich Bernstein in vielen Punkten recht gebe, so sehr ich ihn schätze, Bernstein und ich bilden keine Versicherung auf Gegenseitigkeit zu Lobeserhebungen, so daß wir in den uns zur Verfügung stehenden Blättern uns erzählten, was für vorzügliche Kerle wir wären und wie prächtig wieder unsre letzte Arbeit geraten sei. (Heiterkeit!) Nein, wir bilden keine geschlossene Masse, jeder nimmt sich das unbedingte Recht der Kritik heraus.“ Weiter hat Kautsky gesagt, die Revisionisten gäben das Prinzip des Klassenkampfes auf, und er hat zum Beweise dafür ein paar Stellen aus Bernsteins „Voraussetzungen des Sozialismus“ vorgelesen. Ich kann Bernstein im Rahmen dieser Bemerkung nicht rechtfertigen, sondern kann nur sagen, was ich selbst darüber geschrieben habe. Im Oktol 1899 schrieb ich in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Dagegen scheinen alle diese Umstände nicht den Ausdruck Bernsteins zu rechtfertigen, daß kapitalistische Entwicklung von der Zunahme der Kapitalisten aller Grade gleitet sei, und ebensowenig widerlegen sie die Tatsache der fortschretten Proletarisierung der Mittelklassen. Wie ich mich in dieser Beziehung Bernste Ansichten über den allgemeinen Gang der Entwicklung nicht anschließen ko so muß ich es auch bestreiten, daß der Kampf der beiden wirtschaftlichen Ha

klassen sich fortgesetzt mildere. Soviel er an äußerlicher Reinheit abstreift, so viel verschärft er sich an innerlicher Intensität. Die gewaltsamen Ausschreitungen der Vergangenheit, die Zerstörungen von Fabriken und Maschinen, Versuche gewaltsamer Revolutionen waren völlig vereinbar mit gänzlicher Unklarheit über das eigentliche Klasseninteresse des Proletariats. Die heutigen Gewerkschaftskämpfe in geregelten, gesetzlichen Formen, die heutige Reformpolitik auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sind ein viel schärferer Klassenkampf und werden auch von den Unternehmern so empfunden. Und daß das Unternehmertum als Ganzes heute gehässiger denn je gegen die Arbeiterschaft auftritt, dürfte Bernstein für den Kontinent wohl zugeben." Dann hat Kautsky die Revisionisten verantwortlich gemacht — das war der Kern seiner Ausführungen — für die Abschwächung des politischen Kampfes, die er aus Bernsteins Bemerkung über die Wirkung der Phraseologie der Bourgeoisie gegenüber ableitet. Ich stelle fest, daß ich an derselben Stelle folgendes gesagt habe: „Keiner, auch Bernstein nicht, hat je behauptet, daß wir durch die Sozialreformen im heutigen Staatswesen alles erreichen würden, was uns als Ziel vorschwebt, aber wir wissen, daß wir zur Zeit jedenfalls nichts andres tun können, und daß wir gar nichts erreichen würden, wenn wir jetzt nicht die Grundsteine legen wollten, auf denen wir später weiter bauen müssen." . . . „Unter diesen Umständen kann ich leider den Optimismus nicht teilen, mit dem Bernstein eine friedliche Entwicklung zur Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft als sicher voraussagt." Ich persönlich bin wahrlich kein Liebhaber starker Worte, und renommistische Zukunftsdrohungen sind mir direkt zuwider, aber ich glaube doch, daß Bernstein sich irrt, wenn er das, was er unsre Freßlegende nennt, für die Schwäche des deutschen Liberalismus verantwortlich macht. Der blöde Haß gegen die Sozialdemokratie, die Angst vor jedem Schimmer eines demokratischen Gedankens sind in Deutschland um so ärger geworden, je mehr die Sozialdemokratie die Allüren ihrer Jugendjahre abgestreift hat, bei denen es einem in der Tat manchmal nicht gewundert hätte, wenn sie den Philister erschreckt hätten. Alles Reden von der Revolution, alle blühende Phraseologie haben nicht halb so einschüchternd auf das Bürgertum gewirkt, wie die nüchterne ruhige Reformarbeit, an der wir uns beteiligen. Wir, d. h. die überwiegende Masse der deutschen Sozialdemokraten, wagen zu scheinen, was wir sind, nämlich eine Partei der praktischen Reformen mit einem auf die Umgestaltung der Grundlagen der Gesellschaft gerichteten, also revolutionären Ideal und Endziel" und ich habe mich dann gegen die von Bernstein vorgeschlagene Namensänderung gewendet. Ehe ich diesen Artikel veröffentlichte, habe ich das Manuskript Vollmar gezeigt. Wir haben uns über den Inhalt verständigt, er war damit einverstanden. Ich erwähne das nicht, um mich gegen einen in der Luft schwebenden Vorwurf zu wenden, sondern um zu beweisen, daß der Revisionismus, gegen den sich die Resolution richtet, gar nicht existiert. (Zustimmung und Widerspruch.)

v. Vollmar: Bebel meinte bezüglich der bayrischen Wahlrechtsfrage, wenn es den Münchenern so darum zu tun gewesen ist, warum sie dann die Sache nicht auf dem Parteitage angeregt hätten. Damit dreht er aber die Verhältnisse um! Denn nicht wir waren die Ankläger, sondern Bebel. Ihm war unsre Bewegung nicht recht. Er hatte erklärt, daß unsre Haltung parteischädigend sei, und deshalb wäre es seine Aufgabe gewesen, die Sache in München zu verfolgen. Wir Bayern waren darauf gefaßt, daß wir angegriffen würden. Ich könnte eine Anzahl von bayrischen Genossen nennen, die auf der Rednerliste standen, jedesmal, sobald sich ein Redner meldete, von dem wir annahmen, daß er uns angreifen würde. Aber es erfolgte kein Angriff, und die Redner haben sich regelmäßig wieder streichen lassen. Dem Genossen Timm war das schon ein paarmal passiert, und da es ihm unangenehm war, sich ein drittes Mal streichen zu lassen, sah

er sich veranlaßt, unvorbereitet über eine ganz andre Sache zu sprechen. (Große Heiterkeit.) Was meine Anführung einer Stelle aus der Bebelschen Etatsrede betrifft, so hat Bebel bestätigt, daß mein Zitat richtig ist. Er sagt mir, daß ich einen Satz nicht verlesen habe, und meint, daß durch diesen Satz das Ganze eine andre Bedeutung bekommt. Ich bin nicht der Meinung, glaube vielmehr, daß dieser Satz an dem Sinne gar nichts ändert. Indessen war die ganze Anführung von keiner wesentlichen Bedeutung in meiner Rede, denn ich wollte daraus nicht den Schluß ziehen, daß Bebel eine falsche Aeußerung getan habe, sondern nur sagen, was die Leute, welche mit dem Rotstift in der Hand meine Reden verfolgen, wohl gesagt haben würden, wenn ich eine solche Aeußerung gemacht hätte. (Bebel: Gar nichts!) So, weißt Du denn das so genau? (Bebel: Ja, das weiß ich!) Nun zu Kautsky! Zu meinem Bedauern habe ich seine Rede nicht vollständig hören können, da ich während eines Teiles derselben eine Unterredung mit Bebel hatte. Ich habe mich aber von andern darüber informieren lassen, was er gesagt hat. Er soll eine Reihe von Behauptungen aufgestellt haben, durch die er beweisen wollte, daß ich eigentlich nach dem Wortlaute der vorliegenden Resolution gegen die Absätze 2, 3 und 4 stimmen müßte. Ich habe gestern bereits die Gründe dargelegt, die für mich bei meiner Abstimmung maßgebend sind. Die Motive, die Kautsky heute hinterher in seine Resolution hinein interpretieren wollte, sind für mich und für den Parteitag vollkommen ohne Bedeutung. (Sehr gut!)

Eisner: Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht auf die vorgestrige Rede von Bebel und die heutige Deklaration derselben eingehen und will mich deshalb auf eine kurze Erklärung beschränken. Ich habe die Tendenz und den Inhalt weder seiner neulichen Ausführungen, noch seiner heutigen Deklaration völlig verstanden, insbesondere nicht, ob in seiner Deklaration irgendwelches Mißtrauen gegen meine Person ausgesprochen werden soll. Ich habe nicht verstanden, ob die Absicht besteht, meinen Anteil an Einfluß innerhalb der völlig demokratischen Organisation des „Vorwärts“ einzuschränken. Weil ich das nicht verstanden habe, kann ich mich auch mit der Deklaration von Bebel nicht zufrieden geben. Da ich aber sachlich nicht darauf eingehen kann, so muß ich die weitere Aufklärung den Verhandlungen der zuständigen Instanz überlassen.

Bebel: Es fällt mir in gar keiner Weise ein, irgend welches Mißtrauen gegen Eisner und seine Leistungen auszusprechen. Wenn in dem Wortlaute meiner Rede ein solches Mißtrauen enthalten sein sollte, habe ich ausdrücklich erklärt, daß das nicht so gemeint war. Mehr konnte ich loyaler Weise nicht tun. Ich glaube alles getan zu haben, was möglich ist, und nach der Anerkennung, die ich Eisner gezollt habe, die das höchste enthält, was man einem Redakteur entgegenbringen kann, verstehe ich es nicht, wie er immer noch nicht zufrieden gestellt worden ist. Ebenso wie Eisner im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht auf meinen Vorschlag eingehen kann, kann ich auch meinen Plan über die zukünftige Gestaltung des „Vorwärts“ im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht erörtern. Zu den Verhandlungen darüber wird die Redaktion des „Vorwärts“ in corpore eingeladen werden. Eisner hat ja dann Gelegenheit, dort seine Bedenken vorzubringen. Was die Bemerkung Vollmars bezüglich des aus meiner Kaiserrede zitierten Satzes betrifft, so handelt es sich um eine Auslegung. Da r
nach allgemeinem Recht dem Redner in erster Linie zusteht, zu sagen, was
gemeint hat, so habe ich auch heute davon Gebrauch gemacht in einer Weise,
meiner Ueberzeugung entspricht. Es ist unnötig, darüber zu streiten, denn
würden hin und herstreiten und es bliebe doch alles beim alten. Dann
Vollmar wieder auf die Bayernfrage gekommen und teilt uns die Neuigkeit
daß ein kleines Armeekorps schwer bewaffneter Bajuvaren im Hinterhalt
Rednerliste gestanden hat, bereit, sofort über mich herzufallen. (Große Hei
keit.) Diese Tapferkeit der Bajuvaren freut mich. Aber ich bin um s

darüber erstaunt, da ich Vollmar gegenüber erklärt hatte, es würde mir gar nicht einfallen, die Sache zur Sprache zu bringen. Allerdings hat später David in den „Monatsheften" geäußert, die Abrechnung habe nicht stattgefunden, ich hätte wohl Befürchtungen gehegt. Meine Aeußerung bezog sich darauf, daß ich einen Artikel in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" veröffentlicht hatte, in welchem es am Schlusse hieß: „Wenn Ihr wollt, dann sehen wir uns bei Philippi wieder." Wenn Ihr wollt — Ihr habt aber nicht gewollt. (Heiterkeit.) An Euch lag es, nicht an mir, ich war bereit, ich habe Euch die Gründe gesagt, warum ich nicht angriff. Wenn ich angegriffen werden will, dann mache ich in einem solchen Falle die Attacke und warte nicht ab. (Zustimmung.)

Kautsky: Heine hat sich gegen mich gewendet. Ich habe ihn mit keinem Worte genannt, sondern bloß von Revisionisten gesprochen. Er hätte gar nicht das Recht gehabt zu seiner persönlichen Bemerkung, wenn er sich nicht durch dieses Wort getroffen fühlte. (Sehr richtig! Heine: Ihr nennt mich doch immer so!) Ich habe ihn nicht zum Revisionisten gestempelt. Diesen Ruf hatte er schon lange, bevor ich heute gesprochen habe. (Heine: Na also!) Vollmar beneide ich um seine Gabe, eine Rede zu beurteilen, die er nicht gehört hat. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Vollmar: Die letzte Aeußerung ist ein schöner Ausweg, aber weiter nichts. Denn Kautsky vergißt, daß es außer ihm und mir in diesem Saale auch noch andre Leute giebt, die hören können. Im übrigen ist es allerdings richtig, daß ich ihn gar nicht zu hören brauche, um zu wissen, was er sagt (Heiterkeit), ich meine, in Bezug auf die vorliegende Sache. Gegen Bebel nur eine einzige Bemerkung: Er sagt, es habe ihn interessiert zu hören, daß ein ganzes bayrisches Armeekorps bei der Hand gewesen ist, auf ihn loszustürzen. Na, so grausam sind wir nicht, daß ein ganzes Armeekorps über einen einzelnen herfällt, das müßte wo anders Mode sein. (Heiterkeit.) Aber Bebel vergißt, daß in der Wahlrechtsfrage nicht er allein angegriffen, sondern auch ein großer Teil der Parteipresse erklärt habe, daß gegen uns vorzugehen sei. Wenn Bebel sagt, er an unsrer Stelle wäre zur Attacke vorgegangen, so habe ich nur zu erwidern, daß wir keine streitsüchtigen Leute sind, die um jeden Preis streiten wollen, sondern wir hauen nur dann darauf los, wenn es nötig ist. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!)

Heine: Die Bemerkung von Kautsky, „so daß ich mich gewissermaßen als Revisionist getroffen fühle", sollte vermutlich kein Witz sein, denn ich habe Kautsky noch nie einen Witz machen hören. (Rufe: Na! na!) Sie war also wohl ernst gemeint. Es wiederholt sich immer dasselbe Spiel. Genau so war es ja in Lübeck. Es wird auf eine Anzahl von Leuten hingewiesen, die bald Opportunisten, bald Revisionisten, bald Bernsteinianer genannt werden, und diese werden dann in allgemeinen Redensarten vermöbelt. Jeder weiß, wer damit gemeint ist. Weist dann aber einer nach, daß das alles unrichtig ist, was über ihn gesagt ist, ann kommt immer dieselbe Doppelargumentation: erstens: Dich haben wird nicht gemeint! und zweitens, daß Du Dich dagegen verwahrst, ist ein Zugeständnis, daß Du es bist! Dieses Verfahren ist mir als Anwalt aus Beleidigungsprozessen aus täglicher Erfahrung bekannt. Wenn so die Mutter Müller'n herumläuft und sagt: „Die Schulze'n — ja, ich sage nichts — aber es sind dort und dort silberne Löffel gestohlen worden; ich sage natürlich nichts gegen die Schulze'n (Heiterkeit), aber es sind auch in der Wohnung von der Schulze'n Löffel gesehen worden", wenn dann die Schulzen klagt und sagt, sie sei des Diebstahls beschuldigt worden, da sagt die Müllern: „Sie habe ich ja gar nicht beniemt! Sie müssen doch ein verflucht schlechtes Gewissen haben!" (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten.

Auf Vorschlag von **Singer** beschließt der Parteitag, die Anträge 17, 104, 108 im letzten Absatz und 139 bei der Beschlußfassung zunächst auszuscheiden. Zur Beschlußfassung steht zunächst Resolution 130. Von den Antragstellern im-

ersten Absatz verändert durch Antrag 140 und die zahlreichen Amendements zu ihr. Wenn diese Resolution zur Annahme gelangt, sollen die übrigen Anträge über Taktik und revisionistische Bestrebungen für erledigt gelten. In einer Vorabstimmung sollen zunächst die Amendements erledigt werden. Ueber die so umgestaltete Resolution 130 soll, wie ein genügend unterstützter Antrag verlangt, in namentlicher Abstimmung entschieden werden. Der Parteitag ist mit dieser Art der Erledigung einverstanden. Zu Absatz 1 (Antrag 140) wird das Amendement 144, 2. Teil, mit großer Mehrheit angenommen und ebenso der so veränderte Absatz. Zu Absatz 2 und 3 liegt der Antrag 141 vor, die beiden Worte „revisionistische" zu streichen. Der Antrag wird in diesem Teile abgelehnt. (Ruf: Die Volksseele!) Die Absätze 2 und 3 werden unverändert angenommen.

Zu Antrag 143, der eine Einfügung hinter Absatz 3 vorschlägt, liegt ein Unteramendement Wurm-Gradnauer vor, wonach in Ziffer 2 zwischen die Worte „Sozialdemokratie" und „einen Anteil" eingefügt werden sollen die Worte „gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Sozialisten-Kongresses zu Paris im Jahre 1900". Dieses Unteramendement und ebenso der so veränderte Antrag 143 werden angenommen. Der 4. Absatz der Resolution 130 bleibt unverändert. Das Amendement Timm u. Gen. zum 5. Absatz (Nr. 142) wird abgelehnt. Dagegen der Antrag Legien 141 (soweit er sich auf den letzten Absatz der Resolution bezieht) in getrennter Abstimmung in seinem 1. und 2. Teile angenommen. Der Antrag Stadthagen 144 Nr. 1 wird angenommen, und ebenso schließlich der so veränderte Absatz 5. Das schriftlich vorliegende Amendement Luxemburg-Zetkin-Stadthagen, wonach der Parteitag vor allem erwartet, daß die Agitation im Lande in der nächsten Zeit als Hauptaufgabe betrachtet wird 2c., wird abgelehnt.

Vollmar, der mit der Minderheit gestimmt hat, ruft: Ach, das ist schade! (Heiterkeit.)

Die Resolution lautet nunmehr folgendermaßen:

Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstage durch Kandidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische Verpflichtungen zu übernehmen oder irgend welchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten.

2. Daß die Sozialdemokratie, gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900, einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder, wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist, „und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.“

Es folgt die Gesamtabstimmung. Resolution 130 wird in namentlicher Abstimmung mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen.

Mit Ja stimmten:

Albrecht, Auer, Antrick, Baader, Bartel, Bartels, Bebel, Becker, Beeck, Beer, Bender, Berthold, Bérard, Beyer, Biedermann, Birk, Block, Blos, Bock, Borgmann, Boemelburg, Böhm, Adolf Braun, Heinrich Braun, Otto Braun, Brey, Brühne, Buchwald, Burcke, Busold, Conrad, Crispien, Crohn, Czech, Dorn, Dräger, Dreesbach, Dubber, Dieter, Eberhardt, Ebert, Efftinge, Eichhorn, Eitzerodt, Engler, Ehrhart, Ewald, Faber, Fauth, Feldmann, Fenske, Edmund Fischer, Emil Fischer, Karl Fischer, Förster, Franck, Franke, Freiwaldt, Freythaler, Friedeberg, Friedländer, Fritz, Fritzsch, Frohme, Fülle, Geck, Gerisch, Gericke, Gewehr, Geyer, Gilsbach, Göhre, Goldstein, Gradnauer, Greiner, Grimpe, Grothe, Grünrock, Gruenwaldt, Grunwald, Haase, Haberland, Haenisch, Hahn, Haller, Harris, Härtel, Haverkamp, Heer, Heine, Heitland, Heymann, Hentschel, Hennig, Hentz, Herzfeld, Hieber, Adolf Hoffmann, Otto Hoffmann, Paul Hoffmann, Franz Hofmann, Holzapfel, Horst, Franz Höppner, Wilhelm Höppner, Horn, Hug, Hugel, Huhn, Jacobsen, Jasper, Ihrer, Jonas, Israel, Jung, Jürs, Kaden, Kähler, Katzenstein, Kautsky, Kayser, Keil, Kirsche, Kittler, Klotzsch, Klüter, Knieriem, Körsten, Koeckeritz, Koenen, Kolb, Körner, Koß, Kotzke, Krämer, Kremser, Krohn, Krüger, Kühn, Laaser, Lange, Langenstein, Langhorst, Leber, Ledebour, Legien, Lehmann-Mannheim, Leonhard, Leopold, Lesche, Leutert, Lienau, Liepmann, Lindemann, Lipinski, Löwenstein, Lohrberg, Lucht, Lückel, Luxemburg, Mahring, Mannheimer, Marx, Meiling, Meist, Meister, Metzger, Meyer, Michaelis, Michels, Molkenbuhr, Motteler, Mucker, Müller-Glauchau, Müller-Görlitz, Müller-München, Müller-Potschappel, Müller-Zwickau, Neumann, Neuschäfer, Niemeyer, Nitsch, Nitzschke, Noack, Noske, Oppel, Orbig, Osterroth, Paeplow, Paris, Passehl, Paulick, Peus, E. Pfannkuch, W. Pfannkuch, Pfarr, Pforr, Pickelmann, Pielecke, Pistorius, Pohl, Poller, Quarck, Rackl, Rasch, Rauch, Raute, Reißhaus, Reuber, Riedel, Rohleder, Rollwagen, Rothe, Rudolph, Sachse, Schaumburg, Scheib, Scheidemann, Schlick, Schmalfeldt, Albert Schmidt, Wilhelm Schmidt, Robert Schmidt, Peter Schmidt, Rosa Schmidt, Franz Schmitt, Schoorer, Schrader, Ernst Schultze, Heinrich Schulz, Schumann, Theodor Schwartz, Seeger, Segitz, Seifert, Severing, Silberschmidt, Singer, Sommer, Stadthagen, Staudinger, Stengele, Stephan, Stolpe, Storch, Straßenmeyer, Stoetzel, Stubbe, Stücklen

Südekum, Tännert, Täterow, Thate, Thesing, Thiele, Thomas, Timm, Trilse, Ulrich, Vetterlein, Vogel, Vollmar, Vosseler, Wagner, Walter, Weber, Weidner, Weil, Weiß, Welk, Welker, Wels, Wengels, Werner, Weyers, Winkelmann, Winkler, Winter, Wissell, Wölfel, Peter Wolf, Wilhelm Wolf, Wurm, Zenker, Zetkin, Zietz, Zorn, Zubeil.

Mit Nein stimmten:

Bernstein, Gertrud David, v. Elm, Grenz, Grünberg, Hering, Hué, Löbe, Gustav Müller, Paul Müller, Karl Schwarz.

Bei der Abstimmung von Auer, Heine, Kolb, Peus, Südekum, die mit „ja" stimmen, entsteht Heiterkeit. Bei der Abstimmung von Löbe-Breslau ruft Adolf Hoffmann: „Ein treuer Knecht war Fridolin!" (Heiterkeit.) Damit sind die Anträge 89, 90, 91, 101, 102, 103, 105, 106, 107, 108, erster Satz, 109, 109a, 110 und 129 erledigt. Karl Schwarz erklärt zu Protokoll, daß er gegen die Resolution gestimmt habe, weil er mit der bisherigen Taktik einverstanden sei. Krämer, Lindemann und Quarck erklären zu Protokoll, daß sie für die Resolution gestimmt haben, ohne sich mit allen Einzelheiten einverstanden erklären zu können.

Singer teilt mit, daß er eine Zuschrift des Herausgebers der Wiener „Fackel", des Herrn Karl Kraus, erhalten habe, in der ausgeführt ist, daß die Angaben des Genossen Victor Adler über die „Fackel" den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprächen.

Das inzwischen festgestellte Resultat der vorgenommenen Wahlen ergiebt: Zu Vorsitzenden des Vorstandes sind gewählt: Singer mit 286 und Bebel mit 272 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Antrick 7, Mehring 3, Adolf Hoffmann 2, Vollmar 2, Zubeil 1. Zu Sekretären sind gewählt: Pfannkuch mit 286, Auer mit 270 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Antrick 2, Hoffmann 1, Braun 1, Täterow 1, Molkenbuhr 1, Ledebour 1. Zum Kassierer ist Gerisch mit 286 Stimmen gewählt. — Zu Kontrolleuren sind gewählt: Meister mit 266, Kaden mit 247, Bock mit 235, Brühne mit 217, Frau Zetkin mit 215, Könen mit 206, Geck mit 199, Ehrhart mit 191, Pfarr mit 162 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Hug 100, Stücklen 94, Dubber 86, Quarck 82, Bömelburg 68, Ihrer 47, Storch 47, Vollmar 39, Elm 31, Meist 4, David 3, Molkenbuhr 3, Timm 2, Motteler 2, Braun 2, Beyer 1, Böhle 1, Grenz 1, Hoffmann 1, Kühn 1, Löbe 1, Paeplow 1, Peus 1.

Als Ort für den nächsten Parteitag ist Bremen mit 107 Stimmen gewählt. Außerdem sind Stimmen entfallen auf Mannheim 60, Essen 34, Magdeburg 21, Stettin 20, Dortmund 17, Nürnberg 12, Darmstadt 8, Berlin 8, Kiel 4.

Zur Verhandlung kommen die noch nicht erledigten Anträge zu Punkt 4 der Tagesordnung. — Die Anträge 104 und 108, zweiter Satz, werden zurückgezogen. Antrag 117 wird abgelehnt. — Ueber Antrag 139 beschließt der Parteitag die Eröffnung einer besonderen Diskussion.

Heine-Berlin: Ueber die Frage, ob die Marburger für Herrn v. Gerlach stimmen sollten oder nicht, will ich hier nicht reden; es hat da jeder seine Ansicht. Ich war der Ansicht, daß die Marburger für Herrn v. Gerlach stimmen müßten, weil der Gegner von Gerlach ein Reaktionär schlimmster Sorte war. Es ist mir in dem Antrage vorgeworfen, daß ich zu Gunsten eines mir persönlich befreundeten politischen Gegners unsrer Partei durch mein Telegramm an Herrn v. Gerlach die Marburger Parteigenossen desavouiert hätte. Demgegenüber mache ich darauf aufmerksam, und Herr v. Gerlach wird mir das nicht übelnehmen, daß das Verhältnis zwischen mir und ihm nicht das einer persönlichen Freundschaft, sondern nur einer oberflächlichen Bekanntschaft ist. Es ist mir

vorgeworfen worden, daß ich die Lobeserhebungen, die Herr v. Gerlach mir überreichlich spendete, nicht energisch zurückgewiesen hätte. Ich bitte die Parteigenossen, sich die Verhandlungen des Lübecker Parteitages anzusehen. Dort werden Sie finden, daß ich in Lübeck bereits in aller Oeffentlichkeit erzählt habe, wie ich Herrn v. Gerlach aufgefordert habe, diese Lobeserhebungen einzustellen. Er ist dieser Bitte aber nicht nachgekommen. Seit den Lübecker Tagen habe ich Herrn v. Gerlach überhaupt nicht mehr gesprochen, außer jetzt vor einigen Wochen. Man pflegt derartige Bitten an Gegner nicht zu wiederholen, namentlich wenn, wie sich herausgestellt hat, in der Sache eine Art System zu liegen scheint. Ich habe also Herrn v. Gerlach nicht aus Freundschaft telegraphiert, sondern nach meiner Ueberzeugung im Interesse der von uns vertretenen Sache. (Rufe: Aha!), und das bitte ich mir zu glauben. Was endlich meine Erklärung im „Vorwärts" anlangt, so erkläre ich hiermit, unbeschadet meines sachlichen Standpunktes, daß die Form, in der ich mich da über die Marburger ausgelassen habe, weder nötig noch angemessen war. Es ist mir da halt auch einmal passiert, daß ich mich über eine Sache geärgert hatte, und daß ich in meiner Antwort in der Form über das Ziel hinausschoß. (Hoffmann-Berlin ruft: Lübeck Nummer 2!) Dennoch halte ich es nicht für richtig, das durch eine Resolution zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir erst einmal anfangen wollten, auf unsren Parteitagen zu resolvieren, wann und wo irgend ein Parteigenosse gegen einen andren Genossen öffentlich grob geworden ist, dann müßte unser Parteitag sehr lange dauern. Ich bitte also die Genossen, sich mit meiner Erklärung zu begnügen und auf einen Beschluß zu verzichten. Wollen Sie das nicht, und sollte der Parteitag der ganz ungewöhnlich scharfen Resolution beitreten, dann nehme ich das hin mit den Empfindungen, mit denen man im Parlament einen Ordnungsruf entgegennimmt, wenn man etwas gesagt hat, das man nicht hätte sagen sollen, das man aber hat sagen wollen.

Michels-Marburg: Ich hätte eigentlich von dem Genossen Heine erwartet, daß er sich über die sachliche Frage überhaupt nicht aussprechen, sondern einfach die Form seines Artikels bedauern würde. (Sehr richtig! Lachen.) Er hat mich enttäuscht (Lachen), weil er hier wieder seine Meinung in einer Marburger Frage zum besten gegeben hat, wegen deren wir ihn gar nicht gefragt hatten. Genosse Heine erklärte sich hier gewissermaßen für einen Prügeljungen, an dem wir Marburger unsre Wut auslassen wollten. Ich meine aber, wenn ein Parteigenosse einem politischen Gegner in einer internen Angelegenheit ein Telegramm sendet und dieses Telegramm nachher bekannt wird, so hat er sich nach meiner Auffassung, und wohl auch nach der Auffassung der Mehrzahl der Anwesenden, einfach blamiert (Gelächter), und wenn man sich blamiert hat, dann schweigt man. Freilich trifft der Ausdruck „Prügeljunge" doch vielleicht zu, denn der Junge, der blamiert ist und nichts andres zu sagen weiß, der prügelt! (Gelächter.) Heine erklärte ferner, er habe schon in Lübeck Herrn von Gerlach aufgefordert, ihn nicht mehr zu loben. Da muß ich Herrn von Gerlach doch in Schutz nehmen. (Unruhe. Rufe: Zur Sache!) Wenn man einem Gegner einen solchen Freundschaftsbeweis im Telegrammstil giebt, so giebt man ihm doch direkte Veranlassung, ja gewissermaßen das Recht, sich dafür durch Lobeserhebungen dankbar zu zeigen. (Heine: Ich bin ja vorher schon gelobt worden.) Nachher auch noch in der Wiener „Zeit", worin Herr v. Gerlach schreibt, Sie hätten eine ganz tadellose Figur (Große Heiterkeit), die andren Parteigenossen wären nur kleine Geister, die für Sie noch nicht reif wären. (Große Heiterkeit.) Zum Schluß erkläre ich, daß wir, um die vielen Personalfragen, die uns auf diesem Parteitage schon beschäftigt haben, nicht um eine weitere zu vermehren, unsren Antrag zurückziehen. (Als sich Michels, nachdem er seine Ausführungen geendet, mit dem im Saale anwesenden Herrn von Gerlach unterhält, ruft ein Genosse: „Lassen Sie sich nicht loben!" Große Heiterkeit.)

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.
Es folgt Punkt 5

Maifeier.

Hierzu liegen die Anträge 60 bis 64 und die Mai-Resolution des Münchener Parteitages vor, die genügend unterstützt werden. Antrag 65 wird nicht unterstützt.

An Stelle des Referenten **Richard Fischer**, der im Laufe des Nachmittags in geschäftlichen Angelegenheiten plötzlich nach Berlin hatte abreisen müssen, übernimmt das Referat

Pfannkuch: Nachdem die Anträge, was ich eigentlich nicht erwartet hätte, unterstützt worden sind, muß ich auf sie eingehen. Ich glaube, daß wir an dem Wesen der Maifeier, wie sie jetzt besteht, im großen und ganzen nichts ändern können und dürfen. Wenn vielfach gewünscht wird, daß die Maifeier einen größeren und allgemeineren Umfang annehme, so muß daran erinnert werden, daß hier sehr weitgehende Fragen wirtschaftlicher Natur in Frage kommen, und die Gewerkschaften die Entschädigung der Gemaßregelten zu tragen haben. Der Antrag 60 ist derart, daß man ihn wohl dem Vorstand zur Berücksichtigung überweisen könnte. Wenn dann zur Zeit keine dringenden Aufgaben zu erfüllen sind, so kann ja eventuell ein solches Flugblatt herausgegeben werden. Im übrigen bitte ich Sie, die Anträge abzulehnen und lediglich die im vorigen Jahre beschlossene Resolution zu erneuern. Dieselbe lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Deutschland ist bisher dasjenige Land, das den Gedanken der Maifeier am erfolgreichsten propagiert hat. Es empfiehlt sich nicht, die Maifeier ihres jetzigen Charakters zu entkleiden. Deshalb bin ich auch gegen den Antrag, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Nehmen sie also die Münchener Resolution einstimmig wieder an!

Ein Antrag Timm auf Schluß der Debatte, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dr. **Friedeberg**-Berlin empfiehlt den Antrag 63. Wenn wir in unsrer Bewegung den Klassenkampfcharakter betonen, so müssen wir auch diejenigen Einrichtungen fördern, die geeignet sind, diesen Klassencharakter unsres Kampfes deutlich zu charakterisieren. Da kommt in erster Linie die Maifeier in Betracht, der die Idee zu Grunde liegt, daß wenigstens an einem Tage im Jahre der Arbeiter Herr über seine Arbeitskraft sein soll, die er sonst stets zu verkaufen gezwungen ist. Wir haben also nicht etwa diesen Charakter der Maifeier irgendwie abzuschwächen, sondern ihn im Gegenteil möglichst herauszuarbeiten. Sie sprechen von dem großen Siege, den wir am 16. Juni erfochten haben, aber liefern Sie doch auch den Beweis, daß hinter diesen 3 Millionen Stimmen Persönlichkeiten stehen, die für unsre Ideen eintreten. Das geschieht dadurch, daß für den ersten Mai allgemeine Arbeitsruhe vorgeschrieben wird. Mag sein, daß ein solcher Beschluß nicht durchzuführen wäre; aber unser ganzes Programm besteht ja aus Forderungen, die nicht durchgeführt sind. Man sagt, die Sache würde zu teuer sein und zu viel Opfer erfordern, aber müssen wir denn nicht allenthalben Opfer

bringen? Wie viel Opfer erfordert nicht alljährlich die Schwindsucht. (Unruhe. Zurufe: Wir sind doch nicht in einer Volksversammlung!) Die Maifeier hat aber besonders auch die Bedeutung, daß hier die Möglichkeit für ein wirkliches Zusammengehen zwischen Partei und Gewerkschaften gegeben ist und daß durch die Maifeier auch in den Gewerkschaften der Klassenkampfscharakter betont wird. Ich bitte sie also, dem Antrag 63 zuzustimmen.

Weidner: Auch mir genügt die bisherige Fassung der Resolution nicht, weil sie zu dehnbar ist. Deswegen meine ich, daß der Parteitag sich unbedingt mal mit der Frage beschäftigen muß, ob nicht allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai stattfinden soll. Dann muß auch erörtert werden, in welcher Weise die Entschädigungsfrage für die Gemaßregelten zu regeln ist. Darüber muß sich der Parteitag mit dem Gewerkschaftskongreß ins Einvernehmen setzen. Im übrigen stimme ich dem Vorredner zu.

Auf eine Anfrage aus der Versammlung über die geschäftlichen Dispositionen des Vorsitzenden bemerkt

Singer: Ich halte es für selbstverständlich, daß wir unsre Verhandlungen heute nicht zum Abschluß bringen können. Bedenken Sie, was es, nicht vor den Gegnern — das kann uns gleichgültig sein —, aber vor den Parteigenossen im Lande für einen Eindruck machen würde, wenn wir eine große Anzahl wichtiger Punkte in einer Weise erledigen würden, die einfach verächtlich zu nennen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem wir den großen, wichtigen Fragen, die uns bisher beschäftigt haben, und über die allerdings gesprochen werden mußte, die notwendige Zeit gewidmet haben, sind wir verpflichtet, den Anträgen über Arbeiterschutzgesetzgebung und sonstige Wahrung der Arbeiterinteressen ebenfalls Zeit und Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn es manchem schwer wird, länger hier zu bleiben, so glaube ich, werden wir lieber diejenigen, die absolut abreisen müssen, entschuldigen, als daß wir jetzt eine große Anzahl von Anträgen absetzen oder ohne unzulängliche Debatte erledigen. Außerdem sind wir doch schließlich auch nur Menschen. Wie könnte man abends noch in diesem Saale sitzen? Das wäre doch kein arbeiten mehr. Ich schlage vor, daß wir unsre Verhandlungen heute nicht zu Ende führen, sondern morgen früh um 11 Uhr fortsetzen. (Beifall.)

Der Parteitag ist damit einverstanden. Nachdem ein Schlußantrag abgelehnt ist, beschließt der Parteitag die Vertagung.

Singer teilt mit, daß eine Privatsammlung für die streikenden Crimmitschauer Textilarbeiter 482,40 Mark ergeben hat. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 7 Uhr.

Siebenter Verhandlungstag.

Sonntag den 20. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn $11^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Kaden.

Rühle-Harburg giebt die Erklärung zu Protokoll, daß er für die von der Mehrheit angenommene Resolution über die Vizepräsidenten-Frage gestimmt haben würde, wenn er anwesend gewesen wäre. Er hat in Chemnitz an dem Abstimmungstage eine Versammlung abgehalten.

Es sind Begrüßungen eingelaufen, die verlesen werden. Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Diskussion über **Punkt 5: Die Maifeier**, wird fortgesetzt.

Eitzerodt-Krefeld: Ueber die Beteiligung an der Maifeier besteht wohl eine allgemeine Unzufriedenheit. Die Hoffnungen und Wünsche, die wir an die Abhaltung der Maifeier knüpften, sind jedenfalls nicht in Erfüllung gegangen. Besonders im Auslande hat die Maifeier noch wenig Boden gefaßt, wenn auch überall langsam Fortschritte gemacht werden. In England wird sie mit der wachsenden Stärke der politischen Arbeiterbewegung sich sicher besser einbürgern und den demonstrativen Charakter annehmen, den wir wünschen. In Deutschland wird die Beteiligung von Jahr zu Jahr stärker und sie würde noch stärker sein, wenn nicht die wirtschaftliche Krise gekommen wäre. Wir leben ja nicht in Wolkenkuckucksheim; wir können nicht unter allen Umständen am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, denn wie sollten die Gewerkschaften sonst die Kosten für die Entschädigung der Gemaßregelten tragen! Durch die Maifeier dürfen die Kassen der Gewerkschaften nicht geleert werden. Glücklicherweise läßt das Aussperrungsfieber der Untenehmer nach; sie haben in der Sache ein Haar gefunden. Die Gewerkschaftsführer haben also nicht etwa Ursache zu bremsen. In vielen Städten haben die Unternehmer ja die Angst vor der Maifeier verloren und in vielen Betrieben die Arbeitsruhe am 1. Mai bewilligt. Ich stehe auf dem Boden der Resolution des Vorstandes.

Krüger-Dresden. Es ist in den verflossenen Debatten viel davon gesprochen worden, daß man den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen solle. Die Arbeiter wünschen aber keine Aenderung der Maifeier. Meiner Ansicht nach wird die Sache am besten von den Gewerkschaften erledigt, jedenfalls im Einverständnis mit ihnen, da sie für die Kosten einzutreten haben. Eine Einschränkung der Maifeier, wie sie von manchen Seiten gewünscht wird, muß auf jeden Fall zurückgewiesen werden. Wenn man z. B. die Feier auf den ersten Sonntag im Mai verlegen sollte, so wäre es keine Maifeier mehr, sondern ein gewöhnliches Sommerfest ohne demonstrativen Charakter.

Buxhold-Friedberg: Bei uns herrscht die größte Mißstimmung darüber, daß nichts geschieht, um die Maifeier auch auf dem platten Lande populär zu machen. Wir wünschen, daß der Parteivorstand ein geeignetes Flugblatt über die Bedeutung des ersten Mai herausgiebt. Aus diesem Grunde bitte ich Sie um die Annahme unsres Antrags.

Gewehr-Elberfeld: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir an dem System unsrer Maifeier nichts ändern, sondern sie in dem bisherigen Sinne weiter ausbauen sollen. Das aber muß den lokalen Organisationen überlassen werden; deren Aufgabe ist es, die Idee des Sozialismus und den Gedanken des Achtstundentages weiter zu propagieren. (Zustimmung.)

Löbe-Breslau empfiehlt den Antrag 64. Es waltet eine gewisse Mißstimmung über die Maifeier vor. Die Maifeier soll eine Demonstration sein, ist es aber nicht, denn die Arbeiter, die sich beteiligen, bilden doch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiterschaft. Besonders im Osten kann nicht davon die Rede sein, daß die Maifeier einen demonstrativen Charakter habe. Aus diesen Gründen sagten sich die Breslauer: Entweder volle Arbeitsruhe am 1. Mai oder gar keine. Und da wir die volle Arbeitsruhe nicht durchführen können, so halten wir es für besser, ganz darauf zu verzichten und nur abends in Versammlungen den 1. Mai zu feiern.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Berichterstatter **Pfannkuch** verzichtet aufs Schlußwort.

Die Münchener Resolution über die Maifeier wird erneut beschlossen. Damit sind die Anträge 60 bis 65 erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Den Vorsitz übernimmt

Singer und teilt mit, daß seitens der Kontrollkommission die Genossen Eberhardt-Charlottenburg und Wengels-Berlin in den Partei-

vorstand gewählt sind. **Vorsitzender der Kontrollkommission ist Meister-Hannover.**

Bevor in den Beratungen fortgefahren wird, erklärt

Singer: Ich glaube, es wird den Parteitag interessieren, wenn ich ihm das Urteil des Laurahütten-Prozesses mitteile. Dies Urteil ist ein Beweis für die neueste Anwendung der milden Form des Klassenkampfes (Sehr gut!) seitens der bürgerlichen Gesellschaft, vertreten durch die Instanzen und durch die Institutionen, welche die Gesellschaft sich unter anderm auch in der Justiz gegeben hat. Es sind im ganzen 43 Jahre 1 Monat Gefängnis verhängt. (Große Bewegung und lebhafte Entrüstungsrufe.)

Der Parteitag tritt hierauf in die Beratung des Punktes 7 der Tagesordnung:

Anträge zum Programm und zur Organisation.

Auf das Programm beziehen sich die Anträge 66 und 68. Beide erhalten nicht die genügende Unterstützung und sind infolgedessen erledigt.

Singer: Die auf die Organisation bezüglichen Anträge zerfallen in drei Gruppen; die erste Gruppe bezieht sich auf den § 2 des Organisationsstatuts, der vom Ausschluß handelt, die zweite auf die Vertretung der Fraktion auf künftigen Parteitagen, die dritte Gruppe bezweckt eine andre Regelung der Vertretung der Wahlkreise auf Parteitagen. Hierzu liegt der Antrag 134 vor, der eine Vertagung bis zum nächsten Jahre bedeutet. Ich beabsichtige, zunächst diesen Antrag zur Beratung und Abstimmung zu bringen. Daher aber muß ich die Unterstützungsfrage für alle Anträge zur Orgonisation stellen.

Sämtliche Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, werden genügend unterstützt.

Gilsbach-Köln widerspricht dem Vorschlage Singers, zuerst den Antrag 134 zu beraten.

Die Abstimmung ergiebt, daß der Parteitag sich dem Vorschlage Singers anschließt.

Es wird also zunächst Antrag 134 beraten.

Gewehr-Elberfeld: Wir haben den Antrag 134 nicht mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit, sondern aus sachlichen Gründen gestellt, weil die verschiedenen Vorschläge eine Vorberatung erfordern. Wir werden doch wohl die Frage noch ein Jahr vertagen können.

Stubbe-Hamburg ist gegen die Vertagung der Frage. Bereits in Lübeck haben wir den Vorstand beauftragt, § 3 des Organisationsstatuts zu revidieren; das ist durch den vorliegenden Antrag des Vorstandes geschehen, es liegt gar kein Grund vor, diesen Antrag jetzt nicht zu erledigen.

Der Antrag 134 wird angenommen. Damit sind die Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, dem Parteivorstand überwiesen.

Es folgt Punkt 8: Sonstige Anträge, die in die drei Gruppen: **Agitation, Presse, Zeit und Tagesordnung des nächsten Parteitages** gegliedert werden.

Zum Punkte: Agitation gehören die Anträge 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 67, 112, 113, 115, 116, 117, 119, 126, 127, 133.

Antrag 114, der die Alkoholfrage betrifft, wird von

Hering-Flensburg mit der Motivierung zurückgezogen, daß eine eingehende Beratung dieser wichtigen Angelegenheit bei der vorgerückten Zeit nicht möglich sei. Hoffentlich werde man im nächsten Jahr Zeit zu gründlicher Erörterung finden.

Die erforderliche Unterstützung finden nur die Anträge 36, 53, 54, 55, 56, 59, 112, 119 und 133. Diese werden zur Debatte gestellt.

Antrag 36 wird begründet von

Gilsbach-Köln. Ich hätte gewünscht, unsre literarisch tätigen Genossen hätten uns etwas mehr Zeit für unsren wichtigen Antrag überlassen, der nun vor bereits gelichtetem Parteitag verhandelt werden muß. In den voraufgegangenen Debatten ist so viel gutes für unsren Antrag bereits gesagt worden, daß er prinzipielle Gegner kaum noch haben dürfte. Nur um die Möglichkeit seiner Verwirklichung kann es sich noch handeln. Die Erfahrungen während der Wahlagitation haben uns nur in unserm Verlangen bestärkt, das aber schon lange vor den Wahlen dem Vorstande unterbreitet worden ist; der hat es freilich abgelehnt, was ich ihm weiter nicht übel nehme. Irre ich nicht, so hat auch Elberfeld einen ähnlichen Antrag gestellt. Gewiß hat unsre Agitation überall im Reiche mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Klassenkampf nimmt überall sehr scharfe Formen an. Und doch ist ein kleiner Unterschied in der Art unsrer Gegner und besonders in ihrer Stärke. Wir im Rheinland haben mit dem schlimmsten und stärksten unsrer Gegner, mit dem Centrum zu kämpfen. Es ist so oft bei uns die Rede davon, daß der Centrumsturm ins Wackeln geraten sei. Ich habe mir den Centrumsturm sehr genau angesehen im Rheinland, und kann Ihnen sagen: abgesehen von ein paar kleinen Rissen, wird der Centrumsturm noch manchen Sturm überstehen. Der Katholikentag in Köln hat ja unmenschlich aufgeschnitten und übertrieben, aber es ist nicht zu übersehen, daß das rheinische Centrum über eine sehr starke Organisation verfügt. Der Volksverein für das katholische Deutschland, die Elitetruppe des Centrums, hat $13^1/_2$ Millionen Druckschriften ausschließlich gegen die Sozialdemokratie verbreitet, durch seine Korrespondenten steht es mit 371 Zeitungen in Verbindung. Diese Arbeit darf man nicht unterschätzen. Die größte Agitation entfaltet das Centrum im Rheinland. In Bayern haben wir ein ganz andres Centrum, als das rheinische es ist. Von den angeblich 300 000 Mitgliedern des Volksvereins sind im Rheinland 187 000, in Bayern aber nur 9000 Mitglieder. Mit dieser Organisation haben wir zu kämpfen und dazu müssen wir unser Rüstzeug prüfen. Die jetzt bestehenden Institute, das Agitationskomitee, genügen nicht mehr, so groß und erfolgreich seine Tätigkeit auch gewesen ist. Wie sehr wir im Rheinlande zugenommen haben, ergiebt die Statistik der letzten Wahlen. Die Erfolge sind ein Beweis, daß man bei guter Organisation viel erreichen kann. Es ist dort im Westen eine besondere Agitation notwendig; namentlich der Punkt „Religion ist Privatsache“ muß da immer im Auge behalten werden. Es freut mich, daß der Antrag, der diesen Punkt unsres Programms aufheben wollte, keine Unterstützung gefunden hat. Die jetzigen Institutionen reichen jedenfalls nicht aus, um am Rhein den Kampf gegen das Centrum zu führen. Deshalb schlagen wir eine neue Organisation vor. Die Personenfrage würde dabei gewiß schwierig sein, aber sind wir jemals an der Personenfrage gescheitert? Die Gewerkschaften haben dieselbe Institution, und sie haben die Personenfrage auch gelöst. Eine Partei, die einen Vizepräsidenten für den Reichstag in Reserve hat, wird auch für diesen Posten eine geeignete Person finden. Gelänge das nicht, so wäre das ein Armutszeugnis für die Dreimillionen-Partei. Auch die Geldfrage kann nicht zur Ablehnung des Antrages führen; wir haben ja Geld — im Gegensatz zum Reich, das kein Geld hat. Die Zeit ist auch nicht mehr fern, wo wir im Rheinland im stande sein werden, die Kosten selbst zu tragen. Außerdem werden sich diese Ausgaben sehr bald durch die vermehrte Agitation selbst decken. Lehnen Sie den Antrag nicht ab; er wird sonst wiederkommen, und die Verhältnisse werden Sie später doch zwingen, ihn anzunehmen.

Kremser-Düsseldorf: Die jetzt vorhandenen Agitationskräfte im Westen sind unzulänglich; das hat nach den Wahlen der „Vorwärts“ selbst geschrieben. Die jetzigen Angestellten unsrer Partei am Rhein sind überarbeitet, desgleichen die Gewerkschaftsführer. Wir müssen also die Kräfte verstärken, zumal wir in

der nächsten Zeit einen besonders heftigen Kampf mit dem Centrum zu führen haben werden. Ich habe während des ganzen Wahlkampfes in diesen Gegenden agitiert und gesehen, wie schwer die Agitation ist. Für den Fernstehenden ist es schwer zu begreifen, weshalb wir gegen das Centrum nicht mehr Erfolg haben; die Leute dort stehen eben zu sehr unter dem Einfluß der Klerisei. Da kann nur eine planmäßige unermüdliche Agitation helfen; dazu müssen wir aber Hilfe haben.

Auer: Was der Antrag 36 will, daß nämlich noch viel mehr agitiert werden soll als bisher, darüber sind wir alle einig. Zweifelhaft ist nur, ob auf dem vorgeschlagenen Wege das Ziel zu erreichen ist. Ich erlaube mir, das zu bezweifeln, auf Grund der reichen Erfahrungen, die wir in dieser Beziehung gemacht haben. Vor dem Sozialistengesetz hatten wir ja jahrelang das System der ständigen Agitatoren. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes haben wir nach reiflicher Ueberlegung von einer Wiedereinführung dieses Systems abgesehen. Wir kamen dazu, weil wir mittlerweile ein Ersatzmittel gefunden haben, durch das viel mehr erreicht wird: indem wir eine weitverzweigte lokale Presse geschaffen haben. Die Redakteure dieser Blätter wirken in doppelter Beziehung agitatorisch: einmal durch die Zeitung und dann dadurch, daß sie auch noch mündlich agitieren. Dieses Mittel haben die Gewerkschaften nicht, deshalb ist es begreiflich, daß sie ständige Agitatoren anstellen. Nun sagt man, unsre Redakteure sind überlastet. Freilich sind sie es; wir sind alle überlastet; unsre Nerven sind so gereizt, daß wir jetzt 8 Tage lang Debatten hatten, die durch diese überreizten Nerven ihren scharfen Charakter bekamen. Wenn wir nicht alle in dem 35jährigen Kampfe unsre Nerven ruiniert hätten, so wäre in den letzten Tagen manches ungesagt geblieben. Das wird dadurch nicht anders, daß wir ein paar Agitatoren anstellen. Wenn die Genossen am Rhein dazu im stande sind, so können sie ja selbständig mit der Anstellung solcher Agitatoren vorgehen. Und wenn der Westen vom Vorstande finanziell unterstützt zu werden wünscht, so geschieht das ja schon, da wir zu einer ganzen Reihe von Blättern Zuschüsse leisten. Also dieser Wunsch ist erfüllt. Aber das soll noch nicht reichen. Reichen wird es auch nicht, wenn wir ein Dutzend Agitatoren hinschicken. Solche Agitatoren würden sich schnell abarbeiten, in dem Sinne, daß es bald heißen würde: Ach Gott, den So und so haben wir alle schon gehört, da muß der Abg. Bebel oder Singer kommen! Das ist menschlich natürlich. Also, ich bitte Sie, den Antrag 36 abzulehnen, weil nichts dabei herauskommen würde.

Ein Schlußantrag, den Trilse-Elberfeld mit Hinweis auf die Wichtigkeit des Gegenstandes bekämpft, wird angenommen.

Antrag 36 wird abgelehnt.

Den Antrag 53 begründet

Müller-Zwickau: Es ist der Wunsch vieler Genossen, daß die im Parteiverlage erscheinenden Broschüren in einheitlichem Format hergestellt werden.

Rich. Fischer: Wenn Sie nur den Wortlaut des Antrages in Betracht ziehen, so ist der darin ausgesprochene Wunsch bereits erfüllt, denn die Broschüren des „Vorwärts"-Verlages haben ein einheitliches Format. Aber alle in Parteiverlagen überhaupt erscheinenden Broschüren in einheitlichem Format herzustellen, ist unmöglich, denn die Formate sind abhängig von den verschiedenen Maschinen, und die können wir nicht über Nacht ändern.

Singer: Nachdem die Erklärung abgegeben ist, daß, soweit der Wortlaut des Antrags in Betracht kommt, die Forderung bereits erfüllt ist, ist der Antrag als erledigt anzusehen.

Müller-Zwickau: Ich ziehe den Antrag zurück.

Den Antrag 54 begründet

Zenker-Bielefeld: Die Preise für Broschüren sind jetzt vielfach zu hoch, namentlich die für Protokolle.

Richard Fischer: Der Preis unsrer Protokolle ist nicht zu hoch, es darf doch nicht der vorn aufgedruckte Buchhändlerpreis in Betracht gezogen werden, sondern man muß bedenken, daß die Genossen, die das Protokoll durch ihre Organisationen beziehen, hohen Rabatt erhalten.

Thiele-Halle: Ich bin doch der Meinung, daß die Preise für unsre Broschüren zu hoch sind. Die Aronssche Broschüre über die Landtagswahlen, die nur 24 Seiten stark ist, kostet 20 Pf., das Landtags-Handbuch 4 M. Auch den Gegnern soll man nicht zu hohe Preise abfordern.

Richard Fischer: Für das Landtags-Handbuch ist 4 M. der Buchhändlerpreis, wir setzen etwa 50 bis 100 Exemplare zu diesem Preise ab und haben keine Veranlassung, auch dabei noch bares Geld zuzuzahlen. (Sehr richtig!) Die Parteigenossen erhalten das Buch entweder gratis oder beispiellos billig. Die Aronssche Broschüre ist nicht 24, sondern 32 Seiten stark, die erste Auflage war so bemessen, daß kaum die Herstellungskosten gedeckt wurden. Die Genossen zahlen jetzt, gleichviel ob sie 100 oder 1000 Exemplare beziehen, wenn sie sie durch ihre Organisation beziehen, nur 5 Pf. für das Stück. Es geht keine Broschüre aus dem Verlag des „Vorwärts" heraus, ohne daß genau die Herstellungskosten und der mögliche Preis kalkuliert wird, natürlich unter Ansetzung des Aufschlages, der zur Existenz des Geschäftes nötig ist. Bei hohen Auflagen haben wir stets kleine Preise, schon im Interesse der Verbreitung der Broschüren. Im ganzen deutschen Buchhandel gelten die Preise des „Vorwärts"-Verlags als ganz exorbitant billig.

Hierauf wird der Antrag 54 abgelehnt.

Den Antrag 55 empfiehlt

Winkelmann-Bremen und erklärt, daß das Wort „alljährlich" in diesem Antrage zurückgezogen wird.

Der Antrag wird abgelehnt.

Den Antrag 56 zieht zurück

Täterow-Berlin, da er gehört habe, daß eine ähnliche Broschüre vom Verlage des „Vorwärts" vorbereitet werde.

Fischer-Berlin erklärt, daß eine solche Broschüre vom „Vorwärts"-Verlage nicht in Vorbereitung sei, aber der Gedanke sei ihm sehr sympathisch und er werde auf dessen Ausführung bedacht sein.

Timm-München teilt mit, daß im Verlage von Birk u. Co. in nächster Zeit eine Militärbroschüre aus der Feder von Rudolf Krafft erscheinen werde.

Antrag 59 wird debattelos abgelehnt.

Den Antrag 112 begründet

Schulz-Bremen: Bereits in München haben wir beschlossen, daß alle Flugblätter dem „Vorwärts" zugeschickt werden sollen. Ich habe aber vergebens auf Flugblötter gefahndet, eine Wahlkorrespondenz ist nicht erschienen, der „Vorwärts" hat nur eine besondere Rubrik „Wahlkampf" eingerichtet. Unser Antrag bezweckt eine Dezentralisation der auf die Zurückweisung solcher Wahllügen gerichteten Tätigkeit. Nur auf diese Weise, durch die Einrichtung eines solchen Archivs, ist es möglich, den Zweck zu erreichen. Dazu sind keine besonderen Umstände nötig; im Anfang werden eine Anzahl von blauen Mappen genügen, in denen das Material gesammelt wird. Ich glaube, Sie können den Antrag ruhig annehmen, da er den Vorstand zu keinen Ausgaben verpflichtet.

Lipinski-Leipzig: Ich glaube nicht, daß dieses Sammeln im allgemeinen besonderen Wert hätte; denn der Kampf schreitet doch immer fort. Wir haben aber in Leipzig in der Redaktion ein solches Archiv; ähnliche Archive wird man in allen Zeitungsredaktionen haben. Der Antrag ist also überflüssig.

Antrag 112 wird abgelehnt.

Den Antrag 119 empfiehlt

Wurm: Auf früheren Parteitagen wurde der Wunsch geäußert, daß der Fraktionsbericht unmittelbar nach Sessionsschluß herausgegeben werden möge; es stellte sich aber heraus, daß das nicht möglich ist, weil die Ausarbeitung des Berichts sich nicht so schnell machen läßt. Da es nun aber wünschenswert ist, unsren Agitatoren das Material über unsre Tätigkeit im Reichstage möglichst bald zugänglich zu machen und auch die Massen darüber aufzuklären, was wir im Reichstage leisten, so schlägt der Antrag vor, alljährlich in einem Flugblatt die Tätigkeit der Fraktion in gedrängter Kürze zu charakterisiren. Ich bemerke dazu, daß es sich empfiehlt, hierfür nicht die Form eines Flugblattes, sondern einer kleinen Broschüre zu wählen, die eher beachtet und aufgehoben wird als ein Flugblatt. Wenn diese Broschüre dann mit dem nötigen Eifer verbreitet wird, so wird es uns gelingen, uns auch in Kreisen Gehör zu verschaffen, in denen man sich bisher nicht um uns gekümmert hat. Und mehr verlangen wir ja nicht, weil wir wissen, daß der Sieg unsrer Sache sicher ist, wenn man uns nur Gehör schenkt.

Antrag 119 wird angenommen.

Den Antrag 133 begründet

Schwartz-Danzig: Die Lokalfrage ist ja seit langem ein Schmerzenskind für unsre Agitation. Der „Vorwärts" wies nach den Wahlen darauf hin, daß wir eigentlich in den Ostprovinzen keine befriedigenden Erfolge errungen haben. Die Verhältnisse sind da nicht besser geworden, sondern die breiten Massen der Arbeiter stehen dort noch auf demselben Niveau wie früher. Man kann im Gegenteil sagen, daß die Lage schlechter geworden ist. Nur mit Mühe ist es überhaupt gelungen, den Wahlkreis Königsberg zu halten. Das muß anders werden. Die Massen sind in diesen Gegenden gewiß auch unzufrieden, aber sie sind nicht sozialistisch, weil sie nicht aufgeklärt sind, und es ist wohl möglich, daß auch Königsberg noch mal verloren geht. Sobald der sozialdemokratische Abgeordnete für Königsberg verschwunden ist, wird in Westpreußen noch ganz anders gewirtschaftet werden als jetzt. Die Hauptschwierigkeit ist bei uns nicht die Personen-, sondern die Lokalfrage. In ganz Ostpreußen giebt es nur drei bis vier Städte, in denen uns sichere Lokale zur Verfügung stehen. Darum ist es nötig, daß der Vorstand sich mit der Frage beschäftigt. Mit Flugblättern allein kann man keine Erfolge erzielen. Die Volksbildung ist in diesen Provinzen noch so unentwickelt, daß man durch Schriften wenig auf die Leute wirken kann. Ich verlange nicht, daß im ganzen Osten große Gewerkschaftshäuser eingerichtet werden. Wenn wir nur Buden hätten, wo wir 50 bis 100 Personen versammeln könnten, wie sie die Baptisten haben (Heiterkeit), würden wir schon weiterkommen. Es wird so viel Geld für die Agitation im Osten ausgegeben, daß es möglich sein muß, auch hierfür etwas Geld abzustoßen. Das Geld könnte dadurch praktischer angewandt werden.

Pfannkuch: Ich muß mich darüber wundern, daß der Redner dem Partei-Vorstand Vorwürfe wegen seiner nach Ostpreußen gezahlten Unterstützung macht; die Preßunterstützung haben wir nach reiflicher Ueberlegung bewilligt. Der Antrag ist in seinem ersten Teil völlig überflüssig. Wenn irgend ein Genosse im Osten uns nachweist, daß es nötig ist, sich Versammlungslokale für 100 bis 200 Personen zu sichern, so werden wir, wie bisher, so auch in der Folge im Sinne der Antragsteller entscheiden. Anders aber, wenn Anträge auf Gründung von Versammlungshäusern an uns kommen. Diese Anträge sind so zahlreich, daß, wollten wir auch nur den vierten Teil davon genehmigen, wir keinen Pfennig Geld mehr in der Kasse hätten und wir einer Aktion, die plötzlich im Interesse der Partei notwendig wäre, nicht gerüstet gegenüber ständen. Das wollen Sie und die Antragsteller gewiß auch nicht. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. (Zustimmung.)

Braun-Königsberg: Wir in Königsberg haben seit zehn Jahren kein größeres Lokal mehr zur Verfügung. Es existiert wohl in ganz Deutschland kein Partei-Ort von der Bedeutung und Größe Königsbergs, der unter so elenden Lokalverhältnissen zu leiden hat. Mieten können wir ein Lokal nicht, weil keins vorhanden ist, wir mußten daher an die Erbauung eines eignen Lokals gehen. Wir sind jetzt so weit, daß wir ein Grundstück gekauft haben und an den Bau herangehen können. Wir wandten uns an den Parteivorstand und an die Generalkommission mit der Bitte um eine Unterstützung, aber der Parteivorstand lehnte das Gesuch aus prinzipiellen Gründen ab. Das war für uns um so unangenehmer, als die Generalkommission ihre Unterstützung davon abhängig gemacht hatte, daß der Parteivorstand sich gleichfalls beteilige; in der Generalkommission hat ja schließlich die bessere Ansicht gesiegt. Wir werden später nochmals an den Parteivorstand herantreten und ich hoffe, daß er dann seinen prinzipiellen Standpunkt verläßt. Auf die Dauer können wir in dem großen Agitationsbezirk des Ostens nicht wirken, wenn wir nicht in Königsberg festen Fuß fassen.

Pfannkuch: Es sieht so aus, als wenn der Vorstand die Ostprovinzen, speziell Königsberg, stiefmütterlich behandelte. Das ist nicht der Fall, wir haben die Forderungen, die aus Königsberg an uns kamen, bisher anstandslos bewilligt, ohne auch nur einen Pfennig abzuziehen. Für das dortige Parteiblatt sind in drei Jahren 25 000 M. hergegeben. (Hört! hört!) Wie steht es mit dem Versammlungslokal? Die Notwendigkeit erkennen wir an, aber darauf kommt es nicht an, denn auch in andren Orten liegt die Notwendigkeit vor. Worauf es ankommt, ist, daß bei dem Bau von Häusern genau so verfahren wird, wie bei der Gründung und Erweiterung von Parteiblättern. Wir haben in München beschlossen, daß sich die Genossen in solchen Fällen vorher an den Parteivorstand wenden sollen, damit dieser nicht vor eine vollendete Tatsache gestellt wird. Der Parteivorstand hat seine Schuldigkeit Königsberg gegenüber getan, er hat nach bestem Ermessen gehandelt. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Braun-Königsberg erklärt persönlich, er habe dem Vorstande nicht vorgeworfen, daß er zu wenig für Königsberg getan habe; im Gegenteil, dieser habe alle Wünsche erfüllt nur nicht bezüglich der Lokalfrage.

Hierauf wird der Antrag 133 abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Anträge, die sich auf die Presse beziehen: 43, 44, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 122.

Hiervon werden nur die Anträge 49, 50 und 52 genügend unterstützt.

Den Antrag 49 begründet

Pistorius-Magdeburg: Die Antragsteller wünschen, daß der Parteivorstand sich mehr um die Pflege der Jugend-Literatur kümmert. Aehnliche Anträge kehren jedes Jahr wieder, ich begnüge mich, Sie um seine Annahme zu bitten.

Schulz-Bremen: Der Antrag bleibt ein frommer Wunsch, so lange wir nicht Genossen haben, die wirklich gute Jugendschriften für uns schreiben. Ist das der Fall, dann werden sie von der Partei auch gern verlegt werden. [illegible] dahin empfehle ich Ihnen das von der Jugendschriften-Kommission des Deuts[illegible] Lehrervereins herausgegebene Verzeichnis von Büchern; dieselben halten [illegible] von politischen und religiösen Tendenzen fern. Vielleicht wäre es ratsam, ei[illegible] Auszug hieraus zu veröffentlichen.

Hierauf wird der Antrag 49 abgelehnt.

Den Antrag 50 bittet

Meiling-Schöneberg anzunehmen. Das liege im Interesse der Verbrei[illegible] des Arbeiter-Notizkalenders.

Fischer-Berlin: Voriges Jahr war's der Antrag 54 in München. Da habe ich eine so schöne Rede gegen den Antrag gehalten, daß ich hoffe, sie hält noch vor und Sie lehnen auch diesmal den Antrag ab. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag 50 wird abgelehnt.

Den Antrag 52 begründet

Müller-Breslau: Es sei häufig vorgekommen, daß die Arbeitgeber bei Aussperrungen in auswärtigen Parteiblättern Arbeitskräfte in Inseraten verlangt hätten. Dem müsse vorgebeugt werden.

Haberland-Barmen hält es für überflüssig, die Frage aufzuwerfen. Es sei ganz selbstverständlich, daß die Parteipresse die Unternehmer bei solchen Aussperrungen nicht unterstützen dürfe.

Emil Fischer-Hamburg: Die Parteipresse muß sich bemühen, die Arbeitsmarkt-Inserate an sich zu ziehen, damit die Arbeiter, die Stellen suchen, nicht gezwungen sind, bürgerliche Blätter zu diesem Zwecke zu wählen. Wir in Hamburg haben bereits eine solche Spezialität gewonnen. Das „Hamburger Echo" ist das Insertionsorgan für die Tabak- und Zigarrenbranche. Täglich sind Hunderte von Stellen ausgeschrieben, und es ist ausgeschlossen, daß in jedem einzelnen Falle von der Expedition vor der Aufnahme eines solchen Inserats Nachforschungen angestellt werden. Die Gewerkschaften müssen die Redaktionen informieren, wenn Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern ausbrechen.

Stubbe-Hamburg: Gerade das „Hamburger Echo" hätte alle Veranlassung, Einrichtungen zu treffen, die es verhüten, daß Arbeitergesuche von Firmen aufgenommen werden, über die die Sperre verhängt ist. Unser Holzarbeiterverband hat das bereits einigemal empfunden. Wir haben die Sperre über eine Firma verhängt, das wird im redaktionellen Teile des „Echo" auch mitgeteilt und hinten im Inseratenteile erscheint eine zweispaltige Annonce derselben Firma, worin sie Arbeitskräfte sucht. So kam es, daß unser Kampf nutzlos verlief. Es sind noch mehrere solcher Fälle vorhanden. Jedenfalls lag gar kein Anlaß für die Redaktion des „Hamburger Echo" vor, gegen den Antrag Stellung zu nehmen. Wenn man etwas vorsichtiger in der Expedition des „Echo" vorginge, ließen sich solche Vorfälle vermeiden.

Persönlich bemerkt

Fischer-Hamburg: Niemand ist fehlerlos. Der Expedition des „Hamburger Echo" ist eben mal ein Versehen passiert. Bei unsrem vollständigen Arbeitsmarkt in der Tabak- und Zigarrenbranche ist ein solches Verfahren, wie es der Antrag vorschlägt, gar nicht möglich.

Der Antrag 52 wird abgelehnt.

Damit ist die Gruppe der Anträge, die die Presse betreffen, erledigt.

Von den Anträgen, die den nächsten Parteitag betreffen, ist der Antrag 92 zurückgezogen.

Antrag 138 — Erörterung des **Generalstreiks** — wird vom Vorsitzenden zur Unterstützung gestellt und nicht genügend unterstützt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Dr. **Friedeberg**, daß der Antrag bereits, als er eingereicht wurde, die nötigen Unterschriften gehabt habe; er sei u. a. von Kautsky, Stadthagen, Frau Zetkin, Frau Luxemburg unterschrieben worden.

Vorsitzender **Singer**: Mein Versehen erklärt sich aus dem Umstande, daß trotz meiner Anweisung, auf den Anträgen, die bereits unterstützt sind, die Zahl der Unterschriften zu markieren, der gedruckte Antrag Friedeberg nur den Namen des Antragstellers enthält. Da wir aber selbstverständlich keinen Anlaß haben, die Versicherung des Genossen Friedeberg zu bezweifeln, so stelle ich den Antrag nunmehr zur Debatte.

Zur Begründung des Antrags erhält das Wort

Friedeberg-Berlin: Auf die Frage des Generalstreiks will ich hier materiell nicht eingehen. Der Antrag will lediglich eine spätere Erörterung dieser Frage, die ja auch auf der Tagesordnung des Internationalen Kongresses in Amsterdam steht, herbeiführen; der Parteitag würde sich also durch die Annahme des Antrags in keiner Weise binden. Eine solche Diskussion ist meines Erachtens notwendig. Es ist in der Taktik-Debatte schon darauf hingewiesen worden, wie wenig wir im Grunde genommen in dem 40jährigen angestrengten Kampfe, der hinter uns liegt, erreicht haben und wie häufig wir selbst Wahlkreise, die wir schon erobert hatten, wieder verloren haben, weil die Stimmung des Proletariats, seine Auffassung des Klassenkampfs sich geändert hat. Das lehrt uns, daß wir die Ideale des Klassenkampfes noch viel mehr in den Vordergrund stellen müssen, und das geschieht am besten durch proletarische Massenaktionen. Ich will unsre bisherige Taktik nicht bekämpfen, sondern nur ergänzen. Bedenken Sie, daß unsre ganze bisherige Tätigkeit nicht ausgereicht hat, die sächsische Wahlentrechtung zu verhindern, und mit dem Reichstagswahlrecht kann es genau so werden. Wenn damals der sächsischen Bourgeoisie mit einiger Aussicht auf Erfolg mit einem politischen Massenstreik hätte gedroht werden können, so wäre sie nicht so bereit gewesen, dem Proletariat das Wahlrecht zu rauben. Nehmen Sie den Antrag an und dokumentieren Sie dadurch, daß die wichtige Frage schärfer theoretisch erörtert werden muß.

Legien-Berlin: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Man könnte sagen, daß eine rein theoretische Erörterung der Frage des Generalstreiks unbedenklich sei. Ich glaube aber, daß eine solche Diskussion auf dem Parteitag für unsre Bewegung prinzipielle Bedeutung hätte. (Sehr richtig!) Wir haben uns bisher auf den internationalen Kongressen, auf denen die Frage erörtert wurde, ablehnend verhalten und ich habe noch auf dem Pariser Kongreß erklärt, daß für uns in Deutschland die Frage überhaupt nicht existiere. Ich habe weiter erklärt, daß es zunächst notwendig ist, zu organisieren, und daß die Frage des Generalstreiks dann erörtert werden möge, wenn wir eine genügende Organisation für den Generalstreik haben. (Sehr richtig!) Der eigentliche Vater des Generalstreiks, der Rechtsanwalt Briand, sagte auf diesem Kongreß: Auch wir denken nicht daran, den Generalstreik durchzuführen; für uns ist er nur Mittel zum Zweck und zwar in der Weise, daß wir eine bestimmte Idee in die Massen werfen, um sie zu organisieren. (Friedeberg ruft: Sehr richtig!) Nein, zur Organisation haben wir andre Mittel, und ich bin der Meinung, daß eine Idee, an deren Durchführung wir nicht mit voller Ueberzeugung glauben, gefährlich werden kann für unsre Organisationen (Sehr richtig!), daß man dann sagen wird: Warten wir doch auf den Generalstreik; was sollen wir jetzt unsre Beiträge zahlen, um kleine Vorteile zu erringen, wenn wir durch den Generalstreik die ganze kapitalistische Gesellschaft mit einem Schlage stürzen können. Ich glaube, wir bleiben bei unsrer bisherigen Auffassung, daß die Frage des Generalstreiks für uns nicht in Betracht kommt. Mir würde eine Diskussion über den Generalstreik genau so vorkommen, wie wenn wir die Revolution erörtern wollten, zu der, wie ich persönlich fest überzeugt bin, die herrschenden Klassen, wenn sie glauben, daß Gefahr im Verzuge ist, schreiten werden, — uns niederzuwerfen. Das sächsische Beispiel beweist nichts für den Generalst[reik.] Wenn in Sachsen die Vorbedingungen für den Generalstreik gegeben gew[esen] wären, dann hätte die Idee des Generalstreiks nicht erst propagiert zu wer[den] brauchen, weil diese Vorbedingungen fehlten und wahrscheinlich auch fehlen wür[den,] wenn Hand an das Reichstagswahlrecht gelegt würde, darum halte ich es verfehlt, eine solche Idee zu propagieren. Ich glaube nicht, daß die herrsche[nden] Klassen das Wahlrecht beseitigen wollen, nicht, weil die Gegner unsre M[acht] fürchteten, sondern weil dadurch der Bestand des Deutschen Reiches erschü[ttert]

werden würde. Die süddeutschen Staaten . . . (Singer bittet den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Ich glaube also, das Reichstagswahlrecht wird nicht angetastet werden. Der Genosse Friedeberg täte meines Erachtens besser, anstatt die Idee des politischen Streiks zu propagieren, zunächst uns zu helfen, die Voraussetzung dafür, nämlich möglichst entwickelte Organisationen zu schaffen. (Beifall.)

Ledebour: Ich stimme dem Genossen Legien darin bei, daß eine Erörterung der Frage unnötig, ja sogar gefährlich wäre. Zunächst ist es unsre Aufgabe, unsre Organisationen zu entwickeln; vorher kann an den Generalstreik überhaupt nicht gedacht werden. Der unglücklichste Gedanke des Genossen Friedeberg war es, hierbei die Frage des Reichstags-Wahlrechts zur Sprache zu bringen. Und ebenso verkehrt war es meines Erachtens von Legien, im Anschluß daran zu erörtern, was wir im Fall einer Antastung des Wahlrechts nicht tun könnten. In der Verkehrtheit seiner Begründung, stimmte Legien mit Friedeberg überein.

Ein Schlußantrag, von Katzenstein bekämpft, wird angenommen.

Antrag 138 wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Damit sind alle Anträge erledigt und ist die Tagesordnung erschöpft.

Pfannkuch erklärt zur Ergänzung seiner Mitteilungen über das Königsberger Gewerkschaftshaus, daß, als Braun zum zweitenmal nach Berlin kam, um die Sache zu betreiben, die Königsberger bereits ein Kapital von 20 000 Mark hatten, das zur Anzahlung für den Ankauf des Grundstücks Verwendung fand.

Singer teilt mit, daß die Genossin Lily Braun in einem Briefe an ihn erklärt habe, sie protestiere gegen die Ausführungen, die Bebel über sie gemacht habe, und werde die Sache einem Schiedsgericht unterbreiten.

Ferner ist folgende Erklärung von Ledebour eingegangen:

„Die Genossin Luxemburg hat die Mitglieder der Posener Revisionskommission, deren Brief ich verlesen habe, in der Debatte als Stänker bezeichnet, wie sie neuerdings in einer Erklärung deren Verwahrung dagegen Quertreibereien nannte.

Demgegenüber stelle ich fest:

1. daß die fragliche Kommission, deren Mitglieder mir persönlich unbekannt sind, zur Prüfung der Parteigeschäftsbücher in Posen, darunter auch der Bücher der „Gazeta Ludowa", von den berufenen Instanzen eingesetzt war;

2. daß der Posener Arbeitersekretär, der Genosse Gogowsky, der Kollege der Genossin Luxemburg, in der Vertretung der Parteigenossen Posens, durch Aushändigung seiner Bücher an die Kommission deren Berechtigung zur Vornahme der Revision anerkannt hat;

3. daß der von mir vollständig verlesene Brief der Kommission an mich weiter nichts enthält, als die Mitteilung, daß die Revision nur einen Bestand von 37 zahlenden Abonnenten der „Gazeta Ludowa" festgestellt hat;

4. daß ich mit der öffentlichen Bekanntgebung dieser Tatsache eine Parteipflicht erfüllt habe, da aus dem Vorstandsbericht hervorgeht, daß die „Gazeta Ludowa" im vergangenen Jahre mit 2650 M. unterstützt wurde.

Weiteres behalte ich mir vor.

Dresden, 20. September 1903.

G. Ledebour.

Vor Schluß des Parteitags waren gezwungen abzureisen:

Bergmann, Gogowski, Herbert, Körsten, Lehmann-Olbernhau, Leven, Melzer, Ritsch, Schletter.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Schmalfeld-Bremen: Ich glaube, daß Sie alle mit mir einverstanden sind, wenn ich dem Bureau den Dank des Parteitages ausspreche für die umsichtige und taktvolle Leitung der Verhandlungen auch in den schwierigsten Augenblicken. (Beifall.) Außerdem möchte ich Ihnen dafür danken, daß Sie sich entschlossen haben, im nächsten Jahre nach Bremen zu kommen. Bremen ist der Partei zurückerobert worden. Ich möchte an diesen Dank den Wunsch knüpfen, daß wir uns im nächsten Jahre weniger mit taktischen als mit praktischen Fragen beschäftigen werden. Die Bremer Genossen werden sich jedenfalls alle Mühe geben, Ihnen den Aufenthalt in Bremen so angenehm wie möglich zu machen. (Beifall.)

Singer: Ich habe zunächst dem Genossen Schmalfeld zu danken für die freundlichen Worte der Anerkennung, die er für die Führung der Geschäfte an das Bureau gerichtet hat. Ich möchte ferner namens des Parteitags den Dresdener Genossen danken, die uns in unsren Verhandlungen unterstützt und in den Vorbereitungen und den Arrangements ihr bestes geleistet haben. — Die Dresdener Genossen haben dafür gesorgt, daß in diesen harten Tagen der Arbeit, soweit das möglich war, auch der Humor, wie sie ihn in der prächtigen Schrift, die zum Kommers verteilt wurde, entwickelt haben, zu seinem Rechte kam. Ich weiß, daß wir alle mit dem Gefühl des Dankes für die Dresdener Genossen von hier scheiden. (Zustimmung.) Weiter spreche ich den Genossen, die in den Kommissionen gearbeitet und sich deshalb einer Anzahl wichtiger Verhandlungen entziehen mußten, den Dank des Parteitages aus.

Genossen! Ich habe jetzt zum vierzehntenmal seit Aufhebung des Sozialistengesetzes den Vorzug und die Ehre, von dieser Stelle aus ein Resümee der Arbeiten unsres Parteitags zu geben. Wir haben in diesen 14 Jahren fast auf jedem Parteitag Fragen von großer Wichtigkeit diskutiert, wir haben sie in der uns eignen Art und Weise diskutiert, und da ich zu denen gehöre, die nichts leugnen, nichts vertuschen wollen, so würde ich es nicht für richtig halten, wenn wir nicht auch am Schlusse dieses Parteitags uns selbst das Zeugnis ausstellten, daß wir unsre Verhandlungen mit Offenheit, teilweise mit Rücksichtslosigkeit geführt haben. Indes, Genossen, in dieser Art, wie wir diskutieren, in der, wie wir uns gegenseitig nichts verschweigen, in der Art, wie wir deutlich und offen zu einander reden, liegt unsre Stärke. (Beifall.) In keiner Partei würde es möglich sein, die Leidenschaften so aufeinanderplatzen zu lassen, wie in der unsrigen; wir können das, weil wir wissen, daß, wenn auch leidenschaftliche Aeußerungen fallen, diese doch immer hervorgehen aus der flammenden Begeisterung, die in jedem vorhanden ist, der für die Ziele der Sozialdemokratie kämpft. (Lebhafter Beifall.) Wenn daher — ich möchte das im voraus sagen — etwa unsre Gegner die Hoffnung schöpfen wollten, daß nun die Partei in ihrem Vorwärtsmarschieren irgend wie gehemmt und geschädigt sein sollte, so werden sie erleben, daß sie im Irrtum sind. Es ist ja ein förmliches Sehnen in der bürgerlichen Presse, endlich den Tag herankommen zu sehen, an dem durch die rücksichtslose Austragung von Meinungsverschiedenheiten die herzlichsten Wünsche der Gegner erfüllt werden. Man lasse es sich gesagt sein, all überall — was auch die Sozialdemokratie unter sich und mit sich auskämpft — in Bezug auf den Kampf mit den Gegnern ist die Partei geschlossen, wie sie es von jeher war. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben auf diesem Parteitag Fragen von fundamentaler Wichtigke[it] verhandelt. Schon in der Diskussion ist ausgeführt worden, daß es sich nicht u[m] persönliche Reibereien, nicht um persönliches Gezänk handelte, wenn es a[uch] manchmal äußerlich so schien. (Sehr richtig!) Will man die Verhandlungen richt[ig] beurteilen, dann darf man sich nicht darauf beschränken, die persönlichen E[r]scheinungen zu betrachten, sondern dann muß man dazu übergehen, die Sa[che] selbst zu untersuchen, und dann wird man zu der Ueberzeugung kommen, d[aß]

das, was als persönlich angesehen wird, notwendig war, daß es gegeben war durch den Umstand, daß wir über Fragen verhandelt haben, die für die Partei von grundsätzlicher Bedeutung sind. (Zustimmung.) Unsre Verhandlungen haben gezeigt, was die Partei will. Es ist die Frage aufgeworfen: Was nun? Der Parteitag hat die Antwort darauf gegeben. Der Parteitag und die durch den Parteitag vertretene Partei will in ihrer immensen Majorität, daß Programm, Taktik, Streben und Agitation der Partei nicht geändert werden sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Massen in der Partei stehen nach wie vor auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes, dessen Ziel die Befreiung des Proletariats aus dem Druck, aus dem Elend der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das haben unsre Beschlüsse gezeigt, das haben unsre Beschlüsse offen vor aller Welt dargetan, und ich sage, daß diese Beschlüsse, wenn man sie loslöst von den äußeren Erscheinungen, die sich daran geknüpft haben, als dem Interesse der Partei entsprechend, als den Willen der Partei bekundend, als die Richtschnur der Partei auf dem weiteren Vormarsch von allen Parteigenossen anzusehen und zu beachten sind. Und deshalb sage ich weiter: wir dürfen zufrieden sein mit dem Ergebnis dieses Parteitages. (Sehr richtig!)

Wir dürfen zufrieden sein damit, daß sich so glänzend dokumentiert hat der Wille der Partei, daß wir nicht diplomatisieren wollen, daß wir in unsrer Partei keine Staatsmännelei haben wollen (Sehr richtig!), sondern daß wir entschlossen sind, den geraden Weg weiter zu gehen, den Weg, der dazu führen wird, unter Niederwerfung aller Gegner unser großes Ziel zu erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Genossen! Wir stehen vor schweren Aufgaben, wir haben die schweren Pflichten der praktischen Arbeit zu erfüllen, sei es die praktische Arbeit der Agitation im Volke, sei es die praktische Arbeit in den Vertretungskörpern in Reich, Staat und Gemeinde. Diese praktische Arbeit wird die Aufmerksamkeit aller, die an diese Posten gestellt sind, in Anspruch nehmen, sie wird aber erleichtert werden durch die hier gefaßten Beschlüsse. Die Parteigenossen in den Vertretungskörpern aller Art werden sich diese Beschlüsse zur Richtschnur nehmen und dafür sorgen, daß ihre Arbeit getragen wird von den prinzipiellen Forderungen der Partei, sie werden den Willen der Partei zur Geltung bringen.

Ich brauche Sie nicht an den Ernst der politischen Situation zu erinnern. Ich vermeide es selbstverständlich, in diesem Moment auf einzelne Fragen einzugehen. Aber was auch die Zeiten bringen werden, die Sozialdemokratie wird, stolz und ruhig wie bisher, gestützt auf ihre Grundsätze, den Weg weiter wandeln, den sie für den richtigen hält, sie wird alle ihr zu Gebote stehenden Mittel ergreifen, um den Ansturm der Reaktionäre abzuwehren, durch ein Massenaufgebot des Volkes. Immer und immer wieder muß den herrschenden Klassen klar gemacht werden, wie die Massen des Volkes, wie die Arbeiterscharen über ihre politische und wirtschaftliche Entrechtung denken. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß wir in einer Zeit leben, in der die Millionen von Arbeitern sich nicht mehr entrechten lassen. (Lebhafter Beifall.) Und nun, Genossen, die Aufgaben, denen wir entgegengehen, sie werden ja in einer sich anschließenden Konferenz vorbereitet werden. In dem größten und in einem andren großen Bundesstaat werden in ganz kurzer Zeit Landtagswahlen stattfinden. Die sächsischen und die preußischen Genossen werden unter voller Aufrechterhaltung ihrer Grundsätze, entsprechend den wiederholten Beschlüssen der Partei, in den bevorstehenden Kämpfen ihre volle Schuldigkeit tun. Diese Kämpfe sind wesentlich propagandistischer Art, und sie werden uns neue Waffen in dem Kampfe für das allgemeine gleiche Wahlrecht schmieden. Namentlich wird dadurch die Beseitigung des unerhörten Zustandes erleichtert werden, daß es in Deutschland noch Parlamente giebt, von denen die Arbeiter infolge des elenden Dreiklassen-Wahlsystems ferngehalten sind. Auch hier muß die Stimme der Massen machtvoll ertönen. (Beifall.)

Und nun Parteigenossen! Die Banner hoch! Nach wie vor: Vorwärts zum Kampf, vorwärts zum Sieg! Unbeirrt durch die Ereignisse der Tage, zielbewußt in dem, was wir erreichen wollen und was niedergelegt ist in unsrem Programm, gehen wir mutig und entschlossen an die Arbeit.

So wie immer, wird das Wohl der Partei unser Leitstern sein. Das bekräftigen wir, indem wir, wie am Anfang, so auch am Schlusse unsrer Verhandlungen unsren alten Schlachtruf ertönen lassen: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Begeistert stimmen die Delegierten dreimal in das Hoch ein und singen stehend die erste Strophe der Arbeiter-Marseillaise.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen. Schluß 3 Uhr.

Im „Vorwärts“ Nr. 229 vom 1. Oktober veröffentlicht Genosse Bebel nachstehende Erklärung, die auf sein Ersuchen auch im Protokoll zum Abdruck gelangt.

„Vollmar sagte mit Bezug auf meine Ausführungen unter anderem:

Die gehobene Lebenslage gewisser Arbeiter hat sie verdorben! Auch das ist ein Argument, das schon früher aufgetaucht ist und das sehr wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze in unsren Reihen beigetragen hat. Ich erinnere daran, daß Bebel ganz dasselbe Grillenberger vorwarf; ich weiß, daß Grillenberger deswegen unversöhnt mit Bebel aus dem Leben geschieden ist, weil er das nicht hat verwinden können.“

Was Vollmar hier ausführt, ist eine Mär. Die Sachlage ist eine wesentlich andre. Im Jahre 1894 fand im Oktober der Parteitag zu Frankfurt a. M. statt, auf welchem unter anderm die Zustimmung der Genossen im bayrischen Landtage zum bayrischen Landesbudget einer lebhaften Erörterung unterzogen wurde. Diese Verhandlung wie noch einige andre Vorkommnisse auf dem Frankfurter Parteitage veranlaßten mich einige Zeit nachher in einer Berliner Parteiversammlung scharfe Kritik an den Verhandlungen des Parteitages zu üben.

Darauf antwortete mir Grillenberger in einem Artikel in der „Fränkischen Tagespost“, in dem er unter anderm die Anklage erhob: „Bayern sei von der Parteileitung finanziell zurückgesetzt worden, es herrsche bei ihr gegen Bayern eine starke Animosität.“

Ich erwiderte im „Vorwärts“ vom 20. November 1894, diese Auffassung sei falsch, führte zum Beweis hierfür eine Reihe von Tatsachen und Zahlen an und schloß meine Ausführungen mit den Worten: daß die Partei seiner Zeit auch für das Nürnberger Geschäft mit ganzer Kraft eintrat — daß sie in jenen Jahren vor 1894 auch für das Münchener Unternehmen eingetreten war, hatte ich ebenfalls angegeben — als dasselbe (unter dem Sozialistengesetz) schwere Zeiten zu überwinden hatte, weiß Grillenberger ganz genau.

Diese Bemerkungen und nicht, wie Vollmar in seiner Rede behauptete, der Vorwurf, daß Grillenberger infolge seiner gehobenen Lebensstellung seine Anschauungen geändert habe, waren es, die Grillenberger gegen mich einnahmen. Hinzu kam, daß, wie ich viel später erfuhr, ein Artikel im „Vorwärts“ vom 25. November 1894, den die Redaktion mit der Einleitung abdruckte: „Aus dem Kreise der Berliner Parteigenossen geht uns die folgende Zuschrift zu“ und unterzeichnet: „Ein Berliner Parteigenosse“, in dem in durchaus sachlicher Weise zahlenmäßig die Hilfe aufgeführt wird, die Bayern in einer Reihe von Jahren aus der Parteikasse erhielt, von Grillenberger mir zugeschrieben wurde, obgleich ich der Verfasserschaft desselben fern stand, ein Glaube, der Grillenbergers Voreingenommenheit gegen mich noch steigerte.

Ich habe aber auch zu konstatieren, daß sowohl Frau Grillenberger wi[e] Freunde von Grillenberger und mir sich alle Mühe gaben, eine Verständigun[g] zwischen uns herbeizuführen, die aber an Grillenbergers Hartnäckigkeit, die vo[n] gewisser Seite geflissentlich genährt wurde, scheiterten. Nach meiner Ueberzeugun[g] litt Grillenberger schon damals an den ersten Symptomen der Erkrankung, d[ie] leider im Herbst 1898 die plötzliche Katastrophe über ihn herbeiführte, der e[r] binnen wenig Stunden zum Opfer fiel. Anders wäre sein Verhalten gege[n] mich unerklärlich gewesen.

Schöneberg-Berlin, den 30. September 1903. A. Bebel.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Albrecht, Ad.	Halle	Anhalt II
Antrick, Otto	Berlin	Kottbus-Spremberg, Rothenburg-Hoyers-[werda
Auer, J.	Berlin	Vorstandsmitglied
Baader, Ottilie	Berlin	Frauen Berlins
Bartel, Adolf	Danzig	Danzig
Bartels, Albert	Wernigerode	Halberstadt, Oschersleben, Wernigerode
Baudert, August	Apolda	M. d. R., 1. weimarischer Kreis
Bebel, August	Berlin	M. d. R., Vorstandsmitglied
Becker, Clemens	Lemgo	Lippe-Detmold
Beeck, August	Lauenburg	Altona-Stormarn und Lauenburg
Beer, S.	Cannstatt	Cannstatt
Bender, Ferd.	Magdeburg	Magdeburg und Stendal-Osterburg
Bérard, R.	Hamburg	Hamburger Parteigeschäft
Bergmann, Friedr.	Altwasser	Waldenburg
Bernstein, Eduard	Berlin-Schöneberg	M. d. R.
Berthold, Heinrich	Darmstadt	Darmstadt-Gr.-Gerau, Worms-Heppenh.
Beyer, Richard	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Biedermann, Louis	Delitzsch	Delitzsch-Bitterfeld
Birk, Georg	München	M. d. R.
Block, Hans	Dresden-A.	Dresden-Altstadt, 5. sächsischer Wahlkreis
Blos, Wilh.	Bruchsal	M. d. R.
Bock, Wilh.	Gotha	Kontrolleur
Böhle, Bernhard	Straßburg	6. elsässischer Wahlkreis
Böhm, Wilh.	Schkeuditz	Merseburg-Querfurt
Boemelburg, Th.	Hamburg	M. d. R.
Borgmann, Herm.	Berlin	Königsberg (Neumark)
Bossert	Cannstatt	Cannstatt, Ludwigsburg, Marburg, Waib-[lingen
Braun, Adolf	Nürnberg	Bamberg
Braun, Heinrich, Dr.	Berlin	Frankfurt-Lebus
Braun, Lily	Berlin	Frankfurt-Lebus
Braun, Otto	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
Brey, August	Hannover	Hameln-Linmer
Brühne, Friedr.	Frankfurt a. M.	Kontrolleur
Buchwald, Edmund	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Burcke, Wilh.	Bautzen i. S.	3. sächsischer Wahlkreis
Busold, Heinrich	Friedberg	Friedberg-Büdingen
Conrad, Erdmann	Mügeln	8. sächsischer Wahlkreis
Crispien, Arthur	Königsberg	Elbing-Marienburg
Crohn, Dr. med.	Halberstadt	Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode
Czech, Oskar	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
David, Gertrud	Mainz	Mainz
Dieter	Löbau	2. sächsischer Wahlkreis
Dorn, Konrad	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Dräger, Paul	Wilhelmsburg	17. hannoverscher Wahlkreis
Dreesbach, August	Mannheim	11. badischer Wahlkreis
Dubber, Erdmann	Hamburg	1. Hamburger Wahlkreis
Eberhardt, Wilhelm	Charlottenburg	Vorstandsmitglied
Ebert, Friedrich	Bremen	18. hannoverscher Wahlkreis
Efftinge, Johannes	Wandsbeck	Altona-Stormarn und Lauenburg
Ehrhart, Franz Josef	Ludwigshafen	Kontrolleur
Eichhorn, Emil	Mannheim	M. d. R.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Eisner, Kurt	Berlin	Redaktion des Vorwärts
Eiterodt, Hermann	Krefeld	Krefeld
Elm, von, Adolf	Hamburg	M. d. R.
Emmel, Leopold	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. E.
Engler, Wilhelm	Freiburg i. Br.	Freiburg i. Br. und 5. u. 6. badischer Wahlkr.
Ewald, Ferdinand	Berlin	Luckenwalde-Zauch-Belzig
Faber, Emil	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen
Feldmann, Franz	Langenbielau	Reichenbach-Neurode
Fenske, Franz	Linden	Hannover
Fischer, Edmund	Briesnitz	M. d. R.
Fischer, Emil	Hamburg	Hamburg II
Fischer, Karl	Berlin	Berlin VI
Fischer, Richard	Berlin	M. d. R., Buchhandlung Vorwärts
Förster, Herm.	Hamburg	M. d. R.
Frätzdorf, Julius	Dresden	M. d. R.
Franck, L., Dr.	Mannheim	7. und 12. badischer Wahlkreis
Franke, Otto	Berlin	Berlin IV
Freiwaldt, Georg	Pankow	Nieder-Barnim und Ost-West-Sternberg, Ober-Barnim
Freythaler, Wilhelm	Berlin	Berlin VI
Friedeberg, Rafael, Dr.	Berlin	Berlin III
Friedländer, Willi	Berlin	Berlin V
Fritz, St.	Berlin	Berlin III
Fritzsch, Wilhelm	Berlin	Wittenberg-Schweinitz
Frohme, Karl	Hamburg	M. d. R.
Fülle, Albrecht	Berlin	Berlin II und Kalau-Luckau
Geck, Adolf	Offenburg	Kontrolleur
Gericke, W.	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Gerisch, A.	Berlin	Vorstandsmitglied
Gewehr	Elberfeld	Altena-Iserlohn
Geyer, Fr.	Leipzig	M. d. R.
Gilsbach, H.	Köln	Bonn-Rheinbach und Köln-Stadt
Göhre, Paul	Zehlendorf	M. d. R.
Gogowski, J.	Posen	Posen
Goldstein, Hermann	Zwickau	M. d. R.
Gradnauer, Georg, Dr.	Berlin	M. d. R.
Greiner, R.	Aschersleben	Aschersleben
Grenz, Ernst	Leipzig	M. d. R.
Grimpe, H.	Elberfeld	Düsseldorf
Grothe, W.	Halle	Halle und Eisleben
Grünberg, Karl	Hartha	10. sächsischer Wahlkreis
Grünrock, Gustav	Ronsdorf	Lennep-Mettmann
Gruenwaldt, L.	Hamburg	Hamburg I
Grumbt, P.	Annaberg	21. sächsischer Wahlkreis
Grunwald, M.	Berlin-Friedenau	Mühlhausen-Langensalza-Weißensee
Haase, Hugo	Königsberg	M. d. R.
Haberland, K.	Barmen	Elberfeld-Barmen
Haenisch, Konrad	Dortmund	Dortmund-Hörde
Härtel, August	Langenöls	Görlitz-Lauban
Hahn, Adolf	Dresden-Neustadt	4. sächsischer Wahlkreis
Haller, Dr., von	St. Alban	Nürnberg-Altdorf
Harris, Leopold	Himbach	Friedberg-Büdingen
Haverkamp, August	Bremerhaven	19. hanoverscher Wahlkreis
Heer, Joseph	Arnstadt	Schwarzburg-Sondershausen
Heine, Wolfgang	Berlin	M. d. R.
Heitland, Wilh.	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Henk, F.	Rostock	Rostocker Parteigenossen
Hennig, Gustav	Leipzig	Leipzig-Land
Hentschel, Bruno	Meißen	7. sächsischer Wahlkreis
Herbert, Fritz	Stettin	M. d. R.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Hering, Aug.	Flensburg	1. und 2. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Herzfeld, Joseph	Berlin	M. d. R.
Heymann, Berthold	Stuttgart	1. württembergischer Wahlkreis
Hieber, Albert	Göppingen	10. württembergischer Wahlkreis
Höppner, Franz	Grabow	Randow-Greifenhagen
Höppner, Wilh.	Dresden-Cotta	Dresden-Land
Hoffmann, Ad.	Berlin	Nordheim, 11. hannoverscher Wahlkreis
Hoffmann, Otto	Nowawes	Teltow-Beeskow
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg II, und 3. schleswig-holst. Wahlkr.
Hofmann, Franz	Chemnitz	M. d. R.
Holzapfel	Braunschweig	Braunschweig
Horn, Georg	Lindenau	M. d. R.
Horst, Chr.	Durlach	9. badischer Wahlkreis
Hué, Otto	Essen	Bochum
Hug, Paul	Bant	1. und 2. hannoverscher Wahlkreis 1. und 2. oldenburgischer Wahlkreis
Hugel, Karl	Bayreuth	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel
Huhn, Heinr.	Kassel	Kassel-Melsungen
Jacobsen, J. D.	Lockstedt	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Jasper, Dr.	Braunschweig	3. braunschweigischer Wahlkreis
Ihrer, Emma	Pankow	Berlin (Frauen)
Jonas, Gustav	Berlin	Berlin III
Israel, M.	Neustadt i. Sachsen	8. sächsischer Wahlkreis
Jürs, Carl	Neumünster	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Jung, Minna	Ober-Schöneweide	Nieder-Barnim (Frauen)
Kaden, August	Dresden	Kontrolleur
Kähler, W.	Dresden	Elberfeld-Barmen
Katzenstein	Berlin	Alzey-Bingen
Kautsky, Karl	Berlin	Redaktion der „Neue Zeit"
Kayser, Richard	Landsberg a. W.	Landsberg a. W.-Soldin
Keil, W.	Cannstatt	Cannstatt, Ludwigsburg, Marbach-Waiblingen
Kirsche, Robert	Zittau	Zittau-Ostritz
Kittler, Gustav	Heilbronn	3. württembergischer Wahlkreis Heilbronn und 11. württembergischer Wahlkreis Hall-Oehringen
Klotzsch, Marie	Berlin	Berlin (Frauen)
Klüter, Gottlieb	Herford	Herford-Halle
Knieriem, Konrad	München	München II und Rosenheim
Köckeritz, Richard	Berlin	Berlin II
Koenen	Hamburg	Kontrolleur
Körner, Bruno	Ludwigshafen	Gau bayerische Pfalz
Körsten, Alwin	Berlin	M. d. R.
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal
Koß, Fr.	Schwerin	2. mecklenburgischer Wahlkreis
Kotzke, Franz	Berlin	Guben-Lübben
Krämer, August	Degerloch	Stuttgart Stadt und Amt
Kratzsch, Max	München	Rosenheim-Hausham
Kremser, Wilhelm	Düsseldorf	Düsseldorf
Krohn, August	Konstanz	1. badischer Wahlkreis
Krüger, Hugo	Dresden	Dresden-Altstadt
Kühn, Otto	Dresden-Mickten	4. sächsischer Wahlkreis
Laaser, Paul	Berlin	Berlin IV und Friedeberg-Arnswalde
Lange, Gust.	Niederhäßlich	Dresden-Land
Langenstein, Fr.	Plauen	Plauen-Oelsnitz
Langhorst, Cornelius	Dresden-Pieschen	4. sächsischer Wahlkreis
Leber, H.	Jena	Eisenach
Ledebour, Georg	Berlin	M. d. R.
Legien	Berlin	M. d. A.
Lehmann, Gust.	Mannheim	2. nassauischer Wahlkreis
Lehmann, Gust.	Olbernhau	20. sächsischer Wahlkreis
Leonhard, Anton	Klingenthal	Plauen-Oelsnitz

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Leopold, A.	Zeitz	Zeitz-Weißenfels-Naumburg
Lesche, Friedr.	Hamburg	M. d. R.
Leutert, Paul	Apolda	Jena-Weida-Neustadt
Leven, Wilh.	Gera	Reuß j. L.
Lienau, H.	Neumünster	4. und 9. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Liepmann, Leop.	Berlin	Berlin V
Lindemann, H., Dr.	Degerloch	M. d. R.
Lipinski, Richard	Leipzig	M. d. R.
Löbe, Paul	Breslau	Breslau Ost und West
Löwenstein, Gabr.	Nürnberg	Bamberg
Lohrberg, Aug.	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Lucht, Franz	Berlin	Berlin I
Lückel, Hch.	Bochum	Bochum
Luxemburg, Rosa, Dr.	Berlin	Bromberg, Czarnikau-Kolmar-Filehne und Posen
Mahlke, H.	Flensburg	M. d. R.
Mahring, Herm.	Gotha	Herzogtum Gotha
Mannheimer, J.	Ottensen	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Mars, Carl	Berlin	Berlin VI
Meiling, Herm.	Schöneberg	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Meist, Carl	Köln	M. d. R.
Meister, Heinrich	Hannover	Kontrolleur
Melzer, Max	Oelsnitz	20. sächsischer Wahlkreis
Metzger, Wilh.	Hamburg	M. d. R.
Meyer, Wilh.	Münden	12. hannoverscher Wahlkreis
Michaelis, Otto	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Michels, Robert, Dr.	Marburg	Marburg-Kirchhain-Frankenberg und Alsfeld-Lauterbach-Schotten
Molkenbuhr, Herm.	Ottensen	M. d. R.
Motteler, J.	Leipzig	M. d. R.
Mucker, Max	Wurzen	Wurzen-Oschatz-Grimma
Müller, Adolf	München	München I
Müller, Gustav	Breslau	Breslau Ost und West
Müller, Gustav	Potschappel	Dresden-Land
Müller, Herm.	Görlitz	Liegnitz-Goldberg-Haynau
Müller, Hermann	Glauchau	17. sächsischer Wahlkreis
Müller, Paul	Hamburg	5. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Müller, Robert	Zwickau	18. sächsischer Wahlkreis
Neumann, Richard	Landsberg a. W.	Landsberg-Soldin
Neuschäfer, Eduard	Langerfeld	Hagen-Schwelm
Niemeyer, Oscar	Hamburg	Hamburg III
Nitsch, Richard	Magdeburg	Wolmirstedt-Neuhaldensleben
Nitzschke, Ernst	Großenhain	M. d. R.
Noack, Richard	Groitzsch	Borna-Pegau
Noske, Gustav	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Oppel, Georg	Berlin	Berlin I
Orbig, Karl	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda
Osterroth	St. Johann	St. Johann-Saarbrücken
Paeplow, Fritz	Hamburg	Hamburg III
Paris, Aug.	Velten	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Passehl, Otto	Wolgast	Greifswald-Grimmen u. Demmin-Anklam
Paulick	Roßlau	Dessau-Zerbst
Peus, Heinrich	Dessau	Brandenburg-Westhavelland
Pfannkuch, E.	Berlin	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalde
Pfannkuch, W.	Berlin	Vorstandsmitglied
Pfarr, Johann	Berlin	Kontrolleur
Pforr, Fritz	Höchst a. M.	Höchst-Usingen
Pickelmann, Ludwig	München	München I
Pielecke, Hermann	Johannisthal	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlotte
Pistorius, Robert	Magdeburg	Magdeburg
Pohl, Alwin	Hainichen	Freiberg-Oederan-Hainichen
Poller, Wilhelm	Kiel	7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Quarck, Max, Dr.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Rackl, Anton	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Rasch, Jean	Langenlebach	Hanau-Gelnhausen
Rauch, Friedrich	Limmer	Hildesheim
Raute, Gustav	Eilenburg	Delitzsch-Bitterfeld
Reißhaus, P.	Erfurt	M. d. R.
Reuber, Karl	Ohligs	Solingen
Riedel, Karl	Greiz	Reuß ä. L.
Rohleder, Franz	Elsterberg	22. sächsischer Wahlkreis
Rollwagen, Hans	Augsburg	Augsburg, Kaufbeuren
Rothe, Fritz, Dr.	Luckenwalde	Zauch-Belzig
Rudolph, Hermann	Mittweida	15. sächsischer Wahlkreis
Rühle, Otto	Harburg	17. hannoverscher Wahlkreis
Sachse, H.	Bochum	M. d. R.
Schaumburg, Karl	Hamburg	Hamburg I
Scheib, Johann		Leipzig-Land, 18. sächsischer Wahlkreis
Scheidemann, Philipp	Offenbach	M. d. R.
Schletter, Hermann	Thalheim	19. sächsischer Wahlkreis
Schlick, Fritz	Lauf	Fürth-Erlangen
Schmalfeldt, J. H.	Bremerhaven	Bremen
Schmidt, Albert	Magdeburg	M. d. R.
Schmidt, Peter	Johanngeorgenstadt	21. sächsischer Wahlkreis
Schmidt, Robert	Berlin	M. d. R.
Schmidt, Rosa	Leipzig	12. und 13. sächsischer Wahlkreis (Frauen)
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt a. M.	M. d. R.
Schmitt, Franz	München	Würzburg
Schöpflin, Georg	Leipzig	M. d. R.
Schorrer, Joseph	Freilassing	Traunstein
Schrader, Christian	Hannover	4. hannoverscher Wahlkreis
Schulz, Heinrich	Bremen	Bremen und 6. hannoverscher Wahlkreis
Schulze, Ernst	Cossebaude	M. d. R.
Schumann, Emil	Neu-Weißensee	Niederbarnim
Schwartz, Karl	Langfuhr-Danzig	Thorn-Briesen und Graudenz
Schwarz, Theodor	Lübeck	M. d. R.
Seeger, Fritz	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Segitz, Martin	Fürth	Erlangen-Fürth
Seifert, Karl	Kalk	Köln-Land
Severing, Karl	Bielefeld	Minden-Lübbecke
Silberschmidt, Herm.	Berlin	Züllichau-Schwiebus, Krossen und Wahlkreis Wanzleben
Sindermann, Karl	Dresden	M. d. R.
Singer, Paul	Berlin	M. d. R., Vorstandsmitglied
Sommer, Moritz	Forst	Sorau-Forst
Stadthagen, Arthur	Berlin	M. d. R.
Staudinger	Leipzig	Löwenberg
Stengele, Gustav	Hamburg	Hamburg II
Stephan, August	Oschatz	Oschatz-Grimma
Stoeßel, Paul	Bromberg	Bromberg
Stolle, W.	Gesau	M. d. R.
Stolpe, Hermann	Grünberg	Grünberg-Freystadt und Bunzlau-Lüben
Storch, Franz	Stettin	Stettin
Straßenmeyer, Christ.	Essen	Essen
S ubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg III
S ücklen, Daniel	Altenburg	Hof
S dekum, Albert, Dr.	Berlin	M. d. R.
T mert, R.	Peine	14. hannoverscher Wahlkreis
T erow, August	Berlin	1. Berliner Wahlkreis
T te, Franz	Hartha	10. sächsischer Wahlkreis
T sing, Ernst, Dr.	Marburg	Marburg-Kirchhain
T ele, Adolf	Halle	M. d. R.
T mas, Hermann	Altona	Altona-Stormarn und Lauenburg

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Timm, Johannes	München	München II
Trilse, Hermann	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Ulrich, Carl	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Vetterlein, Emil	Gera	Reuß j. L.
Vogel, Aug.	Berlin	Berlin IV
v. Vollmar, Georg	Soiensaß	München II
Vosseler, Andreas	Schwenningen	Württemberg IX
Wagner, Georg, Dr.	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Walter, Anton	Coburg	Coburg
Weber, Karl	Leisnig	10. sächsischer Wahlkreis
Weidner, Wilhelm	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Weil	—	Straßburg-Land
Weiß, Joh. Bapt.	Mainz	Mainz-Oppenheim
Welk, Carl	Lichtenberg	Nieder-Barnim
Welker, Bruno	Aue	19. sächsischer Wahlkreis
Wels, Otto	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Wengels, Robert	Berlin	Vorstandsmitglied
Werner, Herm.	Berlin	Berlin II
Weyers, C.	Duisburg	Duisburg-Mühlheim
Winkelmann, C.	Bremen	Bremen
Winkler, Oskar	Lugau	19. sächsischer Wahlkreis
Winter, Franz	Frankenhausen	Schwarzburg-Rudolstadt
Wissell, R.	Lübeck	Lübeck
Wölfel, Rob.	Leipzig	Leipzig-Land
Wolf, Peter	Kaiserslautern	Gau bayerische Pfalz
Wolf, Wilh.	Mülheim	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach
Wurm, Emanuel	Berlin	M. d. R.
Zenker, Ad.	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Zetkin, Clara	Stuttgart	Kontrolleur
Zietz, Louise	Hamburg	Altona-Ottensen-Neumünster (Frauen)
Zorn, Georg	Fürth	Fürth-Erlangen
Zubeil, Fritz	Berlin	M. d. R.

Genosse Meiling ist in der Nacht vom Sonntag auf Montag (21. September) infolge eines Schlaganfalls plötzlich gestorben.

Ausländische Gäste sind auf dem Parteitage:

Aus Oesterreich:

Dr. Victor Adler und Ferdinand Skaret, Deutsche Parteivertretung.
Engelbert Pernerstorfer, Anton Schäfer, Josef Seliger, Schrammel.
Anton Nemec, Tschechische Parteivertretung.

Aus England:

J. B. Askew und Jones, Sozialdemokratische Federation.

Aus Amerika:

Wilshire, Sozialdemokratische Partei Amerikas.

Aus Holland:

Tak, Sozialdemokratische Partei Hollands.

Aus der Schweiz:

Dr. Fritz Studer.

Sprech-Register.

Sach-Register.

Ergebnis der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 117—135. Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmung.)

Nicht genügend unterstützte Anträge.

2. 3. 6 (S. 143). **37—42** (S. 425). **43. 44. 46. 47. 48. 51** (S. 430). **57. 58** (S. 425). **65** (S. 422). **66. 67. 68. 113. 115. 116. 117** (S. 425). **122** (S. 430). **126. 127** (S. 425).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

5 (S. 145). **8—16** (S. 264). **17** (S. 419). **60—64** (S. 424). **89—91. 93—96. 98. 99. 101—103. 105—108** 1. Satz. **109** 1. Abs. **109a. 110** (S. 420). **120. 128** (S. 264). **129** (S. 420). **132** (S. 264).

Zurückgezogene Anträge.

53 (S. 427). **56** (S. 428). **69** (S. 284). **86** (S. 281). **92** (S. 431). **100** (S. 292). **104. 108** 2. Satz (S. 420). **111** (S. 321). **114** (S. 425). **139** (S. 421).

Abgelehnte Anträge.

1 (S. 145). **4a** (S. 297). **36** (S. 427). **49** (S. 430). **50. 52** (S. 431). **54. 55. 59. 112** (S. 428). **117. 123. 124** (S. 420). **133** (S. 430). **135** (S. 420). **138** (S. 433). **141** („revisionistische“ zu streichen). **142** (S. 418).

Angenommene Anträge.

4: Agitation für das Frauen-Wahlrecht (S. 297). **7:** Genossen als Mitarbeiter an der bürgerlichen Presse (S. 263). Resolution Luxemburg über die Polenfrage (S. 281). **97** und **125:** Nächster Parteitag in Bremen (S. 420). **119:** Jährlicher Fraktionsbericht in Broschürenform. (S. 429). **130:** Resolution zur Taktik in veränderter Form (Wortlaut der Resolution S. 418) (S. 419). **134:** Anträge zur Organisation dem Vorstand zu überweisen (S. 425). **136:** Resolution Grunwald zu parlamentarische Tätigkeit. (S. 298). **137:** Antrag Molkenbuhr zum internationalen Kongreß.. (S. 297). Resolution Singer zum internationalen Kongreß (S. 297). **140:** Abänderungsantrag zur Taktik-Resolution 130 (S. 418). **141** 1. und 2. Teil: Abänderungsantrag zur Taktik-Resolution (S. 418). **143** und Abänderungsantrag Wurm: Abänderungsantrag zur Taktik-Resolution (S. 418). **144:** Abänderungsantrag zur Taktik-Resolution (S. 418).

Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge.

70. 71. 73—85. 87. 121. 131 (S. 292).

Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigte Anträge.

72. 85a. 88 (S. 292).

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

18—39. 41. 118 (S. 425).